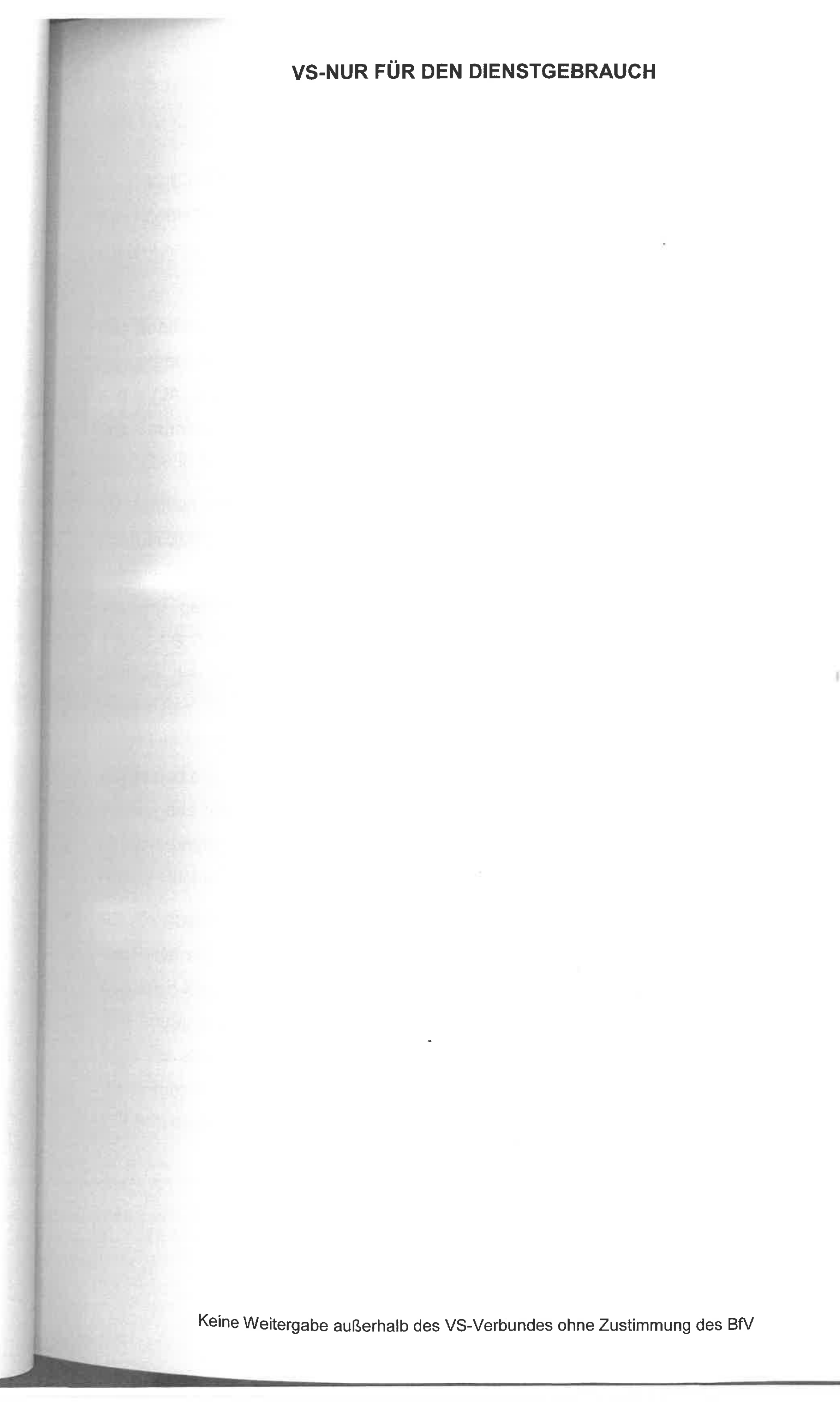
Inhalt



A. Einführung

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine im Deutschen Bundestag, in 14 deutschen Landesparlamenten und im Europäischen Parlament vertretene politische Partei.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz stufte diese im Januar 2019 als Prüffall im Phänomenbereich Rechtsextremismus ein, während die Jugendorganisation Junge Alternative (JA) und die innerparteiliche Gruppierung Der Flügel gleichzeitig zu Verdachtsfällen erhoben wurden. Der Flügel wurde im März 2020 zur gesichert extremistischen Bestrebung hochgestuft.

Im Rahmen einer erneuten gutachterlichen Bewertung der Gesamtpartei wurde im Februar 2021 festgestellt, dass inzwischen hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass die AfD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen gemäß §§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 1 S. 1 lit. c, 4 Abs. 1 S. 3 BVerfSchG verfolgt. Gestützt wurde dies besonders auf den anhaltenden Einfluss des Personennetzwerks des ehemaligen Flügels und die Feststellung von zahlreichen Äußerungen von führenden Parteimitgliedern, die gewichtige Anhaltspunkte darstellten, dass in der Partei Bestrebungen gegen die Garantie der Menschenwürde und das Demokratieprinzip verfolgt werden. Außerdem wurden anhaltend enge strukturierte Verbindungen von führenden Parteimitgliedern zu rechtsextremistischen Gruppierungen, insbesondere aus dem Bereich der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten festgestellt.

Als die Absicht zur Hochstufung der AfD presseöffentlich geworden war, beantragte die Partei am 21. Januar 2021 den Erlass einer einstweiligen Anordnung und erhob zeitgleich Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln (VG Köln). Nachdem das Gericht den Antrag auf Erlass einer Zwischenregelung zunächst abgelehnt hatte, gab es infolge der abermaligen bundesweiten Medienberichterstattung über die Verdachtsfalleinstufung einem erneuten Antrag der AfD mit Beschluss vom 5. März 2021 statt. Das BfV hob daraufhin die Einstufung der AfD als Verdachtsfall zunächst auf.

Mit Urteil vom 8. März 2022 bestätigte das VG Köln schließlich das Vorliegen hinreichender tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD.[1]

Nach den Ausführungen des Gerichts folge dies bereits aus dem Umstand, dass bei den der AfD zuzuordnenden Teilorganisationen JA und Flügel jeweils tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen von hinreichendem Gewicht vorlägen.[2] Es sei unerheblich, ob sich angesichts gegenläufiger Äußerungen ein uneinheitliches Bild der Partei im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik ergebe.[3] Hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte könnten bereits dann gegeben sein, wenn aussagekräftiges Tatsachenmaterial lediglich einen Teilbereich der Zielsetzungen, Verlautbarungen und Aktivitäten des Personenzusammenschlusses widerspiegele. Deren Aussagekraft werde nicht allein dadurch in Frage gestellt, dass daneben eine Vielzahl von verfassungsschutzrechtlich irrelevanten oder wertneutralen Äußerungen existiere, denen sich keine Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung entnehmen ließen.[4] Gerade die innere Zerrissenheit einer Partei, Flügelkämpfe und eine Annäherung an extremistische Gruppierungen oder Parteien könnten eine Beobachtung durch Verfassungsschutzbehörden erfordern, da nur so festzustellen sei, in welche Richtung sich eine Partei letztendlich bewege.[5]

Voraussetzung für die Beobachtung der Gesamtpartei im Falle des Vorliegens tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen allein bei Teilorganisationen sei daher, dass die als verfassungsfeindlich angesehenen Gruppierungen innerhalb der Partei einen Einfluss von nennenswertem Gewicht besäßen.[6]

Das Gericht bejahte sowohl hinsichtlich der JA als auch des Flügels das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen.[7]

Nach den Ausführungen des erstinstanzlichen Urteils verstößt insbesondere der von der JA vertretene völkisch-abstammungsmäßige Volksbegriff gegen die Menschenwürde.

[1] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 180.
[2] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 206.
[3] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 209.
[4] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 210.
[5] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 212.
[6] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 214.
[7] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 206, 216, 529.

Hierzu führte das Gericht wie folgt aus:

> *„Es bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass eine zentrale politische Vorstellung der JA der Erhalt des deutschen Volkes in seinem ethnischen Bestand ist und ethnisch ‚Fremde' nach Möglichkeit ausgeschlossen bleiben sollen. Ein dergestalt völkisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff verstößt gegen die Menschenwürde."*[8]

Diese mit dem Volksbegriff des Grundgesetzes unvereinbare Auffassung der JA komme im Deutschlandplan sowie in Verlautbarungen (hochrangiger) Funktionäre und einiger Landesverbände der JA unverkennbar zum Ausdruck.[9] Auch die im Februar 2019 erfolgte „Modifikation" des Deutschlandplans lasse die Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung nicht entfallen. Denn der Deutschlandplan weise auch nach der Modifikation Anhaltspunkte für das oben genannte Volksverständnis auf.[10]

Die Richter sahen darüber hinaus in den wiederholt verwendeten Begriffen wie „Umvolkung", „Remigration" und „Großer Austausch" – die häufig im Kontext rechtsextremistischer Vereinigungen auftauchten – in der Gesamtschau tatsächliche Anhaltspunkte für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung.[11] So beruhe der Terminus Großer Austausch, der einen schrittweisen Prozess des Austauschs und der Verdrängung der heimischen angestammten Bevölkerung beschreibe, ebenfalls auf völkisch-ethnischen Vorstellungen eines ethnisch vorhergehenden deutschen Volkes.[12]

Überdies ergäben sich auch aus Verbindungen der JA zu als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen tatsächliche Anhaltspunkte.[13]

Zwar sei eine Mitgliedschaft bei der gesichert extremistischen Bestrebung Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) gemäß der Bundessatzung der JA eigentlich mit einem Engagement bei der JA unvereinbar, die Äußerungen der Funktionärinnen und Funktionäre seien insofern jedoch uneinheitlich. Mitunter seien hochrangige Funktionärinnen und Funktionäre der JA jedenfalls zeitweise auch für die IBD aktiv gewesen, ohne

[8] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 217.
[9] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 226.
[10] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 376.
[11] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 275, 329.
[12] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 334.
[13] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 315.

dass dies in jedem Fall geahndet worden sei. Gegenüber der Presse sei sogar die Existenz von Doppelmitgliedschaften bestätigt worden.[14]

Ferner stellten die massiven ausländerfeindlichen Agitationen der JA einen Ausdruck der Missachtung der Art. 1 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG dar. Dies gelte insbesondere für die pauschalen Verdächtigungen und Herabwürdigungen von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Migrantinnen und Migranten.[15] Diese würden durch zahlreiche Äußerungen nachhaltig und generalisierend mit Kriminalität in Verbindung gebracht und durch Begriffe wie „Messerstichkultur" oder „Vergewaltigungskultur" insgesamt herabgesetzt.[16]

Die JA verbinde derartige ausländerfeindliche Äußerungen zudem mit Forderungen nach Abschiebungen und „Remigration". Die Forderung nach „Massenabschiebung" in Verbindung mit der Forderung zur Ergreifung „aller Mittel zur Remigration" deute dabei auf ein mit dem Rechtsstaat in Konflikt stehendes Vorgehen hin.[17]

Schließlich trete die JA auch durch muslim- und islamfeindliche Äußerungen hervor, in denen der Islam grundsätzlich abgelehnt, vorwiegend mit Terrorismus assoziiert und in denen nicht zwischen Islam und Islamismus differenziert werde.[18]

Es handele sich bei der Vielzahl der Äußerungen, die sich durch alle Ebenen der JA zögen, erkennbar nicht (mehr) um Geschmacklosigkeiten oder bloße Entgleisungen einzelner Funktionsträgerinnen und Funktionsträger, Mitglieder oder Anhängerinnen und Anhänger des Personenzusammenschlusses, die sich von der Parteilinie abhöben. Insbesondere aus der Programmschrift der JA und dem Grundtenor der zitierten Aussagen lasse sich ableiten, dass das Volksverständnis und die ausländerfeindliche Agitation Ausdruck eines generellen Bestrebens der JA seien.[19]

Die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte habe die JA nach den Ausführungen der Richter auch weder durch die Erklärung zur Modifikation des Deutschlandplans noch durch die „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität" vom 18. Januar 2021 ausräumen können, da sich daraus keine wirkliche Abkehr von dem o. g. Volksverständnis ergebe.[20] Für eine ernsthafte und glaubwürdige Abwendung

---

[14] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 316 ff., 324.
[15] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 388.
[16] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 462.
[17] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 402.
[18] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 464.
[19] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 512.
[20] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 376 ff.

von früheren verfassungsfeindlichen Bestrebungen bedürfe es grundsätzlich eines von innerer Akzeptanz mitgetragenen kollektiven oder individuellen Lernprozesses, der sich auf die inneren Gründe für die Handlung beziehe und aufgrund dessen angenommen werden könne, dass mit hinreichender Gewissheit zukünftig die Verfolgung oder Unterstützung solcher Bestrebungen auszuschließen sei. Dies setze in der Regel voraus, dass eingeräumt oder zumindest nicht bestritten werde, dass zuvor zumindest Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorgelegen haben; würden die früheren Anhaltspunkte abgestritten, verharmlost, bagatellisiert oder entschuldigt, so spreche dies gegen eine glaubhafte Distanzierung.[21] Die JA habe zu keinem Zeitpunkt eingeräumt, dass Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorgelegen haben; die im verwaltungsgerichtlichen Verfahren genannten Äußerungen seien lediglich relativiert worden bzw. es sei vorgetragen worden, dass diese unzutreffend ausgelegt worden seien.[22]

Es könne schließlich dahinstehen, ob weitere Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratie- oder Rechtsstaatsprinzip vorlägen, da bereits hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung aus dem Volksverständnis sowie der ausländerfeindlichen Agitation der JA folgten.[23]

Auch hinsichtlich des Flügels bestünden tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen von hinreichendem Gewicht.[24]

Zwar sei aufgrund der formalen Auflösung von einer Verdichtung zur Gewissheit im Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung nicht auszugehen, weshalb eine gesichert extremistische Bestrebung zu diesem Zeitpunkt nicht vorgelegen habe. Ungeachtet dessen bestünden aber weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen.[25]

So gebe es zunächst tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass der Flügel weiterhin als Personenzusammenschluss aktiv sei. Dies ergebe sich bereits daraus, dass die formale Auflösung des Flügels nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Druck des Bundesvorstands der AfD zustande gekommen sei und die Anhänger des Flügels in der AfD als Mitglieder verblieben seien. Auch hätten die Flügel-Protagonisten verkündet,

---

[21] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 382 ff.
[22] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 386.
[23] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 509.
[24] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 529.
[25] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 529.

dass die Inhalte und politischen Ziele des Flügels auch nach der Auflösung in der AfD weiterverfolgt und -verbreitet würden.[26]

Selbst wenn man dies anders sehe und den Flügel auch unter dem Aspekt des Verdachtsfalls nicht (mehr) als Personenzusammenschluss auffassen würde, so beeinflusse dies allein die Beurteilung des Flügels als Beobachtungsobjekt, nicht aber die Beurteilung der AfD. Denn durch den Umstand, dass die Mitglieder des Flügels nach dessen Auflösung (großenteils) in der AfD verblieben seien und ihre Auffassungen, Ideologie und Positionen nicht aufgegeben hätten, verblieben jedenfalls auch die damit verbundenen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen im Rahmen der Bewertung der AfD als Beobachtungsobjekt.[27]

Das Gericht führte insofern aus:

> *„Auch beim Flügel bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass seine zentrale politische Vorstellung der Erhalt des deutschen Volkes in seinem ethnischen Bestand ist und ethnisch ‚Fremde' nach Möglichkeit ausgeschlossen bleiben sollen."*[28]

Diese mit dem Volksbegriff des Grundgesetzes unvereinbare Auffassung ergebe sich aus den Verlautbarungen des Flügels selbst und seiner Repräsentanten.[29]

Neben den auch von den Vertretern der JA verwendeten Begriffen der „Umvolkung" und des „(Großen) Austauschs", werde von Vertretern des Flügels auch der Terminus des „Volkstods" gebraucht. Dieser Vorwurf, wonach die Regierenden und „die Ausländer" den „Tod des deutschen Volkes" herbeiführten, beruhe auf der Vorstellung einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft" und sei der Ideologie des Nationalsozialismus entnommen. Das Schlagwort sei vom Nationalsozialismus aufgegriffen und in die Propaganda übernommen worden. Dahinter verberge sich eine rassistische Weltanschauung, die Menschen nichtdeutscher Herkunft als Bedrohung für das eigene Volk betrachte.[30] Diese Vokabeln fänden sich wiederholt und über einen langen Zeitraum und in offenkundiger Kenntnis des damit verbundenen Verständnisses und Kontexts.[31]

---

[26] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 530.
[27] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 541.
[28] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 543.
[29] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 544.
[30] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 546.
[31] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 550.

Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen ergäben sich darüber hinaus insbesondere aus Äußerungen von Flügel-Mitbegründer und Fraktionsvorsitzendem des thüringischen Landesverbands Björn Höcke.[32] Aus zahlreichen seiner Äußerungen wie auch aus Äußerungen anderer Flügel-Repräsentanten folgten Anhaltspunkte für ein völkisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis.[33]

Es ergebe sich hinsichtlich der Beurteilung des Volksverständnisses auch nichts anderes aus dem Umstand, dass der Flügel nicht von einem rein ethnischen, sondern einem ethnisch-kulturellen Volksverständnis spreche.[34] Völkisch-abstammungsmäßige und rassistische Kriterien verstießen auch dann gegen Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG, wenn sie nicht absolut gälten und es Ausnahmen geben solle.[35]

Aus den Belegen ginge aber hervor, dass der Flügel – zum Teil unter Verwendung rassistischer und martialischer Rhetorik – den Erhalt der deutschen Ethnie verfolge und ethnische Kriterien damit den Ausschlag für weitere Einbürgerungen geben sollten. Aus den Verlautbarungen des Flügels ergebe sich zudem, dass sehr hohe bzw. nahezu unerreichbare Hürden für eine Einbürgerung aufgestellt würden und als Maßstab der autochthone Deutsche diene, sodass die Vorstellungen des Flügels primär an ethnische Vorstellungen anknüpften und das kulturelle Element allenfalls untergeordnete Bedeutung habe.[36]

Die Vertreter des Flügels beließen es auch nicht – wie von Seiten der AfD teilweise vorgebracht – bei reiner Kritik. Der Flügel habe die Migrationspolitik vielmehr erkennbar zu einem seiner zentralen Anliegen gemacht und formuliere dort auch Ziele, deren Umsetzung er anstrebe.[37]

Die vorgelegten Belege enthielten Bekundungen, die insbesondere im Hinblick auf die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot den Verdacht einer verfassungswidrigen Bestrebung begründeten.[38]

---

[32] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 598.
[33] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 604, 632.
[34] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 652.
[35] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 655.
[36] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 656.
[37] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 657 f.
[38] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 669.

Insofern sei zunächst eine pauschale Verdächtigung von Ausländern als Kriminelle und eine Verunglimpfung festzustellen.[39] Der Flügel verbinde seine ausländerfeindliche Agitation zudem mit der Forderung nach Abschiebungen und „Remigration".[40] Im Rahmen dieser Agitation stächen ferner muslimfeindliche Äußerungen hervor, in denen die grundsätzliche Ablehnung des Islam kundgetan und nicht zwischen Islam und Islamismus differenziert werde.[41]

Daneben bestünden ebenfalls Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratie- oder Rechtsstaatsprinzip. Insbesondere würden mit Begriffen wie „Systempresse" oder „Systemparteien" bzw. „Kartellparteien" wesentliche Bestandteile der verfassungsmäßigen Ordnung diffamiert und infrage gestellt.[42]

Es gebe mithin zahlreiche Belege, die in der Gesamtschau bis zur Hochstufung des Flügels am 12. März 2020 die Annahme einer Verdichtung der Verdachtslage zur Gewissheit trügen, sodass der Flügel zurecht als gesichert extremistische Bestrebung hochgestuft worden sei.[43]

Für die Beurteilung der Gesamtpartei sei nicht relevant, ob der Flügel im für dieses Verfahren maßgeblichen Zeitpunkt immer noch als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft werden könne. Diese Frage habe das erkennende Gericht im diesbezüglichen Verfahren verneint und damit begründet, dass keine Gewissheit (mehr) über die Existenz des Flügels als Personenzusammenschluss vorliege.[44] Es sei hier jedoch ausreichend, dass hinsichtlich des Flügels im maßgeblichen Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung noch tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen und damit auch hinsichtlich der Frage, ob der Flügel als Personenzusammenschluss noch existiere, vorlägen. Dies sei vorliegend der Fall.[45]

Die Anhaltspunkte entfielen auch nicht durch Distanzierungen oder Maßnahmen, die der Flügel ergriffen habe. Ein Ausschluss auf Betreiben des Flügels oder eine Distanzierung von Seiten des Flügels sei nicht vorgetragen worden und sei auch nicht ersichtlich.[46]

---

[39] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 670.
[40] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 697.
[41] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 700.
[42] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 729.
[43] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 733, 790.
[44] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20.
[45] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 792.
[46] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 815.

Der Flügel verfüge in der Gesamtpartei auch über einen Einfluss von nennenswertem Gewicht. Insbesondere belegten Verlautbarungen auf allen Parteiebenen – vor allem aber aus dem Bundesvorstand der AfD – einen strukturellen Rückhalt des Flügels als zentralem Bestandteil der Gesamtpartei.[47]

In qualitativer Hinsicht sei festzustellen, dass die Protagonisten des Flügels und z. T. Erstunterzeichner der Erfurter Resolution über führende Positionen in einigen Landesverbänden verfügten.[48] Ein großer innerparteilicher Einfluss der ostdeutschen – und vom Flügel dominierten – Landesverbände liege auch deshalb nahe, da diese die größten Zweitstimmenanteile in den Landtagswahlen erzielen konnten.[49] Zudem sei der im April 2020 von Meuthen geäußerte Vorschlag, der Flügel solle sich als eigenständige Partei von der AfD abspalten, auf nahezu einhellige Ablehnung – nicht nur von Vertretern des Flügels – gestoßen.[50]

Die formale Auflösung des Flügels bei gleichzeitigem Verbleib der Flügel-Mitglieder in der AfD werteten Chrupalla, Weidel und Gauland in einer gemeinsamen Erklärung als „Rückkehr zur inneren Einheit der Partei" und wichtigen „Schritt zur Bündelung unserer Kräfte". Nur so könne man gesamtdeutsche Volkspartei werden. Auch darin zeige sich, dass die Partei- und Fraktionsspitze – bis auf den inzwischen aus der AfD ausgetretenen Co-Bundesprecher Meuthen – die Mitglieder des Flügels – und damit auch deren politischen Positionen – als integralen Bestandteil der Gesamtpartei verstehe.[51]

Davon unabhängig gebe es bezogen auf die Gesamtpartei zahlreiche weitere gewichtige Hinweise, die Zweifel daran begründeten, dass sich die Partei als solche vorbehaltlos zum zentralen Wertesystem des Grundgesetzes bekenne.[52]

Bereits im Grundsatzprogramm der AfD fänden sich Anhaltspunkte, die für ein ethnisch-biologisches Volksverständnis sprächen.[53] Ein solches Verständnis komme auch in Äußerungen des Bundesverbands zum Ausdruck.[54]

Ebenso fände sich eine ausländerfeindliche Agitation. Einwanderer würden pauschal mit Kriminalität in Verbindung gebracht und verunglimpft. Es gebe Beispiele für eine

---

[47] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 818.
[48] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 819.
[49] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 820.
[50] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 838.
[51] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 839.
[52] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 842.
[53] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 843 ff.
[54] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 848.

pauschale und undifferenzierte Betrachtung, die (männlichen) Migranten Gewaltbereitschaft unterstelle und diese damit in die Menschenwürde verletzender Weise verächtlich mache.[55]

Zusammenfassend lasse sich im Wege der Gesamtschau für die AfD feststellen, dass sich zum maßgeblichen Zeitpunkt Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht für verfassungsfeindliche Bestrebungen nicht nur bei den Teilorganisationen JA und Flügel, sondern auch aus den Verlautbarungen der Gesamtpartei und der dort führenden Repräsentanten entnehmen ließen. Es handele sich bei den genannten Zitaten um Äußerungen von Mitgliedern des Vorstands der AfD, des Ehrenvorsitzenden, zahlreicher Bundestagsabgeordneter oder sonstiger Mandats- oder Funktionsträger.[56] Aus dem Grundtenor der Aussagen lasse sich ableiten, dass das Volksverständnis und die ausländerfeindliche Agitation Ausdruck eines generellen Bestrebens der AfD und ihrer Teilorganisationen JA und Flügel seien.[57]

Die vom Bundesvorstand geforderte und letztlich jedenfalls formal umgesetzte Selbstauflösung des Flügels lasse die Anhaltspunkte auch nicht entfallen. Denn die Auflösung sei nicht mit dem Ausschluss der Mitglieder des Flügels aus der AfD verbunden, sodass die Personen und ihre Positionen in der AfD verblieben seien. Es existierten auch tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass der Flügel bzw. die ihm zugeordneten Personen weiterhin innerhalb der AfD ihre Positionen mit ungeminderter Kraft verfolgten und verbreiteten. Auch bestehe der Verdacht von einem weiterhin nennenswerten Einfluss des Flügels auf die AfD.[58]

Auch die von der Partei eingeleiteten Parteiordnungsverfahren in Reaktion auf verfassungsfeindliche oder sonst bedenkliche Äußerungen oder Handlungen ihrer Mitglieder stünden dem nicht entgegen. Diese Maßnahmen seien erst nach der jeweiligen Einführung dieser Äußerungen in das verwaltungsgerichtliche Verfahren durch Vortrag des Bundesamts für Verfassungsschutz eingeleitet worden. Insofern dränge sich der Verdacht auf, dass die AfD diese Verfahren aus prozesstaktischen Gründen eingeleitet habe. Denn eine solche systematische Vorgehensweise lasse sich aus dem vorherigen Verhalten der AfD nicht erkennen. Die genannten Maßnahmen seien im Rahmen einer Gesamtbetrachtung jedenfalls nicht geeignet, die tatsächlichen Anhaltspunkte

[55] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 891.
[56] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 926.
[57] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 928.
[58] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 930.

insgesamt entfallen zu lassen, auch unter Berücksichtigung der Maßnahmen der AfD existierten weiterhin hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte.[59]

Auch seien die abgegebenen Erklärungen der AfD nicht geeignet, die tatsächlichen Anhaltspunkte auszuräumen. Denn die AfD habe zu keinem Zeitpunkt eingeräumt, dass Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorgelegen hätten. Alle im verwaltungsgerichtlichen Verfahren genannten Äußerungen seien relativiert worden bzw. sei vorgetragen worden, dass diese unzutreffend ausgelegt worden seien. Auch die Erklärungen enthielten keine ausdrückliche Abkehr, sondern würden von der AfD lediglich als „Klarstellungen" bezeichnet. Die AfD habe durch ihren Prozessbevollmächtigten alle Vorwürfe entschieden und kategorisch zurückgewiesen und als völlig unhaltbar dargestellt. Allein aus diesem Grund könne eine während des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abgegebene Erklärung die AfD nicht entlasten.[60]

Schließlich seien die Erklärungen auch inhaltlich nicht geeignet, die Bedenken auszuräumen. Es handele sich in weiten Teilen um Lippenbekenntnisse. Denn eine wirkliche Abkehr von dem oben genannten Volksverständnis ergebe sich daraus nicht.[61]

Die dargelegten Ausführungen zu Flügel und JA bestätigte das VG Köln darüber hinaus in seinen diesbezüglichen Urteilen vom 8. März 2022.[62]

Mit Beschluss vom 10. März 2022 lehnte das VG schließlich auch die Anträge der AfD bezüglich der Einstufung und Bearbeitung derselben als Verdachtsfall oder gesichert extremistische Bestrebung im Eilverfahren ab.[63] Mit dieser Entscheidung erledigte sich zugleich die im Rahmen des Eilverfahrens ergangene Zwischenregelung.

Im März 2022 nahm das Bundesamt für Verfassungsschutz die Bearbeitung der AfD als Verdachtsfall wieder auf, den Flügel stufte es zum Verdachtsfall herab.

Die AfD legte am 3. Juni 2022 Berufung gegen das Urteil ein; gegen den Beschluss vom 10. März 2022 ging sie hingegen nicht vor.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz stufte die JA im April 2023 zur gesichert extremistischen Bestrebung hoch. Dagegen wehrten sich die AfD und die JA im Juni 2023 im Wege des Eilrechtsschutzes und reichten zudem Klage vor dem VG Köln ein. Mit

---

[59] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 934.
[60] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 936.
[61] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 938.
[62] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20 und VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20.
[63] VG Köln, Beschl. v. 10.03.2022, 13 L 105/21.

Beschluss vom 5. Februar 2024 lehnte das Verwaltungsgericht die Anträge der AfD und der JA bezüglich der Einstufung und Bearbeitung der JA als gesichert extremistische Bestrebung und der öffentlichen Bekanntgabe derselben ab.[64] Mit dem Beschluss bestätigte das Gericht vorläufig, dass sich die hinsichtlich der JA bestehenden tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zur Gewissheit verdichtet haben.[65]

Die JA vertrete auch nach der Einstufung als Verdachtsfall weiterhin ein ethnisches Volksverständnis. Der Erhalt des deutschen Volkes in seinem ethnischen Bestand und nach Möglichkeit der Ausschluss „ethnisch Fremder" sei weiterhin zentrale politische Vorstellung der JA. Dies stelle einen Verstoß gegen die Menschenwürde aus Art. 1 Abs. 1 GG dar.[66]

Dies ergebe sich bereits aus dem schriftlichen Programm der JA. Bereits der sogenannte Deutschlandplan aus dem Jahr 2019 habe gewichtige Anhaltspunkte für ein ethnisches Volksverständnis enthalten.[67] Etwas anderes ergebe sich auch nicht aus dem von der JA verabschiedeten Papier „Programm und Leitlinien", welches zwar – anders als der zuvor verabschiedete sogenannte Deutschlandplan – keine ausdrückliche Forderung nach einer Assimilation von Einwanderern am Maßstab des autochthonen Deutschen enthalte, jedoch auch keine inhaltliche Abkehr oder Distanzierung von den dort aufgestellten Forderungen und Formulierungen erkennen lasse.[68]

So seien die Formulierungen in den Leitlinien erkennbar an die Theorie des „Großen Austauschs" angelehnt[69], die Forderung nach der Assimilation von Einwanderern am Maßstab eines autochthonen Deutschen werde aufrecht erhalten[70] und es werde sowohl im Programm als auch über Verbindungen zu Benedikt Kaiser auf die Vorstellung des sogenannten solidarischen Patriotismus verwiesen[71].

Für eine programmatische Kontinuität sprächen weiterhin die personellen Entscheidungen im Bundesvorstand. Dieser vertrete das Narrativ des Bevölkerungsaustauschs

[64] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23.
[65] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 176.
[66] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 190.
[67] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 198.
[68] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 200.
[69] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 206.
[70] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 208.
[71] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 211-218.

und würde überwiegend dem sogenannten solidarisch-patriotischen Lager entstammen.[72]

Es ließen sich überdies Bezugnahmen weiterer Personen aus dem Bundes- sowie diverser Landesvorstände der JA auf die Theorie des Großen Austauschs und dem damit verbundenen ethnischen Volksverständnis entnehmen.[73]

Auch die in Äußerungen von Einzelpersonen und Landesverbänden in Erscheinung tretende Differenzierung zwischen (autochthonen) Deutschen und deutschen Staatsangehörigen offenbare ein ethnisches Volksverständnis.[74]

Es handele sich bei den durch das Gericht aufgegriffenen Äußerungen auch nicht um Aussagen von Einzelpersonen, die keine Auswirkungen auf die Gesamtorganisation hätten. Vielmehr stammten sie von Personen in zentraler Position der JA und zögen sich durch verschiedene organisatorische Untergliederungen, sodass sie weit gestreut seien. Gerade aus Äußerungen von Funktionsträgern könne auf deren Grundeinstellung und von dieser auf die verfassungsfeindliche Ausrichtung einer Vereinigung geschlossen werden.[75]

Das Gericht führte ferner aus, dass – entgegen der Ansicht der Antragstellerinnen – die Wiederholung und Verwendung bestimmter Begriffe in Kenntnis des damit verbundenen Verständnisses sowie Kontexts zeige, dass damit bewusst auf das damit verbundene ethnische Volksverständnis abgezielt werde, welches gegen Art. 1 Abs. 1 GG verstoße.[76]

Das Verwaltungsgericht sah zudem die tatsächlichen Anhaltspunkte für eine fremden- und insbesondere islam- und muslimfeindliche Agitation der JA als zur Gewissheit verdichtet an. Die JA setze die Verhaltensweisen fort, die Ausdruck einer Missachtung von Art. 1 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG darstellten.[77]

So würden Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Migrantinnen und Migranten von der JA weiterhin pauschal – u. a. als Kriminelle und (Sexual-) Straftäter[78] – verdächtigt

---

[72] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn, 219, 223.
[73] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 226.
[74] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 249.
[75] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 261.
[76] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 265.
[77] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 267.
[78] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 289.

und herabgewürdigt. Einwanderer würden allgemein als Schmarotzer und kriminell bezeichnet oder in anderer Weise verächtlich gemacht.[79]

Dies zeige sich unter anderem in Bildern und Fotomontagen, auf denen nicht-weiße Menschen als Gewalttäter dargestellt würden, wie auch in der Verwendung von Begriffen wie u. a. „Rapefugees", „Messer-Alis", „Messermigration", „Messerterror".[80] Es werde zunächst eine von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten ausgehende Drohkulisse gezeichnet, verbunden mit dem Vorwurf, die Verantwortung für die (vermeintlichen) Straftaten läge auch bei den anderen Parteien bzw. der Regierung[81] und der Forderung nach Abschiebung zur Lösung der von der JA aufgezeigten Probleme und Gefahren.[82]

Überdies setze die JA auch nach der Einstufung als Verdachtsfall Verhaltensweisen fort, die darauf gerichtet seien, die Würde von Menschen mit islamischer Glaubensrichtung außer Geltung zu setzen.[83] So werde der Islam als antisemitisch, unfriedlich und gefährlich pauschalisiert[84] und das Bild einer aggressiven und gewaltsamen Verdrängung der einheimischen Bevölkerung durch Muslime gezeichnet.[85]

Nach den Ausführungen des Verwaltungsgerichts ist eine ernsthafte Abkehr von den Forderungen im sogenannten Deutschlandplan wie der Umwandlung des Asylrechts in ein gerichtlich nicht überprüfbares „Gnadenrecht" und der Beschränkung der Versorgung von Geflüchteten auf das physische Existenzminimum auch in den Leitlinien nicht erkennbar. Vielmehr sei aus einer Zusammenschau der Forderungen im sogenannten Deutschlandplan mit den in den Leitlinien zum Ausdruck kommenden Äußerungen zu schließen, dass die JA weiterhin eine Integration von Geflüchteten in das deutsche Sozialsystem ablehne.[86]

Zudem lägen nach den Ausführungen des Gerichts tatsächliche Anhaltspunkte für Verhaltensweisen vor, die auf das Außer-Geltung-Setzen des Demokratieprinzips gerichtet seien und die zur Verdichtung der Verdachtsmomente für verfassungsfeindliche

[79] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 268.
[80] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 289, 296.
[81] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 301.
[82] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 307.
[83] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 308.
[84] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 312, 315.
[85] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 323.
[86] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 325 ff. mit Verweis auf VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 449 ff., 354 ff.

Bestrebungen der JA beitrügen.[87] Die JA agitiere sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kreisebene gegen die politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.[88]

Vornehmlich komme dies in der vielfachen Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit diktatorischen Regimen, insbesondere dem NS-Regime und der DDR, zum Ausdruck.[89] Die Äußerungen gingen hierbei über zulässige sachliche Kritik bzw. Kritik an konkreter Regierungsarbeit hinaus und seien als pauschale und undifferenzierte Kritik vielmehr darauf ausgerichtet, das Vertrauen der Bevölkerung in die Legitimität des Regierungshandelns zu erschüttern[90] und die AfD als einzige Retterin einer wahrhaftigen Demokratie und alleinige Verfechterin der Interessen der Bürgerinnen und Bürger darzustellen.[91]

Schließlich würden auch die fortbestehenden Verbindungen der JA zu als verfassungsfeindlich eingestuften Gruppierungen und Organisationen für die Verdichtung der Verdachtsmomente für das Vorliegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen sprechen.[92] Dies gelte insbesondere für die Verbindungen zu der mit rechtskräftigem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 13. Oktober 2022 zum rechtmäßigen Beobachtungsobjekt des Bundesamts für Verfassungsschutz erklärten Identitären Bewegung Deutschland (e. V.) (IBD), ungeachtet der insofern bestehenden Unvereinbarkeitserklärung der Bundessatzung der JA.[93]

Zudem bestünden sowohl personelle wie auch inhaltliche Verbindungen zum Institut für Staatspolitik (IfS, mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG), dem Verein Ein Prozent sowie dem COMPACT-Magazin, welche allesamt von dem Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert extremistische Bestrebungen eingestuft worden sind. Der Kontakt zu den genannten Organisationen reiche zwar allein nicht aus, um die erfolgte Einstufung der JA als gesichert extremistische Bestrebung zu rechtfertigen, doch führe die Quantität und Qualität der Verbindungen bei einer Gesamtschau zur Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte.[94]

---

[87] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 338, 367.
[88] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 368.
[89] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 369.
[90] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 386.
[91] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 401.
[92] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 403.
[93] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 404 f.
[94] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 417.

Die AfD und die JA legten am 7. Februar 2024 Beschwerde gegen den Beschluss ein.

Am 12. und 13. März 2024 sowie am 11., 12. und 29. April 2024 und am 6. und 7. Mai 2024 fand die mündliche Verhandlung in den drei Berufungsverfahren gegen die Urteile des VG Köln vom 8. März 2022 vor dem OVG NRW statt. Das OVG verkündete in der Sitzung vom 13. Mai 2024 sodann die Zurückweisung der Berufung sowie die Nichtzulassung der Revision in allen drei Verfahren. Die AfD legte am 4. Juli 2024 Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision ein und begründete diese fristgerecht. Das OVG NRW half der Beschwerde nicht ab. Die Akte liegt nun dem Bundesverwaltungsgericht zur Entscheidung vor.

Mit seinen Urteilen[95] bestätigte das OVG NRW das Vorliegen hinreichender tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD und der JA sowie die Rechtmäßigkeit der Beobachtung des Flügels am 15. Januar 2019 und im Zeitraum vom 16. Januar 2019 bis zum 11. März 2020 als Verdachtsfall sowie am 12. März 2020 als gesichert extremistische Bestrebung. Zudem bestätigte das OVG die Rechtmäßigkeit der öffentlichen Bekanntgabe der Beobachtung.

Hinsichtlich der AfD liegen und lagen nach den Ausführungen des Gerichts weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass die Gesamtpartei Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, namentlich gegen die Menschenwürdegarantie und das Demokratieprinzip.

So begründeten die dokumentierten Äußerungen verschiedener Funktionäre, Mandatsträger und sonstiger Mitglieder der AfD den starken Verdacht, dass die politischen Zielsetzungen der AfD auch beinhalten, den Schutz der Menschenwürde außer Geltung zu setzen, indem jedenfalls Flüchtlingen und anderen Zuwanderern, deutschen Staatsangehörigen mit Migrationsgeschichte und deutschen und ausländischen Staatsangehörigen islamischen Glaubens die Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt werden solle. Zwar würden die dargelegten Äußerungen zum Teil für sich genommen die Grenze der Missachtung der Menschenwürde nicht überschreiten, die Vielzahl der diffamierenden und die

[95] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1216/22 (Flügel), 5 A 1217/22 (JA), 5 A 1218/22 (AfD). Die Urteilsbegründungen weisen in Teilen Parallelen auf. Im Folgenden wird aufgrund der hiesigen Begutachtung der Gesamtpartei in der Regel nur das Urteil zur Gesamtpartei zitiert, sofern nicht Ausführungen speziell zur JA oder zum Flügel belegt werden müssen oder im Urteil zur Gesamtpartei nicht enthaltene Ausführungen relevant werden. Ausführungen zu den Urteilen zur JA und dem Flügel finden sich in Kapitel E. III. Verfassungsschutzrechtliche Relevanz des ehemaligen Flügels und der JA für die AfD.

menschliche Würde missachtenden Positionen dokumentierten in der Gesamtschau jedoch mehr als hinreichende Anhaltspunkte von Gewicht dafür, dass es sich um eine charakteristische Grundtendenz der AfD handele.

Das OVG stellt fest, dass die Verknüpfung eines „ethnisch-kulturellen Volksbegriffes" mit einer politischen Zielsetzung, mit der die rechtliche Gleichheit aller Staatsangehöriger in Frage gestellt wird, eine nach Art. 3 Abs. 3 GG unzulässige Diskriminierung aufgrund der Abstammung darstellt, die mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG nicht zu vereinbaren ist.[96] Demgegenüber stelle die rein deskriptive Verwendung eines „ethnisch-kulturellen Volksbegriffes" nach den Ausführungen des OVG eine nicht verfassungsschutzrelevante, von persönlichen Wertungen abhängige Zustandsbeschreibung dar, die etwa soziologische, ethnologische oder historische Differenzierungen einbeziehen kann, sodass auch die Zugehörigkeit zu einer „ethnisch-kulturellen" Gruppe nicht objektiv bestimmbar sei.[97]

Zwar seien solche Forderungen nach einer rechtlichen Diskriminierung deutscher Staatsangehöriger mit Migrationsgeschichte in den Veröffentlichungen oder Äußerungen der AfD oder ihr zurechenbarer Anhänger nicht eindeutig zu finden. Hinreichende Anhaltspunkte für das Vorliegen solcher Bestrebungen böten aber auch abwertende Äußerungen, die deutlich machen, dass diese Personengruppe nicht als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft angesehen werden, sofern diese Äußerungen im Zusammenhang mit der politischen Betätigung der Partei abgegeben werden und sich aus dem Kontext ergibt, dass die Migrationsgeschichte als solche als Problem gesehen wird und nicht – rechtlich zulässig – eine fehlende Integration beklagt oder für eine restriktivere Migrations- und Einbürgerungspolitik geworben werden soll.[98] Die große Anzahl der gegen Migranten gerichteten Äußerungen, mit denen diese auch unabhängig vom Ausmaß ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft systematisch ausgegrenzt werden und trotz ihrer deutschen Staatsangehörigkeit ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk in Frage gestellt wird, legten den Verdacht nahe, dass jedenfalls maßgebliche Teile der AfD bei entsprechenden politischen Mehrheiten auch Maßnahmen ergreifen würden, die deutsche Staatsangehörige mit Migrationsgeschichte aufgrund

[96] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 202.
[97] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 205.
[98] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 207.

ihrer Abstammung diskriminieren.[99] Aufgrund dessen, dass die AfD als politische Partei grundsätzlich darauf ausgerichtet sei, die nach ihrer Überzeugung bestehenden Problemlagen nicht nur zu benennen, sondern etwaigen Fehlentwicklungen mit politischen und rechtlichen Mitteln aktiv entgegenzusteuern, ist nach den Ausführungen des OVG zumindest der Verdacht gerechtfertigt, dass die wahren Zielsetzungen aus taktischem Kalkül bewusst nicht vollständig offengelegt werden, was eine fortgesetzte Beobachtung durch den Verfassungsschutz unter Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln erforderlich machen könne, um nähere Erkenntnisse über die von der AfD tatsächlich verfolgten Ziele zu gewinnen.[100]

Anhaltspunkte dafür, dass hinter dem behaupteten Ziel der Bewahrung der deutschen Kultur und Identität in Wahrheit ein „ethnisch-biologisches" oder abstammungsbezogenes Volksverständnis steht, folgten auch aus der Verwendung des Begriffs „Passdeutsche(r)" oder auch dem wiederholten Gebrauch von Tiermetaphern. Letztere brächten deutlich zum Ausdruck, dass – nach dem Verständnis des sich Äußernden – Migranten auch mit der Einbürgerung keine Deutschen werden könnten, sondern zwischen ihnen und Deutschen ein gleichsam unüberwindlicher biologischer, abstammungsmäßiger Unterschied bestehe. Die Betonung der Hautfarbe in einzelnen Äußerungen lege außerdem nahe, dass die Zugehörigkeit zum deutschen Volk in rassistischer Weise auch von erblichen äußerlichen Merkmalen abhängig gemacht werde.[101]

Die Ausräumung des Verdachts von verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfordere jedenfalls eine klare und eindeutige Distanzierung von konkreten abwertenden Aussagen, ein abstraktes Bekenntnis zur Gleichberechtigung aller Staatsangehöriger, etwa durch die von Seiten der AfD zur Entlastung vorgebrachte am 18. Januar 2021 veröffentlichte „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität" reiche hierfür nicht aus – ungeachtet dessen, inwieweit die Erklärung tatsächlich eine Entlastung enthalte.[102] Eine solche Distanzierung sei nicht erfolgt; weder seien ausgrenzende und herabwürdigende Äußerungen verhindert worden, noch habe die AfD sie zum Anlass genommen, ihnen systematisch entgegenzutreten. Vielmehr sei von diesen Aussagen auch nach erstmaliger Einstufung als Verdachtsfall nicht abgerückt und

---

[99] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 225.
[100] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 207.
[101] Dazu und zum Voranstehenden: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 220 ff.
[102] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 209, 225.

vergleichbare Aussagen seien auch während des gesamten Verfahrens weiterhin getätigt worden.[103] Zudem spreche die zwischenzeitliche Wahl von Christina Baum und Maximilian Krah in den Bundesvorstand im Juni 2022 für eine breite Unterstützung in der Partei für eine politische Zielsetzung, die eine Diskriminierung von Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit beinhalte.[104]

Zudem lägen konkrete und hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vor, dass die AfD Bestrebungen verfolge, die mit einer Missachtung der Menschenwürde von Ausländern und Muslimen verbunden ist.[105]

Dies zeige sich hinsichtlich der AfD anhand einer Vielzahl von Äußerungen, die die Menschenwürde von Ausländern und Muslimen systematisch verletzen und missachten, indem entweder sämtliche Migranten oder bestimmte Migrantengruppen, insbesondere männliche Muslime, pauschal und in undifferenzierter Weise für Straftaten verantwortlich gemacht und – unter Verwendung von herabwürdigenden Begriffen – verunglimpft werden.[106] Das Gericht gesteht dabei zu, dass es insbesondere bei spontanen, als Reaktion auf eine konkrete Gewalttat abgegebenen Äußerungen sein kann, dass vereinzelt zu generalisierenden Verantwortungszuschreibungen und gruppenbezogenen erniedrigenden Bezeichnungen gegriffen wird, die mit etwas zeitlichem Abstand nicht in gleicher Form verwendet worden wären und weder sichere Rückschlüsse auf die Grundhaltung der betreffenden Person zulassen noch repräsentativ für die Gesamtpartei sind. Die Vielzahl der diffamierenden und die menschliche Würde missachtenden Positionierungen dokumentierten in der Gesamtschau aber, dass es sich hier nicht um einzelne Entgleisungen, sondern um eine charakteristische Grundtendenz handelt.[107]

Die ausländer- und islamfeindlichen, pauschal diffamierenden und ausgrenzenden Formulierungen würden durch konkrete den gleichen Personenkreis betreffende diskriminierende Forderungen von Funktionären und Mitgliedern der AfD ergänzt, nach denen Muslime wegen ihres Glaubens diskriminiert oder ihnen generell der Schutz des Art. 4 GG versagt werden soll, namentlich beispielsweise – wenn auch weniger weit

[103] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 226.
[104] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 227. Die genannten Personen sind jedoch mittlerweile nicht mehr Mitglied des Bundesvorstands.
[105] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 230.
[106] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 231, 233 f.
[107] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 234.

verbreitet – in der pauschalen, unabhängig von möglichen allgemein geltenden baurechtlichen Vorgaben erhobenen Forderung, den Bau von Moscheen oder Minaretten zu verbieten oder die Religionsfreiheit unter einen „Kulturvorbehalt“ stellen zu wollen.[108]

Weiterhin begründeten die dokumentierten Äußerungen verschiedener Funktionsträger, Mandatsträger und sonstiger Mitglieder der AfD den Verdacht, dass sie Bestrebungen verfolgt, die gegen das Demokratieprinzip gerichtet sind – wenn auch nicht in der Häufigkeit und Dichte wie von Seiten des BfV angenommen.[109]

Das OVG bestätigte hierbei den durch die Rechtsprechung des BVerfG und des BVerwG etablierten rechtlichen Maßstab, nach welchem derjenige den Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlässt, der den Parlamentarismus verächtlich macht, ohne aufzuzeigen, auf welchem anderen Weg dem Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung getragen und die Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses gewährleistet werden kann.[110] Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen liegen hiernach auch vor, wenn die anderen demokratischen Parteien und deren Politiker in ihrer Gesamtheit ständig pauschal in polemischer, teilweise diffamierender und verunglimpfender Weise angegriffen werden.[111] Nicht jede scharfe, polemische oder emotionale Äußerung ist hierbei zwangsläufig als Ausdruck einer feindlichen Einstellung gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung zu verstehen, so etwa dann nicht, wenn sie als heftige Kritik an dem Amtsinhaber verbunden mit dem Willen zur eigenen Macht verstanden werden kann. Das Gericht verwies auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, welches im Jahr 2001 bezüglich der Partei DIE REPUBLIKANER festgestellt hatte, dass die Beschimpfung der etablierten Parteien als „Altparteien“ oder „Parteiendiktatur“ sowie der Vorwurf, diese etablierten Parteien betrieben „Machtmissbrauch“ noch als zulässige „Machtkritik“ zu verstehen seien und keinen Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen darstellen würden. Die Grenze der Verächtlichmachung des Parlamentarismus sei aber jedenfalls dann überschritten, wenn sich aus den Äußerungen ergebe, dass dem politischen Gegner die Existenzberechtigung abgesprochen werden soll.[112]

---

[108] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 239 f., 243 ff., 246.
[109] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 247.
[110] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 248.
[111] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 250.
[112] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 252 ff.

Im Konkreten setzte sich das OVG nicht damit auseinander, ob die von ihm zitierten Aussagen für sich genommen bereits einen hinreichenden Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen begründen. Stattdessen ließ es die zitierten Aussagen in der Gesamtschau mit den – laut OVG sogar tatsächlich vorhandene Bestrebungen begründenden – Äußerungen in der geschlossenen Chatgruppe „Alternative Nachrichtengruppe Bayern" jedenfalls für die Annahme eines Verdachts genügen.[113] Auch an dieser Stelle setzte sich das OVG wiederholt mit den von der AfD vorgetragenen Distanzierungen auseinander und stellte fest, dass eine für die Ausräumung des Verdachts notwendige ernsthafte Distanzierung nicht erfolgt sei.[114] Das OVG sieht zudem gerade in dem Umstand, dass die Anhaltspunkte aus einer nicht öffentlichen Chatgruppe entstammen, das besondere Bedürfnis, zur Aufklärung des Verdachts auch nachrichtendienstliche Mittel zur Informationsgewinnung einzusetzen. Denn es sei der Verdacht gerechtfertigt, dass die Mitglieder der AfD in ihren öffentlichen Äußerungen ihre wahren politischen Zielsetzungen nicht vollständig wiedergeben würden, anders als in vertraulichen Kreisen wie beispielsweise in nicht öffentlichen Chatgruppen.[115]

Das OVG sah es aufgrund der bereits festgestellten Anhaltspunkte schließlich nicht als entscheidungserheblich an, ob sich auch aus Äußerungen von Mitgliedern und Anhängern der AfD tatsächliche Anhaltspunkte für weitere verfassungsfeindliche, gegen die Menschenwürde, das Demokratieprinzip oder das Rechtsstaatsprinzip gerichtete Bestrebungen ergeben.[116]

Das vorliegende Gutachten untersucht die im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung angefallenen Erkenntnisse zur AfD und bewertet diese im Hinblick auf deren weitere Bearbeitung. Dabei ist zu prüfen, ob der bei Einstufung zum Verdachtsfall bestehende Verdacht für eine verfassungsfeindliche Bestrebung entfallen ist – sodann wäre die Beobachtung einzustellen –, ob der Verdacht unvermindert fortbesteht und eine weitere Beobachtung als Verdachtsfall erforderlich ist, oder ob die Anhaltspunkte sich zur Gewissheit verdichtet haben und eine Hochstufung zur gesichert extremistischen Bestrebung zu erfolgen hat.[117]

[113] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 258.
[114] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260.
[115] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 261.
[116] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 264.
[117] Vgl. zur Differenzierung zwischen Verdachtsfall und gesichert extremistischer Bestrebung auch VG Ansbach, Urt. v. 25.04.2019, AN 16 K 17.01038, juris, Rn. 38; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn.164 ff.

EINFÜHRUNG

Seit der Einstufung der AfD zum Verdachtsfall hat das Bundesamt für Verfassungsschutz zahlreiche weitere offen zugängliche Informationen erhoben. Diese Informationen werden im vorliegenden Gutachten konsolidiert ausgewertet und ergebnisoffen einer Gesamtbewertung zugeführt, aus der sich mit Blick auf die drei vorgenannten Optionen das weitere Vorgehen ergeben wird.

B. Methodik

I. Art der aufgeführten Belege

Im vorliegenden Gutachten werden Verlautbarungen und Aktivitäten von Repräsentantinnen und Repräsentanten[118], Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern sowie Gremien, Organisationseinheiten und Teilorganisationen der AfD hinsichtlich des Vorliegens tatsächlicher Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung überprüft. Als Belege wurden dabei programmatische Schriften und Grundsatzpapiere, Publikationen, Verlautbarungen auf Internetpräsenzen und in sozialen Netzwerken sowie Aussagen im öffentlichen Raum wie z. B. Reden auf Wahlkampfveranstaltungen und Demonstrationen herangezogen. Auf die Verwendung von Redebeiträgen aus dem parlamentarischen Raum wurde angesichts des dahingehend bestehenden erhöhten Schutzstatus durch Art. 38 GG verzichtet.

Insgesamt werden in den für die inhaltliche Bewertung maßgeblichen Kapiteln (E. I bis E. III und F. I. bis F. III) Belege zu 105 Organisationseinheiten bzw. Teilorganisationen und zu 353 Personen berücksichtigt. Letztere sind in dem als Anhang beigefügten Personenglossar aufgeführt. Zusätzlich werden im Personenglossar auch solche Personen ausgewiesen, die lediglich im Zusammenhang mit deskriptiven Ausführungen zu Struktur und Entwicklung der Partei und nicht im Zusammenhang mit tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung genannt sind. Sie sind entsprechend gekennzeichnet.

Im Gutachten werden Belege aus allen Ebenen der Partei berücksichtigt. Dabei erhebt es keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Der Fokus liegt auf Funktions- und Mandatsträgerinnen und -trägern der Bundes- und Landesebene. Der Bundesebene zugerechnet werden Mitglieder des Europaparlaments, des Bundestags, der Bundesvorstände von AfD, der formal aufgelösten JA und weiteren Personenzusammenschlüssen innerhalb der Partei, sowie solche Belege, die dem AfD-Bundesverband und dem Bundesverband der Jungen Alternative selbst zuzuordnen sind. Der Landesebene werden Landtagsabgeordnete der Partei, Mitglieder der Landesvorstände von AfD und JA sowie Verlautbarungen und Aktivitäten der Landesverbände zugerechnet. In geringerem Umfang wurden auch Belege der Kreisebene – also aus den

[118] In diesem Gutachten werden ausschließlich die männliche und weibliche Form verwendet. Damit sind alle anderen Formen gleichermaßen gemeint.

Kreis- und Ortsverbänden von AfD bzw. JA und vereinzelt von einfachen Mitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der AfD – angeführt. Aussagen von einfachen Mitgliedern – ohne aktuellen Funktionsposten – wurden der Partei nur dann zugerechnet, wenn die entsprechenden Aussagen auf offiziellen Kommunikationskanälen oder Parteiveranstaltungen getätigt wurden und damit im unmittelbaren Zusammenhang zu Aktivitäten der Partei standen und die Partei entsprechend die Möglichkeit hatte, sich selbst zu positionieren. Zudem wurden der Partei Aussagen ehemaliger Funktionärinnen und Funktionäre zugerechnet, die zum Zeitpunkt der Äußerung einen Funktionsposten innehatten, oder Aussagen einfacher Mitglieder, die auch auf anderen Organisationsebenen durch Funktionärinnen und Funktionäre der Partei aufgegriffen und unterstützt wurden.[119]

In der Kontextualisierung der für die inhaltliche Bewertung maßgeblichen Belege (Kapitel E I. bis E III. und F. I. bis F. III.) wird auf die Funktion des Urhebers bzw. der Urheberin zum Zeitpunkt der Äußerung oder Handlung verwiesen. Sollte es im Lauf des Prüfungsprozesses zu Funktions- und Ämterwechseln, Austritten oder Ausschlüssen der Personen aus der Partei gekommen sein, wurden diese Änderungen gekennzeichnet und – sofern die Informationen dem BfV vorliegen – im Rahmen der Gewichtung entsprechend berücksichtigt.

Verlautbarungen von ausgeschlossenen Mitgliedern oder von Mitgliedern, gegen die Ausschlussverfahren anhängig sind, wurden für sich genommen als <u>nicht entscheidungsrelevant</u> behandelt. Im Sinne einer umfassenden Belegzusammenstellung wurden die Verlautbarungen jedoch in geringem Umfang in den folgenden Kapiteln aufgenommen, sofern die gegenständlichen Verlautbarungen zur Zeit einer noch aktiven Parteimitgliedschaft getätigt wurden. Dieses Vorgehen dient dadurch der umfassenden Darstellung des innerparteilichen Meinungsspektrums, da die entsprechenden Aussagen zumeist auch Reaktionen von anderen Mitgliedern und Parteigliederungen hervorriefen.

Die Bewertung der Verlautbarungen als <u>nicht entscheidungsrelevant</u> im Rahmen der Gewichtung bedeutet jedoch nicht automatisch, dass das initiierte bzw. abgeschlossene Ausschlussverfahren als Distanzierung der Gesamtpartei von verfassungsfeindlichen Positionen einzelner Mitglieder zu sehen ist. Da die Ausschlussanträge

---

[119] Den rechtlichen Zurechnungsmaßstäben aus BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 563 folgend. Im Detail vgl. Kapitel C. I. 4.

und die Entscheidungen der Parteischiedsgerichte nicht veröffentlicht werden, ist vielfach nicht erkennbar, gegen welche Personen überhaupt eine parteiliche Disziplinarmaßnahme vorliegt, welche Gründe jeweils tragend für den Parteiausschluss waren und von welchen Positionen sich die Partei damit distanziert hat. Überdies wurden relevante Parteiordnungsmaßnahmen im Rahmen der strukturellen Entwicklung der Partei betrachtet und bei der Gesamtwürdigung berücksichtigt.

Soweit Verlautbarungen von Parlamentsabgeordneten im Gutachten berücksichtigt wurden, ist darauf hinzuweisen, dass damit nicht automatisch zugleich eine gezielte personenbezogene systematische Datenverarbeitung (Beschaffung und Speicherung in Personenakten oder NADIS WN) verbunden war.

Für die Prüfung wird auf tatsachengegründete Belege abgestellt. In jeder Phase der Gefahrerforschung – auch für die gesichert extremistische Bestrebung – sind dabei Äußerungen von Abgeordneten regelmäßig in besonderer Weise geeignet, die von einer Partei verfolgten Ziele und Konzepte nachzuvollziehen, und danach für deren Bewertung besonders bedeutsam.[120] Im Ergebnis rechtfertigen die besondere Bedeutung dieser Informationen zum Schutz herausragender Rechtsgüter und der tatsachengegründete individuelle Verstrickungsverdacht zum Betroffenen den Einbezug dieser Informationen in die Sammlung auch unter Berücksichtigung des besonders schutzwürdigen Abgeordnetenstatus.

II. Zeitraum der aufgeführten Belege

Der ursprünglich für die Begutachtung vorgesehene Beobachtungszeitraum reichte bis Mitte November 2024. Nachdem sich seit der Entlassung des damaligen Bundesministers für Finanzen am 6. November 2024 allerdings im Verlauf des Monats immer mehr abzeichnete, dass die eigentlich für September 2025 terminierte Bundestagswahl signifikant nach vorne verschoben werden würde, erschien es sachgerecht, die im Rahmen des Bundestagswahlkampfes zu erwartenden Erkenntnisse auch noch für die Gesamtabwägung des Gutachtens zu berücksichtigen. Da die einzelnen Unterkapitel zu den jeweiligen Anhaltspunkten zu diesem Zeitpunkt bereits fertiggestellt

[120] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 569.

waren, wurden diese seit November 2024 mit Blick auf die Bundestagswahl angefallenen Erkenntnisse in einem eigenständigen Kapitel zusammengefasst.[121] Die zeitlich parallelen Entwicklungen in Bezug auf das Verhältnis zwischen AfD und JA wurden in Kapitel E. ergänzt.[122]

Der Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung ist entscheidungserheblich für die Frage, ob der ursprünglich festgestellte Verdacht sich bestätigt hat oder nicht.

Sofern in einzelnen Fällen im Kapitel E. Belege verwendet wurden, die vor der Verdachtsfalleinstufung entstanden sind, dient dies der Kontextualisierung aktueller Aussagen und Positionen oder zum etwaigen Nachweis von z. B. langjährigen Verbindungen zu (rechts-)extremistischen Bestrebungen.

III. Formale Hinweise zu aufgeführten Belegen

Bei der Zitierung von Verlautbarungen wurden orthografische und grammatikalische Fehler stets aus den vorliegenden Originalbelegen übernommen. Eine gesonderte Markierung dieser erfolgte nicht. Im Fall der Verwendung von Rede- und Videobeiträgen wurden diese möglichst wortgenau transkribiert. Zur Verbesserung der Lesbarkeit wurden Wortwiederholungen und die Wiedergabe von Stocken im Redefluss sowie Füllwörtern vermieden.

Anmerkungen zur Verbesserung des Textverständnisses wurden innerhalb der Zitate als solche gekennzeichnet und in eckige Klammern gesetzt: [Anm.:]. Auslassungen innerhalb der Zitate wurden ebenfalls mit eckigen Klammern [...] markiert. Auslassungen vor und nach den aufgeführten Zitaten erhielten keine gesonderte Kennzeichnung. Grammatikalische Anpassungen im Sinne der Lesbarkeit wurden ebenso mit eckigen Klammern gekennzeichnet.

Alle verwendeten Belegstellen wurden mit dem Datum der getätigten Aussage und dem Abrufdatum versehen. In vereinzelten Fällen, bei denen das Abrufdatum nicht erkennbar und auch eine Nachsicherung unmöglich war, wurde dies in der Referenz kenntlich gemacht.

---

[121] Vgl. Kapitel F. Tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung seit November 2024.
[122] Vgl. Unterkapitel E. III. Verfassungsschutzrechtliche Relevanz des ehemaligen Flügels und der JA für die AfD.

Im Falle von geteilten Beiträgen in den sozialen Netzwerken wurden diese – unter entsprechender Gewichtung – dem Urheber und ggfs. den teilenden Personen oder Organisationseinheiten zugeschrieben. In diesem Fall wurde – wenn nicht bereits auf beiden Ebenen aufgefallen – von einer doppelten Sicherung des Belegs abgesehen.

Die Belege werden grundsätzlich an der Stelle im Gutachten ausgewertet, an der sie verfassungsschutzrechtliche Relevanz entfalten. Grundsätzlich wurde dabei der Schwerpunkt der Aussage ermittelt, um zu prüfen, ob und gegen welches Element der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine Aussage oder Position verstoßen könnte. Eine Vielzahl von Belegen betrifft aber zugleich mehrere Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bzw. mehrere Facetten etwa der Menschenwürdegarantie. Lediglich in Fällen besonderer Relevanz werden die Belege mehrfach zitiert und an entsprechender Stelle ausgewertet. Sofern eine inhaltlich identische Belegstelle wiederholt verwendet wurde, wird dies in der dazugehörigen Fußnote ausgewiesen. Bei der Bewertung der Frage, wie gewichtig verfassungsfeindliche Positionen in der Gesamtpartei sind, wurden diese Mehrfachverwertungen entsprechend berücksichtigt.

Entlastende Momente wurden bei der Begutachtung berücksichtigt. In Bezug auf einzelne Äußerungen wurde darauf verzichtet, diese in einem gesonderten Kapitel aufzuführen. Sollte ein Beleg aufgrund entgegenstehender entlastender Momente für sich genommen bereits keinen Anhaltspunkt darstellen, wurde von einer Aufnahme in das Gutachten abgesehen. Für den Fall, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit entgegenstehenden Äußerungen für erforderlich gehalten wurde, weil die Belege als Anhaltspunkte bewertet wurden, erfolgte dies an der Stelle, an der der jeweilige Anhaltspunkt aufgeführt wird. Diese Vorgehensweise dient der Übersichtlichkeit, da auf diese Weise sogleich und nicht erst an entfernter Stelle im Gutachten erkennbar wird, ob ein jeweiliger Anhaltspunkt verwertbar ist. Hiervon zu unterscheiden sind von konkreten Äußerungen unabhängige strukturelle, organisatorische oder strategische Aspekte in Bezug auf die Partei insgesamt, die der Gesamtbewertung vorbehalten sind.

C. Rechtliche Vorgaben

I. Maßstab für die Einstufung von Beobachtungsobjekten

Gemäß §§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 1 S. 1 lit. c, 4 Abs. 1 S. 3 BVerfSchG haben die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder den Auftrag, Informationen über Personenzusammenschlüsse zu sammeln und auszuwerten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass in diesen verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt werden. Liegen diese Voraussetzungen vor, sind die Verfassungsschutzbehörden zur Beobachtung entsprechender Bestrebungen und Tätigkeiten nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet.[123]

Das BVerfSchG normiert in § 4 Abs. 1 S. 3 zunächst das Vorliegen *„tatsächlicher Anhaltspunkte“* als Voraussetzung für das Tätigwerden des Bundesamts für Verfassungsschutz und fordert in § 16 BVerfSchG *„hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte“* für eine Aufklärung der Öffentlichkeit. Hierbei ist zwischen Prüffällen und Beobachtungsobjekten zu differenzieren.[124] Ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen von verfassungsfeindlichen Bestrebungen, ist zu prüfen, ob diese ausreichend sind, um eine Einstufung als Beobachtungsobjekt vorzunehmen. Innerhalb der Beobachtungsobjekte wird weitergehend zwischen Verdachtsfällen und gesichert extremistischen Bestrebungen differenziert (siehe hierzu C. I. 4. Unterscheidung zwischen Verdachtsfall und gesichert extremistischer Bestrebung).

1. Parteien als Beobachtungsobjekt

Ein Tätigwerden des Verfassungsschutzes setzt – von dem Sonderfall des § 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 BVerfSchG abgesehen – zunächst das Bestehen eines Personenzusammenschlusses voraus. Unter einem Personenzusammenschluss i. S. d. § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 BVerfSchG ist dabei jede beliebige Mehrheit von Personen

---

[123] Vgl. BVerfG, Urt. v. 18.03.2003, 2 BvB 1/01, 2 BvB 2/01, 2 BvB 3/01, juris, Rn. 365; Warg, in Dietrich/Eiffler, V § 1 Rn. 40; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 4 Rn. 131 m. w. N.; Gärditz, Klaus Ferdinand: „Beobachtung der AfD“ vom 01.02.2021, in: www.verfassungsblog.de; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 288.

[124] Das OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 270, stellt in den Raum, dass es sich beim Prüffall möglicherweise um einen Unterfall des Verdachtsfalls handele, bei dem aus Verhältnismäßigkeitsgründen auf den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel verzichtet wird. Die Frage ließ das Gericht letztlich mangels Entscheidungsrelevanz offen und wirkt sich auch hier nicht aus, da ohnehin das Verdachtsfallstadium erreicht ist. Im Folgenden wird daher weiterhin an der hausüblichen Differenzierung zwischen Prüffällen und Beobachtungsobjekten festgehalten.

zu verstehen, die einen gemeinsamen Zweck verfolgt. Zu den Personenzusammenschlüssen zählen dementsprechend auch politische Parteien, denn diese sind nach § 2 Abs. 1 PartG „*Vereinigungen von Bürgern*", also eine Mehrheit von Personen. Des Weiteren wollen Parteien „*auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken*", verfolgen also ein gemeinsames Ziel.

Die Beobachtung von Parteien bewegt sich im Spannungsfeld zwischen den Rechten der Parteien aus Art. 21 Abs. 1 GG einerseits und den zu schützenden Rechtsgütern der freiheitlichen demokratischen Grundordnung andererseits. Dabei ist Ausdruck der sogenannten streitbaren Demokratie des Grundgesetzes, dass auch die für die Demokratie konstituierenden Freiheitsbetätigungen, wie die von Parteien, Beeinträchtigungen unterliegen können.

In diesem Sinne ist die Beobachtung von Parteien durch das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht von vornherein unvereinbar mit den Rechten der Parteien aus Art. 21 Abs. 1 GG.[125] Es kann im Einzelfall geboten sein, dass die Rechte der Parteien zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zurücktreten. Beobachtungsmaßnahmen betreffen dabei das Recht der Parteien, sich frei, d. h. unabhängig von staatlicher Einflussnahme und Überwachung, betätigen zu können.[126] Sie können ferner das Recht auf Chancengleichheit der Parteien aus Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG beeinträchtigen, wenn sie öffentlich gemacht werden.[127] Daher sind bei der Anwendung und Auslegung der Befugnisnormen aus §§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 1 S. 1 lit. c, 4 Abs. 1 S. 3 BVerfSchG der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einerseits und die Rechte der Parteien aus Art. 21 Abs. 1 GG anderseits stets zu berücksichtigen und ihr Ausgleich über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Rahmen einer Gesamtbetrachtung zu gewährleisten.[128]

Einer Beschränkung der Parteienfreiheit im Wege einer Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz steht des Weiteren auch nicht das Parteienprivileg aus

---

[125] Vgl. BVerfG, Urt. v. 18.03.2003, 2 BvB 1/01, 2 BvB 2/01, 2 BvB 3/01, juris, Rn. 365; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 102 ff. m. w. N.
[126] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 23.
[127] Shirvani, F. (2009): „Parteienfreiheit, Parteienöffentlichkeit und die Instrumente des Verfassungsschutzes", AöR 2009, 572, 591 ff.
[128] Wissenschaftliche Dienste des Bundestages: Ausarbeitung WD 3-3000-072/16, S. 6.

Art. 21 Abs. 4 GG entgegen.[129] Nach dieser Vorschrift sind Eingriffe in die Parteienfreiheit grundsätzlich dem BVerfG vorbehalten. Allein das BVerfG darf über das Verbot von politischen Parteien und ihren Ausschluss von staatlicher Finanzierung entscheiden; vor dem Ergehen einer solchen verfassungsgerichtlichen Entscheidung ist jedes administrative Einschreiten gegen den Bestand der politischen Partei unzulässig. Das Gleiche gilt für rechtliche Sanktionen gegen ihre Funktionäre, Mitglieder und Anhänger, soweit diese Sanktionen wegen parteioffizieller, mit allgemein erlaubten Mitteln arbeitender Tätigkeiten verhängt werden sollen. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist aber kein gegen den Bestand der politischen Partei gerichtetes Einschreiten, auch keine Sanktion ihrer Funktionäre, Mitglieder und Unterstützer.[130] Sie dient vielmehr der Aufklärung des gegen die Partei gerichteten Verdachts; die grundsätzliche Zulässigkeit einer solchen Aufklärung wird vom Grundgesetz vorausgesetzt.[131]

2. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Der Begriff der Bestrebungen ist in § 4 Abs. 1 S. 1 lit. c BVerfSchG legaldefiniert. Danach sind Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in § 4 Abs. 2 BVerfSchG genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

a. Freiheitliche demokratische Grundordnung als Schutzgut

Schutzgut der Vorschrift sind die in § 4 Abs. 2 BVerfSchG genannten Verfassungsgrundsätze. Bei der Prüfung der verfassungsfeindlichen Ausrichtung gegen einen dieser Grundsätze darf allerdings nicht allein auf den Wortlaut des § 4 Abs. 2 BVerf-

[129] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 21; Urt. v. 07.12.1999, 1 C 30/97, juris, Rn. 18; implizit auch: BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 409, 418; Beschl. v. 20.02.2013, 2 BvE 11/12, juris, Rn. 28; vgl. auch: BVerfG, Beschl. v. 22.05.1975, 2 BvL 13/73, juris, Rn. 70, Beschl. v. 29.10.1975, 1 BvE 1/75.
[130] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 21; Urt. v. 07.12.1999, 1 C 30/97, juris, Rn. 18.
[131] Ebd.

SchG abgestellt werden. Vielmehr ist der dortige Katalog im Lichte der Rechtsprechung des BVerfG zum Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auszulegen.

Das BVerfG hat in seinem Urteil zum Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 2017 betont, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung in Art. 21 Abs. 2 GG auf die drei zentralen, für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlichen, Grundprinzipien – die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip – zu reduzieren ist.[132] Zur Frage, ob die Maßstäbe, die im Zusammenhang mit einem Parteiverbotsverfahren entwickelt worden sind, uneingeschränkt auch auf die verfassungsschutzrechtliche Beobachtung einer Partei übertragbar sind, hat sich das BVerfG nicht ausdrücklich geäußert.

Das verfassungsgerichtliche Parteiverbot stellt die schärfste Waffe des demokratischen Rechtsstaates gegen seine organisierten Feinde und damit den weitreichendsten Eingriff in die Parteienfreiheit dar.[133] Ein Parteiverbot führt zum vollständigen Ausschluss der Partei aus dem Prozess der politischen Willensbildung und kommt daher erst in Betracht, wenn dasjenige in Frage gestellt und abgelehnt wird, was zur Gewährleistung eines freiheitlichen und demokratischen Zusammenlebens schlechthin unverzichtbar ist und daher außerhalb jedes Streits stehen muss.[134]

Eine vergleichbare Wirkung kommt der verfassungsschutzbehördlichen Beobachtung einer politischen Partei hingegen nicht zu. Zudem besteht ein Beobachtungs- und Informationsinteresse nicht nur hinsichtlich der schlechthin unverzichtbaren Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Auch die Ablehnung oder Missachtung sonstiger Grundrechte muss im Rahmen der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung mit einer Partei thematisiert werden können. Insofern ist jedenfalls denkbar, dass der Schutzzweck der §§ 3, 4 BVerfSchG und der hieran anschließenden Information der Öffentlichkeit unter den Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 und 2 Satz 1 BVerfSchG entsprechend weitergehen. Verschiedene Verwaltungsgerichte stellen daher für die Beobachtung politischer Parteien bislang auf

[132] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 535 ff.
[133] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 405.
[134] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 535.

den Katalog der Verfassungsschutzgesetze ab.[135] Das OVG NRW nimmt demgegenüber die Konzentration auf die Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vor. Nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung hat die Grundentscheidung der Verfassung für einen offenen Prozess der politischen Willensbildung zur Folge, dass auch das kritische Hinterfragen einzelner Elemente der Verfassung möglich sein muss, ohne dass dadurch ein Parteiverbot oder ein Finanzierungsausschluss ausgelöst werden kann. Daraus leitet das OVG ab, wenn keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die politische Betätigung die Grenzen zulässiger politischer Willensbildung überschreitet, auch kein Anlass für eine nachrichtendienstliche Beobachtung bestehe.[136]

Die Frage bedarf hier allerdings keiner abschließenden Klärung. Denn die in § 4 Abs. 2 BVerfSchG benannten Schutzgüter sind jedenfalls auf die Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zurückzuführen. Es handelt sich hierbei um maßgebliche Elemente des Rechtsstaats- und Demokratieprinzips.[137] Zudem sind wesentliche im Grundgesetz normierte Menschenrechte, wie das Diskriminierungsverbot und die Religionsfreiheit, Ausprägungen der Menschenwürde[138] und jedenfalls dann verfassungsschutzrechtlich relevant, wenn ihre Beseitigung angestrebt wird oder sie außer Geltung gesetzt werden sollen. Auch das OVG NRW sieht daher keinen Widerspruch zu den einfachgesetzlichen Aufzählungen, da diese Vorschriften nicht die Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sondern die sich daraus ergebenden Ableitungen in den Vordergrund stellten.[139] Das vorliegende Gutachten orientiert sich daher an den drei vom BVerfG definierten Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung: der Menschenwürde (aa), dem Demokratieprinzip (bb) und dem Rechtsstaatsprinzip (cc). Mit Blick auf diese Prinzipien kann auch die Positionierung zum Nationalsozialismus unter Umständen von Bedeutung für die verfassungsschutzrechtliche Einschätzung einer Partei sein (dd).

---

[135] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 183 ff.; VG München, Beschl. v. 17.04.2023, M 30 E 22.4913, juris, Rn. 63; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 67; VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn. 83 ff.

[136] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 119.

[137] Warg in: Dietrich/Eiffler: „Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste", 2017, V § 1 Rn. 48.

[138] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 541; VGH München, Urt. v. 06.07.2017, 10 BV 16.1237, juris, Rn. 39.

[139] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 119.

aa. Menschenwürde

Die Garantie der Menschenwürde schützt den einzelnen Menschen im Kern seiner personalen Individualität, Identität und Integrität und in seiner elementaren Rechtsgleichheit.[140] Der Mensch darf niemals zum bloßen Objekt staatlichen Handelns degradiert werden, sondern ist immer auch als Subjekt zu behandeln, dem um seiner selbst willen, allein kraft seines Menschseins ein Achtungsanspruch zukommt.[141]

Damit unvereinbar sind zunächst Vorstellungen von einem ursprünglichen und unbedingten Vorrang eines wie auch immer gearteten Kollektivs gegenüber dem einzelnen Menschen. Die Menschenwürde wird nur geachtet, wenn der Einzelne als grundsätzlich frei und die ihm auferlegten Sozialbindungen als rechtfertigungsbedürftig gedacht werden. Dies bedeutet zwar nicht, dass Verweise auf die Sozialgebundenheit des Menschen dessen Würde in irgendeiner Weise in Frage stellen würden. Wer aber eine Gesellschaft will, in der der Einzelne dem Kollektiv untergeordnet ist, ohne dass es dafür im Einzelfall einer Begründung bedürfte, wendet sich damit gegen die Garantie der Menschenwürde.[142]

Mit der Garantie der Menschenwürde sind auch Vorstellungen unvereinbar, die den grundsätzlichen Achtungsanspruch des Menschen von etwas anderem als seiner bloßen Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung abhängig machen wollen.[143] Dies bedeutet zwar nicht, dass schon jeder Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG oder die besonderen Diskriminierungsverbote aus Art. 3 Abs. 2 und 3 GG auch die Menschenwürde verletzen. Erst recht stellen sachlich begründete Ungleichbehandlungen keinen Verstoß gegen die Menschenwürde dar. Wer aber eine Gesellschaft will, in der bestimmten Gruppen von Menschen ein von vorneherein abgewerteter rechtlicher Status zugeschrieben wird oder in welcher diese Gruppe von Menschen einer demütigenden Ungleichbehandlung ausgesetzt werden, wendet sich gegen die Garantie der Menschenwürde.

Durch das Lob des Patriotismus, der Liebe zum Heimatland und des Zusammengehörigkeitsgefühls in der sozialen Gemeinschaft wird die Menschenwürde nicht in Frage gestellt. Die Grenze wird aber dann überschritten, wenn der Einzelne als der

---

[140] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 539.
[141] Ebd.
[142] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 540.
[143] Dazu und zum Folgenden: BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 538 ff.; BVerfG, Urt. v. 23.01.2024, BvB 1/19, juris, Rn. 250 ff.; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 197.

Gemeinschaft unbedingt untergeordnet gedacht und seine Würde von der Zugehörigkeit zu der Gemeinschaft abhängig gemacht wird. Dies ist etwa der Fall, wenn in völkisch-nationalistischer Weise allein das Überleben des Volkes als Organismus zum Ziel des politischen Handelns gemacht wird, hinter dem die Interessen des Einzelnen vollständig zurückzutreten haben.

Auch Vorstellungen, die in diesem Sinne den Erhalt des Volkes in seinem ethnischen Bestand fordern und ethnische „Fremde" nach Möglichkeit ausschließen, verstoßen gegen die Garantie der Menschenwürde,[144] da ein dergestalt völkisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff eine Ausrichtung des Zuwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrechts an ethnischen Kriterien impliziert, wonach bestimmte Menschen qua Geburt und ihrer Natur nach aus dem Volk ausgeschlossen wären. Ein solcher Volksbegriff stellt die Subjektqualität des Individuums und den aus der Menschenwürde folgenden Achtungsanspruch des Einzelnen in Frage und führt überdies zu einer Verweigerung elementarer Rechtsgleichheit für all jene, die nicht der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft" angehören.[145] Letztlich führt dies auch für Personen, die bereits über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, zu einer Klassifizierung und Abstufung auf Grundlage der ethnischen Zugehörigkeit in solche erster und zweiter Klasse. Dies gilt selbst dann, wenn der ethnische Volksbegriff Ausnahmen zuließe und auf Ausbürgerungen verzichten würde.[146]

Das OVG NRW sieht dabei nicht bereits die rein deskriptive Verwendung eines „ethnisch-kulturellen Volksbegriffs" als beachtlich an. Die Schwelle zur Verfassungsschutzrelevanz sei erst dann überschritten, wenn die Verwendung des Begriffs mit einer politischen Zielsetzung verbunden sei, mit der die rechtliche Gleichheit aller Staatsangehöriger in Frage gestellt wird.[147] Hierfür seien jedoch keine explizit geäußerten Forderungen nach einer rechtlichen Diskriminierung deutscher Staatsangehöriger mit Migrationsgeschichte zwingend, da bei einer politischen Partei regelmäßig angenommen werden könne, dass sie den von ihr geäußerten Fehlentwicklungen aktiv rechtlich und tatsächlich entgegensteuern wolle. Hinreichende Anhaltspunkte für das Vorliegen solcher Bestrebungen böten daher auch abwertende Äußerungen, die deutlich machen, dass deutsche Staatsangehörige mit Migrationsgeschichte nicht

[144] VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 97/20, Rn. 37 BeckRS; bestätigt in OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, OVG 1 S 56/20, juris, Rn. 29 f.
[145] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 635.
[146] OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, OVG 1 S 56/20, juris, Rn. 38.
[147] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 202.

als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft angesehen werden, sofern diese Äußerungen im Zusammenhang mit der politischen Betätigung der Partei abgegeben werden und sich aus dem Kontext ergibt, dass die Migrationsgeschichte als solche als Problem gesehen wird und nicht – rechtlich zulässig – eine fehlende Integration beklagt oder für eine restriktivere Migrations- und Einbürgerungspolitik geworben werden soll.[148]

Eine Beeinträchtigung der Menschenwürde liegt demgegenüber nach anderer in der Rechtsprechung vertretener Ansicht bereits bei allen Formen rassisch motivierter Diskriminierung vor sowie wenn einzelne Personen oder Personengruppen grundsätzlich wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden,[149] die Gleichwertigkeit aller Staatsangehöriger also in Zweifel gezogen wird und nicht erst unter der Voraussetzung einer intendierten rechtlichen Ungleichbehandlung. Aufgrund des Umstands, dass auch das OVG anhand der vorgelegten Belege in der Gesamtschau zu der Bewertung gelangt, dass die von ihm dargelegten Voraussetzungen erfüllt sind, hat der konkretisierte Maßstab jedoch keine praktischen Auswirkungen auf die hiesige Bewertung.

Die Behandlung von Sachthemen wie die Entwicklung von Parallelgesellschaften und daraus resultierende Problematiken als solches begründen jedoch ebenso wenig Verfassungsschutzrelevanz wie das Eintreten für eine restriktive Einwanderungspolitik.[150] Wenn in diesem Zusammenhang allerdings das politische Ziel propagiert wird, das deutsche Volk in seinem „ethnisch-kulturellen Bestand" zu erhalten, ist dies als Anhaltspunkt für ein ethnisch-kulturelles Volksverständnis zu werten.

Auch Kritik an den Angehörigen von Minderheiten oder die Forderung nach der gesetzlichen Einschränkung der von ihnen in Anspruch genommenen Grundrechte stellt nicht per se deren Menschenwürde in Frage. Die Grenze wird dann überschritten, wenn in solcher Kritik oder solchen Forderungen eine grundsätzliche Abwertung der

---

[148] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 207.
[149] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 217; VG Berlin, Urt. v. 12.11.2020, 1 K 606.17, juris, Rn. 38; dieses bestätigend: OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.06.2021, OVG 1 N 96,20, juris, Rn. 11.
[150] Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, juris, Rn. 48; VG München, Beschl. v. 27.07.2017, M 22 E 17.186, juris, Rn. 67.

Angehörigen der Minderheit allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit zum Ausdruck kommt oder wenn die Forderungen sich auf einen Eingriff in den Menschenwürdegehalt ihrer Grundrechte richten.

Demzufolge ist es zulässig, tatsächliche und vermeintliche Kriminalität von Migranten zu thematisieren und zum Gegenstand des politischen Diskurses zu machen oder die tatsächlich oder vermeintlich fehlende Anpassung von bestimmten Bevölkerungsgruppen an die Lebensgewohnheiten der Mehrheitsbevölkerung zu problematisieren und eine stärkere Anpassung zu fordern. Auch Kritik an der Einwanderungs- und Asylpolitik ist nicht verfassungsschutzrelevant. So stellt die Forderung nach einer weitgehenden Beschränkung von Zuwanderung keinen Anhaltspunkt für fremdenfeindliche Bestrebungen dar. Anders ist es allerdings zu beurteilen, wenn Äußerungen unmittelbar an die Asylbewerber und Asylbewerberinnen sowie Migranten und Migrantinnen adressiert sind und diese pauschal verächtlich machen.[151]

Nicht zu beanstanden ist zudem, die Religion oder eine sonstige Lebensanschauung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe inhaltlich zu kritisieren, ohne die Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppe persönlich abzuwerten. Auch Forderungen nach einer gesetzlichen Beschränkung der Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG oder ihrer Modifikation durch Verfassungsänderung bewegen sich grundsätzlich im Rahmen des allgemeinen politischen Diskurses. Keine Verfassungsschutzrelevanz begründen in diesem Zusammenhang auch Äußerungen, die lediglich als muslim- oder islamkritisch anzusehen sind, sich z. B. nur gegen bestimmte Erscheinungsformen der Religion und ihrer Ausübung richten. Die Grenze wird aber überschritten, wenn Gläubige wegen ihres Glaubens diskriminiert und ihnen generell der Schutz des Art. 4 GG versagt werden soll. Ferner wird sie überschritten, wenn die Religion und ihre Gläubigen im Sinne eines pauschalen Feindbilds abgelehnt oder bestimmte Bevölkerungsgruppen als ihrer Natur nach kriminell, aggressiv, triebgesteuert und gefährlich dargestellt werden. Sie ist auch überschritten, wenn den Angehörigen einer solchen Bevölkerungsgruppe das Recht auf freie Selbstentfaltung, Religionsausübung und Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess vollkommen abgesprochen wird, indem ihre vollständige Anpassung in Verhalten und Denken an den autochthonen Deutschen verlangt wird.

[151] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 721.

Verunglimpfungen in Form von tatsachenwidrigen pauschalen Verdächtigungen und Unterstellungen würdigen dabei Menschengruppen in ihrer Gesamtheit ab und rufen Ablehnung hervor. Solche Agitationen schüren Ängste, Unsicherheiten und Vorurteile und sind damit letztlich auch geeignet, den Boden für unfriedliche Verhaltensweisen gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen zu bereiten.[152]

bb.Demokratieprinzip

Das Demokratieprinzip verbürgt die freie Selbstbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger. Politische Freiheit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger sind die Grundbedingungen der Demokratie. In einer Demokratie muss sich die Willensbildung stets vom Volk zu den Staatsorganen und nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk vollziehen. Dieser Prozess der politischen Meinungsbildung muss zudem offen gestaltet und für alle wahlmündigen Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein; er setzt somit die gleichberechtigte Teilhabe aller voraus. Darüber hinaus beinhaltet das Demokratieprinzip die Volkssouveränität, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Die Staatsgewalt darf keine anderen Legitimationsquellen als das Volk haben (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG). Unverzichtbar für ein demokratisches System sind danach die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung aller Staatsgewalt an das Volk.[153]

Nach der Rechtsprechung des BVerfG bedeutet die Ablehnung des Parlamentarismus an sich noch keine Missachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sofern sie mit der Forderung nach der Ersetzung durch ein plebiszitäres System verbunden ist.[154] Dementsprechend können Forderungen nach der Ablösung der im Grundgesetz vorgesehenen parlamentarisch-repräsentativen Demokratie mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sein, sofern Alternativen aufgezeigt werden, die einen ununterbrochenen Legitimationszusammenhang zwischen dem Volk und den mit der Ausübung staatlicher Aufgaben betrauten Organen und

---

[152] VG Berlin, Urt. v. 07.09.2016, 1 K 71.15, juris, Rn. 23; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 148 f.
[153] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 543.
[154] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, a. a. O.

Amtswaltern garantieren. Die Staatsgewalt darf aber niemals als Werkzeug zur Perpetuierung der Herrschaft einer bestimmten Mehrheit dienen.[155]

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass Kritik an der Regierung nicht gegen das Demokratieprinzip verstößt. Des Weiteren ist es auch ohne jede Verfassungsschutzrelevanz, wenn eine Partei eine grundlegende Veränderung der politischen Verhältnisse und der Ausrichtung der Sachpolitik anstrebt, etwa indem sie bestehende Parteien grundlegend kritisiert, deren Auffassungen als vollkommen überholt und schädlich darstellt und diese in Wahlen zu verdrängen sucht. Auch sind Fragen nach notwendigen Veränderungen der aktuellen konkreten Ausgestaltung des demokratischen Entscheidungsprozesses legitim. Den Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlässt die Partei aber dann, wenn sie den Parlamentarismus und die aktuellen politischen Verhältnisse verächtlich macht, ohne aufzuzeigen, auf welchem Weg sie sonst dem Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung tragen und die Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten will.[156]

Anhaltspunkte für eine derartige Bestrebung gegen das Demokratieprinzip durch nicht sachbezogene Verächtlichmachungen können sich insbesondere aus gehäuften pauschalen Beschimpfungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen des Staates und seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten ergeben, bei denen es nicht mehr um Kritik und Auseinandersetzung geht, sondern darum, das Vertrauen der Bevölkerung in die verfassungsmäßige Ordnung von Grund auf zu erschüttern, damit ihr die freiheitliche demokratische Grundordnung als Ganzes fragwürdig erscheine.[157]

Hierbei ist nicht jede scharfe, polemische oder emotionale Äußerung bereits als tatsächlicher Anhaltspunkt zu bewerten, insbesondere dann nicht, wenn aus ihr lediglich die innere Überzeugung hervortritt, dass ein Mitglied aus den eigenen Reihen das betreffende Staatsamt besser ausfüllen würde und die Äußerung damit als Kritik verbunden mit der Darstellung des eigenen Willens zur Macht zu verstehen ist. Davon

---

[155] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 545.
[156] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 546.
[157] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 250; vgl. auch Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG §§ 3, 4 Rn. 124 m. w. N.

zu unterscheiden sind jedoch Schmähungen in reiner Diffamierungsabsicht, die jeglichen Sachbezug vermissen lassen.[158]

Die Grenze zur Verächtlichmachung des Parlamentarismus ist dabei erst dann überschritten, wenn sich aus einer Äußerung ergibt, dass dem politischen Gegner die Existenzberechtigung abgesprochen werden soll. Ohne Hinzutreten dieser Absicht stellt sich beispielsweise die bloße Verwendung von Begrifflichkeiten wie „Altparteien", „Parteiendiktatur" oder „Machtmissbrauch" noch nicht als Indiz für verfassungsfeindliche Bestrebungen dar.[159]

cc. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip zielt auf die Bindung und Begrenzung öffentlicher Gewalt zum Schutz individueller Freiheit. Es ist ebenso wie das Demokratieprinzip durch eine Vielzahl einzelner Elemente geprägt. Das BVerfG hat im NPD-Verbotsverfahren verdeutlicht, dass von den Elementen des Rechtsstaatsprinzips die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte sowie die Beibehaltung des Gewaltmonopols des Staates bestimmend für die freiheitliche demokratische Grundordnung sind.[160]

Die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt umfasst dabei die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung sowie die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht. Die Bindung der Gesetzgebung an die Verfassung hat zunächst normenhierarchische Wirkung, da hiermit der Vorrang der Verfassung vor dem (einfachen) Gesetz statuiert wird (Art. 20 Abs. 3 GG). Die Bindung der Exekutive an das Gesetz bezieht sich auf alle Handlungsformen der Verwaltung. Sie beinhaltet eine unabhängigkeitssichernde Schutzfunktion und hat zudem legitimationsstiftende Bedeutung für das Verwaltungshandeln. Hinzu kommt der sogenannte Vorbehalt des Gesetzes, wonach das Handeln der vollziehenden Gewalt – insbesondere bei Eingriffen in Rechte der Bürgerinnen und Bürger – einer parlamentsgesetzlichen Grundlage bedarf.

[158] Dazu und zum Voranstehenden: BVerwG, Urt. v. 18.05.2001, 2 WD 42.00, juris, Rn. 54 ff.; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 252.
[159] BVerwG, Urt. v. 18.05.2001, 2 WD 42.00, juris, Rn. 68 ff.; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 254.
[160] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 547.

Nach dem sogenannten Gewaltmonopol des Staates ist die Anwendung physischer Gewalt staatlichen Organen vorbehalten, die an Gesetze gebunden sind und einer gerichtlichen Kontrolle unterliegen. Dem Einzelnen steht insoweit kein Selbsthilfe-recht zu.

Das Element der gerichtlichen Kontrolle wird durch die im Rechtsstaatsprinzip veran-kerte Justizgewährung verkörpert. Diese beinhaltet zugleich die staatliche Pflicht zur Gewährung wirksamen Rechtsschutzes durch Gerichte und den individuellen An-spruch des Einzelnen auf effektiven Rechtsschutz. Die Justizgewährung bildet die Kehrseite zum Gewaltmonopol des Staates.

dd.Positionierung zum Nationalsozialismus

Laut Bundesverfassungsgericht besitzt der Nationalsozialismus *„für die verfassungs-rechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eine gegenbildlich identitätsprä-gende Bedeutung, die einzigartig ist"*. Das Grundgesetz könne *„weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden"*.[161] Auch wenn das Verbot der nationalsozialistischen Betätigung keinen ge-nuinen Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstelle, komme *„der positiven historischen Bewertung des Nationalsozialismus und seiner führenden Repräsentanten oder der Leugnung der von den Nationalsozialisten be-gangenen Verbrechen"* damit eine *„erhebliche indizielle Bedeutung hinsichtlich der Verfolgung verfassungsfeindlicher, auf eine Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteter Ziele einer Partei zu"*.[162]

Fühlt sich eine Partei mit den zentralen Prinzipien des Nationalsozialismus verbun-den, kann hieraus etwa mit Blick auf das Führerprinzip, den ethnischen Volksbegriff sowie rassistische und antisemitische Haltungen ein Verstoß gegen die Menschen-würde und das Demokratieprinzip in Form der politischen Freiheit und Gleichheit so-wie gegen das Rechtsstaatsprinzip resultieren. Eine mögliche Wesensverwandt-schaft mit dem Nationalsozialismus ist daher bei der Prüfung der einzelnen Tatbe-

[161] BVerfG, Urt. v. 04.11.2009, 1 BvR 2150/08, juris, Rn. 65.
[162] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 592, 591.

standmerkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu berücksichtigen.[163] Einschlägige Verbindungen liegen eindeutig vor, wenn der historische Nationalsozialismus im Ganzen oder zumindest einzelne ideologische Fragmente befürwortet werden. Auch die Relativierung des nationalsozialistischen Unrechts oder Kritik an der zentralen Rolle des nationalsozialistischen Unrechts in der deutschen Erinnerungskultur kann als Verstoß gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gewertet werden, sofern dies mit einer Befürwortung nationalsozialistischer Ziele einhergeht.

Ob beziehungsweise inwieweit sich Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung konkretisieren, hängt vom Ausmaß ab, in dem z. B. positiv auf den Nationalsozialismus Bezug genommen oder dieser vorteilhaft dargestellt wird. Für die Prüfung sind insbesondere folgende Kriterien wesentlich, um die Positionierung zum Nationalsozialismus zu erfassen und zu bewerten:

- ob der Nationalsozialismus aktiv befürwortet, gerechtfertigt oder verherrlicht wird;
- ob der Nationalsozialismus beschönigend dargestellt wird, etwa indem der Unrechtscharakter des NS-Staates und seine Verbrechen verharmlost, bestritten oder systematisch verschwiegen werden;
- ob die aus dem Nationalsozialismus für die Deutschen und die Bundesrepublik resultierende rechtliche, finanzielle und moralische Verantwortlichkeit und die historische NS-Aufarbeitung grundsätzlich abgelehnt wird. Zwar liegt in solchen Haltungen nicht zwingend eine unmittelbare Befürwortung des Nationalsozialismus, jedoch kommt in der Ablehnung der NS-Aufarbeitung zum Ausdruck, dass die aus den Verbrechen des Nationalsozialismus gezogenen Lehren keine Relevanz mehr für die Gegenwart haben. Dies kann in der Zusammenschau mit den sonstigen Positionen der Partei Anhaltspunkte dafür bieten, dass politische Ziele verfolgt werden (z. B. völkische Positionen), die solange nicht durchsetzbar sind, wie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus andauert.

[163] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 598.

Ferner ist auch der Gebrauch eines an die NS-Propaganda angelehnten Sprachgebrauchs[164] bei der Prüfung zu berücksichtigen.

b. Feindliche Ausrichtung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die Annahme verfassungsfeindlicher Bestrebungen setzt gemäß § 4 Abs. 1 S. 1 lit. c BVerfSchG weiter voraus, dass sie darauf gerichtet sind, die beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Dies erfordert zunächst, dass der Personenzusammenschluss die Verfassungsgrundsätze nicht nur passiv ablehnt und kritisiert, sondern auf ihre Beeinträchtigung mit äußerlich feststellbaren Aktivitäten – wie z. B. der Schulung und Mobilisierung eigener Mitglieder, öffentlichen Auftritten oder der Teilnahme an Wahlen – hinwirkt. Politisch bestimmt sind diese Aktivitäten, wenn sie auch objektiv geeignet sind, politische Wirkungen zu entfalten, also die für das Gemeinwesen als solches geltenden verbindlichen Regeln zu verändern.[165] Ziel- und zweckgerichtet sind die fraglichen Aktivitäten schließlich, wenn sie mit einer gewissen Ernsthaftigkeit, Dauerhaftigkeit und Zielstrebigkeit ausgeführt werden.

Dementsprechend genügt für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht, dass der fragliche Personenzusammenschluss bzw. seine Mitglieder Beeinträchtigungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nur in Kauf nehmen.[166] Insbesondere kann die bloße innere Übereinstimmung oder Sympathie mit den Zielen einer anderen verfassungsfeindlichen Organisation eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht rechtfertigen. Eine Beobachtung kommt erst in Betracht, wenn der Personenzusammenschluss bzw. die für ihn verantwortlich Handelnden selbst auf die Beeinträchtigung des Schutzguts der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hinarbeiten.

[164] BVerwGE 83, 158, 170.
[165] BVerwG, Urt. v. 14.12.2020, 6 C 11/18, juris, Rn. 20.
[166] Hierzu und zum Folgenden: BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 60.

Unerheblich ist aber, ob die Beseitigung oder die Außerkraftsetzung des Schutzguts das politische Haupt- oder Endziel des Personenzusammenschlusses sind. Es genügt, dass sie ein maßgeblicher Zweck sind, den der Personenzusammenschluss und die für ihn verantwortlich Handelnden ggf. nur neben anderen politischen Zielen verfolgen.[167]

Unerheblich ist zudem, ob es möglich erscheint, dass die fraglichen Aktivitäten in absehbarer Zeit zu einer Beseitigung oder Außerkraftsetzung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung führen könnten. Auch Aktivitäten, die auf eher utopisch wirkende Ziele gerichtet sind, die nach menschlichem Ermessen nicht in absehbarer Zukunft verwirklicht werden, dürfen und müssen vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Es genügt, dass die Aktivitäten zu einer Einwirkung auf das Schutzgut potenziell tauglich erscheinen.[168]

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem Urteil des BVerfG im Verbotsverfahren gegen die NPD. Nach diesem Urteil hängt zwar die Zulässigkeit eines Parteiverbots davon ab, dass die verfassungsfeindlichen Aktivitäten einer Partei „Potenzialität“, also eine gewisse Aussicht auf Erfolg, haben. Diese Ausführungen beziehen sich aber nur auf das Parteiverbot und nicht auch auf sonstige Eingriffe in die Parteienfreiheit aus Art. 21 Abs. 1 S. 1 und 2 GG, wie etwa die Beobachtung durch den Verfassungsschutz.[169]

Die Voraussetzungen eines Parteiverbots gemäß Art. 21 Abs. 2 GG sind aufgrund der unterschiedlichen Eingriffswirkungen auch nicht unverändert auf die Beobachtung von Parteien durch Verfassungsschutzbehörden und den Begriff der Bestrebung zu übertragen. Mit einem Parteiverbot geht der Verlust des Status als Partei und der entsprechenden Rechte ihrer Mitglieder, ihre Auflösung und das Verbot, eine Ersatzorganisation zu schaffen, einher.[170] Die verfassungsschutzbehördliche Beobachtung und selbst die Unterrichtung der Öffentlichkeit hierüber weisen dagegen eine deutlich geringere Eingriffstiefe auf.

---

[167] BVerwG a. a. O.
[168] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 59; VG Köln, Urt. v. 11.11.2004, 20 K 1882/03, juris, Rn. 141.
[169] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 585 ff.
[170] Dreier/Morlok, 3. Aufl. 2015, GG Art. 21, Rn. 155.

Des Weiteren kommt es auch nicht darauf an, ob der Personenzusammenschluss gewalttätige oder in sonstiger Weise illegale Aktivitäten entfaltet. Der Verfassungsschutz darf und muss auch Bestrebungen beobachten, die mit legalen Mitteln, die auf die Durchsetzung eines politischen Ziels ausgerichtet sind, auf die Beeinträchtigung eines der Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hinarbeiten.[171] Die verantwortlich Handelnden müssen auf den Erfolg der Rechtsgutbeeinträchtigung hinarbeiten. Die bloße Kritik an Verfassungsgrundsätzen reicht für die Annahme einer verfassungsfeindlichen Bestrebung nicht aus, wenn sie nicht mit der Ankündigung von oder der Aufforderung zu konkreten Aktivitäten zur Beseitigung dieser Grundsätze verbunden ist.[172]

Schließlich ist auch nicht erforderlich, dass die fraglichen Aktivitäten die Schwelle zum Aggressiv-Kämpferischen überschreiten.[173] Das Vorliegen aggressiv-kämpferischer Verhaltensweisen ist nach der Rechtsprechung des BVerfG zwar Voraussetzung für ein Parteiverbot und ggf. für die Beobachtung eines Abgeordneten.[174] Im Übrigen ergeben sich aus dem Gesetz und der Rechtsprechung des BVerfG aber keine Vorgaben, die den Auftrag des Verfassungsschutzes auf aggressiv-kämpferische Aktivitäten beschränken würden.

Im Ergebnis ist damit auch bei Parteien und ihren Teilorganisationen insbesondere relevant, ob tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich eine Ablehnung von Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu eigen (gemacht) und zum Bestimmungsgrund ihres politischen Handelns gemacht haben.[175] Die weiteren gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz, nämlich die Entfaltung aktiver, politisch bestimmter, ziel- und zweckgerichteter Verhaltensweisen, dürften bei ihnen hingegen in aller Regel zu bejahen sein. Charakteristisches Ziel von Parteien und damit auch ihrer Teilorganisationen ist gerade die Einflussnahme auf die politische Willensbildung (§ 2 Abs. 1 PartG).

---

[171] Vgl. zu kämpferisch-aggressives Vorgehen: BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 59.
[172] Vgl. OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 154, mit weiteren Nachweisen: BVerfG, Urt. v. 26.04.2022, 1 BvR 1619/17, juris, Rn. 185 f.; BVerwG, Urt. v. 14.12.2020, 6 C 11.18, juris, Rn. 20 und vom 21.07.2010, 6 C 22.09, juris, Rn. 59 ff.; OVG NRW, Urt. v. 13.02.2009, 16 A 845/08, juris, Rn. 94 und vom 12.02.2008, 5 A 130/05, juris, Rn. 319.
[173] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 179 ff.; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 195; BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 59.
[174] BVerfG, Urt. v. 17.08.1956, 1 BvB 2/51, juris, Rn. 251; BVerfG, Urt. v. 17.09.2013, 2 BvR 2436/10, juris, Rn. 121.
[175] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 325; BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 60.

3. Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen

Für die Bearbeitung eines Personenzusammenschlusses müssen gemäß § 4 Abs. 1 S. 3 BVerfSchG „tatsächliche Anhaltspunkte" für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen.

a. Meinungsäußerungen und sonstige Verhaltensweisen als tatsächliche Anhaltspunkte

Tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen innerhalb einer Partei und ihren Teilorganisationen können aufgrund von zurechenbaren Meinungsäußerungen und sonstigen Verhaltensweisen vorliegen.

Einer Partei und ihren Teilorganisationen sind zunächst ihre jeweilige Satzung und andere, in einem formellen Verfahren beschlossene Dokumente, wie z. B. Programme und Parteitagsbeschlüsse, ohne Weiteres zuzurechnen. Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen können sich zudem aus den Äußerungen und Taten von führenden Persönlichkeiten und sonstigen Vertreterinnen und Vertretern, Mitarbeitenden und Mitgliedern sowie sonstigen Anhängerinnen und Anhängern der Gruppierung sowie aus deren Schulungs- und Werbematerial und aus den von ihr herausgegebenen oder beeinflussten Zeitungen und Zeitschriften oder sonstigen Publikationsorganen ergeben.[176]

Verlautbarungen, Erklärungen und sonstige politische Aktivitäten der maßgeblichen Funktionäre eines Personenzusammenschlusses sind diesem zuzurechnen. Meinungsäußerungen und Verhaltensweisen von maßgeblichen Funktionären können eine Beobachtung auch dann rechtfertigen, wenn sie nicht von den satzungsmäßigen oder sonstigen, in formellen Verfahren beschlossenen Zielen des Personenzusammenschlusses gedeckt werden.[177] Ein Personenzusammenschluss kann einer Be-

---

[176] Vgl. BVerfG, Urt. v. 17.08.1956, 1 BvB 2/51, juris, Rn. 228; OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 06.04.2006, OVG 3 B 3.99, juris, Rn. 47; OVG NRW, Urt. v. 13.02.2009, 16 A 845/08, juris, Rn. 47; OVG NRW, Beschl. v. 13.01.1994, 5 B 1236/93, juris, Rn. 46; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 155; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 157 ff.

[177] Hierzu und zum Folgenden: BVerfG, Urt. v. 23.10.1952, BvB 1/51, juris, Rn. 52; OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, juris, Rn. 48; BayVGH, Beschl. v. 07.10.1993, 5 CE 93.23327, juris, Rn. 23.

obachtung durch den Verfassungsschutz nicht dadurch entgehen, dass er sich in seinen offiziellen Dokumenten formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt und auf das Propagieren verfassungsfeindlicher Ziele verzichtet, wenn seine Mitglieder eben doch die Ablehnung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Bestimmungsgrund ihres politischen Handelns machen.[178]

Die handlungsorientierte Ablehnung von Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann sowohl in Form von politischen Forderungen und sonstigen Meinungsäußerungen bekundet werden als auch in sonstigen Verhaltensweisen, insbesondere in der Verbindung zu einer anderen extremistischen Organisationen, zum Ausdruck kommen.

Politische Forderungen und sonstige Meinungsäußerungen können eine handlungsorientierte Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstellen, wenn der Erlass von Gesetzen oder die Ergreifung von behördlichen Maßnahmen gefordert werden, die gegen einen Grundsatz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen, also z. B. den Menschenwürdegehalt eines Grundrechts verletzen. Bei Äußerungen innerhalb einer Partei oder einer Teilorganisation ist davon aber auch auszugehen, wenn nur allgemeinere Theorien und Konzepte beschrieben werden, die mit den grundsätzlichen Wertungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind, ohne dass konkrete Maßnahmen gefordert werden. Beispiel dafür wäre etwa das Propagieren eines rassistischen Weltbilds. Bei Äußerungen innerhalb einer Partei oder einer Teilorganisation einer Partei liegt es regelmäßig auf der Hand, dass die beschriebenen Theorien und Konzepte auch in politisches Handeln umgesetzt werden sollen.[179]

Dabei kommt es nicht entscheidend darauf an, ob die zur Feststellung des Bestehens verfassungsfeindlicher Bestrebungen herangezogenen Äußerungen für sich genommen zulässig sind, da sie vom Schutz der Meinungsfreiheit des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG umfasst sind. Im politischen Meinungskampf gilt zwar für die Abhandlung von Themen, an denen ein öffentliches Interesse besteht, allgemein die Vermutung für die

---

[178] So auch OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 157.
[179] So auch OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 163.

freie Rede und sind auch scharfe und übersteigerte Äußerungen grundsätzlich zulässig.[180] Mit der Feststellung, dass die einzelnen Äußerungen unter den Schutz der Meinungsfreiheit des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG fallen, ist jedoch nicht zugleich gesagt, dass deswegen die Berücksichtigung im Rahmen der verfassungsbehördlichen Beurteilung unzulässig wäre. Es ist dem Staat nicht verwehrt, aus Meinungsäußerungen, die den Schutz des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG genießen – also weder verboten sind, noch bestraft werden können – Schlüsse zu ziehen und Maßnahmen zum Rechtsgüterschutz zu ergreifen. Das Bundesverfassungsschutzgesetz definiert den Begriff der Bestrebung nicht anhand der Merkmale legal/illegal. Deshalb können die Verfassungsschutzbehörden an die Inhalte von Meinungsäußerungen anknüpfen, soweit diese Ausdruck eines Bestrebens sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. einzelne Kernelemente zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.[181] Dies trifft insbesondere bei politischen Parteien zu, da diese auf politische Aktivität und auf die Änderung der politischen Verhältnisse ausgerichtete Organisationen sind. Bei Meinungsäußerungen, die von oder innerhalb einer politischen Partei abgegeben werden, liegt zumindest nahe, dass sie mit der Intention einer entsprechenden Änderung der realen Verhältnisse getätigt werden.[182]

Die verfassungsfeindliche Zielrichtung kann sich auch aus einer Zusammenschau erlaubter Äußerungen ergeben.[183] Auch auf den ersten Blick mehrdeutige Äußerungen, die aber durch die Berücksichtigung des Kontexts, in dem sie getätigt wurden, und durch die Einbeziehung nachrichtendienstlichen Hintergrundwissens über den in Rede stehenden Phänomenbereich eindeutig ausgelegt werden können, sind verwertbar, wenn sich die im Subtext verdeckt enthaltene zusätzliche Aussage dem angesprochenen Publikum als „unabweisbare Schlussfolgerung" aufdrängt.[184] Der Verfassungsschutz ist nicht gehalten, extremistische Äußerungen gegen jede Logik als

---

[180] Vgl. BVerwG, Urt. v. 18.05.2001, 2 WD 42.00, 2 WD 43.00, juris, Rn. 37 ff.; OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 06.04.2006, OVG 3 B 3.99, juris, Rn. 168; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 157.

[181] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 180; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 159 m. w. N.

[182] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 61; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 150; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 163.

[183] Vgl. VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 159 m. w. N.; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 171.

[184] Vgl. BVerfG, Beschl. v. 23.03.2008, 1 BvR 1753/03, juris, Rn. 33.

noch verfassungskonform auszulegen.[185] Er muss auch nicht alle nach dem abstrakten Wortlaut einer Äußerung theoretisch denkbaren Deutungsmöglichkeiten berücksichtigen. Vielmehr darf er darauf abstellen, wie die konkreten Adressaten in dem jeweiligen Personenzusammenschluss eine Äußerung vernünftiger Weise verstehen dürften. Vor allem sind besondere Terminologien, Signalwörter und Vorverständnisse des jeweiligen Phänomenbereichs zu berücksichtigen. Des Weiteren sind auch vorherige Positionierungen des jeweiligen Sprechers zu berücksichtigen, an die eine Äußerung sich anschließt.

Daneben können mehrdeutige Äußerungen neben eindeutigen Äußerungen als zusätzliche tatsächliche Anhaltspunkte zur Verdichtung des Verdachts herangezogen werden. Insofern geht die Rechtsprechung davon aus, dass strafrechtliche und zivilrechtliche Sanktionen nicht nur auf zweideutige Äußerungen allein gestützt werden dürfen. So ist beispielsweise im Rahmen einer strafrechtlichen Prüfung eines Volksverhetzungsvorwurfs nach Abschluss der Beweiswürdigung aufgrund der Entscheidungsregel „in dubio pro reo" immer diejenige Auslegungsvariante heranzuziehen, die noch von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Soweit es demgegenüber um Maßnahmen der Gefahrenaufklärung geht, ist eine Gesamtschau anzustellen. Ein Verdacht kann sich auch aus der Gesamtschau von für sich genommen unverdächtigen Tatsachen ergeben.[186]

Neben Meinungsäußerungen können auch das Verlinken oder Teilen von Beiträgen tatsächliche Anhaltspunkte darstellen, wenn die geteilten bzw. verlinkten Beiträge ihrerseits Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen enthalten. Dies gilt insbesondere dann, wenn im Teilen bzw. der Verlinkung eine Solidarisierung oder Identifizierung mit dem entsprechenden Inhalt zum Ausdruck kommt. Dabei kommt es darauf an, ob ein durchschnittlicher Empfänger, der die Positionen des Teilenden kennt, von einer inhaltlichen Identifizierung bzw. zustimmenden Leseempfehlung mit dem geteilten Beitrag ausgehen würde.[187] Fügt sich der geteilte Beitrag in die inhaltlichen Positionen des Teilenden ein und liegt keine ausdrückliche oder sich aus dem

---

[185] Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, juris, Rn. 48; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 178; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 756.

[186] Vgl. BVerwG, Urt. v. 17.10.1990, 1 C 12.88, juris, Rn. 26; Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 30; OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, juris, Rn. 44; OVG NRW, Urt. v. 13.02.2009, 16 A 845/08, juris, Rn. 281; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 187; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 171.

[187] Vgl. OLG Dresden, Urt. v. 07.02.2017, 4 U 1419/16.

Kontext ergebene Missbilligung oder Distanzierung vor,[188] kann in der Regel von einem Zueigenmachen im verfassungsschutzrechtlichen Sinne ausgegangen werden. Daneben kann das Teilen bzw. die Verlinkung von Beiträgen jedoch auch ohne ein entsprechendes konkretes Zueigenmachen einen Anhaltspunkt darstellen, da auch in der Weiterverbreitung entsprechender Inhalte eine objektive Unterstützungshandlung zu sehen ist.[189]

Das Gesetz bestimmt in § 4 Abs. 1 lit. c BVerfSchG Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung als bestimmte Verhaltensweisen in, aber eben auch für einen Personenzusammenschluss. Gemäß § 4 Abs. 1 S. 2 BVerfSchG handelt für einen Personenzusammenschluss, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Als tatbestandliches Unterstützen ist jede Tätigkeit anzusehen, die sich in irgendeiner Weise positiv auf die Aktionsmöglichkeiten des Personenzusammenschlusses auswirkt.[190] Dazu zählen Tätigkeiten, die die innere Organisation und den Zusammenhalt des Personenzusammenschlusses, seinen Fortbestand oder die Verwirklichung seiner Bestrebung fördern und damit seine potenzielle Gefährlichkeit festigen und sein Gefährdungspotenzial stärken.[191]

b. Verfassungsfeindliche Gruppierungen innerhalb eines inhomogenen Personenzusammenschlusses als tatsächliche Anhaltspunkte

Auch die verfassungsschutzrechtliche Bewertung von Gruppierungen innerhalb einer heterogenen Partei ist für die Beurteilung der tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen einer Partei von Bedeutung. Derartigen Gruppierungen kommt im Rahmen einer vorzunehmenden Gesamtschau eine wesentliche Bedeutung bei der Beurteilung der Gesamtpartei zu, sofern sie keine unbedeutenden Splittergruppen innerhalb der Partei sind, sondern nach ihrer satzungsmäßigen Stellung, der Zahl ihrer Mitglieder, ihrem Rückhalt bei der Gesamtheit der Parteimitglieder

---

[188] Vgl. Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 3 Rn. 63, 66.
[189] Vgl. VG Regensburg, Urt. v. 21.03.2019, RO 5 K 17.1402; VG München, Beschl. v. 28.10.2011, 22 E 11.3568.
[190] Vgl. Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 4 Rn. 32.
[191] Vgl. BVerwG, Urt. v. 15.03.2005, 1 C 26.03, juris, Rn. 8; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 4 Rn. 32.

und dem sich hieraus ergebenden Einfluss nennenswertes Gewicht innerhalb der Partei besitzen.[192]

Unter solche Gruppierungen fallen auch die Teilorganisationen einer Partei. Um Teilorganisationen handelt es sich in der Regel, wenn Organisationen in die Partei eingegliedert sind und vorrangig darauf abzielen, über diese auf die politische Willensbildung Einfluss zu nehmen; auch überlappende Mitgliedschaften dienen als Abgrenzungskriterium zu reinen Nebenorganisationen.[193]

c. Verbindungen zu anderen als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen

Tatsächliche Anhaltspunkte für eine handlungsorientierte Ablehnung von Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung können schließlich auch in Überschneidungen mit anderen vom Verfassungsschutz zu beobachtenden Organisationen zum Ausdruck kommen.[194] Allein aus dem Umstand, dass Mitglieder sowie Funktionärinnen und Funktionäre eines Personenzusammenschlusses, der sich grundsätzlich zu einem Abgrenzungsbeschluss bekennt, dennoch eine deutliche Nähe zu extremistischen Organisationen aufweisen, ergeben sich dabei zwar noch keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Verfassungsfeindlichkeit.[195] Von erheblicher Bedeutung sind aber Verbindungen zu gesichert verfassungsfeindlichen Bestrebungen, die über bloße Überschneidungen in der Mitgliedschaft hinausgehen und auch strukturelle Verbindungen beinhalten, wie z. B. personelle Überschneidungen auf der Vorstandsebene, die Herausgabe gemeinsamer Erklärungen oder eine grundsätzliche inhaltlich-programmatische und taktisch-konzeptionelle Anlehnung an die andere Organisation.[196]

---

[192] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 45.
[193] Mangold/Klein/Starck/Streinz, 7. Aufl. 2018, GG Art. 21 Rn. 70.
[194] OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, juris, Rn. 46 und 49; Urt. v. 06.04.2006, 3 B 3.99, juris, Rn. 185 ff.; Nds. OVG, Urt. v. 19.10.2000, 11 L 87/00, juris, Rn. 107 ff.; VG Hamburg, Urt. v. 13.12.2007, 8 K 3483/06, juris, Rn. 40 und VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 260; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 417; VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6L 20/24, Rn. 187 ff.
[195] OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 06.04.2006, 3 B 3.99, juris, Rn. 185 ff.
[196] VG Hamburg, Urt. v. 13.12.2007, 8 K 3483/06, juris, Rn. 40.

4. Unterscheidung zwischen Verdachtsfall und gesichert extremistischer Bestrebung aufgrund des Verdichtungsgrads

Bei einem Verdachtsfall ist noch nicht erwiesen, dass es sich um eine extremistische Bestrebung handelt; es liegen aber tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor.

Zur Annahme eines Verdachts kann die Gesamtschau aller vorhandenen tatsächlichen Anhaltspunkte führen, selbst wenn jeder einzelne Anhaltspunkt für sich genommen einen solchen Verdacht noch nicht zu begründen vermag.[197] Dabei ist keine rein quantitative Betrachtung anzustellen. Dass die für die Verfassungsfeindlichkeit sprechenden Anhaltspunkte einer mehr oder weniger großen Zahl unverfänglicher Sachverhalte scheinbar untergeordnet sind, spricht allein noch nicht gegen ihre Aussagekraft.[198] Hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen können bereits dann gegeben sein, wenn aussagekräftiges Tatsachenmaterial lediglich einen Teilbereich der Zielsetzungen, Verlautbarungen und Aktivitäten des Personenzusammenschlusses widerspiegelt. Deren Aussagekraft wird nicht allein dadurch in Frage gestellt, dass daneben eine Vielzahl von verfassungsschutzrechtlich irrelevanten oder wertneutralen Äußerungen existiert, denen sich keine Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung entnehmen lassen.[199] Es müssen aber tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die aus den Äußerungen ablesbaren Zielsetzungen in der Partei auch mehrheitsfähig sind[200], mithin nicht etwa nur innerhalb des Personenzusammenschlusses isolierte Minderheitspositionen vorliegen.

Soweit das VG Köln ausgeführt hat, dass das BVerfSchG selbst nicht vorgebe, unter welchen Voraussetzungen ein Personenzusammenschluss als gesichert extremistische Bestrebung einzuordnen ist, da es explizit nur den Verdachtsfall regele,[201] ist

[197] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 30; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 193; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 4 Rn. 106; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 263; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 171.

[198] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2018, BVerfSchG § 4 Rn. 103; BVerwG, Urt. v. 05.08.2009, 6 A 3/08, juris, Rn. 45.

[199] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 4 Rn. 103; BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 49; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 159.

[200] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 173.

[201] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 550; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 734.

zu beachten, dass dies nur in dem Sinne zu verstehen ist, dass das BVerfSchG keine explizite Definition des gesichert extremistischen Falls gibt, aber durchaus auch und erst recht für diese Fälle gilt. Nach § 4 Abs. 1 Satz 5 BVerfSchG ist Voraussetzung für die Sammlung und Auswertung von Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 BVerfSchG das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte. Wenn sich die der Verdachtsfallbeobachtung zugrunde liegenden tatsächlichen Anhaltspunkte bei der weiteren Beobachtung zur Gewissheit verdichten, führt dies nicht dazu, dass hiernach die Beobachtung einzustellen wäre, weil sie nicht mehr die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Satz 5 BVerfSchG erfüllte. Denn ein Personenzusammenschluss, der gesichert extremistische Bestrebungen verfolgt, weist auch und erst recht tatsächliche Anhaltspunkte im Sinne von § 4 Abs. 1 Satz 5 BVerfSchG auf, nur dass diese eben zur Gewissheit verdichtet sind. Die Unterscheidung von Beobachtungsobjekten in Verdachtsfälle einerseits und gesichert extremistische Bestrebungen andererseits ergibt sich vielmehr aus dem – dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entspringenden – Erfordernis der Abstufung der Beobachtungsintensität[202] und bei der öffentlichen Berichterstattung.

Eine gesichert extremistische Bestrebung eines Personenzusammenschlusses (insbesondere Partei, Verein) liegt vor, wenn – auch unter Berücksichtigung der Größe des Personenzusammenschlusses – tatsächliche Anhaltspunkte in einer Evidenz und Dichte gegeben sind, die belegen, dass er in seiner Grundtendenz verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.[203] Im Rahmen der Beurteilung eines Personenzusammenschlusses wie einer politischen Partei oder ihrer Teilorganisationen als gesichert extremistisch kommt es demnach auf inhaltlicher Ebene auf das Gesamtbild an, wobei die verfassungsfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen den Charakter des Personenzusammenschlusses prägen müssen. Das ist dann der Fall, wenn dieser von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz beherrscht wird.[204]

---

[202] Warg, in Dietrich/Eiffler: „Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste“,, V § 1 Rn. 14; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 544.

[203] BVerwG, Urt. v. 18.05.2001, 2 WD 42.00, 2 WD 43.00, juris, Rn. 53.

[204] BVerwG, Urt. v. 18.05.2001, 2 WD 42.00, 2 WD 43.00, juris, Rn. 14; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 555; vgl. BVerfGE 5, 85 (143); 144, 20 Rn. 514; Roth, in: Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, VereinsG § 3 Rn. 68; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 170; vgl. ferner: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 173 (die verfassungsfeindlichen Bestrebungen müssen demnach das Gesamtbild „bestimmen“).

Hiernach genügen tatsächliche Anhaltspunkte, die einen Verdacht auslösen, nicht mehr; die Verdachtsfallphase muss vielmehr überschritten sein.[205] Ein Verdachtsfall und eine gesichert extremistische Bestrebung unterscheiden sich vor allem in dem Verdichtungsgrad der vorliegenden tatsächlichen Verdachtsumstände.[206]

Bei der gerichtlichen Überprüfung ist § 108 Abs. 1 VwGO mit dem normierten Regelbeweismaß der Überzeugungsgewissheit zugrunde zu legen. Allerdings ist der Bezugspunkt der erforderlichen Überzeugungsgewissheit verschieden, je nachdem, ob es um einen Verdachtsfall oder um einen gesicherten Fall geht. Während für die Beobachtung als Verdachtsfall tatsächliche Anhaltspunkte genügen und die hierauf bezogene erforderliche Überzeugungsgewissheit für das Gericht bereits dann besteht, wenn nach den verfassungsschutzbehördlichen Darlegungen unter Einbeziehung der nachrichtendienstlichen Erfahrungen keine vernünftigen Zweifel am Vorliegen der tatsächlichen Anhaltspunkte bestehen, wohingegen es nicht auf die Feststellung und Überzeugung ankommt, dass der betreffende Personenzusammenschluss tatsächlich verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt,[207] bedarf es für die Annahme eines erwiesenen Falls der gerichtlichen Überzeugungsgewissheit, dass die verfassungsfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen den Charakter des Personenzusammenschlusses prägen, dieser also von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz beherrscht wird.

Aus der Beobachtung des Personenzusammenschlusses während der Verdachtsphase muss hervorgehen, dass sich die tatsächlichen Anhaltspunkte dergestalt verdichtet haben, dass die Überzeugung besteht, dass es sich tatsächlich um eine extremistische Bestrebung handelt.[208] Die tatsächlichen Anhaltspunkte müssten sich mithin zur Gewissheit verdichtet haben.[209] Erforderlich ist somit eine derartige Ver-

---

[205] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 554; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 169.

[206] Warg, in Dietrich/Eiffler: „Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste",, V § 1, S. 532 und VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 552; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 167.

[207] BVerwG, Urt. v. 07.12.1999, 1 C 30.97, NVwZ 2000, 824 (828); VG Berlin, Urt. v. 13.12.2001, 27 A 260/98, NVwZ 2002, 1018 (1021); Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG §§ 3, 4 Rn. 136; Vgl. hierzu § 6 NdsVSG, das für das Beobachtungsobjekt – das im Bundesamt für Verfassungsschutz der gesichert extremistischen Bestrebung gleichkommt – voraussetzt, dass Tatsachen vorliegen, die „insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrung aus vergleichbaren Fällen das Vorliegen einer Bestrebung [...] belegen".

[208] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 554.

[209] Auf die Terminologie der Verdichtung zur Gewissheit abstellend: VG Ansbach, Urt. v. 25.04.2019, AN 16 K 17.01038, Rn. 30 ff. (Identitäre Bewegung Deutschland).

dichtung der Anhaltpunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung, die keine Zweifel mehr zulässt. Dabei sind immer auch die Aspekte zu berücksichtigen, die gegen die Annahme entsprechender Anhaltspunkte sprechen. Maßgeblich ist insofern eine Gesamtschau der von dem Personenzusammenschluss ausgehenden Aktivitäten.[210]

Das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte verlangt keine Gefahrenlage im Sinne des Polizeirechts. Andererseits sind bloße Vermutungen, Spekulationen oder Hypothesen, die sich nicht auf beobachtbare Fakten stützen können, unzureichend. Die Anhaltspunkte müssen vielmehr in Form konkreter und hinreichend verdichteter Umstände als Tatsachenbasis geeignet sein, den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen zu begründen. Dabei darf eine Beobachtung nur auf solche Tatsachen gestützt werden, die bei Beginn der jeweiligen Beobachtung bekannt waren. Es ist auf Grund der bekannten tatsächlichen Anhaltspunkte eine Prognose anzustellen, ob ein solcher Verdacht besteht. Liegen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor, besteht ein Verdacht solcher Bestrebungen.[211]

Hierbei gilt der verwaltungsprozessuale Maßstab der Überzeugungsgewissheit gemäß § 108 Abs. 1 Satz 1 VwGO, wonach das Gericht die volle Überzeugung von der Wahrheit – und nicht etwa nur von der Wahrscheinlichkeit – erlangen muss, ohne dass allerdings das Gericht unerfüllbare Beweisanforderungen stellen und unumstößliche Gewissheit verlangen darf, sondern sich in tatsächlich zweifelhaften Fällen mit einem für das praktische Leben brauchbaren Grad von Gewissheit begnügen muss, der den Zweifeln Schweigen gebietet, auch wenn sie nicht völlig auszuschließen sind.[212] Das Vorliegen einer absoluten, unanfechtbaren Gewissheit kann also nicht gefordert werden.

Eine inhaltliche Verschärfung der vom Personenzusammenschluss vertretenen Positionen kann zu einer Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte zur Gewissheit führen. Dies ist jedenfalls der Fall, wenn eine Radikalisierung in Bezug auf die den Verdacht begründenden Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festzustellen ist. Konnten in der Verdachtsfallphase nur Anhaltspunkte für

---

[210] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 185.
[211] Dazu und zum Voranstehenden: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 155.
[212] BVerwG, Urt. v. 16.4.1985, 9 C 109.84, juris, Rn. 16.

Bestrebungen gegen einzelne Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung festgestellt werden und bestehen im Folgenden aber Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen weitere Elemente, kann dies ebenfalls für eine Verdichtung sprechen. Gleichermaßen kann eine solche feststellbar sein, wenn den Verdacht begründende zweideutige Aussagen, die zunächst nur neben eindeutigen Äußerungen als zusätzliche tatsächliche Anhaltspunkte herangezogen werden konnten, nunmehr eindeutig ausgesprochen werden.

Eine Verdichtung kann sich darüber hinaus aus der zunehmenden Bedeutung maßgeblicher Träger extremistischer Bestrebungen im Personenzusammenschluss ergeben. Die politischen Äußerungen und Verhaltensweisen der maßgeblichen Funktionärinnen und Funktionäre können Parteien und ihren Teilorganisationen zugerechnet werden. Kommt Personen, die bereits bekannte Vertreterinnen und Vertreter von gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Positionen sind, eine zunehmende Bedeutung in einem Personenzusammenschluss zu, so kann daraus gefolgert werden, dass auch ihre Positionen eine größere Zustimmung innerhalb des Personenzusammenschlusses genießen.[213] Besonders relevant wird dies, wenn sich eine Person mit bekanntermaßen verfassungsfeindlichen Positionen zu Funktionärin oder Funktionär entwickelt. Ein vergleichbarer Fall liegt dann vor, wenn eine solche Person bereits Funktionärin oder Funktionär ist und ihre Wirkmacht weiter ausdehnt. Je nach Ausmaß der Bedeutung, die diesen Personen zukommt, können ihre inhaltlichen Positionen als ideologische Basis des Personenzusammenschlusses gesehen und ihm zugerechnet werden.

Eine Verdichtung von Anhaltspunkten kann sich auch aus der Zunahme relevanter Äußerungen und Aktivitäten einer Bestrebung in der Summe ergeben. So zeigt die zahlenmäßige Zunahme von Äußerungen und Verhaltensweisen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, eine Verfestigung und Verbreitung derselben innerhalb der Organisation, selbst wenn diese inhaltlich nicht an Schärfe zunehmen.

---

[213] Dass die Exposition einer Person für die Bedeutung von deren Aussagen für den Personenzusammenschluss von Relevanz ist, hielt auch das OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 226 hinsichtlich der Einzelaussagen von Krah und Baum fest. So stellt es darauf ab, dass diese im Juni 2022 in den Bundesvorstand gewählt wurden und Krah zudem zunächst zum Spitzenkandidaten für die Europawahl bestimmt wurde (seit Juni 2024 sind beide aber mittlerweile nicht mehr Mitglieder des Bundesvorstands, wohl aber weiterhin Bundestagsabgeordnete).

Auch die nahtlose und unbeeindruckte Fortsetzung von Agitationen gegen die Menschenwürde aus Art. 1 Abs. 1 GG trotz Einstufung als Verdachtsfall und in Kenntnis der Beanstandungen stellen Anzeichen für eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte dar. Eine derartige Fortsetzung kann insbesondere etwa angenommen werden, wenn an bereits beanstandeten Aussagen und Agitationen festgehalten wird, sie wiederholt und verteidigt werden oder gar versucht wird, kritische Auseinandersetzungen bereits im Keim zu ersticken.[214]

Die Überzeugung von einer verfassungsfeindlichen Grundhaltung gegenüber der bestehenden Verfassungsordnung kann allein aus einer Gesamtbetrachtung der vielfältigen Einzelakte der Partei und ihrer Funktionäre gewonnen werden, die erst in dieser Zusammenschau ein eindeutiges Bild ergeben.[215]

Dabei kommt der Frage der Zurechenbarkeit von Äußerungen und Handlungen zur Partei eine besondere Bedeutung zu. Eine Grundtendenz der Partei liegt bei verfassungsfeindlichen „Entgleisungen" einzelner Mitglieder oder Anhänger bei sonst einer der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entsprechenden Haltung der politischen Partei beispielsweise nicht vor.[216] Im Falle einer Häufung solcher Äußerungen ist jedoch im konkreten Fall zu untersuchen, welche Position den Äußernden in der Partei zukommt. So hat das BVerwG mit Blick auf die Partei Die Republikaner (REP) im Jahr 2001 entschieden, dass die gegen die Menschenwürde von Ausländern und Asylsuchenden gerichteten Angriffe in ihrer Häufung deutlich mehr als vereinzelte „Sumpfblüten" oder „Entgleisungen" darstellten, daraus aber nicht die Feststellung einer in ihrer Grundtendenz verfassungsfeindlichen Zielsetzung der Partei gewonnen werden könnte, da in einer Gesamtbetrachtung festzustellen gewesen sei, dass ein hohes Maß dieser Ausfälle von Personen stammte, die die Partei freiwillig verlassen hätten oder sie verlassen mussten. Dies hindere zwar nicht, ihre Äußerungen der Partei zuzurechnen, könne aber entweder dahin gewertet werden, dass die genannten Personen sich nicht ausreichend mit den Zielsetzungen der REP identifizieren

---

[214] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 561 f., 606 f.; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 190, 267, 403, 417; VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn. 138 f., 162, 187 ff.
[215] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 169.
[216] BVerwG, Urt. v. 18.05.2001, 2 WD 42.00, 2 WD 43.00, juris, Rn. 14; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 171.

konnten, oder umgekehrt, dass die REP sich bei derartigem Verhalten von den Genannten mit Ordnungsmaßnahmen zu trennen gesucht habe.[217]

Folglich kann nicht jegliches Verhalten von Anhängern einer Partei zugerechnet werden. Eine Zurechnung ist insbesondere problematisch, wenn die Partei keinerlei Möglichkeit hat, das Verhalten zu beeinflussen. Entscheidend ist, dass in dem konkreten Verhalten der politische Wille der betroffenen Partei erkennbar zum Ausdruck kommt. Dies wird regelmäßig der Fall sein, wenn das Verhalten eine in der Partei vorhandene Grundtendenz widerspiegelt oder die Partei sich das Verhalten ausdrücklich zu eigen macht.[218]

Zurechenbar ist einer Partei grundsätzlich die Tätigkeit ihrer Organe, besonders der Parteiführung und leitender Funktionäre. Auch die Tätigkeit von Publikationsorganen der Partei und das Verhalten führender Funktionäre von Teilorganisationen können ihr ohne weiteres zugerechnet werden.[219] So kann aus Äußerungen von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern auf deren Grundeinstellung und von dieser auf die verfassungsfeindliche Ausrichtung einer Vereinigung geschlossen werden.[220]

Von bloßen „Entgleisungen" ist daher insbesondere dann nicht mehr auszugehen, wenn diese Äußerungen von hochrangigen Funktionärinnen und Funktionären auf Bundes- oder Landesebene stammen, da bei diesen anzunehmen ist, dass sie zumindest Teile der Partei repräsentieren und Mitglieder und Wählerinnen und Wähler an die Partei binden sollen, die mit ihren Auffassungen übereinstimmen.[221]

Bei Äußerungen oder Handlungen einfacher Mitglieder ist eine Zurechnung nur möglich, wenn diese in einem politischen Kontext stehen und die Partei sie gebilligt oder geduldet hat.[222] Dies trifft etwa auf Äußerungen von Mitgliedern auf Parteitagen oder ähnlichen Veranstaltungen zu, die in einem direkten politischen Kontext stehen, wenn die Partei diese Äußerungen duldet, indem sie sich nicht von diesen Äußerungen distanziert. Entsprechendes gilt, wenn zwar ein organisatorischer Zusammenhang mit einer Parteiaktivität fehlt, die Partei das Verhalten des Mitglieds aber zur Kenntnis

---

217 BVerwG, Urt. v. 18.05.2001, 2 WD 42.00, 2 WD 43.00, juris, Rn. 50 f.
218 BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 561.
219 BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 562.
220 VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 261; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 200 m. w. N.
221 BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22/09, juris, Rn. 54. Die Zurechenbarkeit bejahend auch OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 165.
222 BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 563; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 107.

nimmt und duldet oder gar unterstützt, obwohl Gegenmaßnahmen (Parteiausschluss, Ordnungsmaßnahmen) möglich und zumutbar wären.[223] Eine Äußerung kann einer Partei zudem auch dann zugerechnet werden, wenn die äußernde Person zwischenzeitlich nicht mehr Mitglied der Partei ist, soweit die Person zum Zeitpunkt der Äußerung noch Mitglied war.[224]

Als tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen können dabei nicht nur Meinungsäußerungen und Aktivitäten von Repräsentantinnen und Repräsentanten, Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern und Gremien der Bundespartei, sondern auch entsprechende Verhaltensweisen in den Landesverbänden und deren Untergliederungen herangezogen werden, insbesondere Äußerungen von Fraktionsmitgliedern auf Landesebene. Die von § 7 PartG vorgeschriebene Untergliederung einer Partei bedeutet nicht, dass ein Landesverband gegenüber der Bundespartei oder gegenüber den übrigen Landesverbänden im Rahmen einer verfassungsschutzrechtlichen Prüfung jeweils als „Dritter" anzusehen ist, sondern im Gegenteil, dass er insoweit integrierter Teil des Ganzen ist.[225]

Maßgeblich bleibt immer, ob im Hinblick auf die Gesamtpartei insgesamt konkrete und hinreichend verdichtete Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. Wenn zwar hinreichende, aber verhältnismäßig schwache Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen einzelner Gruppierungen vorliegen, müssen mindestens starke Anhaltspunkte dafür vorhanden sein, dass diesen Gruppierungen ein bestimmender Einfluss innerhalb der Partei zukommt. Bei eindeutigen verfassungsfeindlichen Bestrebungen einzelner Gruppierungen oder starken dahingehenden Anhaltspunkten kann umgekehrt auch eine geringere Wahrscheinlichkeit dafür ausreichen, dass sich die verfassungsfeindlichen Zielsetzungen innerhalb der Partei durchsetzen. Für das Gesamtbild können daher nicht nur Art und Umfang der Veröffentlichungen und Äußerungen von Bedeutung sein, die Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen darstellen, sondern auch mögliche Reaktionen und

[223] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 563; OVG NRW, Urt. v. 13.03.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 165.
[224] BVerwG, Urt. v. 18.05.2001, 2 WD 42.00, 2 WD 43.00, juris, Rn. 51; BayVGH, Beschl. v. 14.09.2023, 10 CE 23.796, juris, Rn. 132; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 62.
[225] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 167; BayVGH, Beschl. v. 14.09.2023, 10 CE 23.796, juris, Rn. 88 ff. und vom 07.10.1993, 5 CE 93.2327, juris, Rn. 21; Nds. OVG, Urt. v. 19.10.2000, 11 L 87/00, juris, Rn. 22.

Gegenäußerungen in der Partei, auch wenn sie die Zurechnung als solche nicht ausschließen.[226]

Das OVG NRW führte in Abgrenzung der Voraussetzungen eines Verdachtsfalls zu einer erwiesen extremistischen Bestrebung wie folgt aus:

> *„Da insoweit nicht festgestellt werden muss, ob tatsächlich verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt werden, sondern bereits der entsprechende, auf konkrete Tatsachen gestützte Verdacht eine nachrichtendienstliche Beobachtung rechtfertigt, muss auch nicht festgestellt werden, ob die Verdachtsmomente das Gesamtbild der Partei bestimmen, sondern kann ausreichen, dass tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die fraglichen Äußerungen einer Grundtendenz in der Partei entsprechen, also die sich daraus ablesbaren Zielsetzungen in der Partei mehrheitsfähig sind und sich bei innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten durchsetzen können.“*[227]

Als Kriterium zur Annahme einer Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte lässt sich daraus ableiten, dass je stärker die tatsächlichen Anhaltspunkte dafür werden, dass verfassungsfeindliche Zielsetzungen innerhalb der Partei mehrheitsfähig sind und je gewisser die Anhaltspunkte dafür sprechen, dass sie sich bei innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten durchsetzen werden, desto verdichteter sind auch die Anhaltspunkte hin zu einer erwiesen extremistischen Bestrebung.

Eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte in einer Weise, die belegt, dass der Personenzusammenschluss von extremistischen Grundtendenzen beherrscht wird, wurde vor diesem Hintergrund etwa angenommen, weil führende Repräsentantinnen und Repräsentanten auch nach einer erfolgten Einstufung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz nahtlos extremistische Begriffe verwendeten, ihr Volksverständnis weiter vertraten, das mit der Abwertung nicht autochthoner Deutscher einherging, und massiv in fremdenfeindlicher Weise agitierten.[228]

Im Falle von Relativierungen oder „Klarstellungen“ ist differenziert zu betrachten, ob diese eine inhaltliche Abkehr der beanstandeten Positionen belegen oder ob diese taktisch motiviert sind. Wird etwa der Versuch unternommen, den objektiven Erklärungsgehalt der Aussagen umzudeuten und die sich aufdrängende Auslegung in

---

[226] Dazu und zum Voranstehenden: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 177.
[227] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 173.
[228] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 560 f.

Frage zu stellen, erfolgt eben keine Distanzierung oder Rücknahme der beanstandeten Äußerungen, sondern es wird lediglich behauptet, dass die Aussagen mehrdeutig gewesen oder falsch verstanden worden seien.[229]

Eine ernsthafte und glaubwürdige Abwendung von früheren verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfordert einen von innerer Akzeptanz mitgetragenen kollektiven oder individuellen Lernprozess, der sich auf die inneren Gründe für die Handlung bezieht und aufgrund dessen angenommen werden kann, dass mit hinreichender Gewissheit zukünftig die Verfolgung oder Unterstützung solcher Bestrebungen auszuschließen ist. Dies setzt in der Regel voraus, dass eingeräumt oder zumindest nicht bestritten wird, dass zuvor zumindest Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorgelegen haben; werden die früheren Anhaltspunkte abgestritten, verharmlost, bagatellisiert oder entschuldigt, so spricht dies gegen eine glaubhafte Distanzierung.[230]

Zudem kann ein durch eine Vielzahl von Äußerungen, die für sich genommen hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen bieten, begründeter Verdacht nur entkräftet werden, wenn konkret diesen Äußerungen in irgendeiner Form entgegengetreten wird oder sie durch Entwicklungen in der politischen Partei überholt oder aus sonstigen Gründen obsolet sind.[231] Auf Parteiordnungsmaßnahmen bezogen bedeutet dies, dass damit nur der sich aus der Äußerung ergebende Anhaltspunkt beseitigt oder abgemildert werden kann, nicht jedoch die Verdachtsmomente die sich aus vergleichbaren Äußerungen ergeben, gegen die keine Maßnahme ergriffen wurde.[232] Zudem muss die Partei mitteilen, *„welche genauen Aussagen aus welchen Gründen vom Bundesvorstand missbilligt und welche Parteiordnungsmaßnahmen letztlich ergriffen worden sind"*.[233] Es ist damit ein öffentlich wahrnehmbares Entgegentreten zu einem Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen erforderlich.

Ist kein Aufgeben oder Abschwächen einer vom BfV oder einem Gericht beanstandeten Position bzw. keine Mäßigung hinsichtlich der Verwendung der beanstandeten

---

[229] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 568.
[230] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 572 ff.
[231] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 188, 305; BVerwG, Urt. v. 07.12.1999, 1 C 30.97, juris, Rn. 34.
[232] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 190.
[233] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 227.

Begriffe zu verzeichnen, spricht dies für eine Verdichtung der ursprünglich festgestellten tatsächlichen Anhaltspunkte.[234]

Mit Blick auf Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG und Art. 21 Abs. 1 S. 1 und 2 GG darf es jedoch nicht dazu kommen, dass Parteien eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nur vermeiden können, indem sie sich stets eindeutig äußern und alle Unklarheiten vermeiden. Das Unterlassen eines aktiven Eintretens für die freiheitliche demokratische Grundordnung ist an sich nicht verfassungsschutzrelevant. Eine Nichtdistanzierung ist nur dann relevant, wenn nach wertender Betrachtung eine Zurechnung eines gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Verhaltens an den gesamten Personenzusammenschluss geboten ist, etwa nach den Umständen des Einzelfalls oder wenn nach der politischen Erwartungshaltung der Öffentlichkeit eine Distanzierung erwartet werden kann.

Für eine Verdichtung berücksichtigungsfähig ist es letztlich auch, wenn Personen, deren Verhalten der Partei zuzurechnen ist, Druck auf andere Personen auszuüben versuchen, die sich gemäßigter zeigen, und sie mit dem Vorwurf der Spaltung der Partei überziehen, wenn damit jedenfalls der Versuch verbunden ist, eine kritische Auseinandersetzung mit den extremistischen Positionen zu unterbinden.[235]

Auch Versuche, eine Unvereinbarkeitsliste zu streichen und damit (weitere) extremistische Mitglieder aufzunehmen, sowie das Bestehen enger Kontakte und Solidaritätsbekundungen zu und mit anderen als extremistisch eingestuften Parteien und Organisationen wurden als Anhaltspunkte für eine Verdichtung gewertet.[236]

5. Einstufungen im BfV und den Landesämtern

Neben der Beobachtung der Gesamtpartei durch das BfV erfolgt eine Bearbeitung einzelner Landesverbände auch durch die Landesämter für Verfassungsschutz. Grundsätzlich sehen auch die Landesverfassungsschutzgesetze eine abgestufte Beobachtungsintensität zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit vor. Bisweilen unterscheiden sich die Vorgaben jedoch von der Rechtsgrundlage des Bundes. So sehen nicht alle Landesverfassungsschutzgesetze die kategorische Unterscheidung zwischen

234 VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 561.
235 VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 564, 567.
236 VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 606.

Verdachtsfall und gesichert rechtsextremistischer Bestrebung vor und beinhalten unterschiedliche Vorgaben zur Unterrichtung der Öffentlichkeit. Eine vollständige Darstellung der Bearbeitung der Partei AfD durch die Landesämter würde in diesem Gutachten daher zu weit führen und wäre für die Bewertung der Gesamtpartei durch das BfV auch nicht entscheidend.

Das BfV nimmt eine eigenständige Bewertung vor, die die einzelnen Bestrebungen in den Landesverbänden zusammenfassend hinsichtlich ihrer bundesweiten Relevanz in den Blick nimmt. So hat auch das OVG in seinem Urteil festgestellt:

> *„Es ist vorliegend ebenfalls rechtlich nicht von Bedeutung, auf Grundlage welcher Gutachten und Materialsammlungen Verfassungsschutzbehörden der Länder die Klägerin oder deren Landesverbände beobachten. Das Bundesamt ist an die rechtliche Bewertung der Landesämter nicht gebunden und nicht verpflichtet, deren Gutachten bei seiner eigenen Entscheidungsfindung einzubeziehen.“*[237]

Ein Automatismus dergestalt, dass sich Höherstufungen gegenseitig bedingen, würde die Gefahr zirkulärer Argumentationen bergen. Dem Umstand, dass einige Landesverbände als Beobachtungsobjekte – davon drei bereits als gesichert rechtsextremistische Bestrebung – bearbeitet werden, wurde im Rahmen der Sammlung und Bewertung der quantitativ und qualitativ breit vorhandenen Belege aus diesen Verbänden Rechnung getragen. Demgegenüber ist aus den bundesweit unterschiedlichen Einstufungen als solchen aus den genannten rechtlichen Gründen kein Rückschluss auf die Einstufung der Gesamtpartei durch das BfV zu ziehen.

II. Rechtsfolgen

Wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung von hinreichendem Gewicht und in hinreichender Zahl vorliegen, ist der Verfassungsschutz zur Beobachtung der verfassungsfeindlichen Bestrebung verpflichtet.[238] Nur wenn diese tatsächlichen Anhaltspunkte den oben beschrie-

[237] OVG NRW, Urt. v. 13.03.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 192.
[238] Vgl. BVerfG, Urt. v. 18.03.2003, 2 BvB 1/01, 2 BvB 2/01, 2 BvB 3/01, juris, Rn. 365; Warg, in Dietrich/Eiffler: „Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste“, V § 1 Rn. 40; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 4 Rn. 131 m. w. N.; Gärditz, Klaus

benen Verdichtungsgrad aufweisen – sich der Verdacht also zur Gewissheit verdichtet hat – erfolgt eine Hochstufung zur gesichert extremistischen Bestrebung und im Folgenden eine Beobachtung als solche.

Bei Verdachts- ebenso wie bei gesichert extremistischen Fällen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes (§ 8 Abs. 5 BVerfSchG) zu entscheiden, mit welchen – insbesondere nachrichtendienstlichen – Mitteln bzw. mit welcher Intensität es eine weitere Beobachtung vornimmt. Ein Automatismus hinsichtlich des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel besteht weder bei Verdachts- noch bei gesichert extremistischen Fällen.

Sofern das Ergebnis der konsolidierten Prüfung aller in der Verdachtsfallphase erlangten Informationen ist, dass der Verdacht sich nicht bestätigt hat, ist die Beobachtung einzustellen. Bei unvermindert fortbestehendem Verdacht, der sich gleichwohl nicht zur Gewissheit verdichtet hat, ist die Verdachtsfallbearbeitung fortzusetzen.

III. Voraussetzungen der Öffentlichkeitsunterrichtung

Nach § 16 Abs. 1 S. 1 BVerfSchG in der Fassung des Gesetzes zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes vom 17. November 2015 (BGBl. I S. 1938) informiert das Bundesamt für Verfassungsschutz die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 BVerfSchG, soweit hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, sowie über präventiven Wirtschaftsschutz.

Aus der Gesetzessystematik im Zusammenhang mit § 16 Abs. 2, der eine Pflicht des Bundesministeriums des Innern zur Herausgabe eines Jahresberichts begründet, ergibt sich, dass die Unterrichtung des BfV nicht speziell an bestimmte Zeitpunkte geknüpft ist.

Die in § 16 Abs. 1 BVerfSchG enthaltene Tatbestandsvoraussetzung *„soweit hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen"* ermöglicht es hierbei bereits, die Öffentlichkeit über betreffende Bestrebungen zu unterrichten, auch wenn sich deren Verfassungsfeindlichkeit noch nicht zur Gewissheit verdichtet hat und gestattet

---

Ferdinand: „Beobachtung der AfD" vom 01.02.2021, in: www.verfassungsblog.de, abgerufen am 10.02.2021; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 288.

somit sowohl die sogenannte Verdachtsfallberichterstattung wie auch die Berichterstattung über erwiesen verfassungsfeindliche Bestrebungen.[239]

Im Falle eines Verdachtsfalls müssen die tatsächlichen Anhaltspunkte hinreichend gewichtig sein, um die öffentliche Bekanntgabe der Einstufung und Beobachtung als Verdachtsfall auch angesichts der nachteiligen Auswirkungen auf die Betroffenen zu rechtfertigen.[240]

Wenn bereits beim Vorliegen hinreichend gewichtiger tatsächlicher Anhaltspunkte eine öffentliche Bekanntgabe der Einstufung als Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes grundsätzlich von der Ermächtigungsgrundlage des § 16 Abs. 1 BVerfSchG umfasst ist, so findet die Norm erst recht im Falle von solchen Bestrebungen Anwendung, deren Verfassungsfeindlichkeit sich zur Gewissheit verdichtet hat.[241] § 16 Abs. 1 BVerfSchG normiert insofern lediglich die Mindestvoraussetzungen für eine öffentliche Bekanntgabe.[242]

Dies gilt auch, wenn das Beobachtungsobjekt eine politische Partei ist, deren Beobachtung auch bezweckt, Informationen über die aktuelle Entwicklung verfassungsfeindlicher Kräfte, Gruppen und Parteien im Vorfeld einer Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Verfassungsordnung zu gewinnen und zu sammeln und damit die Regierung und die Öffentlichkeit in die Lage zu versetzen, Art und Ausmaß möglicher Gefahren zu erkennen und diesen in angemessener Weise, namentlich mit politischen Mitteln, entgegenzuwirken.[243]

Politische Parteien müssen sich entsprechend ihrer Aufgabe, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken (Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG), auch einer solchen öffentlichen Auseinandersetzung stellen, die Äußerungen zur Einschätzung ihrer selbst

---

[239] Vgl. zur Gesetzesintention den Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 20.04.2015, BT-Drucks. 18/4654, S. 31 f.; Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, BT-Drucks. 18/5415, S. 12; explizit bzgl. der Verdachtsfallbeobachtung OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 325 f.

[240] Vgl. BVerfG, Beschl. v. 24.05.2005, 1 BvR 1072/01, juris, Rn. 67 ff.; BVerwG, Urt. v. 26.06.2013, 6 C 4.12, juris, Rn. 12; siehe auch BVerfG, Beschl. v. 31.05.2022, 1 BvR 564/19, juris, Rn. 18 und Beschl. v. 31.05.2022, 1 BvR 98/21, juris, Rn. 16; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 327.

[241] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 447; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 1216/22, juris, Rn. 283 ff.

[242] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 447.

[243] Vgl. BVerfG, Beschl. v. 20.02.2013, 2 BvE 11/12, juris, Rn. 24; BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22.09, juris, Rn. 24, 45; OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2010, OVG 1 S 55/20, juris, Rn. 19; BVerwG, Beschl. v. 07.12.1999, 1 C 30.97, juris, Rn. 19, 27; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 331.

als verfassungsfeindlich betreffen, sofern diese Äußerungen sich im Rahmen von Recht und Gesetz halten. Das Recht politischer Parteien auf Chancengleichheit verbietet staatlichen Stellen grundsätzlich nur dann eine nicht verbotene politische Partei in der Öffentlichkeit nachhaltig verfassungswidriger Zielsetzung und Betätigung zu verdächtigen, wenn ein solches Vorgehen bei verständiger Würdigung der das Grundgesetz beherrschenden Gedanken nicht mehr verständlich ist und sich daher der Schluss aufdrängt, dass es auf sachfremden Erwägungen beruht.[244]

Da die öffentliche Bekanntgabe der Beobachtung einer politischen Partei als Verdachtsfall sowie als gesichert extremistische Bestrebung gravierende Auswirkungen auf die politische Betätigung der Partei haben kann, weil sie es der Partei etwa erschweren kann, Anhängerinnen und Anhänger und Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen sowie mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen, wird tatbestandlich vorausgesetzt, dass „*hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte*" dafür vorliegen, dass die politische Partei Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 BVerfSchG verfolgt.[245]

Entscheidend ist also, dass die jeweils vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte nach Gewicht und Dichte hinreichend sind, die betreffende Berichterstattung auch mit Rücksicht auf die hiermit verbundenen Nachteile für die Betroffenen in Abwägung mit den Interessen der Allgemeinheit an der Unterrichtung zu rechtfertigen.[246]

Hierbei muss ermessensfehlerfrei abgewogen werden, ob ein öffentliches Interesse an der Bekanntgabe der Beobachtung als Verdachtsfall oder als gesichert extremistische Bestrebung besteht, und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden.

Ein hohes öffentliches Interesse wird etwa dadurch begründet, dass eine Partei eine breite Vertretung in den jeweiligen Parlamenten hat. Auch die Größe der Anhängerschaft einer Partei begründet ein hohes öffentliches Interesse an der Berichterstattung, da damit ein Bedürfnis einhergeht, einer möglichen oder erwiesenen Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung mit politischen Mitteln entgegenwirken

[244] Vgl. hierzu und zu Vorstehendem: BVerfG, Urt. v. 10.06.2014, 2 BvE 4/13, juris, Rn. 26; BVerfG, Beschl. v. 20.02.2013, 2 BvE 11/12, juris, Rn. 20 ff.; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 334.

[245] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22.09, juris, Rn. 95; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 337, 339.

[246] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 343.

zu können.[247] Dieses Bedürfnis wächst mit der Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte, besteht aber auch dann, wenn noch nicht feststeht, ob eine Partei bereits tatsächlich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen verfolgt.

[247] Vgl. zu den Kriterien im Hinblick auf die Verdachtsfallbeobachtung: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 345.

D. Struktur und Entwicklung der Partei

Die folgenden Ausführungen schließen an das entsprechende Kapitel aus dem Folgegutachten AfD 2021 an und beziehen sich auf die Zeit zwischen März 2021 und April 2025.

I. Aufbau und Struktur der Partei seit März 2021

Die Alternative für Deutschland gliedert sich weiterhin in einen Bundesverband und 16 Landesverbände sowie eine Vielzahl von Bezirks-, Kreis- und Stadtverbänden. Die Landesverbände verfügen über Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Hinsichtlich der satzungsmäßigen Verfasstheit der Partei haben sich seit 2021 keine relevanten Änderungen ergeben.

Seit dem Folgegutachten AfD 2021 konnte die Partei ihre Mitgliederzahl von 32.000 Personen auf 55.000 Personen erhöhen und somit um knapp 72 % steigern.[248] Hierbei handelt es sich allerdings nicht um einen durchgehenden Trend. So war die Mitgliederzahl Ende 2022 noch auf 29.296 Personen gefallen.[249] Erst im Jahr 2023 gelang der Partei eine deutliche Steigerung, die sich im Jahr 2024 nochmals beschleunigte und auch 2025 anhielt.

Nach der regulären Neuwahl des Bundesvorstands auf dem Bundesparteitag 2019 in Braunschweig (NI) und der außerplanmäßigen Nachwahl von drei Positionen auf dem Bundesparteitag 2020 in Kalkar (NW) fand die nächste reguläre Vorstandswahl auf dem Parteitag 2022 in Riesa (SN) statt. Nach dem im Januar 2022 erfolgten Parteiaustritt des bisherigen Co-Bundessprechers Jörg Meuthen (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BW) wurden der bisherige andere Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) sowie Alice Weidel (MdB, BW) zum neuen Führungsduo gewählt.

Der aktuelle Bundesvorstand besteht seit dem 29. Juni 2024 aus den beiden Bundessprechern Alice Weidel und Tino Chrupalla, den stellvertretenden Bundessprechern Stephan Brandner (MdB, TH), Peter Boehringer (MdB, BY) und Kay Gottschalk (MdB, NW), dem Bundesschatzmeister Carsten Hütter (MdL SN) und seinem Stellvertreter Alexander Jungbluth (MdEP, RP), dem Schriftführer Dennis Hohloch (MdL

[248] Boehringer, Peter: Rede auf AfD-Wahlkampfveranstaltung in Kempten am 16.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.02.2025, Kanal: „AfD Bayern TV", abgerufen am 19.02.2025.
[249] ZDF: „Zahl der AfD-Mitglieder steigt um 37 Prozent" vom 02.01.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 10.11.2024.

BB) und den Beisitzern Marc Jongen (MdEP, BW), Martin Reichardt (MdB, ST), Dirk Brandes (MdB, NI), Heiko Scholz (MdL HE), Roman Reusch (ehemaliger MdB, BB) und Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender und MdB, BB). Alexander Gauland (MdB, BB) gehört dem Bundesvorstand als Ehrenvorsitzender der Partei an.

Auf europäischer Ebene gehörte die AfD-Delegation im Europäischen Parlament seit dem Jahr 2019 der Fraktion Identität und Demokratie (ID) an. Der AfD-Bundesparteitag beschloss im Juli 2023 außerdem den Beitritt zur europäischen Partei Identität und Demokratie. Neben der AfD gehörten der Fraktion zum damaligen Zeitpunkt unter anderem auch die italienische Lega, der französische Rassemblement National, der belgische Vlaams Belang und die Freiheitliche Partei Österreichs an.

Kurz vor der Wahl zum Europäischen Parlament (EP) 2024 beschloss die Fraktion im Mai gegen die Stimmen der österreichischen FPÖ-Abgeordneten den Ausschluss aller AfD-Mitglieder. Hintergrund war laut Presseberichten u. a. eine Aussage des AfD-Spitzenkandidaten für die EP-Wahl, Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN). Dieser hatte sich am 18. Mai 2024 in einem Interview mit der italienischen Zeitung La Repubblica relativierend zur Bewertung von „SS-Leuten“ („*Ich werde nie sagen, dass jeder, der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Verbrecher war.*“) geäußert.[250] Weitere Kritik an Krah ergab sich u. a. aufgrund von Vorermittlungen gegen ihn wegen des Verdachts der Abgeordnetenbestechung.[251] [252]

Ein Abgeordneter der italienischen Lega begründete den Ausschluss mit der Aussage:

> *„Die ID-Gruppe will nicht länger im Zusammenhang mit den Vorfällen um Maximilian Krah, dem Spitzenkandidaten der AfD für die Europawahl, stehen.“*[253]

Zuvor hatten sich bereits Mitglieder des französischen Rassemblement National (RN) von der AfD distanziert. So hatte beispielsweise die Parteivorsitzende nach den Pres-

---

[250] JUNGE FREIHEIT: „Das ganze Krah-Interview mit 'La Repubblica' im Wortlaut" vom 22.05.2024, in: https://jungefreiheit.de, abgerufen am 22.05.2024.
[251] ZDF: „Vorermittlungen gegen AfD-Politiker Krah“ vom 24.04.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 12.04.2025.
[252] ZEIT: „Generalstaatsanwaltschaft leitet Vorermittlungen gegen Krah ein“ vom 24.04.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 14.11.2024.
[253] tagesschau: „AfD aus rechter ID-Fraktion in EU-Parlament ausgeschlossen“ vom 23.05.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 08.11.2024.

seberichten zu einem Treffen in Potsdam, bei dem der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner seine Überlegungen zu einer sogenannten Remigration vorgestellt hatte und an dem auch Mitglieder der AfD teilgenommen hatten, gesagt:

> *„Ich lehne diese Idee der ‚Remigration' strikt ab. Wir stehen da in einem krassen Gegensatz zur AfD."* [254]

Nach den Äußerungen Krahs hatte der Spitzenkandidat des RN für die Europawahl bereits für die Zeit nach der Wahl erklärt:

> *„Die AfD hat rote Linien überschritten. Wir werden nach den Europawahlen neue Alliierte haben und nicht mehr mit der AfD in einer Fraktion sitzen."* [255]

Nach der EP-Wahl 2024 traten die AfD-Europaabgeordneten aufgrund der Widerstände nicht in die neu gegründete Fraktion Patrioten für Europa (PfE) ein. Co-Bundessprecherin Alice Weidel begründete den Schritt damals laut Presseberichten wie folgt:

> *„Wir sind in Freundschaft verbunden, wir haben unglaubliche inhaltliche Schnittmengen, aber sowohl die eine als auch die andere Partei unterliegt politischen und auch außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Zwängen, auf die wir momentan Rücksicht nehmen müssen."* [256]

Hintergrund für den Nicht-Beitritt dürften allerdings die bereits vor der Wahl bestehenden Differenzen, besonders mit der italienischen Lega und dem französischen Rassemblement National gewesen sein.

Daraufhin schlossen sich am 10. Juli 2024, unter der Federführung der AfD-Abgeordneten, diese mit Delegationen aus acht weiteren Staaten zur neuen Fraktion Europa der Souveränen Nationen zusammen. Co-Fraktionsvorsitzender ist René Aust (MdEP, TH).[257] Krah wurde allerdings bis zu seinem Ausscheiden aufgrund seiner Wahl in den Deutschen Bundestag im März 2025 auch nicht in diese Fraktion aufgenommen.[258] Die zugehörige Partei Europa der Souveränen Nationen (ESN) wurde

---

[254] tagesschau: „Warum Frankreichs Rechtsnationale mit der AfD gebrochen haben" vom 23.05.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 30.03.2025.
[255] Ebd.
[256] tagesschau: „Wilders-Partei schließt sich Rechtsaußen-Fraktion an" vom 06.07.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 30.03.2025.
[257] Aust, René: Facebook-Eintrag vom 11.07.2024, abgerufen am 14.11.2024.
[258] tagesschau: „Die Rechten im Europaparlament haben sich sortiert" vom 10.07.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 08.11.2024.

im September 2024 gegründet.[259] Vorsitzender der Partei ist Alexander Sell (MdEP, BR). Mit Alexander Jungbluth (MdEP, RP) wird auch sein Stellvertreter von der AfD gestellt.[260] Die Gründung einer zugehörigen europäischen politischen Stiftung wurde angekündigt, zum Stand April 2025 allerdings noch nicht umgesetzt.

Im nur fünf Punkte umfassenden politischen Programm heißt es zu den Zielen der Partei:

> *„Ein Europa der Vaterländer: Die ESN Partei setzt sich für den Erhalt eines Europas souveräner Nationalstaaten und Völker, deren kultureller Identität und demokratischer Selbstbestimmung ein. Die ESN Partei erkennt an, dass alle Staaten ungeachtet ihrer Größe und ihres Einflusses gleichberechtigt neben einander stehen, dass diese Staaten durch individuelle soziale, kulturelle, historische, wirtschaftliche und territoriale Besonderheiten geprägt sind, die es zu bewahren gilt. […]*
> *Ein Europa der Zukunft: Die ESN Partei schützt die traditionelle Familie als Kern eines auf Identität und Souveränität gegründeten Europas der freien Völker. Die Bewahrung von Eigenarten der Herkunft und der Kultur soll höchstes Gebot sein, damit Europa, so wie wir es kennen, auch noch in Zukunft bestand hat. Migration muss daher kontrolliert und auf ein annehmbares Maß reduziert werden.“*[261]

Im Jahr 2025 berichteten mehrere Medien darüber, dass die AfD perspektivisch doch in die PfE-Fraktion aufgenommen werden könnte.[262]

---

[259] Amtsblatt der Europäischen Union: „Entscheidung der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen vom 30. September 2024 über die Eintragung von Europa der Souveränen Nationen als europäische politische Partei“ vom 09.10.2024, ohne Abrufdatum.
[260] Liste der deutschen Vorstandsmitglieder der Partei Europa der Souveränen Nationen, Stand 30.09.2024.
[261] Satzung und Politisches Programm von Europe of Sovereign Nations, S. 10 f.
[262] euronews: „AfD könnte sich nach den Wahlen den ‚Patrioten für Europa‘ anschließen“ vom 18.02.2025, in: https://de.euronews.com, abgerufen am 30.03.2025.

II. Parteiinterne Gruppierungen und parteinahe Organisationen

1. Organisationsformen

Innerhalb der AfD existieren verschiedene formelle wie informelle parteiinterne Gruppierungen, die als eigenständige Vereine oder lediglich als lose Personenzusammenschlüsse mit geringerem Organisationsgrad bestehen. Bei den meisten Gruppierungen ist nicht bekannt, ob es sich um solche im Sinne des § 17 Bundessatzung handelt, der Kriterien für die Gründung innerparteilicher Vereinigungen festlegt und u. a. das Vorliegen einer Satzung voraussetzt.

Eine Darstellung der wichtigsten innerparteilichen Gruppierungen ist für die Beurteilung der Gesamtpartei dahingehend relevant, dass anhand von ihnen bestimmte Interessengruppen, Themenschwerpunkte und inhaltliche Positionierungen aufgezeigt werden können und damit eine genauere Binnenbetrachtung der Gesamtpartei möglich wird. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass über die konkreten Einflussmöglichkeiten der einzelnen Gruppierungen nur wenige Erkenntnisse vorliegen. Die niedrigen Mitgliederzahlen und die zum Teil sehr geringen Veranstaltungsaktivitäten deuten allerdings darauf hin, dass diese Gruppierungen nicht unbedingt nur die Binnenfunktion einer innerparteilichen Repräsentanz der entsprechenden Gruppe aufweisen. Vielmehr ist auch davon auszugehen, dass mindestens gleichberechtigt daneben die strategische Überlegung steht, dass die Existenz einer Organisation auch außerhalb der Partei als positives Zeichen gewertet und damit im Werben um neue Mitglieder wohlwollend aufgenommen werden kann. Außerdem kann dadurch der Versuch unternommen werden, bestimmten Vorwürfen gegen die Partei entgegenzutreten, beispielsweise denen antisemitischer Tendenzen oder fremdenfeindlicher Positionen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Gruppierungen und Organisationen kurz vorgestellt: die Christen in der AfD (ChrAfD), Juden in der AfD (JAfD), die Alternative Mitte sowie Mit Migrationshintergrund für Deutschland e. V.

2. Christen in der AfD

Der bereits im Jahr 2015 gegründete Verein Christen in der AfD (ChrAfD) ist seit dem 9. April 2021 im Vereinsregister des AG Charlottenburg eingetragen.[263] Vorsitzende der ChrAfD sind weiterhin der ehemalige Europaabgeordnete und ehemalige Bundesschriftführer Joachim Kuhs (BW) sowie der ehemalige Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme (SN). Dem Verein gehören eigenen Angaben zufolge ca. 300 Mitglieder an (Stand: 1. Januar 2020). Stimmberechtigte Mitglieder können nur AfD-Parteimitglieder werden; unabhängig von der Parteimitgliedschaft besteht die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft.[264] Laut eigener Aussage konnte der Verein im Jahr 2024 *„rund 10 % neue Mitglieder"* aufnehmen, wobei unbekannt ist, wie viele Mitglieder er insgesamt hat.[265]

Ihr Selbstverständnis beschreibt die Vereinigung ChrAfD wie folgt:

> *„Die ChrAfD ist ein wesentlicher Bestandteil der AfD, der die Bedeutung der christlichen Wurzeln für ein Leben in Freiheit und Wohlstand betont und damit die politischen Ziele der AfD prägt. Sie setzt sich auf allen Ebenen für einen fairen und würdigen politischen Diskurs ein."*[266]

Hinsichtlich der Zielsetzung heißt es in der oben bereits zitierten Meldung etwas klarer formuliert:

> *„Der Christen in der AfD e.V. (kurz ChrAfD) ist ein eigenständiger eingetragener Verein innerhalb der Alternative für Deutschland, der es sich zum Ziel gesetzt hat die christlichen Wurzeln in Europa und Deutschland zu stärken und aus christlichem Glauben mit christlichen Werten in die Partei und in die Gesellschaft zu wirken."*[267]

Der Verein betreibt eine eigene Website[268] und eine Facebook-Seite[269], auf denen allerdings hauptsächlich externe Inhalte geteilt werden. Eigene redaktionelle Beiträge

---

[263] Vereinsregisterauszug (Amtsgericht Charlottenburg, VR 38861 B), abgerufen am 10.11.2024.
[264] Christen in der AfD: „Wie kann ich ChrAfD unterstützen?" in: www.chrafd.de, abgerufen am 12.11.2024.
[265] Christen in der AfD: „‚Großer Gott wir loben Dich' auf der Burg Königsberg", in: www.chrafd.de, abgerufen am 06.04.2025.
[266] Christen in der AfD: „Wer ist ChrAfD?", in: www.chrafd.de, abgerufen am 12.11.2024.
[267] Christen in der AfD: „‚Großer Gott wir loben Dich' auf der Burg Königsberg", in: www.chrafd.de, abgerufen am 06.04.2025.
[268] Christen in der AfD: „Home", in: www.chrafd.de, abgerufen am 12.11.2024.
[269] Christen in der AfD: Facebook-Profil, abgerufen am 12.11.2024.

sind hingegen eher selten. Regelmäßige Themen sind insbesondere der sogenannte Lebensschutz, Berichte über Christenfeindlichkeit und das Verhältnis der beiden christlichen Amtskirchen zur AfD. Wie bereits im Folgegutachten AfD 2021 festgestellt, sind die Beiträge der ChrAfD inhaltlich außerdem regelmäßig durch islamkritische Positionen geprägt. In ihrer Grundsatzerklärung heißt es hierzu beispielsweise:

> *„Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung mit dem Islam in Deutschland von einer Mischung aus Wunschdenken und Naivität geprägt. Es ist nicht einsehbar, dass der Islam, sollte er zu weiterem politischem Einfluss in Deutschland gelangen, sich gegenüber religiös Andersdenkenden anders verhalten sollte als in seinen Stammländern."*[270]

In einem Beitrag zum Rückblick auf das Jahr 2024 beschreibt der Vorstand die aktuelle politische Lage wie folgt:

> *„Fast überall in der westlichen Welt macht sich Unmut über die menschen- und religionsfeindliche Unkultur der ‚Wokeness' und ‚Cancel Culture' breit. Die Menschen erkennen zunehmend die Gefahr linker Politik für ihre Freiheit, ihren Wohlstand und ihre Zukunft. Hoffnung machen viele Wahlen in Europa, zuletzt aber vor allem die Wahlen in den USA, wo die Wähler der linken Kulturrevolution die rote Karte gezeigt haben."*[271]

Die Vereinigung ChrAfD kann als strukturelle Ausprägung der christlich-konservativen Strömung in der Partei gesehen werden. Innerparteilich präsentierte sich der Verein beispielsweise mit einem eigenen Stand auf dem Bundesparteitag 2024 in Essen (NW).[272] Darüber hinaus organisieren der Bundesverband oder die Untergliederungen eigene Veranstaltungen und Vernetzungstreffen. Daneben wirkt die ChrAfD besonders durch diejenigen ihrer Mitglieder in die Partei hinein, die gleichzeitig Abgeordnete sind. Nach der Bundestagswahl 2025 erklärte die ChrAfD, dass unter den 152 neu gewählten Abgeordneten insgesamt 19 ChrAfD-Mitglieder seien, was somit einem Anteil von 12,5 % entsprechen würde. In der entsprechenden Meldung heißt es:

---

[270] Christen in der AfD: „Wofür steht ChrAfD?", in: www.chrafd.de, abgerufen am 12.11.2024.
[271] Christen in der AfD: „Weihnachtsbrief 2024", in: www.chrafd.de, abgerufen am 06.04.2025.
[272] Rottmann, Daniel: Facebook-Eintrag vom 29.06.2024, abgerufen am 09.11.2024.

„Ganz besonders freuen wir uns, dass aus den Reihen unserer Mitglieder in der ChrAfD 19 Abgeordnete in den Bundestag gewählt wurden. Dies ist ein großartiger Erfolg für uns Christen und ein deutliches Zeichen, dass das Bekenntnis zum Christentum, dass die Betonung christlicher Wurzeln, Werte und Ansichten in Deutschland und in unserer Partei nicht an Wichtigkeit und Akzeptanz verloren haben. In der neuen AfD-Fraktion haben die Christen in der AfD damit einen vielfach größeren Anteil als in der Gesamtpartei.“[273]

Ein ebenfalls prominentes Mitglied ist Hannes Loth, der im Juli 2023 zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister der AfD gewählt wurde.[274] Welchen Einfluss die Mitglieder innerparteilich konkret ausüben können, lässt sich nur schwer abschätzen. Aufgrund der Anzahl ehemaliger und aktiver Mandats- und Funktionsträgerinnen und -träger und dem Vorhandensein von regionalen Gruppen ist allerdings davon auszugehen, dass der Verein ChrAfD über ein gutes Netzwerk in der Partei verfügt.

3. Juden in der AfD

Die seit 2019 im Vereinsregister des AG Charlottenburg eingetragene[275] Bundesvereinigung Juden in der AfD e. V. (JAfD) entfaltete in den vergangenen Jahren kaum öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten. Vorsitzender ist seit 2021 Artur Abramovych (BR)[276], der zuletzt am 20. Juli 2024 in dieser Funktion bestätigt wurde.[277] Neben seinen werden auf der Facebook-Seite[278] und der Website[279] des Vereins vor allem Beiträge des hessischen AfD-Landtagsabgeordneten Dimitri Schulz geteilt, der gleichzeitig Schatzmeister der JAfD ist.[280] Über die Mitgliederzahl der JAfD liegen keine aktuellen Erkenntnisse vor, in den Jahren zuvor wurde diese aber stets im niedrigen zweistelligen Bereich angegeben.

---

273 Christen in der AfD: „Christen in der AfD erfolgreich bei der Bundestagswahl“, in: www.chrafd.de, abgerufen am 06.04.2025.
274 Christen in der AfD: „Christen in der AfD feiern Erfolg von Hannes Loth“ vom 03.07.2023, in: www.chrafd.de, abgerufen am 10.11.2024.
275 Vereinsregisterauszug (Amtsgericht Charlottenburg, VR 37127 B), abgerufen am 09.11.2024.
276 Juden in der AfD: Facebook-Eintrag vom 28.06.2021, abgerufen am 10.11.2024.
277 Braun, Jürgen: Facebook-Eintrag vom 22.07.2024, abgerufen am 13.11.2024.
278 Juden in der AfD: Facebook Profil, abgerufen am 12.11.2024.
279 Juden in der AfD: „Home“, in: www.j-afd.de, abgerufen am 12.11.2024.
280 Juden in der AfD: „Vorstand“, in: www.j-afd.de, abgerufen am 12.11.2024.

Die bereits im Jahr 2018 verabschiedete Grundsatzerklärung beginnt mit folgender Passage:

> *„Wir sind davon überzeugt, dass die größte Bedrohung für das Europa des 21. Jahrhunderts der wegen ihrer weitaus höheren Geburtenrate kaum zu unterschätzende und durch die Masseneinwanderung zusätzlich beschleunigte Anstieg der muslimischen Bevölkerungsgruppe sowie das mangels einer Akkulturation damit einhergehende Erstarken des politischen Islams darstellt, eines totalitären Islams, der das Abendland ganz offen als seinen Feind zu bezeichnen wagt, ohne dafür hierzulande zur Rechenschaft gezogen zu werden. Zugleich sind wir davon überzeugt, dass die AfD die einzige Partei der Bundesrepublik ist, die sowohl eine redliche Ideologiekritik betreibt, welche die Unvereinbarkeit islamischer Dogmata mit dem Grundgesetz nicht zu verschleiern versucht, als auch in diesem Rahmen muslimischen Judenhass thematisiert, ohne diesen zu verharmlosen, zumal er unstrittig und untrennbar schon mit der Entstehung des Islam verbunden ist."*[281]

Die Thematisierung des *„muslimischen Judenhass[es]"* kann als eine der politischen Kernbotschaften der JAfD betrachtet werden und geht zumeist mit einer starken Relativierung der Gefahr für Jüdinnen und Juden in Deutschland durch rechtsextremistischen Antisemitismus und der Propagierung von islamkritischen bis islamfeindlichen Einstellungen einher. Daneben verweist die JAfD auf die Gefahr des *„linken Zionismus"*. Gender-Mainstreaming und *„Frühsexualisierung"* lehnt sie ab und kritisiert die Arbeit des Zentralrats der Juden.[282]

Auch bei den JAfD kann aufgrund fehlender Erkenntnisse keine fundierte Aussage über die innerparteilichen Einflussmöglichkeiten getroffen werden. Aufgrund der geringen Mitgliederzahl, der wenigen eigenen Veranstaltungen und der innerparteilich eher nachrangigen Mitglieder ist allerdings davon auszugehen, dass der Verein über keine große Wirkmacht verfügt. Gleichwohl erfüllt er für die AfD eine wichtige Funktion, die vom Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, als „Feigenblatt" charakterisiert wurde.[283]

---

[281] Juden in der AfD: „Positionen", in: www.j-afd.de, abgerufen am 10.11.2024.
[282] Ebd.
[283] Jüdische Allgemeine: „„Die AfD ist eine Partei, in der sich Antisemiten zu Hause fühlen können"" vom 16.09.2024, in: www.juedische-allgemeine.de, abgerufen am 10.11.2024.

4. Alternative Mitte

Seitens der ehemals bestehenden Alternativen Mitte (AM) konnten seit spätestens Ende 2021 keine Aktivitäten mehr festgestellt werden. Zwar bestehen noch einzelne Facebook-Seiten, die allerdings bis auf einen Fall nicht mehr gepflegt und mit Inhalten bestückt werden. Die bereits im Folgegutachten AfD 2021 angenommene Auflösung der AM hat sich somit bestätigt.

5. Mit Migrationshintergrund für Deutschland e. V.

Der Verein Mit Migrationshintergrund für Deutschland e. V. (MfD) ist seit Mai 2024 im Vereinsregister des AG Darmstadt eingetragen.[284] Den geschäftsführenden Vorstand bilden der Vorsitzende Athanasios Robert Lambrou (hessischer AfD-Landessprecher und MdL HE), die stellvertretende Vorsitzende Catherine Schmiedel (AfD-Ortsverbandsvorsitzende, HE), der Schriftführer Meysam Ehtemai (Referent der hessischen AfD-Landtagsfraktion) und die Schatzmeisterin Zakia Rappenberg (AfD-Kandidatin zur Landtagswahl Hessen 2023).[285] Im März 2025 hatte der Verein nach eigenen Angaben 176 Mitglieder, wovon 90 % gleichzeitig Mitglied in der AfD seien und 80 % einen Migrationshintergrund hätten. Eine Parteimitgliedschaft stellt entsprechend keine zwingende Voraussetzung für die Vereinszugehörigkeit dar, ebenso wie eine persönliche Migrationsgeschichte.[286]

Auf der Vereinswebsite[287] finden sich die zentralen Informationen zum Verein, auf der Facebook-Seite[288] werden regelmäßig Berichte über Veranstaltungsteilnahmen und Gespräche veröffentlicht.

Im von Lambrou unterschriebenen Gründungsaufruf vom 5. Juni 2023 wird der Kreis der angesprochenen potenziellen Mitglieder skizziert:

---

284 Vereinsregisterauszug (Amtsgericht Darmstadt, VR 84857), abgerufen am 10.11.2024.
285 Ebd.
286 Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V.: „Verein“, in: www.mfd-verein.de, abgerufen am 07.03.2025.
287 Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V.: „Home“, in: www.mfd-verein.de, abgerufen am 12.11.2024.
288 Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V.: Facebook-Profil, abgerufen am 12.11.2024.

> *„Wir möchten in Deutschland bei den gut integrierten Menschen mit Migrationshintergrund für eine Mitarbeit in der Alternative für Deutschland (AfD) werben und diejenigen, die unsere Werte und Überzeugungen teilen, dazu einladen, sich uns anzuschließen. Wer sich zur Deutschen Leitkultur bekennt und sich für den Fortbestand der Nation als kultureller Einheit einsetzt, der ist bei uns willkommen. Wer sich als freier Bürger versteht, der sich mit ganzer Kraft dafür einsetzt, die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, die deutsche Sprache und Tradition zu erhalten, der ist bei uns willkommen."*[289]

Weiterhin heißt es in der Beschreibung des Vereins hinsichtlich der religiösen Zusammensetzung:

> *„Es gibt im Verein sowohl Christen als auch Juden, Moslems und Atheisten. Einigkeit herrscht bezüglich eines klaren Bekenntnisses zu Säkularisierung und einer entschiedenen Ablehnung des politischen Islam."*[290]

Die veröffentlichten Beiträge in den sozialen Medien belegen gewisse Vereinsaktivitäten. Von diesen kann allerdings nicht auf einen möglichen Einfluss des Vereins auf die innerparteiliche Willensbildung geschlossen werden. Auffällig ist allerdings, wie stark die Gründung und Existenz des Vereins durch die AfD beworben wurden. Auch in der mündlichen Berufungsverhandlung vor dem OVG NRW wurden Mitglieder des Vereins auf Antrag der AfD informatorisch gehört. Die Partei wollte sich damit im Hinblick auf die Anhaltspunkte für völkische und fremdenfeindliche Bestrebungen entlasten, womit sie jedoch nicht durchdrang.

III. Entwicklung der Partei

1. Grundsätzliche Beobachtungen zur Entwicklung der AfD

Die Geschichte der AfD ist bereits seit ihrer Gründung durch die Existenz unterschiedlicher Strömungen und innerparteilicher Lager gekennzeichnet. Diese standen dabei teils in erbitterter Konkurrenz zueinander und versuchten die Ausrichtung der Gesamtpartei in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Journalisten Sebastian Pittelkow

---

[289] Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V.: „Gründungsaufruf", in: www.mfd-verein.de, abgerufen am 12.11.2024.
[290] Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V.: „Verein", in: www.mfd-verein.de, abgerufen am 12.11.2024.

und Katja Riedel spitzen in ihrer Darstellung zur AfD diesen Aspekt auf die These zu, dass die Geschichte der AfD eine Geschichte des Streits sei und der Streit somit konstitutiv für die Entwicklung der Partei sei.[291]

Für die folgende Darstellung zur Entwicklung der Partei – schwerpunktmäßig seit März 2021 – soll vorab auf drei Begriffe eingegangen werden, die für die Interpretation der Ereignisse von Bedeutung sind. Es handelt sich um die Bezeichnungen Strömung, Lager und Netzwerk.

Unter Strömungen werden dabei allgemeine politisch-ideologische Grundrichtungen innerhalb einer Partei verstanden, denen sich das einzelne Parteimitglied verbunden fühlen kann. Innerhalb einer Strömung können weiterhin mehrere Lager bestehen. Hierbei handelt es sich um beständige formelle oder informelle Zusammenschlüsse realer Parteimitglieder, die gemeinsam bestimmte innerparteiliche Ziele verfolgen. Zuletzt können sich aus einem Lager diverse personelle Netzwerke herausbilden. Die informellen und im Vergleich zum Lager kurzlebigeren Netzwerke bilden sich aufgrund von persönlichen Kennverhältnissen oder konkreten taktischen bzw. strategischen Überlegungen.

Seit den Gründungsjahren der AfD können mehrere Strömungen in der Partei ausgemacht werden, die in der sozialwissenschaftlichen Forschung mit unterschiedlichen Begriffen beschrieben wurden.[292] Im vorliegenden Gutachten werden vier Grundströmungen in der AfD gesehen, die entsprechend ihrer vorherrschenden ideologischen Ausrichtung als deutsch-national bzw. völkisch-nationalistisch, nationalkonservativ, christlich-konservativ und liberal-konservativ bzw. wirtschaftsliberal bezeichnet werden können. Bereits die Grundbegriffe belegen die große ideologische Heterogenität, welche die AfD in ihrer Gründungsphase prägte und in der die kommenden innerparteilichen Konflikte zumindest in Teilen bereits angelegt waren.

[291] Vgl. hierzu: Sebastian Pittelkow/Katja Riedel: „Rechts unten. Die AfD. Intrigen, heimliche Herrscher und die Macht der Geldgeber", Hamburg 2022, S. 17. Zum Aspekt der innerparteilichen Lagerkämpfe siehe außerdem: Kienholz: „Eine kurze Geschichte der AfD". Hamburg 2024.

[292] Vgl. hierzu und zum Folgendem beispielsweise: David Bebnowski: „Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und Repräsentanz einer rechten populistischen Partei", Wiesbaden 2015, S. 5-33; Armin Pfahl-Traughber: „Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive", Wiesbaden 2019, S. 4-7; Marcel Lewandowsky: „Alternative für Deutschland (AfD)", in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): „Handbuch der deutschen Parteien", 3., erw. und aktual. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 161-171.

Für die weitere Entwicklung der AfD sollten besonders die Auseinandersetzungen zwischen der liberal-konservativen und der völkisch-nationalistischen Strömung vorherrschend werden. Nachdem in der Gründungsphase besonders das liberal-konservative Lager in der Öffentlichkeit dominiert hatte, was sich unter anderem auch in der Bezeichnung der AfD als „Professorenpartei" niedergeschlagen hatte, erlitt dieses Lager nach dem Austritt von Bernd Lucke und großen Teilen seiner Anhängerschaft im Jahr 2015 einen ersten erheblichen Einflussverlust. Parallel hierzu konnte beobachtet werden, dass sich das Lager der völkisch-nationalistischen Strömung in den ersten Jahren der AfD immer weiterentwickelte. Organisatorischer Ausdruck der zunehmenden Vernetzung war dabei die Gründung des Vereins Patriotische Plattform im Jahr 2014. Daneben trat nach der Veröffentlichung der Erfurter Resolution im März 2015 als weitere Organisation der Flügel. Beide Organisationen können bis zu ihren Auflösungen im Jahr 2018 (Patriotische Plattform) bzw. 2020 (Der Flügel) als wichtige Vernetzungsorganisationen im solidarisch-patriotischen Lager[293] gesehen werden. Das Lager konnte im Lauf der Jahre seinen Einfluss in der Partei immer weiter ausbauen und zunehmend die programmatische und politische Ausrichtung der AfD mitbestimmen. Dadurch gerieten die Vertreter dieses Lagers immer wieder in Konflikt mit dem liberal-konservativen Lager. Diese dualistische Auseinandersetzung prägte die AfD über Jahre hinweg und stellte auch bei Abschluss des Folgegutachtens AfD 2021 den Hintergrund dar, vor dem die Einstufung zum Verdachtsfall erfolgte. Zwar deutete sich bereits damals an, dass das solidarisch-patriotische Lager um den ehemaligen Flügel immer stärker wurde, allerdings verfügte das liberal-konservative Lager um den Co-Bundessprecher Jörg Meuthen weiterhin über einen erheblichen Einfluss in der Partei. Von diesem Ausgangspunkt aus erfolgt nun die Beschreibung der weiteren Entwicklung der AfD bis in die Gegenwart hinein.

[293] Der Begriff des „Solidarischen Patriotismus" wurde konzeptionell vom neurechten Publizisten Benedikt Kaiser formuliert und u. a. von Björn Höcke als Leitlinie für dessen Politik propagiert. Bei der Bezeichnung des solidarisch-patriotischen Lagers handelt es sich somit um eine Selbstzuschreibung, die im Folgenden übernommen wird.

2. Entwicklung der Partei 2021 bis 2024

Vor dem Hintergrund der laufenden Klagen vor dem VG Köln bezüglich der vom BfV beabsichtigten Einstufung der Gesamtpartei als Verdachtsfall trafen sich die AfD-Delegierten am 10. und 11. April 2021 zum Bundesparteitag in Dresden (SN). Inhaltlicher Hauptpunkt war die Beratung und Verabschiedung des Bundestagswahlprogramms und der dazugehörigen Kampagne „Deutschland. Aber normal".[294] Daneben wurden auf dem Parteitag allerdings auch die innerparteilichen Spannungen deutlich. So stand besonders Jörg Meuthen in der Kritik, die nachdrücklich von Anhängern des solidarisch-patriotischen Lagers vorgetragen wurde. Auch wenn ein formaler Antrag auf vorzeitige Abwahl von Meuthen nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde, wurde die Kritik an ihm ausführlich und emotional vorgetragen. Björn Höcke (Landesvorsitzender und MdL TH) äußerte sich gegenüber Journalistinnen und Journalisten zu der Personalie mit folgenden Worten:

> *„Ich habe ja eben sehr deutlich gemacht, dass Herr Meuthen in meinen Augen nicht das politisch-historisch-philosophische Tiefenbewusstsein besitzt, um diese Partei in ihrer Lage zu führen."*[295]

Der Parteitag wurde von Beobachtern als Erfolg für das solidarisch-patriotische Lager gewertet, in einigen Abstimmungen konnte dieses sich klar durchsetzen. Auch Björn Höcke meldete sich im Rahmen des Parteitags häufig zu Wort und war darum bemüht, inhaltliche Akzente zu setzen.[296]

Bereits vor dem Bundesparteitag hatten sich die Mitglieder in einer Befragung mit deutlicher Mehrheit dafür ausgesprochen, dass die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten per Mitgliederabstimmung ausgewählt werden sollten.[297] In dieser setzten sich Tino Chrupalla (MdB, SN) und Alice Weidel (MdB, BW) im Juni 2021 überraschend deutlich mit 71 % der abgegebenen Stimmen gegen ihre Konkurrentin Joana

---

[294] AfD: „Deutschland. Aber normal!" vom 10./11.04.2021, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[295] T-Online: „Parteitag in Dresden: AfD für EU-Austritt – Höcke schießt gegen Meuthen" vom 10.04.2021, in: www.t-online.de, abgerufen am 10.11.2024.
[296] Ebd.
[297] ZEIT: „AfD-Spitzenkandidat soll durch Basisabstimmung benannt werden" vom 26.03.2021, in: www.zeit.de, abgerufen am 10.11.2024.

Cotar[298] (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) bzw. den Konkurrenten Joachim Wundrak (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NI) durch und wurden demnach mit einer klaren Mehrheit als Spitzenkandidaten der Partei gewählt.[299]

Bei der Bundestagswahl im September 2021 kam die AfD schließlich auf 10,4 % der Zweitstimmen, was einem Verlust von 2,2 Prozentpunkten im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 entsprach. Das Ergebnis wurde innerparteilich eher zurückhaltend aufgenommen, auch Jörg Meuthen sprach gegenüber Medienvertretern von einem *„durchwachsenen Ergebnis"*.[300] Dabei fügten sich die Verluste der Partei in einen Trend ein, der bereits seit dem Jahr 2019 anhielt, da die AfD nach der Landtagswahl in Thüringen im selben Jahr durchgängig bei allen Wahlen auf Bundes- und Landesebene Verluste zu verzeichnen hatte. Diese Entwicklung sollte sich zunächst auch nach der Bundestagswahl fortsetzen und erst mit der Landtagswahl in Niedersachsen im Jahr 2022 ihr Ende finden.

Die zu diesem Zeitpunkt bereits seit Monaten andauernden heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen führten im Januar 2022 schließlich zum Austritt von Jörg Meuthen aus der AfD. Das liberal-konservative Lager verlor damit seine Führungsfigur und wurde innerparteilich abermals durch einen prominenten Parteiaustritt geschwächt.[301] Meuthen hatte seinen Austritt unter anderem mit den herrschenden Machtverhältnissen in der Partei erklärt:

> *„Das Herz der Partei schlägt heute sehr weit rechts. Ich sehe da ganz klar totalitäre Anklänge."*[302]

Am 8. Mai 2022 verpasste die AfD bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein mit 4,4 % den Wiedereinzug in den Landtag. Dies führte erneut zu kontroversen innerparteilichen Diskussionen über die Gründe der anhaltenden Erfolglosigkeit. Während Vertreter des solidarisch-patriotischen Lagers den aus ihrer Sicht zu angepassten Wahlkampf kritisierten, störten sich Vertreter des liberal-konservativen Lagers an der

[298] Joana Cotar trat im November 2022 aus der AfD aus.
[299] Deutschlandfunk: „Weidel und Chrupalla zum Spitzenduo der AfD gewählt" vom 25.06.2021, in: www.deutschlandfunk.de, abgerufen am 12.11.2024.
[300] Business Insider: „AfD verliert bundesweit — aber in Sachsen und Thüringen werden die Rechten stärkste Kraft" vom 26.09.2021, in: www.businessinsider.de, abgerufen am 12.11.2024.
[301] tagesschau: „Meuthen verlässt die AfD" vom 28.01.2022, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 10.11.2024.
[302] Deutschlandfunk: „Die AfD nach Meuthens Rücktritt" vom 29.01.2022, in: www.deutschlandfunk.de, abgerufen am 10.11.2024.

Ausrichtung der Bundespartei hinsichtlich des Kriegs in der Ukraine.[303] Nachdem die AfD eine Woche später mit 5,4 % (minus 1,9 Prozentpunkte) nur knapp wieder in den Landtag von Nordrhein-Westfalen einzogen war, geriet auch Tino Chrupalla innerparteilich verstärkt unter Druck. So äußerte beispielsweise Joana Cotar mit Blick auf den anstehenden Bundesparteitag 2022 in Riesa (SN):

> *„Mit Tino Chrupalla endete die Erfolgsgeschichte der AfD. Er bildet weder die gesamte Partei ab noch überzeugt er bei den Wählern. Darum darf er als Bundessprecher nicht noch einmal antreten.“*[304]

Wie die Äußerung von Joana Cotar im Vorfeld belegt, versuchten die Vertreter des liberal-konservativen Lagers eine Neuausrichtung des Bundesvorstands und damit auch der Gesamtpartei zu erreichen. Dies erschien vor dem Hintergrund der beschriebenen schlechten Wahlergebnisse und der im März 2022 erfolgten Bestätigung der Verdachtsfallbeobachtung der AfD durch das VG Köln umso zwingender. Auch das solidarisch-patriotische Lager versuchte in den Wochen und Monaten vor dem Bundesparteitag, die Stimmung zu beeinflussen.

In einem Gastbeitrag für die Sezession richteten sich Hans-Christoph Berndt (MdL BB) und René Springer (MdB, BB) gegen eine künftige fundamentaloppositionelle Ausrichtung der Partei:

> *„Die Bibliothek des Konservatismus, die Desiderius-Erasmus-Stiftung oder das Institut für Staatspolitik sind Adressen für die Fundierung alternativer Politik für Deutschland. Dort hat die Fundamentalopposition ihren Platz – aber nicht in einer Partei. Eine politische Partei hat nur eine Aufgabe: Politische Macht zu gewinnen, um ihre Ziele zu erreichen. Das ist wohlgemerkt nicht gleichbedeutend mit einer Regierungsbeteiligung; Veränderungen sind auch aus der Opposition möglich, allerdings nur, sofern diese Opposition Macht hat. […] Ihr [Anm.: der AfD] fehlt die Macht, die Politik in Deutschland auch aus der Opposition heraus verändern zu können. Um den cordon sanitaire zu durchbrechen,*

---

303 tagesschau: „AfD nach Schleswig-Holstein-Wahl: Gegenseitige Schuldzuweisungen“ vom 09.05.2022, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 10.11.2024.
304 RND: „Niederlage bei NRW-Wahl: AfD-Chef Chrupalla unter Druck“ vom 16.05.2022, in: www.rnd.de, abgerufen am 10.11.2024.

braucht sie – Macht, und zwar eine spür- und sichtbare Macht, wie etwa die Duldung einer oder die Beteiligung an einer Landesregierung.“[305]

Hinsichtlich der zukünftigen Rolle der ostdeutschen Landesverbände forderte der neurechte[306] Publizist Benedikt Kaiser in einem Onlineartikel der Sezession:

> *„Es ist ganz naheliegend, daß man – Einwohnerzahlen hin und her – für den kommenden AfD-Bundesparteitag in vier Wochen ein so lapidares wie gewichtiges ‚Mehr Osten wagen‘ formulieren kann. […] Wenn man vor diesem Hintergrund der Bedeutungszunahme sozialer Fragen (vom Kaufkraftverlust bis zu steigenden Benzin- und Dieselpreisen) fordert ‚Mehr Osten wagen‘, dann heißt dies nicht, den Kurs der Thüringer oder Brandenburger Landesverbände eins zu eins auf Westverhältnisse übertragen zu wollen. Das würde aufgrund regionaler Unterschiede, historischer Besonderheiten und personeller Kapazitäten selbstverständlich nicht funktionieren. ‚Mehr Osten wagen‘ heißt aber sehr wohl, daß man die Grundzüge des Alternativen, wie sie in Ostdeutschland gelebt werden, so weit wie möglich an die (in sich wieder vielfältigen) westdeutschen Verhältnisse anpaßt.“*[307]

Diese Sicht wurde am Rande des Parteitags auch von Björn Höcke (MdL TH) geteilt, indem dieser über die strategische Bedeutung der ostdeutschen Bundesländer äußerte:

> *„Ich bin der festen Überzeugung, dass die Wende zu einer volksfreundlichen Politik nicht in Berlin, sondern in Chemnitz, in Grimma, in Dresden, in Altenburg, in Eisenach und in Erfurt erzwungen wird. Das sind die beiden Bundesländer,*

[305] Sezession: „Betrachtungen zur Zukunft der AfD“ vom 15.06.2022, in: www.sezession.de, abgerufen am 10.11.2024.
[306] Der Begriff der Neuen Rechten wird in Politikwissenschaft und im Verfassungsschutzverbund bisweilen unterschiedlich definiert. Unter die Bezeichnung Neue Rechte wird hier ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen gefasst, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Soweit im Folgenden auf „neurechte“ Inhalte und Personen verwiesen wird, handelt es sich bei diesen daher nur um solche, die jedenfalls Anhaltspunkte für rechtsextremistische Positionen vertreten und damit eine verfassungsschutzrechtliche Relevanz entfalten.
[307] Sezession: „Sammelstelle für Gedrucktes (47)“ vom 12.05.2022, in: www.sezession.de, abgerufen am 10.11.2024.

Dresden, also Sachsen, und Thüringen, wo wir eine machtpolitische Option haben. Deswegen ist es für die Partei, für die Gesamtpartei, strategisch enorm wichtig, dass wir dort professionell arbeiten.“[308]

Der Bundesparteitag vom 17. bis 19. Juni 2022 in Riesa (SN) diente somit zwar vorrangig der Wahl eines neuen Bundesvorstands, kann aber in der Rückschau als wichtige Wegmarke in der Parteigeschichte gesehen werden, an der das liberal-konservative Lager mit seinem Bestreben um eine Neuausrichtung der AfD letztlich klar scheiterte. Als neue Bundessprecherin und -sprecher wurden Alice Weidel und Tino Chrupalla gewählt. Keines der weiteren Mitglieder des neuen Bundesvorstands konnte dem liberal-konservativen Lager zugerechnet werden. Die nach dem Austritt von Jörg Meuthen bundesweit sicherlich prominenteste Vertreterin dieses Lagers, Joana Cotar (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE), trat nicht einmal mehr zur Wahl an. Auch dezidierte Kritiker des ehemaligen Flügels wie beispielsweise Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) oder Erika Steinbach (Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung) konnten in ihren Wahlgängen lediglich Achtungserfolge erringen und sich nicht gegen ihre Mitbewerber und Mitbewerberinnen durchsetzen.

Die ostdeutschen Landesverbände Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die in besonderem Maße von den extremistischen Strömungen in der Partei dominiert oder zumindest geprägt werden, stellten von da an die Hälfte der Bundesvorstandsmitglieder. Die rechtsextremistische COMPACT-Magazin GmbH sprach in ihrer Berichterstattung zum Parteitag sogar davon, dass das *„liberale Lager regelrecht paralysiert“* gewesen sei.[309]

Auch andere Personen aus dem neurechten Netzwerk äußerten sich sehr zufrieden mit den Ergebnissen des Bundesparteitags. Götz Kubitschek berichtete in einem Artikel auf der Website der Sezession davon, dass der reibungslose Ablauf der Vorstandswahlen auch auf vorher erfolgte Absprachen zurückzuführen sei, an denen auch Björn Höcke beteiligt gewesen sei:

---

[308] COMPACTTV: „AfD-Parteitag: Sieg der Patrioten“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.06.2022, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 14.11.2024.

[309] „AfD-Parteitag: Sieg der Patrioten“; veröffentlicht in: www.youtube.com vom 20.06.2022, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.06.2022.

> *„Alle Gespräche und Sondierungen vor dem Parteitag folgten der Einsicht in die Notwendigkeit, diejenigen zu entmachten, die den Krieg gegen die eigene Partei fortsetzen wollten. An diesen Gesprächen hat sich natürlich auch Björn Höcke beteiligt.“*[310]

Weiter schreibt Kubitschek:

> *„Höcke hatte sich irgendwann in den Wochen vor dem Bundesparteitag und gegen den großen Widerstand des eigenen Lagers entschieden, auch diesmal nicht für den Bundesvorstand zu kandidieren. Sein Hauptgrund dafür war und ist die Beruhigung der Partei und die Beendigung einer ungerechtfertigten inneren Panik, die sich unter anderem an seiner Person immer wieder neu entzündet. Höckes Verzicht auf eine Kandidatur war ein Signal: Er hat damit gezeigt, daß ihm der Zusammenhalt der Partei wichtig ist und daß er weiß, welche Reizfigur die Medien aus ihm gemacht haben. Der Verzicht Höckes wurde ihm hoch angerechnet, und die Vorstandswahlen am Samstag gingen auch deswegen undramatisch über die Bühne. […] Und nicht zuletzt in der Vorbereitung auf diesen Bundesparteitag hat Höcke gezeigt, wie sehr er an inhaltlichen Fragen interessiert ist und für wie notwendig er ihre Beantwortung für die Partei hält: Drei wesentliche Anträge (Europa, Friedenspolitik, Strukturreform) wurden von ihm initiiert und mitgetragen. Seine Anregung war es auch, sich als Leiter einer Kommission zur Strukturreform der Partei auf bundespolitischer Ebene zu beteiligen und damit einen formalen Schritt aus seiner landespolitischen Verortung heraus zu machen. Dazu ist es nicht gekommen, aber dazu kommt es hoffentlich noch. […] Der neue Bundesvorstand ist kein Höcke-Vorstand. Er ist aber vor allem überhaupt kein Meuthen-Vorstand mehr, und das ist eine Lehre für jeden, der Meuthens Vorgehen in den vergangenen beiden Jahren irgendetwas abgewinnen kann:“*[311]

War der erste Tag des Bundesparteitags noch von den schnellen und reibungslosen Vorstandswahlen geprägt gewesen, kam es am zweiten Tag schließlich im Rahmen der Diskussion über eine unter anderem von Björn Höcke eingereichte Europa-Re-

[310] Sezession: „Bundesparteitag in Riesa (1): Absprachen und Wahlen“ vom 24.06.2022, in: www.sezession.de, abgerufen am 10.11.2024.
[311] Ebd.

solution zu einem Eklat, der letztlich dazu führte, dass der Parteitag vorzeitig abgebrochen wurde.[312] Der Streit entzündete sich dabei sowohl sprachlich an einigen umstrittenen Formulierungen im Antrag als auch inhaltlich an der grundsätzlichen prorussischen Positionierung.

Auch zu diesen Vorgängen nahm Götz Kubitschek in einem weiteren Beitrag Stellung:

> *„Mit diesen grundsätzlichen Erwägungen trat Neuhoff an Höcke heran, den er als EU-Kritiker einschätzte, nicht aber als jemanden, der über den Tellerrand der deutschen Nation hinauszudenken nicht in der Lage sei. An der Textfassung einer konstruktiven Europa-Resolution arbeiteten Neuhoff und Höcke eng zusammen, unterstützt von dem Europaabgeordneten Maximilian Krah. [...] Wie breit sie letztlich getragen wurde, ist auch daran abzulesen, daß neben Alexander Gauland auch der Chef der Bundesprogrammkommission, Albrecht Glaser, zu den Unterzeichnern des Antrags zum Bundesparteitag in Riesa gehörte. [...] Auch Neuhoff äußerte im Gespräch sein Unverständnis für die Lässigkeit, mit der man aus dem hohlen Bauch heraus Formulierungen des Antrags infrage stellte und eine klare europapolitische Stellungnahme verhinderte. So betonte er mir gegenüber beispielsweise den für die Resolution so wesentlichen Unterschied zwischen Ukrainekonflikt und Ukrainekrieg – also die geopolitisch so entscheidende, jahrzehntelange Anbahnung und Verschärfung eines Konflikts durch den US-geführten Westen einerseits und die kriegerische Konsequenz durch den Angriff Rußlands andererseits: ein in den auf Kriegspropaganda umgeschwenkten deutschen Medien völlig unterrepräsentiertes Diskussionsfeld.“*[313]

Der Bundesparteitag 2022 endete somit zwar unruhig. Letztlich bleibt aber festzuhalten, dass das solidarisch-patriotische Lager als prägende Kraft in Absprache mit anderen innerparteilichen Netzwerken und einflussreichen Akteuren erreichen konnte, dass der neue Bundesvorstand maßgeblich nach seinen Vorstellungen zusammen-

---

[312] tagesschau: „AfD bricht Parteitag nach Streit ab“ vom 19.06.2022, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 10.11.2024.
[313] Sezession: „Bundesparteitag in Riesa (2): Die Europaresolution“ vom 26.06.2022, in: www.sezession.de, abgerufen am 10.11.2024.

gesetzt war. Das ehemalige liberal-konservative Lager konnte dagegen keinerlei Einfluss mehr auf die Wahlen nehmen und verfügte letztlich über keinen Vertreter bzw. keine Vertreterin im Bundesvorstand mehr.

Die im Vorlauf des Bundesparteitags 2022 abermals aufgekommene innerparteiliche Strategiediskussion zwischen jenen, die eine fortwährende fundamentaloppositionelle Positionierung der AfD befürworten und jenen, die eine Regierungsbeteiligung der AfD anstreben, prägte in der Folgezeit auch weiterhin die Debatten in der AfD. Dabei waren jedoch veränderte Positionierungen zu beobachten: Waren Vertreterinnen und Vertreter der westdeutschen Landesverbände bisher in der Mehrzahl für eine Regierungsbeteiligung der Partei, plädierten mehrere hochrangige Funktionäre nun für eine oppositionelle Positionierung der AfD. So führte Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) auf dem Sommerfest des Instituts für Staatspolitik am 8. und 9. Juli 2023 in Schnellroda (ST) aus, dass die AfD derzeit nicht regieren könne, weil es ihr an Personal fehle, um *„eine Ministerialbürokratie zu stellen"*. Dies habe zur Folge, dass die Wählerinnen und Wähler schnell von der AfD enttäuscht würden, weil die versprochenen Inhalte nicht umgesetzt werden könnten:

> *„Wenn wir regierungsfähig sein wollen, ist das auch ein Prozess. Also als die FPÖ in Österreich in die Regierung eingetreten ist, dann hatte das schon auch seinen Grund, dass Strache als Vizekanzler das Sportressort hatte, weil er sonst das Ministerium gar nicht leiten konnte. Und wir haben überhaupt nicht das Potenzial, um eine Ministerialbürokratie zu stellen. Und wenn wir den Fehler machen, dann in eine Regierung zu gehen ohne den Beamtenapparat, der dann eben den Altparteien zugeneigt ist, auszutauschen, dann werden wir eben diese Hoffnungen, die in uns gesteckt werden, recht schnell enttäuschen."*[314]

Ähnlich argumentierte auch Andreas Lichert (Landessprecher und MdL HE), der zugleich aber die Möglichkeiten einer oppositionellen Kraft skizzierte:

> *„Regierungsfähigkeit: ja, nein? Das ist im Grunde genommen zurzeit eine Frage, die wir nicht übermäßig bewirtschaften sollten, weil das auch bei vielen, glaube ich, da würden wir selbst gewissermaßen unseren Anspruch auch ein*

[314] Helferich, Matthias: „Sommerfest-Podium #AfD – Maximilian Krah, Andreas Lichert, Matthias Helferich und Christoph Berndt"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.07.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 18.07.2023.

> *Stück weit runterschrauben, wenn wir so tun, als wäre Einfluss auf die Regierung nur aus der Regierung heraus möglich. Ich glaube nicht, dass das so ist. Und wir müssen ja als einzige ernstzunehmende Oppositionskraft in diesem Land, müssen wir unseren Wählern und den Bürgern ein Nutzenversprechen präsentieren. Und, es ist ja schon gesagt worden, es ändert sich ja etwas. […]. Opposition wirkt, Opposition verändert dieses Land zum Besseren. Das muss unser Anspruch sein."*[315]

Dem entgegen steht die Positionierung von Vertretern der ostdeutschen Landesverbände: Sprachen sich diese in der Vergangenheit für eine fundamentaloppositionelle Ausrichtung der Partei aus, forderten sie unter anderem wegen der steigenden Umfragewerte für die Partei zunehmend eine Regierungsbeteiligung der AfD. Hans-Christoph Berndt (MdL BB) führte dazu wie folgt aus:

> *„Es ist wirklich möglich, etwas zu ändern. Und dieses dumme Gerede von ‚Wenn Wahlen etwas ändern könnten, wären sie verboten', dem kann man jetzt entgegentreten und kann sagen: Wir haben gesehen in Sonneberg, wir können andere Mehrheiten schaffen, auch gegen das Kartell aller anderen. Und diese Umfragewerte, die wir haben, mit jedem Prozent sorgen die dafür, dass die Brandmauern gegen die AfD dünner und poröser werden."*[316]

Diese Position der ostdeutschen Landesverbände zeigte sich während der Landtagswahlkämpfe in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September 2024 nochmals stärker akzentuiert. Jörg Urban (MdL SN) äußerte bereits ca. ein Jahr vor der Landtagswahl in Sachsen, dass die AfD nun regieren wolle:

> *„Vor dem Hintergrund der destruktiven Politik der Altparteien, die unser Land zerstören, sind die Landtagswahlen 2024 hier im Osten von ganz besonderer Bedeutung. Wir wollen diese Wahlen gewinnen. Wir wollen regieren. Wir wollen unserem Land wieder eine gute.Zukunft geben."*[317]

---

[315] Lichert, Andreas: „Sommerfest-Podium #AfD – Maximilian Krah, Andreas Lichert, Matthias Helferich und Christoph Berndt"; veröffentlicht in www.youtube.com am 17.07.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 18.07.2023.

[316] Berndt, Hans-Christoph: „Sommerfest-Podium #AfD – Maximilian Krah, Andreas Lichert, Matthias Helferich und Christoph Berndt"; veröffentlicht in www.youtube.com am 17.07.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 18.07.2023.

[317] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 28.10.2023, abgerufen am 12.11.2024.

Die im Laufe des Jahres 2022 steigenden Umfragewerte für die AfD und eine Trendumkehr an den Wahlurnen gelang der Partei bei der Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 9. Oktober 2022. Sie erreichte mit 11,0 % (plus 4,8 Prozentpunkte) ein Ergebnis, das noch einige Monate zuvor aufgrund der damaligen Umfragewerte undenkbar gewesen wäre. Als Grund für das gute Abschneiden wurde unter anderem die in der Bevölkerung zunehmende Angst vor den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs gesehen, insbesondere hinsichtlich der sicheren Energieversorgung und der steigenden Inflation.[318] Dieses Thema hatte die AfD bereits frühzeitig mit der bundesweiten Kampagne „Unser Land zuerst!" aufgegriffen, die am 8. Oktober 2022 mit einer Großdemonstration in Berlin, an der rund 10.000 Personen teilnahmen, ihren Höhepunkt fand.[319]

Im November 2022 kam es zu einem weiteren Parteiaustritt einer vormaligen prominenten Führungsperson des liberal-konservativen Lagers. Joana Cotar (damals noch MdB, HE) erklärte am 21. November 2022 in einem längeren Statement ihre Beweggründe für ihren Austritt aus der Partei. Unter der Überschrift „Immer für die Freiheit" kritisierte sie die AfD insbesondere für ihre prorussische Haltung und das Verhalten vieler Opportunisten in der Partei:

> *„Nicht der extreme Rechtsaußen-Rand der AfD war und ist das Problem, der war immer in der Minderheit. Es sind die Opportunisten, die für Mandate ihre Überzeugungen aufgeben, sich kaufen lassen und morgen das Gegenteil dessen vertreten für das sie heute noch stehen. […] Die große Nähe führender AfD-Funktionäre zum Präsidenten der Russischen Föderation Vladimir Putin kann und werde ich nicht mehr mittragen. Die Anbiederung der AfD an die diktatorischen und menschenverachtenden Regime in Russland, China und jetzt auch den Iran sind einer aufrechten demokratischen und patriotischen Partei unwürdig."*[320]

Im Jahr 2023 konnte die AfD bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Februar und den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im Oktober ihre Ergebnisse jeweils steigern. Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft im Mai 2023 wurde die

---

[318] ZEIT: „AfD profitiert von der Krisenangst" vom 09.10.2022, in: www.zeit.de, abgerufen am 12.11.2024.
[319] AfD: „Unser Land zuerst!" vom 17.03.2023, in: www.afd.de, abgerufen am 11.11.2024.
[320] Cotar, Joana: „Immer für die Freiheit" vom 21.11.2022, in: www.joanacotar.de, abgerufen am 11.11.2024.

AfD in Folge innerparteilicher Konflikte nicht zugelassen. So hatten zwei unterschiedliche Parteivorstände Wahlvorschläge für die Wahl eingereicht, was letztlich dazu führte, dass keiner von beiden berücksichtigt wurde.[321] Entsprechend ist die AfD seit Mai 2023 nur noch in 14 Landesparlamenten vertreten.

Der Bundesparteitag 2023 fand am 28. Juli in Magdeburg (ST) statt. An diesen schloss sich am nächsten Tag direkt der erste Teil der Europawahlversammlung an, die vom 4. bis 6. August 2023 fortgesetzt wurde. Wichtigster inhaltlicher Diskussionspunkt des Bundesparteitags war die Frage zum Beitritt der AfD zur europäischen Partei Identität und Demokratie (siehe hierzu Unterkapitel I.). Die Diskussion hierüber offenbarte konträre Auffassungen zum Thema. Nach einer kurzen inhaltlichen Diskussion wurde der Beitritt dann allerdings mit großer Mehrheit beschlossen. Insgesamt wurde im Verlauf des Parteitags wiederholt die Geschlossenheit in der Partei herausgestellt.[322]

Die einen Tag zuvor beschworene Geschlossenheit zeigte sich anschließend auch im Rahmen der Europawahlversammlung, bei der das Europawahlprogramm beschlossen und die Kandidatenwahlliste aufgestellt wurde.[323] Angeführt wurde die Wahlliste von Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) und Petr Bystron (damals noch MdB, inzwischen MdEP, BY).[324]

Bemerkenswert war erstens, in welcher Geschwindigkeit die einzelnen Listenplätze besetzt werden konnten, was unter anderem auch daran lag, dass es für viele Plätze nur einen Bewerber oder eine Bewerberin gab. Dieser Umstand deutet darauf hin, dass abermals im Vorfeld der Veranstaltung umfangreiche Absprachen zwischen den verschiedenen Lagern und Netzwerken stattgefunden hatten, um eine Liste zu bestimmen. Besonders wurde hierbei die Rolle des Netzwerkes um den Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier (RP) betont, das im Hintergrund maßgeblich an der Aushandlung beteiligt gewesen sein soll.[325] Das Netzwerk aus vornehmlich jüngeren, karriereorientierten AfD-Funktionären formierte sich nach dem chaotischen

[321] Süddeutsche Zeitung: „Staatsgerichtshof: Bremer Bürgerschaftswahl ist gültig" vom 16.08.2024, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 11.11.2024.
[322] tagesschau: „Radikal im Wort – weicher in der Schrift" vom 06.08.2023, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 11.11.2024.
[323] Ebd.
[324] AfD: „Listenplätze Europawahl – Alternative für Deutschland" vom 15.04.2024, in: www.afd.de, abgerufen am 11.11.2024.
[325] FOCUS: „Ein geheimnisvolles AfD-Netzwerk drängt den Höcke-Flügel in den Hintergrund" vom 05.08.2023, in: www.focus.de, abgerufen am 12.11.2024.

Ende des Bundesparteitags 2022 in Riesa (SN) und hat das Ziel, die Partei auf unter anderem der kommunikativen und organisatorischen Ebene zu professionalisieren. Damit gehen indes keine inhaltliche Mäßigung oder Distanzierung von verfassungsschutzrechtlich relevanten Positionen der Partei einher. Vielmehr sind die Akteure des Netzwerks überwiegend dem solidarisch-patriotischen Lager zuzurechnen.

Das Netzwerk entfaltete durch den Verlauf der Europawahlversammlung in Magdeburg (ST) erstmals auch öffentlich seine Einflussmöglichkeiten.[326] Die nahezu gänzlich ausbleibenden Konflikte und Streits auf offener Bühne sind mutmaßlich auf das Wirken des Netzwerks und die durch Münzenmaier organisierten Absprachen zwischen den unterschiedlichen Netzwerken und Lagern zurückzuführen.[327]

Auffällig war zweitens, wie homogen die einzelnen Bewerbungsreden wirkten und in welchem Umfang sich verfassungsschutzrelevante Aussagen darin fanden. Selbst ehemalige Anhänger des liberal-konservativen Lagers fielen mit Reden auf, die in Bezug auf Duktus und verwendete Schlagworte stark an Positionen des solidarisch-patriotischen Lagers erinnerten. Prominentestes Beispiel war die Rede von Alexander Wolf (zum damaligen Zeitpunkt MdHB, mittlerweile MdB, HH), in der dieser selbstkritisch zugab, dass die vergangenen Konflikte zwischen dem liberal-konservativen Lager und dem Flügel die Partei geschwächt hätten.[328]

In den Reden, in denen in hohem Maße verfassungsschutzrechtlich relevante Aussagen kommuniziert worden sind, wurde die migrationsfeindliche Agitation der Partei wieder in den Vordergrund gerückt. So äußerte sich der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen (mittlerweile MdEP, BW) wie folgt:

> *„Und zu Europa gehört ja auch die Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Sind aber wir Deutsche, sind die anderen europäischen Völker jemals gefragt worden, ob sie einverstanden sind, dass Millionen von Fremde in ihre Länder kommen, die großteils die Sozialsysteme belasten und zunehmend gewalttätig Parallelgesellschaft bilden? […] Liebe Freunde, es ist ein unerträglicher Zustand, dass Deutschland der Asylmagnet Europas ist, dass wir diesen Kontinent mit*

---

[326] DER SPIEGEL: „AfD-Mann Sebastian Münzenmaier. Er wirkt ruhig. Er denkt völkisch. Er hat Macht" vom 05.07.2024, in: www.spiegel.de, ohne Abrufdatum.
[327] Süddeutsche Zeitung: „Wer ganz rechts die Strippen zieht" vom 01.07.2024, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 12.11.2024.
[328] Wolf, Alexander: Rede für das EU-Parlament vom 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.09.2023, Kanal: „Alexander Wolf", abgerufen am 12.11.2024.

Wirtschaftsmigranten aus aller Welt verwandeln, als Siedlungsgebiet sozusagen."[329]

Irmhild Boßdorf (mittlerweile MdEP, NW) forderte in ihrer Bewerbungsrede die *„millionenfache Remigration"*:

> *„Der Plan von Wirtschaftsminister Robert Habeck geht auf. Der Mittelstand stirbt ab, die Industrie verlässt Deutschland und der Green Deal ist jetzt der Sargnagel, mit dem Brüssels Bürokraten Deutschlands Niedergang endgültig besiegeln wollen. Aber, liebe Freunde, eine Volkswirtschaft kann man wiederaufbauen. Gerade wir Deutsche haben das in unserer Geschichte immer wieder bewiesen. Was uns aber dann irgendwann fehlt, das ist unser Volk. Und dieses wird von Berlin und Brüssel der Auflösung preisgegeben. Es ist egal, wie die Frage lautet: Massenzuwanderung ist immer das Problem und niemals eine Lösung.*
> *Die Lösung lautet Remigration. Millionenfache Remigration. Deutschland leidet an einem noch nie dagewesenen Geburtenrückgang, und das mag die Endzeitapologeten der Grünen erfreuen. Schließlich bezeichnen sie Kinder als Klimaschädling Nummer eins. Man muss sich vorstellen, wie infam das ist, auszurechnen, wie viel CO2 durch Kinder produziert wird. Aber was wir wirklich fürchten müssen, das ist nicht der menschengemachte Klimawandel. Nein, wir sollten uns viel eher fürchten vor dem menschengemachten Bevölkerungswandel, der das... Der Bevölkerungswandel, der das alte Europa in eine Siedlungsregion für Millionen Afrikaner und Araber umwandeln soll."*[330]

Mary Khan-Hohloch (mittlerweile MdEP, BB) stilisierte in ihrer Bewerbungsrede pauschal alle jungen Migranten als gewaltbereit:

> *„Statt Fachkräfte bekamen wir Einwanderung in unsere Sozialsysteme, statt Familien erhielten wir gewaltbereite junge Männer. Und schon heute sind über*

---

[329] Jongen, Marc: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023.

[330] Boßdorf, Irmhild: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023, veröffentlicht im Livestream „Live: Tag 2 der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023.

> *fünfzig Prozent der Bürgergeld-Empfänger Ausländer. Und wir alle, wir alle kennen den rasanten Anstieg an tödlichen Messerattacken von sogenannten Einzelfällen.“*[331]

Insgesamt waren auf der Veranstaltung ideologisch kaum noch unterschiedliche Positionen feststellbar. Dezidierte Einwürfe vonseiten des liberal-konservativen Lagers kamen mit Ausnahme eines Redebeitrags von Sylvia Limmer (bis 2024 MdEP, BY) nicht vor. Diese griff, nachdem sie nach wiederholtem Versuch nicht auf die Liste gewählt wurde, Björn Höcke persönlich und den ehemaligen Flügel insgesamt an:

> *„Mich haben auf Befehl die strammen Höcke-Kader kaltgestellt, als Abrechnung dafür, dass ich mit gestimmt habe, Kalbitz aus der Partei zu werfen. [...] Glückwunsch, Herr Höcke, ich bin dann mal weg.“*[332]

Anlässlich ihres Parteiaustritts im Mai 2024 äußerte sich Limmer nochmals zur innerparteilichen Vernetzung und Rolle der Anhänger des ehemaligen Flügels:

> *„Die ehemaligen Flügel-Boys und die Putin-Fanboys arbeiten viel stärker zusammen als die Bürgerlichen, haben auch kein Problem damit, Vorgaben von oben zu folgen.“*[333]

Trotz der ideologischen Einigkeit kam es im Rahmen der Veranstaltung zu massiven Konflikten um einzelne Listenplätze. Die Europawahlversammlung war somit die erste bundesweite Veranstaltung, in der sich die neuen innerparteilichen Machtverhältnisse nach der Erosion des liberal-konservativen Lagers abzeichneten.

Der Fokus der Partei lag in den kommenden Monaten ganz auf der Vorbereitung des Europawahlkampfs im Mai 2024 und der drei ostdeutschen Landtagswahlkämpfe im Herbst 2024. Massiv gestört wurden diese Vorbereitungen durch die Veröffentlichung eines Online-Artikels des Recherchemediums CORRECTIV am 10. Januar 2024.[334] Unter der Überschrift „Geheimplan gegen Deutschland“ berichtete das Medium über ein Vernetzungstreffen, das im November 2023 in einer Potsdamer Villa stattgefunden hatte und an dem auch Mitglieder der AfD, unter anderem Roland Hartwig (BB,

---

[331] Khan-Hohloch, Mary: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.
[332] T-Online: „‚Auf diese Truppe habe ich keine Lust‘: AfD-Politikerin rechnet in Wutrede mit ihrer Partei ab“ vom 05.08.2023, in: www.t-online.de, abgerufen am 11.11.2024.
[333] DER SPIEGEL: „Europaabgeordnete Limmer verlässt die AfD“ vom 24.05.2024, in: www.spiegel.de, abgerufen am 11.11.2024.
[334] CORRECTIV: „Geheimplan gegen Deutschland“ vom 10.01.2024, in: www.correctiv.org, abgerufen am 11.11.2024.

zu dem Zeitpunkt noch Mitarbeiter von Alice Weidel), und der Vordenker der deutschsprachigen Identitären Bewegung, Martin Sellner, teilgenommen hatten. Sellner habe laut der Berichterstattung vor dem Kreis über einen Masterplan zur „Remigration“ gesprochen.

Die Berichterstattung über das Treffen hatte auf unterschiedlichen Ebenen Auswirkungen: Gesamtgesellschaftlich kam es bundesweit zu Großdemonstrationen gegen Remigration und für Demokratie, an denen sich teilweise über 200.000 Menschen beteiligten.[335] Gleichzeitig war mit etwas Zeitverzug auch ein leichtes Absinken der Umfragewerte der AfD zu beobachten, die sich zuvor auf einem Allzeithoch von bundesweit über 20 % bewegt hatte. [336]

Die Reaktionen der Bundespartei fielen entsprechend deutlich aus. Alice Weidel sprach in einem Statement von einem *„der größten, ungeheuerlichsten Medien- und Politikskandale der Bundesrepublik Deutschland“*.[337] Auch die Fraktionsvorsitzenden in den ostdeutschen Bundesländern äußerten sich in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Begriff der Remigration.[338] Der Bundesverband veröffentlichte am 29. Januar 2024 außerdem ein Positionspapier zum Begriff der *„Remigration“*.[339] Auch wenn das Treffen von der AfD als nicht problematisch bewertet wurde, hatte es doch auch innerparteiliche Konsequenzen. So beendete der damalige Referent von Alice Weidel, Roland Hartwig, seine Tätigkeit für sie *„im beiderseitigen Einvernehmen“*.[340]

---

[335] tagesschau: „Großer Andrang bei Demos – Abbruch in München“ vom 21.01.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 11.11.2024.
[336] tagesschau: „„Viele waren Widerspruch nicht mehr gewohnt““ vom 25.01.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.11.2024.
[337] Weidel, Alice: „Correctiv & Medien vs. AfD: Die Wahrheit über die Schmutzkampagne!“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.01.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 12.11.2024.
[338] AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: „Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden Ost zur REMIGRATION“ vom 15.01.2024, in: www.afd-thl.de, abgerufen am 11.11.2024.
[339] AfD: „Remigration – Alternative für Deutschland“ ohne Datum, in: www.afd.de, abgerufen am 11.11.2024.
[340] tagesschau: „AfD trennt sich von Weidels Referent“ vom 15.01.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 11.11.2024.

Als weitere Belastung für den Wahlkampf erwiesen sich in der Folge die Ermittlungen im Umfeld von Maximilian Krah[341] bzw. die Ermittlungen gegen ihn[342] sowie Petr Bystron[343]. Krah und Bystron wurden in der Folge vom Bundesvorstand nicht mehr für den Wahlkampf des Bundesverbands eingeplant, nahmen aber auf regionaler Ebene weiterhin an Veranstaltungen teil.

Bei der Europawahl am 9. Juni 2024 erreichte die AfD schließlich 15,9 % der Stimmen und konnte ihr Ergebnis damit um 4,9 Prozentpunkte steigern. Wie bereits bei früheren bundesweiten Wahlen war abermals zu beobachten, dass die AfD besonders in den ostdeutschen Bundesländern Ergebnisse um die 30 % erreichen konnte. Auch wenn ein erheblicher Zuwachs generiert werden konnte, wurde das Ergebnis von Teilen der Partei vor dem Hintergrund der Anfang des Jahres noch deutlich höheren Umfragewerte nicht uneingeschränkt positiv bewertet.

Auf dem wenige Wochen später am 29. und 30. Juni 2024 in Essen (NW) abgehaltenen Bundesparteitag fand turnusmäßig die Neuwahl des Bundesvorstands statt. Dabei wurden Alice Weidel (79,77 %[344]) und Tino Chrupalla (82,72 %[345]) mit sehr guten Ergebnissen wiedergewählt. Neben den beiden Bundessprechern gehören dem Bundesvorstand weiterhin folgende Personen an:

- **1. Stellvertretender Bundessprecher: Stephan Brandner** (MdB, TH); Wahlergebnis: 90,77 %[346]
- **2. Stellvertretender Bundessprecher: Peter Boehringer** (MdB, BY); Wahlergebnis: 85,35 %[347]
- **3. Stellvertretender Bundessprecher: Kay Gottschalk** (MdB, NW); Wahlergebnis: 61,71 %[348]
- **Bundesschatzmeister: Carsten Hütter** (MdL SN); Wahlergebnis: 82,39 %[349]

---

[341] ZEIT: „Mitarbeiter des AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah festgenommen" vom 23.04.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 11.11.2024.
[342] ZEIT: „AfD: Generalstaatsanwalt leitet Vorermittlungen gegen Krah ein" vom 24.04.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 11.11.2024.
[343] ZDF: „Ermittlungen gegen AfD-Abgeordneten Bystron" vom 16.05.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 11.11.2024.
[344] 531 abgegebene Stimmen; 426 / 82,72 % ja; 89 / 17,28 % nein; 16 Enthaltungen.
[345] 537 abgegebene Stimmen; 418 / 79,77 % ja; 106 / 20,23 % nein; 13 Enthaltungen.
[346] 477 abgegebene Stimmen; 423 / 90,77 % ja; 43 / 9,23 % nein; 11 Enthaltungen.
[347] 443 abgegebene Stimmen; 367 / 85,35 % ja; 63 / 14,65 % nein; 11 Enthaltungen.
[348] Gegenkandidat: Dirk Spaniel (MdB, BW); 443 abgegebene Stimmen; 324 / 61,71 % Gottschalk; 160 / 30,48 % Spaniel; 41 / 7,81 % nein zu beiden; 3 Enthaltungen.
[349] 367 abgegebene Stimmen; 290 / 82,39 % ja; 62 / 17,61 % nein; 15 Enthaltungen.

- **Stellvertretender Bundesschatzmeister**: **Alexander Jungbluth** (MdEP, RP); Wahlergebnis: 74,15 %[350]
- **Bundesschriftführer: Dennis Hohloch** (MdL BB); Wahlergebnis: 59,38 %[351]
- **1. Beisitzer: Marc Jongen** (MdEP, BW); Wahlergebnis: 54,71 %[352]
- **2. Beisitzer: Martin Reichardt** (MdB, ST); Wahlergebnis: 86,68 %[353]
- **3. Beisitzer: Dirk Brandes** (MdB, NI); Wahlergebnis: 88,31 %[354]
- **4. Beisitzer: Heiko Scholz** (MdL HE); Wahlergebnis: 89,79 %[355]
- **5. Beisitzer: Roman Reusch** (BB); Wahlergebnis: 63,99 %[356]
- **6. Beisitzer: Hannes Gnauck** (MdB, BB); Wahlergebnis im zweiten Wahlgang: 50,57 %[357]

Als Ehrenvorsitzender gehört auch Alexander Gauland (MdB, BB) weiterhin dem Bundesvorstand an.

Insgesamt steht der neue Bundesvorstand somit für eine hohe personelle Kontinuität. So wurden lediglich fünf von 14 Personen neu in das Gremium gewählt. Unter diesen fünf Personen ist an prominentester Stelle Kay Gottschalk (MdB, NW) zu nennen, der zum stellvertretenden Bundessprecher gewählt wurde.[358] Gottschalk war früher im liberal-konservativen Lager zu verorten gewesen.

Wie schon bei der Europawahlversammlung im Vorjahr lief auch der Bundesparteitag 2024 weitestgehend konfliktfrei ab, obwohl es durchaus kontroverse Themen hätte geben können. So wurden weder das zwar deutlich verbesserte, aber doch hinter den Erwartungen zurückgebliebene Ergebnis der Europawahl, noch der Umgang des Bundesvorstands mit den Personalien Krah und Bystron oder das zukünftige

---

[350] 402 abgegebene Stimmen; 284 / 74,15 %-ja; 99 / 25,85 % nein; 19 Enthaltungen.
[351] 404 abgegebene Stimmen; 228 / 59,38 % ja; 156 / 40,63 % nein; 20 Enthaltungen.
[352] Gegenkandidatin: Christina Baum (MdB, BW); 504 abgegebene Stimmen; 273 / 54,71 % Jongen; 214 / 42,89 % Baum; 12 / 2,4 % nein zu beiden; 5 Enthaltungen.
[353] 410 abgegebene Stimmen; 345 / 53 / 13,32 % nein; 12 Enthaltungen.
[354] 403 abgegebene Stimmen; 340 / 88,31 % ja; 45 / 11,69 % nein; 18 Enthaltungen.
[355] 397 abgegebene Stimmen; 343 / 89,79 % ja; 39 / 10,21 % nein; 15 Enthaltungen.
[356] Gegenkandidat: Ingo Hahn (MdL BY); 492 abgegebene Stimmen; 311 / 63,99 % Reusch; 160 / 32,92 % Hahn; 15 / 3,09 % nein zu beiden; 6 Enthaltungen.
[357] Gegenkandidat: Markus Wagner (MdL NW); Im 2. Wahlgang nachdem auch in der Stichwahl des 1. Wahlgangs keine Mehrheit gefunden wurde: 527 abgegebene Stimmen; 265 / 50,57 % Gnauck; 234 / 44,66 % Wagner; 25 / 4,77 % nein zu beiden; 3 Enthaltungen.
[358] ntv: „AfD wählt fünf Neue in den Vorstand“ vom 29.06.2024, in: www.ntv.de, abgerufen am 14.11.2024.

Verhältnis zur JA diskutiert.[359] Insgesamt kann der Bundesparteitag als weiteres Beispiel für den Prozess der zunehmende Professionalisierung der Parteiarbeit angesehen werden. Dies gilt einerseits in inhaltlicher Weise, als die Vorstellungsreden der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten für Ämter im Bundesvorstand nur wenige verfassungsschutzrechtlich relevante Aussagen und Positionen enthielten. Dieser Befund ist gerade auch im Vergleich mit der AfD-Europawahlversammlung im August 2023 in Magdeburg relevant, da die Bewerbungsreden der dort Kandidierenden noch in hohem Maße von verfassungsschutzrechtlich relevanten Aussagen geprägt waren. Auch in der öffentlichen Kommunikation bemühten sich die Protagonisten der Partei auf dem Bundesparteitag 2024 um eine eher staatstragende Rhetorik.

Auch können die ausbleibenden Diskussionen dahingehend interpretiert werden, dass sich ideologisch und politisch in der AfD inzwischen seit Jahren eine fortschreitende Homogenisierung vollzogen hat, die spätestens seit dem Jahr 2023 auch auf Bundesparteitagen zu beobachten ist.

Wie bereits bei der Europawahlversammlung in Magdeburg zeigte auch der Verlauf des Bundesparteitags 2024 abermals sehr deutlich den Einfluss und die Wirkmacht des Netzwerks um Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) in der Partei. Münzenmaier lobte die Durchführung der Parteiveranstaltung besonders:

> *„Der diszipliniertеste Parteitag, den die AfD je erlebt hat! Am Wochenende fand unser AfD-Bundesparteitag in Essen statt und wählte einen neuen Bundesvorstand. Während draußen die linksextremen Horden wüteten, herrschte im Saal Einigkeit, Geschlossenheit und der klare Wille im Herbst die Ostwahlen zu gewinnen. [...] Wir haben am Wochenende bewiesen: die AfD ist bereit für mehr“.*[360]

Bereits zuvor äußerte er sich am Rande des Bundesparteitags 2024 in einem Interview mit dem Sender phoenix zu seinem Ansinnen einer professionalisierten Parteiarbeit, negierte allerdings die Existenz eines Netzwerks um seine Person:

> *„Münzenmaier-Netzwerk ist natürlich Quatsch, sondern wir reden mit selbstverständlich allen möglichen Leuten. Sie wissen, ich bin stellvertretender Frakti-*

[359] tagesschau: „Die AfD in der Bubble“ vom 30.06.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.11.2024.
[360] Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 01.07.2024, abgerufen am 12.11.2024.

onschef der Bundestagsfraktion und natürlich rede ich da mit ganz vielen Kollegen und so weiter, so gehört sich das ja auch in einer gut funktionierenden Partei, wie es die AfD ist. Und wir sind schon extrem stark, das hat auch unser Ergebnis jetzt wieder gezeigt, wir laufen rund, das ist 'ne super Truppe, wir haben uns extrem entwickelt in den letzten zwei Jahren mit diesem Bundesvorstand. Und ich glaube, wenn wir jetzt zum Beispiel ins europäische Ausland schauen zu unseren Freunden von der FPÖ nach Österreich, wo wir immer sagen, okay, die sind noch erfolgreicher, die sind nicht bei 16, sondern die kratzen an den 30 Prozent, da wollen wir hin. Und da können wir uns eben noch den ein oder anderen Punkt in puncto Disziplin, Professionalisierung, Hierarchien, Kommunikation abschauen.“[361]

Nachdem die AfD wie beschrieben bereits bei der Europawahl ein gutes Ergebnis erzielen konnte, gelang dies den drei ostdeutschen Landesverbänden bei ihren jeweiligen Landtagswahlen ebenfalls.

In Thüringen wurde die AfD bei der Wahl am 1. September 2024 mit 33,1 % der abgegebenen Stimmen (+9,7 Prozentpunkte) erstmals stärkste Kraft in einem deutschen Landtag. Sie verfügt über 32 Mandate (+10 Mandate) und damit auch über eine Sperrminorität im Landtag Thüringen. Der Alterspräsident des neuen Landtages, der AfD-Abgeordnete Jürgen Treutler (MdL TH), sorgte durch seine Sitzungsleitung in der konstituierenden Sitzung des Landtags am 26. September 2024 dafür, dass diese unterbrochen werden musste. So hatte er sich geweigert, über eine Änderung der Tagesordnung abstimmen zu lassen und die Beschlussfähigkeit des Parlaments festzustellen.[362] Erst nach einer Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, in der u. a. geurteilt wurde, dass Treutler die parlamentarischen Antrags- und Mitwirkungsrechte der Abgeordneten verletzt habe, kam es schließlich am 28. September 2024 zur ordnungsgemäßen Konstituierung des Landtages und der Wahl des Landtagspräsidenten.[363]

---

361 Münzenmaier, Sebastian: Interview Sebastian Münzenmaier auf dem AfD-Bundesparteitag am 28.06.24 in Essen (NW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.06.2024, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 30.06.2024.

362 LTO: „Thüringer Landtag: VerfGH soll Parlamentspatt auflösen“ vom 26.09.2024, in: www.lto.de, abgerufen am 12.04.2025.

363 LTO: „AfD-Alterspräsident Treutler muss Abstimmung über Tagesordnung zulassen“ vom 27.09.2024, in: www.lto.de, abgerufen am 12.04.2025.

Bei der am gleichen Tag wie in Thüringen stattfindenden Landtagswahl in Sachsen erhielt die AfD 30,5 % der abgegebenen Stimmen (+3,0 Prozentpunkte). Die AfD-Fraktion besteht dort aus 40 Abgeordneten (+2 Mandate), womit sie eine Sperrminorität knapp verpasste.

Bei der Landtagswahl in Brandenburg am 22. September 2024 konnte die AfD 29,2 % der Stimmen (+5,7 Prozentpunkte) auf sich vereinen und stellt damit 30 Abgeordnete (+7 Mandate). Wie auch in Thüringen konnte die AfD in Brandenburg somit eine Sperrminorität erreichen.

Insgesamt stärken die Wahlergebnisse die ostdeutschen Landesverbände finanziell, strukturell und voraussichtlich auch innerparteilich. So konnten insgesamt wahlübergreifend 19 Mandate zusätzlich gewonnen werden, durch die den ostdeutschen Landesverbänden entsprechend auch mehr Mitarbeiterstellen und Mandatsträgerbeiträge zur Verfügung stehen.

Besonders in Thüringen und Brandenburg war während des Wahlkampfs feststellbar, dass die Landesverbände hier sehr offensive Wahlkampfstrategien verfolgten, die regelmäßig auch mit verfassungsschutzrelevanten Äußerungen einhergingen. Trotzdem konnten sich die ostdeutschen Landesverbände auf die Unterstützung durch die Bundesebene und die westdeutschen Landesverbände verlassen, was sich in Teilnahmen an Wahlkampfveranstaltungen, Beistand im Straßenwahlkampf oder in Solidaritätsbekundungen ausdrückte. Eine kritische Reflexion der gewählten Wahlkampfstrategien seitens der westdeutschen Landesverbände war dabei öffentlich nicht festzustellen.

Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen fokussierte sich die AfD auf die Vorbereitungen für die Bundestagswahl 2025.

3. Entwicklung der Partei im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2025

Mit dem Scheitern der bisherigen Regierungskoalition im November 2024 und dem deshalb von September auf Februar 2025 vorgezogenen Wahltermin mussten die Parteien sich überraschend und unter Zeitdruck auf die Bundestagswahl vorbereiten. So musste die AfD beispielsweise ihren Bundesparteitag bereits auf den 11./12. Januar 2025 terminieren. Die Aufstellung der Landes- und Wahlkreiskandidatenlisten und die entsprechenden Wahlen mussten innerhalb weniger Wochen erfolgen. Einige

Kandidaturen erzeugten dabei öffentliche Aufmerksamkeit. So kandidierte Alexander Gauland (MdB, SN) entgegen früherer Aussagen doch wieder für ein Mandat, allerdings nicht wie bisher in Brandenburg, sondern in seiner Geburtsstadt Chemnitz (SN) und auf dem sechsten Platz der Landesliste Sachsen.[364] Im Nachbarwahlkreis Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II wurde Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt noch MdEP, mittlerweile MdB, SN) als Wahlkreiskandidat aufgestellt – anders als Alexander Gauland wurde er allerdings nicht auf der Landesliste berücksichtigt.[365] In Nordrhein-Westfalen wurde Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) trotz des gegen ihn laufenden Parteiausschlussverfahrens als Direktkandidat im Wahlkreis Dortmund II aufgestellt. Gegen diese Entscheidung wurde nach Medienberichten vom Landesvorstand Einspruch eingelegt und die nach dem BWahlG vorgesehene notwendige Unterschrift für die Zulassung verweigert.[366] Aufgrund des in § 21 Abs. 4 BWahlG vorgesehenen Verfahrens musste der Landesvorstand nach einem erneuten Votum der Aufstellungsversammlung den Wahlvorschlag letztlich aber doch unterschreiben.[367] Zusätzlich wurde Helferich sogar auf Platz sechs der Landesliste gewählt.[368] Eine weitere Kandidatur, die bundesweit Aufmerksamkeit erzeugte, war die von Christina Baum. Diese wurde auf dem Landesparteitag der AfD Baden-Württemberg vom 5. und 6. Oktober 2024 nicht mehr auf die Landesliste für die Bundestagswahl 2025 gewählt.[369] Auch die Bewerbung Baums um einen Platz auf der Landesliste der AfD Bayern scheiterte, als sie in einer Kampfabstimmung um Listenplatz sieben gegen den rechtspolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Tobias Peterka (MdB, BW) unterlag.[370] Daraufhin verkündete Christina Baum am 12. Dezember 2024 zunächst ihren Rückzug aus der aktiven Politik.[371] Am 12. Januar 2025 erklärte Baum auf Facebook allerdings, „*ganz kurzfristig*" beschlossen zu

[364] DER SPIEGEL: „Gauland will doch wieder in den Bundestag" vom 23.11.2024, in: www.spiegel.de, abgerufen am 30.03.2025.
[365] tagesschau: „AfD-Politiker Krah als Direktkandidat aufgestellt" vom 12.12.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 30.05.2025.
[366] taz: „Landesvorstand blockiert Direktkandidaturen" vom 09.12.2024, in: https://.taz.de, abgerufen am 30.03.2025.
[367] Helferich, Matthias: Tweet vom 21.12.2024, abgerufen am 03.02.2025.
[368] WDR: „NRW-AfD macht Gottschalk zum Spitzenkandidaten und wählt Helferich" vom 03.01.2025, in: www.wdr.de, abgerufen am 30.05.2025.
[369] AfD Baden-Württemberg: „Landesliste zur Bundestagswahl 2025", in: https://afd-bw.de, abgerufen am 23.01.2025.
[370] BR24: „Bayern-AfD wählt Landeschef Protschka zum Spitzenkandidaten" vom 07.12.2024, in: www.br.de, abgerufen am 01.04.2025.
[371] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 12.12.2024, abgerufen am 12.12.2024.

haben, bei der bevorstehenden Bundestagswahl als Direktkandidatin im Wahlkreis 68 Harz (ST) anzutreten, da mehrere Mitglieder des örtlichen Kreisverbands sie „*darum gebeten hatten, weil aus ihrer Sicht kein geeigneter Kandidat zur Verfügung stand*".[372] Sie sei mit 106 Stimmen bei 166 stimmberechtigten Mitgliedern und drei Gegenkandidaten im ersten Durchgang gewählt worden.[373] Im Anschluss verweigerte der Landesvorstand in Sachsen-Anhalt ihr und drei weiteren Wahlkreiskandidaten allerdings die für die Zulassung zur Wahl notwendige Unterschrift. Laut Medienberichten gab der Landesvorstand seinen Widerstand erst auf Druck des Bundesvorstands auf.[374] Bei der Wahl errang Baum mit einem Erststimmenanteil von 39,01 % schließlich das Direktmandat, sodass sie auch dem 21. Deutschen Bundestag als Abgeordnete angehört.[375]

Die erneuten Kandidaturen von Helferich und Baum zeigen den anhaltenden Rückhalt, den die beiden zumindest in Teilen der Partei weiterhin haben.

Neben der Wahl der Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten musste parallel dazu auch über das Programm für die Bundestagswahl entschieden werden. Hierzu fand am 11./12. Januar 2025 in Riesa (SN) der 16. Bundesparteitag der Partei statt. Zum ursprünglich 85-seitigen Leitantrag der Bundesprogrammkommission lagen insgesamt 93 Änderungsanträge vor, die zum Teil kontrovers diskutiert wurden. Das letztlich beschlossene Bundestagswahlprogramm umfasste 177 Seiten und war mit dem Wahlkampfslogan „Zeit für Deutschland" überschrieben.[376] Im Rahmen des Parteitags wurde außerdem Alice Weidel offiziell als Kanzlerkandidatin der Partei nominiert.

Neben diesen notwendigen Punkten für die Vorbereitung der Bundestagswahl stand außerdem besonders ein Thema im Fokus: das zukünftige Verhältnis der AfD zu ihrer Jugendorganisation Junge Alternative. Letztlich entschieden die Delegierten mit großer Mehrheit, dass die JA die Anerkennung als Jugendorganisation zum 1. April 2025 verlieren solle und im Laufe des Jahres eine neue Jugendorganisation gegründet

---

[372] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 13.01.2025.
[373] Ebd.
[374] Table Media: „Update: AfD Sachsen-Anhalt gibt Druck von oben nach und lässt Direktkandidaturen zu" vom 16.01.2025, in: https://table.media, abgerufen am 30.03.2025.
[375] HARZNEWS: „Christina Baum (AfD) gewinnt Direktmandat im Wahlkreis 68 Harz" vom 24.02.2025, in: https://harz.news.de, abgerufen am 01.04.2025.
[376] Zur Verfassungsschutzrelevanz des Bundestagswahlprogramms siehe Kapitel F. II.

werden soll. Diese solle nicht mehr wie bisher als eigenständiger Verein organisiert sein, sondern als Teilorganisation in die Partei integriert werden.[377]

Die Beschlüsse des Bundesparteitags wurden mit großer Mehrheit getroffen und zeigten eine große Geschlossenheit in der Partei, die sich auch im Wahlkampf fortsetzen sollte. In dessen Rahmen erhielt die AfD – als neue Entwicklung im Vergleich zu vorherigen Wahlkämpfen – auch mehrere Großspenden, die allerdings zum Teil in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wurden und in einem Fall sogar zu Ermittlungen der Bundestagsverwaltung wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz führten.[378] [379] [380]

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 wurde die AfD schließlich mit 20,8 % der Zweitstimmen (+10,4 Prozentpunkte) zweitstärkste Kraft im Parlament. In den ostdeutschen Bundesländern wurde sie mit 32 % sogar stärkste Kraft. Das beste Landesergebnis konnte die AfD dabei mit 38,6 % in Thüringen erreichen. In Kaiserslautern (RP) und Gelsenkirchen (NW) gewann die Partei außerdem erstmals auch in Westdeutschland zwei Wahlkreise direkt. Die neue Fraktion im Deutschen Bundestag umfasst 152 Abgeordnete (+69 Mandate).[381] Laut Nachwahlbefragungen von infratest dimap spielten die Themen Migration (38 %) und Innere Sicherheit (33 %) die größte Rolle für die Wahlentscheidung von AfD-Wählern. 66 % der Wähler gaben außerdem an, dass das Programm eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt habe. 54 % (+6 Prozentpunkte) erklärten, dass sie die AfD aus Überzeugung gewählt hätten, nur 39 % (-6 Prozentpunkte) taten dies nach eigener Aussage aus Enttäuschung über andere Parteien.[382]

Die Ergebnisse der Landtagswahlen und der Bundestagswahl verweisen darauf, dass die AfD über eine steigende Wählerschaft verfügt, die in wachsendem Maß aus inhaltlicher Überzeugung und nicht mehr nur aus Enttäuschung über andere Parteien ihre Wahlentscheidung treffen.

---

[377] Vgl. hierzu ausführlich das Kapitel E. III. 2.f. bb.

[378] tagesschau: „Vor der Bundestagswahl bekommt die AfD eine 1,5-Millionen-Spende" vom 22.01.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.04.2025.

[379] DER SPIEGEL: „AfD-Großspende: Staatsanwaltschaft will nach 999.990-Euro-Spende nicht ermitteln" vom 27.03.2025, in: www.spiegel.de, abgerufen am 12.04.2025.

[380] ZEIT: „Bundestagsverwaltung leitet Prüfverfahren gegen AfD ein" vom 13.03.2025, in: www.zeit.de, abgerufen am 12.04.2025.

[381] Bundeswahlleiterin: „Bundestagswahl 2025: Endgültiges Ergebnis" vom 14.03.2025, in: www.bundeswahlleiterin.de, abgerufen am 12.04.2025.

[382] tagesschau: „Wer wählte die AfD – und warum?" vom 24.02.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.04.2025.

Die stark vergrößerte neue Bundestagsfraktion konstituierte sich am 25. Februar 2025.[383] Neben Christina Baum und Maximilian Krah wurde dabei auch erstmalig Matthias Helferich aufgenommen. Laut Presseberichten geschah dies ohne eine inhaltliche Aussprache. Der neugewählte stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sebastian Münzenmaier äußerte sich gegenüber Medienvertretern im Anschluss daran sehr positiv über Helferich:

> *„Ich halte Matthias für einen sehr guten Rhetoriker, er ist intelligent, er ist klug, er macht gute Arbeit.“*[384]

Die AfD verfügt mit der neuen Fraktion somit zukünftig über eine stark vergrößerte Repräsentanz im Bundestag, die aufgrund des Zuwachses auch finanziell und organisatorisch mehr Ressourcen aufweist.

IV. Entwicklungslinien

In der Gesamtbetrachtung lassen sich drei grobe Entwicklungslinien im Beobachtungszeitraum feststellen, die für den Kontext der sich anschließenden verfassungsschutzrechtlichen Prüfung der AfD von Relevanz sind und einen Rahmen für diese bilden: eine Popularisierung der Partei hinsichtlich der Mitgliederentwicklung und der Wahlergebnisse seit ungefähr der zweiten Jahreshälfte 2022, eine Professionalisierung hinsichtlich der innerparteilichen Konfliktaustragung sowie der Partei in Gänze und schließlich eine fortschreitende ideologische Homogenisierung der Partei.

Wie eingangs beschrieben, sah sich der Bundesvorstand der AfD noch Mitte des Jahres 2022 einer breiten innerparteilichen Kritik ausgesetzt. Die Ergebnisse der vorangegangenen zehn Wahlen lagen alle hinter den Erwartungen zurück und auch hinsichtlich der Mitgliederentwicklung konnten zu diesem Zeitpunkt keine Zuwächse verzeichnet werden. Der Partei war es in den Monaten zuvor nicht flächendeckend gelungen, politisches Kapital aus der COVID-19-Krise zu schlagen, das vorhandene Protestpotenzial aufzunehmen und daraus eine entsprechende Unterstützung für die Partei zu generieren. Auch die Kampagne für die Bundestagswahl im Jahr zuvor, die

---

[383] AfD-Bundestagsfraktion: „Im Auftrag für unser Land! – AfD-Fraktion konstituiert sich und wählt neuen Vorstand“ ohne Datum, in: https://afdbundestag.de, abgerufen am 12.04.2025.
[384] tagesschau: „AfD-Fraktion nimmt SS-Verharmloser auf“ vom 25.02.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.04.2025.

unter dem Slogan „Deutschland – aber normal" gestanden hatte, trug offensichtlich nicht dazu bei, die Situation für die AfD zu verbessern.

Dies änderte sich Mitte des Jahres 2022. Als Erklärung hierfür dürfte unter anderem die in der Bevölkerung zunehmende Angst vor den wirtschaftlichen und geopolitischen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs gewesen sein, welche die AfD in ihrer politischen Arbeit bewusst aufnahm und schnell in eine politische Kampagne überführte. Mit Themen wie steigender Inflation, Energiesicherheit oder möglichen Blackouts griff die Partei Ängste auf, die in der Bevölkerung existierten. Erster Ausdruck dieser erfolgreichen Strategie war schließlich das Ergebnis bei der niedersächsischen Landtagswahl im Oktober 2022. Sagten die Umfrageinstitute der AfD noch Mitte des Jahres ein Ergebnis um 6 % voraus – und verbanden dies teilweise mit der Möglichkeit des Ausscheidens aus dem Landtag – konnte die AfD am Ende mit 11,0 % ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Landtagswahl fast verdoppeln.

Die Niedersachsenwahl kann im Nachgang als Wendepunkt hinsichtlich der Wahlergebnisse angesehen werden, der eine Phase des Erfolgs einleitete, die bis heute anhält. Dies ist zumindest zum Teil auf die seitdem gewählten Kampagnenthemen zurückzuführen. Diese umfassten neben der Kritik an der Ampelregierung und an deren Wirtschafts-, Energie- sowie Umweltschutzpolitik, der Ablehnung der sogenannten Gender-Ideologie und besonders in den ostdeutschen Bundesländern sicherlich die klar prorussische Positionierung der Partei. Letztere geht unter anderem einher mit der Forderung nach einer schnellen diplomatischen Beendigung des Ukraine-Kriegs, auch unter Inkaufnahme von für die Ukraine ungünstigen Ergebnissen. In besonderem Maße galt und gilt dies aber für die Themen Migration, Grenzregime und Ausländerkriminalität. Diese hatten der AfD bereits in den Jahren ab 2014 zum Erfolg verholfen, nachdem sie sich zuvor aufgrund des Austritts des ehemaligen Bundessprechers Bernd Lucke und einer großen Anzahl an Unterstützern in einer existenziellen Krise befunden hatte. Auch in den letzten Jahren setzte die AfD in ihrer politischen Kommunikation auf das Thema Migration und machte dies zu ihrem klaren Schwerpunkt. Dabei gelang es ihr erfolgreich, in der Bevölkerung vorhandene Krisen- und Bedrohungsperzeptionen aufzunehmen und diese mit ihren politischen Kernpositionen zu verbinden. Besonders das in der Partei vorhandene Volksverständnis und die damit einhergehende Ablehnung von Migrationsbewegungen nach Deutschland ließen sich dabei miteinander verbinden. Auch die Forderungen nach

einer Verschärfung des Grenzregimes in Deutschland oder die Thematisierung der Ausländerkriminalität passen sich in die Programmatik der AfD nahtlos ein. Zu sehen sind diese Positionen dabei immer auch vor dem Hintergrund der Grundannahmen in der Partei hinsichtlich der kulturellen Determination von Menschen durch ihre Herkunft.

Inwieweit es sich bei diesen Positionen um verfassungskonforme Standpunkte handelt oder ab wann von einer Verfassungsschutzrelevanz ausgegangen werden muss, kann an dieser Stelle dahinstehen und wird an späterer Stelle im Gutachten betrachtet.[385]

Zusammenfassend kann in Bezug auf die erste Entwicklungslinie festgestellt werden, dass die AfD nach einer erneuten Phase der Krise seit Mitte des Jahres 2022 von einer anhaltenden Popularisierung profitiert, die sich in steigenden Mitgliederzahlen und Wahlergebnissen niederschlägt. Einer der zentralen Gründe für diesen Prozess dürften die Kampagnenthemen gewesen sein, auf welche die Partei seitdem gesetzt hat. Zuvorderst gilt dies für das Thema Migration.

Der zweite Prozess, der im Lauf der vergangenen vier Jahre beobachtet werden konnte, ist jener der innerparteilichen Professionalisierung. So war zu erkennen, dass die Partei besonders seit dem Austritt von Jörg Meuthen im Januar 2022 öffentlich deutlich geschlossener auftritt und innerparteiliche Konflikte nur noch selten auf Parteitagen oder anderweitig in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Diese Entwicklung ist gleichwohl nicht dahingehend zu verstehen, dass innerparteilich keine Konflikte mehr bestünden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Konfliktaustragungsstrategien inzwischen deutlich besser funktionieren. Ein weiterer Grund dürfte das Entstehen von neuen innerparteilichen Netzwerken sein, die bereits im Vorfeld von wichtigen Ereignissen und Entscheidungen eine Klärung zu den strittigen Fragen herbeiführen. Besonders dürften hier das erwähnte Netzwerk um den Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier (RP) oder auch das Netzwerk des ehemaligen Flügels eine gewichtige Rolle spielen. Befriedend dürften sich auch die seit dem Jahr 2023 deutlich verbesserten Wahlergebnisse auswirken, da diese Erfolge durch öffentlich ausgetragene innerparteiliche Auseinandersetzungen gefährdet werden könnten.

[385] Siehe hierzu die Kapitel E. I. bis E. III. und F. I. bis F. III.

Eine andere Seite der Professionalisierung ist hinsichtlich der Parteiarbeit festzustellen. Durch die beschriebenen Wahlerfolge der letzten Jahre verfügt die AfD inzwischen über eine stark gestiegene Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sei es in den Abgeordnetenbüros, den Fraktionen oder in geringerem Maße auch in den Geschäftsstellen der Partei. Diese Entwicklung führte letztlich dazu, dass die Partei ihre Kampagnenfähigkeit steigern und ihre Kompetenzen im Bereich der Presse- und Medienarbeit ausbauen konnte. Dabei greift die AfD auch auf Personen zurück, die entweder einen Vorlauf im neurechten Netzwerk haben oder aber immer noch Teil dieses Netzwerks sind. Ziel der Professionalisierung ist weiterhin der Aufbau eigener Parteimedienkanäle, um autonomer von den bestehenden Medien zu werden. Da dieser Prozess bisher nicht abgeschlossen ist, war in den vergangenen Jahren zu beobachten, dass die AfD sich verstärkt der sogenannten alternativen Medien bediente, um ihre Botschaften zu transportieren.[386]

Zuletzt und für die sich anschließende Prüfung von herausgehobener Bedeutung ist schließlich der Prozess der inhaltlichen oder ideologischen Homogenisierung der Partei. Wie oben beschrieben, entstand die AfD im Jahr 2013 aus unterschiedlichen und zum Teil widerstrebenden Strömungen, die im Laufe der Parteigeschichte mitunter unerbittlich um die Vorherrschaft in der Partei stritten. Konnte im Folgegutachten AfD 2021 noch ein Dualismus zwischen zwei Lagern – dem solidarisch-patriotischen und dem liberal-konservativen – festgestellt werden, so hat sich diese Situation in den letzten Jahren gewandelt.

Das solidarisch-patriotische Lager hat sich in den vergangenen Jahren verändert und ausdifferenziert. Der ehemalige Flügel spielt seit seiner Auflösung im Jahr 2020 inzwischen als formale Struktur keine Rolle mehr, weshalb er seit Januar 2024 durch das BfV auch nicht mehr als eigenständiges Beobachtungsobjekt bearbeitet wird. Dennoch ist der Großteil seiner zentralen Funktionärinnen und Funktionäre sowie Anhängerinnen und Anhänger weiterhin Teil der Partei und in dieser weiterhin untereinander gut vernetzt. Beleg hierfür sind unter anderem die jährlich in Schnellroda stattfindenden „Preußenfeste“[387], die auf Strukturen des ehemaligen Flügels zurückgreifen. Sie werden durchgeführt vom ehemaligen Landesobmann des Flügels in

[386] Siehe hierzu das Kapitel E :II. und F. II. bzgl. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum.
[387] Vgl. S. 807 ff.

Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) und stehen in direkter Nachfolge und gemäß Ausrichter in der Tradition des 1. Flügeltreffens Sachsen-Anhalt. Als Beleg für die fortgesetzte Wirkmacht des ehemaligen Flügels bzw. seiner Anhängerinnen und Anhänger ist insbesondere die Rolle anzuführen, die Björn Höcke in der Partei einnimmt. Dies gilt umso mehr nach dem Wahlsieg bei der Landtagswahl in Thüringen und dem guten Landesergebnis bei der Bundestagswahl 2025, durch den er wieder an Einfluss gewinnen konnte. Daneben ist im solidarisch-patriotischen Lager spätestens seit dem Jahr 2023 das Netzwerk um Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) hinzugetreten, das sich nicht so sehr ideologisch, sondern vielmehr auf strategischer Ebene vom ehemaligen Flügel unterscheidet. Die Ergebnisse der letzten drei Bundesparteitage deuten auf den Einfluss dieses Netzwerks hin, das im Hintergrund offensichtlich zielgerichtet und erfolgreich auf die Ausrichtung der Gesamtpartei einwirkt.

Das liberal-konservative Lager dagegen verlor im Jahr 2022 nach den Austritten von Jörg Meuthen und Joana Cotar seine verbliebenen prägenden und bundesweit bekannten Führungspersonen. Seitdem ist zumindest öffentlich wahrnehmbar nicht mehr von der Existenz eines strukturierten Lagers auszugehen. Auch finden sich in den innerparteilichen Debatten nur noch wenige Äußerungen, die inhaltlich dem liberal-konservativen Lager zuzurechnen sind. Selbst ehemalige Anhänger dieses Lagers, beispielsweise Alexander Wolf (zum damaligen Zeitpunkt MdHB, mittlerweile MdB, HH), fielen in der Vergangenheit damit auf, dass sie sich rhetorisch den Positionen des solidarisch-patriotischen Lagers angenähert haben. Auch hinsichtlich der vormals festgestellten Konfliktlinie zwischen den ost- und westdeutschen Landesverbänden ist zu beobachten, dass diese in den vergangenen Jahren an Kontur verloren hat. Besonders vor dem Hintergrund der Landtagswahlkämpfe in den drei ostdeutschen Landesverbänden waren kaum öffentliche Stellungnahmen inhaltlicher Art aus den westdeutschen Landesverbänden zu vernehmen, die sich gegen die dort vertretenen verfassungsschutzrelevanten Positionen gewandt hätten. Auch im Bundestagswahlkampf waren keine inhaltlichen Distanzierungen zu verfassungsschutzrelevanten Aussagen festzustellen. Aufgrund dieser Beobachtungen kann festgestellt werden, dass sich der über Jahre bestehende innerparteiliche Dualismus inzwischen zugunsten des solidarisch-patriotischen Lagers aufgelöst hat.

Es ist gleichwohl mitnichten davon auszugehen, dass alle Parteimitglieder der AfD als Anhänger des solidarisch-patriotischen Lagers anzusehen sind. Vielmehr dürften auch weiterhin Vertreterinnen und Vertreter des ehemaligen liberal-konservativen Lagers in der Partei verblieben sein. Weiterhin dürfte eine größere Mitgliederzahl auch keinem der genannten Lager in der Partei angehören und entsprechend auch nicht alle zentralen ideologischen Kernelemente des solidarisch-patriotischen Lagers teilen. Für die Frage nach der verfassungsschutzrechtlichen Bewertung der Gesamtpartei ist dies aber nicht der ausschlaggebende Punkt. Vielmehr ist fraglich, inwieweit die verfassungsfeindlichen Positionen des Flügels und des solidarisch-patriotischen Lagers inzwischen als prägend für die Gesamtpartei anzusehen sind.

Im Folgenden wird deshalb nun unter anderem zu prüfen sein, ob der Prozess der ideologischen Homogenisierung in der AfD inzwischen in einem solchen Maße fortgeschritten ist, dass nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass sich andere, nicht verfassungsschutzrelevante Positionen in der Partei noch werden durchsetzen können.

E. Belege für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Im Zuge der Verdachtsfallbearbeitung war zu prüfen, ob der Verdacht für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bei der AfD entfallen ist, ob er unverändert fortbesteht oder ob er sich zur Gewissheit verdichtet hat. Anhaltspunkte für eine Verdichtung können sich aus Meinungsäußerungen und sonstigen Verhaltensweisen, programmatischen Schriften sowie aus Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum ergeben.

I. Meinungsäußerungen und sonstige Verhaltensweisen

Im Folgenden werden die der AfD zuzurechnenden Meinungsäußerungen und sonstigen Verhaltensweisen seit der Verdachtsfalleinstufung geprüft. Die Prüfung orientiert sich an den zentralen Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, nämlich der Menschenwürdegarantie, dem Demokratieprinzip und dem Rechtsstaatsprinzip. Abschließend wird untersucht, inwiefern die Positionierung der AfD zum Nationalsozialismus und ihre Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Beobachtungsobjekten verfassungsschutzrechtliche Relevanz entfalten.

1. Menschenwürde

Art. 1 Abs. 1 GG postuliert die Würde des Menschen als obersten Wert der Verfassung. Zentral für den Begriff der Menschenwürde sind die Subjektqualität eines jeden mit einem entsprechenden Achtungsanspruch ebenso wie die Egalität, die sich in der Rechtsgleichheit niederschlägt.

Unvereinbar mit der Menschenwürde sind mithin etwa völkisch-nationalistische, fremden- und minderheitenfeindliche, muslim- und islamfeindliche sowie antisemitische Positionen.

a. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

Die Verdachtsfalleinstufung der AfD gründete unter anderem auf der Feststellung von Anhaltspunkten dafür, dass die Partei ein völkisch-abstammungsmäßiges Gesellschafts- und Volksverständnis vertritt. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Belege im Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Alternative für Deutschland (AfD) und ihren Teilorganisationen[388], dort an zahlreichen Fundstellen auf den Seiten 242 bis 302, im Folgegutachten AfD 2021, S. 189 bis 295, sowie im Folgegutachten zu Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Jungen Alternative für Deutschland (JA)[389], S. 76 bis 98, verwiesen. Ferner wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 190 ff., verwiesen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass sich die hinsichtlich der JA als Teilorganisation der AfD bestehenden Anhaltspunkte für ein völkisch-abstammungsmäßiges Gesellschafts- und Volksverständnis zur Gewissheit verdichtet haben. In der Verdachtsfallbearbeitung war daher zu prüfen, ob sich bei der AfD weiter Anhaltspunkte für ein solches Gesellschafts- und Volksverständnis finden und ob diese sich möglicherweise zur Gewissheit verdichtet haben.

[388] Im Folgenden: Gutachten AfD und Teilorganisationen.
[389] Im Folgenden: Folgegutachten Junge Alternative 2023.

Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

Ein völkisch-abstammungsmäßiges Verständnis misst der Existenz und dem Erhalt homogener ethnisch-biologischer bzw. ethnisch-kultureller Völker, die es als Subjekte mit einem einheitlichen Kollektivwillen konstruiert, eine überragende Bedeutung bei. Im völkischen Denken ist die innere Homogenität unbedingt zu wahren respektive wiederherzustellen und durch scharfe Abgrenzung und Exklusion von als „fremd" definierten Entitäten zu verteidigen. Der völkische Nationalismus trennt deshalb klar in autochthone und migrierte Bevölkerungsteile, was einer nicht aufhebbaren Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdgruppen entspricht. Er geht darüber hinaus mit einer Überhöhung der eigenen, meist ethnisch-biologisch definierten Nation und Abwertung anderer Nationen einher.

Ein wichtiger Bestandteil der neueren völkischen Ideologieansätze ist seit den 1970er Jahren das Konzept des Ethnopluralismus. Nach diesem neurechten Ideologem, welches eine modernisierte völkisch-nationalistische Grundkonzeption wiedergibt, wird die Welt als Pluralität distinkter kollektiver Entitäten in Form von kulturell definierten Ethnien wahrgenommen. Die unterstellte kollektive Identität einer Ethnie wird dabei insbesondere durch ihre Kultur definiert und dem einzelnen Angehörigen der Ethnie pauschal zugeschrieben. Dadurch determiniert die kollektive Identität die des Individuums, wodurch seine Eigenschaften und individuellen Merkmale völlig vernachlässigt werden. Der neurechte Publizist Martin Lichtmesz[390] stellt in seiner Monographie „Ethnopluralismus" dar, dass in der raumgebenden Komponente des Ethnopluralismus den meisten Ethnien eine angestammte geographisch umrissene Region zugewiesen wird, in welcher sich die kulturelle Identität ausschließlich entfalten kann.[391] In einem solchen Konzept sind Zugezogene von vornherein pauschal ausgeschlossen, da sie eine „gemeinsame Geschichte" nicht nachholen und somit kein authentischer Teil des Volkes werden können. Zudem geht das Homogenitätskonstrukt des völkischen Nationalismus bzw. Ethnopluralismus von einem natürlichen und einheitlichen Volkswillen aus, negiert damit die Interessenvielfalt einer – ungeachtet ihrer ethnischen Zusammensetzung – pluralistischen modernen Gesellschaft

[390] Der als Martin Lichtmesz schreibende Martin Semlitsch ist ein maßgeblicher Autor und Übersetzer der Neuen Rechten. Lichtmesz veröffentlicht seine ideologisch an Carl Schmitt ausgerichteten Schriften im Verlag Antaios und tritt häufig auf öffentlichen Veranstaltungen der Menschenpark Veranstaltungs UG (ehemals Institut für Staatspolitik) auf.

[391] Vgl. Lichtmesz, Martin: „Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung", Schnellroda 2020, S. 14 f.

und postuliert stattdessen eine gemeinsame Schicksalsgemeinschaft. Zuwanderer können demnach nicht Teil dieses Volkes werden.[392]

Anhaltspunkte für einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff können sich darüber hinaus ergeben, wenn mit den Begriffen „Umvolkung“[393], „Volkstod“[394], „Völkermord“[395], „Großer Austausch“[396] oder ähnlichen Umschreibungen die Vorstellung transportiert werden soll, wonach das ethnisch homogene deutsche Volk durch den Zuzug von Ausländern unterzugehen drohe und in seiner Existenz gefährdet sei.[397]

Auch sich an diese Vorstellungen anschließende Forderungen nach einer umfassenden „Remigration“ oder einer „Reconquista“, die die Ausweisung großer Teile der Bevölkerung zur Folge hätten, weisen auf ein völkisches Konzept hin.[398]

Entsprechende Anhaltspunkte können des Weiteren vorliegen, wenn die pluralistische Gesellschaft per se ohne sachlichen Bezug als existenzielle Gefahr und als Grundübel für das ethnisch-kulturell als Einheit verstandene deutsche Volk dargestellt wird oder anknüpfend an die ethnische Abstammung zwischen zwei Klassen deutscher Staatsbürger unterschieden wird.[399] Auch Forderungen nach einer vollständigen Assimilierung von Migranten „an die autochthone deutsche

---

[392] VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18, juris, Rn. 85 ff; vgl. Pfahl-Traughber, Armin (2022): „intellektueller Rechtsextremismus. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten,“, Bonn: S. 91.

[393] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 720 f.; VG Berlin, Urt. v. 12.11.2020, 1 K 606.17, juris, Rn. 42; VG Köln, Urt. v. 08.02.2022, 13 K 208/200, juris, Rn. 220; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 240.

[394] OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 21.12.2012, 1 L 82.12, juris, Rn. 11.

[395] OLG München, Beschl. v. 21.03.2016, 2 Ws 131/16, juris, Rn. 16.

[396] VG München, Beschl. v. 27.07.2017, M 22 E 17.1861, juris, Rn. 68 unter Verwendung des Begriffs „Bevölkerungsaustausch“; VG Berlin, Urt. v. 12.11.2020, 1 K 606.17, juris, Rn. 42; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 220 f.; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 242.

[397] vgl. BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 720; OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.06.2021, OVG 1 N 96.20, juris, Rn. 9 ff.; OLG München, Beschl. v. 21.03.2016, 2 Ws 131/16, juris, Rn. 16; BayVGH, Beschl. v.-14.09.2023, 10 CE 23.796, juris, Rn. 105; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 222, 277; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 68; ferner auch OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 1218/24, juris, Rn. 217, wonach durch die Verwendung der aufgezählten Begriffe der „Verlust der „ethnisch-kulturellen Identität“ mit dem Ende des deutschen Volkes gleichgesetzt wird.

[398] VG München, Beschl. v. 27.07.2017, M 22 E 17.1861, juris, Rn. 68; VG Ansbach, Urt. v. 25.04.2019, 16 K 17.01038, juris, Rn. 39; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 68; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 249, 279; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 244 f., 265.

[399] VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 97/20, BeckRS 2020, 14940, Rn. 38 ff., bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 56/20, juris, Rn. 33 ff.; VG Berlin, Urt. v. 12.11.2020, VG 1 K 606.17, juris, Rn. 38; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 68; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 190 ff.; vgl. zur differenzierenden Ansicht des OVG NRW Kapitel C I 2.

Bevölkerung“ stellen Anhaltspunkte für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis dar.[400]

Im Folgenden werden zunächst die Anhaltspunkte für ein generell ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis (aa.) untersucht, bevor auf Anhaltspunkte für das Vertreten speziell ethnopluralistischer Konzepte (bb.) eingegangen wird.

aa. Vertreten eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs

Bei der Verdachtsfalleinstufung der AfD wurden Anhaltspunkte für das Vertreten eines ethnischen Volksbegriffs festgestellt. Der ethnische Volksbegriff beruht auf einer Unterscheidung eines sich aus den deutschen Staatsangehörigen zusammensetzenden Staatsvolkes und eines ethnisch bestimmten deutschen Volkes, was dazu führt, dass nicht alle deutschen Staatsangehörige auch als Angehörige des deutschen Volkes angesehen werden. Mit einer solchen Vorstellung ist sachlogisch verbunden, dass deutschen Staatsangehörigen, die aufgrund ihrer Zuwanderungsgeschichte nicht dem ethnisch definierten Volk angehören, die Anerkennung als gleichberechtigte bzw. gleichwertige Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt werden soll.[401] Auch in der Verdachtsfallbearbeitung wurden zahlreiche Verlautbarungen festgestellt, die ein solches Verständnis weiterverbreiten.

(1) Grundsätzliche Unterscheidung zwischen Deutschen mit Migrationsgeschichte und autochthonen Deutschen

Die Bundestagsabgeordnete Christina Baum (BW/ST)[402] kommentierte am 3. Februar 2021 einen WELT-Artikel über Tareq Alaows, der fünf Jahre zuvor als syrischer Flüchtling nach Deutschland kam, mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt und erhalten hat und von der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Direktkandidat für die Bundestagswahl aufgestellt wurde, wie folgt:

> *„Deutschland bleibt deutsch! Basta!*

---

[400] VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 95/20, bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 56/20, juris, Rn. 33 ff.; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 68; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 210.

[401] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 197.

[402] Christina Baum zog im Jahr 2021 zunächst über die Landesliste Baden-Württemberg in den Bundestag ein. Im Februar 2025 errang sie wiederum als Direktkandidatin im Wahlkreis 68 Harz (Sachsen-Anhalt) ein Bundestagsmandat.

Solche Gäste lieben die Grünen besonders. Dieser junge Mann soll in Syrien seinen Beitrag für sein Volk leisten. Er wird dort dringend gebraucht.“[403]

Durch die Verbindung der Forderung, Deutschland solle deutsch bleiben und die Feststellung, Herr Alaows, der zu dem Zeitpunkt die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt hatte, solle in Syrien einen *„Beitrag für sein Volk leisten“*, insinuiert Baum, nicht die Staatsangehörigkeit, sondern die ethnische Herkunft sei entscheidend für die Frage, ob jemand dem deutschen Volk angehöre. Denn der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch den syrischen Flüchtling würde nach Baums Verständnis dazu führen, dass Deutschland nicht mehr deutsch bliebe.

Dieses Verständnis wird in einem weiteren Beitrag von Christina Baum im August 2022 noch deutlicher:

> *„Der Begriff des Volkes bezieht sich ganz eindeutig auf eine Abstammungsgemeinschaft - auf eine ethnisch gleiche Gruppe. In Deutschland wird jeder zum Rassisten erklärt, der sich für den Erhalt des eigenen deutschen Volkes als ethnische Einheit einsetzt. Denn das Ziel der weltweit agierenden finanzstarken, selbsternannten ‚Eliten‘ ist die Zerstörung dieser stabilen Strukturen innerhalb eines jeden Volkes, um die bindungs- und identitätslosen Menschen leichter manipulieren und lenken zu können. Deshalb ist es in dieser Zeit wichtiger denn je, sich zu seinem abstammungsmässig zugehörigen Volk zu bekennen […].“*[404]

In einem weiteren Beitrag erklärte Christina Baum:

> *„Wir dürfen nicht zulassen, dass […] man zum ‚deutschen Volk‘ nicht mehr durch Abstammung gehört sondern durch Übertreten der Landesgrenze und ‚Demokratie‘ nicht mehr die Herrschaft des Volkes, sondern Übereinstimmung mit rotgrünen Ideologien ist. Auf Dauer schafft man so eine beliebig manipulier- und korrumpierbare Masse von Individuen, die zudem ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedacht ist.“*[405]

Baum definiert das Volk demnach weiterhin als *„ethnisch gleiche Gruppe“* und ethnische *„Abstammungsgemeinschaft“*, wodurch Personen mit Migrationsgeschichte pauschal und unveränderlich ausgeschlossen werden. Dieses Grundverständnis

---

[403] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 03.02.2021, abgerufen am 15.07.2021.
[404] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 21.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.
[405] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 13.07.2022, abgerufen am 27.07.2022.

missachtet die elementare Rechtsgleichheit, die das Grundgesetz vorsieht. Nach Ansicht der Bundestagsabgeordneten und damaligen Beisitzerin im Bundesvorstand der AfD ist lediglich eine ethnisch homogene Gesellschaft in der Lage, in einer funktionierenden Solidargemeinschaft zusammenzuleben und die Volkssouveränität auszuüben. Diese Äußerungen belegen, dass Baums Volksverständnis nicht bloß missverständlich ist. Sie verbreitet den in ihrem Fall sogar ausschließlich ethnisch definierten Volksbegriff vielmehr dezidiert und in deutlicher Ablehnung aller gerichtlichen Beanstandungen weiter.

Auch der damalige Beisitzer im Bundesvorstand, Europaabgeordnete und Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl 2024, Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN), machte in einem Tweet vom 29. Januar 2024 auf X deutlich, dass es seiner Ansicht nach unüberwindbare Unterschiede zwischen Menschen mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund gibt. Der Post bezog sich auf Zeitungsberichte, wonach Schleswig-Holsteins Sozialministerin Aminata Touré, deren Eltern malischer Herkunft sind, Nachrichten gelöscht hat, die für die Aufklärung der Umstände der Entlassung ihrer afghanisch stämmigen Staatssekretärin relevant gewesen sein könnten. Krah kommentierte einen entsprechenden Artikel wie folgt:

> *„Wer ethnische Afrikaner und Afghanen in die Regierung nimmt, macht die Regierung auch kulturell afrikanischer und afghanischer. Was erwarten die Linken denn? Dass Wurzeln, Prägungen, Eigenheiten keine Rolle spielen? Der Mensch formt seine Umgebung nach der eigenen Veranlagung!“* [406]

Ein anderer Nutzer äußerte sich kritisch zu diesem Post und meinte, man könne dies so deuten als meine Krah, *„Korruption [sei] eine afrikanische/afghanische Veranlagung“*. Daraufhin antwortete Krah:

> *„Lösen Sich sich von Ihrer inneren Angst, die Wahrheit auszusprechen! Natürlich ist Korruption korreliert mit Kultur und Kultur mit Ethnie. Empirisch belegbar. Ja, die Linken wollen nicht, dass die Realität ausgesprochen wird. Aber soll ich deshalb der Lüge folgen?“* [407]

Krah verbreitet hier ein menschenwürdewidriges, ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis, wonach die ethnische Abstammung entscheidend und prägend

[406] Krah, Maximilian: Tweet vom 29.01.2024, abgerufen am 01.02.2024.
[407] Ebd.

sei. Er behauptet zudem in rassistischer Weise, Korruption *„korrelier[e] mit [...] Ethnie"*. Im vorliegenden Kontext impliziert er damit, Menschen afrikanischer und afghanischer Herkunft seien korrupter als andere.

In seinem Buch „Politik von rechts. Ein Manifest" konkretisiert Maximilian Krah sein Verständnis des Volksbegriffs als ethnisch homogene Schicksalsgemeinschaft:

> *„Rechte Politik bekennt sich zum Volk, das ist mehr als die Gemeinschaft der Staatsbürger. [...] Volk ist Schicksal. Volk ist Realität. [...] Eine Gemeinschaft, die ehrlich und rechtstreu ist, die vertraut und Vertrauen gewährt, ist einer solchen, die derlei nicht praktiziert, überlegen. Der ehrliche Einzelne ist aber in einer Gesellschaft der Unehrlichen hoffnungslos verloren. Deshalb sind Anstand, Ehrlichkeit und Vertrauen nur zu gewinnen, wenn Völker in ihrem ethnischen Substrat Bestand haben, wenn ihre positiven Eigenschaften durch die Homogenität der ebenso Geprägten zum Vorteil aller werden, statt daß sie dem Einzelnen im unbarmherzigen Selbstbehauptungskampf unter Fremden zum Nachteil gereichen. Ohne den Schutzraum des Volkes verschwindet deshalb jede Eigentümlichkeit und Liebenswürdigkeit; ja alles, was den Kampf ums nackte Überleben übersteigt."*[408]

Der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein schrieb angesichts des neuen Staatsbürgerschaftsrechts unter der Überschrift *„Anzahl der Einbürgerungen explodiert binnen eines Monats – Remigration statt weiterem Passverramschen!"* am 8. August 2024 auf Facebook:

> *„Die ohnehin in den vergangenen Jahren explodierten Einbürgerungen werden so künftig noch weiter ausufern. Diejenigen, die nach ursprünglicher Ankündigung einst nur als ‚Schutzbedürftige' für einen temporären Zeitraum Unterkunft in Deutschland erhalten sollten, werden heute selbst Deutsche – man schafft sich in der Folge ein neues Volk, das auf dem Papier zwar deutsch ist und dementsprechend mit allen einhergehenden Rechten ausgestattet ist, mit dem alten jedoch nicht mehr allzu viel zu tun hat. [...] Was einst galt – dass eine Nationalität sich durch weitaus mehr als nur ein bloßes Passdokument definiert – spielt heute keine Rolle mehr. Aus einer Volksgemeinschaft wird eine Volkspartikularität – eine Masse ohne festen Zusammenhalt aus allen Ländern dieser Welt,*

[408] Krah, Maximilian: „Politik von rechts. Ein Manifest", Schnellroda 2023, S. 53 f.

zersplittert in kleinere Volksgruppen und Parallelgesellschaften, die sich mehr durch ihre Ethnie, ihren Geburtsort oder aber den Abstammungsort ihrer Eltern identifizieren; und nicht durch ihren deutschen Pass.
Wir sagen daher NEIN zum Verramschen unserer Pässe!“[409]

Indem der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein hier zwischen einer „*Volkspartikularität*“, deren Angehörige „*auf dem Papier zwar deutsch*“ seien, und einer echten „*Volksgemeinschaft*“ unterscheidet, bringt er sein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis deutlich zum Ausdruck.

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, kommentierte am 8. Juli 2024 die mediale Schlagzeile „‚Wer den Wolfsgruß zeigt, darf kein deutscher Staatsbürger werden‘“ folgendermaßen:

> *„Wie es eigentlich heißen sollte: ‚Wer kein Deutscher ist, darf kein deutscher Staatsbürger werden.‘“*[410]

Küble bringt somit zum Ausdruck, dass seiner Ansicht nach nur ethnischen Deutschen die deutsche Staatsbürgerschaft zusteht.

Nils Hartwig, zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Alternative, zeichnet das Bild einer schleichenden Raumnahme durch Migrantinnen und Migranten und einer entsprechenden Verdrängung der einheimischen Bevölkerung. So veröffentlichte er am 31. März 2021 folgenden Tweet:

> *„Wenn der Der Deutsche Städte- und Gemeindebund davon spricht, dass wir unsere Innenstädte nach der Pandemie nicht mehr wiedererkennen, heißt das dann, dass wir im Westen wieder Deutsche beim durch die Stadt bummeln sehen?“*[411]

Ein solches Volksverständnis, das auf die ethnische Herkunft abstellt und die Staatsangehörigkeit nicht als entscheidend für die Zugehörigkeit zum Volk ansieht, befürwortete auch der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz in seiner Profil-Information auf Facebook unter „Arbeit und Ausbildung":

[409] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 08.08.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[410] Küble, Fabian: Tweet vom 08.07.2024, abgerufen am 10.07.2024.
[411] Hartwig, Nils: Tweet vom 31.03.2021, abgerufen am 25.05.2021.

> *„Als Mitglied des Deutschen Bundestages bin ich der Vertreter des ganzen Volkes. Gemeint ist damit des ganzen Deutschen Volkes. Also alle, die schon länger hier leben. Integrierte Migranten also keine Özils, die sich weiter als Türken sehen - gehören selbstverständlich auch dazu. Reine Passdeutsche formal auch - leider.“*[412]

Seitz bringt hier sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass „*Passdeutsche*“ „*formal [...] leider*" auch dem deutschen Volk angehören. Dadurch unterstreicht er sein ethnisch begründetes Volksverständnis. Die deutsche Staatsbürgerschaft sollte nach Ansicht Seitz‘ demnach nämlich keineswegs entscheidend für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk sein. Vielmehr soll mit dem Begriff „*Passdeutsche*“ zum Ausdruck gebracht werden, dass die so bezeichneten Personen nur im Hinblick auf die Inhaberschaft eines Passes Deutsche sind, also nur die formal betrachtete deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber abgesehen davon keine Deutschen sind.[413]

Fabian Küble, damaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative, der sich im Internet auch Fabian Keubel nennt, kommentierte in einem Facebook-Beitrag die Besetzung der deutschen Fußballnationalmannschaften der Herren und Damen anhand eines Bilds, auf dem blonde, weiße Spielerinnen der Damenmannschaft mit nicht-weißen Spielern der Herrenmannschaft gegenübergestellt wurden:

> *„Frauenfußball befindet sich qualitativ zwar mehrere Klassen unter dem herkömmlichen Männerfußball, allerdings muss man unsere Frauenmannschaft loben, dass sie im Gegensatz zur durchmultikulturalisierten männlichen Söldnertruppe noch eine echte deutsche (!) Nationalmannschaft (!) ist. Von demher repräsentieren uns die Mädels mehr als es ‚die Mannschaft‘ tut.“*[414]

Küble ist demnach der Auffassung, Personen mit anderen als deutschen kulturellen Wurzeln könnten nicht zum deutschen Volk gehören. Denn eine „*echte deutsche [...] Nationalmannschaft*“ kann nach seiner Auffassung keine nicht-weißen Menschen mit nichtdeutschen Wurzeln beinhalten. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist auch nach

---

[412] Seitz, Thomas: Facebook-Info, abgerufen am 15.02.2021.
[413] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 220. Das OVG NRW sieht generell in der Verwendung des Begriffes „Passdeutscher“ einen eindeutigen Anhaltspunkt dafür, dass deutschen Staatsangehörigen mit Migrationsgeschichte ein abgewerteter rechtlicher Status zugeschrieben wird.
[414] Küble, Fabian: Facebook-Eintrag vom 17.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.

diesem Verständnis eben gerade nicht entscheidend für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk.[415]

Auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Gottfried Curio machte am 30. Oktober 2021 auf Facebook deutlich, dass für ihn die deutsche Staatsbürgerschaft nicht die Zugehörigkeit zum deutschen Volk als *„geschichtlich gewachsene, kulturell [...] sich als Einheit auffassende, schicksalsmäßig aneinander gebundene Gemeinschaft"* begründet:

> *„Das Grundgesetz setzt das deutsche Volk als verfassungsgebende Gewalt voraus. Wenn das deutsche Volk nicht mehr das deutsche Volk als geschichtlich gewachsene, kulturell (bei allen Binnen-Unterschieden) sich als Einheit auffassende, schicksalsmäßig aneinander gebundene Gemeinschaft ist, sondern nur noch ein aus allen Himmelsrichtungen zusammengewürfelte Menschenansammlung, was bleibt dann noch von dem ursprünglichen Gedanken einer Herrschaft des Volkes in Deutschland? Eine aktivierende Familienpolitik bleibt seit Jahrzehnten aus – stattdessen wird erst unter Rot-Grün, dann unter Merkel und demnächst wieder unter Rot-Grün (mit gelbem Mehrheitsbeschaffer) ein aus allen Fugen geratener, forcierter widerrechtlicher (illegale Immigration) Ausländer-Import unter der Lügen-Formel ‚Flüchtling' betrieben, samt nachfolgender Nicht-Ausweisung, stattdessen aber Ausstattung mit der deutschen Staatsbürgerschaft – die kalte Entmündigung des deutschen Wählers durch rechtsbrechenden Umbau der Wähler-Demographie (alles abgesichert durch gleichgeschaltete Staatsmedien und politisch instrumentalisierten Verfassungsschutz). Versucht wird, den Begriff ‚Volk' ideologisch zu verbiegen, um ihn für linke Gesellschaftsexperimente nutzbar zu machen, getreu Merkels Satz: ‚Das Volk ist jeder, der hier lebt'. Rechtliche, gesellschaftlich-kulturelle, sprachliche und historische Verständnisse des Volksbegriffs werden abgeräumt durch Einbürgerung eines illegal importierten, nach Millionen zählenden Ausländerheeres, samt auffällig unterschiedlichen demographischen Reproduktionsquoten der*

[415] Vgl. VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 254 ff., welches diese Feststellung bereits getroffen hat.

> *angestammten Deutschen gegenüber den illegal ins Land gerufenen Kulturfremden. Auf diese Weise erfolgt eine schleichende Usurpation von Rechtsbegriffen, die Demokratie und Rechtsstaat entkernen".*[416]

Die Kritik an den hier als zu niedrig angesehenen Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist an sich nicht verfassungsschutzrechtlich relevant. Allerdings geht Curio darüber hinaus, wenn er für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk meint, dass es sich um eine *„geschichtlich gewachsene, kulturell [...] sich als Einheit auffassende, schicksalsmäßig aneinander gebundene Gemeinschaft"* handeln müsse. Denn Curio fordert hier nicht nur höhere Hürden für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft, die im Ergebnis zu weniger Einbürgerungen führen würden. Die Forderung nach einer – nicht mehrheitlich, sondern exklusiv – *„geschichtlich gewachsenen, [...] schicksalsmäßig aneinander gebundenen Gemeinschaft"* lässt keinerlei Raum für die Einbürgerung von Menschen aus anderen Kulturkreisen. Folglich ist die Bezugnahme auf eine kulturelle Einheit hier wohl im Kern auch eher eine Forderung nach einer ethnischen Abstammungsgemeinschaft. Dafür spricht auch die Kritik am vermeintlichen Ausbleiben einer *„aktivierenden Familienpolitik"*. Diese sollte, nach Curios Verständnis, den Erhalt des abstammungsmäßig, *„angestammten"* deutschen Volkes sichern; stattdessen würden Ausländer *„importiert"* und sich als *„illegal ins Land gerufene Kulturfremde"* hier überproportional reproduzieren.

Ähnlich äußerte sich auch Nikolaus Kramer (MdL und Fraktionsvorsitzender MV) am 15. April 2024, als er in seiner Rede auf einer PEGIDA-Demonstration in Dresden (SN) von einer *„sichtbaren Ahnenkette"* sprach:

> *„Wir lieben das Eigene und wissen den Wert um die Gemeinschaft. Wir haben Wurzeln geschlagen. Wir wissen, wer wir sind, ohne dabei ein losgelöstes Individuum, ohne Bindung zu sein. Wir stehen ein für die Familie und sind Teil einer sichtbaren Ahnenkette. Für uns ist Deutschland nicht nur ein Ort, sondern Heimat, mit der wir kulturell und historisch verbunden sind."*[417]

Der Beisitzer im AfD-Bundesvorstand Hannes Gnauck (MdB, BB) äußerte im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung am 11. August 2024 in Zossen (BB):

---

[416] Curio, Gottfried: Facebook-Eintrag vom 30.10.2021, abgerufen am 23.07.2024.
[417] Kramer, Nikolaus: Redebeitrag auf der Montagsdemonstration von PEGIDA am 15.04.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.04.2024, Kanal: „Marcus Fuchs", abgerufen am 20.01.2025.

> *„Und wir müssen auch wieder entscheiden dürfen, wer überhaupt zu diesem Volk gehört und wer nicht. Es gehört mehr dazu, Deutscher zu sein, als einfach nur 'ne Staatsbürgerurkunde in der Hand zu haben. Dieses Volk hier, das ist gewachsen durch jahrhundertelange Tradition, durch gemeinsame Brauchtümer, durch gemeinsame Geschichte und auch gemeinsame Schicksalsschläge. Und wir sind verpflichtet, diese Geschichte, diese Brauchtümer und diesen Geist des Deutschen zu bewahren. Uns alle hier auf diesem Marktplatz [...] verbindet viel mehr als nur eine gemeinsame Sprache. Uns verbindet ein unsichtbares Band, was man einfach nicht erklären muss. [...] Jeden Einzelnen von euch verbindet mehr mit mir als irgendeinen Syrer oder irgendein Afghane und das muss ich nicht erklären, das ist einfach ein Naturgesetz und darauf können wir alle verdammt stolz sein."*[418]

Damit bringt Gnauck deutlich zum Ausdruck, dass nach seiner Ansicht nicht alleine die Staatsbürgerschaft definiert, wer Deutscher ist. Durch die Bezugnahme auf das *„unsichtbare Band"*, das alle ethnisch Deutschen verbinde, nimmt er allen ethnisch nicht-Deutschen die Möglichkeit, Teil des deutschen Volkes zu werden und deutet damit eine biologistische Grundeinstellung an.

Hannes Gnauck äußerte sich auf einer Wahlkampfveranstaltung am 25. August 2024 in Brandenburg an der Havel (BB) erneut in vergleichbarer Weise.[419]

Auch der Spitzenkandidat der AfD Brandenburg, Hans-Christoph Berndt, machte in einem Interview mit AUF1 vom 21. August 2024 deutlich, dass die Zahl der Deutschen seiner Auffassung nach nicht deckungsgleich mit der Zahl der deutschen Staatsbürger ist:

> *„Und ich will noch hinzufügen, dass es eine unglaubliche Wegmarke wäre, wenn es uns gelingen würde, in einem, zwei oder drei Ländern im Osten unter all dem Druck, unter dem wir, seitdem wir existieren, stehen, unter diesen ganzen Kampagnen dieses Jahres, unter all der Repressionen, stärkste Kraft zu werden. Das wäre ein moralischer Sieg und der würde uns allen für die nächsten Jahre unglaublich viel Auftrieb geben. Und ich bin fest überzeugt, solange wir noch 20, 30, 40 Millionen Deutsche im Land sind, haben wir die Kraft und haben wir*

---

[418] Gnauck, Hannes: Redebeitrag am 11.08.2024 in Zossen (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.08.2024, Kanal: „Berlinchen Tinchen", abgerufen am 13.08.2024.
[419] Gnauck, Hannes: Redebeitrag am 25.08.2024 in Brandenburg an der Havel (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.08.2024, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 02.09.2024.

die Möglichkeiten, die Dinge zum Besseren zu wenden. Und wenn es dann mit einer Regierung 2024 nicht klappt, dann kommt es 2025 oder 2026. Am Ende ist auch nicht die Regierung das Entscheidende, sondern dass sich die Politik ändert. Wir wollen ja nicht einfach an den Trog wie die anderen. Wir wollen, dass es anders zugeht in Deutschland. Wir wollen, dass das Eigene wieder respektiert wird, dass in Deutschland wieder Politik für die Deutschen gemacht wird und nicht, wie es die Altparteien machen, die die Deutschen für das Letzte halten. Wir sind für die nur noch dazu da, Steuern zu zahlen, damit die immer noch mehr Flüchtlinge ins Land holen können. Wir wollen, dass sich diese Anomalie ändert und das werden wir auch erreichen."[420]

Aus der Aussage wird deutlich, dass es nach der Auffassung Berndts einen Unterschied zwischen der Zahl der deutschen Staatsbürger und der durch Berndt definierten „Deutschen" gibt. Der durch Berndt aufgeworfene eklatante Unterschied zwischen der Zahl der Deutschen gemäß Grundgesetz und der durch Berndt als „Deutsche" definierten Menschen ist nicht anders zu erklären, als dass Berndt seinem Volksbegriff ethnisch-kulturelle und im Grunde ethnisch-abstammungsmäßige Kriterien zu Grunde legt. Berndt bringt außerdem zum Ausdruck, dass er die Unterscheidung zwischen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes und den durch ihn nicht als solche definierten zur Grundlage seiner politischen Zielsetzungen macht.

Dies verdeutlicht Berndt auch im weiteren Verlauf des Interviews und bringt damit auch explizit zum Ausdruck, dass der Erhalt des ethnisch deutschen Volkes Teil seiner politischen Zielsetzung ist:

„Unser Leben ist so krank geworden, von Grund auf krank geworden, dass wir lange brauchen werden, bis wir wirklich wieder gesunde und normale Verhältnisse haben. Und die politische Macht alleine kann es nicht richten, aber politische Macht ist notwendig, um diese Prozesse in Gang zu setzen und zu fördern und zu beschleunigen. Deswegen wollen wir politische Macht, nicht weil es um das Ministerium geht. Uns geht es darum, dass wir wieder als Deutsche in Deutschland im Frieden mit uns selbst leben können. Und es wird es nur mit uns geben, eine solche Politik."[421]

---

[420] Berndt, Hans-Christoph: Interview mit AUF1 vom 21.08.2024; veröffentlicht in: https://auf1.tv am 11.08.2024, abgerufen am 22.08.2024.
[421] Ebd.

Im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Werder (Havel, BB) am 12. September 2024 bekannte sich Berndt sodann ausdrücklich zum ethnischen Volksbegriff:

> *„Wir sind Volkspartei, weil wir als einzige Partei noch am Volk festhalten. Wir sagen, das Volk ist kein Konstrukt. Das Volk ist eine Realität. Das Volk ist eine lebendige Realität. [...] Und wir halten auch am Volk, am ethnischen Volksbegriff und am Volk fest. Das Volk ist eine Wirklichkeit."*[422]

Das Wahlprogramm der AfD Sachsen für die Landtagswahlen am 1. September 2024 weist an einigen Stellen auf eine konkrete Diskriminierungsabsicht gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte und damit eine völkisch-nationalistische Grundhaltung der AfD Sachsen sowie auf eine menschenwürdewidrige Diskriminierung von Minderheiten hin. So schreibt die AfD Sachsen unter Punkt 1.5 *„Baby-Begrüßungsgeld für Sachsen"*:

> *„In Sachsen werden zu wenige Kinder geboren, um den Bevölkerungsbestand und damit das Erbe unserer Kulturlandschaft sowie unserer gewachsenen Industrie- und Landwirtschaft zu erhalten. Dabei braucht Sachsen eigene, leistungsfähige Nachwuchskräfte, um Wohlstand und Tradition, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit in Mittelstand, im Handwerk und Dienstleistungswesen, aber auch in den sächsischen Schlüsselindustrien langfristig zu sichern. Wir bekennen uns klar zu mehr Kindern und werden daher ein sächsisches Baby-Begrüßungsgeld in Höhe von 5.000 Euro einführen, um so diejenigen zu unterstützen, die Mut zu Kindern und Verantwortung als Eltern beweisen. Dieses Begrüßungsgeld soll Eltern gewährt werden, welche die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, gemeinsam mindestens zehn Jahre in Sachsen ihren Hauptwohnsitz haben, auf eine abgeschlossene Ausbildung bzw. ein Studium verweisen können oder berufstätig sind. Die Auszahlung soll in drei Raten – zur Geburt und jeweils zum vollendeten dritten und sechsten Lebensjahr des Kindes ohne Aufrechnung gegen Leistungen nach SGB XII – erfolgen. Im Sinne des Kindeswohls soll zudem Voraussetzung sein, dass alle empfohlenen medizinischen Vorsorgeuntersuchungen wahrgenommen und Erziehungspflichten nicht gröblich verletzt wurden."*[423]

---

[422] Berndt, Christoph: Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung in Werder am 12.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 01.10.2024.
[423] Wahlprogramm der AfD Sachsen zur Landtagswahl 2024, S. 10 f.

Die Voraussetzung der *„alleinigen deutschen Staatsangehörigkeit“* diskriminiert deutsche Staatsangehörige auf mehrere Weisen: diejenige Einzelperson, die *„Elternteil“* ist, aber nicht ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt; diejenigen deutschen Staatsangehörigen, die mit einer Person ein Kind zeugen, die nicht ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (beide deutschen Staatsangehörigen werden diskriminiert), sowie ferner denjenigen Elternteil mit deutscher Staatsangehörigkeit, der sich einen Partner sucht mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Zwar ist es grundsätzlich gestattet, rechtliche Unterscheidungen zwischen deutschen Staatsangehörigen und nicht-deutschen Staatsangehörigen vorzunehmen, wobei hier aber bereits Zweifel an der EU-Rechtmäßigkeit aufgrund der Einbeziehung von EU-Staatsangehörigen aufkommen können. Darüber hinaus wird hier gerade nicht zwischen deutschen und nicht-deutschen Staatsangehörigen unterschieden, sondern vielmehr eine Ungleichbehandlung innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen vorgenommen. Bestimmte deutsche Staatsbürger werden von den Maßnahmen ausgeschlossen aufgrund der Tatsache, dass sie eine andere, zusätzliche Staatsangehörigkeit aufweisen. Hierin liegt folglich eine Ungleichbehandlung von deutschen Staatsangehörigen ohne sachlichen Grund, indem in wertvollere und weniger wertvolle Staatsangehörige unterschieden wird, je nachdem, ob erkennbar ist, dass sie entweder selbst eine zusätzliche nicht-deutsche Staatsangehörigkeit und damit möglicherweise eine Migrationsgeschichte haben oder indem sie sich einen Partner suchen, der möglicherweise eine Migrationsgeschichte hat oder Ausländer ist. Dieser Wahlprogrammpunkt ist im Kontext des propagierten ethnisch-kulturellen Volksverständnisses und der Behauptung der „Umvolkung“ zu sehen. Denn nur diejenigen, die möglichst „deutsche“ Kinder im Sinne dieses Volksverständnisses bekommen können, sollen gefördert werden. Damit einher geht die Bewertung, dass der (behauptete) demographische Wandel nicht mit der Geburtenförderung von „nicht ethnisch rein deutschen“ Kindern gestoppt werden kann, ebenso wenig wie durch Geburten der nichtgeförderten Kinder das Ziel, *„leistungsfähige Nachwuchskräfte zu sichern“*, erreicht werden kann. Auch liegt hierin implizit eine Bewertung dahingehend, dass Kinder von nicht-ausschließlich deutschen Staatsangehörigen eher keine Leistungsträger sein werden.

Dieser Ausschluss von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft setzt sich bei Forderungen zum Landeserziehungsgeld fort:

„Da das Landeserziehungsgeld aus sächsischen Steuermitteln finanziert wird, soll es nur für Eltern gewährt werden, welche die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und gemeinsam mindestens zehn Jahre in Sachsen ihren Hauptwohnsitz haben. Damit wollen wir Sachsen auch demografisch stärken."[424]

Die Diskriminierungsabsichten der AfD Sachsen werden auch im Punkt 1.7 deutlich. Dort wird die folgende Forderung aufgestellt:

„Kindertageseinrichtungen müssen einen sicheren Erwerb der deutschen Sprache für alle Kinder, die auf Dauer hier leben werden, gewährleisten. Daher soll in sächsischen Kindertageseinrichtungen die deutsche Sprache verbindlich sein. Der Anteil nichtdeutschsprachiger Kinder in Kita-Gruppen ist auf maximal 10 Prozent zu begrenzen, um eine gute Sprachentwicklung aller Kinder sicherzustellen. Kinder von Familien ohne dauerhafte Bleibeperspektive sind bei Bedarf in gesonderten Einrichtungen durch Muttersprachler zu betreuen, um bei ihrer Rückkehr in die Heimat keine Nachteile zu erleiden. Die Betreuung dieser Kinder ist vornehmlich Elternaufgabe."[425]

Eine derartige Unterteilung führt zu einer Ungleichbehandlung von Kindern im Kita-Alter, die an ihre Ethnie anknüpft und damit menschenwürdewidrig ist. Die Förderung des Spracherwerbs ist grundsätzlich ein zulässiges Ziel. Gleichwohl ist auch diese Maßnahme im Kontext des vom Landesverband vertretenen völkisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs zu sehen. Aufgrund des bundesweiten akuten Betreuungsnotstands führt bereits die Begrenzung auf 10 % nicht deutschsprachiger Kinder in den jeweiligen Kita-Gruppen dazu, dass die Kapazitäten sofort erschöpft wären und ein Großteil der Kinder mit Migrationsgeschichte bereits keinen Zugang zu Kindertagesstätten und damit zu frühkindlicher Bildung und Integrationsmöglichkeiten erlangen könnte. Somit würde einem Teil der deutschen Staatsangehörigen – denn auch solche wären von dem Ausschluss erfasst, wenn sie zu Hause nicht Deutsch sprechen – der gesetzlich bestehende Anspruch auf einen Betreuungsplatz verwehrt. Das Ziel der guten Sprachentwicklung würde sich gerade nicht, wie im Wahlprogramm gefordert, bei allen Kindern realisieren, sondern nur bei den verbleibenden Kindern, die

[424] Ebd., S. 11.
[425] Ebd., S. 13 f.

einen Betreuungsplatz erhalten. Diejenigen Kinder, die keinen Platz erhielten, würden vom Erwerb der Sprachkompetenz abgeschnitten – obwohl auch sie zum deutschen Staatsvolk gehören. Insofern wird auch hier innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen unterschieden und in solche erster und zweiter Klasse unterteilt. Es ist in der Gesamtschau davon auszugehen, dass damit letztlich eine ethnische Homogenisierung in Kindertagesstätten gefördert werden soll.

Die Betreuung von Kindern ohne Bleibeperspektive in gesonderten Einrichtungen in deren Muttersprache verschließt diesen Kindern in der Konsequenz ebenfalls die Möglichkeit, Zugang zum Spracherwerb zu erlangen und sich so innerhalb der Gesellschaft, in der sie mitunter mehrere Jahre oder länger verbringen werden, kindgerecht und damit im Hinblick auf ihre Menschenwürde angemessen zu entwickeln. Aufgrund der Forderung, dass in diesen Fällen hauptsächlich die Eltern für die Erziehung zuständig sein sollen, ist davon auszugehen, dass entsprechende Einrichtungen eher den Charakter einer Verwahrung denn frühkindlicher Förderung haben sollen. Damit werden diese Kinder – und auch die Eltern, denen jegliche Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit abgeschnitten wird – gesellschaftlich abgeschottet. Darin kommt eine Diskriminierung ausländischer Kinder zum Ausdruck, die sich mehrheitlich auf die Ethnien beziehen wird, die im Fokus der übrigen fremdenfeindlichen Agitation der AfD stehen.

Andreas Harlaß, Mitglied des Landesvorstands der AfD Sachsen, bekräftigte in einem Facebook-Post sein ethnisch-kulturelles Volksverständnis, indem er sich Ideen des Staatsrechtlers und Nationalsozialisten Carl Schmitt aneignete:

> *„Staatsrechtler Carl Schmitt: ‚Eine Voraussetzung der nationalen Demokratie ist nationale Homogenität. Eine Nation ist ein durch politisches Sonderbewußtsein individualisiertes Volk. Zu dessen Einheit und Einheitsbewusstsein tragen verschiedene Elemente bei: Gemeinsame Sprache, gemeinsame geschichtliche Schicksale, Traditionen und Erinnerungen. Gemeinsame politische Ziele und Hoffnungen. Ist in der politischen Wirklichkeit die nationale Homogenität nicht vorhanden, weil ein Staat aus verschiedenen Nationen besteht oder nationale Minderheiten enthält, so ergeben sich verschiedene Lösungsmöglichkeiten: Zunächst der Versuch eines friedlichen Ausgleichs; das bedeutet aber in Wahrheit entweder friedliche Auseinandersetzung und Trennung, oder allmähliche, friedliche Assimilierung an die herrschende Nation.‘ Die weiteren Ausführungen*

habe ich bewusst nicht veröffentlicht, sie zögen im Zeitalter der neuen deutschen Meinungskorrektur eine Sperrung nach sich".[426]

Harlaß fordert im Anschluss an Carl Schmitt eine *„nationale Homogenität"* des Volkes, verstanden als ethnische Homogenität. Denn dass Harlaß Schmitts Erörterung des Umgangs in Vielvölkerstaaten zitiert, ist nur verständlich, wenn Harlaß davon ausgeht, dass durch Einbürgerungen nationale Minderheiten und ein Vielvölkerstaat entstünden. Dies wiederum impliziert die Auffassung, dass eingebürgerte deutsche Staatsangehörige nicht Mitglieder des deutschen Volkes würden, sondern Angehörige anderer Völker blieben.

Auch widersprach etwa der Landtagsabgeordnete Horst Förster (MV) in einem Facebook-Eintrag der in der erstinstanzlichen Bestätigung der durch das BfV vorgenommenen Verdachtsfalleinstufung im März 2022 enthaltenen Feststellung, dass *„ein ethnischer Volksbegriff mit dem Grundgesetz nicht vereinbar"* sei:

> *„Das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts zum Verdachtsfall AfD fußt auf einer Fehlinterpretation des Grundgesetzes, indem es darauf abstellt, dass ein ethnischer Volksbegriff mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. […]*
> *Der ethnische Volksbegriff stört […] auf dem Weg in die multikulturelle Gesellschaft, die mehr oder weniger zur Staatsdoktrin erhoben wird. Also wird dem ethnischen Volksbegriff angedichtet, er grenze notwendigerweise alles Fremde aus, was natürlich nicht stimmt. Diese Fehlinterpretation ist aber notwendig, um über Fremdenfeindlichkeit die Argumentationskette zu extrem bzw. extremistisch zu schließen."*[427]

Die durch das Gericht getroffene Einordnung des ethnischen Volksbegriffs als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar deutet Förster – eine vermeintlich bewusste *„Fehlinterpretation"* insinuierend, um über *„Fremdenfeindlichkeit"* auf *„extremistisch"* schließen zu können – zu einer politischen Kampagne gegen die AfD um. Eine kritische Auseinandersetzung mit der gerichtlichen Beanstandung des durch die AfD vertretenen Volksbegriffs unterbleibt hingegen.

Für die Frage, ob bestimmte Äußerungen tatsächliche Anhaltspunkte für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen bieten bzw. für

[426] Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 26.02.2022, abgerufen am 28.02.2022.
[427] Förster, Horst: Facebook-Eintrag vom 10.03.2022, abgerufen am 09.05.2022.

eine Verdichtung solcher Anhaltspunkte sprechen, kommt es an sich nicht darauf an, ob diese bereits zuvor von Verfassungsschutzbehörden oder Gerichten als solche Anhaltspunkte angeführt worden sind. Allerdings belegen die Rechtfertigung und weitere Verbreitung solcher Äußerungen ohne jeden Anhaltspunkt für ein Überdenken und Abrücken, selbst nachdem diese durch verfassungsschutzbehördliche und erst recht gerichtliche Entscheidungen bereits offengelegt worden sind, dass die Verwendung nicht etwa auf Miss- oder Fehlverständnissen beruht, was möglicherweise für eine gewisse Entlastungswirkung sprechen könnte. Vielmehr belegt die beharrliche Verteidigung dieser Positionen, dass ihre Verwendung bewusst so erfolgt. In der Fortsetzung der verfassungsfeindlichen Bestrebungen liegt in solchen Fällen daher gleichermaßen eine zahlenmäßige wie inhaltliche Verdichtung der Anhaltspunkte.[428]

Insofern kommt der Äußerung Försters – der sich dezidiert mit der Feststellung des Gerichts beschäftigt und diese als politische Kampagne verstanden wissen will, ohne sich argumentativ mit den Grenzen des verfassungskonformen Volksbegriffs auseinanderzusetzen – eine besondere Bedeutung zu.

Jurij Kofner, Fachreferent der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, äußerte sich in einem im Freilich-Magazin veröffentlichten Kommentar vom Februar 2023 folgendermaßen zum Urteil des Verwaltungsgerichts Köln:

> *„Der erste Vorwurf, die AfD hege angeblich einen ‚rein ethnischen Volksbegriff', im Sinne, dass ‚nur weiße Deutsche mit deutschen Vorfahren deutsche Staatsbürger werden dürfen', findet weder in AfD-Grundsatzdokumenten und Parteiprogrammen noch in Aussagen der Parteimitglieder eine Bestätigung. Im Gegensatz dazu bekennt sich die blaue Heimatpartei offiziell und ‚vorbehaltslos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen', formuliert dabei gleichzeitig aber auch das klare politische Ziel, die kulturelle Identität des deutschen Volkes in Sprache, Tradition, Werteverständnis und Geschichtserinnerung, also über eine gewisse deutsche Leitkultur, zu bewahren. Zugleich fordert die Partei die Bewahrung eines gewissen ethno-kulturellen Kerns des deutschen Staatsvolkes, also den Erhalt einer ethno-kulturellen deutschen Mehrheit im Staatsvolk. Kein Volk in der Menschheitsgeschichte ist aus dem Nichts entstanden, sondern hat sich dynamisch von Generation zu Generation weiterentwickelt. Die familiären Bindungen*

[428] Vgl. hierzu VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 561.

von Vorfahren zu Nachkommen sind deshalb nicht unbedeutend für die Weitergabe von kultureller Identität. [...] Somit ist der Volkbegriff der AfD nicht nur vollkommen ‚normal', er ist auch eine unabdingbare Voraussetzung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik. [...] Weil sozialer Friede in einer echten Demokratie auch eine gewisse ethno-kulturelle Homogenität voraussetzt [...].“[429]

In Kofners Äußerung kommt ein Freund-Feind-Schema zum Ausdruck. Ethno-kulturelle Homogenität wird dabei als derart essentiell angesehen, dass der soziale Friede von ihr abhängig gemacht wird.

Der stellvertretende AfD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Oliver Kirchner (ST) äußerte in seinem Redebeitrag auf dem Landesparteitag des Landesverbands Sachsen-Anhalt am 28. August 2022 in Magdeburg (ST):

> *„Ich möchte, dass Deutschland und ich möchte, dass Sachsen-Anhalt deutsch bleibt! Denn wer hier die Veränderung dieses Staatsvolks betreibt, der ist verfassungswidrig. Dieses Staatsvolk hat es nicht verdient, hier mit Zuwanderung vollgestopft zu werden und für unsere eigenen Bürger kein Geld mehr zu haben.“*[430]

Auch Kirchner begreift das Staatsvolk hier als geschlossene ethnisch homogene Gruppe, wie er durch die Formulierung „*deutsch bleibt*“ und die Absage an eine „*Veränderung*“ durch „*Zuwanderung*“ zum Ausdruck bringt.

Jean-Pascal Hohm, Vorsitzender der AfD Cottbus (BB), äußerte in einem Tweet vom Juni 2022:

> *„Das Deutsche Volk als ethnische und kulturelle Gemeinschaft ist nicht verhandelbar. Punkt.“*[431]

Die Feststellung, dass ein solches verfassungswidriges Volksverständnis auch durch führende Funktionärinnen und Funktionäre der AfD weiter vertreten wird, wird auch nicht durch die „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“[432],

[429] Freilich: „Das Volk, der Verfassungsschutz und die AfD“ vom 28.02.2023, in: www.freilich-magazin.com, ohne Abrufdatum.
[430] Kirchner, Oliver: Redebeitrag auf dem Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 28.08.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Team Heimat – Live“, abgerufen am 29.08.2022.
[431] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 14.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.
[432] Alternative für Deutschland: „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ vom 18.01.2021, in: www.afd.de, abgerufen am 05.02.2021.

die die AfD am 18. Januar 2021 – und somit zum Zeitpunkt des erstinstanzlichen Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht Köln – auf ihrer Website veröffentlicht hatte, entkräftet.[433] Darin hatte die Partei sich formal „*vorbehaltslos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen*" bekannt, unabhängig davon, „*welchen ethnisch-kulturellen Hintergrund jemand hat*" oder „*wie kurz oder lange seine Einbürgerung oder die seiner Vorfahren*" zurückliege.[434] Es liegen zum einen einige Anhaltspunkte dafür vor, dass die Erklärung (prozess-)taktisch motiviert war.[435] Dies wird auch durch die vorbenannten und auch im Folgenden aufgeführten Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären bzw. Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der AfD deutlich, die wiederholt Äußerungen tätigen, die im Widerspruch zu dem stehen, was die AfD vorgibt mit der Erklärung zu meinen – nämlich dass sie ein verfassungskonformes Volksverständnis vertreten würde –, ohne dass ihnen Einhalt geboten wird. Zum anderen ist die Erklärung bereits inhaltlich nicht eindeutig, wenn zwar vorab das „*deutsche Staatsvolk*" definiert wird, in Ziffer 2 der Erklärung jedoch sodann eine Unterscheidung zum „*Deutschen Volk*" gemacht wird, welches langfristig erhalten werden solle.[436] Von der Erklärung geht demnach keine hinreichend entlastende Wirkung dahingehend aus, dass die AfD an sich ein verfassungsrechtlich unbedenkliches Volksverständnis vertritt. Ähnlich bewertete dies das OVG NRW, nach dem selbst, wenn man eine ernsthafte Überzeugung der Unterzeichnenden unterstelle, der Erklärung jedenfalls keine eindeutigen Distanzierungen zu entnehmen sind.[437] Die Erklärung belege vielmehr, dass die politischen Zielsetzungen der AfD von einer von der Staatsangehörigkeit unabhängigen „*ethnisch-kulturellen*" Volkszugehörigkeit bestimmt seien, und stelle nur in Frage, ob die AfD tatsächlich eine Diskriminierung deutscher Staatsangehöriger mit Migrationsgeschichte bezwecke oder aber nur eine restriktive Einbürgerungspolitik befürworte,

[433] Vgl. hierzu: Folgegutachten AfD 2021, S. 968 f.
[434] Alternative für Deutschland: „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität" vom 18.01.2021, in: www.afd.de, abgerufen am 05.02.2021.
[435] So auch VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 349, 653.
[436] Hierzu bereits VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 378, 754, 938, welches die Erklärung in weiten Teilen als „Lippenbekenntnisse" ansieht und sie dahingehend auslegt, dass die AfD mit der Unterscheidung in das „deutsche Staatsvolk" und das „deutsche Volk" zwischen dem rechtlichen Gebilde und dem tatsächlichen und ethnisch-kulturell bestimmten Gebilde unterscheide. Das Gericht stellte hierzu fest, das von der AfD formulierte politische Ziel, „dem deutschen Staatsvolk auch eine deutsche kulturelle Identität über den Wandel der Zeit erhalten", laufe darauf hinaus, die Einbürgerungsvoraussetzungen so zu gestalten, dass das „Staatsvolk" dem „deutschen Volk" möglichst entspreche und es nicht zu viele Abweichungen gebe.
[437] Dazu und zum Nachfolgenden OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 209.

ohne aber den durch andere Äußerungen begründeten Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen auszuräumen.

Zu den rund 30 Unterzeichnern der Erklärung zählte im Jahr 2021 unter anderem beispielsweise auch Maximilian Krah (SN), damals Mitglied des Europäischen Parlaments, von 2022 bis 2024 außerdem Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und ab 2025 Bundestagsabgeordneter.

Krah kommentierte indes in einem Tweet vom 26. November 2021 Überlegungen zur Modifizierung des Einbürgerungsrechts folgendermaßen:

> *„Deutsche Sprache nicht mehr erforderlich, um deutscher Staatsbürger zu werden. Aber wehe, man unterscheidet das deutsche Volk von der Gemeinschaft der Staatsbürger!“*[438]

Krah kritisiert hier, dass es keine Unterscheidung zwischen einem „*deutsche[n] Staatsvolk*“ und der „*Gemeinschaft der Staatsbürger*“ geben soll, die seiner Ansicht nach im Umkehrschluss aber erforderlich ist. Er äußert sich somit entgegen der in der „*Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität*“ der AfD unter Punkt I. enthaltenen Feststellung: „*Als Rechtsstaatspartei bekennt sich die AfD vorbehaltslos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.*“[439]

Ähnlich äußerte sich der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Matthias Moosdorf, als er am 8. März 2022 Bezug auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln zur Verdachtsfalleinstufung vom selben Tag nahm. Hinsichtlich der Erklärung der Bundespartei zum Staatsvolk warf er seiner Partei vor, in eine „*gestellte Falle getappt*“ zu sein. Zur Begründung führte er aus:

> *„Kein verfassungsmäßiges Werkzeug wie das der Passvergabe wird heute so unverhohlen politisch eingesetzt. Mit ihm entfaltet sich die ganze Destruktivität – durchaus im Sinne von Zersetzung – eines Weges, der an seinem Ende erklärtermaßen keine Nationalstaaten mehr dulden will, der Europa homogenisieren und zu einem globalen Siedlungsgebiet abwirtschaftet, in dem zwar ‚kein*

---

[438] Krah, Maximilian: Tweet vom 26.11.2021, abgerufen am 26.11.2021.
[439] Alternative für Deutschland: „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ vom 18.01.2021, in: www.afd.de, abgerufen am 05.02.2021.

Mensch mehr illegal' ist, aber auch sonst kein Stein mehr auf dem anderen gelassen wird."[440]

Die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit an nicht autochthone Deutsche wertet der AfD-Bundestagsabgeordnete mithin als zersetzend und als Türöffner zu einem Zustand, in dem die europäischen Staaten bloß mehr Siedlungsgebiet sind.

Ähnlich äußerte der sächsische AfD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Jörg Urban im Mai 2023 mit Blick auf Feststellungen des Verfassungsschutzes zur Jugendorganisation Junge Alternative (JA) seine Zustimmung zu der Position der JA, dass es *„ein deutsches Volk unabhängig vom Pass"* gebe:

> *„Der Extremismus-Vorwurf der neuen Stasi-Behörde ist absurd, denn selbstverständlich gibt es ein deutsches Volk unabhängig vom Pass, genauso wie es ein französisches, ein jüdisches oder ein polnisches Volk gibt."*[441]

Urban schloss sich somit dem ethnischen Volksverständnis der AfD-Jugendorganisation an und suggerierte, der deutsche Pass bilde nicht das entscheidende Kriterium für tatsächliches Deutschsein.

Der stellvertretende Kreisvorsitzende des AfD-Kreisverbands Ulm/Alb-Donau (BW) Andreas Härtel äußerte sich am 3. August 2024 auf Facebook ebenfalls in vergleichbarer Weise, indem er unter Bezugnahme auf die Schlagzeile „In Nordrhein-Westfalen sind 80 Prozent der Gefährder Islamisten – und der Großteil hat den deutschen Pass" forderte:

> *„Die Frage der Zugehörigkeit zum Deutschen Volk sollte künftig nicht nur eine formaljuristische Dimension haben, sondern in erster Linie eine ethnisch- kulturelle. Auch da bin ich ganz #AfD."*[442]

Am 9. August 2021 schrieb der AfD-Landesverband Thüringen auf Facebook:

> *„Zum heutigen Tag der indigenen Völker wünschen wir dem deutschen Volk, dass es in seiner Heimat & mit seinen Traditionen allen multikulturellen Auflösungsversuchen widersteht. Aber ach, das ist ja von den Altparteien als ‚völkisch' faktisch verboten … Wir machen es trotzdem!"*[443]

---

[440] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 08.03.2022, abgerufen am 28.03.2022.
[441] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 01.05.2023, abgerufen am 02.05.2023.
[442] Härtel, Andreas; Facebook-Eintrag vom 03.08.2024, abgerufen am 05.08.2024.
[443] Junge Alternative Sachsen: geteilter Facebook-Eintrag vom 09.08.2021, abgerufen am 11.08.2021.

Die Rede von einem indigenen deutschen Volk ist eine andere Bezeichnung für die autochthonen Deutschen und eine Chiffre für die nach der Vorstellung der AfD ethnisch Deutschen[444] und schließt die deutschen Staatsangehörigen mit Migrationsgeschichte als nicht indigen aus. Indem der AfD-Landesverband Thüringen dem deutschen Volk zum „*Tag der indigenen Völker*" wünscht, allen multikulturellen Auflösungsversuchen zu widerstehen, macht er deutlich, dass er unter dem deutschen Volk das „*indigene deutsche Volk*" versteht und diesem zugewanderte deutsche Staatsangehörige nicht zurechnet.

Auch die JA Sachsen sendete dem „*Deutschen Volk*" einen „*Glückwunsch*" zum Tag der „*indigenen Völker*" und wünschte eine „*gute und große Zukunft*".[445] Auch darin kommt gleichermaßen deutlich zum Ausdruck, dass sich das Verständnis des deutschen Volkes auf das „*indigene deutsche Volk*" bezieht, mithin nicht auf die Gesamtheit der Staatsangehörigen.

Die sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann schrieb in einem Gastbeitrag für das rechtsextremistische COMPACT-Magazin:

> „*Gegenwärtig leben in Deutschland laut Statistischem Bundesamt beinahe 12 Millionen Ausländer. Dazu kommen gute 22 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Deutschen hingegen werden jedes Jahr weniger. Aktuell leben in Deutschland - diese Angabe stammt wieder vom Statistischen Bundesamt - knapp 60 Millionen Deutsche.*"[446]

Bachmann unterscheidet hier „*Menschen mit Migrationshintergrund*", die, so muss die Unterscheidung zwischen Ihnen und Ausländern verstanden werden, die deutsche Staatsangehörigkeit haben, von „*Deutschen*". Ihrer Auffassung nach zählen deutsche Staatsangehörige mit „*Migrationshintergrund*" also nicht zum deutschen Volk.

So ist auch die Bezeichnung der Antidiskriminierungsbeauftragten der Bundesregierung, Ferda Ataman, deren Eltern einst aus der Türkei nach Deutschland einwanderten, als „*Bio-Türkin*"[447] einzuordnen. Entsprechend äußerte sich der damalige Bundestagsabgeordnete und Leiter der bundesweit tätigen innerparteilichen Gruppierung

---

[444] Vgl. VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 232 ff., 577.
[445] Junge Alternative Sachsen: geteilter Facebook-Eintrag vom 09.08.2021, abgerufen am 11.08.2021.
[446] COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 2" vom 08.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 13.10.2022.
[447] Schmidt, Eugen: Instagram-Story vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022.

Russlanddeutsche in der AfD, Eugen Schmidt (NW), in einem Video, das im Juni 2022 auf Instagram veröffentlicht wurde. Der Ausdruck „*Bio-Türkin*" deutet auf eine biologistisch-rassistische Grundannahme hin, der zufolge die ethnische Abstammung Atamans trotz ihrer deutschen Staatsbürgerschaft die tatsächlich ausschlaggebende Komponente darstelle.

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, kommentierte am 3. Juli 2024 die mediale Schlagzeile „Österreicher singen: ‚Deutschland den Deutschen, Ausländer raus'" folgendermaßen:

> *„Österreicher sind auch Deutsche. Aber das wissen nicht-Deutsche und erst recht nicht-Europäer wie sie ja offenbar nicht."*[448]

Zwei Tage später nahm Küble erneut Bezug auf den Sachverhalt, als er eine Äußerung der SPD-Politikerin Aydan Özuğuz („*Haben wirklich Österreicher in Deutschland ‚Ausländer raus' gesungen? Hat ja bisschen was von Parodie*") folgendermaßen kommentierte:

> *„Als Osmanin müsste sie es eigentlich besser wissen. Immerhin verbindet uns eine lange Geschichte. Leider wurde sie hier zwar nicht wirklich deutsch, dafür aber links & unwissend. Im Gegensatz zu ihr sind Österreicher immer deutsch und müssen sich dazu nicht einmal assimilieren."*[449]

Küble bringt hier sein ethnisches Volksverständnis zum Ausdruck, indem er Österreicher ohne deutsche Staatsbürgerschaft als „deutsch" bezeichnet, die deutsche Staatsbürgerin Özuğuz angesichts ihrer Migrationsgeschichte im Gegensatz dazu jedoch als „*Osmanin*" tituliert.

Erhard Brucker (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im bayerischen AfD-Landesvorstand und seit 2025 MdB, BY) äußerte sich am 30. Juli 2022 auf Facebook wie folgt:

> *„Es ist die vollkommen irre Vaterlandsverhassung der – egal ob rot/rot ; rot, grün angestrichen Sozialisten, die sich den Untergang der autochthonen Bevölkerung regelrecht herbeisehnt. [...] Was die aber nicht verstanden haben ist: die*

---

[448] Küble, Fabian: Tweet vom 03.07.2024, abgerufen am 05.07.2024.
[449] Küble, Fabian: Tweet vom 05.07.2024, abgerufen am 05.07.2024.

Flutung Europas mit Musels wird letztlich dazu führen, dass sie die ersten Opfer sein werden.“[450]

(2) Unterscheidung im Zusammenhang mit dem Thema Kriminalität

Diese Differenzierung zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte ist zudem besonders häufig in Verlautbarungen der AfD festzustellen, die Kriminalitätsstatistiken oder Straftaten kommentieren.

Die Bundestagsabgeordnete und zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum (BW/ST) kritisierte in einem Facebook-Post den zukünftigen Verzicht auf Angaben zur Migrationsgeschichte von Straftätern in Kriminalitätsstatistiken des Landes Berlin:

> *„Drei Viertel der Festgenommenen bei schweren Verbrechen wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung und sexueller Nötigung hatten einen deutschen Paß mit Migrationshintergrund. Die einfache Lösung: Eine solche Erfassung wird einfach nicht mehr durchgeführt. Somit werden die deutschen Jugendlichen seit August plötzlich krimineller und brutaler und das Märchen von ‚alle Menschen sind gleich‘ kann zumindest für die rot-rot-grüne Wählerschaft mit rosaroter Brille noch aufrechterhalten werden.“*[451]

Indem Baum die Gleichheit aller Menschen im Kontext mit der Häufigkeit der Begehung von „*schweren Verbrechen*“ als „*Märchen*“ bezeichnet, bringt sie zum Ausdruck, dass Menschen mit einer nicht deutschen Herkunft häufiger zur Begehung entsprechender Taten neigten und zwar – und das ist die aus verfassungsschutzrechtlicher Sicht relevante Komponente – aufgrund ihrer Herkunft.

Ähnlich äußerte sich auch der AfD-Bundesverband in einem Tweet vom 10. Januar 2024 und forderte darin des Weiteren einen „*Passentzug*“ für kriminelle Staatsbürgerinnen und -bürger mit Migrationsgeschichte sowie deren Abschiebung:

> *„Wir brauchen #Passentzug für Kriminelle und #Remigration! Die Zustände in der Silvesternacht haben es einmal mehr verdeutlicht: Mit der #Massenmigration zerstören #Ampel und #CDU unser Land und machen unsere Frauen und Kinder zu rechtlosem Freiwild. […] Um den Schutz unserer Bürger endlich mit*

[450] Brucker, Erhard: Facebook-Eintrag vom 30.07.2022, abgerufen am 02.11.2022.
[451] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 23.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

höchster Priorität zu gewährleisten, wollen wir nicht nur konsequent abschieben, sondern auch Kriminellen, Gefährdern, Terroristen und Vergewaltigern den Pass entziehen! ‚Der Automatismus, Straftäter deshalb nicht abzuschieben, weil sie eben auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ist aufzuheben', fordert die #AfD-Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzende im Bundestag, @Alice_Weidel. […] Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, die Deutschland und seine Werte hassen und verachten, zu deutschen #Staatsbürgern werden, Frauen vergewaltigen, unschuldige Menschen mit Messern angreifen, wegen der deutschen Staatsbürgerschaft dann nicht abgeschoben werden und anschließend in der Statistik als ‚deutsche' Straftäter auftauchen. Wir wollen unser Land wieder sicher machen – mit konsequenter und unbeirrbarer Remigrationspolitik!"[452]

Den Beitrag veröffentlichte die AfD ebenfalls auf ihrem Onlineangebot AfD Kompakt.[453]

Der Inhalt der Äußerungen legt nahe, dass wohl nicht bloß die Passentziehung nach § 8 PassG gemeint ist, die mit einer Einschränkung der Reisefreiheit einherginge, sondern eine Entziehung der Staatsangehörigkeit.

Nach § 35 StAG kann eine rechtswidrige Einbürgerung innerhalb von zehn Jahren nach Erlass mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen werden, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige, für ihren Erlass wesentliche Angaben erwirkt worden ist. Die gegenständliche Äußerung betrifft jedoch den Fall, dass die Staatsangehörigkeit rechtmäßig erworben wurde, da die Begehung einer Straftat nach Erwerb nicht als Täuschung über das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu sehen wäre. Vielmehr geht es hier um eine nachträglich vorzunehmende Rücknahme. Eine solche ist nach geltender Rechtslage nicht möglich. Die Implementierung einer entsprechenden Regelung würde – soweit sie überhaupt mit Blick auf die Gleichbehandlung aller Staatsbürgerinnen und -bürger als verfassungskonform anzusehen wäre – jedenfalls mindestens voraussetzen, dass nach Maßgabe des Art. 16 Abs. 1 GG der Betroffene die Verlustzufügung zumutbar beeinflussen kann,

---

[452] AfD: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 16.07.2024.

[453] AfD Kompakt: „Wir brauchen Passentzug für Kriminelle und Remigration!" vom 10.01.2024, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 10.01.2024.

die gesetzliche Regelung die Widerrufsvoraussetzungen vorhersehbar regelt und der Widerruf im Übrigen nur als verhältnismäßige Reaktion auf ein etwaiges Fehlverhalten eröffnet ist.[454] Die hohen Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit dürften allenfalls bei schwerwiegenden Straftaten wie etwa terroristischen Handlungen gewahrt sein. Die hiesige Forderung bezieht sich jedoch pauschal und undifferenziert auf „Kriminelle" und „Straftäter" im Allgemeinen. Eine solche Ausdehnung auf Bereiche der mittleren und möglicherweise niedrigen Kriminalität wäre angesichts der Schwere und Unumkehrbarkeit des Eingriffs nicht angemessen. Vielmehr würde eine solche Regelung faktisch eine zusätzliche Strafandrohung für Deutsche mit Migrationshintergrund bewirken, die anknüpfend an ethnische Kriterien zu einer Ungleichbehandlung innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen führen würde.

Auch der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (seit Juni 2024 Mitglied des Europäischen Parlaments, HH) brachte eine mögliche Ausbürgerung deutscher Staatsbürger zur Sprache, als er in einem Tweet vom 11. Januar 2024 den Begriff „*Remigration*" erklärte:

> *„#Remigration ist teilweise Rückgängigmachung bisher stattgefundener Migration. Fordert die AfD seit Jahren. Und mittlerweile selbst Scholz. Illegale nicht abzuschieben ist ein Skandal, nicht umgekehrt! Und Ausbürgerung zB von Kriminellen zu prüfen, sollte selbstverständlich sein."*[455]

Darin kommt erneut die oben beschrieben verfassungsfeindliche Forderung zum Ausdruck, jegliches strafrechtlich relevante Verhalten könnte den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft rechtfertigen.

Der Deutschland-Kurier veröffentlichte am 10. Januar 2023 einen Videobeitrag mit dem Titel „*Der betrügerische Migrationskult*", in dem Nicole Höchst (MdB, RP) in ähnlicher Weise auf die Pläne der Bundesregierung zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts einging:

> *„Schlimmer als es das Holzpferd für Troja je war, ist der Migrationskult für Deutschland. Und es hilft erfahrungsgemäß auch nicht, wenn man alle Täter und Integrationsunwilligen mit der deutschen Staatsbürgerschaft bewirft. Klar,*

---

[454] BeckOK.GG Epping/Hillgruber/Heusch, 58. Edition, Stand 15.06.2024, Art. 16, Rn. 49.
[455] Froelich, Tomasz: Tweet vom 11.01.2024, abgerufen am 11.01.2024.

das bereinigt zwar die Kriminalitätsstatistiken, aber die Problematik bleibt natürlich bestehen. […] Ich persönlich verachte diese ‚Deutschland-verrecke-Ideologie', die hinter all dem steht, und ich verachte eine Regierung, die genau nach dieser Ideologie zum Schaden des deutschen Volkes, entgegen ihres Amtseides handelt."[456]

Höchst bringt damit zum Ausdruck, dass sie das geltende Staatsangehörigkeitsrecht ablehnt, da sie bestimmten Ethnien pauschal eine Gewalttätigkeit unterstellt. Indem sie die Befürchtung äußert, alle Täter und Integrationsunwilligen würden mit der deutschen Staatsangehörigkeit *„beworfen"*, suggeriert sie, dass diese einen bedeutenden Teil der Eingebürgerten darstellten und wertet diese Gruppe gegenüber anderen deutschen Staatsangehörigen ab. Mit der Bezeichnung der dahinterstehenden Politik als *„Deutschland-Verrecke-Ideologie"* wird deutlich, dass sie den empfundenen Angriff auf den Bestand eines ethnisch deutschen Volkes in letzter Konsequenz als existenzbedrohend wahrnimmt.

Auch auf Landesebene der AfD sind zahlreiche Aussagen festzustellen, in denen in Bezug auf Straftaten eine strikte Differenzierung zwischen autochthonen und eingebürgerten Deutschen gefordert und eine Ungleichheit beider Bevölkerungsteile postuliert wird.

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Klaus Esser[457] beispielsweise befürwortete in einem auf Telegram verbreiteten Beitrag die Unterscheidung zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte in Kriminalstatistiken mit folgender Begründung:

„Deutsche werden Opfer derer, denen sie gutmütig helfen wollten! Eine Auswertung des BKA hat ergeben, dass legale und illegale Asylzuwanderer weit mehr Gewaltverbrechen an Deutschen begehen als andersherum. Das Missverhältnis wird sowohl bei Tötungsdelikten als auch bei Sexualverbrechen und anderen Gewalttaten offenkundig. Würde zusätzlich noch differenziert, wie

---

[456] Höchst, Nicole: „Der betrügerische Migrationskult | Ein Kommentar von Nicole Höchst (AFD)"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.01.2023, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 10.01.2023.

[457] Gegen Esser war noch im Oktober 2024 ein Parteiausschlussverfahren anhängig, welches auf Fälschungsvorwürfen fußte.

lange Täter mit deutschem Pass bereits die Staatsbürgerschaft besitzen, wäre das Bild wahrscheinlich noch eindringlicher."[458]

Esser schreibt autochthonen Deutschen damit grundsätzlich die Opferrolle zu, während er Asylsuchenden wie auch Deutschen mit Migrationsgeschichte angesichts ihrer ethnischen Herkunft einen stärker ausgeprägten Hang zu Kriminalität unterstellt. Damit unterstellt er zugewanderten Personen kriminelle Eigenschaften allein auf Basis ihrer Herkunft und setzt sie auf diese Weise in ihrer Menschenwürde herab.

Miguel Klauß, Landtagsabgeordneter der AfD in Baden-Württemberg, schrieb in einem Telegram-Beitrag über ein Tötungsdelikt:

> *„Sinan B. ist der Name des ‚Deutschen', der seine Lehrerin getötet hat*
> *In Ibbenbüren bei Münster erstach ein Schüler seine Lehrerin. Als Motivation, warum der renitente 17-jährige ‚Deutsche' Sinan B. seine Lehrkraft ein Messer in den Leib rannte, wird Rache aufgrund eines Schulverweises vermutet. […] Warum wird wieder nicht erwähnt, daß der Täter ein Migrationshintergrund hat? Schließlich interessiert das viele – inzwischen weiß jeder, wird die Nationalität von Tätern nicht genannt, gibt es immer ein Migrationshintergrund.*"[459]

Durch die wiederholte Verwendung von Anführungszeichen bei der Bezeichnung „*Deutsche[r]*" und die Betonung des „*Migrationshintergrund[s]*" des Täters deutet Klauß an, dass der genannte Straftäter kein vollwertiger Deutscher sei.

Christoph Maier, bayerischer Landtagsabgeordneter der AfD, problematisierte im August 2022 ebenfalls, dass „*Personen, die einen deutschen Pass besitzen, aber einen Migrationshintergrund haben*", in den Statistiken „*der deutschen Bevölkerung zugerechnet*" würden.[460] Er sprach sich zudem für eine „*Remigrationsoffensive*"[461] aus.

Der damalige sächsische Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich glaubte in der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an zugewanderte Personen einen Plan der Regierungsparteien zur „*optisch[en]*" Reduzierung der „*Ausländer-Kriminalität*" erkennen zu können:

> *„Die deutsche Staatsbürgerschaft soll es bald schon als Begrüßungsgeschenk geben. Was für die grünen Deutschland-Zerstörer zwei unschätzbare Vorteile*

---

[458] Esser, Klaus: Telegram-Beitrag vom 28.07.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[459] Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 12.01.2023, abgerufen am 12.01.2023.
[460] Maier, Christoph: Facebook-Eintrag vom 18.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.
[461] Ebd.

> *hat: Man schafft sich neue Wählergruppen. Und ‚reduziert' gleichzeitig die Ausländer-Kriminalität - zumindest optisch. Denn jeder eingebürgerte Killer ist in der Statistik ein ‚deutscher' Straftäter. So ergibt das Mantra der Woke-Fanatiker ‚Deutsche machen das auch' sogar einen Sinn."*[462]

Ulbrich bedient damit nicht nur das Narrativ einer auf die Zerstörung Deutschlands ausgerichteten Migrationspolitik, sondern suggeriert auch, Menschen mit Migrationsgeschichte tendierten stärker zur Anwendung von Gewalt als autochthone Deutsche.

In einem Facebook-Beitrag vom 11. November 2023 sprach der sächsische Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel u. a. von *„importierte[r]"* Gewalt gegen Polizisten und von *„passdeutsche[n] Migrationshintergründler[n]"*:

> *„Gewalt gegen Polizisten erreicht neues Allzeithoch – Ein importiertes Problem! [...] Insgesamt 30,1 Prozent aller Tatverdächtigen bei Gewalttaten gegen Polizisten waren Ausländer – passdeutsche Migrationshintergründler sind hierbei natürlich noch nicht miterfasst."*[463]

Der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein schrieb am 12. September 2024 auf Facebook:

> *„Ein Blick nach Polen zeigt, wie es auch in Deutschland aussehen könnte, wenn eine verantwortungsvolle Politik umgesetzt würde. In Polen sieht man auf den Straßen überwiegend einheimische Bürger mit ihren Kindern ohne Sorgen vor gewalttätigen Übergriffen, Messerattacken, Vergewaltigungen – ein Straßenbild, das in deutschen Städten inzwischen immer seltener wird. Stattdessen prägen immer mehr ‚Talahons' das Bild unserer Städte."*[464]

Der Landesverband stellt mithin darauf ab, dass die einheimischen Bürger von außen erkennbar und damit ethnisch definiert sind und stellt diese als *„Talahons"*[465] bezeichneten und mit Gewaltverbrechen assoziierten Migranten gegenüber.

Auf der Kreisebene der AfD werden ebenfalls vielfach vergleichbare Verlautbarungen verbreitet, in denen eine exkludierende Differenzierung zwischen Deutschen mit und

---

[462] Ulbrich, Roland: Facebook-Eintrag vom 09.12.2022, abgerufen am 16.12.2022.
[463] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 11.11.2023, abgerufen am 23.11.2023.
[464] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 12.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[465] Der in der Jugendsprache verbreitete Begriff „Talahon" ist eine mit Stereotypen behaftete Bezeichnung für junge Männer mit zumeist muslimisch geprägter Migrationsgeschichte.

ohne Migrationsgeschichte vorgenommen wird. Die AfD Wuppertal (NW) äußerte beispielsweise im Januar 2023 anlässlich vorangegangener Krawalle in der Silvesternacht mit Blick auf die Tatverdächtigen:

> *„Wir hatten bereits gemutmaßt die ‚Deutschen' wären nicht alle so deutsch, wie die Behörden glauben machen möchten. Erstmal sind also von den 45 ‚Deutschen' 11 solche mit einem doppelten Paß. Bleiben von 145 Tätern noch 34, die ‚deutsch' sein sollen. Wir hatten auch schon überlegt, welche Vornamen die wohl haben. […] Aber im Grunde steht es ja schon fest: Ganz überwiegend Ausländer, 77 % mindestens."*[466]

Der Kreisverband setzt die Bezeichnung „*Deutsche*" hier konsequent in Anführungszeichen, um zu verdeutlichen, dass den Personen, die Straftaten begangen haben, ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft der Status vollwertiger Deutscher nicht zugestanden wird.

Die AfD München (BY) monierte in einem Facebook-Beitrag vom 3. April 2023 ebenfalls, dass eingebürgerte Migrantinnen und Migranten in der Kriminalstatistik als Deutsche gezählt werden:

> *„Ein erheblicher Anteil der in Deutschland verübten Straftaten wird von Ausländern verübt. […] Hier sind noch nicht einmal alle Straftäter korrekt erfasst, denn Zuwanderer, die ihren alten Pass bei der Einbürgerung behalten, was inzwischen die Mehrheit macht, werden in der Statistik nicht gesondert erfasst, sondern werden einfach als Deutsche (!) gezählt."*[467]

Vergleichbar äußerte sich auch die AfD Passau (BY), als sie im Mai 2023 darauf hinwies, dass „*Deutsche mit Migrationshintergrund*" in der Statistik „*nicht extra ausgewiesen wurden.*"[468]

Besonders deutlich brachte die AfD-Kreistagsfraktion Aichach-Friedberg (BY) im Januar 2023 ihr ethnisches Volksverständnis zum Ausdruck, als sie auf Facebook äußerte:

---

[466] AfD Wuppertal: Telegram-Beitrag vom 07.01.2023, abgerufen am 11.01.2023.
[467] AfD München: Facebook-Eintrag vom 03.04.2023, abgerufen am 17.07.2023.
[468] AfD Passau: Facebook-Eintrag vom 26.05.2023, abgerufen am 17.07.2023.

„Das Rezept der Ampel : alle Migranten (auch die illegalen) bekommen in kürzester Zeit und ohne Bedingungen die deutsche Staatbürgerschaft. So wird das Problem Migrantengewalt gelöst : die Gewalttäter sind ja alle Deutsche ...“[469]



Die kommunale AfD-Fraktion unterstellt somit nicht nur eine ausgeprägte „Migrantengewalt“, sondern auch deren versuchte Vertuschung durch die Regierungsparteien. Dazu wurde das beigefügte Bild gepostet. Die Grafik bringt zum Ausdruck, dass nicht-weiße Personen ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft keine vollwertigen Deutschen sein könnten. Dies sei in gleichem Maße abwegig wie die Existenz sich vegetarisch ernährender Löwen.[470]

(3) Explizite Gegenüberstellung von „Deutschen“ und „Passdeutschen“

Besonders deutlich wird die beschriebene Unterscheidung zwischen eingebürgerten und autochthonen Deutschen – ähnlich wie bei der Verwendung von Anführungszeichen bei der Bezeichnung von Menschen als deutsch – auch in der Nutzung des Begriffs „*Passdeutsche*“ durch Vertreterinnen und Vertreter der Partei.

Die Bundestagsabgeordnete Christina Baum (BW/ST) nahm in einem Facebook-Beitrag vom Juni 2022 die Zusammensetzung der deutschen Männer-Fußballnationalmannschaft zum Anlass, gegen eine vermeintliche jahrzehntelange „*Umerziehung hin zu einem Multi-Kulti Mischmasch*“ zu agitieren und äußerte in verächtlicher Weise:

> *„Beim Betrachten des Fotos allerdings müsste man der Richtigkeit halber von einer ‚Passdeutschen Fußballnationalmannschaft‘ sprechen. Gibt es tatsächlich so wenig talentierte ‚Eingeborene‘?“*[471]

---

[469] AfD-Kreistagsfraktion Aichach-Friedberg: Facebook-Eintrag vom 07.01.2023, abgerufen am 09.01.2023.

[470] So auch OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 222, in dem es heißt: „Eine andere Deutung ist fernliegend, weil außer der sichtbaren Hautfarbe keine näheren Informationen über den Hintergrund der abgebildeten Personen gegeben werden, aber dies für die Kreistagsfraktion ausreichend ist, über die Bezeichnung als Deutsche zu lachen.“

[471] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 05.06.2022, abgerufen am 07.06.2022.

Paul Timm, AfD-Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern, veröffentlichte im Januar 2023 auf Facebook einen Beitrag, in welchem er gegen vermeintlich nicht integrierbare „*Passdeutsche mit Migrationshintergrund*" agitierte:

> *„Die Bürger in MV werden immer öfter Opfer von Zuwanderergewalt. Viele der Asylbewerber, Zuwanderer und Passdeutsche mit Migrationshintergrund sind entweder nicht fähig oder nicht willens, sich zu integrieren. [...] Die Ampel in Berlin und Rot-Rot in Schwerin haben die Kontrolle über die Zuwanderer verloren. Wohlgemerkt: es geht nicht um Ukrainer, welche unserer Kultur in weiten Teilen nahe sind. Es geht um Kopftuch-Apologeten, Messermänner und neuerdings auch Brandstifter aus den islamisch geprägten Ländern der Erde."*[472]

Personen mit Migrationsgeschichte werden in den dargestellten Aussagen durch den Begriff „*Passdeutsche[r]*" gegenüber genuin deutschen Staatsbürgern erheblich herabgesetzt und zu Deutschen zweiter Klasse erklärt. Timm unterstellt Zugewanderten aus islamisch geprägten Ländern zudem pauschal eine erhöhte Gewalttätigkeit. Die verallgemeinernde Bezeichnung als „*Kopftuch-Apologeten*", „*Messermänner*" und „*Brandstifter*" ist zudem fremdenfeindlich.

Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wiehle (BY) titulierte die Tatverdächtigen eines Sexualdelikts in einem Facebook-Eintrag vom Juli 2023 ebenfalls als „*Passdeutsche*" und bezeichnete es als „*Desinformation*", dass die Migrationsgeschichte der Männer in den Medien nicht herausgestellt worden sei:

> *„Gruppenvergewaltigung auf Mallorca: Desinformation durch deutsche Medien! Fünf Passdeutsche wurden auf Mallorca verhaftet - Verdacht: Gruppenvergewaltigung! Alle Tatverdächtigen haben Migrationshintergrund. Sie bringen den Namen Deutschlands international in Verruf. [...] Das ist ein Armutszeugnis und zeigt Scheuklappen auf, die einerseits für das deutsche Opfer unwürdig sind, andererseits die Diskussion um eine gescheitere Integration sowie eine zu schnelle Vergabe der Staatsbürgerschaft im Keim ersticken (sollen). Desinformation scheint vielen Medien in Fleisch und Blut übergegangen zu sein. Wer steckt dahinter und versucht, die Probleme zu verschleiern? Die Wahrheit muss auf den Tisch!"*[473]

[472] Timm, Paul: Facebook-Eintrag vom 22.01.2023, abgerufen am 23.01.2023.
[473] Wiehle, Wolfgang: Facebook-Eintrag vom 17.07.2023, abgerufen am 19.07.2023.

Eine dazugehörige Grafik zeigt zudem die Aufschrift:

> *„Als ‚Deutsche' bezeichnet man die Verhafteten. Formal korrekt, und dennoch Desinformation!"*[474]

Die AfD München (BY) teilte den Beitrag im Nachgang auf ihrer Facebook-Seite.[475]

Angesichts eines Anstiegs der Messergewalt in Deutschland schrieb der AfD-Bundesverband auf Facebook am 12. August 2024:

> *„Die Mehrheit der von der Bundespolizei erfassten Messer-Tatverdächtigen (51,6 %) sind Ausländer. Die Zahl der tatverdächtigen deutschen Staatsbürger mit ‚Migrationshintergrund' wird dabei noch nicht einmal erfasst."*[476]

Mit dieser Äußerung nimmt der AfD-Bundesverband ebenfalls eine Unterscheidung in ethnisch Deutsche und solche mit Migrationsgeschichte vor und bringt zum Ausdruck, dass er die Ethnie als relevantes Kriterium bei der Bewertung der Straftaten erachtet.

Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) schrieb im April 2023 auf Telegram angesichts der Einstufung von JA, IfS und Ein Prozent als gesichert rechtsextremistisch:

> *„Die irre Begründung: Angeblich gebe es kein deutsches Volk außer dem deutschen Staatsvolk (den Passdeutschen)."*[477]

Auch Schmidt rekurriert damit auf eine vermeintliche Diskrepanz zwischen Volk und Staatsvolk.

Fabian Küble (im Internet „Fabian Keubel"), damaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative, beschrieb in einem Facebook-Beitrag die nicht-weiße schleswig-holsteinische Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung Aminata Touré, die afrikanische Wurzeln hat, als *„afrikanisch-bundesrepublikanische Staatsministerin"*:

> *„Die Ampel will Deutschland mit einer weiteren Masseneinwanderungswelle fluten. Um dieses Ziel zu erreichen propagiert die neue afrikanisch-bundesrepublikanische Staatsministerin der Grünen in Schleswig-Holstein Toure offen die*

---

[474] Ebd.
[475] AfD München: geteilter Facebook-Eintrag vom 17.07.2023, abgerufen am 19.07.2023.
[476] AfD: Facebook-Eintrag vom 12.08.2024, abgerufen am 10.09.2024.
[477] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 27.04.2023, abgerufen am 16.11.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

Umvolkung (zu englisch: Resettlement). Zugleich soll alles und jeder nach kürzester Zeit bedingungslos eingebürgert werden. Die Antideutschen hören nicht auf, bevor Deutschland vollständig entdeutscht ist. Das ehemals als Deutschland bekannte kulturelle Herz Europas soll als Migrantistan zum offenen Siedlungsgebiet für alle Welt umgewandelt werden."[478]

Durch seine Wortwahl spricht Küble Frau Touré aufgrund ihrer Hautfarbe und Wurzeln ab, Deutsche sein zu können oder als Politikerin deutsche Interessen im Sinne der deutschen Bevölkerung verfolgen zu können.

Stephan Protschka, zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und Bundestagsabgeordneter der AfD, fragte in einem Tweet:

> *„Wenn sich ein #Hund einem #Wolfsrudel anschließt. Ist er dann ein #Wolf oder bleibt er Hund?*
> *#Passbeschenkter"*[479]

Der Tweet Protschkas datiert zwar aus Dezember 2018, ist jedoch weiterhin online abrufbar. Die ausgrenzende Haltung kommt besonders darin zum Ausdruck, dass Protschka hier eine Tiermetapher verwendet, womit er die Betroffenen entmenschlicht.[480]

In den vorgenannten Äußerungen wird Menschen mit Migrationsgeschichte die uneingeschränkte Zugehörigkeit zum deutschen Volk nicht eingeräumt. Die hierarchisierende Unterscheidung zwischen „echten" Deutschen ohne und „Passdeutschen" mit Migrationsgeschichte impliziert – gerade auch durch die häufige Herstellung eines Zusammenhangs der Begehung von Straftaten – eine Schlechterstellung derjenigen, die nicht Bestandteil der eigenen, aufgewerteten Gruppe sind und mithin einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG und die Garantie der Menschenwürde.

---

[478] Küble, Fabian: Facebook-Eintrag vom 20.07.2022, abgerufen am 21.07.2022.
[479] Protschka, Stephan: Tweet vom 05.12.2018, abgerufen am 01.08.2024.
[480] Vgl. zur Bewertung von Tiermetaphern als Anhaltspunkte für ein abstammungsbezogenes Volksverständnis OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 221.

(4) Überhöhung ethnischer Kriterien und die Unterordnung des Einzelnen unter ein entsprechendes Kollektiv

Bisweilen versuchen Vertreterinnen und Vertreter der AfD auch, anhand unsachlicher – teils rassistischer – Vergleiche die vermeintliche Absurdität des derzeitigen Staatsbürgerschaftsrechts herauszustellen.

In einem Facebook-Beitrag vom 1. November 2021 bekannte sich die Bundestagsabgeordnete Christina Baum zu ihrem schon früher erhobenen Vorwurf eines „*Genozids*" am deutschen Volk:

> *„Bereits am 17. Januar 2015, also lange vor Merkels illegaler Grenzöffnung, warnte ich in meiner Bewerbungsrede zur Landesvorsitzenden in Karlsruhe vor ‚einem schleichenden Genozid am deutschen Volk durch die Einwanderungspolitik der Grünen'. […] Für mich jedoch, die ich 1989 aus der ethnisch homogenen deutschen DDR kam, war es von Anfang an ganz offensichtlich und so wies ich damals bereits im privaten Umfeld darauf hin, dass unsere Enkel, spätestens unsere Urenkel, eines Tages Kopftuch tragen werden. Doch niemand in meinem neuen westdeutschen Umfeld schien mich zu verstehen. […] Inzwischen, so denke ich, ist es innerparteilich Konsens, dass wir weitere Zuwanderung stoppen müssen, um unsere eigene kulturelle Identität zu bewahren und unseren Fortbestand als deutsches Volk zu sichern. […] Die Polen haben verstanden, dass es um ihren eigenen Fortbestand als ethnisches und souveränes Volk geht. Bei uns hat es leider die Mehrheit noch nicht verinnerlicht. An diese richte ich nun meinen Appell: Lasst Euch niemals einreden, das es moralisch schlecht oder gar ein Verbrechen sei, sein Volk, seine Kultur und seine Identität bewahren zu wollen! Das Gegenteil ist der Fall. Es ist unser aller Pflicht und Verpflichtung: Im Gedenken an unsere Ahnen und für die Zukunft unserer Kinder".*[481]

Baum bekennt sich hier ausdrücklich zu ihrem Idealbild eines ethnisch homogenen Volkes.

In seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen am 31. August 2024 in Erfurt (TH) beschrieb der thüringische Fraktionsvorsitzende und Landessprecher

---

[481] Baum, Christina: Facebook vom 01.11.2021, abgerufen am 02.11.2021.

Björn Höcke eine zunehmende Überfremdung Deutschlands und forderte eine *„Re-multikulturalisierung“.*[482] In diesem Zusammenhang hob er die aus seiner Sicht bestehenden Vorzüge der ehemaligen DDR hervor:

> *„Und die Älteren von euch, die haben vielleicht manchmal auch so ein wenig ostalgische Gefühle. Also nicht nostalgische Gefühle, sondern ostalgische Gefühle. Und versteht mich jetzt nicht falsch, wir sind uns einig darüber, dass die DDR ein Unrechtsstaat war und dass sie eine Diktatur war. […] Aber als Privatperson konnte man in diesem Staat innere Sicherheit erleben. Man konnte in diesem Staat soziale Sicherheit erleben. Man konnte in diesem Staat gelebte Nachbarschaft erleben. Und man durfte in einem deutschen Staat als Deutscher leben. […] Und alles das steht heute in der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 2024 zur Disposition. Alles das, was die Älteren von euch an der DDR dann vielleicht doch im Privaten geschätzt haben. Die innere Sicherheit zerfällt, der Sozialstaat wird zur Plünderung freigegeben. Unser Volk ist mittlerweile im gefährlichen Maße multikulturalisiert und überfremdet und droht zur Minderheit im eigenen Land zu werden. Wir verlieren gerade unsere Heimat, liebe Freunde. Und Heimat verliert man nicht nur durch Flucht und Vertreibung, wie das meine Großeltern erleiden mussten und eure Großeltern und Eltern erleiden mussten. Heimat verliert man auch dadurch, dass man zur Minderheit im eigenen Land wird. Und auf diesem schlechten Weg sind wir gerade unterwegs. Aber diesen Weg werden wir für Thüringen und Sachsen morgen beenden.“*[483]

Mit diesem Vergleich zeigt Höcke auf, dass die ethnische Homogenität nach seinem Dafürhalten derart wichtig ist, dass sie sogar das Unrechtsregime der DDR jedenfalls relativiert. In letzter Konsequenz scheint Höcke sogar die weitgehend ethnisch homogene frühere DDR wegen der vermeintlich damit einhergehenden Vorzüge der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Ordnung in Deutschland vorzuziehen.

Auch Lars Kuppi (MdL SN) sprach in einem Facebook-Beitrag vom 29. Juni 2024 davon, die *„deutschen Ureinwohner“* drohten künftig zu einer *„Minderheit“* zu werden:

---

[482] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.

[483] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.

„‚Neubürger' entscheiden die nächste Wahl Werden wir Deutschen zur Minderheit? Die nächste Bundestagswahl wird wahrscheinlich von ‚Neubürgern' entschieden. Durch die neuen Turbo-Einbürgerungen könnten 600.000 Migranten bis dahin einen deutschen Pass erhalten. Laut Experten könne diese Gruppe von Ausländern die Wahl entscheiden, berichtet BILD. Die Zukunft sieht sogar noch düsterer aus, wenn das Verschenken deutscher Pässe nicht sofort gestoppt wird. So haben ausländische Frauen in Deutschland eine erheblich höhere Geburtenquote als deutsche Frauen. In vielen westdeutschen Großstädten sind die deutschen Ureinwohner bereits heute in der Minderheit."[484]

Dem Beitrag war zudem eine Grafik angehängt, die vier Personen mit traditionell arabischer bzw. islamischer Kleidung zeigt.[485] Mit dem Posting bringt Kuppi zum Ausdruck, dass er nicht nur verfassungsschutzrechtlich irrelevant das einfachgesetzliche Einbürgerungsrecht kritisiert, sondern auch die so eingebürgerten Personen nach Erhalt der Staatsbürgerschaft weiterhin als Ausländer betrachtet.

Der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete (mittlerweile zudem Co-Vorsitzender des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg) Emil Sänze schrieb auf Facebook:

„Jedes normale Land kommt mit seiner Geschichte zurecht, bewältigt diese zur Not, aber die Eliten unseres Landes leben davon, dass es kein Verzeihen für ein historisches Ausnahme-versagen geben soll [...] Weil keine Hinwendung zu einer Zukunft unserer Nation geben soll, wir die ‚Bewältigung' ewig und die VERZEIHUNG verweigert. Sie brauchen schließlich, wo sie die Einheimischen nicht zufriedenstellen können und wollen, ein anderes Klientel, ein anderes Staatsvolk, das sie dann ‚deutsch' nennen. Dieses Klientel imaginieren sie dankbar und nach ihrem Bilde formbar. Bis sie – heute schon – merken, dass dieses von den Eliten großzügig adoptierte Volk (während man das eigene, historisch gewachsene Staatsvolk tagtäglich rituell VERSTÖSST, um seinen politischen Wünschen nicht folgen zu müssen) dann doch mit aller Berechtigung seine Identität bewahrt hat [...] Wenn das Grundgesetz sagt, alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – dann kann die Staatsgewalt von Ideologen zu ihren Zwecken nur dann autark gehandhabt werden, wenn dieses Staatsvolk zu einem

[484] Kuppi, Lars: Facebook-Eintrag vom 29.06.2024, abgerufen am 29.07.2024.
[485] Ebd.

Zustand gebracht wurde, in dem es infolge völliger ethnischer Inhomogenität keine Identität finden, kein politisches Bewußtsein konsolidieren und keinen politischen Willen mehr äußern kann. [...] Dies geschieht de facto durch einen Austausch der Bevölkerung über Zuwanderung und Geburtenraten, so dass eine Politik, die kein Deutschland will, am Ende etwas anderes erhält, das sie vielleicht will und das sie dann Deutschland nennt".[486]

Sänze differenziert hier ausdrücklich zwischen „*Einheimischen*" und einem „*anderen*" deutschen Volk. „*Ethnische Inhomogenität*" führt seiner Ansicht nach zum Verlust der Identität. Er vermutet hier sogar einen gezielt von der Politik gesteuerten Verdrängungsprozess der „*Einheimischen*" durch Deutsche mit Migrationsgeschichte und spricht gar von einem Austausch der Bevölkerung. Darin kommt seine Vorstellung zum Ausdruck, wonach die Ethnie die Zugehörigkeit zum Volk bestimmt; nicht „*einheimische*" Deutsche können danach niemals Teil des deutschen Volkes sein, sondern nur deutsch „*genannt*" werden.

Gunnar Beck (NW), zum damaligen Zeitpunkt Mitglied des Europäischen Parlaments, teilte im August 2022 auf Twitter (heute: X) einen Cartoon, in dem Unterschiede zwischen verschiedenen Hunderassen hinsichtlich deren Aussehen und Intelligenz thematisiert wurden. In seinem dazugehörigen Tweet schreibt er:

> *„Die Biologie und Medizin lehren uns, Lebewesen unterscheiden sich weitestgehend aufgrund ihrer genetischen Ausstattung. Nur bei der menschlichen Intelligenz macht die linke ‚Wissenschaft' eine Ausnahme. Sonderbar, nicht?"*[487]

Aus dem Posten des Cartoons in Verbindung mit Becks Aussage lässt sich schließen, er sei der Ansicht, es bestünden unüberwindbare genetisch bedingte intellektuelle Unterschiede zwischen Menschen. Es scheint vor dem Hintergrund der sonst durch Beck getätigten und teils bereits zitierten Äußerungen eher abwegig, dass der Europaabgeordnete und AfD-Landesfunktionär hier nicht auf die Herkunft von Menschen abstellt. Die durch die Verwendung des Cartoons naheliegende vergleichende Darstellung von Menschen kann so verstanden werden, als meine Beck, es gebe unterschiedliche Menschenrassen, die überdies unterschiedlich intelligent seien. Hier tritt ein ethnisch-biologistisches Menschenbild zum Vorschein. Letztlich wird dem ein-

---

[486] Sänze, Emil: Facebook-Eintrag vom 10.10.2021, abgerufen am 30.11.2021.
[487] Beck, Gunnar: Tweet vom 24.08.2022, abgerufen am 26.08.2022.

zelnen Menschen mit Becks Argumentation die Möglichkeit zur individuellen Entwicklung und zu spezifischen Eigenschaften abgesprochen; der Einzelne wird anhand unabänderlicher Merkmale einer Vergleichsgruppe untergeordnet, was mit dem Prinzip der Menschenwürde unvereinbar ist.

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 30. Juli 2023 äußerte der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende und AfD-Europawahlkandidat Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) in seiner Rede:

> *„Ich muss ja auch darüber lachen, wenn ich diesen ganzen Schwachsinn lese, schwule Kängurus, transsexuelle Vögel etc. Das mag alles ganz lustig klingen, aber wir dürfen das alles nicht auf die leichte Schulter nehmen, denn diese ganze links-woke Identitätspolitik, die richtet sich gegen alles, was uns als Zivilisation definiert. Sie richtet sich gegen die Familie, gegen unser Geschlecht, gegen unsere ethnokulturelle Identität, gegen unseren Glauben, gegen unser Volk, gegen das wahre, gegen unser Europa. Man will uns unserer Wurzeln berauben und uns zu bloßen Konsumenten, zu nützlichen Idioten, zu leicht steuerbaren Einheitsmenschen formen. […] Und wenn man uns dann vorwirft, dass wir ein anderes Deutschland wollen, dann sage ich: ja, exakt so ist es. Wir wollen ein anderes Deutschland. Wir wollen ein ganz anderes Deutschland. Wir wollen ein Deutschland, in dem wir stolz unsere schwarz-rot-goldene Flagge schwenken dürfen statt die des Regenbogens. […] Ein Deutschland, in dem wir das Eigene lieben, statt es dem Fremden zu opfern.“*[488]

(5) Besondere Diskriminierung nicht-weißer Personen

Das ethnische Volksverständnis zeigt sich bei Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD teilweise auch darin, dass in besonderem Maße Anstoß an der Präsenz nicht-weißer Personen in medialen Inhalten wie Werbeanzeigen genommen wird.

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Europaabgeordnete Gunnar Beck beispielsweise nahm die Abbildung eines nicht-weißen Models auf einem internationalen Magazin zum Anlass, Europäer als vom Aussterben bedrohte Spezies („*endangered species*“) darzustellen. Zugleich insinuierte er, eben diese Entwicklung sei politisch gewollt und werde durch gezielte „*Propaganda*“ forciert:

---

[488] Froelich, Tomasz: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung, veröffentlicht im Livestream „Live: Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg! 30.07.2023“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.

„Wenn man die Titelseiten von #Mode- und #Decomagazinen, #Kleiderwerbung u. Regierungsbroschüren liest, könnte man meinen, autochtone #Europäer seien ‚endangered species' wie Primaten. Doch das wird erst in 25 Jahren so sein, wenn die #Propaganda Früchte trägt."[489]

Auch die sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann nahm Anstoß an der nicht-weißen Hautfarbe von Models auf einem Werbekatalog:

„### SIND WIR IN AFRIKA!?### Blättern im neuen Tchibo Katalog ‚Sunday style' führt unvermeidbar zu der Frage, ob denn in Deutschland alle SCHWARZ sind !? Während in Nigeria Models mit heller Haut nicht mehr auf Werbeplakaten zu sehen sind, sogar ein ‚Verbot für die Verwendung ausländischer Models und Sprecher für jegliche Werbung'!! besteht, lassen wir DEUTSCHE uns STOLZ und EHRE rauben, ohne uns zu wehren.... WOHIN FÜHRT DIESER WEG, DER NICHT DER UNSERE SEIN KANN?"[490]

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) kritisierte in einem Facebook-Beitrag vom 16. Oktober 2021 eine C&A-Werbung mit weißen Models bei Damen- und Mädchenbekleidung und nicht-weißen Models bei Herren- und Jungenbekleidung:

„So eine Werbung hier, kommt mir komisch vor. Aber schon alleine, dass ich das komisch oder sogar merkwürdig finde, wird man mir als naxihaft raxxistisch auslegen wollen. Ich frage mich: Soll ich und auch andere an irgendetwas gewöhnt werden oder will man irgendwen provozieren […]"[491]

Renner impliziert hier, dass weiße und nicht-weiße Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe unterschiedlichen Gruppen zuzuordnen seien und – nur so kann sein Einwand, seine Position würde als *„nazihaft rassistisch"* verstanden werden, gemeint sein – sich nicht verbinden sollten.

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber bezeichnete die aus seiner Sicht deutlich zu große Präsenz nicht-weißer Personen in der Werbung sogar als *„brachiale Kulturzersetzung des Neokolonialismus gepaart mit*

---

[489] Beck, Gunnar: Tweet vom 29.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.
[490] Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 14.02.2023, abgerufen am 15.02.2023.
[491] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 16.10.2021, abgerufen am 18.10.2021.

Ersetzungsnarrativen und ewiger Wiedergutmachungspraxis [...] im bunt-woken Irrenhaus".

Weiter führte er aus:

> *„Vollkommene Gleichschaltung und Agenda Setting auf allen Ebenen und die globalistischen Medienkartelle und NGO-Verbrecher lachen sich mal wieder schlapp über dieses Land, das ich an manchen Tagen nur noch als gebrochenes Experiment der Siegermächte bezeichnen mag."*[492]

Kai Uwe Dettmar, Landesschatzmeister der AfD Rheinland-Pfalz, verglich auf Facebook die Migration von Menschen aus Afrika nach Europa mit dem Eindringen fremder Tierpopulationen und suggerierte eine „Ausrottung" der eingesessenen europäischen Bevölkerung:

> *„Die EU hat die Ausbreitung von Waschbären verboten. Begründung: Das invasive Vordringen eines Spezies von einem anderen Kontinent könnte und würde die heimische Tierpopulation beeinflussen und sogar ausrotten. Jetzt einmal scharf nachdenken."*[493]

Vergleichbar äußerte sich auch Gunnar Lindemann (MdA und Landesvorstandsmitglied BR) in einem Telegram-Beitrag vom 26. September 2024:

> *„Seit Jahren geht die EU massiv gegen die Ausbreitung von Waschbären vor, da sie diese als ‚invasive Art' identifiziert hat. Das bedeutet, dass die Ausbreitung der Waschbären eine Bedrohung für das heimische Ökosystem darstellen soll. Wenn wir diese Erkenntnisse auf die europäischen Gesellschaften übertragen, müssen wir leider feststellen, dass die EU hier weitaus weniger Sorgfalt walten lässt. Ob das nun Absicht oder einfach nur Dummheit ist, überlassen wir Ihrer Phantasie. Es bleibt jedoch die Erkenntnis, dass die unkontrollierte Ausbreitung kulturfremder Spezies immer eine Gefahr für die jeweils heimischen Ökosysteme darstellt. Und das gilt eben nicht nur im Tier- und Pflanzenreich."*[494]

Umschreibungen einer vermeintlich stattfindenden „*Invasion*" durch Migranten als existentielle Gefahr für die „*einheimische*" Bevölkerung weisen auf einen ethnisch-

[492] Weber, Marvin: Facebook-Eintrag vom 21.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.
[493] Dettmar, Kai Uwe: Facebook-Eintrag vom 20.08.2021, abgerufen am 02.09.2021.
[494] Lindemann, Gunnar: Telegram-Beitrag vom 26.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.

kulturell geprägten Volksbegriff hin. Darüber hinaus offenbart sich hier eine biologistisch-rassistische Unterteilung von Menschen unterschiedlicher Abstammung in verschiedene „*Spezies*". Im Zusammenhang mit der geschaffenen Assoziation von nicht „*heimischen*" Menschen mit Tieren und der Bezeichnung dieser als „*invasive Spezies*" findet eine zusätzliche gruppenbezogene Abwertung statt.

Andreas Harlaß, Mitglied und Pressesprecher des Landesvorstands der AfD Sachsen, spottete über nicht-weiße Menschen in der Werbung:

> „*TV-Werbung 2021: Haben wir unsere Kolonien wieder?*"[495]

Die dargelegten Äußerungen belegen die innerhalb der AfD vielfach festzustellende Anschauung, Menschen mit Migrationsgeschichte könnten niemals vollwertiger Teil des als Abstammungsgemeinschaft verstandenen deutschen Volkes werden. Sie zeichnen das Bild eines planvollen, manipulativen Wirkens politischer Akteure, welches letztlich auf eine demografische Transformation zum existenziellen Nachteil der autochthonen Deutschen hinauslaufe, und verbreiten damit völkische Narrative. Sie transportieren zudem die Anschauung, nicht-weiße Personen könnten keine vollwertigen Angehörigen des deutschen Volkes sein.

Das hier propagierte Volksverständnis steht in Widerspruch zum Staatsvolksbegriff des Grundgesetzes und impliziert die menschenwürdewidrige Überhöhung eines konstruierten ethnisch-kulturellen Kollektivs und die Exklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte. Es verstößt gegen das Prinzip der Menschenwürde.

(6) Forderung der vollständigen Assimilierung

Auch die Forderungen nach einer vollständigen Assimilierung von Migrantinnen und Migranten an die autochthone deutsche Bevölkerung stellen Anhaltspunkte für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis dar.[496]

In diesem Sinne schrieb Michael Adam, Bundesvorstandsmitglied der Christen in der AfD, im Januar 2023 in seinem Text „Der kulturfremde Deutsche – Ein Rechtsproblem" über die Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrtausend:

---

[495] Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 27.11.2021, abgerufen am 27.11.2021.
[496] Vgl. VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 95/20, bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 55/20.

„Stetig wurden Menschen aus anderen Kulturen in den deutschen Kulturkreis aufgenommen und die Aufgenommenen assimilierten sich meist schnell im deutschen ‚Volkskörper'."[497]

Mit Blick auf die heutige Situation konstatiert Adam, dass eine *„Zurückweisung oder auch nur Zurechtweisung [...] durch die Mehrheitsgesellschaft"* aus *„ideologischen Gründen unerwünscht oder im Einzelfall sogar unter Strafe gestellt"* sei. In diesem Zusammenhang verweist er auf *„den soziologischen Begriff der ‚gruppenbezogenen Menschenverachtung'"*. Dieser werde *„gerne von Links genutzt [...], wenn ein gruppenbezogenes Werturteil unzweifelhaft begründet ist, aber nicht ins Bild passt"*.

Adam geht somit grundsätzlich von der Existenz eines weitgehend homogenen *„Volkskörper[s]"* aus und benennt die Möglichkeit, dass Menschen aus anderen Kulturen sich diesem durch Assimilation anschließen können. Er problematisiert jedoch das im heutigen Zeitalter gegenwärtige Bewusstsein um das Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und den daraus resultierenden Verzicht auf *„Zurückweisung oder auch nur Zurechtweisung"* durch das als Kollektiv verstandene Volk. Im Ergebnis führe dies zu einer *„Spaltung der Gesellschaft"*, welche Adam wie folgt beschreibt:

„Folge all dessen ist, das Kulturangehörige, die die Mehrheitsgesellschaft bilden, sich gegenüber kulturfremden oder kulturfremd bleibend wollenden Staatsbürgern selbst als Fremde empfinden. [...] Diese Situation gibt den Nährboden für Spannungen, wie sie sonst nur von Apartheidsystemen hervorgerufen werden."[498]

Als Lösungsansätze nennt Adam Folgendes:

„Der Staat wird nicht umhinkommen, Integrationsverweigerung unter Strafe zu stellen. Bei genauem Hinsehen ist diese Strafandrohung allein schon deshalb erforderlich, damit wir nicht in den Zwang geraten, in Zukunft doch über Ausbürgerungen nachdenken zu müssen."[499]

Daniel Halemba (MdL BY) antwortete im November 2023 folgendermaßen auf kritische Kommentaren zu einem von ihm abgesetzten Tweet:

---

[497] Adam, Michael: Facebook-Eintrag vom 13.01.2023, abgerufen am 03.02.2023.
[498] Ebd.
[499] Ebd.

> *„Der Zuzug kulturgleicher Hugenotten ist nicht mit der modernen Ersetzungsmigration durch Afrikaner & Araber zu vergleichen [...] Wollen Sie mir etwa erzählen, dass Hugenotten nicht einfacher zu assimilieren sind als Araber und Afrikaner? Das ist doch absurd! Weil Göthe und Friedrich arabische Kultur toll fanden glauben Sie die Herren würden die heutige Ersetzungsmigration befürworten? [...] Migration aus Nahost / Afrika ist ein Nettoverlust für uns. Das weiss jeder.“*[500]

Auch die Junge Alternative Sachsen stellt die Forderung nach einer Assimilierung von Zugewanderten auf. Sie schrieb als Reaktion auf einen Tweet der JUNGEN FREIHEIT, der auf einen Artikel mit dem Titel *„Zahl der eingebürgerten Syrer steigt rasant“* in selbiger verweist:

> *„Erst illegale Einreise, dann Duldung, Wohnung und Sozialhilfe und jetzt auch noch den deutschen Pass. Schon ist man angeblich ein ‚Deutscher‘. Was die Regierung hier treibt, ist ein stiller Putsch gegen das eigene Volk! Das eigentliche Volk wird durch erhebliche Erweiterung und Ersetzung still und heimlich seiner Macht und Selbstbestimmung beraubt. Nicht mit uns! Die deutsche Staatsbürgerschaft darf kein Ramschartikel sein, den jeder dahergelaufene Möchtegern bekommt. Einbürgerungen gehören auf ein absolutes Minimum beschränkt und dürfen wenn überhaupt nur am Ende eines langen Integrations- und Assimilierungsprozesses stehen. Alles andere ist ein direkter Angriff auf die Rechte der Deutschen.*
> *#Einbürgerungenstoppen #FestungEuropa #Masseneinwanderungstoppen #Remigration #nurnochAfD #JetztAfD #UnserVolkZuerst #NieWiederAltparteien #GrünerMist“*[501]

Jan Petersen-Brendel, Vorsitzender des AfD-Regionalverbands Flensburg-Schleswig (SH), verkürzte eine vergleichbare Forderung in einem Facebook-Eintrag vom November 2022 auf folgende Aussage:

> *„Deutsche Staatsbürgerschaft erst nach 20 Jahren, vollständig assimiliert und der deutschen Sprache in Wort und Schrift vollständig mächtig – sonst raus!“*[502]

---

[500] Halemba, Daniel: Tweet vom 01.11.2023, abgerufen am 03.11.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[501] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 29.05.2023, abgerufen am 30.05.2023.
[502] Petersen-Brendel, Jan: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, abgerufen am 24.02.2023.

Durch die kumulative Aufzählung verdeutlicht Petersen-Brendel, dass eine gelungene Integration für ihn nicht ausreicht, um als Migrantin beziehungsweise Migrant die deutsche Staatsbürgerschaft zu verdienen, sondern in seinen Augen vielmehr eine vollständige Assimilierung erforderlich ist.

Der Co-Vorsitzende der Gruppierung Christen in der AfD Joachim Kuhs (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BW) äußerte sich im Juni 2022 angesichts der aus seiner Sicht *„unbegrenzte[n] Zuwanderung"*, welche letztlich zu einer *„Afrikanisierung"* führen könne, zur Gefahr einer mangelnden Integration und Assimilierung von Migranten:

> *„Und vor allem eben auch […], dass diese Menschen […] sich nicht integrieren und sich nicht assimilieren bei uns in unserer Gesellschaft. Das ist halt eben absolut notwendig."*[503]

Kuhs fordert hier ebenso wie Adam und Petersen-Brendel mehr als die Integration in die deutsche Gesellschaft. Unbedingt erforderlich für ein harmonisches Zusammenleben mit Zugewanderten sei vielmehr ihre Assimilierung.

Der hessische AfD-Landesverband teilte am 22. April 2023 auf seiner offiziellen Facebook-Seite einen Videobeitrag von Jan Nolte (MdB, HE) vom 19. April 2023:

> *„Und ich glaube viele wissen gar nicht, dass man sich schon in ganz gefährliche Fahrwasser begibt, wenn man überhaupt sagt, dass es ein deutsches Volk gibt. Also wenn man nicht sagt, dass es besser als andere Völker, sondern wenn man nur sagt, das gibt es. Oder wenn man sagt, es gibt natürlich - also wer die deutsche Staatsbürgerschaft hat, natürlich, der gehört zum deutschen Staatsvolk. Aber es gibt gleichzeitig noch ein historisch gewachsenes Volk, das seine Tradition hat, wo man sich natürlich auch einfügen kann, über die Zeit, gar keine Frage. Und assimilieren kann, Teil davon werden kann, aber das ist noch mal was anderes."*[504]

Eine ähnliche Ansicht vertrat auch Alexander Claus, Beisitzer im Landesvorstand der JA Thüringen und AfD-Kandidat zur Landtagswahl in Thüringen, in einem Tweet vom 7. Februar 2024:

---

[503] Kuhs, Joachim: Interview mit AUF1.TV vom 03.06.2022; veröffentlicht in: https://AUF1.tv, abgerufen am 08.06.2022.

[504] Nolte, Jan: Videostatement vom 19.04.2023; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 22.04.2023, Kanal: „AfD Hessen", abgerufen am 25.04.2023

> *„Zum der JA pauschal unterstellten ‚völkisch-abstammungsmäßigen #Volksbegriff': Ich finde sehr wohl, dass Menschen fremder Abstammung im deutschen Volk aufgehen können (Assimilation/Akkulturation). Ich toleriere aber auch restriktivere Auffassungen. Das nennt man Meinungsfreiheit!"*[505]

Der niedersächsische AfD-Landesverband veröffentlichte am 28. November 2022 auf Facebook einen Beitrag mit der Überschrift *„Die deutsche Staatsbürgerschaft ist kein Ramschartikel!"* In dem Beitrag wurde der niedersächsische AfD-Landtagsabgeordnete Stephan Bothe zitiert:

> *„In Zeiten immer stärkerer illegaler Massenzuwanderung mit entsprechendem Anwachsen der Parallelgesellschaften in den Städten weisen die Pläne der Bundesinnenministerin in die völlig falsche Richtung. Legalisiert wird hier die inflationäre Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft. […] Vielmehr gilt es, der illegalen Migration durch gezielte Rückführungen entschlossen entgegenzuwirken. Die deutsche Staatsbürgerschaft darf erst am Ende eines langen Assimilationsprozesses stehen und nicht als Ramschartikel jedem Ausländer hinterhergeworfen werden."*[506]

Diese Forderung nach der vollständigen Angleichung von Migranten an die autochthone deutsche Bevölkerung verlangt die gänzliche Abkehr jedweder anderen kulturellen Prägung oder Identität und stellt einen Anhaltspunkt für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis dar.[507] Sie ist daher nicht mit dem Prinzip der Menschenwürde zu vereinbaren. Dies ist umso mehr der Fall, wenn die Assimilierung, wie etwa durch Adam und Petersen-Brendel formuliert, nötigenfalls durch die Androhung von Strafen und Ausbürgerungen erzwungen werden soll.

(7) Zwischenfazit

Die Auswertung einer Vielzahl von Äußerungen von AfD-Funktionärinnen und Funktionären auf Bundes- und Landesebene belegt die beharrliche Verteidigung und die fortgesetzte Vertretung des ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs ungeachtet der Einstufung der AfD zum Verdachtsfall und in Kenntnis der verwaltungsgerichtlichen Beanstandungen. Bei den ausgewerteten Äußerungen handelt es sich nicht

---

[505] Claus, Alexander: Tweet vom 07.02.2024, abgerufen am 08.04.2024.
[506] AfD Niedersachsen: Facebook-Eintrag vom 28.11.2022, abgerufen am 20.07.2023.
[507] VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 95/20, bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 55/20.

um Einzelfälle oder in der Menge und Bedeutung zu vernachlässigende Entgleisungen. Ihnen stehen auch keine programmatischen Schriften und keine Zurückweisungen der Partei entgegen.

Eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit den gerichtlich bestätigten Anhaltspunkten für extremistische Bestrebungen findet innerhalb der AfD nicht statt und wird teilweise sogar ausdrücklich abgelehnt, etwa indem die gerichtlichen Ausführungen ohne nähere Begründung als „*Fehlinterpretation*" bezeichnet werden. Der durch die AfD während des laufenden erstinstanzlichen verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abgegebenen „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität" kommt keine entlastende Wirkung zu; sie ist an sich zweideutig, und es liegen einige Anhaltspunkte dafür vor, dass die Abgabe aus taktischer Motivation heraus erfolgte.[508]

Die Äußerungen belegen vielmehr, dass weiterhin ein Volksverständnis vertreten wird, dem die Annahme zu Grunde liegt, das deutsche Volk bestehe nicht aus der Gesamtheit aller Staatsangehörigen, sondern aus der Gesamtheit der „*ethnischen*" Deutschen. Eine solche Ausrichtung an ethnischen Kriterien impliziert, Menschen mit Migrationsgeschichte seien qua Geburt und ihrer Natur nach von der vollwertigen Zugehörigkeit zum deutschen Volk ausgeschlossen.

Zwar kommt es für die Frage, ob bestimmte Äußerungen tatsächliche Anhaltspunkte für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen bieten, nicht darauf an, ob diese bereits zuvor von Verfassungsschutzbehörden oder Gerichten als solche Anhaltspunkte angeführt worden sind. Die beharrlich fortgesetzte Verbreitung und Rechtfertigung der dargestellten Positionen ohne jeden glaubwürdigen Anhaltspunkt für ein Überdenken und Abrücken belegen jedoch, dass die Vertretung des ethnischen Volksverständnisses nicht etwa auf Miss- oder Fehlverständnissen beruht, sondern dezidiert und bewusst so erfolgt.

---

[508] OVG, NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 209; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 349, 378, 653, 754, 938, vgl. hierzu bereits auch die Ausführungen im Kapitel A. Einführung, S. 19 f.

bb.Ethnopluralismus als Teil eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs

Das Konzept des Ethnopluralismus stellt ein bedeutsames Ideologem innerhalb der völkisch-nationalistischen Einstellungsmuster der Neuen Rechten dar. Diese Begrifflichkeit dient dazu, statt von verschiedenen „Rassen" von Völkervielfalt zu sprechen und so den zugrundeliegenden Rassismus zu verschleiern. Folge dieses Konzepts ist ein biologistischer Rassismus sowie eine ablehnende Haltung gegenüber jeglicher Form von Zuwanderung.[509] Kennzeichnend ist die Zuschreibung distinktiver kollektiver Identitäten, wodurch die Identität des Individuums wie auch seine spezifischen Eigenschaften und Merkmale völlig vernachlässigt werden. Eine Integration in fremde Gesellschaften zerstört dem ethnopluralistischen Weltbild zufolge die in sich geschlossenen und in ihrer Verschiedenheit zu erhaltenden Kulturen und wird daher prinzipiell abgelehnt. Im Folgenden ist zu prüfen, wie sich die bei der Verdachtsfalleinstufung festgestellten Anhaltspunkte für ethnopluralistische Positionen innerhalb der AfD entwickelt haben.

(1) Kollektive Identitäten aufgrund der gleichen Kultur

Durch Vertreterinnen und Vertreter der AfD wird die Migrationspolitik regelmäßig als planvoll eingesetztes Vehikel zur Schwächung und Schädigung Deutschlands dargestellt. In diesem Zusammenhang treten auch weiterhin ethnopluralistische Argumentationsmuster zutage. Insbesondere wird die gleiche „Kultur" als zentrales Element einer kollektiven Identität verstanden, die es vor fremden Einflüssen zu schützen gelte.

Zahlreiche Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD beschwören in ihren Verlautbarungen eine Bedrohung der ethnischen und kulturellen „Identität" des deutschen Volkes. Dabei ist zu differenzieren, was genau mit „Identität" gemeint ist.

In einem Facebook-Beitrag vom 9. Februar 2023 führte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag beispielsweise aus:

> *„Staatsbürgerschaft braucht Identifikation, Deutschland braucht Deutsche! Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, stellt unseren Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vor.*

[509] BVerfG, Urt. des Zweiten Senats v. 23.01.2024, 2 BvB 1/19, juris, Rn.351.

Wir fordern eine Rückkehr zum vor dem Jahr 1991 geltenden Rechtszustand. Einbürgerungen müssen im Grundsatz wieder als rechtlich gebundene Ermessensentscheidung im Einzelfall erfolgen. Dabei müsse die Ermessensausübung der einbürgernden Behörde davon geleitet sein, nur solche Einbürgerungen vorzunehmen, durch die das Gemeinwesen durch Hinzufügung eines loyalen Neubürgers im politischen Sinne gestärkt wird. Die Gesetzgebung zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts seit 1990 hat ein erhebliches Maß zumindest potenzieller Loyalitätskonflikte in die Bundesrepublik Deutschland als politisches Gemeinwesen hereingetragen und deren inneren Zusammenhalt im Ganzen geschwächt."[510]

Sofern die „Identität" hier eine Identifizierung mit den Grundwerten der verfassungsmäßigen Ordnung meint, läge hierin kein Anhaltspunkt für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. So könnte die Aussage verstanden werden, dass sie darauf abzielt, nur solche Personen einzubürgern, die „*loyale Neubürger im politischen Sinne*" sind. Dies kann als Forderung verstanden werden, dass Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, sich auch zu den Werten des Grundgesetzes bekennen. Verfassungsfeindlich wäre die Aussage aber dann, wenn sie die Botschaft enthielte, die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft, die nicht nur in ganz eng definierten Einzelfällen erfolgt, sei an sich zersetzend. So kann die Aussage auch verstanden werden, insbesondere im Zusammenhang mit einem Beitrag des Bundesverbands der AfD, den dieser am 3. Oktober 2023 auf Facebook veröffentlichte. In diesem Post anlässlich des Tags der Deutschen Einheit wurden die „*postnationalen, identitätslosen Zerfallsgesellschaften des Westens*" angeprangert.[511] In dieser Wertung ist die Annahme enthalten, eine ganz erhebliche Zahl neu Eingebürgerter sei nicht willens oder nicht in der Lage, sich mit den oben genannten Werten zu identifizieren. Hier kommt dann doch die Botschaft zum Ausdruck, autochthone Deutsche könnten sich per se immer miteinander identifizieren oder „politisch loyal" sein und Deutsche mit Migrationsgeschichte könnten dies eben nur in Ausnahmefällen. Entsprechendes ist auch dem o. g. Beitrag zu ent-

[510] AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Facebook-Eintrag vom 09.02.2023, abgerufen am 19.10.2023.

[511] AfD: Facebook-Eintrag vom 03.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.

nehmen, indem die AfD damit die Behauptung aufstellt, Zuwanderung würde den inneren Zusammenhalt des Gemeinwesens schwächen. Diese Abwertung bringt das Verständnis von Deutschen „erster und zweiter Klasse" zum Ausdruck.

Der damalige Landtagskandidat Jean-Pascal Hohm (heute MdL BB) gab im März 2024 dem Heimatkurier ein Interview. Auf die Frage nach seinem Profil und seinen Erwartungen erklärte Hohm:

> *„Die AfD hat in meinen Augen die historische Aufgabe, Deutschland als Heimat der Deutschen zu bewahren. Wer will, dass Deutschland als Land der Deutschen eine Zukunft hat, muss AfD wählen. Mit dieser Botschaft werde ich in den Wahlkampf gehen und ich bin optimistisch, dass der Selbstbehauptungswille – besonders in unserer Region – noch groß genug ist."*[512]

Die Äußerung zielt erkennbar darauf ab, dass Deutschland nicht etwa das Land der deutschen Staatsangehörigen, sondern der ethnisch Deutschen bleiben soll und knüpft explizit an Zielsetzungen der AfD hierzu an.

Im Juli 2023 gab die Co-Bundessprecherin und Bundestagsabgeordnete Alice Weidel (BW) COMPACT TV ein Interview. Darin äußerte sie, angesprochen auf die Unruhen in Frankreich, dass vergleichbare Probleme angesichts der Migration aus *„dem kulturfremden Kontext"* auch in Deutschland möglich seien:

> *„Natürlich ist das bei uns möglich, weil dadurch die Parallelgesellschaften gefördert wurden, wenn sie einfach zu… einen zu großen Influx haben von Menschen aus einem kulturfremden Kontext, aus gewaltbereiten Kulturen, so Messerkriminalität zum Beispiel. Es ist uns in unserer Kultur völlig unbekannt. Das gab es nicht. Das Phänomen gibt es bei uns nicht. Das gibt es in den Kulturkreisen in Afrika und im Nahen Osten, um es mal ganz klar zu sagen. Und wenn sie diese Leute aus gewaltbereiten Gesellschaften in ihr Land lassen, die auf eine freiheitlich… Ich sag jetzt mal eine gleichberechtigte – Frauen und Männer sind gleichberechtigt – auf eine Gesellschaft stoßen, die diese Werte teilt. Ja, dann kommt es zu einem Clash, Clash of Cultures."*[513]

[512] Heimatkurier: „Wir haben die Aufgabe, Deutschland als Heimat der Deutschen zu bewahren" vom 25.03.2024, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 26.03.2024.
[513] Weidel, Alice im Interview „Alice Weidel: Das große Interview zum AfD-Sommer!" vom 09.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 10.07.2023.

Die Co-Bundessprecherin Alice Weidel äußert sich hier pauschal abwertend über Migrantinnen und Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten, denen sie in ihrer Gesamtheit („*diese Leute aus gewaltbereiten Gesellschaften*") negative Eigenschaften und einen schädlichen Einfluss zuschreibt. Zudem unterstellt auch Weidel, dass bestimmte Gewalttaten wie etwa „*Messerkriminalität*" in „*gewaltbereiten Kulturen*" enthalten, in der deutschen Kultur hingegen „*völlig unbekannt*" seien. Sie wertet damit Migrantinnen und Migranten aus den genannten Herkunftsregionen massiv ab. Indem sie darüber hinaus den „*Clash of Cultures*" als automatische Folge der Einwanderung aus den genannten Herkunftsregionen nennt, spricht sie diesen Migrantinnen und Migranten die Integrationsfähigkeit – mindestens aber die Integrationswilligkeit – pauschal ab.

Deutlich ethnopluralistisch äußerte sich der thüringische Fraktionsvorsitzende und Landessprecher Björn Höcke. Im Mai 2022 erschien im rechtsextremistischen Magazin ZUERST! etwa ein Interview mit ihm. Darin beschrieb Höcke die „*Massenmigration und Multikulturalisierung*" als strategisches Instrument der USA, um nach der Wiedervereinigung das „*neu entflammte Gemeinschaftsgefühl der Deutschen abzuwürgen*" und Deutschland kleinzuhalten.[514]

Zwar spricht die in dieser Aussage enthaltene Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft an sich noch nicht für eine verfassungsfeindliche Position. So hat das VG München etwa ausgeführt, dass die Abgrenzung zu einer „*Multikultiideologie*" Schnittmengen mit Konstrukten wie etwa dem Begriff der Leitkultur aufweisen könne. Es hat demgegenüber jedoch betont, dass es mit der Achtung der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) und damit einem wesentlichen Element der freiheitlichen demokratischen Grundordnung jedenfalls nicht vereinbar wäre, wenn das „Konzept des Ethnopluralismus" und die damit verbundene Fokussierung darauf, der Volksbegriff sei ethnisch zu bestimmen, als Begründung für eine Ausgrenzung und Rechtlosstellung von Ausländern oder „*nicht ethnisch Deutschen*" herangezogen würde.[515]

[514] „‚Offensive statt Rechtfertigung'", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 28 ff.
[515] VG München, Beschl. v. 27.07.2017, M 22 E 17.1861, juris, Rn. 67.

In dieser ausgrenzenden Art und Weise ist die Äußerung Höckes jedoch zu sehen. Dies ergibt sich aus dem Kontext seiner sonstigen Aussagen, in denen Höcke Einwanderung als primären gesellschaftlichen Krisenherd darstellt.[516]

In besonders drastischer Weise brachte Björn Höcke sein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis etwa in einem Redebeitrag bei einer Veranstaltung am 23. November 2022 in Elsterwerda (BB) zum Ausdruck, als er angesichts der Migration vor einer *„kulturellen Kernschmelze“* sowie einem *„historischen Kultur- und Zivilisationsbruch“* warnte und als vermeintlichen Lösungsansatz die *„Abschottung“* in Gestalt einer Festung Europa postulierte:

> *„Die Festung Europa ist ein Bild für eine strategische Zielsetzung. Für eine strategische Zielsetzung, die deutlich darauf hinweisen will, dass die Massenzuwanderung nach Europa Europa als das ausschalten wird, was es über Jahrtausende geworden ist. Wenn wir diese millionenfache Zuwanderung aus dem arabischen und afrikanischen Raum nach Europa nicht zum Stillstand bringen, dann wird Europa seine kulturelle Kernschmelze erleben. Dann werden wir einen historischen Kultur- und Zivilisationsbruch in Europa erleben. Und deswegen brauchen wir die Festung Europa. Deswegen brauchen wir zumindest eine temporäre Abschottung […]. […] Es kommt nicht nur auf die Quantität der Menschen an, es kommt auch auf die Qualität der Menschen an. […] Wenn wir überleben wollen als europäische Zivilisation, dann müssen wir uns gegen die Masseneinwanderung abschotten.“*[517]

Unbedenklich wäre die Aussage soweit sie davon ausgehen sollte, dass Menschen auch „Kulturträger“ und „Träger von Tradition“ sind. Die Aussage lässt jedenfalls aber auch die Interpretation zu, wonach Menschen in erster Linie „Kulturträger“ und „Träger von Tradition“ sind. Eine solche Annahme würde Individuen auf ihre vermeintliche Funktion als Träger einer identitär aufgefassten, geschlossenen Kultur und Tradition reduzieren. Individuelle Eigenschaften träten hier völlig in den Hintergrund. Ein sol-

---

[516] Vgl. beispielhaft: S. 228 ff.: Höcke, Björn: Wahlkampfrede in Suhl am 13.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.08.2024, Kanal: „Überzeugungsgamer“, abgerufen am 15.08.2024; S. 382: Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024; Höcke, Björn: Redebeitrag vom 02.12.2022 in Zwickau; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal“, abgerufen am 05.12.2022.

[517] Höcke, Björn: Redebeitrag vom 23.11.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.11.2022, Kanal: „Wendezeit Hannover“, abgerufen am 25.11.2022.

ches antipluralistisches Gesellschaftsbild wäre mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Höckes Bemerkung, es komme auf die „*Qualität*" der Menschen an, legt die letztgenannte Auslegung nahe. Migranten aus dem arabischen oder afrikanischen Raum weisen aus seiner Sicht weder gegenwärtig noch perspektivisch die erforderlichen „Qualitätsmerkmale" auf, um als Träger europäischer Kultur in Betracht zu kommen, sondern tragen vielmehr zu deren „*Kernschmelze*", sprich völligen Zerstörung bei. Dieses im Kern biologistische Kulturverständnis ist nicht nur aufgrund der ihm innewohnenden Exklusion des vermeintlich Fremden nicht mit der Menschenwürde migrantischer Personen vereinbar, ihm liegt auch die menschenwürdewidrige Unterscheidung zugrunde, wonach es Bevölkerungsgruppen mit einer höher- und einer geringwertigeren Kultureignung gebe.

Diese wiederholt aufgegriffenen negativen Werturteile verdeutlichen, dass Höcke den Erhalt des ethnischen Volkes als organische Einheit weiterhin als höchstes Ziel ansieht.

Begriffliche und inhaltliche Parallelen zu den Aussagen Höckes enthält das Wahlprogramm der hessischen AfD zur Landtagswahl im Oktober 2023, in dem von einer drohenden „*soziokulturelle[n] Kernschmelze*" die Rede ist:

> „*Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus – […] Der immer weiter ausartende Multikulturalismus bedroht unsere kulturellen Errungenschaften (z. B. Aufklärung, Gleichberechtigung von Mann und Frau, freie Religionsausübung). […] Die AfD Hessen setzt sich gemeinsam mit der Bevölkerung für den Erhalt der deutschen kulturellen Identität als Leitkultur ein. […] Deutschland ist unsere Heimat und hat eine eigene, gewachsene Kultur, auf die wir stolz sind. Ihr Vorrang ist von Zuwanderern anzuerkennen. Eine soziokulturelle Kernschmelze mit und durch Parallel- und Gegengesellschaften in unserem Land ist zu verhindern. […] Es gibt bei Migranten Unterschiede in der Fähigkeit und/oder in der Bereitschaft zur Integration oder gar zur Assimilation je nach Herkunft bzw. kultureller Prägung.*"[518]

Die Forderung nach einer „*Leitkultur*" stellt für sich genommen keinen Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen dar, da der Begriff bereits seinem Wortlaut

[518] AfD Hessen: Wahlprogramm der AfD Hessen zur Landtagswahl am 8. Oktober 2023, S: 21 ff.

nach und entsprechend der gesamtgesellschaftlichen Verwendung nur auf einen allgemeingültigen Wertekonsens abstellt. Jedoch wird hier deutlich, dass eben nicht nur eine solche generelle Orientierung an kulturellen Kernelementen gemeint ist, sondern eine vollständige Assimilation von Zuwandernden bezweckt wird. Gleichzeitig wird in dem Wahlprogramm pauschal bestimmten Bevölkerungsgruppen die Fähigkeit hierzu abgesprochen und eine multikulturelle Gesellschaft gänzlich abgelehnt. Die in Bezug genommene deutsche Kultur soll demnach nicht bloß ein Leitbild, sondern die einzige akzeptierte Kultur sein.

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt äußerte in einem Facebook-Post:

> *„Auch hierzulande leben Hunderttausende Migranten, die nicht zu unserer Kultur passen und den Sozialstaat massiv belasten. Die deutsche Identität ist durch die Masseneinwanderung massiv bedroht. […] Wir […] hoffen, dass auch bei uns mehr Menschen beginnen, die alles zerstörende Migrationspolitik zu hinterfragen."*[519]

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) forderte in einem am 27. August 2024 auf Telegram veröffentlichten Text, die Forderung nach Remigration nicht auf muslimische Personen zu reduzieren, sondern auch auf andere *„Gesellschaften mit niedrigem Vertrauensniveau"* zu beziehen:

> *„(Re-)Migration nicht auf Islam reduzieren !!*
>
> *Man darf nicht den Fehler begehen und die Religion zum einzigen Kriterium für bzw. gegen (Re-)Migration machen. […] Denn es gibt neben der Religion, auch noch andere und womöglich viel gewichtigere Faktoren, die gegen die Einwanderung auch nichtmuslimischer Menschen sprechen. Einen der wichtigsten, nämlich die unterschiedlichen Vertrauensniveaus, möchte ich kurz erläutern: Lange Zeit beruhte der Aufstieg unserer Zivilisation auf Kooperation, durch die Menschen in die Lage versetzt worden sind, öffentliche Güter bereitzustellen und sozialen Ausgleich zu schaffen. Zwei der Grundbedingungen hierfür sind relative Homogenität und Vertrauen. […] Es gab permanente Konflikte mit anderen Stämmen, die bis heute andauern. Und selbst innerhalb der Stämme ist das Vertrauen niedrig.*

[519] Schmidt, Eugen: Facebook -Eintrag vom 25.03.2022, abgerufen am 06.04.2022.

Beispielsweise haben afrikanische Familien ihre eigenen Söhne als Sklaven verkauft. Es gab und gibt also kulturell bedingtes Misstrauen selbst innerhalb dortiger Familien. Die Folge: Besonders ausgeprägte opportunistische Verhaltensweisen, die unsere Gesellschaft gefährden. Mit Religion hat dies nur bedingt etwas zu tun.

Es ist nicht sehr klug, Menschen aus Gesellschaften mit niedrigem Vertrauensniveau in unsere Gesellschaft mit immer noch relativ hohem Vertrauensniveau aufzunehmen, weil Moralvorstellungen aufeinanderprallen, die völlig inkompatibel sind. Multireligiosität kann das verstärken, aber teilweise spielt Religion hierbei keine Rolle.

Prallen unterschiedliche Moralvorstellungen aufeinander, so erodiert das Vertrauensniveau in unserer Gesellschaft. Und es gibt Studien, die belegen, dass in weiterer Folge auch das Misstrauen unter den Einheimischen wächst.

Massenmigration importiert also nicht bloß Misstrauensgesellschaften in unsere Gesellschaft, sondern sät auch noch Misstrauen zwischen Einheimischen, die sich zuvor gegenseitig vertraut haben.

Das schwächt die gesellschaftliche Kooperation. Und eine schwache gesellschaftliche Kooperation gefährdet eine funktionierende Staatlichkeit.

Es ist daher unklug, den Migrationsdiskurs auf den Islam zu reduzieren. In Wirklichkeit brauchen wir, bei allem Respekt, gar keine Syrer, Afghanen oder Afrikaner, und zwar unabhängig davon, ob sie Atheisten, Juden, Muslime, Christen oder Angehörige anderer Glaubensrichtungen sind."[520]

Froelich unterstellt hier in biologistischer Manier bestimmten afrikanischen Bevölkerungsgruppen ein *„kulturell bedingtes Misstrauen"* und *„opportunistische Verhaltensweisen"* und erachtet sie daher als inkompatibel mit der hiesigen Gesellschaft, der ein höheres *„Vertrauensniveau"* zuschreibt. Die Unterscheidung mündet letztlich in der gänzlichen Ablehnung der Zuwanderung bestimmter Bevölkerungsgruppen.

Maximilian Krah, damals Mitglied des Europäischen Parlaments (mittlerweile MdB, SN), kritisierte in einem Tweet vom Mai 2022 den „Global Compact on Migration" der Vereinten Nationen und unterstellte in diesem Zusammenhang, die Einwanderungspolitik ziele auf die absichtliche Zerstörung der kulturellen Identität ab:

[520] Froelich, Tomasz: Telegram-Beitrag vom 27.08.2024, abgerufen am 30.08.2024.

> *„Und sie lügen immer weiter. Denn sie wollen jede kulturelle Identität zerstören. #Einwanderung“*[521]

In besonders deutlicher Weise brachte die rheinland-pfälzische AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst ihre ethnopluralistische Weltanschauung in einem Beitrag mit dem Titel *„Invasive Arten 2.0“* zum Ausdruck, der im November 2022 auf www.journalistenwatch.com veröffentlicht wurde. Darin schrieb Höchst:

> *„Es ist höchste Zeit über ‚invasive Arten‘ zu sprechen, denn schließlich ist selbst aus der Sicht der EU-Kommission ‚die Verbreitung invasiver, gebietsfremder Arten – sowohl Tiere als auch Pflanzen – einer der Hauptfaktoren für den Verlust der biologischen Vielfalt. Diese Tiere und Pflanzen können nicht nur zu ökologischen und wirtschaftlichen Schäden führen, sondern auch Krankheiten übertragen, Gesundheitsprobleme verursachen oder zu Verlusten in der Landwirtschaft führen.‘ Im schlimmsten Fall können einheimische Arten komplett ausgerottet werden.“*[522]

Im weiteren Verlauf ihres Beitrags übertrug Höchst ihre Bedenken um den *„Verlust der biologischen Vielfalt“* auf die Menschheit und konstatierte:

> *„Naturschutz ja, Menschenschutz nein*
> *Als oberstes Ziel stehen immer Naturschutz und Tierschutz. Vom Schutz der Menschen liest man selten. […] Mir ist die Brenzligkeit, bei sozialen Phänomenen Vergleiche zur Biologie anzustellen, durchaus bewusst, wie auch die Tatsache, dass die entsprechende Bildsprache von den Nationalsozialisten in menschenverachtender und volksverhetzender Weise gebracht wurden, um ‚Rassen‘ oder ‚Minderwertige‘ zu diffamieren. Nichts liegt mir ferner, als hier irgendwelche Anleihen zu nehmen […]. Und doch ist das Bild von den ‚invasiven Arten‘, welches das offizielle Vokabular im Tierschutzzusammenhang darstellt, mit Blick die Bedrohung unsere kulturelle und ethnische Identität durchaus geeignet, um auf ein immer drängenderes Problem deutlich zu machen. Denn der Einwanderungspolitik der Bundesregierung – schon der alten unter Merkel, aber erst recht der Ampel – geht es, um im Bild zu bleiben, genau darum, Ange-*

---

[521] Krah, Maximilian: Tweet vom 21.05.2022, abgerufen am 27.05.2022.
[522] Höchst, Nicole: „Höchst brisant: Invasive Arten 2.0“ vom 27.11.2022, in: www.journalisten-watch.com, abgerufen am 02.12.2022.

stammte, als quasi ‚einheimische Arten', zu verdrängen. Und ja: In letzter Konsequenz wird sogar die mögliche Gefahr ihrer perspektivischen Ausrottung in Kauf genommen. Ist es im besten Deutschland aller Zeiten allerdings überhaupt noch erlaubt, sich hier aufdrängende Parallelen zu ziehen? Sei's drum."[523]

Höchst bringt hier in drastischer Weise ihr ethnopluralistisches Weltbild zum Ausdruck, demzufolge Menschengruppen ausschließlich in ihrer angestammten Heimat leben sollten. Auch wenn die Abgeordnete betont, keine Anleihen an der Bildsprache der Nationalsozialisten nehmen zu wollen, bedient sie durch den Vergleich von Zugewanderten mit invasiven Tierarten dennoch biologistisch-rassistische Argumentationsmuster und wertet diese Menschengruppe erheblich ab. Der postulierte Schutz kultureller und ethnischer Identität erfordert und rechtfertigt nach Höchst' Auffassung letztlich die Ausgrenzung von Angehörigen anderer Ethnien und Kulturen. In der Gesamtschau belegen diese Ausführungen ein ethnisch-kulturelles Volksverständnis, welches dem Prinzip der Menschenwürde zuwiderläuft.

Aus der letztlich ethnisch definierten und durch eine historische Kontinuitätslinie gewachsenen kollektiven Identität leiten diese Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD ein gemeinsames Weltverständnis und Rechtsempfinden ethnisch Deutscher ab.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) verwies in einem Tweet vom 9. April 2023 etwa auf die Entstehung der *„deutsche[n] Kulturgemeinschaft"* durch *„kollektive[r] Evolution"*:

> *„Es geht bei Einwanderung nicht um Integration in die deutsche Kulturgemeinschaft, es geht um ihre Zerstörung […]. Und das ist auch folgerichtig weil diese Kultur eben nicht beliebig auf Andere übertragbar ist, sondern das Produkt kollektiver Evolution."*[524]

In einem weiteren Tweet vom Mai 2023 äußerte Krah:

> *„Menschen sind nicht beliebig verschiebbar. Kultur und Prägung können (zum Glück) nicht beliebig ausgetauscht werden. Wer Afrika einwandern lässt, ersetzt nicht deutsche Fachkräfte, sondern wird afrikanisch."*[525]

---

[523] Ebd.
[524] Krah, Maximilian: Tweet vom 09.04.2023, abgerufen am 12.04.2023.
[525] Krah, Maximilian: Tweet vom 05.05.2023, abgerufen am 09.05.2023.

Krah, der zum damaligen Zeitpunkt dem Bundesvorstand der AfD sowie dem Europäischen Parlament angehörte und im Juli 2023 durch die Partei zudem zum Spitzenkandidaten zur Europawahl gewählt wurde, spricht Migrantinnen und Migranten angesichts ihrer abweichenden ethnisch-kulturellen Herkunft den Zugang zur deutschen *„Kulturgemeinschaft“* pauschal ab. Er betont nicht nur ihre aus seiner Sicht unveränderliche Unfähigkeit, Zugang zu diesem *„Produkt kollektiver Evolution“* zu erlangen, sondern gleichermaßen auch die schädlichen Auswirkungen von Integrationsversuchen auf das ethnisch deutsche Volk. Die Ausführungen belegen insofern einmal mehr ein mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarendes völkisches Welt- und Menschenbild.

Bei einem Vortragsabend im Zuge der von der Jungen Alternative Dresden ausgerichteten Reihe „Dresdner Gespräche“ am 12. Oktober 2023 wiederholte Krah seine Vorstellung, Menschen mit Migrationsgeschichte könnten aufgrund ihrer kulturellen und biologischen *„Prägung“* kein Teil des deutschen Volkes sein:

> *„Eine Kultur, die wir haben ist eben auch die Folge dessen, was wir über die Geschichte geworden sind und wir sind es auch geworden, weil wir an einem bestimmten Ort leben. [...] Das heißt nicht, dass jeder Syrer es nicht kann, das heißt aber, dass er schwerer hat. Warum? Weil er als Produkt seiner Geschichte, seiner Eltern, seiner Prägung natürlich nicht auf das vorbereitet ist was wir sind, denn wir sind perfekt angepasst eben an ein Leben in diesen geographischen Breiten an diesem Ort, den wir Heimat nennen. Wir sollten also begreifen, dass wenn wir übers Volk reden, reden wir [...] tatsächlich über eine Gemeinschaft der Ähnlichen und diese Ähnlichkeit ist entstanden über sehr, sehr viele Jahrhunderte, durch eine perfekte Adaption von Menschen an den Ort wo sie leben und aneinander. [...] Das wollen wir erstmal erhalten. Wir wollen es nicht deshalb erhalten, weil wir die anderen geringschätzen, sondern weil wir uns selbst schätzen und wir schätzen uns selbst, weil wir unsere Vorfahren ehren und weil wir das eigentlich ganz gut finden, wie wir hier sind, mit allen Einschränkungen, die wir haben. Und insofern ist der Begriff des Volkes natürlich eine extreme Herausforderung für Leute, die nur als Individuum denken, die überhaupt nicht begreifen was eine Gemeinschaft ist, die meinen, man könne beliebig Menschen von Ort A nach Ort B umsetzen und alles sei gut und die glauben, das Zusammenleben in unserem Land hänge allein am Gesetz und*

eben nicht an diesen tiefsitzenden kulturellen Übereinstimmungen, die dazu führen, dass wir uns instinktiv erkennen, in der Regel instinktiv mögen [...]. Das ist der Kernbegriff des Volkes, nämlich eine Beheimatung in einer Gemeinschaft. [...] Sie werden also reinkommen und bleiben Afrikaner, Mittel-Araber und so weiter. Das sind sicherlich in Afrika und Arabien wunderbare Völker, aber sie bringen das genau mit und sie werden sich mit Ihresgleichen sammeln. Sie werden dann am Ende einen Stadtteil übernehmen und der wird innerhalb von wenigen Jahren aussehen, wie es eben in Afrika und Arabien aussieht. [...] Und insofern: Wenn wir vom Volk reden - das ist weit mehr als irgendeine politische oder rechtliche Kategorie. Es ist eine natürliche biologisch nachprüfbare Realität. Wenn ihr einen Bluttest einschickt, kann man euch mit hoher Wahrscheinlichkeit nachsagen, wo eure Vorfahren herkommen. Es ist also kein soziales Konstrukt, es ist etwas, was in den Genen ist. Und jetzt ist es so, dass wir das – weil wir diese Gemeinschaft bilden – ein gewisses Vertrauen haben; heißt: wir sind imstande zu überlegen, was gut für euch ist, ist gut für uns alle. [...] Ein Araber wird eine andere Vorstellung von dem haben, was ein Wohl ist als wir. [...] Zwischen uns und den Tschechen – ja vielleicht ist die Zeit, wo man mit dem Bier trinken anfängt in der Arbeitswoche in Tschechien eine Stunde nach vorn gerückt im Vergleich zu Sachsen, aber ich glaube das sind Petitessen. Aber eben mit der arabischen Welt und mit Afrika ist was Anderes. Das heißt also eine Zuwanderung, die uns sehr nahe ist oder auch eine Überschneidung, die uns sehr nahe ist, wird in der Regel nicht so problematisch sein und wird sich auch nach ein, zwei Generationen überwinden lassen, wenn es sein muss. [...] Das, was für uns individuell gilt, gilt für uns als Gruppe. Wir sind ein Volk der Ähnlichen und das ist über die Jahrhunderte gewachsen. [...] Aber wenn Leute sich hinstellen, die meinen sie könnten am Reißbrett neue Völker schaffen. 200.000 – nee 400.000 pro Jahr und dann am besten noch Englisch als zweite Amtssprache, weil dann kriegen wir auch mehr und leichter. Das ist O-Ton eines Mitglieds des Sachverständigen-Rates der Bundesregierung für die gesamtwirtschaftliche Lage. Wer so anfängt in Tausender-Blöcken Menschen zu verschieben, weil er irgendwelche ökonomischen Bedingungen erfüllen will, nein. Das ist Wahnsinn und das werde ich in Zukunft auch wieder ganz

offen Umvolkung nennen, egal was man mir dafür nachsagt. Das ist nicht akzeptabel.“[526]

Krahs Aussagen bei den „Dresdner Gesprächen“ sind Ausdruck einer völkisch-abstammungsmäßigen Grundkonzeption. Er unterstellt die Existenz einer kulturell definierten Ethnie, einer *„Gemeinschaft der Ähnlichen“* mit *„kulturellen Übereinstimmungen“*, die einer geographisch umrissenen Region zugewiesen ist, in welcher sich die kulturelle Identität entwickeln und entfalten könne. In einem solchen Konzept sind Migrantinnen und Migranten von vornherein pauschal ausgeschlossen, da sie eine *„gemeinsame Geschichte“* nicht nachholen und somit kein authentischer Teil des Volkes werden könnten. Krah spricht darüber hinaus von einer *„biologisch nachprüfbaren Realität“*. Der Volksbegriff Krahs beruht daher auf ethnisch-kulturellen bzw. biologistisch-abstammungsmäßigen Prämissen.

Der sächsische Bundestagsabgeordnete René Bochmann unterstellte *„Personen aus anderen Kulturkreisen, insbesondere aus dem arabischen oder afrikanischen Raum“* in einem Telegram-Beitrag vom Februar 2023 pauschal ein *„skrupelloses Vorgehen“* im öffentlichen Personennahverkehr und konstatierte weiter:

> *„Auch ein deutscher Pass oder eine doppelte Staatsangehörigkeit können darüber nicht hinwegtäuschen, dass die fremden Kulturkreise immer mehr Raum ergreifen.“*[527]

Bochmann insinuiert somit, Menschen mit arabischer oder afrikanischer Migrationsgeschichte neigten – ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft oder ihres Integrationsgrades – per se deutlich stärker zu *„skrupellose[m] Vorgehen“* als autochthone Deutsche. Auf diese Weise wird eine naturgegebene Inkompatibilität entsprechender Zuwanderer mit der deutschen Kultur suggeriert, welche auch durch Einbürgerung nicht zu überbrücken sei. Durch den Verweis auf das *„Ergreifen“* von *„immer mehr Raum“* wird zudem eine Bedrohungssituation konstruiert, in welcher ethnische Deutsche ihr Land sukzessive an rücksichtslose Kulturfremde verlören.

Martin Reichardt (Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, ST), veröffentlichte als Reaktion auf ein Zitat der Leiterin des Berliner Instituts für empirische Integrations-

---

[526] Krah, Maximilian: Vortrag bei den „Dresdner Gesprächen“ am 12.10.2023“; veröffentlicht in: www.youtube.com am13.10.2023, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation“, abgerufen am 13.10.2023.
[527] Bochmann, René: Telegram-Beitrag vom 22.02.2023, abgerufen am 23.02.2023.

und Migrationsforschung sowie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, Naika Foroutan, das lautete *„Deutschland gehört per se niemandem“*, am 2. September 2023 folgenden Beitrag auf Facebook:

> *„Es ist die strukturelle Asozialität und penetrante Unverschämtheit linker Migrantenvertreter, die das gesellschaftliche Klima in vergiftet! [Deutschland] gehört den [Deutschen], so wie die [Türkei] den [Türken] gehört! Naika Foroutan ist ein Beispiel für völlig misslungene Integration! Es ist der asoziale linke Irrglaube, dass der Gast, dem Gastgeber am Ende sagen dürfe, dass eigentlich das Haus auch dem Gast gehört!“*[528]

Gerhard Vierfuß, zum damaligen Zeitpunkt Landesschiedsrichter der AfD in Niedersachsen und inzwischen Mitarbeiter der Landtagsfraktion in Brandenburg, äußerte in einem Tweet vom August 2022:

> *„Unsere #Pseudo_Eliten haben d. ihre Politik des #Bevölkerungsaustauschs nicht nur unser Recht auf Bewahrung der #ethnokulturellen #Identität verletzt, s. auch die Grundlagen unseres #Rechtsstaats zerstört und den Staat #delegitimiert. Sie sind die wahren #Verfassungsfeinde.“*[529]

Der Bundesvorsitzende der Christen in der AfD, Ulrich Oehme, warnte in einem Facebook-Post vom Oktober 2023 vor der *„Aufweichung unserer deutschen Kultur und Identität“* und forderte, mittels *„Remigration“* die *„ethnokulturelle Identität zu schützen und zu bewahren“*:

> *„Illegale Einwanderung führt nicht nur zur Aufweichung unserer deutschen Kultur und Identität, sondern auch zum Ausbluten der Sozialsysteme. […]*
> *Deutschland kann nur durch eine Regierung gerettet werden, die sich endlich den Problemen und Sorgen des eigenen Volkes widmet und sich nicht um das Ansehen auf dem internationalen Parkett kümmert. Ein zentraler Faktor dabei ist und bleibt die sofortige Remigration, um unsere ethnokulturelle Identität zu schützen und zu bewahren.“*[530]

Die zitierten Parteivertreter zeichnen in ihren Äußerungen eine durch eine historische Kontinuitätslinie gewachsene, spezifische kollektive und geschlossene Identität, die

---

[528] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 02.09.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[529] Vierfuß, Gerhard: Tweet vom 10.08.2022, abgerufen am 17.08.2022.
[530] Oehme, Ulrich: Facebook-Eintrag vom 04.10.202, abgerufen am 09.10.2023.

insbesondere auf dem Kriterium der ethnisch-deutschen Abstammung beruht und vor einer migrationsinduzierten „Zersetzung“ bewahrt werden müsse.

Vergleichbar äußerten sich auch Repräsentanten der AfD auf Kreisebene.

Die AfD Bodensee schrieb im Juni 2024 auf Telegram:

> *„Multikulti: Die Hölle auf Erden*
> *Wer die multiethnische und multikulturelle Gesellschaft anstrebt, weiß meist nicht, dass er damit eine heile Gemeinschaft zerstört und die Harmonie in eine Hölle verwandelt. Nach der Massenzuwanderung der letzten Jahre vergeht heute kein Tag, ohne dass ein deutsches Kind von einer Bande Fremder misshandelt wird. […] Wir haben die (Er-)Lösung: #Remigration!“*[531]



Eine dazugehörige Grafik enthielt die ethnopluralistische Aussage, die in biologistischer Weise mit einer Gleichsetzung mit Bienenvölkern verbildlicht wurde:

> *„Jedes Volk hat seinen Platz“*[532]

Der AfD-Kreisverbandsvorsitzende Sebastian Koch (ST) imaginierte in einem Facebook-Beitrag vom 25. September 2024 die Existenz eines *„kulturellen Erbstrang[s]“*, der die Eigenschaften von Menschen mit Migrationsgeschichte determiniere:

> *„In Bezug auf Kriminalität und Hass gegen Frauen bleibe ich bei der Aussage – eine Geburt lässt den kulturellen Erbstrang nicht beschneiden. Das sieht man bei den ganzen Talahons die schwerst frauenfeindlich und rassistisch gegen Deutsche handeln obwohl sie in der 3. Generation hier leben. Daran ändert auch kein Stück Papier etwas.“*[533]

Koch reduziert deutsche Staatsbürger mit Migrationsgeschichte somit auf ihre als rückständig dargestellte ethnisch-kulturelle Herkunft und spricht ihnen eine individu-

[531] AfD Bodensee: Telegram-Beitrag vom 25.06.2024, abgerufen am 25.06.2024.
[532] Ebd.
[533] Koch, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.

elle Entwicklung ab. Auch sind selbst solche Staatsbürger, die bereits „*in der 3. Generation hier leben*" aus seiner Sicht keine vollwertigen Deutschen, sondern lediglich Inhaber eines „*Stück[s] Papier*".

Der AfD-Kreisverband Kleve (NW) veröffentlichte im Juni 2022 einen Beitrag seines rege publizierenden Parteimitglieds Adolf Frerk mit folgenden Aussagen:

> „*Das Kartell der Altparteien hat sich von der deutschen Kulturnation verabschiedet und versucht, die multikulturelle Willensnation einzuführen. Die autochthonen Deutschen haben auf ihren eigenen historischen und kulturellen Hintergrund zu verzichten. Wer sich da sträubt, ist ein Ausländerfeind, ein Rassist oder ganz einfach ein Staatsfeind, worüber Herr Haldenwang befindet. Die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft soll nur noch von der Zustimmung des Einzelnen zum Wortlaut der Verfassung abhängen. In diesem Sinn hat Frau A. Merkel 2015 die deutschen Grenzen für die ganze Welt geöffnet. […] Das deutsche Volk soll endlich seine ererbte Identität zugunsten der Migrationsgesellschaft aufgeben. […] Der Bevölkerungsaustausch ist zum Staatsziel geworden.*"[534]

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber unterstellte im Juni 2022 auf Telegram der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Absicht, „*alles Deutsche durch Massenmigration und Vielfaltsokkultismus aufzulösen*". Ferner schrieb er:

> „*Anstelle der deutschen Kultur, Tradition, Identität soll der Multikulti-Vielfaltsstaat nach dem Vorbild der USA oktroyiert werden, aber mit einem über Jahrhunderte geprägtem Volk auf dem Staatsgebiet und ohne Leitkultur oder Patriotismus […] und wir Deutschen - wie schon jetzt in den Großstädten im Westen zu sehen - jeden Tag aufs neue aushandeln dürfen, wie viel wir von unserem zivilisatorischen Denken abgeben und jeden Tag aufs Neue von der archaischen Dominanz mancher Zuwanderer als bereichert ansehen dürfen. […] Hier soll nur die einhellige Meinung des Establishments herrschen, das seine Kinder auf die Privatschulen schickt und Im sicheren Villenviertel mit hohen Mauern, Sicherheitsdienst in homogener Gesellschaft lebt, dass wir unsere ewige Schuld reinwaschen müssen, indem wir den Rest der Welt hier aufnehmen und*

[534] Frerk, Adolf: „Deutschland am selbstgewählten Ende – eine schonungslose Analyse" vom 16.06.2022, in: https://afd-kleve.de, abgerufen am 23.06.2022.

immer mehr Asyltouristen reinwinken, bis der Sozialstaat komplett abgeschafft ist und Deutschland zum bunten identitätslosen Nachkriegsexperiment verkommt […]. […] Wie Sie sehen, es ist ja eben die neue Glaubensfrage des 21. Jahrhunderts in einer Gesellschaft, die tief zersplittert und historisch gebrochen nach der Erlösung sucht."[535]

Insgesamt belegen die dargestellten Verlautbarungen, dass innerhalb der AfD weiterhin anhand ethnisch-kultureller Kriterien eine Unterteilung in distinkte kollektive Identitäten vorgenommen wird.

In einigen Äußerungen sprechen sich Funktionärinnen und Funktionäre der AfD auch explizit für eine ethnisch homogene Gesellschaftskonzeption aus. Diese wird dabei als konfliktfrei dargestellt, wohingegen das Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien zwangsläufig gravierende Probleme verursache:

Der zum damaligen Zeitpunkt fraktionslose Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (seit Februar 2025 Fraktionsmitglied, NW) brachte anlässlich der Debatte um eine schnellere Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten auf Facebook zum Ausdruck, dass aus seiner Sicht „*Volk, eine gemeinsame Herkunft aus der Geschichte, Sprache und Traditionen*" Bedingungen einer „*gedeihenden Demokratie*" seien.[536]

Maximilian Krah, zum damaligen Zeitpunkt Mitglied des Europäischen Parlaments und Beisitzer im AfD-Bundesvorstand (mittlerweile MdB, SN), schrieb auf Twitter als Reaktion auf die Hochstufung der Jungen Alternative:

> *„Auf der Basis dessen, was der Verfassungsschutz heute zum Volk zum Besten gegeben hat, lässt sich kein Staat machen, zumindest kein demokratischer. Denn ohne eine Homogenität kann es kein Gemeinwohl geben, nur Teilinteressen. Abstrakte Rechtsprinzipien reichen nicht aus."*[537]

Noch konkreter wurde Maximilian Krah, als er in einem Tweet vom Dezember 2022 Bezug auf eine Gewalttat nahm und pauschal konstatierte:

> *„Einwanderergesellschaften sind brutal, kriminell und unbarmherzig. Solidarität braucht Homogenität."*[538]

---

[535] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 12.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[536] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 01.12.2022, abgerufen am 12.12.2022.
[537] Krah, Maximilian: Tweet vom 27.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.
[538] Krah, Maximilian: Tweet vom 12.12.2022, abgerufen am 15.12.2022.

Krah stellt Einwanderungsgesellschaften hier per se als elementares Sicherheitsrisiko dar. Solidarität, auch im Sinne eines friedlichen Miteinanders, sieht Krah nur im Rahmen einer ethnisch homogenen Gemeinschaft als möglich an. Migrantinnen und Migranten können dieser Anschauung zufolge ungeachtet ihrer individuellen Integrationsleistung niemals Teil der Solidargemeinschaft werden; vielmehr gehe von ihnen naturgemäß eine latente Gefahr für die Sicherheit der autochthonen Bevölkerung und die innergesellschaftliche Solidarität dieser Bevölkerung aus. Die dargestellte Ansicht impliziert eine verfassungsfeindliche Schlechterstellung zugewanderter Personen, die nicht Bestandteil der eigenen, aufgewerteten Gruppe sind.

(2) Die These des Großen Austauschs und alternative Begriffe

Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung können sich auch aus der vom ethnisch definierten Volksbegriff ausgehenden Beschreibung eines vermeintlich voranschreitenden Verdrängungsprozesses zu Lasten der autochthonen Deutschen ergeben.

Die Verbreitung des Narratives von einem planvoll betriebenen Großen Austausch, bei dem das ethnisch deutsche Volk durch den Zuzug von Migrantinnen und Migranten in seiner Existenz gefährdet werde, ist weiterhin ein gängiges Muster innerhalb der AfD und auf allen Ebenen der Partei feststellbar.

Gerichtlich ist bereits mehrfach entschieden worden, dass die Behauptung eines so beschriebenen Großen Austauschs der Bevölkerung erkennbar darauf gerichtet ist, Zuwanderern ihre Menschenwürde abzusprechen.[539] Da dieses Konzept nämlich der abstammungsbezogenen Begrenzung der „deutschen Volksgemeinschaft" und der Notwendigkeit, diese vor einer Vermischung mit anderen Rassen zu schützen, auf völkisch-ethnischen Vorstellungen eines ethnisch vorhergehenden deutschen Volkes beruht, stellt das Vertreten dieses Konzepts nach der Rechtsprechung einen tatsächlichen Anhaltspunkt für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung dar.[540]

Der Große Austausch

[539] So etwa OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.06.2021, OVG 1 N 96.20, juris, Rn. 13.
[540] Vgl. BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, BVerfGE 144, 20 Rn. 673 ff., 690 ff.; VG München, Beschl. v. 27.07.2017, M 22 E 17.1861, juris, Rn. 68; VG Weimar, Beschl. v. 09.01.2013, 1 E 1194/12 We, juris, Rn. 8. ff.

Die sächsische Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann veröffentlichte im Oktober 2022 einen zweiteiligen Gastbeitrag auf der Internetseite des Magazins COMPACT. In der Einleitung heißt es:

> *„Der Große Austausch nimmt konkrete Gestalt an: Zahlen belegen, dass Deutsche von der Stadt auf das Land flüchten. Zugleich steigt die Zahl der Flüchtlinge in den Ballungsräumen."*[541]

Im zweiten Teil des Gastbeitrags schrieb Bachmann:

> *„Die Deutschen werden von den Zuwanderern aus ihren Städten regelrecht herausgedrückt."*[542]

Zudem verglich Bachmann die Situation mit der *„Flucht der Weißen in den USA"*.[543] Im Nachgang teilte sie die Beiträge auch auf ihrer Facebook-Seite.[544] [545]

Der Europaabgeordnete und spätere Beisitzer im AfD-Bundesvorstand Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) teilte im Mai 2022 einen Tweet der UN und schrieb dazu:

> *„Sie sind migrantensüchtig! Sie wollen den Großen Austausch."*[546]

Im August 2023 rekurrierte Maximilian Krah abermals auf das Narrativ des Großen Austauschs, als er in einem Tweet schrieb:

> *„Der Große Austausch ist für jedermann sichtbar, tagtäglich. Die Realität zur Verschwörungstheorie zu erklären ist totalitär."*[547]

Am 3. November 2023 schrieb Krah, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und Mitglied des Europäischen Parlaments (mittlerweile MdB, SN), auf der Plattform X außerdem:

> *„7 Millionen Kulturfremde nach einem am Reißbrett entworfenen Generalplan in Deutschland anzusiedeln ist keine Einwanderung - das ist Ersetzung, das ist*

---

541 COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 1" vom 08.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 11.10.2022.
542 COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 2" vom 08.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 13.10.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa. (1))
543 Ebd.
544 Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 10.10.2022, abgerufen am 13.10.2022.
545 Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 13.10.2022, abgerufen am 13.10.2022.
546 Krah, Maximilian: Tweet vom 21.05.2022, abgerufen am 27.05.2022.
547 Krah, Maximilian: Tweet vom 23.08.2023, abgerufen am 31.08.2023.

> *‚Großer Austausch'. Die #AfD ist die einzige Partei, die sich dagegen wehrt - und deshalb schlussendlich auch gewinnen wird!"*[548]

Auch der damalige fraktionslose Bundestagsabgeordnete Robert Farle[549] (ST), zu diesem Zeitpunkt noch AfD-Mitglied, nahm in einem Tweet vom Dezember 2022 direkten Bezug auf den Großen Austausch und bezeichnete diesen als *„Realität"* und *„politisch gezielt forciert"*[550].

Der damalige AfD-Europaabgeordnete Gunnar Beck (NW) mahnte im August 2022 auf Twitter, man müsse mit dem Rekurs auf den Großen Austausch *„vorsichtig"* sein, und spielte damit mutmaßlich auf die durch das Verwaltungsgericht Köln bestätigte Einordnung entsprechender Aussagen als Anhaltspunkt für rechtsextremistische Bestrebungen an. Beck insinuierte im selben Beitrag dennoch, dass der Große Austausch Realität sei:

> *„Wir sollten vorsichtig sein, wenn wir über den großen Austausch #GreatReplacement sprechen, aber die Propagandavideos des @Europarl_DE senden eine ganz klare Botschaft"*[551]

Der nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Renner bekannte sich in einem Facebook-Post vom 16. Dezember 2021 zum Narrativ des Großen Austauschs:

> *„Neben den vaterlandslosen Sozen, die durch unsere reichlich ausgestatteten Sozialkassen all'-überall ‚Weltenbummler' – vornehmlich nicht-christlichen Glaubens – anlocken, um dadurch die autochthonen Eingeborenen kurz- bis mittelfristig zu ersetzen und um sich dadurch für spätere Zeiten ein genehmes Wählerkollektiv zu sichern".*[552]

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) veröffentlichte einen Tweet, in dem er schreibt, der Große Austausch sei real:

---

[548] Krah, Maximilian: Tweet vom 03.11.2023, abgerufen am 14.11.2023.

[549] Robert Farle schied am 8. September 2022 aus der AfD-Bundestagfraktion aus. Im November 2023 trat Farle zudem auch aus der Partei aus. Als Grund für seinen Austritt gab Farle die aus seiner Sicht zu kritische Haltung gegenüber Russland an.

[550] Farle, Robert: Tweet vom 02.12.2022, abgerufen am 08.12.2022.

[551] Beck, Gunnar: Tweet vom 13.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.

[552] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 16.12.2021, abgerufen am 05.01.2022.

> *„Der ‚Große Austausch' ist kein rechtsextremes Narrativ, auch keine Verschwörungstheorie, sondern ein real stattfindender, durch nüchterne demographische Empirie gestützter, politisch offenkundig gewollter Prozess."*[553]

Ähnlich äußerte sich auf Facebook auch Fabian Küble, damaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative, der sich im Internet Fabian Keubel nennt:

> *„Der große Austausch schreitet voran. Bereits über 27% Nichtdeutsche in Deutschland und die Zahl wächst unaufhörlich. [...] Defacto ist dies eine entdeutschung Deutschlands."*[554]

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 29. Juli 2023 forderte Gunnar Beck (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, NW) in seiner Rede:

> *„Asylstopp und Remigration statt Großem Austausch. Und keine Sanktionen mehr, die uns mehr schaden als anderen."*[555]

Die Junge Alternative Altmark (ST) veröffentlichte auf Instagram ein Meme, auf dem mehrere Jugendliche mit nicht-weißer Hautfarbe zu erkennen sind und welches die Aufschrift trägt:

> *„Wenn du die Klasse vor der ‚Grossen Austausch' Verschwörungstheorie warnen willst aber dich keiner versteht, weil du das arabische Wort dafür nicht weisst".*[556]

Auch nach der Verdachtsfalleinstufung und ihrer verwaltungsgerichtlichen Bestätigung wurde das Motiv des Großen Austauschs in Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären und Mandatsträgerinnen und -trägern der AfD somit weiterhin aufgegriffen. Mangels einer kritischen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den gerichtlichen Beanstandungen bezüglich dieses Konzepts und mangels einer Abkehr davon liegt hier eine Verdichtung zur Gewissheit für das Vertreten ethnopluralistischer und entsprechend menschenwürdewidriger Konzepte der entsprechenden

---

553 Froelich, Tomasz: Tweet vom 15.02.2022, abgerufen am 17.03.2023.

554 Küble, Fabian: Facebook-Eintrag vom 12.04.2022, abgerufen am 13.04.2022. Ansicht des OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1217/22 (JA), juris, Rn. 226 ist diese Aussage ebenfalls ein „klarer Beleg für die Ausgrenzung von deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund".

555 Beck, Gunnar: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 30.07.2023.

556 Junge Alternative Altmark: Instagram-Eintrag vom 27.11.2022, abgerufen am 01.02.2023.

Personen bzw. Verbände in der AfD vor. Denn die trotz der Beanstandungen stattfindende Wiederholung dieser Erzählung ohne jegliche inhaltliche Mäßigung bedeutet an sich schon eine Verdichtung.[557]

Darüber hinaus ist bei der AfD aber auch noch eine Zunahme alternativer Begriffe festzustellen. Diese behaupten ebenfalls die strukturelle Substitution der angestammten Bevölkerungen Europas durch Zuwanderer aus dem afrikanischen, arabischen oder maghrebinischen Raum und beinhalten damit die gleiche Erzählung wie die, die mit dem Begriff des Großen Austauschs propagiert wird, bezeichnen diese jedoch anders. Es ist anzunehmen, dass die Nutzung begrifflicher Alternativen und Wortneuschöpfungen eine Reaktion auf die Beanstandung des bislang vorrangig verwendeten Terminus „Großer Austausch" darstellt; diese ist aber – wie die nachfolgenden Belege zeigen – nicht von einer inhaltlichen Abschwächung der darin enthaltenen Positionen geprägt.

Bevölkerungsaustausch

So wird die Migrationsentwicklung ab 2015 seitens zahlreicher Vertreterinnen und Vertreter der Partei weiterhin als Auftakt zu einer gezielten „*Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung*"[558] oder gar eines planmäßigen „*Bevölkerungsaustauschs*" interpretiert.

Dabei wurde gerichtlich bereits festgestellt, dass das Beschwören des „Untergangs" des deutschen Volkes aufgrund eines angeblichen „Ersatzes" oder „Austauschs" des deutschen Volkes ebenso Anhaltspunkte für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis bilden.[559]

In der AfD werden gleichwohl vielfach speziell Positionen vertreten, wonach die anderen Parteien gezielt einen Bevölkerungsaustausch herbeiführten, um sich ein neues Wahlvolk zu schaffen, um einem politischen Machtverlust innerhalb der autochthonen Wählerschaft entgegenzuwirken und neue, ihnen zustimmende, Wählerinnen und Wähler zu generieren; aber es finden sich auch viele Belege, in denen Funktionärinnen und Funktionäre bzw. Verbände der AfD allgemein von einem an-

557 VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 561.
558 Krah, Maximilian: Tweet vom 02.01.2023, abgerufen am 10.01.2023.
559 OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 217; VG Köln, Urt. v. 8. März 2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 220.

geblich stattfindenden Bevölkerungsaustausch sprechen. Oft stehen diese im Folgenden aufgeführten Zitate im Zusammenhang mit Kritik an einer liberalen Einbürgerungspolitik. Das Einbürgerungsrecht ist nach Art. 116 GG, Art. 73 Abs. 1 Nr. 2 GG einfachgesetzlich ausgestaltet, sodass eine Kritik hieran nicht per se verfassungsschutzrelevant ist. Bei der Bestimmung des Volkes im Sinne des Grundgesetzes kommt jedoch ethnischen Zuordnungen keine exkludierende Bedeutung zu. Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung können sich daher daraus ergeben, dass ungeachtet des Erwerbs der Staatsangehörigkeit die Betroffenen nicht als Teil des deutschen Volkes gesehen werden.[560]

Vor diesem Hintergrund sind folgende Äußerungen von besonderer Relevanz:

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag führte in einem Facebook-Beitrag vom 9. Februar 2023 aus:

> *„Mit massenhaften Einbürgerungen als Mehrheitszünglein an der Waage soll die Steuerung dieses Landes übernommen werden. Dem von lang her bestehenden Deutschland entgegen. Wir als AfD-Fraktion wollen das nicht. Schluss mit diesem Staatsstreich am Wahlvolk!“*[561]

Der Bundesverband der AfD veröffentlichte am 30. November 2022 einen Facebook-Beitrag, in dem der Regierung ein planvolles Vorgehen zur Ersetzung des eigenen Volkes unterstellt wurde:

> *„Einbürgerung: Die Regierung wählt sich ein neues Volk!“*[562]

Am 29. Mai 2024 veröffentlichte die Partei auf AfD Kompakt einen Beitrag von Gottfried Curio (innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag) anlässlich steigender Einbürgerungszahlen mit ähnlichem Wortlaut:

> *„Darunter [Anm.: Neueinbürgerungen] mag es Personen geben, die rechtmäßig hierher kamen und gut integriert einen Beitrag zum Leben in Deutschland leisten. Die Regel dürften sie indes nicht sein. Die in der Wählergunst schrumpfen-*

---

560 Dazu und zum Voranstehenden: VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18 (IBD), juris, Rn. 107 ff.
561 AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Facebook-Beitrag vom 09.02.2023, abgerufen am 19.10.2023.
562 AfD: Facebook-Eintrag vom 30.11.2022, abgerufen am 19.10.2023.

den Parteien der Ampel schaffen sich zusammen mit der Union ihr neues Wahlvolk – ein an der Bewahrung Deutschlands desinteressiertes, paternalistisch versorgtes Staatsprekariat.“[563]

Die Co-Bundessprecherin und Bundestagsabgeordnete der AfD Alice Weidel (BW) postete bereits am 29. November 2022 einen wortgleichen Facebook-Eintrag.[564]

Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und hessische Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel erklärte in einem Facebook-Beitrag vom 6. März 2023:

„+++ 23 Prozent in Deutschland mit Migrationshintergrund: Die Ampel schafft sich ein neues Volk! +++ […] Die Bundesregierung dürfte über diese Zahlen dennoch erfreut sein. Wer vom alten Volk nicht mehr gewählt wird, wählt sich einfach selbst ein neues. Gelockt wird dieses mit Blitzeinbürgerungen und unendlicher Partizipation am Sozialstaat.“[565]

Mariana Harder-Kühnel veröffentlichte am 1. Mai 2023 außerdem einen unter ihrem Namen erstellten Flyer, der unter anderem die Aussage trägt:

„Die Ampel schafft sich neue Wähler!“

Der Flyer wird von folgendem Kommentar Harder-Kühnels begleitet:

„+++ BLITZ-EINBÜRGERUNGSPLÄNE DER AMPEL STOPPEN +++
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
wenn die Pläne der Ampel zur Blitz-Einbürgerung umgesetzt werden, dann wird sich unser Deutschland drastisch und unumkehrbar verändern.“[566]

Im Kontext ihrer zuvor genannten Äußerungen wird ersichtlich, dass Harder-Kühnel hier nicht lediglich bewertungsneutral auf eine potentielle Vergrößerung der Wählerschaft abstellt, sondern an das Narrativ des Volksaustauschs anknüpfend bemängelt, dass sich die Wählerschaft in zunehmenden Maße aus Menschen mit Migrationsgeschichte zusammensetze.

---

[563] AfD Kompakt: „Gescheiterte Migrationspolitik: Rekord bei Einbürgerungen ist Folge von Merkels Politik“ vom 29.05.2024, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 17.07.2024.
[564] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 29.11.2022, abgerufen am 19.12.2022.
[565] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 06.03.2023, abgerufen am 17.10.2023.
[566] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 01.05.2023, abgerufen am 17.10.2023.

Auch in ihrer Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag" der AfD Rhein-Berg am 16. Februar 2024 in Kürten (NW) tätigte Mariana Harder-Kühnel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) vergleichbare Aussagen:

> *„Und die neueste absurde Forderung aus den Reihen von SPD und Grünen nach einem Ausländerwahlrecht legt nahe, was eigentlich zukünftig bezweckt ist: Ein neues Wahlvolk. Als ob die langfristig die Grünen oder die SPD wählen würden. Die machen einfach ihre eigene Partei auf und dann Gnade uns Gott, liebe Freunde. Mit der AfD wird es kein neues Wahlvolk geben. Sonst wird Deutschland zu einem Kalifat und wir wollen kein Kalifat. Wir wollen ein Deutschland, das deutsch bleibt, liebe Freunde."*[567]

Auch Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) behauptete im Januar 2024 auf Instagram:

> *„Lächerliches Rückführungsgesetz. Jeder soll Deutscher werden. Man schafft sich ein neues Volk."*[568]

Dazu verwendete er den Hashtag „*remigrationjetzt*".[569]

Der damalige Landtagskandidat Jean-Pascal Hohm (heute MdL BB) äußerte auf einer Kundgebung am 3. September 2024 in Lübben (BB):

> *„Es gibt ein Thema, was uns alle beschäftigt und wenn ich an Infoständen aktiv bin, dann ist es auch das Thema, was den Menschen unter den Nägeln brennt. Und das ist der Bevölkerungsaustausch, das ist die massive Migrationspolitik, die in diesem Land stattfindet, die uns zu Fremden im eigenen Land macht, die uns hier austauscht und das wollen wir nicht. Wir als AfD sind die Partei der Deutschen. Wir sind die, die wollen, dass Deutschland das Land der Deutschen bleibt."*[570]

Der AfD-Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) schrieb am 19. September 2023 in einem Facebook-Beitrag:

---

[567] Harder-Kühnel, Mariana: Redebeitrag auf dem „Politischen Ascherfreitag" der AfD Rhein-Berg in Kürten; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 23.02.2024.
[568] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 17.01.2024, abgerufen am 17.01.2024.
[569] Ebd.
[570] Hohm, Jean-Pascal: Redebeitrag bei einer Kundgebung in Lübben am 02.03.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.09.2024, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 05.09.2024.

„Bewahrheitet sich hier etwa die nächste ‚Verschwörungstheorie'? Gefallen den Herrschenden die Wahlergebnisse nicht, wird das Wahlvolk ausgetauscht. Erst Kommunalwahlen, dann Landtagswahlen und zum Schluss Teilnahme an Bundestagswahlen für Asylbewerber?"[571]

Hohloch veröffentlichte außerdem am 20. September 2023 auf Facebook ein Video mit dem Titel „*Nancy #Faeser will das #Wahlrecht für Ausländer!*" In diesem äußerte er:

„Nancy Faeser, die Bundesinnenministerin, möchte Asylbewerbern das Wahlrecht geben. […] Diesen Menschen möchte sie jetzt auch noch unser verbrieftes Grundrecht, das Wahlrecht, geben, und zwar auf kommunaler Ebene. Heißt erstmal klein anfangen, und irgendwann dann das Wahlrecht auf Landesebene für den Landtag, dann für den Bundestag und dann hat man sich sein neues Wahlvolk geschaffen."[572]

Der stellverstretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) veröffentlichte am 19. September 2023 auf Facebook eine Grafik mit der Forderung „*Kein Wahlrecht für Flüchtlinge!*". Er untermauerte diese folgendermaßen:

„Wahlrecht nicht der Beliebigkeit preisgeben! […] ‚Es überrascht wenig, dass ausgerechnet die SPD die Wahlen für Flüchtlinge öffnen will – schließlich kommen kaum noch Bürger auf die Idee, das Kreuz am Wahltag bei dieser Partei zu machen. Dieser verzweifelte Versuch, Wahlstimmen aus dem Ausland zu rekrutieren, würde aber sogar bei Umsetzung nach hinten losgehen. Letztendlich lässt der Vorschlag nur erkennen, welcher Plan hinter der massenhaften Aufnahme von Ausländern steckt: die SPD will sich ihr Wahlvolk einkaufen, auf Kosten unseres Sozialstaats päppeln und für den eigenen Machterhalt platzieren. Das werden wir zu verhindern wissen.'"[573]

Das AfD-Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) teilte am 19. September 2023 auf X einen Artikel über ein mögliches Wahlrecht für Flüchtlinge und kommentierte diesen wie folgt:

---

[571] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 19.09.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[572] Hohloch, Dennis: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 20.09.2023, Kanal: „Dennis Hohloch - AfD", abgerufen am 18.10.2023.
[573] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 19.09.2023, abgerufen am 17.10.2023.

„Hier kann man sehen, warum das Establishment darum bemüht ist, Worte zu kriminalisieren, die darauf hindeuten, es würde in [Deutschlandflaggen-Symbol] ein Austausch des Souveräns stattfinden. Die @spdde arbeitet mit Hochdruck daran, ihre Wähler aus Kreisen weit jenseits der einheimischen Bevölkerung zu gewinnen. Sie arbeitet damit an der Marginalisierung der einheimischen Bürger. Hier wäre ein echter @BfV_Bund gefordert. #FaeserRuecktritt #Wahlen"[574]

Der thüringische Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke veröffentlichte im November 2022 auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag, in dem er Gesetzesinitiativen der Bundesinnenministerin als *„Nancy Faesers Staatsbürgertombola"* bezeichnete und ferner konstatierte:

„Was hier geschieht ist nichts anderes, als ein Staatsstreich, denn die Regierung tauscht sukzessive das Staatsvolk, den eigentlichen Souverän des Grundgesetzes, aus."[575]

Der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) knüpfte in einem Beitrag vom Dezember 2022 ebenfalls das demokratische Grundprinzip der Volkssouveränität an den ethnisch verstandenen Volksbegriff, indem er erklärte:

„Unser Souverän heißt Volk nicht Menschheit: Bevölkerungsaustausch
Ich spreche an, was hier passiert!"[576]

Die sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann schrieb in einem Facebook-Post vom Januar 2024

„Deutsche Staatsbürgerschaft für ‚Jeden'!

Eben beschloss der Bundestag, gegen die Stimmen der AfD, das neues ‚Staatsangehörigkeitsrecht'!
GRUND:

[574] Reichardt, Martin: Tweet vom 19.09.2023, abgerufen am 17.01.2025.
[575] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.11.2022, abgerufen am 30.11.2022.
[576] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 01.12.2022, abgerufen am 02.12.2022.

‚Es besteht aber ein gesamtgesellschaftliches Interesse, dass sich möglichst viele Ausländer, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, für eine Einbürgerung entscheiden, um aktiv das gesellschaftliche Zusammenleben mitgestalten zu können.‘
[Pfeil-Symbol] also wählen und gewählt werden können ! Die Altparteien schaffen sich ein neues Staatsvolk!“[577]

Bachmann übt hier zwar vordergründig zunächst Kritik an einer Änderung einfachen Rechts, was nicht ohne Weiteres verfassungsschutzrelevant ist. Gleichwohl bringt sie zum Ausdruck, dass sie die ethnische Zugehörigkeit als essentiell für die Zusammensetzung des Volkes ansieht, indem sie äußert, dass durch die Einbürgerungen ein gänzlich neues Staatsvolk entstehe und dies planmäßig so von der Regierung betrieben werde.

Christina Baum, Bundestagsabgeordnete (BW/ST) und zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im Bundesvorstand, warnte in einem Beitrag vom Juli 2022 davor, dass *„in naher Zukunft durch das an die Staatsbürgerschaft geknüpfte Wahlrecht politische Entscheidungen über das indigene deutsche Volk in fremde Hände“*[578] abgegeben würden.

In vergleichbarer Weise äußerte sich auch Dominik Kaufner, Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Havelland (BB) und mittlerweile Landtagsabgeordneter in Brandenburg, im Februar 2023 in einem Interview:

> *„Wir sehen bereits wie versucht wird, gegen den eigentlichen Souverän, das deutsche Volk, zu putschen und die ethnische Wahl als entscheidenden Machtfaktor ins Spiel zu bringen, indem man jedem Illegalen die Staatsbürgerschaft hinterherwirft, um die eigene Wählerbasis zu erweitern und diesen Kurs unumkehrbar zu machen.“*[579]

Der AfD-Kreisverband Bodenseekreis (BW) schrieb im August 2024 unter dem Titel „Einbürgerungswelle im Bodenseekreis“ auf seiner Internetseite:

---

577 Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 19.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.
578 Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 18.07.2022, abgerufen am 21.07.2022.
579 Freilich: „Dominik Kaufner (AfD): ‚Das größte Problem ist der Bevölkerungsaustausch‘“, in: www.freilich-magazin.com vom 11.02.2023, abgerufen am 17.07.2023.

> *„Die humanitär verbrämte Aufnahme angeblicher Flüchtlinge, um ihnen vorübergehend Schutz zu gewähren, ist nichts anderes als eine dauerhafte Ansiedlung fremder Völker in Deutschland. Nach ihrer Einbürgerung werden die Fremden bei den Wahlen mitstimmen. Bei 173 Tausend Wahlberechtigten im Bodenseekreis kommen so in 10 Jahren über 4 Prozent neue Wähler hinzu, während überalterte einheimische Wähler wegsterben. [...] Langfristig verlieren die Deutschen ihre Selbstbestimmung im eigenen Land. Die Altparteien haben sich offenbar einen Rat von Bertolt Brecht zu eigen gemacht: ‚Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?'"*[580]

Zahlreiche weitere Funktionärinnen und Funktionäre der AfD greifen die Behauptung, das Wahlvolk solle ausgetauscht werden, ebenfalls auf: Der Bundestagsabgeordnete Gottfried Curio (BR) unterstellte beispielsweise in seiner Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung des Berliner AfD-Landesverbands am 10. Februar 2023, die geplanten Erleichterungen zur Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten seien *„nichts anderes als ein kalter Staatsstreich am Wahlvolk"*[581].

Björn Höcke (MdL TH) stellte in seinem Redebeitrag auf einer Kundgebung am 7. September 2023 in Oranienburg (BB) die *„deutsche Volkssouveränität"* als bedroht dar:

> *„Wir wissen, dass es höchste Eisenbahn ist. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist eine Minute nach zwölf. Meine Vorredner haben darauf hingewiesen. Wir stehen in Gefahr, als Deutsche dieses Land zu verlieren. Wir stehen in Gefahr, heimatlos zu werden. In Erfurt haben ein Drittel der Grundschulen mittlerweile über dreißig Prozent Migrantenkinder. In Hamburg haben alle Grundschulen zusammengenommen mittlerweile über fünfzig Prozent Migrantenkinder. Schaut in die Schulen, schaut vor allen Dingen in die Kreißsäle oder in die Geburtsstationen Westdeutschlands, dann wisst ihr, wie die Zukunft dieses Landes nach dem Willen der Kartellparteien, nach dem Willen der Bunten aussehen soll. Das ist eine Zukunft, die eben eine andere Zukunft ist, aber keine deutsche*

---

[580] AfD-Kreisverband Bodenseekreis: „Einbürgerungswelle im Bodenseekreis" vom 11.08.2024, in: https://bodensee.afd-bw.de, abgerufen am 02.01.2025.

[581] Curio, Gottfried: Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung des AfD-Landesverbands Berlin am 10.02.2023 in Berlin; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 10.02.2023, Kanal: „Alternative für Deutschland Landesverband Berlin - AfD Berlin", abgerufen am: 02.03.2023.

Zukunft mehr. Es ist so, Demografie entscheidet über Demokratie. […] Wenn wir die demografische Wende nicht schaffen und wenn wir die Einwanderung nicht stoppen, dann sind wir in wenigen Jahren Minderheit im eigenen Land. Dann, liebe Freunde, dann ist die deutsche Demokratie am Ende, weil dann logischerweise für die Minderheitsgesellschaft die deutsche Volkssouveränität am Ende ist. Und die müssen wir erhalten. Um die müssen wir jetzt kämpfen. Es geht um nichts weniger als unser Recht auf Heimat in der Mitte Europas. […] Die Ampel-Regierung will das Staatsangehörigkeitsrecht reformieren. […] Die Ampelkoalition, die Kartellparteien, sie schaffen sich gerade ein neues Volk".[582]

Höcke kreiert hier ein vermeintliches Katastrophenszenario, das begründet durch regierungspolitisch gesteuerte Migration einen völligen Existenzverlust der ethnisch Deutschen skizziert.

Reimond Hoffmann, zum damaligen Zeitpunkt Landesvorstandsmitglied der AfD Baden-Württemberg, forderte eine „*Kampagne gegen diesen Einbürgerungswahnsinn, die es krachen lässt*", und warnte:

> *„Die wollen sich innerhalb von drei Jahren neue Wähler einbürgern. Die etablierte Politik holt sich gezielt eine neue Wählerschaft ins Land und lässt sie noch in der selben Legislaturperiode wählen. Die Ersetzungsmigration schaltet den Turbo ein. Ein Albtraum."*[583]

Der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Christoph Maier nahm im Januar 2023 die Einbürgerung früherer Asylsuchender aus Syrien zum Anlass für die Forderung „*Tauschen wir die Regierung aus, bevor sie das Wahlvolk austauscht!"*[584]

Auch der damalige nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp[585], der sächsische Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Jörg Urban[586], der damalige bayerische Landtagsabgeordnete Uli Henkel[587] und der AfD-Kreisverband München (BY)[588] äußerten sich in ähnlicher Weise.

---

[582] Höcke, Björn: Redebeitrag am 07.09.2023 in Oranienburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.09.2023, Kanal: „______________", abgerufen am 11.09.2023.
[583] Hoffmann, Reimond; Facebook-Eintrag vom 29.11.2022, abgerufen am 19.12.2022.
[584] Maier, Christoph: Telegram-Beitrag vom 11.01.2023, abgerufen am 12.01.2023.
[585] Beckamp, Roger: Redebeitrag vom August 2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.08.2022, abgerufen am 17.08.2022.
[586] Urban, Jörg: Redebeitrag vom 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal", abgerufen am 05.12.2022.
[587] Henkel, Uli: Facebook-Eintrag vom 30.12.2022, abgerufen am 18.01.2023.
[588] AfD-Kreisverband München: Facebook-Eintrag vom 19.07.2022, abgerufen am 28.07.2022.

Neben dieser speziellen Konstellation eines behaupteten Austauschs des Wahlvolkes nehmen viele Aussagen ganz allgemein Bezug auf einen angeblich stattfindenden Bevölkerungsaustausch:

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb etwa im September 2022 auf Twitter:

> *„2015 war keine Ausnahme es war der Anfang. Man will die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung zu Lasten des autochthonen Bevölkerungsanteils massiv verändern."*[589]

Wenig später bekräftigte Maximilian Krah seine vorangegangene Aussage:

> *„2015 war kein Unfall. Es war der Testlauf. […] man will Buntland statt Deutschland."*[590]

In einem Tweet aus Dezember 2022 schrieb Krah außerdem:

> *„2015 war kein Unfall, es war die Generalprobe. Wir erleben die Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung - verursacht durch politische Entscheidungen und in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit. Die Deutschen werden ersetzt."*[591]

Die vermeintlich planvolle „*Veränderung der ethnischen Zusammensetzung*" wird hier als Mittel zur Implementierung einer multikulturellen Gesellschaft und mithin zur ideologisch motivierten, planvoll betriebenen ethnischen Durchmischung der Bevölkerung und als Beginn der „Abschaffung" Deutschlands zugunsten von „*Buntland*" bzw. als „Ersetzung" der Deutschen dargestellt. Damit knüpft Krah – ähnlich wie die vorbenannten Zitate – an das neurechte Narrativ des Großen Austauschs an.

Daniel Haseloff (MdL TH) äußerte sich am 1. November 2024 auf X in vergleichbarer Weise:

> *„Einbürgerung steigt massiv an.*
> *Anzahl der Einbürgerungen hat sich seit 2015 vervierfacht! Jeder zweite Neubürger stammt aus Syrien, gefolgt vom Irak und der Ukraine. Der rapide Anstieg*

[589] Krah, Maximilian: Tweet vom 13.09.2022, abgerufen am 20.09.2022.
[590] Krah, Maximilian: Tweet vom 25.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.
[591] Krah, Maximilian: Tweet vom 04.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

der Einbürgerungszahlen kommt einer Verramschung der deutschen Staatsbürgerschaft gleich. [...] Wir stehen gegen die verdeckte Masseneinwanderung, die das humanitäre Anliegen als Hebel nutzt, um die Zusammensetzung unseres Volkes im großen Maßstab zu verändern."[592]

Indem Haseloff hier zum Ausdruck bringt, dass die Staatsbürgerschaft nichts mehr wert sei, impliziert er zugleich, dass sie keine Aussage über die wahre Zugehörigkeit zum Staatsvolk treffe.

In seiner Rede auf dem Landesparteitag der AfD Berlin am 12./13. Oktober 2024 in Jüterbog (BB) äußerte Gottfried Curio (MdB, BR):

> *„In wenigen Jahren wird durch diese Politik der Kipp-Punkt überschritten, wo die linksgrünen Deutschlandfeinde zusammen mit rasch eingebürgerten Syrern und Afghanen der angestammten deutschen Bevölkerung ihr Land unter den Füßen wegziehen sollen. Lassen wir das nicht zu, meine Damen und Herren, stellen wir uns dieser Veruntreuung unseres Vaterlands entgegen!"*[593]

Mehrere Funktionärinnen und Funktionäre der AfD nahmen zudem einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Quote für Personen mit Migrationsgeschichte in Bundesgerichten und Behörden zum Anlass, das Narrativ vom gezielten Austausch bzw. der Verdrängung autochthoner Deutscher zu verbreiten. So deutete Martin Reichardt (MdB, ST) die Überlegungen in einem Facebook-Post vom 1. Oktober 2024 als weiteren Baustein in einem „*Gesellschaftsumbau*" zum Zwecke der „*Deutschlandzerstörung*":

> *„Während Deutschland über Abschiebungen, Grenzkontrollen und Migrantengewalt diskutiert, holt die Ampel zu einem weiteren Schlag gegen die deutsche Bevölkerung aus. Im sogenannten ‚Partizipationsgesetz', soll eine verpflichtende Quote für ‚Personen mit Migrationsgeschichte oder Diskriminierungserfahrung bei Bundesgerichten und Behörden' festgeschrieben werden.*
> *Es ist ein weiterer Baustein im Gesellschaftsumbau, den die ‚Fortschrittskoalition' in den letzten Monaten ihrer Deutschlandzerstörung, vorantreibt. [...] Und wir Deutschen müssen uns darauf einstellen, dass nicht mehr deutsch in unseren Amtsstuben gesprochen wird. Wenn es dann zu Verständigungsproblemen*

[592] Haseloff, Daniel: Tweet vom 01.11.2024, abgerufen am 04.11.2024.
[593] Curio, Gottfried: Rede auf dem Landesparteitag am 12./13.10.2024; veröffentlicht in: www.rbb24.de am 12.10.2024, abgerufen am 14.10.2024.

> *kommt, sind wir diejenigen, die nicht gut integriert sind in der schönen neuen Welt, die die Ampel schaffen will. Die Quote, die da geschaffen werden soll, ist auch eine Benachteiligung einheimischer Bewerber, denn bis diese Quote erreicht wird, werden zunächst Migranten eingestellt.*
> *Die ‚Migranten-Quote' dokumentiert eindrucksvoll den ganzen Wahnsinn und die nicht enden wollende Ideologie der ‚Vielfalt', die unser Land zerstört.*
> *Nur die AfD kann und will diese Deutschlandzerstörer stoppen! Es wird Zeit, dass wir uns unser Land zurückholen!"*[594]

René Springer (MdB, BB) kommentierte den entsprechenden Gesetzesentwurf wie folgt:

> *„Es handelt sich hierbei um einen weiteren Versuch, den Staat in antideutscher Hand zu halten. Unfassbar, aber wahr."*[595]

Die Dresdener AfD-Stadträtin Silke Schöps (SN) schrieb aus demselben Anlass:

> *„Nächster Schritt der Machtergreifung?"*[596]

Der damalige fraktionslose Bundestagsabgeordnete Robert Farle (ST), zu diesem Zeitpunkt noch AfD-Mitglied, nahm im November 2022 Bezug auf die Migrationspolitik der Bundesregierung und schrieb dazu:

> *„Wir haben eine Innenministerin Faeser, die Migrationszahlen schönt und den Bevölkerungsaustausch in bester Merkel-Manier vorantreibt."*[597]

Diese Position ist der AfD auch zuzurechnen, obwohl Farle der Fraktion nicht mehr angehörte. Denn sein Austritt stand im Zusammenhang mit Differenzen in der Haltung zum Russland-Ukraine-Konflikt und eben nicht mit seinen völkischen Positionen.

Am 30. Mai 2023 schrieb Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) auf X als Reaktion auf eine Überschrift, die aussagte, nur eins von 103 Kindern spreche im Berliner Stadtteil Neukölln Deutsch:

---

594 Reichardt, Martin: Tweet vom 01.10.2024, abgerufen am 15.10.2024.
595 Springer, René: Tweet vom 01.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.
596 Schöps, Silke: Tweet vom 01.10.2024, abgerufen am 01.10.2024.
597 Farle, Robert: Facebook-Eintrag vom 11.11.2022, abgerufen am 15.11.2022.

> *„Ein Bevölkerungsaustausch findet nicht statt. Wer Gegenteiliges behauptet, ist ein Verfassungsfeind.“*[598]

und brachte damit zum Ausdruck, dass ein Bevölkerungsaustausch seiner Ansicht nach stattfinde, man es nur nicht äußern dürfe, da man sonst als Verfassungsfeind gewertet würde.

Im September 2024 konstatierte Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) einmal mehr das Stattfinden eines „*Bevölkerungsaustausch[s]*“:

> *„Deutschland: Masseneinwanderung bei gleichzeitigem Sterbeüberschuss der Autochthonen, das ganze seit fast 50 Jahren mit Eskalation ab 2010. Natürlich ist das ein Bevölkerungsaustausch!“*[599]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) postete im Juni 2024 auf Instagram die folgende Grafik zum Thema „*Bevölkerungsaustausch*“[600]:



Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) schrieb in einem Tweet vom 17. Januar 2024:

---

598 Krah, Maximilian: Tweet vom 30.05.2023, abgerufen am 01.06.2023.
599 Krah, Maximilian:Tweet vom 09.09.2024, abgerufen am 09.09.2024.
600 Beckamp, Roger: Instagram-Post vom 27.06.2024, abgerufen am 27.06.2024.

> *„Bis zu 5 Millionen Ausländer können nach dem neuen Ampel-Staatsangehörigkeitsrecht Deutsche werden. Mehrfachstaatsangehörigkeiten möglich. Der Bevölkerungsaustausch ist eine rechte Verschwörungstheorie [Clown-Emoji]"*[601]

Der damalige stellvertretende Vorsitzende des bayerischen AfD-Landesverbands Tobias Teich (mittlerweile MdB, BY) retweetete den Beitrag.

Auch Bernhard Zimniok (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BY) unterstellte in einem Facebook-Beitrag vom 29. Juni 2023 einen Bevölkerungsaustausch:

> *„+ + Migrations-Schock: Das deutsche Volk verschwindet! + +*
> *Der Bevölkerungsaustausch sei eine Verschwörungstheorie, hört man immer wieder. Erstmals beweist der EU-Abgeordnete Bernhard Zimniok anhand der Daten des Statistischen Bundesamtes in einer interaktiven Karte auf www.demografie-europa.eu/deutschland das Gegenteil: Der Bevölkerungsaustausch ist real, das deutsche Volk droht zu verschwinden."*[602]

Am 4. April 2024 behauptete Zimniok außerdem auf Telegram:

> *„Man kann es nicht anders formulieren: die Ampel wirbt aktiv für den Bevölkerungsaustausch!"*[603]

Der JA-Bundesverband schrieb in einem Instagram-Post vom August 2024:

> *„Deutsche Jugend in der Minderheit !!*
> *Der Bevölkerungsaustausch schreitet in erschreckender Geschwindigkeit voran - besonders bei den Jungen. In vielen Großstädten drohen die Deutschen bei den unter 16-jährigen zur Minderheit zu werden, falls sie es nicht schon sind.*
> *Dieser Zustand ist untragbar. Deutschland DE muss die Heimat der Deutschen bleiben. Das geht nur durch konsequente Grenzsicherung und umfassende Remigrationsmassnahmen."*[604]

Hannes Gnauck (zum damaligen Zeitpunkt JA-Bundesvorsitzender, MdB, BB und seit Juni 2024 Bundesvorstandsmitglied) erklärte im Rahmen einer öffentlichen

---

601 Teich, Tobias: Retweet eines Tweets vom 17.01.2024, abgerufen am 26.06.2024.
602 Zimniok, Bernhard: Facebook-Eintrag vom 29.06.2023, abgerufen am 11.12.2023.
603 Zimniok, Bernhard: Telegram-Beitrag vom 04.04.2024, abgerufen am 04.04.2024.
604 JA Deutschland: Instagram-Beitrag vom 13.08.2024, abgerufen am 30.08.2024.

Kundgebung zum Anlass einer geplanten Unterkunft für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Prenzlau (BB) am 17. April 2023:

> *„Die Altparteienregierungen von Bund, Land betreiben hier einen Bevölkerungsaustausch und sie werden nicht ruhen, bis jeder Winkel unseres Landes und jedes friedliche Dorf mit illegalen Migranten vollgestopft ist.“*[605]

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) schrieb bereits am 25. Dezember 2021 auf Twitter:

> *„Statistiken zur Demographie machen deutlich: Ein Bevölkerungsaustausch findet statt. Das ist Fakt.“*[606]

Tomasz Froelich teilte am 26. Juli 2023 einen Tweet, welcher auf das Theaterstück einer afroamerikanischen Feministin verweist. Mit folgendem Wortlaut kommentierte Froelich das abgebildete Bild:

> *„Bevölkerungsaustausch und Volkstod in einem Bild. Unser Alptraum ist der Traum der Linksglobalisten. Die #AfD kämpft dagegen an, was das Parteienkartell umsetzt.“*[607]



In einem Tweet vom 14. September 2024 schrieb Froelich erneut vom „*Bevölkerungsaustausch*“:

> *„Nach Deutschland sollen nun ‚IT-Spezialisten‘ aus #Kenia kommen, selbst wenn sie ‚keine formale Qualifikation‘ haben. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hat schon vor vier Jahren angekündigt, wohin die Reise gehen soll:*

---

[605] Gnauck, Hannes: Videostatement vom 17.04.2023; veröffentlicht in: Tweet vom 17.04.2023, Kanal: „Jüdisches Forum (JFDA e. V.)“, abgerufen am 07.08.2024.
[606] Froelich, Tomasz: Tweet vom 25.12.2021, abgerufen am 17.03.2023.
[607] Froelich, Tomasz: Tweet vom 26.07.2023, abgerufen am 26.07.2023.

> *‚Wir müssen neue legale Wege auch für gering qualifizierte Zuwanderer finden, damit diese in die EU kommen können.' 250.000 davon sollen laut BBC nun allein aus Kenia nach Deutschland kommen. Was ist das anderes als ein Bevölkerungsaustausch?"*[608]

Auch in einem Tweet vom 1. September 2024 brachte Froelich zum Ausdruck, dass das Volk *„von den Kartellparteien ausgetauscht"* werde.[609]

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört und sich im Internet auch Fabian Keubel nennt, konstatierte am 9. Juli 2024 auf X:

> *„Der menschengemachte Bevölkerungswandel ist das Menschheitsverbrechen des 21. Jahrhunderts."*[610]

Marvin Neumann (ehemaliger Bundesvorsitzender der JA und jetziger Mitarbeiter von Hannes Gnauck) schrieb am 18. Juli 2022 auf X:

> *„Tja, Volksverrat in Form der Zerstörung der Versorgungs- und Wohlstandslage, ethnischen Austauschs, antiweißen Geschichtsrevisionismus […]"*[611]

Gereon Bollmann (MdB, SH) rekurrierte im August und September 2023 wiederholt auf das Narrativ des Bevölkerungsaustauschs. In einem Facebook-Eintrag vom 21. August 2023 schrieb er:

> *„Deutschland hat nicht nur ein Messerproblem. Auch Bahnhöfe und Züge sind längst zu Risikozonen geworden. Nach wie vor setzten die Altparteien auf den ungezügelten Bevölkerungsaustausch. […] Die überwiegend ausländischen Tatverdächtigen sind Ausdruck von oben aufgezwungener, illegaler Migration. Mittlerweile herrscht auf deutschen Bahnhöfen und in den Zügen die nackte Gewalt.*
>
> *Dabei schauen Bundes- wie Landesregierungen nur zu, wie eingewanderte Gewalttäter Deutschlands Bahnhöfe unsicher machen. Doch unter einem Mantel des Schweigens wird der für den unbefangenen Beobachter offensichtliche Zu-*

---

608 Froelich, Tomasz: Tweet vom 14.09.2024, abgerufen am 20.09.2024.
609 Froelich, Tomasz: Tweet vom 01.09.2024, abgerufen am 02.09.2024.
610 Küble, Fabian: Tweet vom 09.07.2024, abgerufen am 10.07.2024.
611 Neumann, Marvin: Tweet vom 18.07.2022, abgerufen am 18.07.2022. Der Account ist mittlerweile gelöscht.

sammenhang zwischen Masseneinwanderung und ausufernder Gewaltkriminalität sowohl von den Altparteien als auch den Mainstreammedien verdeckt. Es darf nicht sein, was nicht sein darf. Und so wird lieber das Narrativ des ‚psychisch verwirrten Einzeltäters' ein fürs andere Mal hervorgeholt, als das Kind beim Namen zu nennen.

Wir müssen diesem Bevölkerungsaustausch ein Ende setzen: Grenzen schließen gegen illegale Einwanderung und sofortige Abschiebung krimineller Ausländer."[612]

Gereon Bollmann (MdB, SH) schrieb am 25. September 2023 in einem Facebook-Beitrag:

> *„Längst überfordert der Einwanderungs-Tsunami landauf, landab Städte und Gemeinden. Immer häufiger wenden sich die Gemeindevertreter händeringend an Bund und Länder - in aller Regel umsonst. Warum auch? Es läuft ja alles nach Plan, die Regierenden der Altparteien treiben ihre Politik des Bevölkerungsaustauschs ohne mit der Wimper zu zucken brachial voran."*[613]

In einem Facebook-Beitrag vom 1. März 2024 imaginierte Gereon Bollmann (MdB, SH) zudem einen „*Bevölkerungsaustausch auch im Frauenhaus*":

> *„Bevölkerungsaustausch auch im Frauenhaus: Nur noch ein Drittel Deutsche [...] Der AfD-Bundestagsabgeordnete Gereon Bollmann, Mitglied im Familienausschuss, erklärt dazu:*
> *‚Die Trendrichtung ist damit auch in den deutschen Frauenhäusern klar: Einheimische raus, Fremde rein. Für einheimische Frauen sind kaum noch Kapazitäten übrig. Dieser Trend muss schnellstmöglich umgedreht werden. [...] Die Gesellschaft kann nicht weiter hinnehmen, dass eine schutzsuchende deutsche Frau mit ihren Kindern abgewiesen wird, weil mehr als die Hälfte der Plätze im Frauenhaus von Frauen und Kindern mit Migrationshintergrund besetzt ist.'"*[614]

In einem Tweet vom 10. Februar 2023 schrieb Jean-Pascal Hohm (zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Cottbus und Direktkandidat für die Landtagswahl 2024, mittlerweile MdL BB):

---

[612] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 21.08.2023, abgerufen am 06.02.2025.
[613] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 25.09.2023, abgerufen am 05.10.2023.
[614] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 01.03.2024, abgerufen am 05.04.2024.

„Wenn die Regierung versucht, unser Volk auszutauschen, muss das Volk die Regierung austauschen!“[615]

René Springer (MdB, BB) schrieb am 28. Februar 2023 auf Facebook:

„Wenn die Regierung das Volk austauschen will, muss das Volk die Regierung austauschen!“[616]

In einem weiteren Facebook-Beitrag vom 22. März 2023 äußerte Springer (MdB, BB):

„Gestern durfte ich vor einem vollen Saal beim Bürgerdialog der AfD-Bundestagsfraktion in Frankfurt (Oder) über meine parlamentarische Arbeit und die aktuellen Probleme in unserem Land - wie zum Beispiel absurd niedrige Renten - sprechen.
Wie so häufig in den vergangenen Tagen ging es auch um den stattfindenden Bevölkerungsaustausch sowie den Krieg in der Ukraine. Beides muss beendet werden!“[617]

In einem Tweet vom 8. Juni 2023 forderte René Springer (MdB, BB):

„Jede #Asylreform, die nicht #FestungEuropa und #Nullzuwanderung bedeutet, ist zu wenig.
Die Politik des Bevölkerungsaustauschs muss endlich gestoppt werden.“[618]

Kevin Michalzik, damaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative, äußerte sich in einem Tweet als Reaktion auf einen Tweet der JUNGEN FREIHEIT, in welchem die Publikation schrieb:

„Der deutsche Paß soll zum Ramschartikel im Schlussverkauf der Deutschland-Abschaffung werden. Das Volk würde dadurch in seiner Zusammensetzung radikal umgebaut und durch eine beliebig zusammengewürfelte Bevölkerung faktisch ersetzt werden.“

Michalzik schrieb darauf:

„Der Bevölkerungsaustausch ist keine rechtsextreme Verschwörungstheorie, er ist längst eine systematisch von den Altparteien, den MSM [Anm.: Mainstream-

---

[615] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 10.02.2023, abgerufen am 27.02.2023.
[616] Springer, René: Facebook-Eintrag vom 28.02.2023, abgerufen am 01.03.2023.
[617] Springer, René: Facebook-Eintrag vom 22.03.2023, abgerufen am 24.03.2023.
[618] Springer, René: Tweet vom 08.06.2023, abgerufen am 19.06.2023.

Medien] und staatsnahen NGOs vorangetriebene Realität! Die autochthonen Deutschen sollen zur Minderheit im eigenen Land gemacht werden!“[619]

Die parteiinterne Gruppierung Russlanddeutsche für die AfD konstatierte in einem Facebook-Eintrag vom 28. November 2022:

> *„Die Einbürgerungspläne der Innenministerin #Faeser dienen nur nur dem Zweck, den bereits auf Hochtouren laufenden Bevölkerungsaustausch nochmals zu beschleunigen.“*[620]

In einem Tweet vom 28. Mai 2024 nahm die Gruppierung Russlanddeutsche für die AfD erneut Bezug auf den „*Bevölkerungsaustausch*“.[621]

Eckbert Sachse, Mitglied der Bundesprogrammkommission und Beisitzer im Landesvorstand der AfD Hamburg, sprach in einem Facebook-Post in Bezug auf den Migrationsplan des Bundeskanzlers Olaf Scholz ebenfalls von „*Bevölkerungsaustausch*“[622] und Daniel Haseloff, Landesvorstandsmitglied der AfD Thüringen und seit 2024 auch Landtagsabgeordneter, äußerte auf Telegram:

> *„Sozial-Tourismus: Die Deutschen werden systematisch ausgetauscht.“*[623]

Die kurze Zeit später in den AfD-Bundesvorstand gewählte Bundestagsabgeordnete Christina Baum (BW/ST) beschrieb in einem Facebook-Beitrag vom 20. Mai 2022 den „*Bevölkerungsaustausch*“ als wahrgewordene Verschwörungstheorie:

> *„Und wieder wird eine #Verschwörungstheorie wahr: Berliner Senat will mehr als 400.000 #Ausländer einbürgern*
>
> *Der #Bevölkerungsaustausch schreitet mit 7-Meilen-Stiefeln voran. Gut ausgebildete junge Deutsche wandern aus, #Sozialhilfeempfänger aus teils archaischen ‚Kulturen‘ ein. So wird unsere #Heimat zum 3. Welt-Land: ohne #Identität, ohne verbindende #Kultur und #Sprache, dafür mit #Parallelgesellschaften, hoher #Arbeitslosigkeit, #Verwahrlosung und immer weiter steigender Kriminalität. [...] Und so geht es immer weiter bergab mit dem Land unserer Ahnen....“*[624]

---

[619] Michalzik, Kevin: Tweet vom 25.11.2022, abgerufen am 25.11.2022.
[620] Russlanddeutsche für die AfD: Facebook-Eintrag vom 28.11.2022, abgerufen am 02.12.2022.
[621] Russlanddeutsche AfD: Tweet vom 28.05.2024, abgerufen am 31.05.2024.
[622] Sachse, Eckbert: Facebook-Eintrag vom 31.08.2022, abgerufen am 01.09.2022.
[623] Haseloff, Daniel: Telegram-Beitrag vom 30.11.2022, abgerufen am 01.12.2022.
[624] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 20.05.2022, abgerufen am 23.05.2022.

Auch nach ihrer Wahl in den Bundesvorstand äußerte sich die Bundestagsabgeordnete Christina Baum in vergleichbarer Weise, beispielsweise in einem auf Telegram verbreiteten Beitrag vom 3. Juni 2023:

> *„Das Ziel der Globalisten war und ist klar: der geplante Bevölkerungsaustausch soll so lange geleugnet und Mahner als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt werden, bis er irreversibel ist. Deshalb soll so lange abgelenkt, gelogen und getäuscht werden, bis man vor vollendeten Tatsachen steht.“*[625]

Entsprechend äußerte sich der seinerzeitige bayerische AfD-Europaabgeordnete Bernhard Zimniok in einem von Christina Baum geteilten Tweet:

> *„Kurze Frage an den @BfV_Bund, da der Begriff #Bevölkerungsaustausch als Verschwörungstheorie gebrandmarkt wird: Wie darf man diesen Austausch denn nennen, wenn jeden Monat eine Kleinstadt einwandert und gleichzeitig die Deutschen weniger werden? #Weltkrieg“.*[626]

Auf einer Demonstration in Weil am Rhein (BW) am 21. Oktober 2023 erklärte Christina Baum, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand und MdB, BW/ST:

> *„Spätestens seit Corona erkennen immer mehr Menschen, dass die Welt kopfsteht, dass wir von Politikern und Medien belogen und betrogen werden, dass sie uns wie in Orwells Roman 1984 die Lüge als Wahrheit und die Wahrheit als Lüge verkaufen wollen. […] Sie wollen durch den Bevölkerungsaustausch mittels Massenmigration, die europäischen Völker abschaffen. Und das ist keine Verschwörungstheorie, sondern Realität!“*[627]

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende und AfD-Europawahlkandidat Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) schrieb in einem Tweet vom 18. November 2023:

---

[625] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 03.06.2023, abgerufen am 11.07.2023.
[626] Zimniok, Bernhard: Tweet vom 12.02.2022, abgerufen am 16.02.2022.
[627] Baum, Christina: Rede bei der Trinationalen Demonstration in Weil am Rhein am 21.10.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.10.2023, Kanal: „Dr. Christina Baum“, abgerufen am 23.10.2023.

„Wer sich schon immer gefragt hat, was denn dieser ominöse #Bevölkerungsaustausch eigentlich so ist, der dürfte heute mit einem Blick auf die Zuschauerränge im Berliner Olympiastadion beim Länderspiel zwischen #Deutschland und der #Türkei eine Antwort erhalten haben."[628]

Der Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Hans-Christoph Berndt (BB) nahm im Rahmen einer Pressekonferenz im Februar 2023 ebenfalls explizit Bezug auf die Einordung des *„Bevölkerungsaustausch[s]"* als Verschwörungstheorie:

> *„Dann soll mir niemand mehr kommen und sagen, die These vom Bevölkerungsaustausch sei eine Verschwörungstheorie, dann ist das Verwaltungspraxis. […] Und darum ist diese Art der Migration Gift für unseren Sozialstaat und deswegen muss das grundlegend geändert werden, wenn wir unser Land in absehbarer Zeit noch wiedererkennen wollen."*[629]

Auch der AfD-Landesverband Sachsen[630], die Junge Alternative Schleswig-Holstein[631], die Junge Alternative Sachsen[632] sowie deren damaliger Vorsitzender Alexander Wiesner (MdL SN)[633] und der stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (zum damaligen Zeitpunkt AfD-Europawahlkandidat, mittlerweile MdEP, HH)[634] bekräftigten in Beiträgen, der *„Bevölkerungsaustausch"* stelle ein reales Problem dar und sei keine Verschwörungstheorie.

Jurij Kofner, Referent der bayerischen AfD-Landtagsfraktion und Listenkandidat zur bayerischen Landtagswahl 2023, benannte den *„Bevölkerungsaustausch"* in einem Artikel als *„zentrale Krise des 21. Jahrhunderts"* für Europa. Er setzte das Narrativ zudem in Zusammenhang mit einer vermeintlich stattfindenden *„Islamisierung"*:

> *„Bevölkerungsaustausch und Islamisierung hängen unweigerlich zusammen. […] Insgesamt stellen Muslime aktuell knapp 6,6 Prozent der deutschen und 8,3 Prozent der österreichischen Bevölkerung. Der Anteil ist den letzten Jahren*

---

[628] Froelich, Tomasz: Tweet vom 18.11.2023, abgerufen am 21.11.2023.
[629] Berndt, Hans-Christoph: Äußerungen im Rahmen einer Pressekonferenz; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 22.02.2023, abgerufen am 27.02.2023.
[630] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 06.04.2023, abgerufen am 12.04.2023.
[631] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Tweet vom 08.03.2023, abgerufen am 08.03.2023.
[632] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 04.05.2023, abgerufen am 05.05.2023.
[633] Wiesner, Alexander: Instagram-Eintrag vom 30.05.2023, abgerufen am 31.05.2023.
[634] Froelich, Tomasz: Tweet vom 14.06.2023, abgerufen am 14.06.2023.

stark gewachsen, wozu nicht nur die anhaltende Einwanderung, sondern auch die durchschnittlich höhere Fertilitätsräte muslimischer Frauen beiträgt."[635]

Gerhard Vierfuß, zum damaligen Zeitpunkt Landesschiedsrichter der AfD in Niedersachsen, warf den politischen Entscheidungsträgern in einem Tweet vom August 2022 vor, den „Bevölkerungsaustausch" zu forcieren, die ethnokulturelle Identität der Deutschen zu verletzen und mithin den Staat zu delegitimieren. Angesichts dessen identifizierte er sie als *„die wahren #Verfassungsfeinde."*[636].

Lena Kotré (MdL BB) kommentierte in einem am 1. Oktober 2024 veröffentlichten Video die Idee der Einführung einer Quote für Personen mit Migrationsgeschichte im Staatsdienst folgendermaßen:

> *„Bundesinnenministerin Faeser plant eine Migrantenquote im öffentlichen Dienst oder im Richterdienst. Ja, wie deutschenfeindlich kann man eigentlich sein, Frau Faeser? Das schlägt doch dem Fass den Boden aus. Man möchte also tatsächlich Migranten vor Deutschen bevorzugen? Das alles unter dem Deckmantel der sogenannten Vielfalt. Aber liebe Freunde, ich sage euch eins, die Vielfalt, die damit gemeint ist, ist nichts anderes als der Versuch, die Deutschen in der öffentlichen Wahrnehmung immer weiter unsichtbar zu machen. Nichts anderes ist das. Ich habe es satt, ständig Benachteiligung von Deutschen hinnehmen zu müssen. […] Und ich sage euch eins, das ist eine Prognose, in 10 bis 20 Jahren, wenn Migranten diese Posten besetzt haben, wisst ihr, was sie dann sagen? Dann werden sie uns sagen, na ja, ihr habt so viele Migranten in diesen öffentlichen Dienstverhältnissen, ihr könnt ja gar nicht mehr ohne Migration. Das ist genau das Ziel von solchen Leuten wie Innenministerin Faeser. Und dieses Ziel müssen wir durchkreuzen.*
> *Liebe Freunde, nehmt diesen Bevölkerungsaustausch durch die Hintertür genauso wenig hin wie ich. Zeigen wir es der Ampel, was wir von ihr halten. Diese Ampel muss weg, diese Regierung muss weg!"*[637]

---

[635] Kofner, Jurij: Facebook-Eintrag vom 22.11.2022, abgerufen am 18.01.2023.
[636] Vierfuß, Gerhard: Tweet vom 10.08.2022, abgerufen am 17.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs im selben Kapitel)
[637] Kotré, Lena: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 01.10.2024, Kanal: „KotreLena", abgerufen am 25.10.2024.

Mit der Gegenüberstellung von „*Deutschen*" und „*Migranten*" bezogen auf Tätigkeiten, die die deutsche Staatsbürgerschaft voraussetzen wie das Richteramt, wird offenbar, dass Kotré beide als Gegensätze betrachtet.

Auch Vertreterinnen und Vertreter der AfD-Kreisebene nahmen in vielfältiger Weise Bezug auf das Narrativ des „Bevölkerungsaustauschs". Nicole Jordan (Vorsitzende des AfD-Bezirksverbands Hamburg-Mitte und Fraktionsvorsitzende in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte) schrieb im November 2022 auf Telegram:

> *„Frau #Faeser macht deutschen Pass zur Ramschware Die #Ampel-Parteien wollen den Bevölkerungsaustausch nun schnell forcieren. […] Diese Politik zeigt, wie man unser Land umkrempeln möchte."*[638]

Dominik Kaufner, Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Havelland (BB) und seit Oktober 2024 Landtagsabgeordneter, bezeichnete auf dem Listenparteitag der AfD Brandenburg im April 2024 den „*Bevölkerungsaustausch*" als „*in manchen Klassen fast abgeschlossen*":

> *„Gleichzeitig ist der Bevölkerungsaustausch in manchen Klassen fast abgeschlossen. In einer Generation werden wir vielerorts eine Minderheit im eigenen Land sein. Wir können hier wie durch ein Fenster in die Zukunft sehen. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, dann haben wir den Kampf um unsere Heimat verloren."*[639]

Jean-Pascal Hohm (zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender der AfD Cottbus, mittlerweile MdL BB) zitierte in einem Facebook-Beitrag vom 1. November 2023 einen Zeitungsartikel über sich selbst und nahm dazu anschließend wie folgt Stellung:

> *„Der Bevölkerungsaustausch ist kein ‚rechtsradikales Narrativ', sondern bittere Realität. Das sieht jeder, der mit offenen Augen durch unsere Stadt geht."*[640]

Der AfD-Verband Hamburg-Eimsbüttel (HH) konstatierte im September 2022 auf Facebook:

> *„120.000 mehr Menschen in der Stadt seit 2011. Vor allem Ausländer. Der Bevölkerungsaustausch funktioniert."*[641]

---

[638] Jordan, Nicole: Telegram-Beitrag vom 28.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.
[639] Kaufner, Dominik: Aussage auf dem Listenparteitag der AfD Brandenburg; veröffentlicht in: www.ardmediathek.de am 26.09.2024; abgerufen am 01.10.2024.
[640] Hohm, Jean-Pascal: Facebook-Eintrag vom 01.11.2023, abgerufen am 03.11.2023.
[641] AfD Hamburg-Eimsbüttel: Facebook-Eintrag vom 28.09.2022, abgerufen am 28.09.2022.

Der AfD-Kreisverband Hassberge, Rhön-Grabfeld (BY) schrieb am 19. Juni 2024 auf Facebook:

> *„Wer gedacht hat die Masseneinwanderung betrifft nur die Städte, der irrt sich gewaltig. Der Bevölkerungsaustausch kommt in jedes Dorf und jede Gemeinde.“*[642]

Die dargestellten Aussagen stellen lediglich eine Auswahl aus den seit der Verdachtsfalleinstufung in großer Anzahl angefallenen Verlautbarungen zum Thema „Bevölkerungsaustausch“ dar. Der Terminus findet darüber hinaus in zahlreichen weiteren Beiträgen aus allen Ebenen der Partei Verwendung. Entsprechende Aussagen wurden beispielsweise auch durch die Bundestagsabgeordneten René Springer (BB)[643] und Matthias Helferich (NW)[644], den Bundesschiedsrichter und Bundestagsabgeordneten Gereon Bollmann (SH)[645], den damaligen JA-Bundesvorsitzenden und Bundesvorstandsmitglied Hannes Gnauck (BB)[646], die Landtagsabgeordneten Hans-Christoph Berndt[647] (BB), Alexander Wiesner[648] (SN), Jörg Dornau (SN)[649] und Franz Schmid (BY)[650], das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Gunnar Lindemann[651], das JA-Landesvorstandsmitglied Alexander Claus (TH)[652] [653], die wissenschaftliche Referentin und stellvertretende Kreisverbandssprecherin Irmhild Boßdorf (mittlerweile MdEP, NW)[654], den Sprecher der AfD-Bezirksverbands Düsseldorf Elmar Salinger (NW)[655], den AfD-Ortsverband Göppingen (BW)[656] sowie durch das auf

---

[642] AfD Kreisverband Hassberge, Rhön-Grabfeld: Facebook-Eintrag vom 19.06.2024, abgerufen am 26.06.2024.
[643] Springer, René: Tweet vom 28.02.2023, abgerufen am 28.02.2023.
[644] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 01.12.2022, abgerufen am 02.12.2022. (Doppelverwendung des Belegs im selben Kapitel)
[645] AfD Schleswig-Holstein: „Gereon Bollmann: Bevölkerungs-Austausch wird in Seeth zur Realität!“, in: www.afd-sh.de vom 29.03.2023, abgerufen am 30.03.2023.
[646] Gnauck, Hannes: Tweet vom 04.11.2023, abgerufen am 10.11.2023.
[647] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 27.02.2023, abgerufen am 28.02.2023.
[648] Wiesner, Alexander: Facebook-Eintrag vom 30.05.2023, abgerufen am 06.06.2023. Instagram-Eintrag vom 30.05.2023, abgerufen am 31.05.2023.
[649] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 28.05.2023, abgerufen am 01.06.2023.
[650] Schmid, Franz: Tweet vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[651] Lindemann, Gunnar: Telegram-Beitrag vom 30.07.2024, abgerufen am 26.02.2025.
[652] Claus, Alexander: Retweet eines Tweets vom 11.01.2024, abgerufen am 08.04.2024.
[653] Claus, Alexander: Tweet vom 08.02.2024, abgerufen am 08.04.2024.
[654] Boßdorf, Irmhild: Rede auf dem „Pfalztreffen“ am 24.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 26.06.2023.
[655] Salinger, Elmar: Telegram-Beitrag vom 25.12.2022, abgerufen am 27.12.2022.
[656] AfD-Ortsverband Göppingen: Facebook-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.07.2023.

der Internetseite des AfD-Kreisverbands Kleve (NW) publizierende Parteimitglied Adolf Frerk[657] getätigt.

Wie anhand der vorangegangenen Verlautbarungen deutlich wird, ist die Erzählung vom Bevölkerungsaustausch als wesensgleich mit der des Großen Austauschs anzusehen. Beiden ist der Grundgedanke immanent, der beschriebene Austausch werde gezielt von den regierenden Parteien oder fremden Mächten vorangetrieben, um die autochthonen Deutschen durch die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten zu verdrängen oder zu marginalisieren. Beide Erzählungen basieren auf einem ethnisch-homogen verstandenen Volksbegriff, der mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 GG nicht vereinbar ist.

Die beharrlich fortgesetzte Verbreitung der dargestellten Positionen, teilweise unter Vornahme rein verbaler Anpassungen, ohne jeden glaubwürdigen Anhaltspunkt für ein Überdenken und Abrücken, belegt, dass die Verbreitung der zugrundeliegenden völkischen Narrative nicht etwa auf Miss- oder Fehlverständnissen beruht, sondern dezidiert und bewusst so erfolgt.

Den vorangegangenen Äußerungen ist gemein, dass sie von einem ethnischen Volksverständnis ausgehen. Das Volk soll nach Maßgabe der zitierten Äußerungen ausschließlich oder zumindest vorrangig aus autochthonen Deutschen bestehen; die Verleihung staatsbürgerlicher Rechte an nicht autochthone Deutsche wird implizit als Verdrängung („*neues Volk*“) beschworen. Dies steht in Widerspruch zum Volksbegriff des Grundgesetzes. Eingebürgerten Deutschen wird seitens der AfD der Status von Deutschen zweiter Klasse zugeschrieben.

Seitens zahlreicher Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partei sind zudem Verlautbarungen festzustellen, welche die Erzählung vom aktiv betriebenen Großen Austausch oder „Bevölkerungsaustausch“ verkürzt durch die Verwendung des Begriffs „Austausch“ oder mittels der dazugehörigen Verbform „austauschen“ anreißen.

Austauschen

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb in einem Tweet vom Dezember 2022 beispielsweise:

---

[657] Frerk, Adolf: „Deutschland am selbstgewählten Ende – eine schonungslose Analyse“ vom 16.06.2022, in: https://afd-kleve.de, abgerufen am 23.06.2022. (Doppelverwendung des Belegs im selben Kapitel)

„Es gehen die autochthonen Qualifizierten und es kommen die fremden Unqualifizierten. Ein Austausch, der unser Land ruiniert."[658]

Harald Laatsch, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, äußerte sich in einem Tweet vom 30. September 2022 in vergleichbarer Weise:

„Während die Bundesregierung Massen an unproduktiven Migranten ins Land schleust, betreibt der assimilierte Staatsfunk Propaganda gegen Überbevölkerung, durch ethnisch Einheimische. So kommt es kontinuierlich zum Austausch."[659]

Die AfD-Landtagsfraktion Bayern konstatierte in einem Facebook-Eintrag vom 28. Juni 2023:

„Austausch der Bevölkerung schreitet rasant voran - Qualifizierte Deutsche wandern aus, während doppelt so viele Migranten unseren Sozialstaat stürmen [...] Dieser Austausch der deutschen Bevölkerung durch immer mehr Sozialhilfebezieher muss endlich gestoppt werden!"[660]

Der AfD-Kreisverband Dachau (BY) teilte den Beitrag im Nachgang.[661]

Auch der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Felser sprach in einem Facebook-Post vom Februar 2023 vom *„Austausch der Bevölkerungen"*.[662]

Der sächsische Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel schrieb im Juni 2023 auf Facebook mit Bezug auf eine Äußerung der Bundesinnenministerin Faeser:

„Außerdem kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Väter unseres Grundgesetzes bei der Verschriftlichung des Asylrechts für politisch Verfolgte vor mehr als 70 Jahren wohl kaum den demografischen Austausch des eigenen Volkes durch beruflich unqualifizierte und kulturfremde Migranten im Hinterkopf hatten."[663]

Die Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann (SN) verwendete in einem Facebook-Post die Hashtags *„Austausch"* und *„greatreset"*.[664]

---

[658] Krah, Maximilian: Tweet vom 26.12.2022, abgerufen am 10.01.2023.
[659] Laatsch, Harald: Tweet vom 30.09.2022, abgerufen am 30.09.2022.
[660] AfD-Landtagsfraktion Bayern: Facebook-Eintrag vom 28.06.2023, abgerufen am 17.07.2023.
[661] AfD Dachau: geteilter Facebook-Eintrag vom 28.06.2023, abgerufen am 17.07.2023.
[662] Felser, Peter: Facebook-Eintrag vom 23.02.2023, abgerufen am 24.02.2023.
[663] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 08.06.2023, abgerufen am 13.06.2023.
[664] Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 19.10.2022, abgerufen am 25.10.2022.

Die Europaabgeordnete Christine Anderson (HE) teilte am 2. Dezember 2022 auf Twitter einen Beitrag der JUNGEN FREIHEIT mit der Überschrift „*In den größten britischen Städten sind Weiße jetzt die Minderheit*". In diesem Zusammenhang warnte sie:

> „*#Deutschland und dem Rest der #EU blüht das gleiche Schicksal. Die Eliten tauschen uns aus!*" [665]

Der sächsische AfD-Landesvorsitzende, Landtagsabgeordnete und Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2024 in Sachsen Jörg Urban teilte auf Facebook einen Beitrag des sächsischen Landesverbands, in dem im Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylsuchenden, die als „*Sozialsystem-Migranten*" verunglimpft wurden, vom „*Volksaustausch?*" die Rede war.[666]

Die AfD Wolfsburg (NI) schrieb am 8. April 2023 auf Facebook:

> „*Die schrumpfende Bevölkerung wird nach und nach ausgetauscht. Millionenfach wird die entstandene Lücke mit Einwanderern aufgefüllt bis die Deutschen in der Minderheit sind.*"[667]

Jean-Pascal Hohm (zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender der AfD Cottbus, mittlerweile MdL BB) schrieb in einem Tweet vom 27. April 2023:

> „*Die Arbeit des #Verfassungsschutzes richtet sich nicht gegen einzelne Organisationen, sondern gegen das Deutsche Volk.*
> *Jeglicher positive Bezug zum Eigenen wird kriminalisiert. So versucht man die Abwehrkräfte des Volkes gegen den stattfindenden Austausch zu schwächen.*"[668]

Ersatz- oder Ersetzungsmigration

Eine weitere begriffliche Abwandlung in der Darstellung des vermeintlichen, gesteuerten Verdrängungsprozesses zu Lasten autochthoner Deutscher stellt die Beschreibung einer vermeintlich politisch forcierten „Ersatzmigration", „Ersetzungsmigration" oder schlicht „Ersetzung" dar. Auch diese Position wurde gerichtlich bereits als Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Positionen bewertet.[669]

---

[665] Anderson, Christine: Tweet vom 02.12.2022, abgerufen am 06.12.2022.
[666] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.12.2022, abgerufen am 16.12.2022.
[667] AfD Wolfsburg: Facebook-Eintrag vom 08.04.2023, abgerufen am 20.07.2023.
[668] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 27.04.2023, abgerufen am 07.06.2023.
[669] VG Köln, Urt. v. 8. März 2022, 13 K 208/20 , juris, Rn. 230 ff.

Die Verwendung dieser Begriffe ist seit der Verdachtsfalleinstufung der AfD dennoch wiederholt festzustellen:

So erklärte die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) in einem Facebook-Eintrag vom 29. Juni 2022:

> *„Der sogenannte Brain-Drain geht in immer größerer Geschwindigkeit voran. Allein im Jahr 2021 haben etwa eine Million Einwohner ihre Heimat für immer verlassen, während laut dem statistischen Bundesamt zeitgleich rund 1,1 Millionen nichtdeutsche Staatsbürger einwanderten. […] Gleichzeitig verlassen die Leistungsträger unserer Gesellschaft ihre Heimat in immer größerer Zahl. Sie werden zu Flüchtlingen vor einer Politik, die ihnen ihre Existenzgrundlage nimmt und sie über Gebühr mit Abgaben und Steuern belastet. Ersetzt werden sie dem statistischen Bundesamt nach vor allem durch Syrer, Rumänen und Afghanen. Diese stellten 2021 die Haupteinwanderungsgruppe dar.“*[670]

Auch mahnte der damalige AfD-Europaabgeordnete Gunnar Beck (NW) im August 2022 auf Facebook etwa zur Vorsicht bei der Verwendung des Begriffs „*Ersatzmigration*“, implizierte gleichzeitig jedoch, dass dieser durchaus zutreffend sei:

> *„Während die EU-Gesamtbevölkerung das zweite Jahr in Folge zurückging, wurden Bevölkerungsrückgänge nur in 10 Mitgliedstaaten gemeldet. Deutschlands Bevölkerung wächst rasant. Deutschland hat im letzten Jahr netto 228.195 Deutsche verloren, aber netto 310.228 Migranten hinzugewonnen. Das ist ein Drittel aller Migranten in der EU. Mit dem Begriff Ersatzmigration müssen wir vorsichtig sein, aber die Daten sprechen für sich.“*[671]

Mit dem Rat zum vorsichtigen Umgang mit dem Begriff „*Ersatzmigration*“ spielt Beck augenscheinlich auf die durch das Verwaltungsgericht Köln bestätigte Einordnung vergleichbarer Begrifflichkeiten als Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen an. Gleichzeitig betont er jedoch die Richtigkeit entsprechender Positionen.



Die Bundestagsabgeordnete und damalige Beisitzerin im

[670] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 29.06.2022, abgerufen am 16.10.2023.
[671] Beck, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 12.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.

AfD-Bundesvorstand Christina Baum (BW/ST) warnte in einem Telegram-Beitrag vom Dezember 2022 vor der vermeintlich von Migranten ausgehenden Gefahr für Deutsche und bezeichnete in diesem Zusammenhang *„Grausame Verbrechen mit unzähligen Toten und Schwerverletzten"* als *„Folgen der Ersatzmigration"*. Zur Visualisierung fügte Baum ihren Ausführungen eine Grafik bei, die sogenannte Stolpersteine mit den Namen durch migrantische Gewalttäter getöteter Opfer zeigen sollen.

In ihrem Beitrag beklagt Baum zudem die *„desaströse #Migrationspolitik von #Politikern, die Männer aus archaischen, frauenverachtenden Kulturen nicht nur ‚willkommen heißen' sondern auch noch mit einer Rundum-Vollversorgung ins paradiesische #Deutschland einladen"*.

Sie fordert ferner:

> *„Diese #Ersatzmigration muß ein Ende finden, damit wir in Deutschland wieder in Sicherheit leben können."*[672]

Baum bringt hier erneut ein ethnisches Volksverständnis zum Ausdruck, indem sie unterstellt, das deutsche Volk drohe durch zugewanderte Personen ersetzt zu werden. Anhand der Bebilderung mit sogenannten Stolpersteinen, die üblicherweise zum Gedenken an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung Verwendung finden, zieht Baum zudem einen völlig verzerrenden Vergleich zwischen Gewalttaten einzelner Migranten und der systematischen Verfolgung und Ermordung von Juden und Jüdinnen durch die Nationalsozialisten. Auf diese Weise verunglimpft sie Zugewanderte aufs Äußerste und verharmlost gleichzeitig nationalsozialistische Gräueltaten.

Die damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum (MdB, BW/ST) erklärte in einem auf der AfD-Internetseite veröffentlichten Artikel außerdem:

> *„Wir müssen eines in aller Deutlichkeit feststellen: Die überwiegend illegale Massenmigration nach Deutschland ist nicht zufällig über Nacht über uns gekommen. Sie ist ein schon vor dem Jahr der Grenzöffnung 2015 generalstabsmäßig gefasster Plan, um die alternde deutsche Gesellschaft durch arbeitsfähige Migranten zu ersetzen."*[673]

---

[672] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 20.12.2022, abgerufen am 21.12.2022.
[673] AfD: „Großplakate gegen Regierungsversagen" vom 03.11.2023, in: www.afd.de, abgerufen am 13.12.2023.

Am 3. Mai 2023 schrieb Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) auf Twitter:

> *„Das deutsche Geburtendefizit betrug 2022 321.000 – also mehr Tote als Neugeborene. Gleichzeitig sind knapp 1,5 Millionen Menschen mehr ein- als ausgewandert. Das ist Ersetzungsmigration."*[674]

Matthias Helferich sendete ebenfalls am 3. Mai 2023 einen Tweet, begleitet von einer Grafik, über die Thematik, dass es mehr Zugewanderte als Neugeborene in Deutschland gebe, mit folgendem Wortlaut:

> *„Grüne: Forcieren Ersetzungsmigration.*
> *ÖRR: Leugnet Ersetzungsmigration.*
> *VS: Verbietet Kritik an Ersetzungsmigration.*
> *Ersetzungsmigration: Findet statt."*[675]

Maximilian Krah sendete von diesem Tweet einen Retweet.

In einem Interview mit dem Heimatkurier vom 16. Juli 2023 äußerte Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN):

> *„Angesichts der staatlich betriebenen Ersetzungsmigration, die bereits heute dazu führt, dass unser Land immer weniger Heimat ist, kann sich niemand mehr ins Neutrale flüchten. Die Frage ist unausweichbar: Deutschland aufgeben oder um das Erbe unserer Vorfahren kämpfen? Und damit für jeden Einzelnen: Teil des Problems zu sein oder der Lösung? Politik ist wieder da, als Kampf um die eigene kollektive Existenz."*[676]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) lud am 28. Juli 2023 ein aufgezeichnetes Interview auf seinem YouTube-Kanal hoch. Anlass war die mediale Veröffentlichung eben dieses Interviews durch den WDR sowie seine Empörung über die seiner Auffassung nach verkürzte Darstellung seiner Antwortbeiträge. In dem Interview äußerte Helferich unter anderem:

---

[674] Krah, Maximilian: Tweet vom 03.05.2023, abgerufen am 09.05.2023.
[675] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 03.05.2023, abgerufen am 09.05.2023.
[676] Heimatkurier: „Wie weiter mit der AfD? - Im Gespräch mit Maximilian Krah" vom 16.07.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 17.07.2023.

> *„Aber es ist so, dass wir natürlich eine Ersetzungsmigration erleben."*[677]

In einem Facebook-Eintrag vom 7. Februar 2024 postete der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Matthias Moosdorf die folgende Aussage:

> *„Diese Ersetzungsmigration und Entnationalisierung untergraben aber die Grundlagen unserer auf solidarischen Zusammenhalt beruhenden Demokratie und unserer Sozialsysteme."*[678]

Lena Kotré (MdL BB) schrieb im Juli 2024 auf X:

> *„Wir haben von Anfang an vor den Folgen der Migration in unser Land gewarnt. Mit der AfD an der Regierung hätte es nie die Morde, Terrorangriffe, Vergewaltigungen und Ersetzungsmigration gegeben, die jetzt Deutschland in Angst und Schrecken versetzen."*[679]

In einem Instagram-Eintrag vom 1. August 2024 sprach Lena Kotré (MdL BB) abermals von „*Ersetzungsmigration*"[680].

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) veröffentlichte am 27. August 2023 auf Telegram ein Video, in dem er äußerte:

> *„Uns immer wieder vorgeworfen, wir sprechen vom ‚Großen Austausch'. […] Auf Englisch: Replacement Migration. […] Das ist nichts anderes als ein Austausch, eine Ersetzungsmigration. Genau dazu hat uns Merkel bereits vor Jahren verpflichtet."*[681]

Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) schrieb am 16. August 2023 auf Facebook:

> *„Woher kommen denn auf einmal diese ganzen Familien? An einer hohen Geburtenrate kann es jedenfalls nicht liegen. Die ist in Deutschland nach wie vor sehr niedrig. Warum gibt es also Platzmangel? Liegt es vielleicht an der Ersetzungsmigration?"*[682]

---

677 Helferich, Matthias: Video „Das GANZE Gespräch mit dem WDR"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.07.2023, Kanal: „Matthias Helferich MdB", abgerufen am 28.07.2023.
678 Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 07.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.
679 Kotré, Lena: Tweet vom 30.07.2024, abgerufen am 30.07.2024.
680 Kotré, Lena: Instagram-Eintrag vom 01.08.2024, abgerufen am 05.08.2024.
681 Beckamp, Roger: Videostatement; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 27.08.2023, Kanal: „Roger Beckamp MdB", abgerufen am 13.09.2023.
682 Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 16.08.2023, abgerufen am 09.02.2024.

Auch die Junge Alternative verwendete den Begriff „*Ersetzungsmigration*" auf der Facebook-Seite ihres Bundesverbands:

> *„Unsere österreichischen Freunde haben eine Webseite zum Nachvollziehen der andauernden Ersetzungsmigration eingerichtet*
> *Sehr empfehlenswert!"*[683]

In dem Beitrag verweist sie auf eine Seite der Freiheitlichen Jugend Österreich.

Marvin Weber (Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn, NW) schrieb am 11. Dezember 2022 auf Telegram:

> *„Die Masse der Deutschen wird diese fatalen Zustände der Ersetzungsmigration und der Kultur- und Staatszersetzung durch die illegale Migration der Dritten Welt mitten in der eigenen Heimat nicht mehr hinnehmen! […]*
> *Der selbst verursachte Fachkräftemangel in Deutschland wird durch die illegale Massenmigration nicht behoben. […] Wenn die Deutschen diese Erkenntnis nicht haben werden und demnächst nicht millionenfach umdenken, dann war es das mit Deutschland! Dann haben wir die Fremdherrschaft in den Städten und können uns assimilieren als Einheimische."*[684]

Jean-Pascal Hohm (zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Cottbus und Direktkandidat für die Landtagswahl in Brandenburg 2024, mittlerweile MdL BB) veröffentlichte am 16. Februar 2023 auf Facebook ein Video, in dem er folgende Aussage tätigte:

> *„Wenn man sich anschaut, wie die Grünen unsere Wirtschaft an die Wand fahren und Millionen Menschen aus aller Herren Länder in unser Land holen, um unser Volk durch Fremde zu ersetzen, dann ist das für jeden ersichtlich."*[685]

Am 4. November 2022 veröffentlichten die „AfD-Fraktionsvorsitzenden Ost" – Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktionsvorsitzender Brandenburg), Björn Höcke (AfD-Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender Thüringen), Oliver Kirchner (AfD-Fraktionsvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt), Nikolaus Kramer (AfD-Fraktionsvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern), Ulrich Siegmund

---

683 Junge Alternative für Deutschland: Facebook-Eintrag vom 09.11.2022, abgerufen am 14.11.2022.
684 Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 11.12.2022, abgerufen am 22.12.2022.
685 Hohm, Jean-Pascal: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 16.02.2023, Kanal: „Jean-Pascal Hohm", abgerufen am 20.03.2023.

(AfD-Fraktionsvorsitzender und Beisitzer im Landesvorstand Sachsen-Anhalt) und Jörg Urban (AfD-Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender Sachsen) – die „*Dresdner Protestnote*", in der sie sich gegen eine angeblich planmäßige „*Ersetzung der deutschen Bevölkerung durch Migranten*" wenden. Darin ist zu lesen:

> *„Wir protestieren gegen die planmäßige Ersetzung der deutschen Bevölkerung durch Migranten. Die Bundesregierung forciert seit Jahren die von UN und EU geplante Ersetzungsmigration (‚Resettlement/Replacement-Migration'). Mit weltweit einzigartigen Sozialleistungen hat sie einen Asylansturm ausgelöst der inzwischen den von 2015 übertrifft. […] Das Staatsvolk darf nicht ersetzt werden."*[686]

Vor dem Hintergrund einer auf ethnische Kontinuität ausgerichteten Grundposition wird hier das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge als Bestandteil eines politisch geplanten Austauschs der autochthonen Bevölkerung verunglimpft. Christina Baum, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand und Bundestagsabgeordnete, teilte die Protestnote im Nachgang auf Telegram und erklärte den Protest gegen die „*Ersetzung der deutschen Bevölkerung durch Migranten*" zum „*Hauptanliegen*" ihres Wirkens:

> *„Es war und ist ein Hauptanliegen meines eigenen politischen Wirkens, denn: Ich liebe mein Land und mein Volk. Ihm gehört meine Treue. ‚Wir protestieren gegen die planmäßige Ersetzung der deutschen Bevölkerung durch Migranten.'"*[687]

Der AfD-Landesverband Brandenburg bezeichnete sich in einem Positionspapier zur Asyl- und Flüchtlingspolitik zudem als *„das letzte Bollwerk gegen eine Ersetzungseinwanderung!"*[688]

In ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl am 8. Oktober 2023 schrieb die AfD Hessen:

> *„Bisherige Bundesregierungen forcieren seit Jahren die von UN und EU geplante Ersetzungsmigration."*[689]

---

686 Baum, Christina: geteilter Telegram-Beitrag vom 04.11.2022, abgerufen am 07.11.2022.
687 Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 07.11.2022, abgerufen am 07.11.2022.
688 AfD-Landesvorstand Brandenburg: Positionspapier „Festung Brandenburg Aufnahmestopp ist Heimatschutz" vom 05.05.2023, S. 14.
689 AfD Hessen: Wahlprogramm der AfD Hessen zur Landtagswahl am 8. Oktober 2023, S: 21 ff.

Die saarländische AfD-Landtagsfraktion schrieb im Dezember 2023 auf Facebook:

> *„Die Antwort auf eine Anfrage der AfD im Bundestag schlüsselt auf, wie rasant die Ausländerzahlen in den letzten 5 Jahren in Deutschland angestiegen sind: Um 30 Prozent! Konkrete Zahlen für das Saarland fallen noch schlimmer aus: 33 Prozent! Die Ersetzungsmigration schreitet voran - Diese Zahlen zeigen eindrücklich, dass es dringend eine Politik der Remigration braucht!"*[690]

Auch die AfD-Landtagfraktion Baden-Württemberg sprach in einem Facebook-Post vom Oktober 2023 unter anderem von *„Ersetzungsmigranten*":

> *„Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel und der Großen Koalition mussten wir 2015 und seitdem alle Jahre wieder grenzenlose Einwanderung mitansehen. Wir öffnen unsere Grenzen, damit der Tsunami an Asylfordern und Ersetzungsmigranten aus dem arabischen und afrikanischen, wohl gemerkt: nicht aufgeklärten Kulturräumen in unser abendländisches Land einmarschieren darf. Dabei importieren wir uns nicht nur gewaltbereite Straftäter und Kulturterroristen, sondern vor allem Konflikte, die nicht die unsere sind: darunter auch der seit Jahrhunderten schwelende Konflikt zwischen Muslimen und Juden im Nahen Osten und seit 70 Jahren jener zwischen Palästinensern und Israelis im gelobten Land. Die katastrophalen und mittlerweile die BRD selbst gefährdenden Folgen können wir momentan tagtäglich auf den Straßen sehen."*[691]

Vom Austauschen der Bevölkerung sprach auch Daniel Halemba (MdL BY) im November 2023:

> *„Das ist ein verzerrendes Argument. Ja es hat immer Migration gegeben, die unterscheidet sich aber massiv von modernen, globalen Wanderbewegungen. Noch nie wurde eine Bevölkerung so schnell ausgetauscht wie heute, es sei denn es handelte sich um eine Eroberung mit Genozid."*[692]

Auch wenn er den behaupteten Austausch damit nicht unmittelbar mit einem Genozid gleichsetzt, impliziert er jedoch, dass beide in ihren demographischen Folgen vergleichbar seien.

---

[690] AfD-Fraktion im Landtag des Saarlandes: Facebook-Eintrag vom 08.12.2023, abgerufen am 14.12.2023.

[691] AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 15.10.2023, abgerufen am 17.11.2023.

[692] Halemba, Daniel: Tweet vom 01.11.2023, abgerufen am 03.11.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

Über die ausführlich dargestellten Verlautbarungen hinaus liegen zahlreiche vergleichbare Äußerungen weiterer Funktionärinnen und Funktionäre der AfD vor. So sprechen beispielsweise auch Reimond Hoffmann[693] (Landesvorstandsmitglied der AfD Baden-Württemberg), Tobias Teich[694] (zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender der AfD Bayern, mittlerweile MdB, BY), Maximilian Krah[695] (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN), Matthias Helferich[696] (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW), Jan Wenzel Schmidt[697] (Bundestagsabgeordneter, ST) und Björn Höcke[698] (Vorsitzender der Landtagsfraktion und Landesvorsitzender der AfD in Thüringen) von einer vermeintlichen „*Ersetzungsmigration*".

Auch auf der Kreisebene der AfD ist der Rekurs auf das beschriebene Narrativ einer „Ersetzungsmigration" festzustellen. Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber sprach von „*verfassungsfeindliche[n] Entscheidungen dieser gekauften Deutschenfeinde*". Die „*bunte Resettlement-Regierung*" mache Deutschland zur „*weltweiten Beutekolonie Germanistan*". Er, so Weber, habe selten „*eine schändlichere, staats- und kulturzersetzendere Politik gegen das eigene Volk gesehen als heutzutage.*"[699] Weber unterstellt somit, die Regierung gebe Deutschland der Eroberung durch fremde Kulturen preis und wirke somit an der Zerstörung des eigenen Volkes mit.

Auch Dominik Kaufner, Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Havelland (BB) und mittlerweile Landtagsabgeordneter, nahm in einem bereits an anderer Stelle dargestellten Artikel Bezug auf eine vermeintliche „*Ersetzungsmigration*".[700]

Die vorangegangenen Verlautbarungen zeigen, dass auch die durch die AfD vielfach verbreitete Erzählung von einer „*Ersetzungsmigration*" als wesensgleich mit jener

---

[693] Hoffmann, Reimond: Facebook-Eintrag vom 23.12.2022, abgerufen am 12.01.2023.
[694] Teich, Tobias: Tweet vom 11.09.2024, abgerufen am 12.09.2024.
[695] Krah, Maximilian: Tweet vom 12.02.2023, abgerufen am 14.02.2023.
[696] Helferich, Matthias: „Den Widerstandsgeist des 17. Juni 1953 atmen!" vom 17.06.2023, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 19.06.2023.
[697] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 12.02.2024, abgerufen am 14.02.2024.
[698] Höcke, Björn: Redebeitrag vom 23.11.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.11.2022, Kanal: „Wendezeit Hannover", abgerufen am 25.11.2022.
[699] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 19.07.2022, abgerufen am 26.07.2022.
[700] Freilich: „Dominik Kaufner (AfD): ‚Das größte Problem ist der Bevölkerungsaustausch'", in: www.freilich-magazin.com vom 11.02.2023, abgerufen am 17.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs im selben Kapitel)

vom Großen Austausch anzusehen ist. Beide eint, dass sie auf ein ethnisch homogenes Volk abzielen, das es gegen als „kulturfremd" oder einfach nur „fremd" empfundene Menschen zu schützen gelte. Sie basieren somit gleichermaßen auf einem ethnisch-homogen verstandenen Volksbegriff, der mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 GG nicht vereinbar ist.

Umvolkung

In der bundesverwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung ist bereits festgestellt worden, dass der Vorwurf einer sogenannten Umvolkung, wonach durch Zuzug von Ausländern die deutsche Bevölkerung so weit verändert werde, dass dies einer Ersetzung durch andere ethnische Bevölkerungsgruppen gleichkomme, einen Beleg für eine völkisch-rassistische Auffassung darstellt, weil er das Bekenntnis zu einer ethnisch homogenen, abstammungsmäßig definierten „Volksgemeinschaft" einschließt. Auch vom Bundesverfassungsgericht wurde festgehalten, dass die Erzählung der „Umvolkung" darauf gerichtet sei, Asylbewerbern und Migranten ihre Menschenwürde abzusprechen.

Gleichwohl nutzen Repräsentanten der Partei den Begriff der „Umvolkung" immer wieder, um den imaginierten Verdrängungsprozess zu Lasten der autochthonen Deutschen zu beschreiben; dies tun sie, obgleich Vertreterinnen und Vertreter der Partei in der Vergangenheit wiederholt einräumten, dass der aus der nationalsozialistischen Volkstumspolitik entlehnte Terminus „Umvolkung" angesichts der Einordnung als tatsächlicher Anhaltspunkt für extremistische Bestrebungen vermieden werden sollte.[701]

So brachte Björn Höcke, Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, in seinem Redebeitrag auf einer AfD-Demonstration am 2. Dezember 2022 in Zwickau (SN) zum Ausdruck, „*Umvolkung*" weiterhin als den zutreffenden Begriff anzusehen, ihn aber eigentlich nicht mehr benutzen zu dürfen:

> *„Seine Heimat, liebe Freunde, verliert man nicht nur durch Flucht und Vertreibung, seine Heimat verliert man auch dadurch, dass man zur Minderheit im ei-*

[701] Der Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek hatte der Partei bereits in einer Handlungsempfehlung vom Oktober 2018 empfohlen, rechtsextremistische Reizwörter wie z. B. „Umvolkung" zukünftig zu vermeiden. Vgl. Murswiek, Dietrich: „Rechtliche Voraussetzungen für die Beobachtung einer politischen Partei durch den Verfassungsschutz. Kurzgutachten und Handlungsempfehlungen für die AfD, Oktober 2018", S. 39, in: www.afd.de, abgerufen am 11.05.2020.

> *genen Land wird. […] Wenn ich durch unsere Städte gehe, dann denke ich immer: das, was ich hier sehe, müsste ich eigentlich mit dem Begriff Umvolkung beschreiben können, aber Umvolkung darf ich nicht sagen. […] Umvolkung darf man nicht mehr sagen, aber replacement migration […] oder resettlement migration […], das darf man sagen und das kann man vielleicht auch ins Deutsche übersetzen. […] Wir Deutschen sollen ersetzt werden, liebe Freunde, und das dürfen wir nicht zulassen.“*[702]

Dass Höcke hier einerseits einräumt, „*Umvolkung*“ eigentlich „*nicht mehr sagen*“ zu dürfen, die Verwendung des Terminus gleichzeitig jedoch als zutreffend verteidigt, wirkt sich hinsichtlich der Verfassungsschutzrelevanz verschärfend aus, da hier eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung mit gerichtlich beanstandeten Agitationsmustern nicht nur unterbleibt, sondern aktiv abgelehnt wird. Die Aussage belegt zudem, dass etwaige verbale Anpassungen rein strategischer Natur sind und mitnichten mit einer inhaltlichen Mäßigung einhergehen.

Auf ähnliche Weise äußerte sich Höcke auch im Landtagswahlkampf 2024, in dem er den Begriff „*Umvolkung*“ wiederholt verwendete. So äußerte er auf einer Wahlkampfveranstaltung am 13. August 2024 in Suhl (TH):

> *„In Erfurt sind Ende Juni 154 afrikanische Migranten angekommen. Die sind mit dem Flieger aus Nairobi gekommen und in Erfurt gelandet. 154 Menschen. Aus dem Kongo, aus Tansania, aus Somalia. Und nun fragt ihr euch, wie kann das sein? Wie, die mussten auch nicht mehr zu Fuß durch die Sahara? Und die mussten auch kein Schlepperschiff am Mittelmeer? Oder nee, die sind eingeflogen worden. Und die Grundlage ist der UN-Migrationspakt. Diejenigen unter euch, die vielleicht damals schon politisch wach waren, die können sich dran erinnern. Das ist ein Pakt, der besagt, dass es so etwas wie – nein – Umvolkung nicht gibt. Das dürft ihr nicht sagen. Also die Herren und Damen vom Verfassungsschutz, jetzt mal weghören. Oder jetzt ganz genau hinhören. Also wenn ihr von Umvolkung sprecht, dann kommt ihr in den Verfassungsschutzbericht. Aber ihr dürft die englische Version benutzen, denn die steht so in den Dokumenten der UN und der EU. Nämlich Replacement Migration und Resettlement Migration. Bedeutet eigentlich nichts anderes als Ersetzungsmigration. Das*

[702] Höcke, Björn: Redebeitrag vom 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal“, abgerufen am 05.12.2022.

heißt, die UN und die EU, also diese Globalisierungsagenturen, ich nenne die jetzt mal so, die im Auftrag von, naja, wem auch immer unterwegs sind, die analysieren einfach, da sind sterbende Völker, wie das Deutsche, wie die Westeuropäer, sind alle sterbende Völker, seit Jahrzehnten lässt man das schon zu, dass wir immer weniger werden, die Lücken werden immer größer. Da sind Lücken, da haben wir Afrika, die haben einen gewaltigen Geburtsüberschuss, die werden bis zum Mitte des Jahrhunderts, werden ihre Bevölkerungsanzahl wahrscheinlich verdoppelt haben, von jetzt 1,3 auf 2,5, 2,6 Milliarden Menschen. Na, was liegt denn da näher, als einfach mathematisch auszugleichen? Da ist zu viel, da ist zu wenig, dann fliegen wir die halt nach Europa ein. Man fragt nicht, ob diese Menschen zu uns passen. Man fragt nicht, ob sie unsere Werte teilen. Wir wurden nicht gefragt. Und wer hat's gemacht? Wer hat's gemacht? Merkel hat's gemacht. Die CDU hat's gemacht. Also die Truppe, die jetzt unter Mario Voigt, rechts blinkt, ja, als harter Hund steht er auf den Bühnen – nein, er steht gar nicht auf den Bühnen, weil es gar kein Publikum für ihn gibt – aber er versucht in den Talkshows jetzt den harten Hund zu machen. Wir lösen das Migrationsproblem. Alles Symptompolitiker hintenherum kommen die Menschen an und werden hier sofort mit einem Duldungsstatus ausgestattet. Und wenn es gut läuft, sind die in drei Jahren Deutscher. Freunde, nach drei Jahren kann man nach dem reformierten Staatsangehörigkeit Deutscher werden. Nach drei Jahren.

Im Jahre 2023 sind über 200.000 Menschen eingebürgert worden, haben diesen Pass bekommen. Über 200.000, die größte Gruppe waren Syrer, die gerade mal fünf, sechs, sieben Jahre hier leben. Die haben den deutschen Pass bekommen. Die Kartellparteien schaffen sich gerade ein neues Volk. Freunde, das müssen wir verhindern, sonst verlieren wir diese Demokratie. Sonst verlieren wir diese deutsche Demokratie."[703]

Mit der Behauptung, Deutschland sei ein sterbendes Volk, greift Höcke auf den bereits durch die Nationalsozialisten vereinnahmten und im rechtsextremistischen Sprachgebrauch fest verankerten Begriff des Volkstods zurück. So kreiert Höcke ein Bedrohungsszenario, das bedingt durch das behauptete Sterben des Volkes auch den Verlust der Demokratie zur Folge habe, und zeichnet letztlich das Bild eines

---

[703] Höcke, Björn: Wahlkampfrede in Suhl am 13.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.08.2024, Kanal: „Überzeugungsgamer", abgerufen am 15.08.2024.

größten anzunehmenden gesamtgesellschaftlichen Krisenfalls. Dass er die Begriffe „Volkstod" oder „Umvolkung" nicht ausdrücklich nutzt, sondern sie umschreibt, steht dieser Bewertung nicht entgegen. Vielmehr kommuniziert Höcke hier offen die neurechte Strategie, Begrifflichkeiten stetig weiterzuentwickeln, indem er anstatt der Verwendung des Begriffs „*Umvolkung*" schlichtweg auf den englischen Begriff „*replacement migration*" zurückgreift. Dass er sich bei dem deutschen Volk nur auf ethnisch Deutsche bezieht, offenbart sich insbesondere darin, dass er Migration in diesem Kontext kategorisch ablehnt, sie sogar als Ursache des Sterbens des Volkes darstellt.

Der rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete Sebastian Münzenmaier ließ sich in einem auf Facebook veröffentlichten Video vom 23. Februar 2023 folgendermaßen ein:

> *„[U]nd dann kommt irgendso eine dahergelaufene Wohnungsgesellschaft und sagt ‚Wir schmeißen Sie jetzt raus! Wir brauchen Platz für Ausländer!' Deutlicher kann ich einem Volk doch gar nicht mehr sagen, dass sie eigentlich gar nicht erwünscht sind! Und dann sollen wir den Begriff der Umvolkung nicht benutzen dürfen. Grüße an den Verfassungsschutz. Ja, was ist es denn sonst?"*[704]

Das damalige AfD-Bundesvorstandsmitglied und Mitglied des Europäischen Parlaments Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) schrieb im Oktober 2023 auf der Plattform X im Hinblick auf eine Aussage von Katrin Göring-Eckardt:

> *„12 Millionen will sie ins Land holen. Und ja: Dieser grüne Generalplan bedeutet Umvolkung! Zudem gibt sie zu, dass es nicht um Asyl, sondern Bevölkerungspolitik geht."*[705]

Der AfD-Bundesverband teilte den Tweet Krahs.[706]

In seinem Redebeitrag auf einer Kundgebung in Pirna (SN) am 15. Oktober 2023 bekräftigte Krah abermals:

> *„Aber eine Einwanderung, wie sie jetzt die Grüne Katrin Göring-Eckardt fordert, von 400.000 Menschen pro Jahr über 12 Jahre, also 4,8 Millionen [...], das ist*

[704] Münzenmaier, Sebastian: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 23.02.2023, Kanal: „Sebastian Münzenmaier, MdB", abgerufen am 24.02.2023.
[705] Krah, Maximilian: Tweet vom 07.10.2023, abgerufen am 12.12.2023.
[706] AfD: Retweet vom 07.10.2023, abgerufen am 12.12.2023.

> *keine Einwanderung mehr, das ist Ersetzungsmigration, das ist Großer Austausch, das ist Umvolkung, das wollen wir nicht."*[707]

Auch der stellvertretende Landesvorsitzende der AfD Brandenburg Andreas Galau (MdL BB) äußerte im September 2023, dass im Hinblick auf den Begriff der Umvolkung eine taktische Mäßigung vonnöten sei:

> *„Liebe Freunde, wenn ich hier an dieser Stelle das böse U-Wort verwenden würde – könnt ihr jetzt mal drüber nachdenken was ich damit meine – wäre mir der nächste Eintrag im Verfassungsschutzbericht sicher. Möglicherweise wird sogar der Staatsanwalt juckig wegen Hassrede oder Volksverhetzung oder so. Es ist ja in unserem besten Rechtsstaat aller Zeiten mittlerweile schwierig, die Realität rechtskonform zu beschreiben."*[708]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) zensierte in einem Tweet als Reaktion auf einen Artikel, in welchem es um die Zunahme der Anzahl von Einwanderern seit 2014 ging, das Wort Umvolkung durch drei Punkte:

> *„Eine … ist reine Verschwörungstheorie.*
> *#FinisGermaniae"*[709]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) teilte diesen Tweet.[710]

Die damalige Beisitzerin im Bundesvorstand der Jungen Alternative Anna Leisten kommentierte als Reaktion auf einen Tweet der Bundesinnenministerin Nancy Faeser, in dem sie über ihre Pläne zu Migration und Integration schreibt:

> *„Eine #Umvolkung findet nicht statt… Wenigstens macht die #Regierung kein Geheimnis mehr aus ihrer antideutschen Politik!"*[711]

Den Begriff des „Entdeutschens" verwendete dann etwa die Junge Alternative Sachsen, als sie als Reaktion auf einen tagesschau-Artikel mit der Überschrift *„Scholz will Fachkräfte aus Kenia nach Deutschland holen"* schrieb:

---

[707] Krah, Maximilian: Redebeitrag auf einer Kundgebung in Pirna (SN) am 15.10.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.10.2023, Kanal: „5 Nach 12 TV", abgerufen am 02.11.2023.
[708] Galau, Andreas: Rede auf der Kundgebung „Zukunft für Deutschland" vom 07.09.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „__________", abgerufen am 11.09.2023.
[709] Krah, Maximilian: Tweet vom 20.06.2022, abgerufen am 21.06.2022.
[710] Beckamp, Roger: Tweet vom 20.06.2022, abgerufen am 23.06.2023.
[711] Leisten, Anna: Tweet vom 08.07.2022, abgerufen am 08.07.2022.

„Wenn es nach Scholz geht, sollen noch mehr Afrikaner zu uns kommen. Immer noch mehr Migration. Massenmigration bis zum Untergang, bis Deutschland vollkommen entdeutscht ist. Das ist das wahre Programm der Altparteien. Extrem Anti-deutsch!
Nur die #AfD steht für die deutsche Bevölkerung! Für weniger, statt mehr Migranten. Für #Remigration statt Masseneinwanderung, für #AbschiebenstattAufnehmen, für einen effektive #Grenzschutz und eine #FestungEuropa“[712]

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) schrieb in einem Tweet vom 30. Mai 2023:

„28% mehr #Einbürgerungstest in 2022 als 2021. Vor allem aus #Syrien, #Ukraine, #Irak und #Türkei. Aber eine Umvolkung findet natürlich nicht statt in #Deutschland. Schlafen Sie beruhigt weiter. Gute Nacht.“[713]

Der AfD-Landesverband Thüringen rekurrierte in einem Facebook-Beitrag vom 16. Mai 2023 in ähnlicher Weise auf den Terminus „Umvolkung“:

„Art 5 Grundgesetz: Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Aber wehe, du sprichst angesichts der Bevölkerungsentwicklung von ‚Umvolkung‘! Dann verlierst du deinen Job, deine Ausbildung, deinen Jagdschein, deinen Ruf usw. Frag dich mal, warum ...“[714]



Der damalige thüringische Landtagsabgeordnete René Aust (mittlerweile MdEP, TH) teilte den oben genannten Beitrag der AfD Thüringen im Mai 2023 auf Telegram inklusive der dazugehörigen Grafik.[715]

Der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Miguel Klauß schrieb in einem Facebook-Eintrag vom Februar 2023:

„Sie zerstören mit Absicht unser Land.
Selbstverständlich wird niemand nach Ablauf des Visums von 3 Monaten zurück gehen. Genauso wie Ausreisepflichtige, illegale und abgelehnte Asylbewerber

---

[712] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 06.05.2023, abgerufen am 10.05.2023.
[713] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 30.05.2023, abgerufen am 07.06.2023.
[714] AfD Thüringen: Facebook-Eintrag vom 16.05.2023, abgerufen am 19.07.2023.
[715] Aust, René: geteilter Telegram-Beitrag vom 16.05.2023, abgerufen am 05.09.2024.

> *nie das Land verlassen. Was von den Altparteien von Anfang an geplant war. Die umvolkung findet statt auf kosten unseres Landes.*
> *Es wird noch viel schlimmer. Nur die #AfD kann diese wahnsinnigen Politiker stoppen.“*[716]

Im Zusammenhang mit der Gewalttat von Solingen (NW) am 23. August 2024 schrieb der stellvertretende Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Reutlingen (BW) und AfD-Kreisrat Hansjörg Schrade auf Telegram:

> *„Frau Esken (und die ganze SPD) [ist] [...] schon längst nicht mehr dem deutschen Volk, dessen Frieden, Sicherheit und Wohlstand verpflichtet, sondern [...] ihren perfiden Plan der Umvolkung, des großen Austauschs.“*[717]

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel warnte in einem Facebook-Beitrag vom 5. November 2021 vor einer *„kompletten Änderung der deutschen Bevölkerungsstruktur"* und versuchte, die Benutzung des Wortes *„Umvolkung“* zu legitimieren:

> *„‚Umvolkung' — ein Begriff der in den letzten Jahren rasant an Bedeutung dazugewonnen hat. Er soll die Folgen beschreiben, die eine zunehmende Masseneinwanderung auf ein Volk, ja eine ganze Nation hat. Er warnt vor drastischen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur durch massive Zuwanderung aus kultur- und geographisch fremden Ländern. [...]*
> *Linke, pseudoliberale FPDler und Mainstream-CDU-Politiker behaupten hingegen seit Jahren, dass es sich bei der ‚Umvolkung` lediglich um eine Verschwörungstheorie, ja, einen rechten Kampfbegriff handele, der rein gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun habe — auch wenn die Migrationszahlen der letzten Jahre hochgerechnet etwas komplett anderes aussagen. Linke Propagandisten stehen sogar selbst dazu, dass sie eine solche Umvolkung vorantreiben wollen!"*[718]

Auf einer AfD-Wahlkampfveranstaltung am 3. September 2021 in Elsterwerda (BB) erhob Roman Kuffert, Beisitzer im AfD-Landesvorstand Brandenburg und ab 2024 Landtagsabgeordneter, den Vorwurf der *„Umvolkung“* und des Genozids am deutschen Volk:

---

[716] Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 12.02.2023, abgerufen am 19.07.2023.
[717] Schrade, Hansjörg: Telegram-Beitrag vom 26.08.2024, abgerufen am 27.03.2025.
[718] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 05.11.2021, abgerufen am 08.11.2021.

„Klar ist auch: keine Staatsbürgerschaft für Migranten. […] Das Geld steht den Deutschen zu. […] Sozialleistungen nur für Deutsche! […]
Der Islam gehört nicht zu Deutschland, Freunde. Wir müssen Deutschland vor der Islamisierung schützen! […] Die aktuell in Deutschland lebenden Afghanen bereiten uns täglich, täglich massive Probleme mit Kriminalität, v.a. mit Gruppenvergewaltigungen, zwei an einem Tag, Messerstraftaten, Ehrenmorde usw. Das ist nur die Spitze. […] Politiker mit Kopftuch, tausendfach auf Plakaten, gerade in den alten Bundesländern, welche oft den politischen Islam okay finden, ja. Na klar finden sie ihn okay. In den Großstädten Deutschlands haben schon heute deutlich mehr als 50% Kinder einen Migrationshintergrund, im Alter von bis zu 7 Jahren. Auf vielen Grundschulen dominiert Arabisch auf den Schulhöfen, das ist eine Tatsache in den Großstädten. Und in den mittleren Städten geht's auch schon los. Eine fremde Kultur breitet sich kontinuierlich an den Schulen und Institutionen aus. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft wird Stück für Stück verändert und zurückgedrängt. Wenn die Deutschland-hassende Politik so weitermacht, dann sind wir Deutsche spätestens 2050 definitiv die Minderheit in Deutschland. Ist das kein Genozid an uns Deutsche? […]
Die Polit-Idioten schicken sich an, Deutschland und Europa endgültig zu zerstören. Das ist die scheibchenweise Auslöschung von uns Deutschen. Auslöschung durch Umvolkung. Das sag ich extra explizit. […] Wir werden nach Strich und Faden belogen, getäuscht, ausgeschlachtet und migrantisch überrollt. […] Ihre Arroganz der Altparteien kostet nicht nur hunderte Milliarden an Steuergeldern, sondern auch eine wachsende Anzahl an Menschenleben. […] Im Jubel grüner und roter Politiker über zerstörte AfD-Plakate wird die Deutschland-Abschaffung und Umvolkung forciert. Einige, entgegen den Millionen Migranten, haben wir später keine Heimat mehr, wo wir hinkönnen."[719]

Auch auf der Kreisebene der Partei ist der fortgesetzte Rückgriff auf das Umvolkungsnarrativ festzustellen. Die AfD Wolfsburg (NI) verteidigte in einem Facebook-Eintrag vom 29. Juni 2023 die Verwendung des Terminus „*Umvolkung*" in nachdrücklicher Weise:

[719] Kuffert, Roman: Redebeitrag auf Kundgebung am 03.09.2021 in Elsterwerda (BB); veröffentlicht in: www.facebook.com am 03.09.2021, Kanal: „Falko Graf", abgerufen am 06.09.2021.

> *„Man darf es ruhig aussprechen, auch wenn es der Verfassungsschutz gleich wieder in seine Akten schreibt: Es ist Umvolkung und es ist real! Wahrheit lässt sich nicht zensieren und beugt sich keiner Dienstanweisung! [...] Das ganze System der Umvolkung inklusive der üppigen Sozialtransfers erhält der Deutsche mit seinen Steuern und Abgaben, die seit Jahrzehnten steigen und ein astronomisches Niveau erreicht haben! [...] Das wiederum erhöht das Tempo dieses Prozesses, der zweifelsfrei von den Regierenden genau so gewollt ist!“*[720]

Bereits in einem Beitrag vom Dezember 2022 hatte die AfD Wolfsburg (NI) mit Blick auf die Politik des Kanzlers „*Scholz vom Team Umvolkung*“ erklärt:

> *„Der Verfassungsschutz beäugt es ja mit Argwohn und wer das böse Wort trotzdem in den Mund nimmt kommt auf die schwarzen Listen, aber es ist ein Fakt und nicht mehr abzustreiten: Umvolkung findet statt und wird ganz gezielt in Kauf genommen von Leuten wie Scholz und Baerbock und Merkel und ähnlichen, weil ihnen das eigene Volk stets bestenfalls egal war und ist und weil die Umvolkung so nette Begleiterscheinungen hat, wie ‚Buntheit‘ und ‚Diversität‘, und man auf die eigene Kultur sowieso nichts gibt.“*[721]

In einem weiteren Beitrag beschrieb die AfD Wolfsburg (NI) die demografische Entwicklung in Deutschland ebenfalls als „Umvolkung“ und erhob den Vorwurf, Deutsche würden gezielt „*heraus gezüchtet*“:

> *„Das Wachstum findet also nur durch Migration statt. [...] Dazu kommt noch, dass Migranten eine höhere Geburtenrate haben. Das bedeutet, dass wir inzwischen mehr nicht Deutsche Kinder haben, als deutsche Kinder. Also kann man sagen, dass wir eine Umvolkung erleben. Da die Politik all dies weiß und das schon seit Jahrzehnten, werden wir wahrscheinlich ganz gezielt aus unserem eigenen Land heraus gezüchtet.. [...] Deutschland ist das Land der Deutschen! Es ist nicht irgendjemandes Land und es kann nicht egal sein, ob sich die Deutschen fortpflanzen oder irgendjemand und es kann nicht egal sein, wer seine Kultur an seine Nachkommen weiter gibt! Es ist das Volk der Deutschen, dem die Politik verpflichtet ist!“*[722]

---

[720] AfD Wolfsburg: Facebook-Eintrag vom 29.06.2023, abgerufen am 20.07.2023.
[721] AfD Wolfsburg: Facebook-Eintrag vom 16.12.2023, abgerufen am 20.07.2023.
[722] AfD Wolfsburg: Facebook-Eintrag vom 08.03.2023, abgerufen am 19.07.2023.

Auch die AfD Wolfsburg nutzt den Begriff somit unbeeindruckt von der Beanstandung des dem Begriff der „Umvolkung" innewohnenden ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs durch den Verfassungsschutz und das Verwaltungsgericht Köln weiter.

Marvin Weber, Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW), sprach in einem auf Telegram veröffentlichten Beitrag vom 12. Dezember 2022 unverhohlen von einer „*Umvolkung gen Multikulti-Kalifat*" und warnte vor einem „*asymmetrischen Konflikt*", in dem „*Messermorde, Vergewaltigungen und schlimmste Straftaten gegen unsere Frauen und Kinder durch illegal eingewanderte Invasoren*" stattfänden, um das deutsche Volk einzuschüchtern und mürbe zu machen. [723]

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Begriff „Umvolkung" entgegen der ausdrücklichen Empfehlung in einem durch die AfD selbst in Auftrag gegebenen Gutachten des Staatsrechtlers Prof. Dietrich Murswiek aus Oktober 2018 und, ähnlich wie die Begriffe „Großer Austausch", „Austausch" und „Ersetzung", ungeachtet der Beanstandung durch Verwaltungsgerichte weiterhin Verwendung findet und teilweise ausdrücklich trotz der Beanstandungen gerechtfertigt wird. Den konkreten Äußerungen wurde kein Einhalt geboten und es hat keine inhaltliche Distanzierung stattgefunden. Die o. g. Aufforderung einiger Parteivertreterinnen, den Terminus nicht zu nutzen, scheint daher rein taktisch motiviert zu sein.

Transformation

Weitere Vertreterinnen und Vertreter der AfD und auch die Bundes-AfD sprechen im Zusammenhang mit dem imaginierten gesteuerten Verdrängungsprozess zum Nachteil der autochthonen Deutschen auch von einer „Transformation" der Bevölkerung.

Der AfD-Bundesverband nahm angesichts der Migrationspolitik in einem Facebook-Eintrag vom 27. Juni 2023 auf eine „*Transformation*" der Bevölkerung Bezug und erklärte, nicht offen aussprechen zu dürfen, „*wonach diese Bilanz aussieht*":

> „*Fast 2,7 Millionen Zuwanderer – während eine Million Deutsche geflüchtet sind Bei der Massenmigration hat die Anti-Deutschland-Ampel der Merkel-Regierung nun endgültig den Rang abgelaufen: 2,7 Millionen Menschen sind im vergangenen Jahr über die Grenzen gekommen - mit Abstand so viele wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik! […] Zwar sind auch 1,2 Millionen Menschen aus Deutschland abgewandert, allerdings waren das laut Angaben*

[723] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 12.12.2022, abgerufen am 22.12.2022.

des Statistischen Bundesamtes vor allem: Deutsche. Über eine Million! Und selbst wenn man Zu- und Fortzüge von Inhabern eines deutschen Passes gegeneinander aufrechnet, bleibt immer noch ein Rekord-Minus von 83.000 - junge, tatkräftige Leute, die es in die Schweiz, nach Österreich oder gleich in die USA zieht. Und während der Flüchtlingsstrom aus der Ukraine längst abgeebbt ist, wandern weiterhin vor allem Afghanen, Syrer und Migranten aus der Türkei nach Deutschland ein.

Man darf nicht offen sagen, wonach diese Bilanz aussieht. Aber man muss es vielleicht auch gar nicht - denn jeder sieht längst was sich hinter Scholz'schen Begriffen wie ‚Zeitenwende' oder ‚Transformation' verbirgt. Deutschland verändert sich gesellschaftlich, wirtschaftlich, kulturell und religiös. Und die gesellschaftliche Spaltung wird weiter angeheizt, indem neue Bevölkerungsgruppen hofiert und finanziert werden, während man die anderen gezielt diskriminiert, finanziell auspresst und - wenn sie diese Politik in Frage stellen - beleidigt. Warum den Ampelparteien und der Union unser Land nicht mehr gefallen hat, lässt sich nicht nachvollziehen."[724]

Es drängt sich hier auf, dass die Andeutung, nicht offen aussprechen zu dürfen, „*wonach diese Bilanz aussieht*", ein Verweis auf ein völkisches Verständnis der Bundes-AfD ist. Hier suggeriert der Bundesverband unmittelbar, dass die angesprochene Bilanz, aus der sich ergibt, dass immer mehr Ausländer nach Deutschland kommen, eine Entwicklung zeigt, die nach Volksaustausch aussieht, man dies bloß nicht mehr offen sagen dürfe.

Dahingegen ganz ausdrücklich schrieb die AfD-Bundestagsfraktion am 2. Dezember 2022 auf Facebook:

> *„Nach den Plänen der Ampel-Koalition sollen langjährig geduldete Ausländer leichter ein Bleiberecht in Deutschland erhalten. Nur ein erster Schritt auf dem Weg zur großen Bevölkerungstransformation. Wir machen da nicht mit!"*[725]

Der damalige stellvertretende Bundesschatzmeister und damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel empfahl am 4. Oktober 2023 auf Facebook die Lektüre des Artikels „Die große Migration oder die Transformation Deutschlands" auf der Website

---

[724] AfD: Facebook-Eintrag vom 27.06.2023, abgerufen am 19.07.2023.
[725] AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Facebook-Eintrag vom 02.12.2022, abgerufen am 19.10.2023.

Tichys Einblick. Darin war u. a. die Rede vom Ziel, die *„einheimische Bevölkerung ethnisch zu ersetzen"* und von einer *„rassische[n] Umgestaltung der Bevölkerung"*.[726]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) nahm im September 2022 die Migrationspolitik der Regierungsparteien zum Anlass für folgende Aussage:

> *„Die migrationssüchtige Ampel plant weiteren Schritt zur Transformation unseres Volkes [...] Die Regierung perpetuiert somit Merkels-Willkommensstreich: Anstatt ausreisepflichtige Ausländer konsequent abzuschieben, erhalten diese eine Bleibeperspektive. Aus ‚illegal' wird ‚legal'. [...] Ich werde gegen diesen weiteren Schritt zur ‚Großen Transformation' unseres Volkes kämpfen. Versprochen."*[727]

Im Oktober 2022 warnte Helferich auf Facebook zudem vor der Transformation Deutschlands zum *„Siedlungsgebiet"*:

> *„Die ‚Große Transformation' Deutschlands zum Siedlungsgebiet schreitet unaufhaltsam voran, wenn wir keinen demokratischen Widerstand leisten."*[728]

Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und hessische Bundestagsabgeordnete Harder-Kühnel schrieb in einem Gastkommentar auf der Webseite Info-DIREKT:

> *„Trotz einer dramatischen Haushaltskrise und etlicher Kommunen, die aufgrund des Migrationsdrucks finanziell einbrechen, setzt die Bundesregierung ihre linksgrün-ideologischen Projekte unbeirrt fort. Ihre geplante Einbürgerungsreform würde das Gesicht Deutschlands für immer verändern und stellt damit einen weiteren großen Schritt in Richtung einer unumkehrbaren Abschaffung unseres Landes dar. Die Transformation in eine bunte Multi-Minoritäten-Gesellschaft wäre damit endgültig besiegelt. [...] Entgegen dem unverantwortlichen Ampel-Vorhaben soll nach Ansicht der AfD nur derjenige Teil unserer Schicksalsgemeinschaft werden dürfen, der bereit ist, auch in Krisenzeiten zu Deutschland zu stehen, und sich mit unserer Kulturnation voll identifiziert. Nur*

---

[726] Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 04.10.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[727] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 28.09.2022, abgerufen am 12.10.2022.
[728] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 18.10.2022, abgerufen am 20.10.2022.

> *wer sich eindeutig für uns entscheidet, soll die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen dürfen."*[729]

Andreas Harlaß, Landesvorstandsmitglied der AfD Sachsen, setzte im September 2022 einen Tweet ab, in dem er mit Bezug auf die 2015 erfolgte Grenzöffnung eine planvoll betriebene „*globalistische Transformation*" [730] anprangerte.

Harlaß hatte 2021 zudem geschrieben:

> *„Wir importieren frauenfeindliche, kindersexuellaffine und naturfeindliche Menscheit massenweise, füttern sie auf Kosten unserer Renter und fühlen uns als gute Menschen."*[731] [732]

Harlaß wurde daraufhin wegen Volksverhetzung vor dem Dresdner Amtsgericht verurteilt. Nachdem Harlaß gegen das Urteil in Berufung gegangen war, sprach ihn das Landgericht Dresden frei. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.[733]

Der bayerische Bundestagsabgeordnete Peter Felser deutete den steigenden Anteil von Kindern mit Migrationsgeschichte ebenfalls als Zeichen einer Transformation und stellte die Migration in diesem Zusammenhang als „*existenzielle Gefahr*" für Deutschland dar:

> *„Deutschlands Bevölkerung wird transformiert. Ob absichtlich oder aus Naivität spielt hier keine Rolle. Die Migration ist und bleibt die existenzielle Gefahr für unser Land."*[734]

Auch wenn Felser hier die Frage nach einem vorsätzlichen, planvollen Handeln offenlässt, sieht er die Bevölkerung ebenfalls durch Migration in einem sie in ihrer Existenz bedrohenden Prozess der Transformation.

Auf einer Wahlkampfveranstaltung am 13. August 2024 in Suhl (TH) sprach Björn Höcke (MdL TH) von einem stattfindenden „*Experiment*", in dem die „*Kartellparteien*"

---

[729] Harder-Kühnel, Mariana: „Einbürgerungsreform: Damit schafft sich Deutschland ab!" vom 30.11.2023, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 11.12.2023.
[730] Harlaß, Andreas: Tweet vom 07.09.2022, abgerufen am 20.09.2022.
[731] Tag24: „Volksverhetzung auf Facebook? AfD-Stratege Harlaß vor Gericht" vom 20.06.2023, in: www.tag24.de, abgerufen am 21.06.2023.
[732] MDR: „Wegen Volksverhetzung: AfD-Sprecher Harlaß in Sachsen zu Geldstrafe verurteilt" vom 27.06.2023, in: www.mdr.de, abgerufen am 23.07.2024.
[733] Sächsische Zeitung: „Vorwurf Volksverhetzung: AfD-Politiker Andreas Harlaß freigesprochen" vom 25.06.2024, in: www.saechsische.de, abgerufen am 07.03.2025.
[734] Felser, Peter; Facebook-Eintrag vom 22.07.2022, abgerufen am 28.07.2022.

die Gesellschaft transformierten, was unweigerlich zu Konflikten an ethnischen Trennlinien führe:

> *„Wir haben gerade das Experiment, dass wir eine monoethnische, monokulturelle Gesellschaft, also das deutsche Volk, in eine multiethnische, multikulturelle Gesellschaft transformieren. Aha. Wir sind also Teilnehmer eines Experimentes, an dessen Ende das Ende des deutschen Volkes steht. An dessen Ende das steht, was Thilo Sarrazin in seinem epochalen Werk 2010 schon mal formuliert hat. Deutschland schafft sich ab. Und ich frage, sind wir Thüringer, sind wir Deutschen jemals gefragt worden, ob wir uns abschaffen lassen wollen? Sind wir jemals gefragt worden? Und ich sage euch, wie dieses Experiment ausgeht, Freunde. Es ist ganz klar, wie dieses Experiment ausgeht. Jetzt ist es schon zu erkennen, schaut bitte nach England, was dort passiert. Schaut nach Frankreich in den letzten Jahren, immer wieder aufstehende Banlieues von nicht integrierten Migrantengruppen. Diese Zustände werden wir auch haben. Und es wird so sein, wenn wir jetzt nicht gegensteuern, dass unsere fragmentierte Gesellschaft, und im Westen ist sie schon stark fragmentiert, da sind wir in einigen Städten schon in der Minderheit, Freunde. Dass diese stark fragmentierte Gesellschaft auseinanderstrebt, die Fliehkräfte werden immer größer werden, weil das gemeinsame Wertefundament, das wir in Jahrhunderten uns erarbeitet haben, beziehungsweise unsere Vorfahren sich erarbeitet haben, auf dem unser Staat steht, erodiert. Und was macht dann die Regierung in ihrer Not? Sie wird zu autoritären Maßnahmen greifen, um diese auseinanderdriftende fragmentierte Gesellschaft irgendwie zu disziplinieren. Und wenn das auch nicht mehr hilft, dann wird im letzten Schritt das Ganze in einem Bürgerkrieg auseinanderfallen. Das ist der Weg, den die Kartellparteien offenkundig für uns vorgesehen haben. Anders kann ich das nicht einordnen. Denn wer eins und eins zusammenzählen kann; der weiß, dass es gar nicht anders sein wird, und es gar nicht anders sein kann, gerade wenn wir weiter deindustrialisieren, unser Wohlstand schwindet und wir gar nichts mehr zum Verteilen haben. Dann werden auf einmal alle wach und dann fahren sie die Ellenbogen aus. Und dann werden wir die Konflikte genau an den ethnischen Trennlinien haben. So schlimm das ist, weil ich den Menschen nicht nach Ethnien bewerte. Aber als kluger Politiker muss ich einfach einsehen, dass es ein Maß an Migration gibt,*

dass das Maß an Integrationsfähigkeit der aufnehmenden Bevölkerung überschreitet. Davor hat schon Helmut Schmidt gewarnt. Und an dem Punkt stehen wir gerade. Deswegen ist die Wahl am 1. September nicht nur eine Wahl für Thüringen. Es ist nicht nur eine Landtagswahl. Wir haben dieses Motto nicht umsonst gewählt, Freunde. Der Osten macht's. Weil ihr wacher seid, weil ihr demokratieverliebter seid, weil ihr freiheitsliebender seid. Wir müssen aus dem Osten das Zeichen setzen. Wir müssen aus dem Osten den Impuls groß machen. Hier muss die politische Sonne aufgehen, damit sie auch im Westen sichtbar bleibt. Freunde, wir müssen das Ruder rumreißen für ganz Deutschland."[735]

Der brandenburgische Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Hans-Christoph Berndt äußerte im Oktober 2022 in einem Interview:

„[W]ir spüren die Folgen dieser Politik, die auf die ‚Große Transformation' zielt. Das ist nicht nur Gerede, es geht wirklich darum, dass unsere Art zu leben und zu wirtschaften ganz anders werden soll, wie es Angela Merkel im Jahr 2020 angekündigt hat. […] Ja das ist eine Transformation, die dann dazu führt, dass wirklich alles umgestülpt wird, insofern könnte man dann auch fast auch von Revolution sprechen. Und das ist ja auch eine längerfristig angesetzte Politik, sie verfolgt längerfristige Ziele oder ist zumindest wirklich strategisch auch angelegt. Und das, was wir 2015 erlebt haben mit der Grenzöffnung, mit dieser Migration, habe ich spontan damals verstanden als Angriff auf die europäischen Nationalstaaten, auf die Nationalstaaten des weißen Mannes."[736]

Als Drahtzieher der „*Transformation*" sieht der Fraktionsvorsitzende eine einflussreiche internationale Elite:

„Wir sind in der Situation, dass wir von sehr reichen und sehr einflussreichen und mächtigen Leuten, dass sehr einflussreiche und mächtige Leute die Transformation wollen, dass wir nicht mehr so leben, wie wir es gewohnt sind, nicht mehr in Nationalstaaten leben, nicht mehr frei leben, sondern in einer, ich würde mal sagen maoistischen Weltkommune leben, so, wie die es für richtig halten. Das ist die Lage, und dagegen muss man sich wehren."[737]

---

[735] Höcke, Björn: Wahlkampfrede in Suhl am 13.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.08.2024, Kanal: „Überzeugungsgamer", abgerufen am 15.08.2024.
[736] Berndt, Christoph im Interview „Christoph Berndt: ‚Wir brauchen den Druck auf der Straße'" vom 31.10.2022; veröffentlicht in: https://AUF1.tv, abgerufen am 01.11.2022.
[737] Ebd.

Berndts Schilderung, die *„Transformation“* stelle einen *„Angriff auf die [...] Nationalstaaten des weißen Mannes“* dar, zeigt, dass auch das teilweise zurückhaltender formulierte Transformationsnarrativ letztlich auf einem ethnisch verstandenen und insofern exkludierenden Volksbegriff basiert.

Zerstörung der deutschen Identität durch Zuwanderung und die Abschaffung Deutschlands

Weitere Äußerungen verdeutlichen, dass Vertreterinnen und Vertreter auf allen Ebenen der AfD am Ende dieses vermeintlichen gesteuerten Transformationsprozesses *„eine unvorstellbare Katastrophe“* für die deutsche *„kulturelle Identität und Heimat“*, gar die Zerstörung der ethnisch-kulturellen Identität des autochthonen deutschen Volkes und letztlich dessen substanzielle Vernichtung befürchten:

Der AfD-Bundesverband veröffentlichte in einem Facebook-Eintrag vom 8. Juni 2023 etwa eine durch den damaligen Europaabgeordneten Bernhard Zimniok (BY) erstellte *„Karte des Schreckens“*, die anhand einer demografischen Übersicht zeigen sollte: *„So überfremdet ist Deutschland bereits!“*



Im dazugehörigen Text unterstellte die Partei den Regierungsparteien *„Abschaffungspläne“* gegenüber dem deutschen Volk, das *„schleichend zur Minderheit“* werde:

> *„Der AfD-Europaabgeordnete Bernhard Zimniok klärt deshalb mit einer interaktiven Karte über die verheerenden demographischen Folgen der Massenmigration auf. Mit einer beeindruckenden Menge an Datenmaterial zeigt die Karte klar und deutlich: Wir Deutschen werden schleichend zur Minderheit - wenn das Ruder nicht mit konsequenter AfD-Politik herumgerissen wird. Die Folgen einer anhaltenden Massenmigration für die Sicherheitslage, für den Sozialstaat und für unsere kulturelle Identität und Heimat wären eine unvorstellbare Katastrophe. [...] Die Karte des AfD-Parlamentariers lässt keinen Zweifel: Die etablierten Parteien - und zwar nicht nur die Ampel, sondern auch die CDU - wollen ein*

anderes Deutschland, in welchem unsere Kultur und Identität keine Rolle mehr spielt. Stoppen wir diese Parteien und ihre gegen Deutschland gerichteten Abschaffungspläne!"[738]

Die AfD stellt hier auf die Migrationsgeschichte der Menschen als Beleg für eine vermeintliche Überfremdung ab. Hierin kommt ein ethnisch-völkisches Volksverständnis zum Ausdruck. Denn damit tragen aus Sicht der AfD auch Deutsche mit Migrationsgeschichte zur behaupteten Abschaffung Deutschlands bei.

Die Junge Alternative Sachsen teilte den Beitrag des AfD-Bundesverbands vom 8. Juni 2023 (vgl. oben) und schrieb – das völkische Verständnis noch vertiefend – dazu:

> *„Bald sind wir fremd im eigenen Land*
> *Die interaktive Karte zeigt erschreckende Zahlen auf. Deutschland löst sich jeden Tag weiter auf. Wenn dieser Trend nicht gestoppt und umgekehrt wird, sind wir bald eine Minderheit im eigenen Land. Dann ist Deutschland tot.*
> *Die wichtigste Mission die ein deutscher Patriot haben kann, ist daher die #Ergänzungsmigration zu stoppen. Einen Migrantenanteil von einigen wenigen Prozent kann eine Gesellschaft noch verkraften. Doch wird es mehr, wird es schnell toxisch, sehr gefährlich und höchst problematisch. Denn #GrenzschutzistHeimatschutz und #AbschiebenrettetLeben. Wir wollen dass Deutschland Deutschland bleibt und nicht ein multikulturelles Siedlungsgebiet für Migranten aus aller Welt ist."*[739]

Die Begrenzung von einem „*Migrantenanteil von einigen wenigen Prozent*" als das, was eine Gesellschaft „*noch verkraften kann*", und die Feststellung, dass „*Deutschland Deutschland bleiben*" müsse, verdeutlicht die Ansicht, dass Deutsche mit und ohne Migrationsgeschichte nicht gleichwertig sind. Denn von Deutschen mit Migrationsgeschichte geht aus Sicht der JA eine zersetzende Wirkung aus und sie können eben nicht Teil des deutschen Volkes sein, sonst wäre ihr Anteil unerheblich und müsste nicht auf einige wenige Prozent begrenzt werden.

[738] AfD: Facebook-Eintrag vom 08.06.2023, abgerufen am 19.07.2023.
[739] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 10.06.2023, abgerufen am 12.06.2023.

Die AfD-Bundestagsfraktion warf der Regierung in einem Facebook-Post vom November 2021 bereits vor, anhand der Migrationspolitik die *„Abschaffung Deutschlands“* voranzutreiben:

> *„Ideologische Migrationspolitik der Ampel zerreißt Deutschland und Europa! […] Rot-Grün-Gelb öffnet die Schleusen: Ampel-Regierung treibt die Abschaffung Deutschlands voran!“*[740]

In einem Tweet vom 28. Mai 2023 warf Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Reaktion auf einen Presseartikel zum Aufnahmeprogramm für Menschen aus Afghanistan die absichtliche und planvolle Zerstörung Deutschlands vor:

> *„4000 Afghanen monatlich – 48.000 im Jahr – zusätzlich zum Asylsystem, direkt eingeflogen, ausgewählt von NGOs, die nicht genannt werden. Das übertrifft jede Verschwörungstheorie. Die Grünen zerstören unser Land, planvoll, absichtlich und mit Komplizen.“*[741]

Eine gezielte Zerstörung Deutschlands sinnierte Krah überdies in einen Tweet vom 3. Juli 2023 herbei:

> *„Aber dieselben Altparteien locken weitere Migrantenmassen an. Sie wissen, dass Masseneinwanderung zu Zuständen wie in Frankreich führt, aber forcieren sie. Das ist nicht mit Dummheit erklärbar, es ist der Wille, Deutschland zu zerstören.“*[742]

Auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt behauptete die AfD am 6. Dezember 2023, die Politik der Regierung stelle ein *„riesiges Verdrängungs- und Verarmungsprogramm gegen die einheimische Bevölkerung“* dar:

> *„Eine Anfrage des Berliner AfD-Abgeordneten Gunnar Lindemann hat ergeben, dass allein die deutsche Hauptstadt rund 1,5 Millionen Euro für die Unterbringung und Versorgung von Migranten ausgibt – pro Tag. Das macht im Jahr schlappe 547 Millionen Euro. […] Es ist ein Unding, dass allein die deutsche Hauptstadt täglich Millionen von Euro ausgibt, um Menschen zu finanzieren, die*

---

[740] AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Facebook-Eintrag vom 26.11.2021, abgerufen am 19.10.2023.
[741] Krah, Maximilian: Tweet vom 28.05.2023, abgerufen am 01.06.2023.
[742] Krah, Maximilian: Tweet vom 03.07.2023, abgerufen am 04.07.2023.

> *zu großen Teilen gar nicht hier sein dürften. Das geltende Recht muss umgesetzt und das deutsche Volk wieder an die erste Stelle gesetzt werden. Mit der Ampel hingegen ist die Migration ein riesiges Verdrängungs- und Verarmungsprogramm gegen die einheimische Bevölkerung!“*[743]

Der AfD-Bundesverband bezeichnete in einem Beitrag vom 8. Dezember 2023 auf Facebook die derzeitige Migrationspolitik u. a. als eine *„Auflösungspolitik gegen das eigene Land“:*

> *„Schon 300.000 Asylanträge in diesem Jahr: Ampel und CDU schaffen Deutschland ab! […]*
> *Allein im November wurden rund 35.000 Anträge gestellt; davon entfallen rund 61 Prozent auf Syrer (11.489), gefolgt von Türken (10.132). Rund 80 Prozent der Antragsteller sind übrigens Männer. Kurz: Eine Katastrophe! Und als wäre das nicht genug, lässt die Bundesregierung aktuell wieder Afghanen aus Pakistan per Charterflug nach Deutschland einfliegen, um sie vor der Abschiebung aus Pakistan zu schützen. Doch auch eine CDU-Regierung würde an dieser Auflösungspolitik gegen das eigene Land nicht das Geringste ändern - im Gegenteil.“*[744]

Der Begriff *„Auflösung“* geht hier weiter als eine Beschreibung möglicher wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Negativentwicklungen und impliziert, Deutschland bzw. das deutsche Volk werde *„aufgelöst“* und durch die benannten Bevölkerungsgruppen ersetzt.

Ähnlich schrieb die AfD auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt am 11. Dezember 2023 zu ihren Vorhaben in Sachen Asylpolitik:

> *„Die Einheit der Familien werden wir auf Wunsch im Herkunftsland oder in einem kulturnahen Drittstaat herstellen lassen – denn es kann nicht unsere Aufgabe sein, die ganze Welt bei uns aufzunehmen und dabei das eigene Land aufzulösen!“*[745]

---

[743] AfD Kompakt: „AfD deckt auf: Allein in Berlin kosten Migranten täglich 1,5 Mio. €!“ vom 06.12.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 22.12.2023.
[744] AfD: Facebook-Eintrag vom 08.12.2023, abgerufen am 22.12.2023.
[745] AfD Kompakt: „SPD-Parteitag fordert noch mehr Migration: Familiennachzug stoppen!“ vom 11.12.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 22.12.2023.

Der AfD-Bundesverband behauptete außerdem am 11. Januar 2024 einen drohenden „*Untergang*“ Deutschlands:

> „*Remigration jetzt! Wir wollen #Geldleistungen für #Asylbewerber abschaffen und die #Grenzen schützen, damit der Ansturm auf Deutschland sofort gestoppt wird. Wir wollen illegale und kriminelle Migranten konsequent abschieben und alle rechtskonformen Möglichkeiten ausschöpfen, um Straftätern mit doppelter #Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Remigration mit der #AfD oder Untergang!*“[746]

Auch Dennis Hohloch (MdL BB und Bundesschriftführer der AfD) warnte auf einer Veranstaltung am 25. August 2024 in Brandenburg an der Havel (BB) vor einem zu großen Migrantenanteil, indem er ein Bedrohungsszenario aufstellte:

> „*Vielfalt bedeutet […] Multikulti und was bedeutet Multikulti? Multikulti bedeutet Traditionsverlust, Identitätsverlust, Verlust der Heimat, Mord, Totschlag, Raub und Gruppenvergewaltigungen.*“[747]

Im September 2023 wurde auf der Internetseite der sächsischen AfD-Landtagsfraktion eine Kolumne von Jörg Urban (MdL SN) veröffentlicht. Darin schrieb dieser:

> „*Verdrängung durch Massenmigration – Deutschland, das Land der Deutschen? […] Deutschland hat sich in den letzten Jahren allerdings zum zweitgrößten Einwanderungsland der Welt entwickelt, nur knapp hinter den USA. Allein im vergangenen Jahr, 2022, wurde laut Statistischem Bundesamt mit knapp 1,5 Millionen Zuzügen die höchste Nettozuwanderung seit 1950 verzeichnet Die meisten Zuzüge entfielen auf Migranten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Also aus Ländern mit komplett anderen Kulturen als der unseren. Ihre Religion, den Islam, bringen die Einwanderer mit. Inzwischen werden in Deutschland Moscheen gefühlt schneller gebaut, ab marode Schulen Brücken und Straßen saniert werden. in vielen Städten ruft bereits der Muezzin zum Gebet, das Straßenbild wird zunehmend von verschleierten Frauen geprägt. Freiheitsrechte der Frauen gibt es im Islam so gut wie nicht, Homosexualität wird in diesen Ländern brutal, teils mit dem Tode bestraft. […] Einwanderer die sich in Deutschland*

[746] AfD: Tweet vom 11.01.2024, abgerufen am 16.07.2024. Siehe zur Bewertung der pauschalen Forderung nach einer gesetzlichen Grundlage für die Rücknahme der Staatsangehörigkeit bereits S. 137 f.

[747] Hohloch, Dennis: Aussagen auf dem AfD Familienfest in Brandenburg (Havel) am 25.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.08.2024, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 02.09.2024.

> *integrieren, die unsere Sprache sprechen und unsere kulturellen Regeln annehmen, sind In Deutschland willkommen. Leider sind solche Einwanderer- gerade wenn sie aus muslimischen Ländern kommen - in der Minderheit, wie die sich entwickelnden Parallelgesellschaften beweisen. ‚Der rosarote Elefant im Raum' ist eine Metapher für ein offensichtliches Problem, das zwar mitten im Raum steht, aber dennoch nicht angesprochen wird. Dieser Elefant ist die Frage nach dem Erhalt unseres deutschen Volkes als Kulturnation."* [748]

Urban skizziert in seinem Beitrag einen angeblich fortschreitenden Verdrängungsprozess im Zuge einer „*Massenmigration*" insbesondere muslimischer Menschen, der letztlich den Fortbestand einer deutschen „*Kulturnation*" gefährde und suggeriert damit, Migranten und Deutsche seien zwei distinkte Entitäten, die sich gegenseitig verdrängen, nicht aber verbinden könnten.

Marvin Weber, AfD-Kreisvorsitzender Paderborn (NW), schrieb am 4. April 2024 auf Telegram:

> *„Der deutsche Untertan, ausgedünnt ausgeplündert, entrechtet und verhöhnt, malocht doch gerne bald bis 80, um seine ewigliche historische Schuld in ewiger Sippenhaft zu sühnen und unsere über zig sichere Länder ins Sozialstaatsparadies Illegal eingereisten Säulenheiligen des Deutschland zersetzenden Kartells zu alimentieren. [...] Diese Kultur- und Staatszersetzer an der Macht setzen aber in ihrer Umsiedlungspolitik noch einen drauf, die sie als Lakaien umzusetzen haben, nämlich die Aufnahme von ganz Kalkutta. möglicherweise damit der Souverän bald Arabisch spricht, Moslem ist und sich einen neuen Staat im Siedlungsgebiet für die Dritte Welt aufbauen kann und die Souveränität und Identität des deutschen Volkes historisch ad acta legt."*[749]

Der AfD-Kreisverband Hassberge, Rhön-Grabfeld (BY) postete am 24. Juni 2024 folgende Aussage auf Facebook:

> *„Europa begeht Selbstmord. Oder zumindest haben sich seine Anführer dafür entschieden. Ob die Bürger Europas ihnen auf diesem Weg folgen, ist freilich eine andere Frage.*

---

[748] Urban, Jörg: „Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagkolumne von Jörg" vom 09.09.2023, in: https://afd-fraktion-sachsen.de, abgerufen am 13.09.2023.
[749] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 04.04.2024, abgerufen am 16.04.2024.

Die Machthaber bilden sich ein, dass es nichts ausmachen würde, wenn die Europäer und die europäische Kultur verloren gingen. Einige unter ihnen haben sich klar dafür entschieden, das Volk aufzulösen und sich ein anderes zu wählen".[750]

Die parteiinterne Gruppierung Russlanddeutsche für die AfD sprach in Zusammengenhang mit Einbürgerungen in einem Tweet vom 30. Mai 2024 von einer „*Zersetzung*" des deutschen Staatsvolkes:

„Die Bundesregierung hat den deutschen Pass zur Ramschware gemacht. Es findet eine Zersetzung des deutschen Staatsvolkes statt, damit die Eliten weiter regieren können."[751]

In einem Tweet von August 2024 warf die Gruppierung der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zudem die Absicht vor, anhand von „*Massenmigration*" das „*deutsche Staatsvolk gänzlich aufzulösen*".[752]

Im Rahmen des MDR-Sommerinterviews im August 2022 wurde Björn Höcke, Landessprecher und Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Thüringen, mit Aussagen von Christina Baum – u. a.: „*Die Migrationspolitik der Grünen führt zur Vernichtung der Existenz des Volkes*" und „*Ich werde beim Völkermord am indigenen deutschen Volk nicht tatenlos zusehen"* – konfrontiert. Auf die Frage, ob Höcke sich von Baum distanziere, bezeichnet dieser die Äußerungen als „*etwas starke Töne*", distanziert sich ausdrücklich nicht und gibt Baum stattdessen inhaltlich recht:

„Wir haben eine Multikulturalisierung Deutschlands, die in wenigen Jahrzehnten, wenn man das Geburtsdefizit der Deutschen noch dazurechnet, zum Ende dessen führen wird, was wir ein Deutsches Volk nennen. Und das kann doch nicht in Ordnung sein. […] Ich distanziere mich um Gottes Willen nicht von Frau Baum".[753]

Der AfD-Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) veröffentlichte am 15. April 2021 einen Facebook-Beitrag, in dem er migrationspolitische Vorhaben der FDP mit der „*Selbstauflösung der Nation*" gleichsetzte:

---

[750] AfD Kreisverband Hassberge, Rhön-Grabfeld: Facebook-Eintrag vom 24.06.2024, abgerufen am 26.06.2024.
[751] Russlanddeutsche AfD: Tweet vom 30.05.2024, abgerufen am 31.05.2024.
[752] Russlanddeutsche AfD: Tweet vom 12.08.2024, abgerufen am 12.08.2024.
[753] Höcke, Björn im MDR-Sommerinterview 2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „MDR Mitteldeutscher Rundfunk", abgerufen am 22.08.2022.

> *„Die „FDP will jedem Migranten nach 4 Jahren die deutsche #Staatsbürgerschaft ermöglichen. Diese Art des Liberalismus steht für die Selbstauflösung unserer Nation und die Abschaffung des Rechtsstaats. Das ist mit freiheitlicher #AfD-Politik unvereinbar."*[754]

Durch den sächsischen Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Jörg Urban wurde auf einer Demonstration am 2. Dezember 2022 eine *„Selbstabschaffung der Deutschen"*[755] konstatiert.

Mariana Harder-Kühnel, zum damaligen Zeitpunkt stellvertretende Bundessprecherin und Bundestagsabgeordnete der AfD, äußerte am 23. April 2021 auf Facebook:

> *„+++ Die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land! +++*
> *Das ist keine Verschwörungstheorie, sondern simple Mathematik. Und es hängt mit der demografischen Katastrophe zusammen, in der sich unser Land seit Jahrzehnten befindet."*[756]

Steffen Kotré (MdB, BB) äußerte in einem am 5. Februar 2023 auf seiner Facebook-Seite hochgeladenen Video bezugnehmend auf avisierte Änderungen des Einbürgerungsrechts:

> *„Das heißt, Deutschland als Staat des deutschen Volkes soll zerstört werden."*[757]

Im Rahmen des Landtagswahlkampfs führte Steffen Kotré am 16. August 2024 auf dem Familienfest der AfD Brandenburg in Frankfurt an der Oder (BB) diesbezüglich aus:

> *„Es geht nicht mehr um das Wohl des deutschen Volkes, sondern es geht darum, dass wir verschwinden, dass wir als Deutsche verschwinden, dass die Franzosen als Franzosen verschwinden, dass die Polen als Polen verschwinden. Das kann man an vielen Dingen ablesen. Unsere Grenze wird ja nicht mehr geschützt, unsere deutsche Sprache wird verhunzt, wir haben das Gendern, die Traditionen werden geschliffen. Und zu uns kommen Menschen aus aller Herren Länder und auch Terroristen. […] Und das zeigt – das zeigt, dass wir, liebe*

---

[754] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 15.04.2021, abgerufen am 18.10.2023.
[755] Urban, Jörg: Redebeitrag vom 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal", abgerufen am 05.12.2022.
[756] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 23.04.2021, abgerufen am 17.10.2023.
[757] Kotré, Steffen: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.02.2023, Kanal: „Steffen Kotré", abgerufen am 05.02.2023.

> *Freunde, hier quasi verdünnt werden sollen, dass aus Europa hier ein Transitgebiet gemacht werden soll mit Menschen aus aller Herren Länder. Sie wollen nämlich unsere Nationalität schleifen, damit sie uns besser im Griff haben oder weil sie meinen, sie wollen eine Eine-Welt-Regierung irgendwann schaffen."*[758]

Am darauffolgenden Tag äußerte sich Kotré in Königs Wusterhausen (BB) in ähnlicher Weise.[759]

Christina Baum, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand und Bundestagsabgeordnete, bezeichnete Deutsche in einem Artikel unter dem Titel *„Deutschland fällt"* im Dezember 2022 als *„aussterbende Rasse"*:

> *„Die Zahl der indigenen Deutschen sinkt seit Jahren, während die Zahl der Ausländer beständig steigt. [...] Dass der Deutsche im eigenen Land zur aussterbenden Rasse gehört, dafür sorgt die Bundesregierung verstärkt mit illegaler Massenmigration, schnellster Einbürgerung und loser Rundumversorgung. Auf kurz oder lang werden wir Deutsche also zur Minderheit in unserer angestammten, seit vielen Jahrhunderten von unseren Vorfahren bewohnten Heimat werden."*[760]

Baum stellt die AfD ferner als die einzige Partei dar, die sich *„dieser Abschaffung der Deutschen auf ihrem eigenen Staatsgebiet mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen stemmen"* werde. Deutschland müsse zum *„Abschiebeland"* werden.

In besonders deutlicher Weise äußerte Christina Baum sich auch, als sie in einem Beitrag vom Juli 2022 die von ihr in der Vergangenheit bereits mehrfach ausgegebene Warnung vor einem *„schleichenden Genozid am deutschen Volk durch die Einwanderungspolitik der Grünen"* erneut bekräftigte:

> *„Zu dieser Aussage stehe ich heute mehr denn je, denn die anhaltende, massenhafte Zuwanderung von Menschen aus aller Herren Länder wird nun wirklich für jeden täglich im öffentlichen Raum sichtbarer. Deren Folgen sind genau diejenigen, die in der Definition vom Genozid beschrieben werden. [...] Dabei handelt es sich um Verbrechen, die zusammengenommen einem Volk oder einer*

---

[758] Kotré, Steffen: Redebeitrag am 16.08.2024 in Frankfurt an der Oder (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.08.2024, Kanal: „Michel Michael Wittwer 2.0", abgerufen am 19.08.2024.
[759] Kotré, Steffen: Redebeitrag am 17.08.2024 in Königs-Wusterhausen (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.08.2024, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 19.08.2024.
[760] Baum, Christina: „Deutschland fällt" vom 02.12.2022, in: www.christina-baum.berlin, abgerufen am 05.12.2022.

Volksgruppe die Lebensgrundlagen entziehen, Ein Verbrechen, dass über kurz oder lang also zur Vernichtung der Existenz des Volkes oder der Volksgruppe führen sollten. Die massive Reduktion des deutschen Bevölkerungsanteils in den nächsten Generationen im eigenen Land verglich ich deshalb nach der obigen Definition mit einem schleichenden Völkermord durch genau diese hauptsächlich von den Grünen betriebene, inzwischen aber von alle Altparteien mitgetragene, Migrationspolitik.“[761]

Die Gleichsetzung der aktuellen Migrationspolitik mit einem „*Genozid*“ beziehungsweise „*Völkermord*“ an den ethnischen Deutschen stellt – ungeachtet aller möglichen oder politisch diskutablen Kritikpunkte – einerseits die wohl größtmögliche Diffamierung gegenwärtigen Regierungshandelns und gleichzeitig eine ungeheure Banalisierung von Völkermorden dar. Die Äußerung belegt zudem die übersteigerte Bedeutung, die dem ethnisch verstandenen deutschen Volk beigemessen wird. Das damalige Bundesvorstandsmitglied Baum wiederholt hier zudem Äußerungen, welche in der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln beanstandet wurden und betont abermals deren Richtigkeit.

Der AfD-Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg (BR) verunglimpfte Angela Merkel angesichts ihrer Migrationspolitik in vergleichbarem Duktus im Februar 2023 als „*Vernichtungsmaschine*“.[762]

Anknüpfend an das neurechte Narrativ des Großen Austauschs unterstellen Repräsentanten und Repräsentantinnen der AfD zudem regelmäßig die von einer globalen Wirtschaftselite planvoll betriebene Multikulturalisierung und Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne einer „New World Order“ („Neue Weltordnung“, NWO). Die politisch forcierte ethnische Durchmischung führt diesem Topos zufolge zur Erosion der kulturellen Identitäten und somit zur Auflösung der Völker Europas. Autochthone Deutsche würden in der Konsequenz zu entwurzelten und mithin willfährigen Individuen, die als Verfügungsmasse globalen Kapitalinteressen ausgeliefert seien.

Der AfD-Bundesverband rekurrierte etwa in einem Beitrag vom 20. Juli 2023 auf eine vermeintliche Diskriminierung weißer Deutscher:

---

[761] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 18.07.2022, abgerufen am 21.07.2022.
[762] AfD-Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg: Tweet vom 08.02.2023, abgerufen am 10.02.2023.

> *„Ataman will Klagerechte willkürlich ausweiten: Rechtsstaat statt weiterer umgekehrter Diskriminierung! […] Personen wie Ataman zeigen mit ihren Aussagen und Forderungen, dass hinter angeblicher ‚Anti-Diskriminierung' in Wirklichkeit eine Agenda steckt, die auf die Diskriminierung der weißen Deutschen hinausläuft. Dieser Agenda sagen wir den Kampf an! Denn umgekehrte Diskriminierung ist genauso falsch – es darf keine Sonderrechte und keine rechtliche Willkür geben!"*[763]

In einem Facebook-Beitrag vom 1. Februar 2023 unterstellte Marc Jongen (Beisitzer im Bundesvorstand, zum damaligen Zeitpunkt MdB, seit 2024 MdEP, BW) der *„politisch-medialen Klasse"* sogar *„Rassismus gegen Weiße"*:

> *„Diese offenkundige Tatsache ist für die Hohepriester der neuen Woke-Religion gerade deshalb so empörend, weil der Rassismus gegen Weiße in der politisch-medialen Klasse Deutschlands zunehmend grassiert. Ausdruck davon sind die immer irrsinnigeren Formen des kulturellen Selbsthasses und der Selbstabschaffung."*[764]

Christina Baum (MdB, BW/ST und zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied) schrieb im Februar 2024 auf Telegram:

> *„Ich jedenfalls bin KONSERVATIV Weil es RECHT und RICHTIG ist …weil ich WERTE in mir trage, die mir von meinen Großeltern und Eltern mit auf den Lebensweg gegeben wurden und die ich verinnerlicht habe. Das fehlt dem linken und woken Teil unserer Gesellschaft, die einer Ersatzideologie hinterherlaufen weil sie mit sich selbst nicht im Reinen sind. Weil ihnen der Schuldkult Identität und Nationalstolz genommen hat und sie tatsächlich glauben, im Internationalismus mit der Vermischung der Völker könnte ihre Seele Ruhe finden. Das Gegenteil wird der Fall sein. Diese Entwicklung schadet allen Völkern dieser Erde."*[765]

Am 14. September 2024 schrieb sie des Weiteren auf Facebook:

> *„Für mich als ethnisch Deutsche ist dieses Deutschland zu einem Alptraum geworden, in dem ich mich vor Überfremdung kaum noch retten kann."*[766]

---

[763] AfD: Facebook-Eintrag vom 20.07.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[764] Jongen, Marc: Facebook-Eintrag vom 01.02.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[765] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 15.02.2024, abgerufen am 28.02.2024.
[766] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 14.09.2024, abgerufen am 20.09.2024.

In ihren Äußerungen kommt zum Ausdruck, dass Baum zwischen *„ethnisch Deutsche[n]"* und anderen unterscheidet und letztere negativ mit *„Überfremdung"* assoziiert. Eine *„Vermischung der Völker"* lehnt sie offenkundig ab.

Karsten Hilse (MdB, SN) unterstellte in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier vom 11. August 2024, eine nicht näher beschriebene einflussreiche Gruppe verfolge den Plan, *„alle Rassen irgendwie [zu] durchmischen"*:

> *„Und der große Plan oder der große Gedanke von diesen, früher hätte man gesagt Philanthropen, aber das sind ja keine Philanthropen, das sind ja keine Menschenfreunde. Es sind Leute, die letztendlich denken, die müssten die Welt irgendwie formen in ihrem Sinne. Und die denken einfach, wenn sich alle Rassen irgendwie durchmischen, dann gibt es keine Probleme mehr auf der Erde. Und das soll erfolgen. Aber das erfolgt ja nur in Richtung, ich sage jetzt mal, des ‚weißen' Siedlungsgebietes. Es ist ja nicht so, dass irgendwie nach unten, dass es im ‚Contract for Migration' drinsteht, dass eben Weiße in Afrika siedeln sollen oder Weiße in Südamerika oder in Südostasien siedeln sollen, um letztendlich diese Durchmischung da voranzubringen."*[767]

Hilse offenbart hier die biologistisch-rassistische Grundannahme von der Existenz verschiedener Menschenrassen, welche in einem bestimmten Lebensraum wie zum Beispiel dem *„‚weiße[n]' Siedlungsgebiet[es]"* heimisch seien und deren *„Durchmischung"* zu verhindern sei.

Petr Bystron, zum damaligen Zeitpunkt bayerischer Bundestagsabgeordneter und mittlerweile Europaabgeordneter der AfD, teilte im September 2022 via Telegram ein Video des italienischen Erzbischofs Carlo Maria Vigano, der als Verbreiter von Verschwörungstheorien bekannt ist. In der Videobotschaft wird in englischer Sprache zur Bildung einer *„antiglobalistischen Allianz"* gegen die *„Dystopie der New World Order"* aufgerufen.[768]

Auch die hessische Europaabgeordnete Christine Anderson bediente in einem Tweet vom August 2022 das Narrativ einer *„NWO"* („New World Order"):

---

[767] Hilse, Karsten: Interview mit dem Deutschland-Kurier vom 11.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.08.2024, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 12.08.2024.
[768] Bystron, Petr: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 23.09.2022, Kanal: „Team Bystron", abgerufen am 23.09.2022.

„Mit #Grenzendicht wäre #Migration endlich geregelt, doch die #EU- Eliten mit ihren #NWO Plänen mauern.“[769]

Der thüringische AfD-Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke thematisierte in seinem Redebeitrag auf einer Demonstration am 3. Oktober 2022 in Gera (TH) die „*ungebremste Einwanderung*“ zum Nachteil westeuropäischer Staaten, die letztlich zur „*Zerstörung der Nation durch Masseneinwanderung*“[770] führe. Die beabsichtigte Folge sei eine „*Transformation ihrer Völker in eine gesichtslose Masse von perfekt durchmaterialisierten Konsumfaschisten*“.[771]

Auf der Veranstaltung „Die Generation Zukunft stellt sich vor" am 22. Juli 2023 in Schongau (BY) äußerte der bayerische Landtagsabgeordnete Benjamin Nolte:

„Was hier stattfindet, hat nichts zu tun mit notwendigen Sparmaßnahmen. Das, was hier stattfindet, ist einfach Vernichtungskrieg von Kulturmarxisten gegen die traditionelle Familie.
Wenn ich sowas höre, bin ich ja froh, dass der sogenannte Große Austausch nur eine Verschwörungstheorie ist, weil sonst könnte einen das wirklich beunruhigen.
Denn während der eigenen Bevölkerung wo es nur geht Steine in den Weg gelegt werden wenn es darum geht eine Familie zu gründen oder Kinder groß zu ziehen, geht die illegale Masseneinwanderung unvermindert weiter.“[772]

Auch der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Martin Renner beschrieb Deutschland in einem Facebook-Beitrag als einer von „*Kulturmarxisten*“ betriebenen „*aggressiven Bevölkerungs- und Kulturreform*“ ausgesetzt:

„Alle diese Parteien unseres Parteienstaates haben sich zusammengeschlossen zur ‚Neuen Einheitspartei Deutschlands‘ (NED) […] vereint im gleichen ideologischen, den Bürger unterdrückenden Fieberwahn. Wir befinden uns inmitten einer aggressiven Bevölkerungs- und Kulturreform. Alles, was nicht der

---

[769] Anderson, Christine: Tweet vom 15.08.2022, abgerufen am 19.09.2022.
[770] Höcke, Björn: Redebeitrag auf einer Demonstration in Gera (TH) am 03.10.2022; veröffentlicht in: „Höckes Rede zum Tag der Deutschen Freiheit am 3. Oktober in Gera“ vom 04.10.2022, in: www.pi-news.net, abgerufen am 07.10.2022.
[771] Ebd.
[772] Nolte, Benjamin: Rede auf der Veranstaltung „Die Generation Zukunft stellt sich vor" am 22.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.07.2023, Kanal: „AfD Weilheim-Schongau“, abgerufen am 02.08.2023.

schon vielen, vielen Jahren praktizierten obskuren, globalistischen, universalistischen Staatsideologie entspricht, wird durch die an allen Schalthebeln unserer Republik sitzenden Kulturmarxisten gnadenlos plattgemacht."[773]

Anknüpfend an dieses Gedankenkonstrukt, das in anderen Worten den angeblichen „*Bevölkerungsaustausch*" beschreibt, äußerte der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber im August 2022 auf Telegram:

> *„Die 68er-Denkschule und Ihre Agitatoren waren die geistig-reaktionären Nachfolger der Nationalsozialisten. Sie und ihre Post-68er-Nachfolger herrschen in ihrem radikalen Zersetzungswahn gegen die eigene Kultur wie ideologisch vernarbte Nazirichter, die tagtäglich noch nach 75 Jahren die Rache an den eigenen Bürgern planen. […] Sie, also die Denkschule der heutigen Grünen konnten durch die Institutionen marschieren und mit Hilfe von RAF-Terror, historischer Erpressung und kollektiver Sippenhaft ein traumatisiertes und ängstliches Volk in den Wahnsinn treiben und beherrschen. Die Multikulti-Abschaffung zum einen und fatale Abschaffung alles Deutschen durch die, die bis heute den Hitlerkult für Ihren ewige Zwangsneurose konstruieren und den Rassismus gegen die eigenen zelebrieren, wird jeden Tag schlimmer. […] Was für eine kalte, ideologisch vernarbte Führungsschicht dieses polit-medialen Systems, die immer im Sinne des kultur- und staatszersetzenden Globalismus denkt, aber nie an die eigenen Bürger und diese wie Untertanen behandelt."*[774]

Neben der mit dem Demokratieprinzip nicht zu vereinbarenden Wortwahl, die die Regierenden mit dem Regime der Nationalsozialisten gleichsetzt, bringt Weber hier sein ethnisches Volksverständnis dadurch zum Ausdruck, dass er die Anwesenheit von Migrantinnen und Migranten, die er hier mit „*Multikulti-Abschaffung*" beschreibt, pauschal eine zersetzende Wirkung zuschreibt.

Der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion) bezeichnete die etablierten Parteien vor diesem Hintergrund als „*Ethnomasochisten*".[775]

---

[773] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 30.07.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[774] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[775] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 01.12.2022, abgerufen am 12.12.2022.

Christina Baum, Bundestagsabgeordnete (BW/ST) und zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied, schrieb im März 2023 auf Facebook:

> *„Wir, die Deutschen, werden zur Minderheit im eigenen Land und dies in einer Geschwindigkeit, das einem schwindlig wird. Vom deutschen Schuldkult psychisch/ seelisch geschwächt und jahrzehntelang umerzogen, wird weiter darauf hin gearbeitet, unser Volk, unsere Kultur, unsere Sprache und unsere Traditionen langsam verschwinden zu lassen."*[776]

Der damalige nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp kommentierte im Mai 2023 anlässlich des Jahrestags der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht eine Rede von Richard von Weizsäcker folgendermaßen:

> *„Deutschland ist heutzutage vielerorts in Politik und Medien zu einem unentrinnbaren Schuldzusammenhang geschrumpft, der als einzigen Ausweg die Auflösung der Nation kennt. Eine solche Fixierung nur auf einen Teil der Geschichte führt aber zu einem Realitätsverlust für Vergangenheit und auch Gegenwart und letztlich zu einer autoaggressiven Landschaft, in der keine Zugehörigkeit zum Eigenen entstehen und bestehen kann."*[777]

Der Beisitzer im AfD-Bundesvorstand Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) schrieb in einem Beitrag:

> *„Und genau darauf läuft diese Distanzierungs- und Abwertungsmentalität gegenüber dem Eigenen hinaus: auf die kulturelle Selbstabschaffung. [...] Die hier zum Ausdruck kommende Verachtung für das Eigene wird maßgeblich von den links- grünen Kreisen getragen, die voraussichtlich die nächste Bundesregierung bilden werden. Sie können mit Deutschland, seiner Kultur, seinen Menschen und seiner Geschichte ‚nichts anfangen' (O-Ton Robert Habeck) und streben eine geschichtslose ‚multikulturelle und diverse Gesellschaft' an. In dieser Gesellschaft soll möglichst nichts mehr an deutsche Kultur und Geschichte erinnern."*[778]

---

[776] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 20.03.2023, abgerufen am 20.03.2023.
[777] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 08.05.2023, abgerufen am 09.05.2023.
[778] Jongen, Marc: Facebook-Eintrag vom 29.10.2021, abgerufen am 18.10.2023.

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Gottfried Curio wurde in einem Facebook-Beitrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 25. November 2021 mit folgender Äußerung zitiert:

> *„Als Anti-Deutschenhaß-Beauftragte sitzt allein die AfD-Fraktion im Bundestag. Denn gegen kulturelle Überfremdung gibt es bei den Leugnern einer deutschen Identität in der kommenden Regierung keine Vorbehalte – lieber fühlt man sich als Weltbürger, weil dies ‚modern' sei."*[779]

Auch hier wird Migrantinnen und Migranten pauschal eine zersetzende Wirkung zugeschrieben. Ihre Anwesenheit führe zu Überfremdung und mit Blick auf autochthone Deutsche verdrängend. Denn Migration wird mit „*Deutschenhaß*" und dem Leugnen einer deutschen Identität gleichgesetzt.

Nicole Höchst (MdB, RP) veröffentlichte im November 2023 auf Facebook eine Grafik mit folgendem Text:

> *„Unsere eigene Regierung hat uns, den Staat Deutschland und seine Bürger, abgewirtschaftet und erhöht Tag für Tag unser Bürgerkriegs- und Armutsrisiko. Das Schlimmste in meinen Augen ist: Sie kommt damit durch."*[780]

Im dazugehörigen Beitrag ergänzte Höchst:

> *„In fairer Weise muss man sagen, dass die #CDU mit Angela Merkel diese Weichen für Deutschland bereits gestellt hatte. Die #Ampel ist nur mit dem #Abwracken, #Zerstören und #Vernichten von #Volk, #Volkseigentum, #Wirtschaft, #Sprache, #Kultur, #Bildung, #Familie, #Tradition und #Generationenzusammenhalt VIEL effizienter, effektiver und erfolgreicher"*[781]

Das AfD-Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) äußerte sich in einem Facebook-Beitrag vom 2. November 2022 zu der zu dem damaligen Zeitpunkt geplanten Distanzierung von den Bibelversen in der Kuppel des Berliner Schlosses und sprach in ähnlicher Weise wie Curio von „*Deutschlandzerstörern*":

---

[779] AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Facebook-Eintrag vom 25.11.2021, abgerufen am 19.10.2023.
[780] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 22.11.2023, abgerufen am 05.12.2023.
[781] Ebd.

„Muezzinruf – ‚Ja, bitte' Bibeltext –‚Nein, Danke'
Im Koalitionsvertrag hat die Ampel festgelegt, dass die ‚Vielfalt' und ‚multikulturelle Gesellschaft' in Deutschland gefördert werden soll. Auch im Migrationspakt ist dies festgeschrieben. Diese Förderung bedeutet für unsere Regierung, die Bekämpfung von Traditionen und Werten. Die Bekämpfung unserer nationalen Identität. Jetzt bekämpft Claudia Roth das goldene Kreuz und die Zitate aus der Bibel, die auf der Kuppel des Berliner Stadtschloss zu sehen sind. Diese widersprächen, so Frau Roth, der ‚Weltoffenheit'. Es wird an einem ‚Kunstprojekt' gearbeitet, dass die Bibelverse überblenden sollen.
Schon im Vorwege ist die Stiftung Huboldtforum, vor den Deutschlandzerstörern auf die Knie gegangen. […] Die Bibel wird geschliffen, der Islam aber, der tatsächlich einen Alleingültigkeits- und Herrschaftsanspruch hat, wird gefördert, der Muezzinruf, darf in Köln erschallen. […] Die Deutschlandzerstörer sind an der Macht, sie zerstören unsere wirtschaftliche Zukunft, unsere Kultur, unsere Heimat, unsere Identität. Wir dürfen nicht nachlassen, in unseren politischen Kampf für unsere Heimat. Jeden Montag werden wir mehr! Holen wir uns unser Land zurück!"[782]

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 30. Juli 2023 äußerte die stellvertretende Sprecherin der AfD Rhein-Sieg Irmhild Boßdorf (seit 2024 zudem MdEP, NW) in ihrer Rede:

> *„Es ist egal, wie die Frage lautet: Massenzuwanderung ist immer das Problem und niemals eine Lösung. […] Aber was wir wirklich fürchten müssen, das ist nicht der menschengemachte Klimawandel. Nein, wir sollten uns viel eher fürchten vor dem menschengemachten Bevölkerungswandel, der das […] alte Europa in eine Siedlungsregion für Millionen Afrikaner und Araber umwandeln soll."*[783]

Die angeführten Verlautbarungen belegen insgesamt, dass im verschwörungstheoretischen Konstrukt um den ethnischen Volksbegriff dem Vorwurf einer vorsätzlichen

---

[782] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 02.11.2022, abgerufen am 18.10.2023.
[783] Boßdorf, Irmhild: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023.

Volkszerstörung durch international vernetzte Eliten im Sinne einer „New World Order" weiterhin Bedeutung zukommt, auch wenn der Terminus selbst nicht zwangsläufig Verwendung findet.

Wie die vorangegangenen Ausführungen zeigen, erfolgt eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur aus Sicht der AfD nicht nur unweigerlich zum Nachteil des autochthonen Volkes, sondern ist für dieses geradezu existenzbedrohend. Aus der Dystopie einer Verdrängung und möglichen Vernichtung des eigenen Volkes resultiert in der Agitation der Partei daher regelmäßig die Forderung, die Entwicklung konsequent aufzuhalten oder möglichst umzukehren.

Entsprechendes findet sich auch in den folgenden Beiträgen:

Die damalige stellvertretende Kreissprecherin und wissenschaftliche Referentin Irmhild Boßdorf (seit Juni 2024 MdEP) äußerte sich in einer Rede auf dem europapolitischen „Pfalztreffen" am 24. Juni 2023. Dort nahm sie Bezug auf das Narrativ des Bevölkerungsaustauschs und erklärte weiter:

> *„Wir wollen kein Heimweh in den eigenen Städten haben, wenn wir durch Köln, wenn wir durch Dortmund, Wiesbaden oder mittlerweile auch durch Dresden gehen. Wir wollen, dass unsere Heimat Deutschland das Land der Deutschen bleibt. Wir wollen, dass Europa der Kontinent der Europäer bleibt."*[784]

Die AfD Wolfsburg (NI) schrieb in einem Facebook-Eintrag vom 8. März 2023:

> *„Deutschland soll bunter werden. Das Land der Deutschen, so wie wir es kennen, wird es schon bald nicht mehr geben. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf unsere Kultur, das Zusammenleben usw. […] Deutschland ist das Land der Deutschen! Es ist nicht irgendjemandes Land und es kann nicht egal sein, ob sich die Deutschen fortpflanzen oder irgendjemand und es kann nicht egal sein, wer seine Kultur an seine Nachkommen weiter gibt! Es ist das Volk der Deutschen, dem die Politik verpflichtet ist! Wer dabei mit hilft, das eigene Volk abzuschaffen, […] der verrät seine eigene Familie!"*[785]

---

[784] Boßdorf, Irmhild: Rede auf dem „Pfalztreffen" am 24.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 26.06.2023. (Doppelverwendung eines Belegs im selben Kapitel)

[785] AfD Wolfsburg: Facebook-Eintrag vom 08.03.2023, abgerufen am 19.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.(2))

Ähnlich äußerte sich Alexander Claus (Beisitzer der JA Thüringen und Landtagswahlkandidat TH) am 20. Januar 2024 auf der Plattform X:

> *„Für die Väter des GG war es eine Selbstverständlichkeit, dass die BRD ein Staat der Deutschen sein soll. Verfassungsfeinde sind die, die das GG ohne Volksabstimmung uminterpretieren und aus Deutschland Multikulti-Land machen. #Staatsbürgerschaftsrecht“*[786]

Die Behauptung, dass die Bundesrepublik nicht mehr das Land der Deutschen sei, obwohl er sich in seiner Aussage gerade auf die deutschen Staatsbürgerinnen und -bürger bezieht, offenbart einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff.

Auf einen Tweet des Grünen-Politiker Jürgen Trittin, in dem dieser den Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus einem Interview mit der Äußerung zitierte, ein Teil der Gesellschaft und Parteien verzichte lieber auf Wohlstand, wenn Deutschland *„dafür eine weißere, autochtonere Gesellschaft“* bliebe, reagierte René Springer am 8. September 2024 folgendermaßen:

> *„Trittin ist das beste Beispiel für die Grünen als ideologische PR-Abteilung eines enthemmten Neoliberalismus. Eine Nation ist mehr als Humankapitallager und Spielwiese für Konzerne. Ostdeutschland konnte die Mangelwirtschaft der DDR überstehen, aber Massenmigration und das ‚Vielfalt‘-Gesellschaftsexperiment sind eine reale Existenzgefahr, und zwar für das ganze Land, denn wenn am Ende hier nicht mehr dieselben Menschen leben, dann ist dies auch nicht mehr Deutschland. Und es ist das Geburtsrecht der Deutschen, so einen Prozess des Heimatverlustes abzulehnen."*[787]

Springer stellt hiermit einen gestiegenen bzw. steigenden Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland als existenzielle Bedrohung für die *„Heimat"* der *„Deutschen"* dar. Die „deutsche Heimat“ wird als per *„Geburtsrecht"* unteilbares Eigentum der ethnisch-deutschen Bevölkerung verstanden.[788]

Jean-Pascal Hohm (zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender der AfD Cottbus, mittlerweile MdL BB) rief in einem Tweet vom 28. November 2022 ebenfalls zur Verteidi-

---

[786] Claus, Alexander: Tweet vom 20.01.2024, abgerufen am 08.04.2024.
[787] Springer, René: Tweet vom 08.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[788] Vgl. hierzu: Folgegutachten AfD 2021, S. 235.

gung eines vermeintlichen Geburtsrechts der Deutschen zu einem diffusen „*Widerstand*" auf, ohne konkret zu benennen, gegen wen dieser sich richten und mit welchen Mitteln er vollzogen werden soll:

> *„#Deutschland heißt Deutschland, weil hier die Deutschen leben. Nicht andersrum. Wer also das #Staatsvolk sukzessive durch #Einbürgerung ersetzt, verändert Deutschland nicht, sondern schafft es ab. Ohne Deutsche kein Deutschland.*
> *Widerstand ist darum Pflicht. Für Deutschland."*[789]

Die Forderung nach einer Unterbindung weiterer Migration nach Deutschland, einer europäischen Abschottungspolitik oder der Rückführung krimineller Ausländer stellt grundsätzlich keinen Verstoß gegen die Menschenwürdegarantie dar. Werden allerdings Maßnahmen gefordert, um die Migrationspolitik nach ethnisch-kulturellen Kriterien auszurichten, ist dies mit dem Volksbegriff des Grundgesetzes nicht vereinbar. Ein grundsätzlicher Ausschluss vom Staatsvolk aufgrund ethnischer Kriterien führt zu einer die Menschenwürde verletzenden Schlechterstellung der betroffenen Personengruppen. In diesem Sinne stellt auch die Forderung nach einer Einwanderungspolitik, die vorrangig auf die Wahrung der ethnisch-kulturellen Homogenität abzielt, einen Anhaltspunkt für ein gegen die Menschenwürde gerichtetes völkisches Weltbild dar. Die Aussagen zielen auf eine (Re-)Homogenisierung Europas und damit implizit ebenfalls auf eine Exklusion derjenigen Bevölkerungsgruppen ab.

Der damalige Beisitzer im Bundesvorstand, Europaabgeordnete und Spitzenkandidat zur Europawahl 2024, Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN), war im Januar 2023 zu Gast in der IfS-Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft". Dort äußerte er, ebenfalls eine Homogenisierung fordernd:

> *„So [...] ein derartig inhomogenes Land wie das, was wir jetzt geworden sind, ohne gemeinsames kollektives Bewusstsein, ohne gemeinsame Identität, ist immer ein kriminelles, gewalttätiges und unsolidarisches Land. Und die Politik kann darauf nur antworten – wenn sie das nicht schafft, die Homogenität wiederherzustellen und das [...] soll ja neuerdings verfassungswidrig sein, das zu wollen – indem sie es entweder laufen lässt und akzeptiert, dass es No-Go-*

[789] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 28.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.

Areas gibt und dass man eben zweimal im Jahr die Stadt anzündet, wie in Brüssel, oder indem der Staat repressiv wird. Und das ist eben das, worauf wir uns einstellen müssen."[790]

Krahs Aussage impliziert, dass es für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland existenziell sei, „*die Homogenität wiederherzustellen*". Zwar skizziert er hier keine konkreten Handlungsschritte, wie dieses Ziel aus seiner Sicht zu erreichen ist, vor dem Hintergrund der Fülle weiterer, eindeutig von einem ethnisch definierten Volksbegriff ausgehenden, Äußerungen Krahs ist jedoch die Interpretation naheliegend, dass er Maßnahmen für notwendig hält, die mit einer rechtlichen und/oder sozialen Schlechterstellung, Diskriminierung oder gar einer Massenausweisung von als unerwünscht kategorisierten Bevölkerungsgruppen einhergehen würden.

Der AfD-Kreisverband Esslingen (BW) teilte im Juli 2023 einen Facebook-Beitrag von Christina Baum, Bundestagsabgeordnete und zum damaligen Zeitpunkt Mitglied des Bundesvorstands, in dem diese das Bedrohungsszenario eines Bürgerkriegs in Deutschland aufgrund der steigenden Anzahl von Migranten imaginierte:

> *„Die vorsätzlich forcierte Massenmigration nach Deutschland bei gleichzeitiger ebenso vorsätzlicher Demontage unserer Wirtschaft wird in absehbarer Zeit zwangsläufig zu eskalierenden Verteilungskämpfen führen.*
> *Da eine Integration kulturfremder Bevölkerungen in dieser Größenordnung nicht leistbar und damit illusorisch ist und von der herrschenden Klasse auch gar nicht mehr angestrebt wird, werden die Verteilungskämpfe entlang der ethnokulturellen Bruchlinien der Parallelgesellschaften und der einheimischen Bevölkerung erfolgen. Kombiniert mit der zunehmenden Erosion der öffentlichen Sicherheit und den wachsenden No-Go-Areas für deutsche Polizisten braut sich in unserem Land ein explosives Gemisch zusammen, das sich eines Tages entladen wird. Wenn wir hier nicht schleunigst das Ruder um 180° herumreißen und eine umfassende, humane Remigration illegaler und nichtintegrierbarer Migranten in Gang setzen, sind die schrecklichen Szenen in Frankreich auch bei uns nur eine Frage der Zeit."*[791]

[790] Krah, Maximilian in Folge 33 der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.01.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 16.01.2023.
[791] AfD Esslingen: geteilter Facebook-Eintrag vom 04.07.2023, abgerufen am 11.07.2023.

Zwar fordert Baum hier eine „*humane Remigration*“ und suggeriert somit eine die Menschenwürde wahrende Vorgehensweise, doch bezieht sie sich andererseits auf „*illegale[r] und nichtintegrierbare[r]*“ Migrantinnen und Migranten. Zahlreiche Äußerungen Baums haben bereits gezeigt, dass die Bundestagsabgeordnete Personen aus bestimmten Kulturkreisen per se als nicht integrierbar einordnet und somit ein pauschales Unwerturteil fällt, welches die betroffene Gruppe in ihrer Menschenwürde verletzt. Die zitierte Äußerung lässt vor diesem Hintergrund zumindest die Interpretation zu, dass von der „*umfassende[n]*“ Remigration auch Menschen betroffen sein könnten, die auf Grund ihrer ethnisch-kulturellen Herkunft pauschal abgelehnt werden.

Auch Dominik Kaufner, Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Havelland (BB) und mittlerweile Landtagsabgeordneter in Brandenburg, befürwortete im Februar 2023 eine „*konsequente Remigration*“ als die einzige Möglichkeit, die Identität des deutschen Volkes zu bewahren:

> „*Wenn wir unsere Identität bewahren wollen, wenn wir nicht zur Minderheit im eigenen Land werden wollen, dann gibt es nur eine Möglichkeit: Konsequente Remigration.*“[792]

Die Aussagen verdeutlichen, dass der steigende Anteil von Personen mit Migrationsgeschichte als Verdrängungsprozess von autochthonen Deutschen gewertet wird. Migration führt nach dem Volksbegriff des Grundgesetzes aber gerade nicht zu einem Austausch oder gar einer Abschaffung des Staatsvolks, weil das Grundgesetz ethnische Kriterien für die Zugehörigkeit zum Staatsvolk nicht kennt.[793]

Aufbauend auf der Vorstellung von einer Unvereinbarkeit verschiedener Ethnien werden in den angeführten Belegen wiederholt Bedrohungsszenarien heraufbeschworen, die eine Gefährdung für die eigene ethnische Identität signalisieren. Die beschriebenen Aussagen sind damit potenziell geeignet, ein Vorgehen gegen die skizzierte Bedrohung des deutschen Volkes in seinem ethnisch-kulturellen Bestand als (überlebens-)notwendig darzustellen. Diesem Verständnis folgend postuliert ein Teil der Beiträge die Bewahrung oder Wiederherstellung eines ethnisch homogenen (deutschen) Volkes. Entsprechende Äußerungen können als Anhaltspunkt für ein

---

[792] Freilich: „Dominik Kaufner (AfD): ‚Das größte Problem ist der Bevölkerungsaustausch‘“, in: www.freilich-magazin.com vom 11.02.2023, abgerufen am 17.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

[793] VG Köln, Urt. v. 13. Oktober 2022, 13 K 4222/18, juris, Rn. 90.

ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis und mithin für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bewertet werden.

(3) Zwischenfazit

Durch das BfV war im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung der Frage nachzugehen, ob eine substantielle Abkehr von verfassungsfeindlichen Positionen und Inhalten erfolgt ist, die den festgestellten Verdacht eines völkisch-nationalistischen Weltbilds entfallen lässt, oder ob gegebenenfalls eine Verdichtung festzustellen ist.

Den in den vorbenannten Äußerungen verwendeten Begrifflichkeiten liegt übereinstimmend das Postulat eines jedenfalls auch – wenn nicht gar ausschließlich – ethnisch definierten und entsprechend homogenen deutschen Volkes zugrunde. Aus dieser essentialistisch-geschlossenen Perspektive stellen Migration, „Vermischung" oder ein vermeintlich andauernder „Bevölkerungsaustausch" nicht nur eine existenzielle Bedrohung für das deutsche Volk dar, sondern führen unweigerlich zu dessen Untergang und Zerstörung. Dieses ständige Narrativ der AfD fußt auf einem abstammungsmäßig-ethnischen Volksverständnis, das dem Volksverständnis des Grundgesetzes widerspricht und Ausdruck letztlich völkischen Denkens ist.

Der Eintritt für eine restriktive Einwanderungspolitik entfaltet indessen noch keine Verfassungsschutzrelevanz. Aufbauend auf der Vorstellung von einer Unvereinbarkeit verschiedener Kulturen und Ethnien werden in den untersuchten Belegen jedoch wiederholt Bedrohungsszenarien heraufbeschworen, die eine Gefährdung für die eigene kulturelle Identität imaginieren. Die beschriebenen Aussagen sind damit potenziell geeignet, ein Vorgehen gegen die skizzierte Bedrohung des deutschen Volkes in seinem ethnisch-kulturellen Bestand als (überlebens-)notwendig darzustellen. Entsprechende Äußerungen können als Anhaltspunkt für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis und mithin für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bewertet werden.

cc. Gesamtfazit zu ethnisch-abstammungsmäßigen Aussagen und Positionen

Die Auswertung der angeführten Aussagen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene belegt, dass die AfD weiterhin ein gegen Art. 1 Abs. 1 GG verstoßendes ethnisch-kulturelles Volksverständnis verfolgt und dieses insbesondere auf den Gebieten der Migrations-, Asyl- und Einbürgerungspolitik umsetzen will. Sie vertritt den ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff ungeachtet der Einstufung der AfD zum

Verdachtsfall und in Kenntnis der verwaltungsgerichtlichen Beanstandungen. So wird in der Partei weiterhin und nachdrücklich ein Volksverständnis vertreten, dem die Annahme zugrunde liegt, das deutsche Volk bestehe nicht aus der Gesamtheit aller Staatsangehörigen, sondern aus der Gesamtheit der „ethnischen" Deutschen. Eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit den gerichtlich bestätigten Anhaltspunkten für extremistische Bestrebungen fand innerhalb der AfD nicht statt und wird teilweise sogar ausdrücklich abgelehnt.

Die beharrlich fortgesetzte Verbreitung und Rechtfertigung der dargestellten Positionen ohne jeden glaubwürdigen Anhaltspunkt für ein Überdenken und Abrücken, die von der Parteiführung unwidersprochen bleiben bzw. ohne dass diese ergreifbare Gegenmaßnahmen einleitet, begründet eine quantitative Verdichtung der bisherigen Anhaltspunkte. Hier werden eben nicht nur Fragen der Volkszugehörigkeit diskutiert, sondern es gibt vielmehr von Seiten der AfD sowie hochrangigen Funktionärinnen und Funktionären sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern eine Vielzahl von Äußerungen, die zum Ausdruck bringen, dass Menschen, die nicht den Vorstellungen vom „ethnisch deutschen Volk" entsprechen, auch ungeachtet ihrer deutschen Staatsangehörigkeit nicht gleichwertige Mitglieder des deutschen Volkes sind.

Die Gesamtbetrachtung der ausgewerteten Verlautbarungen belegt zudem, dass die Beschreibung eines vermeintlich gegenwärtig voranschreitenden Verdrängungsprozesses zu Lasten der autochthonen Deutschen, der letztlich zur Auflösung des deutschen Volkes führen werde, innerhalb der AfD weiterhin einen zentralen, qualitativ und quantitativ bedeutsamen Bestandteil ihrer Politik ausmacht. Die dargelegten Verlautbarungen aus allen Ebenen der Partei beschwören insgesamt eine existentielle Gefahr für die autochthone Bevölkerung durch Migrantinnen und Migranten und propagieren den Erhalt des deutschen Volkes in seinem ethnischen Bestand als politisches Ziel.

Zahlreiche Verlautbarungen belegen zudem, dass innerhalb der AfD weiterhin essentialistische Positionen verbreitet werden, die Menschen anhand ihrer ethnischen Herkunft einer imaginierten, feststehenden kollektiven Identität zuordnen. Ferner wird Migrantinnen und Migranten regelmäßig eine schädliche Wirkung auf die „deutsche" Identität und Kultur und vielfach eine pauschale Inkompatibilität mit dieser unterstellt.

Die Hinweise auf ein deterministisches Identitätsverständnis, welches die Menschenwürde des Individuums missachtet, bestehen somit weiterhin und haben sich verfestigt.

Besonders relevant sind in diesem Zusammenhang auch Äußerungen, die etablierten Parteien den gezielten Austausch des deutschen Wahlvolks durch Menschen mit Migrationsgeschichte unterstellen und im Zusammenhang damit suggerieren, die Ausübung der Volkssouveränität solle ausschließlich oder vorrangig autochthonen Deutschen vorbehalten sein. Dies steht in deutlichem Widerspruch zum Staatsvolkbegriff des Grundgesetzes und impliziert die Forderung nach Exklusion von eingebürgerten Deutschen, denen ein niedrigerer Status zugeschrieben wird. In der Gesamtschau haben sich die einen voranschreitenden Verdrängungsprozess zu Lasten der ethnischen Deutschen behauptenden Positionen in qualitativer und quantitativer Hinsicht verdichtet. Die Vorstellung einer vorsätzlichen Volkszerstörung durch international vernetzte Eliten im Sinne einer „New World Order" wird durch die AfD ebenfalls weiterhin aufrechterhalten.

Aus der Dystopie einer Verdrängung und möglichen Vernichtung des eigenen Volkes resultiert regelmäßig die Forderung, die Entwicklung aufzuhalten oder umzukehren. Die untersuchten Aussagen sind dabei potenziell geeignet, ein Vorgehen gegen die konstruierte Bedrohung des deutschen Volkes in seinem ethnisch-kulturellen Bestand als (überlebens-)notwendig darzustellen.

Die Verbreitung entsprechender Positionen wurde im Nachgang der Verdachtsfalleinstufung durch das BfV, der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln und der Entscheidung des OVG NRW ungeachtet der Beanstandungen kontinuierlich und unvermindert fortgesetzt. Die teilweise festzustellende Schwerpunktverlagerung von Schlagworten wie „Großer Austausch" und „Umvolkung" hin zu alternativen Termini und Wortneuschöpfungen wie „Ersetzungsmigration" und „Bevölkerungsaustausch" ging dabei keineswegs mit einer inhaltlichen Abkehr von verfassungswidrigen Positionen einher, sondern gestaltete das zugrundeliegende, auf einem ethnisch-homogen verstandenen Volksbegriff basierende Narrativ vielmehr weiter aus und verfestigte es somit nachhaltig.

Nach alldem ist mit Gewissheit festzustellen: Die AfD vertritt einen mit der Menschenwürdegarantie aus Art. 1 Abs. 1 GG nicht zu vereinbarenden ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff.

b. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

Fremdenfeindliche Äußerungen können tatsächliche Anhaltpunkte dafür liefern, dass die Gewährleistung der Menschenwürde im Sinne von Art. 1 Abs. 1 GG für bestimmte Personengruppen außer Geltung gesetzt werden soll.

Dies liegt insbesondere bei rassistisch motivierter Diskriminierung und einer grundsätzlichen Behandlung einzelner Personen und Personengruppen wie Menschen zweiter Klasse vor.[794] Dabei kann eine kontinuierliche Agitation gegen bestimmte Personen oder Personengruppen, mit der diese pauschal diffamiert und verächtlich gemacht und dabei irrationale Ängste und Ablehnung gegenüber diesen Personen(gruppen) geschürt werden, Ausdruck eines Bestrebens sein, die Geltung der im Grundgesetz verankerten Menschenrechte für diese Teile der Bevölkerung außer Kraft zu setzen.[795] Durch eine anhaltende Pauschalisierung wird der Achtungsanspruch des Einzelnen aufgehoben und Personen und Personengruppen damit das Recht auf eine menschenwürdige gesellschaftliche Teilhabe abgesprochen.[796] Die Äußerungen müssen sich dabei jenseits einer konstruktiv-sachlichen Auseinandersetzung bewegen und in ihrer Zielsetzung kontinuierlich herabsetzend und entwürdigend sein.[797]

Kritik an der Einwanderungs- und Asylpolitik ist nicht per se verfassungsschutzrelevant. So stellt die Forderung nach einer weitgehenden Beschränkung von Zuwanderung keinen Anhaltspunkt für fremdenfeindliche Bestrebungen dar. Anders ist es allerdings zu beurteilen, wenn Äußerungen unmittelbar an die Asylbewerber und Asylbewerberinnen sowie Migranten und Migrantinnen adressiert sind und diese pauschal verächtlich machen.[798]

---

[794] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 07.09.16, 1 K 71.15, juris, Rn. 22 m. w. Nachw.; Urt. v. 12.11.2020, 1 K 606.17, juris, Rn. 38; Jarass/Pieroth, Kommentar GG 13. Aufl. § 1 Rn. 6 und 12; VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 97/20, BeckRS 2020, 14940, Rn. 38 ff., bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 56/20, juris, Rn. 33 ff.; vgl. zur differenzierenden Ansicht des OVG NRW Kapitel C: I: 2.

[795] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 21.01.16, 1 K 255.13, juris, Rn. 76; Urt. v. 12.11.2020,1 K 606.17, juris, Rn. 76; Droste: „Handbuch des Verfassungsschutzrecht", 1. Aufl. 2007, S. 180.

[796] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 21.01.16,1 K 255.13, juris, Rn. 105 f.

[797] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 07.09.16,1 K 71.15, juris, Rn. 22 und Rn. 47.

[798] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 721.

Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

Im Folgenden ist zu prüfen, ob die bei der AfD zum Zeitpunkt der Verdachtsfalleinstufung vorhandenen Anhaltspunkte für fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen[799] entfallen sind, ob sich die Anhaltspunkte in Gewicht und/oder Anzahl verdichtet haben und der Verdacht damit zur Gewissheit geworden ist oder ob der Verdacht weiter fortbesteht. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Belege im Gutachten AfD und Teilorganisationen, S. 242 bis 302, im Folgegutachten AfD 2021, S. 296 bis 415, sowie im Folgegutachten Junge Alternative 2023, S. 98 bis 115, verwiesen. Ferner wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 267 ff., verwiesen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass sich die bestehenden Anhaltspunkte für eine ausländer- insbesondere muslim- und islamfeindliche Agitation der JA als Teilorganisation der AfD zur Gewissheit verdichtet haben. Das OVG NRW hat zudem festgestellt, dass *„konkrete und hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vor[liegen], dass nach dem politischen Konzept der Klägerin jedenfalls Flüchtlingen und anderen Zuwanderern, deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund und deutschen und ausländischen Staatsangehörigen islamischen Glaubens die Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt werden soll.“*[800], worin es eine Menschenwürdewidrigkeit sieht.

Wie sich aus den Ausführungen zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff ergibt, stellen die Themen „Migration“ und „Flüchtlinge“ zentrale Aspekte des politischen und ideologischen Denkens und Agierens der AfD dar. Migration und eingewanderte Personen werden nach zahlreichen einschlägigen Äußerungen von Seiten der AfD als existenzielle Bedrohung des – in ihrem Sinne – deutschen Volkes angesehen.

Die im Folgenden ausgewerteten Äußerungen basieren zu weiten Teilen auf einer Gegenüberstellung von autochthoner deutscher Bevölkerung auf der einen und Migrantinnen und Migranten auf der anderen Seite. Sie zeichnen ein Bild von einem bedrohten „Wir“ und einem bedrohlichen „Die“. Dieser vermeintliche Antagonismus wie-

[799] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 333 f.
[800] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22 (AfD), juris, Rn. 199.

derum findet – wie sich im Folgenden zeigen wird – seine Grundlage in dem im vorangegangenen Kapitel dargestellten ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis.

Dabei werden zunächst Äußerungen ausgewertet, die einen Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewaltneigung herstellen (aa.), bevor auf die Thematisierung einer vermeintlich missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen (bb.), die Zuschreibung okkupatorischer Absichten (cc.), die Nutzung von Katastrophenmetaphern im Zusammenhang mit Migrationsprozessen (dd.), die allgemeine Unterstellung einer kulturellen Inkompatibilität bzw. generellen Regressivität bestimmter Bevölkerungsgruppen (ee.) und die Forderung kollektiver Rückführungsmaßnahmen (ff.) eingegangen wird. Abschließend werden Aussagen untersucht, die rassistische Inhalte haben (gg.).

aa. Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewaltneigung

Auch nach der Verdachtsfalleinstufung und deren gerichtlicher Bestätigung durch das Verwaltungsgericht Köln und das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen äußern sich Funktionärinnen und Funktionäre der AfD bzw. die Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisverbandsebene in einer Weise, die immer wieder einen direkten Zusammenhang zwischen der Herkunft von Menschen und ihrer Gewaltneigung insinuieren.

Dabei spielen Äußerungen, die dem Einzelnen eine überproportionale Neigung zu Gewalt unterstellen ((1.)), teils speziell zu Straftaten, die mit Messern begangen werden ((2.)), und Äußerungen, die Migrantinnen und Migranten nicht mehr als Individuen, sondern bloß mehr als bedrohliches Kollektiv darstellen ((3.)) bzw. eine angebliche Neigung zur Begehung von Sexualstraftaten unterstellen ((4.)), und letztlich die Gleichsetzung von multikulturellen mit „multikriminellen" Gesellschaften ((5.)) eine besondere Rolle.

(1) Unterstellung einer überproportionalen Neigung zu Gewalt

In der AfD finden sich zahlreiche Äußerungen führender Funktionärinnen und Funktionäre auf Bundes- und Landesebene ebenso wie auf Kreisebene, die Migrantinnen und Migranten pauschal eine Gewaltaffinität unterstellen oder einen direkten Zusammenhang zwischen der Herkunft von Personen und der Begehung von Straftaten herstellen.

So äußerte die AfD-Co-Bundessprecherin und Co-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel in einem am 4. Dezember 2022 auf Facebook veröffentlichten Videostatement hinsichtlich der Einbürgerung von Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten:

> *„Und worauf sich das auswirkt, natürlich auf die Sozialstatistiken, [...] auch auf die polizeiliche Kriminalstatistik, denn sind diese Leute einmal eingebürgert, dann tauchen sie als ausländische Staatsbürger gar nicht mehr auf. Obwohl genau diese Leute aus dem afghanischen, irakischen, syrischen Kontext eine hohe Kriminalitätsbelastung aufweisen. Ein Vielfaches von einem deutschen Staatsbürger im Übrigen. Dadurch wird auch die Kriminalstatistik verfälscht."*[801]

Die AfD-Co-Bundessprecherin Weidel schreibt Personen aus Afghanistan, Irak und Syrien eine deutlich höhere Gewaltaffinität bzw. Neigung zur Begehung von Straftaten („*ein Vielfaches*") zu als „*deutschen Staatsbürgern*", indem sie meint, „*genau diese Leute*" wiesen eine „*hohe Kriminalitätsbelastung*" auf. Weidel spricht hier im Kontext der Kriminalitätsstatistik von der vermeintlich „*um ein Vielfaches*" erhöhten Kriminalitätsbelastung, ohne zu verdeutlichen, worauf diese Annahme fußt. Die reine Feststellung einer möglichen Steigerung der Kriminalität im Zusammenhang mit gestiegener Migration ist an sich nicht verfassungsschutzrechtlich relevant. Im Gesamtkontext wird ersichtlich, dass Weidel aus Kriminalitätsstatistiken Schlüsse auf die Kriminalitätsbelastung zieht und sie mit der Herkunft der Menschen verknüpft. Dabei ist die Frage der Kriminalitätsbelastung separat zu betrachten, da diese komplexer als die der reinen Kriminalitätsstatistik ist und es sich bei letzterer lediglich um eine Tatverdächtigenstatistik handelt, bei der zudem das Anzeigeverhalten zu berücksichtigen ist.[802] Gleichwohl attribuiert die AfD-Co-Bundessprecherin hier negative Merkmale ohne weitere Substantiierung anhand einer bestimmten Herkunft. Dies soll erkennbar keinen Beitrag zur Lösung tatsächlich bestehender oder angenommener Probleme leisten, sondern die Gesamtheit der Migranten aus diesen Ländern durch pauschale Unterstellungen als grundsätzlich gefährlicher als Deutsche herabsetzen und Ablehnung hervorrufen.

Ähnlich pauschalisierend äußerte sich der stellvertretende Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) am 26. Juli 2024 gegenüber Nordafrikanern:

---

[801] Weidel, Alice: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 04.12.2022, Kanal: „Alice Weidel", abgerufen am 19.12.2022.

[802] Vgl. dazu etwa Bundestagsdrucksache 19/26665, Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, S. 72. ff.

„#Gewaltexplosion durch #Nordafrikaner? Da helfen #Grenzkontrollen! #deshalbAfD“[803]

Der hessische Bundestagsabgeordnete Jan Nolte stellte in einem Tweet vom 14. Oktober 2024 Zuwanderer als *„tendenziell viel Gewaltaffiner […] als der autochthone Deutsche“* dar:

> *„Ein Problem der inneren Sicherheit ist, dass man sich aus Gründen der Political Correctness weitgehend weigert, anzuerkennen, dass wir seit Jahren massive Migration von Menschen haben, die tendenziell viel Gewaltaffiner sind, als der autochthone Deutsche. Man versucht Menschen, die ein ganz anderes Verhältnis zu Gewalt und ‚Ehre‘ haben, in der Familie viel öfter mit Gewalt konfrontiert sind und die oft in einem völlig anderen sozialen Gefüge leben, als der autochthone Deutsche, mit Präventions- und Repressionsinstrumenten zu begegnen, die für eine andere Gesellschaft konzipiert sind. Vorstrafen und Gefängnisaufenthalte, werden in bestimmten Parallelgesellschaften als Zeichen der Stärke gesehen. Und wer ohnehin keine normale Karriere im Arbeitsmarkt plant, den stört auch der ‚Knick‘ in der Vita nicht.*
> *Gilt so natürlich nicht für jeden, ist aber grundsätzlich ein gut beobachtbares Problem.“*[804]

Zwar nimmt Nolte hier formal am Ende des Zitats vordergründig noch eine Einschränkung vor. Diese steht jedoch der Unterscheidung zwischen autochthonen Deutschen und gewalttätigen Migranten in den Kernausführungen diametral entgegen und ist als Ausnahme formuliert.

Lena Kotré (MdL BB) unterstellte in einem Tweet vom 31. Oktober 2024 ebenfalls bestimmten Migrantengruppen aufgrund ihrer Herkunft pauschal eine Neigung zu Kriminalität und Terrorismus:

> *„RACIAL PROFILING KANN LEBEN RETTEN!*
> *Gestern hat die Polizei in Berlin auf ihre Erfahrung gesetzt und per ‚verdachtsunabhängiger Personenkontrolle aufgrund des Erscheinungsbildes‘ wahrscheinlich einen Terroranschlag verhindert. Im Klartext: Sie haben einen typischen ‚2015er‘ ins Visier genommen.*

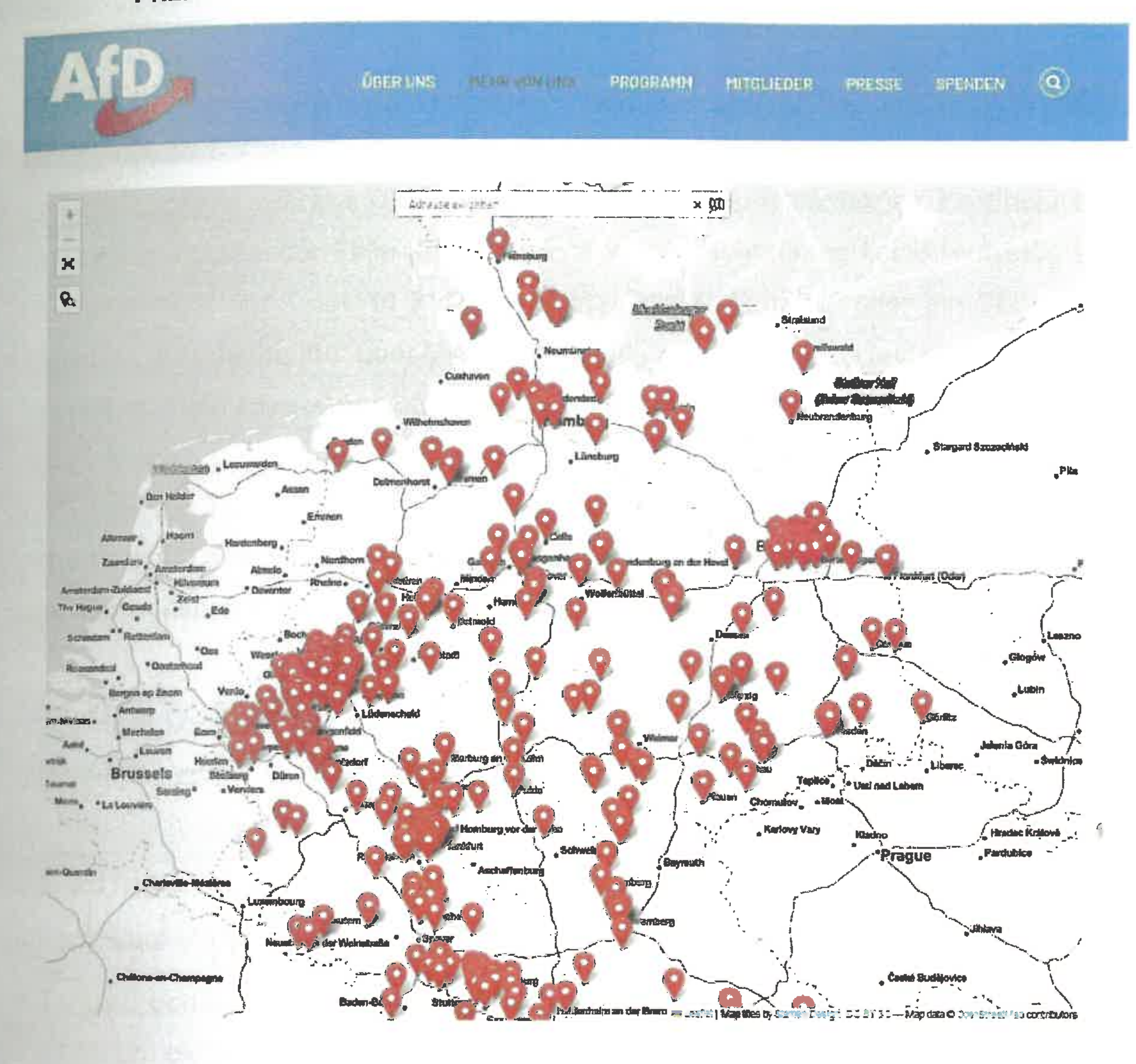
[803] Brandner, Stephan: Telegram-Beitrag vom 26.07.2024, abgerufen am 16.09.2024.
[804] Nolte, Jan: Tweet vom 14.10.2024, abgerufen am 14.10.2024.

Haben sie Asiaten oder Osteuropäer - von denen es am Bahnhof sicherlich auch genügend zur Auswahl gab - kontrollieren wollen? Nein, denn sowohl Kriminelle als auch Terroristen weisen oft ähnliche Profile auf. Die Polizei hat hier auf statistische Erkenntnisse gesetzt und Schlimmeres verhindert. Daher - Racial Profiling eignet sich zur Stärkung der inneren Sicherheit in Deutschland. Es ist doch klar, wer meist die Tätergruppen sind; was in der Politik aktuell fehlt, ist nur der Wille, die eigene Bevölkerung zu schützen.“[805]

Kotré stellt hier auf Migranten arabischer und/oder afrikanischer Herkunft ab, die 2015 als Geflüchtete nach Deutschland kamen, und fordert explizit den Einsatz des sogenannten Racial Profilings und weist der Personengruppe in diesem Zuge einen abgewerteten Status zu.

Der AfD-Bundesverband warb am 23. Februar 2023 auf Facebook für den AfD-„Einzelfallticker“, der Straf- und Gewalttaten, die vermeintlich von Personen mit Migrationsgeschichte begangen wurden, undifferenziert visualisiert und einen direkten Kausalzusammenhang zwischen Migration und Kriminalitätsanstieg insinuiert. Die Grafik wird von der Aussage *„Aufgrund der Vielzahl sogenannter Einzelfälle können wir hier nur einen Bruchteil darstellen“* begleitet.

[805] Kotré, Lena: Tweet vom 31.10.2024, abgerufen am 11.11.2024.



*Jetzt zählen wir mit: *Einzelfälle* ab dem 21. Februar 2023

Die in diesem Zusammenhang offenbar ironisierende Nutzung des Begriffs „*Einzelfall*" – die Grafik zeigt nämlich eine von Pins übersäte Deutschlandkarte – soll die Botschaft vermitteln, das Problem von straffällig gewordenen Migrantinnen und Migranten werde in der Öffentlichkeit willentlich verharmlost und es handele sich dabei eigentlich eher um die Regel als um Ausnahmen.[806] Das Portal findet sich auch auf der offiziellen Internetseite der AfD.[807]

Für eine Vielzahl der im „Einzelfallticker" aufgeführten Taten werden aus den als Quelle angegebenen Presseberichten allerdings keine eindeutigen Hinweise auf die Staatsangehörigkeit der mutmaßlichen Täter ersichtlich. So werden zahlreiche mit

[806] AfD: Facebook-Eintrag vom 23.02.2023, abgerufen am 27.02.2023.
[807] AfD: „Mehr von uns: Einzelfallticker", in: www.afd.de/einzelfallticker, abgerufen am 23.07.2024.

dem Tatmittel Messer oder durch eine Gruppe verübte Straftaten im „Einzelfallticker" aufgeführt, ohne dass sich aus dem Bezugsartikel ein Hinweis auf die Staatsbürgerschaft oder eine Migrationsgeschichte der Personen ergibt.

Einer Stichprobe aus Mai 2023 zufolge fanden sich zum damaligen Zeitpunkt bei mehr als der Hälfte der Fälle (58,69 %) in der Tatbeschreibung keine Hinweise auf die Nationalität der Täter. In 21,22 % wurden die Nationalität oder ein Status als Flüchtling, Asylsuchender oder Migrant eindeutig genannt. In den restlichen 20,32 % der aufgeführten Fälle wurde offenbar auf Grund des in der Bezugsmeldung genannten Phänotyps (z. B. „*südländisches Aussehen*", „*dunkelhäutig*", „*arabischer Phänotyp*") oder der Sprache (etwa „*gebrochenes Deutsch*", „*Akzent*") auf eine ausländische Herkunft geschlossen. Zudem wird in einer Vielzahl der Artikel über mutmaßliche Täter gesprochen.

Teilweise werden im „Einzelfallticker" Berichte als Pin markiert, bei denen der Bezugsartikel keine Straftat behandelt, etwa eine Äußerung des hessischen Ministerpräsidenten zum Thema Migration. In einigen Fällen fehlen Quellenbelege, teilweise wurden Sachverhalte doppelt erfasst.

Am 4. Oktober 2023 veröffentlichte der AfD-Bundesverband auf Facebook einen Beitrag, in dem er den „Einzelfallticker" der Partei mit folgenden Aussagen bewarb:

> *„Seit dem 21. Februar dokumentiert die AfD in ihrem ‚Einzelfallticker' jene Straftaten, die von den etablierten Parteien permanent als ‚Einzelfälle' verharmlost werden (https://www.afd.de/einzelfallticker/). Es sind schwerwiegende Delikte, bei denen jeder weiß, dass Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika einen erheblichen Teil der Täter ausmachen: Messerangriffe, Vergewaltigungen, bewaffnete Raubüberfälle und vieles mehr. Innerhalb von noch nicht einmal acht Monaten dokumentierte die AfD – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – insgesamt 1000 sogenannte ‚Einzelfälle'!*
> *Schon diese Zahl verdeutlicht, dass die Beschönigungen der Massenmigrations-Ideologen nicht mehr zu ertragen sind. Ob im Schwimmbad, in der Diskothek oder in der Bahn: Überall kann es passieren, dass angeblich ‚traumatisierte' Herrschaften plötzlich ausrasten, um sich stechen und schlagen, sich an*

> *Frauen vergehen. […] Angesichts der täglichen ‚Einzelfälle' ist unsere Forderung klar: Grenzen schützen und Scheinflüchtlinge konsequent in ihre Heimatländer zurückschicken!“*[808]

Die Kriminalität der einzelnen Flüchtlinge wird auf Migranten allgemein übertragen. So stellt die AfD hier den Großteil männlicher Flüchtlinge aus dem „*Nahen Osten und Afrika*“ generell als gewalttätig und gefährlich dar und wertet sie entsprechend ab.

Zudem wird insinuiert, die von Ausländern oder Geflüchteten ausgehende Kriminalität werde von anderen Parteien verschleiert. Diese Botschaft ist auch im AfD-Grundsatzprogramm angelegt. Dieses enthält einen Abschnitt mit der Überschrift „*Einwandererkriminalität - nichts verschleiern, nichts verschweigen*“.[809] Bereits die Überschrift insinuiert, dass das Ausmaß der „*Einwandererkriminalität*“ tatsächlich verschleiert und verschwiegen werde und entsprechend viel größer sei. Es wird dann ausgeführt:

> *„Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen ohne die für eine Integration erforderlichen Qualifikationen werden mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt. In ihrer Heimat haben sie alle Brücken abgebrochen. Enttäuschte Hoffnungen auf Wohlstand bergen die Gefahr, dass viele in die Kriminalität abgleiten.“*[810]

Dadurch insinuiert die Partei, dass „*viele*“ dieser „*Millionen Menschen*“ kriminell würden, und zeichnet dadurch bereits ein Bedrohungsszenario, das geeignet ist, generelle Ablehnung gegenüber Migranten „*anderer Kulturkreise*“ hervorzurufen.

Anlässlich einer Reihe von Gewaltdelikten in deutschen Freibädern verkündete die AfD am 30. Mai 2023 auf Facebook:

> *„+++ Einzelfall der Woche: Junge Mutter im Freibad zusammengeschlagen +++ Die Freibadsaison hat noch gar nicht richtig begonnen, da wird schon wieder klar, wer zwischen Beckenrand und Liegewiese in Deutschland das Sagen hat: Nicht etwa der Bademeister, sondern gewalttätige und aggressive ‚Gruppen Jugendlicher'. […] Einmal mehr wird uns schmerzlich vor Augen geführt, dass es im Deutschland unter der Ampelregierung keine geschützten Orte mehr gibt, an denen Kinder und Familien unbeschwerte Stunden verbringen können. Ob in der Fußgängerzone, in der Schule oder eben im Freibad: Immer und überall*

---

[808] AfD: Facebook-Eintrag vom 04.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[809] AfD-Grundsatzprogramm, S. 64.
[810] Ebd.

> *läuft man mittlerweile Gefahr, zusammengeschlagen, ausgeraubt oder sogar niedergestochen zu werden. Die einzigen Lehren, welche die Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen ziehen: Wir brauchen mehr Integration und stetig Nachschub an zu Integrierenden. Und dann natürlich mehr Geld, um alle zu versorgen und unterzubringen. Die CDU, die sich heute gern einen patriotischen Anstrich geben will, hat unter Merkel damit angefangen - und sie macht bis heute mit! Es sind nicht nur die immer zahlreicher werdenden Gewalttäter, die den Bürgern straflos ins Gesicht schlagen: Es sind vor allem die Vertreter der etablierten Parteien, die nichts, aber auch rein gar nichts, unternehmen, um die Menschen in diesem Land zu schützen. Das Freibad als Schmelztiegel von Migrantengewalt – es wird auch in diesem Sommer wieder von sich reden machen. Und während im vergangenen Jahr in Berlin der Klimawandel als Begründung herangezogen wurde – die Hitze würde aggressiv machen, wurde ernsthaft behauptet – gibt es für dieses Jahr eine noch viel bessere Steilvorlage: Man wird das abgeschaffte Oben-Ohne-Verbot heranziehen, um die Gewalt zu begründen und den Tätern den Kopf zu tätscheln."*[811]

Unter Verweis auf *„[a]lle sogenannten Einzelfälle"* wird des Weiteren auf die Internetseite des AfD-„Einzelfalltickers" verwiesen.

Und auch im Januar 2024 verwies die AfD wieder auf den „Einzelfallticker", diesmal in einem Tweet auf der Plattform X unter der Überschrift *„Remigration statt ‚Einzelfälle'!"*, in dem sie beispielhaft durch Migranten begangene Straftaten auflistete.[812]

In einem Flyer mit dem Titel *„Migrantengewalt in Deutschland. Wir geben deutschen Opfern einen Namen!"* äußerte der hessische AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Schulz:

> *„In den Jahren der politisch gewollten steigenden Zuwanderung aus kulturfremden Ländern nach Mitteleuropa steigen die Kriminalitätsraten in erschreckender Weise. Messermorde, Gruppenvergewaltigungen, Rohheitsdelikte sind ungebremst auf dem Vormarsch."*[813]

---

[811] AfD: Facebook-Eintrag vom 30.05.2023, abgerufen am 05.06.2023.
[812] AfD: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 10.01.2024.
[813] Schulz, Uwe: Flyer „Migrantengewalt in Deutschland. Wir geben deutschen Opfern einen Namen!", ohne Datum.

Im Folgenden merkt Schulz relativierend an, dass „*Migranten [...] nicht pauschal gewalttätig*“ seien, der „*Umfang von Migrantenkriminalität [...] sich jedoch nicht auf ‚Einzelfälle‘ reduzieren*“ lasse. Insbesondere die Auswahl der Delikte und der von Schulz insinuierte kausale Zusammenhang mit der Zuwanderung aus „*kulturfremden Ländern nach Mitteleuropa*“, lässt diese als rückständig und archaisch erscheinen.

Das vermeintliche Problem der „*kulturfremden*“ Migranten, auf welche Gewaltdelikte zurückzuführen seien, thematisierte auch Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) in einem Facebook-Beitrag:

> *„Nein zu #Kinderehen, (Gruppen)#Vergewaltigungen, #Genitalverstümmelung...Schluss mit der Unterdrückung von Frauen durch unkontrollierte #Massenmigration aus mittelalterlich anmutenden Gesellschaften von kulturfremden Menschen!“*[814]

Mariana Harder-Kühnel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) ging in ihrer Pauschalisierung von Migranten in ihrer Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag“ der AfD Rhein-Berg am 16. Februar 2024 in Kürten (NW) noch weiter und tätigte folgende Aussagen:

> *„Massenmigration bedeutet explodierende Kriminalität, Zerstörung unseres Sozialstaates, Import fremder Konflikte in unser Land, migrantische Clanbildung, niedrigere Löhne durch Lohndumping, steigende Mieten und Immobilienpreise durch Wohnraummangel. Und das neue Staatsangehörigkeitsrecht, das verewigt diese Entwicklung. Und genau das ist nicht in unserem Interesse, liebe Freunde. [...] Sonst wird Deutschland zu einem Kalifat und wir wollen kein Kalifat. Wir wollen ein Deutschland, das deutsch bleibt, liebe Freunde.“*[815]

Ähnliche Aussagen tätigten auch Miguel Klauß (MdL BW)[816] und der Landesverband der AfD Schleswig-Holstein[817].

Martin Reichardt, AfD-Bundestagsabgeordneter, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und sachsen-anhaltischer AfD-Landesvorsitzender, äußerte sich in einem Facebook-Eintrag vom April 2023 folgendermaßen:

---

[814] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 15.12.2023, abgerufen am 04.01.2024.
[815] Harder-Kühnel, Mariana: Rede am 16.02.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2024, Kanal: „PI-NEWS TV“, abgerufen am 23.02.2024.
[816] Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 25.02.2024, abgerufen am 28.02.2024.
[817] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 12.03.2024, abgerufen am 22.03.2024.

> *„Einer handlungsunfähigen und migrationsgeilen Regierung haben wir es zu verdanken, dass mittlerweile sogar die Spielplätze unserer Kinder nicht mehr die sorglosen und friedvollen Orte sind, die sie eigentlich sein sollten. Migrantengewalt scheint genauso grenzenlos wie die Verantwortungslosigkeit derer, die die Grenzen Deutschlands nicht schützen wollen. Unsere Bürger und vor allem unsere Kinder werden schutzlos denen ausgesetzt, die unseren Rechtsstaat nicht respektieren und Integration verweigern. Sichere Grenzen bedeuten Rechtsstaatlichkeit, Ausgewogenheit und Sicherheit für unsere Bürger und unsere Kinder!“*[818]

Die Äußerungen Reichardts werten mit der Verwendung des Kompositums „*Migrantengewalt*“, die er zudem als „*grenzenlos*“ beschreibt, eine ganze Personengruppe ab; Migranten werden pauschal als gefährlich dargestellt.

Zuvor hatte Martin Reichardt bereits in einem Facebook-Beitrag vom 25. November 2022 geschrieben:

> *„Gewalt gegen Frauen: Unsere feministische Außenministerin macht sich seit Wochen stark für Frauenrechte im Iran, sie steht fest an der Seite der Demonstranten. Aber genauso, wie ihr ihre deutschen Wähler egal sind, so wenig interessiert sie, dass die Gewalt gegen Frauen in Deutschland seit 2015 dramatisch zugenommen hat. […] Die Gründe für die Rückkehr primitiver Frauenverachtung liegen auf der Hand: Wir haben eine Masseneinwanderung aus Regionen in denen Frauen wie Dreck behandelt werden. Sie sind verfügbare Sklavinnen, Menschen zweiter Klasse, die man im Kindesalter zwangsverheiraten kann, die man auch mal aus Gründen der Ehre ermorden darf.“*[819]

Der Bundesschatzmeister Carsten Hütter (MdL SN) mahnte im Oktober 2022 auf Facebook, der „*Traum von den goldenen Fachkräften*“ habe sich „*längst aufgelöst in einer Spur aus Blut und Tränen*“. Hütter schrieb:

> *„Lieber täglich 500 Abschiebungen als täglich 50 Messerattacken! Und wieder hat ein Migrant in einer deutschen Stadt wahllos Menschen getötet: Am Dienstag erstach ein Somalier zwei Männer in Ludwigshafen und verletzte einen weiteren schwer. […] Unsere Bürger haben schon so viel für Flüchtlinge*

---

[818] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 01.04.2023, abgerufen am 04.04.2023.
[819] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, abgerufen am 18.10.2023.

> *hergeben müssen, die sich im Nachhinein als Gewalttäter entpuppten: Geld, Wohnraum, Essen - und immer wieder ihr Leben. Der Traum von den goldenen Fachkräften hat sich längst aufgelöst in einer Spur aus Blut und Tränen. [...] Fangen wir endlich an, solche Leute in großem Stil abzuschieben. Und dabei sollte nicht gelten ‚Im Zweifel für den Angeklagten', sondern im Zweifel für unser Land und unsere Bürger!"*[820]

Die AfD Passau (BY) verbreitete den Eintrag ebenfalls auf Facebook.[821]

Mit dieser Aussage verunglimpfen Hütter und die AfD Passau Flüchtlinge pauschal als gefährlich und suggerieren, sie bedeuteten nur Gewalt und Trauer für Deutschland. Deshalb seien sie konsequent abzuschieben und zwar im Interesse Deutschlands bzw. der deutschen Bürgerinnen und Bürger, gegebenenfalls auch ohne rechtsstaatliche Verfahren.

Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und hessische Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel schrieb in einem Facebook-Beitrag vom Oktober 2022:

> *„Wir brauchen endlich eine Abschiebeoffensive. Deutschland darf nicht länger Hort psychisch auffälliger ‚Einzeltäter' sein, die offensichtlich tickende Zeitbomben sind, sondern muss die Sicherheit der Bürger in den Vordergrund rücken. Das sind wir vor allem den vielen Opfern der Migrationspolitik seit 2015 schuldig."*[822]

Auch diese Aussage eines damaligen Mitglieds des Bundesvorstands der AfD überspitzt die von Migranten begangenen Straftaten in extremer Weise. Deutschland wird infolge der Migrationspolitik der letzten Jahre als „*Hort psychisch auffälliger ‚Einzeltäter'*" beschrieben. Dies könne nur durch eine „*Abschiebeoffensive*" geheilt werden, sodass der Eindruck entsteht, es handele sich bei entsprechenden Tätern um ein Massenphänomen bei Flüchtlingen; dies unterstreicht Harder-Kühnel durch die ironisierende Nutzung der Anführungszeichen beim Wort „*Einzeltäter*". Diese Aussage ist geeignet, in der Gesellschaft eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe hervorzurufen und den Wunsch zu wecken, sie von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen.

---

[820] Hütter, Carsten: Facebook-Eintrag vom 19.10.2022, abgerufen am 17.10.2023.
[821] AfD Passau: Facebook-Eintrag vom 20.10.2022, abgerufen am 21.10.2022.
[822] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 19.10.2022, abgerufen am 17.10.2023.

Paul Timm, AfD-Landtagsabgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern, schrieb im Januar 2023 auf Facebook:

> *„Zuwanderergewalt: ‚Afrikanischer Phänotyp' zündet Haare von Frau an! + + + In Rostock zündete ein junger Mann mit offenbar afrikanischer Herkunft in einer Straßenbahn die Haare einer Frau an. Der Täter bleibt flüchtig, die Frau blieb, bis auf die angesengten Haare, unverletzt. Gott sei Dank! Die Bürger in MV werden immer öfter Opfer von Zuwanderergewalt. Viele der Asylbewerber, Zuwanderer und Passdeutsche mit Migrationshintergrund sind entweder nicht fähig oder nicht willens, sich zu integrieren. Die Bundes- wie Landesregierung tut: Nichts. Stattdessen werden immer mehr Menschen aus kulturfremden Ländern wortwörtlich importiert. […] Wohlgemerkt: es geht nicht um Ukrainer, welche unserer Kultur in weiten Teilen nahe sind. Es geht um Kopftuch-Apologeten, Messermänner und neuerdings auch Brandstifter aus den islamisch geprägten Ländern der Erde. […] Die Forderungen sind klar. Grenzen dicht - Überprüfung des Aufenthaltsstatus - Remigration. Wir, die AfD, ist die einzige Partei, welche dies fordert."*[823]

Timm nutzt die beschriebene Straftat, um ein allgegenwärtiges Bedrohungsszenario der „*Zuwanderergewalt*" zu zeichnen. Er suggeriert, dass die Gesamtkriminalität durch den Zuzug von Personen aus bestimmten Kulturräumen steigt, die er als „*kulturfremd*" beschreibt. In entindividualisierender Weise kategorisiert Timm Personen nach ihrer Herkunft, bezeichnet sie als „*Kopftuch-Apologeten [und] Messermänner*" und wertet sie so pauschal ab. Durch die Nutzung des Wortes „*Passdeutsche*" bringt er zudem ein völkisches Verständnis zum Ausdruck.

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp äußerte:

> *„Sommer, Sonne, Badespaß. Wie schon in den Wochen zuvor kam es auch am vergangenen Sonntag zu einer Massenschlägerei in einem Freibad in Berlin-Neukölln. Dabei sollen mehrere Kinder andere Badegäste mit Wasserpistolen bespritzt haben. Das Ganze eskalierte in der Warteschlange einer Rutsche. Nachdem sich eine junge Frau gegen die übergriffigen Kinder zu Wehr setzte,*

[823] Timm, Paul: Facebook-Eintrag vom 22.01.2023, abgerufen am 23.01.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

mischte sich ein mittelalter Mann ein, der ihr kurzerhand das Nasenbein mit einer Wasserpistole brach. Hach, diese südländische Lebensfreude!"[824]

„Südländern" wird häufig klischeehaft (aber positiv konnotiert) eine besondere Lebensfreude zugeschrieben. Diesem positiv konnotierten Vorurteil stellt Beckamp mit seinem Zitat die Zuschreibung einer pauschalen, herkunftsbedingten besonderen Gewaltneigung entgegen.

Der damalige JA-Landesvorsitzende Alexander Wiesner (MdL SN) veröffentlichte am 17. Juli 2023 auf Instagram folgende Grafik, die ebenfalls Migranten allein für Gewalt in Schwimmbädern verantwortlich macht:



825

Anlässlich eines BILD-Artikels mit dem Titel „Box-Training zum ‚Schutz für deutsche Bürger'. AfD-Jugend rüstet sich für Straßenkampf" äußerte Beckamp am 8. August 2023 auf Telegram:

„Notwehr und Nothilfe werden immer wichtiger in einem Land, in dem sich immer weniger gut und gerne leben lässt. Eine Silvester-Nacht 2016 und ständige

[824] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 30.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.
[825] Wiesner, Alexander: Instagram-Story vom 17.07.2023, abgerufen am 18.07.2023.

Übergriffe vorwiegend durch junge orientalische und afrikanische Migranten sollen der Vergangenheit angehören, allein weil diese ‚jungen Männer' wissen, dass dies nicht mehr hingenommen wird. Selbstbewusstsein ist mehr denn je notwendig, um sich gegen linke und migrantische Gewalt zu wehren, zum Schutz aller Deutschen und aller anderen Einheimischen, gerade auch der rechtschaffenen Migranten, die besonders unter diesen ‚jungen Männern' zu leiden haben.“[826]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) bezeichnete Migranten pauschal als Gefahr für autochthone Deutsche:

„Der von Hauptschulen in Problembezirken oder Hauptbahnhöfen zur Dämmerung bekannte Hass von Migranten gegen ethnische, autochthone Deutsche findet hier keinerlei Erwähnung.“[827]

In einem weiteren Instagram-Beitrag vom 23. März 2023 bezeichnete Matthias Helferich junge Migranten als häufiges „*Sicherheitsrisiko*“:

„Nach der Bluttat von Freudenberg, bei der die 12-Jährige Luise F. mutmaßlich von zwei gleichaltrigen Schulkameradinnen mit mehreren Messerstichen ermordet wurde, wird Deutschland von einer weiteren Gewalttat unter Jugendlichen erschüttert Doch statt in diesem Fall Ross und Reiter klar zu benennen, eröffnet die bundesdeutsche Öffentlichkeit in üblicher Manier eine Scheindebatte um die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters. Ähnlich der hauptsachlich von Migranten ausgelösten Silvesterkrawalle, als man ein allgemeines Böllerverbot forderte, wird auch hier die Problemstellung bewusst verkürzt. wenn auch grundsätzlich eine Herabsetzung vonnöten wäre. Denn zahllose Gewaltdelikte, Silvesterkrawalle, Angriffe auf Lehrer und Kriminalstatistiken machen klar: junge Migranten sind häufig ein Sicherheitsrisiko.“[828]

Die AfD Nordrhein-Westfalen veröffentlichte auf Twitter (mittlerweile: X) eine Grafik, die Schutzsuchende ebenfalls pauschal als gewalttätig darstellte:[829]

---

[826] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 08.08.2023, abgerufen am 08.08.2023.
[827] Freilich: „Alibaba und die vierzig Rassismen“ vom 20.03.2023, in: www.freilich-magazin.de, abgerufen am 20.03.2023.
[828] Helferich, Matthias: Instagram-Eintrag vom 23.03.2023, abgerufen am 29.03.2023.
[829] AfD NRW: Tweet vom 10.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.



In einem Tweet vom 23. Januar 2023 stellte die hessische Europaabgeordnete der AfD Christine Anderson folgende These auf:

> *„In #Schweden eskaliert die Bandenkriminalität. Töten oder getötet werden ist das Motto im kriminellen #Migranten-Sumpf. #Stockholm ist nur die Blaupause dessen, was #Deutschland und der #EU droht, wenn #Migration ohne Grenzen fortgesetzt wird.“*[830]

Selbst wenn die Bandenkriminalität in Schweden zum Großteil von Migrantinnen und Migranten ausginge, rechtfertigt dies jedoch nicht die pauschale Darstellung, wonach diese allgemein einem „*Sumpf*“ zugeordnet werden. Migration wird dabei als rein destruktiver Eskalationsprozess beschrieben, an dessen Ende die existenzielle Frage „*[t]öten oder getötet werden*“ stehe.

Eugen Schmidt (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) postulierte in einem Telegram-Beitrag, dass die als autochthon wahrgenommene Bevölkerung zur „*Minderheit im eigenen Land*“ werde, und meint, Schulen mit einen hohen Anteil von Migranten würden zu „*Keimzellen von Kriminalität und Islamismus*“:

> *„Die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land. In den Grundschulen unseres Landes zeichnet sich ein erschreckendes Bild: In 994 der insgesamt 2787 Grundschulen in NRW sind Kinder mit Migrationshintergrund in der Mehrheit! […] Diese Entwicklung ist die Folge einer völlig fehlgeleiteten Migrations-*

[830] Anderson, Christine: Tweet vom 23.01.2023, abgerufen am 24.01.2023.

> *und Demographiepolitik, schulen, die eigentlich zur Förderung von Bildung da sind, werden immer mehr zu Orten, an denen kulturelle Konflikte ausgetragen werden und Gewalt den Alltag prägt. Sie werden zu Keimzellen von Kriminalität und Islamismus. […] Was es nun braucht ist eine entschiedene Kehrtwende in der Migrationspolitik. Illegal eingereiste Sozialmigranten müssen abgeschoben oder an der Einreise nach Deutschland gehindert werden. Zudem muss sich die Bundesregierung für eine familienfreundliche Politik einsetzen, um die Geburtenraten wieder auf ein erforderliches Niveau zu heben. Erst dann kann das Gleichgewicht wiederhergestellt und die nationale Identität auf Dauer bewahrt werden.“*[831]

Schmidt verunglimpft hier eine ganze Personengruppe, indem er Schulen, die einen hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte haben, zu „*Keimzellen von Kriminalität und Islamismus*“ erklärt und insofern bereits migrantischen Kindern und Jugendlichen perspektivisch einen Hang zu Delinquenz und Extremismus unterstellt.

Michael Adam, Bundesvorstandsmitglied der Christen in der AfD, veröffentlichte im Januar 2023 einen Text mit dem Titel „Der kulturfremde Deutsche – Ein Rechtsproblem“. Darin schrieb Adam in Bezug auf die Gewalttat eines deutschen Täters mit Migrationsgeschichte:

> *„An dieser Stelle sei ein tagesaktuelles und sehr trauriges Beispiel der Folge der Kulturfremdheit einiger deutscher Staatsbürger angeführt: Ein 17-jähriger, kulturfremder Deutscher erstach vor einigen Tagen seine Lehrerin mit einem Messer, weil er sich von ihr ungerecht behandelt fühlte. Diese Tat war und ist mit der deutschen Kultur in mehrfacher Hinsicht nicht vereinbar: Die offenkundig sinnlose Tötung von Menschen widerspricht dem christlichen Menschenbild, dessen Wertekanon zu den Grundlagen unserer abendländisch geprägten deutschen Kultur gehört. Auch sind gewaltsame Auseinandersetzungen unter der Verwendung von Messern der deutschen Kultur fremd und erscheinen der Mehrheitsgesellschaft zu Recht (noch) als abstoßend. Nicht zuletzt ist die Gewalt gegen Frauen in unserer Kultur mit Recht geächtet. All dies scheint dem*

[831] Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 04.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.

kulturfremden deutschen Täter nicht bekannt gewesen zu sein oder wahrscheinlicher: Es war ihm egal.“[832]

Diese Ausführungen belegen ebenfalls eine fremdenfeindliche Haltung. Zwar ist es verfassungsschutzrechtlich nicht relevant, für restriktivere Einbürgerungsvoraussetzungen einzutreten und die tatsächlichen oder vermeintlichen Probleme bzw. Gefahren zu thematisieren, die von nicht integrierten und integrationsunwilligen Personen ausgehen können. Adam wertet hier aber einen straffällig gewordenen deutschen Staatsangehörigen mit Migrationsgeschichte zum *„kulturfremden deutschen Täter“* ab. Er suggeriert in seinen Ausführungen, die Begehung einer vergleichbaren Straftat durch einen ethnischen Deutschen sei undenkbar, und insinuiert zugleich, die Ermordung von Lehrerinnen und Gewalt gegen Frauen seien in anderen Kulturen pauschal akzeptiert. Damit steigert Adam die formulierte *„Kulturfremdheit“* zu einer Wesensfremdheit und mithin einer pauschalen Inkompatibilität von Zuwanderern mit einer konstruierten, ethnisch-kulturell definierten deutschen Identität hin.

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte im Zusammenhang mit Ausschreitungen beim Eritrea-Festival 2023 in Gießen (HE) einen Beitrag zu dem Thema und schrieb:

> *„Wir erleben die Barbarisierung Deutschlands. Der deutsche Michel, der Regenbogenflaggen schwenkt, Angst vor 0,5 Grad wärmerer Luft hat und von gebärenden Männern schwadroniert, ist den Neu-Kulturen hilflos ausgeliefert. #Gießen ist nur der Anfang.“*[833]

Entsprechende Narrative werden auch auf Kreisebene rezipiert:

Der AfD-Kreisverband Baden-Baden/Rastatt (BW) teilte etwa am 3. Juli 2023 einen Facebook-Eintrag der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch (MdB, BR):

> *„+++ Frankreich brennt und die Ampelregierung will weiter Migrantengewalt importieren +++ […] Die Bürger in Deutschland wollen keine französischen Zustände, sondern ein normales, friedliches Leben wie unsere polnischen Nachbarn – ohne No-Go-Areas und ohne Gewaltimport aus Afrika.“*[834]

---

[832] Adam, Michael: Facebook-Eintrag vom 13.01.2023, abgerufen am 03.02.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[833] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 13.07.2023, abgerufen am 19.07.2023.
[834] AfD KV Baden-Baden/Rastatt: Facebook-Eintrag vom 03.07.2023, abgerufen am 11.07.2023.

Der AfD-Kreisverband Esslingen (BW) teilte einen Facebook-Beitrag der baden-württembergischen AfD-Bundestagsabgeordneten und damaligen Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum, in dem sie in fremdenfeindlicher Diktion die Ausschreitungen nach dem Tod eines 17-jährigen Franzosen aufgreift, der während einer Polizeikontrolle erschossen wurde und dessen Tod in zahlreichen französischen Städten Proteste hervorrief, bei denen es auch zu gewaltsamen Ausschreitungen kam:

> *„Besorgter Blick nach Frankreich: Droht uns in Deutschland ein Bürgerkrieg? Angesichts der aktuellen massiven Ausbrüche an Migrantengewalt in Frankreich müssen wir uns fragen, ob solche bürgerkriegsähnlichen Zustände nicht auch bei uns künftig drohen können. Die vorsätzlich forcierte Massenmigration nach Deutschland bei gleichzeitiger ebenso vorsätzlicher Demontage unserer Wirtschaft wird in absehbarer Zeit zwangsläufig zu eskalierenden Verteilungskämpfen führen. Da eine Integration kulturfremder Bevölkerungen in dieser Größenordnung nicht leistbar und damit illusorisch ist und von der herrschenden Klasse auch gar nicht mehr angestrebt wird, werden die Verteilungskämpfe entlang der ethnokulturellen Bruchlinien der Parallelgesellschaften und der einheimischen Bevölkerung erfolgen. Kombiniert mit der zunehmenden Erosion der öffentlichen Sicherheit und den wachsenden No-Go-Areas für deutsche Polizisten braut sich in unserem Land ein explosives Gemisch zusammen, das sich eines Tages entladen wird. Wenn wir hier nicht schleunigst das Ruder um 180° herumreißen und eine umfassende, humane Remigration illegaler und nichtintegrierbarer Migranten in Gang setzen, sind die schrecklichen Szenen in Frankreich auch bei uns nur eine Frage der Zeit.“*[835]

Baum zeichnet hier ein Bild, wonach die „*vorsätzlich forcierte Massenmigration*“ von „*Migrantengewalt*“ begleitet und letztlich in Verteilungskämpfen enden werde. Diese Aussage zielt darauf ab, Zuwanderer pauschal als aggressiv und bedrohlich darzustellen und Ängste zu schüren. Die Forderungen schließlich nach einer völligen Umkehr in der Sicherheits- und Einwanderungspolitik („*180°*“) sowie einer „*umfassende[n]*“ Remigration „*nichtintegrierbarer Migranten*“ stehen im Gegensatz zu einem differenzierenden, individuelle Gegebenheiten berücksichtigenden Vorgehen, stellt

---

[835] AfD – Alternative für Deutschland, Kreisverband Esslingen: Facebook-Eintrag vom 04.07.2023, abgerufen am 11.07.2023.

doch die Integrationsunfähigkeit nichteuropäischer Einwanderer für die Bundestagsabgeordnete Baum in der Gesamtschau ihrer Äußerungen eine unumstößliche Prämisse dar.

Auch die Junge Alternative Altmark (ST) benannte explizit nicht-weiße Männer pauschal als besonders gewaltaffin. In ihrer Instagram-Story veröffentlichten sie folgende Grafik, in der sie als Verantwortlichen für Gewalt in Deutschland einen nicht-weißen Mann „aufdeckt“[836]:



Der damalige Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) behauptete in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier am 4. Januar 2023, dass die Ausschreitungen in der Silvesternacht 2022/23 auf die fehlerhafte Asyl- und Migrationspolitik seit 2015 zurückzuführen seien:

> *„Nein, es waren nicht Kevin, Rico und Ronny, die in der Silvesternacht in Düsseldorf, Köln, Berlin und anderswo Polizisten mit Feuerwerkskörpern beschossen und die Innenstädte deutscher Städte in bürgerkriegsähnliche Zustände getaucht haben. Es waren Ali Baba und die vierzig Räuber. Was wir hier erleben,*

[836] Junge Alternative Altmark: Instagram-Story vom 10.01.2023, abgerufen am 10.01.2023.

ist nicht schlechter Umgang mit Feuerwerkskörpern. Es sind die Folgen von Einwanderung. Seit 2015 wissen wir, was auf uns zukommt.“[837]

Krah suggeriert, Straftaten gegen und Angriffe auf Rettungs- und Feuerwehrkräfte seien kennzeichnend für das Verhalten von Migranten arabischer Herkunft in deutschen Städten und gleichsam die natürliche Folge der Migrationspolitik seit dem Jahr 2015. Krah bedient sich hier zudem eines degradierenden Sprachgebrauchs, indem er von *„Ali Baba und die vierzig Räuber“* spricht.

Ähnliche rhetorische Mittel verwendet auch Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW). Auf Instagram äußerte er über die Silvesternacht 2022:

> *„Lebensrealität der meisten Einheimischen: Massenmigration bedeutet nicht gemütliches Beisammensein bei Schach und Wein! […]*
> *Berlin, 31. Dezember 2022, 23:54 Uhr: Der 38-jährige Kurt, der das ganze Jahr über im Schichtdienst arbeitet, um seine Familie durchzubringen, freut sich schon seit Langem auf ein friedliches Neujahrfest. Doch als er draußen die Lage erkundet, wird er statt feiernder Familien und Feuerwerke von Macheten-Mutombo und Böller-Bilal überrascht, die gerade Sprengkörper auf die Feuerwehr werfen.“*[838]

Die Alliteration im Hinblick auf Waffen in Verbindung mit stereotypen Namen von Einwanderern wirken stark komplexitätsreduzierend und schreiben Menschen aus afrikanischen Kulturkreisen eine Gewaltaffinität zu.

Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und hessische Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel schrieb in einem Facebook-Beitrag vom Januar 2023:

> *„Migrantenkrawalle an Silvester: Wer verharmlost, macht sich mitschuldig! +++ Was längst klar war, wird nun auch offiziell bestätigt: Die Silvesterkrawalle gingen in der Hauptsache von Migranten aus. […] Im Gegenteil ist die ‚Party- & Eventszene‘, als die die Ansammlung von gewaltbereiten Migranten schon im Jahr 2020 von der Stuttgarter Polizei verharmlosend bezeichnet wurde, seit 2015 in Deutschland zur alltäglichen Bedrohung geworden. Und auch an Silvester kommt es jeweils seit 2015 in steigender Zahl zu Vorfällen, bei denen*

[837] Krah, Maximilian: Kommentar zur Silvesternacht; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 04.01.2023.
[838] Beckamp, Roger: Instagram-Beitrag vom 20.11.2023, abgerufen am 20.11.2023.

ganze Straßenzüge in Flammen aufgehen und Einsatzkräfte bedroht, verletzt oder regelrecht gejagt werden. [...] Wo von ‚Feierwütigen' oder pauschal ‚Jugendlichen' gesprochen wird, die die Bürger bedrohen, verweigert man sich der abermals ersichtlich werdenden Realität, dass die Migrations- und Integrationspolitik vollends gescheitert ist. Statt Böllerverboten brauchen wir harte Strafen für die Täter, eine Abschiebungsoffensive und zuvörderst einen vollumfänglichen Schutz unserer Grenzen, statt Asylbewerber auch noch selbst ins Land einzufliegen. Nur so stellen wir sicher, dass unkontrollierbare Zustände vermieden werden. Denn schon jetzt lässt sich prognostizieren: Handelt die Politik nicht, werden die Gefahren für die Bürger immer größer. Wer sich dieser Erkenntnis verweigert, macht sich mitschuldig."[839]

Sofern die Aussage eine strengere Migrationspolitik fordert, ist dies verfassungsschutzrechtlich nicht zu beanstanden. Allerdings stellt Harder-Kühnel hier einen monokausalen Zusammenhang zwischen Migration und einer vermeintlich stetig steigenden Unsicherheit in Deutschland her. Denn sie behauptet, dass eine Politik, die ihre Forderungen nach einer Abschiebeoffensive bzw. einem „*vollumfänglichen Schutz*" der Grenzen nicht nachkomme, automatisch zu immer größer werdenden Gefahren für Bürger führen werde. Diese Aussage ist durch diese pauschale Darstellung von Migrantinnen und Migranten zumindest geeignet, eine generell ablehnende Haltung gegenüber diesen hervorzurufen.

Der sachsen-anhaltische AfD-Co-Fraktionsvorsitzende und stellvertretende AfD-Landesvorsitzende Oliver Kirchner forderte am 3. Januar 2023 als Konsequenz auf die Ausschreitungen in der Silvesternacht:

„Zu feige die Täter klar beim Namen zu nennen, dieses Staatsfernsehen. Es waren kriminelle Zuwanderer, denen unser friedliches Zusammenleben vollkommen egal ist. Wir brauchen kein bundesweites Böllerverbot, sondern ein bundesweites Einreiseverbot für diese illegalen Armuts-, Wirtschafts- und Sozialeinwanderer. Vor allem aber brauchen wir drakonische Strafen und eine Abschiebeoffensive für solche Typen. Schluß mit der Verharmlosung dieser Straftaten gegen unsere Ordnungskräfte. Wenn ich schon höre, es wären gruppendynamische Prozesse nach zwei Jahren Pandemie. Schwachsinn! Es sind nicht

[839] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 03.01.2023, abgerufen am 17.10.2023.

integrierbare Zuwanderer! Also, abschieben, abschieben, abschieben lautet die Botschaft."[840]

Kirchner führt die Ereignisse an Silvester ebenso monokausal auf Migrationsprozesse zurück. Er bezeichnet die migrantischen Täter pauschal als „*Armuts-, Wirtschafts- und Sozialeinwanderer*" und setzt damit letztere mit Straftätern gleich. Seine Forderungen nach einem „*bundesweiten Einreiseverbot*" und Abschiebungen sind vor diesem Hintergrund allgemein auf alle „*Armuts-, Wirtschafts- und Sozialeinwanderer*" zu beziehen.

Die AfD Hamburg-Wandsbek (HH) äußerte sich ebenfalls zu den Vorfällen in der Silvesternacht:

> „*Einreise- statt Böllerverbot! […] In Berlin herrschte in der Silvesternacht Anarchie. Es war ein erster Vorgeschmack auf das künftige Alltagsleben in den deutschen Großstädten. Denn obwohl Behörden und Presse eisern schweigen, wenn es um die konkrete Benennung der Täter geht, sprechen die unzähligen Videos jener Nacht Bände: Es sind junge gewaltbereite Männer mit südländischem Aussehen, die kaum Deutsch sprechen.*"[841]

Der Eintrag zeichnet ein dystopisches Bild der postmigrantischen Gesellschaft, das vor allem durch Gewalt und Rücksichtslosigkeit geprägt ist. Auch diese Aussage schürt Ängste gegenüber männlichen Migranten und diffamiert diese im Kern als kriminell und gewalttätig.

Solche pauschal negativen Werturteile, die Ausländer bzw. Migranten wegen ihrer Abstammung als kriminell und als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse darstellen, belegen eine ausländer- und fremdenfeindliche Einstellung, zumal wenn sich keine gegenläufigen positiven oder auch nur neutralen Äußerungen zu dieser Personengruppe finden, die geeignet wären, die ausländerfeindliche Einstellung zu widerlegen.[842] Dem steht auch nicht entgegen, dass es sich bei den zuvor genannten Äußerungen um solche handelt, die sich auf konkrete Gewaltexzesse bezogen. Bei spontanen, als Reaktion auf eine konkrete Gewalttat abgegebenen Äuße-

---

[840] Kirchner, Oliver: Facebook-Eintrag vom 03.01.2023, abgerufen am 03.01.2023.
[841] AfD Hamburg-Wandsbek: Facebook-Eintrag vom 02.01.2023, abgerufen am 16.01.2023.
[842] Siehe auch OVG NRW, Beschl. v. 08.07.2009, 5 A 203/08, juris, Rn. 6; VG Düsseldorf, Urt. v. 04.12.2007, 22 K 1286/06, juris, Rn. 135 ff.

rungen kann es sein, dass vereinzelt zu generalisierenden Verantwortungszuschreibungen und gruppenbezogenen erniedrigenden Bezeichnungen gegriffen wird, die mit etwas zeitlichem Abstand nicht in gleicher Form verwendet worden wären und weder sichere Rückschlüsse auf die Grundhaltung der betreffenden Person zulassen noch repräsentativ für die Gesamtpartei sind.[843] Bei dem Beitrag von Beckamp fehlt es bereits aufgrund des Ablaufs mehrerer Monate an einer solchen zeitlichen Nähe zu den Ereignissen. Insgesamt fügen sich inhaltlich alle Beiträge in die in diesem und auch im folgenden Unterkapitel aufgezeigte Gesamtdiktion ein, dass Migranten vor dem Hintergrund einer behaupteten kulturellen Inkompatibilität vermehrt zu Gewaltdelikten neigten.

(2) Nutzung von Begriffen wie „Messermigration“

Die AfD bzw. ihre Funktionärinnen und Funktionäre bringen in ihren Aussagen zudem fortgesetzt und verallgemeinernd Personen mit Migrationsgeschichte mit dem in abfälliger Weise verwendeten Präfix „Messer“ in Verbindung. Seit der Verdachtsfalleinstufung ist weiterhin eine hohe Frequenz von entsprechenden Beiträgen zu verzeichnen. Das in den nachfolgend dargestellten Aussagen verwendete Kompositum „Messermigration“ stellt in herabwürdigender Weise eine direkte Korrelation zwischen Migrationsprozessen und der Zunahme von Straftaten mit Stichwaffen her. Bei einem systematischen Sprachgebrauch in diesem Sinne ist die Schwelle hin zu einer die Menschenwürde verletzenden Pauschalisierung überschritten, da die Äußerungen in ihrer Zielsetzung kontinuierlich herabsetzend und entwürdigend sind.

In einem Facebook-Post vom 7. März 2023 sprach der AfD-Bundesverband etwa von „*Messermigration*“:

> *„Die Politiker von Union und Ampelparteien mögen noch so viele Nebelkerzen zünden: Auf unserer Seite www.einzelfallticker.de kann sich jeder selbst ein Bild davon machen, wie die Kriminalitätslage in den deutschen Städten ist. Täglich kommt es zu Gewalttaten, täglich werden Menschen zu Opfern. […]*
>
> *Heute streiten sie es ab: Die CDU hat die Messermigration erfunden!“*[844]

Zudem wurde auf der Facebook-Seite des AfD-Bundesverbands am 30. Januar 2023 folgender Beitrag veröffentlicht:

---

[843] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 234.
[844] AfD: Facebook-Eintrag vom 07.03.2023, abgerufen am 19.10.2023.

„Deutlicher hätten der Berliner Senat und die ebenfalls verantwortliche Bundesregierung kaum zeigen können, dass sie keinerlei Interesse an der Abschiebung von Messerstechern, Vergewaltigern und sonstigen Verbrechern haben: Berlin schließt sein Abschiebe-Terminal am Flughafen BER. […] Berlins regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) und ihr weltfremder Berliner Senat machen unser Land Schritt für Schritt immer unsicherer.“[845]

Auf dem zum Post gehörigen Bild ist zudem zu lesen:

„Wenn sich Messerangriffe verdoppeln, müssen sich Abschiebungen vervielfachen!“[846]

Die AfD fordert hier, bei einer Häufung von Straftaten durch ausreisepflichtige Migranten die gesamte Personengruppe in Mithaftung zu nehmen und vorbeugende Abschiebungen durchzuführen.

Der Bundesschatzmeister Carsten Hütter[847] (MdL SN) und Edgar Naujok[848] (MdB, SN) teilten den Beitrag des AfD-Bundesverbands auf Facebook. Der damalige JA-Bundesvorsitzende und AfD-Bundesvorstandsmitglied Hannes Gnauck (BB) teilte diese Aussage ebenfalls in seiner Instagram-Story.[849]

René Springer (MdB, BB) veröffentlichte am 14. Juni 2023 einen Beitrag mit folgendem Wortlaut:

„Das effektivste Mittel gegen gewalttätige Übergriffe in Zügen ist kein #Messer-Verbot, sondern #Remigration!“[850]

Der AfD-Bundesverband sprach in einem Facebook-Beitrag vom 5. Oktober 2023 von *„Messerkriminalität“* und in einer dazugehörigen Grafik von *„Messer-Migration“*:

„Messerkriminalität: Migrantengruppen sind zum Teil 244 mal gefährlicher als Deutsche!
Wenn auf Deutschlands Straßen Messer gezückt werden, dann gibt es neben dem klingenschwingenden ‚Einmann‘ meistens noch einen oder mehrere genauso durchtriebene Täter. Nämlich die, welche die Gewalttat zu verschleiern

---

[845] AfD: Facebook-Eintrag vom 30.01.2023, abgerufen am 31.01.2023.
[846] Ebd.
[847] Hütter, Carsten: Facebook-Eintrag vom 01.02.2023, abgerufen am 02.02.2023.
[848] Naujok, Edgar: Facebook-Eintrag vom 31.01.2023, abgerufen am 03.02.2023.
[849] Gnauck, Hannes: Instagram-Story vom 31.01.2023, abgerufen am 31.01.2023.
[850] Springer, René: Facebook-Eintrag vom 14.06.2023, abgerufen am 26.06.2023.

suchen! Weil die Ampelregierung und ihre nachgeordneten Behörden den Bürgern die blutigen Folgen ihrer Massenmigration nicht zumuten – und damit ihr eigenes Scheitern offenbaren – wollen, wird die Nationalität der Täter nicht flächendeckend erfasst. Und erst recht nicht veröffentlicht. Genauso wie das Ausmaß der Messergewalt.

[...] Rechnet man die Täter auf den jeweiligen Bevölkerungsanteil herunter, erfährt man: Von Hunderttausend Deutschen liegt der Anteil von Messerangreifern rechnerisch bei 0,9. Bei Türken liegt er bei vier, bei Rumänen bei sechs, bei Polen bei sieben und bei Syrern schon bei 10,8. Noch gefährlicher sind laut den Zahlen Iraker und Iraner, die 14, beziehungsweise 18 mal so oft ein Messer zücken. Von 100.000 Afghanen greifen statistisch 20 zum Messer, ähnlich oft wie Eritreer. Noch niedriger liegt die Hemmschwelle bei Marokkanern (30), Somaliern (40), Tunesiern (131) und Algeriern (221)!

Wenn man bedenkt, dass die meisten der Täter überhaupt nicht in Deutschland sein dürften, kann man nur zum Schluss kommen: Abschieben schafft Sicherheit – und rettet Leben!" [851]

In einer dazugehörigen Grafik forderte die AfD: „*Sicherheit statt Messer-Migration!*"[852]



Denselben Text veröffentlichte der AfD-Bundesverband am 5. Oktober 2023 auch auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt. [853]

[851] AfD: Facebook-Eintrag vom 05.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[852] Ebd.
[853] AfD Kompakt: „Messerkriminalität: Migrantengruppen sind zum Teil 244 mal gefährlicher als Deutsche!" vom 05.10.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.

Gereon Bollmann (MdB, SH) forderte in einem Facebook-Beitrag vom 20. Juni 2024:

> *„Stoppt die Messer-Migration!*
> *Ungereimtheiten in den offiziellen Zahlen zur Messer-Kriminalität: Ist alles noch viel schlimmer?*
> *Die Messer-Kriminalität in Deutschland explodiert. Dies ist inzwischen ein offenes Geheimnis. Selbst die offiziellen Polizeistatistiken sprechen Bände, so daß die dramatische Entwicklung nicht unter den Tisch gekehrt werden kann. […]*
> *Der #AfD-Abgeordnete Gereon Bollmann, Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, erklärt dazu:*
> *‚Die heimtückischen Messerattacken der vergangenen Tage haben das Problem dieses Deliktbereichs einmal mehr verdeutlicht. Die Statistiken sprechen Bände, die Realität noch viel mehr: der exorbitant hohe Anstieg von Messerangriffen ist unmittelbar mit der ausufernden Masseneinwanderung seit 2015 verbunden. Deshalb muss und kann es nur heißen: Schützt die Bürger unseres Landes! Stoppt die Messer-Migration!'"*[854]

Der AfD-Bundesverband nahm in einem Facebook-Post vom 6. März 2023 Bezug auf den „Einzelfallticker" der Partei und schrieb dazu:

> *„Die sogenannten ‚Einzelfälle' zeigen den dramatischen Zustand der öffentlichen Sicherheit! […]*
> *Durch diese Auflistung zeigen sich die traurigen Alltagsfolgen der Buntheits-Ideologie."*[855]

Eine Grafik enthielt zudem folgenden Aussage:

> *„Messer-Wahnsinn in der Hauptstadt - und an vielen anderen Orten!"*[856]

---

[854] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 20.06.2024, abgerufen am 24.09.2024.
[855] AfD: Facebook-Eintrag vom 06.03.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[856] Ebd.



Am 7. August 2024 schrieb der AfD-Bundesverband auf Facebook:

> *„Es ist eindeutig erkennbar: Die unkontrollierte Massenmigration führt zu explodierender Messergewalt und zu einer Brutalisierung unseres Alltags. Ob in der Charité, ob in Köln auf der Straße oder in den Diskotheken und U-Bahnen: Unser Alltag entspricht nicht mehr den Verhältnissen in einem normalen Land des Friedens. Wir müssen deshalb endlich handeln: Die AfD wird die Massenmigration stoppen und Messertäter mit ausländischer Staatsbürgerschaft sofort abschieben!“*[857]

Damit stellt der Bundesverband erneut eine unmittelbare Kausalität zwischen Migration und einer „*Brutalisierung unseres Alltags*“ insgesamt her und suggeriert, eine undifferenzierte Abschiebepraxis könne zur Wiederherstellung sozialen Friedens beitragen.

Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) teilte am 18. Juni 2024 auf Facebook eine Grafik von COMPACT mit der Überschrift „*Fußball-EM im Messer-Terror*“. Dazu schrieb er:



> *„Fußball-EM: Messer-Alptraum statt Sommermärchen*
>
> *Es hat sich seit dem Sommermärchen von 2006 etwas spürbar in Deutschland verändert. Es ist nicht mehr das friedliche Land, in dem*

[857] AfD: Facebook-Eintrag vom 07.08.2024, abgerufen am 10.09.2024.

die Welt ausgelassen bei Freunden feiert. Die Masseneinwanderung machte aus Deutschland ein Land des Messerterrors.

Compact hat alle bisher bekannten ‚Einzelfälle' aufgelistet. Wie lang wird diese Liste am Ende sein?"[858]

Ähnlich des AfD-„Einzelfalltickers" dokumentiert der Deutschland-Kurier auf dessen Internetseite seit Mitte 2024 Straftaten in Deutschland mit Stichwaffenbezug[859]. Der AfD-Kreisverband Erding (BY) warb am 13. Juni 2024 auf Facebook für die Seite mit der Überschrift „*Messerkarte von heute*" und sprach in diesem Zusammenhang unter anderem von der „*Messer-Republik Deutschland*":

> *„Messerkarte von heute': Alle 20 Minuten blitzt in Deutschland eine Klinge auf! Der blutige Messer-Terror von Mannheim hat den Vorhang heruntergerissen, hinter dem linksgrüne Masseneinwanderungs-Ideologen zu verbergen suchen, was nicht mehr zu verbergen ist: Jeden Tag werden in Deutschland nach Expertenschätzungen 60 teils lebensgefährliche und manchmal tödliche Messerangriffe verübt, wird ein Mensch schwer verletzt oder bedroht. Etwa alle 20 Minuten blitzt irgendwo in Deutschland eine Klinge auf. Der Deutschland-Kurier dokumentiert das tägliche Geschehen ab sofort in der ‚Messerkarte von heute'. [...] Seit 2022 gibt es vom Bund nur noch Angaben zu Messerangriffen bei Raub, gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Öffentlich wird damit nur ein teilweiser Ausschnitt der deutschen Messer-Realität."*[860]

Dem Beitrag wurde folgende fremdenfeindliche Bilddarstellung des Deutschland-Kuriers angehängt:[861]

---

[858] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 18.06.2024, abgerufen am 21.06.2024.
[859] Deutschland-Kurier: „Messerkarte von heute: Alle 20 Minuten blitzt in Deutschland eine Klinge auf!" vom 12.06.2024, in: www.deutschlandkurier.de, abgerufen am 08.10.2024.
[860] AfD KV Erding: Facebook-Eintrag vom 13.06.2024, abgerufen 26.06.2024.
[861] Ebd.



Diese kontinuierliche Agitation, etwa durch die Nutzung von Aussagen wie *„blutige Folgen der Massenmigration"* oder *„Messer-Wahnsinn"*, die nicht zumindest auch differenzierend auf Migranten hinweist, die hier friedlich leben, ist geeignet, die mit den Botschaften adressierte Personengruppe der Migranten pauschal als gefährlich darzustellen und als per se gewalttätig abzuwerten.

Die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) erklärte im März 2023 auf Facebook:

> *„Messertaten & Migration stünden in keinem Zusammenhang, so Hessens CDU-Ministerpräsident Boris Rhein. Realitätsferner geht es nicht: Es war seine #CDU, die 2015 die Grenzen für die Täter von heute geöffnet hat, und die die Voraussetzungen für die Migrationspolitik der Ampel schuf."*[862]

Indem Weidel Rhein in diesem Zusammenhang vorwirft, realitätsfern zu sein, behauptet sie im Umkehrschluss, es gebe eine direkte Kausalverbindung zwischen Migration und *„Messertaten"*. Tatsächlich wurden Taten unter der Nutzung von Messern

[862] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 07.03.2023, abgerufen am 16.10.2023.

in den letzten Jahren von Migranten begangen. Insofern ist die Herstellung des Zusammenhangs an sich noch nicht verfassungsschutzrechtlich relevant. Der Bezug auf die Öffnung von Grenzen *„für die Täter"* ist aber geeignet, in der Gesamtschau mit Aussagen des Bundesverbands und auch von Weidel selbst, wonach es eine *„unkontrollierte Massenmigration"* gebe, den Eindruck zu erwecken, als handele es sich bei den migrierenden Menschen massenweise um *„Täter"*.

Am 9. Juli 2023 veröffentlichte COMPACT TV ein Interview mit der AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW). Diesem waren folgende Äußerungen zu entnehmen:

> *„Messerkriminalität zum Beispiel. Es ist uns in unserer Kultur völlig unbekannt. Das gab es nicht. Das Phänomen gibt es bei uns nicht. Das gibt es in den Kulturkreisen in Afrika und im Nahen Osten, um es mal ganz klar zu sagen. Und wenn Sie diese Leute aus gewaltbereiten Gesellschaften in ihr Land lassen, die auf eine freiheitlich… Ich sag jetzt auch mal eine gleichberechtigte – Frauen und Männer sind hier gleichberechtigt – auf eine Gesellschaft stoßen, die diese Werte teilt. Ja, dann kommt es zu einem Clash, Clash of Cultures. […] Ich glaube, dass das umkehrbar ist, wenn die AfD möglichst schnell jetzt in Regierungsverantwortung kommt."*[863]

Weidel behauptet hier, Straftaten mit Stichwaffen seien primär kulturinduzierte Praktiken von Personen aus afrikanischen Staaten und dem Nahen Osten, während die Begehung solcher Straftaten durch Deutsche unüblich und völlig *„unbekannt"* sei. Weidel führt in verunglimpfender Weise ferner aus, dass Personen aus *„gewaltbereiten Gesellschaften"* mit den hiesigen freiheitlich-demokratischen Strukturen überfordert seien und weiterhin ihre vermeintlich regressiven und kriminellen Praktiken ausübten. Sie folgert insofern, dass nicht einzelne Individuen aufgrund ihrer individuellen Sozialisation gewalttätig seien. Vielmehr ergebe sich der Kriminalitätsgrad von Personen aus deren Herkunft und kultureller Prägung.

Björn Höcke (MdL TH) äußerte sich in seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen am 31. August 2024 in Erfurt (TH) in ähnlicher Weise:

[863] Weidel, Alice: „Alice Weidel: Das große Interview zum AfD-Sommer!", vom 09.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 10.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

„Und dann hört man in den Talkshows, wir brauchen mehr Polizisten, wir brauchen ein Messerverbot. Nein, liebe Freunde, das Messer ist nicht das Problem, der Messermann ist das Problem. Stell mir mal vor, ja, meine Kinder, meine Buben, die sind mit Schnitzmessern in den Wald gegangen, um sich Pfeil und Bogen zu schnitzen. Jeder Pfadfinder hat ein Messer an der Seite und trägt es mit Stolz. Wir Deutschen haben kein Problem, mit dem Messer sorgsam umzugehen. Das Problem ist, dass die Kartellparteien Millionen haben einwandern lassen, die aus archaischen Kontexten kommen, wo das Recht des Stärkeren gilt, wo das Faustrecht und das Messerrecht gilt. Und das war vorherzusehen. Das Desaster war ein Desaster mit Ansage. Das war verantwortungslose Politik in Reinform. Nochmal, nicht das Messer ist das Problem, der Messermann. Und der muss in Größenordnung dieses Land verlassen.“[864]

Der im Oktober 2024 aus der AfD ausgetretene damalige Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel (BW) veröffentlichte am 7. August 2024 auf seiner Internetseite einen Artikel mit der Überschrift „*Und täglich grüßt der Messermann*“ mit folgendem Wortlaut:

„Und täglich grüßt der Messermann
Das Messer als Vorbote des zivilisatorischen Zusammenbruchs [...]
Die kulturelle Bereicherung und Vielfalt der Gewalt lässt und erschaudern. [...]
Und der Haifisch, der hat Zähne
Und die trägt er im Gesicht
Und Mohammed, der hat ein Messer
Doch das Messer sieht man nicht.“[865]

Spaniel verbindet in seiner Umdeutung von Bertolt Brechts „*Moritat von Mackie Messer*“ den männlichen Vornamen Mohammed, der aufgrund seiner muslimischen Konnotation mit einer bestimmten ethnisch-kulturellen Abstammung bzw. mit einem Migrationskontext in Verbindung gebracht wird, mit dem zeitgeschichtlichen Phänomen der Messerkriminalität. Er schreibt damit einer ganzen Menschengruppe in fremdenfeindlicher Weise eine Täteridentität zu, was mit dem Prinzip der Menschenwürde nicht vereinbar ist.

---

[864] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.
[865] Spaniel, Dirk: „Und täglich grüßt der Messermann“ vom 07.08.2024, in: https://dirkspaniel.de, abgerufen am 07.08.2024.

Auch der Bundesverband der Jungen Alternative äußerte sich in ähnlicher Weise. Als Reaktion auf den Tweet eines CSU- und Junge Union-Mitglieds, der die von der JA erstellten Aufkleber mit der Aufschrift „*Black knives matter*" und „*Es ist okay, weiss zu sein*" kritisierte, schrieb der Bundesverband:

> „*Wer es nicht in Ordnung findet, weiß zu sein, und wer die importierte Messerkriminalität nicht ansprechen will (weil die eigene Partei sie ja selbst zu verantworten hat), der ist Christdemokrat. Wir sind zum Glück echte deutsche Patrioten mit Mut zur Wahrheit.*"[866]

Die JA Nordrhein-Westfalen schrieb in einem Tweet vom 29. November 2022:

> „*Keine Lust auf Messer-Alis? Wir auch nicht! Jetzt Mitglied der Jungen Alternative werden Wir machen noch Politik für Deutsche.*"[867] [868]

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner veröffentlichte am 8. März 2023 auf Facebook eine Grafik mit folgenden Aussagen:

> „*Messermigration? Nicht mit der AfD!*
> *Das neue Jahr ist erst wenige Wochen alt und schon waren die Zeitungen voll von Schlagzeilen zu Messermorden und -angriffen. […] Wir alle wissen, dass diese Entwicklung verhältnismäßig neu ist. Vor 2015 hat das Messer als Tatmittel, wie es in der offiziellen Statistik heißt, wohl kaum eine Rolle gespielt. Jahrelang mussten wir als AfD darum kämpfen, dass die Statistik der Messerattacken überhaupt durch offizielle Stellen geführt wird. denn nur, wenn umfassende Kenntnisse vorhanden sind, lassen sich die Ursachen der Messerattacken überhaupt bekämpfen. Sogenannte ‚Junge Männer' aus dem Ausland, die angeblich nach Schutz und Frieden in Deutschland suchen, den sie in ihrer Heimat nicht finden konnten, sorgen sogar in unserem ruhigen und beschaulichen Ostthüringen für Angst und Schrecken. […] Mit Angst in den Zug einzusteigen, weil man an die schrecklichen Morde von Brokstedt denken muss? Erinnerungen an das verheerende Messergemetzel von Gera, das einen jungen Mann für immer ge-*

---

[866] Junge Alternative: Tweet vom 04.03.2023, abgerufen am 17.03.2023.
[867] JA Nordrhein-Westfalen, Tweet vom 29.11.2022, abgerufen am 17.03.2023.
[868] Vgl. dazu auch VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 298.

> *zeichnet hat? An mir gehen diese Schlagzeilen nicht spurlos vorbei. Die Grenzen müssen kontrolliert und geschützt werden und nicht jeder darf ungehindert in unser Land, in unsere Sozialsysteme einwandern."* [869]

Dazu schrieb Brandner:

> *„Ehrlicher Kampf gegen #Messerkriminelle: #nurAfD!"*[870]

Am 4. April 2023 forderte Brandner auf Facebook eine *„umfassende Abschiebekultur"* im Rahmen von *„wirksameren Maßnahmen gegen die Messerstraftaten."*[871]

Das Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) erklärte im September 2023 auf Facebook:

> *„Der Begriff ‚Einzelfall' bekommt unter der aktuellen Regierung eine neue traurige Bedeutung. Auch wenn sich die Tat im Juni dieses Jahres ereignet hat, zeigt sie nur einmal mehr wie die Sicherheit auf deutschen Straßen zu definieren ist - nämlich als unsicher. Dank weltfremder, von Ideologie getriebener Willkommenskultur, die darauf ausgerichtet ist ein Land, unser Land, von innen heraus zu zerstören."* [872]

In der beigefügten Grafik war die Rede vom *„Messermann von Trier"*.[873]

Der baden-württembergische Co-Landessprecher Emil Sänze (MdL BW) schrieb am 19. September 2024 auf Facebook:

> *„Der Deutsche wird aus dem öffentlichen Raum gestochen!' – Emil Sänze Co-Landesvorsitzender Baden-Württemberg über den jüngsten Angriff in Althengstett […] ‚[…] Nirgends ist mehr Sicherheit, überall sind Messermänner. Das aufdringliche Diversitätsmarketing der Lebensmittelkrämer, Modisten oder BWegt-Mobilitäts-Dienstleister, ja staatlicher Stellen, sehe ich als gewissenlos, opportunistisch, bedrückend und verantwortungslos. Die Realität sehen wir doch. Das tägliche mediale Aufdrängen und brutale Vergewaltigen der Normalität erinnert mich fast schon an das ‚Einheitlichkeitsmarketing' derjenigen Leute, die der Gesellschaft vor 90 Jahren, der Politik liebedienernd, in Geltungs-*

---

[869] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 08.03.2023, abgerufen am 17.10.2023.
[870] Ebd.
[871] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 04.04.2023, abgerufen am 17.10.2023.
[872] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 05.09.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[873] Ebd.

> *und Profitsucht einen vermeintlichen Norm-Typus aufgenötigt haben. […] Anstatt friedlichen Andersdenkenden mit maskierten Polizisten und Geheimdienstschnüffelei Angst einjagen zu wollen, sollen sich Herrschaften Strobl, Faeser und Kollegen der erschütternden täglichen Gewaltorgie zuwenden. Sie sollen diesen Vorgang mit aller staatlichen Autorität beenden, der sich verblüffend schnell und buchstäblich zu einer Eroberung des öffentlichen Raumes durch migrantisch-stämmige junge Gewalttäter auswächst, unter aktivem Rückzug des einheimischen Elements, das von seinem Staat ganz einfach nicht mehr geschützt wird. Es wird zum verschüchterten Zuschauer und dann dem Faustrecht der Zuwanderer respektive -sprösslinge überlassen.“*[874]

Am 20. Oktober 2022 thematisierte Nicole Höchst (MdB, RP) auf Facebook den durch einen muslimischen Somalier begangenen Messerangriff in Ludwigshafen (RP) und schrieb hierzu:

> *„Beinahe täglich sind Opfer von migrantischen Metzeleien und (Massen-) Vergewaltigungen zu beklagen, während wir immer die gleiche Leier von eingebildetem Rassismus und Islamophobie hören.“*[875]

In einem dazugehörigen Kommentar sprach sie zudem von einer *„grassierende[n] Vergewaltigungs- und Metzelmordepidemie“*.[876]

Alexander Wiesner (MdL SN) bezeichnete Deutschland in einem Facebook-Eintrag vom 14. Juni 2024 als *„Messerland“*:

[874] Sanze, Emil: Facebook-Eintrag vom 19.09.2024, abgerufen am 03.04.2025.
[875] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag und dazugehöriger Kommentar vom 20.10.2022, abgerufen am 24.10.2022.
[876] Ebd.

„Innerhalb weniger Tage wurden im ganzen Land Menschen von Migranten mit Messern angegriffen und teils lebensgefährlich verletzt. Das sind die Folgen einer katastrophalen Migrationspolitik! Wir brauchen eine konsequente Remigrations-Kampagne!"[877]



Eine beigefügte Kachel enthielt Schlagzeilen über stattgefundene Messerstraftaten und den als blutig stilisierten Schriftzug *„Messerland Deutschland"*.

Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) äußerte sich am 23. Juli 2024 auf Facebook vergleichbar:

„Messerland Deutschland
Es vergeht kein Tag mehr, an dem kein Messermann in Deutschland wütet. Jetzt hat es Berlin getroffen.
Nur Polizei-Schüsse konnten schlimmeres verhindern - Verhältnisse wie in einem Bürgerkriegsland, die wir so früher nur aus schlechten Filmen kannten.
Beenden wir diese miese Kino-Vorführung und lassen wir den Vorhang für Ampel und Altparteien fallen. Ohne Applaus und ohne Zugabe. Es reicht!"[878]



Dazu veröffentlichte er die abgebildete Grafik.

Der brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete und Beisitzer im AfD-Bundesvorstand Dennis Hohloch veröffentlichte einen Tweet mit Messer-Symbolen sowie folgendem Inhalt:[879]

[877] Wiesner, Alexander: Facebook-Eintrag vom 14.06.2024, abgerufen am 29.07.2024.
[878] Kleinwächter, Norbert: Facebook-Eintrag vom 23.07.2024, abgerufen am 30.07.2024.
[879] Hohloch, Dennis: Tweet vom 26.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.



🔪 Du kann nicht mehr Zug fahren,
🔪 du kannst nicht mehr einkaufen,
🔪 du kannst nicht mehr zur Schule,
🔪 du kannst nicht mehr spazieren,
🔪 du kannst nicht mehr in die Stadt,
🔪 du kannst nicht mehr auf den Weihnachtsmarkt,

🩸 ohne vllt. abgestochen zu werden.

Nur wenige Tage später äußerte das Bundesvorstandsmitglied Dennis Hohloch (MdL BB) sich in einem Facebook-Eintrag ähnlich:

> *„Die Bundesregierung schließt das #Abschiebe-Terminal am Flughafen BER. Man kontrolliert nicht, wer kommt. Man lässt jeden rein. Man schiebt Straftäter nicht ab. Man toleriert Messermänner. Man nimmt Tote in Kauf.“*[880]

Hohlochs Tweets suggerieren, dass man bei der Ausführung zahlreicher alltäglicher Aktivitäten innerhalb des öffentlichen Raums einer latenten und ständigen Gefährdung ausgesetzt sei, Opfer eines Messerangriffs zu werden. Er konstruiert damit insofern ein Bedrohungsszenario, als er tatsächliche Taten solcher Ausprägung instrumentalisiert und als omnipräsente Bedrohung illustriert. Hohloch erwähnt im erstgenannten Tweet zwar nicht direkt, dass die Gefahr von Migrantinnen und Migranten ausgehe. In der Gesamtschau seiner Aussagen wird jedoch deutlich, dass er Migrantinnen und Migranten undifferenziert und pauschal mit stichwaffenbezogenen Straftaten in Verbindung bringt.

In der Rechtsprechung ist bereits wiederholt entschieden worden, dass eine solch pauschale und undifferenzierte Betrachtung, die letztlich allen (männlichen) Migranten Gewaltbereitschaft unterstellt, diese unter Verletzung der Menschenwürde böswillig verächtlich macht.[881] Gleichwohl äußern Funktionärinnen und Funktionäre der AfD sich immer wieder in einer solchen Weise:

Der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) erklärte etwa am 12. August 2022 in einem Tweet apodiktisch, die Anzahl der *„Messerstraftaten“* durch

---

[880] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 30.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.
[881] Vgl. etwa OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 13.05.2019, OVG 3 S 33.19, juris, Rn. 13 f.; OVG RLP, Beschl. v. 26.04.2019, 2 B 10639/19, juris, Rn. 10; OVG NRW, Beschl. v. 26.04.2019, 5 B 543/19, juris, Rn. 28; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 233 f.

den Zuzug von Migrantinnen und Migranten aus afrikanischen Staaten und dem Nahen Osten steige signifikant:

> „*Einwanderung aus Afrika und dem Orient = Messerstraftaten = Tote und Verletzte = Angst im öffentlichen Raum*"[882]

Damit werden pauschal alle Migranten aus afrikanischen Staaten und dem „*Orient*" ohne Weiteres als messerstechende Gewalttäter stigmatisiert.

Der rheinland-pfälzische AfD-Bundestagsabgeordnete Bernd Schattner schrieb im Oktober 2022 auf Facebook:

> „*Es ist gefährlich geworden in Deutschland. Messerangriffe gehören quasi zur Tagesordnung. Kandel. Würzburg. Ludwigshafen. Zwei Menschen mussten gestern ihr Leben geben, weil unsere Regierung stur an der Politik der offenen Grenzen festhält. Wer seine Grenzen nicht kontrolliert, riskiert den Import tickender Zeitbomben! […] Es wirkt, als habe sich Deutschland an Messermorde gewöhnt.*"[883]

Schattner äußerte sich in ähnlicher Weise auch in einem Facebook-Eintrag vom 7. November 2022:

> „*Messerangriff Nummer? Ich vermag es nicht zu sagen. Es sind einfach zu viele. Zigtausende Messerangriffe in den letzten Monaten und Jahren. […]. Die Barbarei tobt und Polizei und Medien sehen vorsätzlich angestrengt weg. Man mag sich gar nicht vorstellen, was diese Menschen im Falle eines längeren Stromausfalls, eines Blackouts, anrichten, wenn Polizei und Rettungskräfte nicht gerufen werden können… Zum Schutz unserer Bürger und zur Wahrung unserer Identität dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass das jetzt die neue Kultur ist, mit der wir bereichert werden sollen. Diese Abschlachtungsszenen dürfen keine Normalität werden. Die Bundesregierung muss endlich dafür sorgen, dass es für kriminelle Ausländer keinerlei Anreize mehr gibt zu uns zu kommen. Harte Strafen müssen schnell und konsequent durchgesetzt werden - die Kuscheljustiz gegenüber Ausländern muss ein Ende haben.*"[884]

---

[882] Beckamp, Roger: Tweet vom 12.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[883] Schattner, Bernd: Facebook-Eintrag vom 19.10.2022, abgerufen am 26.10.2022.
[884] Schattner, Bernd: Facebook-Eintrag vom 07.11.2022, abgerufen am 14.11.2022.

Die scheinbar differenzierende Eingrenzung der Forderungen auf *„kriminelle Ausländer"* am Ende der Aussage kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schattner tatsachenwidrig von *„zigtausende[n]"* Messerangriffen im Zusammenhang mit Zuwanderern spricht und meint, die neue, durch sie importierte *„Kultur"* sei eine tobende *„Barbarei"*. Durch die polemische Ausdrucksweise zielt die Aussage darauf ab, irrationale Ängste und infolgedessen Ablehnung gegenüber Migrantinnen und Migranten zu schüren.

Der sächsische Landtagsabgeordnete und Generalsekretär des sächsischen Landesverbands Jan Oliver Zwerg äußerte in diesem Kontext am 26. Juni 2021:

> *„Messermänner! Merkel hat sie reingeholt."*[885]

Der Beitrag wurde von Facebook gesperrt. Zwerg verwies hierauf in einem neuen Beitrag und veröffentlichte darin auch einen Screenshot des Ursprungsposts.

Andreas Harlaß forderte am 8. Juli 2021 auf Facebook einen Stopp des *„Mord-Import[s]"*[886] und verunglimpft damit Migranten pauschal als Mörder.

Der damalige Vorsitzende der Jungen Alternative Sachsen Alexander Wiesner (MdL SN) veröffentlichte auf Facebook eine Grafik mit einem Messer und der Aufschrift

> *„Hier eine Zusammenfassung der ‚kulturellen Bereicherung' von Migranten seit 2015".*[887]

Er kommentierte dies mit den Worten:

> *„Und damit meinen wir nicht lecker Ethno-Food und auch nicht syrischen Damaststahl."*[888]

Wiesner bezeichnet damit alle Migranten pauschal als gewalttätig.

René Springer (MdB, BB) teilte am 31. Juli 2024 einen Tweet von Dennis Hohloch (Bundesvorstandsmitglied und MdL BB) mit folgendem Inhalt:

> *„#SPD und #Grüne erzählen*
> *Grundschulkindern im Landtag, wie ‚toll' und ‚schön' #Massenmigration ist und dass es so wichtig ist, ‚tolerant' und ‚bunt' zu sein.*
> *Ich werde immer dagegen halten.*

---

[885] Zwerg, Jan Oliver: Facebook-Eintrag vom 26.06.2021, abgerufen am 09.07.2021.
[886] Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 08.07.2021, abgerufen am 13.07.2021.
[887] Wiesner, Alexander: Facebook-Eintrag vom 09.08.2023, abgerufen am 10.08.2023.
[888] Ebd.

Nichts ist bunt und schön an Messermännern, Islamisierung, Vergewaltigungen und Bürgergeldbetrügern.“[889]

Enxhi Seli-Zacharias, Mitglied der AfD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, tätigte in einem Interviewbeitrag bei „Hallo Meinung“ vom 27. Dezember 2022 folgende Äußerung:

> *„[I]m Kern spricht man nicht an, dass wir eine Gewaltfantasie in einigen Kulturen haben, die durch das Messer […] unterstrichen wird. Darüber reden wir nicht offen.“*[890]

Seli-Zacharias schreibt Menschen aus *„einigen Kulturen“* in entindividualisierender Weise pauschal negative Eigenschaften zu. Sie behauptet, dass es in bestimmten Gesellschaften *„Gewaltfantasie[n]“* gebe. Insofern konstruiert sie eine pauschale und essenzielle Neigung zu Straftaten mit Stichwaffen von ganzen Personengruppen und verletzt deren Menschenwürde.

Der AfD-Kreisverband München (BY) veröffentlichte am 26. Juli 2022 einen Beitrag mit folgendem Text:

> *„Regensburger ICE-Messer-Migrant angeklagt: Psychose-Märchen hat ausgedient! Von den etablierten Medien regelrecht totgeschwiegen, hat die Bundesanwaltschaft mittlerweile Anklage gegen den ‚Flüchtling‘ erhoben, der am 6. November 2021 in einem ICE zwischen Regensburg und Nürnberg ein Blutbad angerichtet hatte. […] Dieser Fall nährt massiv die Zweifel an vielen Geschichten über angeblich psychisch Kranke, die uns von etablierten Politikern und Medien in solchen Fällen erzählt werden. Dass sich nachher etwas anderes herausstellt, ist sicher kein ‚Einzelfall‘. Welcher ist der nächste? Der Messermann von Würzburg zum Beispiel, der sich bis heute nicht verantworten musste?“*[891]

Am 10. August 2022 schrieb die AfD München (BY) auf Facebook einen Text, in dem sie die Zahlen der von Migrantinnen und Migranten mit Messern begangenen Straftaten erörtert und die Politik für die *„erodierende Sicherheitslage“* verantwortlich

---

[889] Springer, René: Retweet eines Tweets vom 31.07.2024, abgerufen am 01.08.2024.
[890] Seli-Zacharias, Enxhi: Interviewbeitrag vom 27.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Hallo Meinung“, abgerufen am 02.01.2023.
[891] AfD-Kreisverband München: Facebook-Eintrag vom 26.07.2022, abgerufen am 28.07.2022.

macht; diesen Beitrag ergänzte sie mit einer Grafik, in der der Begriff „*Messer-Epidemie*" verwendet wird.[892]

Jan Petersen-Brendel, Vorsitzender des AfD-Regionalverbands Flensburg-Schleswig (SH), äußerte sich am 11. Dezember 2022 wie folgt:

> „*Wer CDU/CSU. SPD, Grün Linke und FDP wählt öffnet den Messermördern die Grenzen*"[893]

Marvin Weber, Sprecher des AfD-Stadtverbands und Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW), schrieb am 12. August 2022 auf Telegram:

> „*Messermigration beenden – Innere Sicherheit wiederherstellen. Schützt unsere Mitbürger! […] Tägliche Messerstechereien, Morddrohungen gegen Islamkritiker, die nur mit massiven Polizeischutz durchs Leben kommen und ein heutiges Messerattentat auf einen islamkritischen Autor in New York komplettieren die falsche Migrationspolitik von westlichen Eliten. […] Wir werden die Messermigration aus aller Herren Länder stoppen, die Grenzen schützen und kriminelle Straftäter bestmöglich abschieben! […] Der tägliche Messerterror muss sofort beendet werden!*" [894]

Ähnlich lesen sich Bezugnahmen auf die Messerattacke in Brokstedt (SH) am 25. Januar 2023, bei der ein staatenloser Palästinenser in einem Regionalzug mehrere Fahrgäste mit einem Messer verletzte. Zwei Personen erlagen ihren schweren Stichverletzungen.

Sebastian Wippel (MdL SN) äußerte sich in einem Facebook-Eintrag vom 15. Februar 2023 zur Tat:

> „*Brokstedter Messermann: Immer mehr Verfehlungen treten zutage - und das ist nur die Spitze des Eisbergs! Das Ausmaß des staatlichen sowie Behördenversagens im Falle des Brokstedter Messermanns nimmt kein Ende: Seit der blutigen Metzelei in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg im vergangenen Januar vergeht kein Tag, an welchem nicht neue Enthüllungen menschlichen Versagens zutage treten. […] Brokstedt ist ein Symbol geworden - ein*

---

[892] AfD München: Facebook-Beitrag vom 10.08.2022, abgerufen am 17.07.2023.
[893] Petersen-Brendel, Jan: Facebook-Eintrag vom 11.12.2022, abgerufen am 19.01.2023.
[894] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 12.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.

Symbol dafür, was passiert, wenn ein dekadenter und linksideologisch-globalistisch geprägter Staat über seine Belastungsgrenzen hinweg die eigene Identität aufgibt und zum Einwanderungszentrum der gesamten arabischen und afrikanischen Welt wird."[895]

Wippel nutzt hier die konkrete Gewalttat und das mögliche Behördenversagen im Umgang mit dem Täter zur pauschalen Ablehnung bzw. Abwertung aller Migrantinnen und Migranten aus dem arabischen und afrikanischen Raum.

Die AfD Schleswig-Holstein zitierte in einem Facebook-Eintrag am 26. Januar 2023 aus einer Äußerung des Bundestagsabgeordneten (SH) und Mitglieds des Bundesschiedsgerichts Gereon Bollmann und veröffentlichte diese auf ihrem Facebook-Kanal:

> *„Zum Mehrfachmord im Regionalexpress in Schleswig-Holstein erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete Gereon Bollmann: Es ist genau die verfehlte Einwanderungs- und Integrationspolitik der Regierenden, die für diese und ähnliche Bluttaten mitverantwortlich zeichnen. […] Die ausufernde Messergewalt in diesem Land ist importiert und eine direkte Folge der Masseneinwanderung kulturfremder Asylbewerber."*[896]

Bollmann veröffentlichte am 26. Januar 2023 einen weiteren Facebook-Eintrag zur Messerattacke in Brokstedt (SH). Abermals betonte er, dass Straftaten mit Stichwaffen „*importiert*" seien:

> *„Palästinensischer Messerstecher läuft Amok: Importierte Messergewalt wird totgeschwiegen! Eine Bluttat erschüttert Schleswig-Holstein. Tatort Regionalexpress: Zwei Tote, sieben Verletzte. Das ist die verheerende Bilanz der Bluttat im Regionalexpress RE 70 auf der Strecke Kiel-Hamburg."*[897]

Steffen Janich, AfD-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen, forderte in einem Facebook-Eintrag vom 26. Januar 2023 „*NEIN zur Messermigration*" und fügte dem Eintrag folgendes Bild an.[898]

---

[895] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 15.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.
[896] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 27.01.2023.
[897] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 27.01.2023.
[898] Janich, Steffen: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.



Hugh Bronson, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die AfD, schrieb im Januar 2023 auf Facebook:

> *„Zur Messerattacke in Regionalzug in Brokstedt: Staatenloser Wiederholungstäter aus Palästina tötet zwei Fahrgäste. Während die Kartellparteien Anteilnahme heucheln, setzen sich die Tötungsdelikte auch 2023 unvermindert fort. Grenzschutz statt Messermigration“*[899]

Ähnlich veröffentlichte der Landesvorsitzende des sächsischen AfD-Landesverbands Jörg Urban (MdL SN) in einem Facebook-Beitrag vom 27. Januar 2023 eine Grafik mit der Aufschrift *„Deutschland wird zum Land der Messerkultur“*. Dazu schrieb er Folgendes:

> *„Die schreckliche Attacke in einem Regionalzug zwischen Hamburg und Kiel hat ihren Weg in den medialen Mainstream gefunden. Doch der Doppelmord des mehrfach vorbestraften Migranten ist nur ein kleiner Teil eines fundamentalen Problems. Ob im Supermarkt, auf Spielplätzen, in der Tiefgarage oder in unseren Innenstädten - seit 2015 hat eine Kultur der Gewalt fast überall in Deutschland Einzug erhalten.“*[900]

Die skizzierten Aussagen von Funktionärinnen und Funktionären sowie Verbänden der AfD stilisieren Migrantinnen und Migranten pauschalisierend als aggressive Subjekte, die sich feindlich gegen die autochthone Bevölkerung richten. Sie werden in Gänze als Gefahr für die Bevölkerung dargestellt. Die Verwendung von Begriffen wie

---

[899] Bronson, Hugh: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 27.01.2023.
[900] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 27.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.

„Messerkultur“ und „Messermigration“ unterstellt über den Täter von Brokstedt hinausgehend dessen Herkunftskultur in Gänze eine Affinität zu Gewalttaten mit Stichwaffen. Dadurch wird die die diesem Kulturkreis angehörige Gruppe verunglimpft.

Die Messerattacke eines 27-Jährigen aus Eritrea im Dezember 2022 im baden-württembergischen Illerkirchberg dient ebenfalls als Bezugspunkt, um ein allumfassendes Bedrohungsszenario durch Migrantinnen und Migranten zu zeichnen. Bei der Attacke wurden zwei Schülerinnen schwer verletzt, ein 14-jähriges Mädchen verstarb. Diese Gewalttat nahm Martin Reichardt (MdB, ST) zum Anlass, am 7. Dezember 2022 auf Instagram gegen „*Messerkräfte*“ (statt „Fachkräfte“) und „*Messermänner*“ zu agitieren. Er veröffentlichte folgende Grafik:



Dazu schrieb Reichardt:

> „*Wie oft müssen wir das noch lesen? Es ist ein absolut sinnloses #Verbrechen an einem jungen #Mädchen, das einfach auf dem Weg zur #Schule war. Ece Sarigül ist nur 14 Jahre alt geworden. Ermordet von einem Mann aus #Eritrea. Dem überlebenden Mädchen wurde auch ihr Leben genommen, denn sie wird ihr ganzes Leben mit den Folgen dieses Verbrechens zu kämpfen haben. Das Geschrei bei Politikern und in den #Medien war 2018 groß, als Alice Weidel von ‚Messermännern‘ sprach. Der Täter ist einer dieser ‚Messermänner‘.*“[901]

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern Nikolaus Kramer veröffentlichte am 6. Dezember 2022 einen Facebook-Eintrag, in dem er bezugnehmend auf die Messerattacke in Illerkirchberg von „*Messermännern*“ sprach:

[901] Reichardt, Martin: Instagram-Post vom 07.12.2022, abgerufen am 08.12.2022.

„Schon wieder tötet ein Asylbewerber einen unschuldigen Menschen, ein 14-jähriges Mädchen, das nur zur Schule gehen wollte. […] Statt harter, konsequenter Bestrafung und Abschiebung erörtern unsere Innenexperten im Bund ein Gesetz zur einfacheren Einbürgerung, welches es Messermännern noch leichter macht, schwere Straftaten auf deutschem Boden zu verüben. Schämen Sie sich dafür!“[902]

Bernd Schattner (MdB, RP) äußerte sich anlässlich des Messerangriffs in Illerkirchberg (BW) in einem Facebook-Beitrag vom 7. Dezember 2022 über den angeblichen Versuch der Bundesregierung, das *„unangenehme Thema ‚Messermänner‘“* aus den Medien zu verdrängen.[903]

Die AfD-Bundestagsabgeordnete und seinerzeitige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum äußerte sich in einem Telegram-Beitrag vom 20. Dezember 2022 zur Tat in Illerkirchberg und betonte die vermeintlich von Asylsuchenden ausgehende generelle Gefahr für Deutsche. Eine beigefügte Grafik enthielt die Worte *„Folgen der Ersatzmigration. Grausame Verbrechen mit unzähligen Toten und Schwerverletzten“*.[904] Im Hintergrund der Grafik waren sogenannte Stolpersteine mit den Namen durch Migranten getöteter Opfer zu sehen:



Dazu schrieb Baum:

> *„Eigentlich sollte der Schulweg ein sicherer Ort sein. Für die junge #Ece war es der Weg in ihren Tod. Obwohl bekannt war, dass die Migranten des dortigen Asylheims die Schüler belästigen, wurde nichts unternommen. Das junge Mädchen musste die desaströse #Migrationspolitik von #Politikern, die Männer aus*

[902] Kramer, Nikolaus: Facebook-Eintrag vom 06.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.
[903] Schattner, Bernd: Facebook-Eintrag vom 07.12.2022, abgerufen am 08.12.2022.
[904] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 20.12.2022, abgerufen am 21.12.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

archaischen, frauenverachtenden Kulturen nicht nur ‚willkommen heißen' sondern auch noch mit einer Rundum-Vollversorgung ins paradiesische #Deutschland einladen, mit ihrem Leben bezahlen. Diese #Ersatzmigration muß ein Ende finden, damit wir in Deutschland wieder in Sicherheit leben können."[905]

Mit im Boden verlegten kleinen Gedenktafeln, sogenannten Stolpersteinen, soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die durch das NS-Regime verfolgt, ermordet oder vertrieben wurden. Baum rekurriert dabei auf das Narrativ des Großen Austauschs, indem sie das Synonym „*Ersetzungsmigration*" verwendet. Das von ihr gezeichnete Bild angeblicher Migrationsfolgen wie „*Grausame[n] Verbrechen mit unzähligen Toten*" ist dazu geeignet, eine ganze Personengruppe zu verunglimpfen und diese in Gänze als Gefahr wahrzunehmen.

Auch Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) äußerte sich in mehreren Tweets im Dezember 2022 zur Tat in Illerkirchberg (BW) und spottet in fremdenfeindlicher Diktion, bei den Zugewanderten handele es sich um „*Fachkräfte für […] Messerstechen*":

> *„Es wandern Millionen Fachkräfte ein, aber eben keine Fachkräfte für Arbeit, sondern für Sozialhilfe und Messerstechen."*[906]

Zudem postete er:

> *„#Illerkirchberg beweist erneut: Masseneinwanderung ist Messereinwanderung."*[907]

Diese pauschal diffamierende Darstellung zielt darauf ab, eine grundsätzliche Angst und Ablehnung gegenüber Migrantinnen und Migranten zu schüren.

Der AfD-Kreisverband Kleve (NW) veröffentlichte im Juni 2022 einen Beitrag von ihrem Mitglied Adolf Frerk, in dem dieser den regierenden Parteien unterstellt, politische Oppositionelle wie im Nationalsozialismus zu kriminalisieren, wohingegen „*migrantische Messerstecher*" bewusst verschont blieben:

> *„Wer im Dritten Reich Kritik an den Mächtigen übte, wirkte ‚zersetzend' und wurde aus dem Verkehr gezogen. Manchmal erhielt der ‚Zersetzer' gnadenhalber einen Jagdschein', d. h. er wurde für unzurechnungsfähig erklärt und blieb*

---

[905] Ebd.
[906] Krah, Maximilian: Tweet vom 03.12.2022, abgerufen am 05.12.2022.
[907] Krah, Maximilian: Tweet vom 05.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

unbehelligt. Diese Praxis gibt es heutzutage nur noch für migrantische Messerstecher.“[908]

Durch die unkommentierte Veröffentlichung des Beitrags machte sich der Kreisverband die Aussagen Frerks zu eigen. Mit dem Konnex *„migrantische Messerstecher“* wird abermals Migrationsgeschichte (auch deutscher Staatsbürger) und Gewalt durch Stichwaffen in einen Ursächlichkeitszusammenhang gestellt und behauptet, den Tätern würden Privilegien im Rahmen der Strafverfolgung zuerkannt.

Mitglieder der AfD kommentierten in den sozialen Medien ebenfalls einen Polizeieinsatz am 8. August 2022 in Dortmund. Dabei wurde ein 16-jähriger Senegalese von einem Polizisten erschossen:

Christine Anderson, hessisches Mitglied des Europaparlaments, kommentierte diesen Vorfall in Dortmund etwa in einem Tweet vom 15. August 2022:

> *„Ein marxistisches System erkennt man daran, daß es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert. (A. Solschenizyn) Marxistisches System? Lächerlich! [Deutschland-Flagge] ist noch besser. Wir verehren Kriminelle! Jetzt alle zusammen: ‚Messerstecher Lives Matter‘!“*[909]

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp bezeichnete den 16-jährigen Senegalesen in einem Telegram-Beitrag vom 15. August 2022 diffamierend als *„Messermann“* und *„Messer-Senegalesen“*:

> *„Hinter jedem Messermann steht ein Politiker, der ihn eingeladen hat. In jedem normalen Rechtsstaat würde es Unterstützung und Dankbarkeit für den Polizisten geben, der den Messer-Senegalesen gestoppt und damit Dortmund geschützt hat. In der heutigen Bundesrepublik läuft das natürlich anders“*[910]

Der Landesverband der JA Sachsen teilte diese Social-Media-Kachel des AfD-Politikers Roger Beckamp und kommentierte dies mit:

> *„Hinter jedem Messermann steht ein Politiker, der ihn eingeladen hat. Die Bunten messern stets mit!“*[911]

---

[908] AfD-Kreisverband Kleve: „Deutschland am selbstgewählten Ende – eine schonungslose Analyse“ vom 16.06.2022, in: www.afd-kleve.de, abgerufen am 23.06.2022.
[909] Anderson, Christine: Tweet vom 15.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.
[910] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 15.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[911] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 16.08.2022, abgerufen am 17.08.2022.

Hierdurch wird nicht nur eine von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten ausgehende Drohkulisse gezeichnet, sondern dies wird verbunden mit dem Vorwurf, die Verantwortung für die (vermeintlichen) Straftaten läge auch bei den anderen Parteien bzw. der Regierung.[912]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) teilte Beckamps Beitrag ebenfalls.[913]

In einem Facebook-Beitrag der AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg vom 29. August 2024 war zudem die Rede von *„importierter"* Gewalt und *„alimentierten Messermännern"*:

> *„Schluss mit importierter Kriminalität. Schluss mit alimentierten Messermännern, die unsere Frauen und Töchter als Freiwild im Freibad sehen. Und vor allem: Schluss mit den Ausreden der Landes- und Bundesregierung. Wir können die Grenzen schließen. Wir schulden es der nachfolgenden Generation, sonst wird es in der Tat die letzte deutsche Generation sein."*[914]

Anlässlich eines Messerangriffs auf zwei Kinder in Duisburg (NW) verbreitete Dirk Brandes (Beisitzer im Bundesvorstand und MdB, NI) am 29. Februar 2024 auf Facebook eine Bildkachel mit folgender Aufschrift:

> *„Duisburg. Messer-Mann attackiert Kinder. Wenige Meter weiter wird ‚gegen Rechts' demonstriert."*[915]

Im Juni 2024 griff Brandes den Begriff *„Messer-Mann"* in einem Facebook-Video erneut auf, während er sich abwertend über eine öffentliche Polizeiübung in Hannover (NI) zum Umgang mit bewaffneten Personen äußerte. Die in hiesigem Video dargestellte Polizeiübung wurde dabei grafisch mit folgendem Textbeitrag unterlegt:

> *„Der typisch weiße MesserMann FINDE DEN FEHLER! Die Polizei Hannover zeigt in einer an Lächerlichkeit grenzenden Show, wie sie mit einem ‚Messermann' fertig wird. Der böse ‚Messerstecher' ist WEISS, MÄNNLICH, heißt*

[912] So feststellend: VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 300 f.
[913] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 14.08.2022, abgerufen am 23.08.2022.
[914] AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 29.08.2024, abgerufen am 10.09.2024.
[915] Brandes, Dirk: Facebook-Eintrag vom 29.02.2024, abgerufen am 16.09.2024.

‚MATZE' und befolgt artig alle Befehle. Geht's eigentlich noch unrealistische.???"[916]

Das Video kommentierte Brandes mit folgendem ironischen Wortlaut:

> *„Matze - der typische Messer-Mann…"*[917]

Brandes deutet mit seinen Äußerungen an, dass der in der Polizeiübung dargestellte Tätertypus – ein weißer Mann deutscher Herkunft – nicht nach realistischen Kriterien ausgewählt worden sei, da Messerangreifer seiner Auffassung nach typischerweise nicht-weiße Migrantinnen und Migranten seien.

Der AfD-Landesverband Sachsen teilte am 27. Januar 2023 auf Facebook eine Grafik des Deutschland-Kuriers mit Bildern eines blutigen Messers und der Aufschrift *„Migration. Ein ganz ‚normaler Monat' in Deutschland: Das Messer-Tagebuch"*. Dazu schrieb die AfD:

> *„Im Schnitt 50 Mal am Tag klappt irgendwo in #Deutschland ein #Messer auf, sticht immer öfter ein ‚#Einzelfall' mit nicht selten tödlichen #Folgen zu."*[918]

Der sächsische Landtagsabgeordnete Jörg Urban[919] und der AfD-Kreisverband Landkreis Leipzig[920] (SN) teilten den Beitrag.

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) verfasste am 16. Mai 2022 einen Facebook-Eintrag mit einer Grafik, in der er seine wahrgenommene Divergenz von medial postulierten „*Einzelfällen*" und tatsächlich Daten darstellt:

> *„Man kennt es: Sogenannte Geflüchtete messern in der Öffentlichkeit Mitmenschen nieder und schnell steht fest: Es liegt kein religiöses oder politisches Tatmotiv vor. Es handelt sich auf KEINEN Fall um einen Terrorakt! Im Gegenteil - der Täter ist psychisch krank und im Grunde genommen auch nicht voll schuldfähig."*[921]

Dazu veröffentlichte er folgende Grafik:

---

[916] Brandes, Dirk: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 28.06.2024, Kanal: „Dirk Brandes - Für Niedersachsen im Bundestag", abgerufen am 16.09.2024.
[917] Ebd.
[918] AfD-Landesverband Sachsen: Facebook-Eintrag vom 27.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.
[919] Urban, Jörg: Geteilter Facebook-Eintrag vom 27.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.
[920] AfD-Kreisverband Landkreis Leipzig: Geteilter Facebook-Eintrag vom 28.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.
[921] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 16.05.2022, abgerufen am 25.05.2022.



Durch die ironische Darstellung („*Es liegt kein religiöses oder politisches Tatmotiv vor. Es handelt sich auf KEINEN Fall um einen Terrorakt!*") stellt Beckamp die in diesen Fällen genannten soziologischen und psychologischen Ursachen für Tötungsdelikte mit Stichwaffen in Frage und impliziert, dass diese primär auf die Herkunft der Täter zurückzuführen seien. Weiterhin suggeriert er durch die genutzte Grafik, es handele sich bei derartigen Straftaten nicht um die vielfach medial beschriebenen „Einzelfälle", sondern um ein permanent auftretendes migrationsinduziertes Massenphänomen. Mit der Verwendung des Wortes „*sogenannte*" wird zudem die individuelle Schutzwürdigkeit infrage gestellt und Flucht und Vertreibung als Migrationsmotive werden verzerrend banalisiert.

Roland Ulbrich (zum damaligen Zeitpunkt MdL SN) veröffentlichte als Reaktion auf einen Brandanschlag auf eine Asylunterkunft in Bautzen (SN) am 28. Oktober 2022 eine Pressemitteilung auf Facebook, in welcher er in fremdenfeindlicher Weise von „*bestialische[n] Macheten-Killer[n]*" schrieb:

> „*Aus Hass Häuser anzuzünden, weil man Geflüchtete nicht in seiner Nähe haben möchte, ist zutiefst primitiv und menschenverachtend', ereiferte sich Schuster weiter - ganz im Duktus der Gutmenschen-Gesellschaft, die sogar bestialische Macheten-Killer zum schuldunfähigen ‚Schutzsuchenden' verklärt.*"[922]

Ähnlich argumentierte der AfD-Bundesverband abermals in einem Facebook-Beitrag vom 19. April 2023:

[922] Ulbrich, Roland: Facebook-Eintrag vom 30.10.2022, abgerufen am 02.11.2022.

„*Das ‚beste Deutschland'? Nur für Vergewaltiger und Messerstecher [...] Im ‚besten im besten Deutschland, das es jemals gegeben hat' - wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier es gern nennt- sind Übergriffe auf Frauen längst Normalität geworden. Wer allein im Dunkeln draußen unterwegs ist, wird für bestimmte Männer schlichtweg zu Freiwild. Allein in München gab es laut Statistik im vergangenen Jahr nahezu täglich eine Vergewaltigung. Und auch bundesweit explodieren die Zahlen: Von fast 30.000 sexuellen Nötigungen und Vergewaltigungen in 2021 auf 37.000 im vergangenen Jahr. Wie zynisch ist es da, dass Steinmeier gerade Ex-Kanzlerin Merkel die höchste Auszeichnung für ihre vermeintlichen Verdienste um unser Land ans Revers geheftet hat? Sie war es, die 2015 die Schleusen für Scharen von jungen Männern geöffnet hat, deren größtenteils archaisches Rollenverständnis und primitives Frauenbild hier nicht einmal ansatzweise her passt. Und dieser Zustrom hält an. Es wird freilich schwieriger, den Deutschen diese Männer noch als Bereicherung zu verkaufen. Wir von der AfD fordern deshalb nicht nur die sofortige Abschiebung von straffällig gewordenen Migranten, sondern auch den sofortigen Stopp weiterer Zuwanderung. Und bis dahin werden wir das Ausmaß von sexualisierter oder Messergewalt öffentlich machen.*"[923]

Die Aussagen des AfD-Bundesverbands stellen einen direkten statistischen Zusammenhang zwischen Migrationsprozessen und dem Anstieg von Gewalt- und Sexualstraftaten her. Migrantinnen und Migranten stilisiert der AfD-Bundesverband als Gefahr für die Bevölkerung und versieht sie ausschließlich mit negativen Zuschreibungen. Der AfD-Bundesverband zeichnet undifferenziert ein Bild, in dem Migranten, die hier als „*Vergewaltiger und Messerstecher*" benannt werden, ein angenehmes Leben führten – denn sie lebten im ausschließlich für sie „*besten Deutschland*" –, während die autochthone, insbesondere weibliche Bevölkerung bei Eintritt der Dämmerung zu Freiwild für sie werde. Auch durch diese Aussage wird eine ganze Personengruppe pauschal herabgewürdigt.

Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Felser veröffentlichte ebenfalls einen Facebook-Post mit fremdenfeindlichem Inhalt:

„*Massenschlägereien und Messerangriffe – Meldungen aus dem ‚besten Deutschland aller Zeiten' Was die verantwortlichen Politiker aus unserem Land*

[923] AfD: Facebook-Eintrag vom 19.04.2023, abgerufen am 19.07.2023.

gemacht haben ist unverzeihlich. Kaum ein Tag vergeht, an dem man nicht von neuen Messerangriffen, sexuellen Gewalttaten oder Prügeleien lesen kann. Zum Profil der Täter muss man hier Garnichts sagen. Die Kriminalstatistiken des Bundes sprechen für sich. Allein im Jahr 2022 ist die Gewaltkriminalität um fast 20 Prozent gestiegen. Der Anteil an Ausländern unter den Tatverdächtigen lag bei fast 40 Prozent! Ob ein Migrationshintergrund bei ‚deutschen' Tatverdächtigen vorliegt, wird von der Statistik nicht erfasst. […] Im Bunten Deutschland gehören solche Meldungen inzwischen zum Alltag. Auf diese Gewaltspirale in den deutschen Innenstädten kann es nur eine Antwort geben: harte Strafen und Abschiebungen."[924]

Der permanente Anstieg von Gewaltkriminalität ist für Peter Felser monokausal auf die Zuwanderung zurückzuführen.

In der Gesamtschau sind die Äußerungen und Verlautbarungen der AfD, die die Verwendung von diffamierenden Begriffen wie „Messerzuwanderung" oder „Messermigranten" beinhalten, in Wortwahl, Diktion und Inhalt erkennbar darauf gerichtet, Asylsuchenden, Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten ihre Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) abzusprechen. Ungeachtet dessen, dass es sich bei einigen der vorstehenden Äußerungen um Reaktionen auf brutale Gewalttaten handelt, sind diese nicht als spontane, emotionale Entgleisungen anzusehen. Vielmehr belegen diese angesichts ihrer Häufigkeit sowie der bewusst abgewogenen, strategisch motivierten Verwendung die vorherrschende parteiliche Ausrichtung.

(3) Entindividualisierende Darstellung von Migranten als aggressiv-gewalttätiges Kollektiv

Die in ähnlicher Weise entindividualisierende Darstellung von Migranten als aggressiv-gewalttätiges Kollektiv zeigt sich in zahlreichen weiteren Äußerungen der AfD.

Allgemein aggressives Kollektiv

In einigen Äußerungen tritt die fremdenfeindliche Ansicht zutage, Zugewanderte oder Flüchtlinge stellten ein generell aggressives Kollektiv dar. Eine solche pauschale Zu-

[924] Felser, Peter: Facebook-Eintrag vom 21.04.2023, abgerufen am 17.07.2023.

weisung der Verantwortung für *„Messer-Morde und rohe Gewalt“* stellt sämtliche Migrantinnen und Migranten unter Generalverdacht und macht deutlich, dass ein friedliches Zusammenleben für aussichtslos gehalten wird.[925]

Im März 2023 warf der AfD-Bundesverband der Bundesregierung etwa vor, *„reihenweise deutsche Pässe an die Täter“* verschenken zu wollen, um die Straftäter dann als Deutsche aufführen zu können:

> *„Statt wirksam Kriminalität zu bekämpfen, holt sie [Anm.: die Bundesinnenministerin] immer weitere potenzielle Straftäter ins Land und lässt sie sich hier austoben - zum Schaden der Bürger und zum Schaden unserer Kinder. Viele von ihnen können schon lange nicht mehr unbehelligt zur Schule gehen, werden von Altersgenossen drangsaliert, gedemütigt und mittlerweile sogar kaltblütig ermordet.“*[926]

Das autochthone deutsche Volk wird angesichts dieser Argumentation in doppelter Hinsicht zum Opfer stilisiert, während die Gruppe der Migranten pauschal als *„potenzielle Straftäter“*, die sich in Deutschland austobten, herabgewürdigt wird.

Enrico Komning, AfD-Bundestagsabgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern und Beisitzer im dortigen AfD-Landesvorstand, antwortete in einem Gespräch mit dem Internetsender AUF1 vom 30. Januar 2023 auf die Frage nach seiner Position zu privatem Waffenbesitz und zur Verschärfung der bestehenden Waffengesetze mit Ausführungen zu den Ereignissen in der Silvesternacht:

> *„Die Ursache von Amokläufen, von Messerattacken, Angriffen auf Polizei oder eben auch Schutz- und Rettungskräfte: Das ist Gewalt durch Migranten. Das muss man auch ganz klar beim Namen nennen. Und da wird auch letztlich keine Einschränkung des Waffenrechtes helfen, diese Gewalt letztlich zu reduzieren. Stattdessen ist es aus meiner Ansicht besser, nicht nur an den Symptomen herumzudoktern, sondern der Ursache auf den Grund zu gehen. Und die Ursache ist eben die, dass wir hier gewalttätige Migranten in Deutschland haben, die schlichtweg nicht abgeschoben werden. […] Einerseits haben wir nach wie vor einer Politik der offenen Grenzen, dass quasi jeder, der weltweit unterwegs ist, einfach zu uns kommen kann, hier die Hand heben muss und einfach nur ‚Asyl‘*

[925] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 234.
[926] AfD: Facebook-Eintrag vom 27.03.2023, abgerufen am 19.07.2023.

sagen muss, dann ein wahrscheinlich dauerhaftes Bleiberecht hier erhält. Da wird eben tatsächlich die Ursache dieser Migrantengewalt nicht nur nicht erkannt, sie wird auch nicht angesprochen und erst recht nicht verhindert. Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass die Migranten, die hier nach Deutschland gekommen sind und die sich strafbar gemacht haben, und ich rede da nicht nur von Gewalttaten, sondern ich rede von Strafbarkeit jeglicher Art, wenn sie sich also gegen unser Rechtssystem wenden, dann müssen diese Täter unverzüglich abgeschoben werden. […] Ja, zum zweiten kommt, wie gesagt, dann die Entwaffnung der Bürger dazu. Also offensichtlich geht es der Innenministerin darum, dass man die Deutschen, das deutsche Volk, das angestammte Volk hier in Deutschland in eine Art Wehrlosigkeit gegenüber Gewaltmigranten treiben will."[927]

Im zweiten Teil des Zitats fordert Komning die Abschiebung straffällig gewordener Migranten. Diese differenzierende Forderung ist für sich genommen verfassungsschutzrechtlich nicht zu beanstanden. Ein Anhaltspunkt für eine fremdenfeindliche Position liegt aber in der Eingangsthese, wonach „*die Ursache*" für die genannten schweren Gewaltdelikte gewalttätige Migranten seien. Diese These wird im Folgenden mit der Auffassung verbunden, wonach die Bundesinnenministerin durch die geplante Waffenrechtsreform „*die Deutschen, das deutsche Volk, das angestammte Volk hier in Deutschland*" entwaffnen wolle. Diese Entwaffnung solle die „*angestammten*" – im Subtext als durchweg friedfertig dargestellten – Deutschen in eine „*Art Wehrlosigkeit gegenüber Gewaltmigranten*" treiben. In der Gesamtschau lässt sich die Aussage so verstehen, dass Migranten ursächlich für schwere Gewalttaten seien und autochthone Deutsche demgegenüber stets in der Verteidigungshaltung und entsprechend auf Waffenbesitz zwecks Verteidigungsmöglichkeit angewiesen seien. Diese Botschaft ist geeignet, Migrantinnen und Migranten – da sie eben „*angestammten*" Deutschen als elementare Bedrohung gegenübergestellt werden – erstens als nicht zum deutschen Volk zugehörig zu kennzeichnen und zweitens als gewaltbereites Kollektiv darzustellen. Dies suggeriert, dass Aggressivität und Gewalttätigkeit in der Natur von Personen mit Migrationsgeschichte lägen und ein friedfertiges oder gar unbeschwertes Miteinander somit schlicht unmöglich sei. Die Aussagen sind

[927] AUF1: „Enrico Komning: ‚Die Bürger müssen sich mit Waffen schützen können'" vom 30.01.2023, in: https://auf1.tv, abgerufen am 17.02.2023.

damit geeignet, in der Bevölkerung Ängste und Ablehnung gegenüber Migrantinnen und Migranten zu schüren.

Eine ähnliche Implikation stellte auch die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg auf, indem sie in einer am 29. August 2024 abgehaltenen Sondersitzung zum Messerangriff in Solingen (NW) einen Entschließungsantrag einbrachte, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, *„ein Betretungsverbot öffentlicher Veranstaltungen für Asylantragsteller, Asylberechtigte, ukrainische Kriegsflüchtlinge sowie vollziehbar ausreispflichtige, geduldete und subsidiär schutzberechtigte Ausländer zu erlassen"*[928].

Eine solche Forderung wäre zwar nicht bereits mit Blick auf das Versammlungsgrundrecht des Art. 8 GG problematisch, da dieses ein Deutschengrundrecht darstellt. Gleichwohl wäre von der Umsetzung entsprechender Vorhaben die allgemeine Handlungsfreiheit der betroffenen Personengruppen in diskriminierender Weise eingeschränkt. Mit der Forderung wird zum Ausdruck gebracht, dass pauschal alle genannten Personen unerwünscht und von gesellschaftlicher Teilhabe aufgrund ihres Status jedenfalls partiell ausgeschlossen werden sollen. Dabei wird unterstellt, die Maßnahmen seien notwendig, um die übrige (deutsche) Bevölkerung vor den von den Ausländerinnen und Ausländern ausgehenden Gefahren zu schützen.

Oliver Kirchner, stellvertretender AfD-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt und einer der AfD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Sachsen-Anhalt, äußerte auf einer Demonstration am 5. Dezember 2021:

> *„Ich will, dass es so wird wie früher, vor 2015. Ohne Vergewaltigungen, die wir uns importiert haben, ohne Drogen, die wir uns importiert haben, ohne Messerkriminalität, die wir uns importiert haben, und ohne Terroranschläge, die hier in diesem Land kein Mensch braucht. […]*
> *Mit der Zuwanderungspolitik haben sie uns unsere Sicherheit genommen, unsere Arbeit und unsere Zukunft, weil es nämlich Verteilungskämpfe geben wird bei den Arbeitnehmern. Sie nehmen uns die Freude. Sie nehmen uns die Würde und sie nehmen uns die Freiheit und die Sicherheit in unserem eigenen Land. Nehmen wir ihnen unser Vertrauen! Lasst uns für dieses Land alles tun, um es*

[928] AfD-Landtagsfraktion Brandenburg: „Entschließungsantrag der AfD-Fraktion", Drucksache 7/10150.

zu einem Besseren zu verändern. Ich bin bereit dafür, wenn auch ihr dafür bereit seid, für unsere Heimat, für unser Volk, für unsere Zukunft in unserem Land!“[929]

Entsprechend hatte sich Kirchner auch bereits in Reden am 21. August 2021 in Senftenberg (BB)[930] und am 7. September 2021 in Hennigsdorf (BB) geäußert.[931]

Hier werden Zugewanderte in abwertender Weise als allgemein bedrohliches Kollektiv dargestellt, das nicht nur zu einer Verschlechterung der gesamten Lebensumstände der Deutschen führe, sondern auch allein ursächlich für die Zunahme von Straftaten wie etwa Vergewaltigungen sei. Zwar kann der Zusatz *„die wir uns importiert haben“*, den Kirchner hier bei der Aufzählung der Delikte jeweils nutzt, so gemeint sein, dass er nur wieder ohne die zusätzlich durch Zugewanderte begangene Delikte leben möchte. In der Gesamtschau – insbesondere im Zusammenhang mit der Behauptung, mit der Zuwanderungspolitik habe man *„uns unsere Sicherheit genommen“* – ist die Aussage aber zumindest auch so zu verstehen, dass diese Straftaten und die damit einhergehende Unsicherheit eben erst mit der Migration aufgetreten seien. Diese unsachliche Darstellung zielt darauf ab, Migranten kollektiv als ablehnungswert zu kennzeichnen.

Am 19. August 2024 lud Rainer Rothfuß (MdB, BY) auf seinem YouTube-Kanal das Video eines Vortrags von Gabrielle Mailbeck (AfD-Bezirksrätin in Schwaben und Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Augsburg, BY) zum Thema „Die Herausforderungen in der Migrationspolitik“ hoch. Mailbeck hielt den Vortrag laut Videobeschreibung am Vortag in Rothfuß‘ Wahlkreisbüro und erklärte darin:

> *„Wir stehen momentan vor einer Überdosis an Migranten und Migration in diesem Land. Und wir alle wissen, dass eine Überdosis zum Tod führen kann. Wie viele Tote haben wir bereits zu beklagen? Wie viele Messerattacken haben wir erlebt? Wie viele Opfer haben sie nicht überlebt? Wir haben viel mehr Messermänner in unserem Land, als wir denken. Und traurigerweise sind sie überall da, wo wir sind, wo wir mit unseren Kindern sind. […] Und wir haben eher, ich glaube, das Gefühl, dass wir etwas verlieren und wir letztendlich, das deutsche*

---

[929] Kirchner, Oliver: Redebeitrag am 05.12.2021 in Frankfurt (Oder); veröffentlicht in: www.facebook.com am 05.12.2021, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 06.12.2021.
[930] Kirchner, Oliver: Redebeitrag am 21.08.2021 in Senftenberg; veröffentlicht in: www.facebook.com vom 21.08.2021, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 28.12.2021.
[931] Kirchner, Oliver: Redebeitrag am 07.09.2021 in Hennigsdorf; veröffentlicht in: www.facebook.com am 08.09.2021, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 08.09.2021.

Volk, uns eigentlich fremd im eigenen Land fühlen, oder? Weil ganz ehrlich, der Hans und der Dieter, wenn sie streiten, sie werden sich nicht gegenseitig abstechen. Das machen wir nicht. Sie werden vielleicht zu einem Biergarten gehen und das Ganze, ja, das Ganze dort diskutieren, ein Bierchen trinken. Das machen wir nicht. So etwas machen wir nicht, weil wir Anstand haben. […] Und wir, liebe Freunde, wir sind diejenigen, die die Rechte, Gesetze und Pflichten hier in unserem Land bestimmen. Wir sind diejenigen, die darüber entscheiden, was passiert. Und hier sind wir. Wir sind die einzigen, die die Remigration vollziehen. […] Eine neue veröffentlichte Statistik des Bundeskriminalamtes zeigt, dass speziell seit 2019 die Mordfälle durch Marokkaner um 110 Prozent und Tunesier um 67 Prozent gestiegen sind. Diese Gruppen begehen in Deutschland statistisch an jedem sechsten Tag einen Mord. […] Wir wollen entweder gut integrierte Menschen aber sowas brauchen wir nicht und wir müssen darüber sprechen. Und wir als AfD sprechen es laut aus: Remigration schützt Leben und das ist keine Schande. Das müssen wir laut sagen. Remigration schützt Leben!"[932]

Dirk Brandes (Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, NI) verbreitete am 5. August 2024 ein Video auf Facebook, das durch eine bildhafte Gegenüberstellung von *„Deutschland mit TALAHONS"* im Vergleich zu einem Deutschland *„ohne TALAHONS…."* Migrantinnen und Migranten ebenfalls als ablehnungswert stilisiert.

Die erste im Video gezeigte Bildzusammenstellung (*„Deutschland mit TALAHONS"*) enthält ausnahmslos Darstellungen von jungen migrantischen Männern als vermeintlich aggressiv-gewalttätiges Kollektiv[933]:

[932] Mailbeck, Gabrielle: Vortrag „Die Herausforderungen in der Migrationspolitik"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 19.08.2024, Kanal: „Dr. Rainer Rothfuß - Mediathek", abgerufen am 19.08.2024.

[933] Brandes, Dirk: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.08.2024, Kanal: „Dirk Brandes - Für Niedersachsen im Bundestag", abgerufen am 16.09.2024.



Die zweite stilistisch geschönte Bildcollage hingegen („*ohne TALAHONS*") zeigt weiße Familien und Kinder mit blonden Haaren bei der Ausübung ihrer Freizeitaktivitäten:[934]

[934] Ebd.



Torben Braga (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, TH) veröffentlichte am 26. August 2024 auf X ein Video, das mit dramatischer Musik hinterlegt ist und in emotionalisierender Weise einen Zusammenschnitt von Bildern mit großen Gruppen nicht-weißer Menschen, dem Anschlag auf den Breitscheidplatz in Berlin, weiteren Gewalttaten sowie betenden Muslimen zeigt. Beendet wird das Video mit dem Zitat „Wir schaffen das“ der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Braga schrieb dazu:

> „*Die Wetteraussichten: [drei Messer-Emojis]*“[935]

Der Beitrag wurde durch den Beisitzer im Landesvorstand Robert Teske (mittlerweile MdB, TH) geteilt.

---

[935] Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlich in: Tweet vom 24.08.2024, Kanal: „RobertTeskeHB“, abgerufen am 08.11.2024.







Nicole Höchst, AfD-Bundestagsabgeordnete aus Rheinland-Pfalz und stellvertretende Landesvorsitzende der AfD Rheinland-Pfalz, warnte in einem Facebook-Eintrag vom 10. November 2022 vor *„feindlichen Fremden"*:

> *„Deutschland hat/wir haben kein Problem mit wie auch immer gearteter Fremdenfeindlichkeit, wir haben ein Problem mit feindlichen Fremden und einer Regierung, die zu Toleranzerzwingungszwecken mittlerweile über 1 Milliarde Euro aufwendet'. […] Umgekehrt wird ein Schuh draus: wer bemäntelt, verharmlost und das Problem von sich weg weist, liefert in Wahrheit die Bürger ihren Schlächtern aus."*[936]

[936] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 10.11.2022, abgerufen am 11.12.2022.

Höchst agitiert hier in verunglimpfender Weise gegen Migrantinnen und Migranten, indem sie diese kollektiv als „*Schlächter*" denunziert.

In ähnlicher Weise bezeichnete der sächsische Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel am 31. Oktober 2022 auf Facebook Geflüchtete als „*Krieger*":

> *„In Dresden stach ein 23 jähriger Syrer einen Fahrkartenkontrolleur der Verkehrsbetriebe nieder, sodass dieser hätte zu Tode kommen können. Was ist das für eine Einstellung? So benehmen sich keine Flüchtlinge, sondern Krieger! Dieser so genannte ‚Schutzbedürftige' gehört abgeschoben und das schnellstens!*
> *Die Politik hätte schon längst Konsequenten aus der seit 2015 anhaltenden Gewalt ziehen müssen. Macht sie aber nicht, weil der edle Fremde grundsätzlich gut ist und nur wenige geistesgestörte Ausnahmen auffällig werden. Allerdings müssten selbst Menschen mit dieser naiven Einstellung langsam zu der Erkenntnis kommen, dass aus bestimmten Weltregionen offenbar überdurchschnittlich viele dieser Geisteskranken kommen, und das es besser wäre die eigene Bevölkerung diesem Risiko nicht auszusetzen."*[937]

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 29. Juli 2023 äußerte die Europaabgeordnete Christine Anderson (HE) in ähnlicher, Zuwanderer pauschal verunglimpfender Weise in ihrer Rede:

> *„Die Angriffe auf Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auf unsere nationale, kulturelle, gar sexuelle Identität, die bestialische Körper- und Genitalverstümmelung unserer Kinder, der Raub und die Destabilisierung unserer Heimat durch den millionenfachen Import von ‚purem Gold' werden inzwischen auf allen Ebenen aller Regierungs- und Nicht-Regierungsinstitutionen vorangetrieben."*[938]

In sarkastischer Weise greift Anderson mit der Wendung „*pure[s] Gold*" eine Äußerung des früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz aus dem Jahr 2016 auf, um ihre größtmögliche Verachtung für Geflüchtete zum Ausdruck zu bringen und deren – aus ihrer Sicht gesteuerten – „*millionenfachen Import*" als maximalen Schaden für Deutschland darzustellen.

---

[937] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 31.10.2022, abgerufen am 02.11.2022.
[938] Anderson: Christine: Redebeitrag vom 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 30.07.2023.

Siegbert Droese (ehemals sächsischer Bundestagsabgeordneter, seit Juni 2024 MdEP) kommentierte im November 2023 einen Medienbericht über Bemühungen des Bundesverteidigungsministers, Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten für den Dienst in Litauen zu gewinnen, folgendermaßen:

> *„Das sollte sich jeder deutsche Soldat gut überlegen. Die Familie womöglich schutzlos zu Hause und vom Migranten-Mob bedroht. Und ‚Prämien' die kaum noch was wert sind,(Inflation). Man sucht Kanonenfutter für fremde Interessen.“*[939]

Dennis Klecker (MdL BW) verbreitete am 24. Oktober 2023 auf Facebook ein Kurzvideo der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg mit dem Titel *„Migrationskrise: Die Wende gibt es nur mit uns!"*[940] In dem Videobeitrag werden lediglich drei kurze Szenen dargestellt. Das Ausgangssetting zeigt eine Alltagsszene einer vermeintlich phänotypisch deutschen Familie in ihrem Garten. Unterlegt ist diese Szenerie mit dem Text „*Unsere Heimat …*“. Sodann wechselt das Bild zu einem Ausschnitt, der mehrere Boote mit einer großen Anzahl von Asylsuchenden auf dem Meer zeigt, akustisch von den Schreien einer wütenden Menge begleitet und um das Textfragment „*… ist bedroht*“ ergänzt. Das Video endet mit einem Ausschnitt, der mutmaßlich Ausschreitungen junger, nicht-weißer Männer in einer westlichen Großstadt zeigt.[941]

Das damalige Bundesvorstandsmitglied Christina Baum (MdB, BW/ST)[942], die Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Goßner (BW)[943] und Miguel Klauß (BW)[944], der Gemeinderat Günter Geng (BW)[945] sowie die AfD-Fraktion im Kreistag Ortenaukreis

---

939 Droese, Siegbert: Tweet vom 07.11.2023, abgerufen am 22.11.2023.
940 AfD-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg: Video „Migrationskrise: Die Wende gibt es nur mit uns!“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.11.2023, Kanal: „AfD-Fraktion Baden-Württemberg“, abgerufen am 25.04.2024.
941 Klecker, Dennis: Facebook-Eintrag vom 24.10.2023, abgerufen am 25.01.2024.
942 Baum, Christina: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.10.2023, Kanal: „Klartext von Dr. Christina Baum“, abgerufen am 17.11.2023.
943 Goßner, Hans-Jürgen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.10.2023, Kanal: „Hans-Jürgen Goßner MdL“, abgerufen am 17.11.2023.
944 Klauß, Miguel: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.10.2023, Kanal: „Miguel Klauß MdL BaWü“, abgerufen am 17.11.2023.
945 Geng, Günter: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.10.2023, Kanal: „Günter Geng“, abgerufen am 25.01.2024.

(BW)[946] teilten das Kurzvideo im Nachgang in den sozialen Netzwerken. Damit zeichnen sie ein umfassendes Bedrohungsszenario im Hinblick auf die ethnisch deutsche Familie, deren Existenz durch Migranten gefährdet werde.

Lena Kotré (MdL BB) veröffentlichte am 13. September 2024 ein Video auf Instagram, das einen sogenannten Kubotan[947], auf dem Wahlwerbung für ihre Person im Landtagswahlkampf abgedruckt war, abbildet. Begleitend dazu schrieb sie:

> *„**Seid wehrhaft – mit dem offiziellen, limitierten Kubotan von Lena Kotré!***
> *Während die Regierung den Opfern von Gewalt lächerliche Handlungsempfehlungen gibt, wie etwa anzufangen zu tanzen, zu singen oder sich krank zu stellen, setzen wir auf echte Sicherheit. In meinem Video präsentiere ich euch den **originalen ‚Lena Kotré Kubotan'** - der persönliche Begleiter für mehr Selbstschutz.*
> *Denn echte Sicherheit gibt es nur mit der AfD! Gemeinsam sorgen wir für ein sicheres Brandenburg!*
> *‌**Jetzt ansehen und wehrhaft werden!**"*[948]

Ein Presseartikel zu dem Sachverhalt thematisierte ebenfalls weitere Äußerungen der Landtagsabgeordneten Kotré. So habe sie in Reaktion auf den islamistischen Anschlag in Solingen ein Betretungsverbot für Geflüchtete bei öffentlichen Veranstaltungen gefordert und plane eine private „*Abschiebe-Industrie*" mit „*Container-Knästen*".[949] Diese Forderungen pauschalisieren nicht nur alle Geflüchtete als potenziell gewalttätig und islamistische Attentäter, sondern degradieren diese auf menschenfeindliche Weise, indem sie sie mit Objekten auf eine Ebene stellen, die industriell in Containern abgeschoben werden sollen.

Falko Keller, AfD-Mitglied im Stadtrat der Stadt Aschaffenburg (BY), bezeichnete am 27. Juni 2021 auf Facebook pauschal die Migrantinnen und Migranten, die 2015 nach Deutschland einreisten, als Gewalttäter und „Sozialschmarotzer":

---

[946] AfD-Fraktion im Kreistag Ortenaukreis: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.10.2023. Kanal: „AfD-Fraktion im Kreistag Ortenaukreis", abgerufen am 25.01.2024.
[947] Bei einem Kubotan handelt es sich um eine Waffe für den Nahkampf in verschiedenen Kampfkünsten.
[948] Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 13.09.2024, Kanal: „lena_kotre_afd", abgerufen am 19.09.2024.
[949] T-Online: „AfD-Politikerin verteilt Waffen als Wahlkampfgeschenke" vom 19.09.2024, in: www.t-online.de, abgerufen am 19.09.2024.

FREMDEN- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Unsere Regierung hat gegen den Willen vieler Deutscher all diese Illegalen einreisen lassen. Die Bundesregierung wollte diesen angeblich in großer Not befindlichen Menschen helfen. Was ist der Dank? Sie töten, vergewaltigen, stehlen, schlagen unsere Kinder, schmarotzen sich durch unser Sozialsystem. [...] Immer wieder sind es die Unschuldigen, die von den Illegalen getötet werden.“[950]

Der damalige Vorsitzende der Jungen Alternative Sachsen, Alexander Wiesner (MdL SN), veröffentlichte in einer Instagram-Story[951] folgende Karte, die pauschal Migranten aus dem afrikanischen Raum als Straftäter verunglimpfte, indem sie die Länderkennzeichnungen durch Begriffe ersetzt, die vermeintlich in den Medien zur Beschreibung von Straftätern verwendet werden, um deren Herkunft zu verklausulieren:



„Masseneinwanderung“ als zentrale Ursache einer vermeintlich allgemeinen Gewalteskalation

In zahlreichen Verlautbarungen der AfD wird zudem der Begriff der „Masseneinwanderung“ bzw. „Massenmigration“ gewählt, um die Ursache von verschiedenen Problemen, insbesondere einem vermeintlichen Anstieg von Gewalt, zu benennen.

---

[950] Keller, Falko: Facebook-Eintrag vom 27.06.2021, abgerufen am 30.07.2021.
[951] Wiesner, Alexander: Instagram-Story vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023.

Auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt forderte die AfD am 27. November 2023: „*Frauen schützen, Abschiebungen durchsetzen*“ und führte aus:

> *„Ein als ‚Flüchtling‘ nach Deutschland eingereister Syrer würgte eine 78-jährige Frau und tötete sie beinahe. Obwohl er beim polizeilichen Zugriff dann auch noch Widerstand leistete, ließ die zuständige Staatsanwältin ihn laufen und führte ihn nicht einem Haftrichter vor. Das Ergebnis: Nur einen Tag später vergewaltigte der 25-jährige Syrer eine andere Frau.*
> *Derartige Taten sind mit ihrer unfassbaren Brutalität zum Alltag in Deutschland geworden. Die etablierten Parteien, die von ihrer Migrationsbegeisterung nicht lassen können, reden verharmlosend von ‚Einzelfällen‘ und leugnen weiterhin den Zusammenhang zwischen der Massenmigration und der Jagd auf Frauen.“*[952]

Die AfD-Co-Bundessprecherin und baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Alice Weidel äußerte etwa in einem Tweet vom 7. Januar 2023:

> *„Unkontrollierte Masseneinwanderung importiert Gewalt, Kriminalität und destabilisiert die Aufnahmegesellschaft. Unser Rechtsstaat, unsere Art zu leben und unsere Werte sind ernsthaft in Gefahr.“*[953]

Mit diesem Tweet verwies Weidel auf einen von ihr verfassten Gastkommentar für die JUNGE FREIHEIT. Darin führte sie aus:

> *„Die Silvester-Krawallnacht mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen und staatlichem Kontrollverlust insbesondere in Berlin hat schonungslos die tiefe Verachtung bestimmter Migrantenmilieus gegenüber unserem Staat offengelegt. […] Von den allein in Berlin festgenommenen 145 Gewalttätern waren laut Polizei 100 Ausländer, rund die Hälfte davon Afghanen und Syrer. Viele der 45 deutschen Staatsbürger dürften zudem einen Migrationshintergrund haben. Diese Zahlen machen nicht nur die Folgen einer verantwortungslosen Politik der offenen Grenzen deutlich, sondern auch das Scheitern der Integrationspolitik. Unsere Art zu leben, ist in Gefahr. Unkontrollierte Masseneinwanderung importiert Gewalt, Kriminalität und destabilisiert die Aufnahmegesellschaft. Unser Rechtsstaat, unsere Art zu leben und unsere Werte sind ernsthaft in Gefahr und es*

---

[952] AfD Kompakt: „Festgenommener Syrer vergewaltigt direkt nach Freilassung junge Frau!“ vom 27.11.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.
[953] Weidel, Alice: Tweet vom 07.01.2023, abgerufen am 12.01.2023.

wird allerhöchste Zeit, die Dinge jenseits politisch korrekter Sprach- und Denkverbote beim Namen zu nennen: Das realitätsfremde Experiment eines ideologiegetriebenen Multikulturalismus ist gescheitert."[954]

Diese Aussage beinhaltet auf den ersten Blick eine verfassungsschutzrechtlich nicht zu beanstandende pointierte Kritik an der Migrationspolitik und eine kritische Auseinandersetzung mit einem möglichen Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren. Bei näherer Betrachtung stellt Alice Weidel hier aber nicht nur darauf ab, dass unter Zuwanderern auch Gewalttäter bzw. Kriminelle sind – dies ist bei lebensnaher Betrachtung sicher zutreffend –, sondern sie stellt auf die Herkunft gewisser Migranten ab („*Afghanen und Syrer*") und insinuiert, diese missachteten per se „*unser[en] Rechtsstaat*". Migration habe daher eine Destabilisierung – so der Subtext – der bisher friedlichen Lebensart zur Folge. Diese Botschaft zielt im Kern darauf ab, Zuwanderer kollektiv als Problem und ablehnungswert zu stigmatisieren.

Am 18. September 2023 äußerte Weidel (MdB, BW) zudem:

> *„Deutsche Frauen und Mädchen gelten inzwischen als Freiwild für enthemmte Männerhorden. Eine Bundesregierung, die vollständig darauf verzichtet, Kontrolle auszuüben und unter deren ‚Führung' solche Taten praktisch folgenlos bleiben, macht diese ekelhaften Zustände erst möglich."*[955]

Der AfD-Bundesverband teilte diesen Beitrag.[956]

Auch der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) nahm am 5. Dezember 2022 auf Twitter Bezug auf den Vorfall in Illerkirchberg. In diesem Rahmen bezeichnete er die Regierung aufgrund ihrer „*Politik der Massenzuwanderung*", die er als Ursache für von Geflüchteten begangene Gewalttaten sowie terroristische Bedrohungen und Anschläge in Deutschland darstellte, als „*Feind*":

> *„Schulkinder, die von einem Afrikaner abgeschlachtet werden, Gruppenvergewaltigungen in U-Bahnstationen, Terrorwarnungen auf Weihnachtsmärkten:*

---

954 JUNGE FREIHEIT: „Deutschland braucht eine Zeitenwende in der Migrationspolitik" vom 07.01.2023, in: www.jungefreiheit.de, abgerufen am 12.01.2023.
955 AfD: Retweet eines Tweets vom 18.09.2023, abgerufen am 12.12.2023.
956 Ebd.

Wer weiterhin in der Politik für Massenzuwanderung eintritt, ist nicht Mitbewerber, er ist Feind.“[957]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt AfD-Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) teilte diesen Beitrag und drückte so seine Zustimmung aus.[958]

Am 9. Dezember 2022 wiederholte Helferich auf Facebook:

> *„DARUM sind die Altparteien der FEIND!“*

Im dazugehörigen Video bekräftigte er seine zuvor geäußerte Auffassung noch einmal und wertete die Migrationspolitik der Bundesregierung als *„politische Aggression gegen das eigene Volk“*:

> *„Ja vor allen Dingen ging's darum, dass ich ja in einem Tweet im Kontext des Mädchen-Mordes von Illerkirchberg die Politiker und die Teile der politischen Klasse, die weiterhin sich für eine ungebremste Massenzuwanderung stark machen. Und das auch im Kontext dieser Bluttaten – dass ich die als ‚politische Feinde' bezeichnet habe und es abgelehnt habe die als ‚politische Mitbewerber' zu sehen. Und das hab ich auch nochmal bekräftigt. […] Dass das keine normalen politischen Mitbewerber sind, sondern es sind politische Feinde. Weil sie ihre politische Aggression auch gegen das eigene Volk, wozu auch gut integrierte Migranten gehören, richten. Und das hab ich nochmal klargestellt und bekräftigt.“*[959]

Der AfD-Bundesverband sprach in einem Facebook-Beitrag vom 26. April 2023 von *„Kriminalitäts-Import“*:

> *„Jetzt also doch: Duisburger Messerangriff war offenbar islamistischer Terroranschlag! […] Vor diesem Hintergrund darf der Verweis auf vermeintliche psychische Probleme nicht länger als Ausrede fungieren, um die islamistische Bedrohung und die Folgen der Masseneinwanderung zu vertuschen. Die Bluttat von Duisburg ist vielmehr ein weiterer Beweis dafür, dass die Massenzuwanderung endlich gestoppt werden muss. Doch sämtliche etablierte Parteien ein-*

---

[957] Helferich, Matthias: Tweet vom 05.12.2022, abgerufen am 12.12.2022.
[958] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 05.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.
[959] Helferich, Matthias: Videostatement; veröffentlich in: Facebook-Eintrag vom 09.12.2022, Kanal: „Matthias Helferich MdB“, abgerufen am 12.12.2022.

schließlich der in Nordrhein-Westfalen regierenden CDU treiben den Kriminalitäts-Import immer weiter voran. Ein Ende dieser Entwicklung gibt es also nur mit der AfD!"[960]

Am 25. November 2023 behauptete Jörg Urban (MdL SN) auf Facebook, die *„Altparteien"* importierten Hass und Gewalt, wobei er offenließ, ob dies willentlich oder aufgrund von Unvermögen geschehe:

> *„'Wir wollen Weiße abstechen' - das rief einer der 20 jungen, mit Messern bewaffneten Migranten, die bei einem Dorffest im französischen Crepol einen 16-Jährigen ermordeten und 16 weitere Personen verletzten. Es ist der vorläufige Höhepunkt einer Stimmungsmache gegen weiße Menschen, die sich in Europa breitmacht. Ob 'Black Lives Matter'-Aktivisten, die historische Denkmäler zerstören oder Medien und Wissenschaftler, die die europäische Geschichte auf ihre dunklen Seiten reduzieren wollen - sie alle schüren rassistischen Hass gegen Menschen mit weißer Hautfarbe, Einen Hass, der zum Morden bereit ist. Es gilt jetzt unsere Bürger zu schützen. Gegen die anti-weißen Hassprediger, egal ob Black Lives Matter oder linke Ideologen, muss konsequent vorgegangen werden. Migranten mit rassistischen Einstellungen müssen unverzüglich abgeschoben werden. Die deutsche Politik muss die Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten. Und nicht wie die Altparteien Hass und Mord in unser Land importieren."*[961]

Mit der Nutzung des Wortes *„importieren"* in diesem Zusammenhang insinuiert Urban, die Regierung hole gezielt *„Hass und Mord"* nach Deutschland.

AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) äußerte in seiner Rede während einer Wahlkampfveranstaltung des Berliner AfD-Landesverbands am 10. Februar 2023:

> *„Die CDU ist der größte Produzent von Unsicherheit in diesem Land. Kanzlerin Merkel hat unsere Sicherheit 2015 mit der Grenzöffnung dauerhaft beschädigt. Fast 2 Millionen Asylbewerber sind damals in unser Land geströmt. Die Folgen sind immer noch desaströs und auch noch nicht abgeändert worden. Jeder 50. Einwohner, aber jeder 5. Messerangreifer ist Zuwanderer, das bedeutet, um das*

---

[960] AfD: Facebook-Eintrag vom 26.04.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[961] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 25.11.2023, abgerufen am 04.12.2023.

Zehnfache überrepräsentiert. In Berlin nehmen Messerangriffe jedes Jahr zu. Welche schrecklichen Schicksale hinter solche Taten stecken, das müssen wir mittlerweile in ganz Deutschland sehen. Einige Bespiele: In Würzburg – ein Somalier tötet drei Frauen; Illerkirchberg – ein Eritreer tötet die 14-jährige Ece, also ein Schulkind auf dem Schulweg. So was hätte man sich vor zehn Jahren in Deutschland niemals vorstellen können. Und wir wollen uns an diese Dinge niemals gewöhnen, das darf nicht Tagespolitik werden.“[962]

In einem Tweet vom 8. Juni 2023 schrieb Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN):

> *„#Annecy Wir erleben eine Invasion schrecklicher Wilder. Und es sind die Linken und die Netten, die ihnen die Tore öffnen und damit unsere Kinder, Frauen und Schwache ausliefern. Masseneinwanderung ist tödlich!“*[963]

Der damalige stellvertretende Bundesschatzmeister und damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel kommentierte die mediale Berichterstattung zu Gewalttaten in Freibädern folgendermaßen:

> *„‚Anbaden‘ bedeutet heutzutage halt ‚Anschlagen‘ (jedenfalls in #EU-#BRD-Migratopia)… ;((“*[964]

Der Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) schrieb im Juli 2023 auf Facebook:

> *„Politiker wie Olaf #Scholz, Robert #Habeck oder Christian #Lindner fördern durch ihre illegale #Massenmigration schlimmste Gewaltverbrechen. Mittlerweile sind 56% der #Straftäter von Gruppenvergewaltigungen #Ausländer. Über die Hälfte der misshandelten und missbrauchten Frauen hätte dieses Schicksal ohne jene Politiker nicht durchleben müssen. Zudem ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen; geschweige von den Tätern, die bereits 2014/15 illegal in unser Land kamen und mittlerweile die Staatsbürgerschaft geschenkt bekommen haben.“*[965]

---

[962] Livestream zur Wahlkampfveranstaltung des AfD-Landesverbands Berlin in Berlin; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 10.02.2023, Kanal: „Alternative für Deutschland Landesverband Berlin – AfD Berlin“, abgerufen am 02.03.2023.
[963] Krah, Maximilian: Tweet vom 08.06.2023, abgerufen am 09.06.2023.
[964] Weyel, Harald: Tweet vom 06.06.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[965] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 20.07.2023, abgerufen am 18.10.2023.

Dazu postete Hohloch eine Grafik mit folgender Aussage:

> *„Gruppenvergewaltigung: wir haben ein Problem mit bestimmten Kulturkreisen!“*[966]

Mittels herabwürdigender Begriffe bzw. bedrohlicher Beschreibungen wie *„Messerzuwanderung“*, *„Islamistischer Bedrohung“*, *„Produzent von Unsicherheit“*, *„Verhöhnung“* durch Geflüchtete, die *„immer wieder“* durch *„erschreckende Gewaltverbrechen“* auffielen, und *„Massenmigration schlimmster Gewaltverbrechen“* werden Ausländer pauschal als Kriminelle und Gewalttäter dargestellt.

Auch die Junge Alternative Sachsen sprach von *„tödliche[r] illegaler Massenmigrationspolitik“*:

> *„Die Gruppe der Zuwanderer – Asylbewerber, Schutzberechtigte, unerlaubt aufhältige und Geduldete – war 2021 für 44 Prozent aller Tötungs- und 37 aller schweren Gewaltdelikte verantwortlich, obwohl sie nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung ausmacht. Unter Delikten wie schwerer Körperverletzung, Raub, Mord und Totschlag lag der Anteil von ‚Nicht-Deutschen‘ bei den Tatverdächtigen bei 55,5 Prozent.*
> *Und da sind die eingebürgerten Alis, mit und ohne Doppelpass noch gar nicht eingerechnet. Sind wir doch mal ehrlich, ohne die tödliche, illegale Massenmigrationspolitik der antideutschen Altparteien stände unser Land sehr viel besser da. Einen Großteil der Kriminalität gäbe es dann gar nicht.*
> *Deshalb lautet die Devise: Grenzen sichern, Festung Europa und Abschieben, Abschieben, Abschieben!“*[967]

Eva Maria Schneider-Gärtner, AfD-Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern[968], veröffentlichte am 9. Juni 2022 auf ihrer Facebook-Seite ein Bild mit der Aufschrift *„ARMENIER RAST MIT AUTO IN MENSCHENMENGE – UNSERE GEDANKEN SIND BEI DEN OPFERN DER BERLINER AMOKFAHRT“*. Im dazugehörigen Text äußerte Schneider-Gärtner:

> *„Diese Tat erschüttert uns zutiefst und macht uns fassungslos. Vor allem die üblichen Reaktionen in Politik und Medien, welche die grausame Amokfahrt ei-*

---

966 Ebd.
967 Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 01.02.2023, abgerufen am 22.02.2023.
968 Im April 2023 trat Schneider-Gärtner auf der AfD-Fraktion aus.

nes Täters mit Migrationshintergrund mit einer vermeintlichen ‚psychischen Erkrankung' zu relativieren versuchen und den unmittelbaren Zusammengang mit einer unkontrollierten Masseneinwanderung systematisch verleugnen."[969]

Durch die Verwendung des Wortes „*vermeintlich*" negiert Schneider-Gärtner eine psychische Erkrankung des Täters und behauptet, die Tat stehe in einem „*unmittelbaren Zusammenhang*" mit der „*unkontrollierten Masseneinwanderung*". Dies insinuiert, dass entsprechende Taten die unweigerliche Folge von Migration seien, da Migrantinnen und Migranten – wohl aufgrund ihrer Herkunft – zu entsprechenden Handlungen neigten.

Auch der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning aus Mecklenburg-Vorpommern wurde in einem Presseartikel mit der Aussage zitiert, dass „*Masseneinwanderung*" massive negative Folgen für die Sicherheit der autochthonen Bevölkerung habe:

> *„Die CDU war es nämlich, die das Asylrecht missbraucht und es zu einem Instrument der Masseneinwanderung gemacht hat, vor allem der Masseneinwanderung von Gewaltkriminalität und Terror."*[970]

Diese Äußerung zielt darauf ab, Zuwanderer mindestens mehrheitlich („*vor allem*") als Gewalttäter und Terroristen darzustellen.

Am 10. Juli 2021 fand in Memmingen (BY) eine Wahlkampfveranstaltung statt, auf der die bayerische Landtagsabgeordnete Katrin Ebner-Steiner als Rednerin auftrat. In ihrem Redebeitrag äußerte sie sich in fremdenfeindlicher Weise:

> *„Ja, liebe Freunde, es waren Rote und Grüne, die Lohndumping in Deutschland zur neuen Normalität gemacht haben, und Union und FDP haben mitgemacht und dieses System weitergegeben. EU-Freizügigkeit, Westbalkanregelung, EU und UN Migrationspakt und natürlich Merkels-Millionenheer oft Un- und Geringqualifizierter setzen den Arbeitsmarkt weiter unter Druck. […] Statt uns Bürger zu gängeln, sollten Söder, Laschet, wie sie denn alle in ihrem bequemen Regierungssesseln heißen, endlich damit anfangen, unsere Frauen und Mädchen vor Mord, Totschlag und Gruppenvergewaltigungen durch Migranten zu schützen. Ja, vielleicht sollten sie endlich damit anfangen, die Wahrheit anzuerkennen. Dass ihre Politik der offenen Grenzen nichts anderes ist als die größte*

---

[969] Schneider-Gärtner, Eva Maria: Facebook-Eintrag vom 09.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.
[970] Nordkurier: „Grevesmühlen: Flüchtlingskrise - heftiger Zoff zwischen Amthor und Komning" vom 02.02.2023, in: www.nordkurier.de, abgerufen am 07.02.2023.

Katastrophe der deutschen Nachkriegsgeschichte. Denn mittlerweile ist es vielfach nachgewiesen, dass wir von Anfang an Recht hatten: Hätten die Regierenden da oben in Berlin auf uns gehört, dann hätten wir vielleicht viele Tausende Menschenleben retten können. [...] Der Moslem, der in Würzburg Johanna, Christiane und Steffi – und diese Namen sind nicht nur Namen, sie stehen für eine Geschichte und es hätte genauso gut zum Beispiel meine Mutter treffen können, ihre Tochter oder ihre Großmutter – diese drei Frauen wurden totgestochen und mehrere Menschen wurden schwer verletzt. Und dieser Moslem war nichts anderes als ein Merkel-Flüchtling. In Deutschland werden heute Menschen mit Beilen und Samurai-Schwertern getötet und Kinder vor Züge gestoßen. Aber wir sollen das alles hinnehmen als kleine Nebeneffekte, einer angeblich positiven Entwicklung. Denn laut den Regierenden brauchen wir ja Migration für unseren Arbeitsmarkt.“[971]

In ihrem Beitrag schreibt Ebner-Steiner Migranten und Asylsuchenden in pauschalisierender Weise einen starken Hang zu schwersten Gewalttaten zu und zeichnet das Szenario einer permanenten, erheblichen Bedrohungssituation für deutsche („*unsere*“) Frauen und Mädchen. Ohne jede empirische Datengrundlage unterstellt sie in diffamierender Absicht, mit einer restriktiven Migrationspolitik nach Vorstellung der AfD wären „*vielleicht viele Tausende Menschenleben*“ gerettet worden.

Die AfD Vorpommern-Rügen (MV) veröffentlichte im Juli 2022 folgenden Beitrag:

> „*Heute vor drei Jahren ist der achtjährige Leo Stettin in Frankfurt von einem Eritreer ermordet worden. Der Mann ohne Aufenthaltserlaubnis hat den kleinen Jungen vor einen fahrenden ICE gestoßen und sein Leben am 29. Juli 2019 brutal ausgelöscht. Der Tod des kleinen Leo Stettin ist nur eines der unzähligen traurigen Schicksale, die allesamt den Folgen der ungezügelten Massenmigration zum Opfer gefallen sind und von der politischen Führung unverändert billigend in Kauf genommen werden. Ein angemessenes und würdevolles Gedenken bleibt den deutschen Opfern ausländischer Täter durch die Gesellschaft leider viel zu oft verwehrt. Daher ist es unsere Pflicht, diese Aufgabe zu übernehmen und immer wieder daran zu erinnern, wie hoch der Preis für offene*

---

[971] Ebner-Steiner, Katrin: Redebeitrag am 10.07.2021 in Memmingen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.07.2021, Kanal: „Politwelt“, abgerufen am 12.07.2021.

Grenzen ist und welche Gefahr die multikulturelle Utopie für Leib und Leben bedeutet.“[972]

Dem Beitrag ist eine Grafik beigefügt, die den damaligen Kreissprecher Dario Seifert (mittlerweile MdB, MV) zeigt und die folgende Forderung enthält:

> *„Gedenktag für all die unzähligen Todesopfer der unkontrollierten Massenmigration einführen!“*

In den Ausführungen des AfD-Kreisverbands Vorpommern-Rügen wird ein Bedrohungsszenario gezeichnet, wonach es permanent („*nur eines der unzähligen traurigen Schicksale*“) zu Tötungsdelikten von Zuwanderern an der autochthonen Bevölkerung komme. In den skizzierten Verlautbarungen wird der als massenhaft bezeichnete Zuzug von Migrantinnen und Migranten überwiegend mit dem Import schwerer Gewaltkriminalität gleichgesetzt. Dabei wird eine polemisierende Ausdrucksweise gewählt, die geeignet ist, in der Bevölkerung Ängste und Vorurteile zu schüren.

Tötungsdelikte als direkte Folge von „Masseneinwanderung“

Eine Steigerung der bisherigen Verlautbarungen ist die Darstellung, wonach die sogenannte Masseneinwanderung unabdingbar Tötungsdelikte zur Folge habe.

Auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt schrieb die AfD am 22. November 2023:

> *„Migranten richten in Frankreich gezielt Blutbad unter Weißen an. Die Saat dafür gedeiht auch hier!*
> *Weil sie Weiße hassen, haben 20 junge Migranten in Frankreich ein Blutbad angerichtet. In Crépol einer ländlichen Gemeinde südlich von Lyon, überfielen die Männer, die extra dafür aus einer 17 Kilometer entfernten Plattenbausiedlung angereist waren, eine Feier und gingen mit Messern auf ihre Opfer los. […]*
> *Der Fall wurde offenbar tagelang von den französischen Medien und der Politik verschwiegen. Kein Wunder - passt er doch so gar nicht in das Bild, weiches seit Jahren von vermeintlich ‚Schutzsuchenden‘ gezeichnet wird.*
> *Wie lange wird es noch dauern, bis so etwas auch in Deutschland passiert? Dass ‚Gruppen junger Männer‘ Jagd auf Frauen machen, um sie zu vergewaltigen, geschieht hier laut Statistik bereits zwei Mal täglich. Dass solche Täter*

---

[972] AfD Vorpommern-Rügen: Facebook-Eintrag vom 29.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.

dann auch mit Tötungsabsichten losziehen, wird nur eine Frage der Zeit sein. [...] Es wird Zeit für die blaue Wende – denn mittlerweile geht offensichtlich schon ums nackte Überleben!"[973]

Der damalige Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) behauptete in mehreren Tweets aus dem Jahr 2023, dass „*Masseneinwanderung*" töte.[974]

Nach gleichem Muster schrieb er am 28. Juni 2023 auf X (ehemals Twitter):

> „*Masseneinwanderung ist Messereinwanderung.*"[975]

Diese Behauptung wiederholte Krah mehrmals.[976]

Auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt verlautbarte die AfD am 17. Oktober 2023:

> „*Dabei wissen wir nicht erst seit den Anschlägen in Brüssel und Berlin: Grenzschutz, Abschiebungen und konsequente Remigration retten Menschenleben! Dieser simple Sachverhalt hat sich immer und immer wieder bestätigt. Wir werden deshalb als AfD weiterhin auf eine Migrationswende drängen, weil wir uns an die Alltäglichkeit des islamistischen Terrors nicht gewöhnen dürfen!*"[977]

Das Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) schrieb im September 2022 auf Facebook:

> „*Heute vor fünf Jahren wurde Marcus Hempel getötet, er wurde 30 Jahre alt. Er ist Tod, weil ein Syrer, dessen Alter nie festgestellt wurde mehrfach auf ihn eingeprügelt hat. [...] Solche Taten sind im Jahre 2022 alltäglich und sind, wenn überhaupt eine Meldung im Lokalteil wert. Die Täter, oft illegale und kulturfremde Flüchtlinge haben in Deutschland eines sehr schnell gelernt: Taten, für die sie in ihren Herkunftsländern viele Jahre oder lebenslang in die finstersten Gefängnislöcher eingesperrt würden, schützen sie sogar vor der Abschiebung.*

---

[973] AfD Kompakt: „Migranten richten in Frankreich gezielt Blutbad unter Weißen an. Die Saat dafür gedeiht auch hier!" vom 22.11.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.
[974] Krah, Maximilian: Tweet vom 29.01.2023, abgerufen am 30.01.2023. Tweet vom 09.02.2023, abgerufen am 09.02.2023. Tweet vom 21.02.2023, abgerufen am 23.02.2023. Tweet vom 30.05.2023, abgerufen am 01.06.2023.
[975] Krah, Maximilian: Tweet vom 28.06.2023, abgerufen am 30.06.2023.
[976] Krah, Maximilian: Tweet vom 09.07.2023, abgerufen am 17.07.2023. Tweet vom 19.08.2023, abgerufen am 31.08.2023.
[977] AfD Kompakt: „Terror in Brüssel: Tunesischer Islamist erschießt zwei Fußballfans!" vom 17.10.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.

[...] Szenen von Straftätern, die lachend und feiernd mit Freunden und Familie den Gerichtsaal verlassen, während die Angehörigen der Opfer noch gebrochen im Saal sitzen, haben sich in unser Gedächtnis eingebrannt. Heute, am Todestag von Marcus Hempel gedenken wir der oft namenlosen Opfer von Vergewaltigungen und tätlichen Angriffen. Ihnen wurde ihre Zukunft, ihre Leben, ihre Kindheit genommen. Justitia trägt in Deutschland keine Augenbinde mehr. Justitia schaut sich die Angeklagten vorher genau an. Kommt der Täter aus einem Land mit einer archaischen und Kultur, dann erhalten die Täter mit hoher Sicherheit einen Migrantenbonus. Heute am Todestag vom Marcus Hempel dürfen wir nie vergessen: Mitverantwortlich für die Taten sind die Befürworter der tödlichen Politik der offenen Grenzen.
Ohne ihre tödliche Toleranz würde Marcus noch leben!
Ohne ihre tödliche Toleranz hätten alle Opfer eine Zukunft, ein Leben."[978]

Sofern Reichardt hier versucht, empfundene Ungerechtigkeiten im Justizsystem zu beschreiben, ist dies noch nicht an sich fremdenfeindlich, auch wenn dies schon in sehr polemischer Weise erfolgt. Bei der Beschreibung derer, die „*lachend und feiernd*" den Gerichtssaal verlassen, begrenzt er seine Aussage aber noch auf die Personen, die angeklagt wurden. Reichardt nutzt jedoch im Übrigen bei seiner Beschreibung den Begriff der „*kulturfremden*" Flüchtlinge aus „*archaischen Strukturen*" und bilanziert, es gebe eine „*tödliche[n] Politik der offenen Grenzen*", eine „*tödliche Toleranz*". In dieser Verbindung ist die Äußerung geeignet, die Menschen aus Syrien und vergleichbaren, hier nicht näher aufgezählten, Kulturkreisen als grundsätzlich mit den deutschen Werten inkompatibel und generell aggressiv-gewalttätige Gruppe darzustellen, vor der man sich eigentlich nicht schützen könne; denn die Ursache für die Delikte, so die Botschaft, liegt in der Herkunft oder der Kultur der Menschen begründet. Nur eine Grenzschließung könne im Umkehrschluss diese „*tödliche Politik*" beenden. Hierin liegt eine massiv pauschalisierende und abwertende Beschreibung von Geflüchteten.

Im November 2022 schrieb Reichardt dann:

„*An jedem dritten Tag wird in Deutschland eine Frau ermordet. An jedem einzelnen Tag werden im Durchschnitt zwei Mädchen oder Frauen in Deutschland*

[978] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 29.09.2022, abgerufen am 18.10.2023.

> *von Männergruppen vergewaltigt. Jeder zweite Tatverdächtige hat keine deutsche Staatsangehörigkeit. Am häufigsten kommen die Männer aus islamischen Ländern: Afghanistan, Syrien, Irak. Diese Taten werden verharmlost, als Einzelfälle abgetan, die Nationalität der Täter nicht mehr erwähnt. Die Gründe für die Rückkehr primitiver Frauenverachtung liegen auf der Hand: Wir haben eine Masseneinwanderung aus Regionen in denen Frauen wie Dreck behandelt werden. Sie sind verfügbare Sklavinnen, Menschen zweiter Klasse, die man im Kindesalter zwangsverheiraten kann, die man auch mal aus Gründen der Ehre ermorden darf. […] Die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum ist schon lange nicht mehr gewährleistet. Aber auch die Opfer häuslicher Gewalt kommen aus den genannten frauenfeindlichen Kulturraum. […] Es sind die Regierungen der letzten Jahre, die mit ihrer falschen und tödlichen Toleranz, die archaische Vorstellungen und die Unterdrückung der Frau millionenfach nach Deutschland holen.“*[979]

In einer dazugehörigen Grafik war die Rede von „*Importierte[r] islamische[r] Frauenverachtung*“[980].

Auch hier ist Reichhardt nicht an einer konstruktiv-sachlichen Auseinandersetzung mit kulturellen Unterschieden oder der Begehung von Straftaten durch Geflüchtete interessiert. Vielmehr stellt er Ausländer, insbesondere aus islamischen Ländern, pauschal als frauenverachtende und sich an Frauen vergehende Gruppe dar.

Im September 2023 befürwortete Jörg Urban (MdL SN) in einem Facebook-Eintrag die Einrichtung einer Gedenkstelle für „*Opfer von importierter Gewalt*“:

> *„Im vergangenen Oktober ermordete ein 26-jähriger Somalier im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen zwei deutsche Männer im Alter von 20 und 35 Jahren. Der Stadtrat beschloss nun, dass eine Gedenkstelle für die beiden Opfer von importierter Gewalt errichte werden soll.*
> *Ich begrüße diese Entscheidung: Ein offener Umgang mit den politisch vermeidbaren Gewalttaten, die mittlerweile in ganz Deutschland zu beklagen sind, ist wichtig. Doch an viel zu vielen Orten können sich Bürger und Angehörige der Opfer nicht gegen die Altparteien-Vertreter durchsetzen, die die Konsequenzen ihrer Migrationspolitik verschleiern wollen. Mit der AfD ist klar: Die Opfer des*

[979] Reichhardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, abgerufen am 18.10.2023.
[980] Ebd.

Gesellschaftsexperiments der offenen Grenzen dürfen nicht vergessen werden. Es muss ein würdiges Andenken an sie geschaffen werden. Genauso wichtig ist es aber, aus den vielen tragischen Fällen die richtigen politischen Schlüsse zu ziehen: Remigration, Festung Europa und sichere Grenzen!"[981]

Paul Timm (MdL MV) veröffentlichte im Dezember 2022 auf Facebook einen Jahresrückblick. Darin schrieb er unter anderem:

> *„Auch sieben Jahre nach dem Beginn des Asylansturmes auf Deutschland haben wir jeden Tag mit Asylbewerbern, kriminellen Ausländern und Abzuschiebenden zu kämpfen. Deutschland hat keinen Platz mehr. Der Berliner Görlitzer Park ist ein Drogenparadies für nigerianische Mafiosi. Der Schweriner Marienplatz ist Schauplatz von Messerstechereien unter Ausländern. Vergewaltigungen und Tötungsdelikte durch Ausländer sind zur tragischen Normalität geworden. Der Mord in Illerkirchberg an einem 14-jährigen Mädchen markiert einen weiteren Grabstein der irren Zuwanderungspolitik, welcher die CDU damals den Weg geebnet hat und die linke Ampel freudig weiterführt."*[982]

Durch die Verwendung der Begriffe „*jeden Tag*" und „*tragische Normalität*" suggeriert Timm, dass Straf- und Gewalttaten von Zugewanderten üblich seien. Indem er betont, dass der Mord an einem 14-jährigen Mädchen in Baden-Württemberg ein „*weitere[r] Grabstein der irren Zuwanderungspolitik*" sei, stellt er in polemisierender Weise einen signifikanten Kausalzusammenhang zwischen Migration und Tötungsdelikten her.

Am 13. Dezember 2022 agitierte der baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Hess auf Telegram gegen Asylsuchende:

> *„Das Land hat sich verändert. Drastisch. Man erkennt es kaum wieder. #Asylbewerber stechen Passanten nieder, vergewaltigen und ermorden junge Frauen und legen Innenstädte in Schutt und Asche."*[983]

Hess nimmt hier persiflierend Bezug auf eine Aussage der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), die diese auf der 39. Bundesdelegiertenkonferenz in Halle (Saale) im November 2015 tätigte. Göring-Eckardt thematisierte in ihrer Rede die Aufnahme von Geflüchteten in

---

[981] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 21.09.2023, abgerufen am 26.09.2023.
[982] Timm, Paul: Facebook-Eintrag vom 27.12.2022, abgerufen am 23.01.2023.
[983] Hess, Martin: Telegram-Beitrag vom 13.12.2022, abgerufen am 22.12.2022.

Deutschland und stellte dar, dass dies zu Änderungen der Gesellschaft führen werde. Sie führte aus, dass sich Deutschland ändern werde, *„und zwar drastisch. Und ich sag euch eins, ich freu mich drauf!“* Diese Aussage wurde in der Vergangenheit vielfach von extremistischen Protagonisten verwendet, um die 2015 beginnende sogenannte Willkommenskultur zu verunglimpfen. Durch die Aussage, das Land habe sich *„drastisch“* verändert, und die Aufreihung von Delikten, die durch Zugewanderte begangen worden seien, impliziert Hess hier, dass der Zuzug von Geflüchteten seit 2015 insbesondere Gewalt- und Tötungsdelikte zur Folge gehabt habe. Damit stilisiert er Asylsuchende als Straftäter und schreibt ihnen auf Grundlage ihrer Herkunft eine extreme Gewaltneigung zu.

Marvin Neumann, ehemaliger Co-Vorsitzender der Jungen Alternative, der zwei Wochen nach seiner Wahl aus der AfD austrat nachdem fremdenfeindliche Tweets von ihm bekannt wurden, veröffentlichte als Reaktion auf einen Beitrag der Publikation JUNGE FREIHEIT, in dem es um ein durch zwei Männer nigerianischer und irakischer Herkunft verübtes Tötungsdelikt zum Nachteil einer Ukrainerin in einer Flüchtlingsunterkunft ging, folgenden Tweet:

> *„Krampfhaft ‚farbenblinder‘, vermeintlich humanitärer Liberalismus tötet.“*[984]

Andreas Harlaß, Pressesprecher der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie ehemaliger Bundestagswahlbewerber, forderte am 8. Juli 2021 auf Facebook einen Stopp des *„Mord-Imports“*:

> *„Hallo CDU! Stoppt den Mord-Import sofort!“*[985]

Mit dieser Aussage wird Migration pauschal als *„Mord-Import“* bezeichnet und alle Migranten werden mindestens als potenzielle Mörder verunglimpft.

Diese Unterstellung verbreitete Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) anhand eines Facebook-Beitrags vom 26. Januar 2023 in ähnlicher Weise:

> *„‚Fachkräfte des Todes‘ haben in Deutschland nichts zu suchen!“*[986]

---

[984] Neumann, Marvin: Tweet vom 16.03.2022, abgerufen am 17.03.2022.
[985] Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 08.07.2021, abgerufen am 13.07.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. (2))
[986] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 31.01.2023.

Mit diesem Begriff deutet Bessin in sarkastischer Weise an, dass durch die Migration nicht etwa ein bestehender Fachkräftemangel behoben, sondern vielmehr tödliche Gewalt importiert würde.

Vergleichbar äußerte sich Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) in einem Tweet vom 14. Mai 2024, in dem er von „*Macheten-Fachkräfte*[n]" sprach:

> „*#Bandenkrieg mit Machete!*
> *Das Video einer #Massenschlägerei in Leipzig offenbart, wer dabei war: Augenscheinlich keine ethnischen Sachsen. Die Polizei hatte das zuvor verschwiegen. So wird das letzte Vertrauen in den Staat zerstört: Keine Sicherheit mehr auf der Straße und die Hintergründe unter den Tisch fallen lassen. Dabei ist die Lösung offenkundig: #Täter identifizieren und in ihre Heimat abschieben. Denn Macheten-Fachkräfte wollen wir nicht!*"[987]

Der hessische AfD-Landtagsabgeordnete Frank Grobe nahm in einem Facebook-Eintrag vom 11. August 2022 Bezug auf den Fall eines Messerangriffs auf einen Mitarbeitenden einer hessischen Ausländerbehörde:

> „*Nach den Hitzewellen kommt jetzt der Messersommer? Nur waren Hitze im Sommer vor 2015 schon normal.*"[988]

Mit dem Verweis auf 2015 spielt Grobe auf die Migrationsentwicklung an und behauptet, dass Straftaten mit Stichwaffen vor dem Zuzug von Geflüchteten ab 2015 nicht so präsent oder jedenfalls nicht „*normal*" gewesen seien; seit dem Zuzug – so die implizite Botschaft – seien Straftaten, die mit Stichwaffen begangen werden, „*normal*". Mit der Verwendung des Kompositums „*Messersommer*" stellt Grobe zudem dezidiert einen direkten Bezug zwischen Migration und der Zunahme entsprechenden Straftaten her. Auch die Verknüpfung von exogenen Gefahren wie „*Hitzewellen*" und einem angeblich migrationsinduziertem „*Messersommer*" ist geeignet, Ängste und Ablehnung gegenüber Migrantinnen und Migranten hervorzurufen.

Der damalige sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich äußerte sich am 9. Dezember 2022 auf Facebook wie folgt:

---

[987] Kleinwächter, Norbert: Tweet vom 14.05.2024, abgerufen am 22.05.2024.
[988] Grobe, Frank: Facebook-Eintrag vom 11.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.

„Die Welt von Frauen ist enger geworden - auf der Straße, beim Joggen, beim Ausgehen, in der U-Bahn. Jetzt kann man Kinder offenbar nicht mal mehr gefahrlos zur Schule gehen lassen. Weil sich sogenannte Asylanten, deren illegales Eindringen in unser Land von den Systemparteien bejubelt und befördert wird, immer öfter als Zeitbombe entpuppen. Tausende Menschen wurden seit 2015 von vermeintlich ‚Schutzsuchenden' vergewaltigt, erschlagen, erstochen, zerstückelt, vor einen Zug gestoßen. Jetzt ist die 14jährige Ece Sarigül aus Illerkirchberg tot, ihre 13jährige Freundin liegt schwerverletzt im Krankenhaus. Der Tatverdächtige: ein 27jähriger Asylbewerber aus Eritrea, der den Mädchen auf dem Schulweg auflauerte und mit einem Messer auf sie einstach. Und die Polizei hat nichts Eiligeres zu tun, als vor einem ‚Generalverdacht' gegenüber Asylanten zu warnen. ‚Warum warnt sie nicht vor illegaler Einwanderung von Männern mit einem mittelalterlichen Frauen- und Menschenbild?"[989]

Ulbrich verwendet für Asylsuchende die pejorative Bezeichnung „*Asylanten*", was ohne Weiteres noch nicht verfassungsschutzrelevant wäre, negiert aber durch die zusätzliche Verwendung des Wortes „*sogenannte*" pauschal deren Schutzwürdigkeit. Mit seinen polemischen Aussagen konstruiert Ulbrich ein migrationsinduziertes Bedrohungsszenario seit 2015, nach dem Migranten für die autochthone Bevölkerung ein unkalkulierbares, nahezu überall und jederzeit auftretendes („*Tausende Menschen*", „*Zeitbomben*") Risiko für Leib und Leben darstellten, und schürt durch die verzerrende Darstellung irrationale Ängste.

Der AfD-Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg (BR) kommentierte am 8. Februar 2023 auf Twitter (mittlerweile umbenannt in X) einen Fremdbeitrag, der die Auszeichnung der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem UNESCO-Friedenspreis für die Aufnahme von mehr als 1,2 Millionen Migranten im Jahr 2015 thematisiert. Darin verunglimpfte der Kreisverband Angela Merkel als „*Vernichtungsmaschine*" und impliziert damit, ihre Migrationspolitik habe zur vielfachen „*Vernichtung*" geführt.[990]

---

[989] Ulbrich, Roland: Facebook-Eintrag vom 09.12.2022, abgerufen am 16.12.2022.
[990] AfD-Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg: Tweet vom 08.02.2023, abgerufen am 10.02.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

Neben der Asyl- und Migrationspolitik des Kabinetts Merkel III ist auch die gegenwärtige Politik der Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Projektionsfläche für verfassungsschutzrechtlich relevante Positionen innerhalb AfD. Gegenstand sind dabei vor allem Kritik an zu geringen Rückführungszahlen von illegal aufhältigen Migrantinnen und Migranten sowie die Herausstellung der Abnahme der Sicherheit in Deutschland durch den anhaltend hohen migrationsbezogenen Zuzug.

In einem Facebook-Eintrag vom 28. Januar 2023 schrieb der AfD-Bundesverband:

> „*+++ Wir gedenken der Opfer der Migrationspolitik! +++Es sind furchtbare Schicksale, die sich hinter der zynischen Propaganda-Vokabel ‚Einzelfall' verbergen: In immer kürzeren Abständen lesen wir von Morden und Gewaltverbrechen durch Migranten. Es ist zur ‚Normalität' geworden, was niemals normal hätte werden dürfen.*"[991]

Hier ist es natürlich nicht zu beanstanden, dass die AfD Opfern von Straftaten gedenkt, die durch Migranten begangen wurden. Auch ist es an sich nicht verfassungsfeindlich, eine mögliche Korrelation zwischen einer gelockerten Migrationspolitik und steigenden Gewaltverbrechen („*Morde und Gewaltverbrechen*") aufzuzeigen und diese Politik zu kritisieren. Allerdings führt die AfD an, es komme „*[i]n immer kürzeren Abständen*" zu Straftaten durch Zugewanderte, und behauptet, Morde und andere Gewaltverbrechen seien zur „*Normalität*" geworden. Dadurch zeichnet die AfD das Bild eines durch die Anwesenheit von Migrantinnen und Migranten gänzlich unsicheren Deutschlands, denn diese Unsicherheit sei nun der Normalzustand. Dadurch wird ein direkter Zusammenhang von „*Masseneinwanderung*" und Schwerstkriminalität hergestellt, ohne dass es sich dabei um eine sachlich-konstruktive Kritik an Entwicklungen handelt. Vielmehr werden Migranten primär als straffällig werdendes Kollektiv betrachtet.

Diesen imaginierten Zusammenhang griff der AfD-Bundesverband erneut in einem Facebook-Eintrag vom 9. Juli 2024 anlässlich eines Brandes in einer Asylunterkunft in Niedersachsen auf:

> „*Brandstiftung durch ‚Flüchtling': 1 Toter, 20 Verletzte, 2 Polizisten in Klinik! […] Der Vorfall verdeutlicht das enorme Gefahrenpotenzial, welches mit der unkontrollierten Massenmigration einhergeht: Für Polizisten, für Frauen – und letztlich*

[991] AfD: Facebook-Eintrag vom 28.01.2023, abgerufen am 19.07.2023.

für die gesamte Bevölkerung. Wenn nicht gehandelt wird, dann wird es nach dem islamistischen Mordanschlag auf einen Polizisten in Mannheim und der tödlichen Explosion in Buchholz noch viele weitere Polizeibeamte geben, deren Leben auf dem Altar der Migrations-Ideologie geopfert wird. Das darf nicht passieren! Wir müssen endlich die Anreize zur Massenmigration abstellen, unsere Grenzen schützen und straffällige sowie illegale Migranten unverzüglich abschieben."[992]

Indem er das Wort „*Flüchtling*" in Anführungszeichen setzt, spricht der AfD-Bundesverband Geflüchteten überdies legitime Fluchtursachen und generell ihre Schutzwürdigkeit ab.

Im September 2024 sprach die AfD auf X (ehemals Twitter) von einem migrationsinduzierten „*Höllensommer*":

> *„Der ‚Höllensommer', den wir derzeit in Deutschland erleben, hat nichts mit dem Klima zu tun. Freibäder sind zu Angsträumen geworden, Messerattacken an der Tagesordnung, während die etablierten Parteien wegschauen."*[993]

Darunter veröffentlichte sie einen Bildbeitrag, auf welchem der Arm eines nicht-weißen Mannes mit einem blutverschmierten Messer dargestellt ist:[994]



---

992 AfD: Facebook-Eintrag vom 09.07.2024, abgerufen am 10.09.2024.
993 AfD: Tweet vom 07.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.
994 Ebd.

Oliver Kirchner, Landtagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, postulierte in einem Facebook-Eintrag vom 23. Juli 2022 bezugnehmend auf Migrantinnen und Migranten, die Bundesregierung habe „*Kriminalität und Terrorismus*" nach Deutschland gebracht:

> „*Ganz weltoffen haben sie Kriminalität und Terrorismus ins Land geholt. Ohne jegliche Kontrolle, illegal und verfassungsgefährdend.*"[995]

Dieser Beitrag lässt sich in der Gesamtschau so interpretieren, dass damit nicht gemeint ist, dass unter den Migrantinnen und Migranten auch Personen seien, die Straftaten und gar Terrorakte begingen. Naheliegender ist in der Gesamtschau mit den sonstigen Äußerungen Kirchners, etwa die zur Silvesternacht (vgl. unter (1)) oder zu „*importierten*" Straftaten (vgl. (a)) die Interpretation, wonach Kirchner Zuwanderer vor allem als Kriminelle und Terroristen sieht. Die uneingeschränkte Aussage, die die Migrationspolitik durch das ironisierende Attribut „*ganz weltoffen*" als naiv oder eher noch als billigende Inkaufnahme von Gewalt und Terror erscheinen lässt, ist jedenfalls geeignet, irrationale Ängste und eine ablehnende Haltung gegenüber Zuwanderern hervorzurufen.

Jeannette Auricht[996], Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, und Thomas Röckemann[997] (von Juni 2017 bis Juni 2022 und seit März 2025 MdL NW) teilten den Beitrag.

Die AfD Hamburg-Eimsbüttel (HH) postete im Januar 2023 auf Facebook einen Pressebericht über eine mutmaßlich durch einen Asylsuchenden verübte Gewalttat und schrieb dazu:

> „*Syrer. (Wird wie immer von vielen Medien unterschlagen) […] Die Hamburger brauchen mittlerweile Schutz vor Schutzsuchenden.*"[998]

Der seinerzeitige bayerische AfD-Europaabgeordnete Bernhard Zimniok nahm in einem Facebook-Eintrag vom 5. September 2022 den Angriff im Rahmen des Christopher-Street-Days in Münster zum Anlass, die Wiederholung solcher Vorfälle zu betonen:

---

[995] Kirchner, Oliver: Facebook-Eintrag vom 23.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[996] Auricht, Jeannette: geteilter Facebook-Eintrag vom 23.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[997] Röckemann, Thomas: geteilter Facebook-Eintrag vom 23.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[998] AfD Hamburg-Eimsbüttel: Facebook-Eintrag vom 09.01.2023, abgerufen am 16.01.2023.

„Der Täter des auf dem Christopher Street Day in Münster ermordeten ‚Transmanns' Malte C. wurde gefasst. Es handelt sich um einen tschetschenischen Asylbewerber, der der Polizei wegen Gewaltdelikten bereits bekannt war. [...] Erneut hat die Asyl- und Migrationspolitik der Linksgrünen also ein Opfer gefordert. [...] Fakt ist: Die linksgrüne Migrations- und Asylpolitik tötet. Immer und immer wieder."[999]

Auch bei diesen Aussagen besteht die Verfassungsschutzrelevanz nicht darin, dass Probleme angesprochen werden, die möglicherweise in Folge von Migrationsbewegungen aufgetreten sind. Fremdenfeindlich ist die undifferenzierte Schlussfolgerung, wonach Migration – denn diese ist die Folge der beanstandeten *„linksgrünen Migrations- und Asylpolitik"* – *„immer und immer wieder"* töte bzw. das pauschale Zuschreiben einer Gefahr, die von Schutzsuchenden ausgehen soll. Dadurch werden Migranten insgesamt in diffamierender Weise als lebensgefährliches Kollektiv dargestellt.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) äußerte im Oktober 2022:

> *„Wie keine andere Fraktion tragen die Konservativen mit ihrem doppelten Spiel die Verantwortung für die katastrophale Migrationspolitik und ihre tragischen Folgen: Mord, Vergewaltigung und Terror."*[1000]

Die Aussage Helferichs ist durch das pauschalisierend-polemische Schüren von Vorurteilen dazu geeignet, Ressentiments gegen Migranten zu verstärken.

Ähnlich postuliert Karl-Heinz Turban, stellvertretender Vorsitzender im Bezirksverband Berlin Tempelhof-Schöneberg, in einem Facebook-Eintrag vom 19. Oktober 2022, auf dessen Hintergrund Totenköpfe zu sehen sind:

> *„Mit inkompatiblen ‚Kulturen' unser Land zu fluten, endet tödlich..."*[1001]

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber schrieb ebenfalls in pauschal verächtlich machender Weise im Juli 2022 auf Telegram, Frauen würden durch Zuwanderern aus *„den barbarischsten und kriminellsten Regionen der Erde"*, die er als *„tickende Zeitbomben"* beschreibt, vergewaltigt und ermordet, Männer *„gemessert"*:

---

[999] Zimniok, Bernhard: Facebook-Eintrag vom 05.09.2022, abgerufen am 06.09.2022.
[1000] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 13.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.
[1001] Turban, Karl-Heinz: Facebook-Eintrag vom 19.10.2022, abgerufen am 21.10.2022.

„Wie viele deutsche Frauen sollen noch vergewaltigt und ermordet, wie viele deutsche Männer noch gemessert werden, bis die #ichbinhier-Weltverbesserer merken, dass sie hier durch ihre bunte Willkommenspolitik für die barbarischsten und kriminellsten Regionen der Erde, dem Brandherden aus Islamismus, Terrorismus, Gewaltkriminalität und Feindschaft zu Freiheit und Demokratie, in denen ein Menschenleben kaum etwas zählt sondern nur das Recht des Stärkeren, dass jeder einzelne, der hier illegal über 100 sichere Länder ins Sozialstaatsparadies mit ewigem historischen Nazikomplex und Bücklingssyndrom der falschen Toleranz eingewandert ist, so schnell wie möglich abgeschoben gehören? Wie viel tickende Zeitbomben wollen Sie in der Nachbarschaft denn erdulden? Dürfen wir Deutschen nicht mehr in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben? Sind wir das ewige schuldige Volk, das aus historischer Rachegelüste einiger Weniger nun jeden Tag aufs Neue bereichert und demnächst fremd im eigenen Land werden soll? […] Selten habe ich solche verfassungsfeindliche Entscheidungen dieser gekauften Deutschenfeinde an der Spitze gesehen wie 2015, aber die bunte Resettlement-Regierung, setzt noch einen drauf und macht Deutschland zur weltweiten Beutekolonie Germanistan. Selten, habe ich in der Nachkriegszeit eine schändlichere, staats- und kulturzersetzendere Politik gegen das eigene Volk gesehen als heutzutage.“[1002]

Weber stellt Migration und Schwerstkriminalität nicht nur in einen unmittelbaren Zusammenhang, der Zuwanderer menschenwürdewidrig diffamiert, sondern rekurriert dabei auch auf ein im Rechtsextremismus häufig verwendetes Argumentationsmuster. Die vermeintliche Anfälligkeit für die „*todbringende Migration*“ führt er nämlich in revisionistischer Anspielung auch auf die Aufarbeitung des Nationalsozialismus zurück, denn Deutschland werde nicht zuletzt wegen seines „*ewige[n] historischen Nazikomplex[es]*“ und der Wahrnehmung als „*das ewige schuldige Volk*“ zur „*weltweiten Beutekolonie Germanistan*“.[1003]

[1002] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 19.07.2022, abgerufen am 26.07.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1003] Siehe dazu auch Kapitel E. I. 1. a. bb. (2).

(4) Negative Zuschreibung einer Neigung zu Sexualverbrechen

In der AfD finden sich häufig auch Äußerungen, die bei (männlichen) Migranten insbesondere auch eine Neigung zu Sexualdelikten insinuieren. Jene werden – vor allem, wenn eine Herkunft aus dem arabischen und afrikanischen Raum angenommen wird – als triebgesteuerte Subjekte stilisiert.

Die Europaabgeordnete Christine Anderson (HE) beschrieb in einem Tweet vom 27. Mai 2022 etwa:

> *„Nach Gruppenvergewaltigungen ändert #Spanien das Gesetz: Sexuelle Handlungen brauchen künftig die ausdrückliche Zustimmung aller Beteiligten. ‚Nur Ja heißt Ja' - das hält #Migranten wie in #Deutschland sicher nicht auf!"*[1004]

Anderson bringt mit ihrer Aussage zum Ausdruck, dass Migranten sich auch von einer Verschärfung der Gesetze nicht von strafbaren Handlungen abhalten lassen würden. Ihre Aussage suggeriert in einer eine ganze Personengruppe diffamierenden Weise, delinquentes Verhalten von Zuwanderern sei auf deren Herkunft zurückzuführen.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdEP, mittlerweile MdB, SN) veröffentlichte am 4. Oktober 2023 auf Facebook ein Video, in welchem er folgende Aussage tätigte:

> *„Gruppenvergewaltigungen gehören in Deutschland mittlerweile zum Alltag. Berlin, Görlitzer Park erst letzte Woche. Und gleichzeitig will der von der CDU geführte Senat immer noch mehr Afghanen direkt ins Land holen, obwohl es genau diejenigen sind, die am wenigsten damit umgehen können, dass hier in Deutschland Frauen selbstbewusst sind, sich alleine durch die Stadt bewegen, einen eigenen Willen haben. Typisch CDU. Sie hat die Grenze geöffnet und sie will noch weitere Probleme ins Land holen. Gruppenvergewaltigungen gab es früher in Deutschland nicht. Gruppenvergewaltigung darf es in Deutschland nicht geben. Deshalb ist es wichtig, die Grenzen zuzumachen, Sexualstraftäter konsequent abzuschieben und vor allen Dingen die Parteien abzustrafen, die dafür gesorgt haben, dass unser schönes Vaterland zum Shithole verkommt."*[1005]

[1004] Anderson, Christine: Tweet vom 27.05.2022, abgerufen am 07.06.2022.
[1005] Krah, Maximilian: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 04.10.2023, Kanal: „Dr. Maximilian Krah", abgerufen am 04.04.2024.

Krah verunglimpft damit Zugewanderte pauschal als Gewalttäter und Sexualverbrecher.

Der AfD-Bundesverband veröffentlichte am 28. Mai 2024 folgenden Tweet:

> *„Berlin: 111 Gruppenvergewaltigungen im Jahr – Abschiebungen sind Frauenschutz! […] Mit der unkontrollierten Massenmigration wird der Horror, der jetzt schon zum Alltag gehört, weiterhin importiert. Die etablierten Parteien opfern Frauen und Mädchen auf dem Altar ihrer ideologischen Verblendung. Wir nehmen diesen Dauerzustand nicht hin und kämpfen für die Wiederherstellung von Sicherheit und Normalität in unserem Land! Wer sich an Frauen und Mädchen vergeht, dem muss sofort die Tür gewiesen werden. Abschiebungen und geschützte Grenzen sind deshalb die beiden wichtigsten Maßnahmen, die für den Schutz der Opfer ergriffen werden müssen!“*[1006]

Mit der Formulierung *„Horror, der jetzt schon zum Alltag gehört“* wird ein Bild einer Dauergefahr für Frauen im öffentlichen Raum gezeichnet, das unmittelbar auf Migration beruhe. Ungeachtet einer jedenfalls teilweise real existierenden Gefährdungslage werden andere Ursachen hierfür ausgeblendet.

Dennis Hohloch, AfD-Bundesschriftführer und brandenburgischer AfD-Landtagsabgeordneter, wandte sich in einem Facebook-Beitrag vom 16. November 2021 gegen die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen und stellte hierbei Migranten pauschal als potenzielle Gewalttäter dar:

> *„Wir brauchen keine sicheren Häfen, sondern sichere Städte ohne Gruppenvergewaltigungen und Messerangriffe!“*[1007]

Der Landesverband der JA Sachsen schrieb am 11. Oktober 2022 auf Facebook:

> *„Wer schützt unsere Mädchen, wer schützt die Bevölkerung? Jedenfalls nicht dieser Linksstaat. Dieser ist ein Eldorado für Ficki Ficki Fachkräfte und Kriminelle aller Art. Statt Vergewaltiger, Mörder und Drogendealer zu verfolgen und wegzusperren, werden lieber Andersdenkende und Spaziergänger verfolgt. […] Zeit das die AfD in die Regierung kommt, den Rechtsstaat wieder herstellt und*

[1006] AfD: Tweet vom 28.05.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[1007] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 16.11.2021, abgerufen am 19.01.2022.

für Ordnung sorgt. Das Volk hat etwas besseres Verdient als die linke Willkür und Rechtlosigkeit."[1008]

Hierdurch wird nahegelegt, dass männliche Ausländer aus sexuellen Gründen oder zur Begehung von Straftaten nach Deutschland kämen.[1009]

Auch Alexander Wiesner, Mitglied des sächsischen Landtags und damaliger Vorsitzender der JA Sachsen, prangerte in einem Facebook-Beitrag *„frauenfeindliche und antisemitische Auswüchse"* auf Grund von *„importierten Heerscharen von überwiegend männlichen Einwanderern aus problematischen Gesellschaften"* an:

> *„*Goldstücke sorgen für zwei Einzelfälle pro Tag* […] Das Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Asyl-Migranten Alltag sind, ist das erschreckende Ergebnis einer verfehlten Politik. Die Duldung von No-go-Areas befeuert diesen verachtenswerten Zustand zudem. Die medial gepriesene ‚feministische' Außenpolitik ist ein Wunschdenken der linken Politkamarilla, welche in Realität Wirtschaftsflüchtlingen aus aller Herren Länder nur zum weiteren Zuzug ins Schlaraffenland BRD animiert. Festzuhalten bleibt, dass die frauenfeindlichen und antisemitischen Auswüchse hierzulande das Ergebnis von importierten Heerscharen von überwiegend männlichen Einwanderern aus problematischen Gesellschaften seit 2015 ist."*[1010]

Wiesner rekurriert hier persiflierend auf eine Rede des SPD-Politikers Martin Schulz aus dem Jahr 2016 in Heidelberg (BW), in der dieser sagte, dass das, was Geflüchtete nach Deutschland brächten, *„wertvoller als Gold"* sei. Wiesner bezeichnet Migrantinnen und Migranten in seinen Ausführungen ironisch-abwertend als *„Goldstücke"*, was in diesem Zusammenhang als diffamierend zu interpretieren ist.[1011] Darüber hinaus sind die Äußerungen Wiesners verunglimpfend, weil sie männliche Migranten als triebgesteuerte und gewalttätige Subjekte stilisieren. Sie dienen letztlich dazu, Ängste gegenüber der Gruppe männlicher Migranten zu schüren.

Am 14. Mai 2021 veröffentlichte der Co-Vorsitzende der Gruppierung Christen in der AfD und zu dem Zeitpunkt sächsische Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme auf

---

[1008] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 11.10.2022, abgerufen am 17.03.2023.
[1009] So feststellend: VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 11224/23, juris, Rn. 294.
[1010] Wiesner, Alexander: Facebook-Eintrag vom 03.06.2022, abgerufen am 07.06.2022.
[1011] Vgl. auch LG Bremen, Urt. v. 20.06.2019, 7 O 1618/18, juris, Rn. 61; OLG Hamm, Beschl. v. 15.09.2020, I-29 U 6/20, 29 U 6/20, juris, Rn. 174 f.; LG Koblenz, Urt. v. 21.04.2020, 9 O 239/18, juris, Rn. 187.

Facebook einen Eintrag, in dem er die Vergewaltigung einer 17-Jährigen durch fünf Männer mit Migrationsgeschichte thematisiert, plakativ als *„Afro-Gruppenvergewaltigung“* bezeichnet und den Vorwurf erhebt:

> *„Presse verleugnet afrikanische Wurzeln der Täter ‚aus gutem Hause‘“*

In dem Eintrag schrieb Oehme wörtlich:

> *„Afro-Gruppenvergewaltigung einer 17jährigen - Deutsche Presse schützt Nationalität der Täter. Einzig die ‚BZ‘ Berliner Zeitung (Springer) nennt am 12.05.2021 die Täternamen der brutalen Gruppenvergewaltigung eines 17jährigen Mädchens. Es waren ‚fünf Männer aus der afrikanischen Community. Alle geboren in Deutschland, alle aus gutem Hause.‘ Wie andere deutsche Medien gibt selbst die amtliche Deutsche Presseagentur die Nationalität der Täter nicht preis. Weil das so bequem ist, gibt die Justiz des Landes Berlin keine eigene Mitteilung dazu heraus, sondern bringt unkommentiert die anonymisierte Meldung der dpa. Doch ‚BZ‘ macht aus den Namen der Verbrecher keinen Hehl: ‚Million A. (20) ist Deutsch-Nigerianer. Oluwatobi Az. (20) Deutsch-Sierraleone. Jermaine G. (20) Deutsch-Togoer. Tita N. (21) Deutsch-Kameruner. Jermaine Az. (20) hat keine zweite Staatsangehörigkeit‘.“*[1012]

Obgleich also die fünf Tatverdächtigen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und vier von ihnen eine zweite, afrikanische Staatsangehörigkeit haben, stellt Oehme in seinem Eintrag einzig auf die ethnische afrikanische Herkunft der Männer ab. Indem er die Tat als *„Afro-Gruppenvergewaltigung“* bezeichnet, äußert sich Oehme in einer Weise, die den Eindruck erwecken kann, es bestehe ein kausaler Zusammenhang zwischen der ethnischen Herkunft der Tatverdächtigen und dem Verbrechen selbst.

Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und hessische Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel schrieb im März 2024 auf Facebook:

> *„Deutschland wurde zu einem Multikulti-Versuchslabor transformiert, in dem Frauen immer öfter Freiwild sind! Mittlerweile haben 46 % der Frauen in Deutschland Angst davor, vergewaltigt zu werden.*
> *[...] Frauen wollen keine Märchen über Multikulti als Bereicherung hören!“*[1013]

[1012] Oehme, Ulrich: Facebook-Eintrag vom 14.05.2021, abgerufen am 14.05.2021.
[1013] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 16.03.2024, abgerufen am 19.03.2024.

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, kommentierte am 13. November 2024 online die mediale Schlagzeile „Immer mehr Sexualstraftaten! Grüne fordern Bahn-Waggons nur für Frauen“ folgendermaßen:

> *„Wie wäre es mit Waggons nur für Deutsche? Das würde das Problem ebenfalls effektiv lösen und würde darüber hinaus nicht nur die Frauen, sondern auch deutsche Männer schützen. #RemigrationJetzt #FestungEuropa“*[1014]

Auch Oliver Kirchner (MdL ST) schrieb in einem Facebook-Post vom 24. Februar 2023 in fremdenfeindlicher Weise:

> *„#Fachkräfte kommen nicht mit dem Schlauchboot über das Mittelmeer, sie zerlegen keine Innenstädte, sie vergewaltigen keine Frauen, sie kassieren kein Bürgergeld, sie stoßen keine Frauen und Kinder vor Züge, sie verüben keine Terroranschläge und sie stechen nicht wahllos auf ihre Aufnahmegesellschaft ein. Richtige Fachkräfte verlassen Deutschland, jeden Tag, jede Woche und jedes Jahr, und zwar deutsche Fachkräfte. Diese Entwicklung ist zu stoppen und zwar sofort. #AfD #AfDLSA #Asylmissbrauch.“*[1015]

Die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst (RP) äußerte in einem Facebook-Post vom 16. März 2023 sehr ähnlich:

> *„Fachkräfte kommen nicht mit dem Schlauchboot, zerlegen keine Innenstädte, vergewaltigen keine Frauen und kassieren kein Bürgergeld. Echte Fachkräfte verlassen Deutschland jedes Jahr. Zu Tausenden!“*[1016]

Am 1. März 2023 veröffentlichte Karsten Hilse (MdB, SN) einen Livestream auf seinem Facebook-Kanal, in welchem er zusammen mit dem Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) Fragen der Zuschauer beantwortete. Bei der Thematisierung der aktuell steigenden Flüchtlingszahlen führte Hilse aus:

> *„Ähnlich wie eine Statistik, eine Kriminalstatistik, dass dort auch überdimensioniert prozentual, bestimmte Bevölkerungsgruppen vertreten sind. […] Ich sage jetzt mal zwanzig Prozent vielleicht Migranten in Deutschland und der prozentuale Anteil zumindest an Gewaltverbrechen ist also bedeutend höher, als diese*

1014 Küble, Fabian: Tweet vom 08.07.2024, abgerufen am 10.07.2024.
1015 Kirchner, Oliver: Facebook-Eintrag vom 24.02.2023, abgerufen am 14.03.2023.
1016 Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 16.03.2023, abgerufen am 20.03.2023.

zwanzig Prozent. Gruppenvergewaltigungen gab es vor 2015 gab es praktisch nicht. Und dort ist also der Anteil an Migranten oder Menschen mit Migrationshintergrund eben aus einem bestimmten Kulturkreis kommend, überdimensional hoch."[1017]

In einem Facebook-Eintrag vom 5. September 2024 äußerte er sich erneut zu Gruppenvergewaltigungen:

> *„Die Statistik beweist, dass es vor allem Invasoren aus fremden Kulturkreisen sind, die diese menschenverachtenden Verbrechen begehen."*[1018]

Sebastian Wippel (MdL SN) veröffentlichte folgenden Text am 15. Januar 2024 auf Facebook:

> *„Missbraucht, vergewaltigt, vergessen: Tausende sexuelle Übergriffe durch Migranten seit dem Jahre 2015!*
> *Wieder einmal schlägt die grauenhafte Gruppenvergewaltigung einer deutschen Frau hohe Wellen: Trotz der Versprechen des Berliner Senates, den Görlitzer Park sicherer werden zu lassen, vergingen sich hier erneut mehrere nichtdeutsche Männer an einer jungen Frau. Diesmal zur Silvesternacht. Bereits im Juni kam es hier zuletzt zu einer Gruppenvergewaltigung, die von Behördenseite - wohl aufgrund des politischen Drucks - über Wochen hinweg verschwiegen wurde, Eine Frau, ein trauriges Schicksal - und damit eine von vielen, die seit dem Jahre 2015 Opfer sexueller Gewalt durch Männer aus dem arabischen und afrikanischen Raum geworden ist. [...] Auch hier in Sachsen werden sexuelle Übergriffe beispielsweise in Schwimmhallen und Freibädern überwiegend von Ausländern begangen. [...] Und bei all diesen Zahlen gilt wie immer: Deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund werden nicht extra kriminalstatistisch erfasst und kommen somit hierbei noch oben drauf, was das Bild der Überrepräsentation bei Sexualdelikten weiter nach oben schießen ließe. [...] Die Gründe für solche Zahlen sind vielfältig: Patriarchalische, frauenfeindliche Strukturen aus den Heimatländern, der Stellenwert von (auch sexueller) Gewalt, der in diesen Gesellschaften viel stärker ausgeprägt ist als in Deutschland, aber*

[1017] Hilse, Karsten: Livestream mit Martin Reichardt vom 01.03.2023; veröffentlicht in: www.facebook.com am 01.03.2023, Kanal: „Karsten Hilse", abgerufen am 03.03.2023.
[1018] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 05.09.2024, abgerufen am 09.09.2024.

auch die ausbleibende Kontrolle darüber, wer durch unser deutsches Sozialsystem motiviert unsere Grenzen passiert. Die Jahre haben gezeigt: Massenmigration lockt in der Menge nicht hochgebildete, gut ausgebildete und gut situierte Individuen an, sondern überwiegend Glücksritter ohne Befähigung und Eignung, dieses Land voranzubringen. Dass sich hierunter dann auch Kriminelle mischen, überrascht nicht, macht die Einzelschicksale vieler tausender deutscher Frauen dadurch aber nicht weniger tragisch."[1019]

Gerhard Vierfuß (von September 2020 bis Dezember 2022 Landesschiedsrichter der AfD Niedersachsen) verwendete in einem Tweet vom 23. August 2022 den verunglimpfenden Hashtag „*Rapefugees*".[1020] Den Terminus verwendete ebenfalls Sören Schwarzer, ehemaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative, in einer Instagram-Story.[1021]

Die AfD Düsseldorf (NW) verbreitete am 18. März 2023 auf Telegram einen Beitrag von Martin Sellner. Darin hieß es:

> *„Erst hieß es es kommen nur ‚Gastarbeiter'. Dann hieß es, sie werden sich integrieren und nur ihre ‚Hautfarbe' sei anders. Wen das störe, der sei Rassist. Jetzt haben wir Islamisierung, Ehrenmorde, jeden Tag Gruppenvergewaltigungen und arabische Straßenschilder. Noch in Düsseldorf, bald auch bei dir."*[1022]

Sebastian Koch, AfD-Kreisvorsitzender in Sachsen-Anhalt, griff im Juni 2022 auf Facebook einen Presseartikel über Übergriffe von deutschen Jugendlichen mit Migrationsgeschichte am italienischen Gardasee auf und schrieb:

> *„Offene Grenzen und Toleranz. Mir kann so etwas nicht passieren - ich habe ein stereotypisches Gedankengut in mir und denke immer wenn ich so ne Meute sehe, dass die eh nur randalieren und Frauen begrabschen bis hin zu einer Gruppenvergewaltigung, weshalb ich sofort beim ersten Anschein von schwarzen Wolken am Horizont weggefahren wäre. Man fragt sich bei solchen Meldungen immer wieder, warum so viele Menschen Ressentiments entwickeln..."*[1023]

1019 Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 15.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.
1020 Vierfuß, Gerhard: Tweet vom 23.08.2022, abgerufen am 23.08.2022.
1021 Schwarzer, Sören: Instagram-Story vom 24.08.2022, abgerufen am 24.08.2022.
1022 AfD Düsseldorf: Telegram-Beitrag vom 18.03.2023, abgerufen am 23.03.2023.
1023 Koch, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 15.06.2022, abgerufen am 05.07.2022.

Koch behauptet in abwertend generalisierender Weise, „*begrapschen*“ und „*Gruppenvergewaltigung[en]*“ seien typische Verhaltensmuster von Migranten und entsprechend erwartbar.

Auch der schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Gereon Bollmann stellte Gruppenvergewaltigungen in einem Facebook-Post vom Juni 2024 als Delikte dar, die „*in früheren Zeiten bei uns so gut wie unbekannt*“ gewesen seien:

> „*Wie in einem Kriegsgebiet: In den letzten 10 Jahren fast 7000 Gruppenvergewaltigungen in Deutschland*
> *Deutschland hat seit längerem ein Problem mit Gruppenvergewaltigungen. […]*
> *Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Gruppenvergewaltigungen liegt bei 48 Prozent –also weit über dem Ausländeranteil von 16,43 Prozent. Tatverdächtige aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und der Türkei sind überdurchschnittlich oft vertreten. Hier sind noch nicht einmaldiejenigen Täter mit Migrationshintergrund eingerechnet, die in der Statistik als ‚deutsche‘ Tatverdächtige gelten. […]*
> *Die ausufernde Masseneinwanderung hat Gruppenvergewaltigungen zur traurigen Realität in Deutschland werden lassen. Dabei zählt als Gruppenvergewaltigung jedes dieser abscheulichen Verbrechen, an dem mindesten drei Männer beteiligt sind – ein Delikt, das in früheren Zeiten bei uns so gut wie unbekannt war, und an dessen seelischen Folgen die Frauen meist ihr Leben lang furchtbar leiden. Unser Land ähnelt immer mehr einem Kriegsgebiet: ob Gruppenvergewaltigungen, Messerkriminalität oder Gewaltverbrechen – die multikulturelle Gesellschaft hat die innere Sicherheit erodieren lassen. Wir als AfD fordern daher die konsequente Abschiebung straffällig gewordener Ausländer und härtere Strafen für Gruppenvergewaltigungen. Auch muss der Masseneinwanderung nach Europa und insbesondere nach Deutschland ein Riegel vorgeschoben und die Grenzen ohne Kompromisse verteidigt werden. Deutsche Frauen dürfen kein Freiwild sein, sondern müssen geschützt werden!*“[1024]

Eine beigefügte Grafik enthielt die Aussage:

> „*7000 Gruppenvergewaltigungen in 10 Jahren*

[1024] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 11.06.2024, abgerufen am 18.06.2024.

Zuvor unbekannte Verbrechen traurige Realität in Deutschland durch Masseneinwanderung“[1025]

Seit der Verdachtsfalleinstufung werden vonseiten der AfD, ihrer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie ihren Verbänden Vergewaltigungen bzw. Gruppenvergewaltigungen in vielen Äußerungen als Besonderheit migrantisch geprägter Sexualstraftaten herausgestellt. Damit wird ein bedrohliches Bild gezeichnet, nach dem Angehörige der autochthonen Bevölkerung einem Kollektiv aus triebgesteuerten, animalischen Migranten gegenüberstehen. In der Gesamtschau beinhalten die vorbenannten Aussagen eine pauschale Diffamierung und Verächtlichmachung von insbesondere männlichen Migranten als Gewalt- und Sexualstraftäter. Die Aussagen dienen jeweils dazu, irrationale Ängste gegenüber einer ganzen Personengruppe zu schüren.

(5) Assoziation von multikulturell geprägten Gesellschaften mit Gewalt und Kriminalität

Ein weiteres Agitationsfeld der AfD ist die verzerrende Darstellung multikultureller Gesellschaften als schädlich und dysfunktional. Eine multikulturell geprägte Gesellschaft wird seitens der AfD fortgesetzt als gleichbedeutend mit einer Überfremdung Deutschlands und als Gegenteil einer stabilen Gesellschaftsordnung beschrieben. Sie wird als Gegenentwurf zu einer *„über Jahrhunderte gewachsene[n] Vertrauensgemeinschaft“*[1026] stilisiert. Diese Agitation dient ebenso dazu, negative gesellschaftliche Entwicklungen simplifizierend und tatsachenwidrig als ausschließlich oder überwiegend migrationsinduziert darzustellen.

Dies kann etwa an Äußerungen des damaligen Europaabgeordneten und Bundesvorstandsmitglieds Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) exemplifiziert werden. So äußerte er in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier:

> *„Ein Land, das offen für alle ist, ist nicht ganz dicht. Ein Land, das jeden hereinnimmt, importiert so viele Probleme, dass es nicht mehr imstande ist, seiner alltäglichen Aufgaben zu lösen. […] Oder wir erkennen, dass diese Entwicklung schädlich ist, dass diese Einwanderung nicht nützt, sondern schadet. Dass sie*

[1025] Ebd.

[1026] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024; Vgl. Kapitel E. I. 2. c.

aus Deutschland Bunt-Land macht und dass Bunt ein Synonym ist für eine Müllhalde. Dass multikulturell multikriminell ist.“[1027]

Hier bedient sich Krah eines herabwürdigenden Vokabulars, indem er eine multikulturelle Gesellschaft als „*Müllhalde*“ und per se „*multikriminell*“ bezeichnet. Die Äußerungen diffamieren eine ganze Personengruppe im Kern als kriminell und minderwertig („*Müll*“).

Die Verbindung von Multikulturalismus als „*multikriminell*“ wiederholte Krah auch zu einem späteren Zeitpunkt. In einem am 3. Juli 2023 auf TikTok veröffentlichten Video sagte er:

> *„Multikulturell ist multikriminell. Seit Tagen brennen die französischen Vorstädte und jetzt greift es auch auf Brüssel über. Es sind Einwanderer und Einwandererkinder aus dem Nahen Osten und Nordafrika, die hier Rabatz machen, weil es Ärger mit der Polizei gibt. Das ist kein Vorwurf an sie selbst, es ist ein Vorwurf an die, die sie hergeholt haben. Sie sind hier fremd, sie kommen mit der Rechtsordnung nicht klar und dem geben sie Ausdruck. Jeder ist da am besten, wo er hingehört. Einwanderung funktioniert nicht. Niemand ersetzt fehlende Kinder eines Volkes. Dieses Volk stirbt aus. Wir wollen nicht aussterben, also brauchen wir keine Einwanderung, sondern Kinder. Denn Einwanderung ist multikulti und multikulturell ist multikriminell.“*[1028]

Diese Behauptung wiederholte er auch in weiteren Beiträgen.[1029]

Thorsten Weiß, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, stellte in einem Tweet vom 1. Oktober 2024 die multikulturelle Gesellschaft ebenfalls als „*multikriminell*“ dar:

> *„Die #Migrantenquote soll Status als multikulturelle Gesellschaft zementieren. Dass diese auch immer multikriminell ist, wird in Kauf genommen. Messerterror, Vergewaltigungen. Belästigungen, explodierende Kriminalität sind akzeptable Begleiterscheinungen. Deshalb nur noch #AfD!“*[1030]

[1027] Krah, Maximilian: Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 04.01.2023.
[1028] Krah, Maximilian: Videostatement; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 03.07.2023, Kanal: „maximilian_krah“, abgerufen am 04.07.2023.
[1029] Krah, Maximilian: Tweet vom 12.11.2023, abgerufen am 13.11.2023. Tweet vom 16.08.2022, abgerufen am 17.08.2022. Tweet vom 04.01.2023, abgerufen am 10.01.2023. Tweet vom 24.07.2023, abgerufen am 25.07.2023.
[1030] Weiß, Thorsten: Tweet vom 01.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.

In einem Wahlkampfvideo zur Landtagswahl in Thüringen vom 24. August 2024 äußerte der Beisitzer im Landesvorstand Robert Teske (mittlerweile MdB, TH) im Hinblick auf die Gewalttat in Solingen (NW):

> *„Was wir Deutschen wirklich wollen, ist es, nicht mehr abgestochen zu werden. Wir wollen nicht zum Freiwild in unserem Land werden. Über die Bluttat von Solingen ist jetzt schon viel geschrieben worden. So viele Worte will ich darüber gar nicht mehr verlieren. Eins zeigt sie noch mal deutlich: Multikulturelle Gesellschaften werden zwangsläufig zu multikriminellen Gesellschaften. Liebe Thüringer, ihr habt am 01.09. die Wahl. Höcke oder Solingen. AfD oder Massenzuwanderung. AfD oder Zerfall der inneren Sicherheit. Wählt weise!“*[1031]

Der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning (MV) postulierte in einem Facebook-Eintrag vom 7. Dezember 2022, dass es sich bei Multikulturalität um eine Ideologie handele, die *„menschen- und gesellschaftsfeindlich“* sei:

> *„Kein Menschenleben mehr für rot-grüne MultiKulti-Träume! Wieder einmal trifft es Unschuldige, in diesem Fall zwei Mädchen, wieder einmal wird seitens der Systemmedien alles versucht, die Umstände der Tat zu verschweigen oder wenigstens zu verschleiern. […] Für ihre menschen- und gesellschaftsfeindliche Multi-Kulti Ideologie instrumentalisieren Altparteien und Systemmedien seit Jahren die unzähligen Opfer krimineller Migranten. Der Preis, den die beiden Mädchen in Illerkirchberg bezahlt haben - die eine mit ihrem Leben, die andere mindestens mit ihrer Gesundheit – ist endgültig zu hoch.“*[1032]

Komning behauptet, das Zusammenleben in einer multikulturell geprägten Gesellschaft in Deutschland führe zwangsläufig zu *„unzähligen unschuldigen Opfern“*. Eine solche multikulturell geprägte Gesellschaft stellt er – aufgrund pauschal als kriminell bezeichneter Migranten – als gefährlich dar.

Dimitrios Kisoudis, Grundsatzreferent der AfD-Bundestagsfraktion und damaliger Referent von Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN), äußerte sich im Rahmen seiner Wahlbewerbung für die Europawahlliste auf der AfD-Europawahlversammlung am 30. Juli 2023 in Magdeburg (ST) verunglimpfend gegenüber *„afro-amerikanischen“* Menschen in Deutschland:

[1031] Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlich in: Tweet vom 24.08.2024, Kanal: „RobertTeskeHB“, abgerufen am 08.11.2024.

[1032] Komning, Enrico: Facebook-Eintrag vom 07.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

„Deutschland gehört nicht zum Westen und Deutschland gehört nicht zum Osten. Deutschland ist das Herz von Mitteleuropa und muss zwischen Westen und Osten vermitteln. [...] Und solange wir das nicht erkennen, solange taumeln wir weiter besinnungslos unter der Regenbogenfahne. Solange knien wir nieder vor einem afro-amerikanischen Drogendealer und stammeln ‚Black lives matter'! Schluss damit, wir wollen wieder aufrecht gehen! Europas Zukunft heißt nicht ‚Multikulti' und ‚Melting Pot', sondern Stolz auf das Eigene und Multipolarität.“[1033]

Der Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel (SN) stellte in einem Facebook-Eintrag vom 6. Dezember 2022 die Messerattacke im Dezember 2022 im baden-württembergischen Illerkirchberg ebenfalls als Ergebnis einer *„bunte[n] Multikultopie“* dar:

„Eritreer sticht zwei Mädchen in Illerkirchberg nieder, eines verstirbt- Die nächsten Opfer von Massenmigration und Asylindustrie! [...] Das ist das beste Deutschland aller Zeiten, von welchem politisch und medial immer wieder geschwärmt wird. Das ist die bunte Multikultopie, die wir uns alle gefälligst für die Zukunft zu wünschen haben. Und vor allem: Das ist der nächste ‚Einzelfall', der auf das Konto derjenigen geht, die seit dem Jahre 2015 die ungehemmte Massenmigration in unser Land vorantreiben und gutheißen.“[1034]

Wippel stellt den Zuzug von Schutzsuchenden ab 2015 als Ausgangspunkt für eine lineare und unausweichliche Entwicklung dar, in der Tötungsdelikte, so insinuiert es die Aussage *„[d]ie nächsten Opfer von Massenmigration und Asylindustrie“* in Verbindung mit dem in Anführungszeichen gesetzten Wort *„Einzelfall“*, Teil der neuen Normalität würden.

Die AfD Kulmbach (BY) verbreitete am 8. Februar 2024 einen rassistischen Beitrag auf Facebook mit folgendem Wortlaut:

„Wenn ein Hund jemanden beisst, ist die ganze Rasse böse. Wenn 1.000 Gäste messern oder vergewaltigen, sind das alles Einzelfälle.“[1035]

In dieser Äußerung kommt zum Ausdruck, dass die AfD Kulmbach Migrantinnen und Migranten eine pauschale Neigung zu Kriminalität unterstellt und die Bezeichnung

---

[1033] Kisoudis, Dimitrios: Redebeitrag auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023 in Magdeburg; veröffentlicht in: www.youtube.com, abgerufen am 01.08.2023.
[1034] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 06.12.2022, abgerufen am 08.12.2022.
[1035] AfD Kulmbach: Facebook-Eintrag vom 08.02.2024, abgerufen am 26.06.2024.

entsprechender Straftaten als „*Einzelfälle*" grundsätzlich ablehnt. Zudem entmenschlicht sie Migrantinnen und Migranten durch den Tiervergleich.

Martin Reichardt (MdB, ST) schrieb im Januar 2023 auf Twitter (heute: X):

> „*Die linke Utopie des friedlichen Multikulturistan wurde schon 2015 in Köln vergewaltigt! In Berlin hat sie #Silvester2022 gebrannt! Immer waren die Haupttäter importierte Kriminelle!*"[1036]

Reichardt verwendet den Neologismus „*Multikulturistan*" als Synonym für die Gesamtheit gesellschaftlicher Negativentwicklungen, wobei er mit der Bezeichnung „*importierte Kriminelle*" zudem suggeriert, Zuwanderer oder jedenfalls ein Großteil von ihnen seien per se delinquent.

Am 2. Dezember 2022 fand in Zwickau (SN) eine von der AfD organisierte Demonstration unter dem Motto „Zwickau heizt ein!" statt. Der AfD-Co-Landessprecher Björn Höcke (MdL TH) äußerte in seinem Redebeitrag Folgendes:

> „*Die innere Sicherheit erodiert nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahrzehnten. […]. Aber die innere Sicherheit zerfällt auch, weil dieses Land seit den 60er Jahren, beginnend in Westdeutschland, zielgerichtet multikulturalisiert worden ist. […]. Und dann haben wir seit 2015 nochmal 3,5 Millionen Zuwanderer aus außereuropäischen Kontexten hinzubekommen, die wiederum nicht unsere Werte leben können oder leben wollen. […] Gruppenvergewaltigung, Messermorde […] das ist die neue Normalität im besten Deutschlands aller Zeiten. […] Nicht jeder Zuwanderer ist ein Krimineller, aber mit Blick in die Polizeistatistiken […] kann ich zusammenfassen, dass die Multikulturalisierung Deutschlands die Multikriminalisierung Deutschlands nach sich gezogen hat.*"[1037]

Für Höcke ist „*Multikulturalisierung*" ein zielgerichteter Prozess der regierenden Parteien zur Destruktion organisch gewachsener, homogener Strukturen. Zwar sagt Höcke ausdrücklich, nicht jeder Zuwanderer sei auch kriminell; die Darstellung, wonach millionenfache Migration aus „*außereuropäischen Kontexten*" dazu geführt habe, dass „*Gruppenvergewaltigung, Messermorde*" die „*neue Normalität*" seien, impliziert

---

[1036] Reichardt, Martin: Tweet vom 03.01.2023, abgerufen am 03.01.2023.

[1037] Höcke, Björn: Redebeitrag vom 02.12.2022 in Zwickau; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal", abgerufen am 05.12.2022.

aber die gegenteilige Botschaft, wonach doch der erhebliche – nämlich der die Normalität prägende – migrantische Teil zur Begehung von schweren Sexual- und Körperverletzungsdelikten neige. So zieht er dann auch die Schlussfolgerung, die *„Multikulturalisierung"* habe die *„Multikriminalisierung"* Deutschlands nach sich gezogen. Für Höcke sind zudem 3,5 Millionen Migranten aus außereuropäischen Kontexten integrationsunwillig oder integrationsunfähig, also von ihrem Wesen her nicht in der Lage, sich zu integrieren. Diese Aussage zielt darauf ab, Zugewanderte als gefährliches Kollektiv zu begreifen, dessen man sich erwehren müsse.

Am 5. Dezember 2022 teilte Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) einen Beitrag des damaligen thüringischen AfD-Landtagsabgeordneten René Aust (seit 2024 MdEP). Darin stellt dieser einen hohen Grad an ethnischer Homogenität als Bedingung für Sicherheit dar:

> *„Höhere Diversität ist mit erheblich mehr Konflikten verbunden. Diese Konflikte werden häufiger mit Gewalt ausgetragen. ‚Weltoffene'/Bunte Gesellschaften sind schwach, ungleich und gewalttätig."*[1038]

Krah nutzt hier ein rhetorisches Stilmittel. Zunächst behauptet er, dass höhere Diversität mit erheblich mehr Konflikten verbunden sei. Dies konkretisiert er dann in einer die Bedeutung bereits steigernden Weise, indem er – zunächst ohne eine personelle Zuschreibung – in den Raum stellt, diese Konflikte würden häufiger mit Gewalt ausgetragen. Erst im letzten Satz beschreibt er diverse Gesellschaften dann als pauschal *„schwach, ungleich und gewalttätig"*. Hier wäre es rein wörtlich möglich, dass Krah meint, alle Teile dieser Gesellschaften seien schwach, ungleich und gewalttätig. Im Kontext seiner sonstigen Aussagen, in denen er etwa behauptet, Folgen der Migration seien Ausschreitungen, die von Migranten ausgingen (vgl. (1)), Migranten seien *„Fachkräfte für Messerstecherei"* (vgl. (2)) und *„Masseneinwanderung töte"* (vgl. (b)) ist es aber näher liegend, dass er meint, die einheimische Bevölkerung sei schwach und die Migranten, die zur Diversität der Gesellschaft führten, seien gewalttätig.

Weiterhin äußerte sich Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) wie folgt:

[1038] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 05.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

„Es geht nicht um illegale #Einwanderung, es geht nicht um qualifizierte Einwanderung. Es geht darum, dass Einwanderung generell ein gefährliches Konzept ist, weil es zu unabsehbaren kulturellen und sozialen Verwerfungen führt. Einwanderung muss auf Ausnahmefälle beschränkt sein.“[1039]

Die obigen Aussagen belegen, dass eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur hin zu einer multikulturellen Gesellschaft aus Sicht von Funktionärinnen und Funktionären der AfD nicht nur zum Nachteil der einheimischen Deutschen erfolgt, sondern für diese geradezu existenzbedrohend ist. So wird neben dem „*Import*“ schwerster Straftaten auch der Niedergang der Gesellschaft bis hin zur „*Auslöschung*“ des deutschen Volkes prognostiziert. In Konsequenz wird Zugewanderten damit in herabwürdigender Weise unterstellt, vernichtende Folgen für Deutschland zu haben.

bb.Vorwurf einer aktiven missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen

Weiterhin können aus den Äußerungen und Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären sowie Verbänden der AfD pauschalisierende Vorwürfe einer missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Zugewanderte herausgearbeitet werden. Die polemisch vorgebrachte Kritik an einer vermeintlichen Ausnutzung und deshalb zu befürchtenden Überforderung des Sozialsystems entfaltet dabei noch keine verfassungsschutzrechtliche Relevanz. Die Grenze ist überschritten, sofern die Vorwürfe in einer derart pauschalisierenden Weise vorgebracht werden, dass hierdurch Migrantinnen und Migranten in ihrer Gesamtheit verunglimpft und mithin erheblich abgewertet werden.

Der AfD-Bundesverband warnte in einem Facebook-Beitrag vom 7. Juli 2023 in diesem Sinne etwa vor einem „*Ausverkauf des Landes*“:

> *„50.000 Anträge auf ‚Chancen-Aufenthalt‘ – Nur wir können den Ausverkauf des Landes stoppen! Wer sich nur lange genug der Abschiebung entzieht, wird am Ende belohnt und darf bleiben. Das ist der Kern des sogenannten Chancen-Aufenthaltsgesetzes der Ampelregierung, das seit Jahresanfang in Kraft ist. […] Und das Beste: Der Antrag einer Person reicht, um die ganze Großfamilie in ‚Germoney‘ unterzubringen. Es ist unglaublich, wie die Ampelregierung unsere*

[1039] Krah, Maximilian: Tweet vom 21.04.2023, abgerufen am 24.04.2023.

> *Heimat verramscht! […]. Wer hier Einwohner werden will, muss einfach nur warten und die Hand aufhalten.“*[1040]

Eine dazugehörige Grafik enthielt die Aussage:

> *„Bereits 50.000 Anträge auf unbeschränkten Aufenthalt: Blitzabschiebung statt Chancenaufenthalt!“*[1041]

Diese Darstellung stellt das kritisierte Gesetz zunächst falsch dar. Im Gesetz wird der Nachzug der „*Kernfamilie*“ geregelt, nicht von „*Großfamilien*“; auch die Behauptung, man müsse in Deutschland bloß mehr „*warten und die Hand aufhalten*“, trifft so nicht zu, denn das Gesetz fordert, dass gewisse Ziele erreicht werden müssen. Die Darstellung der wohl bewusst verzerrt wiedergegebenen Änderungen im Aufenthaltsrecht differenziert zudem nicht zwischen etwa Geflüchteten, die legitime Fluchtgründe haben, und solchen, die möglicherweise gezielt und ohne Asylgrund nach Deutschland migrieren, um das hiesige Sozialsystem zu nutzen. Die Äußerung unterstellt Migrantinnen und Migranten pauschal eine missbräuchliche Inanspruchnahme der Sozialleistungen und wertet die gesamte Personengruppe als Kollektiv, das Deutschland gezielt ausnutze, ab. Mit der Aussage, die Migrationspolitik „*verramsche*“ „*unsere Heimat*“ behauptet der Bundesverband, Deutschland werde zu billig an Ausländer, unter anderem ausländische „*Großfamilien*“, verkauft und sendet somit jedenfalls implizit die Botschaft, es werde zu einer Umkehr der Mehrheitsverhältnisse kommen und Ausländer würden künftig die „*Eigentümer*“ Deutschlands sein.

Auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt wurde am 5. September 2023 im Hinblick auf die Asylpolitik folgende Aussage veröffentlicht:

> *„Dass sich an dieser Entwicklung nichts ändern wird, solange die Ampel regiert, zeigte uns die vergangene Woche erneut: Im Zusammenhang mit der Bürgergeld-Erhöhung werden auch alle Geldleistungen für Asylbewerber zum Januar 2024 um 12 Prozent erhöht. Deutlicher hätte man die Einladung zur massenhaften Einwanderung in die Sozialsysteme kaum aussprechen können. Gleichzeitig werden unsere Rentner mit Armutsrenten abgespeist, unsere Straßen*

[1040] AfD: Facebook-Eintrag vom 07.07.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1041] Ebd.

und Schulen dem Verfall preisgegeben und unsere Arbeitnehmer mit Inflation und CO2- Besteuerung in die Verarmung getrieben.“[1042]

Eine beigefügte Grafik enthielt die Aussage:

> *„Asylzahlen explodieren: Remigration statt noch mehr Asylchaos!“*[1043]

Geflüchteten wird damit pauschal ihr Fluchtgrund abgesprochen, indem suggeriert wird, ihre Zuwanderung sei rein wirtschaftlich motiviert. Gleichzeitig wird ihnen die Verantwortung für relevante gesellschaftlich-politische Probleme zugeschrieben.

Die AfD-Co-Bundessprecherin und Bundestagsabgeordnete Alice Weidel (BW) behauptete in einem Facebook-Eintrag vom 16. Dezember 2022, dass die „*deutschen Sozialsysteme*“ mit Migrantinnen und Migranten „*geflutet*“ würden:

> *„Herr Stamp steht auf verlorenem Posten in einer Regierung, die alles tut, um irreguläre Migration nach Deutschland und in die deutschen Sozialsysteme zu ermuntern und anzuheizen, die mit der Verramschung der deutschen Staatsbürgerschaft vollendete Tatsachen schafft und großzügig Aufenthaltstitel an Migranten verteilt, die von Rechts wegen längst hätten gehen müssen.[…] Trotz millionenfacher Netto-Einwanderung herrscht Arbeitskräftemangel, die mit nicht integrationsfähigen Migranten gefluteten Sozialsysteme stehen vor dem Kollaps, und die innere Sicherheit löst sich in einem Klima der alltäglichen Migrantengewalt und der Terrorisierung der Bevölkerung durch angebliche ‚Schutzsuchende‘ auf. Der Kipppunkt, hinter dem eine Korrektur dieser unhaltbaren Verhältnisse nicht mehr möglich ist, steht unmittelbar bevor.“*[1044]

Weidel negiert durch die Verwendung des Wortes „*angebliche*“ und der Anführungszeichen bei „*Schutzsuchende*“ die individuelle Schutzwürdigkeit von Geflüchteten. Sie stellt Zugewanderte hier im Gegenteil in Gänze als mannigfaltige Gefahr dar: einerseits für den Bestand und die Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme, andererseits für die bisher vermeintlich noch existierende Sicherheit. Weidel stilisiert Migrantinnen und Migranten damit per se als Bedrohung.

[1042] AfD Kompakt: „Asylanträge in Europa: Anstieg um 28 Prozent!“ vom 05.09.2023, in: https://afd-kompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.
[1043] Ebd.
[1044] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 16.12.2022, abgerufen am 12.01.2023.

Eugen Schmidt (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) beschrieb in einem Telegram-Beitrag den vermeintlich quantitativen Anstieg von „*Sozialmigranten*" innerhalb weniger Monate:

> *„Die Zahl der Sozialmigranten, die in das gelobte Land Deutschland strömen, ist in den letzten Monaten sprunghaft angestiegen. […] Hinzu kommen noch rund 1 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine, von denen viele echten Schutz suchen, einige aber leider aktiven Sozialtourismus betreiben und sich am Selbstbedienungsladen der Bundesrepublik bereichern […] Während Millionen Deutsche in diesem Winter vermutlich frieren müssen, werden die Migranten wieder von der Bundesregierung voll versorgt. Deshalb machen sich täglich tausende kulturfremde Menschen über den Balkan auf den Weg in die Bundesrepublik. […] Die Grenzen müssen endlich dichtgemacht werden, unser Grenzschutz muss massiv verstärkt werden. […] Wir müssen von einem Sozialparadies für Nicht-Schutzbedürftige zu einer Asylwüste werden – Festung Europa!"*[1045]

Zwar differenziert Schmidt in seinen Aussagen zwischen schutzbedürftigen Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten, die Sozialleistungen missbräuchlich in Anspruch nähmen. Dennoch zeichnet er im Verlauf seiner Ausführungen ein Szenario, nach dem „*Millionen Deutsche*" während des Winters wegen Energieknappheit frieren müssten, wohingegen „*Migranten*" vollumfängliche Sozialleistungen erhielten, und schürt damit gezielt Unmut gegenüber dieser Personengruppe.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) teilte am 20. September 2023 folgenden Tweet:

> *„Die 250.000 ‚Schutzsuchenden', die dieses Jahr in unser Land kommen, sind zu einem nicht geringen Teil eigentlich Schatzsuchende."*[1046]

Die AfD-Landtagsfraktion Bayern schrieb am 28. Juni 2023 auf Facebook:

> *„Austausch der Bevölkerung schreitet rasant voran. - Qualifizierte Deutsche wandern aus, während doppelt so viele Migranten unseren Sozialstaat stürmen […] Wer genauer hinschaut erkennt jedoch, dass vor allem die Nettozuwanderung aus muslimischen Ländern wie Syrien, Afghanistan und der Türkei extrem*

[1045] Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 18.10.2022, abgerufen am 18.10.2022.
[1046] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 20.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.

> *angestiegen ist. Bei der Zuwanderung aus EU-Staaten sind Rumänien, Polen und Bulgarien die Spitzenreiter. Auffallend ist dass eine große Anzahl qualifizierter Fachkräfte Deutschland den Rücken kehren, Gleichzeitig kamen mehr als doppelt so viele Menschen aus fremden Ländern zu uns, welche vor allem die Vorzüge des deutschen Sozialstaates genießen wollen. So kann es nicht weitergehen! Dieser Austausch der deutschen Bevölkerung durch immer mehr Sozialhilfebezieher muss endlich gestoppt werden. Nur die AfD-Fraktion setzt sich im Bayerischen Landtag gegen die Überfremdung unseres Landes und die Zerstörung des Sozialstaates ein. Die Lösung heißt Remigration und Abschiebung nicht berechtigter Migranten!"*[1047]

Der AfD-Kreisverband Dachau (BY) teilte den Beitrag im Nachgang. [1048]

Die bayerische AfD-Landtagsfraktion rekurriert hier auf das Narrativ des Großen Austauschs und postuliert, dass hochqualifizierte Deutsche das Land verließen, während vornehmlich geringqualifizierte Migrantinnen und Migranten nach Deutschland kämen. Dabei werden diese Personen mit der metaphorischen Beschreibung, wonach sie den Sozialstaat „*stürmten*" und zuzögen, um „*vor allem die Vorzüge des deutschen Sozialstaates [zu] genießen*", als bedrohliches Kollektiv dargestellt, das im Ergebnis zerstörerische Auswirkungen für die autochthone deutsche Bevölkerung („*Austausch der deutschen Bevölkerung durch immer mehr Sozialhilfebezieher*") habe.

Der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) äußerte bei einer Gedenkveranstaltung des AfD-Kreisverbands Bautzen (SN) zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR auf dem Marktplatz in Pulsnitz (SN):

> *„Und da kommen natürlich bei denen, bei dem Rest, kommen natürlich auch die dazu, die noch nie in unsere Sozialsysteme eingezahlt haben, die also zuhauf, zu Hunderttausenden jährlich nach Deutschland kommen, sich aber nicht beteiligen wollen an unserer Gesellschaft. Die wollen unsere Kultur nicht, sich an unsere Kultur nicht anpassen, nicht an unsere Traditionen anpassen und so weiter und so fort, sondern sie kommen nur her, um sich in die soziale Hänge-*

[1047] AfD-Landtagsfraktion Bayern: Facebook-Eintrag vom 28.06.2023, abgerufen am 17.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1048] Ebd.

matte zu legen, und ab und zu zücken sie ein Messer und stechen irgendjemanden von uns ab. Und das muss natürlich auch aufhören. Und wir als AfD sind die einzig ernstzunehmende Partei, die dafür kämpft, dass die Migrationskrise endlich beendet wird. Wir brauchen eine Abschiebeinitiative."[1049]

Hilse konstruiert in verunglimpfender Weise sämtliche Migrantinnen und Migranten als passive, integrationsunwillige und kriminelle Subjekte, die ausschließlich nach Deutschland kämen, um von Sozialleistungen zu leben („*Soziale Hängematte*"), „*ab und zu*" Tötungsdelikte zu begehen, weshalb er deren Aufenthalt in Deutschland mittels einer „*Abschiebeinitiative*" beenden möchte.

Dirk Spaniel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) veröffentlichte am 9. Oktober 2023 einen Tweet mit folgendem Wortlaut:

> *„Keine Sorge liebe deutsche Mitbürger, weitere Hunderte von antisemitischen Sozialbetrügern sind dank der Ampel auf dem Weg nach #Deutschland...*
> *Das ändert sich erst, wenn die #AfD eine #Regierung stellen kann. Dazu braucht sie qualifizierte Mehrheiten!"*[1050]

Der Co-Landessprecher der AfD Thüringen, Björn Höcke (MdL TH), zog im Lichte der Messerattacke in Brokstedt (SH) in einem Facebook-Eintrag vom 26. Januar 2023 die Schutzwürdigkeit von Geflüchteten in Zweifel:

> *„Die Morde im RE 70 von Kiel nach Hamburg. Sie kommen als ‚Schutzsuchende', sie bleiben als Straftäter. […] Versprochen wurden uns ‚Fachkräfte', bezahlen tun wir überwiegend Sozialtouristen, die darüber hinaus viel zu oft eine Gefahr für unsere Gesellschaft, ja – mit Blick auf die letzten Silvesterkrawalle – sogar für die Stabilität des Staates sind. […] Klar ist: Mit dem Staatsversagen schreitet der Staatsverfall voran."*[1051]

Auch hier wird die Schutzbedürftigkeit von Geflüchteten durch die Verwendung von Anführungszeichen generell infrage gestellt – sie werden als Sozialtouristen bezeichnet, die eine Gefahr für die nunmehr selbst angeblich schutzbedürftige autochthone Bevölkerung darstellten.

[1049] Hilse, Karsten: Rede anlässlich des 70. Gedenktages des DDR-Volksaufstandes bei der Veranstaltung des KV Bautzen in Pulsnitz am 17.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Frank Chruschtschow", abgerufen am 19.06.2023.
[1050] Spaniel, Dirk: Tweet vom 09.10.2023, abgerufen am 17.11.2023.
[1051] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.

Der sächsische Landtagsabgeordnete Jörg Urban teilte auf Facebook einen Beitrag des sächsischen AfD-Landesverbands, in dem ebenfalls ein Zusammenhang zwischen einer vermeintlich finanziell motivierten Migration und dem Narrativ des Großen Austauschs hergestellt wird:

> *„Bestandserhaltungs-Migration = Volksaustausch? Dresden 2022. Heute kamen die ersten Sozialsystem-Migranten - alles junge Männer aus den bekannten und vorrangig islamischen Asylherkunftsländern - in der neuen ‚Asylunterkunft' […] an. […] Wir brauchen einen sofortigen Aufnahmestopp für unsere Landeshauptstadt und die klare Ansage an die Landesregierung, sofort mit massiven Abschiebungen zu beginnen."*[1052]

Diese Aussage lässt – durch die pauschale Formulierung „*Sozialsystem-Migranten – alles junge Männer*" den Schluss zu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch rückgeführt werden sollen, unabhängig von ihrer individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit. Denn es erscheint unwahrscheinlich, dass es sich bei allen Personen, auf die Urban hier Bezug nimmt, tatsächlich um männliche Migranten ohne anerkannte Asylgründe handelte. Indem aber alle als solche bezeichnet werden und sie alle von „*massiven Abschiebungen*" betroffen sein sollen, zielt Urban hier auf eine grundsätzliche Schlechterstellung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer Herkunft ab.

Auch in folgenden Äußerungen wird Migrantinnen und Migranten – jedenfalls aus bestimmten Regionen – pauschal eine proaktive, integrationswillige Lebensweise ab- und dafür eine gezielt missbräuchliche Inanspruchnahme der Sozialleistungen zugesprochen:

Der damalige Beisitzer im Bundesvorstand und Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) schrieb in einem Tweet vom 20. August 2023:

> *„Die Sozialkassen finanzieren die Migranten – und locken deshalb umso mehr an. Die Deutschen werden im eigenen Land ausgeplündert, um die Einwanderung zu bezahlen, die ihnen Wohlstand und Heimat nimmt."*[1053]

Daniel Halemba (MdL BY) erklärte am 1. November 2024 auf X:

[1052] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.12.2022, abgerufen am 16.12.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1053] Krah, Maximilian: Tweet vom 20.08.2023, abgerufen am 31.08.2023.

> *„Migration aus Nahost / Afrika ist ein Nettoverlust für uns. Das weiss jeder. Wir dürfen uns jetzt nicht nur um viele Alte, sondern auch um viele versorgungshungrige Migranten kümmern. Die Einwanderung hat unsere Probleme noch verschlimmert.“*[1054]

Migrantinnen und Migranten aus den genannten Regionen werden hier besonders herausgegriffen und auf ihre Kostenverursachung reduziert, womit ihnen der Fluchtgrund impliziert verallgemeinernd abgesprochen wird.

Auf dem politischen Aschermittwoch am 22. Februar 2023 in Osterhofen (BY) hielt der bayerische AfD-Landesvorsitzende Stephan Protschka (MdB, BY) eine Rede mit folgendem Inhalt:

> *„Und wenn wir keine Festung Europa nicht hinbekommen, dann müssen wir eine Festung Deutschland bauen, meine Damen und Herren. Das ist unser Land und es muss jedem bewusst sein. […] Aber liebe Syrer, geht doch nach Hause. […] Wir haben seit 2015 einen Zuwachs von über vier Millionen Menschen. Wir können keinen Fachkräftemangel mehr haben. Was ist denn 2015 gekommen: Raketenwissenschaftler, Ärzte, Mediziner, Krankenschwestern und was ist alles gekommen… Ingenieure. Wo sind die ganzen Leute? Keiner will arbeiten von denen. […] Sollte es vielleicht so weit kommen wie in Lörrach – Lörrach ist Ihnen ein Begriff, Baden-Württemberg – da werden Mieter aus städtischen Wohnungen rausgeworfen, um für die Migranten Platz zu machen. Die Deutschen müssen Platz machen, damit die Migranten Platz haben. Ist das unser Land? Wollen wir das? Ich will so was nicht, meine Damen und Herren. [Rufe aus Publikum: ‚Abschieben!‘] Das ist eine …– ja, Abschieben ist die einzige Möglichkeit! […] Die Leute, die im Café sitzen und auf Eure Kosten Kaffee trinken, das sind die sogenannten Flüchtlinge. Nein, stopp – Fachkräfte hat man sie früher noch genannt. Das sind die Fachkräfte, die wissen, wie man vom Arbeitsamt, vom Sozialamt Geld bekommt. Aber die wissen nicht, wie ein Hammer oder Fäustling ausschaut, schon gar nicht, wie der Schraubenzieher oder wie Arbeit ausschaut.“*[1055]

[1054] Halemba, Daniel: Kommentar zum Tweet vom 01.11.2024, abgerufen am 03.11.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. a.aa.)

[1055] Protschka, Stephan: Redebeitrag auf dem politischen Aschermittwoch am 22.02.2023 in Osterhofen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2023, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 28.02.2023.

Bernhard Zimniok (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BY) wird auf der Facebook-Seite der AfD im EU-Parlament am 8. Juni 2023 folgendermaßen zitiert:

> *„+ + + Horrorplan: Ganze EU soll zu Multikulti-Shithole werden! + + +*
>
> *Kürzlich hat das EU-Parlament in einem beispiellosen antidemokratischen Akt mehrere Berichte zum Migrationspakt ohne Debatte positiv beschieden. Illegale Migration und Familiennachzug sollen erleichtert werden, die Kommission mehr Befugnisse erhalten, Abschiebungen erschwert werden. Wohin das führt, stellt Bernhard Zimniok unmissverständlich klar: ein Multikulti-Shithole!“*[1056]

Matthias Moosdorf, AfD-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen, schrieb auf Facebook in massiv abwertender Weise am 3. Januar 2023:

> *„Deutschland auf dem Weg zum Shithole-country. Fachkräfte, das Gold aus den Schiffen, sucht man hier vergebens.“*[1057]

Der Begriff „*Shithole-country*“ zur Beschreibung des aus Zuwanderung resultierenden Folgezustands ist in besonderer Weise herabwürdigend und diffamiert Migrantinnen und Migranten als minderwertige Menschen.

Am 14. Januar 2023 wurde auf dem YouTube-Kanal „Kanal Schnellroda“ eine Folge der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft“ veröffentlicht. Als Gast war Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) eingeladen. Er äußerte bezugnehmend auf Afrikaner und Menschen aus dem Mittleren Osten:

> *„Sie sind deshalb da, weil sie anstrengungslos Geld bekommen durch den Sozialstaat und sie sind hier da, weil sie eine gewisse sexuelle Libertinage und auch eine strafrechtliche Libertinage in Anspruch nehmen.“*[1058]

Eine pauschale Stigmatisierung von Zugewanderten als „*Plünderer des Sozialstaats*“ tätigte Björn Höcke (MdL TH) am 2. Dezember 2022 während einer Demonstration unter dem Motto „Zwickau heizt ein!“ in Zwickau (SN):

[1056] AfD im EU-Parlament: Facebook-Eintrag vom 08.06.2023, abgerufen am 27.07.2023.
[1057] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 03.01.2023, abgerufen am 13.01.2023.
[1058] Krah, Maximilian: Folge 33 der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.01.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.01.2023.

„Es beschädigt unser Volksvermögen […] unsere Sozialversicherungssysteme einfach für Millionen unqualifizierte Zuwanderer zu öffnen, die direkt in die Sozialversicherungssysteme einwandern, sie also mehr oder weniger zur Plünderung freizugeben. Und das vor allen Dinge vor dem Hintergrund, dass Millionen Alte, die dieses Land aufgebaut haben […] in Altersarmut versinken.“[1059]

Der AfD-Bundesschatzmeister Carsten Hütter (MdL SN) behauptete in einem Facebook-Post vom Februar 2023 eine vermeintliche „*Verdrängung*“ deutscher Mieter zugunsten von „*vermeintlichen Flüchtlingen*“:

> *„Der Wahn, Migranten aus aller Welt hierzulande ein Nest auf Steuerzahlerkosten zu bauen und dafür die eigenen Bürger mit Füßen zu treten, hat damit einen neuen, traurigen Höhepunkt erreicht. […] Die Verdrängung von Mietern zugunsten von vermeintlichen Flüchtlingen gewinnt System. Dass es auch die Schwächsten trifft, ist besonders bitter. Denn die rausgeworfenen Senioren haben dieses Land mit aufgebaut - und sie haben den Wohlstand erarbeitet, der nun von der Ampel und ihren Mittätern so großzügig an andere verschenkt wird.“*[1060]

Die AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) schürte mit einem Facebook-Post vom 31. März 2023, in dem sie angeblich zunehmende „*Verteilungskämpfe und soziale[n] Verwerfungen*“ als Folge der deutschen Migrationspolitik anprangerte, Ablehnung gegenüber Zugewanderten.[1061]

Am 19. Juli 2022 veröffentlichte der AfD-Kreisverband Erding (BY) einen Beitrag mit folgendem Text:

> *„Auf der Balkanroute sollen sich aktuell etwa 45.000 Menschen befinden, so die österreichische Kronenzeitung. In Serbien, knapp 10 Kilometer vor der ungarischen Grenze, kam es zu einem bemerkenswerten Einsatz einer Anti-Terror-Einheit: Etwa 40 Migranten wurden festgenommen und entwaffnet. Ein Arsenal von automatischen Sturmgewehren, Pistolen, Messern, Macheten, Munition sowie Rauschgift und gefälschte Pässe wurden sichergestellt. Ist dieses*

1059 Höcke, Björn: Redebeitrag vom 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal“, abgerufen am 05.12.2022.
1060 Hütter, Carsten: Facebook-Eintrag vom 28.02.2023, abgerufen am 17.10.2023.
1061 Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 31.03.2023, abgerufen am 16.10.2023.

Equipment notwendig, um sich auf der Reise ins gelobte Land (Germoney) gegen die Widrigkeiten der Natur zur Wehr zu setzen, beispielsweise Wölfe oder Bären? Oder sind das die versprochenen Fachkräfte, die so dringend in den Sicherheitsbereichen an den Flughäfen benötigt werden? Wenn Zweiteres: Vorbildlich! Die bringen ja sogar schon ihr eigenes Arbeitsmaterial mit!"[1062]

Der Vorwurf der Einwanderung in deutsche Sozialsysteme gegenüber Zugewanderten soll Neid und Ablehnung hervorrufen; er macht die Betroffenen böswillig verächtlich. Denn durch die kontinuierliche Agitation, gerade in Verbindung mit der menschenwürdewidrigen pauschalen Degradierung von Zugewanderten als „*Sozialmigranten*", wird letztlich diese Personengruppe in Gänze als ausnehmende Belastung dargestellt.

cc. Zuschreibung okkupatorischer Absichten bzw. der Übernahme Deutschlands

In den Aussagen von Funktionärinnen und Funktionären, Mitgliedern sowie Organisationsstrukturen der AfD werden Migrantinnen und Migranten regelmäßig auch okkupatorische Absichten zugeschrieben. Sie werden dabei unter anderem als „Invasoren" und „Eindringlinge" bezeichnet und es wird ihnen vorgeworfen, Deutschland „erbeuten" zu wollen. Der Begriff Invasion, verstanden als ein militärisches Eindringen feindlicher Truppen in fremde Räume, stellt damit das Szenario eines überfallartigen, massenhaften und feindlichen Eindringens von Geflüchteten nach Deutschland dar. Teils wird auch beschrieben, dass Deutschland sich zum Siedlungsgebiet wandele. Der Begriff „Invasor" legt demnach auch nahe, dass es gerechtfertigt sei, die Personen gewaltsam aus dem eigenen Lebensbereich zurückzudrängen.[1063]

Der AfD-Bundesverband schrieb beispielsweise in einem Facebook-Beitrag vom 2. August 2023:

> *„Während die CDU unser Land weiterhin mit Kriminellen und Wirtschaftsflüchtlingen flutet, vertuscht sie ihre Verantwortung mit Ablenkungsmanövern: [...] Der Trend ist klar: Einerseits sollen wir in unseren Freizeit-Einrichtungen immer*

[1062] AfD-Kreisverband Erding: Facebook-Eintrag vom 19.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.
[1063] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22 (AfD), juris, Rn. 234.

stärker überwacht werden und wie in einem Hochsicherheitstrakt leben. Andererseits darf halb Afrika widerstandslos über die deutsche Grenze spazieren und sich unser Land als Beute nehmen.“[1064]

Unter völliger Übertreibung der Migrationszahlen aus Afrika unterstellt der AfD-Bundesverband hier allen afrikanischen Migrantinnen und Migranten pauschal, Deutschland erbeuten zu wollen, und stellt diese Bevölkerungsgruppe als bedrohliches, die einheimische Bevölkerung verdrängendes und ausbeutendes Kollektiv dar.

Der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen schrieb in einem Facebook-Beitrag vom 11. November 2021 bereits, Deutschland sei *„keine frei verfügbare Siedlungsregion, die sich Migranten aus Afrika und Nahost straflos zur Beute machen dürfen“*.[1065]

Die Aussage insinuiert pauschal, Migrantinnen und Migranten aus Afrika und Nahost kämen zuvorderst oder gar nur mit Ziel nach Deutschland, dieses Land zu erobern und auszubeuten.

In einem Interview mit dem Heimatkurier, das am 12. März 2023 veröffentlicht wurde, äußerte René Springer (MdB, BB):

> *„Dieser wahnhafte Drang, Deutschland nur noch als Siedlungsgebiet für fremde Völker zu betrachten und dieses überhebliche Sendungsbewusstsein, der ganzen Welt das eigene Übel aufzuzwingen, wird gern mit superhumanistischen Begründungen kaschiert.“*[1066]

Am 11. August 2024 fand in Zossen (BB) eine Wahlkampfveranstaltung der AfD Brandenburg statt. Der Spitzenkandidat Hans-Christoph Berndt (MdL BB, Fraktionsvorsitzender) äußerte dort:

> *„Wir wissen, dass wir die Schönheit unseres Landes, die Kultur unseres Landes [...] denjenigen verdanken, die vor uns gelebt haben, den Mühen und den Künsten unserer Vorfahren. [...] Und weil wir das empfinden, haben wir auch ein Empfinden dafür, dass wir deshalb verpflichtet sind, auch den nachfolgenden Generationen ein Land zu hinterlassen, in dem sie zu Hause sind. In dem sie sich entwickeln können. Ein Land, in dem sie als Deutsche wie Deutsche leben*

[1064] AfD: Facebook-Eintrag vom 02.08.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1065] AfD NRW: Facebook-Eintrag vom 11.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.
[1066] Heimatkurier: „René Springer (AfD): ‚Wir stellen uns dem antideutschen Block entgegen!‘“ vom 12.03.2023, in: www.heimat-kurier.at, abgerufen am 16.03.2023.

können und in dem sie nicht sich den Speisevorschriften, den Bekleidungsvorschriften und den Ehrvorschriften von irgendwelchen Beduinen unterwerfen müssen, sondern als Deutsche und Europäer leben können. […] Deutschland ist das Land der Deutschen und Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. Wir wollen, dass unsere Jugend in Deutschland ihre Heimat behält und sich nicht irgendwelchen Zuwanderern unterwerfen muss. […]

Alle anderen Parteien […] haben sich vom deutschen Volk verabschiedet. Sie haben sich vom deutschen Nationalstaat verabschiedet. Sie wollen, dass wir aufgehen in einer EU und Weltgemeinschaft. Sie wollen Deutschland zum internationalen Siedlungsgebiet machen.“[1067]

In einem Interview mit AUF1 vom 21. August 2024 äußerte sich Berndt in sehr ähnlicher Weise:

> *„Was uns, glaube ich, auch fundamental unterscheidet von allen anderen Parteien – Altparteien – ist, dass wir eben ein klares Bewusstsein dafür haben, dass wir unser Land verdanken und unsere Entwicklung verdanken den Mühen und der Arbeit unserer Vorfahren. Und dass daraus auch resultiert eine Verpflichtung, dass Deutschland, dass Brandenburg, dass Thüringen, dass Sachsen auch für die kommenden Generationen eine Heimat sind. Dass sie sich nicht unterwerfen müssen, irgendwelchen Zuwanderern, sondern hier nach unserer Art leben können, dass sie hier ihre Heimat haben. Das ist eine Verpflichtung, die wir alle haben, aufgrund – wegen der vielen Mühen unserer Vorfahren, die unser Land immer wieder aus den Trümmern aufgebaut haben.“*[1068]

Die AfD-Fraktion im Kreistag Altötting (BY) kommentierte einen Videobeitrag auf ihrer Facebook-Seite in migrationsfeindlicher Weise:

> *„Die holen keine ‚Flüchtlinge‘ sie holen Leute zum Neuansiedeln...“*[1069]

Thomas Herrig, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im Vorstand der Jungen Alternative Schleswig-Holstein, veröffentlichte einen Tweet mit folgender Botschaft:

[1067] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag am 11.08.2024 in Zossen (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.08.2024, Kanal: „Berlinchen Tinchen“, abgerufen am 13.08.2024.
[1068] Berndt, Hans-Christoph: Interview mit AUF1 vom 21.08.2024; veröffentlicht in: https://auf1.tv am 11.08.2024, abgerufen am 22.08.2024.
[1069] AfD-Fraktion Kreistag Altötting: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 13.06.2023, Kanal: „Afd Fraktion Kreistag Altötting“, abgerufen am 01.08.2023.

> *„Es ist eine schwarzafrikanische Invasion Europas was wir in diesen Zeiten erleben. #Melilla ist nur ein Teil davon. Stabiler Grenzschutz ist Nötig zum Schutz unserer Gesellschaften."*[1070]

Melilla ist eine spanische Stadt an der Grenze zu Marokko, in welcher im Jahr 2022 Migranten den Grenzzaun stürmten und versuchten, ihn zu überwinden.

Siegbert Droese (bis 2021 MdB, seit Juni 2024 MdEP, SN) schrieb in einem Tweet vom 12. September 2023 über die Lage vor Lampedusa:

> *„D-Day unserer Tage. Es ist eine Invasion und das Tag für Tag und Nacht für Nacht. Wer etwas anderes sagt verkennt den Ernst der Lage oder ist ein Scharlatan."*[1071]

In einem Tweet vom 17. September 2023 spricht Droese ebenfalls von Zuwanderern als *„Invasoren"*.[1072]

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) schrieb in einem Tweet vom 14. September 2023:

> *„#Europa wird in #Lampedusa von illegalen Invasoren überrannt. Es ist dringend Zeit für ein Rückführungsprogramm. Diese Menschen müssen unverzüglich nach Afrika zurückgebracht werden. Wir brauchen die Festung Europa."*[1073]

Gleichermaßen äußerte sich auch der damalige Beisitzer im Bundesvorstand und Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) in einem Tweet vom 15. September 2023:

> *„#Lampedusa. Es ist eine Invasion. Und anstatt Europa zu verteidigen, planen unsere Politiker die Weiterleitung. vor allem nach Deutschland.*
>
> *Nur die #AfD kann den Irrsinn stoppen und damit Deutschland erhalten."*[1074]

Der AfD-Bundesverband sendete einen Retweet vom Beitrag Krahs.[1075]

Krah wiederholte seine Behauptung einer stattfindenden *„Invasion"* in einem Tweet vom 16. September 2023.[1076]

[1070] Herrig, Thomas: Tweet vom 27.06.2022, abgerufen am 16.02.2023.
[1071] Droese, Siegbert: Tweet vom 12.09.2023, abgerufen am 13.09.2023.
[1072] Droese, Siegbert: Tweet vom 17.09.2023, abgerufen am 18.09.2023.
[1073] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 14.09.2023, abgerufen am 20.09.2023.
[1074] Krah, Maximilian: Tweet vom 15.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.
[1075] AfD: Retweet eines Tweets vom 15.09.2023, abgerufen am 12.12.2023.
[1076] Krah, Maximilian: Tweet vom 16.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.

Am 18. September 2023 verkündete Krah auf X (ehemals Twitter):

> *„Entweder diese Invasion wird gestoppt – schnell!- oder Europa ist tot. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten bejubeln diesen Untergang, weil sie die eigene Kultur und Herkunft hassen, Deshalb darf man nicht an sie appellieren, sondern muss sie ersetzen."*[1077]

Auch Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) schrieb am 13. September 2023 auf X von einer „*Invasion*" durch Zugewanderte und verband dies mit einer Forderung nach Rückführung dieser und Errichtung einer „*Festung Europa*":

> *„Gestern sind auf Lampedusa 5.000 Migranten aus Afrika an einem einzigen Tag gelandet: Europa erlebt eine #Invasion. Für die Zukunft unserer Heimat brauchen wir eine #FestungEuropa und #Remigration!"*[1078]

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) bezeichnete Geflüchtete in einem Tweet vom 1. August 2022 als „*Invasoren*":

> *„49 841 bereits in #Griechenland anerkannte Invasoren haben lt. dt. Innenministerium in #Deutschland erneut Asyl beantragt. Und sie dürfen hier bleiben, weil es in Griechenland, wo Deutsche Urlaub machen, so schlimm ist. Es gibt halt mehr Geld in Germoney."*[1079]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) teilte den Beitrag.[1080]

Martin Sichert (MdB, BY/NI)[1081] schrieb in einem Telegram-Beitrag vom 7. Mai 2024:

> *„Vor fast 10 Jahren hat die damalige Merkel-Regierung unser Land Invasoren aus dem Nahen Osten freigegeben. Erstmals in der Geschichte hat ein Land Eroberern nicht nur Tür und Tor eröffnet, sondern sie mit Unterkünften und Geld der eigenen Bevölkerung ausgestattet. Folge: Terror, Gewalt und Bevölkerungsersetzung. [...] Es ist höchste Zeit für eine Politik, die an der Grenze feindselige Invasoren stoppt und sie gar nicht erst ins Land lässt."*[1082]

[1077] Krah, Maximilian: Tweet vom 18.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.
[1078] Schmidt, Jan Wenzel: Tweet vom 13.09.2023, abgerufen am 14.09.2023.
[1079] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 01.08.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[1080] Ebd.
[1081] Martin Sichert zog im Jahr 2021 zunächst über die Landesliste der AfD Baden-Württemberg in den Bundestag ein, im Februar 2025 dann über die Landesliste der AfD Niedersachsen.
[1082] Sichert, Martin: Telegram-Beitrag vom 07.05.2024, abgerufen am 07.05.2024.

Auch Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) nutzte in mehreren auf Telegram veröffentlichten Beiträgen, die sich mit der Migrationspolitik befassten, den Begriff „*Migranten-Invasion*".[1083]

Am 21. November 2023 veröffentlichte Sören Schwarzer (ehemaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative) eine Instagram-Story mit dem Foto einer Straße, auf welcher mehrere nicht-weiße Menschen gehen. Dazu schrieb er:

> *„Die Invasion der Barbaren ist im vollen Gange"*[1084]

Martin Renner (MdB, NW) schrieb in einem Facebook-Post vom 11. November 2021 zu Sankt Martin in Anbetracht der Migrationssituation von einer „*Invasoren-Problematik*":

> *„Die heutigen Politiker - obwohl schon lange vom wahren christlichen Glauben abgefallen - benutzen regelmäßig die Mantelteilung des Heiligen um Barmherzigkeit und Nächstenliebe gegenüber den in unser Land hereinbrechenden Migranten von den Bürgern einzufordern. Aber dieser Ansatz ist grundsätzlich verlogen, schief und in die Irre führend. […] Auch und gerade in Zeiten der Invasoren-Problematik der neuerlich hierher Hereindrängenden. Mitmenschlichkeit ist und bleibt eine individuelle Angelegenheit und kein staatlich aufgeplusterter und durch Scheinargumente vorgetragener Popanz, der die christlich begründete Pflicht zur Eigenvorsorge und Eigenverantwortung des Individuums, seiner Familie und auch seiner Gemeinde - auch Subsidiarität genannt - negiert und auch zerstören will. Aus welchen Gründen auch immer."*[1085]

Thomas Dietz (MdB, SN) äußerte sich am 15. November 2021 auf Facebook in fremden- und muslimfeindlicher Weise über den Grenzkonflikt zwischen der EU und Belarus:

> *„Humitätsgerede fehl am Platz […] Frau Käßmann weiß, dass in der ersten Etappe Frauen und Kinder vorgeschickt werden. Mit ihnen produzieren Menschenhändlerbanden die Bilder, die man zur Grenzöffnung braucht, damit muslimische Migrantenarmeen in Deutschland einmarschieren können. Bilder des Mitleids produzieren diejenigen, die im Orient Massaker an Frauen, Kindern und*

[1083] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beiträge vom 21.09.2023, 29.09.2023, 07.10.2023, abgerufen am 13.12.2023.
[1084] Schwarzer, Sören: Instagram-Story von 21.11.2023, abgerufen am 22.11.2023.
[1085] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 11.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.

Alten verüben Es sind Bilder, die diejenigen produzieren, die in den Herkunftsländern der illegalen Migranten grausame Massaker an Frauen, Kindern und Alten im Namen Allahs verüben."[1086]

Dietz zeichnet hier unter Nutzung militärischer Begriffe das Bild eines mit kämpferischen Absichten illegal nach Deutschland kommenden migrantischen Kollektivs („*Migrantenarmeen*", die „*einmarschieren*").

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, sprach in einem Tweet vom 20. September 2024 von einer „*Millionenarmee der orientalischen Glücksritter*", als er die mediale Schlagzeile „Zahl der Migranten in Deutschland so hoch wie seit den 1950er Jahren nicht mehr" kommentierte:

> *„Was ist das schon wieder für eine komplett geisteskranke, antideutsche & geschichtsvergessene Aussage @welt? Sollen hier die heimatvertriebenen Deutschen etwa mit der illegalen Millionenarmee der orientalischen Glücksritter gleichgesetzt werden? Ekelhaft. Sie verachten unser Volk!"*[1087]

In einem Tweet vom 25. Juni 2022 bezeichnete der damalige JA-Bundesschriftführer Nils Hartwig die vermeintlich steigende Anzahl von Zugewanderten aus Afrika in westdeutschen Kleinstädten explizit als „*Landnahme*":

> *„Auch in Westdeutschen, eher provinziellen Kleinstädten beginnt eine immer offenere und aggressivere Landnahme durch afrikanische Zuwanderer. Afrikaner prägen längst das Stadtbild. Unser Volk kann nur mit einer Politik der Null-Zuwanderung überleben."*[1088]

Bei den Äußerungen Hartwigs geht es in der Gesamtschau nicht mehr darum, möglicherweise als nachteilig empfundene Entwicklungen im lokalen Einzelhandel oder im Stadtbild allgemein sachlich anzusprechen. Vielmehr suggeriert er hier eine Übernahme deutscher Städte durch Migrantinnen und Migranten und zielt darauf ab, Ablehnung gegenüber der ganzen Bevölkerungsgruppe zu schüren.

Ähnlich äußerte sich auch Thorsten Weiß, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, am 31. Juli 2024 auf X:

[1086] Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 15.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.
[1087] Küble, Fabian: Tweet vom 08.07.2024, abgerufen am 10.07.2024.
[1088] Hartwig, Nils: Tweet vom 25.06.2022, abgerufen am 17.03.2023.

„Ich bin mit meinen Kindern gerade auf einer bekannten Erlebnisanlage in Brandenburg. Keine Talahons und keine Kulturfremden mit Drang zur Landnahme weit und breit. Es ist trotz der vielen Kinder ruhig, friedlich und zivilisiert. Das müssen wir uns zurückholen. Überall.“[1089]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) unterstellte in einem Tweet, dass Migrantinnen und Migranten Deutschland in Besitz nehmen wollten:

„Die erst auf den zweiten Blick freundlichen Herren aus dem Morgenland haben recht: Sie übernehmen den Laden egal, ob [Dänemark-Flagge], [Schweden-Flagge], [Deutschland-Flagge] usw. Sie übernehmen alles, weil wir sie es tun lassen. So einfach ist das.“[1090]

Auch diese Aussage zielt darauf ab, Migranten kollektiv und ausnahmslos als bedrohliche, invasive Masse wahrzunehmen, entsprechende Ängste zu schüren und die Notwendigkeit zu postulieren, sich gegen diese Menge zu wehren. Denn die „*Übernahme*“ durch „*Herren aus dem Morgenland*“ erfolge, weil die deutsche Politik oder die deutsche Bevölkerung diese gewähren lasse. Im Gesamtkontext ist der implizite Aufruf, Einwanderer eben nicht mehr gewähren zu lassen, nicht als Appell zu verstehen, man möge größere Anstrengungen bei der Integration verlangen. Die Darstellung, wonach die nur ironisch als „*freundlich*“ bezeichneten männlichen Migranten eine Landnahme betrieben, soll vielmehr eine kategorische und konsequente Gegenwehr auslösen.

In einem weiteren Tweet spezifizierte Beckamp so auch seine Vorstellung dieser Entwicklung und sprach von einer „*afghanische[n] Raumnahme.*“[1091]

Der bayerische Landtagsabgeordnete Martin Böhm unterstellte Migranten in einem Facebook-Beitrag vom 16. April 2024 den Einsatz von Vergewaltigungen zur Durchsetzung ihres „*Machtanspruch*[s]“:

„Sechs junge Männer zwischen 19 und 25 Jahren haben mutmaßlich zwei 14-jährige Mädchen in der Rostocker Innenstadt vergewaltigt. Die beiden Opfer beschrieben die Täter als Ausländer !!
[Messer-Emoji] Hier wird ein Machtanspruch zelebriert, wie er sonst nur in Kriegsgebieten an der Tagesordnung ist. Sie verachten unser Land, und sie

[1089] Weiß, Thorsten: Tweet vom 21.07.2024, abgerufen am 02.08.2024.
[1090] Beckamp, Roger: Tweet vom 25.08.2022, abgerufen am 26.08.2022.
[1091] Beckamp, Roger: Tweet vom 12.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.

zeigen es, indem sie unsere Kinder schänden. Vergewaltigung ist seit Tausenden von Jahren eine Waffe im Krieg. Dieses »Vorgehen« liefert eine Erklärung für das, was seit 2015 in Deutschland passiert.“[1092]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 21. Oktober 2022 auf Twitter (mittlerweile umbenannt in X) bezugnehmend auf die Tötung zweier Männer in Ludwigshafen (RP):

> *„Es ist Landnahme. Die Autochthonen sind vogelfrei.“*[1093]

Daniel Roi (MdL ST)[1094] griff am 24. Juni 2022 auf Facebook einen Pressebericht über afrikanische Migranten auf, die einen Grenzzaun in der spanischen Enklave Melilla überwanden. Dazu schrieb er Folgendes:

> *„Solange wir keine Festung Europa haben und wirklichen Grenzschutz organisieren, solange wird das so weiter gehen. Die linksliberale Presse wird uns aber nun erklären, dass der Russe schuld ist, weil die alle hungern müssen. Gut informierte Bürger wissen, dass dies nur eine weitere Propagandalüge ist. Die Eroberungsorgien jüngst in #Italien u. a. am Gardasee werden sich ausweiten...“*[1095]

In den Medien war einige Tage zuvor davon berichtet worden, dass nordafrikanische junge Männer gegenüber Frauen in der Region um den Gardasee sexuell übergriffig geworden seien.[1096] Roi setzt konkrete gewalttätige Ausschreitungen mit einer vermeintlich generellen Entwicklung gleich, die seiner Ansicht nach zwangsläufig droht, wenn die europäischen Grenzen nicht geschlossen würden. Er beschreibt das Ereignis als *„Eroberungsorgie“*, derer man sich grundsätzlich erwehren müsse. Außereuropäische Migration beschreibt er in diesem Zusammenhang als per se destruktiv.

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 4. August 2023 äußerte Alexander Heppe (AfD-Landesvorstandsmitglied RP) in seiner Rede:

1092 Böhm, Martin: Facebook-Eintrag vom 16.04.2024, abgerufen am 25.06.2024.
1093 Krah, Maximilian: Tweet vom 21.10.2022, abgerufen am 25.10.2022.
1094 Roi wurde im Dezember 2024 aus der Fraktion ausgeschlossen, ein PAV gegen ihn läuft noch.
1095 Roi, Daniel: Facebook-Eintrag vom 24.06.2022, abgerufen am 28.06.2022.
1096 Vgl. FAZ: „Nach sexuellen Übergriffen – Italien debattiert über misslungene Integration“ vom 08.06.2022, in: www.faz.de, abgerufen am 31.01.2024.

> *„Lieber Mitstreiter, ein Alexander aus Mazedonien hat einst halb Asien erobert. Mit drei Alexanders, einem Maximilian und vielen tüchtigen Mitstreitern werden wir ganz Europa für die Europäer zurückerobern.“*[1097]

Marvin Weber, AfD-Kreisvorsitzender Paderborn (NW), fand in einem Telegram-Beitrag vom 4. April 2024 besonders herabwürdigende Worte, um seiner Sorge um der missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Zugewanderte Luft zu machen und unterstellte Migrantinnen und Migranten gleichzeitig, mit dem Ziel der vollständigen Übernahme Deutschlands einzureisen:

> *„Die Ampel-Vollversager werben über das Auswärtige Amt auf Arabisch für den deutschen Pass und Bürgergeld, damit sich die nächste Kolonne der Fachkräfte™ auf den Weg ins angehende Kalifat machen kann.*
> *Der deutsche Untertan, ausgedünnt ausgeplündert, entrechtet und verhöhnt, malocht doch gerne bald bis 80, um seine ewigliche historische Schuld in ewiger Sippenhaft zu sühnen und unsere über zig sichere Länder ins Sozialstaatsparadies Illegal eingereisten Säulenheiligen des Deutschland zersetzenden Kartells zu alimentieren. […]*
> *Diese Kultur- und Staatszersetzer an der Macht setzen aber in ihrer Umsiedlungspolitik noch einen drauf, die sie als Lakaien umzusetzen haben, nämlich die Aufnahme von ganz Kalkutta. möglicherweise damit der Souverän bald Arabisch spricht, Moslem ist und sich einen neuen Staat im Siedlungsgebiet für die Dritte Welt aufbauen kann und die Souveränität und Identität des deutschen Volkes historisch ad acta legt.“*[1098]

Folgende Aussagen enthalten im Kern auch die Botschaft, Deutschland werde zum Siedlungsgebiet:

Der damalige Europaabgeordnete Gunnar Beck (NW) schrieb in einem Tweet vom 7. Juni 2022:

[1097] Heppe, Alexander: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 04.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 15.08.2023.
[1098] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 04.04.2024, abgerufen am 16.04.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

> *„Köln Hauptbahnhof – Wer hier einfährt, lässt jede Hoffnung zurück. Dann nirgends zeigt sich Deutschlands #Zukunft als Siedlungsgebiet für Menschen aus #Afrika und dem #Orient klarer als hier."*[1099]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) teilte den Tweet und schrieb dazu:

> *„Der gute Herr Dr. Beck hat recht und auch wieder nicht. Er war wohl noch nie in Dortmund"*[1100]

Wenige Tage später schrieb Beck:

> *„Auch im beschaulichen Giessen ist alles in #muslimisch -#afrikanischer Hand. Ich fühlte mich wie daheim, d.h. im Rheinland oder Berlin."*[1101]

Der Austausch zwischen Beck und Beckamp beschränkt sich nicht darauf, einen zu hohen Ausländer- oder Migrationsanteil in deutschen Städten zu kritisieren, was für sich genommen eine verfassungsschutzrechtlich irrelevante Meinungsäußerung darstellte. Die Grenze zur Fremdenfeindlichkeit ist jedoch überschritten, wenn – wie im vorliegenden Fall – mit Blick auf die Anwesenheit von Migrantinnen und Migranten polemisch von einem Zustand völliger Hoffnungslosigkeit, von einem okkupierten Siedlungsgebiet oder von Fremdherrschaft (in *„afrikanischer Hand"*) die Rede ist. Diese Beschreibung zielt darauf ab, in der einheimischen Bevölkerung das Gefühl hervorzurufen, kurz vor einer irreversibel, gänzlich aussichtslosen und auf ganz Deutschland übergreifenden Situation zu stehen, und Vorbehalte, Ablehnung und Ressentiments gegen Migranten aus Afrika und Nahost weiter zu verstärken.

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) brachte in einem rassistischen Facebook-Eintrag vom 9. Oktober 2021 außerdem die Ansicht zum Ausdruck, Deutschland werde durch nicht-weiße Menschen überfremdet und forderte:

> *„Die Festung Europa ist alternativlos, wenn #Deutschland fortbestehen soll!"*[1102]

[1099] Beck, Gunnar: Tweet vom 07.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[1100] Beckamp, Roger: Retweet vom 08.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.
[1101] Beck, Gunnar: Tweet vom 12.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[1102] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 30.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.



Der damalige JA-Bundesvorsitzende Carlo Clemens (von Juni 2022 bis 2024 Mitglied des AfD-Bundesvorstands) äußerte im August 2021 auf Facebook:

> *„Wer sich den Koalitionsvertrag der Ampel näher anschaut, könnte auf den Gedanken kommen, dass es die Einwanderungswelle 2015 mit all ihren Folgen für Deutschland und seine Bürger nie gegeben hätte. Der Koalitionsvertrag nimmt nicht im Entferntesten Rücksicht auf Terror, Ausländerkriminalität, gesellschaftliche und kulturelle Aufnahmekapazitäten und die zunehmende Islamisierung. Stattdessen: Noch mehr Migration, noch mehr angebliche ‚Vielfalt', noch mehr Einbürgerungen. Spätestens jetzt wird Deutschland zur Siedlungsregion für die Dritte Welt."*[1103]

Die wiedergegebenen Aussagen verneinen durchgehend humanitäre Gründe für die Aufnahme der Flüchtenden. Vielmehr seien diese gleichsam in kriegerischer Absicht ins Land eingedrungen. Die der AfD zuzurechnenden Zitate verunglimpfen Zugewanderte somit kollektiv als aggressive, kulturfremde Eroberer und Invasoren. Dadurch wird dieser Menschengruppe ein aggressives, die autochthone Bevölkerung unterdrückendes Eindringen nach Deutschland angelastet. Menschen mit Migrationsgeschichte werden auf diese Weise pauschal als erhebliche Bedrohung für Deutschland dargestellt, die es konsequent abzuwehren gelte. Die fortlaufende Diffamierung und Verächtlichmachung dieser Personengruppe, die in letzter Konsequenz auch ihre abgewertete Behandlung fordern, verstoßen gegen die Garantie der Menschenwürde.

[1103] Clemens, Carlo: Facebook-Eintrag vom 27.11.2021, abgerufen am 19.10.2023.

dd. Beschreibung von Migrationsprozessen mit Katastrophenmetaphern

Verbände und Funktionärinnen bzw. Funktionäre der AfD greifen bei der Beschreibung von Migrationsprozessen auch auf Katastrophenmetaphern zurück und verwenden dafür etwa das Bild einer Tod, Leid und Zerstörung bringenden Flut. Dabei werden Migrantinnen und Migranten vielmals als unkontrollierbare Naturgewalt dargestellt, deren Auswirkung auf die einheimische Bevölkerung in einem vergleichbaren Ausmaß existenzbedrohend und vernichtend sei.

So schrieb der AfD-Bundesverband in einem Facebook-Beitrag vom 10. Februar 2023 von einer *„existenzbedrohende[n] Migrationswelle"*:

> *„Trotz hohler EU-Ankündigungen: Asyl-Welle in Deutschland ist größer als 2015! +++ […] Da kann die EU verbale Scheingefechte inszenieren, so viel sie will: Solange Deutschland seine Grenzen nicht schützt und das deutsche Sozial-Schlaraffenland für den halben Erdball geöffnet bleibt, wird auch die gesamte EU sich nicht effektiv gegen die existenzbedrohende Migrationswelle wehren können. […] Wenn wir unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere nationale Identität erhalten wollen, wenn wir nicht als Deutsche zur Minderheit im eigenen Land werden wollen, dann brauchen wir endlich geschützte Grenzen, konsequente Abschiebungen und eine drastische Reduzierung der finanziellen Anreize zur Migration."*[1104]

Der Bundesverband der AfD nutzte entsprechende Metaphern wiederholt. In einem Facebook-Beitrag vom 10. Oktober 2023 forderte der AfD-Bundesverband die Festung Europa und schrieb, Deutschland werde mit Migranten *„geflutet"*:

> *„Schon 801.459 Asylanträge in diesem Jahr: Deutschland muss zur Festung werden! +++*
> *Deutschland und Europa werden überrollt! Laut aktuellen Zahlen der EU-Asyl-Agentur EUAA wurden in diesem Jahr bereits 801.459 Asylanträge in der EU sowie in Norwegen und in der Schweiz gestellt (Stichtag 3. Oktober). Das ist der höchste Wert seit 2016 – auch Deutschland verzeichnet einen Anstieg um sage und schreibe 74 Prozent! Und trotzdem hält die verantwortungslose Ampel-Regierung an der Massenmigrations-Ministerin Nancy Faeser fest! Wenn*

[1104] AfD: Facebook-Eintrag vom 10.02.2023, abgerufen am 19.07.2023.

diese Regierung auch nur ansatzweise an einer Reduzierung des Migrationswelle interessiert wäre, dann würde sie als erste Maßnahme die Innenministerin entlassen und die Koalition mit den Grünen aufkündigen.

Doch die Ampel will unser Land auch weiterhin auf Gedeih und Verderb fluten.“[1105]

Die beigefügte Grafik enthielt die Forderung: „*Wir wollen die Festung Europa!*“[1106]

Der sächsische Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse veröffentlichte im Oktober 2023 auf Facebook einen Beitrag, in welchem er der Bundesregierung in diffamierender Weise vorwarf, Deutschland mit Migranten zu „*fluten*“:

> *„Es ist nicht Dummheit, unser Vaterland mit illegalen Migranten zu fluten. Es ist pure Böswilligkeit, getrieben von tief sitzendem Deutschlandhass! Wählt die Deutschlandhasser ab, wählt die Alternative für Deutschland!“*[1107]

Mariana Harder-Kühnel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) schrieb im November 2022 auf Facebook von einer „*Migrationsflut*“:

> *„Migrationsflut stoppen: Deutsche Grenzen schützen!“*[1108]

In einem Facebook-Post vom 14. April 2023 bezeichnete die sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Caroline Bachmann Migranten als „*Invasoren*“ und sprach von einem „*Asyl-Tsunami*“:

> *„Die Anti-Deutschland-Ampel mit ihrem Sozial-Paradies Deutschland zerschmettert uns Geheimdienste warnen -> Terroristen reisen als Asylbewerber nach Deutschland ein! Asyl-Tsunami: Italien ruft Ausnahmezustand aus!“*[1109]

Dem Post war folgende Grafik beigefügt:

[1105] AfD: Facebook-Eintrag vom 10.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1106] Ebd.
[1107] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 02.10.2023, abgerufen am 09.10.2023.
[1108] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 01.11.2022, abgerufen am 22.11.2022.
[1109] Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 14.04.2023, abgerufen am 17.04.2023.



Indem Bachmann die Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten als *„Tsunami"* beschreibt, vergleicht sie deren Auswirkung und Folgen mit einer maximal tödlichen und zerstörerischen Naturkatastrophe. Sie entmenschlicht Zugewanderte und verstößt damit in ähnlicher Weise wie der Bundesverband oder die Abgeordneten Harder-Kühnel und Anderson gegen die grundgesetzlich garantierte Menschenwürde.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 19. Juni 2023 auf X (ehemals Twitter) als Reaktion auf einen Artikel mit der Schlagzeile „Fast 40 Prozent der Afrikaner denken ans Auswandern":

> *„Wenn über 500 Millionen Afrikaner nach Europa wandern, ‚dann bringt das Probleme' – weiß die @faznet. Nein, das ist das Ende Europas! Hier geht es nicht um Details, sondern um das Überleben als Zivilisation. Mit den linksliberalen Eliten ist das nicht zu schaffen."*[1110]

In einem weiteren Tweet vom am 30. Juni 2023 stellte er ein ähnliches Bedrohungsszenario auf:

> *„Die bunte & vielfältige Dystopie nimmt Gestalt an: Andauernde Krawalle in Frankreich, erstes Überschwappen auf Brüssel. Die Masseneinwanderung aus fremden Kulturen ist gescheitert, sie zerstört Europa. Aber Ampel & CDU wollen mehr davon."*[1111]

[1110] Krah, Maximilian: Tweet vom 19.06.2023, abgerufen am 20.06.2023.
[1111] Krah, Maximilian: Tweet vom 30.06.2023, abgerufen am 04.07.2023.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb als Reaktion auf einen Artikel des Heimatkuriers mit der Schlagzeile „Afrikaner in Bayern: Somalischer Flüchtling jagt Schulmädchen durch Zug" am 15. Juli 2023 auf X:

„'Verfolgte er die fliehende Schülerin (10) durch den ganzen Zug' – und keiner half? Die Einwanderung zerstört das Land. Eine Dystopie beginnt, wenn wir nicht schleunigst die Notbremse ziehen."[1112]

Der Landtagsabgeordnete Paul Timm (MV) veröffentlichte am 27. Dezember 2022 auf Facebook einen Jahresrückblick, in dem er u. a. den Angriff in Illerkirchberg (BW) aufgriff und die Zuwanderungspolitik der Bundesregierung für die Sicherheitslage in Deutschland infolge von durch Geflüchtete und Zugewanderte begangenen Straftaten verantwortlich machte:

„Auch sieben Jahre nach dem Beginn des Asylansturmes auf Deutschland haben wir jeden Tag mit Asylbewerbern, kriminellen Ausländern und Abzuschiebenden zu kämpfen. […] Der Mord in Illerkirchberg an einem 14-jährigen Mädchen markiert einen weiteren Grabstein der irren Zuwanderungspolitik, welcher die CDU damals den Weg geebnet hat und die linke Ampel freudig weiterführt."[1113]

Dazu postete Timm folgende Grafik mit der Aufschrift „*MISSION ERFÜLLT – DEUTSCHLAND KAPUTT*", die die amtierende Außenministerin Annalena Baerbock und den amtierenden stellvertretenden Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mit einer angedeuteten Sonnenblume als Logo der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor einem explodierenden Hintergrund zeigt[1114]:

[1112] Krah, Maximilian: Tweet vom 15.07.2023, abgerufen am 17.07.2023.
[1113] Timm, Paul: Facebook-Eintrag vom 27.12.2022, abgerufen am 23.01.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)
[1114] Ebd.



Christine Anderson (MdEP, HE) schrieb im Januar 2024 auf X von einer Überfremdung Deutschlands, welche ultimativ nicht nur zur Zerstörung des Landes, sondern des gesamten Kontinents führe:

> *„Die #Niederlande sind nicht mehr die Niederlande, so @geertwilderspw. Das kann man auch zum überfremdeten #Deutschland konstatieren. Die illegale #Migration zerstört #Europa und führt zu fremd im eigenen Land, aber die #EU handelt nicht.“*[1115]

In seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen im Rahmen des Landtagswahlkampfs 2024 am 31. August 2024 in Erfurt (TH) bezeichnete Höcke die Migration als *„Mutter aller Krisen“*:

> *„Die Migration ist die Mutter aller Krisen. Die Migration bedeutet Zerfall der inneren Sicherheit, bedeutet Gruppenvergewaltigung und bedeutet Messermorde. Die Migration bedeutet die Plünderung der Sozialversicherungssysteme. 50 Prozent der Bürgergeldempfänger sind mittlerweile Ausländer. Migration bedeutet den Kollaps unserer Bildungssysteme. Auch das hat was mit Migration zu tun. Bedeutet Überlastung des Wohnungsmarktes. Wir hätten keine Wohnungsnot, wenn die Kartellparteien nicht Millionen in den letzten zehn Jahren illegal über die Grenze gelassen hätten.“*[1116]

1115 Anderson, Christine: Tweet vom 19.01.2024, abgerufen am 25.01.2024.
1116 Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) schrieb in einem Facebook-Beitrag vom 28. Dezember 2022:

> „*Die linksgrünen Fanatiker im Berliner Senat haben offenbar jedes Augenmaß verloren. Mit ihren Aufnahmeexzessen zerstören sie jede Möglichkeit für ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt. Am Ende dieses Amoklaufes wird es nur Verlierer geben.*“[1117]

In einer beigefügten Grafik war zu lesen: „*SPD, Linke und Grüne fluten Berlin mit Flüchtlingen!*“



Die in der Grafik bildlich dargestellte Welle ist von einem solch gigantischen Ausmaß, dass sie die vollständige Zerstörung der Stadt Berlin scheinbar in kürzester Zeit herbeiführen könnte. Dieses Bild zielt offensichtlich darauf ab, Migration als ultimative Bedrohung darzustellen und ist damit geeignet, Ängste und Ablehnung gegenüber Zugewanderten hervorzurufen.

Die Junge Alternative Brandenburg veröffentlichte auf Instagram ein Bild dreier Mitglieder und nutzte den Rahmen der Eigenwerbung, um das Narrativ der „*Überfremdung*“ zu verbreiten:

> „*Wir sind die Erben der Vergangenheit & Gestalter der Zukunft! In diesen Zeiten der Überfremdung, der Zerstörung unseres Landes und der immer steigenden Degeneration unseres Volkes liegt es an DIR: Werde aktiv und kämpfe für deine Heimat.*“[1118]

[1117] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 28.12.2022, abgerufen am 23.01.2023.

[1118] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Eintrag vom 06.12.2022, abgerufen am 17.03.2023.

Am 7. Mai 2023 griff auch Jean-Pascal Hohm (Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Cottbus, seit Oktober 2024 MdL BB) das Bedrohungsszenario einer „*Überfremdung*" auf, indem er als Reaktion auf ein Bild einer Demonstrantin der Gruppe Letzte Generation, die ein Plakat mit der Aufschrift „Laura (16) Weil euch meine Zukunft egal ist" hält, schrieb:

> *„Kann Dich beruhigen, Laura. Deine Zukunft ist uns nicht egal. Darum kämpfen wir auch mit aller Entschlossenheit gegen die fortschreitende Überfremdung unserer gemeinsamen Heimat."*[1119]

Ebenso sprach der AfD-Kreisverband Mühldorf am Inn (BY) am 6. Mai 2023 anlässlich der auf einer AfD-Veranstaltung am Vorabend behandelten Themen auf Facebook von *„kulturelle[r] Überfremdung unseres Landes"*.[1120]

Auch Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender und MdB, BB) verbreitete dieses Bedrohungsszenario:

> *„Die Überfremdung der Uckermark soll weitergehen? Nicht mit uns! Kein Asylheim in Angermünde!*
> *Erneut will uns die Landrätin Dörk die Ansiedlung von Fremden aufdrängen. […] Als AfD-Fraktion werden wir erneut eine namentliche Abstimmung beantragen, damit die Bürger sehen können, wer in ihrem Interesse abstimmt und wer sich dem Masseneinwanderungsdiktat aus Potsdam und Berlin beugt! Wir haben bereits geschlossen gegen das Asylheim in Prenzlau gestimmt Wir werden natürlich auch in Angermünde dagegen stimmen!*
> *Für die Uckermark und ganz Brandenburg ist längst klar: Nur die AfD wird sich der Überfremdung entgegenstellen. Wir stehen geschlossen für euch ein! Liebe heimatverbundene Uckermärker, wir stehen an Eurer Seite!"*[1121]

Gnauck zieht hier den im Rechtsextremismus etablierten Begriff der „*Überfremdung*" heran und deutet damit eine von den Flüchtlingen ausgehende Existenzbedrohung für die dort ansässigen Menschen an.

Die Aussagen stellen Migrantinnen und Migranten als höchst bedrohliches, zerstörerisches Kollektiv (eine „*Migrationsflut*", die in einer „*Abwrackung der Nation*" münden werde) dar und zielen darauf ab, Ängste gegenüber diesen Menschen zu schüren.

[1119] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 07.05.2023, abgerufen am 07.06.2023.
[1120] AfD-Kreisverband Mühldorf am Inn: Facebook-Eintrag vom 06.05.2023, abgerufen am 01.08.2023.
[1121] Gnauck, Hannes: Facebook-Eintrag vom 08.06.2023, abgerufen am 26.06.2023.

Sie illustrieren die Verwendung entmenschlichender Metaphern zur Beschreibung des Zuzugs von Migrantinnen und Migranten. Die stark abwertenden Begriffe stellen diese als manifeste, akute und zerstörerische Gefahr dar. In ihrer Undifferenziertheit und Demagogie bewegen sich die Aussagen weit jenseits eines lediglich pointierten, aber noch sachlichen Kritikansatzes. Die Äußerungen sind in ihrer Zielsetzung kontinuierlich herabsetzend und entwürdigend und entsprechend mit Art. 1 Abs 1 GG nicht zu vereinbaren.

ee. Konstruktion einer kulturellen Inkompatibilität und Regressivität von Migranten

Überdies lassen sich in diversen Äußerungen und Verlautbarungen Postulate einer kulturellen Inkompatibilität und Regressivität von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten finden. Damit wird u. a. suggeriert, dass ethnokulturelle Nähe für ein friedliches Zusammenleben unabdingbar sei. Gleichzeitig werden – meist männliche – Migranten abgewertet.

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher und Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer (BY) kritisierte in einem Interview mit dem Freilich-Magazin die *„Zuwanderung von bildungsfernsten Analphabeten und kulturell kaum kompatiblen Menschen“*:

> *„Hier wurde natürlich seit Jahrzehnten unglaublich viel kaputtgeschlagen - ich unterstelle hier ganz klar ABSICHT der linken Kulturmarxisten, obwohl man immer auch alles mit ideologischer Dummheit (woke-ideologische LEERpläne statt naturwissenschaftlicher, faktenorientierter Lehrpläne) erklären könnte; oder mit falschem Moralismus (Zuwanderung von bildungsfernsten Analphabeten und kulturell kaum kompatiblen Menschen).“*[1122]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 24. November 2022 auf Twitter (heute: X):

> *„Männlich, jung, kulturfremd, unqualifiziert - das ist die Einwanderung, die seit 2015 von CDU, SPD, FDP und Grünen forciert wird. Sie wollen Deutschland abschaffen. Nur die AfD steht dagegen - und wird deshalb dämonisiert.“*[1123]

[1122] Freilich: „Peter Boehringer (AfD): ‚Deutschland kommt in die Abhängigkeit von fremden Mächten‘“ vom 08.01.2023, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 09.01.2023.
[1123] Krah, Maximilian: Tweet vom 24.11.2022, abgerufen am 28.11.2022.

Krah differenziert in seiner Aussage nicht zwischen der Aufnahme von Menschen aus humanitären Gründen und Einwanderung von Fachkräften nach Deutschland. Er verunglimpft in entindividualisierender Weise Migrantinnen und Migranten, die nach Deutschland kommen, pauschal als „*kulturfremd*" und „*unqualifiziert*".

Als „*kulturfremd*" stellte auch die hessische AfD-Europaabgeordnete Christine Anderson Migranten dar, indem sie in ihrer Rede anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der AfD in Hannover (NI) am 25. März 2023 in abfälliger Weise äußerte:

> „*Wir haben es auch zu tun, ja, mit einer regelrechten Dekonstruktion unserer Gesellschaft. Und jetzt spreche ich von dem Import von Millionen von kulturfremden, jungen, wehrfähigen Männern. Genau die kommen jetzt, und da kann man wirklich sagen: Auf dem Altar von Toleranz und Nächstenliebe wird unsere gleichberechtigte, offene, demokratische Gesellschaft geopfert. […] Na ja, und dann waren sie halt mal da, ne? Die Flüchtlinge, die Goldstücke, unsere Rente sollten sie ja bezahlen. […] Aber der absolute Hammer, das muss ich wirklich sagen, war, als ich gelesen habe: ‚Kurse zum richtigen Benutzen der Toilette'. Und da habe ich dagesessen, da habe ich gedacht: ‚Was – noch nicht mal scheißen können sie. Aber meine Rente wollen sie bezahlen, im Leben nicht!' Und deswegen, meine Damen und Herren, auch bei diesem Thema bleibt es dabei: Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen und aus dem Asylanten-Himmel werden erst recht keine fallen. Das steht fest.*"[1124]

Auch Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, äußerte sich in abwertender Weise über Zugewanderte, als er 14. Oktober 2024 einen Medienbericht der WELT mit dem Titel „Sammelunterkunft für 500 Migranten – obwohl nicht mal die Abwasser-Entsorgung gesichert ist" folgendermaßen kommentierte:

> „*Da fühlen sie sich gleich wie Zuhause. Die Abwasserentsorgung ist in vielen Herkunftsstaaten auch nicht geregelt. Oft regelt da der Busch. Die Afrikanisierung Deutschlands schreitet voran. Wer halb Afrika aufnimmt hilft eben nicht Afrika, sondern wird selbst Afrika.*"[1125]

Damit unterstellt Küble Migrantinnen und Migranten kulturelle Rückständigkeit.

[1124] Anderson, Christine: Rede auf der Veranstaltung „10 Jahre AfD in Hannover" am 25.03.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.03.2023, Kanal: „Dirk Live", abgerufen am 27.03.2023.
[1125] Fabian Küble, Tweet vom 14.10.2024, abgerufen am 14.10.2024.

Jörg Urban (MdL SN) äußerte sich in einem Facebook-Eintrag vom 15. Februar 2023 wie folgt:

> *„Sachsen: Afghane ersticht Mutter vor den Augen der gemeinsamen Kinder.*
>
> *Multikultureller Alltag in Deutschland: In einer sozialen Einrichtung in Crimmitschau erstach vergangenen Samstag ein mutmaßlich 36-jähriger Mann seine 33-jährige Frau und Mutter von 5 Kindern. Verwunderlich ist das leider schon lange nicht mehr: Weil Politiker und Aktivisten unser Land zum Einwanderungsland erklärten, erhalten archaische Bräuche durch kulturfremden Zuzug, insbesondere aus dem arabischen Raum, Einzug in Deutschland. Wer als Kind gelernt hat, dass Frauen das Eigentum ihres Mannes sind und die Ermordung einer nicht hörigen Ehefrau von der dortigen Gesellschaft toleriert wird, der verlernt dies in Deutschland nicht nach ein paar Integrationskursen. Dass die Altparteien von Linke bis CDU das zu glauben scheinen, kostet nun nicht zum ersten Mal Menschenleben. Nur die AfD stellt sich gegen die Einwanderung von völlig kulturfremden Menschen nach Deutschland."*[1126]

In Urbans Konstrukt der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft besteht ein monokausaler, unabänderlicher Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Zunahme von Gewaltkriminalität. Mit der Migration, so Urban, erhielten *„archaische Bräuche [...] aus dem arabischen Raum"* Einzug in Deutschland. Er kategorisiert damit Personen aus arabischen Ländern per se als *„archaisch"*, womit durchweg regressiv-inhumane Praktiken einhergingen. Das Postulat, *„kulturfremde Menschen"* von der Migration nach Deutschland vollständig auszuschließen, verweist zudem auf ein ethnisch-statisches, raumgebunden-geschlossenes Kulturkonzept, das wiederum mit einem völkischen Staatsvolkverständnis korrespondiert. Diese Prämissen führen, wie Urbans Aussage veranschaulicht, zu einem systematischen Ausschluss von Migranten auf Grundlage einer behaupteten kulturellen Inkompatibilität, ohne individuelle Erwägungen vorzunehmen oder etwaige Schutzgründe zu berücksichtigen.

Der Bundestagsabgeordnete Marc Bernhard (BW) beklagte auf Telegram im Juli 2022 die Einwanderung *„kulturfremde[r] Migranten"* und behauptet wahrheitswid-

[1126] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.

rig, diese würden von den *„Altparteien“* überwiegend als *„Fachkräfte“* oder *„Ortskräfte“* bezeichnet; diese wahrheitswidrige Behauptung führt zu einer Diffamierung, da die Mehrheit der Migranten schon nicht als Fachkräfte kommen:

> *„Leistungsträger ‚flüchten‘ – Bildungsferne & kulturfremde Migranten wandern ein! Wenn nicht gerade zufällig ein G7-Gipfel drei Tage lang für sichere Grenzen sorgt dann nimmt die ungebremste Massenmigration nach Deutschland ihren Lauf. [...] Eingewandert sind überwiegend Bevölkerungsgruppen, die von den Altparteien als ‚Fachkräfte‘ oder ‚Ortskräfte‘ bezeichnet werden. Studien belegen, dass diese Migrantenkategorie eine lebenslange Nettobelastung für die Volkswirtschaft darstellt, ganz zu schweigen davon, dass sie nicht ansatzweise den Fachkräftemangel beheben könnten!“*[1127]

Alexander Wiesner (MdL SN und damaliger Landesvorsitzender der JA SN) veröffentlichte am 13. Juli 2023 auf Instagram eine Grafik eines Zeitungsartikels, der die Schließung eines Schwimmbads im Berliner Stadtbezirk Neukölln aufgrund von Personalmangel thematisiert. Als Schriftzeile eingefügt enthält die Abbildung die Aussage:

> *„Deutsche Migrationspolitik 2023: Ein Freibad voller ‚Fachkräfte‘ ... und dennoch Personalmangel“*[1128]

Wiesner kommentierte dies in seinem Beitrag folgendermaßen:

> *„Fachkräfte wohin man blickt und trotzdem #Personalmangel. #Migration ist Teil des Problems und nicht der Lösung!“*[1129]

Wiesner verknüpft hier die Schließung des Freibads sachfremd mit dem Thema Migration. Migrantinnen und Migranten, die er hämisch als *„Fachkräfte“* bezeichnet, werden so für beliebige gesellschaftliche Missstände verantwortlich gemacht.

Miguel Klauß (MdL BW) erklärte in einem Kommentar zu einem eigenen Facebook-Beitrag, man könne *„fertig sozialisierte Analphabeten aus fremden Kulturen und Religion nicht integrieren“*.[1130]

[1127] Bernhard, Marc: Telegram-Beitrag vom 04.07.2022, abgerufen am 06.07.2022.
[1128] Wiesner, Alexander: Instagram-Eintrag vom 13.07.2023, abgerufen am 13.07.2023.
[1129] Ebd.
[1130] Klauß, Miguel: Kommentar zum Facebook-Eintrag vom 09.11.2022, abgerufen am 10.11.2022.

Der AfD-Kreisverband Offenbach-Land (HE) veröffentlichte als Reaktion auf einen BILD-Artikel mit der Überschrift „*Grüne gegen Grenzkontrollen in Europa*“ am 15. September 2023 einen Facebook-Beitrag, in dem angesichts der Migrationspolitik die „*Zerstörung der Gesellschaft*“ und ein „*kulturelle[r] Niedergang*“ prognostiziert wurde:

> *„Sie wollen ihre abstrusen Vorstellungen von Multikulti auf Teufel komm raus durchsetzen, auch wenn es den Wohlstand unseres Landes und seiner Bürger kostet, die Zerstörung der Gesellschaft nach sich zieht und kulturellen Niedergang bedeutet. Diese Partei will Deutschland, so wie wir es kennen und lieben, vernichten.“*[1131]

Die AfD-Landtagfraktion Baden-Württemberg schrieb im Oktober 2023 auf Facebook:

> *„Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel und der Großen Koalition mussten wir 2015 und seitdem alle Jahre wieder grenzenlose Einwanderung mitansehen. Wir öffnen unsere Grenzen, damit der Tsunami an Asylfordern und Ersetzungsmigranten aus dem arabischen und afrikanischen, wohl gemerkt: nicht aufgeklärten Kulturräumen in unser abendländisches Land einmarschieren darf. Dabei importieren wir uns nicht nur gewaltbereit Straftäter und Kulturterroristen, sondern vor allem Konflikte, die nicht die unsere sind: darunter auch der seit Jahrhunderten schwelende Konflikt zwischen Muslimen und Juden im Nahen Osten und seit 70 Jahren jener zwischen Palästinensern und Israelis im gelobten Land. Die katastrophalen und mittlerweile die BRD selbst gefährdenden Folgen können wir momentan tagtäglich auf den Straßen sehen. Es waren unsere vermeintlichen Volksparteien, welche mit ihrer Politik der offenen Grenzen dem Antisemitismus und ihren Anhängern den Boden bereiten.“*[1132]

Die Aussagen unterstellen pauschal und in verunglimpfender und teils rassistischer Weise, Zugewanderte seien aufgrund ihrer Herkunft intellektuell rückständig und ihre Aufnahme in das deutsche Bildungssystem bzw. in die deutsche Gesellschaft führe unweigerlich – und zwar unabhängig von Integrations- der Förderbemühungen – zur dauerhaften Absenkung des hiesigen Bildungs- und Kulturstandards.

[1131] AfD Offenbach-Land: Facebook-Eintrag vom 15.09.2023, abgerufen am 18.09.2023.
[1132] AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 15.10.2023, abgerufen am 17.11.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

Ähnliche Botschaften sind auch folgenden Aussagen zu entnehmen:

Alexander Wiesner (MdL SN) veröffentlichte am 6. Juli 2023 auf Instagram folgende Aussage:

> „*Linke Politik: Deutschland wird immer älter, deshalb müssen wir unentwegt Analphabeten aus dem Ausland importieren, deren Hemmschwelle zu Gewalt noch niedriger ist als deren Bildungsgrad. Verstehe.*“[1133]

Auch Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) äußerte sich auf Twitter als Reaktion auf einen Artikel, der das Bildungsniveau unter Migranten thematisiert, fremdenfeindlich:

> „*Das Gerede von Fachkräften war immer eine Lüge. und sie werden sich auch nicht integrieren, weil das ohne Qualifikation nicht geht. Hier ist der falsche Platz für die. Sie müssen zurück: unseretwegen und ihretwegen.*“[1134]

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) stellte in einem Facebook-Beitrag der Fraktion vom 23. Juni 2022 den „*Umgang mit Testosteron*“ in einen Zusammenhang zur ethnischen Herkunft:

> „*++ Urlaub? Fremde Kulturen trifft man doch auch im Freibad ++ Früher musste man als Deutscher nach Nordafrika fliegen, um zu erleben, wie ungezwungen Männer dort mit ihrem Testosteron umgehen. Und um zu bestaunen, wie anders patriarchalische Strukturen das Verständnis von Männlichkeit prägen, bereiste man neugierig den arabischen Raum. ‚Heute reicht dafür ein Besuch im nächsten Freibad‘, kommentiert unsere integrationspolitische Sprecherin, Enxhi Seli-Zacharias, in Anbetracht der jüngsten Freiluft-Massenschlägerei unter rund einhundert ‚jungen Männern‘ in Berlin. ‚Die Deutschen haben zwar nicht danach verlangt, diese Kulturkreise in Scharen in ihr Land zu holen, aber, wie sagte es Merkel doch gleich? Jetzt sind sie halt da.‘*“[1135]

Seli-Zacharias instrumentalisiert Ausschreitungen in deutschen Schwimmbädern, um Menschen mit arabischem oder nordafrikanischem Hintergrund kollektiv eine primitive, rückständige und gewaltaffine Machokultur zuzuschreiben.

[1133] Wiesner, Alexander: Instagram-Beitrag vom 06.07.2023, abgerufen am 06.07.2023.
[1134] Krah, Maximilian: Tweet vom 14.04.2023, abgerufen am 17.04.2023.
[1135] Seli-Zacharias, Enxhi: Facebook-Eintrag vom 23.06.2022, abgerufen am 23.06.2022.

Andreas Galau, stellvertretender AfD-Landesvorsitzender Brandenburg und Landtagsabgeordneter, äußerte in seinem Redebeitrag am 3. Juni 2022 auf dem „Bayerisch-Brandenburgischen AfD-Infoabend":

> *„Auch bei der Einwanderung hat die AfD bei allen Kritikpunkten bei der bewusst ungesteuerten gesellschaftszerstörende Zuwanderung illegaler Migranten Recht behalten. Millionen von Menschen wurden ohne Rücksichtnahme auf Qualifikation und kultureller Kompatibilität in unser kleines Land geschleust. […] Auch hier wieder: mit einer AfD in Regierungsverantwortung hätte es eine Massenzuwanderung niemals gegeben!"*[1136]

Auch hier wird eine angebliche kulturelle Inkompatibilität pauschal als mitursächlich für die behauptete Zerstörung der Gesellschaft infolge der Migration genannt. Die essenzielle kulturelle Unvereinbarkeit ist aus dieser Perspektive kennzeichnend für die Zugewanderten und insoweit in ihrer sozial negativen Auswirkungsdimension unabänderlich, weshalb beim Rezipienten solcher Aussagen der Eindruck entsteht, sich allein schon wegen der Herkunft der Migranten gegen diese sperren zu müssen.

Am 8. Januar 2023 postete Jan Moldenhauer (MdL ST) auf Facebook zu der medial debattierten Frage „Was tun nach Krawallen an Silvester?" folgende Aussage:

> *„Klare Frage, klare Antwort: Illegale und kulturfremde Zuwanderer sofort millionenfach abschieben!"*[1137]

Moldenhauer fordert millionenfache Rückführungen aufgrund einer angeblichen Kulturfremdheit, nicht jedoch auf Grundlage individueller rechtsstaatlicher Entscheidungen. Damit konstruiert er einen Antagonismus zwischen *„kulturnaher"* Zuwanderung, die willkommen scheint, und *„kulturfremde[r]"* Migration, die abzulehnen sei. Moldenhauers vermeintliche Einschränkung auf *„illegale"* Zuwanderer kann im Lichte der Gesamtaussage nicht darüber hinwegtäuschen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch rückgeführt werden sollen, unabhängig von ihrer individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit. Dies geht mit einer grundsätzlichen Schlechterstellung solcher Bevölkerungsgruppen einher und verletzt die Menschenwürde.

[1136] Galau, Andreas: „Bayerisch-brandenburgischer Info-Abend der AfD am 3.6.in München. ‚West trifft Ost'" vom 06.06.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD Kreisverband Bad Tölz", abgerufen am 07.06.2022.

[1137] Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 08.01.2023, abgerufen am 10.01.2023.

Ebenfalls teilte Jan Moldenhauer (MdL ST) am 11. Juni 2022 auf Facebook einen Presseartikel über die Rückführung von illegal nach Großbritannien eingereisten Migrantinnen und Migranten. In seinem Kommentar dazu nahm er insbesondere daran Anstoß, dass es sich um „*kulturfremde*" Menschen handle:

> „*Großbritannien macht es richtig und schiebt illegale Zuwanderer nach Ruanda ab. Daran sollte sich Deutschland ein Beispiel nehmen. Die kulturfremden jungen Männer müssen zurück nach Afrika geschickt werden, denn dort gehören sie hin.*"[1138]

Die zitierten Aussagen schreiben Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten pauschal ein niedriges Bildungsniveau, gänzlich fehlende Qualifikationen sowie letztlich geringe kognitive Fähigkeiten zu.

Dennis Hohloch (MdL BB, Bundesschriftführer) sprach sich auf einer Veranstaltung am 25. August 2024 in Brandenburg an der Havel (BB) für eine Ungleichbehandlung hinsichtlich der Bildung nicht-deutscher Kinder aus, indem er ihnen bei Fehlverhalten das Recht auf Bildung verwehren will:

> „*Kein Schüler, der kein Deutsch kann, wird jemals wieder eine deutsche Klasse mehr von innen sehen, liebe Freunde! Wir werden eine Migrationsobergrenze von 10 Prozent einführen. Und noch wichtiger: Wir werden diesen Schülern, die rauben, die klauen, die deutsche Schüler drangsalieren, […] als ‚scheiß Deutsche' bezeichnen und den Schulfrieden stören, diesen Schülern werden wir das Recht auf Bildung aberkennen, sie von der Präsenzpflicht entbinden […] und auch diese Schüler werden auf Dauer eine deutsche Schule nicht mehr von innen sehen und es ist nicht unser Problem, wie diese Eltern ihre Kinder beschulen. […] Damit die Eltern auch mal einen Anreiz haben, ihren Mohammed und ihren Ali ordentlich zu erziehen, werden wir diesen Eltern das Kindergeld und die Sozialhilfe so lange kürzen, bis der nicht in der Lage ist an einer deutschen Schule unterrichtet zu werden […] und dann wollen wir mal sehen, wie lange wir noch Probleme an unseren Schulen haben, die so aussehen.*"[1139]

Mit dem Ausschluss von Schülern, die kein Deutsch sprechen, vom Schulsystem, macht Hohloch deutlich, dass es ihm gerade nicht darum geht, diese zu integrieren.

[1138] Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 11.06.2022, abgerufen am 15.06.2022.
[1139] Hohloch, Dennis: Aussagen auf dem AfD Familienfest in Brandenburg (Havel) am 25.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.08.2024, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 02.09.2024.

Denn gerade der Schulbesuch stellt einen wesentlichen Faktor für gelungene Integration dar. Sodann suggeriert er, dass strafrechtlich relevantes Verhalten an Schulen vornehmlich von Migrantinnen und Migranten ausgehe und dies in der mangelhaften Erziehung durch ihre Eltern begründet sei, die hierfür sogleich durch die Kürzung von Sozialleistungen – deren Bezug er unterstellt – mit verantwortlich gemacht werden. Damit zeichnet er das pejorative Bild einer durchgehend fehlenden Integrationsfähigkeit und -willigkeit von Migrantinnen und Migranten.

ff. Forderung kollektiver Rückführungsmaßnahmen

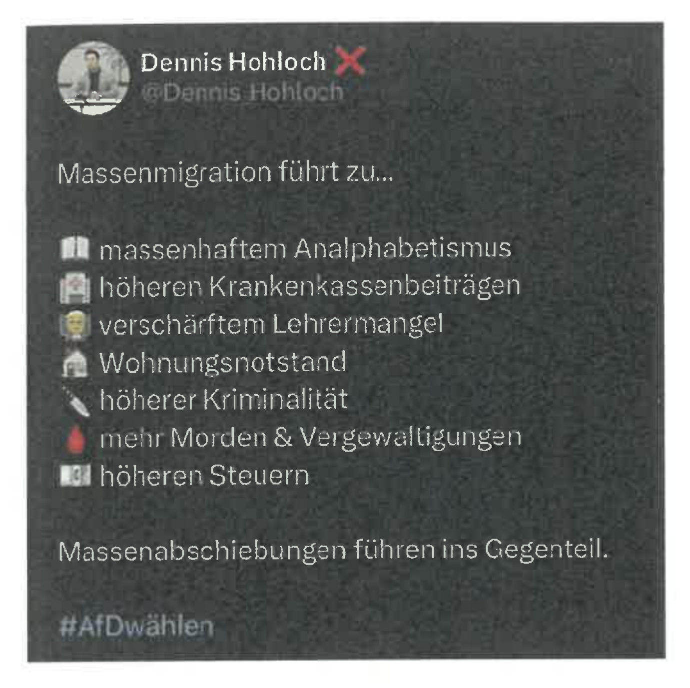
Überdies findet sich in der AfD eine Vielzahl von Äußerungen, die auch nach der Verdachtsfalleinstufung die kollektive Rückführung von Ausländern oder Deutschen mit Migrationsgeschichte fordern. Anders als in dem Unterkapitel Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen (E. I. 1. a.) knüpfen die hier ausgewerteten Aussagen aber nicht primär an einen vermeintlichen Austausch der Bevölkerung an, sondern fordern die Rückführung all jener, die für empfundene Probleme in Deutschland verantwortlich gemacht werden, und bringen insofern eine fremdenfeindliche Haltung zum Ausdruck.

Am 14. August 2023 schrieb der AfD-Bundesverband auf Facebook:

> *„Gewaltdelikte steigen um 38 Prozent: Sichere Bahnhöfe gibt es nur mit Abschiebungen!*
> *Mit der Ampel-Regierung werden unsere Bahnhöfe und Züge zu Angsträumen! […] Die politischen Reaktionen seitens der etablierten Parteien und der Polizeifunktionäre sind vorhersehbar: Es ist eine Mischung aus Verharmlosung, Beschweigen und Ablenkung. Zur Kategorie ‚Ablenkung' gehört die Forderung der Deutschen Polizei-Gewerkschaft, 3500 zusätzliche Beamte für den ‚bahnpolizeilichen Bereich' bereitzustellen. Das geht völlig am Kern des Problems vorbei: Wir brauchen diese Beamten nicht auf den Bahnhöfen, sondern an den Grenzen und am Abschiebeflughafen – damit das Gewalt- und Messerstecher-Klientel gar nicht erst nach Deutschland kommen und hier verweilen kann. Anstatt unsere Bahnhöfe und Freibäder zu Sicherheitstrakten zu machen, muss das Problem an der Wurzel gepackt werden. Diese Wurzel heißt: Massenmigrations-Ideologie!"*[1140]

[1140] AfD: Facebook-Eintrag vom 14.08.2023, abgerufen am 19.10.2023.

Der Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) befürwortete in einem Facebook-Post vom 25. Mai 2023 anhand folgender Grafik „*Massenabschiebungen*"[1141]:



In der Gesamtschau sind die Äußerungen des Bundesverbands der AfD und ihres Bundessschriftführers geeignet, Migrantinnen und Migranten als Hauptursache für Unsicherheit, Kriminalität und wirtschaftliche Nachteile darzustellen. Sie suggerieren, das Land werde sicherer und ökonomisch erfolgreicher, wenn Migrantinnen und Migranten massenweise in ihre Herkunftsländer abgeschoben würden, und zielen insofern darauf ab, Ablehnung gegenüber dieser Gruppe hervorzurufen und sie als Menschen zweiter Klasse abzuwerten.

In einem Facebook-Beitrag vom 6. Oktober 2023 schrieb der AfD-Bundesverband:

> *„Denn die genauere Aufschlüsselung der Zahlen zeigt, in welchem Ausmaß wir von sogenannten ‚Flüchtlingen' verhöhnt und betrogen werden: Mehr als die Hälfte (52,4%) der volljährigen Asylbewerber konnte im ersten Halbjahr 2023 keine Identitätspapiere vorweisen. Bei den Syrern sind es 36 Prozent, bei den Afghanen 64 Prozent und bei den Somaliern sage und schreibe 92 Prozent! Man kann wohl kaum davon ausgehen, dass all die Somalier ihren Pass ‚versehentlich' verloren haben. Dabei ist die hohe Zahl der unregistrierten Somalier*

[1141] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 25.05.2023, abgerufen am 18.10.2023.

> *sehr beunruhigend, denn immer wieder fallen gerade Somalier mit erschreckenden Gewaltverbrechen auf."*[1142]

Eine beigefügte Grafik enthält die Aussage *„Kein Pass? Gute Heimreise!"*[1143]

Hier stellt die AfD alle Ausländer, die keinen Pass vorzuweisen haben, als Personen dar, die das deutsche Migrationssystem verhöhnen oder betrügen, und fordert entsprechend undifferenziert für alle – ungeachtet etwaiger Asylgründe – die Abschiebung.

Der AfD-Bundesverband verwendete in einem Facebook-Beitrag vom 25. September 2023 die Parole *„Abschieben schafft Wohnraum"*:



> *„Statt sinnlosem Wohnungsbaugipfel: Abschieben schafft Wohnraum! […] Wenn jährlich Hunderttausende oder gar Millionen nach Deutschland einreisen, ohne dass Wohnungen in gleicher Zahl gebaut werden, dann ist eben nicht mehr genug Wohnraum da. Woraufhin aufgrund der steigenden Nachfrage auch die Mieten anziehen. Das Ergebnis: Bis 2025 könnten laut Berechnungen des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft (GdW) bis zu eine Million Wohnungen fehlen. Doch anstatt überhaupt darüber zu sprechen, wie man dieses Problem durch konsequente Abschiebungen und geschützte Grenzen reduzieren kann, veranstalteten die etablierten Parteien einen sinnlosen ‚Wohnungsbaugipfel' und beschließen brutale Reglementierungen zu Lasten der Deutschen."*[1144]

Der Bundesschatzmeister Carsten Hütter (MdL SN) veröffentlichte den Beitrag am selben Tag ebenfalls auf seiner Facebook-Seite.[1145]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) und Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-

---

[1142] AfD: Facebook-Eintrag vom 06.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1143] Ebd.
[1144] AfD: Facebook-Eintrag vom 25.09.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1145] Hütter, Carsten: Facebook-Eintrag vom 25.09.2023, abgerufen am 17.10.2023.

Bundestagsfraktion, NW) griffen ebenfalls den Slogan *„Abschieben schafft Wohnraum“* [1146] bzw. *„Remigration schafft Wohnraum“*[1147] auf.

Auch Reimond Hoffmann, Landesvorstandsmitglied der AfD Baden-Württemberg, verwendete den Slogan im August 2022 auf Facebook:

> *„Wir haben Platz‘ schreien sie. ‚Wohnraum ist zu teuer‘ schreien sie auch. Wir haben die Lösung: Abschieben schafft Wohnraum!“*[1148]

Marc Bernhard (MdB, BW)[1149],Stephan Brandner (MdB, TH und stellvertretender Bundessprecher)[1150] und Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) [1151] teilten ebenfalls auf ihren Social-Media-Kanälen ein Bild mit der Losung *„Abschieben schafft Wohnraum!“*

Anhaltspunkte für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen bietet diese Parole nicht wegen der inhaltlich zutreffenden Prämisse, dass der Zuzug unterzubringender Geflüchteter Wohnraum beansprucht, der insbesondere in urbanen Regionen knapp ist, sondern wegen der zur *„Lösung“* vorgeschlagenen Mittel: Die Parole *„Abschieben schafft Wohnraum“* kann so verstanden werden, dass diese bei sachnaher Auslegung die Forderung impliziert, Abschiebungen nicht als Konsequenz einer rechtsstaatlichen Entscheidung im Einzelfall, sondern massenhaft zu einem dem Ausländerrecht fremden Zweck – nämlich zur Gewinnung von Wohnraum für die autochthone Bevölkerung und damit auf Grundlage sachfremder Erwägungen – durchzuführen und ist überdies geeignet, massive Ablehnung gegenüber Personen mit Migrationsgeschichte hervorzurufen, da sie als gewichtige wenn nicht gar ausschließliche Ursache für Missstände am Wohnungsmarkt empfunden werden sollen.

Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) verband die oben genannte Parole *„Abschiebung schafft Wohnraum“* mit einer pauschalen Abwertung von Migrantinnen und Migranten in ihrer Rede auf der Kundgebung *„Der Kanal ist voll – Aufnahmestopp jetzt!“* am 5. September 2023 in Zossen (BB):

[1146] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 05.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[1147] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 28.02.2024, abgerufen am 29.02.2024.
[1148] Hoffmann, Reimond: Facebook-Eintrag vom 02.08.2022, abgerufen am 10.08.2022.
[1149] Bernhard, Marc: Telegram-Beitrag vom 23.03.2023, abgerufen am 13.04.2023.
[1150] Brandner, Stephan: Telegram-Beitrag vom 01.08.2024, abgerufen am 16.09.2024.
[1151] Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 04.05.2024, abgerufen am 06.05.2024.

„Abschiebung schafft bezahlbaren Wohnraum und sie schafft vor allem wieder rechtsstaatliche Zustände in Deutschland! Und sie schafft vor allem auch Sicherheit, denn die Fachkräfte des Todes haben in Deutschland einfach nichts zu suchen und das muss man so deutlich auch aussprechen. […] Deswegen, liebe Freunde wird es Zeit für einen AfD-Innenminister, es wird Zeit für ein Abschiebeministerium in Brandenburg und guten Flug nach Hause! […] Migrantenrevolte arabischer Zuwanderer aus dem Maghreb, unintegriert, die unsere westlichen Werte ablehnen, die auch unseren Staat und unseren Rechtsstaat ablehnen. Das, was gerade in Frankreich passiert ist, ist nur eine Frage der Zeit, wann und wo damit in Deutschland zu rechnen ist, wo wir und wann wir das in Deutschland erleben werden, wenn dieser Politik nicht endlich schnell Einhalt geboten wird. Denn die Explosion zugewanderter Kriminalität, die haben wir auf jeden Fall an Silvester erlebt in Berlin. […] Ich danke euch, dass ihr hier seid, dass ihr uns gemeinsam als letztes Bollwerk für Deutschland gegen diese Migration, gegen diese Massenmigration unterstützt.“[1152]

Nicole Hess (Beisitzerin im AfD-Landesvorstand Hessen und mittlerweile MdB, HE), trat im Februar 2024 als AfD-Kandidatin zur Bürgermeisterwahl in Flieden (HE) an. In einem Interview erklärte sie zu den Inhalten ihrer Agenda unter anderem das Vorhaben, pauschal Mietverträge für Unterkünfte von Geflüchteten kündigen zu wollen, um so einer vermeintlichen *„Überfremdung“* entgegenwirken zu wollen:

„Stärkung des Heimatgefühls in der Gemeinde. Die Überfremdung stoppen. Das bedeutet auch, die Mietverträge der Sammelunterkunft zu überprüfen und falls möglich, unter Beachtung aller gesetzlichen Fristen, zu kündigen.“[1153]

In einem Tweet vom 28. März 2023 antwortete Jean-Pascal Hohm (Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Cottbus und seit Oktober 2024 MdL BB) auf einen Tweet des Bundeskanzlers zu Diskussionsinhalten aus dem Koalitionsausschuss:

„Ok. Macht ihr jetzt endlich auch mal etwas gegen die Überfremdung unserer Heimat?“[1154]

[1152] Bessin, Birgit: Livestream zur Rede auf der Kundgebung „Der Kanal ist voll – Aufnahmestopp jetzt“, veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.09.2023, Kanal: „Birgit Bessin", abgerufen am 17.10.2023.
[1153] Osthessen-News: „Bürgermeisterwahl am Sonntag - Der Kandidaten-Check (2): Nicole Hess (AfD)“ vom 20.02.2024, in: https://m.osthessen-news.de, abgerufen am 20.02.2024.
[1154] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 28.03.2023, abgerufen am 12.04.2023.

Der AfD-Kreisverband Bodensee (BW) verbreitete auf Telegram am 18. September 2024 einen Videobeitrag des Accounts Wilhelm Kachel unter der Überschrift: „*Keine Lust deine Heimat zu verlieren? Dann wähl mit beiden Stimmen blau!*“

In dem mit künstlicher Intelligenz erstellten Video wird eine vermeintlich stattfindende Überfremdung dargestellt. So wird unter anderem eine große Zahl muslimischer Männer auf Gebetsteppichen gezeigt, die auf dem Platz einer offenkundig deutschen Innenstadt gemeinschaftlich beten. Die dargestellten Szenen sind mit folgendem Textbeitrag unterlegt:

> „*Du liebst deine Heimat. Du liebst Deutschland. Hier bist du zu Haus. Aber Deutschland hat sich verändert. Es ist fremder geworden. An manchen Orten fühlt es sich gar nicht mehr nach zu Hause an. Dort, wo kein Deutsch mehr gesprochen wird und fremde Kulturen längst dominieren. Doch diese Entwicklung ist keinesfalls alternativlos. Die Lösung heißt Remigration. […] Hilf auch du, das möglich zu machen, was alle für unmöglich halten. Hilf auch du, Deutschland zu retten.*“[1155]

[1155] AfD Bodensee: Telegram-Beitrag vom 18.09.2024, abgerufen am 21.10.2024.



Damit kritisiert der Kreisverband gerade nicht etwa nur Probleme bei der Integration, sondern bringt zum Ausdruck, dass er sich bereits durch die bloße Anwesenheit von Menschen aus *„fremden Kulturen“* gestört fühlt und diese ausweisen möchte, um dadurch nicht weniger als die Rettung Deutschlands zu erzielen.

Robert Teske, der ausweislich des Internetauftritts der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag zum damaligen Zeitpunkt als Büroleiter[1156] des Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke (MdL TH) fungierte und mittlerweile selbst als Abgeordneter dem Bundestag angehört, teilte in einem Tweet vom 17. September 2023 einen Comic, in welchem Ausländer schwer verunglimpft werden:

[1156] AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: „Mitarbeiter“ vom 28.12.2023, in: https://afd-thl.de, abgerufen am 28.12.2023.





1157

In der Darstellung werden die genannten Personengruppen pauschal als Straftäter diffamiert und als „*Kanaken*" abgewertet. Zugleich wird mit dem „*Abschiebeexpress*" die daran geknüpfte Rechtsfolge deutlich, die beinhaltet, diese Personen kollektiv ohne Einzelfallprüfung abzuschieben. Eine Szene („*nach Syrien fährt ein Sonderzug*") ist zudem dazu geeignet, Assoziationen zu Deportationen durch die Nationalsozialisten zu wecken. Die in einem anderen Panel dargestellten Menschen im letzten Waggon des zuvor benannten „*Sonderzugs*" werden zudem stereotypisiert und objektifiziert.

[1157] Teske, Robert: Tweet vom 17.09.2023, abgerufen am 20.09.2023.

Im gleichen Stil dieser Benjamin Blümchen-Parodie verbreitete der AfD-Kreisverband Böblingen (BW) am 23. September 2023 auf TikTok einen fremdenfeindlichen Videobeitrag. Hierin wird der Elefant „*Grenzjamin*" von Zootieren zur Hilfe gerufen, weil diese von einem „*illegale[n] Migrant[en]*", dargestellt als rassistische Karikatur, angegriffen würden: „*Hilf uns Grenzjamin. Der illegale Migrant hat unsere Freunde angegriffen.*" Das Video endet mit der Abschiebung des „*gewalttätige[n] Migrant[en]*" durch den Elefanten „*Grenzjamin*".[1158]

Das damalige Bundesvorstandsmitglied Christina Baum (MdB, BW/ST) unterstellte in einem Facebook-Beitrag vom 2. November 2022 der Bundesregierung die gezielte Ersetzung des deutschen Volkes durch Migranten und forderte die Entwicklung hin zu einem „*Abschiebeland*":

> „*Pulverfass Migration - voll ist voll. In riesengroßen Schritten treibt unsere Regierung die Selbstzerstörung Deutschlands immer weiter voran. Habeck katapultiert uns zurück in die Steinzeit, Lauterbach nimmt uns die Grundrechte und Frau Faeser ersetzt unser deutsches Volk. Die Aufnahmeeinrichtungen sind voll, deutsche Städte ächzen unter dem massiven illegalen Ansturm, vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, und Frau Faeser reibt sich die Hände und schaut einfach weg. […] Was Deutschland jetzt braucht, ist ein sofortiger Paradigmenwechsel – es muss endlich zu einem Abschiebeland werden.*"[1159]

Der damalige Bundestagsabgeordnete und Leiter der bundesweit tätigen innerparteilichen Gruppierung Russlanddeutsche in der AfD, Eugen Schmidt (NW), entgegnete in einer Instagram-Story vom Juni 2022 auf das Eintreten der Antidiskriminierungsbeauftragten Ferda Ataman für Deutschland als „modernes Einwanderungsland":

> „*Ich sage: Deutschland zu einem modernen Rückführungsland machen!*"[1160]

Am 3. Juni 2022 fand in Bayern unter dem Motto „West trifft Ost" ein „Bayerisch-Brandenburgischer AfD-Infoabend" statt, auf dem Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt

---

[1158] AfD Kreisverband Böblingen: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 23.09.2023, Kanal: „afd_kv_boeblingen", abgerufen am 15.03.2024.
[1159] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 02.11.2022, abgerufen am 04.11.2022.
[1160] Schmidt, Eugen: Instagram-Story vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022.

AfD-Landesvorsitzende und MdL, mittlerweile MdB, BB) in ihrer Rede eine „*Abschiebeoffensive*" forderte.[1161]

Marvin Weber äußerte im Juli 2022 auf Telegram:

> „*Wir brauchen dringend eine Abschiebekultur! Wir sind nicht das Sozialamt der Welt. Wir sind nicht der historische Müllhaufen für alle Verbrechen dieser Welt.*"[1162]

Diese Äußerung spricht explizit von „*Müllhaufen für Verbrechen dieser Welt*", bedeutet aber in der Konsequenz, dass die Menschen, die nach Deutschland migrieren, in den Augen Webers „*Müll*" sind. Er beschreibt sie hier in abschätzigster Weise und spricht ihnen ihre Menschenwürde ab.

Die zitierten Aussagen und Verlautbarungen, die auf Begrifflichkeiten wie „*Abschiebeparty*", „*Abschiebekultur*", „*Abschiebeoffensive*" oder Transformation Deutschlands zu einem „*modernen Rückführungsland*" rekurrieren, sind im Gesamtkontext so zu verstehen, dass sie groß angelegte Rückführungen tendenziell unabhängig von der individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit, sondern orientiert am Herkunftsland anstreben. Die Forderungen beschränken sich nämlich nicht etwa auf die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen und die zeitnahe Rückführung nach einem ablehnenden Bescheid, sondern fußen auf einer vermeintlich grundsätzlichen Inkompatibilität bestimmter Bevölkerungsgruppen und der damit einhergehenden Überfremdung, die es rückgängig zu machen gelte.

In Fortführung dieser Logik fordern viele in der AfD eine sogenannte Remigration. Dieser Begriff wurde insbesondere von der rechtsextremistischen Identitären Bewegung geprägt und vielfach in rechtsextremistischen Kreisen rezipiert. In diesem Kontext meint er eine systematische Rückführung von Menschen mit Migrationsgeschichte. „Remigration" gilt innerhalb der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten als Antwort auf den vermeintlichen Bevölkerungsaustausch.[1163] Dies bietet Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die Menschenwürde, da letztlich die Ausweisung derjenigen Bevölkerungsteile aus Deutschland und Europa gefordert wird, die

---

[1161] Bessin, Birgit: „Bayerisch-brandenburgischer Info-Abend der AfD am 3.6.in München. ‚West trifft Ost'" vom 06.06.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD Kreisverband Bad Tölz", abgerufen am 07.06.2022.

[1162] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.07.2022, abgerufen am 26.07.2022.

[1163] OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.06.2021, OVG 1 N 96/20, juris, Rn. 10; VGH München, Beschl. v. 28.02.2020, 10 CE 19.2517, juris, Rn. 17; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 402.

den ethnokulturellen Kriterien der neurechten Szene nicht entsprechen.[1164] Durch diese Forderung, die primär für völkische Denkmuster spricht (vgl. dazu Kapitel E. I. 1. a.), kommt auch eine migranten- bzw. fremdenfeindliche Grundhaltung[1165] zum Vorschein.

In einem Facebook-Beitrag vom 13. Oktober 2023 schrieb der AfD-Bundesverband:

> *„Wir brauchen keine eingeflogenen Migranten, sondern Abschiebungen und konsequente Remigration!“*[1166]

Am 18. Dezember 2023 ging der AfD-Bundesverband auf Facebook folgendermaßen auf die Forderung nach „Remigration“ ein:

> *„Die #AfD wünscht einen schönen Tag der #Remigration!*
> *Wie heißt es so schön? Man soll die Feste feiern, wie sie fallen. Deshalb feiert die AfD heute mit Ihnen den ‚Tag der Remigration‘ – als Gegenentwurf zum sogenannten ‚Internationalen Tag der #Migranten‘ der Vereinten Nationen. Remigration und konsequente Abschiebungen waren schließlich noch nie so notwendig wie heute: Rund 300.000 ausreisepflichtige Ausländer halten sich rechtswidrig in Deutschland auf, Millionen von Migranten und Pseudoflüchtlingen werden mit ‚#Bürgergeld‘ durchgefüttert oder gar in Luxus-Hotels einquartiert.*
> *Zum Feiern gibt es infolgedessen für die einheimische Bevölkerung immer weniger: Die Messer-Kriminalität explodiert, Weihnachtsmarkte werden zum Gefahrenbereich, Freibäder verwandeln sich in arabische Besatzungszonen. Die als ‚radikal‘ gebrandmarkte Lösung entspricht dabei lediglich dem gesunden Menschenverstand: Geltendes Asyl- und Ausländerrecht muss eingehalten und durchgesetzt werden. Wer für seinen eigenen Lebensunterhalt aufkommt, sich anpasst und unsere Gesetze und Gebräuche respektiert, kann bleiben. Wer dazu nicht bereit oder in der Lage ist, dem weisen wir die Tür. #DeshalbAfD“*[1167]

Anlässlich der Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen veröffentlichten die dortigen Landesverbände der Jungen Alternative im Juli 2024 eine gemeinsame Jugendwahlkampagne unter dem Motto *„Können wir Deutschland noch*

[1164] Vgl. Kapitel E. II. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum, S. 698 ff.
[1165] Vgl. auch VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18, juris, Rn. 134.
[1166] AfD: Facebook-Eintrag vom 13.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1167] AfD: Facebook-Eintrag vom 18.12.2023, abgerufen am 19.12.2023.

retten? JA!“[1168] Die Kampagne besteht insbesondere aus kurzen Instagram-Stories[1169], JA-Wahlvideos[1170], einem Webgame[1171] und einem Musikvideo[1172]. Hierbei werden (vermeintliche) Kernpunkte der Wahlprogramme der AfD-Landesverbände sehr plakativ, vereinfachend und zielgruppengerecht im JA-eigenen Design dargestellt. Die Gesamtverantwortung liegt ausweislich des Impressums bei der JA Brandenburg.[1173] Begleitet wird die Kampagne mit dem Verkauf von Merchandise-Artikeln im JA-nahen Webshop „Patria-Laden“[1174], der vom IB-nahen Unternehmen „Kohorte UG“ betrieben wird.

Ein Element der Kampagne sind in Instagram-Stories hochgeladene 10 bis 15 Sekunden lange Videoclips.[1175] In den Clips werden Alltagssituationen bzw. -themen junger Menschen gezeigt, z. B. im Fitnessstudio, bei der Arbeit, in der gemeinsamen Freizeit beim Mopedfahren. Am Ende wird jeweils ein Wahlslogan genannt und eingeblendet (u. a. *„Mit Remigration beginnen?“*, *„Millionenfach abschieben?“)* und mit dem Ausruf „JA!“ abgeschlossen. Am Ende eines Gesamtvideos aller Clips wird die Verknüpfung zum AfD-Wahlkampf gezogen durch die Frage *„Zur Landtagswahl mit beiden Stimmen AfD wählen? JA!“*

Das im Rahmen der Kampagne veröffentlichte Computerspiel unter dem Titel „DeutschlandRETTER24“ kann gratis im Internetbrowser gespielt werden.[1176] Spielmechanisch handelt es sich dabei um ein simples Puzzlespiel: Der Spieler muss durch Verschieben jeweils drei gleichartige Symbole auf dem Spielfeld in eine Reihe bringen. Diese werden dadurch vom Spielfeld entfernt und bringen dem Spieler Punkte ein. Gestalterisch verbindet das Spiel Inhalte der Kampagne mit teils rechtsextremistischen Motiven aus der Internet-Meme-Kultur. Relevant ist dabei insbesondere die Verwendung des sogenannten Fukken-Memes, das ein Portraitbild eines nicht-weißen Mannes zeigt. Das Bild war als polizeiliches Phantombild eines einer

---

[1168] Deutschlandretten: „Deutschland retten!“ in: www.deutschlandretten.info, ohne Datum, abgerufen am 30.08.2024.
[1169] Deutschlandretter24: Instagram-Storys vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.
[1170] „Wir sagen JA! Aber wozu eigentlich?“ vom 29.07.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Junge Alternative Sachsen“, abgerufen am 29.08.2024.
[1171] Deutschlandretter24: Spiel „Deutschland retten?“, in: www.deutschlandretter24.fun vom 02.08.2024, abgerufen am 02.08.2024.
[1172] Deutschlandretter24: Musik-Video; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.
[1173] Deutschlandretter24: „Impressum“, in: www.deutschlandretter24.fun, abgerufen am 02.09.2024.
[1174] Patria: „Junge Alternative“ vom 30.08.2024, in: www.patria-laden.com, abgerufen am 30.08.2024.
[1175] Deutschlandretter24: Instagram-Storys vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.
[1176] Deutschlandretter24: Spiel „Deutschland retten?“, in: www.deutschlandretter24.fun vom 02.08.2024, abgerufen am 02.08.2024.

Sexualstraftat Verdächtigten entstanden. Der Begriff „Fukken" geht auf die sexuellen Übergriffe im Rahmen der Silvesternacht 2015/16 in Köln (NW) zurück. Bei einem der migrantischen Verdächtigen wurde ein Zettel gefunden, der u. a. dieses Wort enthielt. Aus der Verbindung von Bild und Begriff ist ein häufig durch Rechtsextremisten genutztes Internet-Meme entstanden, das nicht-weiße Männer und im weiteren Sinne Migranten in herabwürdigender Weise pauschal als sexuell übergriffig bzw. als Sexualstraftäter diffamiert. Die korrekte Anordnung dieses Symbols im Spiel bringt dem Spieler dabei Punkte in der Kategorie „*abgeschoben*" ein.[1177]



Laut Anna Leisten (bis zuletzt Beisitzerin im JA-Bundesvorstand und Landesvorsitzende der JA Brandenburg) werden in dem Spiel die eigenen Inhalte in besonderer Weise deutlich. Das „*Hauptproblem*" sei, „*dass unsere Innenstädte und unser Land einfach so aussieht, wie es aussieht*".[1178] Damit bezieht Leisten sich auf die Anwesenheit von Menschen mit vermeintlicher Migrationsgeschichte im Straßenbild. Die

---

[1177] Ebd.

[1178] Leisten, Anna: „#HW-262 ~ Interview mit Anna Leisten (JA-Brandenburg) über die JA-Kampagne: deutschlandretter24.fun"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.08.2024, Kanal: „Honig Clips", abgerufen am 30.08.2024.

JA Thüringen bewarb das Spiel in einer Instagram-Story mit dem Kommentar „*Migrant Crush Saga*".[1179] Damit wird in zweideutiger Weise zum einen Bezug auf das populäre Spiel „Candy Crush Saga" genommen, dem das Spiel der JA nachempfunden ist. Wörtlich übersetzt wird damit jedoch zum anderen auch die Deutung „*Migranten zerstören / zerdrücken / zermalmen*" nahegelegt.

Das dritte wesentliche Element der Kampagne ist ein KI-generiertes Musikvideo mit dem Titel „*Wir schieben sie alle ab!*"[1180] In dem Video wird zu Partymusik eine „*Abschiebeparty*" ausgelassen tanzender Menschen, die das Stereotyp ethnisch deutsch aussehender Personen verkörpern, bei bildlicher Darstellung einer „*Abschiebungs-Airline*" gezeigt, mit der nicht-weiße Menschen abgeschoben werden. Zwischendurch wird eine Versammlung unzähliger Menschen vor dem Brandenburger Tor in Berlin gezeigt, bei der viele blaue Fahnen und Bundesflaggen geschwenkt werden. Das Video wurde von verschiedenen Plattformen gesperrt bzw. depubliziert, jedoch von verschiedensten Kanälen weiter neu veröffentlicht und geteilt und hat bislang Aufrufzahlen im hohen fünfstelligen Bereich.









Der Liedtext lautet auszugsweise wie folgt:

[1179] JA Thüringen: Instagram-Story vom 01.08.2024, abgerufen am 02.08.2024.
[1180] Deutschlandretter24: Musik-Video; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.

> *„Ich hab dieses Gefühl, das wird hier heut nen riesen Ding, das ist die Abschiebeparty, ja das sagt mir mein Instinkt. Heut fliegen alle nach Haus, es hat sich hier keiner benommen, wir sind voll am Feuer, sie werden nie wiederkommen. [...] Das ist JA-Musik, bei uns da brennt jeder Club, es wird gefeiert wie noch nie, schmeiß die Hände in die Luft! Hey, jetzt geht's ab, wir schieben sie alle ab, sie alle! Hey, jetzt geht's ab, wir schieben sie alle ab, sie alle! [...] Die ganze Nacht Party, jetzt fliegt der Talahon nach Haus. Wir haben den Aperol mitgebracht, der Spritzkrieg findet kein Ende. Wir rasten richtig aus, wir schlagen voll über die Stränge. L'amour toujours wird aufgedreht, die Menge, die flippt aus, wir nehmen uns in den Arm und schreien ‚döp dödö döp'! [...] Festung Europa, macht die Grenzen dicht, Festung Europa, macht die Grenzen dicht! Wer es gut mit Deutschland meint, fordert Remigration, millionenfache Remigration."*[1181]

Außerdem wird ein Originalton Martin Sellners eingespielt, der sagt:

> *„unser Feind ist ein System, das uns den Bevölkerungsaustausch, die Islamisierung aufzwingt".*[1182]

Ideologischer Schwerpunkt der „Deutschlandretter"-Kampagne ist die Agitation gegen Migrantinnen und Migranten und die Forderung nach *„millionenfacher Remigration"*. Alle anderen Inhalte der Kampagne werden im Vergleich dazu nachrangig thematisiert. Insbesondere Text und grafische Gestaltung des Musikvideos verdeutlichen, dass die geforderte „Remigration" keine Abschiebungen in einem rechtsstaatlichen Rahmen zur Folge haben sollen, sondern als Ausdruck eines ethnisch-nationalistischen Staatsvolksverständnisses zu deuten sind: Menschen, die in diesem Verständnis nicht als deutsch gelten, müssten demnach massenhaft aus Deutschland abgeschoben bzw. vertrieben werden, um eine weitgehend ethnisch-homogene Volkszusammensetzung zu erreichen.

Der Bundesvorstand der AfD distanzierte sich weder von den Inhalten der Kampagne noch von dem KI-generierten Lied *„Wir schieben sie alle ab!"* Stattdessen wurde durch die JA Brandenburg im August 2024 ein Instagram-Reel veröffentlicht, welches

---

[1181] Ebd.
[1182] Ebd.

den damaligen JA-Bundesvorsitzenden Hannes Gnauck – seit 2024 zugleich Beisitzer im AfD-Bundesvorstand – zeigt, wie er auf das Lied tanzte und dabei ein Schild mit der Aufschrift „*Talahons raus*“ hochhielt.[1183]

Auf der Wahlparty der AfD Brandenburg am 22. September 2024 anlässlich der Landtagswahl Brandenburg 2024 spielten Anwesende das Lied „*Wir schieben sie alle ab!*“ aus der JA-Wahlkampagne. Mehrere anwesende JA-Mitglieder, unter anderem Anna Leisten (zum damaligen Zeitpunkt JA-Landesvorsitzende BB und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand) sangen dazu. Steven Hellmuth (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im Landesvorstand JA ST) hielt ein Schild mit der Aufschrift „*MILLIONENFACH ABSCHIEBEN!*“ hoch.[1184] Die AfD-Bundessprecher Alice Weidel und Tino Chrupalla sowie u. a. Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) und Mary Khan-Hohloch (MdEP, BB) waren auf der Wahlparty anwesend. Peter Boehringer (MdB, BY und stellvertretender AfD-Bundesvorsitzender), Hannes Gnauck (MdB, BB, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und damaliger Vorsitzender der JA), und die AfD-Europaabgeordnete Christine Anderson (HE) befanden sich in unmittelbarer Nähe zu den singenden Teilnehmenden.

Auf der Pressekonferenz der beiden AfD-Bundesvorsitzenden, des AfD-Landesvorsitzenden Brandenburg und des Spitzenkandidaten der AfD in Brandenburg am 23. September 2024 äußerte sich René Springer (MdB, BB) folgendermaßen zu dem Sachverhalt:

> *„Also, dieser Abschiebesong, der gestern gespielt wurde, war Teil der Kampagne der JA Brandenburg, und das ist ja nicht unüblich in Parteien, dass die Jugend Grenzen austestet und dazu gehört das sicherlich auch. Was ich aber nie verstehen werde, ist, wie man sich über einen Song aufregen kann, während man die Forderung der Jusos, die vor einiger Zeit erhoben wurde, bis zum neunten Monat abzutreiben, einfach so dahin plätschert. Also, da verstehe ich auch die Prioritätensetzung der Journalisten nicht. Dagegen ist so ein Song harmlos und die JA hat eine großartige Arbeit im Wahlkampf geleistet und dann sei es ihr vergönnt, dass am Wahlkampfabend eben mal der Song gespielt wird.“*[1185]

1183 JA Brandenburg: Instagram-Eintrag vom 31.08.2024, abgerufen am 02.09.2024.
1184 Journalistische Tweets vom 22.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.
1185 Springer, René: Aussagen in einer Pressekonferenz zu den Wahlergebnissen in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.09.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 23.09.2024.

Tino Chrupalla ergänzte Springer in dem Interview wie folgt:

„Ich meine, Herr Springer hat es ja richtigerweise gesagt. Wir reden hier über die Jugend, auch die hat einen sehr tollen Wahlkampf hier in Brandenburg mit geleistet, auch im Übrigen in den anderen Landtagswahlkämpfen, und auch sie hat ein Recht ausgelassen zu feiern. Ja, und ich meine, es wurde ja erst schon gesagt, sie haben ein Lied gesungen, was in keinster Weise in irgendeiner Art verboten ist oder auf einem irgendeinem Index steht. […] Es ist die Jugend, die auch beteiligt war, die auch gestern bei der Wahlfeier mit dabei war und ich sehe da aktuell zumindest nichts Anstößiges.“[1186]

In einem weiteren Interview bei Phoenix sagte Chrupalla am 23. September 2024:

„Ja, wir haben ja nicht gesagt, dass wir alle abschieben wollen. […] Bitte, eine Überspitzung eines Textes, den auch noch so zu bezeichnen, dass wir damit meinen, alle abzuschieben. Wir wollen die abschieben, die in diesem Land nichts zu suchen haben. Das haben wir ja immer wieder deutlich gemacht und das sind diejenigen, die nicht bleibeberechtigt sind, die ja auch keinen Asylgrund mehr haben, und da reden wir ja auch von 250.000 mindestens. Also das ist der Grund, warum wir sagen, dass die sofort abgeschoben gehören.“[1187]

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk auf das Lied angesprochen, äußerte René Springer (MdB, BB) am 23. September 2024:

„Zunächst muss man feststellen, dass jetzt auch hier in unserem Gespräch wieder über Dinge gesprochen wird, von denen ich annehme, dass sie die allermeisten Bürger überhaupt nicht interessieren. […] wir haben ja nun auch in den Wahlen gezeigt, dass, wo übrigens dieser Abschiebesong Teil auch der Kampagne unserer Jugendorganisation war, dass wir damit einen deutlichen Wählerzuwachs erzielen konnten. Und wenn ich so mit den Menschen spreche, am Rande von Wahlveranstaltungen, am Rande von Bürgerdialogen, dann ist es genau, was die Leute wollen. Sie wollen Ordnung haben. Sie wollen, dass das Migrationschaos beendet wird. Und sie wollen, dass abgeschoben wird. […] Wir reden hier von der Jugendorganisation der AfD. Diese Jugendkultur hat eben

---

[1186] Chrupalla, Tino: Aussagen in einer Pressekonferenz zu den Wahlergebnissen in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.09.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 23.09.2024.

[1187] Chrupalla, Tino: Aussagen in einem Interview zur Landtagswahl in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.09.2024, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 23.09.2024.

eigene Mittel und Wege, um Wähler anzusprechen. Und wenn wir sehen, dass heute ein so großer Teil der Jungwähler sich für die AfD entscheidet, hat das ja offenbar auch gut funktioniert."[1188]

Die Äußerungen Chrupallas und Springers stellen keine Distanzierung zu dem Sachverhalt dar. Chrupallas Aussagen, die Jugend habe ein Recht, ausgelassen zu feiern und er sehe aktuell nichts Anstößiges und dass er dabei sogar den Einsatz der JA im Wahlkampf hervorhebt, lassen hingegen erkennen, dass er das Verhalten der JA ohne Konsequenzen duldet und gutheißt. Den Liedtext, es sollten „*alle*" abgeschoben werden, hält er für eine Überspitzung, trotz des bei der Wahlparty gezeigten Schildes „*MILLIONENFACH ABSCHIEBEN!*" und des im Gesamtzusammenhang des Lieds insoweit eindeutigen weiteren Textes. Hierauf geht er nicht ein, stattdessen behauptet er, es sollten „*nur*" 250.000 Menschen mindestens abgeschoben werden. Zum Stichtag 30. Juni 2024 waren in Deutschland insgesamt 226.882 Personen ausreisepflichtig, davon waren 44.155 Personen ohne Duldung.[1189] Die Forderung nach „*mindestens 250.000*" oder gar „*millionenfach[en]*" Abschiebungen, wie sie in der Kampagne der JA gefordert werden, geht also weit über den Kreis der tatsächlich ausreisepflichtigen Personen hinaus und weist darauf hin, dass der Aufenthaltsstatus nicht als Grundlage für die Forderung nach Abschiebungen herangezogen wird.

Chrupalla und Springer äußern sich neutral bis positiv über das Lied, dessen Wirkung und das Singen auf der Wahlparty. Die bei der Pressekonferenz neben Chrupalla sitzende Co-Vorsitzende Alice Weidel nahm zu der Angelegenheit nicht Stellung. Es kann daher angenommen werden, dass die AfD-Bundesvorsitzenden und der Landesvorsitzende Brandenburgs fremdenfeindliches Verhalten der JA und der AfD akzeptieren. Angesichts des eindeutig rechtsextremistischen Inhalts wäre jedoch eine ausdrücklich distanzierende Positionierung erforderlich, um einer Zurechnung zum Bundesverband entgegenzutreten. Die Äußerungen belegen demgegenüber vielmehr die zustimmende Haltung der bedeutendsten Führungspersonen der AfD.

Der Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) veröffentlichte am 23. September 2024 einen Tweet mit einem Screenshot eines WELT-Artikels („AfD-Anhänger grölen Song auf Wahlparty – ‚Wir schieben sie alle ab'") und schrieb dazu:

[1188] Springer, René: Aussagen in einem Interview zur Landtagswahl in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.deutschlandfunk.de, abgerufen am 23.09.2024.
[1189] Bundestagsdrucksache 20/12626 vom 22.08.2024, S. 23.

> *„Wir leben halt unsere Überzeugungen! #abschieben“*[1190]

Dominik Kaufner (MdL BB) sendete von dem Beitrag einen Retweet.

Im Oktober 2024 wurde medial bekannt, dass der AfD-Landesverband Brandenburg mittlerweile hinsichtlich des KI-generierten Lieds eine strafbewehrte Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung abgegeben hat. Der AfD-Landessprecher René Springer (MdB, BB) informierte demnach die Mitglieder in einem Schreiben darüber, dass die Partei zur Vermeidung von Vertragsstrafen verpflichtet sei,

> *„es zu unterlassen, den Text des streitgegenständlichen ‚Abschiebeliedes', Teile oder Abwandlungen mit der Komposition ‚Das geht ab' zu verbinden, zu vervielfältigen, öffentlich wiederzugeben, öffentlich aufzuführen oder mit Filmwerken zu verbinden“.*[1191]

Diese parteiinterne Anordnung, das Lied nicht weiter zu nutzen, beruhte damit nicht auf einer inhaltlichen Distanzierung, sondern ausschließlich auf dem Ziel, eine zivilrechtliche monetäre Inanspruchnahme zu vermeiden.

Am 9. April 2024 veröffentlichte Bernhard Zimniok (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BY) auf X (ehemals Twitter) einen Beitrag, in dem er ebenfalls forderte, *„millionenfach ab[zu]schieben“* und sich für die Abschaffung des *„Individualrechts auf Asyl“* aussprach:

> *„Nachdem aus der #Kriminalstatistik erneut die massive Migrantenkriminalität hervorgeht, kommen wieder die üblichen Forderungen, vor allem nach mehr Polizei und Überwachung. Ergo soll das bewusste (!) Versagen der Altparteien in der Migrationspolitik den weiteren Ausbau des Überwachungsstaats rechtfertigen. Das muss jeder Demokrat ablehnen. Es ist doch offensichtlich, was das Problem ist: die Massenmigration von Kulturfremden. Die Folgen sind ebenso offensichtlich: Grenzen endlich dicht machen und millionenfach abschieben. Wir brauchen eine drastische Reform der Migrationspolitik, die u. a. ein Ende des Individualrechts auf Asyl beinhaltet. Nur so wird man diesem Problem Herr. Das ist lange bekannt, die Altparteien verweigern diese Lösungen aber trotzdem. Daher: #AfD wählen - oder untergehen.“*[1192]

[1190] Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 23.09.2024, abgerufen am 24.09.2024.
[1191] ZDF: „AfD darf ‚Abschiebe-Lied' nicht mehr spielen“ vom 08.10.2024., in: www.zdf.de, abgerufen am 06.11.2024.
[1192] Zimniok, Bernhard: Tweet vom 09.04.2024, abgerufen am 26.06.2024.

Bereits am 5. September 2023 teilte die Junge Alternative Sachsen auf Facebook einen Screenshot eines naturwissenschaftlichen Artikels anlässlich der negativen biologischen Auswirkungen invasiver Arten für die heimische Flora und Fauna. Diesen kommentierte sie mit der pauschalen Forderung: *„Aha. #Remigration“*[1193] und bezieht die zitierten Äußerungen des Weltbiodiversitätsrats damit offenkundig in migrationsfeindlicher Weise auf Migrantinnen und Migranten.

In einem Facebook-Beitrag vom 24. Oktober 2023 forderte Alice Weidel (Co-Bundesvorsitzende und MdB, BW) die Remigration:

> *„Deutschland braucht eine Remigrationspolitik aus einem Guss und nicht nur einzelne Absichtserklärungen, die absehbar folgenlos bleiben werden.“*[1194]

Dirk Spaniel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW)[1195] veröffentlichte auf seinem Telegram-Kanal eine Grafik mit der Aufschrift *„Es kann nur eine Lösung geben: REMIGRATION“*.[1196]

Der damalige stellvertretende Bundesschatzmeister und damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel erklärte im Oktober 2023 auf der Onlineplattform X:

> *„Syrer, Afghanen, Iraker sind massiv überrepräsentiert bei Messertätern, die durch die Bundespolizei erfasst werden. Hierfür gibt es eine einzige Lösung: die #Remigration.“*[1197]

Gunnar Beck (zu dem Zeitpunkt MdEP, NW) sprach sich in einem Tweet ebenfalls für „Remigration“ aus. Diese sei der *„einzige Weg, unser Land noch zu retten“*.[1198]

Auch das Mitglied der AfD-Bundesprogrammkommission Harald Laatsch (MdA) äußerte sich in einem Tweet zum Thema „Remigration“ und sagte:

> *„Bei uns ist #Remigration schon lange Programm, was soll da neu sein?“*[1199]

Miguel Klauß (MdL BW) forderte im August 2022 die *„Remigration“* von Flüchtlingen aus finanziellen Gründen:

[1193] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 05.09.2023, abgerufen am 13.09.2023.
[1194] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 24.10.2023, abgerufen am 17.11.2023.
[1195] Dirk Spaniel ist im Oktober 2024 aus der AfD ausgetreten.
[1196] Spaniel, Dirk: Telegram-Beitrag vom 08.06.2023, abgerufen am 12.06.2023.
[1197] Weyel, Harald: Tweet vom 10.10.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[1198] Beck, Gunnar: Tweet vom 17.08.2022, abgerufen am 17.08.2022.
[1199] Laatsch, Harald: Tweet vom 29.12.2023, abgerufen am 18.01.2024.

„Nach all den Milliarden Kosten für die arbeitende Bevölkerung muss man sich die Frage stellen, ob wir es uns noch leisten können, Milliarden € für Flüchtlinge im Hartz4 System auszugeben. #Remigration jetzt“[1200]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) veröffentlichte am 10. November 2023 auf Instagram ein Foto, auf welchem er gemeinsam mit Peter Bohndorf (zum damaligen Zeitpunkt Kreissprecher der AfD Dortmund und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Dortmund, seit 2025 MdB, NW), Heiner Garbe (zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender Kreissprecher AfD Dortmund und Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Dortmund) und Bernd Hempfling (stellvertretender Kreissprecher AfD Dortmund) ein Stoffbanner mit folgendem Textaufdruck trägt:

„Remigration jetzt!“[1201]

Die gleiche Forderung stellte Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) in einem Facebook-Beitrag vom 8. November 2023:

„Grenzen dicht – Remigration jetzt!!“[1202]

Ähnlich apodiktisch äußerte sich Tomasz Froelich (damals stellvertretender JA-Bundesvorsitzender und seit Juni 2024 MdEP, HH) in einem Tweet vom 26. Dezember 2023 das Vorhaben der Ausweisung deutscher Staatsbürger im Rahmen einer „*Remigration*“, indem er auf die Schlagzeile eines BILD-Artikels („Bei AfD-Kanzler will jeder siebte Deutsche auswandern“) schrieb:

„‚Will?‘ Muss!
#Remigration“[1203]

Der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete René Bochmann forderte in einem Facebook-Eintrag eine „*Remigrationsoffensive*“:

„Unser Parteivorsitzender Tino Chrupalla verlangt zurecht dass das Asylrecht zur Disposition gestellt werden muss, wenn es nicht im deutschen Interesse funktioniert. Eine Remigrationsoffensive ist unseres Erachtens darüber hinaus nötig!“[1204]

[1200] Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 01.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.
[1201] Helferich, Matthias: Instagram-Eintrag vom 10.11.2023, abgerufen am 13.11.2023.
[1202] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 08.11.2023, abgerufen am 10.11.2023.
[1203] Froelich, Tomasz: Tweet vom 26.12.2023, abgerufen am 17.01.2023.
[1204] Bochmann, René: Facebook-Eintrag vom 01.06.2023, abgerufen am 06.06.2023.

Martin Böhm (MdL BY und stellvertretender Fraktionsvorsitzender) äußerte am 5. März 2024 auf Facebook anlässlich eines Artikels, der über mehrfach positiv beschiedene Asylverfahren berichtete:

> *„Um das weitere Ausbluten unseres Heimatlandes und die konzertierte Zerstörung der Zukunft unserer Kinder zu verhindern, gibt es nur einen Weg: REMIGRATION."*[1205]

Eugen Schmidt (zu diesem Zeitpunkt MdB, NW) kommentierte in einem Facebook-Post die Forderungen des – wegen rassistischer Äußerungen rechtskräftig verurteilten – damaligen französischen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour und bediente sich dabei fremdenfeindlicher und völkischer Begrifflichkeiten:

> *„Gute Idee aus #Frankreich: Der französische Präsidentschaftskandidat Eric #Zemmour hat die Bildung eines Ministeriums für Remigration vorgeschlagen, welches jährlich rund 100.000 ‚unerwünschter Ausländer' abschieben soll. #Zemmour sagte, dass er die französische Identität durch den ungebremsten Bevölkerungsaustausch bedroht sieht und diesen deshalb sofort stoppen will. Ich übe scharfe Kritik an Zemmour. Frankreich sollte nicht 100.000, sondern 150.000 illegale Migranten pro Jahr abschieben! […] Auch hierzulande leben Hunderttausende Migranten, die nicht zu unserer Kultur passen und den Sozialstaat massiv belasten. Die deutsche Identität ist durch die Masseneinwanderung massiv bedroht. […] Wir wünschen unseren Freunden in Frankreich bei den anstehenden Wahlen viel Erfolg und hoffen, dass auch bei uns mehr Menschen beginnen, die alles zerstörende Migrationspolitik zu hinterfragen."*[1206]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) bot sich im Oktober 2022 als „*Remigrationsbeauftragter*" an und schrieb hierzu:

> *„+++ Helferich wird Remigrationsbeauftragter +++ […] Es scheint, als habe die Union vergessen, wer 2015/2016 die Grenzen offen ließ und Deutschland der Massenmigration schutzlos auslieferte."*[1207]

[1205] Böhm, Martin: Facebook-Eintrag vom 05.03.2024, abgerufen am 25.06.2024.
[1206] Schmidt, Eugen: Facebook-Eintrag vom 25.03.2022, abgerufen am 06.04.2022.
[1207] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 13.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.

Die dargelegten Forderungen, fiktiv in der Schaffung des Amtes eines *„Remigrationsbeauftragten"* gipfelnd, legen nahe, dass eine systematische Rückführung ganzer Bevölkerungsgruppen beabsichtigt ist. Die Ausführungen sind also kaum als bloße Befürwortung einer konsequenten Abschiebung illegal in Deutschland aufhältiger Personen zu verstehen.

Auch die Junge Alternative Sachsen skizziert in einem Facebook-Beitrag unter Verweis auf einen eingestellten Artikel über den Anstieg illegaler Migration ein Bedrohungsszenario durch Überfremdung, in welchem sie abschließend durch Hashtags die Forderung nach Remigration und einer Festung Europa untermauert:

> *„Der Massenansturm steigt und steigt. Niemand stellt sich dieser Invasion entgegen. Das deutsche Sozialsystem wird rücksichtslos ausgeplündert. Nur die #AfD kann diesen Wahnsinn beenden, Deutschland beschützen und unseren Wohlstand, unsere Heimat und unsere Sicherheit verteidigen. Nur die AfD steht für #UnserVolkZuerst. Nur die AfD ist für eine #FestungEuropa, für #Remigration und eine #Abschiebeoffensive. Deshalb #nurnochAfD #Jetzt AfD #NieWiederAltparteien #Wende20"*[1208]

Die AfD Brandenburg veröffentlichte ein Positionspapier zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, in dem sie u. a. ebenfalls die Einrichtung eines *„Rückführungsministerium[s]/Ministerium[s] für Remigration"*[1209] vorsieht.

Der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Christoph Maier veröffentlichte am 18. August 2022 einen Facebook-Eintrag, in dem er eine *„Remigrationsoffensive"* forderte:

> *„Die AfD fordert eine Remigrationsoffensive. 77 Tatverdächtige eines Gewaltdelikts in Memmingen konnte die Polizei im Jahr 2021 ermitteln. Darunter befinden sich 35 nichtdeutsche Tatverdächtige. Damit sind Ausländer fast für die Hälfte aller Gewaltdelikte in der Stadt verantwortlich! Personen, die einen deutschen Pass besitzen, aber einen Migrationshintergrund haben, werden in den Statistiken der deutschen Bevölkerung zugerechnet."*[1210]

[1208] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 09.09.2023, abgerufen am 13.09.2023.
[1209] Landesvorstand der AfD Brandenburg: Positionspapier „Festung Brandenburg. Aufnahmestopp ist Heimatschutz" vom 05.05.2023.
[1210] Maier, Christoph: Facebook-Eintrag vom 18.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.

In ähnlicher Weise argumentierte auch Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) im Juni 2022 auf Instagram für die „*Remigration*" von Ausländern wegen deren „*überproportional[er]*" Beteiligung an „*Straftaten mit Schusswaffen*":

> „*Ausländer an Straftaten mit Schusswaffen überproportional beteiligt +++ […] Laut Mitteilung des Innenministeriums sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Berichtsjahr 2021 nahezu 8.000 Schusswaffenstraftaten erfasst. Fast jede dritte Tat, bei der mit einer Schusswaffe gedroht worden ist, ist von einem Ausländer begangen worden. Und das obwohl der Ausländeranteil in Deutschland lediglich bei 13 Prozent liegt. Fremde sind damit bei Straftaten mit Schusswaffen, wie auch in vielen weiteren Deliktfeldern, überproportional tatverdächtig. Unsere Antwort darauf? Remigration!*"[1211]

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 4. August 2023 äußerte Julian Flak (stellvertretender Vorsitzender des Bundeskonvents, stellvertretender Vorsitzender AfD SH) in seiner Rede:

> „*Liebe Freunde, es ist völlig egal, ob man das Ganze jetzt Abschiebeoffensive nennt, Negativeinwanderung oder schlicht Remigration und damit ein natürlich ganz aufgeregtes Rechtsruck-Tourette beim obersten Regierungsschützer Haldenwang auslöst und bei irgendwelchen GEZ-Experten. Wichtig ist nur, wer in Deutschland nichts zu suchen hat, der soll Deutschland verlassen.*"[1212]

Auch hier ist die Aussage so zu verstehen, dass die Forderung sich nicht nur auf Personen ohne Fluchtgrund beschränkt, sondern weit darüber hinaus auf eine pauschale Rückführung von Zugewanderten zielt. Begriffe wie „*Abschiebeoffensive*", „*Negativeinwanderung*" oder „*Remigration*", zumal in einer solchen Addition, lassen darauf schließen, dass es zuvorderst – ohne individuelle Prüfung – um bloße Reduktion des migrantischen Bevölkerungsanteils in Deutschland geht.

Anna Leisten, zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzende der JA Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand, schlug in einem Tweet eine von der JA geplante „*Remigrationstour*" durch Deutschland vor:

[1211] Helferich, Matthias: Instagram-Post vom 22.06.2022, abgerufen am 22.06.2022.
[1212] Flak, Julian: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 04.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.08.2023. [Videosequenz ab 08:13:24]

„Soll die @JA_Deutschland auch eine Remigrationstour durch die Bundesrepublik planen? Remigrationsbus mit z.B. @Hannes_Gnauck und @TomaszFroelich am Steuer... Was meint ihr? Vielleicht noch diesen Sommer? Schreibt es in die Kommentare."[1213]

Der damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (MdB, BB) sowie der seinerzeitige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende und AfD-Listenkandidat für die Europawahl 2024 Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) verbreiteten diesen Tweet weiter bzw. antworteten wohlwollend auf die Idee.

Gnauck unterstützte auch selbst in eigenen Beiträgen das Konzept einer pauschalen Remigration. So schrieb er am 23. September 2023 auf X:

„Ich bin strikt gegen eine Obergrenze beim Thema #Migration. Jeder Fremde mehr in diesem Land ist einer zu viel. Wir brauchen eine stringente #Remigration von denen, die hier sind."[1214]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) veröffentlichte zudem einen fremdenfeindlichen Tweet, in dem er eine Aktion von Rechtsextremisten wohlwollend kommentierte. Im März 2023 wurde in der Düsseldorfer Ellerstraße ein zusätzliches Straßenschild auf Arabisch angebracht. Rechtsextremistische Aktivisten überklebten das arabische und deutsche Straßenschild mit *„Karl-Martell-Straße"*. Krah veröffentlichte ein Bild des Schildes und äußerte sich wie folgt:

„Die einzig richtige Aktion gegen das erste arabischsprachige Straßenschild Deutschlands, die Ellerstraße in Düsseldorf. mehr Karl Martell wagen!"[1215]

[1213] Leisten, Anna: Tweet vom 08.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.
[1214] Gnauck, Hannes: Tweet vom 23.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.
[1215] Krah, Maximilian: Tweet vom 27.03.2023, abgerufen am 30.03.2023.



Der fränkische Heerführer Martell (um 690 bis 741) wird vielfach von Rechtsextremisten als „Retter des Abendlandes" gefeiert und beispielsweise im rassistischen „Manifest" des norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik idealisiert. Unter Martells Kommando wurden 732 in der Schlacht von Tours und Poitiers die von der iberischen Halbinsel vorgestoßenen „Mauren" geschlagen. Im 18./19. Jahrhundert wurde dieser Sieg zu einer „Rettung Europas" stilisiert. Im Zusammenhang mit der Darstellung, die einen Ritter zeigt, der mit einer Lanze drei Menschen vor sich hertreibt, ist die Aussage *„einzig richtige Aktion"* so zu verstehen, dass die gewaltsame Vertreibung arabischstämmiger Personen befürwortet wird.

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte auf Facebook am 10. Juli 2023 ein Foto neuer Sticker des Landesverbands mit der Aufschrift *„Remigration ist unsere Mission"*.[1216]

Die Junge Alternative Ostküste (Regionalverband der JA Schleswig-Holstein) schrieb am 30. August 2024 im Zusammenhang mit der Abschiebung von 28 Straftätern nach Afghanistan auf X u. a.:

> *„In diesem Moment übertreten Heerscharen an weiteren Straftätern die Grenze"*.[1217]

Der Landesverband der JA Schleswig-Holstein kommentierte dazu:

1216 Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 10.07.2023, abgerufen am 12.07.2023.
1217 Junge Alternative Ostküste: Tweet vom 30.08.2024, abgerufen am 25.09.2024.

„#Remigration bis die Startbahnen glühen!“[1218]

Flüchtlinge und Migranten werden durch die Bezeichnung *„Heerscharen an Straftätern“* in fremdenfeindlicher Weise diffamiert und verächtlich gemacht. Die Forderung nach *„Remigration bis die Startbahnen glühen“* deutet in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine pauschale, nicht an rechtsstaatlichen Kriterien orientierte Abschiebepraxis gefordert wird.

Nachdem im Januar 2024 das Medium CORRECTIV eine Recherche veröffentlicht hatte, wonach es ein vertrauliches Vernetzungstreffen stattfand, bei dem u. a. AfD-Mitglieder mit Martin Sellner dessen „Masterplan“ zur Remigration diskutierten, äußerte René Springer (MdB, BB) als Reaktion:

> *„Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach.*
> *Das ist kein #Geheimplan. Das ist ein Versprechen.*
> *Für mehr Sicherheit. Für mehr Gerechtigkeit. Für den Erhalt unserer Identität.*
> *Für Deutschland.“*[1219]

Im Juli[1220]und August 2024[1221] erneuerte Springer die Forderung nach *„millionenfache[r] Remigration“*:

> *„Remigration oder Bürgerkrieg auf Raten. Das sind die einzigen zwei Optionen, für England wie für uns. Deshalb: Mut zu Deutschland, Mut zur millionenfachen Remigration!“*[1222]

Ebenfalls bezogen auf die Berichterstattung über das Treffen in Potsdam veröffentlichte Miguel Klauß (MdL BW) folgenden Beitrag auf X:

> *„Wieso Geheimplan gegen Deutschland? Es ist ein Plan für Deutschland. Mio fach Abschiebungen von illegalen Migranten ist richtig und wichtig. Wir haben auch passend dazu den legendären @Abschiebekalender. Nur noch #AfD“*[1223]

Dem Tweet angehängt war ein Foto der Titelseite des genannten *„Abschiebekalenders“*, welcher von der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg publiziert wurde. Unter dem Titel *„Die 12 schönsten Abschiebeflieger“* zeigt dieser monatlich

---

[1218] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Tweet vom 30.08.2024, abgerufen am 25.09.2024.
[1219] Springer, René: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 11.01.2024.
[1220] Springer, René: Tweet vom 31.07.2024, abgerufen am 01.08.2024.
[1221] Springer, René: Tweet vom 03.08.2024, abgerufen am 05.08.2024.
[1222] Ebd.
[1223] Klauß, Miguel: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 11.01.2024.

wechselnde Bildbeiträge von Flugzeugen mit unterschiedlichen Abschiebeforderungen. Insbesondere die Titel der Monate Januar („*Abflug statt Sozialbetrug!*"), März („*Deutschland zuerst heißt Remigration*"), November („*Euer Urlaub ist vorbei. Wir bringen euch nach Hause*") und Dezember („*Abschieben bedeutet Sicherheit für die eigene Bevölkerung*") richten sich explizit an Migrantinnen und Migranten.

Einen ähnlichen Tweet mit einem Bildbeitrag der AfD Thüringen verbreitete der AfD-Bundesverband am 25. August 2024 anlässlich des Landtagswahlkampfs in den östlichen Bundesländern. Der Bildbeitrag zeigt ein Flugzeug mit der Aufschrift „*Abschiebe-Hansa*"; als Pilot fungiert Björn Höcke (MdL TH). Die Grafik enthält einen Textaufdruck mit den Worten „*Der Osten machts! Sonne. Sommer Remigration*"[1224]:



Das Bild kommentierte der AfD-Bundesverband mit folgender Äußerung:

[1224] AfD: Tweet vom 25.08.2024, abgerufen am 06.09.2024.

„*Auf in den Endspurt: In einer Woche wird in #Sachsen & #Thüringen" ein neuer Landtag gewählt! Wer genug hat von staatlich verordneter #Vielfalt, Islamisten & #Solingen: #JetztAfD*"[1225]

Die belustigende Darstellung von Abschiebeszenarien lässt erkennen, dass die AfD Thüringen einzelfallbezogene Prüfvorgänge unter Beachtung der Menschenwürde von Ausreisepflichtigen nicht anstrebt. Abschiebung wird vielmehr als ein banaler Vorgang dargestellt, der mit uneingeschränkt positiven Begriffen wie Sommer und Sonne assoziiert und letztlich mit der „Remigration" als Ziel verknüpft wird.

Die JA Dresden (SN) forderte am 18. September 2021 in einem Facebook-Beitrag über die Ablehnung aller Asylanträge wohl auch die Abschiebung von weiteren Personen mit Migrationsgeschichte – so suggeriert es die Forderung nach einer „*Asylobergrenze von MINUS 200.000*":

> „*Nein zu weiterer Massenmigration aus inkompatiblen, kulturfremden Ländern. Denn eine solche Migration ist statistisch gefährlich und kann tödlich enden. Wir sagen daher: Abschieben statt Aufnehmen weiterer Migranten! Für uns gilt auch weiterhin eine Asylobergrenze von MINUS 200.000!*"[1226]

Letzteres spielt auf die bereits im sogenannten Deutschlandplan erhobene Forderung nach einer Minuszuwanderung von mindestens 200.000 Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit pro Jahr an, deren Umsetzung gegen das Grundgesetz verstoßen würde.[1227]

Auch Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, BB,) äußerte sich auf dem Familienfest in Neuruppin (BB) am 15. September 2024 auf ähnliche Weise, erhöhte jedoch die geforderte Zahl der Obergrenze auf „*minus eine halbe Million im Jahr*":

> „*Aber wir werden auch jeden dahergelaufenen Scheinasylanten wieder konsequent wieder in sein Heimatland zurückführen, wenn er hier Straftaten begeht. [...] Deswegen haben diese Leute [Anm.: Migranten der zweiten und dritten Generation] nämlich auch keine Lust auf Sozialschmarotzer und wählen eben auch*

1225 Ebd.
1226 Junge Alternative Dresden: Facebook-Eintrag vom 18.09.2021, abgerufen am 17.03.2023.
1227 Vgl. auch VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 351 f.; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 287.

> *die AfD. […] Und mittlerweile wird ja auch wieder über irgendwelche Obergrenzen diskutiert. Diese patriotische CDU, CSU, diese Vaterlandsverräter, die diskutieren über eine Obergrenze von 200.000 neuen Leuten im Jahr. Söder sagt 100.000 Neue. Ja, Chinesen oder Japaner, das wäre ja noch in Ordnung. Ich sage euch mal, wo meine Obergrenze ist. Meine Obergrenze, die ist nicht bei 200.000, meine Obergrenze ist nicht bei null im Jahr, meine Obergrenze ist bei minus einer halben Million im Jahr!"*[1228]

Auf dem Familienfest am 20. September 2024 in Eberswalde (BB) wiederholte Gnauck seine Äußerung zur „*Obergrenze*" von „*minus einer halben Million im Jahr*".[1229] Indem er äußert, Chinesen oder Japaner noch zu akzeptieren, wird im Übrigen deutlich, dass die von ihm avisierten Abschiebungsvorhaben auch ethnisch-abstammungsmäßig begründet sind und sich speziell gegen Zuwandernde aus dem afrikanischen Raum richtet.

Am 29. Oktober 2024 forderte Lena Kotré (MdL BB) auf X die „*millionenfache Remigration*" Asylsuchender:

> *„Dresdner AfD-Anfrage offenbart: Die Betreuung von 219 unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden kostete die Stadt 2023 insgesamt 15,4 Millionen Euro-70.000 Euro pro Person. Gleichzeitig erzielt die Rückkehrberatung ‚kaum Erfolge'. Genug davon! Wir brauchen eine millionenfache Remigration und das erreichen wir am besten durch die Privatisierung der Abschiebungen. Im Landtag Brandenburg werden wir hierzu bald die ersten Schritte unternehmen. Ob in Sachsen oder Brandenburg: Asylmissbrauch stoppen! Unser Geld für unsere Leute!"*[1230]

Marvin Weber, AfD-Kreisvorsitzender Paderborn (NW), schrieb am 11. Januar 2024 auf Telegram:

> *„REMIGRATION ist die Befreiung von der Herrschaft des Unrechts und zugleich die Befreiung Deutschlands von Millionen Illegalen, die gemäß unseres Asylrechts niemals hier sein dürften. Gewalttäter, Klaubanden, Clans, Sozialstaatsplünderer, Intensivtäter und sonstige Raketenwissenschaftler der Dritten Welt*

[1228] Gnauck, Hannes: Rede auf dem Familienfest in Neuruppin vom 15.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.09.2024, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 16.09.2024.
[1229] Gnauck, Hannes: Rede auf dem Familienfest in Eberswalde vom 20.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.09.2024, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 23.09.2024.
[1230] Kotré, Lena: Tweet vom 29.10.2024, abgerufen am 11.11.2024.

müssen schnellstmöglich zurück in ihre Heimat gebracht werden. Wir Deutschen haben es satt mit Millionen Leuten aus Nahost und Afrika übervölkert zu werden, die zum Teil keinerlei Dankbarkeit zeigen, sich nicht integrieren und uns auf allen Ebenen nach unten ziehen wie ihr Land, aus dem sie gekommen sind! Statt freiheitliches Denken herrscht der Islam, statt Sicherheit regiert Unsicherheit, statt Wohlstand regiert die Zerstörung des Sozialstaats, der deutschen Kultur und des Zusammenhalts hin zu einer zersplitterten, ‚bunten' Gesellschaft ohne Identität!"[1231]

Der AfD-Kreisverband Ludwigsburg (BW) teilte einen Beitrag des Bundestagsabgeordneten Martin Hess (BW) zu der Eröffnung einer Landeserstaufnahmestelle für Geflüchtete:

> *„Was hier in meinem Wahlkreis passiert, steht sinnbildlich für die Flüchtlingspolitik in Deutschland. Die Ängste der Bürger werden ignoriert, verantwortliche Politiker winden sich, aus Angst, dass man sie als #Rassisten bezeichnen könnte, und die Regierung macht, was sie will. Was sich nur die #AfD zu sagen traut: In und um Landeserstaufnahmestellen wird es ungemütlich. Die Lärmbelästigung steigt und natürlich auch die Kriminalität. Im gleichen Maße sinkt das Sicherheitsgefühl der benachbarten Bürger. Deshalb spreche ich mich klar gegen eine LEA [Anm.: Landeserstaufnahmeeinrichtung] in meiner Nachbarschaft aus. #Remigration statt #Migration, das ist der einzig richtige Weg."*[1232]

Der Ortsverband Göppingen (BW) veröffentlichte auf Facebook folgenden Beitrag und forderte *„Nein zum #Bevölkerungsaustausch! Ja zu #Remigration!"*[1233]. Zudem forderte der AfD-Ortsverband Göppingen (BW) am 24. Februar 2023 in einem Post, der den damaligen AfD-Bundesschriftführer Carlo Clemens (MdL NW) zitierte, erneut „*Remigration*" anstatt mehr Zuwanderung.[1234]

Der AfD-Kreisverband Bonn (NW) schrieb auf Facebook:

[1231] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 11.01.2024, abgerufen am 16.01.2024.
[1232] AfD KV Ludwigsburg: Facebook-Eintrag vom 17.03.2023, abgerufen am 11.07.2023.
[1233] AfD OV Göppingen: Facebook-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.07.2023.
[1234] AfD OV Göppingen: Facebook-Eintrag vom 24.02.2023, abgerufen am 11.07.2023.

„+++ Wie begeht die AfD den ‚Internationalen Tag der Migranten'? +++ […] Na, mit einer stabilen Flugblattaktion natürlich! […] Eines Tages werden wir vielleicht den ‚Nationalen Tag der Remigration' feiern."[1235]

In weiteren Facebook-Einträgen wiederholte der AfD-Kreisverband Bonn (NW) abermals die Forderung nach einer „Remigration." [1236]

Die AfD Kehl (BW) kommentierte das Vorhaben des Oberbürgermeisters der Stadt Kehl, die Anzahl der vor Ort abgeordneten Bundespolizisten aufzustocken, mit der Aussage:

„Zuwanderung beenden. Remigration beginnen." [1237]

Der AfD-Kreisverband Ortenau (BW) teilte den Beitrag. [1238]

Die AfD Sachsen teilte mehrere Facebook-Beiträge und kommentierte diese mit dem Wort *„Remigration"*.[1239]

Der auf Listenplatz 24 der Kandidatenliste für die Europawahl gewählte Michael Schumann (Mitarbeiter der AfD-Bürgerschaftsfraktion HH und Vorsitzender der JA HH) äußerte in seiner Bewerbungsrede am 5. August 2023:

„Ich bin in Hamburg geboren und aufgewachsen und deshalb können Sie mir ruhig vertrauen wenn ich von deutschen Minderheiten spreche. Wir haben Stadtteile, in denen der Migrationsanteil an Schulen bei über 90% liegt. Kein Wochenende vergeht oder Schießerei, Messerstecherei oder Vergewaltigung. Und ich brauche Ihnen gar nicht zu erklären, welche Bevölkerungsgruppen hier überproportional vertreten sind, das wissen Sie genauso gut wie ich. Das ist Folge einer fatalen, desaströsen Einwanderungspolitik, deswegen sage ich, solange es noch möglich ist, und ich betone: noch möglich ist, müssen wir diese Masseneinwanderung stoppen und die Remigration starten. Und ich muss zugeben, ich finde es etwas erstaunlich, dass manche Vertreter der deutschen Wirtschaft noch nicht ganz verstanden haben, in welche Richtung der Wind weht. Denn Unternehmen wie etwa Airbus sollten nicht beim CDU-Parteitag mit

---

[1235] AfD Bonn: Facebook-Eintrag vom 18.12.2022, abgerufen am 11.07.2023.
[1236] AfD Bonn: Facebook-Einträge vom 04.01.2023 und 28.03.2023, abgerufen am 11.07.2023.
[1237] AfD Kehl: Facebook-Eintrag vom 20.01.2023, abgerufen am 11.07.2023.
[1238] Ebd.
[1239] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 05.05.2023, abgerufen am 09.05.2023. Facebook-Eintrag vom 05.06.2023, abgerufen am 05.06.2023.

sponsern, sondern sie sollten hier sein und uns ihre Pläne für die dringend notwendige Remigrations-Flotte vorstellen!"[1240]

Auch der Co-Bundesvorsitzende der Christen in der AfD und ehemalige Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme (SN) positionierte sich auf der Europaversammlung unter Verwendung des Begriffs „*Remigration*":

> „*Liebe Freunde, was ist unser politisches Ziel? Ich will, dass die europäischen Völker ohne Angst leben können. Das bedeutet Grenzen zu, Remigration! Jetzt!*"[1241]

In der Gesamtschau der zitierten Aussagen und unter Berücksichtigung des von der AfD vertretenen Volksverständnisses ist die Forderung nach „*Remigration*" bei lebensnaher Auslegung als eine Forderung nach der systematischen Abschiebung bestimmter Bevölkerungsgruppen – unabhängig von ihrer individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit – zu verstehen. Dies geht mit einer grundsätzlichen Schlechterbehandlung der Betroffenen einher und bringt eine Geringschätzung und Ablehnung zum Ausdruck, die eine pauschale Missachtung aller Migrantinnen und Migranten darstellt.

Im Nachgang zu den CORRECTIV-Recherchen vom 10. Januar 2024 waren diverse Äußerungen im Hinblick auf den Begriff der „Remigration" zu verzeichnen.

Im Januar 2024 veröffentlichte zudem der AfD-Bundesverband auf Facebook einen Text des Bundesvorstandsmitglieds Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) mit dem Titel: „*Wider die Lügenkampagne: Was die AfD mit Remigration meint und was nicht*". Darin führte Jongen aus:

> „*In der vergangenen Woche ist eine zwischen den Regierungsparteien und den staatsnahen Medien konzertierte Diffamierungskampagne über die AfD hereingebrochen, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos ist. […] Aus dem Begriff ‚Remigration', der in einem der Gastvorträge am Rande eine Rolle spielte, wurde in lügenhafter Verzerrung der Tatsachen das Schauermärchen abgeleitet, die AfD wolle Menschen mit Migrationshintergrund massenhaft*

[1240] Schumann, Michael: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 05.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.08.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.08.2023. [Videosequenz ab 01:37:20]

[1241] Oehme, Ulrich: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 04.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.08.2023.

‚deportieren' und das Treffen habe dem Zweck gedient, einen entsprechenden ‚Geheimplan' auszuhecken. Dass sich die öffentlich-rechtlichen Medien und weite Teile der sogenannten Leitmedien für eine Kolportage dieser Räuberpistole hergegeben haben, welche die Stasi-Abteilung für Zersetzung nicht besser hätte erfinden können, ist ein Medienskandal ohnegleichen. […] Vor diesem Hintergrund ist eine Klarstellung angebracht, was die AfD unter ‚Remigration' versteht, wie es aus ihren Wahlprogrammen und den Aussagen ihrer führenden Vertreter bereits unmissverständlich hervorgeht:

Die AfD macht keinen Unterschied zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolkes.

Remigration ist unsere politische Antwort, um das Asylchaos zu beenden und die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung nachhaltig anzugehen. In diesem Sinne steht das Konzept der Remigration für ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Wiederherstellung rechtskonformer Verhältnisse wie auch der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. […]

Deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund wie auch Ausländer, die sich legal in Deutschland aufhalten und sich gesetzestreu verhalten, hier arbeiten, Steuern zahlen und sich in das gesellschaftliche Leben einbringen, sind uns willkommen und so wenig Teil eines Remigrationskonzepts wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Die gegenteilige Behauptung ist eine infame, durch nichts belegte Unterstellung der politischen Gegner, die damit von ihren eigenen Rechtsbrüchen im Rahmen der desaströsen Migrationspolitik abzulenken versuchen."[1242]

Jongen behauptet hier zwar eine Gleichbehandlung aller Staatsangehörigen, äußert dies aber nur pauschal, obwohl, wie oben dargelegt, zahlreiche Äußerungen der Partei festgestellt wurden, die eine andere Auslegung nahelegen. Eine Auseinandersetzung mit diesen erfolgt nicht, sodass die bloße Behauptung, die Berichterstattung sei unzutreffend, keine Relevanz entfaltet.

Im Januar 2024 veröffentlichte die AfD zudem das Faltblatt „*7 Punkte zu Remigration*". In diesem definierte die Partei „*Remigration*" als „*alle Maßnahmen und Anreize*

[1242] AfD: Facebook-Eintrag vom 22.01.2024, abgerufen am 08.02.2024.

zu einer rechtsstaatlichen und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat".[1243] Auch behauptet die AfD darin, sie unterscheide nicht zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Das Papier belegt jedoch ausschließlich, dass der Begriff „*Remigration*" auf unterschiedliche Weise gebraucht werden kann und nicht in jeder Variante verfassungsfeindlich ist. Es enthält aber keinerlei Auseinandersetzung mit relevanten von Parteimitgliedern getätigten Zitaten.[1244] Daher ist es als reine Verbalbekundung zu bewerten.

Genauso verhält es sich mit einer von der AfD am 11. Januar 2024 auf AfD Kompakt veröffentlichten Klarstellung zum Vernetzungstreffen in Potsdam, in dem sie behauptet, ihre Forderungen zu „*Einwanderung, Integration und Asyl*" befänden „*sich selbstverständlich [...] im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung*"[1245].

Dass sich die AfD nicht wirklich von ihren Positionen zur Remigration distanziert, kommt besonders in der „*Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden Ost zur #REMIGRATION*" zum Ausdruck. Darin schrieben Hans-Christoph Berndt (Fraktionsvorsitzender BB), Björn Höcke (Fraktionsvorsitzender TH), Oliver Kirchner (Fraktionsvorsitzender ST), Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender MV) und Jörg Urban (Fraktionsvorsitzender SN):

> *„Wir, die Fraktionsvorsitzenden Ost, erklären:*
>
> *Remigration ist das Gebot der Stunde. Die Sozialmigration nach Deutschland muss beendet und rückabgewickelt werden. Dafür werden wir nach der Regierungsübernahme sorgen.*
> *- Wir werden Recht und Gesetz anwenden, die Grenzen schützen und Deutschland vor weiterer Sozialmigration bewahren.*
> *- Wir werden eine großangelegte Rückführungsinitiative für illegale Einwanderer planen und durchführen.*
> *- Wir werden sämtliche Anreize minimieren, die Deutschland zum Magneten für illegale Einwanderung gemacht haben.*
> *- Wir werden das Staatsangehörigkeitsrecht, welches bis zum Jahr 2000 galt, wiederherstellen.*

[1243] AfD: Faltblatt „7 Punkte zur Remigration" vom Januar 2024.
[1244] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 219.
[1245] AfD Kompakt: „Klarstellung zu einer privaten Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam" vom 11.01.2024, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 17.07.2024.

- Wir werden Maßnahmen ergreifen, um den Assimilationsdruck auf nichtintegrierte Ausländer zu erhöhen.

- Wir werden Anreize schaffen, um nichtintegrierten Migranten die Heimkehr zu ermöglichen.

Eine für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und unserer Wirtschaft katastrophale Entwicklung zu stoppen, die Jahrzehnte von den Kartellparteien zugelassen wurde, und ihre Schäden zu beseitigen, wird Jahrzehnte brauchen. Das wissen wir. Aber wir werden beginnen, sobald wir in Regierungsverantwortung stehen. Deutschland muss wieder deutscher werden."[1246]

Insbesondere in der Forderung, Deutschland müsse wieder deutscher werden, mit der das Papier endet und der damit besonders Ausdruck verliehen wird, kommt gerade keine Distanzierung, sondern vielmehr der völkische Hintergrund der Remigrationsforderungen zum Ausdruck.

In einem TV-Duell mit dem Spitzenkandidaten der CDU Thüringen am 11. April 2024 bei WELT TV versuchte zudem Björn Höcke, den Begriff der „Remigration" dahingehend umzudeuten, dass er sich auf die Rückkehr emigrierter Deutscher beziehe:

„Jeden Tag remigrieren – remigrare, lateinisch zurückwandern – migrieren Menschen zurück in ihrer Heimat. Das ist ein normaler Vorgang. Aber mir geht es vor allen Dingen um die Hochklassifizierten. […] Ja, mir geht es aber vor allen Dingen um die deutschen Staatsangehörigen, die im Ausland leben, weil sie aus Deutschland geflohen sind."[1247]

In seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen am 31. August 2024 in Erfurt (TH) beschrieb Höcke aber wieder eine zunehmende Überfremdung Deutschlands und forderte eine *„Remigration":*

„Und wir wollen mehrheitlich keine weitere Multikulturalisierung. Nein, wir wollen Remultikulturalisierung und Remigration."[1248]

[1246] Höcke, Björn: Tweet vom 15.01.2024, abgerufen am 18.01.2024.

[1247] Höcke, Björn: TV-Duell gegen Mario Voigt (CDU) bei WELT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „WELT Nachrichtensender" am 11.04.2024, abgerufen am 12.04.2024.

[1248] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 02.09.2024.

Dass Höcke allein aus taktischen Motiven vom eigentlichen Verständnis des Begriffs „Remigration" abweicht und seine wahren Absichten verschleiert, wird auch in einem Interview vom 26. Juli 2024 deutlich:

> *„Ja, mir ging es in dem Gespräch darum, mal das zu tun, was das Establishment ja tagtäglich tut, nämlich Begriffe zu entkontextualisieren und mal umzudrehen. Also die Remigration mal ganz bewusst in den Kontext reinzustellen: Passt mal auf, Leute, denkt mal nach. Wir haben in den letzten 30 Jahren 1,5 Millionen Auswanderer aus Deutschland gehabt und die sind überwiegend nachweislich Hochqualifizierte gewesen. [...] Es geht natürlich auch darum, das eigene schlechte Bild, das die Medien von mir gemacht haben, zu korrigieren. [...] Natürlich ist es Taktik. Das muss ich frank und frei gestehen. Als Politiker, muss ich das eingestehen. Das ist natürlich Taktik. Das heißt, nein, ich bin so. Ich bin ein Mensch, der Gefühle hat und ich bin eigentlich ein sehr warmherziger Mensch. Und da will man einfach anschlussfähig sein. Man will auch dem Westdeutschen, mit Verlaub, der in die tagesschau guckt, und der noch nicht so aufgewacht ist wie wir im Osten, will man zeigen, das ist ein ganz normaler Mensch, der sorgt sich um sein Land und der versucht, sich Gedanken zu machen, wie es in Zukunft weitergeht."*[1249]

In einem auf Instagram am 9. September 2024 veröffentlichten Video forderte auch Hans-Christoph Berndt (MdL BB, Fraktionsvorsitzender) erneut eine „Remigration":

> *„Du kannst nicht lesen, schreiben und rechnen? Gut möglich. Die Hälfte der Brandenburger Schüler kann das nicht. Wenn du es kannst, Glückwunsch! Wenn du es nicht kannst, sieht es schlecht aus. Denn wer nicht lesen, rechnen und schreiben kann, der kann auch keinen guten Beruf ergreifen. Und dann muss er mit Mama Merkels Analphabeten um schlecht bezahlte Jobs konkurrieren. Und da hilft es dir auch nicht, wenn du in eine Schule ohne Rassismus aber mit viel sexueller Vielfalt gehst. Schluss damit! In der Schule muss wieder gelernt werden. Und damit du auf dem Schulhof nicht ständig von Ali und Hassan belästigt wirst, braucht es vor allem eins: Remigration. Denn du hast eine gute Zukunft in deiner Heimat verdient!"*[1250]

[1249] Höcke, Björn: Interview mit Paul Brandenburg vom 26.07.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.07.2024, Kanal: „Paul Brandenburg", abgerufen am 10.09.2024.
[1250] Berndt, Hans-Christoph: Instagram-Story vom 09.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.

Dieser Aussage liegt zudem eine pauschale Darstellung von Menschen mit Migrationsgeschichte als besonders für (sexualisierte) Gewalt prädisponiertes Kollektiv zugrunde, die insbesondere durch die Verwendung stereotyp migrantischer Vornamen illustriert wird.

Im Ergebnis kann daher ungeachtet einer verbalen Auseinandersetzung der AfD bzw. ihrer Vertreterinnen und Vertreter mit dem Begriff der „Remigration“ keine Äußerung festgestellt werden, die den zahlreichen Belegen für Anhaltspunkte für fremdenfeindliche Bestrebungen, die sich aus der Verwendung dieses Begriffs ergeben, entgegensteht.

gg.Rassistische Aussagen

In der AfD waren ferner Äußerungen festzustellen, die ein rassistisches Weltbild zum Ausdruck bringen.

Nicolaus Fest[1251] (damaliger MdEP, BR) nutzte in einem Videostatement vom 25. November 2022 den Begriff „*Zigeuner*“ und somit eine abwertende Fremdbezeichnung.[1252]

Auch René Springer (MdB, BB) nutzte mehrmals den diskriminierenden Begriff „*Zigeuner*“, um Sinti und Roma zu beschreiben.[1253]

Der Begriff „*Zigeuner*“ ist zweifelsohne abzulehnen, da er von Betroffenen als abwertend empfunden wird. Gleichwohl stellt er hier nur einen vergleichsweise geringen Anhaltspunkt dar, da er im allgemeinen Sprachgebrauch noch mangels Sensibilität verwendet wird.

Maximilian Krah, zum damaligen Zeitpunkt Mitglied des Bundesvorstands und Europaabgeordneter (mittlerweile MdB, SN), führt in seinem Buch „Politik von rechts“ aus:

> *„Rechte Politik für Deutschland muß die statistischen Realitäten beachten: Es sind nicht Hochqualifizierte, die nach Deutschland und Europa einwandern. Mit einem IQ von 80 oder 90 kann man keine qualifizierten Arbeiten ausführen; ein deutscher Handwerksberuf wie Elektriker, Zahntechniker, Mechatroniker erfordert eine höhere Intelligenz. Diese IQ-Unterschiede sind wenig problematisch,*

[1251] Nicolaus Fest wurde im Mai 2024 aus der AfD ausgeschlossen. Als Begründung wurden nicht gezahlte Mandatsträgerabgaben sowie die Verunglimpfung des verstorbenen früheren EU-Parlamentspräsidenten David Sassoli angegeben.
[1252] Fest, Nicolaus: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, Kanal: „Nicolaus Fest“, abgerufen am 28.11.2022.
[1253] Springer, René: Facebook-Eintrag vom 29.12.2022, abgerufen am 23.01.2023.

solange die Menschen in ihren natürlichen Heimatregionen leben; ein Afrikaner in Afrika, ein Syrer in Syrien, ein Afghane in Afghanistan kann in seiner Gesellschaft wertvolle Beiträge leisten. Aber in der hochkomplexen europäischen Gesellschaft und Arbeitswelt kann er das kaum. Da viele Eigenschaften, Intelligenz eingeschlossen, überwiegend vererbt werden, ist der Plan, durch Masseneinwanderung die nicht mehr geborenen autochthonen Fachkräfte zu ersetzen, zum Scheitern verurteilt.“[1254]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) agitierte im November 2022 anlässlich lokalpolitischer Planungen zur Verbesserung der Sicherheitssituation in der Dortmunder Kampstraße in fremdenfeindlicher Weise.

„Während der Polizeipräsident sinnvollerweise den Einsatz mobiler Videoüberwachungsanlagen bekannt gab, verkündete Westphal in seiner Stellungnahme den Einsatz von mobilen Wanderbäumen und den Anbau von Sportgeräten. […] Leider vergisst Westphal dabei, dass sich dadurch nur die Aufenthaltsqualität und Attraktivität für nachtschwärmerische Straftäter erhöhen wird, die sich dann abends an den vom Steuerzahler bezahlten Sportgeräten körperlich ertüchtigen können. Ein Ort an dem man sich gerne aufhält, wird die Gegend um die Kampstraße jedoch nur durch weitgehende Kompetenzen der Polizei, was auch die Errichtung einer Waffenverbotszone beinhaltet sowie die konsequente Abschiebung der teils migrantischen Delinquenten. ‚Wir brauchen die konsequente Remigration Krimineller statt innerstädtischer Wohlfühloase für Kriminelle‘, forderte der AfD-Bundestagsabgeordnete und Ratsherr Matthias Helferich.“[1255]

Dazu postete Helferich eine Grafik, die eine nicht-weiße Person mit blutiger Machete an der illustrierten Kampstraße zeigte:

[1254] Krah, Maximilian: „Politik von rechts“, 2023, S. 179.
[1255] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 05.11.2022, abgerufen am 09.11.2022.



Diese von Helferich entworfene und verbreitete Darstellung suggeriert in rassistischer Weise, bei gewalttätigen Kriminellen handele es sich im Wesentlichen um nicht-weiße Migrantinnen und Migranten.

Nicolaus Fest (damaliger MdEP, BR) stellte in einem auf Facebook veröffentlichten Videostatement vom 9. September 2022 in ganz ähnlicher Weise *„zivilisierte Weiße"* und *„schwerverbrecherische Farbige"* gegenüber:

> *„Warum kritisiert die EU Polen und Ungarn, sagt aber nichts zur Verfolgung, Tötung und Diskriminierung sexueller Minderheiten in fast allen afrikanischen Ländern? Ich weiß es nicht, aber ich vermute, die links-woke Truppe um Ursula von der Leyen tut sich leichter damit, zivilisierte Weiße zu kritisieren als schwerverbrecherische Farbige."*[1256]

Gunnar Beck (zu diesem Zeitpunkt MdEP, NW) nahm die Abbildung einer nicht-weißen Frau auf einem Modemagazin zum Anlass, Europäer als *„gefährdete Spezies"* darzustellen:

> *„Wenn man die Titelseiten von #Mode- und #Deco-magazinen, #Kleiderwerbung u. Regierungsbroschüren liest, könnte man meinen, autochtone #Europäer seien ‚endangered species' wie Primaten. Doch das wird erst in 25 Jahren so sein, wenn die #Propaganda Früchte trägt."*[1257]

[1256] Fest, Nicolaus: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 09.09.2022, Kanal: „Nicolaus Fest", abgerufen am 12.09.2022.
[1257] Beck, Gunnar: Tweet vom 29.08.2022, abgerufen am 30.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

Am 31. August 2024 wurden auf dem YouTube-Kanal des AfD-Bundesverbands im Rahmen der Live-Übertragung des Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen Videos gezeigt, die in ihrer Bildsprache geeignet sind, Angst und Ablehnung gegen nicht-weiße Menschen zu schüren.[1258] In einem Video, welches zwischen den Auftritten der einzelnen Redner auf der Veranstaltung abgespielt wurde, ist mutmaßlich eine Schülerin abgebildet, welche von in schwarzer Farbe dargestellten Personen im Hintergrund als beobachtet und bedroht dargestellt wird.





[1258] AfD: Screenshots aus der Live-Übertragung des Wahlkampfauftritts der AfD Thüringen am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 07.10.2024.

Auf der Veranstaltung, bei der die Videos abgespielt wurden, waren mehrere AfD-Bundespolitiker zugegen. Alice Weidel (Co-Bundessprecherin AfD) hielt im Rahmen des Programms eine Rede.

Die JA Nordrhein-Westfalen bewarb am 16. Februar 2023 ihre neuen Sticker, darunter einen, der Muslime als *„invasive Art"* verunglimpft. Der Sticker zeigt einen Waschbären mit einem eine islamische Kopfbedeckung symbolisierenden Turban und geschultertem Gewehr, das hiermit pauschal eine Gewaltbereitschaft von Muslimen suggeriert. Die Bezeichnung als *„invasive Art"* und die Darstellung mit Gewehr stellt Muslime als hochgefährliche Eindringlinge dar, die – gegebenenfalls auch mit Waffengewalt – die heimische Population bis zum Aussterben zu verdrängen drohen und deshalb zum Schutz der heimischen Population außer Landes gebracht werden müssen. Diese Darstellung von Muslimen knüpft an die von der JA vielfach verwendeten, menschenwürdeverachtenden Tiermetaphern im Zusammenhang mit Migrantinnen und Migranten an und stellt eine schwerwiegende Verletzung ihrer Menschenwürde dar.[1259] [1260] Der Sticker kann auf der Internetseite der JA Nordrhein-Westfalen auch heruntergeladen werden, um ihn bei einem Druckdienstleister in Auftrag zu geben.[1261]

[1259] JA Düsseldorf, Instagram vom 16.02.2023, abgerufen am 17.02.2023.
[1260] So bereits feststellend: VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 235 ff.; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 323.
[1261] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Sticker", in: https://janrw.de, abgerufen am 05.08.2024.



Die Junge Alternative Düsseldorf teilte die entsprechende Instagram-Story der Jungen Alternative Nordrhein-Westfalen mit dem Sticker *„Invasive Arten abschieben“*.[1262]

Durch diesen muslimfeindlichen Sticker werden Migranten aus dem arabischen Raum nicht nur als „Invasoren“ dargestellt, sondern auf rassistische Weise mit Tieren gleichgestellt.

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte auf Instagram am 9. Juli 2023 eine Story mit einem Foto mehrerer Sticker des Landesverbands mit der Aufschrift *„Remigration ist unsere Mission“* (siehe auch Unterkapitel (ff)). Den Story-Beitrag untermauerte der Landesverband mit einem Emoji des „White-Power“-Handzeichens.[1263]

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte auf ihrer Facebook-Seite ein Bild, auf dem nicht-weiße Menschen als wilde und primitive Invasoren dargestellt werden, die weiße Menschen aus ihrer eigenen Heimat vertreiben. Die Aussage auf dem Bild

[1262] Junge Alternative Düsseldorf: Instagram-Story vom 16.02.2023, abgerufen am 17.02.2023.
[1263] Junge Alternative Sachsen: Instagram-Story vom 09.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.

„*Laut Karte müsste ich doch in Gießen sein*“[1264] verweist auf die Ausschreitungen bei dem Eritrea-Festival im Juli dieses Jahres im hessischen Gießen.

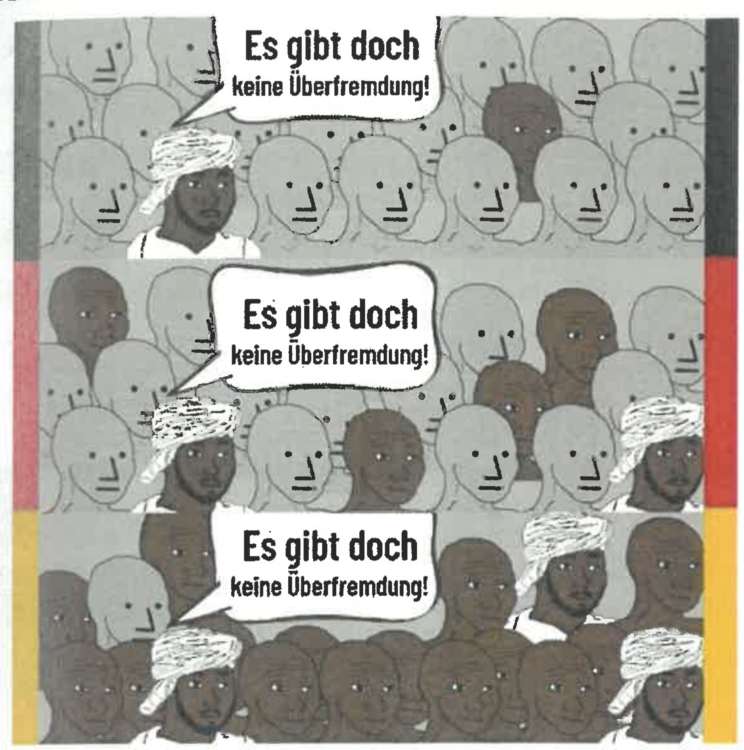


Die AfD Wuppertal (NW) bediente im August 2022 mit einer Nachricht auf Telegram rassistische Stereotype, indem sie Frauen aus afrikanischen Staaten per se eine hohe Fertilität zuschreibt. [1265] Sie offenbart damit ein biologistisches Menschenbild.



Roger Beckamp teilte im Juni 2022 auf Facebook die nachfolgende rassistische Grafik zum Thema „*Überfremdung*“:

[1264] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 12.07.2023, abgerufen am 19.07.2023.
[1265] AfD Wuppertal: Telegram-Beitrag vom 23.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.



Dazu schrieb er:

> *„Die Festung Europa ist alternativlos, wenn #Deutschland fortbestehen soll!"*[1266]

Kai Borrmann (Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte) wurde zudem im Februar 2022 wegen Beleidigung und Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Borrmann hatte im August 2021 eine Frau und ihre Begleiterin zunächst mehrfach rassistisch beleidigt. Als diese sich aus der Situation entfernte, ging Borrmann ihr nach, wiederholte die Beleidigungen, schlug sie und biss ihr in den Unterarm.[1267] Ein Sprecher der AfD Berlin beantwortete eine durch die Berliner Zeitung gestellte Anfrage mit folgender Aussage:

> *„Erst wenn das Urteil rechtskräftig ist, werden sich Gremien der Partei damit befassen."*[1268]

Am 18. Oktober 2023 veröffentlichte die AfD Offenbach-Land (HE) einen Facebook-Eintrag mit der Aussage:

[1266] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 30.06.2022, abgerufen am 04.07.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. cc.)
[1267] Tagesspiegel: „Beleidigt, geschlagen und gebissen" vom 08.11.2022, in: www.tagesspiegel.de, abgerufen am 09.11.2022.
[1268] BZ: „Nach Attacke in Berliner Café - Geldstrafe für AfD-Mann", ohne Datum, in: www.bz-berlin.de, abgerufen am 14.02.2023.

„Die einzige Lösung, um konsequent gegen Antisemitismus und Gewalt auf den Straßenvorzugehen, ist #Remigration

#FestungEuropa“[1269]

Der Beitrag wurde begleitet von einer Grafik mit mehreren Flugzeugen, die mit dem Wort „Remigration“ beschriftet sind. Daneben ist das Abbild von „Pepe the frog“ zu sehen, ein Meme, das von der US-amerikanischen Anti-Defamation League als Hasssymbol qualifiziert wird.[1270]



hh.Zwischenfazit

Die Themen Asyl und Migration bilden weiterhin ein zentrales Feld, auf dem die AfD gegen Zugewanderte und Geflüchtete in fremdenfeindlicher Weise agitiert. Ungeachtet der Verdachtsfalleinstufung und ihrer gerichtlichen Bestätigung durch das VG Köln sowie das OVG NRW postuliert die AfD pauschal eine migrationsinduzierte quantitative Zunahme von Sexual- und Gewaltstraftaten. Auf Grundlage tatsächlicher Straftaten wird ein allgegenwärtiges Bedrohungsszenario skizziert, das auf den Zuzug von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten zurückgeführt wird. Dabei wird die Herkunft als prägende Ursache für das vermeintliche Phänomen benannt. Eine qualitative Festigung wird hier insbesondere durch die Verwendung von Begriffspaaren wie *„Massenmigration tötet“* oder *„multikulturell ist multikriminell“* deutlich.

Die Quantität der angeführten Verlautbarungen offenbart, dass das Thema Straf- und Gewaltkriminalität einen Schwerpunkt bei der AfD einnimmt. Die sachliche Thematisierung von tatsächlichen Straftaten mit Stichwaffen sowie Sexualdelikten bewegt

[1269] AfD Offenbach: Facebook-Eintrag vom 18.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.
[1270] Anti-Defamation League: „Pepe the Frog“, in: http://adl.org, abgerufen am 09.02.2024.

sich grundsätzlich im Rahmen eines zulässigen politischen Diskurses, bei dem auch bloße Ehrverletzungen hinzunehmen sind. Die vorbenannten Äußerungen suggerieren jedoch, dass bestimmte Straftaten, vor allem Messerangriffe, weit überwiegend bzw. nahezu ausschließlich von Geflüchteten und Zugewanderten verübt würden, da diese in ihren Herkunftsländern kulturell übliche Verhaltensweisen darstellten. Bisweilen heißt es ausdrücklich, solche Straftaten seien erst mit dem Zuzug von Migranten importiert worden und in der einheimischen deutschen Bevölkerung nahezu unbekannt. Dadurch wird ein Antagonismus zwischen vermeintlich in Gänze kriminellen Zugewanderten einerseits und weitestgehend friedliebenden einheimischen Deutschen andererseits konstruiert.

Männlichen Migranten wird darüber hinaus pauschal und fortwährend ein rückständiges, archaisches Frauenbild zugeschrieben, woraus sich, so die AfD, eine andauernde latente oder gar akute Gefahr für einheimische deutsche Frauen ergebe, weil männliche Zuwanderer permanent zu schwersten Sexualstraftaten neigten.

Überdies schreiben Vertreterinnen und Vertreter der AfD Zugewanderten auch weiterhin pauschal ein niedriges Bildungsniveau, Faulheit und regressive Verhaltensmuster zu. Dies kulminiert insbesondere in der Behauptung einer imaginierten kulturellen Inkompatibilität von Geflüchteten aus afrikanischen Staaten und dem Nahen Osten.

In der Gesamtschau der Äußerungen werden Migrantinnen und Migranten nachhaltig, verunglimpfend und generalisierend mit Kriminalität, fehlender Bildung und regressiven Charakterzügen in Verbindung gebracht. Begriffe wie „*Messerkultur*", „*Messermigration*" oder „*Afro-Gruppenvergewaltigung*" und damit einhergehend Aussagen, wonach solche Auswüchse der deutschen Kultur gänzlich fremd seien, stellen einen unmittelbaren Kausalzusammenhang zwischen Herkunft und Kriminalität bzw. weiteren Negativeigenschaften her. Dies ist geeignet, Menschen mit Migrationsgeschichte insgesamt herabzusetzen. Wortwahl, Diktion und Inhalt sind erkennbar darauf ausgerichtet, Migrantinnen und Migranten in ihrer Menschenwürde zu verletzen.

Von großem Gewicht sind dabei die Äußerungen von Mitgliedern des AfD-Bundesvorstands sowie Abgeordneten des Deutschen Bundestags der AfD. Diese haben einen hohen Repräsentationsgrad und sind besonders prägend für die ideologischen und inhaltlichen Grundstrukturen der Partei.

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

Neben den fremdenfeindlichen Aussagen, die im vorangegangenen Unterkapitel ausgewertet wurden und teils auch bereits Bezug auf Musliminnen und Muslime nehmen, sind innerhalb der AfD auch Positionen zu verzeichnen, die explizit Musliminnen und Muslime mit Blick auf ihre Religion bzw. Religionsausübung betreffen. Im Vergleich zu den Äußerungen, die im vorangegangen Unterkapitel bereits ausgewertet wurden und vielmals muslimische Kulturkreise betreffen, handelt es sich hier um Positionen, die im Schwerpunkt an den muslimischen Glauben, die Religion bzw. Aspekte der Religionsausübung anknüpfen. Das VG Köln hatte in diesem Zusammenhang erstinstanzlich bestätigt, dass es innerhalb der AfD Anhaltspunkte für muslim- und islamfeindliche Positionen gibt.[1271] In diesem Zusammenhang wird auch auf die Belege im Gutachten AfD und Teilorganisationen, S. 242 bis 302, im Folgegutachten AfD 2021, S. 415 bis 522, sowie im Folgegutachten Junge Alternative 2023, S. 115 bis 124, verwiesen. Hier ist nun zu prüfen, wie die AfD sich mit Blick auf diese Anhaltspunkte fortentwickelt hat. Ferner wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 267 ff., verwiesen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass sich die bestehenden Anhaltspunkte insbesondere für eine islam- und muslimfeindliche Agitation der JA als Teilorganisation der AfD zur Gewissheit verdichtet haben. Das OVG NRW hat zudem jüngst festgestellt, dass „*sogar ein starker Verdacht*" dafür besteht, dass die Gesamtpartei Bestrebungen verfolgt, die gegen die Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen gerichtet sind.[1272]

Dabei können pauschal negative Werturteile, die explizit Musliminnen und Muslime wegen ihrer Religionszugehörigkeit bewusst ausgrenzend als kriminell und unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse darstellen – als konkrete Form der Fremdenfeindlichkeit – eine muslimfeindliche Einstellung belegen, insbesondere

---

[1271] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 912.

[1272] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 246. Das OVG NRW hält hierzu zusammenfassend fest, dass pauschal diffamierende und ausgrenzende Formulierungen um diskriminierende Forderungen ergänzt werden, die zwar primär nur die gleichberechtigte Religionsausübung betreffen, aber aufgrund der daneben erkennbaren islamfeindlichen Grundtendenz vermuten lassen, dass die AfD zur Durchsetzung ihrer Ziele auch andere Rechte von Menschen muslimischen Glaubens beschränken und einem „Kulturvorbehalt" unterwerfen würde.

wenn sich keine gegenläufigen positiven oder auch nur neutralen Äußerungen zu dieser Personengruppe finden, die geeignet sind, die feindliche Einstellung zu widerlegen.[1273]

Dabei würdigen tatsachenwidrige pauschale Verunglimpfungen von Musliminnen und Muslimen in Form von pauschalen Verdächtigungen und Unterstellungen diese Bevölkerungsgruppe herab und rufen Ablehnung hervor. Derartige Äußerungen schüren Ängste, Unsicherheiten und Vorurteile und sind damit letztlich auch geeignet, den Boden für unfriedliche Verhaltensweisen gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen zu bereiten.[1274]

Entsprechendes gilt für eine sich wiederholende pauschale Verunglimpfung von Menschen muslimischen Glaubens als Islamisten, indem der Islam in seiner Gänze kontinuierlich mit dem Islamismus gleichgesetzt wird. Oberverwaltungsgerichtlich bestätigt ist eine verfassungsfeindliche Ausrichtung in diesem Zusammenhang vor allem bei Formen der Meinungsäußerung, die eine Gleichsetzung aller Muslime mit Vertretern und Kräften des aggressiven Islam aufweisen, die als allgemeine Herabsetzung von Zugewanderten und sich zum muslimischen Glauben bekennender Menschen und ihrer Existenzberechtigung aufgefasst werden können.[1275]

Weiterhin ist zu prüfen, ob neben derartigen muslimfeindlichen Anhaltspunkten auch islamfeindliche Agitationen, also die grundsätzliche Ablehnung der Präsenz und Glaubensbetätigung von Muslimen in Deutschland, vorliegen. Dies ist dann der Fall, wenn eine Vorstellung erkennbar ist, wonach die Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 GG für Muslime nicht oder allenfalls nur eingeschränkt gelten soll. Wenn also das Recht, den Glauben zu bekunden, für diesen zu werben und seine Ausbreitung zu fördern, außer Geltung gesetzt werden soll.[1276] Eine konkrete Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen liegt laut OVG NRW deshalb auch in der pauschalen, unabhängig von möglichen allgemein geltenden baurechtlichen Vorgaben erhobenen Forderung, den Bau von Moscheen oder Minaretten zu verbieten.[1277] Die Menschenwürdegarantie wird demnach schon dadurch verletzt, dass Musliminnen und Muslimen allein wegen ihres

---

[1273] Vgl. OVG NRW, Beschl. v. 08.07.2009, 5 A 203/08, juris, Rn. 6; VG Düsseldorf, Urt. v. 04.12.2007, 22 K 1286/06, juris, Rn. 135 ff., VG Minden, Beschl. v. 12.06.2015, 4 L 441/15, juris, Rn. 116.
[1274] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 07.09.2016, 1 K 71.15, juris, Rn. 23.
[1275] Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, juris, Rn. 48.
[1276] BVerfG, Urt. v. 24.09.03, 2 BvR 1436/02, juris, Rn. 37.
[1277] Dazu und zum Nachstehenden: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241.

Glaubens der Bau bestimmter religiöser Gebäude unmöglich gemacht werden soll, während Christinnen und Christen oder andere Religionsgemeinschaften vergleichbare religiöse Bauten errichten dürfen.

Keine Verfassungsschutzrelevanz begründen in diesem Zusammenhang Äußerungen, die lediglich als islamkritisch anzusehen sind, sich z. B. nur gegen bestimmte Erscheinungsformen der Religion richten. Die Grenze wird aber dann überschritten, wenn die Religion und ihre Gläubigen im Sinne eines pauschalen Feindbilds diffamiert werden.

aa. Pauschal negative Werturteile über Muslime

Die Auswertung der Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären bzw. Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der AfD zeigt, dass vielfach pauschalisierend negative Werturteile über den Islam und seine Anhängerinnen und Anhänger verbreitet werden; entsprechende Anhaltspunkte lassen sich auch jedenfalls einer programmatischen Schrift eines Landesverbands entnehmen.

(1) Bewusste Ausgrenzung von Muslimen

Dabei werden Musliminnen und Muslime oft als rückständig und der Islam als inkompatibel mit der Demokratie und weiteren westlichen Werten beschrieben; muslimische Gläubige werden unter anderem als kriminell, faul, nicht-integrierbar und unerwünscht dargestellt ((a)). Zudem finden sich Äußerungen, in denen Musliminnen und Muslimen unterstellt wird, sie verdrängten gezielt die autochthone deutsche Bevölkerung ((b)).

(a) Grundsätzliche Unerwünschtheit aufgrund negativer Eigenschaften

So enthält beispielsweise das Wahlprogramm der AfD Nordrhein-Westfalen für die Landtagswahl 2022 unter anderem Formulierungen und Forderungen, die gegen den Islam insgesamt gerichtet sind:

> *„Der Islam […] weist auch, in dogmatischer Hinsicht, die größten Widersprüche, ja Unvereinbarkeiten, mit unserer Kultur, unserer Rechtsordnung und politischen Ordnung auf. Denn der Islam ist nicht bloß Religion, sondern eine umfassende Lebensordnung.“*[1278]

[1278] Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, März 2022, S. 43.

Der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen geht hier davon aus, dass *„der Islam“* nicht bloß Religion, sondern auch *„Lebensordnung“* ist und zugleich *„Unvereinbarkeiten“* unter anderem mit der deutschen Rechtsordnung aufweist. Durch die obige Aussage impliziert die AfD Nordrhein-Westfalen, dass der Islam insgesamt mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sei und sieht ihn nicht nur als Religion, sondern im Sinne einer *„umfassenden Lebensordnung“* als (auch) politische Religion an. Zudem fordert das Landtagswahlprogramm:

> *„Ausbreitung des Islams stoppen: Im Jahr 2080 werden zwischen 35 und 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland muslimischen Glaubens sein. Die AfD hält das für nicht wünschenswert und will dem politisch entgegenwirken. Dafür berufen wir uns auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker: ‚Ein Volk hat das Recht, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden‘.“*[1279]

Die AfD Nordrhein-Westfalen unterstellt damit, dass der Islam zunehmend starke Verbreitung finde und damit eine für das deutsche Volk unerwünschte Entwicklung einhergehe. Sie stellt das deutsche Volk einerseits und Musliminnen und Muslime andererseits diametral gegenüber und fordert unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dass Musliminnen und Muslime nicht in dem prognostizierten Umfang Teil des deutschen Volks sein sollen. Die Frage der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung verknüpft der Landesverband so derart eng mit dem eigenen Volksverständnis, dass Deutsche muslimischen Glaubens damit letztlich abwertend als nicht gleichberechtigte Deutsche gesehen werden.

Der Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) teilte auf Facebook das Video eines von ihm am 23. März 2023 gehaltenen Vortrags, in dem er äußerte:

> *„Habe ich es verdient, dass ich mich einer mich verachtenden, mittelalterlichen Religion unterwerfen soll? [...] Ist das Multikulti wirklich bunt? Dieses Multikulti ist Burka-Schwarz, meine Damen und Herren. Die Freiheit des Individuums, das Grundprinzip des Christentums, kann niemals schiedlich-friedlich in einer Gesellschaft sich organisieren mit einem Islam-orientierten Menschenbild, die die totale Unterwerfung des Menschen unter den Willen Allahs fordert. Da gibt es keine*

[1279] Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, März 2022, S. 5.

Freiheit des Individuums. Da gibt es nur entweder du machst das, was sie im Koran steht oder in den Hadithen, oder du bist ein Apostat. Und dann musst du [Anm.: zeigt Kopf-Abtrenn-Geste]. Das kann nicht zusammen funktionieren. Das funktioniert momentan, weil wir, die hier immer schon leben, so bequem und so idiotisch tolerant geworden sind und gar nicht merken, wie hochgefährlich diese Entwicklung ist.“[1280]

Renner beschreibt den Islam ohne jede Differenzierung als mittelalterlich und meint, dass in muslimisch geprägten Gesellschaften die Freiheit des Individuums nicht existieren könne, da der Islam die *„totale Unterwerfung des Menschen unter den Willen Allahs“* fordere. Bei Zuwiderhandlungen müsse mit dem Tod gerechnet werden. Renner zeichnet damit das Bild einer bedrohlichen und unfriedlichen Religion, die Leben und Handlungen des Einzelnen als solche einschränke. Der Islam und seine Gläubigen werden so in Gänze als mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung inkompatibel dargestellt.

Am 10. Juli 2021 äußerte Björn Höcke sich im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Memmingen (BY) anhand gängiger Stereotype in einer den Islam grundsätzlich als negativ beschreibenden Weise und forderte dessen Zurückdrängung:

> *„Ich bin was religiöse Dinge angeht ein sehr toleranter Mensch. Ich halte es da wirklich mit dem Alten Fritz, der mal gesagt hat in religiösen Dingen soll jeder nach seiner Façon selig sein. Ja, der Islam ist eine Religion, die mir fremd ist. Vor allen Dingen seine frauenfeindliche Ausprägung, seine Ehrvorstellungen, die für mich nicht nachvollziehbar sind, seine aggressive Art, sich in anderen Ländern noch auszubreiten, wenn man dort Fuß gefasst hat, alles das entspricht nicht meinem Menschenbild und meinem politischen Wollen. Deswegen ist mir diese Kultur und der Islam als Religion und Kultur eher fremd. Und ja, der islamische Einfluss in Deutschland ist zu groß und er muss zurückgedrängt werden, gar keine Frage.“*[1281]

[1280] Renner, Martin: Redebeitrag vom 23.03.2023 in Hamm (NW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.04.2023, Kanal: „Pierre Jung“, abgerufen am 13.04.2023.

[1281] Höcke, Björn: Redebeitrag am 10.07.2021 in Memmingen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.07.2021, Kanal: „Politwelt“, abgerufen am 12.07.2021.

Höcke übt hier nicht bloß Kritik an einzelnen Werten, die der Islam beinhaltet. Er meint, der islamische Einfluss im Allgemeinen sei in Deutschland zu groß und müsse zurückgedrängt werden. Was für sich genommen noch so klingen mag, als sei ein relatives Zurückdrängen, also eine Beschränkung, des Einflusses gemeint, ist – wenn man die Aussage im Kontext betrachtet – darauf gerichtet, Muslime aus der deutschen Gesellschaft zu verdrängen. Höcke sagt nämlich in dem vorangehenden Satz, dass Muslime nicht seinem Menschenbild und seinem politischen Wollen entsprechen. In letzter Konsequenz heißt das, Musliminnen und Muslime hätten, würde er mit der AfD regieren, keinen Platz in der von ihm angestrebten Gesellschaft.

In ähnlicher Weise äußerte sich die damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum (MdB, BW/ST) im Oktober 2023 in einem Interview mit COMPACT TV:

> *„Wir haben durch diese Massenmigration diese Menschen jetzt hier bei uns, auf unseren Straßen, in unseren Häusern. Und für mich war immer klar, dass das zu Konflikten führen wird eines Tages. Es sind einfach verschiedene Kulturen, es sind verschiedene Religionen, die aufeinandertreffen. Und das kann auf die Dauer meiner Meinung nach nicht gut gehen. […] Und wir haben ja schon wirklich, ganz speziell seit 2015, so viele Tote auf unseren Straßen. […] Und wir sehen das eigentlich jeden Tag, lesen wir von irgendwelchen Messeangriffen, von irgendwelchen mindestens auch Raubüberfällen, aber eben auch von Tötungsdelikten. Also, wenn ich daran denke, dass das wirklich irgendwie dazu führen sollte, jetzt dieser Konflikt, dass noch mehr Muslime in unser Land kommen, also dann wird mir wirklich angst und bange, ganz speziell als Frau. […] Wir sollten gelernt haben, auch aus den furchtbaren Folgen der zwei Weltkriege, gerade für unser Volk und für unser Land, dass wir versuchen sollten, wirklich auch in jeder Hinsicht in Frieden mit den anderen Nationen zu leben. […] Also ich bin wirklich absolut gegen eine Islamisierung Deutschlands. Aber ich bin nicht der Meinung, dass wir anderen Völkern, anderen Religionsgemeinschaften vorschreiben sollten, wie sie zu leben haben. Sie können gern dort in ihren Ländern so leben, wie sie es seit Jahrtausenden tun. Ich möchte sie nicht in Deutschland haben. Ich möchte nicht, dass unsere Tradition, unsere Werte verloren gehen oder von anderen sozusagen erobert werden. Und das ist der einzige Grund, weshalb ich jetzt gegen die Islamisierung bin. Ich bin aber nicht prinzipiell gegen arabische*

Länder oder gegen arabische Völker. Das ist der absolute Unterschied. Die haben genauso ihr Recht, in ihren Traditionen zu leben, wie wir das wollen. Ich möchte auch nicht von diesen eben hier in Deutschland bevormundet werden. Ich möchte so leben, wie meine Vorfahren schon immer gelebt haben."[1282]

Insbesondere die Aussage „*Ich möchte sie nicht in Deutschland haben*" verdeutlicht, dass Baum nicht die Kriminalität oder mangelnde Integration einiger muslimischer Eingewanderter anprangert, sondern die Möglichkeit eines harmonischen Zusammenlebens vielmehr kategorisch ausschließt. Mit der Äußerung „*ich bin wirklich absolut gegen eine Islamisierung Deutschlands*" spitzt sie ihre Aussage schließlich explizit auf eine Ausrichtung gegen den Islam und Muslime in Deutschland zu.

Christina Baum (MdB, BW/ST) hatte zuvor bereits in einem Facebook-Post einen „*Kulturvorbehalt*" gefordert und sich gegen den Bau von Moscheen ausgesprochen:

„Für mich gibt es nur eine Antwort auf die immer weiter fortschreitende von einzelnen Gesellschaftsgruppen bewusst herbeigeführte Zerstörung unserer kulturellen Identität: Wir brauchen dringend einen Kulturvorbehalt. Er besagt nichts Anderes, als dass unser kulturelles Erbe, das seit vielen Jahrhunderten von Generation zu Generation weitergegeben wurde und neben der Sprache die wichtigste verbindende Grundlage des Zusammenlebens der Deutschen darstellt, immer Vorrang vor allen anderen kulturellen, besonders aber auch religiösen Einflüssen haben muß. Ganz einfach gesagt: Das Kreuz, die Kirchenglocken oder die Weihnachtsmärkte bleiben - Moscheen, der Muezzin Ruf oder die Burka haben in Deutschland jedoch nichts zu suchen. Jeder Migrant, ‚Flüchtling' oder Asylant, der zu uns kommt, weiß genau, dass wir ein christlich geprägtes Land sind. Wer also seine eigene Religion ausleben möchte, darf sich deshalb gerne ein kultur- und religionsnahes Land für seine Entfaltung aussuchen. Die bewußte Entscheidung der vorwiegend muslimischen Migranten für Deutschland kann deshalb nur eines bedeuten: wir sollen unterwandert und unterworfen werden. Wer das nicht erkennt, hat anscheinend jede Wahrnehmung verloren. Für uns Deutsche, aber auch für alle anderen europäischen Völker, die in ähnlicher Weise

[1282] Baum, Christina: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 20.10.2023, Kanal „Dr. Christina Baum", abgerufen am 30.10.2023.

islamisiert werden sollen, bleibt allein die Frage: wollen wir es einfach hinnehmen oder wollen wir uns endlich dagegen auflehnen?"[1283]

Mit der Forderung nach einem „*Kulturvorbehalt*" und der Ablehnung von Moscheen in Deutschland bringt sie zum Ausdruck, dass sie jegliche Religionsausübung von Musliminnen und Muslimen kategorisch missbilligt.

Jörg Urban (MdL SN und Landesvorsitzender SN) äußerte sich in einer Kundgebung des PEGIDA Fördervereins e. V. am 18. Dezember 2023 auf dem Schlossplatz in Dresden (SN) zu vermeintlichen Unterschieden der Leistungsfähigkeit von „*muslimischen Migranten*" und unterstellt ihnen Unwillen zur Integration:

> *„Und mindestens genauso grotesk ist die Ablehnung unserer deutschen Kultur durch muslimische Migranten. Sie kommen aus völlig verarmten, dysfunktionalen, von Glaubenskriegen zerrütteten Ländern zu uns hierher. Sie leben hier von der Leistungsfähigkeit unserer aufgeklärten, christlich geprägten und demokratischen Gesellschaft. Und gleichzeitig wollen sie hier ihre Kultur errichten, die ihre Heimatländer in Armut, in Krieg und in Unfreiheit hält. Das ist doch religiöser Wahnsinn. Das ist als Massenphänomen nicht integrierbar. Das ist der heutige Islam und diesem religiösen Wahn müssen wir uns als Gesellschaft mit aller Kraft entgegenstellen. […] Der heutige real. existierende Islam integriert sich nicht. Der heutige real existierende Islam hat auch nicht die Absicht, sich zu integrieren. Im Gegenteil. In den, wie Pilze aus dem Boden schießenden, Moscheen wird in Deutschland der Unterschied, die Ungleichheit von Mann und Frau vorgebetet. Es wird der Herrschaftsanspruch des Islam und die Minderwertigkeit anderer Religionen vorgebetet. Ich sage, es ist für uns nicht hinnehmbar, wenn die Hälfte der muslimischen Migranten sagt, dass die Scharia über dem Grundgesetz steht."*[1284]

In diesem Zitat kommt die pauschal diffamierende Unterstellung einer kulturellen Inkompatibilität zum Ausdruck.

[1283] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 28.10.2021, abgerufen am 29.10.2021.
[1284] Urban, Jörg: Rede auf der PEGIDA Kundgebung am 18.12.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.12.2023, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 19.12.2023.

Alexander Wiesner (MdL SN) veröffentlichte am 5. Juli 2023 auf Twitter (jetzt: X) und Instagram ein Videostatement, in dem er sich zu den Unruhen in Frankreich wie folgt äußerte:

> „*Frankreich brennt. Das ganze Wochenende und Tage darauf gab es schwerste Ausschreitungen von muslimisch-stämmigen Bevölkerungsgruppen, welche das Land in bürgerkriegsähnliche Zustände gestürzt haben. Für uns muss das ein Weckruf sein. Diese Menschen, diese Kulturkreise sind mit einer westlichen Demokratie nicht vereinbar und in unsere Gesellschaft auch nach Jahrzehnten nicht integrierbar. Deswegen Remigration jetzt!*“[1285] [1286]

„*Diese Menschen*“ bezieht sich dabei möglicherweise noch nur auf die Krawalltäter; im Folgenden nimmt Wiesner aber Bezug auf die gesamten Kulturkreise und fordert am Ende der Aussage „*Remigration*“. Dies verdeutlicht, dass seine Behauptung, nach der es eine generelle Inkompatibilität mit der westlichen Demokratie gäbe, eben nicht nur auf die Personen beschränkt ist, die für die Ausschreitungen verantwortlich waren, sondern „*muslimisch-stämmige*“ Menschen aus ganzen Kulturkreisen einschließt. Diese Äußerung grenzt Muslime pauschal aus, indem sie als unerwünschte Personen dargestellt werden. Zudem wird Ablehnung gegenüber der ganzen Personengruppe geschürt, da diese und die ihr zugeschriebenen negativen Eigenschaften (Unvereinbarkeit mit einer westlichen Demokratie) als einzige Ursache für die „*bürgerkriegsähnlichen Zustände*“ in Frankreich benannt werden. Diese Zustände drohten Wiesner zufolge auch in Deutschland, wenn nicht Muslime pauschal in ihre Herkunftsländer verbracht würden.

Der später auf Platz 15 der Kandidatenliste zur Europawahl gewählte Alexander Sell (mittlerweile MdEP, BR) äußerte in seiner Bewerbungsrede im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 30. Juli 2023:

> „*Ich habe deshalb noch an einer Mittelschule in den Pariser Außenbezirken Deutsch unterrichtet, also im Banlieue, schon damals ein Kriegsgebiet. Die Mutter eines Schülers, eine Deutsche, erzählte mir bei einer Gelegenheit, dass in dem Hochhaus, in dem sie leben, jedes Jahr zum islamischen Opferfest dickes*

[1285] Wiesner, Alexander: Videostatement; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 05.07.2023, Kanal: „Alexander Wiesner“, abgerufen am 06.07.2023.
[1286] Wiesner, Alexander: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 05.07.2023, Kanal: „theyoungcongressman“, abgerufen am 06.07.2023.

Blut aus den Abflüssen quellt. Warum? Weil die muslimischen Nachbarn in den oberen Stockwerken Schafe und Ziegen in den Badewannen schächten. […]. Die Leidtragenden der Masseneinwanderung nach Europa sind die Menschen, die mit diesen Barbaren Tür an Tür leben müssen. Also diejenigen, die nicht einfach wegziehen können oder wollen. Das sind die Menschen, die uns wählen. Das sind die Menschen, deren Interessen wir vertreten, und zwar ausschließlich wir.“[1287]

Zwar bezieht Sell den Begriff *„Barbaren“* in der Anekdote auf Muslime, die angeblich Tiere in ihrer Badewanne schächten und somit zu Verunreinigungen in benachbarten Wohnungen führten. Allerdings verbindet er dies mit einer Aussage zur *„Masseneinwanderung“* und meint, die Leidtragenden dieser Migration seien die Menschen, die *„mit diesen Barbaren Tür an Tür leben müssen“*. Dies ist zumindest geeignet den Eindruck zu erwecken, es handele sich bei großen Teilen der muslimischen Migranten um *„Barbaren“*.

Die Negativzuschreibungen, die die AfD in Bezug auf den Islam tätigt, treten besonders pointiert in dem folgenden Posting der AfD Solingen (NW) vom 11. Juni 2022 auf Facebook zu Tage:

> *„#Fakt ist, weltweit ist der #Islam die ‚#Religion‘, die am meisten #Probleme bereitet im #Zusammenleben mit anderen !“*[1288]

Die AfD Solingen setzt bei der Beschreibung des Islam als Religion Anführungszeichen und vermittelt damit, dass es sich in Wirklichkeit eben nicht um eine solche handle. Diese Abwertung wird noch bekräftigt, indem der Islam pauschal und ohne sachlichen Anknüpfungspunkt als problemverursachend beurteilt wird.

Die vorbenannten Äußerungen stellen den Islam und jedenfalls implizit Musliminnen und Muslime als generell inkompatibel mit freiheitlichen Werten dar; teils wird ihnen ein diskriminierender Charakter bzw. eine erhöhte Kriminalitätsbelastung allein aufgrund ihrer Religion zugeschrieben. Diese Äußerungen sind – jedenfalls in der Gesamtschau – geeignet, Ablehnung gegen diese Personengruppe und möglicherweise

---

1287 Sell, Alexander: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht auf www.youtube.com, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023. [Videosequenz ab 8:55:30]

1288 AfD – Mach mal Blau – Solingen: Facebook-Eintrag vom 11.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.

auch den Wunsch hervorzurufen, sie aufgrund ihrer Religion anders zu behandeln, sie etwa in ihre „Heimat“ abzuschieben.

(b) Pauschale Beschreibung von Muslimen als gewalttätig und gefährlich

In anderen Äußerungen werden der Islam sowie Menschen muslimischen Glaubens von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern pauschal verdächtigt, sich gegenüber anderen Religionen und ihren Gläubigen, insbesondere dem Christentum, repressiv bis gewalttätig zu verhalten. Gegenstand zahlreicher AfD-Äußerungen sind dabei eine angeblich erhöhte Gewaltneigung bzw. Kriminalität.

Mit Bezug auf die Gruppenvergewaltigung zum Nachteil einer 15-Jährigen in Hamburg stellte die JA in einem Facebook-Beitrag vom 4. November 2021 Männer muslimischen Glaubens pauschal als Gefahr dar:

> *„Wieder ein schreckliches Beispiel dafür, dass besonders Frauen Verlierer unserer offenen Grenzpolitik sind. Denn seit 2015 strömen tausende von integrationsunwilligen Kulturfremden vor allem aus islamischen Kulturkreisen in unser Land. Sie bringen ihre frauenverachtenden Überzeugungen mit nach #Deutschland und schrecken vor Gewalt gegenüber Frauen nicht zurück. Diese importierten Gewalttäter sind unkontrollierbar und tickende #Zeitbomben“*[1289]

Thomas Seitz (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) berichtete am 20. April 2022 in einem Facebook-Eintrag über *„muslimische Ausschreitungen“* in der *„Migrationshochburg Malmö“* und warnte in diesem Zusammenhang vor einem *„muslimischen Furor“*:

> *„Muslimische Ausschreitungen – Schweden erntet die Früchte einer naiven Einwanderungspolitik*
> *Von der Migrationshochburg Malmö ausgehend breiten sich seit einer Woche in Schweden schwere Krawalle aus, bei denen bereits zahlreiche Polizisten verletzt und mehrere Polizeifahrzeuge zerstört wurden. […] Auslöser dieser Proteste war die Ankündigung eines islamkritischen Politikers, bei einer Kundgebung einen Koran anzünden zu wollen. […] Was in Schweden gerade geschieht, ist die Folge einer naiven Einwanderungspolitik und kann auch in Frankreich, den Niederlanden oder bei uns in Deutschland jederzeit passieren. Es braucht nur geringe An-*

1289 Junge Alternative: Facebook-Eintrag vom 04.11.2021, abgerufen am 17.03.2023.

lässe, um den muslimischen Furor zu wecken, auch bei bereits in Europa Geborenen. Die Gewaltbereitschaft vieler Anhänger des Propheten Mohammed war und ist eine der größten Bedrohungen für Sicherheit und Freiheit weltweit."[1290]

Seitz nutzt den Sachverhalt, um Musliminnen und Muslimen in pauschalisierender Weise eine ihnen lediglich auf Basis ihres islamischen Glaubens innewohnende erhöhte Gewalt- und Kriminalitätsbereitschaft zuzuschreiben. Er warnt davor, dass eine steigende Einwanderung zwangsläufig auch in anderen Ländern zu weiteren Ausschreitungen dieser Art führen werde. Die Schwelle zur Gewaltbereitschaft sei bei muslimischen Gläubigen sehr niedrig, wodurch es bereits bei geringen Anlässen zum „*muslimischen Furor*" komme. Seitz bezieht in Europa geborene Musliminnen und Muslime explizit in seine Schilderungen ein. Insofern wird deutlich, dass er auch Muslime der der Einwanderung nachfolgenden Generationen als immerwährende „*Bedrohungen für Sicherheit und Freiheit*" betrachtet.

Von einem regelrechten „*Schlachtfest*" im Zusammenhang mit dem Islam sprach Udo Stein (MdL BW) im August 2024 anlässlich des Messerangriffs in Solingen (NW) auf Telegram:

> *„Europa feiert ‚Vielfalt' - der Islam ein Schlachtfest*
> *Es passiert immer und immer wieder, nun auch in der berühmten ‚Messerstadt' Solingen. Während der woke, blinde, blümchenwerfende Westen seine eigene Tolleranz und Vielfalt feiert, lacht sich der radikale Islam ins Fäustchen und dankt für die Schäfchen, die sich selbst zur Schlachtbank führen.*
> *Der Staat ist hier eindeutig mitschuld, wenn eine Abschiebung nicht stattfindet, weil die Person nicht anzutreffen ist! Es ist unfassbar!*
> *Wie viele Menschen müssen noch sterben, ehe wir endlich eine klare Kante zeigen und konsequent und unbarmherzig gegen jeden Gesellschaftsschädling und Freiheitsfeind vorgehen?"*[1291]

Dazu veröffentlichte er eine entsprechende Grafik:

[1290] Seitz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 20.04.2022, abgerufen am 21.04.2022.
[1291] Stein, Udo: Telegram-Beitrag vom 26.08.2024, abgerufen am 30.08.2024.



Ende Oktober 2023 veröffentlichte der YouTube-Kanal „Krautzone" ein Interview mit der AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW). Darin äußerte sich Weidel in pauschalisierender Weise negativ über Muslime und beschrieb diese als kulturell inkompatibel und gewalttätig:

> *„Ich bin aufgewachsen in einem kleinen Dörfchen in Ostwestfalen, also Harsewinkel [...]. Und dort habe ich die Erfahrung gemacht, mit einem Dörfchen, was durch fremde Kulturen, vorrangig der muslimischen, völlig überfordert gewesen ist. Ich hab' das selbst als kleines Mädchen mitbekommen, auch in der Schule, dann auch im Freibad. Ich habe als Mädchen und als Jugendliche eigentlich die ganzen Themen schon mitbekommen, wenn man von jungen Horden dort angemacht wird, umringt wird im Wasser. Und da wusste ich eigentlich schon gleich, dass das alles kulturell nicht so zusammenpasst. Also dass wir uns mit dem Influx von kulturfremden Leuten uns ein massives gesellschaftspolitisches Problem schaffen, was entgegen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist. Das war mir ehrlich gesagt schon recht früh klar – und das eigentlich schon in der Grundschule. Es passt nicht zusammen. Also ich habe als kleines Mädchen darunter gelitten [...] und andere auch. [...] Uns wurde verboten im Dunkeln mit dem Fahrrad nach Hause zu fahren. Durch den Stadtpark zu fahren [...], weil es permanent solche Zwischenfälle im Dunkeln, oder auf Heimwegen mit diesen Leuten gegeben hat, wenn man Schützenfeste hatte, wenn wir mal in eine Kneipe gegangen sind so als Teenager. Da wurd's ein bisschen später und da mussten*

wir immer bestimmte Wege, die dunkel waren, meiden, weil es permanent in irgendeiner Art und Weise Probleme mit diesen Personenkreisen gegeben hat, die zu Millionen ab 2015 in unser Land gelassen wurden."[1292]

Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit Weidel retrograd persönliche Erlebnisse aus der eigenen Jugendzeit gleichsam konstruiert, um sie in ein bis in die Gegenwart reichendes muslimfeindliches Gesamtnarrativ einzufügen. Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie sie Erinnerungen als Teenagerin aus den 1990er Jahren sowohl ideologisch als auch sprachlich in einen neurechten ethnopluralistischen Kontext integriert, so als ob sie bereits im jungen Alter die selbstverständliche Idee von einer vermeintlich unüberbrückbaren Kulturfremdheit gehabt und auch so benannt haben könnte. Es ist indessen unerheblich, ob und inwiefern den Schilderungen Weidels ein zutreffender Tatsachenkern zugrunde liegt. Jedenfalls zeichnet sie ein Gesamtbild, das migrantische Jugendliche kollektiv zu nicht steuerbaren „Horden", zu inkompatiblen Kulturfremden und zu einer ständigen Bedrohung herabwürdigt. Diese pauschale Negativzuschreibung hat für Weidel zudem nicht nur in der Gegenwart Gültigkeit, sondern weise eine zeitliche Kontinuitätslinie auf, die gemäß ihrer Erfahrungen von den 1990er Jahren über das Zäsurjahr 2015 bis in die heutigen Tage reiche. Die migrantisch-muslimische Bevölkerungsminderheit ist also in der Perspektive Weidels zeitlich überdauernd – gewissermaßen ihrem Wesen nach und damit essenziell – nicht integrierbar, sondern stelle unveränderlich einen ständigen Gefährdungsfaktor für das deutsche Volk dar. Mit ihrer Agitation exkludiert die AfD-Co-Bundessprecherin in menschenwürdewidriger Weise eine gesamte Bevölkerungsgruppe.

In ihrer Wahlkampfrede in Werder (Havel, BB) steigerte Weidel ihre muslimfeindliche Agitation zum Vorwurf eines aggressiven Dschihads gegen Nicht-Muslime in Deutschland:

„Im letzten Jahr gab es insgesamt 761 – nur, um mal Zahlen zu nennen – 761 Gruppenvergewaltigungen in unserem Land. Das sind mehr als zwei von diesem abscheulichen Verbrechen am Tag. Das sind Phänomene, das Herumgemessere, die Vergewaltigungen, die völlig neu sind in unserem Land. Und ich möchte es Ihnen hier ganz deutlich sagen, weil ihr hier die Klardenker seid und das ohnehin schon wisst: Das, was wir auf den deutschen Straßen erleben, ist der

[1292] Weidel, Alice: Interview mit Alice Weidel; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.10.2023, Kanal: „Krautzone", abgerufen am 07.11.2023.

> *Dschihad. Hier wird ein Glaubenskrieg gegen die deutsche Bevölkerung bereits geführt. Und das ist auch der Grund, warum, sobald wir in der Regierung sitzen wir diese Leute alle achtkantig rausschmeißen, die diese Verbrechen auf unseren Straßen begehen. […]*
> *Seit Jahren stelle ich mir die Frage: Wie kann man sowas machen? Wie kann man diese Menschen reinlassen? […] [Wisst ihr] was bei uns an den Schulen los ist? Was diese – was die Kinder von diesen Leuten, die aber ganz früh Christen- und Einheimischen-Hass eingeimpft bekommen, mit unseren deutschen Kindern auf den Schulhöfen machen? Die werden verprügelt, immer – hier – ins Gesicht, weil sie Nicht-Muslime sind."*[1293]

Weidel schreibt Kriminalitätsphänomene, deren Anstieg in Teilen zwar überproportional, jedoch nicht absolut ausländischen Tatverdächtigen zugerechnet werden kann, ohne Einschränkung muslimischen Migranten zu. Auch muslimischen Schulkindern unterstellt sie pauschal eine Kriminalitätsneigung, indem sie ihnen „*Christen- und Einheimischen-Hass*" und vermeintlich darauf basierende Gewalttaten gegenüber „*deutschen Kindern*" zuschreibt. Dass es Weidel aber nicht in Ansätzen um eine sachorientierte Analyse kriminalstatistischer Daten geht, wird in der Maßlosigkeit ihrer Vorwürfe gegenüber muslimischen Migrantinnen und Migranten deutlich. So suggeriert sie im Grunde eine islamimmanente Neigung zu schwersten Gewalttaten, indem sie diese in den Kontext einer Glaubensdimension stellt und insinuiert, Muslime sähen sich unter Rekurs auf den Jihad-Gedanken auch noch durchweg religiös gerechtfertigt, solche Verbrechen zu begehen. Dieses Denken, so Weidels erweiterter Pauschalvorwurf, sei bereits in den Schulen unübersehbar.

In einem Interview mit AUF1 vom 27. Juni 2024 kommentierte Weidel des Weiteren mit folgendem Wortlaut das neue Staatsbürgerschaftsrecht:

> *„Das ist ein Anschlag auf unser Land und auf die Zusammensetzung unseres Staatsvolkes, was nicht einfach abgeändert werden darf. Dass wir hier jetzt Nicht-Berechtigte einbürgern wollen, das ist etwas, das ist skandalös. Im letzten Jahr wurden rund 200.000 Leute eingebürgert – so viele wie noch nie. Hauptsächlich Syrer, Türken und – glaube ich – Iraker. Da wissen wir, wohin die Reise hier geht.*

[1293] Weidel, Alice: Rede bei einer Wahlkampfveranstaltung in Werder (Havel) am 12.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.09.2024, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 24.09.2024.

Hier geht es nicht mehr um eine qualifizierte Einwanderung in unser Land, sondern um eine Einwanderung von Unqualifizierten. [...] Dieses ganze Geheule jetzt, weil man sich ja wundert, dass die Ausländerkriminalität in diesem Land durch die Decke geht. Überall werden Jugendliche jetzt auch verprügelt, tot getreten, Messerattacken passieren hier täglich, Frauen werden gruppenvergewaltigt. Das ist ja ein Phänomen, was man nur aus muslimischen Kulturen gegenüber Ungläubigen kennt. Das ist ja eine Entehrung - gehört auch mit zum Dschihad, das muss man einfach ganz klar so sagen."[1294]

Weidel knüpft an ihre bisherige muslimfeindliche Argumentationslinie an, indem sie behauptet, nicht nur die Neigung zu Kriminalität und Gewalt, sondern die Begehung schwerster Gewaltverbrechen präge muslimische Kulturen und deren Angehörige. Dies gelte bereits für muslimische Jugendliche vor dem Hintergrund, dass *„überall"* *„Messerattacken"* passierten, Nicht-Muslime *„verprügelt"* und *„tot getreten"* sowie Frauen *„gruppenvergewaltigt"* würden. Auch hätten muslimische Einwanderer besonders gravierende Formen von Gewalt erst nach Europa importiert, die zuvor dort gänzlich unbekannt gewesen seien. Die pauschale und nahezu ausnahmslos anmutende Negativzuschreibung Weidels mit Blick auf Musliminnen und Muslime lässt für die Co-Bundessprecherin der AfD offensichtlich nur den Schluss zu, dass sie Menschen aus islamischen Kulturkreisen prinzipiell als ungeeignet für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft einstuft, nicht zuletzt wenn es sich um vermeintlich durchweg unqualifizierte Einwanderer aus Syrien, Irak oder der Türkei handele. Die gegenwärtige Einbürgerungspraxis sei deshalb, so der Maximalvorwurf Weidels, *„ein Anschlag auf unser Land"*. Erneut instrumentalisiert Weidel also eine Debatte um das Für und Wider konkreter legislativer Maßnahmen ohne jedes Interesse an einer sachorientierten Auseinandersetzung für eine islamfeindliche Polemik, die die muslimische Bevölkerungsgruppe exkludiert und in menschenwürdewidriger Weise herabsetzt.

Christina Baum (MdB, BW/ST und damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand) sprach in einem Telegram-Beitrag vom 22. April 2024 den meisten Muslimen pauschal ab, sich in einer *„christlichen Gesellschaft"* integrieren zu können oder wollen und unterstellt ihnen Verachtung gegenüber der deutschen Gesellschaft und eine Gefährdung von Frauen:

[1294] Weidel, Alice: AUF1-Interview vom 27.06.2024; veröffentlicht in: www.auf1.tv am 27.06.2024, abgerufen am 28.06.2024.

„Alles Lüge !! Es gibt sie nicht und wird sie nie geben – eine echte Integration von Muslimen in christliche Gesellschaften, mit wenigen Ausnahmen.

Man musste wahrlich kein Prophet sein, um diese erschreckenden Zahlen vorherzusehen. Viele unserer muslimischen Mitbürger machten nämlich nie einen Hehl daraus, laut auszusprechen, was sie von uns Deutschen, unseren Gesetzen und Traditionen halten- nämlich nichts, gar nicht. Die meisten von ihnen verachten uns und betrachten uns Frauen als Freiwild.

[...] Keine Gesellschaft kann ihre Traditionen und Regeln und damit ihre Sicherheit auf Dauer beibehalten, wenn solche Zuwanderer die Regel und nicht die Ausnahme sind.“[1295]

Baum stellt damit Musliminnen und Muslimen als gänzlich integrationsunfähig dar und verbindet dies auch mit völkischen Ansichten, indem sie Musliminnen und Muslime „*uns Deutschen*“ gegenüberstellt und damit suggeriert, die deutsche Staatsbürgerschaft und ein muslimischer Glaube seien unvereinbar.

Auf ähnliche Weise äußerte sich Baum in einem Beitrag vom 25. April 2024, als sie abermals die fehlende Integration von Musliminnen und Muslimen anmahnte und ein Bedrohungsszenario skizzierte:

> *„Erst vor wenigen Tagen, schrieb ich auf meinen Kanälen, dass die Integration von den meisten muslimischen Zuwanderern in unser christliches Abendland gescheitert ist. Wie hart trifft mich nun die Aussage des Staatsschutzes, dass selbst er eingestehen muss, dass nicht mal mehr unsere Kinder in den Schulen vor der Scharia sicher sind. [...] Deutsche Mädchen ohne Kopftuch werden von radikalen Muslimen ermahnt, regelrechte Parallelgesellschaften tummeln sich auf den Schulhöfen, sehr drohende und teilweise gewalttätige Muslime testen ihre Grenzen aus.[...] Wollt ihr ein Kalifat in Deutschland, archaische Kulturen, Frauen, die sich auf unseren Straßen nicht mehr sicher fühlen können? [...] Solange der Anteil islamischer Bürger die Minderheit darstellt, mag das Zusammenleben funktionieren. Doch jetzt, wo sich die Verhältnisse ändern, zeigt der Islam sein wahres Gesicht. Andersgläubige werden nicht geduldet. Das Ziel ist die Unterwerfung unter den Islam. [...] Jetzt muss unserer Toleranz ein Ende gesetzt werden, wenn*

[1295] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 22.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.

wir in unserem eigenen Land wieder Herr über unsere Kultur, Tradition und Identität sein wollen!"[1296]

Die bayerische AfD-Landtagsfraktion veröffentlichte am 7. Oktober 2024 auf X einen Text von Rene Dierkes, in dem der Landtagsabgeordnete muslimische Täter pauschal als nicht resozialisierbar darstellte und in diesem Zusammenhang von einer „*überbordenden Gewaltkriminalität bestimmter Migrantengruppen*" sprach:

> *„Das Urteil gegen den afghanischen Vergewaltiger ist nicht nachvollziehbar – Es ist höchste Zeit für eine Abschiebungsoffensive*
>
> *Am vergangenen Freitag hat das Landgericht #München I einen Afghanen zu vier Jahren Haft verurteilt, der auf einem Münchner U- Bahnhof einen 18jährigen polnischen Touristen vergewaltigt und beraubt hatte. [...]*
>
> *Rene Dierkes, rechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, erklärt dazu:*
>
> *‚Ein mildes Urteil wie dieses ist der Öffentlichkeit kaum noch zu vermitteln. Weil der Richter nicht ausschließen konnte, dass der afghanische Verbrecher in seiner geistigen Entwicklung einem Jugendlichen gleichstand, hat er das sehr viel mildere Jugendstrafrecht angewendet. Auch beim Strafmaß wurden die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Wann werden Richter endlich begreifen, dass sie bei eiskalten Tätern, die keinerlei Reue zeigen, auf maximale Abschreckung setzen müssen? Zumal Kriminelle aus muslimischen Ländern ohnehin nicht ‚resozialisiert' werden können, da sie nie eine Sozialisierung im westlichen Sinne erlebt haben und Entgegenkommen immer als Schwäche auslegen.*
>
> *Für diesen Tätertyp ist in erster Linie die Abschiebungsoffensive unseres #Remigrationsprogramms gedacht. Solche Kriminellen gehören hart abgeurteilt und nach Verbüßung ihrer Strafe konsequent abgeschoben. Als einzige Fraktion im Bayerischen Landtag zieht die #AfD die notwendigen Schlüsse aus der überbordenden Gewaltkriminalität bestimmter Migrantengruppen."*[1297]

Rainer Balzer (MdL BW) beschreibt in einem Facebook-Eintrag vom 19. Juli 2022 syrische bzw. afghanische Migranten als „*islamtreu und gewaltbereit*":

> *„Obwohl sie eher einen geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen, gehören Syrer und Afghanen zu den häufigsten Tätergruppen bei Gewaltdelikten*

[1296] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 25.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.
[1297] AfD Bayern im Landtag: Tweet vom 07.10.2024, abgerufen am 08.10.2024.

wie Totschlag. Doch wenn Sie unsere rosa-rot-grüne Regierung fragen, dann haben wir natürlich kein Problem mit Ausländerkriminalität. Und natürlich ist für unser Innenministerium, wie wir inzwischen wissen, die AfD wesentlich gefährlicher als tausende islamtreue und gewaltbereite Migranten“[1298]

Die Formulierung „*islamtreu und gewaltbereit*“ könnte vom Wortlaut bedeuten, dass Balzer nur auf die gewaltbereiten islamtreuen Migranten Bezug nimmt; im Gesamtkontext mit dem vorstehenden Satz scheint es aber naheliegender, dass Balzer zum Ausdruck bringen möchte, islamtreue Migranten seien aufgrund ihrer Religion grundsätzlich gewaltbereit.

Am 23. Oktober 2023 äußerte der sächsische Landtagsabgeordnete Jan-Oliver Zwerg auf einer Demonstration in Pirna (SN):

> „*Wie wir immer wieder feststellen können, gehört der Islam nicht zu Deutschland. [...] Er gehört in den Orient. [...] Der Islam ist nicht friedlich. [...] Wir sehen es auch, er äußert sich überall auf der Welt mit Aggression, mit Terror und wir haben bei uns in Deutschland ständig diese Stellvertreterkriege. [...] Die Massenmigration aus Arabien und Afrika bedeuten eben Import von Gewalt. [...] Ja, wir haben uns die Falschen ins Land eingeladen, deswegen haben wir jetzt die Clanstrukturen, wir haben eine hohe Kriminalität. [...] Für alles ist Geld da. Wir merken, dass quasi alle möglichen Vereine, auch für islamische Vereine, die kriegen also noch vom Staat in Größenordnung Geld, Unterstützung, damit sie uns terrorisieren können.*“[1299]

Zwerg suggeriert damit, aus der Einwanderung von Musliminnen und Muslimen folge unmittelbar die Zunahme von Gewalt und sogar Terror. Damit spricht er pauschal Musliminnen und Muslime ausdrücklich aufgrund ihrer Religion die Verantwortlichkeit für die Zunahme von Kriminalität zu.

Die AfD Düsseldorf (NW) verbreitete am 18. März 2023 auf Telegram einen Beitrag von Martin Sellner. Sellner ist ehemaliger Sprecher der Identitären Bewegung Österreich, Mitbegründer von deren Tarnorganisation DO5 (Die Österreicher) und Leitfigur der deutschsprachigen Identitären Bewegung. In dem Beitrag war zu lesen:

[1298] Balzer, Rainer: Facebook-Eintrag vom 19.07.2022, abgerufen am 18.08.2022.
[1299] Zwerg, Jan-Oliver: Redebeitrag am 23. Oktober 2023 in Pirna (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „5 Nach 12 TV“, abgerufen am 05.12.2023.

„Erst hieß es es kommen nur ‚Gastarbeiter'. Dann hieß es, sie werden sich integrieren und nur ihre ‚Hautfarbe' sei anders. Wen das störe, der sei Rassist. Jetzt haben wir Islamisierung, Ehrenmorde, jeden Tag Gruppenvergewaltigungen und arabische Straßenschilder. Noch in Düsseldorf, bald auch bei dir."[1300]

Diese Äußerung suggeriert, es gäbe jedenfalls Gruppenvergewaltigungen, zudem Ehrenmorde und arabische Straßenschilder als natürliche Folge einer „*Islamisierung*". Diese zahlenmäßige Übertreibung ist geeignet, irrationale Ängste vor einer ganzen Personengruppe zu schüren und geht über eine zulässige scharfe Kritik an Straftaten, die durch Musliminnen und Muslime begangen worden sind, hinaus.

Am 26. September 2022 nahm Christina Baum, Bundestagsabgeordnete (BW/ST) und zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied, den Tod der Iranerin Mahsa Amini zum Anlass für folgenden Facebook-Eintrag:

„Massenweise junge Männer, die von klein auf durch eine frauenverachtende und archaische Ideologie geprägt wurden, sind mit Beginn der unkontrollierten, illegalen Masseneinwanderung nach Deutschland ‚importiert' worden. Und unsere jungen Frauen waren ihnen ohne Vorwarnung, ohne Hinweise auf die andere Sozialisation und durch die Verinnerlichung einer blauäugigen Ideologie der Gleichheit aller Menschen schutzlos ausgeliefert. Welche fatalen Konsequenzen diese mittelalterliche Religion hat, dafür steht nun auch Mahsa Amini mit ihrem Namen als weiteres, trauriges Opfer. Die junge Frau musste sterben, weil sie ihr Kopftuch nicht richtig trug. Für uns europäische Frauen (noch) unvorstellbar, zugleich ist es aber auch eine Warnung, wohin sich Europa und insbesondere Deutschland bei weiterer Aufnahme muslimischer Migranten entwickeln könnte."[1301]

Den Islam bezeichnet Baum pauschal als „*mittelalterliche Religion*" und „*frauenverachtende und archaische Ideologie*". Er wird so als rückständig beschrieben und seinen Anhängerinnen und Anhängern frühzeitliche und frauenverachtende Werte zugewiesen. Mit der Bezeichnung als Ideologie stellt sie auch den Religionscharakter des Islam in Frage.

[1300] AfD Düsseldorf: Telegram-Beitrag vom 18.03.2023, abgerufen am 23.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)
[1301] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 26.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

Die AfD Solingen (NW) schrieb am 7. Juni 2022 auf Facebook:

> „*Während Frau Chebli davon phantasiert, dass Antisemitismus vornehmlich Moslems bedroht, was im Grunde genommen eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen ist, schlachten ihre sprenggläubigen Glaubensbrüder in Afrika Christen auf brutalste und hinterhältigste Weise ab, bevorzugt zu den Feiertagen…*"[1302]

Islamistische Akteure werden hier als „*Glaubensbrüder*" aller muslimischen Gläubigen dargestellt, was eine universelle Gefährlichkeit der gesamten Religion des Islam ausdrücken soll; dies unterstreicht die AfD mit der Zusammensetzung der Wörter „strenggläubig" und „sprengen" zu „*sprenggläubig*".

Der AfD-Kreisverband Kassel-Stadt (HE) postete am 10. Januar 2023 auf Facebook ein Schaubild, in dem der Islam als „*Schlüssel zum finstersten Mittelalter*"[1303] bezeichnet wird und verbreitete den Beitrag eines Dieter Schuh, der den Koran als „*Bibel des Blutes*"[1304] bezeichnete.

Mit den vorangegangenen Äußerungen werden Muslime als generelle Bedrohung charakterisiert und so werden Ängste, Argwohn und Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber muslimischen Gläubigen und der Religion des Islam als Ganzes geschürt. In letzter Konsequenz führt dies zu einer Abwertung und Ausgrenzung von Menschen muslimischen Glaubens. Musliminnen und Muslime werden mithin nicht anhand ihrer individuellen Handlungen und Entscheidungen gemessen, sondern lediglich als Teil einer muslimischen Gesamtheit angesehen, die undifferenziert als Gefahr oder jedenfalls rückständig dargestellt wird.

(2) Angebliche Verdrängung der europäischen Bevölkerung durch den Islam

Ein von Vertreterinnen und Vertretern der AfD regelmäßig bedientes Narrativ ist die angebliche Verdrängung der einheimischen deutschen bzw. europäischen Bevölkerung durch muslimische Einwanderinnen und Einwanderer.

Die Warnung vor einer vermeintlichen Islamisierung wird mehrfach damit verbunden, dem Islam und seinen Gläubigen einen grundsätzlichen Macht- und Herrschaftsanspruch zu unterstellen. Musliminnen und Muslimen wird pauschal unterstellt, durch

---

[1302] AfD Solingen: Facebook-Eintrag vom 07.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[1303] AfD-Kreisverband Kassel-Stadt: Facebook-Eintrag vom 10.01.2023, abgerufen am 23.07.2024.
[1304] Ebd.

Einwanderung und durch die islamische Religionsausübung Andersgläubige einzuschüchtern und diese langfristig unterwerfen zu wollen.

Die nordrhein-westfälische AfD-Landtagsabgeordnete Enxhi Seli-Zacharias teilte am 19. Mai 2022 auf Twitter (heute: X) die nachfolgende Grafik[1305], welche sie u. a. mit dem Hashtag *„#islamisierung"* versah:



Die Grafik soll illustrieren, dass die „Islamisierung" in Zukunft das größte Problem der westlichen Gesellschaft sein werde. Die Aussage des eine Verschleierung tragenden Mädchens impliziert außerdem, dass dieser Prozess von Musliminnen und Muslimen bewusst befürwortet werde. Die Verschleierung soll hier wohl als abschreckendes Beispiel dienen, um zu verdeutlichen, dass die Religion des Islam westlichen Werten wie dem der Selbstbestimmung der Frau entgegenstehe.

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) veröffentlichte am 31. Oktober 2023 einen Tweet, in dem sie eine voranschreitende Islamisierung Deutschlands behauptet:

> *„Wir erleben die Entgrenzung des Islams! ‚Wenn die Politik jetzt nicht aufhört, runterzubeten, der #Islam gehöre zu Deutschland, wird Deutschland bald dem Islam gehören!'"*[1306]

1305 Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 19.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.
1306 Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 31.10.2023, abgerufen am 31.10.2023.

Auf der Facebook-Seite des AfD-Bundesverbands wurde am 30. April 2024 ein Eintrag veröffentlicht, in dem vor der Übernahme Deutschlands durch den Islam gewarnt wird:

> „*Kalifat Deutschland: Wenn wir jetzt nicht handeln, gibt es kein Zurück mehr!*“[1307]

Auch Alexander Jungbluth (zum damaligen Zeitpunkt Listenkandidat für die Europawahl 2024) warnte in einem durch den AfD-Bundesverband geteilten Facebook-Eintrag vom 29. April 2024 vor einem „*Kalifat*“ in Deutschland:

> „*Islamisten bedrohen unsere Werte*
> *Ampel macht Deutschland zum Kalifat!*“[1308]

Am 14. Oktober 2024 schrieb Christine Anderson (MdEP, HE und parlamentarische Geschäftsführerin der ESN-Fraktion) auf X folgenden Beitrag:

> „*Wann setzt auch #Deutschland endlich das #EU-Asylrecht aus? Dort ist die Notlage am größten! #Europa muss die 180-Grad-Asylwende schaffen. Alles andere bringt früher oder später durch die illegale #Migration das #Kalifat.*“[1309]

Beatrix von Storch (BR), stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, schrieb in einem Facebook-Beitrag vom 23. Januar 2023:

> „*+ + + Massenhafte Einbürgerung von muslimischen Migranten + + + 2022 ließen sich bei uns am häufigsten Syrer einbürgern (über 19.000). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ließen sich auch noch über 12.000 Türken einbürgern. Das entspricht pro Jahr einer deutschen Kleinstadt, und wenn man dann an den Familiennachzug denkt, hat man schon eine neue muslimische Großstadt in Deutschland. Jedes Jahr. Viele dieser Personengruppe interessieren vor allem: die deutschen Sozialleistungen. So entstehen, von Rot-Grün gewollt, von der FDP geduldet, immer größere und stärkere Parallelgesellschaften, die mit unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat oft aber auch gar nichts zu tun haben wollen. Was das bedeutet, hat man an Silvester gesehen. Wir müssen diese fatale Entwicklung endlich stoppen und rückgängig machen, sonst leben wir bald nicht mehr in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in der Islamischen Republik Deutschland.*“[1310]

[1307] AfD: Facebook-Eintrag vom 30.04.2024, abgerufen am 04.06.2024.
[1308] Jungbluth, Alexander: Facebook-Eintrag vom 29.04.2024, abgerufen am 06.05.2024.
[1309] Anderson, Christine: Tweet vom 14.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.
[1310] Storch, Beatrix von: Facebook-Eintrag vom 23.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.

Auf X insinuierte Beatrix von Storch am 5. Oktober 2024 eine vermeintliche vom Europäischen Gerichtshof gesteuerte Islamisierung:

> *„Alle afghanischen Frauen bekommen Asyl- weil ihre afghanischen Männer alle grausam sind? Und dann kommen die Männer über Familiennachzug?*
> *Das hat mit dem #Islam zu tun. Der #EuGH will uns offenkundig kaputt machen, also: islamisieren. Was für ein IRRSINN.*
> *#nurnochAfD Wir steigen da aus. Es reicht.“*[1311]

Ähnlich äußerte sich Lena Kotré (MdL BB) am 6. Oktober 2024 in einem Videobeitrag auf X:

> *„Liebe Freunde, wollt ihr wissen, wie kaputt das Zuwanderungssystem in Deutschland wirklich ist? Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass Frauen aus Afghanistan allein aufgrund ihres Geschlechts einen Anspruch auf Asyl in der Europäischen Union haben. Die Bundesregierung plant ja auch schon, Afghaninnen hierher zu holen. Ja, die Situation der Frauen vor Ort ist fatal, aber genau das ist der fundamentale Islam, genau das ist die Scharia und genau das ist auch der Grund, warum wir hier in Deutschland uns immer wieder vehement gegen die schleichende Islamisierung in der Gesellschaft einsetzen.*
> *Wir wollen diese Zustände hier nicht, verdammt noch mal. Ist das so schwer zu verstehen? Wir Frauen in Deutschland sind durch die Islamisierung ebenfalls gefährdet.*
> *Wir sind stark gefährdet, indem immer weiter seit 2015 kontinuierlich junge Männer hierherkommen, aus Kulturkreisen, die nicht kompatibel mit dem unseren sind. […] Ja, den Frauen sollte geholfen werden, allerdings vor Ort, in den Kulturkreisen rund um Afghanistan, wo sie zu Hause sind, wo sie sozialisiert sind. Das kann hier in Deutschland nicht erfolgen. Wir haben ja noch ein weiteres Problem, wenn wir die Frauen aus Afghanistan her holen. Und zwar den Familiennachzug. Auf einmal haben wir 20-köpfige Familien hier, alle kommen hierher. Ehemänner, Söhne, alle die, die dort in diesen frauenfeindlichen Kreisen, in diesen frauenfeindlichen Kulturen sozialisiert wurden, kommen hierher und implementieren ihr Frauenbild immer weiter in die Gesellschaft. Wir deutschen Frauen sind dann die Leidtragenden. Das darf nicht sein. Wir müssen uns immer wieder*

[1311] Storch, Beatrix von: Tweet vom 05.10.2024, abgerufen am 24.10.2024.

gegen diese schleichende Islamisierung stellen. Ich kann es nur noch einmal sagen.

Die AfD ist die einzige Partei, die sich noch für die Rechte der Deutschen und für die Rechte der deutschen Frauen im Übrigen hier in diesem Land einsetzen. Wir sind gegen eine Islamisierung. Wir sind gegen das Implementieren islamistischen Gedankengutes in unsere Gesellschaft. Und deshalb dürfen wir es nicht hinnehmen, dass Islamisten aus anderen Ländern hier Einzug halten dürfen. Ich sage es noch einmal. Die Frauen aus Afghanistan müssen in ihren Kulturkreisen bleiben.“[1312]

Einige Tage später veröffentlichte Lena Kotré ein weiteres Video auf X, in welchem sie erneut von einer angeblichen „*Islamisierung*“ sprach.[1313]

Miguel Klauß (MdL BW) gab in einem Telegram-Beitrag vom 23. April 2024 an, die AfD setze sich als einzige Partei gegen eine vermeintliche Islamisierung ein. In seinem Beitrag teilte er eine Grafik einer Zeitungsüberschrift:

> *„Staatsschützer schlägt Alarm – Deutsche Kinder konvertieren aus Angst zum Islam“.*[1314]

Auch Eugen Schmidt (zu diesem Zeitpunkt MdB, NW) beschwor die Islamisierung Deutschlands, indem er in Bezug auf die Eröffnung einer muslimischen Kindertagesstätte in Neumünster (SH) mit Zustimmung der CDU in Schleswig-Holstein schrieb:

> *„Es ist immer noch die gleiche CDU wie unter Merkel. Diese angeblich christlich-konservative Partei steht für die Islamisierung unseres Landes und unterscheidet sich durch nichts von der Ampel-Koalition.“*[1315]

Christina Baum (MdB, BW/ST) unterstellte Musliminnen und Muslimen in einem Facebook-Eintrag vom 10. Juli 2024 invasorische Absichten:

> *„Schluss mit der muslimischen Übernahme – bleibt in Euren Heimatländern! […] Ich kann gut verstehen, warum die Regierung nicht preisgeben will, wieviele Muslime mittlerweile in Deutschland leben. […] Bei dieser rasanten Entwicklung wird*

[1312] Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 06.10.2024, Kanal: „KotreLena“, abgerufen am 25.10.2024.
[1313] Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 10.10.2024, Kanal: „KotreLena“, abgerufen am 25.10.2024.
[1314] Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 23.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.
[1315] Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 19.07.2024, abgerufen am 19.07.2024.

es nicht mehr lange dauern und wir Deutschen werden zur Minderheit in der eigenen Heimat."[1316]

Jens Oberhoffner (MdL SN) veröffentlichte am 11. April 2024 ein Video einer größeren Anzahl muslimischer Männer, die an einem Flussufer gemeinsam beten. Dies sah Oberhoffner als Ausdruck eines *„Herrschaftsanspruch[s]"* der *„religiös fanatischen Anhänger des Islam"*:

> *„Gestern in Dresden - die religiös fanatischen Anhänger des Islam untermauern ihren Herrschaftsanspruch. Auch in den ostdeutschen Bundesländern macht sich diese Gefahr immer weiter breit.*
> *Darüber täuscht auch keine staatlich verordnete Ablenkungsmedienkampagne á la Correctiv und ‚Nie wieder ist jetzt' mehr hinweg. Die Faktenlage ist eindeutig - man muss nur mit offenen Augen und klarem Verstand durch das Land gehen."*[1317]

Georg Hock, Beisitzer im AfD-Landesvorstand Bayern, teilte am 27. Oktober 2024 auf Facebook eine Grafik mit folgender Aufschrift:

> *„Der Islam ist nicht nach Europa gekommen, um mit euch Multi-Kulti zu feiern! Der Islam ist gekommen um zu herrschen!"*[1318]

Roman Kuffert (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im AfD-Landesvorstand, mittlerweile MdL BB) suggerierte in seinem Redebeitrag im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung am 3. September 2021 in Elsterwerda (BB) sogar, die Entwicklung münde in einem *„Genozid"* am deutschen Volk:

> *„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Wir müssen Deutschland vor der Islamisierung schützen, Freunde. [...] Die aktuell in Deutschland lebenden Afghanen bereiten uns täglich, täglich massive Probleme mit Kriminalität, v.a. mit Gruppenvergewaltigungen, zwei an einem Tag, Messerstraftaten, Ehrenmorde usw. Das ist nur die Spitze. [...] Politiker mit Kopftuch, tausendfach auf Plakaten, gerade in den alten Bundesländern, welche oft den politischen Islam okay finden, ja. Na klar finden sie ihn okay. In den Großstädten Deutschlands haben schon heute deutlich mehr als 50% Kinder einen Migrationshintergrund, im Alter von bis zu 7*

[1316] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 10.07.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[1317] Oberhoffner, Jens: Facebook-Eintrag vom 11.04.2024, abgerufen am 15.04.2024.
[1318] Hock, Georg: Facebook-Eintrag vom 27.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.

Jahren. Auf vielen Grundschulen dominiert Arabisch auf den Schulhöfen, das ist eine Tatsache. In den Großstädten Und in den mittleren Städten geht's auch schon los. Eine fremde Kultur breitet sich kontinuierlich an den Schulen und Institutionen aus. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft wird Stück für Stück verändert und zurückgedrängt. Wenn die Deutschland-hassende Politik so weitermacht, dann sind wir Deutsche spätestens 2050 definitiv die Minderheit in Deutschland. Ist das kein Genozid an uns Deutsche?"[1319]

Die Bundestagsabgeordnete Christina Baum, die von Juni 2022 bis Juli 2024 auch dem Bundesvorstand der AfD angehörte, bezichtigte in einem Facebook-Beitrag vom 28. Oktober 2021 muslimische Migranten, sie wollten Deutschland unterwandern:

> *„Jeder Migrant, ‚Flüchtling' oder Asylant, der zu uns kommt, weiß genau, dass wir ein christlich geprägtes Land sind. Wer also seine eigene Religion ausleben möchte, darf sich deshalb gerne ein kultur- und religionsnahes Land für seine Entfaltung aussuchen. Die bewußte Entscheidung der vorwiegend muslimischen Migranten für Deutschland kann deshalb nur eines bedeuten: wir sollen unterwandert und unterworfen werden. […] Für uns Deutsche, aber auch für alle anderen europäischen Völker, die in ähnlicher Weise islamisiert werden sollen, bleibt allein die Frage: wollen wir es einfach hinnehmen oder wollen wir uns endlich dagegen auflehnen?"*[1320]

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau stellte muslimische Migranten in einem Facebook-Post vom 20. November 2021 pauschal als „*Invasoren*" dar:

> *„Kretschmer und Köpping verbieten unsere Weihnachtsmärkte während täglich neue Invasoren aus Islamischen Ländern einfallen!"*[1321]

Der AfD-Kreisverband Bonn (NW) brachte ebenfalls eine angebliche „*Überfremdung*" und „*Islamisierung*" mit einer rein negativ konnotierten Veränderung Deutschlands in Zusammenhang:

> *„Verlassene Dörfer, geschlossene Gasthäuser, aussterbende Vereine. Stattdessen sterile Neubauten, internationale Fastfoodketten und billige ‚Modehäuser.'*

[1319] Kuffert, Roman: Redebeitrag auf Kundgebung am 03.09.2021 in Elsterwerda (BB); veröffentlicht in: www.facebook.com am 03.09.2021, Kanal: Falko Graf", abgerufen am 06.09.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

[1320] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 28.10.2021, abgerufen am 29.10.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. c. aa. (1))

[1321] Dornau, Jörg: Facebook vom 20.11.2021, abgerufen am 22.11.2021.

Auch die zunehmende Überfremdung und Islamisierung verändert unsere Heimat.“[1322]

Am 23. Juni 2022 schrieb die AfD Solingen (NW) auf Facebook:

„Nennt man das ‚friedliche Landnahme‘, mit der man anstelle von Kriegsführung Länder Europas erobert, so wie es die Islamische Liga bereits zweimal in Geheimbeschlüssen in Pakistan Lahore (ca 1995) und in Kairo, Ägypten Anfang der 2000er Jahre beschlossen hat? Ziel dieser ursprünglichen Geheimbeschlüsse – aufgedeckt durch Bassam Tibi – ist es Europa mit Migrationswellen zu islamisieren... Was man früher durch Krieg erreichte, erreicht man so sukzessive über drei bis vier Generationen durch Einwanderung und Geburtenüberschuss: Diese Strategie entspricht der Mohammeds nach seiner Flucht von Mekka. Gleichzeitig schwächt man so die Sozialsysteme, schwächt die innere Sicherheit ... Zuletzt so geschehen am Gardasee in diesem Jahr: Migrantenmobs – ausschliesslich männlich – belästigten sexuell dort einheimische Urlauberinnen ... ganz nach dem Muster der Domplatte 2015 ...“[1323]

Dem Islam wird auch hier ein Expansionsanspruch gegenüber europäischen Ländern unterstellt. Der Zuzug von Musliminnen und Muslimen führe zu einer Kontroll- und Landnahme durch sie; ihr Ziel sei die Verdrängung der einheimischen Bevölkerung und die Islamisierung Europas. Die „*Landnahme*“ sei systematisch geplant worden und werde strategisch durch „*Einwanderung und Geburtenüberschuss*“ umgesetzt. Im Zuge dessen komme es außerdem zu einer Schwächung der Sozialsysteme, der inneren Sicherheit und der Bedrohung der Bevölkerung durch muslimische Gläubige, denen ein gezieltes und planvolles Agieren unterstellt wird.

Auch Tomasz Froelich, zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender JA-Bundesvorsitzender und Kandidat zur Europawahl 2024 (mittlerweile MdEP, HH), griff den Begriff auf, indem er in einem Tweet vom 4. November 2023 von einer „*aktuell stattfindenden Landnahme durch muslimische Migranten, die einer Vorstufe zum Bürgerkrieg ähnelt*“ sprach.[1324]

Das Narrativ einer fortschreitenden Islamisierung kommt auch in zahlreichen Äußerungen bezüglich der Anbringung von Ramadan-Beleuchtungen in deutschen Städten

---

1322 AfD Bonn: Facebook-Eintrag vom 11.05.2022, abgerufen am 11.07.2023.
1323 AfD Solingen: Facebook-Eintrag vom 23.06.2022, abgerufen am 23.06.2022.
1324 Froelich, Tomasz: Tweet vom 04.11.2023, abgerufen am 06.11.2023.

zum Ausdruck. So äußerte der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Miguel Klauß im März 2024 auf Telegram:

> *„Eine Islamisierung findet nicht statt? Erste deutsche Stadt hängt Ramadan-Beleuchtung auf! Das hat bei uns genau so wenig in der Öffentlichkeit zu suchen wie der Muezzinruf. Wir sind ein christlich geprägtes Land und das sollen und wollen wir auch bleiben! Deshalb müssen wir wachsam bleiben und uns gegen die fortschreitende Islamisierung unseres Landes zur Wehr setzen. Deswegen AfD. Deutschland aber normal.“*[1325]

Dirk Spaniel[1326] (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) kommentierte die Ramadan-Beleuchtung in Köln zunächst folgendermaßen:

> *„Goldene Sterne, leuchtende Halbmonde, bunte orientalische Ramadan-Laternen, riesige verschnörkelte Schriftzüge ‚Happy Ramadan‘. Wieder einmal wird auf Kosten der Steuerzahler ausländischen Integrationsverweigerern gehuldigt. Wir als AfD werden solche grünen Gesten der Unterwerfung verhindern.“*[1327]

Wenig später führte Spaniel zudem aus:

> *„Die links-grün-bunte Propaganda will Deutschland als ursprüngliche und eigenständige Nation und Kulturgemeinschaft durch die seit Jahren politisch forcierte Verdrängungsmigration quasi auslöschen -zur Bedeutungslosigkeit marginalisieren. Auf allen Kanälen werden die Bürger tagaus, tagein pausenlos mit dem Mantra von Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit malträtiert. Dabei sind die Mehrheit der Deutschen gegen diese Demutsgesten und Lichtergirlanden…“*[1328]

Spaniel sieht demnach eine Verdrängung deutscher Kultur bis hin zu ihrer Auslöschung im Gange. Durch die Aussage, mit der Beleuchtung werde „*Integrationsverweigerern gehuldigt*“, suggeriert er, alle Musliminnen und Muslimen würden – nur weil sie ihre Religion pflegen – die Integration verweigern. Damit wird zugleich deutlich, dass von Zuwandernden die vollständige Assimilation erwartet und ihnen keine Religionsfreiheit zugestanden wird.

1325 Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 06.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.
1326 Dirk Spaniel ist im Oktober 2024 aus der AfD ausgetreten.
1327 Spaniel, Dirk: Telegram-Beitrag vom 05.03.2024, abgerufen am 16.04.2024.
1328 Spaniel, Dirk: Telegram-Beitrag vom 16.03.2024, abgerufen am 16.04.2024.

MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Jürgen Braun (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) kommentierte im März 2024 eine Schlagzeile zum Aufhängen von Ramadan-Beleuchtung folgendermaßen:

> *„Eine Islamisierung findet nicht statt! Alles nur Verschwörungstheorie [Zwinkerndes Emoji]“*[1329]

Den Verkauf sogenannter Ramadan-Kalender durch einen deutschen Drogeriemarkt interpretierte Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) ebenfalls als Zeichen von *„Islamisierung“* und *„Ersetzungsmigration“*:

> *„Heutige Sichtung bei DM. Denkt immer dran: Ersetzungsmigration und Islamisierung sind nur rechte Verschwörungstheorien. Oder entsprechen sie vielleicht doch der Realität, weil jeder Bürger mit eigenen Augen in Echtzeit beobachten kann, wie sich diese bitterer Zustand im Alltag immer mehr bemerkbar macht?“*[1330]

Aussagen, wonach der Zuzug von Migranten dazu führen werde, dass Deutschland zur *„Islamischen Republik Deutschland“* werde, einheimische Deutsche *„ersetzt“* würden beziehungsweise diese Migration per se staats- und kulturzersetzend wirke, sind geeignet den Eindruck zu erwecken, der deutsche Staat werde durch die Einwanderung von Migranten, insbesondere Musliminnen und Muslimen, im Ergebnis zerstört. Als politische Forderung wird hier pauschal ein Migrationsstopp bzw. die „Rückgängigmachung“ genannt.

Die wiederholte Behauptung einer drohenden Islamisierung Deutschlands geht in einigen voranstehenden Äußerungen in ihrer Pauschalität von der ethnisch-abstammungsmäßigen Vorstellung aus, dass ein Hinzukommen der unterschiedlichen und als inkompatibel wahrgenommenen muslimisch geprägten Kulturen zu der westlichen Wertegemeinschaft schlussendlich die Zerstörung des deutschen Volkes und Staates herbeiführe. Der Islam und die nach Deutschland einwandernden oder in Deutschland lebenden Menschen muslimischen Glaubens werden pauschal mit religiösem und politischem Dominanz- und Expansionsstreben in Verbindung gebracht. Teils wird behauptet, dass Musliminnen und Muslime Andersgläubigen ihre Religion in totalitärer Weise aufzwingen wollten, weil sie die Islamisierung Deutschlands und Europas verfolgten.

1329 Braun, Jürgen: Telegram-Beitrag vom 05.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.
1330 Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 12.02.2024, abgerufen am 14.02.2024.

Entsprechende Positionen wurden insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau von Moscheen und dem Muezzinruf verbalisiert, der auch außerhalb der Kölner Zentralmoschee zu hören ist. Dabei ist nicht zu beanstanden, dass der durch Lautsprecher verstärkte Muezzinruf, wie er etwa in der Kölner DITIB-Moschee zu hören ist, kritisiert wird. Anhaltpunkte für eine muslim- bzw. islamfeindliche Position finden sich aber dort, wo die Diskussion um den Muezzinruf dazu instrumentalisiert wird, den Islam gänzlich als totalitäre Ideologie zu verunglimpfen, weshalb er in Deutschland keinen Raum haben solle.[1331] So schrieb Martin Renner (MdB, NW):

> *„Ausgerechnet in der Domstadt Köln ertönt lautstark seit Freitag einmal wöchentlich der ‚Ruf des Muezzin' aus der Ehrenfelder DITIB-Zentralmoschee. Muslime sollen das Gefühl bekommen, ‚dass auch sie ihre Religionspraxis ausüben können', so ein Vertreter der DITIB.*
> *Das ist doch wohl nur der erste Schritt? Und ist der zweite Schritt in der Ausübung der Religionspraxis – auch als Scharia zu bezeichnen – dann die handgreifliche Züchtigung bis hin zur Steinigung von Frauen? Und ist der dritte – finale – Schritt dann der ‚Adhan-Gebetsaufruf' vom Muezzin aus den Höhen der zukünftig umgewidmeten und islamkonform umbenannten ‚Hohen Domkirche Sankt Petrus zu Köln'? […] Der Ruf ‚Allah ist größer' ist nichts weniger als eine Machtdemonstration des Islam. Ein Postulat der bedingungslosen Inbesitznahme eines Landes, das eigentlich den sofortigen und unmissverständlichen Einsatz des Verfassungsschutzes auf den Plan rufen müsste. Sei es drum! Fast überflüssig zu erwähnen, dass diese bewusste Abkehr von unserer christlichen und abendländischen Zivilisation – die eigene freiwillige Unterwerfung und genau das fordert und meint der Begriff ‚Islam' – auch noch feierlich live im TV übertragen wurde. Buntheit, Toleranz, Akzeptanz, Vielfalt sind – falsch verstanden – die Komponenten des Bösen. […] Dies alles ist der links-dystopische Irrsinn unserer Zeit. Geboren aus einem über die Jahrzehnte zelebrierten Erb-Schuld-Denken, das nach dem Willen linksextremer Weltverbesserer niemals enden darf."*[1332]

[1331] Vgl. dazu auch VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 177.
[1332] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 15.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.

Der Islam und damit auch seine Gläubigen werden als Gefahr für Deutschland inszeniert. So sei der Muezzin-Ruf nur der erste Schritt für eine Verdrängung der „*christlichen und abendländischen Zivilisation*" und die Inbesitznahme Deutschlands. Damit unterstellt er dem Islam aggressive Eroberungstendenzen.

Auf der AfD-Internetseite wurde am 25. April 2022 ein Artikel veröffentlicht, in dem sich das damalige Bundesvorstandsmitglied Joachim Paul (MdL RP) ebenfalls zum Muezzin-Ruf äußerte:

> *„Das Kölner ‚Modellprojekt' war, wie von der AfD bereits befürchtet, nur der Auftakt zu einer bundesweiten Muezzin-Ruf-Offensive. […] Seltsam: im ‚Wahl-O-Mat' hat die CDU bei der Frage, ob Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen sollten, zugestimmt. Das passt auch zum Verhalten der CDU-Ratsfraktionen in Köln und Koblenz - sie duckten sich beim Thema weg und bahnten oder bahnen so den Weg für diese Machtdemonstrationen. […] Joachim Paul, Mitglied des AfD-Bundesvorstands:*
> *‚[…] Die Bürger sollten wissen: wer CDU wählt, honoriert politische Rosstäuscher, die das Thema Einwanderung und Integration stets unter den Vorbehalt der Wahlkampftaktik stellen und Probleme und gravierende Fehlentwicklungen wie die Ausbreitung des Islamismus in NRW nicht bekämpfen, sondern moderierend begleiten und die Innere Sicherheit gefährden. Zu Gunsten des Treibens von Hasspredigern und Islamisten. Der Ruf des Muezzins ist eine Demonstration der Macht, er wird von islamistischen Gemeinden zudem als Aufruf zur Durchsetzung einer islamistischen Gesellschaft auf deutschem Boden betrachtet. Er stellt damit in letzter Konsequenz auch Gewaltenteilung, Demokratie und Frauenrechte lautstark in Frage. Die AfD vertritt darüber hinaus die Idee einer deutschen Leitkultur, das heißt: wir bekennen uns selbstverständlich zur freien Religionsausübung, lehnen aber hierfür nicht unabdingbar notwendige lautstarke religiöse Machtdemonstrationen ab. Deshalb bleibt es für die AfD heute und morgen dabei: Kein Ruf des Muezzins in unseren Städten!'"*[1333]

Auch Paul beschreibt den Muezzin-Ruf als „*Machtdemonstration*" des Islam und muslimischer Gläubiger zur „*Durchsetzung einer islamistischen Gesellschaft*" in Deutschland. Der Muezzin-Ruf sei ein Symptom eines sich ausbreitenden Islamismus. Ohne

---

[1333] AfD: „Joachim Paul: Wackel-Wüst (CDU) will nun doch Ruf des Muezzins - nur AfD konsequent!" vom 25.04.2022, in: www.afd.de, abgerufen, am 28.04.2022.

zwischen der Religion des Islam und dem Islamismus als politischer Ideologie zu unterscheiden, unterstellt Paul pauschal der gesamten Religion, Gewaltenteilung, Demokratie und Frauenrechte in Frage zu stellen. Die Äußerungen zielen darauf ab, Ängste vor Menschen muslimischen Glaubens zu schüren und sie als Anhängerinnen und Anhänger einer die Sicherheit gefährdenden, freiheitsfeindlichen und expansiven politischen Ideologie zu charakterisieren.

Auf der Facebook-Seite des AfD-Bundesverbands wurde am 14. Oktober 2022 ein Beitrag veröffentlicht, in dem die Partei den Muezzin-Ruf einer Moschee in Köln als „*kulturelle Landnahme*" bezeichnet:

> *„+++ Mit der AfD gäbe es keine Muezzin-Rufe in Deutschland! +++ So geht kulturelle Landnahme: Während die Stadt Köln den weltberühmten Dom aus ihrem Stadtlogo gekickt hat, gehört dort seit heute der Muezzin-Ruf zum Alltag. Dank eines ‚Modellprojektes' werden Moslems nun regelmäßig über Lautsprecher zum Gebet aufgefordert – und Deutsche bekommen bei dieser Gelegenheit gleich mal aufgezeigt, wer hier am Rhein in Zukunft den Ton angibt. Es ist ein beispielloses Einknicken vor der Ausbreitung einer Religion, in der Frauen immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt und Homosexuelle geächtet werden. Die vielgepriesene Vielfaltsgesellschaft – in Köln bislang sehr ausgeprägt – sägt an ihrem eigenen Ast! Mit uns von der AfD würde es eine solche Vereinnahmung öffentlicher Räume durch fremde Kulturen nicht geben. Denn weder der Muezzinruf noch der Islam gehören zu Deutschland. Zu uns gehören Freiheit und Selbstbestimmung! Lassen wir nicht zu, dass diese Errungenschaften weiter ausgehöhlt werden!"*[1334]

Die AfD stellt hier ein freiheitliches, selbstbestimmtes „Wir" einem „Die" gegenüber, das sie u. a. pauschal als Frauen abwertend darstellt und beschreibt abermals einen angeblichen Prozess der *„Landnahme"*, gegen den man sich wehren müsse. Die Erlaubnis für den Bau der thematisierten Moschee nebst Muezzin-Ruf klassifiziert sie nämlich als *„Einknicken"*, also als Nachgeben oder Verlieren.

Allerdings äußert sie auch, die Vielfaltsgesellschaft säge an ihrem eigenen Ast und meint dann, sie hätte dem Muezzin-Ruf nicht zugestimmt. Dies kann auch so gelesen werden, als respektiere sie grundsätzlich ein Miteinander der Kulturen, meine aber,

[1334] AfD: Facebook-Eintrag vom 14.10.2022, abgerufen am 19.10.2023.

der Muezzin-Ruf sei zu weit gehend. Eine solch differenzierte Betrachtung wäre als islamkritisch nicht per se verfassungsfeindlich.

Andere Aussagen gehen hingegen explizit von einer Inkompatibilität des Islam und in der Folge gläubiger Muslime mit deutschen Werten aus und lehnen die Anwesenheit von Muslimen oder aber die Ausübung der Religion in Deutschland ab. Teils wird eine negative Veränderung Deutschlands allein aufgrund des zunehmenden Anteils muslimischer Gläubiger an der Gesamtbevölkerung beschrieben, der zwangsläufig einen Islamisierungsprozess der europäischen Länder nach sich ziehe und diese langfristig zerstöre.

Christina Baum, zum damaligen Zeitpunkt AfD-Bundesvorstandsmitglied und Bundestagsabgeordnete (BW/ST) schrieb am 20. März 2023 auf Facebook:

> *„Deutschland muss deutsch bleiben*
> *Nach der massenhaften Einwanderung von arabischen Männern sprießen Moscheen mit Minaretten aus dem Boden und sogar der Muezzin-Ruf ertönt mittlerweile in einigen Städten. Deshalb ist es nur folgerichtig, auch gleich die Straßen mit arabischen Namen zu versehen, damit sich die vielen Neubürger in unserem Land auch wie Zuhause fühlen. Nein, lieber Herr Charchira von den Grünen, das nennt man nicht Inklusion, sondern das ist arabisch-muslimische Landnahme! Wir, die Deutschen, werden zur Minderheit im eigenen Land und dies in einer Geschwindigkeit, das einem schwindlig wird. Vom deutschen Schuldkult psychisch/ seelisch geschwächt und jahrzehntelang umerzogen, wird weiter darauf hin gearbeitet, unser Volk, unsere Kultur, unsere Sprache und unsere Traditionen langsam verschwinden zu lassen. Doch wir werden uns mit Händen und Füßen dagegen wehren. Die AfD ist die einzige Partei, die sich dieser Abschaffung der Deutschen auf ihrem eigenen Staatsgebiet mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen stemmt. Deutschland soll nicht zu Arabien werden.“*[1335]

Baum geht hier von einer grundsätzlichen Inkompatibilität von Musliminnen und Muslimen mit der einheimischen deutschen Bevölkerung aus. Denn hier wird nicht etwa in zulässiger Weise nur Kritik an konkreten Integrationsvorschlägen geübt, sondern Integration wird an sich als unmöglich ausgeschlossen. Es gebe nach dieser Aussage

[1335] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 20.03.2023, abgerufen am 20.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

stattdessen zwei Gruppen, die ihre Gebietsansprüche gegeneinander verteidigen müssten. Sofern man die Anwesenheit von Musliminnen und Muslimen in Deutschland zulasse, akzeptiere man, von ihnen verdrängt zu werden. Diese Aussage zielt darauf ab, eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegenüber dieser Personengruppe hervorzurufen und versucht gleichzeitig gar nicht erst, sachliche Lösungen für die Probleme der Integrationspolitik zu finden.

In einem Interviewbeitrag des Online-Magazins Stattzeitung vom August 2024 äußerte sich die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) in ähnlicher Weise über Menschen muslimischen Glaubens:

> *„Es kann nicht sein, dass wir in Westdeutschland an den Schulen, bei den Kindern schon mehrheitlich muslimische Kinder haben, die deutsche Kinder – im Übrigen das kann man überall nachlesen, es ist ja keine Behauptung – drangsalieren – junge Mädchen, die kein Kopftuch tragen. Diese Gesellschaft, die freiheitliche Gesellschaft erträgt diese repressiven Kulturen nicht und wir vertragen die Stammeskulturen nicht. Das ist überhaupt nicht vereinbar mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Und darum dürfen wir das nicht weiter zulassen, dass wir durch eine Massenmigration – das ist eine Massenmigration – überrannt werden und diese Leute innerhalb unserer Landesgrenzen haben, die uns jetzt eben auch im Übrigen dschihadistisch zeigen, wer hier eigentlich die Hosen an hat […], in Geiselhaft nehmen“*[1336]

Im Oktober 2021 schrieb die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst (HE) in ihrer Kolumne „Höchst brisant“ anlässlich der Debatte um den Muezzin-Ruf:

> *„Zur akustischen Landnahme des politischen Islams kommt aber leider noch etwas hinzu: Allahu Akbar ist zugleich nämlich auch der Schlachtruf selbsternannter Dschihadisten und ‚Sprenggläubiger'- Für die Opfer unzähliger Terrorattacken, Messerangriffe und sonstiger Anschläge auf europäischen Straßen war es das Letzte, was sie in ihrem Leben hörten. Ob die Angreifer anschließend für schuldfähig erklärt werden oder (wie zumeist) nicht, tut dabei tatsächlich wenig zur Sache: Allahu Akbar […] ist mittlerweile untrennbar bedeutungsverwoben mit*

[1336] Weidel, Alice im Interview mit Stattzeitung; veröffentlicht in: www.stattzeitung.org am 25.08.2024, abgerufen am 02.04.2025.

den blutigen Horrorbildern, die wir alle hinlänglich kennen […]. […] Wir zivilisierten Bürger haben kein Interesse daran, unser multikulturelles Zusammenleben täglich auf der Straße mit Messern, Macheten oder anderem Tötungswerkzeug ‚neu auszuhandeln'".[1337]

Höchst beschreibt hier eine angebliche Bedrohung der Sicherheit und der Existenz der deutschen Gesellschaft, die von Musliminnen und Muslimen ausgehe. Sie tut dies in einer die Menschenwürde dieser abwertenden Weise, wenn sie ihnen ausschließlich negative Attribute wie etwa einen Hang zu Gewalt zuschreibt und letztlich die Worte „Sprengen" und „strenggläubig" zu „*Sprenggläubigen*" verbindet.

Nicole Höchst teilte zudem im August 2023 auf Facebook einen Artikel der BILD-Zeitung mit der Schlagzeile „Nur eins von 103 Kindern spricht zu Hause deutsch" und kommentierte:

> *„Wer integriert sich da wo hinein? Welche Landessprache und Kultur herrschen da vor? Ist das die Zukunft Deutschlands, die wir unseren Kindern hinterlassen wollen? Unterwerfung, Koran und Scharia inklusive?"*[1338]

Christina Baum (MdB, BW und zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand) schrieb am 25. April 2024 in ihrem Telegram-Kanal:

> *„Das Ziel ist die Unterwerfung unter den Islam.*
> *Noch haben wir die Möglichkeit zur Umkehr. Jetzt muss unserer Toleranz ein Ende gesetzt werden, wenn wir in unserem eigenen Land wieder Herr über unsere Kultur, Tradition und Identität sein wollen!"*[1339]

Der baden-württembergische Co-Landesvorsitzende Emil Sänze (MdL BW) schrieb am 14. Oktober 2022 auf Facebook anlässlich der Erlaubnis des Muezzin-Rufes in Köln:

> *„Köln gibt sich auf?! Religionsfreiheit oder Machtdemonstration des politischen Islam? […] Der Muezzin rief: ‚Allah ist der Allergrößte (4mal). Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt (2mal). Ich bezeuge, dass Muhammad der Gesandte Allahs ist (2mal). Kommt her zum Gebet (2mal). Kommt her zum Heil*

1337 Journalistenwatch: „Höchst brisant: Der Muezzinruf gehört nicht zu Deutschland!", in: journalistenwatch.com vom 17.10.2021, abgerufen am 26.10.2021.
1338 Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 29.08.2023, abgerufen am 06.12.2023.
1339 Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 25.04.2024, abgerufen am 25.04.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. c. aa. (1))

> *(2mal). Allah ist der Allergrößte (2mal). Es gibt keinen Gott außer Allah.' Toleranz hört sich ganz anders an. Die Europäer verhinderten vor Wien die Islamisierung Europas, jetzt werden wir ohne Gegenwehr über Einwanderung islamisiert."*[1340]

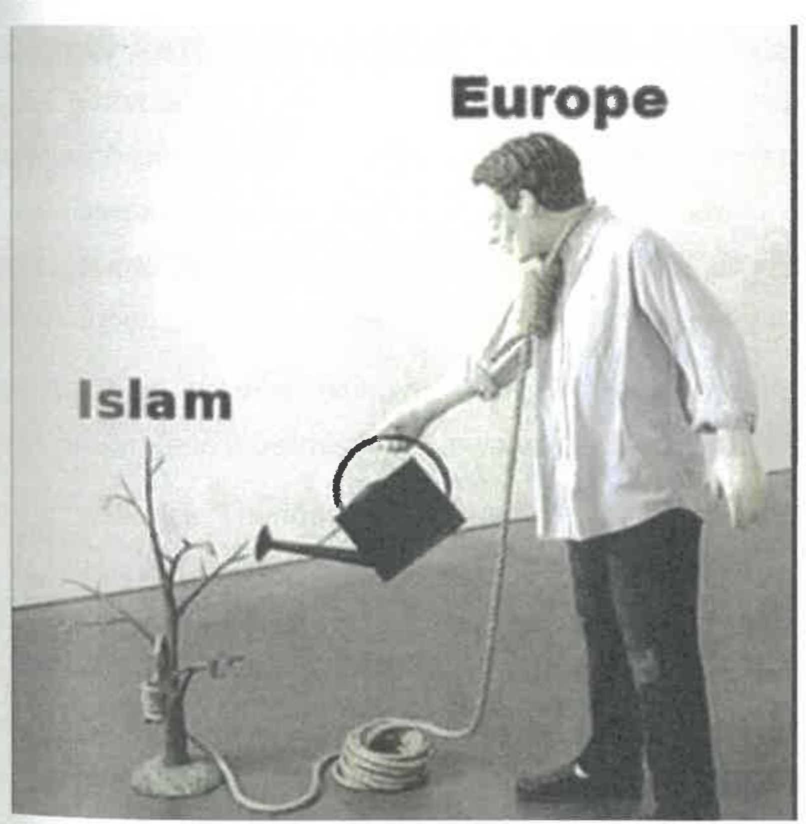
Miguel Klauß (MdL BW) warnte am 15. Oktober 2022 auf Facebook:

> *„Köln ist nur der Beginn. Der Islam wird keine Ruhe geben, bis er überall Einzug erhalten hat. Dann ist es aber zu spät."*[1341]

Miguel Klauß veröffentlichte am 4. November 2023 einen weiteren Beitrag auf Facebook, in dem er eine drohende „*Islamisierung*" Deutschlands heraufbeschwor:

> *„Wer die Islamisierung in [Deutschland] aufhalten möchte, der muss AfD wählen. Mit den Altparteien haben wir hier in 10 Jahren ein Kalifat."*[1342]

Am selben Tag veröffentlichte Klauß darüber hinaus folgende Grafik ebenfalls auf Facebook:



[1343]

[1340] Sänze, Emil: Facebook-Eintrag vom 14.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.
[1341] Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 15.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.
[1342] Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 04.11.2023, abgerufen am 17.11.2023.
[1343] Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 04.11.2023, abgerufen am 17.11.2023.

Auf der Grafik gießt eine Person, die sinnbildlich für Europa stehen soll, einen kleinen Baum, welcher augenscheinlich den „Islam“ bzw. die Musliminnen und Muslime in den europäischen Staaten kennzeichnet. An besagten Baum ist ein Seil gebunden, das in einen todesbringenden Strick mündet, der um den Hals des personifizierten „Europas“ gebunden ist. Letztlich drückt das Bild aus, Europa triebe durch vermeintliche Zugeständnisse und seine Offenheit gegenüber dem Islam sein eigenes Ende voran.

(3) Pauschale Verunglimpfung als Islamisten

Daneben werden Gewalttaten, die von Muslimen oder Islamisten verübt wurden, von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern instrumentalisiert, um die Herkunft und Religion der Tatverdächtigen als Ursache für diese Gewaltausübungen verantwortlich zu machen.

Als Reaktion auf einen Doppelmord in Ludwigshafen-Oggersheim (RP), der Medienberichten zufolge weder politisch noch religiös motiviert war[1344], schrieb Björn Höcke am 20. Oktober 2022 auf Facebook:

> *„Der alltägliche Verdrängungskrieg hat in Ludwigshafen-Oggersheim zwei weitere Opfer gefordert […] Der Täter ist ein somalischer Asyl-Einwanderer […]. Wahrscheinlich ist der Täter psychisch krank und leidet an jener unter Einwanderern weit verbreiteten Volkskrankheit, welche die Betroffenen ‚Allahu Akbar‘ schreien lässt und deren Wahrnehmung so verzerrt, daß sie in den ‚ungläubigen‘ Gastgebern lebensunwertes Leben sehen. Also nichts Besonderes.“*[1345]

Durch die Bezugnahme auf eine „*weit verbreitete Volkskrankheit*“ bringt Höcke zum Ausdruck, dass große Teile muslimischer Einwanderer Mörder und Terroristen seien.

Der Justizausschuss des Thüringer Landtags hob aufgrund dieser Äußerung im März 2023 die Immunität von Björn Höcke auf. Die Staatsanwaltschaft Mühlhausen (TH) leitete Ermittlungen wegen Anhaltspunkten für volksverhetzende Inhalte ein. Laut Staatsanwaltschaft setze Höcke mit dem NS-Begriff des „*lebensunwerten Lebens*“ eine Einzeltat mit dem industriellen Massenmord des Nazi-Regimes gleich und stachle mit der Aussage zum Hass gegen in Deutschland lebende Einwanderer auf.[1346] Im

---

[1344] SWR: „Tödliche Messerattacke in Ludwigshafen: ‚Man verliert sofort das Bewusstsein‘“ vom 24.04.2023, in: www.swr.de, abgerufen am 08.08.2024.
[1345] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 20.10.2022, abgerufen am 15.03.2023.
[1346] MDR: „Ermittlung: Immunität von Björn Höcke erneut aufgehoben“ vom 10.03.2023, in: www.mdr.de, abgerufen am 14.03.2023.

Februar 2024 wurde medial bekannt, dass die Anklage zugelassen aber ein Termin für die Hauptverhandlung jedoch noch nicht festgelegt wurde.[1347]

Höcke suggeriert, dass es bei (muslimischen) Einwanderinnen und Einwanderern *„weit verbreitet“* sei, nicht-islamische Personen als *„lebensunwert“* anzusehen und deshalb Gewalttaten gegen sie zu verüben. Diese Annahme führt Höcke ausschließlich auf die von ihm vermutete muslimische Religionszugehörigkeit von Gewalttätern wie dem Täter von Ludwigshafen zurück und schließt deshalb pauschal auf die gesamte Personengruppe von Muslimen. Höcke beschreibt, dass solche tödlich endenden Gewaltverbrechen ein Symptom des *„alltäglichen Verdrängungskrieges“* seien. Damit wird die Vorstellung geschürt, muslimische Einwanderer wollten einheimische Deutsche systematisch und durch Gewalttaten verdrängen.

Erhard Brucker, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im bayerischen AfD-Landesvorstand und seit 2025 Bundestagsabgeordneter, schrieb am 9. September 2022 auf Facebook:

> *„In Ansbach war es wieder Mal so weit… ein Messermoslem verbreitete im Auftrag der Religion des Friedens seinen Missionssauftrag. Die lokale Presse und Polizei überprüfen bereits ob das Motiv des Allahu Akbarschreiers irgendwas mit dem Islams zu tun haben könnte .... wahrscheinlich handelt es sich aber wie immer um einen psychisch kranken Einzeltäter ... dem so gut wie nichts passieren würde (wenn ihm in diesem Fall die Polizei nicht seinen sehnlichsten Wunsch erfüllt hätte und er nun bei 72 Huris sitzt), während man Islamkritiker schon mal für 6 Monate einsperren kann ... irres Deutschland !“*[1348]

Der Islam wird in sarkastischer Weise als *„Religion des Friedens“* bezeichnet und damit pauschal als unfriedlich dargestellt. Die Ausübung der Tat aufgrund einer psychischen Krankheit wird abgestritten; stattdessen wird die Religionszugehörigkeit als Ursache für das Gewaltverbrechen dargestellt. Dies wird noch durch den beleidigenden Begriff *„Messermoslem“* unterstrichen. Das mögliche Motiv des Täters wird nicht mit einem islamistischen Hintergrund, sondern allgemein mit der Religionszugehörigkeit (*„mit dem Islam“*) in Verbindung gebracht.

[1347] ZEIT: „Björn Höcke muss wegen Volksverhetzung vor Gericht“ vom 07.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.

[1348] Brucker, Erhard: Facebook-Eintrag vom 09.09.2022, abgerufen am 02.11.2022.

Erhard Brucker schrieb am 31. Oktober 2022 außerdem auf Facebook:

> *„Islam ist bunt .... und sorgt nicht nur an Sylvester für einen Bombenstimmung ...“*[1349]

Dazu postete er folgende Grafik:



Nicolaus Fest[1350] (damaliger MdEP, BR) äußerte in einem Videostatement vom 25. November 2022:

> *„Wenn man beispielsweise der Ansicht ist, dass die Muslime in Europa diskriminiert werden, macht man was? Genau! Man fragt Muslime, ob sie sich irgendwie diskriminiert fühlen, wenn sie keine Burkas in Schulen und keine Macheten und Sprengstoffgürtel im öffentlichen Raum tragen dürfen.“*[1351]

Das Vorgehen von Jihadisten bei der Tötung von Menschen wird in sarkastischer Weise von der AfD genutzt, um Muslime in Gänze als tödliche Gefahr darzustellen.

Eine solche pauschalisierende Gleichsetzung extremistischer Taten mit der Religion des Islam lässt sich auch bei Andreas Harlaß (Landesvorstandsmitglied der AfD Sachsen) beobachten. So forderte dieser am 13. August 2022 auf Twitter (heute: X), den Islam als terroristische Vereinigung einzustufen:

[1349] Brucker, Erhard: Facebook-Eintrag vom 31.10.2022, abgerufen am 02.11.2022.

[1350] Nicolaus Fest wurde im Mai 2024 aus der AfD ausgeschlossen. Als Begründung wurden nicht gezahlte Mandatsträgerabgaben sowie die Verunglimpfung des verstorbenen früheren EU-Parlamentspräsidenten David Sassoli angegeben.

[1351] Fest, Nicolaus: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, Kanal: „Nicolaus Fest“, abgerufen am 28.11.2022.

„#Rushdie im Namen des Islam niedergestochen? Eine Religion, die so martialisch gegen Andersdenkende vorgeht, sollte als terroristische Vereinigung in der freien Welt eingestuft werden.“[1352]

In einem Facebook-Eintrag vom 15. August 2024 stellte der nordrhein-westfälische AfD-Landesverband das Erstarken der Partei DAVA als Zeichen für die *„Islamisierung Deutschlands“* dar und bezeichnete die Partei als *„Islamisten-Partei“*:

„++ Islamisten-Partei DAVA beweist: Die Islamisierung Deutschlands geht voran! ++
In Deutschland etabliert sich gerade eine neue Partei. Der Name: DAVA. Das steht für ‚Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch‘. Was sich dahinter verbirgt: Eine Muslim-Partei, die der AKP des türkischen Präsidenten Erdogan nahesteht. […] Die Vereinigung hofft, bei der kommenden Bundestagswahl aus dem Reservoir der rund 2,5 Millionen Muslime mit deutschem Pass schöpfen zu können. Ob das gelingt?
Aus Sicht der AfD macht die Auswertung zwei Dinge deutlich: Islamische Wählerstimmen nutzen vorwiegend den Altparteien - besonders der CDU (!) und der Mogelpackung BSW. Migrationspolitische Impulse in diese Richtung kann man also berechtigt als Eigeninteresse dieser Parteien bezeichnen.
Zweitens: Der islamische Machtanspruch tritt mit DAVA immer offener und ungenierter zu Tage. Das Wort ‚Dava‘ bedeutet übrigens soviel wie ‚der richtige Weg‘ oder ‚unsere Sache‘. Im Arabischen wird damit auch die ‚Missionierung von Nicht-Muslimen‘ gemeint. Noch Fragen?“[1353]

In seinem Redebeitrag auf der AfD-Kundgebung am 22. August 2021 in Eberswalde (BB) äußerte der Brandenburgische Landtagsabgeordnete Daniel Freiherr von Lützow:

„Und wir alle selber wissen: Man hat Tschetschenen ins Land geholt. Jeder der zu Ostzeiten aufgewachsen ist, weiß, was Tschetschenien ist. Das sind Islamisten vom Feinsten. Das sind nicht Leute, die dem islamischen Glauben angehören, da muss man ja auch unterscheiden, sondern das sind Islamisten, die bereit

[1352] Harlaß, Andreas: Tweet vom 13.08.2022, abgerufen am 01.09.2022.
[1353] AfD NRW: Facebook-Eintrag vom 15.08.2024, abgerufen am 17.10.2024.

sind, für ihren Glauben in den Tod zu gehen. Genau das gleiche ist mit den Afghanen."[1354]

Die AfD Offenbach-Land (HE) veröffentlichte am 17. Oktober 2023 folgenden von einer Grafik mit den Worten „*Ein Herz für Remigration*" begleiteten Facebook-Beitrag:

> *„Ich möchte nicht in einer Welt leben, in der man jeden Tag Angst haben muss, von einem Islamisten abgeschlachtet zu werden. Der Islam gehört nicht nach Europa.*
> *#Brüssel*
> *Was auf den Straßen in Europa mittlerweile stattfindet, ist ein Glaubenskrieg und das, was heute in #Brüssel passiert ist, wird erst der Anfang sein, wenn wir es JETZT nicht beenden!"*[1355]

Martin Renner (MdB, NW) veröffentlichte am 4. Juni 2024 auf Facebook einen Beitrag, in welchem er eine friedliche Auslegung des Islam grundsätzlich in Frage stellt. Im Umkehrschluss unterstellt er damit jedem muslimischen Gläubigen, einen unfriedlichen, islamistischen Extremismus zu pflegen:

> *„‚Friedlicher' Islam ist ein Märchen, so wie der bisher nur noch ‚nicht richtig' durchgeführte Sozialismus."*[1356]

In diffamierender Weise werden Musliminnen und Muslime als durch (tödliche) Gewaltkriminalität determinierte Personen dargestellt. Auf dieser Grundlage warnen AfD-Vertreterinnen und -Vertreter vor einer weiteren Migration muslimischer Personen nach Deutschland bzw. fordern deren Abschiebung. Die pauschale Darstellung islamischer Gläubiger bzw. Zugewanderter als potenziell lebensbedrohliche Gewalttäter ist dazu geeignet, Vorbehalte gegenüber dem Islam und der gesamten Menschengruppe der muslimischen Gläubigen zu fördern und stellt eine pauschale Verunglimpfung dar.

[1354] Lützow, Daniel Freiherr von: Redebeitrag auf der AfD-Kundgebung am 22.08.2021 in Eberswalde (BB), veröffentlicht in: www.facebook.com am 22.08.2021, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 02.09.2021.

[1355] AfD Offenbach-Land: Facebook-Eintrag vom 17.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.

[1356] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.06.2024, abgerufen am 23.09.2024.

bb.Zwischenfazit

Die vorliegenden Äußerungen beinhalten islam- und muslimfeindliche Positionen. Dabei dominieren insbesondere Aussagen, die die Religion des Islam mit einem politischen System gleichsetzen und vor einer daraus folgenden vermeintlichen Islamisierung warnen.

Anknüpfungspunkt für muslim- und islamfeindliche Positionen der zitierten AfD-Vertreterinnen und AfD-Vertreter unterschiedlicher Funktionsebenen der Partei war oftmals die Debatte um die Erlaubnis des Muezzin-Rufs durch die Stadt Köln. So dient die Ausübung des Muezzin-Rufs der AfD als Sinnbild für angebliche Islamisierungsprozesse in der deutschen Gesellschaft und bedeute danach das Aufzwingen der islamischen Religion gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen. Der Muezzin-Ruf sei eine Machtdemonstration des Islam und verdeutliche muslimische Expansions- und Dominanzbestrebungen, die letztlich in einer Unterdrückung und Verdrängung der deutschen Bevölkerung münden würden. Außerdem wird der Muezzin-Ruf genutzt, um die Religion des Islam mit einem politischen Islamismus gleichzusetzen.

Durch Muslime ausgeübte Tötungsdelikte bieten für AfD-Vertreterinnen und -Vertreter zudem Ausgangspunkte für eine wiederkehrende pauschale Übertragung krimineller Eigenschaften auf Musliminnen und Muslime bis hin zur Darstellung muslimischer Gläubiger als durch (tödliche) Gewaltkriminalität determinierte Menschen. Insbesondere wenn es sich bei der Tatwaffe um Messer handelte, werden von AfD-Vertreterinnen und Vertretern oftmals Formulierungen genutzt, die auf eine pauschale Abwertung und Kriminalisierung der gesamten muslimischen Glaubensgemeinschaft ausgerichtet sind und damit die Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen verletzen.

Oftmals werden die verschiedenen Facetten der Islam- und Muslimfeindlichkeit in den einzelnen Verlautbarungen kombiniert, sodass solche Äußerungen ein ganzheitliches Bedrohungsszenario konstruieren und ein stark pauschalisierendes Abwertungspotenzial gegenüber dem Islam und seinen Gläubigen entwickeln.

d. Antisemitische Aussagen und Positionen

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob sich seit der Verdachtsfalleinstufung tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aus antisemitischen Aussagen und Positionen ergeben.

aa. Begriffsbestimmung

Zum komplexen und vielschichtigen Begriff des Antisemitismus existiert weder in der Wissenschaft noch im politischen Raum eine allgemein anerkannte Definition. Die Bundesregierung empfiehlt die Nutzung der nachfolgenden Definition.

> *„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen."*[1357]

Diese ist im Jahr 2005 von Mitgliedern des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE),[1358] der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC), die bald darauf in der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) aufging,[1359] sowie weiteren Antisemitismus-Expertinnen und -Experten erarbeitet worden. Die im Jahr 2016 von der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA)[1360] angenommene, rechtlich nicht bindende Arbeitsdefinition wird von zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten genutzt. Die Bundesregierung nahm darüber hinaus in ihrer Empfehlung folgende Ergänzung auf, die über die Konsensfassung der IHRA hinausgeht:

[1357] IHRA: „Arbeitsdefinition von Antisemitismus" ohne Datum, in: www.holocaustremembrance.com, abgerufen am 07.03.2024.

[1358] Das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) wurde eingerichtet, um demokratische Wahlen, Respekt für Menschenrechte, Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

[1359] Die Aufgabe des European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC) war es, Ausmaß und Entwicklung von Rassismus, „Fremden"-Feindlichkeit und Antisemitismus zu analysieren sowie bewährte Praktiken im Kampf gegen diese Phänomene zu untersuchen. Die Fundamental Rights Agency (FRA) hat den Schutz der Grundrechte in der EU zum Ziel.

[1360] Die IHRA ist eine 1998 gegründete zwischenstaatliche Organisation, in der Delegierte aus mittlerweile 34 Mitglieds-, 1 Partner- und 8 Beobachterstaaten zusammenkommen, um die Aufklärung, Erforschung und Erinnerung des Holocaust zu fördern.

„Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“[1361]

Wie diese Definition praktisch angewendet werden kann, zeigt ein Anfang 2021 im Auftrag der Europäischen Kommission erarbeitetes Handbuch, das Leitbeispiele vorstellt, diese auf reale antisemitische Vorfälle und Straftaten bezieht und dabei bewährte Vorgehensweisen bei der Anwendung der Definition benennt.[1362]

Der 2009 vom Deutschen Bundestag erstmals eingesetzte Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus (UEA)[1363] hat die IHRA-Definition, die in erster Linie für die politische, behördliche und polizeiliche Arbeit entwickelt wurde, durch eine abstraktere Perspektive ergänzt. Im Gegensatz zur IHRA, die das Merkmal der Religiosität als ausschlaggebend hervorhebt, sieht der Expertenkreis auch solche Gruppen und Institutionen als mögliches Ziel von Antisemitismus, die sich selbst als jüdisch, nicht aber als religiös verstehen. Beim Antisemitismus-Begriff handle es sich demzufolge um eine:

„Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden wahrgenommenen Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen“.[1364]

Zuletzt zeigte die am 26. März 2021 veröffentlichte Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) zahlreicher einschlägig engagierter Forscherinnen und Forscher, Intellektueller und anderer fachkundiger Persönlichkeiten, dass die wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung um den Antisemitismusbegriff unvermindert andauert. Die JDA nimmt für sich in Anspruch, mit ihrer Definition und insbesondere mit den diese erläuternden fünfzehn Leitlinien klarer, kohärenter und nuancierter als die IHRA-Arbeitsdefinition vorzugehen. Die JDA definiert Antisemitismus wie folgt:

[1361] Auswärtiges Amt: „Bundesregierung unterstützt internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ vom 22.09.2017, in: www.auswaertiges-amt.de, abgerufen am 06.03.2024.

[1362] Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus: „Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus“, Luxemburg 2021.

[1363] Der UEA hat 2012 einen ersten und 2017 einen zweiten Bericht Antisemitismus in Deutschland veröffentlicht. Der erste Kreis setzte sich zusammen aus Aycan Demirel, Olaf Farschid, Elke Gryglewski, Johannes Heil, Peter Longerich, Armin Pfahl-Traughber, Martin Salm, Julius H. Schoeps, Wahied Wahdat-Hagh und Juliane Wetzel. Der zweite Kreis wurde gebildet von Werner Bergmann, Marina Chernivsky, Aycan Demirel, Elke Gryglewski, Beate Küpper, Andreas Nachama, Armin Pfahl-Traughber, Patrick Siegele und Juliane Wetzel.

[1364] Bundesministerium des Innern (Hrsg.): „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, Berlin 2012, S. 10.

ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).“[1365]

Abseits dieser Auseinandersetzungen um Begrifflichkeiten und Definitionen lässt sich im Grundsatz festhalten, dass es sich bei Antisemitismus um eine feindselige Positionierung gegenüber den als homogene Gruppe imaginierten Jüdinnen und Juden handelt:

„Der einzelne Jude wird nicht als Individuum, sondern als Angehöriger eines konstruierten Kollektivs mit verbindender Agenda wahrgenommen“.[1366]

Antisemitismus lässt sich demnach als Sammelbegriff für *„sämtliche Formen von Hass, Vorurteilen und Ressentiments gegen Juden“*[1367] verstehen, oder kurz: als *„Feindschaft gegen Juden als Juden“.*[1368]

Antisemitische Positionen machen somit den Wert eines Menschen von der Zugehörigkeit zu seiner (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Religion und/oder Herkunft abhängig, würdigen ihn zum bloßen Objekt von Beleidigungen und/oder einer politischen Agenda herab und richten sich damit gegen die Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG, die als Konkretisierung der Menschenwürde in Art. 1 Abs. 1 GG zu verstehen sind.[1369] Antisemitische Ideologeme sind daher nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

bb.Ideologische Erscheinungsformen

Es lassen sich sechs typische Ausprägungen des Antisemitismus identifizieren.[1370] Da antisemitische Stereotype und Ressentiments zumeist nicht isoliert auftreten, sondern

---

1365 Jerusalem Declaration: „Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus“, in: jerusalemdeclaration.org, 26.03.2021.

1366 Bundesministerium des Innern (Hrsg.): „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, Berlin 2012, S. 10.

1367 Botsch, Gideon: „Von der Judenfeindschaft zum Antisemitismus. Ein historischer Überblick“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 28-30/2014 vom 07.07.2014, S. 10.

1368 Bundesministerium des Innern (Hrsg.): „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, Berlin 2012, S. 10.

1369 Vgl. BVerfGE 144, 20 Rn. 541.

1370 Die Typologisierung folgt: Pfahl-Traughber, Armin: „Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 31/2007 vom 30.07.2007, S. 4 ff. Andere Forschende haben ähnliche Typologisierungen vorgeschlagen.

vielmehr aufeinander Bezug nehmen und miteinander verschränkt sind, können antisemitische Äußerungen und Handlungen daher meist nicht nur einer der folgenden sechs Formen zugeordnet werden.

Die Anfänge des Antisemitismus in Europa liegen im christlichen Antijudaismus. Diese Form des religiösen Antisemitismus basiert auf der Absolutsetzung der eigenen Glaubensauffassung und der damit einhergehenden Ablehnung und Herabwürdigung des Judentums. Diese Form von Antisemitismus muss nicht zwingend christlich gerahmt sein, sondern ist auch im Islam anzutreffen.

Daneben entwickelte sich eine weitere Ideologieform, der soziale Antisemitismus, der zumeist ökonomisch begründet ist. Dieser geht auf soziale Konflikte zurück und manifestiert sich in der Vorstellung, dass jüdische Menschen einen besonderen Status innerhalb der Gesellschaft innehätten.

An dieses Bild schließt sich eng der politische Antisemitismus an. Die als mächtig imaginierte jüdische Minderheit verschwöre sich demnach gegen die Mehrheit, um diese zu schädigen und zu beherrschen. Beispielhaft hierfür steht das Bild von „den Juden" als Draht- und Strippenziehern, die unter dieser Maßgabe Wirtschaftskrisen, Revolutionen oder gar Kriege anzettelten. Die Vorstellung einer jüdischen Verschwörung, die letztlich auf die Weltherrschaft abzielt, ist eines der wirkmächtigsten antisemitischen Stereotype, wofür insbesondere die Anfang des 20. Jahrhunderts erstmals publizierten „Protokolle der Weisen von Zion" stehen. Dass diese Schrift – ein vermeintlicher jüdischer Geheimplan – kurz darauf als perfide Fälschung entlarvt wurde, tat ihrer bis heute andauernden Wirkung keinen Abbruch.[1371]

Der rassistische Antisemitismus benutzt biologistische Argumentationsmuster und bezeichnet jüdische Menschen als Angehörige einer „minderwertigen Mischlingsrasse". Entsprechend seien Jüdinnen und Juden an ihrem Äußeren zu erkennen. Mit dieser „niederen" stünden alle „höheren" und vermeintlich homogenen „Rassen" in einem sozialdarwinistisch verstandenen Kampf um das Dasein, der lediglich Sieg oder Untergang kenne. Abweichend von anderen Formen des Antisemitismus gelte die Zugehörigkeit zum Judentum als unabänderlich. Sie könne weder durch Konversion, noch durch Verhaltensänderungen abgestreift werden.

1371 Vgl. Sammons, Jeffrey (Hrsg.): „Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar", Göttingen 1998; Ben-Itto, Hadassa: „Die Protokolle der Weisen von Zion. Anatomie einer Fälschung", Berlin 1998.

Eine weitere Ideologieform bildet der sekundäre Antisemitismus, der auch als „Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz" oder als „Erinnerungsabwehr-Antisemitismus" bezeichnet wird. Die Erinnerung an die Verfolgung durch die Nationalsozialisten und den Holocaust wird als von Jüdinnen und Juden betriebene Diffamierung der deutschen Identität und als moralische Demütigung verstanden; als Mittel, um ungerechtfertigte Wiedergutmachungszahlungen zu erhalten oder die israelische Politik im Nahen Osten zu legimitieren. In einer extremen Variante wird der Holocaust nicht nur verharmlost, sondern sogar gänzlich geleugnet. Jüdinnen und Juden wird mithilfe einer Strategie der sogenannten Täter-Opfer-Umkehr vorgeworfen, sie steckten hinter dieser „Jahrhundert-Lüge", von der sie auf Deutschlands Kosten profitierten.[1372]

Abschließend sei der israelbezogene Antisemitismus genannt, der teils auch als antizionistischer Antisemitismus bezeichnet wird. Gegenstand der Anfeindungen ist hierbei der Staat Israel, der delegitimiert und – als jüdisches Kollektiv verstanden – zugleich diffamiert wird. Dies geschieht unter anderem dadurch, dass das Existenzrecht Israels verneint, auf das tradierte antisemitische Reservoir an Bildern, Symbolen und Chiffren zurückgegriffen oder die aktuelle israelische Politik mit derjenigen des NS-Staates auf eine Stufe gestellt wird. In aller Regel bezieht sich die Bezeichnung „Zionisten" dabei auf „Juden", die kollektiv mit den Handlungen Israels identifiziert und dafür verantwortlich gemacht werden.[1373]

cc. Die AfD und das Thema Antisemitismus

Die sozialwissenschaftliche Einstellungsforschung verweist bereits seit Jahren aufgrund der erhobenen empirischen Daten wiederholt darauf, dass antisemitische Einstellungen im Elektorat der AfD eine erhöhte Ausprägung aufweisen. Auch in den Jahren der Verdachtsfallbearbeitung bestätigten verschiedene Studien diesen Befund weiterhin.[1374] Die Ergebnisse beziehen sich hierbei allerdings zumeist auf die Wähler-

---

[1372] Vgl. Zarusky, Jürgen: „Die Leugnung des Völkermords. ‚Revisionismus' als ideologische Strategie", in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland", Frankfurt am Main 2001, S. 63 ff.

[1373] Vgl. Salzborn, Samuel: „Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung", in: Salzborn, Samuel (Hrsg.): „Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie", Baden-Baden 2014, S. 103-115, hier S. 109.

[1374] Siehe hierzu beispielweise: Hirndorf, Dominik: „Antisemitische Einstellungen in Deutschland. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung", Berlin 2023, S. 13; Zick, Andreas/Küpper, Beate/ Mokros, Nico (Hg.): „Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland" 2022/23, Bonn 2023, S. 73 ff.

und nicht ausschließlich auf die Mitgliederschaft der AfD. Gleichwohl können die Ergebnisse als Indikator dafür dienen, dass entsprechende Einstellungen zumindest auch unter einem gewissen Anteil der Mitglieder der AfD vorhanden sein dürften.

Die AfD selbst verweist beim Thema Antisemitismus regelmäßig auf die innerparteiliche Gruppierung Juden in der AfD[1375], deren Existenz als Beleg gegen antisemitische Einstellungen in der Partei gewertet werden könne. Wenn Antisemitismus durch die AfD öffentlich thematisiert wird, erfolgt dies zumeist verkürzend nur im Hinblick auf den „muslimischen Antisemitismus".[1376] So wurde die Folge des Podcast „Frequenz: Freiheit" vom 10. November 2023 folgendermaßen angekündigt:

> *„Während Vertreter von Ampelregierung und Union nicht mehr als Solidaritätsbekundungen für Juden in Deutschland und für Israel hinbekommen, wird die Lage draußen immer brenzliger: Zu Tausenden marschieren Islamisten in deutschen Städten auf und fordern unverblümt die Ausrufung eines Kalifats. Wir benennen als einzige Partei immer wieder die Ursache des wachsenden Antisemitismus: Die anhaltende Massenmigration nach Deutschland."*[1377]

Bereits in einem Bericht von AfD Kompakt vom 20. Oktober 2023 hieß es:

> *„Doch wir lassen uns nicht für dumm verkaufen und sagen ungeachtet aller Statistik-Tricks, was Faeser und die Ampel nicht hören wollen: Antisemitismus ist in erster Linie ein importiertes Problem. Wir brauchen endlich aussagekräftige Statistiken, um das volle Ausmaß des Migranten-Antisemitismus sichtbar zu machen. Vor allem aber brauchen wir Abschiebungen und ein Ende der Massenmigration!"*[1378]

Der rechtsextremistisch begründete Antisemitismus wird hierbei von der AfD entweder komplett ausgelassen oder zumindest in seiner quantitativen Bedeutung marginali-

[1375] Vgl. Kapitel D. II. 3.
[1376] Vgl. beispielhaft Storch, Beatrix von: „Muslimischer Antisemitismus in Berlin wird weiter verharmlost" vom 25.05.2022, in: www.afd.de, abgerufen am 05.03.2024.
[1377] AfD Kompakt: „Schluss mit dem Import von Gewalt und Antisemitismus! Frequenz: Freiheit – der Podcast der AfD Ausgabe 31/2023" vom 10.11.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 05.03.2024.
[1378] AfD Kompakt: „Faesers Statistik hat islamischen Antisemitismus verschleiert!" vom 20.10.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 05.03.2024.

siert, wobei der Hinweis auf die entsprechenden antisemitischen Einstellungen in islamistischen und muslimischen Bevölkerungsgruppen für sich allein genommen keine Verfassungsschutzrelevanz aufweist.

dd. Antisemitisch konnotierte Codes und Chiffren

Seit 1945 tritt der verbal geäußerte Antisemitismus vorrangig in Andeutungen, Codes und Chiffren auf.[1379] Dies stellt eine Reaktion auf die gesellschaftliche Ächtung von unverstelltem Judenhass wie in der NS-Zeit dar und eröffnet die Möglichkeit, sich trotz der Äußerung antisemitischer Inhalte zumindest teilweise vor strafrechtlicher Ahndung zu schützen.

Diese als Umwegkommunikation bezeichnete Vorgehensweise stellt Wissenschaftler, Juristen und Analysten regelmäßig vor die Aufgabe, darzulegen, dass eine bestimmte Äußerung als antisemitisch bewertet werden muss, selbst wenn sie aufgrund ihrer Codierung an der sprachlichen Oberfläche zunächst unverfänglich erscheinen mag.[1380]

Gerade im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen seit 2015 findet die Chiffre „George Soros" gehäuft Anwendung. Der Verweis auf den ungarnstämmigen, jüdisch-amerikanischen Finanzinvestor und Geldgeber zahlreicher gemeinnütziger Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Stiftungen hat nur noch wenig mit der realen Person Soros und ihrem tatsächlichen Handeln zu tun und stellt darum in der Regel auch keine legitime Kritik an ihm als Individuum dar. Soros dient vielmehr vor allem als personifizierte Projektionsfläche. Entsprechend genügt bereits eine mehr oder weniger kontextlose Nennung des Namens „Soros", um – ohne diese direkt aussprechen zu müssen – antisemitische Bilder vom omnipotenten Juden aufzurufen, der als Spekulant Nationen wirtschaftlich gegeneinander ausspiele, sie seinen Zielen entsprechend politisch beeinflusse, die vermeintliche kulturell-ethnische Integrität westlicher Gesellschaften durch die Förderung und Steuerung von Migration nach Europa unterminiere und daraus zusätzliche Macht und weiteren finanziellen Gewinn für sich und seinesgleichen ziehe. Der Stellenwert der antisemitischen Chiffre „George Soros" ist mittlerweile mit der Chiffre „Familie Rothschild" vergleichbar, obgleich erstere noch nicht in vergleichbarem Maße als antisemitisch stigmatisiert ist.

[1379] Vgl. Butter, Michael: „Antisemitische Verschwörungstheorien in Geschichte und Gegenwart" vom 26.11.2020, in: www.bpb.de, ohne Abrufdatum.

[1380] Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1986): „Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Ausgabe 38, 2 (1986), S. 223 ff.

Die beschriebenen Chiffren werden in den vergangenen Jahren zunehmend auch mit anderen Begriffen und Narrativen verbunden, so beispielsweise mit den verschwörungstheoretischen Erzählungen von einer „globalen Elite" bzw. „einer von Globalisten gesteuerten Weltregierung", dem „Great Reset".

Die Bundestagsabgeordnete (BW/ST) Christina Baum (zum damaligen Zeitpunkt Mitglied im Bundesvorstand) beschrieb am 21. August 2022 ihr Volksverständnis folgendermaßen:

> *„Mein Volk... Der Begriff des Volkes bezieht sich ganz eindeutig auf eine Abstammungsgemeinschaft – auf eine ethnisch gleiche Gruppe. In Deutschland wird jeder zum Rassisten erklärt, der sich für den Erhalt des eigenen deutschen Volkes als ethnische Einheit einsetzt. Denn das Ziel der weltweit agierenden finanzstarken, selbsternannten ‚Eliten' ist die Zerstörung dieser stabilen Strukturen innerhalb eines jeden Volkes, um die bindungs- und identitätslosen Menschen leichter manipulieren und lenken zu können. [...] Und wenn ich deshalb als Rassist beschimpft werde, weiß ich es richtig einzuordnen. Von den Vasallen der Deutschlandzerstörer so genannt zu werden, ist eher eine Auszeichnung."*[1381]

Baum beschwört hier das Bild der Zerstörung Deutschlands herauf, die von weltweit agierenden, finanzstarken Eliten betrieben werde und die dadurch erreicht werden solle, dass ethnisch begründete Strukturen innerhalb des deutschen Volkes aufgelöst und somit eine manipulierbare Masse geschaffen würde. Als Agierende nennt Baum weltweit präsente, wohlhabende Eliten und behauptet als deren Motiv eigennützige Machtausübung, die durch Zerstörung und Entfremdung vonstattengehen solle. Hierbei handelt es sich um ein Narrativ, das klassischen antisemitischen Projektionen entspricht und das lediglich schwach codiert, dass es sich auf Juden bezieht. Auch die hierin zum Ausdruck kommende Gegenüberstellung der Juden als angeblich wurzellose Individuen, die quasi überall auf der Welt Interessen in ihrem Sinne steuern könnten, und der Rückbesinnung auf Heimat und Tradition als positives Bild stellt eine geläufige antisemitische Chiffre dar.[1382] Die Äußerung Baums ist dem sozialen und politischen Antisemitismus zuzuordnen.

[1381] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 21.08.2022, abgerufen am 22.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

[1382] RIAS Bayern: „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen. Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona", 3. Auflage 2023, S. 34.

Baum verbreitete zudem als Reaktion auf einen Artikel der ZEIT mit dem Titel „Migranten. Sie werden die Mächtigen sein" bei Telegram die Verschwörungserzählung des Großen Austauschs:

> *„Das Ziel der Globalisten war und ist klar: der geplante Bevölkerungsaustausch soll so lange geleugnet und Mahner als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt werden, bis er irreversibel ist. Deshalb soll so lange abgelenkt, gelogen und getäuscht werden, bis man vor vollendeten Tatsachen steht."*[1383]

Die Theorie vom Großen Austausch, in der insbesondere ein ethnisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff zutage tritt[1384], erfährt hier auch explizit eine antisemitische Konnotation dadurch, dass der befürchtete Austausch als von den „*Globalisten*" gesteuert dargestellt wird.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) veröffentlichte am 12. April 2023 seine Rede zum Reichsgründungskommers. Darin sagte er aus:

> *„Das Weitergeben der Flamme, wie Sie es in der Burschenschaft pflegen, ist die Antithese zur globalistischen Agenda, zum ‚Great Reset', zum großen Austausch. Wenn wir unsere Heimat nachhaltig schützen wollen, dann müssen wir sie von der Wurzel her bewahren. Die Deutsche Burschenschaft und der heutige Reichsgründungskommers leisten dazu einen wichtigen Beitrag."*[1385 1386]

Helferich greift hier die im Kontext von Verschwörungserzählungen bekannte Figur des „Great Reset" auf. Der Begriff geht ursprünglich auf eine Initiative von Klaus Schwab (Direktor des World Economic Forum und oftmals selbst als antisemitische Projektionsfläche missbraucht) zurück, die Weltwirtschaft nach der COVID-19-Pandemie neu zu gestalten und dabei einen Schwerpunkt auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu legen. Antisemitische Konnotation erfährt die Figur des „Great Reset" durch die Be-

---

1383 Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 03.06.2023, abgerufen am 11.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
1384 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel E. I. 1. a. bb. (2).
1385 Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 12.04.2023, abgerufen am 13.04.2023.
1386 Helferich, Matthias: „Revolution von oben" in: www.matthiashelferich.de vom 12.04.2023, abgerufen am 13.04.2023.

zugnahme entsprechender Verschwörungserzählungen auf eine angeblich hinter diesen Plänen stehende Finanzelite, die die COVID-19-Pandemie habe benutzen wollen, um die Gesellschaft für ihre Zwecke im Verborgenen schadhaft umzugestalten.[1387]

Am 30. März 2022 trat Björn Höcke auf einer Kundgebung der AfD Brandenburg in Elsterwerda (BB) als Redner auf. Dort sah er hinsichtlich der COVID-19-Pandemie ein planmäßiges Vorgehen der Regierung in Zusammenarbeit mit klandestinen Akteuren im Hintergrund im Gange und verwies hinsichtlich der vermeintlichen Zielsetzung ebenfalls auf die Verschwörungstheorie des „Great Reset“:

> *„So wir stellen die Frage: Cui Bono? Wem nützt es? Wem nützt diese Corona Pandemie, diese Corona-Plandemie? Dem globalistischen Establishment, das gerade um sein Überleben kämpft. Denkt an das, was ich eingangs gesagt habe, Great Reset. Sie müssen irgendwie die Kontrolle behalten, die zu entgleiten droht. […] Erst kommt die digitale Identität der Impfausweis wird auch digitalisiert. er ist Teil der digitalen Identität. Dann kommt die digitale Währung, und dann haben wir den gläsernen Bürger, der total überwacht ist. Und wenn ihr euch da nicht impfen lasst, beziehungsweise gentherapieren lasst, dann bekommt ihr eben kein Geld mehr. Das ist der Hintergedanke. Denn die Gentherapie, die von den Regierungen von ihr in Medien postuliert wird, ist letztlich nur dazu da, um eure Gefügigkeit auszutesten. Um eure Regierungstreue auszutesten.“*[1388]

Höcke behauptet hier die Existenz eines *„globalistischen Establishments“*, das die COVID-19-Pandemie (hier bezeichnet als *„Plandemie“*) bewusst steuere. Dies diene letztlich dem *„Great Reset“*. Damit greift Höcke auf das antisemitische Narrativ der Lenkung wirtschaftlicher Verhältnisse durch eine weltweit agierende Elite zurück.

Der damalige Beisitzer des Bundesvorstands und Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN), bediente sich in einem Interview vom 15. Mai 2022 des antisemitisch unterlegten Narrativs einer *„Weltregierung“*:

> *„Die Biografie eines jungen Grünen-Abgeordneten [Anm.: es sind die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes gemeint] sieht so aus: Er kommt bereits aus einer Familie der oberen Mittelschicht, die bevorzugt beim Staat angestellt*

[1387] Vgl. RIAS Bayern, „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen‘ – Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona“, 3. Auflage 2023, S. 35 f.

[1388] Höcke, Björn: Redebeitrag in Elsterwerda (BB) am 30.03.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD Brandenburg“ am 30.03.2022, abgerufen am 31.03.2022.

sind. Er studiert anschließend irgendwie was mit Politik. Ist dann schon Mitarbeiter bei einem Abgeordneten, dann geht er zu einer NGO, die ihn noch ins Ausland schickt und nochmal gut ausbildet. Diese NGO kommt in der Regel aus dem Umfeld von Soros. Und wenn er dort gut performt, kriegt er dann einen Listenplatz und zieht nach Brüssel. Das heißt diese Leute haben null Bindung an ihre Heimat und schon gar nicht an ihren Nationalstaat. Sondern sie verstehen sich als Teil einer globalen Elite und ihr Auftrag ist nicht dem deutschen Volk zu dienen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden, sondern ihr Auftrag ist es, so 'ne Art die Welt zu managen, wie die Filiale einer Weltregierung. Also sie fühlen sich nicht verantwortlich dem Wähler unten, sondern sie fühlen sich quasi so 'ner gewissen Weltregierung verantwortlich, die so verkörpert wird durch dieses NGO-Netzwerk, ‚Open Society' und wie es so weiter heißt."[1389]

Kern der Aussage Krahs ist, dass die von George Soros finanzierten Nichtregierungsorganisationen eine Art „Weltregierung" bildeten, die von Personen getragen würde, die sich als globale Elite verstünden und keine Bindung an ihre Heimat bzw. an „ihren" Nationalstaat besäßen. Soros wird also zugeschrieben, mit seinen Organisationen eine weltumspannende Herrschaft nicht nur anzustreben, sondern sie bereits auszuüben – indem er sich auf Personen stütze, die Krah als wurzellos und ohne nationale Loyalitäten beschreibt. Diese Beschreibung rekurriert zum einen auf den Juden nach klassisch antisemitischer Manier zugeschriebenen Willen zur unbeschränkten Macht[1390] und entspricht zum anderen dem tradierten Bild vom in der Diaspora umherziehenden, wurzellosen und ohne Loyalität für ihre Gastländer dargestellten Juden bzw. ihrer Helfershelfer.[1391] In dieser Kombination mehrerer, als antisemitisch dechiffrierbarer Attribute wird deutlich, dass Krah seinen Verweis auf Soros nicht in deskriptiver Weise anbringt und nicht die reale Person Soros gemeint ist, sondern dass Krah gezielt die antisemitische Chiffre „Soros" – die für illegitime jüdische Machtausübung steht – platziert. Diese von Krah vorgebrachten Motive und Aussagen sind dem sozialen und politischen Antisemitismus zuzuordnen.

[1389] Krah, Maximilian: Interview vom 15.05.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Elijah Tee - ET Video & Content", abgerufen am 16.05.2022. [ab Min 2:18:40]
[1390] Vgl. Wetzel, Juliane: „Verschwörungstheorien", in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart", Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien", Berlin/Boston 2010, S. 334 ff.
[1391] Vgl. Körte, Mona: „Ahasverus", in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart", Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien", Berlin/Boston 2010, S. 3 ff.

Krah kommentierte außerdem einen in der WELT erschienenen Gastbeitrag von George Soros mit dem Titel „Die größte Bedrohung der freien Gesellschaft ist China" in einem Tweet vom 1. Februar 2022 folgendermaßen:

> *„Die größte Bedrohung der freien Gesellschaft ist George Soros"*[1392]

Krahs Fokus auf Soros und dessen vermeintlicher Einfluss auf Medien und Politik zieht sich über mehrere Jahre. So äußerte er auch im Jahr 2024 als Reaktion auf die Veröffentlichung der CORRECTIV-Berichterstattung zum rechtsextremistischen Vernetzungstreffen in Potsdam am 11. Januar 2024 auf X:

> *„Der Staat hätte ein privates Treffen nicht ausspionieren dürfen. Ein betriebswirtschaftlich arbeitendes Medium hätte dafür keine 16 Mitarbeiter abgestellt. Aber ein Verein, der aus Steuergeldern – plus Soros – gepäppelt wird, macht es. Legal, illegal, scheißegal!"*[1393]

Im Februar 2024 veröffentlichte Karsten Hilse (MdB, SN) in dem von der AfD Bautzen (SN) herausgegebenen Mitgliedermagazin Blaue Post Bautzen folgenden Beitrag, in welchem er einige der bereits skizzierten antisemitischen Chiffren („Globalisten", „neue Weltordnung", „Great Reset") aufgreift:

> *„Als die Mitglieder der AfD ihr erstes Grundsatzprogramm beschlossen und in allen Politikfeldern, alternative Lösungsansätze anboten, schäumten die Altparteien und ihnen hörigen Medien vor Wut. Da wagten es doch freie Bürger, den als alternativlos bezeichneten Weg von Sozialisten und Globalisten in eine neue Weltordnung zu hinterfragen und einen alternativen Weg hin zu Souveränität, Freiheit, Frieden und Wohlstand aufzuzeigen. [...] Und natürlich geraten alle Menschen, die die Politik der Altparteien kritisieren, ins Fadenkreuz der Drahtzieher in den Planungsbüros des Great Resets, den Schreibstuben der Hypermoralisten und den vom Staat alimentierten Schlägertrupps der Faschisten unserer Zeit, die sich realitätsverdrehend auch noch Antifa nennen. [...] Die Planer des Great Resets dulden keine Kritik, sie versuchen jedwede Bindungen zwischen Menschen, sei es familiär, regional oder national zu zerstören, um ihnen widerstandslos ihre neue Ordnung überzustülpen. [...] Die Hoffnung der Globalisten*

[1392] Krah, Maximilian: Tweet vom 01.02.2022, abgerufen am 01.02.2022.
[1393] Krah, Maximilian: Tweet vom 11.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.

ist, wenn die freiheitlichen Parteien verschwänden, verschwindet auch der Drang nach Freiheit und Vernunft."[1394]

Der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Martin Renner verbreitete am 4. Mai 2024 einen Facebook-Beitrag, in dem er einen angeblich von „*herrschaftssüchtigen und nimmersatten Pseudo-Eliten aus POLITIK und BIG MONEY*" forcierten „*Great Reset*" insinuierte:

> *„Heute einmal etwas Erbauliches von Hermann Hesse. Das Gedicht ‚Stufen' wurde von ihm genau am 4. Mai 1941 geschrieben. Am Vorabend des Geburtstages von Korl Morx und meiner Wenigkeit. Das Gedicht sagt uns, dass wir nie an einer erreichten Lebensstufe festhalten sollen, sondern bereit sein mögen, das ‚Neue', das ‚Nächste', das ‚Zukünftige' geistvoll anzunehmen und als positive Entwicklung zu verstehen. Auf unsere schlimme und desaströse politische und gesellschaftliche Situation übertragen, heißt das, dass wir auf die uns zukommende Änderung zum Besseren – auch durch die glasklar antithetische Positionierung und die energiesatte und widerständige Tatkraft der ‚Alternative für Deutschland' – frohen Mutes und mit inniger Erwartung bauen dürfen. Der öko-sozialistische, bolschewoke und nationalstaatsfeindliche Irrweg der letzten Jahrzehnte wird überwunden und auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt sein. Der ‚Great Reset' wird realisiert werden, aber genau in die gegensätzliche Richtung, hin zum Normalen, und nicht in die Richtung, die von den herrschaftssüchtigen und nimmersatten Pseudo-Eliten aus POLITIK und BIG MONEY geplant ist. Wir müssen dringend zurück in die Zukunft. Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. Wohlan denn, Herz, nimm Abschied und gesunde!"*[1395]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) teilte am 25. Mai 2022 in einem Facebook-Post den Screenshot eines Presseberichts mit dem Titel „Ohne einen schnellen Sieg über Putin droht der Menschheit das Ende, glaubt Soros". Dazu schrieb er:

> *„Sollte sich der HERR nicht seiner erbarmen? Auch wenn es sich um einen der größten Verbrecher und den Verursacher von soviel Leid, Idiotie und Unkultur handelt? ICH glaube nämlich, MIT Soros droht das Ende Europas."*[1396]

[1394] Hilse, Karsten: „Sie wollen nicht uns, Sie wollen EUCH! Wir stehen ihnen nur im Weg", in: Blaue Post Bautzen, Ausgabe Februar 2024, in: https://afd-bautzen.de, ohne Abrufdatum.
[1395] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.05.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[1396] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 25.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.

Der Autor des Posts überzeichnet hier den tatsächlichen Einfluss und das tatsächliche Agieren Soros' in monströser Weise, sodass deutlich wird, dass er sich nicht auf die reale Person Soros bezieht, sondern auf die gängigen antisemitischen Projektionen, mithin auf die Chiffre „Soros". Die von Moosdorf formulierten Zuschreibungen rekurrieren auf klassische judenfeindliche Bilder: „der Jude" als Verbrecher, der zum Nachteil von Nicht-Juden einen zersetzenden Einfluss ausübt und seinen Fluchtpunkt in der Zerstörung Europas hat.[1397] Der Verweis auf die von Soros angeblich verbreitete (jüdische) *„Unkultur"* ist damit auch als Antipode zur (deutsch-europäischen) „Kultur" zu lesen. Zudem ruft Moosdorf durch die Herstellung eines religiösen Kontexts eine weitere Ebene auf. Die rhetorische Frage, ob der *„HERR"* sich nicht Soros' erbarmen solle, übernimmt den Gehalt der traditionellen antijudaistischen Karfreitagsfürbitte, Gott möge die Juden erleuchten, damit sie Jesus Christus als Heiland anerkennen würden. Moosdorfs Post beinhaltet folglich Positionen, die dem politischen, sozialen und religiösen Antisemitismus zuzurechnen sind.

Der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Anton Friesen (TH) agitierte in Tweets vom Juni 2021 gegen George Soros und stellte diesen als *„Globalisten"* dar. So schrieb Friesen am 7. Juni 2021:

> *„Die Bundesregierung fördert die Open Society Foundations von #Soros mit 200.000-300.000 Euro deutsches Steuergeld pro Jahr, wie meine Anfrage aufdeckte! #Merkel unterstützt globalistische Regime Change Pläne des Oligarchen Soros!"*[1398]

Am 10. Juni 2021 schrieb er zudem:

> *„#Bundesregierung sollt die nationalen Interessen Deutschlands vertreten, anstatt #Globalisten wie #Soros mit deutschem Steuergeld zu fördern!"*[1399]

Sven Tritschler (MdL NW) veröffentlichte am 20. Januar 2024 als Reaktion auf das von CORRECTIV aufgedeckte Vernetzungstreffen und die darauffolgenden Demonstrationen auf Instagram eine Grafik mit dem Titel: *„So siehst du aus, ...wenn du gegen die einzige Opposition demonstrierst, während die Regierung dein Land zerstört."*

[1397] Vgl. Wetzel, Juliane: „Verschwörungstheorien", in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart", Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien", Berlin/Boston 2010, S. 334 ff.
[1398] Friesen, Anton: Tweet vom 07.06.2021, abgerufen am 10.06.2021.
[1399] Friesen, Anton: Tweet vom 10.06.2021, abgerufen am 10.06.2021.

Auf dem Bild sind Schafe abgebildet, welche Schilder hochhalten. Auf einem dieser Schilder ist das Konterfei von George Soros abgebildet.[1400]

René Springer (MdB, BB) veröffentlichte am 10. März 2023 einen Gastbeitrag im Freilich Magazin zum Nachwuchsprogramm des WEF mit dem Titel „Kaderschmiede einer anti-demokratischen globalen Elite“ und äußerte sich darin mehrfach in antisemitischer und verschwörungstheoretischer Weise:

> *„Dem aufmerksamen Beobachter unserer Zeit muss allerdings auffallen, dass die Kluft zwischen Erzählung und Wirklichkeit immer größer wird. Unsere Demokratie - das ist heute keine Volksherrschaft, kein repräsentierter Volkswille, sondern das genaue Gegenteil: die Herrschaft einer kleinen global vernetzten Elite, die sich gegen die Interessen der Völker und Nationalstaaten richtet und auch bereit ist, diese gegeneinander auszuspielen, um die eigenen Interessen effektiver durchsetzen zu können. In den letzten Jahren sind die Vertreter dieser globalen Elite immer sichtbarer geworden. Immer öfter präsentieren sie uns ungeniert ihre antidemokratischen Pläne: Great Reset, […], Transformation traditioneller Völker und gewachsener Gemeinschaften, globaler Migrationspakt, […]. Sie wollen Mensch und Gesellschaft grundlegend verändern […]. Doch was wäre ein nachhaltiges Davos ohne die Rekrutierung des entsprechenden Nachwuchses, der frühzeitig auf die globale Agenda eingeschworen wird und diese für künftige Regierungsverantwortung verinnerlicht?“*[1401]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Petr Bystron (mittlerweile MdEP, BY) äußerte in seiner Rede im Rahmen der Europawahlversammlung am 29. Juli 2023 in Magdeburg (ST):

> *„Und sie [Anm.: die Menschen] haben erkannt, dass sie von den Altparteien verraten wurden, für Rüstungskonzerne, für die Pharmaindustrie, eben an die Globalisten. Und sie haben begriffen, dass wir da sind für die Mittelschicht, für die Menschen, die arbeiten und Steuern zahlen, die Familie mit Kindern, die dieses Land tragen, für die Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand sichern. Und zwar, dass wir kämpfen gegen die Kriegstreiber, die uns in Kriege aufhetzen wollen. Gegen die Globalisten, die uns zwangsimpfen wollten, die uns*

1400 Tritschler, Sven: Instagram-Eintrag vom 20.01.2024, abgerufen am 08.02.2024.
1401 Freilich: „Kaderschmiede einer anti-demokratischen globalen Elite“ vom 10.03.2023, in: www.freilich-magazin.de, abgerufen am 16.03.2023.

enteignen wollen, uns ja im Prinzip versklaven wollen. Und die Menschen haben verstanden, dass wir die Einzigen sind, die den Mut haben, gegen die Schwabs, Gates und Soros dieser Welt anzukämpfen. [...] Aber aus Brüssel kommt das Gift. Dort werden von den Globalisten still und heimlich Vorgaben gemacht, die nachher nur in den nationalen Parlamenten nur noch durchgewunken werden."[1402]

Der antisemitische Gehalt der Äußerung kommt hier zuvorderst in der Aufzählung der genannten Personen zum Ausdruck. Obwohl Bill Gates selbst kein Jude ist, wird ihm im Kontext antisemitischer Verschwörungstheorien aufgrund seines scheinbar übermächtigen Einflusses ein „Jüdischsein" unterstellt.[1403]

Am 2. Januar 2023 schrieb Christine Anderson (MdEP, HE) in einem Neujahrs-Post auf Facebook:

„Es liegt noch viel Arbeit vor uns und unser gemeinsamer Kampf gegen die technokratische Agenda der globalen Eliten ist in vollem Gange. [...] Überall auf der Welt sehen Bürger und verstehen ganze Völker, wie ihnen ihre Freiheit ihre Grundrechte und ihre Selbstbestimmung durch willfährige und marionettenhafte Regierungen genommen werden. Einstige Freiheiten und Rechte, die nun nach dem Willen einer globalistischen und falschen Elite an supranationale Gremien wie die WHO, die UN oder das WEF übertragen werden sollen. [...] Digitale Kontrolle, elektronische Gesundheits-Zertifikate, Klima-Hysterie, Zerstörung von Wohlstand durch künstliche Energieverknappung, Deindustrialisierung und Existenzvernichtung von landwirtschaftlichen Betrieben, Zerstörung der traditionellen Familie als Kraftquelle und Keimzelle einer jeden Nation, aggressive LGTBQ-Propaganda zur vorsätzlichen Zerstörung von Kinderseelen und einer natürlichen Geschlechtsidentität sowie die Abschaffung des Bargelds, die Kontrolle der Medien, die übertriebene Reglementierung des Internets sowie das staatliche Bespitzeln selbst privatester Kommunikation durch Vorratsdatenspeicherung und

[1402] Bystron, Petr: Rede vom 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023.
[1403] Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: „Lagebild Antisemitismus 2022/23", Mai 2024, S. 39.

Chatkontrollen, sollen aus einst freien Bürgern eine entmündigte, widerstandslose und vollständig steuerbare Verfügungsmasse im Würgegriff der globalistischen Eliten machen."[1404]

Anderson sprach weiterhin in einem Facebook-Eintrag vom 15. April 2023 im Hinblick auf die Migrationspolitik von einem *„Ansturm auf die Sozialsysteme"* und erklärte:

„Es ist nicht Deutschlands Aufgabe, alle Mittellosen dieser Welt bei sich aufzunehmen und mit deutschem Steuergeld dauerhaft zu alimentieren. Früher wusste das auch noch die CDU. Heute jedoch ist von der einstmals staatstragenden Partei nur noch ein Haufen politischer Hütchenspieler übriggeblieben, die ihre Wähler in Deutschland hinters Licht führen, während sie im vermeintlich fernen Brüssel vollmundig in das Lied der Migrations-Globalisten, der Asyl-Industrie und der Deutschland-Abschaffer einstimmen."[1405]

Am 25. März 2023 rekurrierte Anderson in ihrer Rede anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der AfD in Hannover auf eine *„globalitäre Elite"*, die das Ziel der Errichtung eines Überwachungsstaates und Versklavung der Menschen verfolge:

„Wir haben es mit einer wirklich konzertierten Aktion zu tun, und wir reden hier von wirklich eklatanten Angriffen auf die Freiheit, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit. Und diese Angriffe, die beziehen sich auf die nationale Souveränität, auf die Volksherrschaft, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf die individuelle Freiheit und auf die Identität, und zwar die Identität, die sich aus einer nationalen Identität speist, aus einer kulturellen Identität speist und sogar die sexuelle Identität – das, was uns im Kern als Menschen ausmacht – noch nicht mal mehr davor machen sie Halt. Wie macht man das nun? Nun, über diverse Institutionen, über diverse Programme, über diverse Gremien. Wenn wir mit dem EU-Parlament oder den EU-Institutionen als solchen beginnen, dann kann ich wirklich sagen, die EU-Institutionen fungieren als Abrissbirne für alle nationalen Staaten, für alle europäischen Völker. Meine Damen und Herren, ich nenne das EU-Parlament immer das größte Irrenhaus der Welt. Die Verstöße gegen die demokratischen Prinzipien, die suchen ihresgleichen. Sie sind aber gewollt. […]

[1404] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 02.01.2023, abgerufen am 02.01.2023.
[1405] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 15.04.2023, abgerufen am 17.04.2023.

Worum geht es eigentlich unterm Strich? Ja, das ist jetzt wirklich nicht schön. Es geht um die Errichtung eines totalitären Überwachungsstaates, in dem wir alle völlig verarmt und versklavt sind, um uns von einer Gesellschaft bestehend aus freien Individuen in ein Kollektiv zu überführen, in der der Einzelne lediglich noch Teil einer willenlosen, formbaren Masse ist, über das die globalitäre Elite frei verfügen kann. Darauf läuft es hinaus."[1406]

In ihrer Rede im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 29. Juli 2023 verwendete Anderson (HE) das Narrativ an der „*Entrechtung aller Völker dieser Erde*" arbeitenden „*globalitärer Misanthropen*":

> *„Liebe Parteifreunde, unsere freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft, bestehend aus freien, mündigen Bürgern mit unveräußerlichen Grundrechten soll in ein unter totalitärer Herrschaft stehendes Kollektiv überführt werden, in dem der Einzelne lediglich noch Teil einer willenlosen, formbaren, völlig verarmten, entrechteten, entmündigten und entsolidarisierten Masse ist, über die die globalitären Misanthropen nach freiem Belieben verfügen können. Schluss damit! […] Während die EU, während die EU aber jetzt ‚nur' für die Entrechtung der europäischen Völker zuständig ist, schreitet man auf globaler Ebene zur Entrechtung aller Völker dieser Erde. Bislang musste man das so den Nationalstaaten überlassen, die öffentliche Gesundheit durch massive Grundrechtseinschränkung, Diskriminierung, Schikane und Ausgrenzung der Bürger ‚sicher zu stellen'. In Zukunft will – nein, muss man das dem wesentlich einfacher zu steuernden Gremium der WHO überlassen. Dieses korrupte, von Multimilliardären gesteuerte und kontrollierte Gremium bietet zudem den Vorteil, dem Bürger gegenüber in keinster Weise politisch verantwortlich zu sein. Deshalb kann und wird die WHO gänzlich unbeeindruckt von der Bestrafung an der Wahlurne mit noch sehr viel totalitären Maßnahmen die öffentliche Gesundheit zu schützen wissen, verlassen sie sich darauf."*[1407]

Im Mai 2024 äußerte sich Anderson erneut zur WHO und den Verhandlungen ihrer Mitgliedsstaaten zu einem Pandemievertrag:

[1406] Anderson, Christine: Rede auf der Veranstaltung „10 Jahre AfD in Hannover" am 25.03.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.03.2023, Kanal: „Dirk Live", abgerufen am 27.03.2023.

[1407] Anderson, Christine: Rede vom 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 30.07.2023.

„So geht nationale Selbstentmachtung zugunsten eines Clubs der globalen Eliten, in den sich die Reichsten der Superreichen per Spende einkaufen können.“[1408]

Gunnar Beck (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, NW) sendete am 18. Juli 2023 einen Tweet, der ein Foto von Ursula von der Leyen enthielt, wie sie mit George Soros spricht. Er schrieb hierzu:

„Ursula @vonderleyen wird unterwiesen! Von wem wohl?“[1409]

Auf Landesebene fiel in den letzten Jahren besonders der thüringische Co-Landesvorsitzende und Co-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag, Björn Höcke (MdL TH) wiederholt damit auf, dass er sich in seinen Reden auf eine von Globalisten gesteuerte Weltregierung bezog.

So führte er beispielsweise in seiner Rede auf einer Wahlkampfkundgebung in Lauda-Königshofen (BW) am 4. September 2021 in einer *„Analyse der weltpolitischen Lage“* aus, dass die Welt von einigen wenigen Superreichen regiert werde und die Politiker nicht dem Volk, sondern der Agenda der *„Globalisten“* diene und bemühte damit eine antisemitische Chiffre:

„Dieses Grundproblem ist die Existenz einer kleinen, superreichen Klasse. Einer kleinen Klasse von [unverständlich] Verdienern, einer kleinen Klasse, die mit Hilfe eines falsch konzipierten Geldsystems den Reichtum der arbeitsamen Bevölkerung seit Jahren und Jahrzehnten abschöpfen und zu ihrem Großkapital denn dazulegen. […] Ein Großteil der Richter des Europäischen Gerichtshofes, auch das wissen die Wenigsten, ist durch das Netzwerk von George Soros gegangen und dort sozialisiert worden. Angela Merkel, Annalena Baerbock, sind Young Leaderships. Sie sind im […] Young Leadership-Programm von wem? Klaus Schwab, der Speerspitze der Globalisten. Das sind nur einige Indizien, die dafür sprechen, dass die Superreichen versuchen, informell die Herrschaft in dieser Welt an sich zu reißen, demokratische Strukturen zu unterwandern und letztlich die Volkssouveränität auszuhebeln.“[1410]

1408 Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 17.05.2024, abgerufen am 08.01.2025.
1409 Beck, Gunnar: Tweet vom 18.07.2023, abgerufen am 20.07.2023.
1410 Höcke, Björn: Rede am 04.09.2021 in Lauda-Königshofen; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 06.09.2021, abgerufen am 07.09.2021.

Vor diesem Hintergrund, folgert er ferner, handele es sich gegenwärtig nicht um eine Demokratie, sondern um eine „*Demokratiesimulation*".[1411]

Höcke trat außerdem am 10. Juli 2021 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Memmingen (BY) als Redner auf. Dort nahm er die Politik im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie zum Anlass, vermeintliche Pläne im Sinne einer „*Transformation der ganzen Welt in Richtung One-World und Weltregierung*" aufzugreifen. In diesem Zusammenhang lässt er mehrfach antisemitische Chiffren und Stereotype anklingen, indem er u. a. von „*globalen Geld-Eliten*" und „*Globalisten*" spricht, welche ein „*entortetes, wurzelloses Individuum*" schaffen und die „*One-World*" durchsetzen wollten. Höcke greift zudem erneut die Person George Soros auf und kokettiert damit, hierdurch die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes zu erregen.

> *„Nicht das Coronavirus ruiniert unsere Demokratie, nicht das Coronavirus ruiniert unseren Rechtsstaat, nicht das Coronavirus ruiniert unseren Staatshaushalt. Nein, die Corona-Maßnahmen-Politik ruiniert uns. [...] Und DER SPIEGEL, früher mal das Sturmgeschütz der Demokratie, heute das Sturmgeschütz des Establishments ist ja auch ganz federführend beim Herbeischreiben einer todbringenden Pandemie. Und wen wundert es, wenn man annimmt, dass DER SPIEGEL von einem der größten Profiteure der Corona-Maßnahmen-Politik, nämlich Bill Gates, mal 2,3 Millionen Euro Spenden erhalten hat. ‚Des Brot ich ess, des Lied ich sing'. So war es immer und so wird es immer bleiben und deswegen brauchen wir ganz dringend endlich eine freie Presse in Deutschland. Corona ist für mich, und ich habe mich jetzt anderthalb Jahre in diesem neuen Politikfeld bewegt, viel gelesen und viel gelernt, ist für mich über weite Strecken eine einzige große Inszenierung. Diesmal wieder fragen: ‚Cui bono? Wem nützt es?' Ja, es nützt den schwarzen Amigos, die sich mit dem Maskenverkauf eine goldene Nase verdient haben, aber wem nützt es natürlich aber vor allem nützt es natürlich Big Data und natürlich Big Tech. Also all den Konzernen, die ich jetzt namentlich nicht nennen muss, die durch die Digitalisierung, die durch Corona natürlichen Schub erhalten hat, sich die Taschen richtig vollgemacht hat. [...] Ernst Wolff, der eine oder andere von ihnen von euch kennt ihn vielleicht, ein unermüdlicher Aufklärer, was das Weltfinanzsystem angeht, was die Macht der globalen Geld-Eliten angeht, hat vor einigen Monaten mal eine sehr, sehr gute Rede in Stuttgart gehalten, es*

[1411] Ebd.

könnte jetzt schon ein Jahr her sein bei einer Querdenken-Demonstration. Und er hat die einfache aber richtige überzeitliche Einsicht nochmal wunderbar in Worte gefasst, indem er feststellte: Geld bedeutet Macht. Und noch nie in der Weltgeschichte haben so wenige Menschen so viel Geld und damit so viel Macht in ihren Händen gehalten, wie in der Gegenwart. Auch wenn sich ein George Soros, ein Bill Gates und wie sie alle heißen, obwohl George Soros darf ich gar nicht mehr erwähnen, wenn ich ihn erwähne bin ich schon im sogenannten Verfassungsschutzbericht, […].Ja, George Soros, Bill Gates und die anderen, die spielen sich immer gerne als Philanthropen auf, das wissen wir, die wollen aber vor allen Dingen die Welt als globale Freihandelszone, die wollen ein entortetes, wurzelloses Individuum, das sie im Profitinteresse überallhin schieben können, um für sie zu arbeiten. Sie wollen keine Kulturen, sie wollen keinen Nationen, sie wollen die One-World und sie wollen am Ende auch eine Weltregierung. Das ist ihr Plan, so erkenne ich das jedenfalls, wenn ich ihre Äußerung zusammenziehe und interpretiere, wenn ich auch ihre schriftlichen Äußerungen lese und zusammenziehe und interpretiere. Und mit dem Vehikel Corona ist dann tatsächlich dieser Vision, die für mich keine Vision ist sondern eine Dystopie, ein Schreckbild, dieser Vision der One-World und der World Governments einen großen Schritt näher gekommen, das müssen wir leider so konstatieren. Es gibt hinhaltenden Widerstand und der ist extrem wichtig. Wir sind in einer schwierigen Phase als Patrioten. Wir haben seit der Entmachtung von Donald Trump wirklich mit einem Frontalangriff des globalistischen Establishments zu tun. […] Diese Globalisten wollen das Ende von dem, was wir lieben, wofür wir leben und was wir an unsere Kinder weitergeben wollen. Wir allerdings, wir von der AfD, wissen, die Nation ist noch lange nicht am Ende. […]

Da gibt es verschiedene Theorien, die alle nicht bewiesen sind, aber man kann auch dieser Theorie, weil das Wetter sich ständig ändert und nicht beeinflusst werden kann, tatsächlich auch die Transformation der ganzen Welt in Richtung One-World und Weltregierung hin ausrichten und ablaufen lassen. So meine Befürchtung. […] Wir haben ein Altparteienkartell, das von den Globalisten angeführt wird und das sich inhaltlich mit großen Politikfeldern kaum noch unterscheidet und die […] drei großen, ideologisch aufgeladenen Politikfelder, deren Hand-

habung über das Wohl und Wehe unseres Landes entscheidet – die Euro-Rettung, Energiewende und die Einwanderung – in diesen drei großen Politikfeldern sprechen die Altparteien von der umbenannten SED bis zur Merkel-Söder-Laschet-Union mit einer Stimme. Sie sind gleichgeschaltet."[1412]

Auf einer Kundgebung der AfD Brandenburg am 29. März 2022 in Prenzlau (BB) bezeichnete Björn Höcke Deutschland als *„besetztes und unterwandertes und fremdbestimmtes Land"* und die Bundesregierung als *„globalistische Sprechpuppen"*, die lediglich amerikanische und *„globalistische"* Interessen verträten:

> *„Liebe Freunde, Liebe deutsche Mitbürger, Deutschland ist ein besetztes und unterwandertes Land. Das ist das Erste, was er [Anm.: Otto von Bismarck] diagnostizieren würde. Ein besetztes und unterwandertes und fremdbestimmtes Land. [...] Die Freunde – in Anführungszeichen – die uns regieren, die sind in eine Schule gegangen, wo sie mit anderen Ideen konfrontiert worden sind, als dem eigenen Land zu dienen. Nein, diese Menschen, die uns regieren, liebe Freunde, das sind keine deutschen Patrioten. Das sind globalistische Sprechpuppen. Die machen deswegen auch keine deutsche Interessenpolitik, sondern sie machen eine Interessenpolitik für amerikanische Großkonzerne und für globalistische Strippenzieher."*[1413]

Am 30. März 2022 trat Höcke auf einer weiteren Kundgebung der AfD Brandenburg in Elsterwerda (BB) als Redner auf und äußerte sich in ähnlicher Weise zur Außenpolitik im Ukraine-Krieg:

> *„Was würde er [Anm.: Otto von Bismarck] seinem deutschen Volk sagen? [...] Er würde zunächst einmal darauf hinweisen – mit Blick auf Deutschland, mit Blick auf dieses verlotterte politische Establishment – Deutschland, meine lieben Mitbürger, Deutschland ist ein unterwandertes, ein fremdbestimmtes, ein nicht souveränes Land. [...] Er würde darauf hinweisen, dass fast sämtliche Regierungsvertreter in Berlin irgendwie mal in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den sogenannten transatlantischen Netzwerken unterwegs waren. [...] Und da hat man ihnen vielleicht die Reste an Patriotismus aberzogen, man hat sie in die*

[1412] Höcke, Björn: Redebeitrag am 10.07.2021 in Memmingen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.07.2021, Kanal: „Politwelt", abgerufen am 12.07.2021.
[1413] Höcke, Björn: Facebook-Video-Livestream vom 29.03.2022, abgerufen am 30.03.2022.

globalistische Denkweise vor allen Dingen US-amerikanischer Eliten hineingenommen, mitgenommen, integriert. Man hat sie transformiert, um sie dann als globalistische Sprechpuppen, als Marionetten zurückzuschicken in ihr Land."[1414]

Höcke verwendet in den Beiträgen mehrere Codes und Andeutungen, die, betrachtet man sie im Zusammenhang, eindeutig antisemitischen Gehalt besitzen. „*Sprechpuppen*" bzw. „*Marionetten*" gehören seit dem 19. Jahrhundert zu den verbreitetsten und wirkmächtigsten Bildern antisemitischer Propaganda; sie suggerieren, Juden übten aus dem Hintergrund Macht über Nicht-Juden aus. Trotz einer kulturell verankerten Verbindung von „*Marionettenspieler*" und „Juden" ist „*Marionette*" jedoch kein ausschließlich in antisemitischen Kontexten gebräuchlicher Begriff. Ebenso grundsätzlich uneindeutig ist die Begrifflichkeit „*globalistisch*", die jedoch ebenfalls – wie in den vorangegangenen Ausführungen bereits dargelegt – oftmals als antisemitisches Codewort herangezogen wird. Die von Höcke gewählte Kombination zweier solcher mehrdeutiger, gleichwohl unabhängig voneinander auch in antisemitischen Kontexten fest etablierter Begriffe kann nicht als Zufall bewertet, sondern muss – nicht zuletzt angesichts der wiederholten Nutzung solcher Begriffe und Argumentationen durch Höcke – als intentionale Setzung einer codierten antisemitischen Aussage verstanden werden, die dem sozialen und politischen Antisemitismus zuzuordnen ist.

Am 21. Mai 2022 sprach Björn Höcke im Rahmen einer Wahlkampfkundgebung der AfD Sachsen in Grimma (SN) und bediente abermals das antisemitisch konnotierte Narrativ einer die Fäden ziehenden globalistischen Elite:

> *„Und auch dieses Bewusstsein müssen wir immer und immer wieder jeden Tag reaktivieren: Freunde – die US-Amerikaner sind nicht unsere Feinde, die Russen sind nicht unsere Feinde, die Ukrainer sind nicht unsere Feinde. Diese Völker werden auch stellenweise fremdbestimmt. […] Und ich kann den Amerikanern nur wünschen, dass sie sich endlich von ihrem Tiefen Staat befreien, von einem globalistischen Establishment befreien und mit uns zusammen auf die Seite der Freiheit treten und diese Welt wieder sicher und schön machen."*[1415]

[1414] Höcke, Björn: Redebeitrag am 30.03.2022 in Elsterwerda (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.03.2022, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 30.03.2022.
[1415] Höcke, Björn: Redebeitrag in Grimma am 21.05.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.05.2022, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 27.05.2022.

In seiner Äußerung reiht Höcke mehrere verschwörungstheoretische Motive aneinander. Er behauptet, dass die USA, Russland und die Ukraine (wenn auch nur stellenweise) *„fremdbestimmt"* seien. Eine Benennung der eigentlich Mächtigen unterlässt Höcke und überlässt es den Rezipienten, diese Lücke zu füllen. Der verwendete Begriff der Fremdbestimmung ist untrennbar mit nationalstaatlicher Souveränität verbunden, er zielt hier keineswegs auf Abhängigkeiten etwa von Finanz- und Wirtschaftsunternehmen, in denen sich nationale Regierungen ggf. befinden können. Folglich muss davon ausgegangen werden, dass es sich bei diesen eigentlich Mächtigen um Instanzen handelt, die im Hintergrund agieren, mit ungeheurer Macht und konkreter Zielrichtung ausgestattet und sowohl über den USA als auch über Russland angesiedelt sind. Die von Höcke – zumindest auf der sprachlichen Oberfläche – im Vagen gehaltene Aussage wird durch verschwörungstheoretische Signalwörter ergänzt und verstärkt, dass es in den USA einen *„Tiefen Staat"* gebe, der von einem *„globalistischen Establishment"* getragen würde. Damit behauptet Höcke, die USA würden im Geheimen von einer Verschwörung – und zwar von einer über die ganze Welt verteilten Elite der Reichen und Mächtigen – in eine bestimmte Richtung gesteuert.[1416] Betrachtet man diese narrativen Elemente in der Gesamtschau, zeigt sich eine auf antisemitischen Ressentiments und Bildern basierende Erzählung, die dem politischen und sozialen Antisemitismus zuzuordnen ist.

Ähnlich ist ein Facebook-Post von Höcke vom 21. Mai 2023 zu verstehen, in dem er in kryptischer Weise im Zusammenhang mit dem 175-jährigen Jubiläum der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche schreibt:

> *„Das war der große Gegensatz zu heutigen überstaatlichen Konstrukten wie der Europäischen Union mit ihren ‚Transformationsprozessen', der das Wesen eines Obrigkeits-Projektes anhaftet, das den Bürgern zwangsverordnet wird."*[1417]

Auch in diesem Zitat zeigen sich abermals die oben bereits beschriebenen antisemitisch konnotierten Erzählungen der von oben fremdbestimmten Bevölkerung und einer gesteuerten Transformation der Gesellschaft.

1416 Vgl. Wetzel, Juliane: „Verschwörungstheorien", in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart", Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien", Berlin/Boston 2010, S. 334 ff.

1417 Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 21.05.2023, abgerufen am 18.03.2024.

Am 4. August 2023 teilte Höcke auf seiner Facebook-Seite ein Bild, das ursprünglich vom Deutschland-Kurier erstellt wurde. Auf diesem wird er mit einem Zitat wiedergegeben, das er im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg (ST) äußerte.



Auch hier spricht Höcke abermals von der EU als „*Projekt globalistischer Eliten*", womit er an seine früheren antisemitisch konnotierten Äußerungen und Narrative anschließt.[1418]

Ähnlich äußerte sich Nicole Höchst (MdB, RP) in einem Telegram-Beitrag vom 8. Oktober 2023, in dem sie ebenfalls auf die Theorie vom „*Tiefe[n] Staat*" zurückgreift und Deutschland als nicht souveränes Land darstellt, dem drohe, von sozialistisch getriebene globalen Eliten geschädigt zu werden:

> „*Liebe Wähler, wenn Sie nicht Teil derer sein wollen, die zulassen, dass Deutschland immer stärker in eine Scheindemokratie abdriftet können Sie am heutigen*

1418 Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 04.08.2023, abgerufen am 18.03.2024.

Sonntag nur AfD wählen. Ich appellieren besonders inständig an alle Nichtwähler. Geben Sie uns, der Alternative für Deutschland, eine Chance, den Systemwechsel zu vollziehen: Weg von Filzokratie und Tiefem Staat, hin zu Rechtsstaat mit funktionierender Gewaltenteilung. Freiheitlich Demokratischer Grundordnung. Hin zu einem souveränen Deutschland, dessen Regierung deutsche Interessen vertritt. Werden Sie Teil des demokratischen Widerstands gegen Entrechtung. Verarmung und Menschenverachtung. Liebe Nichtwähler, Sie sind mit Abstand die größte Gruppe. Sie können an diesem den entscheidenden Unterschied machen zwischen einer Zukunft für sich und Ihre Kinder in Demokratie, Frieden, Freiheit- in Sicherheit und selbst erwirtschaftetem Wohlstand oder eben in sozialistischer Zwangs-, Verbots-, Entrechtungs- und Verarmungspolitik der globalen Eliten und ihren Willingen Vollstreckern in den deutschen Parlamenten nämlich der vergrünten AntideutschlandEinheitspartei bestehend aus CDUCSUFDPSPDBündins90dieGrünenDielinke. Stemmen Sie sich mit uns zusammen gegen die dritte sozialistische Diktatur auf Deutschem Boden. Auch wenn sie im netten grünen Kleidchen mit Heilsversprechen daherkommt. Wir, die AfD, sind keine Systempartei. Wir sind nicht fremdgesteuert, weder von Putin noch sonstwem, haben keine Young Global Leaders an Bord. Wir dienen Deutschland. Geben Sie uns eine Chance. Wählen Sie am heutigen Sonntag in Bayern und in Hessen die AfD. Wir alle wollen freie Bürger sein. Keine Untertanen. Werden Sie Teil des demokratischen Widerstands und bringen Sie mit uns Demokratie und Freiheit zurück nach Deutschland.“[1419]

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) beteiligte sich am 30. Juli 2022 an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Krieg in der Ukraine“ beim Institut für Staatspolitik (mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG) in Schnellroda (ST). Dort äußerte er:

„George Soros hat mit seinen Methoden, mit seinem Institut, mit seinen Netzwerken die Ukraine gedreht. Das wissen wir alle. Er hat den Leuten den Kopf verrückt gemacht. Die Erlösung läge im Westen und hat die Ukraine gedreht. Und damit wurde sozusagen die Ursache geschaffen für den Konflikt, den wir jetzt sehen und Russland war nicht in der Lage, ähnlich subtil und hintergründig zu arbeiten.

[1419] Höchst, Nicole: Telegram-Beitrag vom 08.10.2023, abgerufen am 09.10.2023.

[...] Also was Russland lernen muss, ist, dass es den Methoden, den Schutz des George Soros auf gleicher Ebene Paroli bietet.“[1420]

An anderer Stelle in der Diskussion sagte Tillschneider:

„Wäre Trump Präsident geblieben und wäre nicht sozusagen diese giftige Sprechpuppe der Globalisten, Biden, Präsident geworden, hätten wir in der Ukraine keinen Krieg gesehen.“[1421]

Tillschneider zufolge habe Soros die Ukraine subtil und hintergründig in seinem Sinne beeinflusst und damit die Ursache für den nun ausgebrochenen Krieg geschaffen. Bei dieser Aussage handelt es sich um eine tradierte antisemitische Argumentationsfigur, wie sie bereits in klassischen Propagandaschriften wie den „Protokollen der Weisen von Zion“ enthalten ist.[1422] Juden agierten demnach im Geheimen und in indirekter Weise, sie manipulierten Nicht-Juden in ihrem Sinne und vor allem zettelten sie Kriege an, um ihre Macht zu festigen und auszubauen. Tillschneider nutzt den Verweis auf Soros nicht nur als Code, sondern er verstärkt ihn auch durch eine Darstellung von angeblichen Verhaltensweisen und Motiven, die zum Kernbestand judenfeindlicher Weltsichten gehören und dem politischen Antisemitismus entstammen.

Darüber hinaus nutzt Tillschneider mit Bezug auf US-Präsident Biden die Formulierung „*Sprechpuppe der Globalisten*“. Diese Bezeichnung ist praktisch deckungsgleich mit derjenigen Björn Höckes, wie sie oben[1423] betrachtet wurde. Tillschneider bedient sich derselben Vorgehensweise: Zwei Begriffe („*Sprechpuppe*“ und „*Globalisten*“), die, für sich genommen, jeweils uneindeutig und nicht klar als antisemitisch zu werten sind, werden in auffälliger Weise kombiniert, sodass sich ihre Mehrdeutigkeit zugunsten der antisemitischen Bedeutungsdimension auflöst. Biden wird somit als von jüdischen Strippenziehern abhängig dargestellt; hierbei handelt es sich um politischen Antisemitismus.

1420 Tillschneider, Hans-Thomas: Podiumsdiskussion des IfS am 30.07.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.08.2022, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.08.2022.

1421 Ebd.

1422 Vgl. Pomplan, Jan-Philipp: „Kriegs- und Krisengewinnler“, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart“, Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien“, Berlin/Boston 2010, S. 181 f.

1423 Vgl. S. 504.

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau gebrauchte in einem Facebook-Post vom 20. Februar 2022 die antisemitische Chiffre von einem im Hintergrund die Strippen ziehenden *„Weltfinanzkapital*“:

> *„Die vom Weltfinanzkapital gesteuerten Machthaber sehnen sich einen Krieg gegen Russland herbei“.*[1424]

Björn Höcke (MdL TH) veröffentlichte am 30. Oktober 2024 einen Beitrag auf Facebook, in dem er auf einen in der Online-Zeitung „Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität“ veröffentlichten Artikel des Autors Klaus Kunze verwies. Dazu schrieb er:

> *„Klaus Kunze stellt zurecht die Frage, wer und in welchem Interesse Deutschland regiert wird. Sein Beitrag zeigt indirekt auf, wie groß der Reformbedarf ist, wenn wir in und für Deutschland wieder das Prinzip der Volkssouveränität umsetzen wollen. Lesenswert!“*[1425]

Der geteilte Artikel ist dabei ebenfalls geprägt von antisemitischen Chiffren und konstruiert das Bilder einer global agierenden Elite, die zwecks eigener Profitsteigerung im Franchise-Stil (*„politische[n] Lizenznehmer*“) Demokratie-Dependancen lizensiere:

> *„Was die da oben als ‚unsere Demokratie‘ mit Zähnen und Klauen verteidigen, ist tatsächlich: ihre Demokratie. Sie haben das politische System so genannt, weil der Begriff massentauglich ist und vielversprechend klingt. Wollten nicht schon die USA die ganze Welt safe for democracy machen? In Deutschland ist es ihnen gelungen. Ihre politischen Lizenznehmer legten uns 1948 ein System nahe, das bei theoretischer sozialer Durchlässigkeit doch gewährleistet, daß unser Land von einer mehr oder weniger großen politisch-medialen Funktionselite geleitet wird. Wer dazu gehören will, muß in ihrem totalen Parteienstaat so werden, wie die anderen da oben schon sind. Die Gesichter im Fernsehen wechseln gelegentlich, aber das System bleibt stabil. Deutsche mögen Stabilität und daß ihnen jemand das eigenständige Denken abnimmt. Das waren sie vor 1948 schon zwölf Jahre so gewohnt.“*[1426]

[1424] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 20.02.2022, abgerufen am 21.02.2022.
[1425] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. e. bb)
[1426] Wir Selbst: „Wer regiert hier eigentlich?“ vom 29.10.2024, in: https://wir-selbst.com, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. e. bb.)

Dieser Abschnitt ist dabei mit einer antisemitischen Karikatur bebildert, die 1943 als Propagandaplakat der Nationalsozialisten unter dem Titel „Kultur-Terror" erstveröffentlicht wurde:



[1427]

Die Karikatur zeigt stereotype Darstellungen von Juden, was insbesondere mit dem Davidstern offenkundig wird, und assoziiert diese mit Reichtum und dem Streben nach unterdrückender Macht.

Klaus Kunze resümiert:

> *„‚Unsere Demokratie' dieser Plutokraten hat mit unseren Ideen einer Demokratie als Volksherrschaft von unten, dem Volk, hinauf zu den Staatsorganen nichts zu tun, setzt die Spielregeln demokratischer Selbstorganisation außer Kraft, wäscht unseren Landsleuten tagtäglich die Gehirne mit einer globalistischen Propaganda und zerstört das nationale Selbstbewußtsein unseres Volkes. Wohin uns das geführt hat, können wir jeden Tag auf den Straßen unserer Städte erleben."*[1428]

[1427] Vollständige Karikatur, im Text wurde der Titel abgeschnitten.
[1428] Ebd.

Der Beitrag von Höcke und damit auch der Artikel von Kunze wurden am 30. Oktober 2024 auch durch den Telegram-Account der AfD Thüringen geteilt.[1429]

Hans-Christoph Berndt (MdL und Fraktionsvorsitzender BB) äußerte sich in einem Interview bei AUF1 TV mit Martin Müller-Mertens vom 31. Oktober 2022:

> *„Und jetzt haben wir im Ergebnis dessen, dass wir nicht nur unter dem Corona-Diktat leiden bis heute in Deutschland und in Österreich, sondern eben auch zunehmend spüren die Folgen dieser Politik, die auf die ‚Große Transformation' zielt. Das ist nicht nur Gerede, es geht wirklich darum, dass unsere Art zu leben und wirtschaften ganz anders werden soll, wie es Angela Merkel im Jahr 2020 angekündigt hat. […] Ja das ist eine Transformation, die dann tatsächlich dazu führt, dass wirklich alles umgestülpt wird, insofern könnte man dann auch fast auch von Revolution sprechen. Und das ist ja auch eine längerfristig angesetzte Politik, die verfolgt längerfristige Ziele oder ist zumindest wirklich strategisch auch angelegt. Und das was wir 2015 erlebt haben mit der Grenzöffnung, mit dieser Migration habe ich spontan damals verstanden als Angriff auf die europäischen Nationalstaaten, auf die Nationalstaaten des weißen Mannes, in Amerika ist es ja nicht viel anders, in den USA. Und tatsächlich, das gehört in den ganzen Zusammenhang der Transformation. Wir haben dann den UNO-Migrationspakt und wir haben eben das Bestreben, nationalstaatliche Ordnung, nationalstaatliche Regelungen abzulösen, durch globale, durch den UNO-Migrationspakt aber auch durch die WHO, das sind dann nicht mehr staatliche Organisationen, sondern das ist eine Mischung von staatlich und privat und zielt wirklich darauf ab, unsere ganze Lebensweise komplett zu ändern. Diese Transformation ist tiefgreifend und da könnte man dann auch schon von Revolution sprechen. […] Wir sind in der Situation, dass wir von sehr reichen und sehr einflussreichen und mächtigen Leuten, dass sehr einflussreiche und mächtige Leute die Transformation wollen, dass wir nicht mehr so leben, wie wir es gewohnt sind, nicht mehr in National-*

[1429] AfD Thüringen: geteilter Telegram-Beitrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. e. bb.)

staaten leben, nicht mehr frei leben, sondern in einer, ich würde mal sagen maoistischen Weltkommune leben, so, wie die es für richtig halten. Das ist die Lage, und dagegen muss man sich wehren."[1430]

Berndt bedient mit dieser Aussage ebenfalls Elemente des sozialen und politischen Antisemitismus, indem er behauptet, eine Personengruppe, die „*einflussreich*" und „*mächtig*" sei, strebe Veränderungsprozesse zu Lasten einer freien Gesellschaft an.

Bei einer Gedenkveranstaltung des AfD-Kreisverbands Bautzen zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR in Pulsnitz (SN) äußerte sich Jörg Urban (Landes- und Fraktionsvorsitzender, MdL SN) in ähnlicher Diktion, indem er von globalen Eliten und einer mächtigen Finanzindustrie spricht:

„Medien, Politiker und die globale Finanzindustrie haben inzwischen eine unheilige Allianz gebildet. Und ich sage euch noch etwas: Jede Form von Sozialismus braucht ihre Sklaven. Die roten Sozialisten benutzten die Menschen damals als Arbeitssklaven, um ihrer kommunistischen Träume umzusetzen und nebenbei als kleine Pseudo-Elite in Saus und Braus zu leben. [...]
Liebe Freunde, der grüne Kommunismus klopft an der Tür, getragen von allen Altparteien, getragen von den meisten Mainstream-Medien, getragen und gelenkt von anglo-amerikanischen Globalisten und Milliardären."[1431]

Die Vorstellung einer global agierenden „*Finanzindustrie*" verbreitete auch Beatrix von Storch (MdB, BR und stellvertretende Fraktionsvorsitzende) in einem Tweet vom 12. Januar 2024:

„#Deportation trendet um AfD-Verbot zu begründen:
#Correctiv ist das Sturmgeschütz der grünen Milliardäre u. d. globalen Finanzindustrie."[1432]

In ihrer Bewerbungsrede auf dem Landesparteitag der AfD Berlin im Oktober 2024 in Jüterbog (BB) griff von Storch diesen Begriff – neben weiteren antisemitischen Chiffren

---

[1430] AUF1: „Christoph Berndt: ‚Wir brauchen den Druck auf der Straße'" vom 31.10.2022, in: https://auf1.tv, abgerufen am 01.11.2022.
[1431] Urban, Jörg: Rede anlässlich des 70. Gedenktages des DDR-Volksaufstandes bei der Veranstaltung des KV Bautzen in Pulsnitz am 17.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.06.2023, Kanal: „Frank Chrischtschow", abgerufen am 19.06.2023.
[1432] Storch, Beatrix von: Tweet vom 12.01.2024, abgerufen am 17.01.2024.

(*„globalitische[r] Wahn“*, *„Hintermänner von BlackRock, World Economic Forum, Gates und Co.“*) – erneut auf:

> *„Wir stehen jetzt vor der Alternative linke woke Kulturrevolution oder geistig-moralische Wende, darum geht es bei der Bundestagswahl 2025. Die Linksgrünen führen einen Kulturkampf gegen alles, was wir lieben. Gegen Deutschland, gegen das christliche Abendland und gegen unsere Kultur und Identität. CDU, FDP, Wirtschaftsverbände, die Kirchen haben alle kapituliert, indem sie woke geworden sind. Aber wir führen diesen Kulturkampf nicht nur reaktiv, wir führen ihn aktiv. […]*
> *Wir brauchen keine Brandmauer gegen die AfD, wir brauchen eine Brandmauer gegen den globalistischen Wahn. Und die Brandmauer gegen den globalistischen Wahn, das ist die AfD. Was die woken Kräfte in Brüssel, Davos und New York entscheiden, zerstört unser Leben hier in Deutschland, in Lichtenberg, in Pankow, überall. Darum führen wir den Kampf auf allen Ebenen: lokal, national und global. […]*
> *Aktuelle Stunde zum UN-Zukunftsgipfel im Bundestag. Ich habe in meiner Rede dazu im Bundestag gezeigt, was die anderen alle verschwiegen haben: Das Ziel des UN-Generalsekretärs – eine Weltregierung installieren. Den globalen Notstand ausrufen können. Mit seinen Hintermännern von BlackRock, World Economic Forum, Gates und Co. […] Hinter der grünen Klimapolitik steckt die globale Finanzindustrie. Es geht nicht um Klimaschutz, es geht um Macht und Geld, um sehr viel Geld.“*[1433]

Der Deutschland-Kurier übertrug am 22. Februar 2023 live auf YouTube den Politischen Aschermittwoch der AfD Bayern in Osterhofen (BY), an welchem unter anderem auch Katrin Ebner-Steiner (MdL BY) als Rednerin teilnahm. In ihrem Redebeitrag äußerte sich diese unter anderem in verschwörungstheoretischer Weise:

> *„Wir [Anm.: die AfD] arbeiten nicht für Lobbyisten, Globalisten und Finanzeliten. Denn diese Leute verfolgen mit dem Allparteienkartell den Great Reset. […] Jetzt kommt mit mir auf eine Zeitreise. Ich nehme euch mit in eine Zukunft des Jahres*

[1433] Storch, Beatrix von: Bewerbungsrede auf dem Landesparteitag der AfD Berlin im Oktober 2024 in Jüterbog; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 14.10.2024, Kanal: „beatrix.von.storch“, abgerufen am 15.10.2024.

> *2040, nach dem Rot, Schwarz, Grün und Gelb noch weitere 17 Jahre regiert haben. Doch da müsst ihr jetzt durch. Die Bundesrepublik Deutschland wurde umbenannt in ‚Bunte Republik – nie wieder Deutschland' und der Bundestag in ‚Bunter Tag'. Das ist sowieso egal, denn die Regierungsgeschäfte werden jetzt direkt aus Brüssel und Washington erledigt.“*[1434]

Am 24. November 2022 sprach der damalige Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Schwandorf-Cham (BY) und Mitglied des Bezirkstags Oberpfalz Wolfgang Pöschl[1435] (BY) auf einem überparteilichen Vernetzungstreffen. Nachdem Pöschl die Anwesenden *„im Namen des AfD-Kreisverbands Schwandorf-Cham“* begrüßt hatte, führte er in seinem Redebeitrag aus:

> *„Während euer Bankkonto geplündert wird, fließt das Geld in die Taschen der globalistischen Superreichen, der globalistischen Eliten, wie Klaus Schwab, George Soros, Bill Gates, König Charles III von Großbritannien und so weiter. Und deren korrupten Handlanger wie früher schon Merkel und jetzt unsere rot-grünen Politdarsteller in München, Berlin und Brüssel. […] Mit allen Mitteln suchen sie nun nach Sündenböcken, um die Schuld am finanzwirtschaftlichen Zusammenbruch von sich abzuwenden. Die Zerstörer der freiheitlichen wirtschaftlichen und politischen Ordnung des Westens, die unermesslichen Reichtum gesammelt haben, wollen jetzt ihrer Verantwortung entkommen. […] Das haben wir übrigens auch den korrupten, verlogenen Rundfunkmedien zu verdanken. Um ihre Macht und ihr durch Unrecht gerafftes Geld vor einem Crash wie 1929 zu schützen, wollen die Profiteure eine neue Ordnung der Welt und des Wirtschaftssystems den Menschen auferlegen. In einer unheiligen Allianz mit machtgierigen Neomarxisten wollen die globalen Spieler ihre Macht in einer globalen, totalitären Herrschaft sichern, der sogenannten Global Governance. […] Sie haben uns Bürger dabei ausgenutzt und uns unseren Wohlstand genommen. Unsere Freiheit,*

[1434] Ebner-Steiner, Katrin: Redebeitrag auf dem Politischen Aschermittwoch der AfD Bayern; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2023, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 28.02.2023.

[1435] Gegen Wolfgang Pöschl lief ein Parteiausschlussverfahren, zu dessen Gründen und Ausgang keine Erkenntnisse vorliegen. Pöschl ist Stand Januar 2025 nicht mehr Mitglied der AfD.

unsere Demokratie, der Rechtsstaat, unsere Kultur, alles das wollen sie uns nehmen! Jetzt wollen sie uns auch noch eine neue, totalitäre Weltordnung aufzwingen, um uns zu unterwerfen und zu knechten.“[1436]

Neben dem Verweis auf „*globalistische Eliten*“ wie George Soros kommt der antisemitische Gehalt hier in der Bezugnahme auf „*durch Unrecht gerafftes Geld*“ zum Ausdruck, worin ein Rückgriff auf die im Nationalsozialismus propagierte Unterscheidung zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital zu sehen ist.

ee. Weitere antisemitische Aussagen und Positionen

Christina Baum (MdB, BW/ST) leitete am 25. Juli 2022 auf Telegram einen Post der Seite anonymousnews.org weiter, der vor dem Hintergrund eines manipulativen Videoclips mit Interview-Äußerungen des Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck dessen vermeintlichen Deutschland-Hass anprangerte.[1437] Während der gesamten 23-sekündigen Interviewsequenz wird per Splitscreen ein Standbild von Gauck mit gesenktem Kopf und einer Kippa eingeblendet.



Der Videoclip wie auch der Kommentar von anonymousnews.org reißen die Äußerungen Gaucks gezielt aus dem Zusammenhang. Denn obwohl Gauck seine in der ZDF-Sendung Markus Lanz am 13. Juli 2022 getätigten ablehnenden Äußerungen gegenüber Deutschland zweifelsfrei ausschließlich auf das nationalsozialistische Deutschland bezog, präsentieren sowohl der Clip als auch der Kommentar die Äußerungen so,

[1436] Pöschl, Wolfgang: Redebeiträge des Vernetzungstreffens; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.11.2022, Kanal: „Deutsche Konservative“, abgerufen am 28.11.2022.
[1437] Baum, Christina: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.07.2022, Kanal: „Klartext von Dr. Christina Baum MdB“, abgerufen am 15.08.2022.

als bezögen sie sich auf Deutschland im Allgemeinen bzw. auf die heutige Bundesrepublik. In Kombination mit der demütigen Darstellung Gaucks mit Kippa wird suggeriert, der *„Deutschlandhass“* des früheren evangelischen Pastors Gauck hänge mit dessen Haltung gegenüber dem Judentum zusammen. Die Botschaft, dass das (ehemalige) deutsche Staatsoberhaupt sich dem Judentum untergeordnet habe, von Juden beeinflusst worden sei und deren deutschlandfeindliche Agenda umgesetzt habe, nimmt einen wesentlichen Topos des politischen Antisemitismus auf. Durch das kommentarlose Teilen des Posts macht sich Christina Baum diese antisemitische Position zu Eigen und verbreitet sie durch ihr Teilen.

In einem Facebook-Post vom 27. August 2023 äußerte sich Björn Höcke (MdL TH) zu dem Skandal um das antisemitische Flugblatt, das der aktuelle bayerische Wirtschaftsminister und stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger als Schüler in seiner Tasche mit sich führte:

> *„Rechtzeitig vor der Landtagswahl hat Bayern seinen ‚Skandal‘: Der stellvertretende Ministerpräsident und Freie-Wähler-Chef soll als Jugendlicher ein antisemitisches Flugblatt verfaßt haben. Das Machwerk wurde im Zusammenhang mit der Berichterstattung neu verbreitet, und wer das liest, erkennt sofort, daß es sich dabei um einen geschmacklosen und morbiden Schüler-Scherz handelt, der nur so vor pubertären Allmachtsphantasien trieft. Es ist primitiv und dumm, nicht sonderlich lustig – aber eben auch kein politisches Manifest. Das ist eine klassische Jugendsünde, und es ist davon auszugehen, daß sich Hubert Aiwanger seitdem sittlich weiterentwickelt hat. Über 35 Jahre ist es her: Als er das verfaßt haben soll, hieß die Partei ‚Die Linke‘ noch SED und hat auf Menschen schießen lassen.“*[1438]

Es handelt sich dabei um das folgende Flugblatt[1439]:

[1438] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 27.08.2023, abgerufen am 29.08.2023.
[1439] BILD: „Affäre um Auschwitz-Flugblatt: Söder bestellt Aiwanger ein“ vom 28.08.2023, abgerufen am 06.05.2024.

B U N D E S W E T T B E W E R B :

Wer ist der größte Vaterlandsverräter?

TEILNAHMEBERECHTIGT: Jeder, der Deutscher ist und sich auf deutschem Boden aufhält.

TERMINSCHLUSS: 1.1.88

BEWERBER: Melden sich im Konzentrationslager Dachau zu einem Vorstellungsgespräch.

PREISVERTEILUNG: Die Beleger der Plätze 1-1000 dieses Wettbewerbes werden noch im Laufe des Januars abgeholt.

Und nun die zu gewinnenden Preise im Einzelnen:

1.Preis: Ein Freiflug durch den Schornstein in Auschwitz.
2. " : Ein lebenslänglicher Aufenthalt im Massengrab. (Ort nach Belieben).
3. " : Ein kostenloser Genickschuß.
4. " : Einjähriger Aufenthalt in Dachau. (Freie Kost und Logie).
5. " : Eine kostenlose Kopfamputation durch Fallbeil.
6. " : Eine Fahrkarte in die ewigen Jagdgründe. (Erfüllungsort ebenfalls das Vergnügungsviertel Auschwitz und Nebenlager).
7.-1000. Preis: Eine Nacht Aufenthalt im Gestapokeller, dann ab nach Dachau.

Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme und wünschen viel Vergnügen den Gewinnern der Plätze 1-1000!

In dem Flugblatt werden in hämischem Ton verschiedene nationalsozialistische Mord- und Verfolgungspraktiken angepriesen.[1440] Höcke bezeichnet das Flugblatt als „*klassische Jugendsünde*“. Mit dieser Verharmlosung eines von Höcke selbst als antisemitisch bezeichneten Flugblatts, das von einem immerhin 16- bzw. 17-Jährigen verfasst wurde[1441] und das am Nationalsozialismus orientierte, brutalste Vernichtungsfantasien aufweist, verharmlost Höcke auch den grundsätzlich gegen die Menschenwürde gerichteten Antisemitismus.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) äußerte sich am 18. September 2023 in seinem Redetext zum „3. Preußenfest“ am 15. September 2023 in Schnellroda (ST) auf seiner Facebook-Seite in ähnlicher Weise (vgl. auch Kapitel E. I. 4. b.):

[1440] Auch wenn in dem Flugblatt nicht explizit von Jüdinnen und Juden die Rede ist, wird durch den „1. Preis“ eine Beseitigungsmethode von Leichen sowie das Lager Auschwitz herausgestellt, die unmissverständlich auf den Holocaust hinweisen. Insofern werden Jüdinnen und Juden hier als Inbegriff des gesuchten Vaterlandsverräters markiert.

[1441] Offenbar war Helmut Aiwanger (Jg. 1970) der Autor, nicht sein Bruder Hubert Aiwanger (Jg. 1971).

> *„Wenn einem 52jährigen Mann ein Flugblatt nachgetragen wird, in dem er als Schüler vor 35 Jahren darüber phantasiert haben soll, Vaterlandsverräter ins KZ zu schicken, dann ist das, was wir heute zu kritisieren haben, nicht die unbeholfene Provokation des pubertären Gernegroß von einst, sondern das schäbige Aufblasen einer solchen jugendlichen Verirrung, um draus Kapital zu schlagen. […] Und deshalb stürzen sie sich auf Flugblätter, die dumme Jungen vor 35 Jahren verbreitet haben."*[1442]

Tillschneider tut das Flugblatt als *„unbeholfene Provokation"*, als *„jugendliche Verirrung"* von *„dummen Jungen"* ab. Wie Höcke, verharmlost auch Tillschneider damit den im Flugblatt enthaltenen mörderischen Antisemitismus.

Im selben Post äußerte sich Tillschneider, beworben mit einem Meme mit dem Text *„Schuld anerkennen, Schuldkult beenden!"*:

> *„Ein ganzes Volk wurde gestraft für die Verbrechen einer Parteioligarchie, als wäre es selbst durch deren Unrechtsherrschaft allein noch nicht gestraft genug gewesen. […] Groß war sicherlich die Schuld, aber gnadenlos auch die Strafe – so gnadenlos, daß die Strafe die Schuld gleich welcher Art bis in den letzten Winkel gesühnt und ausgetilgt hat. Wir können das Büßerhemd ein- für allemal ablegen und erhobenen Hauptes allen Völkern dieser Welt gegenübertreten und all diejenigen munter vor den Kopf stoßen, die unsere deutsche Schuld niemals getilgt wissen wollen, und zwar nicht, weil es ihnen um Gerechtigkeit ginge, sondern im Gegenteil, weil es ihnen einzig und allein darum geht, uns in maßloser Verdammung niederzuhalten – oder schlimmer noch – weil es gebrochene Geister sind, die sich nur noch in der Selbsterniedrigung gefallen."*[1443]

Tillschneider räumt zwar die deutsche Schuld ein, vollzieht zugleich jedoch eine Täter-Opfer-Umkehr, indem er behauptet, die angeblich bereits getilgte Schuld werde den Deutschen unrechtmäßig noch immer vorgehalten. Die Betonung der angeblichen Gnadenlosigkeit nimmt den klassischen Vorwurf des religiösen Antisemitismus gegenüber den Juden auf, sie wären rachsüchtig und würden (anders als Christen) Sünden nicht vergeben. Weiterhin greift die Aussage, dass der Verweis auf deutsche Schuld

[1442] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 19.09.2023.
[1443] Ebd.

dazu diene, die Deutschen *„niederzuhalten“*, auf eine der häufigsten Topoi des sekundären Antisemitismus zurück, wonach der Holocaust von Juden als Instrument der Machtausübung eingesetzt werde. Darüber hinaus verweist auch die Formulierung, dass es sich um *„gebrochene Geister“* handle, die sich selbst erniedrigten, auf den Juden zugeschriebenen Status als der Inbegriff des Opfers und wertet sie damit ab. Tillschneider legt mit dieser Beschreibung nahe, dass es sich bei der von ihm angeklagten, niederträchtigen Personengruppe um Juden handelt.

Am 28. Februar 2022 verlinkte der damalige thüringische Landtagsabgeordnete Thomas Rudy auf Facebook unkommentiert auf den Text „Welche Rolle spielt die jüdische Komponente im Ukraine-Konflikt?“ des Blogs Conservo. In dem auf den 21. Februar 2024 datierten Text, dem am Tag des Kriegsbeginns (24. Februar) ein Vorwort beigegeben wurde, vertritt der Autor Peter Haisenko die Auffassung, dass khasarische Juden[1444] als Oligarchen die Ukraine beherrschten, so wie dies auch in Russland der Fall gewesen sei, bis Präsident Putin sie dort entmachtet habe. Die khasarischen Juden würden laut Haisenko nun ihr im 10. Jahrhundert verlorenes Herrschaftsgebiet zurückerobern wollen und sich gegen Russland wenden:

> *„Die khasarischen Juden haben den Warägern, den Russen, nie verziehen. […] Allerdings war die kommunistische Revolution in Russland von Juden/Khasaren beherrscht. Die gesamte Führung unter Lenin waren Juden und ihr Werk hat Russland als Sowjetunion mehr als sieben Jahrzehnte in einen Unterdrückungsstaat verwandelt, der sich nicht mehr frei entwickeln konnte. […] Festzustellen ist sowohl für die Ukraine als auch Russland, dass alle Oligarchen dort Juden sind. […] Während Putin mit seinem Amtsantritt die Macht der russischen Oligarchen gebrochen hat, fand das in der Ukraine nicht statt. Die letzten beiden Präsidenten nach dem Putsch sind Juden/Khasaren. Könnte man also annehmen, dass diese Khasaren ihr ursprüngliches Herrschaftsgebiet zurückerobern wollen? Der verbreitete Hass von Juden gegen Russen zeigte sich sofort nach der Machtergreifung von Poroschenko. […] Der Jude Igor Kolomoiski hat mit seinen Söldnern, den sogenannten ‚Asov-Brigaden‘, in der Ostukraine gewütet, Infrastruktur vernichtet inklusive des neu gebauten Flughafens von Donezk. Der Punkt dabei ist,*

[1444] Die Khasaren waren eine zwischen dem 7. und 10. Jahrhundert im westlichen Zentralasien, dem nördlichen Kaukasus und Teilen Osteuropas dominierende Regionalmacht, deren wichtigste Religion das Judentum war. Der Begriff „Khasaren“ wird, auch wenn dies sachlich unzutreffend ist, in weiten Teilen als Synonym für das osteuropäische Judentum insgesamt gebraucht.

dass gerade der Donbas und die Krim Zentren des khasarischen Herrschaftsgebiets waren und gerade dort ist man mehr Russland zugeneigt. [...] Fakt ist, dass die Ukraine von khasarischen Juden beherrscht wird, Politiker und Oligarchen. Könnte ihr Ziel sein, auf dem Gebiet der Ukraine ein ‚kasarisches Israel' zu errichten und das kann dann nur in steter Feindschaft mit den Nachkommen der Waräger agieren, den heutigen Russen? [...] Nimmt man an, die Khasaren in Kiew sehen sich den Traditionen ihrer Urahnen verpflichtet, bekommt ihr Umgang mit den abtrünnigen Teilen der Ostukraine eine Basis. [...] Auch wenn ich hier nicht unbedingt die alleinige Ursache sehe, ist doch auffällig, dass die Hass-Kampagnen gegen Putin begannen, nachdem er die khasarischen Oligarchen in Russland entmachtet hatte. Der Zustand unter Jelzin war ja, dass die junge russische Föderation nahezu vollständig unter Kontrolle dieser Oligarchen stand und diese dabei waren, den Rest der russischen Nationalökonomie an ihre Freunde im Westen zu verhökern. Man könnte also auch sagen, dass diese Oligarchen Rache geübt haben an Russland für die Schmach vor 1.000 Jahren und der böse Putin hat ihnen da einen Strich durch ihre Rechnung gemacht. [...] Ich sage hier auch unmissverständlich, dass es sich nur um einen ganz kleinen Teil der Khasaren handelt, der üble Machenschaften betreibt. Es ist mit Juden/Khasaren dasselbe wie mit jeder Ethnie: Wenige Prozent sind abgrundtief schlechte Charaktere, machtgierige Psychopathen. Das Problem ist nur, dass diese skrupellosen Schurken es geschafft haben, überall Positionen zu erobern, die es ihnen erlauben, den 95 Prozent anständigen Menschen ihre kriegerische Agenda aufzuzwingen. Ganz allgemein muss ich feststellen, das der gesamte Westen, inklusive der Ukraine, von Oligarchen dominiert wird. Russland eben nicht mehr. Wir erleben, dass die Dominanz dieser Kapitalgewaltigen zu nichts Gutem geführt hat. In der Ukraine aber ist dieser Zustand auf die Spitze getrieben. Oligarchen regieren das Land und sie sind Khasaren mit der Dauerkriegs-Historie. [...] Nicht zu vergessen dabei, dass auch Merkel khasarische Wurzeln hat wie alle, die sich zwar aus dem Osten kommend Juden nennen, aber keine Semiten sind. Ob es da auch eine Rolle spielt, dass der US-Außenminister Antony Blinken ein Khasare ist?"[1445] [1446]

[1445] Rudy, Thomas: Facebook-Eintrag vom 28.02.2022, abgerufen am 01.03.2022.
[1446] Conservo: „Welche Rolle spielt die jüdische Komponente im Ukraine-Konflikt?" vom 24.02.2022, in: www.conservo.blog, abgerufen am 01.03.2022.

Haisenko entfaltet in seinem Artikel ein mehrere Jahrhunderte überspannendes antisemitisches Narrativ, das auf einer ganzen Reihe klassischer antijüdischer Ressentiments beruht. Hierzu gehört, dass Haisenko Juden gleichermaßen als Köpfe der kommunistischen Umwälzung und der kapitalistisch geprägten Bereicherung von Oligarchen in den postsowjetischen Staaten identifiziert: beide Gruppen bestünden ausnahmslos aus Juden. Juden werden somit entsprechend klassischer antisemitischer Propagandaschriften wie der „Protokolle der Weisen von Zion" entweder als Kommunisten oder als Kapitalisten dargestellt. Stets hebt der Autor zudem auf deren angebliche Machtposition in der Steuerung oder zumindest wesentlichen Beeinflussung historischer Abläufe ab. Laut Haisenko werde die Ukraine von Juden beherrscht, seien sie nun Oligarchen oder Politiker, die aktuell danach strebten, das vor eintausend Jahren verlorene Herrschaftsgebiet der Khasaren (nicht zuletzt die Ostukraine) wiederzuerlangen und für den damaligen Verlust Rache an den Russen zu üben. Haisenko behauptet hier einen unidirektionalen kollektiven Willen zur Herrschaft der von ihm als jüdisch bezeichneten Personen und erwähnt mehrmals, dass sie Russland nicht verzeihen könnten, es hassen würden und auf Rache aus wären, Kriege ohnehin eine Konstante in der Geschichte der khasarischen Juden seien. Damit greift er die aus dem Antijudaismus stammende Gegenüberstellung von alttestamentarischer (= jüdischer) Rache im Gegensatz zur neutestamentarischen (= christlichen) Vergebung auf. Im Weiteren nutzt er das Motiv einer jüdischen (Welt-) Verschwörung, wenn er den gesamten Westen als von Oligarchen – die er zuvor als Juden identifiziert hatte – dominiert sieht und auch die damalige Bundeskanzlerin Merkel und US-Außenminister Blinken hier miteinbezieht. Der Versuch der nachträglichen Abmilderung Haisenkos, dass er sich nicht auf alle khasarischen Juden beziehe, sondern lediglich diejenigen an den Hebeln der Macht meine, muss nach seinen Ausführungen, die sich stets auf ein undifferenziertes und in seinen Methoden und Zielen über Jahrhunderte stabiles und gleichgerichtetes Kollektiv beziehen, als bloße Schutzbehauptung gelten. Damit lassen sich sowohl in den verwendeten Bildern und Motiven als auch im gesamten Narrativ Belege für religiös, politisch und sozial begründeten Antisemitismus feststellen. Thomas Rudy macht sich durch das kommentarlose Teilen dieses Beitrags dessen gegen Juden gerichtete, antisemitische Aussage zu eigen.

Am 12. Mai 2021 teilte Falko Keller, AfD-Stadtrat in Aschaffenburg (BY), auf Facebook einen Artikel, in dem über die Verbrennung einer israelischen Flagge vor einer Synagoge berichtet wurde. Dazu schrieb er:

> *„Tatsächlich ist es nur eine kleine Auswahl des Gesindels, dass Merkel und Co seit Jahren einschleusen. Weiterhin ist es ein Zeichen, dass die jüdische und muslimische Religion voller Hass ist, und hier nichts verloren hat“*[1447]

Keller unterstellt sowohl der muslimischen als auch der jüdischen Religion pauschal, *„voller Hass“* zu sein und spricht sich gegen jegliche Präsenz in Deutschland aus. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass die jüdische Religion im Bezugssachverhalt lediglich das Ziel einer Straftat war und Keller somit quasi eine Täter-Opfer-Umkehr vornimmt.

Thomas Herrig, zum damaligen Zeitpunkt Wahlkreiskandidat der AfD Lübeck für die Kommunalwahl 2023 Schleswig-Holstein und Beisitzer im Vorstand der JA Schleswig-Holstein, veröffentlichte am 6. Juli 2023 folgenden Tweet:

> *„1. #Israel ist ein Apartheitstaat. 2. Israel bricht Völkerrecht und gehört vor Gericht 3. Israel gehört zu den Treibern des antideutschen #Schludkult|s. 4. Israel kontrolliert nicht den Bundestag, hat aber großen Einfluss auf verschiedene Gremien westlicher Länder.“*[1448]

In einem weiteren Tweet am gleichen Tag schrieb er:

> *„5. #Israel kooperiert nicht mit der #AfD. Wie könnten sie auch eine Partei unterstützen, die für ein selbstbewusstes, starkes Deutschland kämpft. 6. Viele AfDler sind Zionisten, die Israel mehr lieben als ihr eigenes Land. 7. #FreePalestine“*[1449]

Die Aussage, dass Israel zwar nicht den Bundestag kontrolliere, aber großen Einfluss auf nicht näher genannte *„Gremien westlicher Länder“* nehme und Treiber des *„antideutschen Schuldkults“* sei, ist dabei als Beispiel für israelbezogenen und politischen Antisemitismus zu werten, da hier ein bestimmender Einfluss Israels insinuiert wird. Israel wird hier pauschal als völkerrechtswidrig agierendes Unrechtsregime dargestellt und somit dämonisiert, sodass hierin keine zulässige Israelkritik mehr gesehen werden

[1447] Keller, Falko: Facebook-Eintrag vom 12.05.2021, abgerufen am 30.07.2021.
[1448] Herrig, Thomas: Tweet vom 06.07.2023, abgerufen am 29.09.2023.
[1449] Herrig, Thomas: Tweet vom 06.07.2023, abgerufen am 29.09.2023.

kann.[1450] Zudem beinhaltet die Äußerung Elemente des sekundären Antisemitismus, indem unterstellt wird, Israel forciere bewusst eine von Herrig abgelehnte Form der Erinnerungskultur und profitiere damit letztlich hiervon.

Herrig schrieb am 21. August 2023 in einem Tweet außerdem:

> *„Türken haben Deutschland wieder aufgebaut, Afrikaner wiedervereinigt und eine andere Minderheit, die wir fast ausgerottet haben, regiert dieses Land.“*[1451]

Der Tweet nahm Bezug auf einen ZEIT-Artikel, in dem eine Familie mit afrikanischer Migrationsgeschichte ihre Wahrnehmung von Rassismus darstellt. Das Judentum wird darin nicht thematisiert.[1452] Der unvermittelte Verweis auf *eine „andere Minderheit, die wir fast ausgerottet haben“*, die Deutschland regiere, ist auch vor dem Hintergrund der oberen Tweets entsprechend so zu verstehen, dass Herrig hier ein verbreitetes Narrativ des politischen Antisemitismus verwendet. Durch die Bezeichnung als *„Minderheit, die wir fast ausgerottet haben“* wird das Judentum zudem unwürdig auf die ihm in der NS-Zeit zugeschriebene Bestimmung zur Vernichtung reduziert und damit gravierend diffamiert.

Im Übrigen finden sich bei der AfD vermehrt Aussagen, in denen Antisemitismus durch einen Vergleich der COVID-19-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung mit der Verfolgung von Minderheiten im Nationalsozialismus zum Vorschein kommt.

Florian Jäger, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der AfD und zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Fürstenfeldbruck (BY), veröffentlichte im Dezember 2021 Beiträge auf seinem Facebook-Profil, in denen er die Lage der Ungeimpften angesichts der pandemiebedingten Beschränkungsmaßnahmen mit der Situation der Juden im Nationalsozialismus verglich. So äußerte er in einem Video:

> *„Als im Herbst 1938 in der Reichspogromnacht jüdische Geschäfte geplündert, Synagogen in Brand gesteckt und Juden misshandelt und ermordet wurden, sprach die nationalsozialistische Propaganda davon, dass sich in dieser Nacht ja der Volkszorn, der berechtigte Volkszorn gegen die Juden, spontan entzündet hätte. Es war relativ klar, dass dieser so genannte Volkszorn weitaus weniger*

[1450] Vgl. zur Abgrenzung ausführlich: Beauftragter der Bundesrepublik für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus: „3D_Regel“, in: www.antisemitismusbeauftragter.de, abgerufen am 23.05.2024.
[1451] Herrig, Thomas: Tweet vom 21.08.2023, abgerufen am 29.09.2023.
[1452] ZEIT: „Die Kinder können sich schon wehren, Papa“ vom 17.01.2021, in: www.zeit.de, ohne Abrufdatum.

spontan war, als die nationalsozialistische Propaganda verkündet hat. Und es war sehr schnell in der Geschichte, dann vom organisierten Volkszorn die Rede. […] Wer sich ein wenig in der Geschichte auskennt, der er erinnert sich an Joseph Goebbels, der, der einst mitgeteilt hat: ‚Unsere Geduld mit den Juden geht zu Ende. Wir werden ihn bald das freche Lügenmaul stopfen.' Reden wir über Markus Söder- Markus Söder wird nicht müde, von einer Pandemie der Ungeimpften zu reden. […] Natürlich wissen wir, dass der Ungeimpfte an der Pandemie genauso wenig schuld war wie früher die Juden daran schuld waren, dass das Reich in einer wirtschaftlich desolaten Verfassung war. Aber die Politik ist damals wie heute am Ende. [...] Es gibt für diese Politiker kein Zurück mehr. Also muss ein Schuldiger gefunden werden. Und dieser Schuldige ist für Markus Söder natürlich nicht Markus Söder. Es muss der Ungeimpfte sein. Und das ist genau die Methode, mit der ein so genannter Volkszorn erzeugt wird. […] All diese Dinge, dann ist der Schritt von der klassischen Diskriminierung bis zu tatsächlich gewalttätigen Ausbrüchen nicht mehr groß."[1453]

In dem zum Videobeitrag gehörigen Facebook-Post schrieb Jäger:

> *„Im Herbst 1938 entlud sich in der Pogromnacht ein sogenannter Volkszorn gegen Juden im Deutschen Reich. Jüdische Geschäfte wurden geplündert, Synagogen in Brand gesteckt und unzählige Juden wurden misshandelt und ermordet. Jedoch war dieser ‚Volkszorn' nicht so spontan ausgebrochen, wie die nationalsozialistische Propagandamaschienerie behauptete. Aktuell wird nach bekanntem Muster ein Sündenbock für das katastrophale Politversagen der Regierenden gesucht und Söder hat ihn gefunden. Es ist der ‚Ungeimpfte'."*[1454]

Im Juli 2022 wurde Florian Jäger auf Grund der getätigten Aussagen wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt.[1455] Das Landgericht München bestätigte die Verurteilung im August 2023. Im Januar 2024 hob das Bayerische Oberste Landesgericht das Urteil auf und sprach Jäger frei, da das Berufungsgericht den Schutzbereich der Meinungsfreiheit rechtsfehlerhaft bestimmt habe. Die gegenständliche Aussage

---

[1453] Jäger, Florian: Videobeitrag, veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 06.12.2021, Kanal: „Florian Jäger", abgerufen am 14.01.2022.
[1454] Jäger, Florian: Facebook-Eintrag vom 06.12.2021, abgerufen am 14.01.2022.
[1455] Merkur: „Geldstrafe für Ex-AfD-Bundestagsabgeordneten Florian Jäger wegen ‚Volksverhetzung'" vom 11.07.2022, in: www.merkur.de, abgerufen vom 12.07.2022.

lasse vielmehr verschiedene Interpretationen zu und könne nicht zwingend dahingehend ausgelegt werden, „*dass der Umgang mit Ungeimpften vergleichbar sei mit den Maßnahmen, denen die jüdische Bevölkerung in Deutschland bereits bei den Novemberpogromen 1938 ausgesetzt gewesen sei*“.[1456]

Trotz der strafrechtlichen Bewertung des Bayerischen Obersten Landesgerichts kann die Aussage Jägers im Kontext der hiesigen Prüfung berücksichtigt werden, da die verfassungsschutzrechtliche Würdigung anderen Maßstäben folgt. Das Gericht hatte die Verurteilung nämlich vor dem Hintergrund aufgehoben, dass die Aussage so interpretiert werden könne, dass von der Politik immer einfache und populistische Lösungen und „Sündenböcke“ gesucht würden, und dass das 1938 die Juden und heute die Ungeimpften seien. Dies genügt nach Ansicht des Gerichts nicht den Anforderungen an eine Verurteilung wegen § 130 StGB, der aufgrund des ultima-ratio-Charakters des Strafrechts recht hohe tatbestandliche Voraussetzungen aufstellt. Auch wenn Jäger damit nicht die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung unmittelbar mit dem den Juden im Nationalsozialismus widerfahrenen Unrecht vergleicht, trägt er mit der Wahl gerade eben dieses Beispiels dennoch zur Verharmlosung der NS-Gräueltaten an den Juden bei.[1457] Damit ist die Äußerung ungeachtet ihrer strafrechtlichen Beurteilung gleichwohl als – wenn auch schwacher – Anhaltspunkt für antisemitische Bestrebungen bei der AfD zu bewerten. Florian Jäger trat im Juli 2024 aus der AfD aus.

Auch der baden-württembergische AfD-Kreisrat Günter Geng veröffentlichte im Mai 2021 auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag, in dem er die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zum Anlass nahm, den Umgang mit nicht geimpften oder auf das Virus getesteten Personen mit der Ausgrenzung und Diskriminierung von Juden im Nationalsozialismus zu vergleichen:

> „*Gerade war ich auf der Gaß, wollte was essen. Es war so, wie mir meine Großeltern erzählten, wie es damals vor über 80 Jahren war. Man wollte eine Art ‚Ariernachweis‘ von mir sehen - es klang auch wie, man ‚verkaufe nichts an Juden‘. Auf NEUDEUTSCH meint das natürlich den Impfausweis, den Corona-Test oder die Genesenen- Bescheinigung. Ohne sowas gibt es keinen Sitzplatz - keine Speisen oder Getränke. Ich sehe da kaum einen Unterschied mehr, zwischen der*

[1456] Bayerisches Oberstes Landesgericht: „Pressemitteilung 1 vom 17.01.2024“, in: www.justiz.bayern.de, abgerufen am 18.03.2024.

[1457] Lichtenthäler, Keine Strafbarkeit wegen Volksverhetzung bei Äußerungen, FD-StrafR 2024, 803553 zitiert nach Beck-Online, abgerufen am 23.05.2024.

‚Merkulatur' und dem Dritten Reich. Was kommt als Nächstes? Wenn doppelt Geimpfte erneut an Corona erkranken, Geimpfte an den Folgen versterben - was ist denn das für eine RNA-Vakzin-Plörre? Oder ist es gar eine Art ‚Euthanasie-Programm'?"[1458]

Die Losung „Kauft nicht bei Juden" wurde während des im April 1933 vom NS-Staat ausgerufenen Boykotts jüdischer Geschäfte und Unternehmen sowie weiterer Berufs- und Dienstleistungszweige verwendet. Der Boykott gilt als eine Wegmarke in der Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Geng setzt mit seinen Ausführungen die Pandemiepolitik eines demokratisch legitimierten Staates mit der durch das NS-Regime vorgenommenen systematischen Diskriminierung jüdischer Bürger gleich. Damit verharmlost er den Antisemitismus und die Judenverfolgung im Nationalsozialismus. Dies gilt umso stärker für die provokative Suggestivfrage, ob die staatliche Impfpolitik ein „*Euthanasie-Programm*" darstelle.

Auch der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) veröffentlichte am 4. Mai 2021 einen Facebook-Beitrag, in dem er sich gegen eine mögliche Impfpflicht positionierte. Diesen Beitrag kommentierte ein Nutzer mit dem Bild eines sogenannten Judensterns mit der Aufschrift „*Nicht geimpft*". Dies stellt eine antisemitische Verharmlosung der historisch einzigartigen Verbrechen der Nationalsozialisten dar, indem die fiktive Impfpflicht mit der systematischen Verfolgung und Tötung der Juden zur Zeit des Nationalsozialismus gleichgesetzt wird.[1459]

Helferich widersprach diesem Kommentar auf seiner Facebook-Seite nicht und löschte ihn auch acht Wochen nach Veröffentlichung nicht von seiner Seite.[1460]

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka (BY) schrieb in Bezug auf die COVID-19-Maßnahmen am 13. August 2021 auf Twitter:

„Ich bin Jetzt ein Mensch zweiter Klasse, ich bin #Ungeimpf. Muss ich jetzt irgend eine Armbinde tragen?"[1461]

[1458] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 24.05.2021, abgerufen am 25.05.2021.
[1459] Literatur und Rechtsprechung zur strafrechtlichen Einordung des „Ungeimpft-Sterns" sind uneinheitlich. Die Bewertung im Hinblick auf die Verfassungsschutzrelevanz bleibt hiervon jedoch unberührt, zumal sogar bzgl. des § 130 Abs. 3 StGB bestätigende Gerichtsurteile vorliegen. Vgl. hierzu Stegbauer, NStZ 2023, 400, 402 m. w. N., zitiert nach Beck-Online, abgerufen am 23.05.2024.
[1460] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 04.05.2021, abgerufen am 29.06.2021.
[1461] Protschka, Stephan: Tweet vom 13.08.2021, abgerufen am 18.08.2021.

Die damalige Bundestagsabgeordnete Barbara Lenk (mittlerweile: Barbara Benkstein; SN) würdigte durch einen Vergleich zur Situation von Ungeimpften in einer Facebook-Story Opfer des Nationalsozialismus herab. Sie teilte ein Meme des Films „Inglourious Basterds", welcher u. a. die Geschichte der nationalsozialistischen Besatzung von Frankreich (fiktiv) darstellt.[1462] Die Figur Hans Landa (SS-Oberst), dargestellt von Christoph Waltz (zu sehen in dem Beitrag), ist im Film für das Auffinden von versteckten Juden bekannt. In dieser im Meme dargestellten Szene des Films versteckt sich eine jüdische Familie unter dem Fußboden und wird von einer bewaffneten Einheit mehrheitlich ermordet. Durch den Satz *„Sie verstecken Ungeimpfte unter ihrem Fußboden, nicht wahr?!"* setzt Lenk bewusst das im Film dargestellte Leid der Juden in Europa mit der Situation von Ungeimpften in Deutschland heute gleich und relativiert damit NS-Verbrechen.

ff. Keine Relativierung durch Solidaritätsbekundungen mit Israel nach dem 7. Oktober 2023

Fraglich ist, ob die Positionierungen der AfD und ihrer Vertreterinnen und Vertreter zu den terroristischen Anschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 auf eine Relativierung der festgestellten Anhaltspunkte für antisemitische Bestrebungen hinweisen. So äußerten sowohl der Bundesverband wie auch Teile der Gesamtpartei in Reaktion auf den Terrorakt Solidaritätsbekundungen.

Der AfD-Bundesverband veröffentlichte am 7. Oktober 2023 folgende Aussage auf Facebook:

> *„AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Lage in Israel: Mit Erschütterung hat die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf die Angriffe der Hamas auf Israel reagiert und fordert das sofortige Ende der Gewalt. […] Die Hamas ist eine Terrororganisation. Es wird nun endlich Zeit, die offenen und versteckten Finanzierungen dieser Organisation, auch aus Richtung der UN, der EU und von deutscher Seite, zu beenden. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Familien."*[1463]

Die Bundesvorsitzende Alice Weidel (MdB, BW) schrieb in einem Beitrag auf Facebook am 12. Oktober 2023:

[1462] Lenk, Barbara: Facebook-Story vom 15.11.2021, abgerufen am 16.11.2021.
[1463] AfD: Facebook-Eintrag vom 07.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.

„Der terroristische Angriff auf Israel hat uns alle tief geschockt. Die entschlossene Reaktion auf die Gräueltaten war notwendig und berechtigt. Deutschlands Beitrag muss sein, radikalislamistische Netzwerke zu zerschlagen und nicht weiter zu fördern."[1464]

Der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla äußerte am 11. Oktober 2023:

„Der Angriff der #Hamas auf #Israel ist zu verurteilen. Ich trauere um alle Kriegstote. Jetzt müssen die Staaten der Region auf Deeskalation setzen, um einen Flächenbrand abzuwenden. Diplomatie ist das Gebot der Stunde. Eine tragfähige Lösung für alle Seiten muss das Ziel sein!"[1465]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter (BB) reagierte darauf in einem Kommentar:

„#Hamas ist eine Terrororganisation. Als du in die #AfD eingetreten bist, war diese noch gegen islamistischen Terror. Den unterbindet und vernichtet man. Das Existenzrecht und die Sicherheit #Israels sind unverhandelbar. Auch deshalb sind wir Teil des #Westens."[1466]

Die auf eine solche Verurteilung der Taten gestützte Solidarisierung mit dem Staat Israel stellt jedoch keine Auseinandersetzung oder Distanzierung von den belegten antisemitischen Äußerungen und Positionen dar, da Antisemitismus nicht erst dort beginnt, wo Anschläge auf das Leben von Jüdinnen und Juden gutgeheißen werden. Es ist möglich, die Tötung und Verschleppung von Menschen aus einem souveränen Land zu verurteilen und gleichzeitig antisemitische Narrative zu verbreiten. Dass ein terroristischer Anschlag verurteilt wird, hat keinen Einfluss auf die Feststellung der dargelegten vielfältigen Formen von Antisemitismus. Dies gilt umso eher vor dem Hintergrund, dass die AfD den Angriff stets auch zu dem Zweck der Propagierung der eigenen migranten- und muslimfeindlichen Positionen instrumentalisiert hat.

So schrieb der der AfD-Bundesverband auf Facebook am 13. Oktober 2024 weiter:

„Nahost-Konflikt auf unseren Straßen: Hamas-Kriminelle abschieben!"[1467]

[1464] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 12.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1465] Chrupalla, Tino: Tweet vom 11.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1466] Kleinwächter, Norbert: Antwort auf einen Tweet vom 11.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1467] AfD: Facebook-Eintrag vom 13.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.

Daniel Haseloff, Landesvorstandsmitglied der AfD Thüringen und ab 2024 auch Landtagsabgeordneter, schrieb in einem Beitrag auf X (ehemals Twitter) am 23. Oktober 2023:

> *„Herr im eigenen Haus! Seit der Eskalation zwischen #Israel und den #Gaza-Palästinensern spielen viele Akteure im patriotischen Lager Weltpolitik. Je nach Neigung will man mal Teheran bombardieren, mal die Zweistaatenlösung stärken, mal Friedenstruppen senden. Ich denke: Wir müssen als Opposition das stark machen, was unseren Wählern und uns selbst zuallererst am Herzen liegen sollte – Herr im eigenen Haus sein. Wir müssen dafür nicht Weltpolitik spielen. Reicht es nicht, wenn wir das Nahe, das Konkrete thematisieren? Drei Beispiele: 1. Wir haben uns immer für #Remigration eingesetzt. Das bleibt aktueller denn je: Denn mit der realexistierenden #Massenmigration importieren wir Konflikte, die nicht die unsrigen sind. 2. Wir sehen einer unfähigen Ampel-Koalition beim erneuten Scheitern zu: Die Evakuierung deutscher Staatsbürger funktioniert nur mit fremder Hilfe. Versagen der Staatsorgane heißt Kritik an den Verantwortlichen! 3. Wir beobachten eine neue Form der moralpolitischen Selbsterhöhung: Die #Ukraine-Fahne wird schnell ausgetauscht durch die nächste Nationalfahne. Hier heißt es also, das Establishment und seine willfährigen Helfershelfer zu kritisieren: Wann kümmert ihr euch um unsere Anliegen mit derselben Leidenschaft? Kurz gesagt: Herr im eigenen Haus sein. Das wäre schon was. Das heißt aber auch, Prioritäten zu klären. Für Weltpolitik sind derzeit andere zuständig.“*[1468]

Die angeführten Aussagen in Bezug auf die Ermordung und Verschleppung von Menschen durch die Hamas in Israel lassen daher die Feststellung von Anhaltspunkten für Antisemitismus in der AfD nicht entfallen.

gg.Zwischenfazit

Die angeführten antisemitischen Äußerungen von AfD-Repräsentantinnen und -repräsentanten der Bundesebene bis zur Kommunalebene sind sowohl in ihrer Stärke, Codierung und thematischen Schwerpunkte unterschiedlich ausgeprägt. Bei den meisten Belegen handelt es sich um originäre Äußerungen der entsprechenden Personen, und

[1468] Haseloff, Daniel: Tweet vom 11.10.2023, abgerufen am 12.10.2023.

nicht um Zustimmungen zu bzw. ein Zueigenmachen von Äußerungen Dritter, beispielsweise durch Weiterleiten oder Teilen fremder Social-Media-Postings.

Direkt geäußerter und unverstellt zum Hass gegen Jüdinnen und Juden aufstachelnder Antisemitismus ist dabei nicht festzustellen. Belegt werden kann hingegen die Verwendung klassischer antisemitischer Narrative, Motive und einzelner judenfeindlicher Ressentiments, die fast durchgängig durch Andeutungen, Codes und Chiffren ausgedrückt werden. Der politische Antisemitismus – der Juden als Strippenzieher des Weltgeschehens und verschwörerisch imaginiert und dies teils auf einzelne Personen wie etwa George Soros projiziert – ist die am häufigsten festzustellende Ausprägung, gefolgt vom sozialen Antisemitismus, der Juden zumeist eine besondere Beziehung zu Geld und damit auch eine besondere Machtstellung gegenüber Nicht-Juden attestiert. Nur in einem Fall wurde hingegen israelbezogener Antisemitismus festgestellt, die in der Gegenwart im Allgemeinen häufigste Form des Antisemitismus.

Die überwiegende Zahl der angeführten Belege nutzt die Chiffre „George Soros" und vergleichbare andere Codierungen wie „Globalisten". In einigen Fällen werden mehrdeutige Begriffe kombiniert, die nur in Bezug aufeinander und/oder im konkreten Äußerungskontext als eindeutig antisemitisch erkennbar sind, während sie isoliert mehrere Lesarten zulassen. Damit eröffnet sich für die jeweiligen Rednerinnen/Schreiberinnen bzw. Redner/Schreiber die Möglichkeit, das Argument einer angeblich stets unverfänglichen Lesart der betreffenden Aussage als Schutzbehauptung in Stellung zu bringen, zugleich aber dennoch zielgerichtet Äußerungen zu tätigen, die als antisemitisch codiert und von der Zuhörer- bzw. Anhängerschaft decodiert werden können.

Zielobjekt dieser Äußerungen sind zum einen Juden, zum anderen Personen, die – wie Klaus Schwab – nicht jüdisch sind, die jedoch mit antisemitischen Negativattributen belegt und beschrieben werden, wie sie typischer- und traditionellerweise auf Jüdinnen und Juden angewendet werden. Damit wird nicht nur die Menschenwürde von Jüdinnen und Juden angetastet, sondern auch diejenige von Nicht-Juden, indem sie unter antisemitischem Vorzeichen de facto zu Juden erklärt werden. Antisemitische Stereotype und Ressentiments werden auf diese Weise zielgerichtet zur Diffamierung und Herabwürdigung eingesetzt.

Die festgestellten Äußerungen weisen in der Gesamtschau allerdings weder in der Anzahl noch in der Qualität der Belege eine solche Intensität auf, dass für die Gesamtpartei AfD von einer vorherrschenden antisemitischen Prägung gesprochen werden

kann. Ungeachtet dessen, dass die Reaktionen auf die Terroranschläge auf Israel nicht als entlastendes Moment zu bewerten sind, ist festzustellen, dass die meisten hier angeführten Belege zuvor entstanden sind. Dass insoweit zuletzt eher weniger Anhaltspunkte für Antisemitismus bei der AfD festzustellen waren, spricht gegen ein in der Gesamtpartei vorherrschendes antisemitisches Weltbild. Entsprechend kann in dieser Hinsicht keine Verdichtung der Anhaltspunkte hin zu einer Gewissheit festgestellt werden.

2. Demokratieprinzip

Im Folgegutachten AfD 2021 wurde bereits festgestellt, dass tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die AfD eine gegen das Demokratieprinzip gerichtete und damit gegen Art. 20 GG verstoßende Agitation betreibt. Diese Anhaltspunkte ergeben sich sowohl unmittelbar aus entsprechenden Aussagen führender Funktionärinnen und Funktionäre der AfD, wie auch aus Äußerungen der Akteurinnen und Akteure der JA und des aufgelösten Flügels. Diese Anhaltspunkte sind mit Blick auf die Gesamtpartei in dem sie betreffenden Folgegutachten AfD aus 2021 auf den Seiten 575-693, 701-762, 944-953 und 954-956 und für die JA im Gutachten zur AfD und ihren Teilorganisationen aus 2019 auf den Seiten 284-290, 294-300 sowie im Folgegutachten zur Jungen Alternative 2023 auf den Seiten 127-137 aufgeführt; auf diese wird hier Bezug genommen. Zudem wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 338 ff., Bezug genommen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass die JA gegen das Demokratieprinzip gerichtete Bestrebungen verfolgt. Auch das OVG NRW bestätigte in seiner Entscheidung vom 13. Mai 2024 – 5 A 1218/22 –, juris, Rn. 247 ff., das Vorliegen von tatsächlichen Anhaltspunkten für gegen das Demokratieprinzip gerichtete Bestrebungen innerhalb der Gesamtpartei AfD.[1469]

Hier soll nun untersucht werden, wie Äußerungen in der AfD sich mit Blick auf diese Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip weiterentwickelt haben.

Demokratie ist die Herrschaftsform der Freien und Gleichen. Sie beruht auf der freien Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.[1470] In einer Demokratie muss die Willensbildung sich stets vom Volk zu den Staatsorganen und nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk vollziehen (Prinzip der Volkssouveränität).[1471] Dieser Prozess der politischen Meinungsbildung muss zudem offen gestaltet und für alle wahlmündigen Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein. Er setzt somit die gleichberechtigte Teilhabe aller voraus.

Den Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlässt, wer den Parlamentarismus verächtlich macht, ohne aufzuzeigen, auf welchem anderen Weg dem

---

[1469] Vgl. hierzu bereits im Kapitel A. Einführung, S. 21 f und C. Rechtliche Vorgaben, S. 38 ff.
[1470] BVerfG, Urt. v. 23.01.2024, 2 BvB 1/19, juris, Rn. 211 m. w. N.
[1471] Vgl. BVerwG, Urt. v. 28.11.1980, 2C 27.27, juris, Rn. 543.

Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung getragen und die Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses gewährleistet werden kann.[1472]

Auch wenn es einer politischen Partei nicht darauf ankommt, die parlamentarische Demokratie abzuschaffen und durch ein anderes System zu ersetzen, kann angenommen werden, dass eine auf das Außer-Geltung-Setzen des Demokratieprinzips gerichtete Verhaltensweise vorliegt, wenn es einer Partei darum geht, das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie zu erschüttern, um sich die Gunst der Wählerinnen und Wähler zu sichern.[1473] Vor diesem Hintergrund kann bei Äußerungen, die darauf abzielen, das Vertrauen der Bevölkerung in die parlamentarische Staatsverfassung als Ganzes in Frage zu stellen, durchaus angenommen werden, dass diese über eine zulässige Machtkritik hinausgehen und auf ein Außer-Geltung-Setzen des Demokratieprinzips gerichtet sind.[1474]

Dabei reicht vor dem Hintergrund der Meinungsäußerungsfreiheit die bloße Kritik an etwaigen bestehenden Missständen des parlamentarischen Systems für die Annahme einer verfassungsfeindlichen Bestrebung nicht aus, gerade auch weil das Recht auf Ausübung einer parlamentarischen Opposition selbst zu den zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu zählenden Verfassungsgrundsätzen gehört.[1475]

Über solche Kritik hinausgehende gehäufte pauschale Beschimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen gegenüber anderen demokratischen Parteien und deren Politikerinnen und Politikern können aber unter gewissen Voraussetzungen[1476] tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen darstellen.[1477] Solche Äußerungen offenbaren die Tendenz oder gar Intention, das Vertrauen zu den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bundesrepublik in der Bevölkerung von Grund auf zu erschüttern, damit ihr zugleich die freiheitliche demokratische Grundordnung als Ganzes fragwürdig erscheine.[1478]

[1472] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 546.
[1473] VG München, Beschl. v. 17.04.2023, M 30 E 22.4913, juris, Rn. 110 und VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 359.
[1474] VG Magdeburg, Beschl. v. 07.03.2022, 9 B 273/21 MD, juris, Rn. 58 und VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 361.
[1475] Vgl. VG München, Beschl. v. 17.04.2023, M 30 E 22.4913, juris, Rn. 108 m. w. N.
[1476] Vgl. hierfür bereits die Ausführungen im Kapitel C. Rechtliche Vorgaben auf S. 39.
[1477] Vgl. BVerfG, Urt. v. 23.10.1952, 1 BvB 1/51, juris, Rn. 227 und VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 353 ff.
[1478] Vgl. VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 355 f.

Dies ist insbesondere der Fall, wenn bei der Beschreibung der Verfassungswirklichkeit sowie der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland unter Außerachtlassung jeder Bemühungen um Augenmaß an die Stelle des kritischen Urteils eine Darstellung tritt, die im Einzelnen kritikwürdige Zustände bewusst entstellt und überspitzt verallgemeinert, begleitet von einer Diffamierung der Einrichtungen des Staates und der etablierten politischen Parteien, sodass der Eindruck entstehen muss, diese allenthalben bestehenden Missstände hätten letztlich ihre Ursache in der Grundordnung selbst, am Maßstab praktischer Bewährung gemessen sei sie also untauglich. Dadurch wird ein Klima geschaffen, in dem – letztlich womöglich sogar auf Gewaltanwendung zielende – Neigungen gedeihen, diese Grundordnung als in ihren Auswirkungen „unerträglich" zu beseitigen.[1479]

Das vom Demokratieprinzip miterfasste Mehrparteiensystem verbietet es einer Partei auch, nach der Alleinherrschaft zu streben oder anderen Parteien die Daseinsberechtigung abzusprechen, und verpflichtet sie, wenigstens die Möglichkeit anzuerkennen, dass auch Ziele und Verhalten anderer Parteien gleichwertig und richtig sein können.[1480] Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip in Form des Mehrparteiensystems liegen daher vor bei Angriffen auf die Existenzberechtigung der übrigen Parteien, wenn diese in ihrer Gesamtheit als politische Dilettanten und Verräter beschimpft und verächtlich gemacht werden, und sind daher nicht erst dann anzunehmen, wenn das Parlament mit dem Ziel, ein Einparteiensystem zu etablieren, verächtlich gemacht wird.[1481] Eine auf die Außer-Geltung-Setzung gerichtete Verhaltensweise kann sich folglich aus gehäuften Beschimpfungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen des Staates und seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten ergeben, bei denen es nicht mehr um Kritik und Auseinandersetzung geht, sondern darum, das Vertrauen der Bevölkerung in die verfassungsmäßige Ordnung von Grund auf zu erschüttern.

Für die Annahme einer mit dem Demokratieprinzip nicht im Einklang stehenden Verächtlichmachung spricht auch, wenn behauptet wird, die Nachkriegsentwicklung sei nicht frei und demokratisch erfolgt, sondern es handele sich dabei um die Folge einer „systematischen Umerziehung". Damit wird ein rechtsextremistisches Motiv bedient,

---

[1479] BVerwG, Urt. v. 12.03.1986, 1D 103.84, juris, Rn. 77, und Urt. v. 27.11.1980, 2 C 38.79, juris, Rn. 27 und VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 357 f.
[1480] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 363 f.
[1481] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn.365 f.

wonach dem deutschen Volk nach 1945 unter einer oktroyierten Einhegung des eigenen Selbstbewusstseins ein Schuldkomplex eingeimpft worden sei.[1482]

Hierbei wird anknüpfend an die Negierung der deutschen Souveränität die Medien-, Bildungs- und Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 als von außen aufgezwungen dargestellt und somit delegitimiert.[1483]

In der AfD wird immer wieder eine von außen oktroyierte Bekämpfung und Zerstörung der deutschen Kultur und Identität im Sinne eines fortgesetzten Kampfs gegen das deutsche Volk behauptet. Nach diesem Narrativ wird die deutsche Bevölkerung unter Mitwirkung der Bundesregierung und der etablierten Parteien von ausländischen Mächten wie den USA oder „globalen Eliten" durch die Ausnutzung eines auferlegten Schuldbewusstseins und das Schüren von Ängsten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterdrückt, um die Etablierung eines starken, eigenständigen deutschen Staates zu verhindern.

a. Inabredestellen der Volkssouveränität der Bundesrepublik Deutschland – angebliche Steuerung durch die USA

Entsprechende Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip können sich aus Verhaltensweisen ergeben, durch die die Volkssouveränität der Bundesrepublik als solche bereits pauschal in Abrede gestellt wird und so das Vertrauen in die parlamentarische Staatsgewalt als Teil der verfassungsmäßigen Ordnung erschüttert wird.

So spricht etwa der pauschale Vorwurf, die Bundesrepublik sei nie ein souveräner Staat gewesen und sei es auch weiterhin nicht, der Bundesrepublik Deutschland in diffamierender Weise die Volkssouveränität und damit ihren demokratischen Charakter ab. Parlamentarische Entscheidungen werden letztlich als undemokratisch und illegitim verunglimpft. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn in einer Aussage nicht nur in überspitzter Weise auf ein „Zuviel" an Souveränitätsabgabe an suprastaatliche Organisationen verwiesen wird, sondern generell und pauschalierend die Souveränität Deutschlands infrage gestellt und so die Legitimation des demokratischen Systems in Abrede gestellt wird.

1482 BVerwG, Beschl. v. 11.08.2009, 6 VR 2.09, juris, Rn. 16; BVerwG, Urt. v. 05.08.2009, 6 A 3.08, juris, Rn. 60.

1483 BVerwG, Urt. v. 05.08.2009, 6 A 3.08, juris, Rn. 60.

Innerhalb der AfD ist insbesondere die vermeintliche Abhängigkeit Deutschlands von den sowie die angebliche Steuerung deutscher Regierungsvertreterinnen und -vertreter durch die USA oder „globale Eliten" ein wiederkehrendes Narrativ. Insbesondere der Krieg in der Ukraine wird regelmäßig herangezogen, um eine vermeintliche Fremdsteuerung Deutschlands durch die USA zu behaupten.

In einer Rede auf dem Wahlkampfauftakt der AfD Niedersachsen am 28. August 2022 in Uelzen (NI) behauptete der amtierende AfD-Bundessprecher und Bundestagsabgeordnete Tino Chrupalla (SN) etwa, Deutschland sei „*in vielen Bereichen*" nicht souverän, und warnte vor einer vermeintlich geplanten „*Transformation*" Deutschlands zum Nachteil des deutschen Volkes. Zudem bezeichnete er den amtierenden stellvertretenden Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und die amtierende Bundesaußenministerin Annalena Baerbock als „*Kriegstreiber*" und warf ihnen vor, im Auftrag der USA einen „*Wirtschaftskrieg*" gegen die eigene Bevölkerung zu führen:

> *„Habeck und Baerbock führen für die USA einen Wirtschaftskrieg gegen die eigene Bevölkerung, gegen unser Land und das ist die Wahrheit. Das sind die wahren Kriegstreiber, liebe Freunde. […] Robert Habeck vertritt eine Agenda, die durch und durch radikal ist. […] Perspektivisch muss aber Europa seine Verteidigung wieder in die eigenen Hände nehmen. Das muss es sein. Es muss souverän sein und auch Deutschland muss an seiner Souveränität arbeiten. Das sehen wir doch aktuell, dass wir das in vielen Bereichen eben nicht sind. Dass wir von außen manipuliert werden. Dass wir von außen gesagt bekommen, was wir sagen und wir nicht machen dürfen. Und das muss aufhören, liebe Freunde. Wir brauchen unsere Interessen und ein souveränes Deutschland. […]*
> *Die Grünen nutzen diesen Wirtschaftskrieg für eine Transformation unseres Landes und genau das ist die Absicht, was dahintersteht. Wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch. Leidtragende sind die Bürger, die Mittelständler, die Handwerker und alle, die Interessen über Ideologie stellen."*[1484]

Mit dem Verweis auf die fehlende Souveränität der Bundesrepublik „*in vielen Bereichen*" kritisiert Chrupalla nicht etwa die Abgabe von Entscheidungskompetenzen an

[1484] AfD Niedersachsen: Facebook-Video-Livestream vom 28.08.2022, abgerufen am 29.08.2022.

supranationale Organisationen – dies wäre für sich genommen nicht verfassungsschutzrelevant – sondern impliziert, Deutschland sei schon nicht (mehr) souverän. Die *„Manipulation"* Deutschlands von außen werde von aktuell Regierenden aus ideologischen Gründen willentlich befördert, ihre Politik ziele auf eine vorsätzliche *„Transformation"* Deutschlands zum Nachteil der eigenen Bevölkerung ab. Chrupalla suggeriert also, die amtierende Regierung verfolge intentional einen Kurs gegen deutsche Interessen und fördere damit absichtlich eine Schlechterstellung Deutschlands aus ideologischen Motiven. Gerade im Kontext der Gesamtaussage ist die Behauptung, Deutschland werde von außen manipuliert und führende Regierende verträten eine radikale und im Kern deutschfeindliche Agenda, geeignet, das Vertrauen in die Wirksamkeit demokratischer Prozesse zu erschüttern.

In einer Rede zum Wahlkampffinale der AfD Sachsen im Rahmen des Landtagswahlkampfs am 29. August 2024 in Dresden (SN) behauptete Chrupalla erneut, dass *„dieses Land [Anm.: Deutschland] nicht souverän sein kann"*:

> *„Was haben wir alles erlebt nach dem Anschlag auf Nord Stream? Da hieß es, der Russe war's, weil er uns Böses will. Jetzt heißt es, die Ukraine soll es gewesen sein und sie habe jedes Recht dazu. Tschechiens Präsident und Polens Ministerpräsidenten stimmen zu. Das sind also unsere Freunde. Und was macht die Bundesregierung? Sie reagiert darauf überhaupt nicht. Unsere Infrastruktur wird von sogenannten Freunden zerstört und wir, unsere Bundesregierung, steht da und zuckt mit den Achseln. Daran sieht man, dass dieses Land nicht souverän sein kann. Denn so reagiert man nicht, wenn man angegriffen wird, wenn unsere Infrastruktur zerstört wird. Und wir fordern die Aufklärung und wollen diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die dafür verantwortlich sind, liebe Freunde."*[1485]

In einem Facebook-Beitrag vom 26. November 2023 warnte Nicole Höchst (MdB, RP):

> *„Hat Ihre Gemeinde auch z. B. einen hochdotierten Klimamanager? Fragen Sie doch mal nach, was dieser Posten an Besoldung wert ist. Mit ‚prima Klima' kann weltweit viel Geld verdient und eine Weltregierung installiert werden, die den Menschen, Demokratie und Freiheit dem Klima unterordnet."*[1486]

[1485] Chrupalla, Tino: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Dresden am 29.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.08.2024, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 11.09.2024.
[1486] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 26.11.2023, abgerufen am 05.12.2023.

Der Begriff „*Weltregierung*" beinhaltet ebenfalls die Behauptung einer mangelnden Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, da er eine Steuerung der Regierenden durch äußere Kräfte unterstellt, die in letzter Konsequenz bereitwillig die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger allem anderen unterordnen würden.

In einem weiteren Facebook-Beitrag vom 6. Dezember 2023 schrieb Höchst:

> *„Wenn die Gesellschaft erst verstanden hat, dass die derzeitigen Nöte und Probleme geschaffen wurden, damit die von langer Hand erdachten ‚Lösungen' eingesetzt werden können, dann wird sie anfangen, die abgrundtiefe Bösartigkeit derer zu begreifen, die das Ganze orchestrieren und davon profitieren."*[1487]

Dazu verwendete Höchst die Hashtags *„#großeTransformation #globalismus #klimaherrschaft"*.[1488] Höchst behauptet hier, eine globale Allianz verfolge einen perfiden Plan, indem zunächst Probleme – hier gemeint ist wohl der Klimawandel – konstruiert würden, damit sie selbst dann die vermeintlichen Lösungen anbieten und sich dadurch bereichern könne. Die Behauptung der Steuerung Deutschlands durch fremde Mächte zielt darauf ab, politische Entscheidungen als illegitim und undemokratisch erscheinen zu lassen.

Der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier stellte durch das Teilen eines Tweets am 3. August 2022 die nationale Souveränität Deutschlands ebenfalls in Frage:

> *„Ein über hundert Jahre alter Trick des angelsächsischen Imperialismus besteht darin, die Kooperation (um es höflich auszudrücken) kleiner Staaten mit ihm als nationale Souveränität und Selbstbestimmungsrecht zu verkaufen. Müssen wir im Jahr 2022 wirklich noch darauf reinfallen?"*[1489]

Frohnmaier behauptet hier durch seine rhetorische Frage implizit, *„angelsächsische[n]"* Kräfte bestimmten in Wirklichkeit die nationalen Entscheidungen Deutschlands und stellt deutsche Regierungsentscheidungen damit als fremdbestimmt und in logischer Konsequenz undemokratisch dar.

Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) trat am 16. April 2023 im Rahmen einer sogenannten Friedensdemonstration in Cottbus (BB) als Rednerin

[1487] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 06.12.2023, abgerufen am 06.12.2023.
[1488] Ebd.
[1489] Frohnmaier, Markus: Retweet eines Tweets vom 03.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.

auf. Dort stellte sie die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich in Abrede:

> *„Was wir auch klar formulieren nach fast 80 Jahren Ende des Zweiten Weltkrieges und über 30 Jahren nach der Wiedervereinigung Deutschlands: Wir verlangen die Neuverhandlung der Souveränität Deutschlands. Wir verlangen den Abzug aller alliierten Truppen aus Deutschland, inklusive aller ihrer Waffen und Atomwaffen. Damit Deutschland endlich wieder eigene Souveränität hat. Denn gerade durch die fehlende Souveränität Deutschlands werden doch die Grundlinien unserer Außen- und Sicherheitspolitik durch die EU und durch die NATO entschieden. Und sie dienen äußerst selten unseren eigenen Interessen. Deswegen, liebe Freunde, lasst mich enden mit der Forderung, dass Deutschland seinen Kurs der Unterwerfung unter die Interessen raumfremder Mächte beenden muss und sich seiner nationalen Identität wieder bewusst werden muss!“* [1490]

Am 1. März 2023 veröffentlichte Karsten Hilse (MdB, SN) einen Livestream auf seinem Facebook-Kanal, in welchem er zusammen mit dem Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) Fragen der Zuschauer beantwortete. Unter anderem äußerte Hilse dort:

> *„Ja, also, es gibt ja immer wieder Rechtsgutachten. Leute äußern sich, Völkerrechtler, wie auch immer, die sagen okay, wir sind ein besetztes Land. Wir sind theoretisch nicht, so wie du [Anm.: auf Reichardt bezogen] das gerade gesagt hast, wir sind souverän, zumindest laut Vertrag. Ich persönlich habe keine Nebenabsprachen, Nebengesetze, Nebenvereinbarungen, die sozusagen neben dem Zwei-plus-Vier-Vertrag geschlossen worden sein sollen, je gesehen. Diejenigen, die davon erzählen, behaupten das auch nur, legen das nicht vor, weil es natürlich auch geheime Absprachen sind und so weiter und so fort. Aber rein praktisch sind wir natürlich, sind natürlich die Amerikaner nicht abgezogen […], halten hier ihre Militärbasen, von denen sie auch noch es schlechterweise Krieg in Asien führen, also von Ramstein. Von Ramstein werden unter anderem die Drohnen gesteuert, mit denen in Pakistan oder überhaupt in Ostasien dort einfach nur völkerrechtswidrig und rechtswidrig Menschen einfach in einem anderen Land umbringen, mit welcher Begründung auch immer. Und dann kann man*

[1490] Bessin, Birgit: Redebeitrag am 16.04.2023 in Cottbus; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.04.2023, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 19.04.2023.

schon sagen – ja, natürlich – sind wir besetzt. Wir könnten souverän sein, wenn es eine souverän denkende und souverän handelnde Regierung gäbe. Aber wir haben eben keine souverän handelnde Regierung. Schwachsinn. Also ich werde immer wieder mal zum Beispiel nach dem Morgenthau-Plan gefragt, ob der immer noch sozusagen gilt, ob das jetzt durchgezogen wird. […] Und dann sag ich immer, diesen Morgenthau-Plan braucht es gar nicht bei dieser Regierung. Es braucht gar keinen Plan. Die sind einfach so, erstens verblödet, dumm und einen dummen Menschen kannst du natürlich viel, viel besser lenken. Und zweitens sind sie natürlich auch angetreten, um eben nicht deutsche Interessen, sondern amerikanische Interessen zu vertreten." [1491]

Hilses hier angeführte Argumentation verdeutlicht exemplarisch, wie er mit Unterstellungen, Verzerrungen, Falschbehauptungen und Verunglimpfungen darauf abzielt, das Vertrauen in demokratische Institutionen und deren Repräsentantinnen und Repräsentanten zu erschüttern. Bereits der Verweis, unter Völkerrechtlern werde Deutschland bisweilen weiterhin als besetztes Land angesehen, ohne dass ihm persönlich ein Beleg für eine formal fortdauernde Besatzung vorliege, impliziert, dass er einen solchen fortgeltenden Status zumindest für möglich, wenn nicht gar für wahrscheinlich hält. Auch der Rekurs auf den sogenannten Morgenthau-Plan, der gegenwärtig überhaupt nicht benötigt werde, um Deutschland amerikanischen Interessen zu unterwerfen, folgt einem ähnlichen Argumentationsmuster. Hilse distanziert sich eben nicht von dem rechtsextremistischen Verschwörungsnarrativ, wonach der auf den US-amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau zurückgehende Plan zur Demilitarisierung und Deindustrialisierung Deutschlands die amerikanische Politik gegenüber dem deutschen Staat bis heute bestimme. Er geht vielmehr explizit davon aus, dass dieser Plan – der zu keinem Zeitpunkt über ein Entwurfsstadium hinausgelangte, geschweige denn als realisierbares politisches Umsetzungsszenario herangezogen wurde – zumindest gegolten habe. Hilse lässt die Frage einer formalen Besatzung Deutschlands schließlich offen, um zumindest eine faktische Nicht-Souveränität zu behaupten und die gesamte Regierung als *„verblödet"* und deshalb leicht lenkbar im Sinne US-amerikanischer Interessen zu verunglimpfen. Die Spekulation über eine formal fehlende und die Behauptung einer faktisch jedenfalls zu negierenden Souveränität Deutschlands zeigen, dass Hilses Ausführungen keine – auch nur ansatzweise

[1491] Hilse, Karsten: Facebook-Video-Livestream vom 01.03.2023, abgerufen am 03.03.2023.

sachlich motivierte – Kritik am Regierungshandeln darstellen, sondern vielmehr darauf abzielen, politische Institutionen, deren Repräsentanten und demokratische Entscheidungsabläufe insgesamt zu delegitimieren.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) stellte die Bundesrepublik Deutschland in einem Tweet vom April 2024 als nicht souverän dar:

> *„Wenn wir wirklich souverän werden und uns also von den USA emanzipieren wollen, brauchen wir Partner. Alleine schaffen wir das nicht.“* [1492]

Der Bundestagsabgeordnete Fabian Jacobi (NW) bezeichnete die Bundesrepublik in einem Tweet vom 15. September 2022 als *„[a]utoritäre[n] Staat“* und *„[g]elenkte Demokratie“*.[1493]

Die WELT AM SONNTAG berichtete am 1. November 2024 darüber, dass Uwe Detert (Beisitzer im Landesvorstand NW) in den sozialen Netzwerken und via WhatsApp-Status in den Jahren 2023 und 2024 wiederholt antisemitische Verschwörungsmythen und geschichtsrevisionistische Thesen verbreitet habe. Unter anderem verbreitete er laut Medienbericht im Juli 2023 ein Video, in dem es heißt:

> *„Deutschland ist kein souveräner Staat. Ohne Souveränität, gibt es keine Beamten. Keine Bußgelder. Kein Arrest.“*[1494]

Drei Monate später veröffentlichte er ein weiteres Video, in dessen Beschreibung geschrieben steht:

> *„Durch 70 Jahre systematischer Gehirnwäsche glaubt heute die Masse, dass die BRD ein Staat ist.“*[1495]

In einem weiteren Videobeitrag aus November 2023 war folgender Text zu lesen:

> *„Das Deutsche Reich ist da – Es ist nie untergegangen – Es war in kein Kriegsgeschehen verwickelt – Es gehört uns.“*[1496]

Im Februar 2024 teilte er laut WELT AM SONNTAG eine Filmsequenz, in der behauptet wird, dass Deutschland eine GmbH sei.

[1492] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 10.04.2024, abgerufen am 11.04.2024.
[1493] Jacobi, Fabian: Tweet vom 15.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.
[1494] WELT AM SONNTAG: „„Das Deutsche Reich ist da, es gehört uns‘“ vom 01.11.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 01.11.2024.
[1495] Ebd.
[1496] Ebd.

Ein Sprecher des nordrheinwestfälischen Landesverbands verteidigte Detert auf eine Anfrage der WELT AM SONNTAG hin und betonte, die *„mutmaßlichen Äußerungen"* seien alle von der Meinungsfreiheit gedeckt und in keiner Weise strafrechtlich relevant. Detert hingegen sei ein *„geschätztes Mitglied der AfD"* und es bestehe *„kein Zweifel"* daran, dass dieser *„fest auf dem Boden des Grundgesetzes"* stehe.[1497]

Marvin Weber, Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW), verunglimpfte die Bundesrepublik in einem Facebook-Eintrag vom 21. August 2022 als *„gebrochenes Experiment der Siegermächte".*[1498]

Björn Höcke bezeichnete im April 2022 die Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien auf Facebook im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt als *„Statthalter des US-Establishments im Vasallenstaat BRD"* und behauptete zugleich, der Krieg sei von den USA auf Kosten Deutschlands zur Durchsetzung US-amerikanischer Interessen provoziert worden:

> *„Die Kriegsrhetorik auf allen regierungsnahen Medien ist unerträglich geworden. Der Krieg in der Ukraine ist schrecklich – aber es ist nicht unser Krieg! Und ich verwehre mich auch dagegen, daß er von den globalistischen Altparteienpolitikern vom Schlage eines Friedrich Merz oder einer Annalena Baerbock zu unserem gemacht wird. Sie tun das nur, weil sie die Statthalter des US-Establishments im Vasallenstaat BRD sind. Es besteht keine moralische Verpflichtung für den deutschen Steuerzahler, die Kosten für diesen aus amerikanischen Eigeninteressen provozierten Krieg zu übernehmen."*[1499]

Jörg Dornau (MdL SN) [1500], Norbert Mayer (MdL SN)[1501] und Edgar Naujok (MdB, SN)[1502] zeigten ihre Zustimmung durch Teilen des Beitrags.

Am 21. Mai 2022 sprach Höcke im Rahmen einer Wahlkampfkundgebung der AfD Sachsen in Grimma (SN). In diesem Rahmen negierte er die Souveränität Deutsch-

---

[1497] Ebd.
[1498] Weber, Marvin: Facebook-Eintrag vom 21.08.2022, abgerufen am 22.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[1499] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 27.04.2022, abgerufen am 29.04.2022.
[1500] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 28.04.2022, abgerufen am 29.04.2022.
[1501] Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 27.04.2022, abgerufen am 29.04.2022.
[1502] Naujok, Edgar: Facebook-Eintrag vom 28.04.2022, abgerufen am 29.04.2022.

lands und unterstellte der damaligen Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht, Befehle von Regierungsvertreterinnen und -vertretern der USA entgegenzunehmen:

> *„Und es war doch bezeichnend, wie unsere Verteidigungsministerin, die Frau Lambrecht […], wie die den Befehl bekommen hat, Waffen zu liefern und ukrainische Soldaten an diesen Waffen auszubilden. Wisst ihr, wo das passiert ist? Wisst ihr, wo die Befehlsübergabe vonstattengegangen ist? Die deutsche Verteidigungsministerin, die wurde aus Berlin nach Ramstein befohlen. Nach Ramstein, auf die größte US-amerikanische Militärbasis außerhalb der USA. Und da haben hochrangige Regierungsvertreter der USA der Frau Lambrecht den Marsch geblasen. Was ist das denn für ein Bild, dass die Ministerin eines Landes im eigenen Land von einer fremden Macht die Order bekommt, wie sie sich außenpolitisch, wie sie sich wehrpolitisch zu verhalten hat. Liebe Freunde, dieses Land ist immer noch nicht vollständig souverän. Dieses Land ist nach wie vor fremdbestimmt.“*[1503]

Im Mai 2022 erschien im rechtsextremistischen Magazin ZUERST! ein Interview mit Björn Höcke (MdL TH). In diesem leugnete er die Existenz eines fairen Parteienwettbewerbs ebenso wie die richterliche Unabhängigkeit in Deutschland:

> *„Die Gerichte in unserem Land, zumal die entscheidenden, sind fest in der Hand der machthabenden Kartellparteien. [...] Dabei zählt anscheinend die korrekte Gesinnung mehr als die fachliche Qualifikation. […] Die bittere Wahrheit ist: Es gab nie einen fairen Parteienwettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland. Der erlaubte Rahmen dafür war von Anfang an von den Siegern sehr eng gezogen worden, die alliierten Lizenzparteien brauchten wirkliche Konkurrenz nie zu fürchten. […] Und dabei ging es nicht nur um die Abwehr der Gefahr einer kommunistischen Unterwanderung zu Zeiten des Kalten Krieges. Eine steuerbare Linke war vielmehr willkommen, denn diese war nach ihrer richtigen Einschätzung wenig*

[1503] Höcke, Björn: Redebeitrag in Grimma (SN) am 21.05.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.05.2022, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 23.05.2022.

> *‚patriotismusanfällig'. […] [E]ine antideutsche Kraft [Anm.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] wurde damit strategisch im Parteiensystem der Republik plaziert."*[1504]

Höcke diffamiert die anderen Parteien hier nicht nur als *„Kartell- und Lizenzparteien"* und spricht ihnen ihre Existenzberechtigung damit ab (siehe dazu im Weiteren auch in Unterkapitel 2. c.), sondern behauptet explizit, die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs hätten die Kontrolle über die Judikative ebenso wie über die existierende Parteienlandschaft. Diese werde von den Alliierten zu antideutschen Zwecken genutzt. Aus diesem angeblich *„antideutsch"* ausgerichteten Parteiensystem leitet Höcke eine fehlende Souveränität der Bundesrepublik ab und beantwortet die Frage, wie vor diesem Hintergrund die Wiedervereinigung ermöglicht werden konnte, mit dem Hinweis auf strategische Überlegungen der US-amerikanischen Politik, die von der Willfährigkeit der politischen Führung in Deutschland profitiert habe:

> *„Die Politik der USA war damals einfach besonnener als die der hysterischen Westeuropäer. […] [U]nd banden die willfährige politische Führung der Deutschen in ihre langfristige Strategie der Ostexpansion mit ein. Es mußte nur die Gefahr unterbunden werden, daß eine zu neuem Selbstbewußtsein erwachte Nation auch nationale Interessen vertritt. […] Das künftige Deutschland stellten sie sich wohl so vor: stark genug für Vasallendienste, aber zu schwach für eine eigenständige Politik."*[1505]

Auch Höcke sieht mithin in den USA eine Kraft, die ein Erstarken Deutschlands zu einem eigenständigen Staat seit Ende des Zweiten Weltkriegs konsequent zu verhindern sucht. Die Mittel der USA zur Sicherung ihrer Dominanz über Deutschland sind laut Höcke neben Massenmigration und *„Multikulturalisierung"* der *„gnadenlose ‚Kampf gegen rechts'"*, welcher vermeintlich nur der Unterdrückung jedweder nationalen Bewegung diene. Hiermit knüpft Höcke an die Verschwörungstheorie des Großen Austauschs an:

> *„Erstens die Einhegung und ökonomische Dienstbarmachung Deutschlands durch die ‚europäische Integration' […]. Zweitens durch die Massenmigration und*

[1504] „„Offensive statt Rechtfertigung"", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 28 ff. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1505] Ebd.

Multikulturalisierung, um das neu entflammte Gemeinschaftsgefühl der Deutschen abzuwürgen und fremdenfeindliche Tendenzen anzustacheln, die wiederum eine willkommene Vorlage für den dritten Angriff bildeten: den damals ausgerufenen, gnadenlosen ‚Kampf gegen rechts'. Der war natürlich nur vordergründig gegen obskure extremistische Kleinstgruppen, aber vor allem gegen jede nationale Regung gerichtet."[1506]

In seiner Rede auf einer Demonstration von Miteinanderstadt Gera in Gera (TH) am 3. Oktober 2022 behauptete Höcke im Rahmen seiner Ausführungen zu den Folgen der Gasknappheit dann eine vermeintliche von den USA angeordnete und von der deutschen Regierung planmäßig umgesetzte Deindustrialisierung Deutschlands, die einem „*wirtschaftlichen Selbstmord*" gleichkomme:

> „*[D]ie deutsche Industrie verliert jede Woche dramatisch an Konkurrenzfähigkeit, hunderte energieintensive Unternehmen haben bereits ihre Produktion eingestellt, immer mehr kehren Deutschland den Rücken […]. Es ist bitter, aber es ist so: Die US-amerikanische Regierung befiehlt der deutschen Regierung den wirtschaftlichen Selbstmord und Scholz & Co. führen ihn aus!*"[1507]

Schließlich knüpfte Höcke erneut an die Verschwörungstheorie des Großen Austauschs an, indem er die vermeintlich von den USA forcierte „*Zerstörung der Nation durch Masseneinwanderung*" anmahnte:

> „*Ich glaube tatsächlich, daß dieser Frontverlauf der bedeutendste der Gegenwart ist: […]. Dieses Regenbogenimperium mit den USA als Kernland und der BRD als wichtigstem Brückenkopf in Europa ist es, das die Zerstörung der Nation durch Masseneinwanderung forciert.*"[1508]

In derselben Rede kommentierte Höcke die Aussage des US-Präsidenten Joe Biden, die USA seien immer fähig, Nord Stream 2 zu verhindern, und erklärte mit eindeutig geschichtsrevisionistischem Unterton, das außenpolitische Interesse der Vereinigten Staaten bestehe in der Unterbindung jedweder Annäherung zwischen Russland und Deutschland, wobei er den USA und der angeblich durch diese „*fremdbestimmten*"

[1506] Ebd.
[1507] Höcke, Björn: „Höckes Rede zum Tag der Deutschen Freiheit am 3. Oktober in Gera" vom 04.10.2022, in: www.pi-news.net, abgerufen am 07.10.2022.
[1508] Ebd.

Bundesregierung zudem vorwarf, Deutschland in einen fremden Krieg *„hineinzutreiben“*:

> *„Aber seit 100 Jahren ist es [...] das Ziel seines Landes, ein deutsch-russisches Zusammengehen zu verhindern, weil die Gefahr bestünde, das etwas entsteht, das sogar den globalen Machtanspruch der USA zurückweisen könnte. Und nun sind wir zum dritten Mal seit Beginn des letzten Jahrhunderts gegen unsere Interessen und gegen die Vernunft gegen Rußland aufgestellt [...]. Zum dritten Mal seit Beginn des letzten Jahrhunderts stehen auf dem europäischen Kontinent Nationen und Völker gegeneinander, obwohl nichts näher läge, als zusammenzuarbeiten und die USA mit ihrem primitiven Sendungsbewußtsein aus Europa fernzuhalten [...]! Es ist entsetzlich: Wir werden von einer raumfremden Macht und einer fremdbestimmten Bundesregierung in einen Krieg hineingetrieben, der nicht der unsere ist.“*[1509]

In revisionistischer Umdeutung der seinerzeitigen Kriegsursachen sieht Höcke in der gegenwärtigen Haltung Deutschlands zu Russland Parallelen zur Mächtekonstellation vor Ausbruch des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Den Anlass für die angeblich von den USA erzwungene Distanzierung Deutschlands gegenüber dem kulturell eigentlich nahestehenden Russland führt Höcke auf dessen Traditions- und Geschichtsbewusstsein, seine restriktivere Einwanderungspolitik und seine nationale Identität zurück, welche dem *„neuen Westen“* widerstrebten. Aus Sicht Höckes unterdrücken die USA weiterhin die Unabhängigkeit und das nationale Selbstbewusstsein Deutschlands, um die eigene amerikanische Hegemonialstellung abzusichern:

> *„Warum hacken westliche Politiker, westliche Medien [...] regelmäßig auf Ländern wie Rußland, Ungarn und Serbien herum? [...] liegt es vielleicht daran, daß sich diese Länder und ihre Staatslenker gegen die Veralberung der Tradition und Geschichte entschieden haben, gegen die ungebremste Einwanderung, gegen die Transformation ihrer Völker in eine gesichtslose Masse von perfekt durchmaterialisierten Konsumfaschisten? Ist es dieser Widerstand, der den ‚neuen Westen‘, den alten klassisch-liberalen gibt es zu meinem Leidwesen nicht mehr, so provoziert?“*[1510]

[1509] Ebd.
[1510] Ebd.

Mit den wiederholten Behauptungen, die Bundesrepublik Deutschland sei kein souveräner Staat, zielen diese Äußerungen darauf ab, das Vertrauen in die staatliche Nachkriegsordnung von Grund auf zu erschüttern. Die Äußerungen, die an die regierenden Parteien anknüpfen und im Wesentlichen ebenfalls darauf abstellen, Deutschland werde durch externe Mächte gesteuert, bedeuten im Kern, die staatliche Ordnung sei in der Praxis nicht geeignet, um Deutschland davor zu schützen, fremdbestimmt zu werden. Sie zielen darauf ab, dass die Bevölkerung nicht mehr darauf vertrauen könne, dass gewählte Parteien auch die Entscheidungen treffen, die sie als im Interesse der Bevölkerung liegend erachten, sondern von vornherein den Interessen etwa der USA folgten. Es soll nicht nur ein Gefühl der unüberwindbaren Distanz zwischen dem Volk und der Regierung erzeugt, sondern auch ein tiefes Misstrauen in die staatliche Ordnung an sich geweckt werden, sodass die verfassungsmäßige Ordnung, wie sie derzeit besteht, im Ergebnis als abzulehnen erscheint.

Im AfD-internen „Sommerinterview" 2022 stellte der Bundestagsabgeordnete René Springer (BB) die Unabhängigkeit der deutschen Bundesregierung sowie der Regierungsvertreterinnen und -vertreter in ähnlicher Weise in Abrede, indem er sie als „*Vasallen*" und „*politische Marionetten*" der USA darstellte. Überdies behauptete er, die Bundesregierung werde Deutschland zu einer Autokratie machen:

> *„Denn es beginnt mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit, es beginnt mit der Regulation im Haushalt. Aber es endet irgendwann bei der totalitären Ausgestaltung des Staates, in dem jede Freiheit des Individuums nur noch abhängt von der Willkür der Herrschenden. [...] Das hat dann mit Demokratie nichts mehr zu tun. Und das ist die Gefahr, die ich am Ende dieser Entwicklung sehe, die sich gerade vollzieht. Dass wir am Ende einfach nur noch kleine Teile in einem großen System sind ohne individuelle Freiheit. [...] Aber geopolitisch gesehen, ist die Ukraine momentan das Schlachtfeld eines Stellvertreterkrieges zwischen Russland und den USA. Und dieses Schlachtfeld soll vergrößert werden. [...] Und wenn ich mich zurück erinnere an den Besuch Habecks in den USA, wo er gesagt hat, er sieht Deutschland in einer dienenden Führungsrolle, dann heißt das übersetzt nichts anderes, dass wir hier eine Vasallenregierung haben. Das sind politische*

> *Marionetten, die US-Politik umsetzen. […] Und wir müssen uns aus dieser amerikanischen Umklammerung lösen. Dieser Vasallen-Status, den wir momentan haben, der muss überwunden werden.“*[1511]

Auch der damalige Abgeordnete im Europäischen Parlament und Beisitzer im Bundesvorstand Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) unterstellte der Regierung in einem Tweet vom 10. Januar 2023 eine Abhängigkeit von „*ausländischen Mächten*“ und insinuierte, Deutschland sei nicht souverän:

> *„Die Mehrheit der Deutschen ist gegen Panzerlieferungen an die #Ukraine. Die Regierung liefert dennoch. Weil sie nicht dem Volk verpflichtet ist, sondern ausländischen Mächten. Wir müssen über Souveränität sprechen!“*[1512]

Christina Baum, Bundestagsabgeordnete (BW/ST), brachte in ihrer Bewerbungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 zum Ausdruck, das deutsche Volk sei aus ihrer Sicht weder frei noch souverän, und warf den Politikerinnen und Politikern der Regierungsparteien die Vernichtung des nach Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffenen Lebensstandards sowie die Versklavung des deutschen Volkes vor:

> *„Wir leben in einer Zeit, in der kaltherzige, inhumane, antideutsche Politiker unser Volk regieren, die aus Dummheit oder mit Absicht den von den Nachkriegsgenerationen durch großen Fleiß, einen hohen Arbeitsethos und viele Entbehrungen geschaffenen Lebensstandard seit Jahrzehnten sukzessive vernichten, durch diesen Raubbau den sozialen Frieden gefährden und die den frei geborenen Menschen nun vollständig zum Arbeitssklaven des Staates machen wollen. […] Ich träume mit vielen von euch den Traum eines souveränen, freien, selbstbestimmten deutschen Volkes, das seine Geschicke wieder selber in die Hand nimmt.“*[1513]

Neben der diffamierenden Verleugnung der deutschen Volkssouveränität verunglimpft Baum hier die Vertreterinnen und Vertreter der regierenden Parteien, indem sie diese

---

[1511] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 13.09.2022, Kanal: „AfD-Landesgruppe Brandenburg im Bundestag“, abgerufen am 16.09.2022.

[1512] Krah, Maximilian: Tweet vom 08.01.2023, abgerufen am 10.01.2023.

[1513] Baum, Christina: Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.07.2022, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation“, abgerufen am 01.08.2022.

als *„kaltherzig, inhuman und antideutsch"* bezeichnet und ihnen vorwirft, dem deutschen Volk gezielt seine Freiheit zu nehmen, es für fremde Zwecke auszubeuten und als *„Arbeitssklaven"* quasi rechtlos zu stellen.

In dieser Logik teilte auch der sächsische Bundestagsabgeordnete René Bochmann am 1. Oktober 2023 auf Facebook ein Video mit dem Titel *„best of von Lug und Betrug"*, in dem Ausschnitte mit Aussagen verschiedener deutscher Politiker ohne Kontext zusammengeschnitten wurden. Zu sehen sind u. a. Joachim Gauck, Robert Habeck, Olaf Scholz, Karl Lauterbach, Christian Lindner, Markus Söder, Michael Kretschmer, Joe Biden und Gregor Gysi. Dazu wurden u. a. folgende Aussage eingeblendet:

> *„Gemeinsam mit den USA hat die Scholz Regierung unser Land angegriffen. […] Sie haben uns verraten und bewusst und gewollt unser Land wirtschaftlich ruiniert. Und sie lachen uns dabei aus […] Und sie stürzen uns durch Waffenlieferungen in einen Krieg gegen Russland."*[1514]

In der auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg im April 2023 Parteiangaben zufolge mit großer Mehrheit beschlossenen „Ukraine Resolution" wird Deutschland als Staat dargestellt, der seit Ende des Zweiten Weltkriegs keine Souveränität besitze und keine eigenen Interessen vertrete, sondern lediglich von *„raumfremden Mächten"* wie EU und NATO diktierte Interessen durchsetze. Hierin sieht der Landesverband auch die Ursache für eine Verwicklung Deutschlands in den Ukraine-Krieg:

> *„Der politisch-mediale Komplex bestehend aus Altparteien und etablierten Medien zieht Deutschland immer weiter in den Ukraine-Krieg hinein. Ursache hierfür ist auch die fehlende Souveränität Deutschlands, die dazu führt, dass die Grundlinien unserer Außen- und Sicherheitspolitik durch EU und NATO entschieden werden und häufig nicht deutschem Interesse dienen […]*
> *Die Wiederherstellung der außen- und sicherheitspolitischen Souveränität Deutschlands. Deutschland muss seinen Kurs der Unterwerfung unter die Interessen raumfremder Mächte beenden und sich seiner nationalen Identität wieder bewusst werden. […]*

[1514] Bochmann, René: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 01.10.2023, Kanal: „René Bochmann", abgerufen am 09.10.2023.

Über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands und fast 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist die Souveränität Deutschlands herzustellen."[1515]

Auch Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) unterstellte der Bundesregierung in seinem Redebeitrag auf dem Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 28. August 2022 in Magdeburg (ST), auf Anweisung der USA und der EU die Freiheit der Deutschen „*vernichten*" zu wollen, um Deutschland im Interesse ausländischer Mächte damit „*kleinzuhalten*", und bezeichnete die etablierten Parteien in diesem Rahmen als „*Helfershelfer der Deutschlandplünderer*". Die AfD präsentierte Tillschneider als einzige Rettung vor einer „*Plünderung*" Deutschlands und verglich die Bundesregierung in diesem Zuge mit Hitler, indem er die AfD in eine Reihe mit Stauffenberg stellte:

„Unser heutiger Parteitag findet am Vorabend eines großen Raubzuges statt. Die Räuber sitzen in Washington und in Brüssel, ihre Handlanger in Berlin und Magdeburg. Über eine Explosion, über eine Explosion der Energiepreise soll der letzte Rest an Wohlstand, der uns noch geblieben ist, abgesaugt werden. Die Europolitik, die Klimapolitik, die Coronadiktatur und jetzt die Russlandsanktionen - all das hatte und hat zumindest immer auch einen Zweck: die deutschen Bürger verarmen, unsere Freiheit vernichten, Deutschland klein halten. Und die AfD ist die einzige relevante politische Kraft, die noch Widerstand leistet. Wir sind die einzigen, die Deutschland verteidigen. Was 1813 ein Blücher und ein Körner war, was 1871 ein Bismarck war und was 1944 ein Stauffenberg war, das ist 2022 die AfD. Auf unseren Schultern lastet die deutsche Sache! […] Ob CDU, FDP, SPD, Grüne oder Linke - sie sind alle gleich, sie sind die Helfershelfer der Deutschlandplünderer und wir sind die einzigen, die ihnen einen Strich durch ihre Rechnung machen wollen und deshalb hassen sie uns und grenzen uns aus. […] Unser Partner, das ist der Widerstand in all seiner Vielseitigkeit und seinem Facettenreichtum. Ich reiche jedem, der in diesen Tagen gegen das Altparteiregime der Deutschlandplünderer auf die Straße geht, die Hand. Frieden, Freiheit, Wohlstand - an erster Stelle Deutschland!"[1516]

[1515] AfD Brandenburg: Presseinformation „Resolutionen des AfD-Parteitages", in: www.afd-brandenburg.de vom 23.04.2023, abgerufen am 25.04.2023.

[1516] Tillschneider, Hans-Thomas: Livestream zum Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 28.08.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.08.2022, Kanal: „TEAM HEIMAT – LIVE", abgerufen am 29.08.2022.

Am 16. September 2022 warf Tillschneider der Bundesregierung im Rahmen der durch seinen AfD-Kreisverband Saalekreis (ST) organisierten Veranstaltung „2. Preußenfest" die *„bedingungslose Unterwerfung"* Deutschlands unter die USA vor:

> *„Diese sogenannte Bundesregierung unterwirft sich bedingungslos den USA. Um den Herren in Washington sogar noch was besser zu gefallen, beschimpft und beleidigt sie Russland am laufenden Band. So vergiftet die Bundesregierung unser Verhältnis zu Russland. […] Diese Bundesregierung verhält sich wie eine abgetakelte weinerliche Dirne."*[1517]

Nach der Auffassung Tillschneiders diente die NATO-Gründung nach Ende des Zweiten Weltkriegs zudem in erster Linie der Abgrenzung zu Russland, der Stärkung des US-amerikanischen Einflusses sowie der Unterdrückung Deutschlands:

> *„Zwei Jahre später, 1949, wurde dann die NATO gegründet, von der niemand anders als ihr erster Generalsekretär höchstselbst so treffend gesagt hat, der Zweck sei, die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten. Die Amerikaner drinnen in Europa, die Russen draußen, die Deutschen unten. Und das ist bis heute das Programm der NATO. Preußen dagegen, Preußen dagegen bedeutet, dass die Deutschen oben, die Russen drinnen und die Amerikaner draußen sind. Preußen bedeutet: Raus aus der NATO!"*[1518]

In dieser vermeintlich *„antideutschen Politik der Unterwerfung"* unter die USA sieht Tillschneider die *„Zerstörung des Rechts im Namen der Menschenrechte"*:

> *„Das ist seit eh und je die antideutsche Politik der Unterwerfung unter die Mächte, die aus dem Westen hereindrängen. Das ist die Zerstörung des Rechts im Namen der Menschenrechte. Das ist das Regiment des Regenbogens. Das ist der Globalismus, gepaart mit dem Opportunismus und dem ganz individuellen Egoismus deutscher Fürsten und Altparteifunktionären."*[1519]

In einem Tweet vom 29. September 2022 sprach Tillschneider der Bundesrepublik erneut ab, souverän zu sein:

[1517] Tillschneider, Hans-Thomas: Rede auf dem „2. Preußenfest" am 16.09.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.09.2022; Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider", abgerufen am 22.09.2022.
[1518] Ebd.
[1519] Ebd.

„Überhaupt: Was gehen uns soziale Konflikte im #Iran an? Anstatt uns in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen, sollten wir besser dafür sorgen, selbst #souverän zu werden.“[1520]

In einem Facebook-Beitrag aus Januar 2023 bezeichnete er die Bundesregierung zudem als *„Marionetten-Regierung“* und unterstellte dieser, sich als willenlose Akteurin an einer vermeintlich geplanten Provokation Russlands beteiligt zu haben:

„Man wollte Rußland so lange reizen, bis es losschlägt, um dann mit dem Finger auf den Aggressor zu zeigen. Allerdings denke ich auch, daß die meisten Angehörigen unserer Marionetten-Regierungen in diese Strategie nicht eingeweiht waren. Wozu auch, wenn sie die ihnen zugedachte Rolle auch so spielen?“[1521]

Auch weitere hochrangige Funktionärinnen und Funktionäre der AfD stellten die Regierung in ihren Aussagen als fremdgesteuert dar. So verunglimpfte der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) in seinem Redebeitrag auf einer Demonstration am 15. April 2023 in Nürnberg (BY) die Politikerinnen und Politiker der etablierten Parteien als *„Vasallen Amerikas“*:

„Aber aktuell sehen wir, wer sind die Vasallen? Das ist Baerbock, das ist Merz, das ist Röttgen. Das sind die Vasallen Amerikas, die munter weitermachen und das wird uns ins Verderben führen.“[1522]

Auf einer Demonstration am Folgetag in Cottbus (BB) sprach Chrupalla erneut von einer Steuerung durch fremde Mächte:

„Und wer mit den Grünen koaliert auf Bund- oder Landesebene, macht sich gemein mit genau diesen Kriegstreibern, denn sie sind gesteuert, und sie werden bezahlt für ihr schlechtes Tun.“[1523]

Björn Höcke (MdL TH) äußerte in seinem Redebeitrag auf einer Kundgebung am 7. September 2023 in Oranienburg (BB):

„Wir Deutschen haben die braune Diktatur hinter uns gebracht und überlebt, wir haben die rote Diktatur überlebt. Wir werden auch die bunte Diktatur überleben.

[1520] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 29.09.2022, abgerufen am 06.10.2022.
[1521] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 13.01.2023, abgerufen am 16.01.2023.
[1522] Chrupalla, Tino: Redebeitrag auf einer Demonstration in Nürnberg (BY) am 15.04.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.04.2023, Kanal: „Für Gerechtigkeit“, abgerufen am 17.04.2023.
[1523] Chrupalla, Tino: Redebeitrag in Cottbus (BB) am 16.04.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.04.2023, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 19.04.2023.

> *Wir werden sie besiegen! […] Erst die Umerziehung – versteht mich nicht falsch, Frau Müller vom SPIEGEL ist auch hier. Frau Müller, die Umerziehung hatte vielleicht zu Beginn durchaus auch den Sinn, wirkliche Nazis auf den besseren Weg der Demokratie zu bringen. Das will ich gar nicht in Abrede stellt. Aber man hat das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, muss ich so einordnen. Am Ende ging es darum, den Deutschen jeden Nationalstolz auszutreiben. […] Deutschland ist heute im Status eines Landes, das ich als fremdbestimmt einordnen muss. Die Eliten haben nicht nur keine Liebe zu diesem Lande, man hat das Gefühl, sie sind korrumpiert und sie werden aus dem Ausland fremd- und ferngesteuert."*[1524]

Auf dem „Deutschlandfest" der AfD Brandenburg am 3. Oktober 2022 in Nauen (BB) warnte der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning (MV) in seinem Redebeitrag anlässlich der Wiedervereinigung vor dem „*Ausverkauf und de[m] Niedergang der Deutschen*":

> *„[D]er Tag, an dem Kollektivierung, Planwirtschaft, Willkür, Meinungsdiktat und Gängelung in der Deutschen sogenannten Demokratischen Republik überwunden wurden. So glaubten wir. Und heute ist das alles in ähnlicher Gestalt wieder da. Wie damals unterliegen wir wieder einem Willkürregime, das für sich in Anspruch nimmt, nur das Beste für den Menschen zu wollen und zu tun, das Begriffe wie Demokratie, Toleranz, Vielfalt, neuerdings auch Antifaschismus für sich besetzt, aber für den eigenen Machtgehalt, Machterhalt genau das Gegenteil meint. Bei dem nicht das Interesse und das Wohl des eigenen deutschen Volkes im Vordergrund steht, sondern ein links-grünes Regime, dass Deutschland zum Spielball anderer Weltmächte macht und ohne Rücksicht auf unwiederbringliche Verluste den Ausverkauf und den Niedergang der Deutschen in Kauf nimmt."*[1525]

Auch Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 5. Dezember 2022 auf X (ehemals Twitter):

> *„Wir werden von Antideutschen regiert."*[1526]

Diese Äußerungen zielen darauf ab, die gesamte staatliche Ordnung als von außen oktroyiert und im Kern schädlich für Deutschland darzustellen; regierende Parteien,

---

[1524] Höcke, Björn: Redebeitrag in Oranienburg (BB) am 07.09.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.09.2023, Kanal: „_____________", abgerufen am 11.09.2023.
[1525] AfD Brandenburg: Facebook-Video-Livestream vom 03.10.2022, abgerufen am 18.10.2022.
[1526] Krah, Maximilian: Tweet vom 05.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

die in dieser parlamentarischen Staatsordnung gewählt wurden und das Volk vertreten, werden als zerstörerische Kräfte diffamiert, die im Interesse anderer Mächte handelten und *„antideutsch"* seien.

Eine grundsätzliche Abwertung der Bundesrepublik Deutschland, die schon die Existenz einer verfassungsmäßigen Ordnung in Frage stellt, betrieb der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete und Anhänger des ehemaligen Flügels Jörg Dornau in einem Facebook-Beitrag vom 6. September 2021, in dem er behauptete, die Bundesrepublik Deutschland habe keine Verfassung:

> *„Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist keine Verfassung, weil sie dem Volk ‚gegeben wurde'"*[1527]

Mit der Formulierung *„gegeben wurde"* knüpft Dornau an Versuche an, das Grundgesetz als eine dem deutschen Volk durch die Alliierten oktroyierte Verfassung zu delegitimieren.

Am 1. Dezember 2022 veröffentlichte der sächsische Landtagsabgeordnete Jörg Dornau die erste Ausgabe seiner kostenlosen Zeitschrift Dornaus WahlkreisPost. Darin stellte er die Souveränität Deutschlands infrage und verunglimpfte die regierenden Parteien als *„Grüne Khmer"*. Mit diesem Begriff knüpfte er explizit an die totalitäre und rassistische Staatspartei der Roten Khmer in Kambodscha an, die in den 1970er Jahren durch Hinrichtungen oder Hunger für den Tod von rund zwei Millionen Menschen verantwortlich waren. Die *„Altparteien"* in Deutschland, so der diffamierende Vorwurf Dornaus, seien von einer ähnlich *„tödlichen Ideologie"* durchsetzt:

> *„Doch es gibt Hoffnung: Wenn die Deutschen aus freiem Willen bereit sind, über ihre Geschicke wieder selbstbestimmt zu entscheiden, gibt es niemanden, der sie daran hindern kann. Wann und wo die Souveränität der Deutschen verloren ging, dürfte allen, die bereit sind darüber nachzudenken, schon bald klar werden! […] Manch Älterer mag sich beim Lesen grüner Grusel-Ideen an den puritanischen Agrarsozialismus der ‚Roten Khmer' erinnern, der in der Zeit zwischen 1975-79 etwa einem Viertel des kambodschanischen Volkes das Leben kostete. […] Auch hier sind die Altparteien tief von der tödlichen Ideologie der ‚grünen*

[1527] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 06.09.2021, abgerufen am 17.09.2021.

Khmer' durchsetzt, was in der schwarz-grün-roten Regierungskoalition zum Ausdruck kommt."[1528]

Das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Harald Laatsch stellte im September 2022 auf Twitter (mittlerweile: X) folgende Frage:

> *„Wann wird endlich untersucht, wie deutsche Politiker von US Oligarchen bestochen werden, um dieses Land hinzurichten?"*[1529]

Mit dieser als Frage getarnten Behauptung insinuiert Laatsch, deutsche Politikerinnen und Politiker seien korrupt und wollten Deutschland *„hinrichten"*.

Der AfD-Kreisverband Straubing/Bogen (BY) bezeichnete die Bundesregierung im September 2024 auf Facebook u. a. als *„Lakaienregierung aus US Gnaden"*:

> *„Sie planen die Zerstörung unserer Kultur hier wieder ein Beispiel das Handbuch für Abschieblinge, damit die sich wehren können, bezahlt und herausgebracht von der Lakaienregierung aus US Gnaden*
> *Sie setzen den Verfassungsschutz gegen uns ein*
> *Sie setzen die öffentlich-rechtlichen Medien gegen uns ein*
> *Sie setzen Justiz und Polizei gegen uns ein*
> *Sie tun alles um die einzige Opposition in diesem Land zu schwächen und vermutlich werden Sie alles tun um unsere Partei zu verbieten."*[1530]

Mit den aufgeführten Äußerungen wird die Souveränität der Bundesrepublik pauschal in Abrede gestellt. Die Behauptung einer angeblichen Fremdsteuerung durch klandestine Akteure spricht der Bundesrepublik Deutschland eine funktionierende repräsentative Demokratie ab. Es wird suggeriert, die Regierenden seien eben nicht die Vertretenden des Volkes, sondern von außen eingesetzte oder von außen gesteuerte Handlanger fremder Interessen. Damit werden die parlamentarischen Entscheidungen als undemokratisch und illegitim verunglimpft. Die Äußerungen zielen darauf ab, das Vertrauen in die Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Staatsgewalt als Teil der verfassungsmäßigen Ordnung grundlegend zu erschüttern.

[1528] Dornau, Jörg: „Dornaus Wahlkreis-Post", Ausgabe 01.
[1529] Laatsch, Harald: Tweet vom 25.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.
[1530] AfD Kreisverband Straubing/Bogen: Facebook-Eintrag vom 04.09.2024, abgerufen am 28.10.2024.

b. Inabredestellen der Pressefreiheit

Im Zuge der Infragestellung der staatlichen Souveränität wird wiederholt unterstellt, es gebe keine Pressefreiheit, sondern die Medien würden durch die Regierung bzw. durch außenstehende Mächte gesteuert.

Eine entsprechende Haltung brachte etwa Björn Höcke (MdL TH) in seiner Wahlanalyse zur Bundestagswahl 2021 zum Ausdruck, indem er die medialen Methoden des vormaligen US-Präsidenten Trump als Vorbild darstellte und sich für Deutschland ebensolche Sender wünschte, die der AfD zur Macht verhelfen sollen:

> *„Es gibt in Deutschland keine Radio- und Fernsehsender, die als notwendige Gegenmacht gegen die zwangsfinanzierten Staatssender auftreten könnten, um unseren Weg zu unterstützen und ihm Gehör zu verschaffen. Präsident Trump wäre ohne Fox-News nicht möglich gewesen. Ebenso wird die AfD ohne starke Medien einen Durchbruch nicht schaffen können."*[1531]

Der AfD-Ortsverband Göppingen (BW) hat diese Wahlanalyse mit *„[v]ollste[r] Zustimmung"* weiterverbreitet.[1532]

In einem Beitrag auf Facebook vom 12. Mai 2022 diffamierte der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt (NW) staatliche Repräsentantinnen und Repräsentanten als *„Altparteienkartell"* und unterstellte eine *„politische Zensur"* sowie die Instrumentalisierung einer *„regierungshörigen Lobbypresse"*.[1533]

Bereits im März 2022 – also kurz nach Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und ungeachtet der nochmals verschärften innerrussischen Repressionsmaßnahmen gegen die dortige Presse- und Meinungsfreiheit – stellte Schmidt in russischen Medien Deutschland als undemokratischen Unrechtsstaat dar, in dem Andersdenkende unterdrückt und verfolgt würden. Er äußerte in einem Interview mit dem russischen Radiosender Komsomolskaja Prawda:

> *„Es gibt keine Demokratie in Deutschland, d.h. es wird eine einheitliche Meinung aufgedrängt, und zwar von der regierenden Elite und alle anderen politischen Meinungen werden mit allen möglichen Mitteln unterdrückt: Im Internet, in den*

[1531] AfD OV Göppingen: Facebook-Eintrag vom 29.09.2021, abgerufen am 01.10.2021.
[1532] Ebd.
[1533] Schmidt, Eugen: Facebook-Eintrag vom 12.05.2022, abgerufen am 25.05.2022.

Medien, unter anderem auch durch körperliche Übergriffe auf Andersdenkende."[1534]

Zudem negierte er im russischen Fernsehen die Existenz der Presse- und Meinungsfreiheit nach Artikel 5 GG in Deutschland:

„Die Medien werden in Deutschland selbstverständlich komplett von der Regierung kontrolliert. Alternative, oppositionelle Meinungen sind nicht vertreten."[1535]

Am 9. September 2024 teilte der damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel auf X ein kurzes Video mit eigenen Aussagen zum Thema Pressefreiheit. Darin beklagt er eine vermeintlich gegen die AfD *gerichtete „Doktrin der Öffentlich-Rechtlichen und auch der Privaten"*, die u. a. von Staatsaufträgen abhingen. In der Folge müsse sich die AfD *„freien Medien"* zuwenden und vor allem ihnen Zugänge gewähren. In seinem Tweet äußerte er:

„Die sogenannte ‚Qualitätspresse' kennt nur eine Marschrichtung, wenn es um die AfD geht. Was ärgert sie noch mehr als die blaue Partei? Medien, die ohne #Zwangsbeitrag eine andere Sicht auf die Dinge präsentieren.

#GEZ #rundfunkbeitrag #AUF1 #freilich #compact #jungefreiheit"[1536]

Weiterhin führt er in dem im Tweet eingebetteten Video aus:

„Das ist die Doktrin der Öffentlich-Rechtlichen und auch der Privaten, die ja über Gelder von Staatsaufträgen, Werbeeinnahmen abhängig sind. Die freien Medien sind das Scharnier in die Öffentlichkeit und umgekehrt sollten die freien Medien das Scharnier sein in unser Parteileben. Das heißt, ich kann mich gut damit anfreunden, mit dem Gedanken, dass unsere Interviews, unsere Originaltöne, unsere Reportagen über unsere Partei und unsere Sachpolitik eher von den freien Medien dargestellt wird, als von der Qualitäts… sogenannten Qualitätspresse, die uns eigentlich nur in die Pfanne haut."[1537]

[1534] ARD: „Kontraste: Putins Propaganda im Bundestag" vom 10.03.2022, in: www.ardmediathek.de, abgerufen am 11.03.2022.
[1535] Ebd.
[1536] Weyel, Harald: Tweet vom 09.09.2024, abgerufen am 24.09.2024.
[1537] Weyel, Harald: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 09.09.2024, Kanal: „Prof. Harald Weyel", abgerufen am 24.09.2024.

Weyels Pauschalkritik unterstellt daher nicht nur eine staatliche Steuerung von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, sondern auch von Privatmedien und zeichnet damit das Bild einer insgesamt unfreien Presselandschaft.

Der sächsische Bundestagsabgeordnete René Bochmann teilte am 11. November 2023 auf Facebook einen Beitrag von David Bendels, dem Herausgeber und Chefredakteur des Deutschland-Kuriers, mit folgendem Inhalt:

> *„Horror-Horden krimineller Migranten marodieren brandschatzend durch unsere Städte, nahezu täglich ertragen wir Meldungen über Migranten-Messermorde und Gruppenvergewaltigungen; links-‚grün'-woke Sozialspastiker und bildungsresistente Intelligenzallergiker rufen zeitgleich offen zur Abschaffung der deutschen Nation auf. Und DER SPIEGEL fordert ein Verbot der AfD! Logisch, oder?"*[1538]

Bochmann selbst schrieb hierzu:

> *„Hier ein weiterer Grund, um sich von den Systemmedien abzuwenden, hin zur Realität. Deshalb Deutschland Kurier statt Spiegel!"*[1539]

Zwar äußert Bochmann im ersten Teil seines Beitrags nur Kritik an einem einzelnen Presseerzeugnis, was verfassungsschutzirrelevant ist. Mit der anschließenden Forderung, sich generell von *„den Systemmedien"* abzuwenden, wird jedoch deutlich, dass es ihm nicht nur um ein einzelnes Publikationsmedium geht, sondern die deutsche Medienlandschaft insgesamt als *„Systemmedien"* diffamiert werden soll.

Der hessische Landtagsabgeordnete Dimitri Schulz verglich das Programm öffentlich-rechtlicher Sender in einem Facebook-Post mit *„einer politischen Umerziehungssendung aus totalitären Regimen"*.[1540]

In einem Facebook-Beitrag vom 11. Dezember 2021 nahm Karsten Hilse Bezug auf ein Zitat[1541] des ehemaligen saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans bei der TV-Sendung Maybrit Illner und warf in diesem Zusammenhang den *„Propagandamedien"* vor, sie bejubelten *„Parolen wie in den 30er Jahren"*.[1542]

[1538] Bochmann, René: Facebook-Eintrag vom 11.11.2023, abgerufen am 14.11.2023.
[1539] Ebd.
[1540] Schulz, Dimitri: Facebook-Eintrag vom 07.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.
[1541] „Es ist wichtig, den ungeimpften eine klare Botschaft zu senden: Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben."
[1542] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 11.12.2021, abgerufen am 15.12.2021.

Dennis Hohloch (MdL BB) äußerte auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg am 6. April 2024:

> *„Diese Partei [Anm.: SPD] und dieser Rundfunk, die das Tag für Tag tun, haben keine Überzeugungen. Davon bin ich überzeugt. Sie betreiben Machterhalt und sie nutzen dabei jedes Mittel, das ihnen in die Hände kommt. Sie nutzen den Inlandsgeheimdienst, um ihn auf unschuldige Bürger loszuschicken. Sie nutzen die Macht über ihren Einfluss im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, um Andersdenkende zu stigmatisieren. Und, meine Damen und Herren, Sie haben aus unserer Demokratie einen Parteienstaat gemacht. Und diesen Parteienstaat lehne ich grundsätzlich ab. […]*
> *Wir müssen diesen Parteienstaat abschaffen und es schaffen, dieses Land wieder nach vorne zu bringen.“*[1543]

Der ehemalige schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Claus Schaffer kommentierte am 26. August 2022 den Umstand, dass die Landesrundfunkanstalten der ARD die Winnetou-Filme vorerst nicht mehr ausstrahlen werden, und zog anlässlich dessen einen Vergleich zur Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933:

> *„Der Öffentlich-Rechtliche- Rundfunk ergibt sich dem Trend der ‚Bücherverbrennung 2.0‘.“*[1544]

Im Rahmen einer Demonstration am 24. Juli 2022 unterstellte der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber der Presse, die er als *„gleichgeschaltete Kartellpresse“* verunglimpfte, lediglich der *„Agenda der Herrschenden“* zu folgen und Propaganda zu betreiben, während kritische Stimmen verfolgt und ausgeschlossen würden:

> *„Wo Millionen Bürger sich nicht mehr trauen, kritische Themen anzusprechen, ohne gesellschaftlich mit allen totalitären Mechanismen dieser staatlich alimentierten Denunziantenrepublik im Kulturkampf gegen Rechtstaatlichkeit und Rechtschaffenheit, also kurz gesagt: der ewige Kampf gegen rechts, als Staatsfeind gebrandmarkt werden und vollkommen ausgeschlossen werden. […] Es*

[1543] Hohloch, Dennis: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg am 06.04.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 06.04.2024, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 08.04.2024.
[1544] Schaffer, Claus: Facebook-Eintrag vom 26.08.2022, abgerufen am 29.08.2022.

waren nämlich in den letzten zwei Jahren totalitäre Mechanismen und Maßnahmen, die unser aller Grundrecht, das Demonstrationsrecht ad absurdum getrieben haben, während die linksterroristische ANTIFA, die rassistische Blackpower-Bewegung – kurz: Black Lives Matter – und die konformen Hedonisten der LGBTQ-Bewegung hier absolute Narrenfreiheit genießen! Sie sind ja Handlanger der Herrschenden Germanophobie, also der Auflösung alles Deutschen, der Kultur, der Nation, der Sprache und sie fungieren natürlich als Katalysator der schwarz-rot-grünen Deutschen-Feinde. […] Aber im Transformationsprozess gen allerbestes Deutschland aller Zeiten sind und waren diese Maßnahmen natürlich nicht dafür da, die Bevölkerung vor einer Grippe zu schützen, von der 99 Prozent der Infizierten wieder genesen sind, sondern zu schauen, wie leidensfähig und manipuliert dieses Volk auch die Aushebelung der Demokratie gen Postdemokratie beklatschen wird. […] Aber auch das ist ja nichts Neues im besten Deutschland aller Zeiten, wo die quasi gleichgeschaltete Kartellpresse immer der Agenda der Herrschenden folgt […] mit all ihren staats- und kulturzersetzenden Folgen für uns Einheimische gebetsmühlenartig mit den perfektionierten Propagandamechanismen aus zwei vergangenen sozialistischen Diktaturen im digitalen Zeitalter herunterbetet und die Kritik der Regierung oder die Kritik an der Regierung besser gesagt als Blasphemie erklärt. […] Man rettet und verteilt das Steuergeld im Weltretter-Wahn und der kollektiv-historischen Zwangsneurose an den Rest der Welt und vergisst mit voller Absicht das eigene Volk, die eigenen Deutschen, seine Nächsten. Die Herrschaft der Schlechtesten in Deutschland hilft allen Völkern auf dieser Welt aufopferungsvoll und mit ewigem historischen Schuld-Kult überweist gerne mal 10 Milliarden deutsches Steuergeld nach Indien aus vermeintlichen Klimaschutzgründen und lässt die eigenen Bürger im zerstörten Ahrtal alleine, um wiederum von Indien überteuertes Gas und Öl zu kaufen, welches diese wiederum aus Russland beziehen! Das ist die Idiotenherrschaft in Deutschland in Reinform, meine Damen und Herren."[1545]

Weber verkehrt hier die Aufarbeitung und die aus der NS-Vergangenheit gezogenen Lehren ins Negative, indem er sie in den Kontext einer vermeintlichen Vernachlässigung bzw. der willentlichen Schädigung des deutschen Volkes setzt und diffamiert die

[1545] Weber, Marvin: Rede in Paderborn (NW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.07.2022, Kanal: „Marvin Weber", abgerufen am 27.07.2022.

Medien allgemein als „*Kartellpresse*", die der Agenda der Regierung folge und keinen offenen Diskurs mehr ermögliche. Er spricht sowohl den etablieren Parteien wie aber auch den Medien ihr Existenzrecht ab, indem er sie als vollständig dysfunktional diskreditiert.

Die vorstehenden Äußerungen zielen in ihrer Gesamtschau und im Kontext mit den Behauptungen, Deutschland sei nicht souverän, darauf ab, etablierte Medien (insbesondere die öffentlich-rechtlichen) grundsätzlich als nicht verlässliche Informationsquelle zu diskreditieren. Die Aussagen legen den Schluss nahe, übliche Medien seien weder vertrauenswürdig noch sollten sie in den eigenen Meinungsbildungsprozess einbezogen werden. Sie stellten vielmehr nur den verlängerten Arm staatlicher Institutionen dar, die sich verschworen hätten, fremde über deutsche Interessen zu stellen, und ohnehin weder willens noch in der Lage seien, kohärente, demokratisch legitimierte Entscheidungen im Sinne des deutschen Staatsvolkes zu treffen. In ihrer Gesamtheit erzeugen die Äußerungen eine Atmosphäre tiefster Verunsicherung, wem überhaupt noch getraut werden kann. Durch die behauptete staatliche Steuerung der etablierten Medien würden in einem totalitären Sinne der für demokratische Systeme essenzielle Meinungspluralismus und in der Folge eine qualifizierte politische Meinungsbildung verwehrt. Als einzige Partei, die die Wahrheit ausspreche und Lösungen für gesellschaftliche Probleme bereithalte, werde die AfD deshalb medial und politisch unterdrückt.

Das von der AfD gezeichnete Bild, wonach Repräsentantinnen und Repräsentanten der staatlichen Ordnung öffentlich-rechtliche und etablierte private Medien in einem totalitären Sinne instrumentalisierten, um die Interessen der herrschenden Eliten durchzusetzen, verneint letztlich den demokratischen Charakter der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Die aufgeführten Aussagen gehen deshalb über einen bloßen Beitrag im Rahmen des pointierten politischen Meinungskampfs insoweit hinaus, als sie in ihrer verunglimpfenden Pauschalisierung darauf ausgerichtet sind, demokratische Institutionen und Strukturen selbst fundamental in Frage zu stellen, und deshalb gegen das Demokratieprinzip als solches verstoßen.

c. Nutzung von Begriffen wie „Systempartei", „Kartellpartei", „Blockpartei"

Eine Verunglimpfung des Staates kann etwa dann vorliegen, wenn mit Ausdrücken wie „Systemparteien" oder „Kartellparteien" wesentliche Bestandteile der verfassungsmäßigen Ordnung diffamiert werden.[1546] So stellte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei fest:

> *„Die anderen Parteien, von Hitler ständig als ‚Systemparteien' verächtlich gemacht, werden heute mit der gleichen Beharrlichkeit als ‚Lizenzparteien' und 'Monopolparteien' bezeichnet, die Regierung als ‚Lizenzregime' herabgesetzt; statt ‚Erfüllungspolitiker' heißt es heute ‚Erschöpfungspolitiker', statt ‚Plutokraten' ‚Lumpokraten', statt ‚Novemberverbrecher' ‚Landesverräter'."*[1547]

Auch das Bundesverwaltungsgericht hat bezüglich der Nutzung von Begriffen wie „Kartellparteien" bereits festgestellt, dass sie Anhaltspunkte für gegen das Demokratieprinzip gerichtete Bestrebungen sind, da sie den anderen Parteien im Grunde unweigerlich ihre Existenzberechtigung und die Möglichkeit eines gleichberechtigten Miteinanders für eine definierte Dauer absprechen; damit wird das Mehrparteiensystem als ein Grundpfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Zweifel gezogen.[1548]

Der Begriff hat auch eine abwertende Bedeutung, da er impliziert, die Parteien agierten aus egoistischen Interessen heraus und nicht als Sachwalter für Bürgerinteressen und wirkten zudem kollusiv zu Lasten neuer Parteien – namentlich der AfD – zusammen. Überdies besitzt der Begriff „Kartell" eine negative Konnotation, da damit Zusammenschlüsse des organisierten Verbrechens oder illegale Zusammenschlüsse in der Wirtschaft assoziiert werden. Den als solche bezeichneten Parteien wird damit ihre Legitimität abgesprochen.

Auch durch die Bezeichnung als „Blockparteien" kommt eine entsprechende Diffamierung zum Ausdruck, da dies auf die Parteien in der DDR Bezug nimmt, die neben der SED keine echte Opposition ausüben und keine echte Alternative bieten konnten. Hiermit soll das gesellschaftliche und politische System der Bundesrepublik Deutschland

---

[1546] Vgl. BVerwG, Beschl. v. 25.03.1993, 1 ER 301.92, juris, Rn. 34.
[1547] BVerfG, Urt. v. 23.10.1952, 1 BvB 1/51, NJW 1952, 1407.
[1548] Vgl. hierzu BVerwG, Beschl. v. 25.03.1993, 1 ER 01.92, juris, Rn. 34; BVerwG, Gerichtsbescheid v. 06.08.1997, 1 A 13.92, juris, Rn. 5.

mit dem der DDR gleichgesetzt und so als undemokratischer Unrechtsstaat dargestellt werden.

Entsprechende Begriffe werden durch Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der AfD regelmäßig genutzt.

So bezeichnete beispielsweise Björn Höcke in seiner Rede am 13. September 2021 auf der PEGIDA-Veranstaltung in Dresden die Bundesrepublik Deutschland als auf dem Weg zu einem *„sanften Totalitarismus"* befindlich und sprach von *„Kartellparteien"*. Den Aufbau der freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg diffamiert Höcke als von außen *„aufgezwungen"* und bloßes Mittel für die Einflussnahme durch die USA:

> *„Dieses Land ist keine Demokratie mehr. Wir sind in einem Übergangsstadium Richtung einem sanften Totalitarismus. Die Kartellparteien haben das Land heruntergewirtschaftet [...] Und gleichzeitig arbeiten sie daran, dieses globale Establishment und seine Dienstklasse hier in der Bundesrepublik Deutschland, die Kartellparteien, allmählich einen Überwachungsstaat aufzubauen. Sie [die USA] marschieren ein, sie zerstören, sie besiegen, sie besetzen, dann wird die Regierung des besetzten Landes beseitigt und dem Land wird eine neue Regierung aufgezwungen, eine neue Staatsform aufgezwungen. Meistens eine sogenannte parlamentarische Demokratie, eine Herrschaftsform, eine Staatsform, die man von außen wunderbar kontrollieren kann. [...]*
> *Liebe Freunde, wir kennen dieses Vorgehen und diese Einschätzung der Amerikaner in Afghanistan auch aus der deutschen Geschichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg, da sollten auch wir umerzogen werden. Und diese Umerziehung war eine wissenschaftlich-psychologisch geplante Maßnahme, ein wissenschaftlich exakt geplantes, psychologisch ausgeklügeltes Verfahren und Programm".*[1549]

Am 29. März 2022 trat Björn Höcke (MdL TH) auf einer Kundgebung der AfD Brandenburg in Prenzlau (BB) als Redner in Erscheinung. In seiner Rede sprach er von einer *„Plandemie"*, womit er suggerierte, dass die COVID-19-Pandemie Teil eines übergeordneten Plans der Regierung sei, dem angeblich die Demokratie in Deutschland zum Opfer gefallen sei, und bezeichnete das *„politische Establishment"* als *„Kartell"*:

[1549] Höcke, Björn: Redebeitrag auf der PEGIDA-Veranstaltung in Dresden (SN) am 13.09.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.09.2021, Kanal: „Für Heimatliebe & Gerechtigkeit", abgerufen am 14.09.2021.

> *„Und ich muss vor allen Dingen zu Beginn noch mal zu Corona reden, weil der Klabautermann in Berlin mit der mit der Plandemie ja immer noch nicht fertig ist. […] Hinter dieser Pandemie steckt der Ansatz einer Plandemie. Und dann wurde die heilige Inzidenz geboren. Die heilige Inzidenz, der alles geopfert wurde, unsere wirtschaftliche Wohlfahrt. Unsere Demokratie wurde geschreddert. Unser Rechtsstaat wurde geschreddert, unsere Freiheit wurde uns genommen. […] Dieses politische Establishment, das zu einem Kartell zusammengewachsen. Alle Teilnehmer wollten diese Pandemie nutzen und haben das in den vergangenen zwei Jahren auch gemacht. […] Und wenn ein Klabautermann an dieser Gentherapie festhält und weiter Werbung für die Pflichtimpfung macht, dann tut er das nicht, weil er sich um eure Gesundheit sorgt. Er macht das nicht, weil er die Volksgesundheit irgendwie [Unverständlich], er macht das, weil er weiß, dass er damit die Zahl darüber bekommt, wie viele Oppositionelle im Land es gibt und wieviel Regierungstreue es im Land gibt […]. Die Spritze ist nichts anderes als ein Zeichen für Regierungstreue, aber sie schützt euch nicht vor Erkrankungen.“*[1550]

In seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen im Rahmen des Landtagswahlkampfs am 31. August 2024 in Erfurt (TH) verwendete Höcke den Begriff der *„Kartellparteien“* als zentralen Wahlkampfbegriff. So äußerte er bereits zu Beginn seiner Rede:

> *„Dieser Sicherheitsaufwand […] für den sind die verantwortlich, die dieses Land seit Jahren und Jahrzehnten regieren, die die innere Sicherheit zerfallen lassen und die als Kartellparteien uns als Oppositionspartei in einer Art attackieren, die man als diktatorisch einordnen muss, die uns zum Freiwild gemacht haben, uns medial nicht nur, sondern auch tatsächlich zum Abschuss freigegeben haben.“*[1551]

Höcke erklärte in seiner Rede weiter, der Tag der Landtagswahlen werde eine Zäsur darstellen, die das Ende der *„Kartellparteienherrschaft“* markieren werde:

[1550] Höcke, Björn: Facebook-Video-Livestream vom 29.03.2022, abgerufen am 30.03.2022.
[1551] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.

> *„Es kann so sein, dass einmal dieser Tag, dieser 1. September 2024 von Historikern, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einst schreiben werden, als politische Zäsur eingeordnet wird. Es kann sein, dass Historiker in der Zukunft so berichten werden, dass es eine Zeit davor gab und eine Zeit danach. Und die Zeit davor werden sie vielleicht die Zeit der Kartellparteienherrschaft nennen. Ja, Freunde, wir sind unter einer Kartellparteienherrschaft gefangen oder in einer Kartellparteienherrschaft gefangen. Es ist egal, ob ihr schwarz wählt, ob ihr rot wählt, ob ihr grün wählt oder irgendeine andere Farbe wählt. Ihr kriegt mehr EU, ihr kriegt mehr Zahlungen aus Berlin nach Brüssel, ihr kriegt mehr Euro-Rettung, ihr kriegt mehr Multikulti, ihr kriegt mehr Zerfall der inneren Sicherheit, mehr Plünderung der sozialen Sicherungssysteme, ihr kriegt mehr Gendergaga, ihr kriegt mehr Kriegsrhetorik in unerträglicher Art und Weise gegen Russland, das nicht im deutschen Interesse ist, ihr kriegt weniger deutsche Identität, liebe Freunde. Es ist egal, was ihr wählt, ihr kriegt immer weniger Deutschland. Die Kartellparteien lösen unser Deutschland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl und wir werden morgen diesen Hahn abdrehen."*[1552]

Den „*Kartellparteien*" spricht Höcke dabei grundsätzlich die Fähigkeit zur Problemlösung ab, da diese entweder „*transatlantische Vasallenpartei*" seien oder die Wählerinnen und Wähler gezielt täuschten, um ihre „*Multikulturalisierungspolitik*" weiter fortzuführen und einen „*KI-generierten Überwachungsstaat*" zu errichten:

> *„Und was bieten uns die Kartellparteien an Lösungen an? Sie haben keine Lösung. Sie versuchen uns Schlafsand in die Augen zu träufeln, jetzt zu streuen, jetzt gerade wieder vor den anstehenden Wahlen morgen. Aber ich kann mich erinnern, 2015, 2016 war es nicht anders und ich möchte vor allen Dingen vor der Wahl der CDU warnen, die jetzt hier durchs Land zieht und wieder rechts blinkt und jeder weiß, dass sie links abbiegen wird nach der Wahl. Die hier groß plakatiert ‚Illegale Migration stoppen'. Ja, wer ist denn hauptverantwortlich als älteste Partei, Regierungspartei im Land und im Bund? Es ist die CDU. Das ist keine deutsche Partei, das ist eine transatlantische Vasallenpartei. Ich muss das nicht weiter ausführen. […] Und dann sind die Kartellparteien, und ich war ja nun auch in einigen Talkshows, immer auf der symptompolitischen Ebene unterwegs. Ja, jetzt haben wir das Desaster, dass die Kartellparteien eingerichtet haben. Wir*

[1552] Ebd.

wissen, die Problemverursacher können niemals die Problemlöser sein. […] Das Problem ist, dass die Kartellparteien Millionen haben einwandern lassen, die aus archaischen Kontexten kommen, wo das Recht des Stärkeren gilt, wo das Faustrecht und das Messerrecht gilt. […] Freunde, die Kartellparteien haben das Fundament unseres Staates durch ihre Multikulturalisierungspolitik erodieren lassen. Sie haben unsere über Jahrhunderte gewachsene Vertrauensgemeinschaft mehr oder weniger zerstört. Es hat Jahrhunderte gedauert, bis wir Deutschen als Volk durch viele Konflikte sind wir gegangen. Viele Konflikte mussten wir austragen. Es gelernt haben, gemeinschaftsorientiert zu leben, uns aufeinander zu verlassen und zu vertrauen. Und das ist die Grundlage für Staatlichkeit. Diese Grundlage, dieses Fundament erodiert gerade. Und die Kartellparteien multikulturalisieren und schaffen sich damit die Ursache, um einen KI-generierten Überwachungsstaat aufzubauen. Und da sagen wir als AfD, als freiheitliche Partei, als Partei der freiheitsliebenden Bürger, nicht mit uns!"[1553]

Höcke erklärte, dass es nach seiner Auffassung fundamentale und unveränderliche Unterschiede zwischen der AfD und den „*Kartellparteien*" gebe:

„Ich will am Schluss zwei Prinzipien noch mal kurz einordnen. […] Das erste Prinzip lautet, Deutschland darf kein Beuteland mehr sein. Deutschland ist unter der Herrschaft der Kartellparteien zum Beuteland geworden. […] Fast eine Milliarde bezahlen wir an Kindergeld für Kinder von Ausländern, die im Ausland leben. 30 Milliarden Euro für eine Energiewende, die unser Land deindustrialisiert und die Explosion der Preise, der Energiepreise bewirkt. 50 Milliarden bezahlen wir für die illegale Einwanderung. Freunde, summiert das bitte mal auf. 100, 150 Milliarden Euro jedes Jahr für Politik, die nicht im deutschen Interesse ist. Nein, die deutsche Interessen konterkariert und aushebelt und entgegenläuft. […] Die zweite Prämisse ist, wir müssen uns aus der Fremdbestimmung befreien. Deutschland ist kein selbstbestimmtes Land."[1554]

Abschließend erklärte Höcke:

„Liebe Freunde, der 1. September 2024 kann eine historische Zäsur bedeuten. Er kann dazu führen, dass das Kartellparteiensystem der Bundesrepublik

---

[1553] Ebd.
[1554] Ebd.

Deutschland implodiert und dass endlich etwas entsteht, was eine wirkliche Demokratie ist.“[1555]

Den Begriff der „*Kartellparteien*“ verwendete Björn Höcke auch in seiner Rede auf der Wahlkampfveranstaltung am 13. August 2024 in Suhl (TH).*“*[1556]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schrieb am 28. September 2024 auf X:

> *„Ihr habt die ‚anständigen Leute‘ von #CDU und #BSW gezwungen, die Masken fallen zu lassen. Sie delegitimieren sich und damit geht die Herrschaft der Kartellparteien zuende.“*

Daniel Haseloff (MdL TH) antwortete am Folgetag darauf:

> *„In Thüringen wurde das Zwei-Parteien-System offensichtlich. Es gibt nur noch den Kartellblock und die #AfD. Die etablierten Parteien konnten sich damit auf Landesebene noch etwas Zeit verschaffen. Die erste Quittung kommt zur Bundestagswahl.“*[1557]

In einer Instagram-Story vom 22. Januar 2024 nannte Beatrix von Storch (MdB, BR und stellvertretende Fraktionsvorsitzende) das Recherchenetzwerk CORRECTIV *„mediale Auftragskiller im Dienste der Kartellparteien“*[1558].

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (seit 2024 MdEP, HH) äußerte im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 30. Juli 2023 in seiner Rede:

> *„Das alles ist nicht in unserem Interesse. Und was mich besonders aufregt, das ist die Heuchelei der Kartellparteien, die diese Politik vorantreiben. Sie sind feige, verlogen und gefährlich. […] Denn diese EU ist so tief im woken Sumpf versunken, dass sie als ernstzunehmender außenpolitischer Faktor ausscheidet. Sie suhlt sich in einer Dekadenz, die man bestenfalls noch als linksliberale Wohlstandsverwahrlosung bezeichnen könnte.“*[1559]

[1555] Ebd.
[1556] Höcke, Björn: Wahlkampfrede in Suhl am 13.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.08.2024, Kanal: „Überzeugungsgamer“, abgerufen am 15.08.2024.
[1557] Haseloff, Daniel: Tweet vom 29.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.
[1558] Storch, Beatrix von: Instagram-Story vom 22.01.2024, abgerufen am 23.01.2024.
[1559] Froelich, Tomasz: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung in Magdeburg (ST) am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.

Einen vom *„Parteienkartell“* vermeintlich geplanten *„Bevölkerungsaustausch“* bzw. *„Volkstod“* beschwor Tomasz Froelich auch herauf, als er am 26. Juli 2023 einen Fremdbeitrag teilte, der auf das Theaterstück einer afroamerikanischen Feministin verwies. Mit folgendem – zugleich völkischem und fremdenfeindlichem – Wortlaut kommentierte Froelich das angehängte Bild, auf welchem eine Szene des Theaterstücks mit einer nicht-weißen Schauspielerin gezeigt wird:

> *„Bevölkerungsaustausch und Volkstod in einem Bild. Unser Alptraum ist der Traum der Linksglobalisten. Die #AfD kämpft dagegen an, was das Parteienkartell umsetzt.“*[1560]

Auch Daniel Haseloff (AfD-Landesvorstandsmitglied und MdL TH) verwendete die Bezeichnung *„Parteienkartell“* in einem Tweet vom 6. September 2024 anlässlich eines Fremdbeitrags, der die Ablehnung der „Altparteien“ bei der Wahl eines AfD-Kandidaten als Landtagspräsidenten thematisierte:

> *„Die völlige Entkopplung vom Wähler geht weiter. Die Blase der Scheindemokratie des Parteienkartells muss deutlicher zum Platzen gebracht werden. #Brandenburgwahl2024 kann der nächste nötige Nadelstich sein.“*[1561]

Der damalige Europaabgeordnete Gunnar Beck (NW) schrieb am 23. November 2023 in einem Tweet:

> *„Die #BRD ist nach fast 75 Jahren ein Staat, den sich die #Kartellparteien zur Beute gemacht haben. Wir brauchen #Volksentscheide, auch über den Entzug der Alterssicherung für Politiker, die das Land zugrunde richten. #FailedStateGermany“*[1562]

Der hessische Landtagsabgeordnete Frank Grobe betitelte die etablierten Parteien am 1. Juli 2022 als *„gierige Kartellparteien“.*[1563]

Auch die bayerische Landtagsabgeordnete Katrin Ebner-Steiner bezeichnete die etablierten Parteien in einem Facebook-Post vom 2. Juli 2022 als *„Kartellparteien“.*[1564]

[1560] Froelich, Tomasz: Tweet vom 26.07.2023, abgerufen am 26.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1561] Haseloff, Daniel: Tweet vom 06.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1562] Beck, Gunnar: Tweet vom 23.11.2023, abgerufen am 29.11.2023.
[1563] Grobe, Frank: Facebook-Eintrag vom 01.07.2022, abgerufen am 04.07.2022.
[1564] Ebner-Steiner, Katrin: Facebook-Eintrag vom 02.07.2022, abgerufen am 25.10.2022.

Am 5. Februar 2024 veröffentlichte sie einen Tweet, in dem sie die Bezeichnung erneut aufgriff.[1565]

Ingo Hahn (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BY) lud am 5. April 2023 anlässlich der Veröffentlichung der jüngsten polizeilichen Kriminalstatistik einen Videobeitrag auf Facebook hoch, in dem er die etablierten Parteien als *„Kartellparteien"* bezeichnete.[1566]

Auch Heiko Scholz (MdL HE und ab Juni 2024 zudem Beisitzer im AfD-Bundesvorstand) sprach in einem Facebook-Eintrag mit Bezug auf *„CDU/CSU, SPD, Grüne[n], FDP und Linkspartei*" von *„Kartellparteien*".[1567]

Martin Böhm (MdL BY) veröffentlichte am 2. Januar 2024 ebenfalls einen Kommentar auf Facebook, dem er einen Bildbeitrag mit folgender Aufschrift anhängte:

> *„Deutschland 2023 Nicht nur an Silvester: Migranten-Mob regiert die Straße, Kartell-Parteien das ganze Land!"*[1568]

Jochen Roos, Landtagsabgeordneter der AfD in Hessen, bezeichnete die etablierten Parteien in einem Gastbeitrag für den Deutschland-Kurier ebenfalls als *„Kartellparteien*". [1569]

Rene Dierkes (MdL BY) schrieb am 24. September 2024 in einer *„Wahlnachlese Brandenburg*":

> *„Altparteienkartell entlarvt sich als Einheitspartei"*[1570]

Der AfD-Kreisverband Hassberge/Rhön-Grabfeld (BY) verkündete am 12. Juni 2024 nach der Europawahl auf Facebook:

> *„Die Hasstriade die jetzt von den Kartellparteien auf uns niedergeht, haben wir uns redlich verdient. Denn sie konnten trotz ihrer kontrollierten Medien, ihrer Milliarden an Steuergeldern, Zensur, ihrer Fake-Demos ‚gegen Rechts' und dem Missbrauch der Justiz, unseren Sieg nicht verhindern. Die wahren Extremisten*

[1565] Ebner-Steiner, Katrin: Tweet vom 05.02.2024, abgerufen am 25.06.2024.
[1566] Hahn, Ingo: Videostatement, veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.04.2023, Kanal: „Prof. Dr. Ingo Hahn MdL", abgerufen am 27.07.2023.
[1567] Scholz, Heiko: Facebook-Eintrag vom 10.01.2024, ohne Abrufdatum.
[1568] Böhm, Martin: Facebook-Eintrag vom 02.01.2024, abgerufen am 25.06.2024.
[1569] Deutschland-Kurier „Der Zusammenschluss der Kartellparteien im Hessischen Landtag" vom 06.02.2024, in: www.deutschlandkurier.de, abgerufen am 06.02.2024.
[1570] Dierkes, Rene: Tweet vom 24.09.2024, abgerufen am 25.09.2024.

> *sind unsere Regierung, sie haben Deutschland an die Wand gefahren und mit voller Absicht ruiniert!"*[1571]

Erika Steinbach, AfD-Mitglied und Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, schrieb am 19. August 2022 auf Facebook:

> *„Unsere Demokratie verkommt unter Beteiligung des Parteienkartells von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei zusehends in atemberaubender Geschwindigkeit."*[1572]

Ähnlich äußerte sich der Bundestagsabgeordnete René Springer (BB) in einem Interview mit dem Heimatkurier, das am 12. März 2023 veröffentlicht wurde:

> *„Das herrschende Altparteienkartell hat Deutschland längst als Nation und souveränes Land aufgegeben. Die so verhasste eigene Nationalität wird dem EU-Zentralisierungswahn, dem Primat der Ökonomie, der Fremdenliebe und der Unterwürfigkeit gegenüber fremden Mächten geopfert.*
>
> *Dieser wahnhafte Drang, Deutschland nur noch als Siedlungsgebiet für fremde Völker zu betrachten und dieses überhebliche Sendungsbewusstsein, der ganzen Welt das eigene Übel aufzuzwingen, wird gern mit superhumanistischen Begründungen kaschiert. Aber die Wurzel des Ganzen ist die Verachtung des Eigenen. Auch den Einfluss wirtschaftlicher Akteure auf die etablierte Politik sollte man nicht außer Acht lassen. Es ist pathologisch. Mit einer politischen Leitlinie, die sich einerseits der Selbstverachtung und anderseits einem im wahrsten Sinne des Wortes entgrenzenden Globalismus verpflichtet hat, können die Krisen und die Überfremdung nur zum Normalzustand werden. Und das wird unter diesen politischen Kräften auch so weiter gehen."*[1573]

Über die diffamierende Charakterisierung anderer Parteien als *„Parteienkartell"* hinaus enthalten die Ausführungen Springers zusätzliche Negativzuschreibungen, die darauf abzielen, das Misstrauen in die Integrität des Mehrparteiensystems und damit in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Ordnung zu vertiefen. So behauptet er, dass die anderen Parteien die eigene Nationalität hassten, das Eigene gar verachteten, vom

---

[1571] AfD-Kreisverband Hassberge, Rhön-Grabfeld: Facebook-Eintrag vom 12.06.2024, abgerufen am 26.06.2024.

[1572] Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 12.08.2022, abgerufen am 21.09.2022.

[1573] Heimatkurier: „René Springer (AfD): ‚Wir stellen uns dem antideutschen Block entgegen!'" vom 12.03.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 16.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. cc.)

krankhaften Drang getrieben seien, der ganzen Welt das eigene Übel aufzuzwingen und Deutschland zum Siedlungsgebiet verkommen zu lassen.

Von einem „*Altparteienkartell*" sprachen auch Dirk Brandes (Beisitzer im Bundesvorstand und MdB, NI) in einem am 15. August 2024 auf Facebook veröffentlichten Videobeitrag[1574] sowie Markus Walbrunn (MdL BY) in einem Tweet vom 9. Juni 2024[1575].

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schrieb in einem Tweet vom 4. Dezember 2023:

> *„Wer nicht zum Kartell gehört, soll verboten werden – namens der Demokratie. [...] Was für eine Verkommenheit!"*[1576]

Die AfD-Landtagfraktion Baden-Württemberg bezeichnete im Oktober 2023 auf Facebook die etablierten Parteien als „*Kartellparteien*" und „*Einheitsparteien*":

> *„Die Altparteien stilisieren sich gern als Freunde Israels und des jüdischen Volkes. So auch bei der letzten Landtagsdebatte, in der sie sich vermeintlich entschieden gegen jeglichen Antisemitismus in Deutschland stellten. Doch was genau soll das bedeuten? Was bekunden die Einheitsparteien…und wie handeln diese am Ende? So viel ist sicher: Dieser Auftritt der Kartellparteien war an Heuchelei schwerlich zu überbieten. Sie überschlugen sich förmlich in Schuldzuweisungen und gerade Grüne und CDU verleumdeten unsere AfD-Fraktion in altbekannter Weise als Partei von Antisemiten. So viel, so gut… aber definitiv nichts Neues im Westen."*[1577]

Anstelle des expliziten Vorwurfs eines „*Parteienkartells*" verunglimpfte Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) die Regierungsparteien am 4. Juni 2023 auf Facebook als „*Gemeinschaft von Politgangstern*":

> *„Was die vergrünte CDU unter Merkel begonnen hat, wird von der gegenwärtigen Linksaußen-Regierung konsequent fortgesetzt: Sie brechen deutsches Asylrecht in dem Wissen, dass es niemanden gibt, der sie daran hindern wird. Die deutsche Justiz sowieso nicht und auch von internationalen Institutionen ist kein Widerstand zu erwarten. Der deutsche Wähler wird erkennen müssen, dass die alten*

1574 Brandes, Dirk: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 15.08.2024, Kanal: „Dirk Brandes – Für Niedersachsen im Bundestag", abgerufen am 16.09.2024.
1575 Walbrunn, Markus: Tweet vom 09.06.2024, abgerufen am 26.06.2024.
1576 Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 04.12.2023, abgerufen am 05.12.2023.
1577 AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 15.10.2023, abgerufen am 17.11.2023.

> *Parteien sich dazu verschworen haben, unser geltendes Recht mit Füßen zu treten. Wenn er dies nicht akzeptieren will, bleibt ihm nur eine Chance: Die einzige Partei zu wählen, die sich dieser verschworenen Gemeinschaft von Politgangstern entgegenstellt. Auch wenn er nicht mit allem einverstanden ist, was die AfD sagt oder tut – auf eines kann sich jeder Deutsche verlassen: Die AfD wird deutsche Interessen vertreten und geltendes Recht konsequent umsetzen. Immer. Zu jeder Zeit und gegen jeden Widerstand.*"[1578]

Lindemann spricht hier allen Parteien außer der AfD die Legitimität ab, indem er ihnen unterstellt, sie hätten sich zum vorsätzlichen und fortlaufenden Rechtsbruch verschworen.

Im Nachgang zur brandenburgischen Landtagswahl im September 2024 gab die Co-Bundessprecherin Alice Weidel dem Magazin COMPACT ein Interview, in dessen Verlauf sie – in Anspielung auf frühere, undemokratisch geführte Institutionen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – alle anderen politischen Parteien als „*Nationale Volksfront*"[1579] bezeichnete. Die Bezeichnung wird offenkundig als Synonym für „*Kartellparteien*" verwendet und kann zugleich als Anspielung auf den DDR-Begriff „Nationale Front" verstanden werden.

Am 20. Dezember 2022 beschuldigte Marvin Weber (Kreisverbandssprecher der AfD Paderborn, NW) die öffentlich-rechtlichen Medien, Propaganda für den Staat zu betreiben. Er warf ihnen vor, „*Narrative*" der Regierung ungeprüft zu übernehmen und zu unterstützen, und verunglimpfte die Regierung zugleich als „*US-Statthalter*", „*politmediales Verbrecherkartell*" sowie als „*geistig verwahrloste, dummdreiste, bis masochistische Politelite*":

> „*Die Ampelregierung der US-Statthalter geben alles dafür, dass Deutschland auf allen Ebenen ausblutet. Der ewige Beifall wird vom Staatsfunk propagiert bis niemand mehr diesen Schwachsinn schaut. Sie werden den ewigen ‚Nazi'-Popanz ausspielen, bis Deutschland komplett ausgesaugt ist. Der Great Reset ist ihr Ziel. Die Masse ist arglos und scheint geistig wehrlos. Anstatt souverän und selbstbewusst zu handeln, übernimmt man lieber die einfachen Narrative des politmedia-*

[1578] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 04.06.2023, abgerufen am 07.06.2023.
[1579] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT zur Landtagswahl in Brandenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.09.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 23.09.2024.

> *len Verbrecherkartells. […] Doch es rumort in der Gesellschaft, viele wollen dieses Regime nicht mehr stützen und übernehmen teilweise unwissend AfD-Thesen, weil es der klaren Vernunft entspricht, ohne AfD-Wähler zu sein, da helfen auch keine inszenierten Putsche der Antidemokratin Faeser, die nun ihren Überwachungs- und Denunziantenstaat ausweiten will, um die Demokratie nachweislich zu schädigen. Doch in dieser verlumpten West-DDR und mit dieser geistig verwahrlosten, dummdreisten, bis masochistischen Politelite scheint in diesem Land jede totalitäre Geisteshaltung gegen das eigene Land möglich, umgesetzt zu werden.*"[1580]

Weber unterstellt der Regierung in seinem Beitrag die vollständige Ausbeutung des deutschen Volkes mit dem Ziel des „*Great Reset*". Aus der Sicht Webers erfährt der Staat dabei Unterstützung durch die Medien, die mit ständigen Beiträgen über die Zeit und Folgen des Nationalsozialismus die Vergangenheit instrumentalisierten, um einem neuen deutschen Selbstbewusstsein entgegenzuwirken und die Wahrnehmung deutscher Interessen zu verhindern. Webers Aussagen verunglimpfen grob Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Regierung und banalisieren die aufklärende Berichterstattung über die Zeit des Nationalsozialismus als „*ewigen ‚Nazi'-Popanz*", also als künstlich erzeugte Schreckgestalt. Damit wiederum geht auch eine Relativierung der NS-Verbrechen und eine Fundamentalkritik an der für das bundesrepublikanische Selbstverständnis enorm wichtigen Geschichts- und Vergangenheitsaufarbeitung nach 1945 einher. Zudem nutzt Weber hier wieder das antidemokratische Bild eines Kartells, indem er ein „*politmediale[s] Verbrecherkartell*" anprangert.

Im Februar 2024 äußerte sich Marvin Weber auf Facebook in vergleichbarer Weise. Er beantwortete eine Interviewfrage zu seiner Haltung in Bezug auf Protestkundgebungen gegen Rechtsextremisten folgendermaßen:

> „*Die Masse auf den Demonstrationen sind aus meiner Sicht der letzte Hilfeschrei eines politmedialen Kartells, das die Sorgen und Nöte der deutschen Bürger, beispielsweise das Aufbegehren der Landwirte in Form der Bauernproteste, zu unterdrücken und zu verschleiern versucht. Es wirkt wie die inszenierten Proteste der Nachfolgepartei der SED, nämlich der PDS aus dem Jahre 1990, als inszenierte Großproteste zum ‚Kampf gegen den Faschismus' und gegen ‚Rechts' als*

[1580] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 20.12.2022, abgerufen am 22.12.2022.

letztes Aufbegehren eines entmachteten Unrechtsherrschaft inszeniert wurden. Die DDR-Staatsdoktrin lässt also grüßen im bunten Deutschland.“[1581]

Am 24. November 2022 sprach Wolfgang Pöschl[1582], Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Schwandorf-Cham und Mitglied des Bezirkstags Oberpfalz (BY), auf einem überparteilichen Vernetzungstreffen und sagte:

> *„Wie kommt es dazu, dass unser Lebensstandard in den letzten Jahrzehnten so dramatisch gesunken ist? Weil wir von einer ideologieverseuchten Räuberbande regiert werden. Lobbyisten der Kartellparteien und vor allem voran der Grünen stopfen sich die Taschen voll, indem sie uns mit Steuern auf Energie CO2 und auf unser Vermögen unser Hab und Gut schleichend enteignen. […] Während euer Bankkonto geplündert wird, fließt das Geld in die Taschen der globalistischen Superreichen, der globalistischen Eliten, wie Klaus Schwab, George Soros, Bill Gates, König Charles III von Großbritannien und so weiter. Und deren korrupten Handlanger wie früher schon Merkel und jetzt unsere rot-grünen Politdarsteller in München, Berlin und Brüssel. […]*
> *Mit allen Mitteln suchen sie nun nach Sündenböcken, um die Schuld am finanzwirtschaftlichen Zusammenbruch von sich abzuwenden. Die Zerstörer der freiheitlichen wirtschaftlichen und politischen Ordnung des Westens, die unermesslichen Reichtum gesammelt haben, wollen jetzt ihrer Verantwortung entkommen. […] Wir lassen uns von den Lügen dieser Gauner nicht mehr irreführen! Zum Teufel mit ihnen! […] Das haben wir übrigens auch den korrupten, verlogenen Rundfunkmedien zu verdanken. Um ihre Macht und ihr durch Unrecht gerafftes Geld vor einem Crash wie 1929 zu schützen, wollen die Profiteure eine neue Ordnung der Welt und des Wirtschaftssystems den Menschen auferlegen. In einer unheiligen Allianz mit machtgierigen Neomarxisten wollen die globalen Spieler ihre Macht in einer globalen, totalitären Herrschaft sichern, der sogenannten Global Governance. […] Sie haben uns Bürger dabei ausgenutzt und uns unseren Wohlstand genommen. Unsere Freiheit, unsere Demokratie, der Rechtsstaat, unsere Kultur, alles das wollen sie uns nehmen! Jetzt wollen sie uns auch noch eine neue, totalitäre Weltordnung aufzwingen, um uns zu unterwerfen und zu*

[1581] Weber, Marvin: Facebook-Eintrag vom 03.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[1582] Gegen Wolfgang Pöschl lief ein Parteiausschlussverfahren, zu dessen Gründen und Ausgang keine Erkenntnisse vorliegen. Pöschl ist Stand Januar 2025 nicht mehr Mitglied der AfD.

knechten. Werdet ihr das wirklich zulassen? Wir sind die große Mehrheit, wir sind bereit, unsere Bestimmung für die Freiheit zu verteidigen. Nach Artikel 20 GG haben wir das Recht und die Pflicht dazu. Stehen wir jetzt gemeinsam auf, nehmen wir unser Schicksal in die Hand und holen wir uns unsere Freiheit, unsere Selbstbestimmung und unsere Zukunft wieder zurück! […] Stoppen wir den globalen Totalitarismus dieser Akteure und Volksverräter!"[1583] [1584]

Pöschl diffamiert die Bundesregierung als „*ideologieverseuchte Räuberbande*", „*Volksverräter*" und „*Lobbyisten der Kartellparteien*", die die deutsche Bevölkerung zum eigenen Vorteil und im Interesse „*globalistischer Superreicher und globalistischer Eliten*" ausbeuteten. Verantwortung für diesen Missstand trügen auch die „*korrupten, verlogenen Rundfunkmedien*". Mit dem Bedrohungsszenario einer „*globalen, totalitären Herrschaft*" spielt Pöschl auf die Verschwörungstheorie des „Great Reset" an, bei dessen Realisierung Deutschland der Verlust von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Kultur drohe.

Es konnten im Beobachtungszeitraum zahlreiche weitere Instanzen festgestellt werden, in denen seitens der AfD und ihrer Politikerinnen und Politiker der Begriff der „*Kartellparteien*" oder Abwandlungen dessen verwendet wurde.[1585] Auch die Begriffe „*Blockparteien*"[1586] und „*Einheitsfront*"[1587] wurden vereinzelt verwendet.

Den aufgeführten Äußerungen ist gemein, dass sie die Parteienlandschaft mit Ausnahme der AfD als illegitim diffamieren. Dabei wird durch die Nutzung von Begriffen

---

[1583] Pöschl, Wolfgang: Redebeiträge des Vernetzungstreffens; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.11.2022, Kanal: „Deutsche Konservative", abgerufen am 28.11.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. d. dd.)

[1584] Endstation Rechts: „Vernetzungstreffen mit AfD und III. Weg in Ostbayern" vom 28.11.2022, in: www.endstation-rechts-bayern.de, abgerufen am 29.11.2022.

[1585] Oehme, Ulrich: Facebook-Eintrag vom 31.12.2023, abgerufen am 04.01.2024. Storch, Beatrix von: Tweets vom 02.02.2024 und 03.02.2024, abgerufen am 07.02.2024. Storch, Beatrix von: Tweets vom 13.02.2024, 18.02.2024, 24.02.2024, 25.02.2024 und 03.03.2024, abgerufen am 04.03.2024. Storch, Beatrix von: Tweets vom 12.03.2024, 22.03.2024 und 29.03.2024, abgerufen am 03.04.2024. Oehme, Ulrich: Facebook-Eintrag vom 20.02.2024, abgerufen am 23.02.2024. Hilse, Karsten: Interview mit dem Deutschland-Kurier; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.08.2024, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 12.08.2024. AfD Thüringen: Facebook-Eintrag vom 04.09.2024, abgerufen am 24.09.2024. Haseloff, Daniel: Tweet vom 06.09.2024, abgerufen am 26.09.2024. Weiß, Thorsten: Tweet vom 23.09.2024, abgerufen am 15.11.2024. Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 28.09.2024, abgerufen am 07.01.2025. Kaufner, Dominik: Tweet vom 30.09.2024, abgerufen am 01.10.2024. Khan-Hohloch, Mary: Tweet vom 13.10.2024, abgerufen am 25.10.2024. Weiß, Thorsten: Tweet vom 17.10.2024, abgerufen am 11.11.2024. Khan-Hohloch, Mary: Tweet vom 20.10.2024, abgerufen am 25.10.2024. Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 25.10.2024, abgerufen am 07.01.2025.

[1586] Richter, Volker: Facebook-Eintrag vom 29.09.2024, abgerufen am 02.12.2024.

[1587] Springer, René: Tweet vom 02.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.

wie „*Kartellparteien*" suggeriert, die (anderen) Parteien seien überhaupt nicht in der Lage, Teil eines freien Meinungsbildungsprozesses und entsprechend demokratischer Abläufe zu sein; damit wird in einer dem Demokratieprinzip widersprechenden Weise schon die Möglichkeit ausgeschlossen, die anderen Parteien könnten auch gleichwertig sein.

d. Gleichsetzung der Bundesrepublik etwa mit dem Nationalsozialismus und der DDR oder allgemein mit einer Diktatur

Die AfD bringt die Bundesrepublik, die Regierung, die etablierten Parteien und deren Vertreterinnen und Vertreter immer wieder mit dem Dritten Reich, Hitler und dem Nationalsozialismus in Verbindung oder vergleicht sie gar damit. Darin liegt neben der schwerwiegenden Verunglimpfung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zugleich eine Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Gräueltaten.

Zudem machen Vertreterinnen und Vertreter der AfD die Repräsentantinnen und Repräsentanten der staatlichen Ordnung regelmäßig auch durch wiederholte Vergleiche mit der DDR und der Staatspartei SED verächtlich. Dies geschieht sowohl allgemein wie auch unter Bezugnahme auf bestimmte Sachthemen, wie etwa die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie.

Hier werden zunächst die allgemeinen Aussagen dieser Art ausgewertet; im folgenden Unterkapitel e. folgen dann diejenigen Aussagen, die im Zusammenhang mit konkreten politischen Vorgängen stehen.

aa. Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus

In einem am 26. November 2022 auf Facebook veröffentlichten Video äußerte sich Tino Chrupalla (Co-Bundessprecher und MdB, SN) etwa zum Umgang mit der Symbolik der LGBTQI+-Community im Rahmen der Fußball-WM seitens der FIFA und dem Gastgeberland Katar sowie der anschließenden Reaktion deutscher Politikerinnen und Politiker. Dabei zog er implizit einen direkten Vergleich zwischen der amtierenden Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die eine bunte Armbinde aus Solidarität mit der LGBTQI+-Community trug, und Nationalsozialisten mit Hakenkreuzarmbinde:

> *„Und Bundesinnenministerin Nancy Faeser stand mit bunter Armbinde auf der Tribüne. Deutsche Regierungspolitiker mit Armbinde. Ich hatte gehofft, dass wir dieses Bild nie wiedersehen müssen.“*[1588]

Ebenfalls anlässlich der Debatte um die Fußball-WM in Katar kommentierte das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Thorsten Weiß am 23. November 2022 Faesers Armbinde auf ähnliche Weise in einem Tweet:

> *„Nach 80 Jahren tragen deutsche Minister im Ausland wieder Armbinde. #OneLove #Faeser“*[1589]

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) setzte in einem Facebook-Beitrag vom 29. Juni 2021 die Bundesrepublik Deutschland mit dem NS-Regime und der DDR gleich:

> *„In beiden deutschen Diktaturen forderten die politischen Machthaber diese Art von Untergebenheit. Geschichte wiederholt sich".*[1590]

In einem Facebook-Beitrag vom 4. August 2021 sah Hilse die Bundesrepublik Deutschland bereits auf dem Weg in den „*Totalitarismus*“:

> *„Die Zeichen, dass sich die Berliner Republik gerade in Richtung Totalitarismus entwickelt, sind unübersehbar. Niemand wird sagen können: ‚Ich habe nichts gewusst'.“*[1591]

Auch Christine Anderson (MdEP, HE) attestierte mehreren westlichen Staaten eine totalitäre Ausrichtung, indem sie am 26. August 2024 auf Facebook eine angebliche Zensur sozialer Medien unterstellte:

> *„Das Ende einer Demokratie-Simulation? Frankreich inhaftiert den Gründer von Telegram, Pavel Durov. Angeblich im Auftrag der US-Administration. Die EU versucht Elon Musk wegen X mit hohen Strafen zu erpressen. […] Der sog. ‚Werte-Westen‘ lässt seine Masken fallen & dahinter sehen wir die hässliche Fratze des Totalitarismus. Die falschen Eliten setzen alles auf eine Karte. Es geht ihnen um*

[1588] Chrupalla, Tino: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 26.11.2022, Kanal: „Tino Chrupalla“, abgerufen am 29.11.2022.
[1589] Weiß, Thorsten: Tweet vom 23.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.
[1590] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 29.06.2021, abgerufen am 13.07.2021.
[1591] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 04.08.2021, abgerufen am 05.08.2021.

Meinungskontrolle & die Macht über Gedanken & Worte. Wenn sie jetzt gewinnen, leben wir ab morgen in einem feudalen Polizeistaat. Und zwar weltweit. Das dürfen wir niemals zulassen!"[1592]

Darunter veröffentlichte Anderson eine Grafik mit dem Text: „Meinungskontrolle & Gedankenverbrechen: Wie der Westen sich selbst verrät."

Am 18. Juli 2022 kommentierte der Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) den Umgang Faesers mit möglichen Protesten der Bevölkerung im kommenden Herbst und Winter und warf der Ministerin vor, unter einer irreführenden euphemistischen Bezeichnung die Errichtung von Gulags oder Konzentrationslagern zu prüfen:

> *„Die Frau Faeser wird bis dahin alles in Ruhe geordnet haben. Sie wird Meldestellen und Beruhigungsstätten für die darob aufgebrachten Menschen eingerichtet haben. Sie sucht nur noch nach einem gut klingenden Namen, da sie den Begriff ‚Gulag' aus nachvollziehbaren Gründen nicht verwenden will. Ich frage jetzt für einen Freund: Werden diese bürgerlichen ‚Beruhigungsstätten' für die unzählig vielen asozialen, also aufgewachten ‚Un'bürger, dezentral in den Bundesländern eingerichtet? Oder zentral irgendwo in unserem Bundesstaat? Verwaltungstechnisch wäre die 2. Alternative sicher die einfachere und kostengünstigere Lösung. Sehr verehrte Frau Faeser, sollten Sie noch Berater für die Organisation oben genannter ‚Beruhigungsstätten' benötigen, wenden Sie sich gerne an mich. Ich habe mich zeitlebens mit kommunistischen - auch nationalsozialistischen - Gulags und Konzentrationslager und den damit verbundenen Unrechtsregimen beschäftigt."*[1593]

Im August 2022 bezeichnete Martin Renner die Bundesrepublik unter der „Ampel"-Regierung mehrfach als *„öko-sozialistische[s] Grüne[s] Reich"*.[1594]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel verbreitete auf seinem Facebook-Account am 23. Mai 2024 anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes einen demokratiefeindlichen Fremdbeitrag, in dem es heißt:

> *„Da sich heute besonders viele Heuchler und GG-Verfassungsrealitäten-Brecher des Themas medial bemächtigen, mal bitte zurück auf Anfang: ‚Der Staat ist um*

[1592] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 26.08.2024, abgerufen am 07.01.2025.
[1593] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 18.07.2022, abgerufen am 25.08.2022.
[1594] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 16.08.2022, abgerufen am 25.08.2022. Facebook-Eintrag vom 17.08.2022, abgerufen am 25.08.2022.

des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.' Artikel 1 des Entwurfs, den… #GG"

sowie

„75 Jahre Grundgesetz | Deutschlands faktisches Ein-Parteien-Regime inszeniert Jubelfeiern während die
- prominenten Dissidenten im Gefängnis
- oder im Ausland sitzen
- die einzige Opposition verboten werden soll
- und Regierungskritik ‚unterhalb der Strafbarkeit' vom Geheimdienst verfolgt wird."[1595]

Abgebildet war im Beitrag zudem ein an den Reichsadler angelehntes Adlersymbol, in welchem anstelle des Hakenkreuzes ein Herzsymbol platziert wurde:



Der bayerische AfD-Landesvorsitzende Stephan Protschka (MdB, BY) veröffentlichte am 22. Februar 2024 auf Telegram eine Grafik mit folgender Aufschrift:

„‚1933 darf sich nicht wiederholen!'
Bürger wurden von den Nationalsozialisten diffamiert
Andersdenkende wurden verraten
Die Medien wurden kontrolliert
Meldestellen wurden eingerichtet
Das Volk wurde gespalten
Parteien wurden verboten"[1596]

[1595] Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 23.05.2024, abgerufen am 27.05.2024.
[1596] Protschka, Stephan: Telegram-Beitrag vom 22.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

Dazu schrieb Protschka:

> *„All diese Dinge wiederholen sich heute. Doch es ist nicht die AfD, die dafür verantwortlich ist. Es sind die Sozialisten der SPD und ihre Koalitionspartner, die Grünen und die FDP. Wir sind nicht das Problem, wir sind die Lösung!*
> *Deshalb überlege dir gut, mit wem und wogegen du auf die Straße gehst. Denn 1933 ist näher, als du denkst!"*[1597]

Thomas Dietz (MdB, SN) und Carolin Bachmann (MdB, SN) teilten im Mai 2024 auf Telegram einen Beitrag von reitschuster.de, in dem die Verurteilung von Björn Höcke (MdL TH) folgendermaßen kommentiert wurde.

> *„Das Landgericht in Halle, an dessen Fassade der bekannte KZ-Spruch ‚Jedem das Seine' in Reinform prangt, verurteilt AfD-Mann Höcke zu 13.000 Euro Geldstrafe, weil ein Satz von ihm drei Wörter enthielt, die unbekannterweise auch die SA verwendete. Und die bei einer CSU-Frau und bei einem Spiegel-Journalisten keinerlei Konsequenzen hatten. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, wäre Höcke damit vorbestraft, weil das Strafmaß bei 100 Tagessätzen liegt. Ab 91 Tagessätzen gilt ein Veurteilter als vorbestraft. Das Gericht machte also eine Punktlandung. Statt einem Rechtsstaat haben wir einen Linksstaat. Viele Richter versuchen nicht mal mehr den Eindruck zu erwecken, neutral zu sei. Das wäre wohl für die Karriere sehr ungünstig im rot-grünen Gesinnungsstaat. Wohin soll das alles noch führen? Was kommt als Nächstes? Internierungslager für ‚Rechte'? Bücherverbrennungen? Scheiterhaufen? Ich meine echte. Virtuell haben wie Bücherverbrennungen und Scheiterhaufen ja schon längst wieder."*[1598] [1599]

Zwar könnten die NS-Vergleiche am Ende des Zitats möglicherweise noch als in die Zukunft gerichtete Mahnung zu verstehen sein. Allerdings spricht Dietz hier bereits jetzt der Bundesrepublik die Rechtsstaatlichkeit ab, woran die NS-Gleichsetzungen anknüpfen.

Der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse sagte in einer Rede am 19. Juni 2021:

[1597] Ebd.
[1598] Dietz, Thomas: Telegram-Beitrag vom 14.05.2024, abgerufen am 15.05.2024.
[1599] Bachmann, Carolin: Telegram-Beitrag vom 14.05.2024, abgerufen am 15.05.2024.

„Gegen das stetige Upgraden unserer Gesellschaft hin zur nächsten Diktatur, zur dann dritten sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden, müssen wir hier - und wir tun es - wir müssen Widerstand leisten. Zwei sozialistische Diktaturen auf deutschem Boden sind genug. [...] Und natürlich trägt [...] diese ganze Misere, die wir heute sehen, diese andauernde Freiheitsberaubung, die Einschränkung der Meinungsfreiheit, die Ausgrenzung Andersdenkender - wir werden ja ausgegrenzt - mit teilweise linksfaschistischen Methoden eindeutig Züge eines totalitäres Regimes - ein totalitäres Regime kommt oft, nicht immer, aber oft, zustande, wenn menschenfeindliche Ideologie auf den Gleichmut eines großen Teils der Bevölkerung trifft.

Das ist das, was wir heute sehen. Sophie Scholl hat mal gesagt, die große Schicht [...] der Bevölkerung müssen quasi den Mantel der Gleichmut ablegen und sich letztendlich informieren. Das ist das, was unsere Aufgabe heute ist. Wir müssen [...] die Menschen aufklären, dass wir eben auf dem Weg in so ein totalitäres Regime sind“.[1600]

Durch die Behauptung, Deutschland werde zur nächsten Diktatur entwickelt und die explizite Bezugnahme auf zwei diktatorische Regime in der Vergangenheit, diffamiert Hilse die Repräsentantinnen und Repräsentanten der verfassungsmäßigen Ordnung in demokratiefeindlicher Weise. Seine These untermauert er, indem er behauptet, es würden „*linksfaschistische[r] Methoden*“ und eine „*menschenfeindliche Ideologie*“ angewandt. Die AfD habe – so die Quintessenz dieser Darstellung – heute dieselbe Aufgabe wie die Widerstandskämpfer um Sophie Scholl im Dritten Reich.

Auf dem politischen Aschermittwoch am 22. Februar 2023 in Osterhofen (BY) hielt der bayerische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka eine Rede, in der er wiederholt den amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder unter Anspielung auf Adolf Hitler als „*Südolf*“ verunglimpfte.[1601]

Martin Braukmann, Vorsitzender der ersten Kammer des AfD-Bundesschiedsgerichts und seit September 2024 sächsischer Landtagsabgeordneter, verglich den damaligen

---

[1600] Hilse, Karsten: Redebeitrag in Bernsdorf (SN) am 19.06.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 19.06.2021, Kanal: „Michel Michael Wittwer“, abgerufen am 30.06.2021.

[1601] Protschka, Stephan: Redebeitrag auf dem politischen Aschermittwoch am 22.02.2023 in Osterhofen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2023, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 28.02.2023.

Präsidenten des BfV Thomas Haldenwang in einem Facebook-Beitrag vom 26. April 2023 mit dem nationalsozialistischen Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels:

> *„Haldenwang wird m.E. immer mehr zum neuen Göbbels. Seine Interpretation des Grundgesetzes wird zum Maßstab erhoben. Alles andere ist rechtsextrem. Widerlich und demokratiefeindlich.“*[1602]

Am 1. Mai 2023 verunglimpfte Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) den Verfassungsschutz in einem Facebook-Beitrag als *„neue Stasi-Behörde“*:

> *„Unsere Junge Alternative Sachen – das sind fleißige, fröhliche, feine junge Leute.*
> *Der Extremismus-Vorwurf der neuen Stasi-Behörde ist absurd, denn selbstverständlich gibt es ein deutsches Volk unabhängig vom Pass, genauso wie es ein französisches, ein jüdisches oder ein polnischen Volk gibt.“*[1603]

Als Reaktion auf die Verhaftung Daniel Halembas (MdL BY) schrieb Gunnar Lindemann (MdA, Beisitzer im Landesvorstand BR) am 30. Oktober 2023 auf X:

> *„Wenn die Regierung mit Methoden, wie es sie 1933 gab, gegen die demokratisch gewählte Opposition vorgeht, weiß man, wie es um die Demokratie in #Deutschland bestellt ist.“*[1604]

Eine ähnliche Gleichsetzung betrieb Lindemann, als er am 18. Januar 2024 auf einen Tweet antwortete, der besagte „Habeck will ‚systematisches Vorgehen der Sicherheitsbehörden‘ gegen AfD“:

> *„Wie 1933, da ging man auch gegen die Opposition vor.“*[1605]

Lindemann unterstellte der Regierung auch am nachfolgenden Tag die Unterdrückung der Opposition und zog dabei den Vergleich zu einer Diktatur. So schrieb er in einem Tweet vom 19. Januar 2024 als Reaktion auf einen tagesschau-Artikel mit der Überschrift „Scholz: Demokratie gegen Rechtsextremisten verteidigen“:

[1602] Braukmann, Martin: Facebook-Eintrag vom 26.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.
[1603] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 01.05.2023, abgerufen am 02.05.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[1604] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 30.10.2023, abgerufen am 06.11.2023.
[1605] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 18.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.

„Die Bundesregierung bekämpft die demokratische Opposition. Wie in einer Diktatur“.[1606]

Auch Martin Renner (MdB, NW) äußerte sich in einem Facebook-Beitrag vom 17. Februar 2024:

„Denkst Du oppositionell, dann wirst Du ausspioniert. Von Bürokraten, die das Werkzeug der Diktatoren sind.“[1607]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) verglich die Politik der etablierten Parteien in einem Facebook-Beitrag vom 30. Mai 2023 mit den Ideologien aus der Zeit des Nationalsozialismus sowie der DDR:

„Die Altparteien haben fertig – und sie wissen es! Ideologien haben unser Land zweimal in den letzten 100 Jahren an den Rand des Verderbens geführt. Und es waren kluge, gefährliche, anfangs undurchschaubare Verführungen. Verglichen mit den plumpen, dümmlichen Entscheidungen der Ampel nehmen sie sich aus wie nach Verständnis heischend.“[1608]

Moosdorf veröffentlichte zudem am 21. November 2023 auf Facebook einen Beitrag, mit dem er das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum zweiten Haushaltsnachtragsgesetz unter dem Titel *„Ein Hauch von Weimar“* kommentierte. Darin schrieb er unter anderem:

„Deutschlands Schicksalsmonat November, seit Heines ‚Wintermärchen‘ geschichtsbelastet wie kein anderer, wird zum politischen Grabstein einer Regierung, die es so seit Adolf Nazi niemals wieder gab. […] Dass diese Regierung eine von strukturellen Verfassungsbrechern ist, haben wir nun amtlich. […] Und heute sind sich die Kleptokraten ohne ökonomisches Grundwissen bereits einig: Die Ausrufung einer weiteren Notlage für das Jahr 2023 fortfolgend, soll es richten. […] Auf der Suche nach vergleichbarer Apokalypse muss man bis Weimar zurückgehen. Notstand, Rezession, explodierende Preise, Verarmung, wechselnde Regierungen. In diesem Kontext ist es fast folgerichtig, dass die Verbrecher ihre Kritiker zu verfolgen trachten und die einzige Partei, die ihnen seit ihrem Bestehen den Spiegel vor die Fratze hält, am liebsten verbieten möchten. Aber

---

[1606] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 19.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.
[1607] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 17.02.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[1608] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 30.05.2023, abgerufen am 01.06.2023.

keine Angst: Noch ist Thomas Haldenwang kein Hermann Göring. Die Demokratie wird das diesmal überleben – und zwar mit unserer Hilfe!"[1609]

Damit vergleicht Moosdorf die heutige Bundesrepublik mit der Herrschaft der NSDAP zur Zeit des Nationalsozialismus. Zudem diffamiert er Regierungsmitglieder als „*strukturelle Verfassungsbrecher*" und „*Kleptokraten*". Dadurch kommt auch das Ziel zum Ausdruck, das Vertrauen in das Mehrparteiensystem zu erschüttern.

Auch die folgenden Beiträge enthalten Vergleiche der derzeitigen Gegebenheiten mit dem Nationalsozialismus und anderen totalitären Regimen:

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Dietz (SN) verglich in einem Facebook-Beitrag vom 10. Mai 2023 die Bücherverbrennungen durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 mit den heutigen politischen Zuständen und behauptete, eine vergleichbare Unterdrückung bestimmter Meinungen bestehe weiterhin fort:

> „*Dass ausgerechnet in Deutschland Jahrzehnte nach der Bücherverbrennung Menschen mit ‚falscher' Meinung wieder reihenweise zensiert, schikaniert, entmenschlicht und verhetzt werden, dass Buchhändler wieder Bücher sortieren, um politisch ‚unreine' Bücher aus dem Sortiment zu halten, ist unerträglich. Die Denk- und Verhaltensmuster haben sich leider, anders als erhofft, nur wenig geändert - nur die Erscheinungsformen und vor allem die Lackierung sind andere.*"[1610]

Fabian Jacobi (MdB, NW) likte auf X (ehemals Twitter) einen fremden Tweet vom 14. September 2022, in welchem dem amtierenden Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck das Herausgeben eines „*Nero-Befehl[s]*" vorgeworfen wurde.[1611]

Damit wird ein Befehl Adolf Hitlers betreffend Zerstörungsmaßnahmen im Reichsgebiet bezeichnet. Mit dieser „Taktik der verbrannten Erde" sollte Infrastruktur unbrauchbar gemacht werden, damit alliierte Kräfte im Jahre 1945 von einer Übernahme nicht profitieren konnten. In dem Tweet wird damit die vermeintlich bewusste und gewollte Zerstörung von Teilen Deutschlands durch die eigene Regierung angedeutet. Von einer persönlichen Identifizierung mit dem Inhalt des fremden Tweets kann angesichts des „Likes" ausgegangen werden.

[1609] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.11.2023, abgerufen am 22.11.2023.
[1610] Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 10.05.2023, abgerufen am 16.05.2023.
[1611] Jacobi, Fabian: Gelikter Tweet vom 14.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

Siegbert Droese (bis 2021 MdB, seit Juni 2024 MdEP, SN) kommentierte in einem Tweet vom 18. September 2023 eine Aussage des CDU-Politikers Roderich Kiesewetter folgendermaßen:

> *„Ist Roderich Kiesewetter (CDU) ein Nazi? Der hatte gestern bei #AnneWill einen denkwürdigen Auftritt. Soviel widerlichen Russenhass hat man in D wahrscheinlich das letzte mal unter Himmlers Rassenkriegern erlebt."*[1612]

Mit der Anfangsfrage insinuiert Droese, Kiesewetter sei ein Nationalsozialist. Denn im Kontext der übrigen Aussage wird deutlich, dass die Frage keine offene ist, sondern eine rhetorische. Dies zeigt der direkte Vergleich mit Heinrich Himmler, der im NS-Staat die Vertreibung, Verfolgung, Deportation und Ermordung der europäischen Juden organisierte.

Am 3. September 2023 veröffentlichte Droese des Weiteren einen Tweet, in dem er einen Beitrag mit Video von Gesundheitsminister Lauterbach kommentierte:

> *„Und zur freundlichen Erinnerung, die hässliche Fratze des Faschismus unserer Tage."*[1613]

Am 9. August 2022 warf Marvin Weber (Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn, NW) der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Telegram einen *„radikalen Zersetzungswahn gegen die eigene Kultur"* vor:

> *„Die 68er-Denkschule und Ihre Agitatoren waren die geistig-reaktionären Nachfolger der Nationalsozialisten. Sie und ihre Post-68er-Nachfolger herrschen in ihrem radikalen Zersetzungswahn gegen die eigene Kultur wie ideologisch vernarbte Nazirichter, die tagtäglich noch nach 75 Jahren die Rache an den eigenen Bürgern planen. [...] Sie, also die Denkschule dar heutigen Grünen konnten durch die Institutionen marschieren und mit Hilfe von RAF-Terror, historischer Erpressung und kollektiver Sippenhaft ein traumatisiertes und ängstliches Volk in den Wahnsinn treiben und beherrschen. Die Multikulti-Abschaffung zum einen und fatale Abschaffung alles Deutschen durch die, die bis heute den Hitlerkult für ihren ewige Zwangsneurose konstruieren und den Rassismus gegen die eigenen zelebrieren, wird jeden Tag schlimmer. Wir müssen uns von Clans beherrschen, von den eingewanderten Kulturen aus den kriminellsten Regionen der Erde jeden*

[1612] Droese, Siegbert: Tweet vom 18.09.2023, abgerufen am 26.09.2023.
[1613] Droese, Siegbert: Tweet vom 03.09.2023, abgerufen am 05.09.2023.

Tag aufs Neue beglücken lassen und die westdeutsche Stürmerpresse, die den Antisemitismus durch Germanophobie eingetauscht hat, schweigt, relativiert, inszeniert mit ihrer Wortakrobatik eine neue Normalität. Was für eine kalte, ideologisch vernarbte Führungsschicht dieses polit-medialen Systems, die immer im Sinne des kultur- und staatszersetzenden Globalismus denkt, aber nie an die eigenen Bürger und diese wie Untertanen behandelt.

Der größte Verrat aber haben die ‚Bürgerlichen' begangen, die sich aus Konformismus, Opportunismus und Machtgier diesem neuen anti-deutschen Totalitarismus nicht nur unterworfen haben, sondern ohne Gegenstimme im Kadavergehorsam diese Doktrin der totalen Zersetzung übernommen haben und bis heute mit ihren Kampf-gegen-Rechts-Gesetzen die eigenen Bürger für Freiwild ihrer Antifa-Schlägertrupps erklären und die Meinungsfreiheit in Feudalherrenart radikal verachten. Die geistigen Erben der Nazis fordern Brandbomben auf Dresden, brennende Deutschlandflaggen, Umvolkung und Kanthölzer gegen den freien Geist. Sie leben das Motto: ‚Alles, alles über Deutschland' und sind idR. zugleich alimentierte Nutznießer dieses Landes und seiner noch deutschen Mehrheitsbevölkerung: Das schlimmste Schmarotzertum auf Erden, die geistig degenerierteste Pöbelherrschaft, die uns Deutsche jeden Tag aufs Neue als Feindbild schärft und in Grund und Boden regiert."[1614]

Weber setzt in seinem Beitrag die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Nationalsozialisten gleich, indem er diese als deren „*geistig-reaktionäre Nachfolger*" und „*geistige Erben*" diffamiert, und macht diesen die Zerstörung der deutschen Kultur zum Vorwurf. So konstatiert er die vermeintliche „*fatale Abschaffung alles Deutschen*" und spricht von „*historischer Erpressung und kollektiver Sippenhaft*" sowie einem „*Hitlerkult*", der zur Förderung einer „*Zwangsneurose*" der Deutschen „*konstruiert*" worden sei, um die Beherrschung und Unterdrückung des deutschen Volkes unter Ausnutzung seiner traumatischen Erfahrungen aus zwei Weltkriegen zu ermöglichen. Auch in diesem Beitrag zeigt sich mithin deutlich eine Verächtlichmachung der deutschen Aufarbeitung des Nationalsozialismus, indem er dieser die Berechtigung abspricht und sie sogar als schädlich darstellt. Darüber hinaus verweist Weber in seinen Ausführungen auf die aus seiner Sicht von der Presse verbreitete „*Germanophobie*", deren Wirkweise

[1614] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.

er mit Antisemitismus gleichsetzt, wodurch letzterer, insbesondere mit Blick auf die Opfer des Holocaust, in erheblichem Maße relativiert wird.

Den anderen Parteien wirft Weber vor, die vermeintlich gegen das deutsche Volk gerichtete, von ihm als *„Doktrin der totalen Zersetzung“* bezeichnete Einstellung der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ohne Widerspruch übernommen zu haben. Weber unterstellt den etablierten Parteien zudem ein dem Motto *„Alles, alles über Deutschland“* folgendes und damit explizit gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtetes Verhalten.

Am 20. Juli 2022 wurde auf der Internetseite des AfD-Kreisverbands Wittenberg (ST) ein Artikel unter dem Titel *„‚Es lebe das heilige Deutschland!‘ - ein Beitrag zum 20. Juli“* veröffentlicht. Bereits kurz darauf wurde er nach medialer Kritik wieder offline genommen und später in modifizierter Form wieder online gestellt.

Im Originalbeitrag suggeriert der Kreisverband, die Dimension der Vernichtung, die von den etablierten Parteien ausgehe, sei mit den Auswirkungen des Nationalsozialismus vergleichbar, weshalb sich unter Verweis auf die Widerstandskämpfer des 20. Juli die Frage nach einem *„20. Juli 2.0“* stelle und mithin die Frage nach einem legitimen Umsturzversuch gegen die amtierende Regierung:

> *„Aktuell wird die Vernichtung Deutschlands durch die eigenen Bürger betrieben, die grünen Ökosozialisten durch Verblendung bei den Wahlen den Auftrag erteilt haben. Die schwarze Opposition im Lande ist da nicht besser, hat man doch seit Jahren den grünen Fackelmännern, Frauen und anders geschlechtlichen Individuen den Teppich zu Theodore N. Kaufman oder Henry Morgenthau ausgerollt. Wann wird es eigentlich einen 20. Juli 2.0 bei der Truppe geben?“*[1615]

bb.Gleichsetzungen mit kommunistischen Systemen

Auch Vergleiche mit der DDR, der SED oder anderen totalitären Systemen zielen darauf ab, das Vertrauen der Bevölkerung in eine funktionsfähige Demokratie als Teil der geltenden verfassungsrechtlichen Ordnung zu unterwandern und letztere als letztlich untauglich ansehen zu lassen.

[1615] AfD Kreisverband Wittenberg: „‚Es lebe das heilige Deutschland!‘ - ein Beitrag zum 20. Juli“ vom 20.07.2022, in: www.afd-wittenberg.de, abgerufen am 22.07.2022 über archive.today mit Datum 20.07.2022.

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) bezeichnete etwa in einem Tweet vom 17. November 2023 die etablierten Parteien als die „*Deutschen Demokratischen Altparteien*" und schrieb zudem:

> „*Die Verfassungsfeinde sitzen in den Altparteien!*"[1616]

Der AfD-Bundesverband teilte den Beitrag Brandners.[1617]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 23. Juni 2023 auf X (ehemals Twitter):

> „*In #Sonneberg kehrt die CDU Thüringen zu ihren Wurzeln zurück: als Blockpartei der SED. Dagegen hilft nur, #AfD zu wählen.*"[1618]

Zwar bezieht sich die Äußerung konkret nur auf die Partei CDU. Mit der Verwendung des Begriffs „*Blockpartei*" wird jedoch zum Ausdruck gebracht, dass insgesamt ein der DDR vergleichbares Regime bestehe, in dem eine Partei allein und absolut herrsche und die „*Blockpartei*" sich diesem Führungsanspruch unterordne.

In einem Tweet vom 17. Mai 2022 betitelte Fabian Jacobi (MdB, NW) die etablierten Parteien im Stadtrat als „*Block der selbsternannten Exklusiv-Demokraten (SED)*".[1619]

Auch Steffen Kotré (MdB, BB) veröffentlichte auf Facebook am 10. März 2023 ein Video, in dem er die Personalpolitik des Auswärtigen Amts mit dem „*Kommissar-System*" der Sowjetunion verglich:

> „*Zum Anderen bedeutet es gleichzeitig auch, so wie es hier die Frau Baerbock in ihren Leitlinien festlegt eine Säuberung. Der Auswärtige Dienst wird gesäubert. Sie sagt ganz klar, neu eingestellt werden nur Menschen mit - also, Gender-Kompetenz und Kompetenz für Diversity und auch innerhalb des Dienstes werden Schulungen diesbezüglich angeboten. Ganz perfide, es wird eine Botschafterin für feministische Außenpolitik installiert und eine Anlaufstelle für eben diese besagte Art der Politik. Nicht nur in allen Abteilungen des Auswärtigen Dienstes sondern eben auch in den Auslandsabteilungen. Das ist nichts anderes als ein Kommissar-System, wie wir es in der Sowjetunion erlebt haben, in der, in der Roten Armee damals. Völlig klar, wer da also ausschert, ´ne andere Meinung hat,*

[1616] Brandner, Stephan: Retweet eines Tweets vom 17.11.2023, abgerufen am 12.12.2023.
[1617] Ebd.
[1618] Krah, Maximilian: Tweet vom 23.06.2023, abgerufen am 26.06.2023.
[1619] Jacobi, Fabian: Tweet vom 17.05.2022, abgerufen am 25.05.2022.

der kriegt gleich einen Punkt in der Akte und dessen Beförderung ist dann passé. Das ist nichts anderes als eine Säuberung."[1620]

Am 29. Juni 2021 unterstellte Karsten Hilse unter Berufung auf einen unzutreffenden und irreführenden Bericht von Tichys Einblick mit dem Titel „*Bildungsministerium erwägt Sozialpunktesystem nach chinesischem Vorbild für Deutschland*",[1621] im Bundesministerium für Bildung und Forschung planten „*die Erben von Lenin, Trotzki und Stalin*", kommunistische Umerziehungssysteme in Deutschland einzuführen.[1622]

Der seinerzeitige AfD-Wahlbewerber und spätere sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Mike Moncsek (mittlerweile MdL SN) setzte in einer Wahlkampfrede am 19. August 2021 in Stollberg (SN) die Bundesrepublik Deutschland mit der DDR gleich:

> „*Und diese Kommunisten – und ich sag's euch so wie's ist – diese Einheitspartei, die auch heute wieder regiert – alle zusammen, das ist genau die gleiche Situation, die wir '89 hatten. Und wir werden es diesmal selber wieder hier von Sachsen aus machen. Bloß diesmal machen wir's selber. […] Die Sachsen sind schlau. Wir sind diejenigen, die ein ganzes Regime, eine ganze Regierung demokratisch – ohne Waffen, ohne Gewalt – davongejagt haben. Und so wie's Honecker gegangen ist, wird's auch denjenigen gehen, die uns heute auf der Nase rumtanzen*".[1623]

Christine Anderson (MdEP, HE) veröffentlichte am 1. August 2024 einen Beitrag auf Facebook, in dem sie das heutige Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft mit dem zu DDR-Zeiten gleichsetzte:

> „*‚Wir brauchen neue Verschwörungstheorien – die alten sind alle wahr geworden!' Diesen Satz wiederhole ich nun bereits seit der Hochphase der Covid-19 P(L)andemie unablässig, als es jedem klar- und selbstdenkenden Menschen dämmern musste, daß so einiges am gleichgeschalteten Panik-Narrativ der Regierung(en) nicht stimmen konnte. […] Denn jeder mit Durchblick weiß: Die heutige sog. Zivilgesellschaft ist nichts anderes als das mit Steuergeld angefütterte*

[1620] Kotré, Steffen: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 10.03.2023, Kanal: „Steffen Kotré", abgerufen am 17.03.2023.
[1621] Zum tatsächlichen Vorgang vgl. BTDrucks. 19/32218.
[1622] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 29.06.2021, abgerufen am 13.07.2021.
[1623] Moncsek, Mike: Redebeitrag in Stollberg (SN) am 19.08.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.08.2021, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation", abgerufen am 20.09.2024.

politische Vorfeld der Regierungs- und Altparteien. Durchsetzt mit staatlich finanzierten Vereinen, Bündnissen, Medienschaffenden und NGOs ist dies nichts anderes als das, was einst in der DDR die Massenorganisationen der SED waren: Kettenhunde und Speichellecker des Establishments. Wer hier ernsthafte Aufklärung erwartet, dem ist nicht mehr zu helfen. […] Auch weil die Mitläufer, die vielen kleinen Vollstrecker, Hetzer, Denunzianten und Feiglinge von damals noch immer unter uns sind. Auch in der staatlichen Administration. Wenn ihre übergriffigen Dienstherren heute ungeschoren bleiben, dann wird sich dieser spezielle Menschenschlag im Schutze seiner Behörden-Schreibtische beim nächsten Mal noch heftiger austoben."[1624]

Anderson wiederholte ihre Gleichsetzung der etablierten Parteien mit dem Regime der ehemaligen DDR, als sie anlässlich der Wiedervereinigung am 3. Oktober 2024 auf Facebook schrieb:

„Die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Westens, machten sich die ehemalige DDR zur Beute. […] Es bedarf nun nicht mehr einer vorgeschalteten Bundesanstalt nach dem Muster einer Treuhand, um unser gemeinsames Volksvermögen aus dem Land zu transferieren. Heute haben unsere Regierung und ihre Erfüllungsgehilfen im politischen Establishment ihre Hände direkt im Spiel, wenn es erneut darum geht, das Geld der Deutschen auf Nimmerwiedersehen - diesmal in Richtung EU - verschwinden zu lassen. Dies alles geschieht heute mit derselben herablassenden Arroganz wie damals. Und wer das nicht möchte, seine berechtigten Sorgen und Kritik über die abgehobene und bürgerfeindliche Politik der deutschen Gegenwart zum Ausdruck bringt, wird als Wutbürger, Verlierer, Schwurbler, Dunkeldeutscher, Verschwörungstheoretiker oder gar gleich als Rechtsradikaler vom Altparteienkartell beschimpft. Die Vokabeln, mit denen Regierung und medialer Komplex mittlerweile Opposition und Kritiker verunglimpfen, haben sich freilich seit damals etwas geändert, der Geist einer SED wohnt aber auch ihnen wieder inne. Und so stehen sie heute wieder einträchtig beieinander - die charakterlosen und selbstverliebten Vertreter unserer Altparteien - und feiern den 34. Jahrestag unserer Wiedervereinigung, während sie gleichzeitig dabei sind, mit denselben Methoden und Zielsetzungen von damals,

[1624] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 01.08.2024, abgerufen am 08.01.2025.

eine neue DDR 2.0 entstehen zu lassen. Wer dies erst einmal bemerkt hat, dem ist nicht mehr ernsthaft nach Feiern zumute.“[1625]

Lars Kuppi (MdL SN) veröffentlichte im Juli 2024 auf Facebook einen Beitrag, in dem er schrieb:

> *„Sächsische Unternehmen und Vereine haben die Kampagne ‚#stabilbleiben‘ zur Landtagswahl gestartet. Angesichts einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung wollen sie ein ‚Zeichen für mehr Miteinander‘ und ‚Vielfalt‘ setzen und hoffen auf eine hohe Wahlbeteiligung. Beteiligt sind mehrere Staatsunternehmen und Vereine, die die Regierung mit Steuergeldern finanziert“.*[1626]

Dazu veröffentlichte Kuppi die beigefügte Grafik mit dem Slogan *„Einheitsfront wie in der DDR!“*:



Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) monierte in einem Facebook-Beitrag vom 23. Juli 2022 die *„totalitären Methoden“* der Regierung und zog einen Vergleich zur DDR:

> *„Das Ziel dieser neuen Sprachpolizei ist klar: Den Bürgern wird signalisiert, dass sie unter Beobachtung stehen, dass kritische politische Äußerungen erfasst und*

[1625] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 03.10.2024, abgerufen am 07.01.2025.
[1626] Kuppi, Lars: Facebook-Eintrag vom 11.07.2024, abgerufen am 29.07.2024.

gesammelt werden. […] Die Regierung setzt also, auch wenn kein juristisches Vergehen vorliegt, auf Einschüchterung – auf totalitäre Methoden, wie wir sie z.B. aus der DDR kennen.“[1627]

Am 15. Februar 2024 teilte das damalige Landesvorstandsmitglied Siegbert Droese (seit Juni 2024 MdEP, SN) folgenden Tweet der AfD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, die darin Martin Vincentz (MdL NW und Landesvorsitzender NW) zitierte:

> *„‚Das erinnert dann schon stark an die DDR. Als #AfD werden wir dem Druck standhalten, denn es muss klar sein: Wer zu solchen Mitteln greift, entlarvt sich selbst als Gegner der Demokratie!‘ - @Vincentz_AfD“*[1628]

Der Tweet erfolgte in Bezug auf die folgende Grafik:



Hans-Christoph Berndt (MdL BB) verglich die Bundesrepublik Deutschland und deren Institutionen in seiner Rede in einer von PEGIDA organisierten Veranstaltung am 29. Januar 2024 in Dresden (SN) mehrfach mit der DDR und bezeichnete Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien als „*Postdemokraten*“:

> *„Diese Demos gegen rechts sind nichts Anderes als minutiös geplante Aufmärsche zur Einschüchterung und zur Demotivation aller, die sich den Kartellparteien beim Abbau unseres Landes und beim Rückbau der Demokratie entgegenstellen. Das schrieb mein Freund René Springer und er hat vollkommen recht. […] Bestätigt sich es, was Tichy berichtet hat, dass der Verfassungsschutz nach Art*

[1627] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 23.07.2022, ohne Abrufdatum.
[1628] Droese, Siegbert: Retweet eines Tweets vom 13.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

der Stasi eine privates Treffen in einem Hotel mit Wanzen durchsetzt und mit Spitzeln durchsetzt hat, und dass er im Zusammenspiel mit den informellen Mitarbeitern von Correctiv damit den Anlass für eine Kampagne gegen die Opposition gegeben hat, dann ist nicht nur Erich Haldenwang fällig, dann muss Nancy Faeser weg und die ganze schändliche Ampel auch. [...] Liebe Freunde, die Vorbereitung und die Durchführung dieser Aufmärsche der Regierenden zeigen, dass Deutschland in diesem Jahr 2024 nicht einfach in eine Krise treibt, sondern zielgerichtet von den Regierenden getrieben wird. [...] In dieser Krise steckt auch eine Chance und steckt auch eine Ermutigung. Denn diese Krise gäbe es nicht ohne die rasant gewachsene Kraft der Antiregierungsproteste, der Bürgerbewegung und der Alternative für Deutschland. Die Postdemokraten haben einfach Angst. [...] Allein die Angst vor Machteinbußen verzerrt das Gesicht unserer jetzigen Bonzen und es verzerrt diese Gesichter bis zur Kenntlichkeit und siehe da, [....] die im Reichstag sitzen und sich hinter einem Graben verstecken wollen, sie sehen zum Verwechseln denen ähnlich, die in Wandlitz[1629] *saßen und sich dort eingemauert haben. [...] Und diejenigen, diejenigen, die Martin Sellner nicht einreisen lassen wollen, sie sehen zum Verwechseln denjenigen ähnlich, die uns nicht ausreisen lassen wollten. Und liebe Freunde, die heute die AfD verbieten wollen, die heute die AfD verbieten wollen, die hätten 1989 beim neuen Deutschland mit unterschrieben, als es hieß: ‚Der Minister des Inneren der DDR teilt mit, dass ein von zwei Personen unterzeichneter Antrag zur Bildung einer Vereinigung Neues Forum eingegangen, geprüft und abgelehnt wurde. Ziele und Anliegen der beantragten Vereinigung widersprechen der Verfassung und stellen eine staatsfeindliche Plattform dar.' Zitat Ende. Das ist die Sprache derjenigen, die heute die AfD verbieten wollen. Die Bonzen von damals und heute sehen sich zum Verwechseln ähnlich. Liebe Freunde, [...] 34 Jahre, 34 Jahre nach der Wende wird die BRD mehr und mehr zur Fortsetzung der DDR, zur Fortsetzung der DDR mit raffinierteren Mitteln, aber mit primitiverem Personal. Und liebe Freunde, das gilt in ganz besonderer Weise für die Christlich-Demokratische Union, die heute mehr denn je eine Blockpartei ist."*[1630]

[1629] In der Waldsiedlung Wandlitz lebte die politische DDR-Elite unter Abschottung nach außen.
[1630] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag bei einer PEDIGA-Veranstaltung am 29.01.2024 in Dresden (SN), veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.01.2024, Kanal: „Dr. Christoph Berndt", abgerufen am 31.01.2024.

In einem Tweet vom 30. Mai 2024 nahm Alexander Wiesner (MdL SN) Bezug auf ein Banner der etablierten Parteien mit dem Slogan „Was auch immer du wählst: Wähl´ die Demokratie!". Dazu schrieb Wiesner:

> *„Die DDR hat angerufen und will ihr Blockparteiensystem wieder zurückhaben!"*

In einer Grafik war zudem zu lesen :

> *„Ab jetzt nur noch Demokratie wählen!*
> *Ihre Einheitspartei."*[1631]

Das damalige AfD-Bundesvorstandsmitglied Christina Baum (MdB, BW/ST) schrieb in einem auf Telegram veröffentlichten Beitrag vom 26. Januar 2024:

> *„Meine Kindheit und Jugendzeit in der DDR holt mich ein. Damals mussten wir dem Kommunismus und den Bonzen huldigen und zujubeln und den Klassenfeind verteufeln. […] Ich habe ein Déjà-vu. Die DDR 2.0 ist auferstanden."*[1632]

Den Begriff „*DDR 2.0*" verwendete auch die Co-Bundessprecherin Alice Weidel in einem Sommerinterview mit der Stattzeitung vom 25. August 2024, in dem sie sich unter anderem verunglimpfend über die öffentlich-rechtlichen Medien und vermeintlich repressive Methoden der Regierungsparteien äußerte:

> *„Wenn man die Gebühren dieses gleichgeschalteten Staatsfunks – Ne? Also, Regierungskritik ist da ja nicht erlaubt. Nicht wahr? – Wenn man die nicht zahlt, dann landen Sie einfach ähm, einfach im Knast. […] Gegen die eigene Bevölkerung! Und vor allen Dingen gegen Kritiker. Und das kennen wir aus repressiven Regimen. Das ist DDR 2.0, das muss man mal ganz, ganz offen sagen."*[1633]

Auch René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) zog einen solchen Vergleich zwischen dem Agieren der Bundesregierung und dem des DDR-Regimes und schrieb am 3. Oktober 2024 auf X:

> *„Die Frontstellung von etablierten Politikern und Teilen des Staatsapparats gegen das eigene Volk ist ähnlich wie in der Spätphase der DDR. Am Tag der deutschen*

[1631] Wiesner, Alexander: Tweet vom 30.05.2024, abgerufen am 29.07.2024.
[1632] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 26.01.2024, abgerufen am 02.02.2024.
[1633] Weidel, Alice: Sommerinterview mit Stattzeitung vom 25.08.2024; veröffentlicht in: www.stattzeitung.org, abgerufen am 30.08.2024.

Einheit ist leider wenig Einheit in Deutschland zu spüren. Meinungsfreiheit ist notwendig, wenn dieser Staat sich nicht selbst delegitimieren will."[1634]

Bei einer Gedenkveranstaltung des AfD-Kreisverbands Bautzen (SN) zum 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR auf dem Marktplatz in Pulsnitz (SN) verglich auch Jörg Urban (MdL SN) die Zustände in der Bundesrepublik mit denen zu Zeiten der DDR und behauptete eine massive Einschränkung der Freiheitsrechte und die Existenz diktatorischer Strukturen:

> *„Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik gab es so viele oder so abrupte Vorhaben in die Freiheitsrechte der Menschen einzuschreiten und so viele diktatorische Gesetzgebungsverfahren von oben. […]*
> *Ich will noch mal darauf hinweisen: Es gibt viele andere kleine Hinweise noch, wo man sehen kann, wir haben eine Entwicklung, die tatsächlich uns Sorgen machen muss, dass wir zurück in die Diktatur gehen. […]*
> *Und deshalb sage ich: Liebe Leute, werdet wach, währet den Anfängen. Wer in der Demokratie schläft, der wird in der Diktatur erwachen. Und deshalb muss der heutige Tag uns Mahnung sein, dass die Freiheit und die Demokratie keine Geschenke sind. Je länger eine Person oder je länger auch eine Partei an der Macht ist, desto größer wird ihr Verlangen, diese Macht dauerhaft zu behalten. Und das funktioniert am Ende nur durch die Schwächung und durch die Unterdrückung der Menschen, durch die Schwächung und Unterdrückung der Opposition. Und in diesem Stadium, in diesem Stadium, Schwächung der Menschen, Schwächung der Opposition, befinden wir uns derzeit. Es war seit 1945 im Westen oder auch seit 1989 bei uns im Osten – noch nie sind wir so nah an sozialistische Verhältnisse herangekommen wie jetzt, siebzig Jahre nach der Niederschlagung dieses ersten großen Volksaufstandes. […] Kämpfen wir für ein Deutschland, in dem das Volk tatsächlich wieder der Souverän ist, indem nach einem langen Arbeitsleben ein schöner und würdiger Lebensabend wartet, ein Deutschland, in dem sich Leistungen und Arbeit wieder lohnen."*[1635]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel teilte in zustimmender Weise auf Facebook eine ursprünglich von Hugh Bronson (MdA) gepostete Grafik, in welcher das

[1634] Springer, René: Tweet vom 03.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[1635] Urban, Jörg: Rede anlässlich des 70. Gedenktages des DDR-Volksaufstandes bei der Veranstaltung des Kreisverbands Bautzen in Pulsnitz (SN) am 17.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.06.2023, Kanal: „Frank Chruschtschow", abgerufen am 19.06.2023.

demokratische Staatssystem der Bundesrepublik mit dem der DDR verglichen wird. Darin werden die Bundesrepublik und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten durch Begriffe wie „*links-grüne Wahnideen*", „*Kartellparteien*"; „*Wahlschlamperei*" etc. verunglimpft. Der Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 wird ferner mit der „*Volksopposition der AfD*" verglichen.[1636]



Auch der Bundestagsabgeordnete Sebastian Münzenmaier (RP) veröffentlichte einen Facebook-Eintrag zum 70. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 und unterstellte darin die Ausbreitung totalitärer Tendenzen und die Kriminalisierung oppositioneller Meinungen in Deutschland:

> „*Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 jährt sich zum 70. Mal und mahnt uns, nicht tatenlos zuzusehen, wenn sich totalitäre Tendenzen in Deutschland ausbreiten und oppositionelle Meinungen in zunehmendem Maße kriminalisiert werden.*
>
> *Wir werden weiter für die Zukunft unserer Heimat kämpfen!*"[1637]

Die Äußerung bettet sich in das ausweislich vielfältiger Zitate von AfD-Repräsentantinnen und Repräsentanten verbreitete Narrativ ein, die Bundesrepublik weise totalitäre Züge auf und werde durch die Regierung in Richtung einer Diktatur entwickelt.

[1636] Weyel, Harald: geteilter Facebook-Eintrag vom 18.06.2022, abgerufen am 20.06.2022.
[1637] Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 17.06.2023, abgerufen am 19.06.2023.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) am 21. Januar 2024 in einem Interview mit dem Magazin Die Weltwoche:

> *„Demokratie heißt, die Opposition zu gewähren bzw. sich mit der Opposition auseinanderzusetzen. Was macht man? Am liebsten den politisch Unwilligen verbieten, um natürlich selbst noch den warmen Sessel sich zu retten. Das erleben wir. Dann geht man natürlich mit solchen unsäglichen Kampagnen in Stasi-Manier, anders kann man es nicht sagen, wie wir es in Potsdam erlebt haben, gut vorbereitet gegen die einzig wahrnehmbare Opposition vor. […] Wir haben es erlebt bei den Demonstrationen jetzt am Montag hier in Berlin. Zehntausende gehen auf die Straße gegen diese Regierung. Und was ist die Antwort der Regierung? Wir machen jetzt und unterstützen Demos gegen die Opposition. Also das ist schon ein Stück weit lächerlich. Und das erinnert mich wirklich an die Geschehnisse ´89, ´90, die hier in Deutschland auf den Straßen passiert sind.“* [1638]

Auf die Nachfrage des Interviewers *„Mit anderen Worten, ein Déjà-vu. Sozusagen DDR-Groove, DDR-Stimmung in der Bundesrepublik?“* antwortete Chrupalla:

> *„Absolut. Und jeder, der das miterlebt hat, wird das bestätigen. Nun sagen viele Politiker, das darf man nicht und äh, kann man nicht vergleichen. Das kann man sehr wohl vergleichen. Wenn man die Sprechverbote, die Meinungsverbote, wenn man auch teilweise die Arbeitsverbote, die es ja gibt, wie Menschen aus dem öffentlichen Dienst gedrängt werden, nur weil sie AfD-Mitglied sind, oder wenn sie Positionen vertreten, das erleben Sie ja ähnlich in der Medienlandschaft, wenn man Positionen vertritt, die einfach nicht regierungskonform sind, ist man ganz schnell Rechtsextremist, schlimmstenfalls noch Nazi.“*[1639]

Martin Renner (MdB, NW) schrieb am 5. Februar 2024 auf Facebook:

> *„Die Regierung finanziert Organisationen, die die Regierungskritiker vertreiben sollen. Sozialistische Demokratie. DDR 2.0“*[1640]

Am 14. Mai 2022 schrieb Martin Renner (MdB, NW) auf Facebook als Anspielung auf die SED über die *„‚Neue[n] Einheitspartei Deutschlands (NED)‘, bestehend aus CDU,*

[1638] Chrupalla, Tino: Interview mit Die Weltwoche (Teil 1) am 21.01.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „DIE WELTWOCHE“ am 21.01.2024, abgerufen am 23.01.2024.
[1639] Ebd.
[1640] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 05.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.

SPD, FDP und GRÜNEN" und behauptete, sie alle arbeiteten gemeinsam an der *„zunehmenden Unfreiheit und der kommenden Verarmung des Wählers und Bürgers"*:

> *„In der Tat macht es in der politischen Praxis keinen nennenswerten Unterschied mehr, bei welcher der genannten NED-Teilparteien man sein Kreuz macht. Im Ergebnis arbeiten sie alle gemeinsam an der zunehmenden Unfreiheit und der kommenden Verarmung des Wählers und Bürgers. […] Herrschaftsfreier Diskurs – auch so eine schöne Worthülse unseres ‚Jahrtausend-Dampfdenkers' Habermas. Der aber in Wirklichkeit nie etwas anderes meinte und anstrebte, als ‚diskursfreie Herrschaft'. Und genau dafür haben sich die Medien à la ‚Rheinische Post' zur Kampfmaschine der europaweit grassierenden Korporatokratie transformiert".*[1641]

Im selben Monat schrieb Renner auf Facebook erneut über die „*NED*":

> *„Das erste und wichtigste Problem in Deutschland ist der Eigennutz, die überall vorhandene Ignoranz und Dummheit der Politiker der ‚Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)'."*[1642]

Auch in anderen Posts verglich Renner die etablierten Parteien mit der SED und warf ihnen u. a. die Zerstörung der Nation, Freiheit, Demokratie, des Rechtsstaates und des Wohlstands vor und verunglimpfte ihre Politik als *„freiheitszerstörend, demokratieschwächend, rechtsstaatsverachtend und wohlstandsvernichtend"*:

> *„Höchste Zeit, umzudenken und zu kämpfen. Die NED (Neue Einheitspartei Deutschlands) führt unseren Staat, unsere Nation und unsere Gesellschaft geplant und willentlich in den Abgrund. Aus reiner Machtgewinnungs- und Machterhaltungsabsicht und aus Opportunitätsgründen zerstören diese Politiker der NED alles, was die Grundlagen unseres gemeinschaftlichen Lebens ausmachen. Nation. Freiheit. Demokratie. Rechtsstaat. Wohlstand. […] Diese Politiker planen sehenden Auges, dass die Gemeinschaft unserer Bürger – vornehmlich die unteren und die mittleren Bürgerschichten – völlig verarmen, um sie dadurch widerstandslos kollektivieren zu können. […] Es geht um den grundsätzlichen Widerstand (selbstverständlich demokratisch) gegen die freiheitszerstörende, demo-*

[1641] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 14.05.2022, abgerufen am 25.05.2022.
[1642] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 26.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.

kratieschwächende, rechtsstaatsverachtende und wohlstandsvernichtende Politik der NED-Parteien. Und ja, meinetwegen soll der instrumentalisierte Verfassungsschutz eine solche, eben getätigte, Positionsbeschreibung unserer alternativen politischen Aufgabe als ‚staatsdelegitimierende' Verlautbarung einstufen. Zur Not gehe ich wegen meiner hier gemachten Aussagen auch in einen der zukünftig neu eingerichteten Gulags."[1643]

In einem auf Facebook veröffentlichten Vortrag mit dem Titel „*Aus dem Linksstaat wieder einen Rechtsstaat machen*" vom 23. März 2023 sprach Renner erneut von der „*NED*" und insinuierte, gegen diese sei eine wirkliche Oppositionsarbeit angesichts der Machtverhältnisse kaum möglich. Im weiteren Verlauf warnte Renner vor einem „*Abgleiten*" der Bundesrepublik ins „*Totalitäre*" und suggerierte, es gebe in Deutschland keine Gewaltenteilung mehr, indem er diese als „*Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis*" bezeichnete:

> „*Die Politiker […] gehen davon aus, dass die beeinflussenden Medien genau die Botschaften ausstrahlen, die die Unterstützung der jetzigen Altparteien auf Dauer realisieren. […] Die Altparteien, das sag ich gar nicht mehr, sondern ich sag': die einzelnen Parteien der neuen Einheitspartei NED. Klingt ähnlich wie SED. Das ist auch gewollt. Ja, das ist eine Einheitspartei und da tut man sich natürlich als einzige Oppositionskraft schon relativ schwer, überhaupt zu Gehör zu kommen. Aber die Politiker glauben, sie brauchen sich nicht mehr rückzuversichern, weil eben die Medien ihnen diese Arbeit abnehmen und die Medien sich einfach von der Rolle der Kontrolleure der politischen Macht, denn, das sind sie, die Kontrolleure der politischen Macht nach der Definition auch in unserem Grundgesetz, haben sich entwickelt zu Herolden der politisch Mächtigen. […]*
> *Welche Staatsform wollen wir bewahren? Autoritativ? Totalitär? Ich habe den Eindruck, dass wir ins Totalitäre abgleiten in unserem Land. […]*
> *Und jetzt sage ich zum Abschluss noch mal ein richtig derbes endgültiges Wort. Wir haben eine Entwicklung hin, unsere Drei-Gewaltenteilung – Exekutive, Legislative, Judikative – die untereinander von sich getrennt und unabhängig sein sollen und müssen. Sollen und müssen. Haben wir aber im Bereich der Exekutive, Legislative, Judikative die Entwicklung hin zu einer von der Drei-Gewaltenteilung zu einer Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis. Wenn ein Verfassungsrichter*

[1643] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 11.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.

aus dem Kreis der Legislative gewählt wird, um dem Verfassungsgericht vorzustehen, der aber gleichzeitig auch der Buddy von der Frau Merkel war, also der Exekutive, dann kann man nicht mehr von einem Drei-Gewaltenteilung sprechen. Das ist eine Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis. Und wenn da die Medien sich noch damit hinsetzen, da haben wir nicht mehr eine Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis, sondern eine Vier-Gewalten-Einheits-Tyrannis. Und genau das ist der Zustand unserer heutigen politischen Bundesrepublik. Und das müssen wir ändern, wenn wir eine Zukunft haben wollen.“[1644]

Am 22. April 2023 veröffentlichte Renner auf Facebook einen verunglimpfenden Beitrag, in dem er abermals unter Verweis auf die „*NED*“ die Schädigung und Zerstörung der deutschen Demokratie anmahnte:

> *„PARADOXON DER DEMOKRATIE. Mit den Mitteln der Demokratie kann man die Demokratie schwer schädigen und sogar endgültig zerstören. Und diese Zerstörung betreiben die Parteien der ‚Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)‘ immer unverhohlener und aggressiver.“*[1645]

Der ehemalige sächsische Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese (seit 2024 MdEP, SN) veröffentlichte am 30. Juli 2022 auf der Website des AfD-Kreisverbands Leipzig (SN) einen Artikel, in dem er das SED-Regime mit der heutigen Regierung der Bundesrepublik verglich:

> *„Was ist in den 30 Jahren geschehen. Können wir aufatmen? Können wir sagen, dass wir den Opfern der SED-Diktatur gerecht geworden sind? Die Antwort lautet: Nein. […] Aufruf zur Denunziation, Ausspionieren über das Telefon, Demonstranten wird mit Psychiatrie gedroht, Andersdenkenden die Konten gesperrt, die Medien gleichgeschaltet. Um dieses gegen den Bürger in Anschlag bringen zu können, hat man einen Katalog von Angstszenarien aus der linksideologischen Wunderlampe aufsteigen lassen, die keinen Widerspruch dulden. Wieder ist Deutschland zu einem Gefängnis umfunktioniert worden, psychisch wie physisch geht man jetzt auch an die Kinder. Nein, ein Großteil der Deutschen*

[1644] Renner, Martin: Redebeitrag in Hamm (NW) am 23.03.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.04.2023, Kanal: „Pierre Jung“, abgerufen am 15.10.2024.
[1645] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 22.04.2023, abgerufen am 24.04.2023.

hat nichts gelernt und die Opfer der DDR Diktatur noch einmal zu Opfern gemacht."[1646]

Der Beitrag wurde durch den sächsischen Landtagsabgeordneten Jörg Kühne am darauffolgenden Tag auf Facebook geteilt.[1647]

Im November 2022 verunglimpfte Christine Anderson (MdEP, HE) auf Telegram die Bundesregierung, indem sie behauptete, dieser wohne der „*Geist der SED*" inne, und unterstellte, das Ziel der Regierung sei die Schaffung einer „*DDR 2.0*". In der Folge warnte sie davor, Deutschland sei auf dem „*Weg zurück zu Unfreiheit und Unterdrückung*":

> *„[V]or 32 Jahren wurden die BRD und die DDR wiedervereint. […] Doch dabei wurden auch wieder neue, unnötige und fahrlässige Wunden in das kollektive Bewusstsein vieler ostdeutscher Bürger geschlagen. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Westens, machten sich die ehemalige DDR zur Beute.*
> *[…]*
> *Heute haben unsere Regierung und ihre Erfüllungsgehilfen im politischen Establishment ihre Hände direkt im Spiel, wenn es darum geht, das Geld der Deutschen diesmal auf Nimmerwiedersehen in Richtung EU zu exportieren. Dies alles geschieht heute mit derselben herablassenden Arroganz wie damals. Und wer das nicht möchte, seine berechtigten Sorgen und Kritik über die abgehobene und bürgerfeindliche Politik der deutschen Gegenwart zum Ausdruck bringt, wird als Wutbürger, Verlierer, Schwurbier, Dunkeldeutscher, Verschwörungstheoretiker oder gar gleich als Rechtsradikaler vom Altparteienkomplex beschimpft. Die Vokabeln, mit denen Regierung und medialer Komplex mittlerweile Opposition und Kritiker verunglimpfen, haben sich freilich seit damals etwas geändert, der Geist einer SED wohnt aber auch ihnen wieder inne. Und so stehen sie heute wieder einträchtig beieinander - die längst bekannten und selbstverliebten Vertreter unserer Altparteien - und feiern den 32. Jahrestag unserer Wiedervereinigung, während sie gleichzeitig dabei sind, mit denselben Methoden und Zielsetzungen von damals, eine neue DDR 2.0 entstehen zu lassen. Wer dies erst einmal bemerkt*

[1646] Droese, Siegbert: „SED-Diktatur und Unrechtsstaat, 30 Jahre Honecker-Prozess" vom 30.07.2022, in: www.afdleipzig.de, abgerufen am 22.08.2024.
[1647] Kühne, Jörg: Facebook-Eintrag vom 31.07.2022, abgerufen am 02.08.2022.

hat, dem ist nicht mehr ernsthaft nach Feiern zumute. Ich bin stolz auf die friedliche Revolution der Ostdeutschen, die unsere gemeinsame Zukunft in einem wiedervereinigten Deutschland erst ermöglichte. Eine Revolution die zeigt, welche Kraft ein Volk entwickeln kann, wenn es den Entschluss gefasst hat, ein diktatorisches Regime in die Knie zu zwingen. […] Daher möchte ich heute an alle Deutschen appellieren: Lasst uns endlich Rückgrat zeigen! Lasst uns auf die Warnungen aus Ostdeutschland hören! Die Menschen dort besitzen noch feinere Antennen und erkennen aus Erfahrung früher und besser, wenn Unfreiheit und Lüge wieder damit beginnen, ihr hässliches Haupt zu erheben. […] Feiern wir heute unser geeintes Deutschland. Aber seien wir ab morgen gemeinsam und entschlossen gleich doppelt so wachsam, damit wir den falschen Eliten und ihren politischen Handlangern den Weg zurück zu Unfreiheit und Unterdrückung ein für alle Mal austreiben!“[1648]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) zog anlässlich der *„#StolzMonat“*-Kampagne der AfD in einem Gastkommentar mit dem Titel *„Den Widerstandsgeist des 17. Juni 1953 atmen!“* auf Info-DIREKT Vergleiche zwischen den heutigen politischen Zuständen und den Verhältnissen zu Zeiten der DDR, während er der Politik der AfD den *„Geist des 17. Junis“* zuschrieb. In der Folge sprach sich Helferich für einen *„demokratischen Widerstand“* aus:

„Doch ihr Opfergeist war vergebens, wenn wir zulassen, dass sich die heutige Tyrannis zwar in bunte Farben hüllt, aber gleichsam düster gegen Andersdenkende vorgeht. Wenn all jenes Aufbegehren, welches den Geist des 17. Junis atmet - sei es der Widerstand gegen das Corona-Regime oder die anhaltende Ersetzungsmigration - ungestraft, so wie damals als faschistisch abgetan wird. Wenn erfolgreiche Oppositionspolitiker in Schauprozessen angeklagt werden, weil sie lediglich mit Worten für eine bessere Heimat streiten; ja dann wird es Zeit für ein neuerliches Aufbegehren. Dann müssen sich die Schwachen erneut verbinden und die Machtfrage stellen. Dann muss sich der demokratische Widerstand wieder unter Schwarz- Rot-Gold versammeln.“[1649]

[1648] Anderson, Christine: Telegram-Beitrag vom 08.11.2022, abgerufen am 08.11.2022.
[1649] Helferich, Matthias: „Den Widerstandsgeist des 17. Juni 1953 atmen!“ vom 17.06.2023, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 19.06.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

In einem vom Co-Vorsitzenden der Gruppierung Christen in der AfD und ehemaligen Bundestagsabgeordneten Ulrich Oehme (SN) veröffentlichten Video zum 17. Juni 1953 behauptete dieser, die Zustände der DDR bestünden auch nach der Wiedervereinigung weiterhin fort:

> *„Das was zurzeit bei uns hier so abläuft, in Deutschland, in Europa, ist für mich ein sozioökonomisches, soziosozialistisches Experiment. Glauben sie mir, ich weiß was Sozialismus bedeutet. Sozialismus ist Kollektivismus statt Individualismus, ist Gleichheit statt Vielfalt, ist die Abschaffung von Privateigentum. Klaus Schwab hat uns schon gesagt: ‚Ihr werdet nichts besitzen und ihr werdet glücklich sein'. Es bedeutet Angriff auf die Familie, denn die Familie ist der Hort der Geborgenheit und der Staat hat wenig Zugriff […] Alles ist im Kampf gegen die Familie. […]*
>
> *Zwischen dem 17. Juni ´53 und ´89 sind einige Jahrzehnte vergangen. Und von 89 bis jetzt sind wieder einige Jahrzehnte vergangen. Und wir müssen feststellen, wir haben uns im Kreis gedreht. Wir haben eine 360 Gradwendung gemacht. Wieder haben wir Planwirtschaft, Verbote, Spaltung der Gesellschaft. Nein das brauchen wir nicht. Was wir brauchen […] das ist Einheit, das ist Freiheit. ‚Teile und herrsche' ist das System des Totalitarismus. Wenn wir einig sind, wenn Deutschland sich einigt, wenn der 17. Juni wieder der Feiertag der Deutschen wird, der Tag, der vom Volk kommt, der auf der Straße seine Opfer gefunden hat, der erlitten, der erkämpft wurde. Dann werden die jetzigen Machthaber keine Macht mehr über uns haben."*[1650]

Am 13. Dezember 2022 schrieb Harald Laatsch (MdA) auf Twitter (mittlerweile umbenannt in X):

> *„Faeser träumt vom Wiederaufbau des Totalitarismus. […] #DeutscheDemokratischeRepublikförderGesetz getarnt als #Demokratiefördergesetz"*[1651]

Torsten Gahler (MdL SN) verunglimpfte die Bundesregierung in einem Facebook-Beitrag vom 18. April 2023 als *„#Stasi"*.[1652]

[1650] Oehme, Ulrich: Videobeitrag anlässlich des 70. Jahrestages des 17. Juni 1953; veröffentlicht in: www.youtube.com am 19.06.2023, Kanal: „Ulrich Oehme", abgerufen am 21.06.2023.
[1651] Laatsch, Harald: Tweet vom 13.12.2022, abgerufen am 13.12.2022.
[1652] Gahler, Torsten: Facebook-Eintrag vom 18.04.2023, abgerufen am 21.04.2023.

In einem Facebook-Eintrag vom 2. Februar 2024 bezeichnete Matthias Moosdorf (MdB, SN) die etablierten Parteien als *„Demokratieverächter"* und *„Vaterlandsverräter"* und unterstellte ihnen, mit Stasi-Methoden zu agieren:

> *„Die Demokratieverächter wiegeln das halbe Land mit ihren Lügen auf und was? Die AfD verliert 1 Prozent in den Umfragen im Bund. In manchen Ländern gewinnt sie noch dazu? So ist es, die Menschen lassen sich von dieser Regierung und ihren Stasi-Helfern nicht mehr für dumm verkaufen. Wir werden weiter wachsen, Wahlen gewinnen und dieses Land aufräumen. Jetzt einfach weiter unsere Alternativen kommunizieren und die unsäglichen Vaterlandsverräter ihre Fehler weitermachen lassen!"*[1653]

Am 19. August 2023 veröffentlichte Martin Renner auf PI-News einen Artikel mit dem Titel *„Willkommen in der ‚DDR' (Dystopische Deutsche Republik)"*, in dem er die Mitglieder etablierter Parteien mitunter als *„öko-sozialistische[n] Politspinner"* verunglimpfte:

> *„Die ‚große Transformation' nimmt an Fahrt auf – Aktuelle Meldungen zum alltäglichen Irrsinn erreichen einen fast stündlich – hier vornehmlich in den alternativen Medien. Diese Vorkommnisse werden in den ‚klassischen' Medienkanälen allerdings entweder verschwiegen, oder mit unverschämter Penetranz als ‚Erfolgsmeldungen' unserer öko-sozialistischen Politspinner zurechtgebogen oder glatt gelogen. Was hier stattfindet, ist allerdings keine ‚große Transformation' hin zum Guten, so wie es die sich selbst Ordinierten – ins Amt Berufenen – Moralpropheten der neuen ‚One-World-Religion' mit vermeintlich progressivem Stolz beständig predigen. Es ist vielmehr eine ‚umgekehrte Metamorphose'. Wo hier aus einer hässlichen und gefräßigen Raupe eben kein hübscher, farbenfroher Schmetterling wird. Sondern genau umgekehrt, es wird aus einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und den Wohlstand generierenden Demokratie eben eine dunkle, die Freiheit verneinende Dystopie. Hinter der bereits die hässliche Fratze des Totalitarismus ungeduldig auf ihren Auftritt wartet. Eine Dystopie, in der Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern gemacht werden. Eine Dystopie, in der öko-sozialistische Terroristen zu Aktivisten und freiheitlich-konservative Menschen zu Extremisten erklärt werden. Eine Dystopie, in der der Staat dem Einzelnen den*

[1653] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 02.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

Aufenthalt auf der Parkbank verbietet, während Vergewaltiger auf Bewährung laufen gelassen werden.“[1654]

Hier behauptet Renner unter anderem, in Deutschland würden Freiheitsrechte sukzessive abgebaut und das Land entwickele sich hin zum Totalitarismus. Auch dies zielt darauf ab, tiefe Verunsicherung und Misstrauen gegenüber der staatlichen Grundordnung und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten in der Bevölkerung zu schüren.

Auch in den folgenden Äußerungen von AfD-Funktionärinnen und Funktionären bzw. AfD-Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern wird die Bundesrepublik Deutschland oder ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter mit einer Diktatur verglichen.

Nicole Höchst (MdB, RP) kommentierte etwa im August 2023 auf Facebook die gesellschaftliche Debatte um die Abschaffung der Bundesjugendspiele folgendermaßen:

> *„So vernichtet die sozialistische Haltungschunta jede Tag Deutschland ein kleines Bißchen mehr.“*[1655]

Damit setzt sie die Bundesrepublik implizit mit einer sozialistischen Militärdiktatur gleich.

In einem Beitrag vom 13. Juli 2022 verunglimpfte Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) die Bundesregierung als *„Hilfs-Maoisten“* und bezeichnete die Bundesrepublik als *„linksgrüne[s] Regime“*:

> *„Was wir in diesen Tagen erleben, ist seit Jahrzehnten einmalig. Die Hilfs-Maoisten im Regierungsviertel fahren unser Land mit ihrer idiotischen Energiepolitik schneller gegen die Wand, als ihre roten Vorgänger es je vermocht hätten. […] Wenn der feuchte Traum von sozialistischen ‚Wärmehallen‘ wahr wird, ist das Ende des linksgrünen Regimes nur noch eine Frage von Wochen.“*[1656]

In der AfD gibt es auch zahlreiche Äußerungen, die die Bundesrepublik Deutschland mit einer Diktatur gleichsetzen, ohne dass dabei konkret auf vergangene Regime Bezug genommen wird.

[1654] PI-News: „Willkommen in der ‚DDR‘ (Dystopische Deutsche Republik)“ vom 19.08.2023, in: www.pi-news.net, abgerufen am 29.08.2023.
[1655] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 30.08.2023, abgerufen am 06.12.2023.
[1656] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 13.07.2022, abgerufen am 14.07.2022.

In einem Interview mit der Zeitschrift ZUERST! nahm etwa die AfD-Bundestagsabgeordnete und Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Alice Weidel, damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und Vorsitzende des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg, seit dem 18. Juni 2022 Co-Bundessprecherin der AfD, die Feststellung von ZUERST!, die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser habe angekündigt, *„noch härter als bisher gegen unliebsame Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken vorzugehen"*, zum Anlass, zu behaupten, die Bundesinnenministerin begebe sich damit *„in die Gesellschaft von Diktatoren und autoritären Herrschern in der ganzen Welt"*.[1657]

Sie führte weiter aus, die bloße Idee zeuge davon, *„daß die neue Regierung den Ungeist der Zensur auf die Spitze treibt"*.[1658]

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Moosdorf (SN) beschrieb Deutschland in seinem Facebook-Eintrag vom 17. März 2022 angesichts der Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz als auf dem *„Weg in den Totalitarismus"* und bezeichnete das BfV in diesem Rahmen als *„Regierungsschutz"*, der eine Oppositionsarbeit faktisch unmöglich mache.[1659]

Auch Norbert Mayer (MdL SN) sprach in einem Facebook-Eintrag von einem *„Regierungsschutz"* und bezeichnete die Regierung am 1. Februar 2024 als *„Altparteien-Mafia"*:

> *„!! Altparteien-Mafia abwählen !!*
> *Auf unserer Freitaler Kundgebung unter dem Titel ‚Freiheit, Heimat Tradition.', fand ich deutliche Worte für die Märchenstunden-Propaganda des ‚Regierungsschutzes' gegen die AfD. […] Deshalb heißt es am 1. September: Altparteien-Mafia abwählen!"*[1660]

René Springer, AfD-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender AfD-Landesvorsitzender Brandenburg, bezeichnete so etwa in einem Redebeitrag auf einer AfD-Kundgebung am 22. August 2021 in Eberswalde (BB) die Bundesrepublik Deutschland als *„Tyrannei"*:

[1657] Weidel, Alice: „Ein Kabinett der Unfähigen", in: ZUERST!, Ausgabe 02/2022.
[1658] Ebd.
[1659] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 17.03.2022, abgerufen am 18.03.2022.
[1660] Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 01.02.2024, abgerufen am 26.02.2024.

„Liebe Freunde, wenn sich Parteien den Staat zur Beute machen, wenn Grundrechte willkürlich außer Kraft gesetzt werden, wenn die Gewaltenteilung nur noch auf dem Papier existiert, dann nennt man das in allen Sprachen dieser Welt Tyrannei. Es ist einfache und absolute Tyrannei und sie mag noch so mild daherkommen, sie bleibt Tyrannei und sie nimmt uns die Freiheit".[1661]

Am 13. Dezember 2022 warnte Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) auf Twitter (mittlerweile X):

„Deutschland auf dem Weg in die linksgrüne Diktatur."[1662]

Lindemann behauptete in einem anderen Tweet aus Dezember 2022, die Regierung habe *„Zustände wie in einer Diktatur"* herbeigeführt.[1663]

Der ehemalige sächsische Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese (mittlerweile MdEP) bezeichnete Deutschland auf Grund der Nicht-Wahl der AfD in das Parlamentarische Kontrollgremium als *„Demokratur"*. Dieses Oxymoron setzt sich aus „Demokratie" und „Diktatur" zusammen und bezeichnet ein diktatorisches System, bei dem es sich lediglich dem äußeren Anschein nach um eine Demokratie handelt:

„Deutsche Demokratur im Jahr 2022. Joachim Wundrak und André Hahn scheitern: Gremium zur Geheimdienstkontrolle gewählt - AfD und Linke nicht dabei"[1664]

Ebenso weisen andere Vergleiche und Gleichsetzungen mit Diktaturen oder autokratischen Systemen sowie die abwertende Bezeichnung als *„Regime"* auf eine auf die Außer-Geltung-Setzung des Demokratieprinzips gerichtete Verächtlichmachung hin.

Der Berliner Abgeordnete Gunnar Lindemann verunglimpfte die Bundesrepublik im Juli 2022 wiederholt durch Bezeichnungen als *„Regime"*, *„linksgrüne[s] Regime"* [1665] beziehungsweise *„linksgrüne[s] ‚Bullerbü'-Regime"*[1666]. Er schrieb auf Facebook von der *„Zerstörung unserer Demokratie durch die buntsozialistischen Einheitsparteien"*[1667]

[1661] AfD Brandenburg: Facebook-Video-Livestream vom 22.08.2021, abgerufen am 02.09.2021.
[1662] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 13.12.2022, abgerufen am 19.12.2022.
[1663] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 10.12.2022, abgerufen am 13.12.2022.
[1664] Droese, Siegbert: Tweet vom 24.03.2022, abgerufen am 25.03.2022.
[1665] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 17.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.
[1666] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 14.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.
[1667] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 12.09.2022, abgerufen am 12.09.2022.

sowie von einem *„Ampelregime“*[1668]. In Facebook-Einträgen aus November 2022 bezeichnete er die Bundesrepublik als *„Scholz-Regime“*[1669].

Am 3. August 2022 betitelte Lindemann die Bundesregierung auf Facebook als *„‚Ampel‘-Regime“* und behauptete eine *„Umsiedlung von Teilen der afghanischen Bevölkerung“* nach Deutschland, worin er eine *„Art Kriegserklärung an den deutschen Steuerzahler“* zu erkennen meinte:

> *„‚Ampel‘-Regime siedelt 200 Afghanen um!*
> *Mittlerweile werden von der buntesten Regierung aller Zeiten sogar sogenannte afghanische ‚Ortskräfte‘ nach Buntland ausgeflogen, die bereits vor ihrem Abflug einräumten, dass sie nie in Gefahr waren und nur ‚ein besseres Leben‘ wollen. Die Umsiedlung von Teilen der afghanischen Bevölkerung ist insofern kein humanitärer Akt, sondern eine Art Kriegserklärung an den deutschen Steuerzahler.“*[1670]

Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Rainer Podeswa bezeichnete die Bundesregierung in einem Facebook-Beitrag ebenfalls als *„Regime“*[1671], während Fabian Jacobi (MdB, NW) in einem Tweet vom 26. April 2022 suggerierte, die Bundesrepublik sei ein *„originär totalitäre[r] Staat“*.[1672]

Am 14. November 2022 hielt Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) auf einer Demonstration in Querfurt (ST) eine Rede. Darin verkündete er in Richtung der deutschen Bundesregierung:

> *„Eure Zeit geht zu Ende. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis euer Regime endet.“*[1673]

Mit diesen vorgenannten Äußerungen zielt die AfD darauf ab, das Vertrauen in die demokratischen Prozesse und die Integrität der Regierungsvertreterinnen und -vertreter zu unterlaufen. Die Repräsentantinnen und Repräsentanten der staatlichen Ord-

---

[1668] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 27.09.2022, abgerufen am 27.10.2022.
[1669] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 02.11.2022, abgerufen am 08.11.2022. Facebook-Eintrag vom 15.11.2022, abgerufen am 21.11.2022.
[1670] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 03.08.2022, abgerufen am 04.08.2022.
[1671] Podeswa, Rainer: Facebook-Eintrag vom 13.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.
[1672] Jacobi, Fabian: Tweet vom 26.04.2022, abgerufen am 25.05.2022.
[1673] Tillschneider, Hans-Thomas: Redebeitrag in Querfurt (ST) am 14.11.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.11.2022, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider“, abgerufen am 18.11.2022.

rung werden als Diktatorinnen und Diktatoren bzw. Mitglied eines diktatorischen Regimes diffamiert. Dabei wird auch die derzeit bestehende staatliche Ordnung massiv diskreditiert, denn sie wird so dargestellt, als sei sie in der praktischen Prüfung untauglich, demokratische Werte zu verteidigen. Die Verunglimpfungen der Bundesrepublik Deutschland als Diktatur gehen hierbei auch deutlich über eine reine Machtkritik gegenüber den anderen Parteien hinaus, denn aus ihnen geht nicht lediglich eine Kritik an einer zu starken oder dominanten Stellung der Parteien im politischen System hervor.[1674] Vielmehr zielen sie gerade auch in ihrer Häufigkeit und Vehemenz darauf ab, ein Klima der Verunsicherung und des Misstrauens in der Bevölkerung zu schaffen, indem die Regierungsparteien als autokratische Akteure in einer Diktatur dargestellt werden, wodurch wiederum die bestehende demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt als illegitime Staatsform erscheint.

e. Bezeichnung der Bundesrepublik als Diktatur im Zusammenhang mit konkreten Sachthemen

aa. Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie

Die AfD knüpfte bei der Beschreibung des deutschen Staates als Diktatur oder Regime an das behördliche Agieren während der COVID-19-Pandemie an und versuchte, ihre – das politische Handeln delegitimierenden – Narrative insbesondere durch eine verzerrte Darstellung der COVID-19-Schutzmaßnahmen zu untermauern.

Am 19. Dezember 2021 bekundete AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla in einem Redebeitrag auf einer AfD-Großkundgebung „Freiheit statt Impfzwang" sogar, die Bundesrepublik Deutschland sei schlimmer als die DDR:

> *„Und wer das sogar mit der DDR vergleicht, da muss ich sagen: Nein, das kann man nicht mal vergleichen. Es ist schlimmer heute als 1989!"*[1675]

Norbert Mayer, sächsischer Landtagsabgeordneter, sprach am 7. Dezember 2021 auf Facebook von *„(Impf)-Diktatur"*, bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland als *„totalitäres Unrechtsregime"* und setzte sie ebenfalls mit der DDR gleich:

> *„Dass Feinde der Freiheit ihr eigenes Volk mit Gewalt unterdrücken, werden wir niemals hinnehmen! […] Warum sich das für mich wie ein Déjà-vu anfühlt? Weil*

[1674] Zur näheren Darstellung der Rechtsprechung des BVerwG: Urt. v. 18.05.2024, 2 WD 42.00, juris, Rn. 68 ff. sowie das Kapitel C. Rechtliche Vorgaben, S. 29 ff.
[1675] AfD Bayern: Facebook-Video-Livestream vom 19.12.2021, abgerufen am 20.12.2021.

ich auch vor über 30 Jahren schon mal auf der Straße gegen ein totalitäres Unrechtsregime protestierte, welches sich mit Repressalien gegen Andersdenkende an die Macht klammerte: auf den Montagsdemos im Herbst 1989!"[1676]

Der bayerische AfD-Landesvorsitzende Stephan Protschka agitierte in seinem Redebeitrag am 19. Dezember 2021 in Nürnberg (BY) u. a. gegen das *„faschistische System der Altparteien"*. Dieses mache den Bürgerinnen und Bürgern absichtlich Angst, um sie in die Enge zu treiben und zuhause einzusperren. Dies münde in einer *„DDR 2.0"*.[1677]

Die AfD Bayern sprach am 13. August 2021 auf Facebook mit Blick auf die COVID-19-Beschränkungsmaßnahmen ebenfalls von einer *„DDR 2.0"*; 60 Jahre nach dem Mauerfall drohe *„den Deutschen erneut die Unfreiheit"*.[1678]

In einem Facebook-Beitrag vom 21. Dezember 2021 stellte Björn Höcke die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland in Abrede:

> *„Die Stimmungsmache der regierungsnahen Medien mit ihren immer neuen Corona-Bedrohungsszenarien kann keinen aufgeklärten Demokraten in seinem Urteil mehr täuschen: Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr!"*[1679]

Auch Erika Steinbach (AfD-Mitglied und Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung) sah Deutschland in ihrem Facebook-Beitrag vom 10. September 2022 angesichts der Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie auf dem Weg in den Totalitarismus:

> *„Deutschland macht sich lächerlich. Das ist das kleinere Übel. Schlimmer ist die Abkehr von den Grundrechten der Menschen. Totalitarismus überrollt uns."*[1680]

Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, BB) äußerte sich in seiner Rede auf einer Demonstration am 31. Januar 2022 in Wandlitz (BB) in vergleichbarer Weise:

> *„Und wir sagen ‚Nein' zur Aushöhlung unserer Demokratie und dem Abdriften dieser Regierung in ein totalitäres Regime. Und gleichzeitig, liebe Freunde, sind wir heute hier, um ‚Ja' zu sagen. Wir sagen ‚Ja' zur Volksherrschaft, zu wahrer Demokratie. […]*

[1676] Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 07.12.2021, abgerufen am 15.12.2021.
[1677] AfD Bayern: Facebook-Video-Livestream vom 19.12.2021, abgerufen am 20.12.2021.
[1678] AfD Bayern: Facebook-Eintrag vom 13.08.2021, abgerufen am 21.09.2021.
[1679] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 21.12.2021, abgerufen am 22.12.2021.
[1680] Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 10.09.2022, abgerufen am 21.09.2022.

Die Älteren unter euch – ich bin jetzt ein junger Mann, der nach der Wende geboren ist – aber die Älteren unter euch werden sich noch erinnern: War das vielleicht nicht auch mal das Versprechen der Wiedervereinigung? Rechtsstaat, Demokratie, Meinungsfreiheit, keine Medien mehr, die jeden Protest zum Putsch umdichten und kein Geheimdienst mehr, der friedliche Spaziergänger als Staatsfeinde diffamiert. Man schaue sich mittlerweile heute an, wo wir, man möchte fast sagen, leider wieder stehen.“[1681]

Auf einer Demonstrationsveranstaltung in Eberswalde (BB) am 25. Februar 2022 skandierte Gnauck des Weiteren:

> *„Unsere Grundrechte, liebe Freunde, sind kein Privileg, das allein der Willkür der Oligarchie aus Altparteien, Pharmalobby und Meinungsmachern unterliegt!“*[1682]

Damit unterstellt Gnauck allen etablierten Parteien, Teil einer Oligarchie zu sein, mithin einer Staatsform, die nicht demokratischen Interessen, sondern nur solchen einer elitären Minderheit diene. Grundrechte würden dabei willkürlich eingeschränkt.

Lars Hünich (MdL BB) veröffentlichte am 4. Dezember 2023 einen Tweet mit folgendem Wortlaut:

> *„Solange eine gründliche Aufarbeitung der diktatorischen Corona-Maßnahmen von #SPD, #CDU, #Grüne und auch #FDP verhindert wird, sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, mit welcher antidemokratischen Energie unsere Regierungen die Bürger drangsaliert haben!*
> *Mit Hilfe der Mehrheit unserer ‚Qualitätsjournalisten‘, aber auch Personen des öffentlichen Lebens, wurden Kritiker eingeschüchtert, gesellschaftlich ausgegrenzt und bei der Diskussion um ärztliche Versorgung beinahe für vogelfrei erklärt.“*[1683]

Viele Äußerungen stellen in diesem Zusammenhang auch dezidierte Vergleiche mit dem Nationalsozialismus an:

[1681] Gnauck, Hannes: Rede in Wandlitz am 31.01.2022; veröffentlicht in: www.telegram.org am 31.01.2022, Kanal: „Aktivist Mann #StopWar“, abgerufen am 26.01.2023.
[1682] Gnauck, Hannes: Redebeitrag bei einer Demonstration am 25.02.2022 in Eberswalde (BB); veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.02.2022, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 28.02.2022.
[1683] Hünich, Lars: Tweet vom 04.12.2023, abgerufen am 05.12.2023.

Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer, seit 2022 stellvertretender AfD-Bundessprecher, bezeichnete in einem Videobeitrag vom 15. November 2021 die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie als *„Zivilisationsbruch“* und verwendete damit einen Begriff, mit dem sonst die Gräueltaten des Nationalsozialismus beschrieben wird. Dass er diesen Bezug herstellen wollte, wird daran deutlich, dass er mit Bezug auf die Schutzmaßnahmen angesichts der COVID-19-Pandemie von totalitären Maßnahmen sprach:

> *„Die juristische Begründung des Zivilisationsbruchs tja... letzten Endes wird hier mit Macht... man macht es, wenn man es kann und wenn man es will. Warum auch immer. [...] Das ist alles völlig totalitär, muss man inzwischen sagen“.*[1684]

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Harald Weyel, von 2022 bis 2024 stellvertretender Bundesschatzmeister der AfD, setzte in zwei Tweets vom 6. Dezember 2021 die COVID-19-Maßnahmen mit der Politik im Nationalsozialismus gleich:

> *„Die 30er Jahre des 20. Jh. sind halt in die 20er des völlig überschätzten 21. verlegt worden – von den jeweils selbsternannten (und sich gegenteilig verhaltenden) ‚demokratischen Parteien und Nachgeburts-Antifaschisten‘“*[1685]

In einem weiteren Tweet schrieb er:

> *„Ich sag doch: Das ‚Reich der III. Impfung‘ ist schon so gut wie da!“*[1686]

Der damalige sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Rolf Weigand sprach am 22. November 2021 auf Facebook mit Bezug auf eine vom Kultusministerium durchgeführte anonyme Umfrage zur COVID-19-Pandemie an sächsischen Schulen von einer *„Corona-Stasi“* und *„Stasi-Methoden“*.[1687]

Karsten Hilse (MdB, SN) verunglimpfte in einem Interview im April 2023 in COMPACT die Bundesrepublik, indem er ihr angesichts der COVID-19-Politik Faschismus unterstellte und den Abgeordneten abseits der AfD vorwarf, das Grundgesetz *„mit Füßen getreten“* zu haben:

1684 Boehringer, Peter: „Corona-Maßnahmen-Terror: Impfverweigerer müssen wie Aussätzige behandelt werden...“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.11.2021, Kanal: „Peter Boehringer“, abgerufen am 15.11.2021.

1685 Weyel, Harald: Tweet vom 06.12.2021, abgerufen am 10.12.2021.

1686 Weyel, Harald: Tweet vom 06.12.2021, abgerufen am 10.12.2021.

1687 Weigand, Rolf: Facebook-Eintrag vom 22.11.2021, abgerufen am 22.11.2022.

„Ich will nochmal an die Corona-Zeit erinnern. Da haben ja die Abgeordneten – außer uns - das Grundgesetz letztendlich mit Füßen getreten. Man hat so viel Angst eingejagt, dass jetzt alle sterben, wenn wir das nicht tun, wenn wir nicht die Versammlungsfreiheit einschränken, wenn wir nicht einschränken, dass die Leute draußen spazieren gehen dürfen. Das haben viele schon vergessen! Man durfte teilweise nicht mal raus und sich auf eine Bank setzen, um ein Buch zu lesen! Das muss man sich mal reinziehen. Da ist für mich die Tür zum Faschismus aufgestoßen. Ich weiß es nicht, ob es Faschismus wird. Sobald ich mit dem Begriff irgendwo hantiere, erzählen mir vermeintlich kluge Leute: Du weißt ja gar nicht, was Faschismus ist, und dann schicken sie mir irgendwelche Links von Wikipedia und kaprizieren das dann letztendlich nur auf Italien oder NS-Deutschland - nur das sei dann echter Faschismus! Dabei sind wir, zumindest in der Zeit der Corona-Politik, ziemlich nah dran gewesen.“[1688]

In einer Vielzahl von Posts bezeichnete der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) die COVID-19-Schutzmaßnahmen als *„faschistoide Methoden“*.[1689]

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau wandte sich in mehreren Beiträgen gegen die Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und diffamierte das politische System der Bundesrepublik. Er sprach in diesem Kontext wiederholt von *„Corona-Diktatur"*[1690], setzte COVID-19-Impfungen mit dem Bau der Berliner Mauer gleich,[1691] und sprach diffamierend von *„Impf-Rassismus"*[1692] sowie von *„Corona-Apartheid"*.[1693]

Auch Andreas Harlaß, Beisitzer im Vorstand der AfD Sachsen und Pressesprecher der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, sprach am 22. September 2021 auf Facebook von *„Impf-Apartheid"*.[1694]

[1688] Hilse, Karsten: „Am atomaren Abgrund“ in: COMPACT, Ausgabe 04/2023, S. 34.
[1689] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 29.08.2021, abgerufen am 09.09.2021. Facebook-Eintrag vom 09.09.2021, abgerufen am 10.09.2021. Facebook-Eintrag vom 08.09.2021, abgerufen am 09.09.2021. Facebook-Eintrag vom 13.09.2021, abgerufen am 14.09.2021. Facebook-Eintrag vom 20.10.2021, abgerufen am 21.10.2021. Facebook-Eintrag vom 29.10.2021, abgerufen am 02.11.2021. Facebook-Eintrag vom 29.10.2021, abgerufen am 02.11.2021. Facebook-Eintrag vom 15.11.2021, abgerufen am 15.11.2021. Facebook-Eintrag vom 23.11.2021, abgerufen am 24.11.2021.
[1690] Dornau, Jörg: Facebook-Einträge vom 05.04.2021, 24.04.2021, 05.12.2021, 06.12.2021, 12.12.2021, 15.01.2022 und 28.01.2022, abgerufen am 20.08.2024.
[1691] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.03.2021, abgerufen am 20.08.2024.
[1692] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.
[1693] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 06.11.2021, abgerufen am 08.11.2021.
[1694] Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 22.09.2021, abgerufen am 23.09.2021.

Andreas Geitz, kommunaler Mandatsträger im Rat der Stadt Hagen und der Bezirksvertretung Hagen-Haspe (NW), diffamierte Menschen mit COVID-19-Schutzimpfung, indem er behauptete, einige hielten sich nun für Mitglieder einer „*Herrenrasse*", die andere als „*lebensunwerte[r] ,Sozialschädling[e]'*" betrachteten; das sei „*Faschismus in Reinkultur!*"[1695]

Sven Tritschler, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Landessprecher des AfD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, verbreitete am 13. November 2021 auf seiner Facebook-Seite eine Fotomontage, die den Bundespräsidenten mit „Hitler-Bart" zeigt, und stellte ihn in seinem beigefügten Kommentar gleichfalls mit Hitler gleich:

> *„Ein deutsches Staatsoberhaupt auf der Suche nach Minderheiten, die als Sündenbock für die Versagerpolitik herhalten müssen. Bewährtes Konzept, allerdings seit rund 75 Jahren aus der Mode".*[1696]

Dies stellt eine schwerwiegende Verunglimpfung und zugleich auch eine Verharmlosung der menschenverachtenden Maßnahmen in der NS-Zeit dar.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Infektionen wurden in der AfD auch häufig zum Anlass genommen, diese konkret mit Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden während des Nationalsozialismus oder anderen Maßnahmen in totalitären Regimen zu vergleichen.

Am 27. August 2021 teilte der AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Sichert (BY/NI), der die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie als „*Impfdiktatur*" und „*Willkür*" diffamierte, und setzte in seinem Kommentar die Schutzmaßnahmen mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus gleich:

> *„Mit der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen begann im letzten Jahrhundert der Faschismus! Haben die Deutschen nichts aus ihrer Geschichte gelernt?"*[1697]

Am 13. August 2022 verglich der Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) die COVID-19-Schutzmaßnahmen auf Facebook beispielsweise mit der Unterdrückung und Verfolgung von Juden durch die Stasi und die Gestapo. Er verunglimpfte SPD und

---

1695 Geitz, Andreas: Facebook-Eintrag vom 08.08.2021, abgerufen am 28.09.2021.
1696 Tritschler, Sven: Facebook-Eintrag vom 13.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.
1697 Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 27.08.2021, abgerufen am 30.08.2021.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zudem unter Anspielung auf die radikalislamische Terrororganisation Taliban als „*Moralibans*" und unterstellte ihnen eine faschistische Gesinnung:

> „*Aha – jetzt soll es also Farbanzeigen auf der App geben. […] Na, so können die ‚Ordnungskräfte' – früher wurden die auch schon mal als Spitzel, als Blockwart, als Stasi oder noch früher als Gestapo bezeichnet – ihrer Arbeit leichter nachgehen und die so dringend nötigen Selektionen fürs Gemeinwohl vornehmen. […] Viel einfacher wäre es doch, wenn wir zum Tragen unterschiedlich farbiger Oberarmbänder verpflichtet würden. Hatten wir doch alles schon einmal. Und hat doch auch bestens funktioniert. […] Was kruschtelt und klaubt die Ampelregierung (Rot, Grün, Gelb) und die sie unterstützende Scheinopposition (Schwarz) sonst noch so an altbewährten faschistischen Instrumenten aus dem Giftschrank der politischen Instrumentarien raus, um den souveränen Bürgern ihre Freiheit und ihre Grundrechte zu nehmen? Nie wieder Faschismus, auch nicht im rot-grünen Kleidchen der Moralibans !!!*"[1698]

Der Landtagsabgeordnete Frank Otto Lizureck (ST) verunglimpfte in einem Facebook-Post vom 20. März 2022 den amtierenden Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, indem er einen Zusammenhang zwischen dem im Nationalsozialismus als Propagandabegriff verwendeten „*Endsieg*" und den von Lauterbach beworbenen COVID-19-Schutzimpfungen herstellte:

> „*Karl Lauterbach ist die Schädigung von Kindern und Jugendlichen egal. Es muss gespritzt werden bis zum spritzen Endsieg.*"[1699]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) veröffentlichte auf Facebook am 27. April 2023 auch einen Beitrag, in dem er dem deutschen Staat totalitäre Züge unterstellte und unter anderem infolge der Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie einen beginnenden Faschismus zu erkennen meinte. Den Verfassungsschutz bezeichnet er in diesem Rahmen als „*Werkzeug zur Unterdrückung von Meinungen und dem dazugehörigen freien Diskurs*", beurteilte dessen Methoden und Ziele als extremistisch und warnte vor einer vermeintlich von diesem ausgehenden Gefahr für die Gesellschaft:

[1698] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 13.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[1699] Lizureck, Frank Otto: Facebook-Eintrag vom 20.03.2022, abgerufen am 23.03.2022.

„Abweichler, ob nun in Corona- oder Genderfragen, bei der Einordnung der Situation in der Ukraine oder der Vereinbarkeit des Islam mit der Europäischen Menschenrechtscharta, sollen mundtot gemacht werden. Das aber ist totalitär, in meinen Augen beginnt hier ein Faschismus, der in seinen Anfängen schon als solcher benannt und bekämpft werden muss. […]
Die moralisierende Dummheit des Verfassungsschutzes – ein institutionalisierter singulärer Anachronismus selbst unter westlich orientierten Staaten – ist nichts als ein Werkzeug zur Unterdrückung von Meinungen und dem dazugehörigen freien Diskurs. Es ist genau der Kampf gegen den vermeintlichen Faschismus, der ihn erst erzeugt. Extremistisch sind die Ziele und Methoden des Verfassungsschutzes – und damit gesichert verfassungsfeindlich. Der Geist der Überwachung, ob nun von Gestapo, Stasi oder Verfassungsschutz exekutiert, schützt unsere Gesellschaft nicht. Er gefährdet sie!“[1700]

In einem Redebeitrag auf einer AfD-Kundgebung am 25. Juni 2021 sprach der sächsische Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse vom Deutschen Bundestag als einer „*geschlossenen Anstalt*“, einer „*Scheindemokratie*“ und „*Demokratie-Simulation*“ und bezeichnete das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (4. Bevölkerungsschutzgesetz), das sogenannte Infektionsschutzgesetz, als „*Ermächtigungsgesetz*“:

> *„Ich bin jetzt seit vier Jahren in dieser sogenannten geschlossenen Anstalt. Und was ich dort erfahren habe ist natürlich, dass es hier sich nur noch um eine Scheindemokratie handelt. Also um eine Demokratie-Simulation. […] Wenn wir uns anschauen: Am 18.11. - da hat das Parlament […] das zweite Mal nach 1933 in seiner Geschichte seine Macht abgegeben an die Regierung. Und an eine Regierung, von der wir sehen können, [...] dass sie teilweise korrupt ist und dass sie sich vor allen Dingen nicht an Recht und Gesetz hält. Seit 2015 zum Beispiel gegen das Grundgesetz verstößt [...]. Denen ist quasi Rechtsstaatlichkeit relativ egal. Und am 18.11. habe ich zu Recht dieses Gesetz, dieses Infektionsschutzgesetz, Ermächtigungsgesetz genannt, weil es noch nie so einschneidende Maßnahmen gab seit 1949 wie mit diesem Gesetz“.*[1701]

[1700] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 27.04.2023, abgerufen am 27.04.2023.
[1701] Hilse, Karsten: Redebeitrag in Lauchhammer (BB) am 25.06.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.06.2021, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 09.12.2022.

Auch in seiner Rede am 25. August 2021 in Bautzen (SN) bezeichnete Hilse das Infektionsschutzgesetz als „*Ermächtigungsgesetz*" und unterstellte der Regierung „*faschistische Methoden*" und den Aufbau einer „*Corona-Diktatur*" bzw. „*Klimadiktatur*".[1702]

Emil Sänze, AfD-Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, sprach in Bezug auf das Infektionsschutzgesetz von „*Ermächtigungsgesetz*"; die Bundesrepublik Deutschland setze „*den Weg in die dritte Diktatur fort*". Er verglich die Beschränkungsmaßnahmen angesichts der COVID-19-Pandemie mit einer „*üblen Science-Fiction-Dystopie*" sowie NS-Unterdrückungsmaßnahmen und sprach von einer „*Erniedrigung*" und „*Abwertung von Menschen*".[1703]

Der Kreisverbandssprecher der AfD Paderborn (NW) Marvin Weber resümierte in einem Facebook-Post vom 6. Februar 2024:

> *„Wie demokratie-, verfassungsfeindlich, demagogisch, korrupt, korrumpiert, psychopathisch, totalitär und faschistoid die Regierungskaste in Deutschland ist, konnte jeder Bürger beim Impfzwang-Verbrechen während der der Willkürherrschaft der Altparteien in der Coronazeit sehen."*[1704]

Der Kehler AfD-Kreisrat Günter Geng (BW) bezeichnete die Verabschiedung des Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (4. Bevölkerungsschutzgesetz) auf Facebook als „*zweite[s] deutsche[s] Ermächtigungsgesetz[es]*", mit dem das „*4. Reich*" begonnen habe.[1705]

In mehreren Facebook-Beiträgen stellte Günter Geng COVID-19-Impfnachweise mit „*Ariernachweisen*"[1706] sowie dem „*gelben Judenstern*"[1707] und die Bundesregierung unter Merkel („*Merkulatur*"[1708]) mit dem NS-Regime gleich. Impfungen diskreditierte er gar als „*Euthanasie-Programm*"[1709].

[1702] Hilse, Karsten: Redebeitrag in Bautzen (SN) am 25.08.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.08.2021, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden - Die Dokumentation", abgerufen am 27.08.2021.
[1703] Sänze, Emil: Facebook-Eintrag vom 26.08.2021, abgerufen am 01.09.2021.
[1704] Weber, Marvin: Facebook-Eintrag vom 06.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[1705] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 21.04.2021, abgerufen am 26.04.2021.
[1706] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 24.05.2021, abgerufen am 25.05.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. d. ee.)
[1707] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 30.05.2021, abgerufen am 02.06.2021.
[1708] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 24.05.2021, abgerufen am 25.05.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. d. ee.)
[1709] Ebd.

Im Juni 2022 wurde gegen den Reutlinger AfD-Stadtrat Hansjörg Schrade (BW) Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt. Schrade hatte auf seinem Telegram-Kanal eine Nachricht des bekannten Impfkritikers Paul Brandenburg unkommentiert geteilt und damit seine Zustimmung hierzu ausgedrückt. Die Nachricht war bebildert mit einer Collage aus Adolf Hitler, Erich Honecker und Angela Merkel. Im Text war unter anderem zu lesen:

> *„Die deutschen Regierungschefs mit den meisten Todesopfern waren stets bis zum letzten Moment ihres Lebens überzeugt, mit ihren Taten im Recht gewesen zu sein.“*[1710]

Ferner könnten Politikerinnen und Politiker nach Auffassung Brandenburgs frei entscheiden, wer *„als Staatsfeind bekämpft“* werde.[1711]

Wiederholt wurden die COVID-19-Schutzimpfungen zudem mit den menschenverachtenden medizinischen Menschenversuchen unter dem nationalsozialistischen Regime gleichgesetzt.

So bekundete der brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Galau auf einer AfD-Wahlkampfveranstaltung am 7. September 2021 in Hennigsdorf (BB):

> *„Trotz aller Diktatur-Erfahrungen im vergangenen Jahrhundert ignoriert man die damaligen verbrecherischen medizinischen Experimente an Menschen und spuckt auf den daraus entstandenen ‚Nürnberger Kodex‘.“*[1712]

Die unhaltbare Gleichsetzung[1713] von COVID-19-Schutzimpfungen mit den menschenverachtenden medizinischen Experimenten unter dem Nationalsozialismus stellt eine schwerwiegende Verunglimpfung nicht nur der Forscherinnen und Forscher bzw. Ärztinnen und Ärzte, sondern auch der Politikerinnen und Politiker dar. Indem suggeriert wird, handlungsleitend für die Entscheidungsträgerinnen und -träger seien nicht Wohl und Nutzen der Bevölkerung, sondern Maßstäbe, die mit nationalsozialistischen Positionen vergleichbar seien, wird das Vertrauen in die demokratischen Institutionen insgesamt in Zweifel gezogen

---

[1710] Reutlinger General-Anzeiger: „Volksverhetzung? Erneut Strafanzeige gegen Reutlinger AfD-Stadtrat“ vom 15.06.2022, in: www.gea.de, abgerufen am 17.06.2022.
[1711] Ebd.
[1712] AfD Brandenburg: Facebook-Video-Livestream vom 07.09.2021, abgerufen am 08.09.2021.
[1713] Vgl. hierzu etwa BVerwG, Beschl. v. 07.07.2022, 1 WB 2.22, juris, Rn. 234 ff.; OLG Brandenburg, Beschl. v. 05.07.2022, 13 UF 42/22, juris, Rn. 36; VG Berlin, Beschl. v. 14.01.2022, 14 L 619/21, juris, Rn. 44.

Diese Äußerungen, die die amtierenden Regierenden mit Autokraten und gar Nationalsozialisten gleichsetzen, gipfeln dann im Postulat, Regierungsmitglieder vor ein Kriegsverbrechertribunal zu stellen.

Am 1. September 2022 forderte die AfD Sachsen, der Bundesminister für Gesundheit Karl Lauterbach müsse „*weg*" und – auf die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse gegen nationalsozialistische Funktionsträger anspielend – vergleichbar vor Gericht gestellt werden:

> „*Lauterbach muss weg! Nürnberg 2.0*"[1714]

Auch Wolfgang von Eyb, AfD-Stadtrat in Würzburg (BY), sprach sich in einer Telegramgruppe im Zusammenhang mit der Debatte um die Einführung einer Impfpflicht für eine Eröffnung des „*Nürnberger Prozess[es] 2.0*" aus:

> „*Wir müssen dran bleiben, damit sich die Befürworter der ‚Impfung' nicht neu gruppieren. Gewonnen ist die Sache erst, wenn der Nürnberger Prozess 2.0 eröffnet wird.*"[1715]

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurden in der AfD auch Verschwörungstheorien verbreitet, die die staatlichen Institutionen oder Repräsentantinnen und Repräsentanten mit Verbrechern gleichsetzen und das Vertrauen in diese entsprechend erschüttern möchten. Danach bediene die Regierung sich autoritärer Methoden, um einen größeren, dahinterstehenden Plan umzusetzen.

Christina Baum (MdB, BW/ST) stellte die COVID-19-Schutzimpfung in einem Facebook-Post als Vergewaltigung des Volkes dar und sah einen planmäßigen Krieg der Regierung gegen das eigene Volk im Gange:

> „*Generalstabsmäßig wird das Deutsche Volk mit einer mehr als zweifelhaften, oft unwirksamen, dafür häufig schädlichen #Injektion vergewaltigt. [...] Diese #Regierung samt #Scheinopposition führen eine Art #Krieg der unheimlichen Art gegen das eigene #Volk.*"[1716]

[1714] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 01.09.2022, abgerufen am 02.09.2022.
[1715] Screenshot Tweet vom 07.04.2022, abgerufen am 08.04.2022.
[1716] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 27.12.2021, abgerufen am 28.12.2021.

Hans-Thomas Tillschneider, AfD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, schrieb am 9. Oktober 2021 auf Facebook:

> *„Ich kann mir übrigens auch durchaus vorstellen, dass hinter der Corona-Politik eine Elite steht, die eine neue Weltordnung schaffen will!"*[1717]

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Rainer Rothfuß (mittlerweile zudem MdB, BY) hielt auf dem Neujahrsempfang der AfD Lindau am 10. Januar 2023 in Oberstaufen (BY) einen Redebeitrag, in dem er die regierenden Parteien beschuldigte, die *„Menschen ins Unglück zu stürzen"*:

> *„Wir können diese Zahl nicht einfach so im Raum stehen lassen. Wir müssen die zur Verantwortung ziehen, die dazu geführt haben, dass die Menschen ins Unglück gestürzt wurden, dass die Abtreibungen in die Höhe schnellen, dass die psychischen Erkrankungen in die Höhe schnellen. Und da werden wir als AfD ein unangenehmer Begleiter weiterhin dieser Politik sein, die gegen den Menschen gerichtet ist. […] Und viele Menschen sagen ja immer wieder: ‚Parteien können das Ganze eh nicht verändern. Wählen hilft eh nichts. Wenn Wahlen was verändern würden, wären sie längst verboten worden.' Aber ich würde sagen: Nein, sie wären nicht verboten worden, sondern sie würden manipuliert werden. Dadurch, dass einfach Gehirnwäsche gemacht wird, dass die Medien den Menschen falsche Fakten einflößen oder falsche Meinungen einflößen, dass sie gewisse Probleme einfach weglassen, dass sie die Verursacher nicht benennen der Probleme. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Faktor der Manipulation."*[1718]

Christine Anderson (MdEP, HE) kritisierte in einem Facebook-Post vom 22. Juni 2022 die Verlängerung des digitalen COVID-19-Impfzertifikats, welche sie als Ausdruck einer erheblichen Einschränkung der Rechte und Freiheiten deutscher Bürgerinnen und Bürger wertete. Den Anlass hierfür sah sie nicht im Schutz der Gesundheit, sondern in der Unterdrückung der kritisch eingestellten Bevölkerung, die so angeblich an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte gehindert werden sollte:

> *„Es geht nicht um den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, sondern um den Schutz von Regierungen und Politik vor unangenehmen Bürgern und deren legi-*

[1717] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 09.10.2021, abgerufen am 12.10.2021.

[1718] Rothfuß, Rainer: Redebeitrag in Oberstaufen (BY) am 10.01.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.01.2023, Kanal: „Dr. Rainer Rothfuß", abgerufen am 11.01.2023.

time Nutzung demokratischer Freiheiten und Grundrechten. Demokratische Beteiligung wird dann nur denjenigen Bürgern gewährt, denen zuvor von der Regierung einen ‚Digitalen Grundrechtsgutschein' ausgestellt wurde. Alle anderen werden stattdessen direkt in einen ‚Demokratie-Lockdown' geschickt."[1719]

Am 23. Juni 2022 bezog Anderson zu dem Thema in einem Facebook-Beitrag erneut Stellung, indem sie das Impfzertifikat als „*Grundrechte Bezugsschein*" bezeichnete und damit andeutete, die Zuerkennung der Grundrechte hänge vom Impfstatus der Betroffenen ab. Durch die Erwähnung eines „*pLandemischen*" Herbsts und Winters suggerierte auch sie, dass die COVID-19-Pandemie Teil eines übergeordneten Plans der Regierung sei:

> „*Unsere Befürchtung ist heute leider war geworden und der ‚Grundrechte Bezugsschein' – eine Bezeichnung die ich hier als wesentlich treffender erachte – wurde um ein weiteres Jahr bis Juni 2023 verlängert.*
> *Ich habe selbstverständlich zusammen mit einigen Mitstreitern dagegen gestimmt, jedoch war dem Durst der Mehrheit der EU-Abgeordneten nach weiteren Möglichkeiten zur Einschränkung von Bürgerfreiheit und Grundrechten nicht mehr beizukommen. […] Zu sehr hat man Gefallen daran gefunden, den Bürgern unter dem Vorwand der vermeintlichen ‚Gesundheitsfürsorge' die Grundrechte entziehen und bei regierungsfreundlichem Wohlverhalten ggf. wiedergewähren zu können, ganz so als handle es sich um Privilegien. Genießen Sie einen letzten Sommer der Freiheit. Ist er erst vorbei, wird uns allen wohl ein weiterer pLandemischer (sic) Herbst und Winter vor der Tür stehen! Aber eines ist jetzt schon sicher: Unser Kampf für die Freiheit wird weitergehen!*"[1720]

Am 21. Mai 2022 teilte Anderson einen Tweet des amtierenden Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach und bezeichnete die darin verkündete Einigung der WHO und der G-7 auf einen Pakt gegen neue Pandemien als einen Pakt mit dem Ziel, die Demokratie abzuschaffen:

> „*Dieser ‚Pakt gegen neue Pandemien' ist in Wahrheit ein Pakt um die Volksherrschaft (Art. 20, Abs. 2 GG) abzuschaffen. Das wissen Sie sehr genau, Herr*

[1719] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 22.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.
[1720] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 23.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.

@Karl_Lauterbach! Geben Sie endlich Butter bei die Fische und hören Sie auf, die Bürger für dumm zu verkaufen!"[1721]

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) bezeichnete die Bundesrepublik am 27. August 2022 angesichts geplanter COVID-19-Schutzmaßnahmen auf Facebook als „*bunte[s] Regime*", welches das Volk seiner Grundrechte berauben wolle:

> „*Das hätte in den braunen und roten sozialistischen Diktaturen der Vergangenheit nicht besser gelöst werden können. Offenbar will das bunte Regime hier vorsorgen und im Fall der befürchteten Energieproteste ein Mittel zur Hand haben, den Souverän seiner Grundrechte zu berauben. Merken Sie sich diejenigen, die diese Willkürmaßnahmen im Bundestag durchwinken. Diese Leute haben sich von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit endgültig verabschiedet.*"[1722]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) trat als Redner bei einer von PEGIDA organisierten Veranstaltung am 22. März 2022 in Dresden (SN) auf. In seinem Redebeitrag stellte er die Behauptung auf, dass die COVID-19-Pandemie ebenso wie andere Krisen dem Ziel des Großen Austauschs dienten und den Weg in eine totalitäre Staatsform bereiteten:

> „*Corona ist nichts weiter als eine [...] fortgeschrittene Übung in den Totalitarismus des 21. Jahrhunderts und eine, die in Deutschland wieder einmal mit besonderer Verbiesterung durchexerziert wird.*"[1723]

In einem im Juli 2022 auf YouTube veröffentlichten Interview unterstellte der Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer (BY), die zurückliegende Maßnahmenpolitik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie habe auf „*monströsen Lügen*" gefußt:

> „*Es ist wahnsinnig, welche monströsen Lügen möglich waren und sind und wie viele Menschen und Verbände mitmachen. [...] Was auch erschreckend war die letzten zweieinhalb Jahre, und das war glaube ich in dieser Form auch einmalig*

[1721] Anderson, Christine: Tweet vom 21.05.2022, abgerufen am 31.05.2022.
[1722] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 27.08.2022, abgerufen am 06.09.2022.
[1723] Berndt, Hans-Christoph: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 23.03.2022, Kanal: „Dr. Christoph Berndt", abgerufen am 23.03.2022.

und erstmalig so, dass man weltweit [...] diese Volksverdummung durchsetzen konnte, weltweit. Das ist schon erstaunlich und erheblich.“[1724]

Mit diesen Äußerungen suggeriert die AfD, die Regierung verfolge einen größeren Plan, dessen Kern nicht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger sei. Dies sei lediglich ein Vorwand, um mit totalitären, undemokratischen Methoden ans Ziel zu kommen. Unterstützung erhalte die Regierung durch pauschal als jedenfalls unkritisch beschriebene Medien.

Auch diese Äußerungen sind darauf gerichtet, das Vertrauen in die Demokratie und die sie tragenden Institutionen sowie in die staatlichen Organe und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten zu erschüttern.

bb.Angeblich mangelnde Gewaltenteilung bzw. Aushöhlung demokratischer Prozesse

Auch über Äußerungen, die eine funktionierende Gewaltenteilung in Deutschland in Frage stellen oder negieren, wird bzw. wird versucht, die demokratische Nachkriegsordnung insgesamt in Zweifel zu ziehen.

So werden etwa die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 19. November 2021 zur sogenannten Bundesnotbremse von mehreren AfD-Politikern als Beweis für die Aufhebung der Gewaltenteilung und die faktische Außerkraftsetzung des Grundgesetzes beschrieben.

Stephan Brandner, Bundestagsabgeordneter (TH) und stellvertretender Bundessprecher der AfD, schrieb nach Veröffentlichung des Gerichtsbeschlusses am 30. November 2021 auf Facebook von *„Büttelrechtssprechung"*. Das Bundesverfassungsgericht mache sich *„wieder mal zum #Büttel der Regierenden"*, das Grundgesetz sei *„das Papier nicht mehr wert, auf dem es geschrieben steht"*:

> *„Bundesverfassungsgericht macht sich wieder mal zum #Büttel der Regierenden! [...] Was aber soll man anderes erwarten von einem Bundesverfassungsgericht, das eng verbandelt mit der Regierung ist, sich sogar in vollständiger Besetzung zum Essen mit der Kanzlerin trifft und dort Vorträgen von Ministern lauscht? Ein Gericht, dessen Präsident ein enger Parteifreund von Merkel ist, der hoher Funk-*

[1724] Boehringer, Peter: Aussagen in einem Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2022, Kanal: „POLITIK SPEZIAL – Stimme der Vernunft“, abgerufen am 20.09.2024.

tionär der Kanzlerpartei war und der sich schon vor Monaten öffentlich zustimmend zur Coronapolitik äußerte? Dass bei diesen Voraussetzungen keine seriöse juristische Prüfung, sondern Büttelrechtssprechung zu erwarten war, dürfte niemanden überraschen."[1725]

Björn Höcke unterstellte dem Bundesverfassungsgericht, es stelle den Regierenden einen *„Blankoscheck für Willkür"* aus, und behauptete das *„Ende der Gewaltenteilung"*:

> *„Wer schützt uns noch vor den Beschützern? Können wir noch sicher von einer gewährleisteten Gewaltenteilung in Deutschland ausgehen? Seit dem ‚Klimaurteil' ahnten wir es, nun dürfen wir uns wohl endgültig von der Vorstellung verabschieden, das oberste Gericht unseres Landes stünde noch als Schutzwall zwischen der Bundesregierung und unseren Grundrechten. Was bisher durch die Verzögerungstaktik bei wichtigen Urteilen nur erahnt werden konnte, wird nun zur Gewißheit: Das Bundesverfassungsgericht scheut nicht davor zurück, den Regierenden einen Blankoscheck für Willkür auszustellen."*[1726]

Der damalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments Bernhard Zimniok (BY) bezeichnete das Bundesverfassungsgericht angesichts der Debatte um eine Impfpflicht in einem Tweet vom 19. Mai 2022 ebenfalls als *„Erfüllungsgehilfen der Regierung"*[1727] und stellte damit die Gewaltenteilung in Abrede.

Anlässlich der gleichen Entscheidung äußerte Thomas Dietz (MdB, SN):

> *„Der Rechtsstaat ist in Teilen in seiner obersten INSTANZ nicht mehr existent. Das ist politisch gewollte Rechtsprechung!"*[1728]

Am 8. September 2022 veröffentlichte Björn Höcke auf Facebook einen Beitrag zum Urteil des Amtsgerichts Hamburg, das am Tag zuvor den islamfeindlichen Blogger Michael Stürzenberger wegen Volksverhetzung zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt hatte. Höcke sah in dem Urteil einen beispielhaften Beleg für den Verlust richterlicher Unabhängigkeit in Deutschland:

> *„Was sind das für Richter, die heutzutage, da islamischer Terror bereits in Deutschland stattfindet und sich deutsche Gerichte mit der Zwangsverheiratung*

[1725] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 30.11.2021, abgerufen am 20.08.2024.
[1726] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 02.12.2021, abgerufen am 02.12.2021.
[1727] Zimniok, Bernard: Tweet vom 19.05.2022, abgerufen am 19.05.2022.
[1728] Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 19.05.2022, abgerufen am 20.05.2022.

von Kindern beschäftigen müssen, jegliche kritische Meinungsäußerung zu diesen Themen bestrafen? Man könnte fast annehmen, daß hier jemand vor den demographischen Realitäten der Verdrängungs-/Masseneinwanderung innerlich kapituliert hat und die Fortführung seiner Karriere im künftigen Kalifat auf deutschem Boden nicht gefährden will... Auch wenn Michael Stürzenberger, wie so viele Dissidenten, den Glauben an den Rechtsstaat längst verloren haben dürfte, geht er in die nächste Instanz. Ich wünsche dem leidenschaftlichen Aufklärer, daß ihn die Kraft nicht verläßt.“[1729]

Der AfD-Kreistagsabgeordnete Thomas Naulin, zum damaligen Zeitpunkt zudem Sprecher des AfD-Kreisverbands Vorpommern-Rügen (MV), teilte diesen Beitrag und diffamierte Richter zudem als *„rückgratlose Marionetten“*, indem er schrieb:

> *„Vieles ist nicht mehr hinzunehmen. Auch ich persönlich habe vor Richtern gesessen die nicht auf so einem Stuhl sitzen dürften. Diese rückgratlosen Marionetten müssen zur Verantwortung gezogen werden! Ich hoffe diesen Herbst erhebt sich das Volk und jagt dieses ganze verlogene Pack endlich zum Teufel!“*[1730]

Der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse, zu diesem Zeitpunkt außerdem Beisitzer im AfD-Landesvorstand Sachsen, äußerte anlässlich einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz in einem Facebook-Post vom 3. Mai 2021 erhebliche Zweifel am Bestehen der Gewaltenteilung in Deutschland und bezeichnete neben den Medien die Exekutive, Legislative und Judikative in Deutschland als weitestgehend zentral gesteuert, um vermeintlich einen *„totalitären, antifreiheitlichen Staat“* aufzubauen. Das Bundesverfassungsgericht benannte Hilse in diesem Rahmen als *„willigen Erfüllungsgehilfen einer zukünftigen Öko-Diktatur“*:

> *„Staatsstreich! Das Bundesverfassungsgericht hat sich zum willigen Erfüllungsgehilfen einer zukünftigen Öko-Diktatur degradiert! Damit ist nach den Medien (genannt 4.Gewalt), der Exekutive und der Legislative auch die Judikative (zumindest das oberste Gericht) offensichtlich größtenteils in der Hand derer, die Deutschland zu einem totalitären, antifreiheitlichen Staat umbauen wollen.“*[1731]

[1729] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 08.09.2022, abgerufen am 20.08.2024.
[1730] Naulin, Thomas: Facebook-Eintrag vom 08.09.2022, abgerufen am 14.09.2022.
[1731] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 03.05.2021, abgerufen am 03.05.2021.

Karsten Hilse bezeichnete zudem die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung in einer AfD-Publikation aus März 2022 beispielsweise als „*Demokratiesimulation*“[1732] und insinuierte durch die Bezeichnung des ehemaligen Bundespräsidenten Wulff und des amtierenden Bundespräsidenten Steinmeier als „*politische Sprechpuppen*“ eine externe Steuerung und damit fehlende Unabhängigkeit derselben:

> „*Wohin solche Kungeleien vorbei am Wahlvolk führen, zeigen Totalausfälle wie Wulff oder Steinmeier, die das Amt als politische Sprechpuppen immer mehr beschädigen.*“[1733]

Im Nachgang zur Wahl eines CDU-Politikers zum Landtagspräsidenten in Thüringen äußerte sich Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) folgendermaßen:

> „*Warum wird in #Thüringen überhaupt noch gewählt? Dem Machtkartell sind Wahlergebnisse offensichtlich schnuppe.*“[1734]

In einem weiteren Tweet schrieb er am selben Tag:

> „*In #Thueringen ist jetzt die mit Abstand stärkste Fraktion nicht im Parlamentspräsidium vertreten. Die Ausschüsse spiegeln zudem nach einer willkürlichen Veränderung ihrer Größe nicht mehr die Mehrheitsverhältnisse des Landtags wider. So sieht #Machtergreifung aus!*“[1735]

Mariana Harder-Kühnel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE und stellvertretende AfD-Bundessprecherin) verunglimpfte die amtierende Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 4. Juli 2022 auf Facebook als „*Demokratiegefährderin*“ und das Bundesministerium des Innern als „*ideologisches Propagandaministerium*“, das die Abschaffung der Meinungsfreiheit und die Verbreitung eigener Ideologien zum Ziel habe:

> „*Demokratiegefährderin: Faeser erschafft ideologisches Propagandaministerium!*

[1732] Vgl. VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, Rn. 164.
[1733] Hilse, Karsten: „Mehr Demokratie wagen, statt Demokratiesimulation“, in: Blaue Post Bautzen, Ausgabe 03/2022, S. 3.
[1734] Krah, Maximilian: Tweet vom 28.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.
[1735] Krah, Maximilian: Tweet vom 28.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.

> *Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat Horst Seehofers Heimatministerium nach eigenen Angaben ‚umgebaut und verstärkt'. […] Ehrlicher wäre allerdings die Bezeichnung ‚Propagandaministerium'. Denn verfolgt wird unter dem Deckmantel des ‚gesellschaftlichen Zusammenhalts' einzig das Ziel, eigene Ideologien zu verbreiten und unliebsame Meinungen zu unterdrücken. Große Teile der Gesellschaft werden schon jetzt in den unterschiedlichsten politischen Bereichen diskreditiert und in die Nähe des Extremismus gerückt. […] Faesers Abteilung zur ‚Stärkung der Demokratie' ist deshalb nichts anderes als der nächste Baustein zur Abschaffung der Meinungsfreiheit. Die stets geforderte ‚Meinungsvielfalt' endet für Politiker der Ampelkoalition nämlich stets dort, wo sich geäußerte Meinungen nicht mit den von der Regierung propagierten Ideologien decken.*"[1736]

In ihrer Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag" der AfD Rhein-Berg (NW) am 16. Februar 2024 in Kürten (NW) tätigte Mariana Harder-Kühnel folgende Aussagen:

> *„Der sogenannte Kampf gegen rechts ist fast so etwas wie eine Art Ersatzreligion geworden und in diesen Tagen erreicht er so langsam hoffentlich sein Endstadium und hat weite Teile der deutschen Öffentlichkeit in eine Art Wahnzustand versetzt. Ja, die Leute merken gar nicht mehr, dass das, was getrieben wird, eigentlich schon den Charakter eines autoritären Regimes angenommen hat. Erst* wollte *man uns als AfD politisch stellen, das hat irgendwie nicht so richtig funkti*oniert *und weil man uns politisch nicht stellen konnte, greift man eben nun zu immer härteren Bandagen. Ja, sogar über ein Verbot der AfD wird offen gesprochen, die Verzweiflung muss da tatsächlich sehr, sehr groß sein und mit demokratischen Standards hat das alles längst nichts mehr zu tun.*"[1737]

Björn Höcke (MdL TH) veröffentlichte am 30. Oktober 2024 einen Beitrag auf Facebook, in dem er Deutschland abspricht, eine Demokratie zu sein, und Begriffe wie „*Kartellbildung*" oder „*Parteibuchgerichte*" verwendet:

[1736] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 04.07.2022, abgerufen am 05.07.2022.

[1737] Harder-Kühnel, Mariana: Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag" der AfD Rhein-Berg am 16.02.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 23.02.2024.

> *„Wer die Bundesrepublik Deutschland im Brustton der Überzeugung als Demokratie (Volksherrschaft) bezeichnet, lebt entweder von ihr oder ist nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte. Diese harte Aussage ist mit Blick auf das, was wir hierzulande vorfinden richtig und wichtig: Gebrochene Gewaltenteilung, Kartellbildung der Altparteien, Parteibuchgerichte, staatliche und halbstaatliche Propagandaproduktion, Herrschaft der politischen Korrektheit, Geheimdiensteinsatz gegen friedliche Opposition, Eingriff von in- ausländischen NGOs in den Meinungsbildungsprozeß, Mediatisierung und Manipulation des Volkes, ja, letztlich Zerstörung des Demos (Volkes) durch Multikulturalisierung..."*

In dem Beitrag verweist Höcke auf einen verlinkten Beitrag in der Online-Zeitung „Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität" und schreibt dazu:

> *„Klaus Kunze stellt zurecht die Frage, wer und in welchem Interesse Deutschland regiert wird. Sein Beitrag zeigt indirekt auf, wie groß der Reformbedarf ist, wenn wir in und für Deutschland wieder das Prinzip der Volkssouveränität umsetzen wollen. Lesenswert!"* [1738]

Der geteilte Artikel stellt die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland grundlegend in Frage:

> *„Was die da oben als ‚unsere Demokratie' mit Zähnen und Klauen verteidigen, ist tatsächlich: ihre Demokratie. Sie haben das politische System so genannt, weil der Begriff massentauglich ist und vielversprechend klingt. Wollten nicht schon die USA die ganze Welt safe for democracy machen? In Deutschland ist es ihnen gelungen. Ihre politischen Lizenznehmer legten uns 1948 ein System nahe, das bei theoretischer sozialer Durchlässigkeit doch gewährleistet, daß unser Land von einer mehr oder weniger großen politisch-medialen Funktionselite geleitet wird. Wer dazu gehören will, muß in ihrem totalen Parteienstaat so werden, wie die anderen da oben schon sind. Die Gesichter im Fernsehen wechseln gelegentlich, aber das System bleibt stabil. Deutsche mögen Stabilität und daß ihnen jemand das eigenständige Denken abnimmt. Das waren sie vor 1948 schon zwölf Jahre so gewohnt. […] ‚Unsere Demokratie' dieser Plutokraten hat mit unseren Ideen einer Demokratie als Volksherrschaft von unten, dem Volk, hinauf zu den*

[1738] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung Kapitel E. I. 1. d. dd.)

Staatsorganen nichts zu tun, setzt die Spielregeln demokratischer Selbstorganisation außer Kraft, wäscht unseren Landsleuten tagtäglich die Gehirne mit einer globalistischen Propaganda und zerstört das nationale Selbstbewußtsein unseres Volkes. Wohin uns das geführt hat, können wir jeden Tag auf den Straßen unserer Städte erleben.“ [1739]

Der Beitrag von Höcke und damit auch der Artikel von Kunze wurden am 30. Oktober 2024 auch durch den Telegram-Account der AfD Thüringen geteilt.[1740]

In einem Facebook-Beitrag vom 7. Juni 2022 bezeichnete der hessische Landtagsabgeordnete Frank Grobe die Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien pauschal als *„Anti-Demokraten“*:

> *„Stoppt endlich die Anti-Demokraten der Altparteien“*[1741]

In einem Tweet vom 31. Dezember 2023 reagierte Harald Laatsch (MdA) auf einen Beitrag des Deutschlandfunks, demzufolge die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft vor Wahlerfolgen der AfD gewarnt hätten:

> *„Zusammen mit Gewerkschaften, Kirchen, Medien, Parteien, WEF usw. bilden die Verbände den tiefen Staat, die größte Gefahr für die Demokratie.“*[1742]

Laatsch erklärte außerdem in seinem Tweet vom 21. Juli 2024 frei heraus:

> *„Es gibt keine Gewaltenteilung mehr in Deutschland, es gibt eine Gewaltenkoppelung.“*[1743]

Nach der Verschwörungstheorie vom „Tiefen Staat“ bestehen hinter der eigentlichen Regierung weitere staatliche Strukturen, die nicht demokratisch legitimiert sind und im Verborgenen das Staatsgeschehen lenken oder gegen dieses arbeiten.

Kay-Uwe Ziegler (MdB, ST) schrieb im Februar 2024 auf Telegram über die Bundesinnenministerin Nancy Faeser:

> *„Diese Person will bestimmen, wer ein Rechtsextremist ist und was eine Verhöhnung des Staates darstellt! DIE DIKTATUR BEGINNT JETZT! […]*

[1739] Wir Selbst: „Wer regiert hier eigentlich?“ vom 29.10.2024, in: https://wir-selbst.com, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung Kapitel E. I. 1. d. dd.)
[1740] AfD Thüringen: geteilter Telegram-Beitrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung Kapitel E. I. 1. d. dd.)
[1741] Grobe, Frank: Facebook-Eintrag vom 07.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.
[1742] Laatsch, Harald: Tweet vom 31.12.2023, abgerufen am 18.01.2024.
[1743] Laatsch, Harald: Tweet vom 20.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.

In ihrem Umfeld werden Menschen, die nicht geimpft sind oder an zwei statt 170 Geschlechter glauben, als rechtsextrem bezeichnet. Faesers Behörde kann nun wirklich jeden willkürlichen Vorwand nehmen, um Menschen zu überwachen und zu diskriminieren. Unser Rechtsstaat wird in aller Öffentlichkeit demontiert. Ein antidemokratisches, dystopisches Szenario, das nur Ihr mit Eurer Stimme verhindern könnt.“[1744]

Die Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung Erika Steinbach warf sowohl der CDU/CSU als auch der jetzigen Regierung in einem Facebook-Post vom 1. Juli 2022 vor, für den vermeintlichen Niedergang der Demokratie in Deutschland verantwortlich zu sein:

> *„Die Union unter der Herrschaft von Angela Merkel hat sich zum Totengräber unserer Demokratie gemacht. Die jetzige Regierung setzt das nahtlos fort.“*[1745]

Am 19. August 2022 schrieb sie auf Facebook, Deutschland werde *„[z]ielgerichtet […] entdemokratisiert“.*[1746]

Der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban (MdL SN) sprach in einem Facebook-Beitrag vom 9. Februar 2023 von einer *„krankenden“* und *„defekten Demokratie“* in Deutschland[1747].

Auf einer Mahnwache in Bautzen (SN) am 13. Februar 2023 sprach Urban angesichts einer angeblichen Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die etablierten Parteien von *„demokratiefeindlichem“* Verhalten und *„Demokratiefeinden“*:

> *„Hier ist vor kurzem was passiert, was aus meiner Sicht absolut demokratiefeindlich ist. […] Wenn man Veranstaltungen unterdrückt, ohne dass die Menschen, die da auftreten wollen, strafrechtlich relevant geworden sind. Volksverhetzungen, Aufrufe zur Gewalt. Nichts Strafrechtliches, nur weil einem die Meinung nicht gefällt, dann ist das das Gegenteil von Demokratie, dann sind das Stadträte, die Demokratie unterdrücken. Dann sind das Demokratiefeinde. […] Das geht von links bis grün, bis SPD, bis zur CDU. Wer so etwas macht, wer die Meinungsfreiheit und die Freiheit des Wortes unterdrückt, das ist ein Demokratiefeind.“*[1748]

1744 Ziegler, Kay-Uwe: Telegram-Beitrag vom 15.02.2024, abgerufen am 15.02.2024.
1745 Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 01.07.2022, abgerufen am 04.07.2022.
1746 Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 19.08.2022, abgerufen am 21.09.2022.
1747 Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 09.02.2023, abgerufen am 09.02.2023.
1748 AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 14.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.

Der sächsische Landtagsabgeordnete Norbert Mayer kommentierte im Oktober 2023 die Festnahme des bayerischen Landtagsabgeordneten Daniel Halemba folgendermaßen:

> *„Ein vom Volk frisch gewählter Landtagsabgeordneter wird von der Justiz direkt vor der konstituierenden Sitzung des Parlaments von Bayern abgefangen und in Haft genommen. CDU/CSU, in welche Bananenrepublik habt Ihr unser geliebtes Deutschland verschandelt?“*[1749]

Mayer diffamiert hier die Bundesrepublik als „*Bananenrepublik*“. Mit diesem Begriff werden im allgemeinen Sprachgebrauch autokratische, von Misswirtschaft und Korruption durchsetzte Staaten bezeichnet.

cc. Angebliche Gewaltausübung gegen die Bevölkerung und politische Gegner

In der AfD wird zudem ein gewaltsames Vorgehen des deutschen Staates gegen die eigene Bevölkerung sowie politische Gegnerinnen und Gegner behauptet.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) unterstellte der Bundesregierung in seiner Rede auf einer „*Friedensdemo*“ am 20. Februar 2023 in Magdeburg (ST), einen regelrechten „*Krieg*“ gegen die eigene Bevölkerung zu führen:

> *„Diese Bundesregierung hat Russland den Krieg erklärt. Noch viel mehr aber hat diese Bundesregierung dem eigenen Volk den Krieg erklärt. […] Wenn wir eine Regierung haben, die gegen uns Krieg führt, dann führen wir Krieg gegen diese Regierung. […] Es muss jede Bundesregierung, die aus Altparteien gebildet wird, vertrieben werden. Wir sind gekommen, diese Gestalten aus ihren Sesseln zu vertreiben.“*[1750]

Das damalige AfD-Landesvorstandsmitglied Roman Kuffert (mittlerweile MdL BB) äußerte auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg im April 2024:

> *„Zensur, Diffamierung, Repressalien. Schlimmer als in der DDR. Es ist nämlich - da könnte ich die Frage stellen: ein Bevölkerungsaustausch? Weil wir haben im*

[1749] Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 30.10.2023, abgerufen am 23.11.2023.
[1750] Tillschneider, Hans-Thomas: Redebeitrag auf der „Friedensdemo“ in Magdeburg (ST) am 20.02.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Rederei FM“ am 25.02.2023, abgerufen am 21.03.2024.

Grunde genommen eins, was wir erleben. Wir haben den Krieg mittels Migrationswaffe gegen uns, gegen das deutsche Volk.“[1751]

Karsten Hilse (MdB, SN) schrieb im Juli 2024 auf Facebook:

> *„Trauriger Alltag in Deutschland! Jeder, der die cduspdfdpgrünelinkebsw wählt, macht sich mitschuldig an zukünftigen Messermorden! Jeder, der am 01.09.2024 diese Einheitspartei wählt, wählt Mord, Totschlag und Vetgewaltigung auf Deutschlands Straßen und Plätzen!*
> *Nur die Alternative für Deutschland ist willens, diesen Zustand entschlossen und nachhaltig zu beenden!“*[1752]

Hilse wiederholte diese Aussage in einem Tweet vom 24. August 2024 fast wortgleich.[1753]

Der bayerische Landtagsabgeordnete Franz Bergmüller teilte im November 2022 auf Facebook einen Post des AfD-Kreisverbands Rosenheim (BY). Darin wurden Informationen verbreitet, die suggerierten, der deutsche Staat ziehe die Tötung von Oppositionellen in Erwägung:

> *„Bei der Anhörung der Chefs der Nachrichtendienste am 17.10.2022 hat Herr Haldenwang, Präsident des Verfassungsschutzes, erklärt:*
> *‚... Eine Gefahr besteht auch – ich habe es vorhin schon angesprochen – dass Oppositionellen-Beobachtung sehr viel stärker stattfinden wird. Und dass möglicherweise auch energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung vorstellbar erscheint.‘*
> *... energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung ... Für wen arbeitet dieser von Merkel berufene Mann? Wie lange geht das so weiter? Wer deckt ihn?“*[1754]

In der Anhörung hatte der damalige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz zu den Spionageaktivitäten Russlands ausgeführt. Das Zitat wird hier allerdings fälschlich so dargestellt, als beträfe es das Vorgehen deutscher Behörden.[1755]

[1751] Kuffert, Roman: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.04.2024, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 08.04.2024.
[1752] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 02.07.2024, ohne Abrufdatum.
[1753] Hilse, Karsten: Tweet vom 24.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.
[1754] Bergmüller, Franz: Facebook-Eintrag vom 09.11.2022, abgerufen am 14.11.2022.
[1755] Vgl. öffentliche Anhörung der Präsidenten der Nachrichtendienste am 17.10.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.10.2022, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 20.08.2024.

Harald Laatsch (MdA) nahm im Dezember 2022 einen Pressebericht zu den Exekutivmaßnahmen gegen Reichsbürger und die geplante Verschärfung des Waffenrechts zum Anlass für den Vorwurf eines *„Staatsstreich[s]"* des Bundesinnenministeriums und warnte unter Verweis auf die dort vermeintlich gebündelte staatliche Waffengewalt vor einer Vernichtung der Demokratie:

> *„Wir erleben einen Staatsstreich, aber nicht von #Reichsbürger Rentnern, sondern direkt aus dem Innenministerium, dort wo die staatliche Waffengewalt gebündelt ist. Das ist wahrhaft ein Grund Angst zu haben!*
> *#Faeser vernichtet die Demokratie."*[1756]

Der thüringische AfD-Landtagsabgeordnete und Kandidat für die Landtagswahlen 2024 Wolfgang Lauerwald sprach in Gera (TH) auf einer Wahlkampfveranstaltung am 16. August 2024 davon, dass eine *„kleine superreiche Macht-Elite"* eine *„weiße Minderheit"* in Ghettos sperren und als Sklaven beherrschen wolle. Er charakterisierte diese Elite dabei als *„bösartig"* denkend und mit einer *„finsteren"* Agenda:

> *„Erst wenn wegen Windrädern der letzte Baum gerodet, das letzte Rind und Schwein wegen des Klimas getötet wurde, alle kritischen Medien verboten sind, in fast jeder Familie Messermorde und Vergewaltigungen stattfanden, der Krieg unsere Heimat verwüstete, der letzte Mensch seine Genspritzen unter Zwang verabreicht bekam, das Sozialkreditsystem Menschen entrechtet und ausgestoßen hat, die Opposition verboten und Widerstandskämpfer im Lager interniert wurden, eine weiße Minderheit in Ghettos lebt und eine kleine superreiche Macht-Elite Milliarden von Sklaven beherrscht, erst dann werdet ihr feststellen, dass ihr aus Gleichgültigkeit, Obrigkeitshörigkeit, Untertanengeist, Feigheit oder Dummheit die Freiheit aufgegeben und die Diktatur irreversibel erhalten habt.*
> *Ihr liebe Patrioten und Zuhörer, viele von euch haben bereits erkannt, dass die Politik weltweit in Deutschland und auch in Thüringen genau diese Ziele verfolgt. Einiges haben diese Eliten von ihren Plänen schon umgesetzt, der Rest wird noch kommen, auch wenn uns dies schwer vorstellbar erscheint, weil wir nicht so negativ und bösartig denken und handeln können, doch deren finstere Agenda steht. Aber ich will nicht, dass dies alles so kommt. […] Die Marionetten in Berlin und Thüringen überschlagen sich in Kriegstreiberei und Kriegshetze. Jährlich*

[1756] Laatsch, Harald: Tweet vom 11.12.2022, abgerufen am 13.12.2022.

werden 50 Milliarden Euro für eine unkontrollierte, vollends gescheiterte und lebensbedrohliche illegale Massen- und Messermigration zweckentfremdet. […] Der Plan, Deutschland zu zerstören, steht. Wenn wir die Regierungen in Thüringen und Berlin nicht aufhalten, ist unser Untergang besiegelt. Wann begreift das endlich der deutsche Michel, der die Kartellparteien wählt, die Parteien wählt, welche Deutschland hassen und abschaffen wollen? Das grenzt doch schon an das Stockholm-Syndrom, oder? […] Ja, wir können gemeinsam diese Politik der links-grünen Knechtschaft beenden, die uns jeden Tag ärmer, unsicherer und unfreier macht. Die unser hart erarbeitetes Geld für linke Ideologie-Projekte und unsere eigene ideologische Umerziehung verpulvert. […] Alles für unsere Heimat Thüringen! Für Deutschland alles!“[1757]

Lauerwald bedient sich zum Ende seiner Rede damit auch einer (nicht strafbaren) Abwandlung der SS-Losung „Alles für Deutschland“, wegen deren Gebrauch Björn Höcke rechtskräftig verurteilt wurde.[1758]

Auch die AfD Hamburg-Mitte veröffentlichte am 31. August 2022 auf ihrem Facebook-Profil einen Beitrag, der das vermeintlich drohende Ende der Demokratie zum Inhalt hatte. Anlass hierfür war der Umstand, dass die Winnetou-Filme von der ARD vorerst nicht mehr ausgestrahlt werden:

> *„Die ARD hat Winnetou aus dem Programm gecancelt. Es ist wieder soweit. Bücher werden heute nicht mehr verbrannt, sie werden gelöscht. Wehret den Anfängen. […] Denn am Ende der links-grünen Transformation wider unserer Kultur werden wir ebenfalls zu Mohikanern werden. Nur die AfD ist noch bereit, sich dem aggressiven Druck der Bolschewoken zu stellen.“*[1759]

Der Begriff „*Bolschewoken*“ bezieht sich auf die „Bolschewiki“, jene radikal revolutionäre Mehrheitsgruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands unter der Führung von Wladimir Iljitsch Lenin, die im Zuge der Oktoberrevolution 1917 mit Unterstützung der Arbeiter- und Soldatenräte die Macht übernahm. Durch die Verwendung des Begriffs „*Bolschewoken*“ in diesem Kontext werden die amtierenden Regierungsparteien als revolutionäre Gruppierung verunglimpft und es wird suggeriert, dass

---

[1757] Lauerwald, Wolfgang: Rede auf AfD-Wahlkampfveranstaltung in Gera (TH) am 16.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.08.2024, Kanal: „Utopia TV Deutschland", abgerufen am 19.08.2024.
[1758] Vgl. Kapitel E. I. 4. c.
[1759] AfD Hamburg-Mitte: Facebook-Eintrag vom 26.08.2022, abgerufen am 31.08.2022.

sie die gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse binnen kurzer Zeit tiefgreifend im Sinne der Etablierung eines sozialistischen Systems verändern wollen.

Arthur Österle, zum damaligen Zeitpunkt Direktkandidat zur Landtagswahl 2024 in Sachsen (mittlerweile MdL SN), bezeichnete sich in seiner Kandidatenvorstellung als *„Politiker aus Notwehr“*:

> *„Politiker zu werden, stand niemals auf meiner Lebensagenda.*
> *Das Kartell der Altparteien und ihre Handlanger plündern uns und unsere Heimat aus. Das Kartell der Altparteien setzt das Grundgesetz als Waffe gegen uns, gegen unser Volk ein. Das Kartell der Altparteien manipuliert unser Volk oder ignoriert uns einfach. Deshalb fühle ich mich geradezu gezwungen, einzuschreiten - aus purer Notwehr für die Meinen und mein Volk!“*[1760]

f. Allgemeine Diffamierung der staatlichen Institutionen

Auch andere Aussagen, die die Tendenz in sich tragen, das Vertrauen zu den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bundesrepublik in der Bevölkerung von Grund auf zu erschüttern und damit zugleich die freiheitliche demokratische Grundordnung als Ganzes fragwürdig erscheinen zu lassen, sind als Anhaltspunkte zu berücksichtigen. Denn die systematische Herabsetzung staatlicher Organe und demokratischer Politikerinnen und Politiker ist – wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei ausdrücklich betonte – dieselbe Methode, die *„auch Hitler anwandte, um Demokratie und Freiheit zu beseitigen und eine Diktatur aufzurichten“*.[1761]

Dementsprechend können auch wiederholte Angriffe, die über eine scharfe Polemik und eine harte Auseinandersetzung in der Sache hinausgehen und dem politischen Gegner, anderen Parteien oder Politikerinnen und Politikern überhaupt jede Integrität im politischen Geschehen und deren Fähigkeit zu einer sinnvollen Mitwirkung an der demokratischen Willensbildung absprechen, Anhaltspunkte dafür sein, dass das Vertrauen in das politische System als Ganzes untergraben werden soll.

[1760] Österle, Arthur: „Arthur Österle – Politiker aus Notwehr“, in: https://arthuroesterle.de, ohne Datum, abgerufen am 24.06.2024.
[1761] BVerfG, Urt. v. 23.10.1952, 1 BvB 1/51, NJW 1952, 1407.

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) diffamierte in einem Facebook-Beitrag vom 26. Juni 2023 die übrigen politischen Parteien in Deutschland:

> *„Die #Altparteien tragen die Verantwortung für die Zustände in Deutschland: Sie regieren wie ein politischer #Swingerclub. Jeder mit jedem, alles und immer. Und das seit etwa 75 Jahren!“*[1762]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) kommentierte in einem Tweet vom 21. Februar 2023 die Presseberichterstattung über den amtierenden Bundeswirtschaftsminister Habeck und beschrieb die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Rahmen als einen *„antideutsche[n] Todeskult“*:

> *„Ihm geht die komplette ökonomische Zerstörung des Osten nicht schnell genug. - Die Grünen sind ein antideutscher Todeskult, keine politische Partei.“*[1763]

Zudem schrieb Krah in einem weiteren Tweet vom 11. Juli 2023:

> *„Wir werden von Antideutschen regiert, die nach dem Motto handeln: Deutschland zuletzt, und das für Moral halten.“*[1764]

Auch Karsten Hilse (MdB, SN) ließ sich in einem Facebook-Eintrag vom 22. Februar 2024 über die vermeintliche Zerstörung Deutschlands aus:

> *„Die sogenannte Dekarbonisierung ist in Wirklichkeit eine Deindustrialisierung Deutschlands.*
> *Und diese sukzessive Zerstörung Deutschlands erfolgt auch nicht aus Dummheit, sondern in böswilliger Absicht. Wie jeder normaldenkende Bürger in Deutschland weiß, haben die meisten Grünen Kommunisten weder einen Berufs- noch einen Studienabschluss und laufen Ihnen und Ihresgleichen wie geistig minderbemittelte Claqueure hinterher. Sie sind von Hass auf Deutschland zerfressen und haben zum Ziel, unser Deutschland bis zur Unkenntlichkeit zu transformieren, gelenkt von Sozialisten aus Brüssel und Washington, seiner Seele, seiner Identität*

[1762] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 26.06.2023, abgerufen am 17.10.2023.
[1763] Krah, Maximilian: Tweet vom 21.02.2023, abgerufen am 23.02.2023.
[1764] Krah, Maximilian: Tweet vom 11.07.2023, abgerufen am 17.07.2023.

und seiner Wirtschaftskraft beraubt. Die einzige Partei, die Ihnen bei der Umsetzung Ihres perfiden Plans noch im Weg steht, ist die AfD."[1765]

Hilse attackiert in seinem Beitrag die „*grünen Kommunisten*", stellt aber zugleich die AfD als einzige Partei dar, die sich den unterstellten zerstörerischen Aktivitäten widersetze und macht damit die gesamte übrige Parteienlandschaft verächtlich.[1766]

Marlon Deter (Landesschriftführer der AfD BB) unterstellte den von ihm als „*Kartellparteien*" bezeichneten Parteien auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg am 7. April 2024 kollektiv die Zerstörung Deutschlands:

> *„Wir werden das Imperium der Kartellparteien zum Einsturz bringen. Hier im Osten wird die Arroganz der Macht ins Rutschen kommen, hier in Brandenburg werden wir den roten Sumpf trockenlegen. All die Altparteien haben Verrat am deutschen Volk begangen. Grüne Ideologie, rote Idiotie, schwarze Verlogenheit und Gelbe, die mal vor langer, langer Zeit freiheitlich waren. Sie alle tragen die Verantwortung für die systematische Zerstörung unserer Wirtschaft, die systematische Zerstörung unseres Wohlstandes, die systematische Zerstörung unserer Kultur, unserer Identität und unserer Landschaft. Und die systematische Zerstörung der Zukunft folgender Generationen."*[1767]

Der Beisitzer im Bundesvorstand Martin Reichardt (MdB, ST) äußerte im Rahmen einer sogenannten Friedensdemonstration in Cottbus (BB) am 16. April 2023:

> *„Wir müssen wieder auf die Straße, denn diese Regierung der linken und grünen Deutschland-Hasser, sie hat ihr Ziel vor Augen, und es ist die Zerstörung unseres Landes, die Zerstörung unserer Gesellschaft, die Zerstörung unserer Kultur, die Vernichtung unseres Eigentums und die Zerstörung unseres Wohlstands. Und dagegen stehen wir gemeinsam auf, Frau Baerbock, wir lassen uns von ihnen nicht kaputtmachen. Wir erleben die Zerstörung all dessen, was Generationen aufgebaut haben. Wir erleben die atemberaubend schnelle Vernichtung dessen, was unserer Väter und Großväter hier wieder aufgebaut haben. Das Land, das unsere Heimat ist. Dieses Land soll uns von den Linksgrünen genommen werden. Liebe Freunde, wir haben es bereits mehrfach gesagt, Deutschland ist zu*

[1765] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 22.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.
[1766] Siehe hierzu auch Kapitel E. 2. a.
[1767] Deter, Marlon: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg am 07.04.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.04.2025, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 08.04.2025.

einem rot-grünen Irrenhaus geworden, regiert von Sozialisten von einer aus Amerika gesteuerten pädophilen, grünen Clique von Lügnern und Lebenslauffälschern."[1768]

Auch Carolin Bachmann (MdB, SN) unterstellte in einem am 5. Januar 2024 auf Facebook veröffentlichten Video der Bundesregierung die Zerstörung des Landes:

> *„Arbeit muss sich wieder lohnen und diese Deutschlandzerstörer dürfen nicht länger unser schönes Vaterland regieren.*
> *Wir sehen uns auf der Straße."*[1769]

In seiner Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 für die Kandidatur zum Posten des Beisitzers im Bundesvorstand unterstellte auch der damalige Bundestagsabgeordnete Marc Jongen (mittlerweile MdEP, BW) der aktuellen sowie der ehemaligen Bundesregierung eine systematische Arbeit gegen Deutschland und das deutsche Volk; die etablierten Parteien beschuldigte er der Missachtung des Grundgesetztes und der Demokratie:

> *„Seit vielen Jahren arbeiten die deutschen Regierungen, die per Amtseid das Wohl des deutschen Volkes mehren sollen, systematisch gegen das eigene Land und das eigene Volk. Und die Ampel hat das noch intensiviert, und zum Teil wissen diese Leute ja gar nicht mehr, dass ein deutsches Volk überhaupt existiert. Oder sie schämen sich dafür. […] Wir wollen ein souveränes, ein selbstbewusstes, ein blühendes Deutschland, das seine Interessen vertritt und das seiner Bürger in Frieden mit der Welt, aber eben nicht zu untertänigen Diensten der ganzen Welt. Und es liegt allein an uns, und das müssen wir uns immer wieder bewusst machen, allein an der Alternative für Deutschland, diese bessere Zukunft herbeizuführen und das Ruder noch herumzureißen. Und deshalb, liebe Freunde, dürfen wir uns doch nicht selbst streiten, uns selbst zerfleischen und lähmen. Damit betreiben wir das Geschäft unserer Gegner, denn die wollen uns vernichten, die*

[1768] Reichardt, Martin: Redebeitrag in Cottbus (BB) am 16.04.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.04.2023, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 19.04.2023.

[1769] Bachmann, Carolin: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.01.2024, Kanal: „Carolin Bachmann, MdB", abgerufen am 11.01.2024.

deutschen demokratischen Parteien, wie sie sich nennen und indem sie Grundgesetz und Demokratie mit Füßen treten.“[1770]

Steffen Janich (MdB, SN) veröffentlichte am 3. September 2023 auf Facebook einen Beitrag, in dem er die Regierenden als *„Deutschlandhasser“* diffamierte:

> *„Guten Morgen Deutschland. Rassismus gegen die eigene Bevölkerung ist das Ergebnis und der Auswuchs einer völlig verfehlten Migrationspolitik in unserem Land durch die Bundesregierung und die Regierungen der Länder. Während durch die desaströse Innenpolitik der Nancy Faeser täglich neue Menschen illegal in unser Land eindringen, grenzen mittlerweile links-grüne Organisationen Menschen im eigenen Land aus. Wir sagen, Schluss mit diesem sozialistischen Kurs dieser Deutschland-Hasser, holen wir unser Land zurück.“*[1771]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) schrieb am 2. Februar 2024 auf Facebook von der Regierung als einer *„machtgeile[r] Clique von Deutschland-Hassern“*:

> *„Diese Regierungsverbrecher haben Geld für Waffen, Munition und Korruption in der Ukraine. Selbst die Neubauprojekte der Deutschen Bahn, einer im Investitionsstau steckenden Lebensader dieses Landes und seiner Wirtschaft, werden dafür geopfert. Macht Euch selbst ein Bild und wählt diese machtgeile Clique von Deutschland-Hassern ab. Dieses Jahr ist dazu reichlich Gekegenheit.“*[1772]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schrieb am 31. Januar 2024 auf der Plattform X:

> *„Die Politik der #Ampel (und ihrer Unterstützer) ist nur zu erklären mit Haß auf Deutschland und Verachtung des Eigenen.“*[1773]

Auch auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg am 6. April 2024 unterstellte Berndt den übrigen, im Bundestag vertretenen Parteien ein Agieren gegen die Interessen Deutschlands:

> *„Das Elend von heute war 2015 längst in der Parteienherrschaft angelegt. Das Elend von heute ist ja das Ergebnis der jahrzehntelangen Herrschaft der Staatsparteien SPD, CDU, FDP, Linke und Grüne, Parteien, die das Volk verneinen und*

[1770] Jongen, Marc: Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag in Riesa (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com am 13.07.2022, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation“, abgerufen am 01.08.2022.
[1771] Janich, Steffen: Facebook-Eintrag vom 03.09.2023, abgerufen am 05.09.2023.
[1772] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 02.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.
[1773] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 31.01.2024, abgerufen am 01.02.2024.

die nicht Deutschland verpflichtet sind, sondern gewissenlosen Weltverbesserern in Davos. Liebe Freunde, deshalb hat unser Freund Lars Hünich mit seiner Kritik am Parteienstaat vollkommen recht. […]
Zum Ende der Wahlperiode ist Woidke länger Minister oder Ministerpräsident, als Erich Honecker Generalsekretär der SED war. Und das merkt man, liebe Freunde. Woidke ist der personifizierte Parteienstaat, den wir überwinden müssen, um endlich wieder frei atmen zu können.“[1774]

Auch Äußerungen führender Vertreterinnen und Vertreter der AfD im Vor- und Nachgang zu der konstituierenden Sitzung des 8. Thüringer Landtags am 26. September 2024 zeigen ein gegen das Demokratieprinzip gerichtetes planvolles Vorgehen der AfD.

Der zugrundeliegende Sachverhalt betrifft den im Rahmen der ersten Sitzung des Thüringer Landtags am 26. September 2024 aufgetretenen Organstreit zwischen dem Alterspräsidenten des Thüringer Landtags, dem AfD-Abgeordneten Jürgen Treutler (MdL TH), und den weiteren Fraktionen, insbesondere der CDU, der am 27. September 2024 im Rahmen eines per Eilrechtsschutz beantragten Organstreitverfahrens vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof entschieden wurde.[1775]

Das Gericht verpflichtete auf Antrag der CDU-Fraktion sowie des Landtagsabgeordneten Andreas Bühl den Alterspräsidenten Treutler dazu, den Namensaufruf der Mitglieder des Thüringer Landtags durchzuführen, daran anknüpfend die Feststellung über die Beschlussfähigkeit des Landtags zu treffen und sodann die vorläufige Tagesordnung im Plenum zur Abstimmung zu stellen.[1776]

Dem Verfahren lag zugrunde, dass im Vorfeld der ersten Sitzung des Thüringer Landtags CDU und BSW einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auf die vorläufige Tagesordnung eingebracht hatten, welcher sich mit den Regeln zur Wahl des neuen Landtagspräsidenten bzw. der neuen Landtagspräsidentin befassen sollte.

Der Alterspräsident Jürgen Treutler (MdL) lehnte es in der Sitzung sodann sowohl ab, die Beschlussfähigkeit des Landtags festzustellen, die den vorherigen Namensaufruf

[1774] Berndt, Hans-Christoph: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg am 06.04.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.04.2024, Kanal: „Dr. Christoph Berndt“, abgerufen am 08.04.2024.
[1775] Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschl. v. 27.09.2024, 36/24.
[1776] Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschl. v. 27.09.2024, 36/24.

der Mitglieder des Landtags zur Voraussetzung hat, als auch über die Tagesordnung durch das Plenum abstimmen zu lassen. Vielmehr unterbrach er mehrfach die Sitzung, ohne dem wiederholt vorgebrachten Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit nachzukommen. Begründet wurde dies damit, dass er sich der Rechtsauffassung der AfD-Fraktion zur Auslegung der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags anschließe, nach welcher der Landtag erst nach der Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin in der Lage sei, Beschlüsse zu fassen.

Das Gericht stellte in seinen Entscheidungsgründen indes u. a. fest, dass das Amt des Alterspräsidenten allein durch die funktionelle Notwendigkeit geprägt sei, in der konstituierenden Sitzung des Landtags das Verfahren bis zur Wahl des Landtagspräsidenten durchzuführen, er keine weitergehenden Befugnisse habe und er gerade nicht demokratisch legitimiert sei.[1777]

Der Sachverhalt rund um diese konstituierende Sitzung wurde hierbei vornehmlich zum Zwecke der fortwährenden Diffamierung und Delegitimierung der staatlichen Institutionen genutzt. Aussagen von AfD-Funktionären belegen dabei, dass durch die AfD planvoll die Delegitimierung des Thüringischen Verfassungsgerichtshofs betrieben wurde.

So veröffentlichte Björn Höcke bereits am 25. September 2024 einen längeren Beitrag auf Facebook, in dem er unter dem Begriff *„Demokratiedämmerung“* unter Berufung auf den antidemokratischen Staatsrechtler Carl Schmitt von einem *„Machtkartell“* sprach, das sich in einem Ausnahmezustand befinde, und Zweifel an der Legitimität des Verfassungsgerichtshofs säte:

> *„Das Machtkartell befindet sich seit den Wahltriumphen der AfD in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im Ausnahmezustand. Und Ausnahmezustände erlauben Ausnahmemaßnahmen. So jedenfalls die offizielle Rechtfertigung für bizarre AfD-Verhinderung-Koalitionen und parlamentarische Regelbrüche. Das läßt zwar immer mehr die demokratische Ordnung zerbröseln, aber wer den ‚Faschismus‘ in Land und Ländle verhindern will, darf nicht zimperlich mit Gesetz und Ordnung sein. Morgen bekommen die Bürger ein konkretes Beispiel im Erfurter Landtag geboten. […] Es steht zu vermuten, daß ein womöglich angerufenes Verfassungsgericht dem unheilvollen Treiben kaum Einhalt gebieten wird. In*

[1777] Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschl. v. 27.09.2024, 36/24, juris, Leitsatz 1, Rn. 63 f.

der Corona-Zeit folgten die Urteile der Verfassungsgerichtsbarkeit der Macht und nicht dem Recht. Letztlich verdanken die Verfassungsrichter ihre Position den Parteibüchern, die sie selbst besitzen – ein Schlag ins Gesicht der vielbeschworenen Gewaltenteilung. Der bedeutende Staatsrechtler Carl Schmitt sah für Ausnahmezustände die Möglichkeit von Ausnahmemaßnahmen vor. Er band allerdings diese ‚Souveränität' an das Staats- und Gemeinwohlinteresse, nicht an Partikular- und Einzelinteressen. Was gegen die Thüringer AfD jetzt in Stellung gebracht wird, ist das Partikularinteresse einer Beutegemeinschaft samt dem Egointeresse zweier eitler Personen: einem Wahlverlierer, der aus Machtambitionen doch noch Ministerpräsident werden möchte, und einer Talkshow-Diva, die aus dem fernen Saarland die Thüringischen belange zu gestalten gedenkt."[1778]

Dieser Beitrag wurde durch weitere Funktionäre der AfD Thüringen wie Jürgen Pohl (zum damaligen Zeitpunkt noch MdB, TH)[1779], Daniel Haseloff (MdL TH)[1780] sowie den AfD-Landesverband[1781] selbst weiterverbreitet.

Nach dem Beschluss des Thüringer Verfassungsgerichtshofs erklärte die AfD zwar, sich an diesen halten zu wollen, gleichzeitig folgten daraufhin weitere massive Diffamierung. So sprach Höcke in einem Interview mit AUF1 von „*Parteibuchrichter[n]*"[1782]. Ähnlich äußerte sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jörg Prophet (MdL TH).[1783] Der stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Stephan Brandner (MdB, TH) sprach von einem „*#Thüringenputsch*" und bezog dies auch auf den Verfassungsgerichtshof, in dem er dessen Beschluss am 27. September 2024 auf X teilte und dazu schrieb:

> *„Der nächste #Thüringenputsch nach #Merkel! Diesmal auch noch devot flankiert durch den Thüringer Verfassungsgerichtshof… Was ist nur in [Symbol Deutsche-Flagge] los? Demokratie, Gewaltenteilung, Parlamentarismus werden durch die #Altparteien vernichtet! Täglich!"*[1784]

[1778] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1779] Pohl, Jürgen: Telegram-Beitrag vom 26.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1780] Haseloff, Daniel: Telegram-Beitrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1781] AfD Thüringen: Telegram-Beitrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1782] Höcke, Björn im Interview mit AUF1 vom 30.09.2024; veröffentlicht in: https://auf1.tv, abgerufen am 01.10.2024.
[1783] Prophet, Jörg: Interview; veröffentlicht in: Tweet vom 28.09.2024, Kanal: „doro hoff", abgerufen am 30.09.2024.
[1784] Brandner, Stephan: Tweet vom 27.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.

Der AfD-Bundesverband sprach auf X von „*Clanstrukturen in allen relevanten Bereichen*" und skizzierte ein Bild Organisierter Kriminalität, die durch die etablierten Parteien geschaffen worden sei:

> *„La familia nicht nur am Verfassungsgericht Thüringen: 5 Richter mit Parteibuch, einer davon mit einem Sohn, der Abgeordneter der CDU-Fraktion im Landtag ist. Eine über Nacht gelöschte Wikipedia-Seite über Jörg Hopfe, den unflätigen SPD-Landtagsdirektor, der jede Neutralität vermissen ließ. Und eine CDU-Fraktion, die schon einen Tag vorher wusste, dass sie das Verfassungsgericht anrufen würde: Das klingt nicht nach dem beschaulichen Thüringen, sondern eher nach einer filmreifen Story aus Sizilien. […]*
> *Ganz Deutschland kann sich nun anhand einer Auseinandersetzung über eine Geschäftsordnung selbst ein Bild von den Strukturen machen, die sich die etablierten Parteien nicht nur in Thüringen geschaffen haben – und die sie nun mit allen Mitteln zu erhalten versuchen".*[1785]

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Beisitzer im Landesvorstand Daniel Haseloff (MdL TH) schrieb auf X:

> *„In #Thüringen wurde das Zwei-Parteien-System offensichtlich. Es gibt nur noch den Kartellblock und die #AfD."*[1786]

Aus den dargestellten Äußerungen zeigt sich, wie ein planvoll inszenierter Konflikt mit den anderen Fraktionen des Thüringer Landtags und die Entscheidung durch den Verfassungsgerichtshof genutzt wurden, um die Behauptung der AfD hinsichtlich der angeblich herrschenden undemokratischen Zustände zu befeuern. Dem Verfassungsgerichtshof wird hierbei unterstellt, nicht unabhängig zu entscheiden, sondern als verlängerter Arm der anderen Parteien zu agieren. Damit wird insinuiert, dass die Gewaltenteilung nicht (länger) existiere, und das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen und das Demokratieprinzip bewusst erschüttert.

Zudem verdeutlichen weitere Belege die Intention der AfD, die ihnen zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten und Machtmittel planvoll zu nutzen, um unter Umgehung des dem Demokratieprinzip immanenten Mehrheitsprinzips und der Gleichheit

[1785] AfD: Tweet vom 28.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.
[1786] Haseloff, Daniel: Tweet vom 29.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.

der Abgeordneten eine Lage herbeizuführen, die eine Ausdehnung des politischen Einflussbereichs der AfD ermöglicht.

So erklärte der Alterspräsident Jürgen Treutler am Nachmittag des 26. September 2024 in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier:

> *„Ich wollte tatsächlich souverän durch das Programm kommen. Es gab eine Strategie, die tatsächlich aufgegangen ist.“*[1787]

Auf Nachfrage, ob es Teil dieser Strategie war, ein Verfahren vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof herbeizuführen, erklärte Treutler weiter:

> *„Natürlich ist das ein zusätzlicher Punkt. Man weiß ja nie, wie das Verfassungsgericht entscheidet. Aber es war tatsächlich Strategie, dass die CDU nach Weimar geht.“*[1788]

Am 26. September 2024 gab Treutler auch dem rechtsextremistischen COMPACT-Magazin ein kurzes Interview und antwortete auf die Frage nach dem Vorwurf der „*Altparteien*“, Abgeordnetenrechte beschnitten zu haben, wie folgt:

> *„Also im Gegenteil. Das Gegenteil ist der Fall. Die haben ja einen Antrag eingebracht zur Geschäftsordnung. Sie wollten das durchsetzen und ich habe das dann verhindert, weil die wollten quasi sofort die Wahl durchführen. Dass nicht nach bisherigen Gegebenheiten, sondern jede Fraktion jemanden vorschlagen kann. Und es war ja auch im Beifall zu sehen, dass sich dann wieder alle auf einen Kandidaten vereinigt hätten.“*[1789]

Einem Bericht der WELT vom 26. September 2024 zufolge hatte die AfD gezielt Landtagskandidaten aufgestellt, denen gemäß ihres Alters die Rolle des Alterspräsidenten zufallen würde. So äußerte Höcke gegenüber der WELT:

> *„Ich werde jetzt nicht aus meinem strategischen Nähkästchen plaudern. Sie können sicher sein, dass wir als AfD Thüringen eine sehr weitreichende strategische Planung haben. Selbst wenn Jürgen Treutler seinen Wahlkreis nicht gewonnen*

[1787] Treutler, Jürgen: Interview; veröffentlicht in: Tweet vom 27.09.2024, Kanal: „Chromie“, abgerufen am 30.09.2024.
[1788] Ebd.
[1789] Treutler, Jürgen: Interview; veröffentlicht in: Tweet vom 26.09.2024, Kanal: „Jürgen Elsässer“, abgerufen am 30.09.2024.

hätte, wäre unser Abgeordneter Wolfgang Lauerwald Alterspräsident geworden.“[1790]

Angesprochen auf die Regierungsbildung und eine mögliche Minderheitsregierung in Thüringen hatte Höcke bereits am 31. August 2024 in einem Interview am Rande einer Wahlkampfabschlussveranstaltung bezogen auf die konstituierende Sitzung des zu wählenden Landtags ausgeführt:

> *„[I]ch will jetzt auch noch nicht aus dem Nähkästchen plaudern, wir haben ja schon alles durchdekliniert und alles durchdacht, aber man muss in der Politik auch vielleicht das ein oder andere taktische Geheimnis wahren, ob wir zu einer schnellen MP-Wahl schreiten oder ob wir den Prozess eher mal begleiten, der relativ lange andauern wird, wenn man uns außen vor lässt. Nochmal, wir sind auf alles vorbereitet und wir werden genauso wie am 5. Februar 2020 eine sehr gute Rolle spielen, eine sehr dominante Rolle spielen. Alle Wähler, die uns wählen, können sicher sein, dass unsere Stimme unüberhörbar sein wird und dass wir auch in den nächsten Wochen und Monaten für Gesprächsstoff bundesweit sorgen werden, im positiven Sinne.“*[1791]

Nach Recherchen der BILD gab es im Vorfeld der konstituierenden Sitzung innerhalb der AfD Thüringen zumindest Überlegungen zu einem „Blitzplan“, der, sollten die anderen Fraktionen nicht ausreichend vorbereitet sein, eine Wahl eines Vorschlags der AfD-Fraktion zum Ministerpräsidenten oder -präsidentin hätte herbeiführen sollen.[1792]

Dem Landtagspräsidenten oder der Landtagspräsidentin kommt insofern auch für die Wahl eines Ministerpräsidenten oder einer Ministerpräsidentin eine besondere Rolle zu, als er oder sie nach der Geschäftsordnung verschiedene Möglichkeiten der Beeinflussung von Prozessen im Landtag hat, wie etwa in einem begrenzten Rahmen auch auf den Zeitpunkt der Wahl.

Zwar sind ein planvolles Agieren einer Partei und auch taktische Erwägungen für sich betrachtet nicht verfassungsschutzrelevant. Aus den vorstehenden Belegen wird aber

---

[1790] WELT: „Warum nach dem AfD-Sieg schon in der ersten Landtagssitzung Ärger droht“ vom 26.09.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 27.09.2024.
[1791] Höcke, Björn im Wahlkampfabschluss-Interview am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Elijah Tee _ ET Video & Content“, abgerufen am 28.10.2024.
[1792] BILD: „Plant Höcke seine Blitz-Wahl?“ vom 07.09.2024, in: www.bild.de, abgerufen am 21.10.2024.

erkennbar, dass die AfD mit der missbräuchlichen Ausübung des Amts des Alterspräsidenten und entgegen der für sie erkennbaren Mehrheitsverhältnisse verhindern wollte, dass ein anderer Kandidat oder eine andere Kandidatin als Landtagspräsident bzw. Landtagspräsidentin gewählt werden würde.

Die AfD Thüringen hat damit die Absicht zum Ausdruck gebracht, demokratische Willensbildungsprozesse und durch demokratische Wahlen zustande gekommene Mehrheitsverhältnisse zu unterlaufen. Dadurch untergräbt sie das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Prozesse insgesamt.

Das die demokratischen Institutionen vorsätzlich schwächende bzw. untergrabende Vorgehen des thüringischen Landesverbands wurde und wird durch den AfD-Bundesverband aktiv unterstützt und gebilligt. Dies wird auch daran deutlich, dass die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) am 27. September 2024 eine Stellungnahme Daniel Haseloffs kommentierte, in der sich dieser beim parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion in Thüringen Torben Braga (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, TH) bedankte, dem von Seiten der AfD die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung ihres Plans zugeschrieben wird. Weidel griff die Danksagung auf, indem sie hierzu äußerte:

> *„Es gibt keinen Besseren! Dankeschön, lieber Torben #Braga“*[1793]

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine fanden sich im Zusammenhang mit der drohenden Energiemangellage immer wieder Verlautbarungen der AfD, in denen der Regierung eine gezielte Ressourcenverknappung zum Nachteil der Bevölkerung unterstellt wurde.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Ulrich Singer sprach auf Facebook von einem *„womöglich ideologisch gewollten Gas- und Strommangel“.*[1794]

In einem Facebook-Eintrag vom 25. Mai 2023 bezeichnete Jörg Urban die von der Bundesregierung angedachte Wärmeplanung als *„Eintrittstor zum Überwachungsstaat“*. Des Weiteren schrieb er:

1793 Haseloff, Daniel: Tweet vom 27.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.
1794 Singer, Ulrich: Facebook-Eintrag 30.08.2022, abgerufen am 01.09.2022.

> *„Dass der Staat nun auch noch im Keller herumschnüffeln will und im Zweifelsfall eine Heiz-Polizei aktiv wird, ist eine Vorstellung, die an die DDR und Orwells 1984 erinnert.“*[1795]

Anlässlich der seinerzeitigen Energiemangellage schrieb das Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus Gunnar Lindemann im August 2022 auf Facebook von einer *„Energiediktatur“* des *„Scholz-Regime[s]“*:

> *„Scholz-Regime bereitet Energiediktatur vor! Bei Gasmangel übernimmt das Regime die Verteilung!*
> *Das Scholz-Regime perfektioniert seine Unfähigkeit, unsere Industriegesellschaft mit ausreichend Energie zu versorgen, auf die ihm typische Weise: Mit feudalen Maßnahmen und sozialistischer Zuteilung. Im Fall von Gasmangel im Winter will das Politbüro alleine entscheiden, wer wieviel Gas bekommt. [...] Hier geht es um den Machtrausch der rot- grün-gelben Sonnenkönige.“*[1796]

Der AfD-Kreisverband Wuppertal (NW) unterstellte der Bundesregierung ebenfalls Absicht hinsichtlich eines drohenden Versorgungsmangels:

> *„Nein, wir glauben nicht, dass die Ampel pennt! Wir werten dies als Absicht!“*[1797]

Dimitri Schulz (MdL HE) schrieb am 6. September 2022 auf Facebook sogar von einem *„Wirtschaftskrieg“*:

> *„Die Regierung führt einen Wirtschaftskrieg gegen das deutsche Volk!“*[1798]

Am 22. Oktober 2022 wurde auf dem YouTube-Kanal „Digitaler Chronist“ ein Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Martin Sichert (BY/NI) veröffentlicht. Darin bezeichnete Sichert die Energie- und Migrationspolitik der Regierung als *„extremistisch“*:

> *„Das ist eigentlich [...] es ist eine extremistische Politik, die die Regierung betreibt. Die würde in nahezu jedem Land der Welt als extremistisch betrachtet werden.“*[1799]

[1795] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 25.05.2023, abgerufen am 26.05.2023.
[1796] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 09.08.2022, abgerufen am 10.08.2022.
[1797] AfD Wuppertal: Telegram-Beitrag vom 20.09.2022, abgerufen am 20.09.2022.
[1798] Schulz, Dimitri: Facebook-Eintrag vom 06.09.2022, abgerufen am 27.09.2022.
[1799] Sichert, Martin: „Im Gespräch mit... Martin Sichert“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.10.2022, Kanal: „Digitaler Chronist“, abgerufen am 24.10.2022.

In einem Telegram-Beitrag vom 8. September 2023 verunglimpfte Markus Frohnmaier (MdB, BW) die Bundesregierung, indem er das von ihr eingebrachte und zu dem damaligen Zeitpunkt zur Abstimmung stehende Gebäudeenergiegesetz folgendermaßen kommentierte:

> *„Den Heizungs-Faschismus der Ampelregierung stoppen!“*[1800]

Auch der Krieg in der Ukraine wurde durch die AfD wiederholt zum Anlass genommen, die Bundesregierung als Agitatorin in diesem Konflikt zu verunglimpfen.

So veröffentlichte Alice Weidel (Co-Bundessprecherin und MdB, BW) am 6. Januar 2023 einen Tweet anlässlich des Ukraine-Kriegs, in dem sie die Bundesregierung als *„größenwahnsinnige und ungebildete Hasardeurregierung“* bezeichnete, die Deutschland an den Rand eines dritten Weltkriegs führe:

> *„Statt sich für Verhandlungen einzusetzen, bringt diese fanatische, größenwahnsinnige und ungebildete Hasardeurregierung unser Land an den Rand eines 3. Weltkrieges.“*[1801]

Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) bezeichnete die Ukraine in einem Facebook-Post vom 8. Mai 2023 als *„neofaschistisches Regime“*, das mit Nationalsozialisten sympathisiere und diese verehre, und warf der Bundesregierung vor, dies zu unterstützen. Der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstellte Urban totalitäre Absichten und verunglimpfte diese als *„profaschistische Partei“*:

> *„+ + + Nie wieder Faschismus + + +*
> *Die Botschaft dieses Tages sollte lauten: Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg. Stattdessen unterstützt die Bundesregierung in der Ukraine ein neofaschistisches Regime, das aus seiner Sympathie für die Nazis kaum einen Hehl macht.***
> *Stattdessen ist in Deutschland mit den Grünen eine profaschistische Partei an der Regierung beteiligt, die davon träumt, die Menschen in totalitärer Weise ihrer Freiheit zu berauben.*

[1800] Frohnmaier, Markus: Telegram-Beitrag vom 08.09.2023, abgerufen am 12.09.2023.
[1801] Weidel, Alice: Tweet vom 06.01.2023, abgerufen am 12.01.2023.

*** In der heutigen Ukraine werden ehemalige Nazi-Kollaborateure wie Stepan Bandera als Nationalhelden verehrt. Bandera ist u. a. für die Ermordung tausender Juden und Polen verantwortlich.“*[1802]

Urban gab der Bundesregierung in seiner Rede auf einer Mahnwache in Bautzen (SN) am 13. Februar 2023 die Schuld am Ukraine-Krieg und bezeichnete diese in der Folge als „*Kriegstreiber*“:

„Zeigen wir nach oben auf die Verantwortlichen und sagen, ihr seid Schuld am Krieg, ihr seid die Kriegstreiber.“[1803]

g. Zwischenfazit

Die vorstehende Untersuchung hat gezeigt, dass Funktionärinnen und Funktionäre der AfD Äußerungen und Positionen vertreten, mit denen sie das Demokratieprinzip in Frage stellen. Dabei vertreten sie weiter Positionen, die bereits Anlass zur Einstufung als Verdachtsfall gaben.

Insgesamt zeichnet die AfD das Bild einer Bundesrepublik, die im Verfall begriffen ist und in der demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien erodieren beziehungsweise bereits diktatorischen Strukturen gewichen sind.

Auf vielfältige Weise sprechen Abgeordnete und Organisationseinheiten der AfD der Bundesrepublik die demokratische Staatsform ab und werfen anderen Parteien sowie Politikerinnen und Politikern vor, die demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit in ein diktatorisches System zu transformieren. In diesem Rahmen wird immer wieder die Unabhängigkeit des deutschen Staates in Frage gestellt und eine vermeintlich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich bestehende Fremdbestimmtheit Deutschlands durch die Alliierten des Zweiten Weltkriegs – insbesondere die USA – oder „globale Eliten“ behauptet. Der Bundesregierung wird die demokratische Legitimation abgesprochen.

Durch die Darstellung der Bundesrepublik als totalitäres System, so auch durch Vergleiche mit der DDR oder dem NS-Regime sowie die Entlehnung einschlägiger Begrifflichkeiten, wird diese massiv verunglimpft. Es wird wiederholt behauptet, elementare Rechte und Freiheiten der deutschen Bürgerinnen und Bürger würden vermeintlich

---

[1802] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 08.05.2023, abgerufen am 09.05.2023.
[1803] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 14.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.

nicht gewährleistet, vielmehr erfolge eine gezielte Unterdrückung des deutschen Volkes durch oder mithilfe der Bundesregierung und der etablierten Parteien. Zugleich wird kontinuierlich die vermeintliche Zerstörung der deutschen Kultur und Identität thematisiert. Anknüpfungspunkte für die anhaltenden Diffamierungen suchte die AfD zudem weiterhin in den mittlerweile zurückliegenden Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, die im Kontext der COVID-19-Schutzimpfungen bis hin zu Vorwürfen der vorsätzlichen Tötung deutscher Bürgerinnen und Bürger und der Forderung reichen, Regierende vor ein Kriegsverbrechertribunal zu stellen.

Ungeachtet der Verdachtsfalleinstufung der Gesamtpartei und der diese bestätigenden Gerichtsentscheidungen des VG Köln und des OVG NRW, in denen Verstöße gegen das Demokratieprinzip festgestellt wurden, hat eine kritische Auseinandersetzung mit diesen nicht stattgefunden. Vielmehr verdeutlicht die Aufrechterhaltung der gerügten Standpunkte auf allen Ebenen der AfD eine weitreichende Akzeptanz derselben innerhalb der Partei.

Demnach kann auch nicht lediglich von Entgleisungen einzelner Mitglieder ausgegangen werden. Die festgestellten Belege beschränken sich nicht auf die unteren Ebenen der Partei, sondern finden sich neben der Kreis- und Landesebene auch auf Bundesebene und selbst bei hochrangigen Funktionärinnen und Funktionären der Partei wie beispielsweise einem Großteil der Mitglieder des Bundesvorstands.

Ein Aufgeben oder Abschwächen der bereits im Rahmen der Verdachtsfalleinstufung beanstandeten Positionen ist ebenfalls nicht zu verzeichnen. Die ausgewerteten Äußerungen belegen vielmehr weitreichende Agitationen der AfD, die mit dem Demokratieprinzip nicht zu vereinbaren sind.

Gleichwohl kann eine rechtsextremistische Prägung der Gesamtpartei im Hinblick auf dieses Element der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht mit Gewissheit festgestellt werden. So waren die demokratiefeindlichen Äußerungen vermehrt im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie festzustellen. Gerade zuletzt hat die AfD – mutmaßlich auch vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Debatte – ihren thematischen Schwerpunkt wieder auf Migration gesetzt und dabei hochfrequent völkische und fremdenfeindliche Positionierungen vertreten. Nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine und der damit einhergehenden Energiemangellage waren demokratiefeindliche Äußerungen kurzzeitig wieder häufiger zu verzeichnen.

Sie haben sich jedoch auch in diesem Zuge nicht als durchgängiges Element der Positionierungen etabliert. Das Agieren der Partei im Zusammenhang mit der konstituierenden Sitzung des Landtags in Thüringen zeigt jedoch, dass nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip gegeben sind.

In der Gesamtschau besteht daher aufgrund der Quantität der Belege und der Fortführung der Narrative weiterhin ein starker Verdacht im Hinblick auf eine demokratiefeindliche Grundhaltung der AfD.

3. Rechtsstaatsprinzip

Ein weiteres Schutzgut der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist das Rechtsstaatsprinzip, das auf die Bindung und Begrenzung der öffentlichen Gewalt zum Schutz individueller Freiheit abzielt und durch verschiedene einzelne Elemente geprägt ist. Bestimmend sind dabei die Gewaltenteilung, also einerseits die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und andererseits die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte. Zugleich erfordert der Schutz der Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer Gewalt den an Recht gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen vorbehalten ist. Das Gewaltmonopol des Staates ist daher ebenfalls als Teil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anzusehen.[1804]

Anhaltspunkte für gegen das Rechtsstaatsprinzip gerichtete Bestrebungen ergeben sich auch aus dem vielfach propagierten Widerstand gegen demokratisch zustande gekommene Entscheidungen. In einem solchen Widerstand, zumal er auch gewaltsame Formen annehmen kann, liegt nicht nur eine Missachtung des Demokratieprinzips, sondern auch des im Rechtsstaatsprinzip verankerten staatlichen Gewaltmonopols, da dieses einschließt, politische Entscheidungen in den verfassungsmäßig und gesetzlich geordneten Wegen und Formen herbeizuführen, und nicht durch die Gewalt der Straße zu ersetzen.[1805] Die „Herrschaft der Straße" führt notwendig auf eine dem Rechtsstaatsprinzip zuwiderlaufende Gewalt- und Willkürherrschaft im Sinne von § 4 Abs. 2 lit. f BVerfSchG.

Es ist zu prüfen, ob tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen, die sich gegen das Rechtsstaatsprinzip richten, fortbestehen oder verdichtet sind. In der Einstufung zum Verdachtsfall wurden bereits Aussagen berücksichtigt, in denen Bedrohungsszenarien heraufbeschworen wurden, in welchen die staatliche Kriminalitätsbekämpfung vermeintlich keine angemessene Sicherheit mehr für die Bürgerinnen und Bürger leisten könne und diese daher selbst für ihre Sicherheit sorgen müssten.[1806] Eine kritische Auseinandersetzung der AfD mit ihren das Rechtsstaatsprinzip tangierenden Positionen hat seit der Einstufung als Verdachtsfall nicht stattgefunden. So wurden bereits im

[1804] Vgl. BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, Rn. 547 f. – NPD.
[1805] Vgl. OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260 zur Widerstandsrhetorik, dort unter dem Aspekt des Demokratieprinzips.
[1806] vgl. Folgegutachten AfD 2021, S. 693 ff.

Rahmen der Verdachtsfalleinstufung beanstandete Positionen innerhalb der Partei vereinzelt aufrechterhalten und wiederholt.

Der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning (MV) äußerte sich in einem Interview mit AUF1 vom 30. Januar 2023 zu der Frage „*Wie stehen Sie zum privaten Waffenbesitz? Und wieso will man den gesetzestreuen Bürger entwaffnen?*“ In seiner Antwort macht Komning Migrantinnen und Migranten für die Begehung zahlreicher Gewalttaten wie Amokläufe und Messerattacken verantwortlich. Als Lösung dieser vermeintlichen Problematik ging Komning auf eine Lockerung des Waffenrechts ein:

> *„Die Ursache von Amokläufen von Messerattacken, Angriffe auf Polizei oder eben auch Schutz- und Rettungskräfte: Das ist Gewalt durch Migranten. […] Wir als AfD und insbesondere auch ich stehe eher für eine Liberalisierung des Waffenrechts. Ich denke, dass gerade vor dem Hintergrund, dass der Staat offensichtlich unsere Bürger nicht mehr mit dem alleinigen Gewaltmonopol schützen kann, dass dann die Bürger durchaus die Möglichkeit haben müssen, sich selbst zu schützen. Und das eben auch durch Waffen. Insofern meine ich, ist es eher Zeit für eine Liberalisierung des Waffenrechts als für eine Einschränkung. […] Da wird eben tatsächlich die Ursache dieser Migrantengewalt nicht nur nicht erkannt, sie wird auch nicht angesprochen und erst recht nicht verhindert. Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass die Migranten, die nach Deutschland gekommen sind, die sich strafbar gemacht haben und ich rede da nicht nur von Gewalttaten, sondern ich rede von Strafbarkeit jeglicher Art, wenn sie sich also gegen unser Rechtssystem wenden, dann müssen diese Täter unverzüglich abgeschoben werden. […] Ja und zum zweiten kommt wie gesagt dann die Entwaffnung der Bürger dazu. Also offensichtlich geht es der Innenministerin darum, dass man die Deutschen, das deutsche Volk, das angestammte Volk hier in Deutschland in eine Art Wehrlosigkeit gegenüber Gewaltmigranten treiben will. Anders kann ich mir das letztlich nicht vorstellen. Diese Politik können wir auf keinen Fall mittragen. Wir können auch diese Innenministerin nicht mittragen. Wenn Sie mich also fragen, ob die Sicherheit in Deutschland durch das Handeln der Innenministerin gefährdet ist, dann kann ich das nur bejahen.“*[1807]

[1807] AUF1: „Enrico Komning: ‚Die Bürger müssen sich mit Waffen schützen können‘“ vom 30.01.2023, in: https://auf1.tv, abgerufen am 17.02.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

Die Forderung nach einer Liberalisierung des einfachgesetzlichen Waffenrechts entfaltet für sich genommen keine Verfassungsschutzrelevanz. Komning stellt hier aber die Behauptung auf, der Staat könne einen hinreichenden Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gewährleisten und zeichnet so ein Bedrohungsszenario, in dem die Bevölkerung mangels staatlicher Hilfe durch eine verstärkte eigene Bewaffnung diese vermeintliche Schutzlücke schließen müsse. Er behauptet somit das Vorliegen einer Lage, in der das Gewaltmonopol nicht mehr vom Staat ausgeübt wird und will es hierauf aufbauend für sich selbst in Anspruch nehmen.

In ähnlicher Weise äußerte sich Lena Kotré (MdL BB) in einem am 13. September 2024 auf Instagram veröffentlichten Beitrag, der einen sogenannten Kubotan[1808] mit Wahlwerbung für ihre Person im Landtagswahlkampf zeigte. Begleitend dazu schrieb sie:

> *„**Seid wehrhaft – mit dem offiziellen, limitierten Kubotan von Lena Kotré!***
> *Während die Regierung den Opfern von Gewalt lächerliche Handlungsempfehlungen gibt, wie etwa anzufangen zu tanzen, zu singen oder sich krank zu stellen, setzen wir auf echte Sicherheit. In meinem Video präsentiere ich euch den **originalen ‚Lena Kotré Kubotan'** - der persönliche Begleiter für mehr Selbstschutz. Denn echte Sicherheit gibt es nur mit der AfD! Gemeinsam sorgen wir für ein sicheres Brandenburg!*
> ***Jetzt ansehen und wehrhaft werden!**"*[1809]

Der Besitz eines Kubotans ist in Deutschland waffenrechtlich erlaubt. Verfassungsrechtliche Relevanz entfaltet das Verteilen des Gegenstands in Zusammenschau mit der Äußerung jedoch angesichts der Verknüpfung mit dem Verweis auf vermeintlich „*lächerliche Handlungsempfehlungen*" der Regierung für Gewaltopfer und der Propagierung von „*mehr Selbstschutz*". Der Aufruf kann mit Blick auf die in Kapitel E. I. 1. b. belegte fremdenfeindliche Diktion der AfD so aufgefasst werden, dass der Staat sein Gewaltmonopol nicht mehr im erforderlichen Umfang ausübe und Privatpersonen aus diesem Grund selbst Maßnahmen zum Schutz vor Übergriffen ergreifen müssten.

[1808] Bei einem Kubotan handelt es sich um eine Waffe für den Nahkampf in verschiedenen Kampfkünsten.

[1809] Kotré, Lena: Instagram-Eintrag vom 13.09.2024, abgerufen am 19.09.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

In ihrer Bewerbungsrede zur Europawahlversammlung in Magdeburg am 30. Juli 2023 forderte die stellvertretende Sprecherin der AfD Rhein-Sieg Irmhild Boßdorf (mittlerweile MdEP, NW) „*Pushbacks, egal was der Europäische Gerichtshof dazu sagt*“, um der „*Massenzuwanderung*“ zu begegnen und führte dabei aus:

> *„Was uns dann aber irgendwann fehlt, das ist unser Volk. Und dieses wird von Berlin und Brüssel der Auflösung preisgegeben. Es ist egal, wie die Frage lautet: Massenzuwanderung ist immer das Problem und niemals eine Lösung. Die Lösung lautet Remigration. Millionenfache Remigration.*
> *Deutschland leidet an einem noch nie dagewesenen Geburtenrückgang, und das mag die Endzeitapologeten der Grünen erfreuen. Schließlich bezeichnen sie Kinder als Klimaschädling Nummer eins. Man muss sich vorstellen, wie infam das ist, auszurechnen, wie viel CO_2 durch Kinder produziert wird. Aber was wir wirklich fürchten müssen, das ist nicht der menschengemachte Klimawandel. Nein, wir sollten uns viel eher fürchten vor dem menschengemachten Bevölkerungswandel, der das… der Bevölkerungswandel, der das alte Europa in eine Siedlungsregion für Millionen Afrikaner und Araber umwandeln soll.*
>
> *Das jüngst von den EU-Innenministern beschlossene ‚gemeinsame europäische Asylsystem ist reine Makulatur, denn im Außengrenzverfahren werden überhaupt nur 20% aller Asylforderer betroffen… Äh, das betrifft nur 20% der Asylforderer. Aber die Somalier, die Iraker und die Afghanen, die kommen weiter ungehindert nach Europa.*
>
> *Was wir brauchen, das sind Pushbacks, egal was der Europäische Gerichtshof dazu sagt.*
>
> *Was wir brauchen, sind Grenzanlagen, egal wie laut linke NGOs schreien. Was wir auch brauchen, ist eine europäische Grenzschutzagentur, die die Festung Europa endlich verteidigt!*“[1810]

Der Begriff der „Pushbacks“ ist nicht legaldefiniert. Darunter werden im Allgemeinen staatliche Maßnahmen verstanden, bei denen Flüchtende meist unmittelbar nach Grenzübertritt zurückgeschoben werden, ohne die Möglichkeit einen Asylantrag zu

---

[1810] Boßdorf, Irmhild: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

stellen oder deren Rechtmäßigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen. Eine solche Verfahrensweise kann eine rechtsstaatliche Durchführung des Asylverfahrens in Frage stellen, zumal damit auch solche Flüchtende erfasst wären, die tatsächlich Anspruch auf Asyl haben. Der EuGH hält Zurückweisungen von Drittstaatangehörigen an EU-Binnengrenzen für rechtswidrig, es bedürfe einer Rückkehrentscheidung im Einzelfall.[1811] Boßdorf bekundet hier, dass sie die Entscheidungen des EuGH für unbeachtlich hält und stellt insofern die Bindung an Recht und Gesetz in Frage. Im Kontext der Forderung nach „*millionenfache[r] Remigration*" als Reaktion auf den „*Bevölkerungswandel*" wird deutlich, dass sich ihre Forderung, die Gerichtsurteile nicht zu berücksichtigen, auch auf an ethnischen Kriterien orientierte Massenabschiebungen bezieht und damit rechtsstaatswidrige Zurückweisungen intendiert sind.

Die Landtagsabgeordnete Lena Kotré (BB) sprach sich im Zuge des Landtagswahlkampfs in Brandenburg wiederholt für den Aufbau einer privaten „*Abschiebeindustrie*" aus. Im Rahmen einer Pressekonferenz der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg am 18. September 2024 führte sie hierzu aus:

> *„Ja, wie Sie wissen, haben wir im Land Brandenburg eine immense Anzahl von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern, circa 4.500. Rund die Hälfte davon sind vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, bei denen kein Abschiebehindernis besteht. Das bedeutet, sie könnten heute Abend ins Flugzeug gesetzt und außer Landes gebracht werden. Das ist aber nicht gewollt oder nicht gekonnt. Wenn der Staat versagt bei seiner Pflicht, diese Menschen außer Landes zu bringen, dann muss man Alternativen ins Auge fassen. Eine Alternative ist die Privatisierung von Abschiebungen, indem man Abschiebeunternehmen mit ins Boot holt. Das soll so stattfinden, die Unternehmen können sich nach einer öffentlichen Ausschreibung bewerben und wer das beste, das günstigste und das wirtschaftlich am ansprechendste Konzept uns vorlegen kann, der kriegt dann den Zuschlag und darf im Auftrag des Staates Abschiebungen durchführen. Warum dieses Konzept? Wie gesagt, der Staat kann es nicht schaffen. Durch private Abschiebeunternehmen haben wir eine Effizienzsteigerung. Es sind spezialisierte Unternehmen, sie können sich also auch den veränderten Gegebenheiten immer wieder anpassen und vor allem ist es ein optimierter Ressourceneinsatz. Man kann die staatlichen Ressourcen, die offenbar nicht ausreichen, dann sowieso*

[1811] Vgl. EuGH Urt. v. 21.09.2023, C-143/22, juris; Urt. v. 19.03.2019, C-444/17, juris.

komplett streichen und anderweitig im Staat unterbringen und für anderes ausgeben. Wir haben eine Kostenoptimierung, indem wir einen Wettbewerb stattfinden lassen zwischen diesen Unternehmen. Wer das beste Konzept vorlegt, das habe ich eben schon gesagt, kriegt den Zuschlag und dieser Wettbewerb ist für den Staat Gold wert. Wir werden die besten Anbieter zu den besten Konditionen ins Boot holen können. […]

Wir haben also Punkt 1, die Ausschreibung und die Vergabe an spezialisierte Unternehmen. Wir haben Punkt 2, die Zusammenarbeit, das ist auch wichtig und die Koordination mit staatlichen Stellen, was bedeutet: Natürlich werden Abschiebeunternehmen, private Abschiebeunternehmen nicht im Stich gelassen damit. Sie arbeiten weiterhin mit staatlichen Stellen zusammen und auch so kann natürlich eine Qualitätsüberwachung dieser Unternehmen stattfinden. Wir haben 3. die effizienzorientierten Prozesse und 4. die kontinuierliche Optimierung. Auch das habe ich schon gesagt, man kann sich an veränderte Gegebenheiten anpassen und somit immer wieder tagesaktuell diese Abschiebungen anpassen. Warum das Ganze? Ich habe es eben schon erwähnt, wir haben eine wahnsinnig hohe Zahl von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern im Land, das wird auch weiterhin zunehmen. Die angekündigten Grenzkontrollen sind Augenwischerei der Altparteien, das ist Wahlkampfgeplänkel, nichts anderes. Wir haben es hier mit einem Ausverkauf der inneren Sicherheit zu tun, seit Jahren schon, so wird es auch weitergehen und deshalb müssen wir jetzt einen Beitrag zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beitragen."[1812]

Die Forderung nach einer solchen Beleihung von Privatunternehmen mit hoheitlichen Aufgaben ist nicht per se verfassungsschutzrelevant. Das vorgeschlagene Konzept stellt jedoch den Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Kostenoptimierung anstelle einer rechtsstaatlichen Verfahrensweise in den Vordergrund. Eine Privatisierung dergestalt, dass der Kostenfaktor bei der Durchführung von Abschiebungen letztlich entscheidend sein soll, lässt außer Acht, dass es sich bei Abschiebungen um menschenrechtsintensive Eingriffe handelt. Ein Konzept, das den geringsten Kostenfaktor in den Vordergrund und von Wirtschaftlichkeitsaspekten bei den Durchführenden zumindest mitbe-

[1812] Kotré, Lena: Beitrag im Rahmen einer Pressekonferenz der AfD-Landtagsfraktion Brandenburg am 18.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD-Fraktion Brandenburg", abgerufen am 21.10.2024.

stimmt ist, ohne die individuellen Sach- und auch Rechtslagen angemessen zu berücksichtigen, entspricht nicht rechtsstaatlichen Standards. Die abschließende Aussage Kotrés, es sei ein „*Ausverkauf der inneren Sicherheit*“ im Gange, der die AfD in die Situation bringe, einen „*Beitrag zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*“ leisten zu müssen, impliziert zudem, dass der Staat sein Gewaltmonopol nicht im erforderlichen Maß ausübe.

Auch in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier wiederholte Lena Kotré ihre Forderung, Abschiebungen an „*private Abschiebeunternehmen*“ zu delegieren:

> „*Und da haben wir gesagt, wenn der Staat mit dieser Aufgabe nicht fertig wird, wenn er seiner Pflicht nicht nachkommen kann, dann müssen wir über Alternativen nachdenken und eine Alternative ist eben Ausschreibungen zu machen, öffentliche Ausschreibungen an private Abschiebeunternehmen. Wer uns da das beste Konzept vorlegt, der kriegt den Zuschlag und der darf dann im Namen des Staates abschieben.*“[1813]

Karsten Hilse (MdB, SN) vermeldete in einem Facebook-Post vom 1. Dezember 2021 wahrheitswidrig, das Bundesverfassungsgericht habe das „*Grundgesetz faktisch außer Kraft*“ gesetzt und rief dazu auf, vom „*Recht auf Widerstand*“ Gebrauch zu machen:

> „*Mit seinem gestrigen Urteil setzt der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts unser Grundgesetz in großen Teilen faktisch außer Kraft. Die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte, welche als Abwehrrechte gegen den Staat, vor allem in Krisensituationen, in das Grundgesetz geschrieben wurden und auch noch mit einer Ewigkeitsklausel versehen sind, haben praktisch aufgehört zu existieren. Mit der Verkündung des Urteils begann auch die Diskussion für einen allgemeinen Impfzwang. Alle, die diese Entwicklung prognostizierten, wurden als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Was gestern noch als absurde Behauptung bezeichnet wurde, ist heute Realität. Was heute als absurd und nie und nimmer eintretbar oder denkbar erscheint, wird die Realität von morgen sein, wenn nicht endlich ALLE, die sich gegen die Aushebelung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung wenden, von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch machen.*“[1814]

[1813] Deutschland-Kurier: „„Wir brauchen eine private Abschiebeindustrie‘ | Lena Kotré (MdL | AfD)“ vom 18.09.2024, in: www.deutschlandkurier.de, abgerufen am 19.09.2024.
[1814] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 01.12.2021, abgerufen am 08.12.2021.

Verfassungsschutzrelevant ist hier nicht bereits die Kritik an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das mit den in Bezug genommenen Beschlüssen Verfassungsbeschwerden betreffend Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen nach den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zurückwies. Wohl aber ruft Hilse hier zur Inanspruchnahme des Rechts auf Widerstand auf und nimmt damit vom Wortlaut her auf das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG Bezug. Damit wird deutlich, dass er eben nicht nur die konkrete Gerichtsentscheidung kritisiert, sondern so weit geht, zu behaupten, dass die Rechtsprechung zu einer Außerkraftsetzung der Gewaltenteilung führe und einen Widerstand erfordere, der bei tatsächlichem Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 20 Abs 4 GG sogar gewaltsam erfolgen könnte.

Am 20. Juli 2022 wurde auf der Internetseite des AfD-Kreisverbands Wittenberg (ST) ein Artikel unter dem Titel *„‚Es lebe das heilige Deutschland!' - ein Beitrag zum 20. Juli"* veröffentlicht. Bereits kurz darauf wurde er nach medialer Kritik wieder offline genommen und später in modifizierter Form wieder online gestellt. Im Originalbeitrag fragte der Kreisverband mit Blick auf Widerstandskämpfer zur Zeit des Nationalsozialismus nach einem *„20. Juli 2.0"*, also mithin einem Umsturzversuch gegen die amtierende Regierung:

> *„Aktuell wird die Vernichtung Deutschlands durch die eigenen Bürger betrieben, die grünen Ökosozialisten durch Verblendung bei den Wählen den Auftrag erteilt haben. Die schwarze Opposition im Lande ist da nicht besser, hat man doch seit Jahren den grünen Fackelmännern, Frauen und anders geschlechtlichen Individuen den Teppich zu Theodore N. Kaufman oder Henry Morgenthau ausgerollt. Wann wird es eigentlich einen 20. Juli 2.0 bei der Truppe geben?"*[1815]

Durch die Verwendung von Bezeichnungen wie *„Ökosozialisten"* und *„geschlechtliche Individuen"* als einziger inhaltlicher Anknüpfungspunkt und die Schlussfolgerung der *„Vernichtung"* Deutschlands durch diese kommt zum Ausdruck, dass bereits aufgrund allgemeinpolitischer Themen wie Umweltpolitik oder eine inkludierende Geschlechterpolitik die gravierenden Voraussetzungen des Widerstandsrechts gesehen werden.

[1815] AfD-Kreisverband Wittenberg: „‚Es lebe das heilige Deutschland!' - ein Beitrag zum 20. Juli", in: https://afd-wittenberg.de vom 20.07.2022, abgerufen am 22.07.2022 über https://archive.ph.

Dabei wird nicht nur auf das ohnehin bereits nur in absoluten Ausnahmefällen zu bejahende Widerstandsrecht des Grundgesetzes Bezug genommen, sondern sogar suggeriert, es bestünde eine Lage vergleichbar dem Nationalsozialismus.

Fraglich ist jedoch, inwiefern dieser Beleg als Anhaltspunkt berücksichtigt werden kann, da in der Löschung und Modifizierung möglicherweise eine Distanzierung zu sehen ist. Der Kreisverband[1816] sowie dessen Vorsitzender Matthias Lieschke[1817] (MdL ST) begründeten die Änderungen lediglich damit, dass der ursprüngliche Artikel nicht den „*Qualitätskriterien*" des Kreisverbands entsprochen habe. Angesichts des die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnenden Vergleichs und der medialen Reaktionen hierauf, aufgrund derer ein bewusster Reflexionsprozess in Gang gesetzt wurde, wäre eine ausdrückliche Abstandnahme erforderlich gewesen. Insofern unterscheidet sich die Distanzierung nicht von den Parteiordnungsmaßnahmen, die nur parteiorganisatorisch und nicht mit der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Inhalten begründet werden. Der Kreisverband bringt durch das Löschen zwar zum Ausdruck, dass er sich den Inhalt nicht mehr zu eigen machen möchte. Gleichwohl könnte die Löschung auch taktisch motiviert gewesen sein. Die Äußerung des Kreisverbands wird hier daher als Anhaltspunkt bewertet, ist im Hinblick auf die Gesamtbewertung jedoch nur von untergeordneter Bedeutung.

Fabian Jacobi (MdB, NW) teilte und bekräftigte einen Tweet, der „*keine roten Linien [...] im Umgang mit dem Staat*" forderte. Darin hieß es wörtlich:

> „*Wenn der Staat uns damit droht, daß er im Umgang mit uns keine roten Linien mehr kennt, muß das umgekehrt auch für uns im Umgang mit dem Staat gelten.*"[1818]

Jacobi schrieb dazu:

> „*Daß eine Regierung diesen Schluß auslöst, macht ihr Handeln zum Fehler; daß sie es vorsätzlich tut, zum Verbrechen.*"[1819]

[1816] AfD-Kreisverband Wittenberg: „‚Es lebe das heilige Deutschland!' - ein Beitrag zum 20. Juli", in: https://afd-wittenberg.de vom 20.07.2022, abgerufen am 24.10.2024.
[1817] Süddeutsche Zeitung: „Verfassungsschutz und Polizei prüfen Text" vom 22.07.2022, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 24.10.2024.
[1818] Jacobi, Fabian: Tweet vom 22.12.2021, abgerufen am 22.12.2021.
[1819] Ebd.

Durch die Formulierung, dass keine roten Linien im Umgang mit dem Staat bestünden, wird deutlich, dass Jacobi keine Begrenzung des behaupteten Widerstandsrechts sieht und mithin auch Gewalt als probates Mittel anerkannt wird.

Auch der brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Galau rief in seinem Facebook-Beitrag vom 30. November 2021 zum Widerstand auf:

> *„Mir bleibt da nur ein weiteres Zitat: ‚Wenn Unrecht zu Recht wird, wird #Widerstand zu Pflicht und Gehorsam ist Verbrechen!'"*[1820]

Dabei handelt es sich um Zitat, das Bertolt Brecht zugeschrieben wird. Dessen Wiedergabe entfaltet für sich genommen selbstverständlich keine Verfassungsschutzrelevanz. Sie ist jedoch in einem völlig anderen Kontext zu verstehen. Während Brecht tatsächlich vor den Nationalsozialisten ins Exil fliehen und später im Rahmen der Kommunistenverfolgung vor einem Ausschuss zu „unamerikanischen Aktivitäten" aussagen musste und damit realer akuter Repression ausgesetzt war, wird die Äußerung hier auf die aktuelle demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland bezogen. Damit wird suggeriert, es bestünde eine Widerstandslage, die hiermit vergleichbar sei.

Christina Baum (MdB, BW/ST) behauptete in einem Interview mit AUF1.TV vom Dezember 2021, Olaf Scholz habe in seiner Antrittsrede als Bundeskanzler quasi eine Kriegserklärung formuliert:

> *„Also ich sehe das auch fast wie eine Kriegserklärung. Ich war ja im Plenum. Ich habe das ja gehört. […] Er hat geschworen, für das Wohl des deutschen Volkes sich einzusetzen und leider habe ich ja auch diese Polizeigewalt verfolgt. Ich war selber auch mittendrin bei solchen Demonstrationen und habe mit Entsetzen gesehen, dass es tatsächlich Polizisten gibt, die bereit sind, solche Gewalt anzuwenden. Und ich möchte damit auch gleichzeitig einen Aufruf starten, sozusagen an alle Polizisten, an alle Bundeswehrsoldaten, an alle Ordnungskräfte, dass sie sich das sehr gut überlegen müssen, wie sie in Zukunft mit solchen Bewegungen umgehen. Die Bewegungen sind absolut friedlich bisher. Die Bevölkerung ist sehr diszipliniert, und es kann nicht sein, dass die Polizei zu solchen harten Maßnahmen greift. Denn nach jeder Demonstration, wenn ich eine Rede halte, richte ich*

[1820] Galau, Andreas: Facebook-Eintrag vom 30.11.2021, abgerufen am 25.07.2024.

meine Worte auch an die Polizei, und ich sage ihnen, dass sie sich sehr gut überlegen müssen, auf welcher Seite sie stehen. Denn eines Tages werden sie diese Entscheidung treffen müssen: Erhebe ich die Hand gegen mein eigenes Volk oder geh ich mit ihm auf die Straße sozusagen, ja. Und diese Exekutive, die wird die Entscheidung bringen, in welche Richtung sich das Ganze entwickelt. Wenn die sagen, wenn die Polizei sagt ‚Wir machen da nicht mehr mit', dann können die in Berlin alle nach Hause gehen. Und auf diesen Zeitpunkt warte ich."[1821]

Baum suggeriert, dass die Regierung derart repressiv gegen ihr eigenes Volk vorgehe, dass Polizeibeamte im Dienst perspektivisch mit der Entscheidung konfrontiert seien, ob sie ebenfalls widerrechtlich gewaltsam gegen das eigene Volk vorgehen wollen oder ob sie sich letztlich ihrem Auftrag widersetzen. Sie stellt damit das Gewaltmonopol des Staates in besonders erheblicher Weise in Frage.

Christina Baum zeigte sich in einem Facebook-Post vom 6. August 2024 zudem solidarisch mit Martin Sellner und forderte Polizistinnen und Polizisten erneut dazu auf, sich Anordnungen zu widersetzen:

„Polizei stürmt erneut in voller Montur eine vollständig friedliche Veranstaltung Liebe Polizisten, was ist mit euch los? Seid ihr nur noch Erfüllungsgehilfen dieser deutschlandfeindlichen autoritären Berliner Clique oder habt ihr auch noch ein Gewissen? [...] Der Aktivist Martin Sellner liest aus seinem Buch vor und wird plötzlich durch die Polizei aufgrund von staatlicher Willkür nicht nur des Saales, sondern der Gemeinde verwiesen. Sellner war gerade dabei, die Repression gegenüber der Familie Elsässer zu schildern, als die Truppen den Saal stürmten. Besser als alle Worte dieser Welt kann man der Öffentlichkeit nicht zeigen, welchen autoritären Weg Deutschland unter diese Regierung eingeschlagen hat. [...] Ich verurteile diese Maßnahme gegen Martin Sellner auf das Schärfste, so wie ich es mit jeder anderen totalitären Maßnahme auch tun würde und ich werde mich immer jeder Form von totalitärer Entwicklung entgegen stellen.
Allen Polizisten gebe ich das Zitat von Angela Merkel mit auf dem Weg, das aus einer Rede zum Feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr, am 20. Juli 2019 in Berlin, stammt: ‚Es gibt Momente, in denen Ungehorsam eine Pflicht sein kann – Momente, in denen man nur dann Anstand und Menschlichkeit wahrt, wenn man

[1821] Baum, Christina im Interview vom 21.12.2021; veröffentlicht in: https://auf1.tv, abgerufen am 22.12.2022.

sich gegen einen Befehl, gegen den Druck von Vorgesetzten oder auch den Druck der Masse auflehnt und gegenhält. Es gibt Momente, in denen der Einzelne die moralische Pflicht hat, zu widersprechen und sich zu widersetzen...'"[1822]

Nach einer Recherche des Bayerischen Rundfunks haben zahlreiche Funktionärinnen und Funktionäre der bayerischen AfD in der geschlossenen Facebook-Gruppe „Alternative Nachrichtengruppe Bayern" nicht nur die Bundesrepublik Deutschland als totalitäres System verunglimpft, das beseitigt werden müsse, sondern wiederholt Umsturzfantasien und Aufrufe zur Gewalt geäußert.

Nach den Angaben des Bayerischen Rundfunks fanden sich 16 der 18 damaligen bayerischen AfD-Landtags- und 11 der 12 AfD-Bundestagsabgeordneten aus Bayern in der Gruppe, ebenso 10 Mitglieder des 13-köpfigen AfD-Landesvorstands. Zu den Administratoren der Gruppe zählten der im Oktober 2021 gewählte AfD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka, der zum damaligen Zeitpunkt auch dem Bundesvorstand der AfD als Beisitzer angehörte, sowie der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Johannes Huber[1823].[1824]

In einem Bericht des Bayerischen Rundfunks vom 7. Dezember 2021 wurden Äußerungen von Mitgliedern der genannten Chatgruppe zu Vergleichen mit totalitären Systemen wie folgt wiedergegeben:

> *„Ein ehemaliger AfD-Landtagskandidat aus Oberbayern forderte im Januar 2021: ‚Die AfD muss auch endlich offen die Systemfrage stellen. Im bestehenden System wird sich nichts zum Besseren ändern'. Georg Hock, seit Oktober 2021 Mitglied des AfD-Landesvorstands, äußerte daraufhin ‚Zustimmung insbesondere zum Stellen der Systemfrage'".*[1825]

Vor dem Hintergrund dieser Forderungen nach einem „Systemwechsel" sind auch die im Chat geäußerten Gewalt- und Bürgerkriegsfantasien zu sehen, über die der Bayerische Rundfunk berichtete.

[1822] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 06.08.2024, abgerufen am 06.08.2024.
[1823] Johannes Huber trat zum 31.12.2021 aus der AfD aus.
[1824] BR: „AfD Bayern: Interner Chat zeigt Radikalität" vom 01.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 01.12.2021.
[1825] BR: „AfD-Chat: Gruppe gelöscht, Diskussion geht weiter" vom 07.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 07.12.2021.

So habe Alois Ostermair, seinerzeit AfD-Kreisvorsitzender, Deutschland gemäß der Berichterstattung als „*Bananenland*" bezeichnet, das System „*korrupt*" und „*kriminell*" genannt und von „*regierenden Verbrechern*" geschrieben. Wahlen würden „*ohnehin nicht mehr*" helfen. Ostermair sei zu dem Schluss gekommen:

> „*Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr.*"[1826]

Diese Aussage habe die AfD-Landtagsabgeordnete Anne Cyron wie folgt zustimmend kommentiert:

> „*Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten – hat Tucholsky auch schon gewusst. Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden*".[1827]

Das Mitglied des bayerischen AfD-Landesvorstands Georg Hock habe auf beide Beiträge mit der Nachricht

> „*Absolute Zustimmung.*"[1828]

geantwortet.

Im Juni 2021 habe Hock außerdem geäußert:

> „*Bekämpft bitte (oder auch gefälligst) mit dem vielen Geld, das ihr vier lange Jahre egal in welcher Partei bekommt, das Deutschland meuchelnde System. Das erwarten unsere Wähler. Der Widerstand der Straße würde es Euch danken.*"[1829]

Stephan Protschka, einer der Administratoren der Chatgruppe und seit Oktober 2021 Landesvorsitzender der bayerischen AfD, habe die zitierten Aufrufe zu Gewalt und Umsturz als „Meinungsfreiheit" verteidigt:

> „*Wenn sich Leute da intern was an den Kopf schmeißen, gehört das doch auch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung dazu, dass man verschiedener Meinung ist.*"[1830]

[1826] BR: „AfD Bayern: Interner Chat zeigt Radikalität" vom 01.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 01.12.2021.
[1827] BR: „AfD-Chat: Gruppe gelöscht, Diskussion geht weiter" vom 07.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 07.12.2021.
[1828] Ebd.
[1829] BR: „AfD Bayern: Interner Chat zeigt Radikalität" vom 01.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 01.12.2021.
[1830] Ebd.

Auch von Seiten der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag seien die betreffenden verfassungsfeindlichen Äußerungen verharmlost und in Schutz genommen worden. Ulrich Singer, zum damaligen Zeitpunkt AfD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, ließ sich in Reaktion auf die Veröffentlichung damit zitieren, dass im Chat *„keine rechtswidrigen oder strafbaren Äußerungen getätigt worden“* seien. Weiterhin sagte er:

„Wir haben Meinungsfreiheit in diesem Land.“[1831]

Auch das OVG NRW bewertete die vorgenannten Chatprotokolle als Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, da durch sie die Demokratie abgelehnt und ein gewaltsamer Umsturz befürwortet werde.[1832] Die Äußerungen seien insbesondere vor dem Hintergrund zurechenbar, dass diese nicht nur der Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks zu entnehmen seien, sondern zusätzlich von der Landtagsabgeordneten Anne Cyron öffentlich als *„Meinungsfreiheit“* abgetan worden seien.[1833] Auch habe sich die Partei nicht ernsthaft und nachhaltig distanziert, da die erfolgten Stellungnahmen keine kritische Auseinandersetzung enthielten, ausgesprochene Abmahnungen nicht begründet worden und auch weitere Maßnahmen, wie etwa ein Ausschluss Georg Hocks aus dem Landesvorstand, unterblieben seien, und die Abmahnungen erst nach der öffentlichen Berichterstattung erfolgten.[1834] Die Äußerungen in den Chats ließen daher den Rückschluss darauf zu, dass sich Mitglieder der AfD in der Öffentlichkeit nur aus taktischen Gründen zurückhaltend äußerten.[1835] Im Hinblick auf die Gesamtpartei begründeten sie jedoch nur einen Verdacht demokratiefeindlicher Bestrebungen, da es sich nur um Äußerungen einzelner Mitglieder handelt, von denen sich die Klägerin durch die ergriffenen Parteiordnungsmaßnahmen jedenfalls in gewissem Umfang distanziert habe.[1836]

In einer Dokumentation des MDR wurden außerdem Inhalte einer AfD-internen WhatsApp-Chatgruppe „Stammtisch Pirna“ bekannt, in der in einer Diskussion die folgende Forderung gestellt wurde:

[1831] BR: „Telegram-Chat: AfD-Fraktion äußert sich zu Umsturzfantasien“ vom 07.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 08.12.2021.
[1832] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 258 ff.
[1833] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 259.
[1834] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260.
[1835] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 261.
[1836] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260.

„Ein geplanter Staatsstreich zur Abwehr des laufenden kommunistischen Staatsstreichs."[1837]

Das VG Dresden sieht in seinem Beschluss vom 15. Juli 2024 darin *„einen deutlichen Hinweis auf die antidemokratische Einstellung innerhalb der sächsischen AfD-Basis"*.[1838]

Insgesamt wurden mit Blick auf die Widerstandsrhetorik und die Infragestellung des Gewaltmonopols im Begutachtungszeitraum vereinzelt weiterhin Anhaltspunkte für einen entsprechenden Verdacht festgestellt. So sind besonders die Ausführungen zu der stellenweise sehr offensiven Widerstandsrhetorik von Relevanz. Gleichwohl ist anzumerken, dass sich die Ausführungen des OVG NRW gerade nur auf die Feststellung von Verdachtsmomenten bezogen. Wegen ihrer eklatanten Infragestellung des Rechtsstaatsprinzips sind diese aber auch durchaus weiterhin von Bedeutung, sodass von einem Abklingen des Verdachts nicht die Rede sein kann. In der Gesamtschau lassen die Belege in Anzahl und Qualität aber nicht den Schluss zu, dass die Partei von einer gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden Tendenz beherrscht wird. Schon im Folgegutachten AfD 2021 waren bereits vergleichsweise wenige Anhaltspunkte festgestellt worden, was sich in diesem Gutachten fortsetzt. Eine Verdichtung zur Gewissheit liegt demnach in Bezug auf Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Rechtsstaatsprinzip nicht vor.

4. Positionierung zum Nationalsozialismus

Zu prüfen ist, ob bei der AfD Positionierungen zum Nationalsozialismus vorliegen, die Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen.

Laut Bundesverfassungsgericht besitzt der Nationalsozialismus *„für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eine gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung, die einzigartig ist"*. Das Grundgesetz könne *„weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet*

[1837] Screenshot aus der Dokumentation „Radikale Staatsdiener in der AfD"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.02.2023, Kanal: „MDR Investigativ", ohne Abrufdatum.
[1838] VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn. 173.

werden".[1839] Auch wenn das Verbot der nationalsozialistischen Betätigung kein genuiner Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstelle, komme

> *„der positiven historischen Bewertung des Nationalsozialismus und seiner führenden Repräsentanten oder der Leugnung der von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen" eine „erhebliche indizielle Bedeutung hinsichtlich der Verfolgung verfassungsfeindlicher, auf eine Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteter Ziele einer Partei zu".*[1840]

Relevant sind in diesem Zusammenhang insbesondere das aktive Befürworten, Rechtfertigen oder Verherrlichen des Nationalsozialismus ebenso wie eine beschönigende oder verharmlosende Darstellung und das Bestreiten der für die BRD aus dem Nationalsozialismus resultierenden Verantwortlichkeit.

Solcherlei positive Positionierungen erfolgen in der Regel unter Einsatz geschichtsrevisionistischer Strategien, die den Tabubruch der offenen Zustimmung zu nichtdemokratischen und diktatorischen Regimen und ihren Verbrechen mehr oder minder camouflieren. So werden konsensuale Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu diesen Regimen ignoriert oder ohne valide Begründung pauschal als falsch bestritten bzw. eigene, durch keinerlei Evidenz unterlegte Aussagen hinsichtlich tatsächlicher oder vermeintlicher historischer Vorgänge als erwiesen und „wahr" ausgegeben.

Wenn geschichtsrevisionistische Aussagen der fakten- und erkenntniswidrigen Positivdarstellung nichtdemokratischer und diktatorischer Regime, der von ihnen geschaffenen Verhältnisse sowie der Beschönigung oder Leugnung ihrer Verbrechen dienen, können sie Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen. Die nationalsozialistische Willkürherrschaft ist weder mit der Menschenwürde, noch mit dem Demokratie- oder Rechtsstaatsprinzip auch nur ansatzweise vereinbar. Eine Herausarbeitung des jeweils betroffenen Merkmals der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist daher im Falle einer positiven Bezug-

[1839] BVerfG, Urt. v. 04.11.2009, 1 BvR 2150/08, juris, Rn. 65.
[1840] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 592, 591.

nahme auf den Nationalsozialismus beispielsweise durch Verwendung dessen Kennzeichen nicht erforderlich.[1841] Wer die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beispielsweise pauschal als „Schuldkult" diskreditiert und einen „Schlussstrich" eben damit fordert, diffamiert nicht nur die geleistete Aufarbeitung und Erinnerungspolitik, sondern verlangt letztlich auch, dass Schluss sein müsse, aus der NS-Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen, was der gegenbildlich identitätsprägenden Bedeutung des Nationalsozialismus für das Grundgesetz[1842] entgegensteht. Die endgültige Überwindung der nationalsozialistischen Strukturen und die Verhinderung des Wiedererstarkens eines totalitär nationalistischen Deutschlands sind jedoch identitätsprägend für das deutsche Grundgesetz.[1843]

a. Beschönigende und verharmlosende Darstellung des Nationalsozialismus

Der damalige sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich nahm Medienberichten zufolge in seiner Funktion als Vizepräsident des Bundesschiedsgerichts in einem Schiedsspruch vom 11. Januar 2024 Bezug auf das sogenannte Reichsbürgergesetz von 1935. Geklagt hatte eine aus Polen stammende AfD-Politikerin, die sich in einem Facebook-Post als *„arisch"* bezeichnet hatte. In seinem Eilbeschluss begründete das Bundesschiedsgericht seine Entscheidung, warum nach dem *„Überprüfungsantrag der Antragsgegnerin […] der Entzug der Mitgliedschaftsrechte der Antragsgegnerin aufgehoben"* werde, folgendermaßen:

> *„Die polnische Sprache ist als slawische Sprache den arischen Sprachen zuzuordnen. Es erschließt sich auch nicht, wieso der Begriff ‚arisch' der nationalsozialistischen Rassenideologie zuzuordnen ist. Insofern sei nur auf das Reichsbürgergesetz vom 15.09.1935 hingewiesen, in dem in § 2 I geregelt ist, dass Reichsbürger nur der Staatsbürger sei, der deutschen oder artverwandten Blutes sei."*[1844]

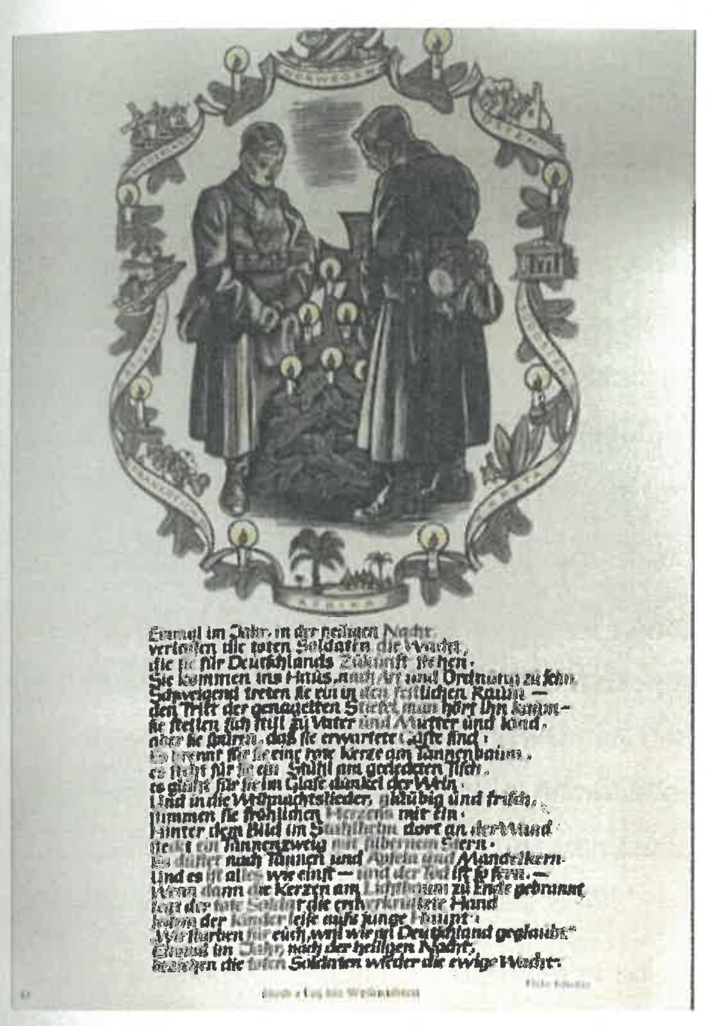
[1841] Das VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn.131 ff. sieht in der unkritischen Bezugnahme auf die nationalsozialistische Rassenlehre unter Zugrundelegung der einfachgesetzlichen landesgesetzlichen Definition der freiheitlich demokratischen Grundordnung die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte betroffen.
[1842] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 596.
[1843] Ebd.
[1844] ZDFheute: „Bezug auf Reichsbürgergesetz: AfD-Mann Ulbrich und die ‚arische Sprache'" vom 30.01.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 30.08.2024.

Das Reichsbürgergesetz regelte die Reichszugehörigkeit im nationalsozialistischen Deutschland. In der Verordnung war u. a. festgelegt, dass jüdische Staatsangehörige nicht als Reichsbürger gelten konnten. In dem Rückgriff auf die Verordnung positionierte sich Ulbrich verharmlosend gegenüber dem Nationalsozialismus[1845] und positionierte sich gleichsam in diametralem Gegensatz zum heutigen demokratischen Rechtsstaat.

Die sächsische AfD-Landtagsfraktion teilte als Reaktion auf den Sachverhalt zwar mit, dass Ulbrich „*in schwerwiegender Weise gegen die Parteigrundsätze verstoßen*"[1846] habe – woraufhin Ulbrich von seiner Funktion als Bundesschiedsrichter zurücktrat und die AfD-Landtagsfraktion verließ – jedoch kommt dieser vermeintlich sich von Ulbrich abkehrenden Äußerung der AfD-Landtagsfraktion keine entlastende Wirkung zu. Zum einen liegt eine Entscheidung über ein darauf bezogenes Parteiausschlussverfahren nicht vor. Zum anderen wurde Ulbrich im November 2023 als Direktkandidat für die Landtagswahl am 1. September 2024 aufgestellt und diese Aufstellung in der Folge des dargestellten Vorfalls nicht zurückgezogen.[1847]

Ekaterina Gutner, Vorstandsmitglied des der AfD zuzurechnenden Vereins Mit Migrationshintergrund für Deutschland e. V.[1848], veröffentlichte am 24. Dezember 2023 auf Facebook die Abbildung eines Kalenderblatts aus dem Jahr 1942. Es zeigt zwei Wehrmachtssoldaten in andächtiger Position, einen Weihnachtsbaum sowie ein Eisernes Kreuz. Eingerahmt wird die Szenerie von einer Abbildung des Frontverlaufs von 1942.

[1845] So auch VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn.131 ff.
[1846] Ebd.
[1847] AfD Sachsen: „Unsere Direktkandidaten in den Wahlkreisen" vom 30.08.2024, in: www.afdsachsen.de, abgerufen am 30.08.2024.
[1848] Weitere Ausführungen zum Verein Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V. sind Kapitel D. II. 5. zu entnehmen.



Unter dem Bild ist ein Gedicht von Thilo Scheller mit folgendem Inhalt abgedruckt:

> *„Einmal im Jahr, in der heiligen Nacht,*
> *verlassen die toten Soldaten die Wacht,*
> *die sie für Deutschlands Zukunft stehen.*
> *Sie kommen nach Haus, nach Art und Ordnung zu sehen,*
> *schweigend treten sie ein in den festlichen Raum –*
> *den Tritt der genagelten Stiefel, man hört ihn kaum –*
> *sie stellen sich still zu Vater und Mutter und Kind,*
> *aber sie spüren, daß sie erwartete Gäste sind.*
> *Es brennt für sie eine rote Kerze am Tannenbaum,*
> *es steht für sie ein Stuhl am gedeckten Tisch,*
> *es glüht für sie im Glase dunkel der Wein.*
> *Und in die Weihnachtslieder, gläubig und frisch,*
> *stimmen sie fröhlichen Herzens mit ein.*
> *Hinter dem Bild mit dem Stahlhelm dort an der Wand*

steckt ein Tannenzweig mit silbernem Stern.
Es duftet nach Tannen und Äpfel und Mandelkern,
und es ist alles wie einst – und der Tod ist so fern. –
Wenn dann die Kerzen am Lichtbaum zu Ende gebrannt,
legt der tote Soldat die erdverkrustete Hand
jedem der Kinder leise aufs junge Haupt:
Wir starben für euch, weil wir an Deutschland geglaubt.
Einmal im Jahr, nach der heiligen Nacht,
beziehen die toten Soldaten wieder die ewige Wacht"[1849]

Ergänzend hierzu schrieb Gutner in ihrem Facebook-Eintrag:

> *„Liebe Patrioten, egal aus welchem Land, ich wünsche euch ein besinnliches Weihnachtsfest, das leider nicht bei allen fröhlich wird. Von daher poste ich hier dieses Gedicht. Es ist allen gewidmet, die in den letzten 2 Jahren den Kriegen zum Opfer fielen. Seien wir dem Allmächtigen dankbar, dass Er auf uns aufpasste und wir heute zusammen mit unseren Liebsten beim Kerzenlicht am geschmückten Tannenbaum sitzen können."*[1850]

Dieser Facebook-Post Gutners übernimmt sowohl auf visueller als auch auf textlicher Ebene unverändert propagandistische NS-Inhalte, die – verbreitet 1940 und 1943 – der Stärkung und Aufrechterhaltung der Kampfesmoral während des Zweiten Weltkriegs dienten.[1851] Indem Gutner Bild und Text postet, um ihre eigenen Weihnachtswünsche zu ergänzen, unterstützt sie aktiv die propagandistische Botschaft des Gedichts. Die hierin enthaltene Glorifizierung und Romantisierung des Soldatentums im Zweiten Weltkrieg ist angesichts der allgemein bekannten und historisch unstrittigen Tatsache, dass die Wehrmacht als Instrument Hitlers völkerrechtswidrige Angriffskriege und einen als faktischen Völkermord konzipierten Vernichtungskrieg geführt hat, massive Kriegsverbrechen begangen und insbesondere am Holocaust beteiligt gewesen war, mindestens als Relativierung der nationalsozialistischen (Kriegs-)Ziele zu werten.

[1849] Gutner, Ekaterina: Facebook-Eintrag vom 24.12.2023, abgerufen am 10.04.2024.
[1850] Ebd.
[1851] WELT: „Deutsches Schwert, musst den Christbaum schützen'" vom 22.12.2000, in: www.welt.de, abgerufen am 28.12.2022.

Positionierung zum Nationalsozialismus

Einem Bericht des Nachrichtenportals T-Online aus August 2022 zufolge unterzeichnete ein „Steffen Kotré" aus Frankfurt an der Oder – wobei es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um den AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré (BB) handelt – den folgenden Appell aus dem Jahr 2004 zugunsten des Holocaust-Leugners Horst Mahler:[1852]

> *„Das Komitee ‚Freiheit für Horst Mahler!' ruft zur Unterzeichnung folgenden Appells auf: internationaler Appell Wir – gleichgültig, welcher Herkunft, welcher Weltanschauung und ob Sympathisant oder Gegner – fordern, daß Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen frei ihre Meinung äußern können. Schluß mit den Kriminalisierungsversuchen! Wenn Richter Faust oder Staatsanwalt Krüger unbedingt die Ansichten von Mahler, Oberlercher und Meenen kennenlernen wollen – bitte! Aber nicht zwangsweise vor einem Gericht. Wenn sie es unbedingt in der Öffentlichkeit tun wollen – um so besser! Aber dafür gibt es andere Orte als ein Kriminalgericht. Mit unserer Unterschrift unter den Appell des Komitees „Freiheit für Horst Mahler!" bekunden wir keine Zustimmung zu den weltanschaulichen, politischen und sonstigen Positionen von Mahler, Oberlercher und Meenen. Uns geht es um die Meinungsfreiheit und darum, daß endlich eine von Offenheit und Ehrlichkeit geprägte Gesprächskultur platz greift. Erstunterzeichner: Bernhard Heldt Peter Töpfer*
> *Unterzeichnen auch Sie den Appell des Komitees ‚Freiheit für Horst Mahler!', indem Sie an die Kontaktanschrift schreiben: peter-toepfer @ web.de*
> *Virtuelle, pseudo- & anonyme Menschen bitte fernbleiben."*[1853]

Zwei Monate darauf wurde durch Recherchen des ARD-Magazins Kontraste bekannt, dass unter dem Namen „Steffen Kotré" Anfang der 2000er-Jahre auf der Website der Gruppierung Deutschherrenklub und in der Zeitschrift FRITZ der rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen rund ein Dutzend Gedichte mit völkisch-rechtsextremistischem Gedankengut veröffentlicht wurden. Auf der Website des Deutschherrenklubs gab es sogar eine eigene Rubrik mit dem Titel „Kotrés Welt". Die Gedichte

---

[1852] T-Online: „AfD-Abgeordneter setzte sich für Holocaustleugner Mahler ein" vom 15.08.2022, in: www.t-online.de, abgerufen am 13.07.2023.
[1853] Nationalanarchismus: „Das Komitee ‚Freiheit für Horst Mahler ruft zur Unterzeichnung folgenden Appells aus", in: http://adk.nationalanarchismus.org, abgerufen am 14.07.2023.

beinhalten völkische, nationalistische und militaristische Aussagen und Positionen.[1854] [1855] Die Website des Deutschherrenklub wurde im Jahr 2004 aufgrund von der den *„NS-Staat verherrlichender Ideologie*“ und antisemitischen Inhalten durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (BB) äußerte sich zu den Rechercheergebnissen nicht. In anderem Zusammenhang hatte er jedoch gegenüber dem RBB einmal bestätigt, eine *„lyrische Ader*“ und sich *„mit Geschichte auseinandergesetzt“* zu haben.[1856]

Die Partei kündigte lediglich eine Prüfung des Sachverhalts der Appell-Unterzeichnung an.[1857] Das Ergebnis dieser Prüfung wurde nicht bekannt gegeben. Das Ausbleiben einer Distanzierung Kotrés von den etwa 20 Jahre zurückliegenden Veröffentlichungen und Positionierungen bzw. das Ausbleiben eines Dementis, dass die Äußerungen die seinigen seien, das Ausbleiben rechtlicher Schritte zur Unterbindung entsprechender Presseberichterstattung sowie das Schweigen der AfD-Gremien über das Prüfergebnis lassen den Schluss zu, dass es sich bei dem Verfasser der Gedichte und dem Unterzeichner des Appells tatsächlich um den Abgeordneten Kotré handelt.

Der Appell für Horst Mahler wendet sich gegen *„Kriminalisierungsversuche*“ der *„Ansichten*“ Mahlers und gibt vor, *„keine Zustimmung zu den weltanschaulichen, politischen und sonstigen Positionen von Mahler, Oberlercher und Meenen*“ darzustellen. Diese Aussage kann angesichts der Strafbewehrung der öffentlichen Äußerung eben solcher Ansichten gemäß § 130 StGB als Schutzbehauptung gewertet werden. Eine solche öffentliche Solidarisierung mit dem gegenwärtig bundesweit wohl bekanntesten Holocaust-Leugner und Rechtsextremisten Horst Mahler kann auch als Unterstützung von dessen Positionen interpretiert werden. Holocaust-Leugnung stellt eine extreme Form der Verharmlosung des Nationalsozialismus dar, da dessen charakteristisches Menschheitsverbrechen – der Genozid an den Juden – faktenwidrig bestritten und das NS-Regime damit entkriminalisiert wird.

[1854] RBB24: „Nazi-Poesie im Namen des AfD-Politikers aufgetaucht“ vom 04.10.2022, in: www.rbb24.de, abgerufen am 04.10.2022.

[1855] Deutschherrenclub: Auszüge der Internetseite http://deutschherrenclub.de, abgerufen über archive.org, ohne Datum.

[1856] tagesschau: „Brandenburger AfD-Bundestagsabgeordneter Kotré marschierte mit Neonazis“ vom 16.02.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 19.02.2024.

[1857] Süddeutsche Zeitung: „Unterstützung für Holocaust-Leugner? AfD will aufklären“ vom 15.08.2022, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 14.07.2023.

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) verglich in einem Facebook-Post vom 16. November 2021 die Politik der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie mit der Entrechtung der Juden im Nationalsozialismus:

> *„‚Ampel' zeigt ihr totalitäres Gesicht! 3G im öffentlichen Personen(nah)verkehr [...] Am 24. März 1942 hatten die braunen Sozialisten im damaligen ‚Großdeutschen Reich' verfügt, dass Juden keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen dürfen. Heute, nicht einmal 80 Jahre später, kommt die Koalition der bunten Sozialisten auf eine ähnliche Idee. Jetzt sind die ‚Ungeimpften' fällig. Damals wie heute geschah und geschieht das alles natürlich nur zu ‚unserem' Besten. Damals wie heute wurde und wird eine bestimmte Bevölkerungsgruppe stigmatisiert, öffentlich beschimpft und entrechtet. Wenn diese faschistoiden Pläne der ‚Ampel' umgesetzt werden, ist die Büchse der Pandora endgültig geöffnet. Dann haben die Buntsozialisten einem Teil der Bevölkerung offiziell den Krieg erklärt."*[1858]

Lindemann setzt hier Diskriminierungs-, Entrechtungs- und Verfolgungsmaßnahmen der NS-Diktatur, die eine Vorstufe von Deportation und Mord bildeten, mit den Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie gleich, auch indem er sie als *„faschistoide Pläne"* geißelt. Dies stellt eine Banalisierung und Verharmlosung der im Völkermord gipfelnden Judenverfolgung durch das NS-Regime und des zugrundeliegenden staatlich propagierten Antisemitismus dar.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie unterstellte der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Prantl am 16. November 2021 regierenden Politikerinnen und Politikern Verstöße gegen den *„Nürnberger Kodex"*:

> *„Nochmal zur Erinnerung!! Der Nürnberger Kodex wurde eingeführt, damit Menschen nie wieder zu medizinischen Behandlungen GEZWUNGEN oder GENÖTIGT werden".*[1859]

Der Nürnberger Kodex wurde als Reaktion auf die durch die Nationalsozialisten begangen, zutiefst menschenverachtenden Experimente, Zwangssterilisierungen und Ermordungen entwickelt. Indem Prantl hierauf unmittelbar Bezug nimmt, deutet er eine

---

[1858] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 16.11.2021, abgerufen am 17.11.2021.
[1859] Prantl, Thomas: Facebook-Eintrag vom 16.11.2021, abgerufen am 16.11.2021.

Gleichsetzung der COVID-19-Schutzimpfung mit eben jenen Verbrechen an der Menschlichkeit an.

Der ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller (BY) verbreitete in einem Redebeitrag auf einer Kundgebung des AfD-Kreisverbands Würzburg (BY) am 12. November 2022 in Würzburg (BY) geschichtsverfälschende Narrative, die die Entlastung des NS-Regimes zum Gegenstand und Ergebnis haben:

> *„Also, was wir heute haben, die Konfrontation zwischen den USA und Russland, ist eine ganz alte Geschichte, in der wir Deutsche auch schon zweimal unter die Räder gekommen sind. Und dann verstehen jetzt vielleicht auch einige hier, warum wir Deutsche, die wir doch ein patriotisches Verständnis haben, heute seelisch auf der Seite der Russen stehen in diesem großen globalen Konflikt. Weil die Russen inzwischen von den gleichen dunklen Mächten zum Opfer gemacht wurden wie wir in zwei Weltkriegen. Wir wurden zweimal in Weltkriege getrieben, die wir nicht wollten. Und genau so wurden die Russen jetzt sind den Krieg gegen die Ukraine getrieben, den sie auch nicht wollten. Und das ist der historische Zusammenhang. […] Aber es geht noch weiter zurück. […] Die Wolfowitz-Doktrin ist von 1991, als der damalige Verteidigungsminister Wolfowitz genau das schon gesagt hat: es geht jetzt darum, den Zusammenbruch der Sowjetunion dahingehend auszunutzen, die NATO bis an die russische Grenze zu erweitern und im Endeffekt Russland zu zerschlagen. Und damit schlägt sich der Bogen wieder zu dem, was ich am Anfang gesagt habe: Wolfowitz ist ein Wanderer zwischen den Welten, zwischen amerikanischer Regierung und Weltbank, zwischen amerikanischer Regierung und Federal Reserve Bank, das ist diese Privatbank, die den US-Dollar herausgibt. Jetzt sind wir wieder genau bei dem Punkt, dass diese Leute keine Ruhe geben, solange es eigenständige, souveräne Staaten gibt, die außerhalb ihrer Diktatur des US-Dollars Handel treiben wollen. Und da war halt 1914 und 1939 das Deutsche Reich im Weg. 1941 war Japan im Weg. Und 2022 ist Russland im Weg.“*[1860]

Müller behauptet, dass Deutschland von den USA bzw. von *„dunklen Mächten“* in beide Weltkriege getrieben worden sei, ebenso Japan als der Verbündete des Deut-

[1860] Müller, Hansjörg: Redebeitrag vom 12.11.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.11.2022, Kanal: „Hansjörg Müller MdB“, abgerufen am 15.11.2022.

schen Reichs unter Hitler. Die Aussage, dass das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg aktiv nicht angestrebt und auch nicht in eigener Entscheidung zielgerichtet angestrengt habe, widerspricht nicht nur fundamental sämtlichen Ergebnissen weltweit durchgeführter wissenschaftlicher Forschungen, sondern entlastet die damalige Führung Deutschlands ohne Anführung von Belegen von der Verantwortung für dieses Verbrechen, das etwa 60 Millionen Menschen das Leben kostete. Müllers Betonung der „*dunklen Mächte*" hinter dem angeblichen Aggressor USA und seinen finanziellen bzw. machtpolitischen Interessen zielt auf „Juden" als die eigentlichen Hintermänner. Damit greift Müller die NS-Propaganda auf, wonach Juden Deutschland in beide Weltkriege getrieben hätten. Müller führt somit die NS-Propaganda fort und verharmlost das NS-Regime und seine verbrecherischen Ziele und Handlungen.

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber schrieb am 9. August 2022 auf Telegram:

> *„Die 68er-Denkschule und Ihre Agitatoren waren die geistig-reaktionären Nachfolger der Nationalsozialisten. Sie und ihre Post-68er-Nachfolger herrschen in ihrem radikalen Zersetzungswahn gegen die eigene Kultur wie ideologisch vernarbte Nazirichter, die tagtäglich noch nach 75 Jahren die Rache an den eigenen Bürgern planen. [...] Sie, also die Denkschule der heutigen Grünen konnten durch die Institutionen marschieren und mit Hilfe von RAF-Terror, historischer Erpressung und kollektiver Sippenhaft ein traumatisiertes und ängstliches Volk in den Wahnsinn treiben und beherrschen. Die Multikulti-Abschaffung zum einen und fatale Abschaffung alles Deutschen durch die, die bis heute den Hitlerkult für ihren ewige Zwangsneurose konstruieren und den Rassismus gegen die eigenen zelebrieren, wird jeden Tag schlimmer. Wir müssen uns von Clans beherrschen, von den eingewanderten Kulturen aus den kriminellsten Regionen der Erde jeden Tag aufs Neue beglücken lassen und die westdeutsche Stürmerpresse, die den Antisemitismus durch Germanophobie eingetauscht hat, schweigt, relativiert, inszeniert mit ihrer Wortakrobatik eine neue Normalität. Was für eine kalte, ideologisch vernarbte Führungsschicht dieses polit-medialen Systems, die immer im Sinne des kultur- und staatszersetzenden Globalismus denkt aber nie an die eigenen Bürger und diese wie Untertanen behandelt."*[1861]

[1861] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.08.2022, abgerufen am 15.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. d.)

Weber diffamiert hier durch die Anführung des Nationalsozialismus die „*68er-Denkschule*" und ihre „*Post-68er-Nachfolger*", wozu er die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zählt. Diese Gruppe bezeichnet er als die „*geistig-reaktionären Nachfolger der Nationalsozialisten*" und setzt sie mit „*ideologisch vernarbten Nazirichtern*" gleich. Dadurch verharmlost Weber in grober Weise den Nationalsozialismus und seine verbrecherische Dimension.

Mit der Behauptung Webers, es gebe eine „*westdeutsche Stürmerpresse, die den Antisemitismus durch Germanophobie eingetauscht hat*", wird der vulgäre und brachiale Antisemitismus des Hetzblatts Der Stürmer, der einen wesentlichen Teil zur Radikalisierung der antijüdischen Stimmung im Deutschen Reich und der antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes beitrug, mit einer angeblichen „*Germanophobie*", die sich in einem „*Rassismus gegen die eigenen*" äußere, parallelisiert. Der Stürmer stachelte in unverstellter Weise zum Hass gegen Juden auf, verleumdete sie auf das Abstoßendste und schuf den Boden für ihre Diskriminierung, Absonderung, Deportation und Ermordung. Nach Webers Erzählung „*schweige*" und „*relativiere*" die „*westdeutsche Stürmerpresse*", zudem „*inszeniere sie mit ihrer Wortakrobatik*" eine „*neue Normalität*". Weber gibt damit zum Zweck maximaler Diskreditierung Sachverhalte als gleichwertig aus, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Diese Gleichsetzungen stellen eine massive Verharmlosung des ideologischen Kernelements des Nationalsozialismus, des Antisemitismus, dar und bedeuten damit auch eine Beschönigung des NS-Regimes.[1862]

Der AfD-Kreisverband Kleve (NW) veröffentlichte im Juni 2022 einen Beitrag von dem AfD-Mitglied Adolf Frerk, in dem dieser den regierenden Parteien unterstellt, politische Oppositionelle als „*Untermenschen*" zu klassifizieren. Damit bedient er sich eines Begriffs aus dem Sprachgebrauch der Nationalsozialisten, mit dem diese ursprünglich insbesondere Jüdinnen und Juden verunglimpften und zum Feindbild erklärten:

> *„Tradierte Werte wie Fleiß, Ordnung oder Pünktlichkeit gelten inzwischen als überholt. Mit ihnen ließe sich auch ein KZ betreiben, heißt es. […] Alle Verantwortlichen – deren Kreis ist weit anzusetzen – sollten mit ihrem gesamtem privatem Vermögen einschließlich ihrer Versorgungsansprüche für die skandalösen*

[1862] Vgl. hierzu auch Kapitel E. I. 1. d.

> *Verluste der Bürger herangezogen werden. Zu dieser Abrechnung mit den Schuldigen wird es nicht kommen, denn diese Herrschaften haben eine alte Masche neu entdeckt. Wer im Dritten Reich Kritik an den Mächtigen übte, wirkte ‚zersetzend' und wurde aus dem Verkehr gezogen. Manchmal erhielt der ‚Zersetzer' gnadenhalber einen Jagdschein', d. h. er wurde für unzurechnungsfähig erklärt und blieb unbehelligt. […] Kritiker der aktuellen Politklasse wirken ‚delegitimierend', es wird ihnen also unterstellt, dass sie die Demokratie beseitigen wollen. Für solche Untermenschen gibt es keinen Jagdschein, sondern den Staatsschutz. Ihm kommt die Rolle des willigen Helfers gegen missliebige Argumente und unbequeme Parteien zu. So erklären sich die wüsten Attacken des Parteienkartells auf die AfD, die als einzige die Machenschaften der Abwickler Deutschlands zu entlarven sucht."*[1863]

In seinen Ausführungen setzt Frerk die Bundesregierung mit den Nationalsozialisten gleich und relativiert damit die Verbrechen des Nationalsozialismus. Durch die unkommentierte Veröffentlichung des Beitrags machte sich der Kreisverband die Aussagen Frerks zu eigen.

Anlässlich eines Artikels von Apollo News mit dem Titel „AfD-Verbotsantrag – Marco Wanderwitz fordert ‚das totale Auslöschen' der AfD" schrieb Martin Renner (MdB, NW) am 9. Juli 2024 auf Facebook:

> *„Diese Art ‚Musterdemokraten' verteidigen unsere Demokratie mit allen Mitteln und seien diese noch so faschistisch. Schön und wichtig, dass es Euch CDU-Musterdemokraten gibt. Ihr müsst Euch jetzt halt nur noch überlegen, wo ‚das totale Auslöschen' stattfinden soll - in Auschwitz oder in Bergen-Belsen?"*[1864]

Auch hier erfolgt eine relativierende Gleichsetzung von CDU-Politikerinnen und Politikern mit den Nationalsozialisten, indem Renner andeutet, die CDU plane, AfD-Politikerinnen und -Politiker in Konzentrationslagern auszulöschen.

Thomas Dietz (MdB, SN) schrieb anlässlich des 90. Jahrestags der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen von 1933 in einem Facebook-Post vom 10. Mai 2023:

[1863] AfD-Kreisverband Kleve: „Deutschland am selbstgewählten Ende – eine schonungslose Analyse" vom 16.06.2022, in: www.afd-kleve.de, abgerufen am 23.06.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

[1864] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 09.07.2024, abgerufen am 23.09.2024.

> *„Dass ausgerechnet in Deutschland Jahrzehnte nach der Bücherverbrennung Menschen mit ‚falscher' Meinung wieder reihenweise zensiert, schikaniert, entmenschlicht und verhetzt werden, dass Buchhändler wieder Bücher sortieren, um politisch ‚unreine' Bücher aus dem Sortiment zu halten, ist unerträglich. Die Denk- und Verhaltensmuster haben sich leider, anders als erhofft, nur wenig geändert – nur die Erscheinungsformen und vor allem die Lackierung sind andere."*[1865]

Dietz stellt in seinem Vergleich, der faktisch eine Gleichsetzung darstellt, die Zustände der sich im Frühsommer 1933 noch festigenden NS-Diktatur mit denjenigen politischen Zuständen der Bundesrepublik des Jahres 2023 auf eine Stufe und insinuiert gar, in Deutschland werde Zensur praktiziert. Damit wird zum Ersten die bundesdeutsche Demokratie der Jetztzeit auf dieselbe Stufe einer Diktatur herabgewürdigt. Zum Zweiten wird im gleichen Zuge das NS-Regime und sein bereits Anfang 1933 hochgradig repressives, menschenwürdewidriges und nicht zuletzt mörderisches Handeln massiv verharmlost, da es demjenigen des heutigen demokratischen Deutschlands als gleichwertig ausgegeben wird. Zum Dritten usurpiert Dietz für diejenigen, für die er hier vorgibt Partei zu ergreifen, ohne Berechtigung den Opferstatus, was in einer Verhöhnung der tatsächlichen Opfer des Jahrs 1933 resultiert. Und zum Vierten stellt er die heute Handelnden als Wiedergänger der Nationalsozialisten mit anderer *„Lackierung"*[1866] dar, was eine ehrabschneidende Beleidung und Herabwürdigung dieser Personen ebenso darstellt wie zum Fünften erneut eine Verharmlosung der Nationalsozialisten des Jahres 1933 bedeutet.

b. Ablehnung der für die BRD aus dem NS-Regime folgenden rechtlichen, finanziellen und moralischen Verantwortlichkeiten

In ihrer Bewerbungsrede für den Posten als Beisitzerin im Bundesvorstand auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 äußerte Christina Baum (MdB, BW/ST):

> *„Und eine der wichtigsten Aufgaben, vielleicht sogar die allerwichtigste muss sein, unserem Volk wieder ein natürliches Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, einen gesunden Nationalstolz zurückzugeben. Beides wurde unter den*

[1865] Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 10.05.2023, abgerufen am 16.05.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. d. aa.)

[1866] Der Topos der „Lackierung" geht auf die antikommunistische Positionierung der SPD der späten 1920er-Jahre zurück. Damals grenzte sich die SPD vom Totalitarismus der „rotlackierten Faschisten" der KPD (später auch der SED) ab.

> *Trümmern einer jahrzehntelangen Schuldhaftigkeit verschüttet. Und diese Trümmer müssen wir endlich beiseite räumen. Ich träume mit vielen von euch den Traum eines souveränen, freien, selbstbestimmten deutschen Volkes, das seine Geschicke wieder selber in die Hand nimmt.“*[1867]

Baum diagnostiziert, dass in Deutschland aktuell kein *„natürliches Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen“* und kein *„gesunder Nationalstolz“* vorhanden sei. Ebenso wenig sei das deutsche Volk souverän, frei und selbstbestimmt. Grund all dieser angeblichen Mangelerscheinungen sei eine *„jahrzehntelange Schuldhaftigkeit“*. Baum fordert, diese *„Schuldhaftigkeit“* zu beseitigen, um das von ihr angestrebte *„natürliche Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen“*, *„gesunden Nationalstolz“* sowie Souveränität, Freiheit und Selbstbestimmung wiederherzustellen. Diese Ausführung Baums ist als an das rechtsextremistische Narrativ des „Schuldkults“[1868] angelehnte Positionierung erkennbar. Hiernach sei die den Deutschen angeblich aufgezwungene Erinnerung an den Nationalsozialismus bzw. die Einforderung der Verantwortungsübernahme ein Instrument der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, Deutschland und das deutsche Volk fortgesetzt unterjochen und finanziell ausbeuten zu können. Wenn Baum von der als zentrales Übel ausgemachten *„Schuldhaftigkeit“* spricht, ist diese als moralische Verantwortungsübernahme des bundesdeutschen Staates und des deutschen Volkes für die Verbrechen des NS-Regimes zu verstehen. Obwohl diese Verantwortungsübernahme in keiner Weise im Widerspruch zu den von Baum angestrebten Zielen steht, vielmehr sogar deren (historische) Voraussetzung war und ist, lehnt Baum die Übernahme dieser Verantwortung ab bzw. fordert ihr Ende. Indem Baum die Berechtigung und Notwendigkeit moralischer, rechtlicher und finanzieller Folgen der Handlungen des NS-Regimes für die Bundesrepublik zurückweist, minimiert sie die unverkennbare Monstrosität dieser Verbrechen. Damit verharmlost sie den Nationalsozialismus und seine kriminelle wie menschenverachtende Natur.

[1867] Baum, Christina: Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.07.2022, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation“, abgerufen am 01.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. a.)

[1868] Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult“, in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“, Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281; BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 831, 836, zur Bewertung des Terminus „Schuldkult“ als antisemitisch und Holocaust-relativierend auch OLG Karlsruhe, Urt. v. 23.06.2021, 6 U 190/20, juris, Rn. 181, als „nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehend“ ferner BGH, Urt. v. 05.10.2023, RiZ (R) 1/23, juris, Rn. 40.

Am 10. und 11. September 2024 führte Fabian Küble (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand, stellvertretender Vorsitzender der JA Sachsen und Listenkandidat zur sächsischen Landtagswahl) auf X unter seinem Pseudonym Fabian Keubel eine Diskussion mit einem anderen Nutzer über die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Der Nutzer kritisierte dabei, in der Neuen Rechten fehle eine *„substanziell kritische Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich“*. Küble entgegnete darauf:

> *„Für die ‚kritische Auseinandersetzung‘ mit dem Uraltkapitel aus Annodazumal haben wir ja die Linken mit ihrem Schuldkult. Eine Rechte braucht das nicht. Weder im positiven noch im negativen Sinne.“*[1869]

Der andere Nutzer erwiderte darauf u. a., die NS-Zeit sei *„kein Uraltkapitel, sondern das Zentrum des geistigen Koordinatensystems im heutigen Deutschland.“* Küble entgegnete:

> *„Das mag vielleicht für Schuldkult-Boomer gelten, die von dieser Episode besessen sind. Für mich als Millenial ist das hingegen alter Kaffee und genau so relevant wie Nero, Atila der Hunnenkönig und die Hottentot.“*[1870]

In einem weiteren Beitrag schrieb Küble:

> *„Die deutsche Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mag ja ganz interessant sein, aber ich hab nichts davon erlebt, nichts davon tangiert mich.*[1871]

Seinem Gesprächspartner warf er eine *„Schuldneurose“* vor.[1872]

Küble bestreitet damit die laut Bundesverfassungsgericht *„für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland […] gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung“*[1873] des Nationalsozialismus und negiert die Dimension und Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen. Er äußert dabei nicht lediglich fehlendes persönliches Interesse, sondern lehnt jede Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ausdrücklich ab, indem er sie etwa als pathologisch diffamiert und mit Besessenheit, Neurose und Krampfhaftigkeit in Verbindung bringt. Die aus dem Nationalso-

---

[1869] Küble, Fabian: Tweet vom 10.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[1870] Ebd.
[1871] Küble, Fabian: Tweets vom 11.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[1872] Ebd.
[1873] BVerfG, Urt. v. 04.11.2009, 1 BvR 2150/08, juris, Rn. 65.

zialismus gezogenen Lehren und die daraus erwachsende Verantwortung sollen demnach für die heutige Politik keinerlei Bedeutung haben. Die wiederholte Verwendung des rechtsextremistischen Begriffs des „Schuldkults" und der „Schuldneurose" als dessen Variation deuten darauf hin, dass Küble die Erinnerungskultur als ein Hindernis für eine durch ihn angestrebte politische Wende ansieht.

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW), Marvin Weber, schrieb am 26. Juli 2022 auf Telegram:

> *„Ich bin fest davon überzeugt dass es den einheimischen Deutschen auf der Seele brennt endlich wieder ohne ewigen Schuldkult Deutsche im eigenen Land sein zu dürfen – und zwar stolz und tugendhaft, ohne sich einer sich diskriminiert fühlenden Minderheit von Diskriminierern und antideutschen Rassisten und eingewanderten Faschisten unterzuordnen. Wir wollen endlich wieder frei von den ewigen Ketten der ewigen Geschichtsinstrumentalisierung der uns ausplündernden Staaten sein. Wir sind die friedlichen Nachkriegsgenerationen und lassen uns nicht mehr entmüdigen, entrechten oder versklaven. […] Eure Nazikeule, die ihr inflationär und geschichtsrelativierend gegenüber uns nutzt ist das Abscheulichste und Erbärmlichste, was ich jemals gehört habe."* [1874]

Weber behauptet, Deutschland werde durch fremde Staaten mittels einer nicht enden wollenden *„Geschichtsinstrumentalisierung"* ausgeplündert, entmündigt, entrechtet und versklavt. Solches versuchten diese Staaten umzusetzen, obwohl es sich heute doch um *„friedliche Nachkriegsgenerationen"* handle. Weber nutzt in seiner Beschreibung den rechtsextremistischen Begriff des „Schuldkults".[1875] Ein solcher „Schuldkult" sei den Deutschen auferlegt worden und halte sie davon ab, sich stolz und tugendhaft zu fühlen und zu verhalten. Im Weiteren beschuldigt er in der Logik der Täter-Opfer-Umkehr die *„fremden Staaten"*, sich unberechtigt an Deutschland zu bereichern und es durch *„Entmündigung, Entrechtung und Versklavung"*, damit durch nicht rechtsstaatliche Mittel, zu beherrschen. In der Pauschalität seiner Behauptungen lehnt Weber die aus dem NS-Regime für die Bundesrepublik folgende rechtliche, finanzielle und moralische Verantwortung in ebenso undifferenzierter wie grober Weise ab. Hiermit

---

[1874] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.07.2022, abgerufen am 26.07.2022.
[1875] Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult", in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe", Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281.

spielt Weber zugleich die verbrecherischen Handlungen des NS-Regimes als geringfügig und keiner Reaktion – beispielsweise im Sinne eines Versuchs der Kompensation – bedürfend herunter. Dies stellt eine Verharmlosung des Nationalsozialismus dar.

Weber äußerte im Rahmen einer Demonstration am 24. Juli 2022 außerdem:

> *„Man rettet und verteilt das Steuergeld im Weltretter-Wahn und der kollektiv-historischen Zwangsneurose an den Rest der Welt und vergisst mit voller Absicht das eigene Volk, die eigenen Deutschen, seine Nächsten. Die Herrschaft der Schlechtesten in Deutschland hilft allen Völkern auf dieser Welt aufopferungsvoll und mit ewigen historischen Schuldkult, überweist gerne Mal 10 Milliarden deutsches Steuergeld nach Indien aus vermeintlichen Klimaschutzgründen und lässt die eigenen Bürger im zerstörten Ahrtal alleine, um wiederum von Indien überteuertes Gas und Öl zu kaufen, welches diese wiederum aus Russland beziehen! Das ist die Idiotenherrschaft in Deutschland in Reinform, meine Damen und Herren.“*[1876]

Weber setzt eine von ihm als außergewöhnlich großzügig dargestellte finanzielle Unterstützung Indiens durch die Bundesrepublik in Kontrast zu einer angeblich systematischen Vernachlässigung Deutschlands durch die Bundesregierung. Als Ursache oder mindestens wesentlichen Faktor hierin macht er einen deutschen „*ewigen historischen Schuldkult*“ und eine „*kollektiv-historische Zwangsneurose*“ aus. Weber nutzt hier den rechtsextremistischen Begriff des „*Schuldkults*“[1877] und führt dessen zentrale Botschaft aus: Die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes und/oder die konkrete Übernahme von Verantwortung durch die Bundesrepublik werde genutzt, um Deutschland auszubeuten. Weber bestreitet damit grundsätzlich, dass die Verantwortungsübernahme durch die Bundesrepublik angesichts der Dimension der NS-Verbrechen moralisch angemessen oder in materieller Hinsicht schlicht rechtlich verpflichtend sein könnte. Dies bedeutet eine Minimierung der verbrecherischen Dimension des Nationalsozialismus und beschönigt die zugrunde liegende menschenfeindliche Ideologie.

[1876] Weber, Marvin: Rede in Paderborn (NW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.07.2022, Kanal: „Marvin Weber“, abgerufen am 27.07.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. b.)
[1877] Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult“, in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“, Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281.

Der Co-AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla äußerte in einem Interview mit Götz Kubitschek und Erik Lehnert für die rechtsextremistische Zeitschrift Sezession am 11. Mai 2023:

> *„Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche. Historische Schuld sollte unser Handeln nicht länger bestimmen. Irgendwann wird der russische Botschafter zu unserer Gedenkfeier kommen. Das ist Teil meiner Arbeit für die beiderseitige Aussöhnung."*[1878]

Diese Aussage steht im Kontext dessen, dass Chrupalla selbst am 9. Mai 2023 anlässlich des Gedenktags des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu Gast in der russischen Botschaft in Berlin war. Chrupalla plädiert vor diesem zeitlichen Hintergrund dafür, dass historische „*Schuld [...] unser Handeln nicht länger bestimmen*" solle. Hiermit bezieht er sich auf die aus dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen resultierenden Konsequenzen für das deutsche Volk. Der vage Begriff „*historische Schuld*" umfasst dabei sowohl die Dimension der unleugbaren individuellen Schuld konkreter Täter wie des Deutschen Reichs im Allgemeinen als auch die Dimension heutiger moralischer, politischer und rechtlicher Verantwortung der Deutschen und der Bundesrepublik im Sinne historischer Kontinuität. Chrupalla stellt den Fortbestand dieser Linie der Verantwortungsübernahme von individuellen und kollektiven Taten zwischen 1933 und 1945 durch den Staat Bundesrepublik Deutschland in Abrede.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) postete am 18. September 2023, beworben mit einem Meme mit dem Text „*Schuld anerkennen, Schuldkult beenden!*" seinen Redetext zum „3. Preußenfest" am 15. September 2023 in Schnellroda (ST) auf seiner Facebook-Seite. Dort sagte er u. a.:

> *„Unser ganzes Deutschland wurde für die Verbrechen einiger weniger Verbrecher mit der Amputation seiner Regionen im Osten bestraft, gut ein Drittel des Territoriums, und geographisch vielleicht ein Rand, aber kulturell alles andere als randständig, sondern bester deutscher Kultur- und Mutterboden. [...] Ein ganzes Volk wurde gestraft für die Verbrechen einer Parteioligarchie, als wäre es selbst durch deren Unrechtsherrschaft allein noch nicht gestraft genug gewesen. [...]*

[1878] Sezession: „9. Mai? Ein Gespräch mit Tino Chrupalla" vom 11. Mai 2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 18.08.2023.

Groß war sicherlich die Schuld, aber gnadenlos auch die Strafe – so gnadenlos, daß die Strafe die Schuld gleich welcher Art bis in den letzten Winkel gesühnt und ausgetilgt hat. Wir können das Büßerhemd ein- für allemal ablegen und erhobenen Hauptes allen Völkern dieser Welt gegenübertreten und all diejenigen munter vor den Kopf stoßen, die unsere deutsche Schuld niemals getilgt wissen wollen, und zwar nicht, weil es ihnen um Gerechtigkeit ginge, sondern im Gegenteil, weil es ihnen einzig und allein darum geht, uns in maßloser Verdammung niederzuhalten – oder schlimmer noch – weil es gebrochene Geister sind, die sich nur noch in der Selbsterniedrigung gefallen. […] Liebe Freunde, unsere Vergangenheit soll uns keine Last mehr sein, sondern eine Lust.“[1879]

Tillschneider betont in Hinblick auf die NS-Zeit zwar mehrfach, dass es eine deutsche Schuld gebe und dass diese „*sicherlich*“ groß sei, jedoch sieht er diese zum einen als getilgt an, zum anderen schreibt er diese ausschließlich der NS-Führungsriege zu. In der Folge plädiert er für ein Ende des „*Schuldkults*“ und dafür, dass diese Vergangenheit Quell von „*Lust*“ werden solle. Tillschneiders Behauptung, ausschließlich die NS-Führungsriege habe Verbrechen begangen und das deutsche Volk sei dem wehrlos ausgesetzt gewesen, widerspricht in eklatanter Weise den seit vielen Jahrzehnten vorgelegten Forschungsergebnissen der internationalen Geschichtswissenschaft. Diese hat festgestellt, dass Hitler und die NS-Führungsriege auch ohne die Ausübung diktatorischen Drucks auf die passive und aktive Zustimmung zum NS-Regime und seiner Ideologie, Mitwirkung an der Etablierung des diktatorisch-totalitärer Verhältnisse und auf die Mittäterschaft weiter Teile des deutschen Volkes an Verbrechen bis hin zum Holocaust bauen und darauf zurückgreifen konnten.[1880] Unabhängig davon ist jedenfalls ab dem Zeitpunkt, zu dem der nationalsozialistische Machtapparat aufgebaut war, eine aktive Teilnahme an den Gräueltaten durch mehr als nur „*einige wenige Verbrecher*“ belegt. Tillschneider entlastet die Deutschen damit in geschichtsrevisionistischer Weise faktenwidrig und pauschal von ihrer Verantwortung für die Wahl Hitlers, für weitgehende Zustimmung zur Etablierung der NS-Diktatur und nicht zuletzt für die Teilhabe an Verbrechen und insbesondere Genoziden. Tillschneider verwendet im Weiteren

[1879] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 29.07.2024.
[1880] Eine klassische Studie, die die freiwillig ablaufende Beteiligung von durchschnittlichen Deutschen am Holocaust belegt, ist: Browning, Christopher: „Ganz normale Männer‘. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die ‚Endlösung‘ in Polen“, Reinbek bei Hamburg 1993.

den rechtsextremistischen Begriff des *„Schuldkults“*,[1881] um eine fortdauernde Verantwortungsübernahme durch die Bundesrepublik und der deutschen Gesellschaft für die von ihm durch Gebietsverluste als getilgt ausgegebene deutsche Schuld zu diffamieren. Dass es sich bei Tillschneiders grundsätzlichem Bekenntnis zur deutschen Schuld um ein bloßes Lippenbekenntnis handelt, zeigt sein Ausspruch, *„unsere Vergangenheit soll uns keine Last mehr sein, sondern eine Lust“*. Wäre die gegenüber anderen Völkern angehäufte deutsche Schuld – wie Tillschneider behauptet – tatsächlich vollständig getilgt, bliebe die Tatsache einer menschenverachtenden Diktatur im Inneren dennoch bestehen. Das Bild der NS-Zeit wäre darum schon angesichts des Leids und Unrechts, das deutsche Staatsbürger durch das NS-Regime erlitten haben, keineswegs positiv oder neutral, sondern unverändert negativ. Keinesfalls könnte die NS-Zeit jedoch als Quelle der *„Lust“* bezeichnet werden. Mit dieser Argumentation legt Tillschneider eine positive Bewertung des Nationalsozialismus – wenn auch abzüglich seiner Verbrechen – nahe.

In diesem Zusammenhang sind auch die folgenden Verwendungen des rechtsextremistischen Begriffs des „Schuldkults“ zu bewerten:

In einem Facebook-Post vom November 2023 bediente sich Tillschneider dann eines Zitats von Bertolt Brecht und instrumentalisierte dessen Verse, um erneut *„den herrschenden Schuldkult zu hinterfragen“:*

> *„Brecht gegen Schuldkult!*
> *Ich hör die Herrn in Downingstreet noch schelten! Weil Ihr´s gelitten, trüget Ihr die Schuld.*
> *Wie dem nun sei: Die Herren schelten selten der Völker unerklärliche Geduld.*
> *Das sind meine Lieblingsverse von Berthold Brecht. Sie stehen in der Kriegsfibel neben einem Hitlerbild und eignen sich hervorragend, um den herrschenden Schuldkult zu hinterfragen.*
> *Die Schuldzuweisung an das deutsche Volk durch die Siegermächte teilt Brecht nicht. Er bezeichnet die Siegermächte eher abfällig als scheltende ‚Herren in Downingstreet‘ und gibt ihre Schuldzuweisung nur im Konjunktiv wieder. Das ‚Wie dem nun sei‘ der dritten Zeile schreibt den Zweifel fest und suspendiert ihn*

[1881] Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult“, in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“, Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281.

zugleich. Denn das Fazit und Faktum, an dem sich jeder, der an der deutschen Schuld zweifelt, festhalten soll, ist der Umstand, daß die Herren in aller Regel zufrieden damit sind, wenn das Volk keinen Widerstand leistet. So leichtfüßig ist noch kein Dichter mit der deutschen Vergangenheit umgegangen."[1882]

Zudem negierte Tillschneider in einer Gedenkrede vom 20. November 2023 abermals die Beteiligung von Soldaten an NS-Massenverbrechen und projizierte diese Taten lediglich auf eine *„verschwindend geringe"* Anzahl von Personen:

> *„Nur ein verschwindend geringer Teil der Wehrmachtssoldaten [hat] Verbrechen verübt. Unsere Urgroßväter und unsere Großväter waren keine Verbrecher!"*[1883]

Tillschneider nimmt hier die seit Jahrzehnten von Rechtsextremisten so oder so ähnlich formulierte Aussage „Opa war Soldat – kein Verbrecher" auf. Indem die systemische Rolle der Wehrmacht und die Ebene individueller Schuld vermischt werden, findet eine Exkulpierung nicht nur praktisch aller Wehrmachtssoldaten, sondern auch der Wehrmacht als Organisation statt. Tillschneider bestreitet also faktisch, dass, zum Ersten, die Wehrmacht im Osten einen Vernichtungskrieg führte, der in seiner Gesamtheit ein Kriegs- und Menschheitsverbrechen darstellt. Zum Zweiten verneint er, dass die Wehrmacht wesentlich an der organisatorisch-logistischen und auch unmittelbaren Durchführung des Holocaust, etwa durch Erschießungen, beteiligt und eng eingebunden war. Und zum Dritten behauptet Tillschneider wider jede wissenschaftliche Evidenz, dass lediglich *„ein verschwindend geringer Teil der Wehrmachtssoldaten"* Verbrechen begangen habe. Tillschneider bringt hiermit die geschichtsrevisionistische Argumentationsfigur der „sauberen Wehrmacht" vor, die die Beteiligung oder (aus)führende Rolle der Wehrmacht an verschiedenen Verbrechen – vom Angriffskrieg über die auf Vernichtung ausgerichtete Kriegsführung bis zur Mittäterschaft am Holocaust – in Abrede stellt und die Zahl derjenigen, die sich tatsächlich schuldig gemacht haben, kontrafaktisch minimiert.

Am 10. Mai 2024 veröffentlichte das Freilich-Magazin einen Kommentar von Hans-Thomas Tillschneider zum Jahrestag des Endes des Zeiten Weltkriegs am 8. Mai 1945.

[1882] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 09.11.2023, abgerufen am 10.11.2023.
[1883] Tillschneider, Hans-Thomas: Rede vom 20.11.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.11.2023, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider", abgerufen am 22.11.2023.

Darin äußerte sich Tillschneider ähnlich über die Wehrmacht:

> *„Für die deutsche Armee freilich war der 8. Mai eine Niederlage. Jeder Soldat will den Krieg, in dem er kämpft, gewinnen. Die Politik interessiert ihn nicht. Er ist ein Arbeiter im Kriegshandwerk. Er trifft keine Entscheidungen, er empfängt Befehle. Wird er missbraucht, trifft ihn keine oder nur eine sehr reduzierte und spezielle Verantwortung. Die durch das Hitlerregime missbrauchte Wehrmacht war am 8. Mai besiegt worden. […] Der 8. Mai: Tag der militärischen Niederlage."*[1884]

Über die Nachkriegsentwicklung Deutschlands ab dem 8. Mai 1945 führte Tillschneider zudem aus:

> *„Deutschland wurde von der Hitlermacht befreit, um es unter die Herrschaft der Besatzer zu stellen. Und in den ersten Monaten war auch diese Besatzung Unrecht, denn wie will man die zahlreichen Verbrechen der Besatzungstruppen von den Rheinwiesenlagern bis zu den Vergewaltigungen im Osten anders bezeichnen? […] Der 8. Mai: Tag der Besatzung und Teilung Deutschlands.*
> *Die Teilung endete 1990. aber noch stehen 38.000 amerikanische Soldaten auf dem deutschen Boden. […] Ein Gedenken an den 8. Mai sollte deshalb in die Vergewisserung münden, dass es heute darauf ankommt, die Befreiung zu vollenden und echte Souveränität zu erlangen. Das ist das Vermächtnis des 8. Mai."*[1885]

In geschichtsrelativierender Weise nimmt Tillschneider das Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 nicht als positives Ereignis wahr, sondern rückt vielmehr die „*militärische Niederlage*" sowie die „*Besatzung und Teilung Deutschlands*" in den Fokus seiner historischen Betrachtung. Die damalige Besatzung in Deutschland begreift er als „*Unrecht*" und behauptet in faktenwidriger Weise, das diese bis heute fortdauere und es daher notwendig sei, „*die Befreiung zu vollenden und echte Souveränität zu erlangen*". Dies sei letztlich das Vermächtnis des 8. Mai – nicht das historische Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs.

[1884] Freilich: „Die Befreiung vollenden! – Dimensionen des 8. Mai" vom 10.05.2024, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 13.05.2024.
[1885] Ebd.

Auch Christina Baum (zum damaligen Zeitpunkt AfD-Bundesvorstandsmitglied und MdB, BW) monierte im Februar 2024 auf Telegram abermals einen vermeintlichen „*Schuldkult*":

> „*Ich jedenfalls bin KONSERVATIV Weil es RECHT und RICHTIG ist.*
> *…weil ich WERTE in mir trage, die mir von meinen Großeltern und Eltern mit auf den Lebensweg gegeben wurden und die ich verinnerlicht habe.*
> *Dies fehlt dem linken und woken Teil unserer Gesellschaft, die einer Ersatzideologie hinterherlaufen weil sie mit sich selbst nicht im Reinen sind.*
> *Weil ihnen der Schuldkult Identität und Nationalstolz genommen hat und sie tatsächlich glauben, im Internationalismus mit der Vermischung der Völker könnte ihre Seele Ruhe finden.*
> *Das Gegenteil wird der Fall sein. Diese Entwicklung schadet allen Völkern dieser Erde.*"[1886]

Der AfD-Kreisverband Würzburg (BY) schrieb am 1. September 2022 zu den im Jahr 2022 von Polen erhobenen, auf den Zweiten Weltkrieg zurückgehenden Reparationsforderungen gegen die Bundesrepublik:

> „*Wenn einem über 70 jahre nach einem Krieg einfällt, dass man gerne nochmal über eine Billion an Reparationszahlung hätte, ist das einfach nicht ernst zu nehmen. Hier wird einfach auf die unvergleichliche Dummheit unserer aktuellen Regierung gebaut und darauf gehofft, dass wenn man nur genug fordert, man schon ein paar Milliarden Euro von den Deutschen abgreifen kann.*"[1887]

Ein Facebook-User kommentierte:

> „*Wer hat den den WW2 verursacht? Da is Polen ganz vorne dabei. Theoretisch müssten wir von Pole. Geld verlangen..*"[1888]

Der Kommentar war auch fast zwei Jahre nach Erstellung noch unwidersprochen abrufbar.

Der AfD-Kreisverband Würzburg negiert, dass eine Forderung von Reparationszahlungen im Jahr 2022 rechtens sein könne und suggeriert, dass die Forderung Polens

---

[1886] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 15.02.2024, abgerufen am 28.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1887] AfD Kreisverband Würzburg: Facebook-Eintrag vom 01.09.2022, abgerufen am 06.08.2024.
[1888] Ebd.

unter Ausnutzung der Regierung Deutschlands aus Gier erhoben würde („*abgreifen*“) – und nicht, weil dahinter Schäden stehen könnten, deren legitime Kompensation bislang nicht erfolgt ist. Damit wird die Forderung Polens – ohne dass beispielsweise eine Abwägung unterschiedlicher Rechtsauffassungen über die völkerrechtliche Abgeschlossenheit von Reparationszahlungen der Bundesrepublik vorgenommen wird – pauschal als unberechtigt dargestellt. Polen werden zudem undifferenziert niedrige Beweggründe attestiert und damit wird ohne Benennung der vom Deutschen Reich zu verantwortenden, planmäßig ausgeführten enormen Verheerungen eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen. Dies stellt eine Verharmlosung der Verbrechen dar, die das NS-Regime gegen Polen und auf besetztem polnischem Territorium begangen hat.

Zudem lässt der AfD-Kreisverband einen Kommentar unwidersprochen stehen, der Polen als wesentlichen Mitverursacher des Zweiten Weltkriegs bezeichnet und die im Referenz-Post vorgenommene Täter-Opfer-Umkehr noch steigert, indem die Forderung erhoben wird, Deutschland solle von Polen Reparationen fordern. Die Behauptung, Polen trage Verantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, widerspricht sämtlichen Ergebnissen geschichts- und politikwissenschaftlicher Forschungen der vergangenen Jahrzehnte und entlastet das nationalsozialistische Deutsche Reich ohne jeden Beleg von einem seiner größten Verbrechen.

Der damalige stellvertretende Bundesschatzmeister und Bundestagsabgeordnete Harald Weyel veröffentlichte am 1. September 2023 einen Facebook-Beitrag mit folgendem Inhalt:

> *„Eh bien, zurück im ehemaligen ‚Reichsgebiet‘…*
> *PS: Ob nun Rückkehrversuche über Gottard Tunnel oder Paß: Überall schaffen es dilettierende ‚gewerbliche Verkehrsteilnehmer‘ ihre Fahrzeuge trocken zu fahren oder ihre Anhänger umzukippen!*
> *PPS: So schon auf der Hinfahrt ein poln. Kleinlaster. Dergleichen sollte doch sofort in allfällige neue #Reparationsverhandlungen einbezogen werden, oder?!!! ;))“*[1889]

[1889] Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 01.09.2023, abgerufen am 18.10.2023.

Auch hier zeigt sich erneut die dargestellte Täter-Opfer-Umkehr, indem Weyel sich belustigend über die Forderung Polens nach Reparationsleistungen äußert und alltägliche Verkehrsunglücke als Position in etwaige Reparationsverhandlungen miteinbezogen wissen will.

Die WELT berichtete am 29. Juli 2024 in einem Artikel davon, dass Alice Weidel (Co-Bundessprecherin und MdB, BW) der Zeitschrift Der Eckart ein Interview gegeben habe, in dem sie die nach 1945 gezogenen völkerrechtlich anerkannten Grenzen infrage stellte. So weigerte sich Weidel der WELT zufolge, den polnischen Namen des Heimatorts ihrer vertriebenen Familie zu nutzen. Sie selbst wird aus dem Interview mit folgenden Worten zitiert:

> *„Weidel ist ein oberschlesischer Name, meine Familie väterlicherseits kommt aus Leobschütz. Ich habe mich immer geweigert, nachzuschauen, wie der polnische Name der Stadt lautet, und diese Stadt umzubenennen.‘“*[1890]

Weidels Bekundung, den polnischen Namen ihres Heimatortes nicht nur nicht zu kennen, sondern ausdrücklich auch nicht kennen zu wollen, lässt eine innere Distanz gegenüber der im Zuge der europäischen Nachkriegsordnung vorgenommenen deutsch-polnischen Grenzziehung erkennen.

c. Nationalsozialistisch geprägter Sprachgebrauch

Am 30. März 2022 trat Björn Höcke (Landessprecher und MdL TH) auf einer Kundgebung der AfD Brandenburg in Elsterwerda (BB) als Redner auf. In seiner Rede sprach er über die Zugewinne globaler Konzerne während der COVID-19-Pandemie, wobei er den Begriff *„Volksschädigung“* verwendete. Höcke sagte:

> *„Dem kleinen Mann wird genommen. Und den Superreichen wird gegeben. Es geht darum, das Geld aus euren Taschen rauszuholen und denen zu geben, die schon mehr als genug haben. Dieser Politikansatz wird von jeder dieser Altparteien genau so gewollt. Und genauso umgesetzt. Er ist schändlich, er ist verwerflich, er ist volksschädlich und Volksschädigung muss endlich enden, liebe Freunde.“*[1891]

[1890] WELT: „‚Weidel stellt die nach 1945 gezogenen Grenzen infrage‘“ vom 29.07.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 01.08.2024.
[1891] Höcke, Björn: Redebeitrag am 30.03.2022 in Elsterwerda (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 30.03.2022.

Höcke nutzt hier mit „*volksschädlich*“ und „*Volksschädigung*“ wiederholt eine grammatikalische Abwandlung des Worts „Volksschädling“. Bei dem Begriff „Volksschädling“ handelt es sich um einen Rechtsterminus des Nationalsozialismus („Verordnung gegen Volksschädlinge“ vom 5. September 1939).[1892] Auf dieser Grundlage wurde in der NS-Zeit bei Plünderungen – dem in der Verordnung angeführten Tatbestand, der dem von Höcke beklagten angeblichen heutigen Zustand am nächsten kommt – die Todesstrafe verhängt. Indem Höcke ohne Scheu wiederholt einen Terminus nutzt, der zum einen als typisch nationalsozialistischer Sprachgebrauch erkennbar ist und zum anderen nationalsozialistische Ideologie beinhaltet, zeigt er eine entsprechende Nähe und Zustimmung zu diesem Gedankengut auf.

Höcke war bereits in der Vergangenheit mehrfach durch die Verwendung nationalsozialistisch geprägter Begrifflichkeiten aufgefallen:

Im Mai 2023 wurde gegen Höcke durch die Staatsanwaltschaft Halle (ST) wegen des öffentlichen Verwendens von Kennzeichen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation Anklage erhoben. Das Landgericht Halle sprach Höcke nach Abschluss des Verfahrens im Mai 2024 schuldig.[1893] Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Höcke hatte knapp zwei Jahre zuvor am 21. Mai 2021 auf einer Wahlkampfveranstaltung die verbotene Losung der Sturmabteilung (SA) der NSDAP „*Alles für Deutschland!*" verwendet, wobei er – als studierter und nicht zuletzt in der deutschen Zeitgeschichte bewanderter Geschichtslehrer – nach der Einschätzung der Staatsanwaltschaft um Herkunft und Bedeutung dieser Formel gewusst haben soll.[1894]

In einem weiteren Verfahren wurde Höcke erneut am 1. Juli 2024 wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen schuldig gesprochen.[1895] Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Verurteilung Höckes liegt zugrunde, dass dieser auf einem Bürgerstammtisch des AfD-Stadtverbands Gera (TH) am 12. Dezember 2023 – also bereits nach Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft Halle

---

[1892] RGBl. I (1939), S. 1679.
[1893] MDR: „‚Sie sind ein Mann, der weiß, was er sagt‘: Höcke wegen NS-Spruch verurteilt“ vom 15.05.2024, in: www.mdr.de, abgerufen am 30.08.2024.
[1894] Staatsanwaltschaft Halle: Pressemitteilung 2/2023 vom 05.06.2023, abgerufen am 03.09.2023.
[1895] MDR: „Höcke zu Geldstrafe verurteilt: Verteidiger legen erneut Revision ein“ vom 03.07.2024, in: www.mdr.de, abgerufen am 30.08.2024.

(ST) – die verbotene Losung der Sturmabteilung (SA) der NSDAP „Alles für Deutschland“ mit den Worten *„Alles für…“* begonnen und sodann das Publikum mit Gesten aufgefordert hatte, die Losung mit dem Wort *„Deutschland“* zu beenden.

Der AfD-Bundesvorstand äußerte sich im Nachgang nicht zu den Verurteilungen Höckes. Im Rahmen einer Rede am 17. Mai 2024 in Aalen (BW) verharmloste die Co-Bundessprecherin Alice Weidel den Ausspruch Höckes jedoch und zog ihn ins Lächerliche, indem sie äußerte:

> *„Aber ich muss eins sagen: ich glaube, dass der Björn Höcke gar nicht ‚Alles für Deutschland‘ gesagt hat, sondern ‚Alice für Deutschland‘. Da wäre eigentlich alles völlig… [Applaus] [Weidel lacht]. Und daran hatten sie jetzt wahrscheinlich gar nicht gedacht. Mensch, so, jetzt ist das ganze Ding durch. Aber das ist schon unglaublich albern, was hier in diesem Land eigentlich gerade so zugeht. Ich möchte gerne mal eine Liste haben der Sätze, die man noch sagen darf. […] Dementsprechend ist das ganze natürlich extrem albern, was hier passiert. Aber dummerweise eben auch sehr gefährlich weil ja hier die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird.“*[1896]

In einem Interview mit der WELT vom 26. August 2024 äußerte Weidel im Hinblick auf Höcke außerdem:

> *„Wenn es etwas zu kritisieren gibt, dann machen wir das intern. Außerdem hat sich Höcke auch geändert. Das sehr provokante Element hat sich bei ihm abgeschwächt. Er macht einen hervorragenden Job in Thüringen. Die Strafprozesse finde ich lächerlich und fragwürdig.“*[1897]

Mit beiden Äußerungen bringt Weidel aufgrund ihrer Eigenschaft als Co-Bundessprecherin und -Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion zum Ausdruck, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Äußerungen Höckes von Seiten der Gesamtpartei nicht erfolgt. Indem sie sagt, das Ganze sei *„albern“* bzw. *„lächerlich“*, unterlässt sie nicht nur jegliche Distanzierung, sondern belustigt sich über die Verwendung nationalsozialistischen Sprachgebrauchs. In Anbetracht der vor dem zweiten Zitat erfolgten zwischenzeitlichen Verurteilung wird offenkundig, dass die gerichtliche Entscheidung

---

[1896] Weidel, Alice: Rede am 17.05.2024 in Aalen (BW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.05.2024, Kanal: „AfD Ostalb“, abgerufen am 02.09.2024.
[1897] WELTplus: „Für eine Mäßigung gibt es überhaupt keine Veranlassung‘“ vom 26.08.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 03.09.2024.

nicht respektiert wird und nicht einmal als Reaktion auf diese eine kritische Reflexion zur Verwendung der Parole erfolgt.

Am 13. September 2024 veröffentlichte der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) auf Facebook ein Video seines Formats „5 Fragen – 5 Antworten", in welchem er regelmäßig mit seiner Mitarbeiterin Alexandra Kloß (politische Referentin der AfD im thüringischen Landtag) über aktuelle Themen diskutiert. Im Verlauf des Videos trat Götz Frömming (zum damaligen Zeitpunkt MdB und parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, BR)[1898] spontan hinzu, woraufhin Brandner einwarf:

> *„Jetzt ist natürlich das wache Auge – Götz Frömming ist ja zuständig für Social Media in unserer Fraktion. […] Da können wir uns jetzt hier keinen Fauxpas erlauben, ne?"*[1899]

Frömming reagierte daraufhin mit folgenden Äußerungen:

> *„Ich hoffe, ihr habt nichts Falsches gesagt. […] Alles für Brandenburg? Darf man das sagen eigentlich, Stephan?"*[1900]

Alexandra Kloß warf ein: *„Das geht!"*, während Brandner entgegnete: *„Ja, alles von Brandner und alles für Brandenburg!"*

Frömming antwortete zuletzt:

> *„Alles für Brandner, alles von Brandenburg und für Brandenburg! Ich wünsche noch viel Erfolg!"*[1901]

Auch hier erfolgt seitens der Beteiligten weder eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Gerichtsurteil, noch eine Distanzierung von den Äußerungen Höckes.

[1898] Götz Frömming war von September 2017 bis Februar 2025 zunächst über die Berliner Landesliste im Deutschen Bundestag vertreten. Bei der Bundestagswahl 2025 errang Frömming dann in Brandenburg das Direktmandat des Wahlkreises Ostprignitz-Ruppin.
[1899] Brandner, Stephan: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 13.09.2024, Kanal: „Stephan Brandner, MdB", abgerufen am 16.09.2024.
[1900] Frömming, Götz: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 13.09.2024, Kanal: „Stephan Brandner, MdB", abgerufen am 16.09.2024.
[1901] Ebd.

d. Zwischenfazit

Die angeführten Äußerungen von AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten der Bundesebene bis zur Kommunalebene zeigen unterschiedliche Aspekte der Positionierung gegenüber dem Nationalsozialismus auf. Eine ausdrückliche, aktive Befürwortung, Rechtfertigung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus ist nicht festzustellen. Es finden sich jedoch mehrere Schattierungen der Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Verbrechen sowie die Negation fortdauernder Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs. Bei den meisten Belegen handelt es sich um originäre Äußerungen der entsprechenden Personen und nicht um Zustimmungen zu bzw. ein Zu-eigen-Machen von Äußerungen Dritter, beispielsweise durch Weiterleiten oder Teilen fremder Social-Media-Postings.

Inhaltlich wendet sich der Großteil der Äußerungen dagegen, dass die Bundesrepublik und das deutsche Volk moralische, rechtliche und finanzielle Verantwortung für das Agieren des NS-Staates übernehmen. Eine solche – zu großen Teilen völkerrechtlich bindende – Verantwortungsübernahme wird pauschal zurückgewiesen und die NS-Verbrechen werden als Marginalie abgewertet. Zumeist geht dies mit der Verwendung des rechtsextremistischen Signalworts „Schuldkult“ und Argumenten einher, die als Täter-Opfer-Umkehr zu beschreiben sind.

Der Nationalsozialismus wird zudem verharmlost, indem das Deutsche Reich von der Verantwortung für den Beginn des Zweiten Weltkriegs und damit von gezieltem verbrecherischem Handeln faktenwidrig entlastet und andere Staaten der Kriegstreiberei beschuldigt werden. Darüber hinaus werden Gleichsetzungen vorgenommen, die im Ergebnis die verbrecherische Dimension des NS-Regimes beschönigen. In einem Fall wird ein als nationalsozialistisch erkennbarer Sprachgebrauch adaptiert und der damit verbundene ideologische Gehalt in zustimmender Weise weitergetragen.

Die festgestellten Äußerungen zum Thema Nationalsozialismus sind von Pauschalität geprägt. Differenzierungen oder nachträgliche, korrigierende Einschränkungen absolut formulierter eigener Aussagen finden ebenso wenig statt, wie dass nationalsozialistisches Unrecht und Verbrechen konkret eingeräumt würden. Der Nationalsozialismus wird sowohl gezielt entlastet als auch als Nebeneffekt offenkundig anderweitiger politischer Absichten bagatellisiert. Unabhängig von den primären Absichten handelt es sich in allen Fällen um Positionierungen, die keinen Wert auf Distanz zum Nationalsozialismus legen.

Auch wenn die angeführten Belege alle Parteiebenen umfassen und mit den Äußerungen von Tino Chrupalla und Alice Weidel auch Belege beider Co-Bundessprecher/Co-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag enthalten, sind bereits rein mengenmäßig nicht derart viele Feststellungen vorhanden, dass angesichts der Größe der Partei von einer Verdichtung zur Gewissheit gesprochen werden kann. Das Ergebnis fügt sich insofern auch in die charakteristischen Narrative der Neuen Rechten ein, da diese per definitionem vorgibt, eine Abgrenzung vom historischen Nationalsozialismus vorzunehmen. Verherrlichende Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus stellen daher kein zentrales Agitationsfeld der AfD dar.

Die angeführten Äußerungen knüpfen jedoch thematisch an das Folgegutachten zur AfD aus dem Jahr 2021 an, in dem bereits im Duktus ähnliche Verharmlosungen – wie sie besonders bildlich in der Verwendung des Begriffs „Schuldkult" zum Ausdruck kommen – festgestellt wurden. Auch der Umgang mit der Verurteilung Björn Höckes wegen der Verwendung einer Parole der SA zeigt zumindest, dass eine kritische Auseinandersetzung mit sprachlichen Anleihen beim Nationalsozialismus nicht stattfindet und sogar von der Co-Bundessprecherin und Co-Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Alice Weidel in diesem Fall kategorisch abgelehnt wird. Von daher ist im Ergebnis keine Verdichtung zur Gewissheit, wohl aber eine Aufrechterhaltung der Verdachtsmomente festzustellen.

II. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum

Schließlich kann sich ebenfalls aus dem fortgesetzten Bestehen von strukturierten Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben. Bereits im Vorfeld der Verdachtsfalleinstufung waren entsprechende Verbindungen festgestellt worden. Ferner wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 403 ff., verwiesen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass die fortbestehenden Verbindungen der JA als Teilorganisation der AfD zu als verfassungsfeindlich eingestuften Bestrebungen die Annahme einer Verdichtung der Verdachtsmomente für das Vorliegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen der JA rechtfertigen. Demnach reicht der Kontakt zu entsprechenden Gruppierungen zwar allein nicht für eine Einstufung als gesichert rechtsextremistisch aus, wohl aber führt die Quantität und Qualität der Verbindungen bei einer Gesamtschau zur Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte. Ein relevanter Faktor ist auch die Bedeutsamkeit der Äußerungen, die sich daraus ergeben kann, dass diese von unterschiedlichen, auch führenden, Personen sowie Untergliederungen getätigt wurden. Um fehlende Distanzierungen von extremistischen Einzelpersonen oder Gruppierungen und langfristige Kontinuitäten klarer aufzeigen zu können, werden in diesem Kapitel an einigen Stellen auch ältere Beispiele für Verbindungen aufgeführt, die aber lediglich zur Kontextualisierung der relevanten neueren Belege dienen.

Von herausgehobener Relevanz sind in diesem Zusammenhang die strukturellen und ausgeprägten Verbindungen der AfD und ihrer Mitglieder zu den extremistischen Teilen der Neuen Rechten.

Ungeachtet dessen sind im Beobachtungszeitraum abermals auch einzelne Verbindungen der AfD zu rechtsextremistischen Parteien sowie der Reichsbürgerszene festgestellt worden. Beispielhaft für die Verbindungen in das rechtsextremistische Umfeld außerhalb der Neuen Rechten sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

Das Mitglied des Bundesvorstands Alexander Jungbluth (MdEP, RP) veröffentlichte auf X in Reaktion auf das behördliche Vorgehen gegen eine Kampfsportveranstaltung des III. Wegs die Aussage:

> *„Rechte die Kampfsport machen beschützen Frauen und Töchter. [...] #Hachenburg #Fassfabrik“.*[1902]

Die Tatsache, dass die Veranstaltung von der neonazistischen Partei Der III. Weg durchgeführt wurde, ist durch Medienberichte weitgehend veröffentlicht worden.[1903] Daher kann nicht davon ausgegangen werden, dass Jungbluth sich allenfalls positiv zu dem Kampfsport-Event, jedoch ambivalent zu dem Veranstalter positioniert.

Die Fassfabrik in Hachenburg (RP), wo die Veranstaltung stattfand, wurde auch von Seiten der AfD bereits mehrfach als Veranstaltungsort verwendet.[1904]

Die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann (BR) wurde am 7. Dezember 2022 im Rahmen einer bundesweiten Razzia bei Mitgliedern der Reichsbürger-Szene vorläufig festgenommen und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Der Gruppe um Prinz Reuß wird vorgeworfen, einen teilweise auch mit Waffengewalt geplanten Umsturz vorbereitet zu haben.[1905] Konkret lautet der Vorwurf des Generalbundesanwalts gegen Malsack-Winkemann, *„sich seit Ende des Jahres 2021 mitgliedschaftlich in einer Vereinigung gemäß § 129 Abs. 2 StGB beteiligt zu haben, deren Zwecke oder Tätigkeiten auf die Begehung von Mord (§ 211 StGB) und Totschlag (§ 212 StGB) gerichtet sind, und durch dieselbe Handlung ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen gegen den Bund vorbereitet zu haben.“*[1906]

Im Rahmen der Ermittlungen wurde bekannt, dass Malsack-Winkemann im September 2022 zwei ihrer Mitbeschuldigten durch das Reichstagsgebäude geführt habe, zu dem sie als ehemalige Bundestagsabgeordnete noch ungehinderten Zugang hatte.

[1902] Jungbluth, Alexander: Tweet vom 07.10.2024, abgerufen am 07.10.2024.
[1903] ZEIT: „Großrazzia bei mutmaßlich rechtsextremem Treffen im Westerwald“ vom 06.10.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[1904] taz: „Wo die AfD den III. Weg trifft" vom 24.10.2024, in: www.taz.de, abgerufen am 30.10.2024.
[1905] Tagesspiegel: „‚Reichsbürger'-Szene stark gewachsen: 19 Personen nach bundesweiter Razzia in U-Haft“ vom 07.12.2022, in: www.tagesspiegel.de, abgerufen am 21.10.2024.
[1906] Der Generalbundesanwalt: Anordnung der Untersuchungshaft gegen die Beschuldigte Birgit Malsack-Winkemann vom 28.11.2022, Az. 2 BJs 274/22-5.

Ebenfalls soll sie zu einem späteren Zeitpunkt einen Mitbeschuldigten durch das Regierungsviertel geführt haben, wo dieser Videoaufnahmen von Regierungsgebäuden und unterirdischen Zugängen zu diesen sowie vom Inneren des Plenarsaals des Deutschen Bundestags anfertigte. Auch soll sie ihm Informationen über die Sitzordnung in selbigem überlassen haben. Anhand dieser Informationen sollte ein bewaffnetes Eindringen in das Reichstagsgebäude geplant werden. Durch sichergestellte Chatnachrichten wird Malsack-Winkemanns Kenntnis über diese Planungen belegt.[1907]

Malsack-Winkemann, die in der 19. Legislaturperiode von 2017 bis 2021 für die AfD als Abgeordnete im Deutschen Bundestag saß, war zum Zeitpunkt ihrer Festnahme noch Beisitzerin im AfD-Bundesschiedsgericht.[1908]

Der Fokus dieses Kapitels liegt auf den zahlreichen belegten Verbindungen der AfD und ihrer Akteure zur Neuen Rechten. Unter dem Begriff Neue Rechte wird im Folgenden ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen gefasst, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Hierfür werden parlamentarische und außerparlamentarische Bewegungen, metapolitische Theoriebildung und Praxis – also die Einflussnahme auf den vorpolitischen Raum, die den Boden für die erfolgreiche politische Verwirklichung dieser antidemokratischen Positionen bereiten soll – mit Protest- und Demonstrationsinitiativen eng verzahnt. Die Akteure füllen innerhalb dieses Netzwerks unterschiedliche und teils komplementäre Funktionen und Rollen aus, die dem gemeinsamen Ziel einer „Kulturrevolution von rechts" dienen sollen und sich jeweils an unterschiedliche Zielgruppen richten. Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben sich in unterschiedlicher Ausprägung in Bezug auf die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes, das Rechtsstaats- und das Demokratieprinzip.

Die Akteure der Neuen Rechten sind untereinander gut vernetzt. Dabei nehmen die einzelnen Gruppierungen und Organisationen planvoll unterschiedliche Funktionen

---

[1907] Ebd.

[1908] AfD: „Bundesschiedsgericht", in: www.afd.de, abgerufen am 21.10.2024 über web.archive.org mit Datum 07.12.2022.

innerhalb dieses Netzwerks wahr und verstehen sich als Strategen, Journalisten bzw. „alternative Medien" oder Aktivisten. Beispielhaft formulierten dies im Jahr 2023 das damalige Mitglied des AfD-Bundesvorstands und des Europäischen Parlaments Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) und die Führungsfigur der deutschsprachigen Identitären Bewegung Martin Sellner in ihren im Verlag Antaios publizierten Büchern.

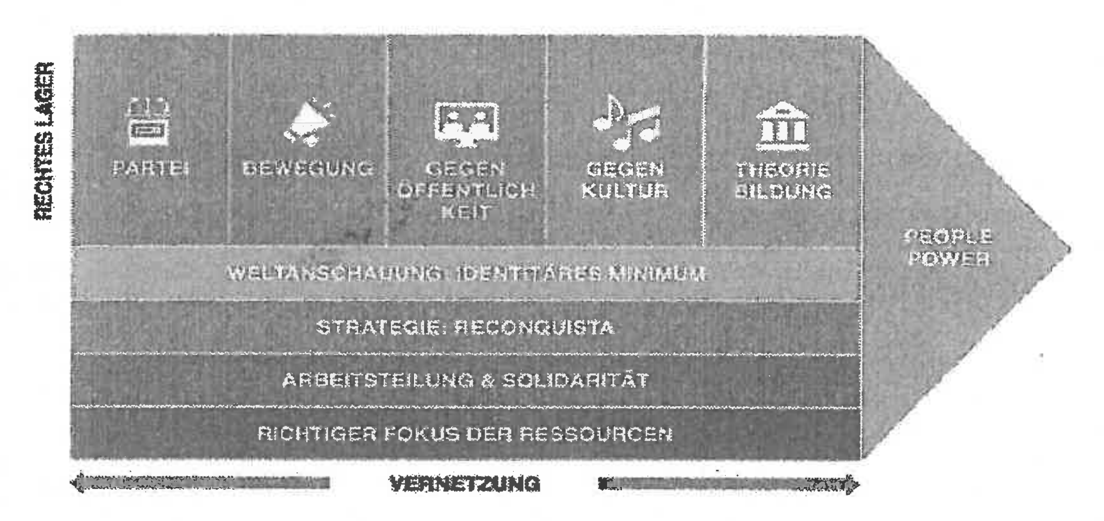
In seinem Buch „Regime Change von rechts. Eine strategische Skizze" definiert Sellner das *„rechte Hauptziel"* als die *„Bewahrung der ethnokulturellen Identität und Substanz"*, wofür eine *„radikale Wende der Identitäts- und Bevölkerungspolitik"* nötig sei, die den *„Bevölkerungsaustausch"* aufhalte.[1909] Weiterhin führt er aus:

> *„Den Kern des rechten Lagers bildet das Bekenntnis zu einem ethnokulturell verstandenen Volk und die Forderung nach dessen Erhalt. Im Kern ist es daher meiner Ansicht nach das ‚identitäre' Lager, da in seinem Zentrum der Erhalt der eigenen Identität steht."*[1910]

An späterer Stelle kommt Sellner dann auf die Konstitution des *„rechten Lagers"* zu sprechen, das sich aus seiner Sicht in fünf unterschiedliche Bereiche aufgliedern lässt:

> *„Wir unterteilen es [Anm.: das rechte Lager] in fünf funktionale organische Bereiche. Alle Bereiche wirken organisch zusammen, was impliziert, daß jeder einzelne unverzichtbar ist. Ich unterscheide im rechten Lager: 1. Die Partei, 2. die Bewegung, 3. die Gegenkultur und 4. Theoriebildung, sowie 5. die Gegenöffentlichkeit. Rufen wir uns hier erneut die strategischen Ebenen ins Gedächtnis. Die Leitstrategie gibt das allgemeine Ziel vor. Aus ihr ergibt sich für jeden Bereich eine eigene Strategie zu ihrer Umsetzung. Fehlt eine Leitstrategie oder ist sie fehlerhaft, kommt es zu Verfallsformen oder Wucherungen dieser ‚funktionalen Organe'."*[1911]

[1909] Sellner, Martin: „Regime Chance von rechts. Eine strategische Skizze", Schnellroda 2023, S. 25.
[1910] Ebd., S. 54.
[1911] Ebd., S. 59 f.



Zur Funktion der Partei führt Sellner aus:

> *„Die Partei ist der effektiv politische Akteur des rechten Lagers. Ihre zentrale Aufgabe ist das Erlangen und Halten von ausreichend parlamentarischer Macht, um das Hauptziel umzusetzen, sprich: den Bevölkerungsaustausch durch eine alternative Politik zu stoppen. […] Eine weitere strategische Aufgabe einer rechten Partei besteht in ihrer einzigartigen metapolitischen Einflußmöglichkeit. Sie kann juristischen Schutz bieten, auf den Repressiven Staatsapparat einwirken und entscheidende Informationen gewinnen. Durch ihre materiellen Ressourcen kann sie auch andere, prekäre Bereiche des rechten Lagers stützen. […] Wie wir später sehen werden, kann die Partei ihr strategisches Ziel nur erreichen, wenn sie mit dem Umfeld zusammenarbeitet und die Bedeutung der Metapolitik anerkennt. Erfüllt die Partei diese Aufgabe nicht, verfällt sie in der Regel in den bewußt- und ziellosen Modus des ‚Parlamentspatriotismus'.“*[1912]

Auch Maximilian Krah beschreibt in seinem Buch „Politik von rechts. Ein Manifest“ das Verhältnis von Partei und Umfeld bzw. – wie er es nennt – von Partei und Peripherie.

[1912] Ebd., S. 60 f.

> *„Aus dem Vorfeld muß eine Peripherie werden, ein soziales Milieu an Menschen, bei denen innere Haltung und äußeres Leben zusammenfinden und die Attraktivität des Äußeren die Überzeugungskraft des Inneren induziert. Gerade in einer Epoche der Formlosigkeit und des Kulturverlustes, in der die üppig geförderte Staatskunst ja doch nur Niedergang und Häßlichkeit zu bieten hat, ist eine eigene rechte Kultur, sind Formen und Regeln, Gemeinschaft statt Masse, kurz: ist Gegenkultur unverzichtbar. Die Rechte muß von einer rein politischen zu einer sozialen Bewegung werden und braucht dazu ‚soft power'. Die politische Rechte muß von den Grünen lernen, daß sie ihre Peripherie zu fördern hat. Nicht der jammernde CDU-Kollege wählt rechts, sondern die Aktivisten in den oft genug verfolgten und verfemten Initiativen. Sie hängen Plakate und sammeln Unterschriften. Sie müssen durch Praktika, Bildungsangebote und schließlich Jobchancen gefördert werden. Die Verzahnung von Partei und Peripherie ist generell der Schlüssel zum Erfolg, angesichts des massiven sozialen wie juristischen Drucks auf die politische Rechte und der Erosion aller Werte, die der Rechten wichtig sind, ist sie für eine rechte Bewegung unerläßlich."*[1913]

Beide Autoren argumentieren in ihren Büchern dahingehend, dass für den Erfolg einer (rechten) Partei die enge Zusammenarbeit mit ihrer Peripherie bzw. ihrem Umfeld ein wichtiger strategischer Baustein sei.

Dass sich diese von den beiden Autoren theoretisch entwickelte Forderung auch in der Praxis durch eine anhaltend enge Verbindung zwischen den Akteuren des Vorfelds und der im politischen bzw. parlamentarischen Raum tätigen AfD aufzeigen lässt, kann anhand der nachfolgend aufgeführten Beispiele belegt werden. Die Grenze zwischen vorpolitischem und politischem Raum verwischt dabei immer stärker, sodass sich die beiden Sphären immer weiter miteinander verbinden. Beispielhaft zeigt das ein Artikel, der am 12. September 2023 auf der Internetseite des Vereins Ein Prozent veröffentlicht wurde.[1914] Unter der Überschrift „Patrioten brauchen Freiraum" werden in dem Beitrag mehrere sogenannte „*Orte des Widerstands*" vorgestellt. Hierzu heißt es:

[1913] Krah, Maximilian: „Politik von rechts. Ein Manifest", Schnellroda 2023, S. 222 f.
[1914] Ein Prozent: „Patrioten brauchen Freiraum", in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

„In einer Gesellschaft, die alles verteufelt, was sich geistig nicht im engen Meinungskorridor des Mainstreams befindet, gar Wirte und Vermieter angreift, die ihre Räume Patrioten zur Verfügung stellen, braucht es eigene Rückzugsorte – oder besser: Orte des Widerstands. In vielen Städten sind solche Projekte bereits entstanden. Oft laufen sie unter dem öffentlichen Radar und sind nur ‚Eingeweihten' bekannt. Doch es gibt auch patriotische Freiräume, die für alle Interessierten offen sind und damit ein Vorbild, ein Leuchtturm sind.“[1915]

Unter den anschließend vorgestellten *„Leuchttürmen“* finden sich mit dem Zentrum Rheinhessen in Mainz und Das Nest in Dortmund auch zwei Örtlichkeiten, die in direktem Zusammenhang mit der AfD stehen. So handelt es sich beim Nest um das Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW). Im Artikel wird die Lokalität wie folgt beschrieben:

„Seit 2022 existiert das Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich im Iggelhorst 23 in Dortmund-Dorstfeld. Es soll für Patrioten in Nordrhein-Westfalen einen sicheren Raum abseits der vielen linksliberalen Strukturen und Denunzianten bieten. ‚Das Nest' soll mehr sein als ein durchschnittliches Alibi-Abgeordnetenbüro – es sieht sich als Veranstaltungsort und Drehscheibe des patriotischen Lagers im Ruhrpott. Es ist ein Ort für Seminare, Podiumsdiskussionen, Buchlesungen und Film- sowie Liederabende. Zugleich dient es als Geschäftsstelle der Jungen Alternative NRW.“[1916]

Helferich selbst erklärt in einem Video zur Eröffnung im August 2022:

„Ich hoffe, dass hier in Nordrhein-Westfalen ja eine kleine patriotische Festung entsteht, wo gesellschaftliches Leben und politisches Leben vereint werden kann. In rund neunzig Quadratmeter, die wir haben, sollen vor allem zukünftig am stabilsten Tresen von ganz Deutschland nette Tresenabende stattfinden. Über dem Tresen herrscht wirklich noch der Geist der Meinungsfreiheit. Hier

[1915] Ebd.
[1916] Ebd.

> *sollen Seminare stattfinden, politischer Austausch, aber natürlich auch ne Anlaufstelle für Bürger, die gerade in diesen Krisenzeiten Anliegen haben und diese an mich als Abgeordneten herantragen können.“*[1917]

Als Beispiel für den genannten *„politischen Austausch“* und die Vernetzungen mit Akteuren der Neuen Rechten kann eine Veranstaltung am 19. Januar 2024 genannt werden, in deren Rahmen der rechtsextremistische Verleger und Publizist Götz Kubitschek zu einem Vortrag in die Räumlichkeiten eingeladen war.[1918]

Auch im Fall des Zentrum Rheinhessen in Mainz (RP) ist die Vernetzung zwischen AfD und politischem Vorfeld sichtbar. In der Beschreibung des Zentrums heißt es im oben genannten Artikel:

> *„Das ‚Zentrum‘ geht auf die Initiative regionaler AfD-Mitglieder und Abgeordneter zurück. Es soll ein ‚Anlaufpunkte für Patrioten und Konservative in Rheinland-Pfalz‘ sein und langfristigste Strukturen schaffen.“*[1919]

Der Sitz des Vereins Zentrum Rheinhessen – Deutsches Kulturerbe in Rheinhessen e. V., der 2018 u. a. vom Vorsitzenden des seit Frühjahr 2023 als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuften Vereins Ein Prozent Philip Stein sowie dem damaligen JA-Bundesvorsitzenden und heutigen rheinland-pfälzischen AfD-Landtagsabgeordneten Damian Lohr gegründet wurde, befand sich in einer Mainzer Immobilie.[1920] In dieser sind außerdem die Wahlkreisbüros des Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier (RP) und des erwähnten Damian Lohr (RP) als auch weiterhin die Landesgeschäftsstelle des AfD-Landesverbands Rheinland-Pfalz und die AfD-Kreisverbände Mainz und Mainz-Bingen untergebracht. Nach öffentlicher Berichterstattung über das Zentrum und die von ihm organisierten Veranstaltungen wurde das Mietverhältnis mit dem Verein seitens des Vermieters gekündigt. Der Auszug erfolgte nach Medienberichten Ende Januar 2024.[1921]

[1917] Helferich, Matthias: „SO war die Eröffnungsfeier!“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.08.2022, Kanal: „Matthias Helferich MdB“, abgerufen am 20.02.2024.
[1918] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 20.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.
[1919] Ein Prozent: „Patrioten brauchen Freiraum“, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[1920] Vereinsregisterauszug zu Zentrum Rheinhessen – Deutsches Kulturerbe in Rheinhessen e. V. (VR 41730 beim AG Mainz) vom 20.02.2024.
[1921] ECHO: „AfD-nahes ‚Zentrum Rheinhessen‘ ist in Mainz ausgezogen“ vom 24.01.2024, in: www.echo-online.de, abgerufen am 19.02.2024.

Das Zentrum diente vor seinem Auszug beispielsweise im Oktober 2023 als Veranstaltungsort einer „alternativen Buchmesse" (s.u.), an der diverse Akteure der Neuen Rechten teilnahmen.

Beide Örtlichkeiten belegen beispielhaft die nun auch in westdeutschen Bundesländern offen zu Tage tretenden engen Verbindungen zwischen der AfD bzw. ihren Funktionärinnen und Funktionären sowie Mitgliedern und Akteuren der Neuen Rechten. Neben diesen Orten, in denen die Vernetzungsbestrebungen kulminieren, sind im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung weitere Verbindungen zu Akteuren der Neuen Rechten feststellbar.

Verschiedene AfD-Politikerinnen und Politiker betonten im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit dem politischen Vorfeld.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) bewarb am 26. Juni 2024 auf X (ehemals Twitter) eine von ihm erstellte „*Kampagnenseite zum Vorfeld*". Dazu schrieb er:

> *„Politik ist der Kampf um die Deutungshoheit. Wer meint, diesen Kampf alleine in den Parlamenten und Talkshows gewinnen zu können, hat schon verloren."*[1922]

Auf seiner im Beitrag verlinkten Internetseite stellt er „10 Thesen zum Vorfeld" vor und erläutert darin dessen Bedeutung für die AfD und die Notwendigkeit gegenseitiger Unterstützung. In diesem Zusammenhang ruft er zur Förderung mehrerer Vorfeldorganisationen aus der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten auf, darunter auch Ein Prozent, der Verlag Antaios und die Zeitschrift Sezession.[1923]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schrieb am 16. September 2024 auf X:

> *„Danke, @tagesschau, dass Sie diese Aussage verbreiten. Sie liegt mir am Herzen. Dass Sie ein unvorteilhaftes Foto verwenden, ist gewiss nur ein Versehen. ‚Wir können nur eine Alternative für Deutschland sein, wenn wir im lebendigen Austausch mit dem Vorfeld sind, einem Austausch unter Gleichranginen wohlgemerkt. Deshalb gelte für Junge Alternative, Compact oder ‚Ein Prozent', für*

[1922] Helferich, Matthias: Tweet vom 26.06.2024, abgerufen am 26.06.2024.
[1923] Helferich, Matthias: „Vorfeld? Fördern!", in: www.matthiashelferich.de, abgerufen am 26.06.2024.

> *Schnellroda, ‚Pegida' oder ‚Zukunft Heimat': ‚Wir distanzieren uns nicht! Wir halten zusammen und wehren uns zusammen!'"*

René Springer (MdB, BB) teilte den Tweet.[1924]

Als Reaktion auf die Nachfrage eines X-Nutzers, warum eine bestimmte Organisation auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD stehe, schrieb Fabian Küble (damaliger stellvertretender Vorsitzender JA SN und Beisitzer im JA-Bundesvorstand) am 1. Juni 2024:

> *„Wieso gibt es überhaupt noch diese Unvereinbarkeitsliste @AfD? Luckistisches Relikt im Jahr 2024. Vollkommen aus der Zeit Gefallen."* [1925]

Daniel Haseloff (AfD-Landesvorstandsmitglied und seit September 2024 zudem MdL TH) antwortete auf diesen Tweet am gleichen Tag:

> *„Das ist die richtige Frage."*[1926]

Die Unvereinbarkeitsliste der AfD wurde am 3. Juni 2024 aktualisiert. In der aktuellsten Fassung ist die islamfeindliche Gruppierung Bürgerbewegung PAX Europa e.V. – Landesverband Bayern nicht mehr aufgeführt.[1927]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) beteiligte sich am 20. Oktober 2024 an der Demonstration anlässlich des zehnjährigen Bestehens von PEGIDA. In seinem dortigen Redebeitrag äußerte er sich wiederholt sympathisierend und unterstützend

> *„Liebe Freunde, PEGIDA war immer die große Schwester von Zukunft Heimat. Und in diesen Jahren zwischen Merkels Grenzöffnung und dem Corona-Regime, da waren Cottbus, aber da war vor allem Dresden ein Leuchtturm, ein Leuchtturm der Freiheit in Deutschland, ein Leuchtturm für alle, denen Heimat, Freiheit und Tradition irgendetwas bedeuten. Und wir wären doch erstickt in diesen Jahren, hätte PEGIDA nicht das Fenster aufgestoßen, hätte PEGIDA das Fenster nicht weit aufgestoßen.*
> *Und die Bundesverdienstkreuze, die ein unwürdiger Bundespräsident unwürdigen Funktionären verteilt, die es nicht verdient haben, hier namentlich genannt*

[1924] Springer, René: Retweet eines Tweets vom 16.09.2024, abgerufen am 24.09.2024.
[1925] Haseloff, Daniel: Antwort auf einen Tweet vom 01.06.2024, abgerufen am 15.07.2024.
[1926] Ebd.
[1927] „Unvereinbarkeitsliste für AfD-Mitgliedschaft Stand 03.06.2024", in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.

zu werden, die landen auf dem Schrottplatz der Geschichte. Aber an PEGIDA wird man sich noch in Jahrzehnten erinnern. An PEGIDA wird man sich in Jahrzehnten erinnern, wenn wir Deutschland aus den Trümmern wieder aufgebaut haben, in die CDU, SPD und Grüne dieses Land geführt haben. Liebe Freunde, ich sagte es, wir wären erstickt ohne die PEGIDA-Demos und ich wäre nicht der Vorsitzende der Landtagsfraktion der AfD im Landtag Brandenburg ohne PEGIDA, Vorsitzender einer Fraktion, die jetzt in der vergangenen Woche erstmals mit einer Sperrminorität in den Landtag einzog und verhindern kann, dass die Verfassung künftig willkürlich geändert wird. Und liebe Freunde, ich sage es hier in Dresden mit Freude und mit vollem Bewusstsein, nirgendwo mehr als in Brandenburg, meine lieben Sachsen, ist PEGIDA Teil des AfD-Wahlerfolgs! [...]
Und unsere historische Aufgabe besteht nicht darin, irgendwelche Regierungsmehrheiten zu haben, sondern Deutschland als Staat der Deutschen zu erhalten und wo er verloren gegangen ist, wiederherzustellen. Nichts weniger ist unsere historische Aufgabe.
Und nur diese Aufgabe kann der Maßstab unseres Handelns und unseres Erfolges sein. Und wenn ich von wir spreche, dann meine ich eben nicht nur die AfD. Ich meine die Bürgerbewegung, ich meine euch von PEGIDA, ich meine den Straßenprotest, ich meine die alternativen Medien und ich meine den vorpolitischen Raum. Wir alle gehören zusammen und nur wenn wir zusammen handeln, dann werden wir unserer historischen Verantwortung gerecht werden.
[...]
Und liebe Freunde, in diesem Sinne, in diesem Sinne Teil des AfD-Erfolgs zu sein, das ist das größte Verdienst von PEGIDA. Und damit, liebe Freunde, habt ihr euch ein bleibendes Denkmal gesetzt.
Ich bin traurig über euren Abschied, aber noch mehr bin ich euch dankbar, denn ihr habt uns Hoffnung gegeben."[1928]

Berndt äußerte außerdem am 25. Oktober 2024 im Podcast „Am Rande der Gesellschaft" über PEGIDA:

[1928] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag auf der Demonstration von PEGIDA am 20.10.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.10.2024, Kanal: „Michael Michael Wittwer 2.0", abgerufen am 21.01.2025.

> *„Ja, das bewegt mich sehr. Mich hat vor allem erst mal bewegt, als ich kam. Der Dritte im Bunde, Musketier war ja immer Wolfgang Taufkirch, der Bayer. [...] Er hat mir gesagt, ab heute wird gekämpft und Wolfgang, wir unterstützen das, wo wir können. Und ansonsten PEGIDA ist etwas, also ich glaube, in dieser Zeit zwischen der Merkels Grenzöffnung und dem Corona-Regime, da hat PEGIDA etwas geleistet, was wir gar nicht genug würdigen können. [...] PEGIDA hat es doch deutlich gemacht mit diesen zehntausenden Demonstranten, die sich schon gegen die Islamisierung des Abendlandes gerichtet haben. [...]*
> *Das war eine ganz große politische und therapeutische Tat von PEGIDA. [...] Wir, also wir in Brandenburg sowieso, mir war das immer bewusst, dass wir als Partei nur ein kleiner Teil sind und wenn wir, wenn wir unser Land retten wollen, dass wir das breite Umdenken brauchen und deswegen Vorfeld, Umfeld, alternative Medien, Metapolitik und sowas und Bürgerbewegung unverzichtbar sind und wir nur ein kleiner Teil sind mit der parlamentarischen Arbeit. Das war uns in Brandenburg immer ziemlich bewusst, das war eigentlich auch Kalbitz glaube ich bewusst. Das war in Brandenburg ziemlich unumstritten. Und wir sagen das, insofern hat schon Lutz Bachmann absolut recht, wenn er sagt, diese Wahlerfolge sind eben auch zum ordentlichen Teil PEGIDA zuzuschreiben, ist gar keine Frage. Wir sind uns dessen bewusst, deswegen werde ich immer mit Hochachtung von den PEGIDA-Leuten sprechen."*[1929]

Die angeführten Aussagen belegen nochmals, dass führende AfD-Mitglieder eine enge Zusammenarbeit zwischen der Partei und dem außerparlamentarischen Vorfeld begrüßen und diese als Basis für den elektoralen und gesellschaftlichen Erfolg der AfD ansehen.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Partei AfD und dem neurechten Vorfeld kann auch anhand gemeinsamer Veranstaltungen beobachtet werden. So fand im Sommer 2024 der durch die AfD Schleswig-Holstein organisierte „Tag des Vorfelds" sowie auf Einladung des rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten Joachim Paul die „Messe des Vorfelds" statt.

[1929] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft", Folge 42; veröffentlicht in: www.youtube.com , Kanal: „Kanal Schnellroda" am 25.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.

Auf einem durch die AfD Schleswig-Holstein zunächst auf Facebook veröffentlichten und in der Woche vor der Veranstaltung wieder gelöschten Flyer[1930] wurden ursprünglich Benedikt Kaiser (neurechter Theoretiker und Publizist), Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW), Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW), Philip Stein (Leiter von Ein Prozent), Oliver Hilburger (Gründer einer neurechten Gewerkschaft) und Michael Scharfmüller (Chefredakteur eines neurechten, österreichischen Verlags) als Teilnehmer für den „Tag des Vorfelds" angekündigt, ebenso wie die Organisationen Ein Prozent, COMPACT (seit Dezember 2021 gesichert rechtsextremistische Bestrebung des BfV), ZUERST![1931] sowie weitere Magazine aus dem neurechten Vorfeld. Die Junge Alternative Schleswig-Holstein veröffentlichte am 18. Juli 2024 sodann einen aktualisierten Flyer[1932], auf dem Beckamp durch den Landtagsabgeordneten Joachim Paul (RP) ersetzt worden war und COMPACT sowie ZUERST! nicht mehr durch Logos vertreten waren. Stattdessen wurde das Identitäre Bewegung (IB)-nahe Antiquariat Zeitenstrom auf dem Flyer aufgeführt.

Durch Social-Media-Beiträge konnte die Teilnahme von Paul, Helferich, Kaiser, Scharfmüller, Hilburger und Stein bestätigt werden.[1933] Seitens der AfD Schleswig-Holstein waren außerdem Volker Schnurrbusch (stellvertretender Landesvorsitzender AfD SH und seit 2025 MdEP) und Kevin Dorow (Beisitzer im Landesvorstand der AfD SH) anwesend und sprachen auf der Veranstaltung.[1934] Anhand von auf der Website Pixelarchiv veröffentlichten Fotos kann ebenfalls die Teilnahme des Landesvorsitzenden Kurt Kleinschmidt (mittlerweile MdB, SH) sowie des stellvertretenden Landesvorsitzenden Julian Flak (beide SH) bestätigt werden.[1935]

Verantwortlich für die Organisation der Veranstaltung war Kevin Dorow, wie durch einen Tweet von Joachim Paul bestätigt wurde, in welchem er Dorow für seine Mühen

[1930] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 16.06.2024, abgerufen am 18.06.2024.
[1931] Das ZUERST-Magazin ist ein rechtsextremistisches Monatsmagazin aus der Verlagsgruppe Lesen und Schenken des Rechtsextremisten Dietmar Munier.
[1932] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Instagram-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 19.07.2024.
[1933] Matthias Helferich: Tweet vom 21.07.2024, abgerufen am 22.07.2024.
[1934] Paul, Joachim: Tweet vom 20.07.2024, abgerufen am 22.07.2024.
[1935] PIXA Pixelarchiv: „20.7.2024 ‚Tag des Vorfelds' in Neumünster", in: www.pixelarchiv.org, abgerufen am 18.10.2024.

dankt.[1936] Während und im Nachgang der Veranstaltung berichtete die AfD Schleswig-Holstein auf Facebook[1937] und auf ihrer Website[1938] von der Veranstaltung.

Joachim Paul (MdL RP) lud am 17. August 2024 zu der Veranstaltung „Messe des Vorfelds" ein[1939], die in den Räumlichkeiten seines Wahlkreisbüros Quartier Kirschstein in Koblenz (RP) stattfand. Unter den Anwesenden befanden sich Vertreter bzw. Akteure aus dem AfD-nahen Umfeld, vorrangig aus dem Medienbereich.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Andreas Lichert (Landessprecher und MdL HE) und Paul Klemm (COMPACT). Als „Akteure" der Veranstaltungen kündige Paul u. a. ein neurechtes Magazin, ein von Mitgliedern der JA organisiertes Frauennetzwerk sowie ein identitäres Medienunternehmen an.[1940]

Der rheinland-pfälzische Landesverband betonte, die „Messe des Vorfelds" sei keine AfD-Fraktionsveranstaltung, sondern eine private Veranstaltung des Joachim Paul. Jedoch hinterlegte Paul in dem Veranstaltungsflyer für Anmeldungen seine Landtags-E-Mail-Adresse und die Veranstaltung wurde auf der Website der AfD Rheinland-Pfalz vorab veröffentlicht.[1941]

1. COMPACT

Die rechtsextremistische Publikation COMPACT. Magazin für Souveränität, deren Beiträge revisionistische, verschwörungstheoretische und fremdenfeindliche Deutungsmuster enthalten, wird durch Vertreterinnen und Vertreter der AfD-Bundesebene positiv bewertet. Die COMPACT-Magazin GmbH, geleitet vom Rechtsextremisten Jürgen Elsässer, setzt sich aus der Monatszeitschrift COMPACT, verschiedenen Sonderausgaben, einer Website und dem YouTube-Kanal COMPACTTV sowie weiteren Accounts in den sozialen Medien zusammen. Zudem werden verschiedene Veranstaltungen organisiert und Kampagnen durchgeführt. COMPACT wird vom

---

[1936] Paul, Joachim: Tweet vom 20.07.2024, abgerufen am 22.07.2024.
[1937] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 20.07.2024, abgerufen am 22.07.2024.
[1938] AfD Schleswig-Holstein: „‚Tag des Vorfelds' ein voller Erfolg!", in: www.afd-sh.de, abgerufen am 26.07.2024.
[1939] Paul, Joachim: Telegram-Beitrag vom 17.07.2024, abgerufen am 29.07.2024.
[1940] Ebd.
[1941] AfD Rheinland-Pfalz: „Veranstaltungsübersicht für die Kalenderwochen 33 bis 35", in: www.alternative-rlp.de, abgerufen am 21.10.2024.

Bundesamt für Verfassungsschutz seit Dezember 2021 als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft.

Am 17. Juli 2024 verbot die Bundesministerin des Innern und für Heimat die COMPACT Magazin GmbH und ihre Teilorganisation CONSPECT FILM GmbH, da sich diese gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten würden.[1942] Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Beschluss vom 14. August 2024 die aufschiebende Wirkung der Klage der COMPACT-Magazin GmbH gegen das Vereinsverbot nach § 80 Abs. 5 S. 1 , Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO wiederhergestellt.[1943] Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Eilrechtsschutzverfahren steht der Berücksichtigung der Verbindungen zwischen der AfD und der COMPACT-Magazin GmbH in diesem Gutachten nicht entgegen. Die anhängige Klage gegen die Bundesrepublik vertreten durch das BMI gegen das Verbot ist von der Einstufung als gesichert rechtsextremistische Bestrebung durch das BfV losgelöst zu betrachten. Während sich das Vereinsverbot nach Art. 9 GG i. V. m. § 14 VereinsG richtet, ist Rechtsgrundlage für die verfassungsschutzrechtliche Einstufung §§ 3 und 4 BVerfSchG. Letztere ist nicht streitgegenständlich im Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht.[1944] Vielmehr stellte das Bundesverwaltungsgericht a. a. O. sogar ausdrücklich fest, dass sich in den Print- und Online-Publikationen der COMPACT Anhaltspunkt für eine Verletzung der Menschenwürde aufgrund eines völkisch-nationalistischen Gesellschaftskonzepts finden.[1945] Zweifel bestanden nur insoweit, ob diese Verletzungen derart prägend sind, dass das Vereinsverbot unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten gerechtfertigt ist,[1946] und damit ausschließlich in Bezug auf die vereinsrechtlichen Verbotsvoraussetzungen.

Das Verbot wurde durch die AfD und die Junge Alternative kritisch kommentiert. Dabei erfolgte – neben dem verfassungsschutzrechtlich nicht relevanten Vorwurf eines

[1942] Bundesanzeiger: „Bekanntmachung eines Vereinsverbots gegen ‚COMPACT-Magazin GmbH' und ihre Teilorganisation ‚CONSPECT FILM GmbH'", in: www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 24.09.2024.
[1943] BVerwG, Beschl. v. 14.8.2024, BVerwG 6 VR 1.24, juris.
[1944] Eine gerichtliche Bestätigung der Einstufung der COMPACT-Magazin GmbH als gesichert rechtsextremistische Bestrebung besteht nicht, da das Unternehmen nicht gegen die Bewertung des BfV vorgegangen ist.
[1945] BVerwG, Beschl. v. 14.08.2024, BVerwG 6 VR 1.24, Rn. 32 ff.
[1946] BVerwG, Beschl. v. 14.08.2024, BVerwG 6 VR 1.24, Rn. 42.

rechtswidrigen Eingriffs in die Pressefreiheit – auch eine generelle Solidarisierung mit der gesichert rechtsextremistischen Publikation und ihren Hauptverantwortlichen.

Beispielhaft sind folgende Aussagen:

Hans-Christoph Berndt (MdL BB sowie Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat AfD BB) vom 16. Juli 2024:

> *„Das Establishment der BRD hält es mit Erich Mielke. Wir halten zu Compact!“*[1947]

Der JA-Bundesverband veröffentlichte ein Bild, in dem nach Art einer Todesanzeige der 16. Juli 2024 als Todestag der *„Pressefreiheit in der BRD“* dargestellt wird. Auf X (ehemals Twitter) wurde dazu durch die JA kommentiert:

> *„Getroffen hat es #compact – gemeint sind wir alle!“*[1948]

Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, BB) schrieb am 16. Juli 2024:

> *„Heute ist es #Compact, morgen vielleicht die #JA und übermorgen?“*[1949]

Franz Schmid (MdL BY und damals zudem JA-Landesvorsitzender sowie JA-Bundesvorstandsmitglied) schrieb am 16. Juli 2024:

> *„Heute Compact und morgen Du! Die Herrschaft des Unrechts wird immer aggressiver. Jetzt verbietet SPD-Bundesinnenministerin Faeser unter Beifall des gesamten Establishments das regierungskritische Magazin Compact. Das ist der schwärzeste Tag der deutschen Nachkriegsgeschichte für die Pressefreiheit. Compact ist tot – die Freiheit tot bedeutet auch Widerstand jetzt erst recht!“*[1950]

Sven Kachelmann (damaliger stellvertretender JA-Bundesvorsitzender) schrieb am 16. Juli 2024:

[1947] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[1948] Junge Alternative: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[1949] Gnauck, Hannes: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[1950] Schmid, Franz: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024.

> *„Das Verbot von @COMPACTMagazin ist erst der Anfang. #Faeser und willfährige Helfer führen einen Vernichtungsauftrag für eine politische Kaste aus, deren Zeit längst abgelaufen ist. Wer ist der nächste? #Compact“*[1951]

Anna Leisten (damalige Vorsitzende der JA Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand) dokumentierte auf X, dass sie sich am 16. Juli 2024 im Laufe des Tages selbst vor der COMPACT-Redaktion in Falkensee aufgehalten habe. Sie veröffentlichte unter anderem ein Foto von Jürgen Elsässer mit geballter Faust und kommentierte in Anspielung auf das Attentat auf Donald Trump:

> *„Egal ob in Amerika oder Falkensee: wir werden weiterkämpfen“.*[1952]

Auch zahlreiche weitere AfD- und JA-Funktionäre thematisierten das COMPACT-Verbot auf ihren Social-Media-Kanälen.[1953] Christina Baum (MdB, BW/ST und ehemaliges Mitglied des AfD-Bundesvorstands) verbreitete auf ihrem Telegram-Kanal am 23. Juli 2024 einen Spendenaufruf für den COMPACT-Chefredakteur Elsässer und seine Frau für *„Rechtskosten und für seine persönliche Unterstützung“.*[1954]

Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) kündigte am 1. August 2024 (und damit nach der Verbotsverfügung und vor dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts über die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage) an, dass Jürgen Elsässer am Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 17./18. August 2024 teilnehmen und ein Grußwort sprechen werde:

[1951] Kachelmann, Sven: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[1952] Leisten, Anna: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[1953] Beispielhaft: Baumann, Jörg: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Braga, Torben: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024. Braun, Jürgen: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Bystron, Petr: Telegram-Beitrag vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Ebner-Steiner, Katrin: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Eckert, David: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Gottschalk, Kay: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; AfD Thüringen: Retweet eines Tweets vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Hohloch, Dennis: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Möller, Stefan: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Protschka, Stephan: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Sichert, Martin: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Springer, René: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Weidel, Alice: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Weiß, Thorsten: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 16.07.2024, abgerufen am 19.07.2024; Stein, Udo: Telegram-Beitrag vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Helferich, Matthias: Tweet vom 18.07.2024, abgerufen am 19.07.2024; Boßdorf, Irmhild: Instagram-Story vom 19.07.2024, abgerufen am 19.07.2024.
[1954] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 23.07.2024, abgerufen am 26.07.2024.

> *„Ich freue mich, mit dem ehemaligen Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer eine starke Stimme für die Pressefreiheit auf unserem Parteitag am 17./18. August in Magdeburg begrüßen zu dürfen."*[1955]

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) zeigte sich in einem Tweet vom 18. August 2024 gemeinsam mit Jürgen Elsässer am Rande des AfD-Landesparteitags am 17. August 2024 in Magdeburg (ST) und schrieb hierzu:

> *„Mit #JürgenElsässer beim Parteitag der #AfD #SachsenAnhalt am 17.8. in #Magdeburg. War gut, dass Du bei uns warst!"*[1956]

Laut eigener Angabe verfügt COMPACT über *„eine Reichweite von über eine[r] Million Zuschauer – pro Tag"*[1957] und ist damit als reichweitenstarkes Medium anzusehen. Diese Stärke will COMPACT ganz gezielt auch zur Unterstützung der AfD einsetzen:

> *„COMPACT kann 2024 das blaue Wunder möglich machen – dass die AfD die Regierung übernimmt. Das schafft die AfD alleine nicht – dafür braucht es zusätzlich den professionellen Journalismus von COMPACT mit unserer medialen Reichweite."*[1958]

Um dieses Ziel zu erreichen, kündigte die Redaktion im Februar 2024 eine Veranstaltungsanreihe mit dem Titel „Die Blaue Welle rollt" an, die an verschiedenen Orten in Thüringen, Sachsen und Brandenburg stattfinden solle:

> *„2024 veranstalten wir unter dem Motto ‚Die Blaue Welle rollt' überall Open-Air-Veranstaltungen, um endlich den Machtwechsel in Deutschland möglich zu machen. Das werden keine drögen Polit-Veranstaltungen sein, sondern Freiluft-Feste, die Jung und Alt ein paar mitreißende Stunden bereiten. Jeder wird danach von einem neuen Deutschland träumen: So schön kann Patriotismus sein. Die Blaue Welle durchbricht alle Brandmauern. Sie rollt im Mai vor den Europawahlen, im Sommer dann durch Thüringen und Sachsen (Landtagswahl am 1.9.2024), und sie rollt durch Brandenburg (Landtagswahl am 22.9.2024)."*[1959]

[1955] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 01.08.2024, abgerufen am 06.08.2024.
[1956] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 18.08.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[1957] „Durch die Schallmauer", in: COMPACT, Ausgabe 02/2024, S. 8.
[1958] Ebd.
[1959] „Gegen die Brandmauer", in: COMPACT, Ausgabe 02/2024, S. 8.

> *„2024 muss das Jahr der patriotischen Wende werden! Die Blaue Welle von COMPACT macht den Weg zum Machtwechsel frei!"*[1960]



Am 28. Februar 2024 hieß es in einer aktualisierten Mitteilung zur Veranstaltungsreihe außerdem:

> *„Vor allem Vorfeld der entscheidenden Wahlen helfen wir mit, die Altparteien zu entmachten – indem wir keine drögen politischen Veranstaltungen machen, […]. Auf der riesigen COMPACT-Bühne gibt es Live-Musik, knallige Reden von Politikern und Aktivisten, Disko-Schwof, Interviews mit betroffenen und betrogenen Bürgern, […]. Erleben Sie die besten Künstler aus dem patriotischen Spektrum und die COMPACT-Partyband! Das Ganze ist keine der üblichen Parteiveranstaltungen. Vielmehr handelt es sich um Volksfeste, die Lust auf die patriotische Wende machen. COMPACT – aus dem Volk, durch das Volk und für das Volk! So muss auch die neue Regierung sein!"*[1961]

Die enge Zusammenarbeit und der gegenseitige Wille zur Zusammenarbeit zwischen AfD und COMPACT zeigt sich auch an den diversen Rednerinnen und Rednern, die bei den verschiedenen Terminen 2024 auftraten bzw. auftreten sollten, darunter u. a.:

[1960] „Balance auf der Mauer", in: COMPACT, Ausgabe 02/2024, S. 8.

[1961] COMPACT: „‚Blaue Welle' rollt: mit Sesselmann, Höcke, Sellner" vom 28.02.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 12.03.2024.

Robert Farle[1962] (30. März in Velten, BB und am 24. Mai in Mühlhausen)[1963], Petr Bystron (am 13. April in Sonneberg, TH)[1964], Oliver Kirchner (9. Juni in Magdeburg, ST) sowie Christina Baum und Robert Farle (gemeinsam mit Martin Sellner am 27. Juli in Stößen, ST)[1965]. Am 18. Mai 2024 war COMPACT auf Einladung von Christina Baum[1966] mit seiner Bühne zu Gast im Main-Tauber-Kreis (BW).[1967]

Mit dieser neuen Aktion zeigt COMPACT die besondere Nähe, die zur AfD und insbesondere zu den ostdeutschen Landesverbänden besteht, und dass sich COMPACT dezidiert mit seiner Arbeit auch in den Dienst der Partei stellt.

Im März 2024 distanzierte sich der Bundesvorstand Medienberichten zufolge von der Kampagne und erklärte, eine Abmahnung mit Unterlassungserklärung gegen COMPACT zu prüfen.[1968] Dies geschah allerdings im Zusammenhang mit öffentlichen Diskussionen um die Frage, ob es sich bei der Aktion um illegale Parteispenden handeln könnte. Dass ungeachtet dieser Debatte dennoch AfD-Mitglieder an Veranstaltungen der Reihe teilnahmen und weitere gemeinsame Auftritte geplant wurden, lässt auf eine rein taktische Distanzierung schließen.

Zahlreiche hochrangige Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partei unterstützten die publizistischen Aktivitäten von COMPACT weiterhin nachdrücklich, indem sie diesem auch nach Einstufung von COMPACT zur gesichert extremistischen Bestrebung als Gesprächspartner, Referenten oder Autoren zur Verfügung stehen.

So gab beispielsweise die AfD-Bundessprecherin und Co-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag Alice Weidel (MdB, BW) dem COMPACT-Magazin im

---

[1962] Robert Farle schied am 8. September 2022 aus der AfD-Bundestagfraktion aus. Im November 2023 trat Farle zudem auch aus der Partei aus. Als Grund für seinen Austritt gab Farle die aus seiner Sicht zu kritische Haltung gegenüber Russland an.
[1963] COMPACT: „Riesen-Erfolg für Blaue Welle: 600 für den Frieden!“ vom 31.03.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 06.05.2024.
[1964] COMPACT: „Die Blaue Welle rockt: Über 700 in Sonneberg vom 14.04.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 06.05.2024.
[1965] COMPACT: „Die Blaue Welle rollt: Schon über 10 Termine!“ vom 20.04.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 06.05.2024.
[1966] COMPACT: „‚Blaue Welle‘ rollt: mit Sesselmann, Höcke, Sellner“ vom 28.02.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 12.03.2024.
[1967] COMPACT: „Wertheim: Blaue Welle erobert den Westen!“ vom 19.05.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 24.09.2024.
[1968] tagesschau: „AfD prüft juristische Schritte gegen ‚Compact‘“ vom 14.03.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 06.05.2024.

Juli 2023 ein Interview am Rande des Bundesparteitags in Magdeburg (ST).[1969] Kurz danach erschien außerdem im Heft 8/2023 ein längeres gedrucktes Interview mit ihr.[1970] Im Heft enthalten war darüber hinaus ein Porträt zu ihr. Unter dem Titel „Der AfD-Sommer. Auf der blauen Welle ins Kanzleramt" war Weidel außerdem auf dem Magazincover abgebildet.[1971]



Im Nachgang zur brandenburgischen Landtagswahl im September 2024 gab Alice Weidel COMPACT TV ein Interview. Darin gratulierte sie dem COMPACT-Moderator Paul Klemm sowie Stephanie und Jürgen Elsässer zur Wiederaufnahme des Medienprogramms:

> *„[Jeder] soll seine Meinung sagen dürfen. Das ist in unserer Verfassung, im Grundgesetz, verankert und darum bin ich so froh – bestellen Sie Jürgen Elsässer und seiner Frau viele liebe Grüße – […], dass Sie wieder auf Sendung sind. So, das einfach mal vorab zu sagen: es ist exzellent."*[1972]

[1969] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Magdeburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1970] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT im Juli 2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 09.07.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1971] Cover des COMPACT-Magazins, Ausgabe 08/2023.
[1972] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT zur Landtagswahl in Brandenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.09.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 23.09.2024.

Zudem stand Weidel dem Magazin zuletzt im Oktober 2024 für ein weiteres Interview zur Verfügung und drückte damit ihre andauernde Unterstützung aus.[1973]

In der Ausgabe 11/2024 des COMPACT-Magazins erschien ein Interview mit der Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) mit dem Titel „Die Angriffe werden zunehmen'. Alice Weidel im Gespräch mit Stephanie Elsässer und Paul Klemm". Darin sprach sie über ihre Rolle als AfD-Kanzlerkandidatin. Zudem ist Weidel auf dem Cover des Magazins zu sehen.[1974]

Auch der Co-Bundessprecher und Co-Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla (MdB, SN), stand COMPACT schon in der Vergangenheit wiederholt für Interviews zur Verfügung. So sprach er beispielsweise im August 2021[1975], im Juni 2022 am Rande des Bundesparteitags in Riesa (SN)[1976] und nach dem Wahlsieg bei der Landratswahl in Sonneberg (TH) im Juni 2023[1977] mit COMPACT TV.

Er zeigte sich, ebenso wie der Europaabgeordnete Tomasz Froelich (HH), in einem im Juni 2024 veröffentlichten Beitrag gegenüber COMPACT TV mit dem Ergebnis der EU-Wahl zufrieden[1978]. Auch gab er am Rande einer Wahlkampfveranstaltung im September 2024 in Lauchhammer (BB) ein Interview zur bevorstehenden Landtagswahl in Brandenburg.[1979] Die damalige Landtagsabgeordnete (BB) und Landesvorsitzende der AfD Brandenburg, Birgit Bessin (mittlerweile MdB, BB) und der Chef der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, Oliver Kirchner (MdL, ST) gaben ebenfalls COMPACT bei zuvor genannter Veranstaltung in Lauchhammer ein Interview.[1980]

Maximilian Krah, zu diesem Zeitpunkt Europaabgeordneter, Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl 2024 und Mitglied des Bundesvorstands (mittlerweile MdB, SN)

[1973] COMPACT: „Weidel Interview: So werde ich Kanzlerin!" vom 27.10.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 28.10.2024.
[1974] „Die Angriffe werden zunehmen'. Alice Weidel im Gespräch mit Stephanie Elsässer und Paul Klemm", in: COMPACT, Ausgabe 11/2024, S. 15 ff. Cover des COMPACT-Magazins, Ausgabe 11/2024.
[1975] COMPACT: „Corona-Gipfel: Interview mit AfD-Parteichef Tino Chrupalla" vom 12.08.2021, in: www.compact-online.de, abgerufen am 23.02.2024.
[1976] Chrupalla, Tino: Interview mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.06.2022, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1977] Chrupalla, Tino: Interview mit COMPACT zur Landratswahl in Sonneberg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 27.06.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1978] Chrupalla, Tino: Interview mit COMPACT zur EU-Wahl; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 10.06.2024, abgerufen am 25.03.2025.
[1979] Chrupalla, Tino: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.09.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 16.09.2024.
[1980] Ebd.

gab dem Chef von COMPACT TV, Paul Klemm, am Rande des AfD-Bundesparteitags in Magdeburg (ST) im Juli 2023 ein Interview. Neben Krah standen auch der auf Listenplatz 10 kandidierende Arno Bausemer (seit Juli 2024 MdEP, ST) und die damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand und Bundestagsabgeordnete Christina Baum (BW/ST) für Gespräche mit COMPACT TV zur Verfügung.[1981] Am 31. August 2023 teilte Krah außerdem einen Beitrag von COMPACT, der sich mit seinem Buch „Politik von rechts" beschäftigt.[1982]

Bereits in einem im Mai 2024 veröffentlichten TV-Interview empfing der damalige Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) COMPACT-Mitarbeiter Paul Klemm.[1983] Das Gespräch wurde ergänzend im COMPACT-Magazin 6/2024, auf dessen Cover Krah abgebildet ist, publiziert.[1984]

Maximilian Krah sagte im Juli 2024 seine Teilnahme am COMPACT-Sommerfest zu[1985], das letztlich aber aufgrund des Verbots nicht stattfand.

In Ausgabe 10/2024 des COMPACT-Magazins erschien ein Interview mit Krah.[1986]

Neben dem bereits erwähnten Interview wurde Christina Baum bereits im Jahr zuvor beim Bundesparteitag in Riesa (SN) im Juni 2022 für COMPACT TV interviewt[1987] und stand ebenfalls im Januar 2025, wie auch der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN),[1988] und im März 2025[1989] für eine Stellungnahme im Bundestag zur Verfügung. Auch die Bundestagsabgeordneten Martin Reichardt (ST) und Nicole Höchst (RP) gaben COMPACT im März 2025 im Anschluss an eine Bundestagsdebatte Interviews[1990]. Im Heft 11/2023 wurde Baum außerdem unter dem Titel „Die sanfte

---

[1981] Krah, Maximilian/ Bausemer, Arno/ Baum, Christina: Interviews mit COMPACT am Rande des AfD-Parteitags in Magdeburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.07.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1982] Krah, Maximilian: Facebook-Eintrag vom 31.08.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[1983] Krah, Maximilian: Interview mit COMPACT zu gegen ihn erhobenen Vorwürfen; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 01.05.2024, abgerufen am 25.03.2025.
[1984] „„Hier wurde zielgenau inszeniert"", in: COMPACT, Ausgabe 06/2024, S. 18 ff. Cover des COMPACT-Magazins, Ausgabe 06/2024.
[1985] COMPACT: „Sommerfest – hier Tickets buchen und letzte Infos" vom 10.07.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 12.07.2024.
[1986] „„Liebt euch selbst!"", in: COMPACT, Ausgabe 10/2024,S. 25 f.
[1987] Baum, Christina: Interview mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.06.2022, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1988] Baum, Christina: Interview mit COMPACT im Bundestag; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 29.01.2025, abgerufen am 26.03.2025.
[1989] Baum, Christina: Interview mit COMPACT im Bundestag; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 18.03.2025, abgerufen am 26.03.2025.
[1990] Ebd.

Kriegerin" in einem mehrseitigen Artikel porträtiert. Darin wird sie mit der Aussage zitiert:

> *„Parlamentsarbeit ist wichtig, aber ohne die Straße können wir die Regierung nicht stürzen."*[1991]

Weiterhin teilte Christina Baum am 18. Dezember 2022 auf Facebook den Screenshot eines von COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer verfassten Beitrags zur Gaspipeline Nord Stream.[1992] Bereits am 14. Juni 2022 teilte Baum auf Facebook einen Artikel von COMPACT.[1993] Ferner war sie Studiogast in der „Brennpunkt-Sendung" von COMPACT TV am 4. Oktober 2023 und sprach mit Jürgen Elsässer über die Demonstrationen am Tag der Deutschen Einheit.[1994] Im selben Monat gab sie COMPACT TV ein Interview.[1995] Medienberichten zufolge soll Baum Stephanie Elsässer (Geschäftsführerin der Conspect Film GmbH und Ehefrau des COMPACT-Chefredakteurs Jürgen Elsässer) zwischen 2022 und 2024 in einem Arbeitsverhältnis beschäftigt haben.[1996]

Weiterhin gaben die stellvertretenden Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) und Peter Boehringer (MdB, BY) COMPACT TV anlässlich des Bundesparteitags in Riesa (SN) im Juni 2022 Interviews.[1997]

Mit Martin Reichardt (MdB, ST) stand ein weiteres Mitglied des Bundesvorstands und gleichzeitig der Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt Jürgen Elsässer im Juli 2023 für ein Interview zur Verfügung.[1998] In einem Tweet vom 8. Februar 2024 kritisierte Reichardt darüber hinaus, dass eine Bahnhofsbuchhandlungskette die Publikation COMPACT aus dem Sortiment genommen habe:

[1991] „Die sanfte Kriegerin", in: COMPACT, Ausgabe 11/2023, S. 35 ff.
[1992] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 18.12.2022, abgerufen am 19.12.2022.
[1993] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 14.06.2022, abgerufen am 15.06.2022.
[1994] Baum, Christina: Studiogast in „Brennpunkt"-Sendung von COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.10.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1995] Baum, Christina: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 20.10.2023, Kanal: „Dr. Christina Baum", abgerufen am 30.10.2023.
[1996] ZEIT: „AfD-Abgeordnete bezahlte ‚COMPACT'-Frontfrau" vom 06.08.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 06.08.2024.
[1997] Brandner, Stephan/ Boehringer, Peter: Interviews mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.06.2022, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1998] Reichardt, Martin: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.07.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.

> *„In enger Zusammenarbeit von #OERR @MDRAktuell, der linken Lügen- & Agitationsplattform #Correctiv wird Zensur umgesetzt und schöngeredet! Als Scheinlegitimation gilt noch eine Petition, die ca. 100000 Zeichner hat! [Deutschland-Flagge] wird immer mehr zur linken Gesinnungsdiktatur! Man muss nicht alles teilen, was @COMPACTMagazin schreibt, aber dieses Vorgehen ist ein Schlag gegen die Presse- & Meinungsfreiheit!“*[1999]

Insbesondere im Nachgang des Verbots von COMPACT durch die Bundesinnenministerin äußerte sich Reichardt über einen Zeitraum von einem Monat regelmäßig unterstützend zu dem Magazin.[2000]

Der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (BB) war im September 2024 Studiogast der Sendung „COMPACT.DerTag“.[2001] Zudem gab Kotré am 13. April 2022 Jürgen Elsässer in dem Format „COMPACT.Debatte“ ein Interview zum Thema „Russland, Ukraine und die AfD“.[2002] Kotré nahm auch am 16. Mai 2022 an einer von COMPACT organisierten Veranstaltung der Reihe „Frieden mit Russland“ unter dem Motto „Druschba: Warum wir das Öl brauchen“ in Schwedt (BB) teil.

Neben Kotré trat bei der Veranstaltung auch der Bundesabgeordnete und damalige Bundesvorsitzende der Jungen Alternative Hannes Gnauck (BB) als Redner auf.[2003] Gnauck hatte bereits im April 2020 den Artikel „Meine Bundeswehr: Als Patriot in den Reihen der deutschen Armee“ bei COMPACT veröffentlicht.[2004] Diesen Artikel bewarb er am 6. April 2020 zusätzlich in einem Beitrag auf seiner Facebook-Seite.[2005] In einem Tweet vom 1. November 2021 hatte er außerdem erklärt, dass er aus seiner Abgeordnetenkostenpauschale 500 Euro für die „Fluthilfeaktion“ von COMPACT gespendet habe.[2006] Zu dieser Spende erklärte er:

[1999] Reichardt, Martin: Tweet vom 08.02.2024, abgerufen am 09.02.2024.
[2000] Reichardt, Martin: Tweets vom 16., 17., 21.07.2024, 06., 09., 14., 18.08.2024, Retweet eines Tweets vom 22.08.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[2001] Kotré, Steffen: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 05.09.2024, abgerufen am 26.03.2025.
[2002] COMPACT: „Russland, Ukraine und die AfD. COMPACT.Debatte mit MdB Steffen Kotré“ vom 13.04.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 14.04.2022.
[2003] COMPACT: „Alarm in Schwedt: In ein paar Tagen die Lichter aus“ vom 18.05.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 02.06.2022.
[2004] COMPACT: „Meine Bundeswehr: Als Patriot in den Reihen der deutschen Armee“ vom 05.04.2020, in: www.compact-online.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2005] Gnauck, Hannes: Facebook-Eintrag vom 06.04.2020, abgerufen am 23.02.2024.
[2006] Gnauck, Hannes: Tweet vom 01.11.2021, abgerufen am 23.02.2024.

> *„Unterstützungswerten Projekten, die sich für den Erhalt unserer Heimat einsetzen, werde ich immer unter die Arme greifen."*[2007]

Zwar ist die Vornahme von Geldspenden zu wohltätigen Zwecken per se nicht verfassungsschutzrelevant. Jedoch war die Spendenaktion in das Gesamtnarrativ eines Regierungsversagens und letztlich in die demokratiefeindliche Agitation der COMPACT eingebettet.

Eine enge Verbindung zu COMPACT ist auch bei dem damaligen Bundestagsabgeordneten Robert Farle (ST) zu beobachten, der wiederholt als Redner bei COMPACT-Veranstaltungen auftrat. So war Farle auf dem am 22. Oktober 2022 von COMPACT organisierten „Politischen Oktoberfest", das unter dem Motto „Ami go home" in Stößen (ST) stattfand, als Referent festzustellen.[2008] Im Heft 10/2022 wurde unter dem Titel „‚Selenski ist ein Kriegsverbrecher'" eine gekürzte Rede von ihm abgedruckt.[2009] Einen Monat später, am 26. November 2022, fungierte Farle als Redner auf der von COMPACT maßgeblich mitorganisierten Demonstration „Ami go home!" in Leipzig (SN).[2010] Darüber hinaus hielt Farle am 22. Februar 2023 eine Rede auf dem „Patriotischen Aschermittwoch" in Gera (TH).[2011] Als Veranstalter trat u. a. COMPACT in Erscheinung.[2012] Im Februar 2024 trat er abermals bei der von COMPACT organisierten Aschermittwochs-Veranstaltung in Gera (TH) auf.[2013]

Auch Petr Bystron (bis 2024 MdB, mittlerweile MdEP, BY) pflegt eine Verbindung zu COMPACT. Er veröffentlichte am 5. November 2022 auf seinem YouTube-Kanal einen Ausschnitt aus der Sendung „COMPACT.DerTag". Darin gibt Bystron COMPACT ein Interview zum Thema „AfD-Anfrage enthüllt – Immer mehr Ukrainer wollen nicht

---

[2007] RBB24: „AfD-Abgeordneter spendet Steuergelder an rechte Organisationen" vom 04.11.2021, in: www.rbb24.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2008] Abakus.News: „#BURGENLANDKREIS: POLITISCHES #OKTOBERFEST AM 22.10.2022 AB 12 UHR – RITTERGUT #NÖBEDITZ" vom 29.09.2022, in: www.abakusnews.com, abgerufen am 30.09.2022.
[2009] „Selenski ist ein Kriegsverbrecher", in: COMPACT, Ausgabe 10/2022, S. 52 f.
[2010] Flickr: Auszug aus Fotoalbum zur Veranstaltung, in: www.flickr.com, ohne Abrufdatum.
[2011] Farle, Robert: Rede auf der Veranstaltung „Patriotischer Aschermittwoch" am 22.02.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2023, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 23.02.2023.
[2012] COMPACT: „Auf zum patriotischen Aschermittwoch, 22.2. in Gera!" vom 17.02.2023, in: www.compact-online.de, abgerufen am 23.02.2023.
[2013] Farle, Robert: Rede auf der Veranstaltung „Patriotischer Aschermittwoch" am 14.02.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.02.2024, Kanal: „Herr aber", abgerufen am 15.02.2024.

kämpfen".[2014] Einen Monat später veröffentlichte Bystron auf Telegram eine zweiminütige Videobotschaft, in der er die COMPACT-Dokumentation „Tatort Nord-Stream" als *„spannend, brisant informativ"* bezeichnete. Er äußerte zudem:

> *„Das COMPACT-Team trägt hier alle bekannten Fakten und Indizien für eine Täterschaft – und überraschenderweise liegen die Beweise nicht auf der Seite Russlands, wie uns das durch die Mainstream-Medien anfangs ohne jegliche Belege nahegelegt wurde, sondern es verhärtet sich der Verdacht, dass dieser Angriff von einer befreundeten Macht verübt wurde. […] Die Wahrheit würde das Staatswohl gefährden. Was für ein Staatswohl ist das denn? Womöglich eins, das darauf aufgebaut ist, dass wir alle in einer Lüge leben müssen! Deswegen ist es eine große Leistung vom Team COMPACT. Diese Dokumentation deckt auf nicht nur Fakten zur Zerstörung von Nord Stream, sondern auch das totale Versagen der journalistischen Kaste in Deutschland. Denn bei so einer Situation müssten tatsächlich alle investigativen Medien recherchieren, hart dranbleiben und uns die Wahrheit präsentieren. Und das tut hier nur das COMPACT-Magazin. Kompliment dafür!"*[2015]

In einem am 7. Juni 2023 veröffentlichten Video von COMPACT TV äußerte sich Bystron außerdem u. a. zu der Frage, wie die Umfrageerfolge der AfD zu erklären sind.[2016]

Im Oktober 2022 veröffentlichte die Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann (SN) auf der Website von COMPACT einen zweiteiligen Beitrag mit dem Titel „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten" [2017] [2018] und teilte beide Beiträge im Anschluss auf Facebook[2019]. Im zweiten Teil des Beitrags schreibt Bachmann:

[2014] Bystron, Petr: „AfD-Anfrage enthüllt - Immer mehr Ukrainer wollen nicht kämpfen"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.11.2022, Kanal: „Petr Bystron MdB", abgerufen am 07.11.2022.

[2015] Bystron, Petr: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 19.12.2022, Kanal: „COMPACT.DerTag", abgerufen am 20.12.2022.

[2016] Bystron, Petr: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.06.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.

[2017] COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 1" vom 08.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 11.10.2022.

[2018] COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 2" vom 11.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 13.10.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa. (1))

[2019] Bachmann, Carolin: Facebook-Einträge vom 10.10.2022 und 13.10.2022, abgerufen am 13.10.2022. (Doppelverwendung zu Kapitel E. I. 1. a. bb.)

> *„Der Große Austausch nimmt konkrete Gestalt an: [...] Gegenwärtig leben in Deutschland laut Statistischem Bundesamt beinahe 12 Millionen Ausländer. Dazu kommen gute 22 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Deutschen hingegen werden jedes Jahr weniger. Aktuell leben in Deutschland – diese Angabe stammt wieder vom Statistischen Bundesamt – knapp 60 Millionen Deutsche."*[2020]

Einen Beitrag für das COMPACT-Magazin leistete auch der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN), der im April 2023 neben COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer Teilnehmer eines Expertengesprächs in einer COMPACT-Ausgabe war.[2021] Mit Mike Moncsek (zum damaligen Zeitpunkt MdB, mittlerweile MdL SN) gab im Januar 2024 ein weiteres Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion ein Interview bei COMPACT TV.[2022]

In der Ausgabe 10/2023 des COMPACT-Magazins erschien ein Interview mit dem bayerischen Bundestagsabgeordneten und AfD-Landesvorsitzenden Stephan Protschka (BY).[2023]

Der Bundestagsabgeordnete Jan Wenzel Schmidt (ST) teilte am 22. August 2022 einen COMPACT-Artikel, in dem über seinen Besuch im Leipziger Stadtviertel Connewitz (SN) berichtet wurde.[2024] Am 1. August 2024 veröffentlichte er auf Facebook, dass der COMPACT-Chefredakteur auch nach dem (zu dem Zeitpunkt noch nicht durch das BVerwG im Eilverfahren bis auf Weiteres teilweise aufgehobene) Verbot des Magazins auf dem Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 17./18. August 2024 sprechen werde.[2025]

Am 9. August 2022 wurde Anna Leisten (zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzende der JA Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand) als Studiogast für das COMPACT-Videoformat „Der Tag" interviewt. Dort verkündete sie mitunter, die JA sei der

---

[2020] COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 2" vom 11.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 13.10.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa. (1))
[2021] Hilse, Karsten: „Am atomaren Abgrund" in: COMPACT, Ausgabe 04/2023, S. 34.
[2022] Moncsek, Mike: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.01.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2023] „Mein Angebot an die Freien Wähler'", in: COMPACT, Ausgabe 10/2023, S. 28 f.
[2024] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 22.08.2022, abgerufen am 23.08.2022.
[2025] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 01.08.2024, abgerufen am 06.08.2024.

radikalere und aktivistischere „*Motor*“ der Mutterpartei AfD.[2026] Am 17. Juli 2023 war Leisten erneut in einem Videobeitrag für COMPACT TV zu sehen und gab dort ein Interview zum Thema „Umfrage-Hoch: Geheimdienst jagt AfD-Jugend“.[2027] Leisten bewarb im Oktober 2024 in einem Werbeclip die Ausgabe 10/2024 des COMPACT-Magazins mit dem Titel „Neue Deutsche Jugend – Warum Rechts jetzt angesagt ist“ und wies dabei auch auf das Heftcover mit der JA-Aktivistin Candy Jacob (JA TH) hin.[2028]

Auch zahlreiche hochrangige Funktionärinnen und Funktionäre der AfD-Landesebene unterstützen zudem die publizistischen Aktivitäten des COMPACT-Magazins in prägender Weise, indem sie diesem als Interviewpartner oder Autoren zur Verfügung stehen.

Insbesondere gilt dies für den thüringischen Co-Landessprecher und Co-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Björn Höcke (TH). So war dieser beispielsweise Interviewpartner am Rande des Bundesparteitags in Riesa (SN).[2029] Weiter begann er bei einer am 2. Dezember 2022 in Zwickau (SN) von der AfD organisierten Demonstration unter dem Motto „Zwickau heizt ein!“ seinen Redebeitrag mit einer Danksagung an die „*treuen Mitstreiter des Vorfeldes*“[2030]. In seinen Ausführungen dankte Höcke explizit dem COMPACT-Magazin und führte weiterhin aus:

> *„Bevor ich aber in medias res gehen, bevor ich dann auch zur schlimmen Lage in diesem Land komme und die Schuldigen klar benenne, möchte ich auch noch einmal Danke sagen. Danke, an die treuen Mitstreiter des Vorfeldes, die heute hier sind. Ich hab das COMPACT-Magazin gesehen, ich hab Die Kehre gesehen, ich hab Ein Prozent gesehen. Liebe Freunde, das ist toll, dass ihr hier seid und gemeinsam mit uns, der AfD, dieses Zeichen für Einigkeit und Recht und*

[2026] COMPACT: „COMPACT.DerTag“ vom 09.08.2022; veröffentlicht in: www.tv.compact-online.de, abgerufen am 30.09.2022.
[2027] COMPACT: „Umfrage-Hoch: Geheimdienst jagt AfD-Jugend“ vom 17.07.2023, in: www.compact-online.de, abgerufen am 18.07.2023.
[2028] Leisten, Anna: Werbung für COMPACT 10-24 im Anschluss der Sendung COMPACT.DerTag; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 22.10.2024, abgerufen am 26.03.2025.
[2029] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.06.2022, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2030] Höcke, Björn: Rede auf der Veranstaltung „Zwickau heizt ein!“ am 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal“, abgerufen am 05.12.2022.

> *Freiheit setzt. Ja, wir sind die Partei aber ohne Vorfeld sind wir nichts, liebe Freunde."*[2031]

Zuvor hatte er in dem Magazin im November-Heft 2022 einen Beitrag unter dem Titel „An einer historischen Wegmarke" veröffentlicht.[2032] Im Juli 2023 war Höcke Gast im Fernsehstudio von COMPACT und führte ein ausführliches Gespräch mit Jürgen Elsässer[2033], das im Heft 8/2023 zusätzlich in Teilen abgedruckt wurde[2034]. In der ersten Ausgabe des Jahres 2024 gab Höcke dem COMPACT-Magazin außerdem ein Interview und war zudem auf dem Cover des Magazins abgebildet.[2035]



[2031] Ebd.
[2032] „An einer historischen Wegmarke", in: COMPACT, Ausgabe 11/2022, S. 17 ff.
[2033] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.07.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2034] „Nicht als Juniorpartner", in: COMPACT, Ausgabe 08/2023, S. 13 ff.
[2035] „Wir werden schnell Dinge umsetzen", in: COMPACT, Ausgabe 01/2024, S. 14 f.

Auch als Interviewpartner stand Höcke COMPACT TV in der Vergangenheit mehrfach zur Verfügung, so beispielsweise im Juni 2023[2036] im Kontext des Landesparteitags der AfD Thüringen sowie am 21. und 25. November 2023.[2037] [2038]

Im September 2024 gab Höcke (MdL TH) COMPACT zwei Interviews im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Thüringen. Zum einen sprach er von einem *„historischen Sieg“*,[2039] zum anderen berichtete er in einem im Erfurter Landtag aufgenommenen Statement gegenüber COMPACT von der konstituierenden Sitzung des Landtags.[2040]



Die enge Verbindung zwischen COMPACT und Björn Höcke wurde durch eine weitere, dessen Person in den Vordergrund rückende Aktion überdeutlich zum Ausdruck gebracht. Auf der Webseite von COMPACT kann eine „COMPACT-Silbermedaille: Höcke-Taler“ für den Preis von 74,95 Euro erworben werden.

In der Beschreibung wird der Taler mit den folgenden Aussagen beworben:

[2036] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT zur Landratswahl in Sonneberg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 27.06.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2037] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.11.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2038] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.11.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2039] Höcke, Björn: Interview zu Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 01.09.2024, abgerufen am 26.03.2025.
[2040] Höcke, Björn: Interview mit Klemm im Landtag Thüringen; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 26.09.2024, abgerufen am 26.03.2025.

> *„Der Höcke-Taler ehrt den bedeutenden Patrioten, der im Jahr 2024 die politische Wende möglich machen kann: Björn Höcke als Ministerpräsident Thüringens, das wäre der Durchbruch für Deutschland. Der Höcke-Taler ist ein patriotisches Bekenntnis – und eine stabile Kapitalanlage. In Zeiten der Inflation und unseriöser Staatsfinanzen behält oder steigert das Edelmetall seinen Wert. Und wer weiß: Wenn der Euro kollabiert, könnte er zur Währung eines echten Freistaates werden…“*[2041]

Eine öffentliche Positionierung oder gar Distanzierung Höckes von dieser – Züge eines Personenkults aufweisenden – Aktion konnte nicht festgestellt werden. Nach der öffentlich angekündigten Herausgabe der Silbermünze mit dem Konterfei Höckes stand dieser COMPACT TV am 12. Februar 2024 für ein weiteres Interview zur Verfügung, in dem er u. a. zu dem Treffen in Potsdam am 25. November 2023 und zu Martin Sellner Stellung nahm.[2042] Zuletzt wurde Höcke im Februar 2024 nochmals von Elsässer interviewt und äußerte sich in diesem Rahmen zu einem Artikel des Recherchenetzwerks CORRECTIV.[2043]

Mit dem Beisitzer im AfD-Landesvorstand Brandenburg Lars Günther (MdL BB) ist seit dem Jahr 2019 ein ehemaliger Mitarbeiter (u. a. persönliche Assistenz der Geschäftsführung) von COMPACT Mitglied des Landtags von Brandenburg.[2044] Dieser fungierte am 19. Juli 2022 als Interviewpartner für „COMPACT. Der Tag“. Am Folgetag teilte er den Beitrag auf Facebook und schrieb dazu:

> *„Ich war gestern mal wieder bei Freunden und war Teil der täglichen Nachrichtensendungen: COMPACT - Der Tag.“*[2045]

Günther nahm außerdem gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Felix Teichner (BB) und Steffen John (BB) am 16. Mai 2022 an einer von COMPACT organisierten Veranstaltung der Reihe „Frieden mit Russland“ unter dem Motto „Druschba: Warum

[2041] COMPACT-Shop: „Höcke-Taler“, in: www.compact-shop.de, abgerufen am 24.09.2024.
[2042] COMPACT: „Höcke gegen Correctiv: ‚Kindische Wirrköpfe!‘“ vom 12.02.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2043] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.02.2024, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2044] Landtag Brandenburg: „Lars Günther“, in: www.landtag.brandenburg.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2045] Günther, Lars: Facebook-Eintrag vom 20.07.2022, abgerufen am 25.07.2022.

wir das Öl brauchen" in Schwedt (BB) teil.[2046] Im August 2022 bewarb Günther einen Spendenaufruf für COMPACT TV.[2047] Am 11. November 2022 warb Günther auf Facebook für die Teilnahme an der von COMPACT maßgeblich mitorganisierten Demonstration unter dem Motto „Ami go home!" am 26. November 2022 in Leipzig (SN), indem er das dazugehörige Mobilisierungsvideo teilte. Er rief zudem dazu auf, das Video weiterzuverbreiten.[2048]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB und stellvertretender Vorsitzender der AfD Brandenburg) gab COMPACT TV ein Interview.[2049] Im April 2024 nahm Berndt unter anderem gemeinsam mit Marie-Thérèse Kaiser (Kommunalmandatsträgerin und Mitarbeiterin der AfD-Bundesgeschäftsstelle, NI) zu dem Thema: „AfD: So schaffen wir die blaue Wende!", an einer Diskussionsrunde von COMPACT TV teil.[2050]

Auch der Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider (ST) pflegt ein enges Verhältnis zu COMPACT. In Ausgabe 10/2022 des COMPACT-Magazins wurde der Redebeitrag von Tillschneider auf dem Sommerfest von COMPACT am 27. August 2022 in Stößen (ST) abgedruckt. Darin heißt es:

> *„Die AfD und ihr Umfeld brauchen Medien, die uns nicht mit schlechter Absicht, sondern mit guter journalistischer Neutralität gegenübertreten. […] Wir müssen endlich aufhören, uns von Kräften, die auf der Seite des Volkes stehen, zu distanzieren! Wir müssen uns von dem ständigen Distanzieren distanzieren! Wir müssen mit Leichtigkeit und Offenheit herantreten an neue Partner, wir müssen lernen, uns zusammenzuschließen, anstatt uns spalten zu lassen. Und hier kommt wieder das COMPACT-Magazin ins Spiel. Keine Zeitschrift bildet so sehr die volle Breite und den vollen Facettenreichtum des Widerstandes ab. COMPACT ist das parteiübergreifende Leitmedium des Widerstandes gegen die volksfeindliche Politik der Altparteien. Deshalb habe ich mich sehr über diese*

[2046] COMPACT: „Alarm in Schwedt: In ein paar Tagen die Lichter aus" vom 18.05.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 02.06.2022.
[2047] Günther, Lars: Facebook-Eintrag vom 09.08.2022, abgerufen am 10.08.2022.
[2048] Günther, Lars: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 11.11.2022, Kanal: „Lars Günther", abgerufen am 11.11.2022.
[2049] Berndt, Hans-Christoph: Interview mit COMPACTTV; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.09.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 23.09.2024.
[2050] Berndt, Hans-Christoph: Diskussionsrunde bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 27.04.2024, abgerufen am 26.03.2025.

Einladung gefreut - denn die hier gelebte Offenheit für alle Strömungen des Widerstandes ist genau die Grundhaltung, die wir brauchen, wenn wir politischen Erfolg haben wollen und irgendwann nicht nur regieren, sondern auch wirklich etwas verändern wollen in diesem Land!"[2051]

Im Oktober 2022 wurde von COMPACT die Teilnahme Tillschneiders an einer Planungskonferenz des Verlags zum Thema „Ami go home" am 21. Oktober 2022 angekündigt.[2052] Einen Monat später, am 21. November 2022, hielt Tillschneider auf einer Demonstration in Querfurt (ST) eine Rede. Darin bewarb er nachdrücklich die von COMPACT mitorganisierte Demonstration „Ami go home" am 26. November 2022 in Leipzig (SN):

„Da ihr alle beisammen seid, möchte ich nochmal darauf hinweisen. Auf den wichtigsten Termin in diesem Jahr. Und zwar nächster Samstag, 26.11., Ami go home-Demo ist Leipzig vor dem amerikanischen Konsulat. Ich habe versucht im Rahmen meiner Partei noch Busse zu organisieren […] Aber wir müssen dann eben Fahrgemeinschaften organisieren, wir müssen schauen wie wir hinkommen […]. Wichtig ist, wir müssen mit Mann und Maus am 26.11. nach Leipzig und wir müssen mit 10.000 Mann […] Ami go home rufen".[2053]

Am 26. November 2022 beteiligte sich Tillschneider zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Daniel Wald (ST) an der von ihm mitbeworbenen Versammlung in Leipzig (SN).[2054] Zudem kündigte Tillschneider im Dezember 2022 auf Facebook an, mehrere Ausgaben einer bei COMPACT erschienenen Sammlung von Reden des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, zu verlosen. Er verlinkte zudem auf die Broschüre im COMPACT-Onlineshop.[2055] Am 24. September 2022 teilte Tillschneider einen Tweet der Bundestagsabgeordneten Baum zu einem von ihr bei COMPACT gegebenen Interview.[2056]

Daniel Wald wiederum zeigte sich in einem Facebook-Eintrag vom 28. November 2022 am Rande einer Demonstration mit einer Flagge aus dem Onlineshop von

[2051] „Neue Feinde, neue Freunde" in: COMPACT, Ausgabe 10/2022, S. 50 f.
[2052] COMPACT: „Gratis für COMPACT-Club: Planungstreffen ‚Ami go home'" vom 14.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 14.10.2022.
[2053] Tillschneider, Hans-Thomas: Telegram-Beitrag vom 25.11.2022, abgerufen am 25.11.2022.
[2054] Wald, Daniel: Instagram-Einträge vom 27.11.2022, abgerufen am 28.11.2022.
[2055] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 13.12.2022, abgerufen am 20.12.2022.
[2056] Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 24.09.2022, abgerufen am 27.09.2022.

COMPACT. In einem Kommentar zum Beitrag verlinkte er den Onlineshop des Verlags.[2057] Bereits am 24. September 2022 teilte Wald einen Tweet der Bundestagsabgeordneten Baum zu einem von ihr gegenüber COMPACT gegebenen Interview.[2058]

Der Landtagsabgeordnete Matthias Lieschke (ST) teilte am 31. Januar 2023 auf Facebook einen COMPACT-Artikel zur Gründungsversammlung des prorussischen Vereins Ostwind.[2059]

Für Interviews stand außerdem der Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Oliver Kirchner (ST) COMPACT wiederholt zur Verfügung. So gab er im Dezember 2022 COMPACT TV ein Interview zu den zuvor stattgefundenen Exekutivmaßnahmen gegen Reichsbürger. COMPACT veröffentlichte auch eine verschriftlichte Version zu den von Kirchner im Interview getätigten zentralen Aussagen.[2060] Einen Monat später, am 11. Januar 2023, gab Kirchner dem COMPACT-Magazin erneut ein Interview, das am 22. Januar 2023 auf dem YouTube-Kanal von COMPACT und der Facebook-Seite Kirchners veröffentlicht wurde. Das Interview wurde durch den COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer geführt.[2061] Am 2. Juni 2023 fungierte Kirchner ebenfalls als Interviewpartner für COMPACT.[2062] Überdies war er Teilnehmer einer von COMPACT TV am 1. April 2023 ausgestrahlten Diskussionsrunde zum Thema „Querfront – Können Rechte und Linke gemeinsam die Kriegstreiber stoppen?“ mit Jürgen Elsässer und weiteren Gästen.[2063] Der Telegram-Kanal des Formats „COMPACT.DerTag“ kündigte die Sendung bereits im Vorfeld am 27. März 2023 an.[2064] Für die am 4. November 2023 in Magdeburg (ST) stattfindende COMPACT-Konferenz „Raus aus der NATO! Frieden mit Russland!“ stand Kirchner

---

[2057] Wald, Daniel: Facebook-Eintrag vom 28.11.2022, abgerufen am 08.12.2022.
[2058] Wald, Daniel: Retweet eines Tweets vom 24.09.2022, abgerufen am 06.10.2022.
[2059] Lieschke, Matthias: Facebook-Eintrag vom 31.01.2023, abgerufen am 08.02.2023.
[2060] COMPACT: „‚Ein Witz‘: AfD-Politiker zum ‚Reichsbürger-Putsch‘“ vom 11.12.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 12.12.2022.
[2061] COMPACTTV: „Wir sind die neue Friedenspartei - Interview mit AfD-Fraktionschef Oliver Kirchner“; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 22.01.2023, abgerufen am 23.01.2023.
[2062] Kirchner, Oliver: Interview mit COMPACT vom 02.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 27.02.2024.
[2063] COMPACTTV: „Querfront – Können Rechte und Linke gemeinsam die Kriegstreiber stoppen?“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.04.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 03.04.2023.
[2064] COMPACT.DerTag: Telegram-Beitrag vom 27.03.2023, abgerufen am 27.03.2023.

als Referent zur Verfügung.[2065] In der Ausgabe 12/2023 des COMPACT-Magazins wurde die Abschlussdebatte der COMPACT-Konferenz „Frieden mit Russland" zwischen Jürgen Elsässer, Martin Sellner (Identitäre Bewegung), Peter Feist (COMPACT-Autor) und Kirchner abgedruckt.[2066] Im selben Heft veröffentlichte Kirchner außerdem einen Artikel.[2067] Neben Kirchner nahm auch das damalige Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Olga Petersen[2068] (HH), als Referentin an der genannten Veranstaltung teil.[2069]

Im Heft 4 des Jahres 2023 kam mit Jörg Urban (MdL SN) schließlich ein weiterer Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender im COMPACT-Magazin unter der Überschrift „„Da muss Parteipolitik zurückstehen"" in einem Interview zu Wort.[2070] Hierbei handelte es sich um eine gekürzte Fassung eines längeren Gesprächs, das Urban bereits im März 2023 mit Jürgen Elsässer geführt hatte.[2071]

Ein weiteres ausführliches Interview mit Urban veröffentlichte COMPACT im August 2024. Dabei empfing er den Chefredakteur von COMPACT, Jürgen Elsässer in den Räumlichkeiten des sächsischen Landtags, ging inhaltlich auf das Wahlprogramm der AfD Sachsen ein und warb beim COMPACT-Publikum um Stimmen zur damalig bevorstehenden Landtagswahl in Sachsen.[2072]

Sein Fraktionskollege Thomas Kirste (MdL SN) bewarb am 7. Oktober 2023 auf Telegram eine für den 14. Oktober 2023 geplante Demonstration „gegen Masseneinwanderung", bei der er laut des Beitrags gemeinsam mit Jürgen Elsässer auftreten sollte.[2073]

[2065] Kirchner, Oliver: Referent auf der COMPACT-Konferenz „Raus aus der NATO!"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.11.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2066] „Kriegsfanatiker als Bündnispartner?", in: COMPACT, Ausgabe 12/2023; S. 52 ff.
[2067] „Ein Rohrkrepierer"", in: COMPACT, Ausgabe 12/2023; S. 43.
[2068] Olga Petersen wurde im Mai 2024 aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen. Im Dezember 2024 wurde ihr zudem das Mandat aberkannt, da sie monatelang nicht an Sitzungen teilgenommen hatte und sich offenbar dauerhaft in Russland aufhält. Gegen Petersen läuft zudem ein Parteiausschlussverfahren.
[2069] COMPACT: „Russlanddeutsche: Sprecherin auf COMPACT-Konferenz" vom 07.10.2023, in: www.compact-online.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2070] „Da muss Parteipolitik zurückstehen", in: COMPACT, Ausgabe 04/2023, S. 18 f.
[2071] Urban, Jörg: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.03.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2072] Urban, Jörg: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.08.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 23.08.2024.
[2073] Kirste, Thomas: Telegram-Beitrag vom 07.10.2023, abgerufen am 11.10.2023.

Die damalige Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende Brandenburg, Birgit Bessin (mittlerweile MdB, BB), ließ sich von COMPACT TV im Juni 2023[2074] und im Oktober 2023[2075] interviewen.

Der Landtagsabgeordnete Felix Teichner (BB) kam kurz nach seiner Teilnahme an einer von COMPACT organisierten Veranstaltung in Schwedt (BB) am 19. Mai 2022 bei COMPACT ebenfalls in einem Interview zu Wort.[2076] Sein Fraktionskollege Steffen John (MdL BB) war am 11. Oktober 2023 zu Gast im Fernsehstudio von COMPACT und sprach mit Jürgen Elsässer über das Thema „Asyl-Flut: Was wir tun müssen".[2077]

Elisabeth Mengel-Stähle (mittlerweile MdL TH) zeigte sich in einem TV-Beitrag gegenüber COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer begeistert über das TV-Format und das COMPACT-Magazin. COMPACT nutzte Mengel-Stähles Ausführungen in mehreren Ausgaben ihrer TV-Sendungen, um ihr Unternehmen zu bewerben:

> *„Es wird einfach mal direkt angepackt wo es unterm Nagel brennt. Ich warte schon regelrecht abends drauf, ich schalte ein, gucke und sage, ja genau, das wollte ich jetzt hören, das sehe ich ganz genauso und sitze dann auf der Couch und sage, jawoll, wo kann ich unterschreiben? Ich liebe die Zeitung, Sie treffen einfach den Nagel auf den Kopf! Sie gehen rein, da wo es anderen wehtut und holen raus, was wirklich gesprochen werden muss und das ist das, wo ich sage Mut zur Wahrheit ist nicht nur der Slogan von der AfD, sondern tatsächlich, COMPACT hilft uns diesen Mut zur Wahrheit in der Bevölkerung wirklich ankommen zu lassen."*[2078]

COMPACT veröffentlichte am 26. August 2023 einen Beitrag über den neugewählten Landrat von Sonneberg (TH), Robert Sesselmann (Mitglied im AfD-Landesvorstand

---

[2074] Bessin, Birgit: Interview mit COMPACT zur Landratswahl in Sonneberg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 27.06.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2075] Bessin, Birgit: Studiogast in „Brennpunkt"-Sendung von COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.10.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2076] COMPACT: „COMPACT. Der Tag" vom 19.05.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 01.06.2022.
[2077] John, Steffen: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.10.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2078] Mengel-Stähle, Elisabeth: Exemplarisch: Interview mit Jürgen Elsässer; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 26.09.2024, abgerufen am 26.03.2025.

TH). Dieser stand dem Magazin in diesem Rahmen auch für ein Interview zur Verfügung.[2079]

Am 12. November 2023 war der COMPACT-Mitarbeiter Paul Klemm zu Gast beim Landeskongress der JA Brandenburg und hielt dort einen Redebeitrag.[2080]

Zuletzt ließ sich im Januar 2024 das Mitglied im Thüringischen Landtags Uwe Thrum am Tag der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis (TH) zu seiner Kandidatur befragen. In dieser Sendung äußerte sich auch Björn Höcke zum Thema.[2081]

Neben der Teilnahme an Veranstaltungen und Beiträgen im Magazin konnte außerdem festgestellt werden, dass einzelne Landtagsfraktionen und ein Landesverband Werbeanzeigen im COMPACT-Magazin geschaltet hatten. So wurde im Heft 11/2023 eine Anzeige des AfD-Landesverbands Brandenburg abgedruckt, in der um Spenden für Großplakate gebeten wurde.[2082]

Besonders ist in diesem Zusammenhang die AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt zu nennen, die in der Vergangenheit regelmäßig Anzeigen schaltete. So warb die Fraktion in den Heften 10/2023[2083] und 11/2023[2084] für ihre eigene kostenlose Zeitung Aufbruch, in den Heften 5/2023[2085] und 6/2023[2086] für die Bürgerdialoge der Fraktion und im Heft 02/2024 für die „familienpolitische Resolution" der Fraktion[2087]. In den Ausgaben, 8/2023,[2088] 9/2023 (Referent für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien) [2089], 12/2023 (Referent für Inneres und Sport)[2090] und 10/2024 (Referent (m/w/d) für Infrastruktur, Landwirtschaft und Umwelt)[2091] suchte sie über die Anzeigen außerdem nach neuen Mitarbeitenden.

[2079] Sesselmann, Robert: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.08.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2080] Klemm, Paul: Instagram-Eintrag vom 12.11.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2081] Thrum, Uwe: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.01.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2082] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 11/2023, S. 38.
[2083] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 10/2023, S. 21.
[2084] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 11/2023, S. 31.
[2085] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 05/2023; S. 53.
[2086] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 06/2023, S. 28.
[2087] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 02/2024, S. 47.
[2088] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 08/2023, S. 20.
[2089] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 09/2023, S. 37.
[2090] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 12/2023, S. 31.
[2091] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 10/2024, S. 47.

Die Anzeigen wurden der Fraktion offensichtlich in Rechnung gestellt. So überwies die AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt beispielsweise am 2. Februar 2024 den Betrag von 2.368,10 Euro an COMPACT.[2092]

Auch die Landtagsfraktion Bayern schaltete im Heft 1/2024 eine allgemeine Stellenausschreibung im COMPACT-Magazin.[2093]

Das COMPACT-Magazin weist nicht nur Verbindungen zu Vertretern der Bundes- und Landesebene auf, sondern auch zu Untergliederungen und Einzelpersonen der Kreisebene.

So hielt der Kommunalpolitiker Stefan Treichel (MV), zu diesem Zeitpunkt AfD-Vertreter in der Bürgerschaft Rostock (MV), am 29. April 2022 auf einer Veranstaltung des COMPACT-Magazins einen Vortrag.[2094] Im selben Monat wurde auf der Website von COMPACT ein Vortrag des Rechtsextremisten und COMPACT-Chefredakteurs Jürgen Elsässer zum Thema „Ukraine-Krieg“ bei dem offenen Stammtisch des AfD-Ortsverbands Falkensee (BR) angekündigt.[2095] [2096] Der stellvertretende Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Wunsiedel (BY) und Direktkandidat für die Bezirkstagswahl Oberfranken 2023, Christian Engel, gab COMPACT TV im Rahmen des COMPACT-Sommerfests am 12. August 2023 in Stößen (ST) ein Interview.[2097]

Der AfD-Kreisverband München-Ost (BY) organisierte am 18. Februar 2023 eine Demonstration anlässlich der Münchener Sicherheitskonferenz. Als Redner traten neben den Bundestagsabgeordneten Petr Bystron (mittlerweile MdEP, BY), Christina Baum (BW/ST) und Steffen Kotré (BB) auch der COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer auf. Das COMPACT-Magazin fungierte zudem als „*Medienpartner*“ für die Kundgebung.[2098]

[2092] FIU-Verdachtsmeldung vom 09.02.2024 (VS-NfD).
[2093] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 01/2024, S. 63.
[2094] Treichel, Stefan: Vortrag am 29.04.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.05.2022, Kanal: „Aktionsgruppe Nord Ost“, abgerufen am 17.05.2022.
[2095] COMPACT: „COMPACT-Großplakate „Frieden mit Russland‘ jetzt im Berliner Osten! Am Do. spricht Elsässer in Spandau!“ vom 20.04.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 21.04.2022.
[2096] AfD Falkensee: „Stammtisch in Falkensee“, in: www.afd-falkensee.de, abgerufen am 21.04.2022.
[2097] Engel, Christian: Interview mit COMPACT im Rahmen des COMPACT-Sommerfests am 12.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.08.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2098] AfD-Kreisverband München: Facebook-Eintrag vom 09.02.2023, abgerufen am 13.02.2023.

Am 20. April 2022 wurde für den Folgetag auf der Website von COMPACT ein Vortrag des COMPACT-Chefredakteurs Jürgen Elsässer zum Thema „Ukraine-Krieg“ bei dem offenen Stammtisch des AfD-Ortsverbands Falkensee (BR) angekündigt.[2099] [2100]

Der stellvertretende Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Anhalt-Bitterfeld (ST) und Kandidat bei der OB-Wahl in Bitterfeld-Wolfen, Henning Dornack (ST), gab Jürgen Elsässer im Juni 2023 im Rahmen seines Wahlkampfs ein Interview.[2101]

Anlässlich der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis (TH) gab das Mitglied der dortigen AfD-Kreistagsfraktion Hartmut Lucas (TH) am 28. Januar 2024 COMPACT TV ein Interview.[2102]

Durch die Mitwirkung in Medienformaten von COMPACT und das Teilen der COMPACT-Inhalte vergrößerten die angeführten AfD-Untergliederungen und Mitglieder in erheblichem Maße deren virtuelle Reichweite und förderten damit die Verbreitung von deren Inhalten.

2. Ein Prozent

Der Verein Ein Prozent mit Sitz in Görlitz (SN) wurde Ende Oktober 2015 gegründet und treibt sowohl in materieller als auch in ideeller Form die Unterstützung, Bewerbung und Förderung verschiedener Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen voran. Hierbei handelt es sich in weiten Teilen um die Vernetzung verfassungsschutzrelevanter Akteure aus dem Spektrum der Neuen Rechten, mit denen der Verein darüber hinaus in nicht unerheblichem Maße in zentralen ideologischen Positionen übereinstimmt. Ein Prozent fördert Aktionen, Protestformen sowie Anlaufpunkte für Treffen und Veranstaltungen. Teilweise tritt Ein Prozent dabei auch selbst als Initiator auf. Erklärtes Ziel des Vereins ist es, ein dichtes Netzwerk aus Aktivistinnen und Aktivisten und eine „Gegenkultur“ zu schaffen, um auf diese Weise letztlich

---

[2099] COMPACT: „COMPACT-Großplakate ‚Frieden mit Russland‘ jetzt im Berliner Osten! Am Do. spricht Elsässer in Spandau!“ vom 20.04.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 21.04.2022.
[2100] AfD Falkensee: „Stammtisch in Falkensee, in: www.afd-falkensee.de, abgerufen am 21.04.2022.
[2101] Dornack, Henning: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.07.2023, Kanal: COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2102] Lucas, Hartmut: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.01.2024, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.

die „patriotische Wende" zu erreichen. Der Name Ein Prozent spiegelt dabei insgesamt die Überzeugung wider, dass die Unterstützung von einem Prozent der Deutschen genüge, um eine Relevanz zu erreichen, die perspektivisch die Verwirklichung der eigenen Ziele ermögliche. Seit März 2023 wird Ein Prozent im BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung bearbeitet.

Zu den Mitbegründern gehören die Rechtsextremisten Götz Kubitschek, Verleger des Verlags Antaios, verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift Sezession und zudem stellvertretender Vorsitzender des im April 2024 aufgelösten Vereins Institut für Staatspolitik (IfS, mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG), und Jürgen Elsässer, alleiniger Gesellschafter, Geschäftsführer sowie Dreh- und Angelpunkt der COMPACT-Magazin GmbH. Der Verein wird durch den Vorsitzenden Philip Stein und seinen Stellvertreter John Hoewer geleitet.[2103] Stein ist als einer der zentralen Figuren innerhalb der Neuen Rechten anzusehen und u. a. als Verleger des Jungeuropa Verlags tätig. Darüber hinaus gehören Personen mit biographischen Hintergründen und Vorläufen in der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) sowie im gewaltorientierten Rechtsextremismus zu den Mitgliedern und Mitarbeitenden des Vereins, beispielsweise Jonas Schick, ehemaliger Aktivist der IB. Schick tritt inzwischen als Verleger des Oikos Verlags und Herausgeber der Zeitschrift Die Kehre in Erscheinung. Er war in der Vergangenheit außerdem regelmäßiger Gesprächspartner im vereinseigenen Podcast „Lagebesprechung". Jonas Schick war überdies im März 2021 als Redner bei einer vom Brandenburger AfD-Landesverband und der Jungen Alternative Brandenburg gemeinsam organisierten Veranstaltung zum Themenkomplex „Heimatschutz, Naturschutz und Ökologie" geladen.[2104] Schick ist außerdem Mitarbeiter im Bundestagsbüro des Abgeordneten René Springer (BB).[2105]

Als Nebenorganisation von Ein Prozent ist außerdem das 2017 gegründete in Dresden ansässige Unternehmen Archetyp GmbH zu nennen, dessen Geschäftsführer Philip Stein ist. Ein Prozent ist hundertprozentiger Gesellschafter des Unternehmens.[2106] Archetyp erbringt Dienstleistungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und bietet neben dem Druck und Vertrieb von Werbematerialien und Broschüren u. a.

[2103] Auszug Vereinsregister (Amtsgericht Dresden, VR 8987) vom 31.03.2025.
[2104] Junge Alternative Brandenburg: Facebook-Eintrag vom 09.03.2021, abgerufen am 11.03.2021.
[2105] taz: „Die AfD und die Identitären: Ein Feigenblatt" vom 04.09.2023, in: www.taz.de, abgerufen am 29.02.2024.
[2106] Auszug Handelsregister (Amtsgerichts Dresden, HRB 36878) vom 06.01.2025.

auch die Erstellung von Film- und Fotoaufnahmen und Beratung in Fragen von Werbung sowie Public Relations an.

Zahlreiche hochrangige Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partei unterstützen den Verein Ein Prozent, indem sie regelmäßig als Gesprächspartner für den Podcast „Lagebesprechung" zur Verfügung stehen und die Aktionen des Vereins, wie beispielsweise Wahlbeobachtungen bei Landtags- und Bundestagswahlen, in den sozialen Medien teilen.

Die Bundestagsabgeordnete Christina Baum (BW/ST) fungierte am 28. März 2022 als Gesprächspartnerin für den Podcast „Lagebesprechung" von Ein Prozent zum Thema Impfpflicht.[2107] Am 7. Juni 2022 dankte Ein Prozent Baum auf der vereinseigenen Website für die Unterstützung des „Solifonds", einem vom Verein eingerichteten Fonds zur Sammlung für die Opfer von *„linksextremer und migrantischer Gewalt"*, und eine Spende. In dem Dank heißt es:

> *„AfD-Abgeordnete Christina Baum zeigt Solidarität [...]. Die Ärztin aus Baden-Württemberg bezieht in einem neuen Video klar Stellung gegen Linksextremismus und ruft zur Solidarität mit dem Opfer aus Erfurt auf. Ebenfalls im Fokus ihrer Stellungnahme: unser einzigartiger Solifonds für die Opfer von migrantischer und linksextremer Gewalt! Frau Baum ist jedenfalls mit gutem Beispiel vorangegangen und hat mit einer Spende über 1000 Euro mitgeholfen, dass das Opfer in Bälde einen Erholungsurlaub antreten kann."*[2108]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) weist ebenfalls eine Nähe zum Verein Ein Prozent auf. So bekundete Beckamp am 13. Juni 2022 in einem Tweet, eine Fördermitgliedschaft des Vereins Ein Prozent abgeschlossen zu haben, und empfiehlt den Abschluss einer solchen Mitgliedschaft.[2109] Am 14. Mai 2022, und damit einen Tag vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, warb Beckamp für die Unterstützung der Wahlbeobachtungskampagne von Ein Prozent zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Im August 2022 teilte Beckamp eine

---

[2107] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Corona-Impfpflicht – im Gespräch mit Dr. Christina Baum" vom 28.03.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 29.03.2022.
[2108] Ein Prozent: „AfD-Abgeordnete Christina Baum zeigt Solidarität" vom 07.06.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 08.06.2022.
[2109] Beckamp Roger: Tweet vom 13.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.

Ausgabe des Ein Prozent-Podcasts „Lagebesprechung"[2110] und eine Recherche von Ein Prozent auf seinem Telegram-Kanal[2111]. Am 26. April 2023 reagierte Beckamp auf die zu dem Zeitpunkt erfolgte Einstufung der Jungen Alternative (JA), des IfS und von Ein Prozent zur gesichert extremistischen Bestrebung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, indem er ein Video mit dem Titel *„JA, IFS, EIN PROZENT: Gesichert deutschlandfreundlich!"* auf YouTube einstellte und dieses u. a. über Telegram verbreitete.[2112] In einem weiteren Telegram-Beitrag am selben Tag gab Beckamp bekannt, nun Fördermitglied von Ein Prozent zu sein[2113], und kommentierte dies mit folgenden Worten:

> *„Nun bin ich auch Fördermitglied bei Ein Prozent. Vielen Dank für den Hinweis, Thomas Mecki Haldenwang!"*[2114]

Marie-Thérèse Kaiser (Kreistagsabgeordnete, NI) schrieb am 16. Mai 2024 auf X, dass Roger Beckamp anlässlich der gegen sie geführten Verfahren eine Spendengala veranstaltet habe, die über den *„Solifonds"* von Ein Prozent lief.[2115]

Ein enges Verhältnis zu Ein Prozent pflegt auch der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW). Am 11. Mai 2022 veröffentlichte Ein Prozent auf Twitter (heute: X) ein Video, in dem Helferich auf die „Wahlbeobachter"-Kampagne des Vereins zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen aufmerksam machte.[2116] Am 12. Mai 2022 postete Helferich das Video zudem auf Facebook.[2117] Am 15. und am 24. Mai 2022 teilte Helferich jeweils zwei Tweets des Vereins.[2118] [2119] Zwei Monate später, am 22. Juli 2022, teilte Helferich einen Tweet von Benedikt Kaiser, der wiederum einen Tweet von Ein Prozent zu möglichen Protesten im Herbst

---

[2110] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 19.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.
[2111] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 10.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[2112] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 26.04.2023, abgerufen am 02.05.2023.
[2113] Der vermeintliche Widerspruch zu seiner oben zitierten Äußerung vom 13.06.2022 kann hierbei nicht aufgeklärt werden.
[2114] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 26.04.2023, abgerufen am 02.05.2023.
[2115] Kaiser, Marie-Thérèse: Tweet vom 16.05.2024, abgerufen am 17.05.2024.
[2116] Helferich, Matthias: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 11.05.2022, Kanal: „Ein Prozent:", abgerufen am 12.05.2022.
[2117] Helferich, Matthias: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 12.05.2022, Kanal: „Matthias Helferich MdB", abgerufen am 25.05.2022.
[2118] Helferich, Matthias: Retweet eines Tweets vom 15.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.
[2119] Helferich, Matthias: Retweet eines Tweets vom 24.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.

2022 teilte.[2120] Am 4. Juni 2022 war Helferich zu Gast im Podcast „Lagebesprechung“ von Ein Prozent zum Thema „Die AfD, ein gäriger Haufen“.[2121] Am 16. Januar 2023 teilte Helferich auf Facebook eine Recherche von Ein Prozent, in welcher sich der Verein insbesondere auf Informationen bezog, die aus parlamentarischen Anfragen von AfD-Abgeordneten stammen.[2122] Helferich bewarb sein Wahlkreisbüro[2123] zudem als Versammlungsort, indem er in einem Telegram-Beitrag vom 12. September 2023 darauf hinwies, dass das Büro nun auf unter der Rubrik „Liste der patriotischen Zentren“ auf der Website von Ein Prozent gelistet sei:

> *„Mein patriotisches ‚Nest‘ in Dortmund findet sich nun auch in der Liste der patriotischen Zentren! […] Hier geht es zum Artikel bei #EinProzent“*[2124] [2125]

Matthias Helferich teilte am 11. März 2024 einen Beitrag von Ein Prozent auf Telegram.[2126] Ebenfalls verbreitete er am 5. März 2024 auf seinem Telegram-Kanal einen Beitrag von Ein Prozent mit einem Hinweis auf eine digitale Expertenschulung zur Wahlbeobachtung.[2127] Diesen Hinweis wiederholte er auf Telegram am 4. Juni 2024.[2128]

Als Gast beim Podcast von Ein Prozent trat in der Vergangenheit regelmäßig auch der Bundestagsabgeordnete René Springer (BB) auf. So war Springer jeweils am 8. Mai 2022[2129] und am 3. März 2023[2130] zu den Themen „Die Energiekrise und die sozialen Folgen“ bzw. „Rezession, Stagflation oder doch alles anders?“ Gesprächspartner von Ein Prozent. Unter dem Titel „Volksvertreter gegen Amadeu Antonio Stiftung“ beteiligte sich Springer am 3. April 2023 abermals als Gast am Podcast.[2131] Zudem gab Springer dem Verein zu dem Thema Inflation ein Interview, das er am

---

[2120] Helferich, Matthias: Retweet eines Tweets vom 22.07.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[2121] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung – Die AfD, ein gäriger Haufen – Matthias Helferich im Gespräch“ vom 04.06.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 08.06.2022.
[2122] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 16.01.2023, abgerufen am 17.01.2023.
[2123] Vgl. S 638.
[2124] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 12.09.2023, abgerufen am 12.09.2023.
[2125] Ein Prozent: „Patrioten brauchen Freiraum“, in: www.einprozent.de, vom 12.09.2023, abgerufen am 12.09.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 2.)
[2126] Helferich, Matthias: geteilter Telegram-Beitrag vom 11.03.2024, abgerufen am 13.03.2024.
[2127] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 05.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.
[2128] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 04.06.2024, abgerufen am 06.06.2024.
[2129] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung“, Folge „Energiekrise und soziale Folgen – René Springer im Gespräch“ vom 08.05.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 09.05.2022.
[2130] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung“, Folge „Rezession, Stagflation oder alles anders? – René Springer “ vom 03.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 16.03.2023.
[2131] Ein Prozent: „Volksvertreter gegen Amadeu Antonio Stiftung“ vom 03.04.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

5. April 2023 auf Twitter (heute: X) verbreitete.[2132] Springer teilte im September[2133] und Oktober[2134] 2024 Beiträge von Ein Prozent und Philip Stein, dem Vorsitzenden des Vereins, auf X. Er beschäftigt mit Jonas Schick ein Ein Prozent-Mitglied[2135] [2136] als Mitarbeiter.[2137]

Der Bundestagsabgeordnete und damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (BB) unterstützte ebenfalls die Wahlbeobachtungskampagne von Ein Prozent bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022. So veröffentlichte Ein Prozent am 13. Mai 2022 auf Twitter (heute: X) ein Video, in dem Gnauck für die „Wahlbeobachter"-Kampagne des Vereins warb.[2138] Zuvor hatte er in einem Tweet vom 1. November 2021 außerdem erklärt, dass er aus seiner Abgeordnetenkostenpauschale 500 Euro für den „Solifonds" von Ein Prozent gespendet habe.[2139] Zu dieser Spende erklärte er:

> *„Unterstützungswerten Projekten, die sich für den Erhalt der unserer Heimat einsetzen, werde ich immer unter die Arme greifen."*[2140]

Neben Gnauck erklärte Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) im April 2023 öffentlich, dass er an Ein Prozent gespendet habe. Diese von ihm so benannte „*Demokratiespende*" erfolgte vor der bekannt gewordenen Hochstufung von Ein Prozent zur gesichert extremistischen Bestrebung. Hierzu schrieb er auf Telegram:

> *„Die irre Begründung: Angeblich gebe es kein deutsches Volk außer dem deutschen Staatsvolk (den Passdeutschen). […] Die Beobachtung durch den VS ist zutiefst antidemokratisch und falsch. Damit sie sich juristisch wehren können,*

[2132] Springer, René: Videobeitrag; veröffentlicht in: Retweet eines Tweets vom 05.04.2023, Kanal: „René Springer", abgerufen am 12.04.2023.
[2133] Springer, René: Retweet eines Tweets vom 18.09.2024, abgerufen am 24.09.2024. Retweet eines Tweets vom 25.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.
[2134] Springer, René: Retweet eines Tweets vom 14.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[2135] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Türkei: Erdogan der Böse?" vom 16.05.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 12.03.2024.
[2136] Auszug Vereinsregister (Amtsgericht Dresden, VR 8987) vom 28.05.2021.
[2137] taz: „Die AfD und die Identitären: Ein Feigenblatt", in: www.taz.de, abgerufen am 29.02.2024.
[2138] Gnauck, Hannes: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 13.05.2022, Kanal: „einprozent.de", abgerufen am 16.05.2022.
[2139] Gnauck, Hannes: Tweet vom 01.11.2021, abgerufen am 23.02.2024.
[2140] RBB24: „AfD-Abgeordneter spendet Steuergelder an rechte Organisationen" vom 04.11.2021, in: www.rbb24.de, abgerufen am 19.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 1.)

spende ich eine ‚Demokratieabgabe' an JA, IfS und ‚Ein Prozent'. Macht ihr mit?"[2141]

Im Februar 2024 teilte Jan Wenzel Schmidt des Weiteren einen Tweet von Ein Prozent über eine Gedenkveranstaltung des Vereins in Dresden und lobte die Aktion folgendermaßen:

„Ein starkes und wichtiges Zeichen zum Jahrestag der #Bombardierung Dresdens im Jahr1945. Es ist Zeit für ein würdiges Gedenken."[2142]

Franz Schmid (MdL BY, Vorsitzender der JA BY bis März 2025) spendete im Oktober 2024 500 Euro an Ein Prozent und forderte auf X zudem *„Solidarität mit dem Vorfeld!"*. Ergänzend schrieb er:

„Wenn unser Vorfeld angegriffen wird, müssen wir zusammenhalten. Deswegen unterstütze ich die Kampagne des @ein_prozent Solifonds!"[2143]

Markus Frohnmaier (MdB, BW) nahm am 1. März 2023 als Gast an der Podcast-Folge zum Thema „Sanktionen ohne Ende, Europas Weg in die Sackgasse" teil.[2144] Mit Jürgen Pohl (TH), [2145] Christina Baum (BW/ST)[2146] und Jan Nolte (HE)[2147] waren drei weitere Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion zu Gast im Podcast.

Am 11. Oktober 2023 wurde auf der Internetseite von Ein Prozent eine am 21. Oktober 2023 in der Immobilie des Zentrum Rheinhessen in Mainz (RP) stattfindende „Alternative Buchmesse" beworben, die vom Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier (RP) organisiert wurde:

„Die Mannschaft um den Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier hat in Mainz mit dem ‚Zentrum Rheinhessen' einen echten Freiraum für alle Patrioten geschaffen – wir hatten über das Projekt und die Bedeutung solcher

---

[2141] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 27.04.2023, abgerufen am 20.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[2142] Schmidt, Jan Wenzel: Tweet vom 13.02.2024, abgerufen am 15.02.2024.
[2143] Schmid, Franz: Tweet vom 31.10.2024, abgerufen am 31.10.2024.
[2144] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Sanktionen ohne Ende, Europas Weg in die Sackgasse – Markus Frohnmaier im Gespräch" vom 01.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2145] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Bürgergeld – verkapptes Grundeinkommen? Jürgen Pohl im Gespräch" vom 16.11.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2146] Ein Prozent: „Kommt die Corona-Impfpflicht? Im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Christina Baum" vom 28.03.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2147] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Mit Leoparden zum ukrainischen Sieg?" vom 02.02.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 02.02.2022.

Freiräume berichtet. Nun bieten die Mainzer ein kleines Alternativprogramm zur immer weiter ins ‚woke' abrutschenden Buchmesse. Zwischen 10 und 18 Uhr wird es verschiedene Vorträge und Projektvorstellungen geben. Mit dabei sind u. a. der Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser, der Romanautor Volker Zierke, der Kalligrafie-Künstler Wolf PMS, ‚Ein Prozent'-Leiter Philip Stein uvm. Das genaue Programm hängt vor Ort aus. Als Aussteller sind bisher die Verlage Oikos (‚Die Kehre'), Hydra Comics und Jungeuropa sicher vertreten." [2148]

Ein Prozent war schließlich mit einem Stand auf der Veranstaltung präsent.[2149]

Petr Bystron (zum damaligen Zeitpunkt MdB, mittlerweile MdEP, BY) veröffentlichte am 27. April 2023 auf Facebook eine Grafik mit der Aufschrift *„Junge Alternative & Ein Prozent sind nicht rechtsextrem"* und schrieb hierzu:

„Der Systemschutz versucht, den Höhenflug der AfD zu stoppen. Die ‚Junge Alternative' ist nicht rechtsextrem, genauso der Verein ‚Ein Prozent'. Beide leisten wichtige Arbeit zum Erhalt unserer Heimat."[2150]

Weiterhin stand der damalige Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) als Gesprächspartner für den Podcast „Lagebesprechung" zur Verfügung. Krah trat am 10. Juni 2022 im Vorfeld seiner Kandidatur bei der Oberbürgermeisterwahl in Dresden bei dem Podcast auf.[2151]

Am 5. Februar 2021 war Thomas Ladzinski, damaliger Bundesschatzmeister der JA, zu Gast im Podcast „Lagebesprechung" von Ein Prozent und sprach zu dem Thema „Digitale Infrastruktur in Sachsen voranbringen".[2152]

In der Podcast-Folge vom 27. März 2023 zum Thema „Platzende Blasen – Banken in der Krise" war Alexander Jungbluth (RP) zu Gast, der auf der Kandidatenliste für

---

[2148] Ein Prozent: „Alternative Buchmesse in Mainz" vom 11.10.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 04.03.2024.
[2149] Jungeuropa Verlag: Tweet vom 23.10.2023, abgerufen am 24.10.2024.
[2150] Bystron, Petr: Facebook-Eintrag vom 27.04.2023, abgerufen am 20.07.2023.
[2151] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Oberbürgermeisterwahl in Dresden – Dr. Maximilian Krah im Gespräch" vom 10.06.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 08.07.2022.
[2152] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Digitale Infrastruktur in Sachsen voranbringen – Thomas Ladzinski im Gespräch" vom 09.02.2021; in: www.einprozent.de, abgerufen am 22.11.2022.

die Europawahl 2024 auf Platz 5 stand und später auch in den AfD-Bundesvorstand gewählt wurde.[2153]

Zahlreiche Funktionärinnen und Funktionäre der AfD-Landesebene unterstützen zudem die Aktivitäten von Ein Prozent in prägender Weise, indem sie dem Verein als Interviewpartner zur Verfügung stehen oder seine Inhalte in den sozialen Medien teilen.

Die AfD Brandenburg verbreitete am 18. September 2024 auf ihrem Instagram-Kanal einen Beitrag, der auf eine Recherche mit zugehörigem Artikel von Ein Prozent verweist. Neben einer eindeutigen Leseempfehlung werden in dem Beitrag auch Teile des Artikels wiedergegeben.[2154]

In einem Facebook-Eintrag vom 13. Februar 2024 dankte Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) Ein Prozent:

> *„In Gedenken an die Opfer der Bombenangriffe auf Dresden […] Wir vergessen nicht, dass ein wichtiger Teil unserer Identität durch die Zerstörung unserer Städte ausradiert werden sollte. Wir vergessen sie nicht, die tausenden Menschen, die so grausam ihr Leben ließen. Und wir vergessen auch nicht das Leid, das ihre Familien bis heute ertragen müssen. An dieser Stelle möchten wir uns auch bei EinProzent bedanken, die mit ihrer wichtigen Aktion gestern ein Zeichen gegen das Vergessen gesetzt haben und zeigen, dass auch 79 Jahre später die Erinnerung nicht verblasst ist“*[2155]

Der damalige Landtagsabgeordnete Lars Schieske (mittlerweile MdB, BB) ließ sich wiederholt von Ein Prozent für deren Formate interviewen. So war Schieske am 11. Mai 2022 zu dem Thema „Der erste AfD-Oberbürgermeister Deutschlands?“ Gast im Podcast „Lagebesprechung“.[2156] Am 26. September 2022 trat Schieske zum Thema „Das Rathaus zum Greifen nah – Stichwahl in Cottbus – Lars Schieske im

---

[2153] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung“, Folge „Platzende Blasen – Banken in der Krise“ vom 27.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2154] AfD Brandenburg: Instagram-Eintrag vom 18.09.2024, abgerufen am 19.09.2024.
[2155] Krah, Maximilian: Facebook-Eintrag vom 13.02.2024, abgerufen am 14.02.2024.
[2156] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung“, Folge „Der erste AfD-Oberbürgermeister Deutschlands?“ vom 11.05.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 11.05.2022.

Gespräch" erneut bei dem Podcast auf.[2157] Am 28. April 2023 brachte Schieske auf Facebook seine Unterstützung für den Verein Ein Prozent zum Ausdruck. Als Reaktion auf die Einstufung von Ein Prozent als gesichert extremistische Bestrebung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz schloss Schieske augenscheinlich eine Fördermitgliedschaft bei Ein Prozent ab. In einem Facebook-Eintrag veröffentlichte er einen an ihn adressierten Antrag auf Fördermitgliedschaft und schrieb über den Verein:

> *„Jetzt erst recht! Der politisch gesteuerte #Verfassungsschutz befindet sich auf einem #Irrweg und dies ist äußerst besorgniserregend. Deutschlands größtes patriotisches #Bürgernetzwerk ‚Ein Prozent' macht sich für all jene stark, die ihre #Heimat nicht kampflos einer politischen Elite von #Ideologen überlassen wollen. Es ist an der Zeit, dass jeder von uns Position bezieht und sich für das deutsche #Volk einsetzt. […] Tritt auch du in den #Widerstand ein! […] #fördermitglied"*[2158]

Daniel Roi (MdL ST) [2159] war seit spätestens Februar 2024 Fördermitglied von Ein Prozent und spendete dem Verein monatlich 20 Euro.[2160]

Der Landtagsabgeordnete Thore Stein (MV) teilte im April 2022 auf Twitter (heute: X) gleich mehrere Beiträge von Ein Prozent[2161] und war im August 2022 zudem Gast im Podcast Lagebesprechung[2162].

Jean-Pascal Hohm (Vorsitzender der AfD Cottbus, mittlerweile zudem MdL BB) ist neben Marie-Thérèse Kaiser (Kreistagsabgeordnete, NI) Moderator des Kanals „Wir

---

[2157] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Das Rathaus zum Greifen nah – Stichwahl in Cottbus – Lars Schieske im Gespräch" vom 26.09.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 22.03.2022.

[2158] Schieske, Lars: Facebook-Eintrag vom 27.04.2023, abgerufen am 07.06.2023.

[2159] Roi wurde im Dezember 2024 aus der Fraktion ausgeschlossen, ein Parteilausschlussverfahren gegen ihn läuft noch.

[2160] FIU-Verdachtsmeldung vom 19.02.2025 (VS-NfD).

[2161] Stein, Thore: Retweets von Tweets vom 04., 07. und 19.04.2022, abgerufen am 09.05.2022.

[2162] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Schlachtfeld ‚Landwirtschaft': zwischen ökologischen Problemen und Produktionszwängen – Thore Stein im Gespräch" vom 24.08.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

klären das".[2163] Außerdem verbreitete Hohm in der Vergangenheit mehrfach Inhalte von Ein Prozent und dessen Vorsitzenden Philip Stein.[2164]

Carlo Clemens, nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter und ehemaliger JA-Bundesvorsitzender, war am 16. April 2022 gemeinsam mit Zacharias Schalley (mittlerweile MdL NW) anlässlich des Themas „Umweltschutz und Patriotismus" im Podcast zu hören.[2165]

Die Wahlbeobachtungskampagne von Ein Prozent zu der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022 wurde vom Landtagsabgeordneten Ulrich Siegmund (ST) am 12. Mai 2022 per Video auf Twitter (heute: X) beworben und von Ein Prozent in einem Tweet weiterverbreitet.[2166] Siegmund, der im August 2022 zum Co-Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war, nahm am 17. Januar 2024 außerdem als Gast im Podcast „Lagebesprechung" zum Thema „Das Potsdamer ‚Geheimtreffen' – Ulrich Siegmund im Gespräch" teil.[2167]

Am 14. Mai 2022 veröffentlichte Ein Prozent auf Twitter (heute: X) ein Video, in dem der nordrhein-westfälische Landtagswahlkandidat Zacharias Schalley (mittlerweile MdL NW) für die Unterstützung der Wahlbeobachtungskampagne von Ein Prozent warb.[2168]

[2163] Ein Prozent: „ZPS: die linke Propaganda-Maschine" vom 27.03.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025. Ein Prozent: „Podcast: Wie weiter, Junge Alternative?" vom 20.01.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025. Ein Prozent: „Podcast: Was darf man von Jungpolitikern erwarten?" vom 10.09.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025. Ein Prozent: „Video: Ukraine oder Russland: Welcher Weg, Europa?" vom 01.04.2022, in:www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025. Ein Prozent: „‚Wir klären das!' analysiert den Koalitionsvertrag" vom 01.12.2021, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025.

[2164] Hohm, Jean-Pascal: Retweet eines Tweets vom 02.11.2023, abgerufen am 10.11.2023. Retweet eines Tweets vom 28.11.2023, abgerufen am 05.12.2023; Retweet eines Tweets vom 12.02.2024, abgerufen am 04.03.2024; Retweet eines Tweets vom 16. und 19.04.2024, abgerufen am 21.05.2024. Tweet vom 24.02.2024, abgerufen am 04.03.2024; Retweet eines Tweets vom 28.08.2024, abgerufen am 24.09.2024; Retweet eines Tweets vom 05.09.2024, abgerufen am 24.09.2024; Retweet eines Tweets vom 09.09.2024, abgerufen am 24.09.2024; Retweet eines Tweets vom 18.09.2024, abgerufen am 24.09.2024; Retweet eines Tweets vom 22.09.2024, abgerufen am 24.09.2024.

[2165] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Konservative Umweltpolitik – Carlo Clemens und Zacharias Schalley im Gespräch" vom 16.04.2022; veröffentlicht in: www.einprozent.de, abgerufen am 21.03.2023.

[2166] Siegmund, Ulrich: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 12.05.2022, Kanal: „einprozent.de", abgerufen am 16.05.2022.

[2167] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Das Potsdamer ‚Geheimtreffen' – Ulrich Siegmund im Gespräch" vom 17.01.2024, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2168] Schalley, Zacharias: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 14.05.2022, Kanal: „einprozent.de", ohne Abrufdatum.

Gordon Köhler, Landtagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, trat am 11. Juli 2022 als Gesprächspartner des „Lagebesprechung"-Podcasts von Ein Prozent auf.[2169]

Ebenfalls Gast im organisationseigenen Podcast war das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Thorsten Weiß. So nahm Weiß an der am 21. November 2022 veröffentlichten Ausgabe des von Jonas Schick moderierten „Lagebesprechung"-Podcasts teil. Gegenstand des Gesprächs war das von Weiß neu gegründete Idearium-Debatten-Netzwerk.[2170] Zudem war Weiß gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Jan Nolte (HE) am 2. Februar 2023 Podcast-Gast zum Thema „Mit Leoparden zum ukrainischen Sieg?".[2171] Weiß verbreitete am Vorabend des Jahrestags der Bombardierung Dresdens 1945 auf X hierzu einen Beitrag von Ein Prozent.[2172]

Mit Antonin Brousek[2173] nahm am 10. Februar 2023 ein weiteres Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses am Podcast von Ein Prozent als Gesprächspartner teil. Gemeinsam mit dem damaligen Berliner JA-Landesvorsitzenden Martin Kohler sprach Brousek über das Thema „Berlin kurz vor der Wahl".[2174]

Am 15. Mai 2023 war der damalige stellvertretende bayerische JA-Landesvorsitzende und Beisitzer im JA-Bundesvorstand Franz Schmid (mittlerweile MdL BY) zu Gast im Podcast und sprach über das Thema „Linke Strukturen zerschlagen – das Ende des Kollektivs".[2175]

Weiterhin war für die Podcast-Folge zum Thema „Gesprengte Pipelineträume – Klimastiftung im Visier" am 30. März 2023 der Landtagsabgeordnete und AfD-Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer (MV) zu Gast.[2176]

2169 Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Wie sieht rechte Familienpolitik aus?" vom 11.07.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 12.07.2022.
2170 Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Das Debattennetzwerk ‚Idearium' – Thorsten Weiß im Gespräch" vom 21.11.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 21.11.2022.
2171 Frei3: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Mit Leoparden zum ukrainischen Sieg?" vom 02.02.2023, in: www.frei3.de, abgerufen am 02.02.2023.
2172 Weiß, Thorsten: Retweet eines Tweets vom 12.02.2024, abgerufen am 04.03.2024.
2173 Am 29. August 2023 wurde bekannt, dass Antonin Brousek (MdA) aus der AfD und der Abgeordnetenhaus-Fraktion ausgetreten ist. Er gab persönliche Gründe als Motivation an.
2174 Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Berlin kurz vor der Wahl – Martin Kohler und Antonin Brousek im Gespräch" vom 10.02.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 14.02.2023.
2175 Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Linke Strukturen zerschlagen – das Ende des Kollektivs 26 – Franz Schmid im Gespräch" vom 15.05.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
2176 Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Gesprengte Pipelineträume – Klimastiftung im Visier – Nikolaus Kramer im Gespräch" vom 20.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

Nur einen Tag später, am 31. März 2023, veröffentlichte Ein Prozent einen Artikel, für den der AfD-Landesvorsitzende in Sachsen Jörg Urban (MdL SN) für ein Interview zur Verfügung stand.[2177]

Zudem beteiligte sich der damalige Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion Torben Braga (seit 2025 MdB, TH) am 21. September 2023 an einer Folge des Podcasts mit dem Titel „Thüringen und der ‚Pakt mit dem Teufel'".[2178]

Neben den aktiven Teilnahmen an Formaten und Veranstaltungen von Ein Prozent drückten AfD-Politiker auch auf andere Weise ihre Unterstützung für den Verein aus. So beispielsweise Björn Höcke (TH): Bei einer am 2. Dezember 2022 in Zwickau (SN) von der AfD organisierten Demonstration unter dem Motto „Zwickau heizt ein!" begann Höcke seinen Redebeitrag mit einer Danksagung an die *„treuen Mitstreiter des Vorfeldes"*[2179]. In seinen Ausführungen dankte Höcke explizit u. a. auch Ein Prozent:

> *„Bevor ich aber in medias res gehe, bevor ich dann auch zur schlimmen Lage in diesem Lande komme und die Schuldigen klar benenne, möchte ich auch noch einmal Danke sagen. Danke, an die treuen Mitstreiter des Vorfeldes, die heute hier sind. Ich hab das COMPACT-Magazin gesehen, ich hab die Kehre gesehen, ich hab Ein Prozent gesehen. Liebe Freunde, das ist toll, dass ihr hier seid und gemeinsam mit uns, der AfD, dieses Zeichen für Einigkeit und Recht und Freiheit setzt. Ja, wir sind die Partei aber ohne Vorfeld sind wir nichts, liebe Freunde."*[2180]

Bereits im Jahr zuvor hatte Höcke am 17. September 2021 in einem Facebook-Eintrag für den „Solifonds" von Ein Prozent geworben:

> *„Eine uns sehr wohlgesonnene Bürgerinitiative ist nun dabei, diese Solidarität zu organisieren. Es soll nicht weiter dem Zufall überlassen bleiben, ob ein Fall*

[2177] Ein Prozent: „Asylproteste: Das sagen AfD, Freie Sachsen und Co." vom 31.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 31.03.2023.
[2178] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Thüringen: der ‚Pakt mit dem Teufel'? – Philip Stein und Torben Braga im Gespräch" vom 21.09.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2179] Höcke, Björn: Rede auf der Veranstaltung „Zwickau heizt ein!" am 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal", abgerufen am 05.12.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 1.)
[2180] Ebd.

> *öffentliche Bekanntheit erlangt und damit auch Hilfswillige erreicht. […] Anwaltskosten, Öffentlichkeitsarbeit oder Geld für ein ausgebranntes Auto: Die neue Initiative Solifonds hilft, wenn es einen von uns trifft. Unterstützen Sie deshalb Solifonds – mit Spenden, aber auch, indem sie diese Initiative bekannt machen.“*[2181]

Im Zusammenhang mit den Ermittlungsverfahren gegen den Landtagsabgeordneten Daniel Halemba (BY) solidarisierte sich Ein Prozent mit diesem und initiierte unter der Überschrift *„Aufruf: Solikonto für Daniel Halemba“* im Oktober 2023 eine Spendensammlung:

> *„Gestern Morgen wurde Daniel Halemba, ein blutjunger angehender Abgeordneter der Opposition, verhaftet. Sein Vergehen? ‚Volksverhetzung‘ – ein Gummiparagraf, dessen Anwendung von Staat und Justiz in den letzten Jahren immer weiter ausgedehnt und inflationär genutzt wird, um unliebsame ‚Meinungsverbrecher‘ mundtot zu machen. Er wurde per Haftbefehl gesucht (‚Verdunkelungsgefahr‘), medial durch den Dreck gezogen und verpasste so die konstituierende Sitzung des bayerischen Landtags. Sein Name ist nun deutschlandweit bekannt. Er wird als Verbrecher gebrandmarkt. Seit gestern Abend ist Halemba vorerst wieder frei. Doch die Ermittlungen dauern an. Es kann nach dieser Schikane nur eine Antwort geben: Solidarität! […] Und betroffen ist jetzt ganz konkret Daniel Halemba – einer von uns. Es wäre feige, nun die Hände in den Schoß zu legen und darauf zu verweisen, dass Halemba Solidarität vor allem aus den Reihen seiner Partei, der AfD, erfahren solle. Denn so einfach ist es nicht: Partei und außerparlamentarische Opposition sollten einander trotz der Kritik, die vor allem von uns gegen die parlamentarische Trägheit immer wieder vorgebracht wird, im Ringen um unsere Heimat gegenseitig unterstützen. Deshalb handeln wir jetzt und rufen auf: Unterstützen Sie mit uns den jungen Abgeordneten Daniel Halemba! Ein 22-jähriger Jungspund hat nicht die finanziellen Mittel, um den dringend benötigten Strafverteidiger zu zahlen. Wir werden ihn dabei unterstützen und zunächst die Kosten decken, die entstehen. Halemba wird sich, nachdem er sein durchaus gut dotiertes Mandat im Bayerischen Landtag angetreten hat, ganz sicher revanchieren und dem Solidaritätsfonds die notwendige*

[2181] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 17.09.2021, abgerufen am 23.02.2024.

Unterstützung zukommen lassen. Doch jetzt sind erst einmal wir an der Reihe, Halemba den Rücken zu stärken.“ [2182]

Der Sachverhalt wurde außerdem in einer Lagebesprechung-Folge am 2. November 2023 von Kaiser und Stein besprochen.[2183] Über das Ergebnis der Spendensammlung berichtete Ein Prozent einem Beitrag vom 17. November 2023, in dem mitgeteilt wurde, dass Halemba über den „Solifonds“ zwischenzeitlich finanziell mit 5.000 Euro unterstützt worden sei:

„Die Vorgänge um den jungen bayerischen AfD-Landtagsabgeordneten Daniel Halemba haben in den etablierten Medien und auch in der patriotischen Bewegung für viel Wirbel gesorgt. Der ‚Ein Prozent‘-Solifonds ist eingesprungen, um einem jungen Mann zu helfen, der grundlos ins Gefängnis gesteckt werden sollte. Der Fall ist eine gute Gelegenheit, um noch einmal klarzustellen, wie patriotische Solidarität funktioniert und wie wir arbeiten. In vorheriger Absprache mit Daniel Halemba haben wir einen Spendenaufruf gestartet. Denn Halemba ist zwar Landtagsabgeordneter – und verdient so verhältnismäßig viel Geld –, hatte aber zum Zeitpunkt der Hetzjagd gegen ihn noch keinen Cent erhalten. Nach unserem Spendenaufruf gingen 112 Einzelspenden mit einer Gesamtsumme von 4.643 Euro ein. Diese Summe runden wir auf 5.000 Euro auf und lassen Sie dem Abgeordneten zukommen. Sie sind eine Soforthilfe für die Kosten, die angefallen sind, um seine Freiheit sicherzustellen und ihn aus der drohenden Haft zu befreien. Das Besondere in diesem Fall: Wenn Daniel Halemba seine Abgeordnetenbezüge erhalten hat, wird er die Summe in den nächsten Monaten komplett an den Solifonds zurückzahlen. Das bedeutet, dass das eingenommene Geld anderen Patrioten in Not helfen kann und wird.“[2184]

In einem Beitrag vom 2. November 2023 wurde sodann ergänzt:

[2182] Ein Prozent: „Aufruf: Solikonto für Daniel Halemba“ vom 30.10.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 29.02.2024.

[2183] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung“, Folge „Halemba: zwischen Repression und Solidarität“ vom 02.11.2023, in: www.einprozent.de, ohne Abrufdatum.

[2184] Ein Prozent: „So haben wir Daniel Halemba geholfen“ vom 17.11.2023, in: www.einprozent.de, ohne Abrufdatum.

> *„Im Fall Halemba übernehmen wir die ersten Anwaltsrechnungen, die angefallen sind, um den jungen Abgeordneten aus der Haft zu holen.*[2185]

Rene Dierkes (MdL BY) teilte im November 2024 auf X einen Beitrag von Ein Prozent.[2186]

Der Verein Ein Prozent wird auch von der AfD-Kreisebene positiv bewertet und unterstützt.

So beschloss der AfD-Kreisverband Magdeburg (ST) am 18. März 2023 im Rahmen eines Kreisparteitags einstimmig ein Bekenntnis zum *„Konzept der Bewegungspartei AfD"*. Damit einher gehe das *„Bekenntnis zum politischen Vorfeld der Partei und dessen Unterstützung, u. a. Ein Prozent, PEGIDA, Zukunft Heimat, Institut für Staatspolitik"*.[2187]

Dario Seifert, damaliger Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Vorpommern-Rügen (mittlerweile MdB, MV), warb für Ein Prozent, indem er bei einem AfD-Infostand am 4. Juni 2022 in Ribnitz-Damgarten (MV) ein T-Shirt der Organisation trug.[2188]

Insbesondere die AfD Hochsauerlandkreis (NW) teilte im Zeitraum zwischen April und August 2022 zahlreiche Inhalte von Ein Prozent auf Telegram[2189] und Instagram[2190]. Auch die AfD Erzgebirge (SN) teilte am 28. Juli 2022 auf Telegram einen Beitrag von Ein Prozent.[2191]

Der Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Zwickau (SN) Jonas Dünzel (mittlerweile MdL SN) war am 2. Dezember 2022 zu Gast im Podcast „Lagebesprechung" und diskutierte über eine „Großdemo in Zwickau und die Zukunft der Proteste".[2192]

2185 Ein Prozent: „Solifonds: Bereits über 52.000 Euro ausgezahlt" vom 02.11.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 29.02.2024.
2186 Dierkes, Rene: Retweet eines Tweets vom 01.11.2024, abgerufen am 12.02.2025.
2187 Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 19.03.2023, abgerufen am 21.03.2023.
2188 Alternative für Deutschland Vorpommern-Rügen - AfD VR: Facebook-Eintrag vom 04.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.
2189 AfD Hochsauerlandkreis: Telegram-Beiträge vom 04.04.2022, 07.04.2022, 11.04.2022, 16.04.2022, 21.04.2022, 28.04.2022 und 29.04.2022, abgerufen am 05.05.2022. Telegram-Beitrag vom 07.06.2022, abgerufen am 13.06.2022. Telegram-Beitrag vom 17.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.
2190 AfD Hochsauerlandkreis: Instagram-Eintrag vom 22.06.2022, abgerufen am 23.06.2022.
2191 AfD Erzgebirge: Telegram-Beitrag vom 28.07.2022, abgerufen am 29.07.2022.
2192 Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Großdemo in Zwickau und die Zukunft der Proteste" vom 02.12.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

Die Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Rotenburg (Wümme) und Kreistagsabgeordnete Marie-Thérèse Kaiser (NI) moderiert regelmäßig Videos für den Kanal „Wir klären das!" von Ein Prozent, beispielsweise eine Folge am 12. Januar 2024 mit dem Titel „‚Wir klären das!' Wie verbietet man die AfD?"[2193] und zuletzt am 6. März 2025[2194]. Kaiser wurde in der Vergangenheit außerdem finanziell durch den Solifonds unterstützt:

> *„Marie-Thérèse Kaiser ist keine Bürgerin wie alle anderen. Sie steht zu ihrer Meinung, moderiert ein patriotisches Videoformat, arbeitet im Bundestag und geht ihren Weg. Als Preis dafür kann sie nicht unbeschwert durch Instagram scrollen, ohne wenigstens einen abwertenden Kommentar, eine beleidigende Nachricht oder eine Drohung zu lesen. Nachts kann sie nicht sicher sein, ob nicht Linksextreme im Dunkeln einen Angriff planen, ob nicht morgen schon ein Auto oder ein Haus brennen. Sie müsste unsicher werden, wüsste sie nicht, dass es das wert ist. Aber Politik hat in Deutschland eben ihren Preis. Und durch unseren Solifonds hat sie jetzt starke Rückendeckung."*[2195]

Der AfD-Kreisverband Paderborn (NW) teilte im April 2024 auf Telegram einen Beitrag von Ein Prozent, in dem für den „Solifonds" der Organisation geworben wurde.[2196]

Wie bereits oben erwähnt, lassen sich zwischen den Gliederungen und Mitgliedern der AfD und der JA neben der inhaltlichen Zusammenarbeit auch finanzielle Verbindungen aufzeigen, sei es in Form von Spenden oder Fördermitgliedschaften bei Ein Prozent oder Aufträgen an die Archetyp GmbH als Teilorganisation von Ein Prozent.

So wurden zwischen Oktober 2017 und August 2022 insgesamt mindestens 294.739,20 Euro von AfD-Gliederungen, darunter die Bundestagsfraktion, vier Landtagsfraktionen und sechs Landesverbänden, an die Archetyp GmbH für Auftragsarbeiten überwiesen. Im gleichen Zeitraum konnten außerdem noch Zahlungen in der

[2193] Ein Prozent: „‚Wir klären das!': Wie verbietet man die AfD?" vom 12.01.2024, in: www.einprozent.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2194] Ein Prozent: „Darf der Staat so mit ‚Verbrechern' umgehen?" vom 06.03.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025.
[2195] Solifonds: „Marie-Thérèse Kaiser - Die ganze Geschichte: Wer ist Marie-Thérèse Kaiser?", ohne Datum, in: www.solifonds.me, abgerufen am 27.02.2024.
[2196] AfD Paderborn: Telegram-Beitrag vom 24.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.

Gesamthöhe von 53.153,77 Euro vom JA-Bundesverband und elf Landesverbänden an die Archetyp GmbH festgestellt werden.[2197]

Die Höhe der Summen sprechen dafür, dass die Verbindung zwischen Ein Prozent bzw. deren Teilorganisation Archetyp und diversen Fraktionen und Untergliederungen der AfD sowie der JA dabei über die Jahre hinweg kontinuierlich und in einer finanziell relevanten Größenordnung bestanden und bis heute fortbestehen. Auch die im Juni 2020 erfolgte und öffentlich bekanntgegebene[2198] Einstufung von Ein Prozent zum rechtsextremistischen Verdachtsfall hatte keinen Einfluss auf diese finanziellen Verbindungen.

3. Menschenpark Veranstaltungs UG (ehemals Institut für Staatspolitik)/Verlag Antaios

Der im Jahr 2000 u. a. durch Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann gegründete Verein Institut für Staatspolitik (IfS) ist einer der zentralen Impuls- und Ideengeber der Neuen Rechten und stellt als „Denkfabrik" einen der wichtigsten Diskussions- und Vernetzungsorte der Neuen Rechten dar.[2199] [2200] Der Verein hat seit 2003 seinen Sitz in Schnellroda (ST).

Der Verein für Staatspolitik e.V., offizieller Träger des Instituts für Staatspolitik, wurde durch die nunmehr ehemaligen Vorsitzenden Erik Lehnert und Götz Kubitschek zum

---

[2197] Vermerk vom 19.02.2025 über finanzielle Verbindungen zwischen verschiedenen Organisationsstrukturen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und der Junge Alternative für Deutschland (JA) zum Verein Ein Prozent e. V. und dessen hundertprozentigen Tochterunternehmen, der Archetyp GmbH, welche Teil der Bestrebung um den Verein ist. (VS – NfD)

[2198] Siehe zu der damaligen Presseberichterstattung bspw.: SPIEGEL: „Rechter Verein ‚Ein Prozent' ist Verdachtsfall" vom 29.06.2020, abgerufen am 31.03.2025; ZEIT: „Verfassungsschutz stellt Ein Prozent unter Beobachtung" vom 29.06.2020, abgerufen am 31.03.2025; Freilich Magazin: „Verfassungsschutz stuft nun auch ‚Ein Prozent' als Verdachtsfall ein" vom 29.06.2025, abgerufen am 31.03.2025.

[2199] Pfahl-Traughber, Armin: „Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme", Wiesbaden 2019, S. 123.

[2200] Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn bezeichnete die Zeitschrift Sezession im Jahr 2015 gar als „eine[m] der wichtigsten, wenn nicht sogar dem zentralen Theorieorgan im bundesdeutschen Rechtsextremismus". Salzborn, Samuel: „Religionsverständnisse im Rechtsextremismus. Eine Analyse am Beispiel des neurechten Theorieorgans Sezession", in: Martin H. W. Möllers/ Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): „Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2014/2015", Frankfurt 2015, S. 297.

17. April 2024 liquidiert.[2201] Die Auflösung wurde gemäß eines aktuellen Vereinsregisterauszugs[2202] auf zwei Mitgliederversammlungen am 28. Februar und 20. März 2024 beschlossen.

Bereits am 28. Februar 2024 erfolgte die Neugründung der Menschenpark Veranstaltungs UG, deren alleiniger Geschäftsführer Götz Kubitschek ist. Am 29. Februar 2024 wurde zudem die Metapolitik Verlags UG durch den Geschäftsführer Erik Lehnert gegründet.

Die bisher vom IfS herausgegebene Zeitschrift Sezession wird seit Ausgabe 119 (April 2024) von der Metapolitik Verlags UG verantwortet;[2203] die Ausrichtung der Veranstaltungen des IfS („Akademien“) ist seit Sommer 2024 auf die Menschenpark Veranstaltungs UG übergegangen.[2204]

Beide neugegründeten Unternehmergesellschaften können aufgrund einer inhaltlichen Kontinuität sowie der personellen und postalischen Übereinstimmungen als Fortsetzung der Aktivitäten des IfS angesehen werden.

Noch im März 2006 wurde als vertretungsberechtigter 1. Vorsitzender des Vereins für Staatspolitik der heutige Co-Landessprecher Hessen und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Andreas Lichert (MdL HE), aufgeführt. Lichert schied laut Vereinsregister im Oktober 2018 aus dieser Funktion aus.[2205]

War das IfS in seinen Anfangsjahren noch eng mit der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT verbunden, ist spätestens seit dem Jahr 2014 eine zunehmende Distanzierung zwischen beiden Organisationen zu beobachten. Als ursächlich für diese Spaltung können u. a. unterschiedliche Haltungen zur AfD und der Frage der strategischen Positionierung der Partei gesehen werden, die auch zum Ausscheiden von Karlheinz Weißmann aus dem IfS führten.[2206]

[2201] Sezession: „Das Institut für Staatspolitik ist Geschichte – warum?“ vom 13.05.2024, abgerufen am 14.05.2024.
[2202] Vereinsregisterauszug (Amtsgericht Stendal, VR 46786), abgerufen am 02.05.2024.
[2203] Handelsregisterauszug (Amtsgericht Stendal, HRB 34030), abgerufen am 03.05.2024.
[2204] Handelsregisterauszug (Amtsgericht Stendal, HRB 34026), abgerufen am 03.05.2024.
[2205] Vereinsregisterauszug (Amtsgericht Stendal, VR 46786), abgerufen am 20.02.2024.
[2206] Kellershohn, Helmut: „Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt“, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): „Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2., aktual. und erw. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 455.

Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum

Als Kernthema des IfS wird die „staatspolitische Ordnung" genannt. Hierzu werden Veranstaltungen durchgeführt und Publikationen hergestellt, wozu Einzelveröffentlichungen sowie insbesondere die dem IfS zurechenbare Zeitschrift Sezession gehören. Eine große Reichweite entfaltet in diesem Zusammenhang auch der Internetauftritt der Sezession, auf dem eine Mischung aus bereits in der Zeitschrift publizierten Beiträgen, eigens für die Website verfassten Artikeln, Hinweisen und Nachbetrachtungen zu Veranstaltungen sowie umfangreiche Leserkommentare und ein Heftarchiv zu finden sind. Verantwortlicher Redakteur der Sezession ist Götz Kubitschek. Organisatorisch zwar formal unabhängig vom IfS ist der Verlag Antaios, der allerdings als Hausverlag des IfS angesehen werden kann.[2207] Dieser übernimmt faktisch auch den Direktvertrieb der Sezession. Sitz des Verlags ist – wie auch im Falle des IfS – das Rittergut Schnellroda (ST), der Wohnsitz von Götz Kubitschek. Dieser ist als Verleger des Verlags Antaios, Co-Leiter des IfS sowie Redakteur und Stammautor der Sezession als die zentrale Figur im beschriebenen Geflecht von Organisationen zu sehen. Aufgrund dieses personellen und inhaltlichen Zusammenhangs werden die drei Organisationen zusammen betrachtet. Das IfS – und damit gleichzeitig auch die Sezession – werden vom BfV seit April 2023 als gesichert extremistische Bestrebungen eingestuft. Der Verlag Antaios wird als gesichert rechtsextrem eingestuft.

Strategisch reklamiert das IfS für sich selbst eine wichtige metapolitische Rolle, was die Herausgeber der Sezession im Jahr 2020 entsprechend auch als eine der konzeptionellen Säulen der Zeitschrift formulierten:

> *„Sezession ist maßgeblich. Das bedeutet: Vieles, was an der AfD und an anderen Widerstandsprojekten grundsätzlich, kompromißlos, nicht verhandelbar und angriffslustig wirkt und ist, wurde in unserer Zeitschrift vorausgedacht, ausformuliert und in die Debatte erst eingespeist. Mehr kann man sich von einem metapolitischen Zeitschriftenprojekt nicht wünschen!"*[2208]

Bereits in dieser Aussage zeigt sich, dass sich das IfS bzw. dessen Zeitschrift als programmatischen Vordenker u. a. der AfD ansieht. Dass diese Deutung nicht nur

[2207] Pfahl-Traughber, Armin: „Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen", Wiesbaden 2019, S. 13.
[2208] Sezession: „Konzept", in: www.sezession.de, abgerufen am 25.11.2020.

eine rein einseitige Sichtweise des IfS ist, lässt sich auch an den folgenden festgestellten Verbindungen zwischen IfS, Sezession bzw. Verlag Antaios und Mitgliedern der AfD erkennen.

So äußerten sich diverse Akteure der AfD-Bundesebene wiederholt eindeutig positiv zum IfS und zu dessen inhaltlichen Positionen. Spitzenpolitikerinnen und -politiker der AfD standen der Sezession in der Vergangenheit sogar selbst als Autoren von Gastbeiträgen zur Verfügung oder traten bei IfS-Veranstaltungen als Rednerinnen und Redner auf und unterstützten das Medium auf diese Weise.

So veröffentlichte der YouTube-Kanal „Kanal Schnellroda“ anlässlich der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der Zeitschrift Sezession am 25. März 2023 in Schnellroda (ST) im April 2023 ein Video, in dem sich die AfD-Vertreter Hans-Christoph Berndt (MdL BB), Antonin Brousek[2209] (MdA), Hans Neuhoff (AfD-Landesvorstandsmitglied und mittlerweile MdEP, NW), Björn Höcke (MdL TH), Oliver Kirchner (MdL ST), Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN), Nikolaus Kramer (MdL MV), Jörg Urban (MdL SN) und Thorsten Weiß (MdA) positiv über die Sezession äußerten und die freundschaftlichen Kontakte zu deren Vertretern und Autoren betonten. Als weitere Teilnehmer des Jubiläums waren im Video zudem Dimitrios Kisoudis (Referent von Tino Chrupalla und der AfD-Bundestagsfraktion) und Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) zu sehen.[2210]

Am 11. Mai 2023 erschien ein Interview der Sezession mit dem AfD Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) mit dem Titel „9. Mai? Ein Gespräch mit Tino Chrupalla“.[2211] Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN)[2212], Oliver Kirchner (MdL ST)[2213] und Siegbert Droese (seit 2024 MdEP, Landesvorstandsmitglied AfD Sachsen)[2214] teilten das Interview im Nachgang in den sozialen Netzwerken.

[2209] Am 29. August 2023 wurde bekannt, dass Antonin Brousek (MdA) aus der AfD und der Abgeordnetenhaus-Fraktion ausgetreten ist. Er gab persönliche Gründe als Motivation an.
[2210] Kanal Schnellroda: „20 Jahre Sezession‘ – Jubiläumsfeier in Schnellroda“ vom 26.04.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 27.04.2023.
[2211] Sezession: „9. Mai? Ein Gespräch mit Tino Chrupalla“ vom 11.05.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 12.05.2023.
[2212] Krah, Maximilian: Tweet vom 11.05.2023, abgerufen am 12.05.2023.
[2213] Kirchner, Oliver: Facebook-Eintrag vom 12.05.2023, abgerufen am 22.02.2024.
[2214] Droese, Siegbert: Tweet vom 11.05.2023, abgerufen am 12.05.2023.

Im Juni 2022 nahm der Europaabgeordnete Maximilian Krah (SN) an einer privaten Veranstaltung mit ca. 60 Gästen in Pirna (SN) teil, auf welcher neben ihm auch Götz Kubitschek und Erik Lehnert als Redner auftraten.[2215] Weiterhin hielt er im Rahmen der vom 2. bis 4. September 2022 in Schnellroda (ST) stattgefundenen „22. Sommerakademie" des IfS einen Vortrag mit dem Titel „Energie, Wirtschaft, Umbau – eine Analyse".[2216] Im April 2023 nahm Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) an einer Lesung von Benedikt Kaiser teil.[2217] Beim Sommerfest des IfS im Juli 2023 war Krah überdies mit dem Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) sowie den Landtagsabgeordneten Andreas Lichert (HE) und Hans-Christoph Berndt (BB) Teil einer Podiumsdiskussion zu dem Thema „Wie weiter?".[2218] An der Veranstaltung nahmen auch damalige Mitglieder der Jungen Alternative auf Bundesebene teil, etwa Anna Leisten (Beisitzerin)[2219] und Tomasz Froelich (stellvertretender JA-Bundesvorsitzender, seit 2024 MdEP, HH)[2220]. Zudem war Maximilian Krah im Januar 2023[2221] und September 2023[2222] Gast der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft" auf dem YouTube-Kanal „Kanal Schnellroda", der vom IfS betrieben wird. In der Folge vom September 2023 mit dem Titel „Kür in Magdeburg, Politik von rechts, Spezial Fall AfD" äußerte sich Krah gegenüber seinen Gesprächspartnern Götz Kubitschek und dessen Ehefrau Ellen Kositza nach seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der AfD für die Europawahl im Jahr 2024 wie folgt:

> *„Ich bin ja auch noch hier heute, um Ihnen zunächst beiden [Anm.: Ellen Kositza und Götz Kubitschek] zu danken. […] Sie haben immer gestanden, sie hatten*

[2215] Lochner, Tim: Facebook-Eintrag vom 03.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.
[2216] Krah, Maximilian: Rede auf der „22. Sommerakademie" des IfS in Schnellroda (ST); veröffentlicht in: www.youtube.com am 13.09.2022, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 22.09.2022.
[2217] JA Altmark: Instagram-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.
[2218] Kanal Schnellroda: „Sommerfest-Podium #AfD – mit Maximilian Krah, Andreas Lichert, Matthias Helferich, Christoph Berndt"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.07.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 18.07.2023.
[2219] Leisten, Anna: Instagram-Eintrag vom 09.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.
[2220] Froelich, Tomasz: Tweet vom 09.07.2023, abgerufen am 11.07.2023.
[2221] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft", Folge 33; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.01.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 16.01.2023.
[2222] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft", Folge 35; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.09.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 18.03.2024.

> *die richtigen Hinweise, sie haben die richtigen Ratschläge gegeben. Ich wäre nicht Spitzenkandidat ohne Ihrer beider Hilfe. Insofern vielen Dank dafür.“*[2223]

Am 13. September 2023 wurde auf der Website der Sezession ein Interview mit dem Titel „Ich provoziere mit Selbstverständlichkeiten“ mit Maximilian Krah veröffentlicht.[2224] Am 23. und 30. November 2023 teilte Krah auf X (ehemals Twitter) zudem Tweets der Sezession. In dem Tweet vom 30. November 2023 ging es um einen Beitrag, den er selbst in der Sezession veröffentlicht hatte.[2225]

Im November 2023 hielt Krah außerdem auf einer Tagung des IfS einen Vortrag zum Thema „Nahost-Konflikt und Vergangenheitspolitik“.[2226] Gemeinsam mit Kubitschek nahm Krah im Januar 2024 weiterhin an zwei Veranstaltungen in Wien und Budapest teil. Hierzu und zum offenbar guten Zusammenspiel mit Krah führte Kubitschek aus:

> *„Das Format war diesmal ein anderes, wir trugen nicht einfach vor, sondern antworteten stets beide auf Fragen zur Lage und zu den Hintergründen der Kampagne. Das war lebendig, man ergänzte sich und kam in Fahrt, vor allem, weil man einander nicht ausstechen wollte, sondern gemeinsam an der Lagefeststellung arbeitete. In Budapest war es anders. Wir waren zu Gast im Institut Imre Kertész, einer aufwendig renovierten und hervorragend ausgestatteten Jugendstilvilla. Ich trug dort zehn Thesen zur ‚Lage der nationalen Opposition in Deutschland‘ vor, Krah sprach über das Europakonzept der AfD und gab danach fünf oder sechs Interviews, wobei neben regierungsnäheren auch oppositionelle Medienvertreter zum Zuge kamen“.*[2227]

Darüber hinaus erschien am 15. Juni 2023 im Verlag Antaios ein Buch von Maximilian Krah mit dem Titel „Politik von rechts. Ein Manifest“, das aufgrund der großen

---

[2223] Ebd.
[2224] Sezession: „‚Ich provoziere mit Selbstverständlichkeiten‘ – Krah im Gespräch“ vom 13.09.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 13.09.2023.
[2225] Krah, Maximilian: Retweets von Tweets vom 23.11.2023 und 30.11.2023, abgerufen am 04.12.2023.
[2226] Sezession: „Kontrovers: Maximilian Krahs Vortrag über Nahost und Geschichtspolitik“ vom 06.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2227] Sezession: „Hinter den Linien. Tagebuch – Mittwoch, 7. Februar“ vom 15.02.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2024.

Nachfrage bisher in sechs Auflagen erschienen ist und dem Verlag einen entsprechend großen Umsatz eingebracht haben dürfte. [2228] Der Ehrenvorsitzende der Bundespartei Alexander Gauland (MdB, BB) schrieb für das Buch ein Vorwort.[2229]

Krah nahm zudem gemeinsam mit unter anderem dem jetzigen Europaabgeordneten Petr Bystron (BY) und Götz Kubitschek im Januar 2024 an einer Vortragsreise nach Budapest (HUN) teil.[2230]

Für den 1. und 2. März 2024 lud Krah zu einer von ihm organisierten und von der ID-Fraktion im Europäischen Parlament finanzierten Tagung zum Thema „Postkoloniale Theorie und politische Realität im Widerstreit" ein.[2231] [2232]

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) weist ebenfalls eine Nähe zum IfS und dem Verlag Antaios auf. So berichtete Helferich am 8. Juni 2022 von seiner Teilnahme an einer Vortragsveranstaltung mit Günther Scholdt, Autor des Verlags Antaios. Den Verlag erwähnte Helferich in einem Hashtag seines Facebook-Posts.[2233] Am 13. September 2022 bewarb Helferich in einer Instagram-Story ein Buch des Verlags Antaios zum Thema „Bevölkerungsaustausch und Great Reset".[2234] Wenige Tage später, am 26. September 2022, gab Helferich an, eine vom IfS ausgerichtete Veranstaltung, an der auch Götz Kubitschek teilnahm, mit der Bezeichnung „Staatspolitischer Salon" in der Berliner „Staatsreparatur" besucht zu haben.[2235] [2236] Auf Facebook teilte Helferich am 21. April 2023 einen Sezession-Artikel, der sich mit dem Entzug der Immunität Björn Höckes auseinandersetzt.[2237]

[2228] Antaios: „Politik von Rechts. Ein Manifest", in: www.antaios.de, abgerufen am 01.08.2024.
[2229] Alexander Gauland: Vorwort, in: Maximilian Krah: „Politik von rechts. Ein Manifest", Schnellroda 2023, S. 7 ff.
[2230] Bystron, Petr: Instagram-Eintrag vom 29.01.2024, abgerufen am 29.01.2024.
[2231] Sezession: „Historische Schuld und Europa – eine Tagung in Brüssel" vom 16.02.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.
[2232] Veranstaltungsprogramm „Historische Schuld und Europa: Postkoloniale Theorie und politische Realität im Widerstreit", ohne Datum, www.sezession.de, ohne Abrufdatum.
[2233] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 08.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[2234] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 13.09.2022, abgerufen am 14.09.2022.
[2235] Staatsreparatur: „Programm September 2022", in: www.staatsreparatur.de, abgerufen am 27.09.2022.
[2236] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 27.09.2022, abgerufen am 12.10.2022.
[2237] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.04.2023, abgerufen am 24.04.2023.

Helferich verbreitete in einer Instagram-Story im Januar 2024 folgendes Zitat von Götz Kubitschek:

> *„Unser Volk ist noch lange nicht am Ende, und wir alle werden in den kommenden Monaten noch erleben, welche Kraft zum Widerstand dieses Volk noch hat!“*[2238]

In einem Tweet vom 30. Mai 2023 lobte Helferich zudem den neurechten Publizisten, langjährigen Mitarbeiter des Verlags Antaios und Mitglied des IfS Benedikt Kaiser:

> *„Kaiser ist einer der klügsten Köpfe des publizistischen Vorfelds. Die #AfD wäre dumm, wenn sie sich von ihm lösen würde, nur um der WELT zu gefallen. #solidaritaetisteinewaffe“*[2239]

Auf seine augenscheinliche Nähe zu Benedikt Kaiser in einem Kommentar zu einem Tweet angesprochen, erwiderte Helferich zu einem späteren Zeitpunkt:

> *„Ich bin Kaiser-Mann.“*[2240]

Im Oktober 2023 lud Helferich Kaiser in sein Dortmunder Wahlkreisbüro ein, um dort mit rund 60 Gästen über sein Buch „Konvergenz der Krisen“ zu diskutieren.[2241] Unter den Gästen war auch der Bundestagsabgeordnete Rüdiger Lucassen (NW), der sich im Nachgang in einem Facebook-Kommentar für die Veranstaltung bedankte.[2242]

Kaiser ist nach Presseberichten neben seinen publizistischen Tätigkeiten außerdem als Mitarbeiter bei Jürgen Pohl (zum damaligen Zeitpunkt MdB, TH) angestellt.[2243]

Am 15. Juni 2022 veröffentlichte der Bundestagsabgeordnete René Springer (BB) gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Hans-Christoph Berndt (BB) auf der Internetseite der Sezession einen Gastbeitrag mit dem Titel „Betrachtungen der Zukunft der AfD“.[2244]

[2238] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 10.01.2024, abgerufen am 10.01.2024.
[2239] Helferich, Matthias: Tweet vom 30.05.2023, abgerufen am 01.06.2023.
[2240] Helferich, Matthias: Kommentar unter einem Instagram-Eintrag vom 21.07.2024, abgerufen am 23.07.2024.
[2241] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 08.10.2023, abgerufen am 12.10.2023.
[2242] Cassel, Felix Alexander: Facebook-Eintrag vom 07.10.2023, abgerufen am 09.10.2023.
[2243] WELT: „AfD-Abgeordneter im Bundestag beschäftigt langjährigen Neonazi“ vom 28.05.2023, in: www.welt.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2244] Sezession: „Betrachtungen zur Zukunft der AfD“ vom 15.06.2022, in: www.sezession.de, abgerufen am 15.06.2022.

Der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) bewarb am 21. September 2022 in einem YouTube-Video die Sezession als Medium einer *„virtuelle[n] Gegenöffentlichkeit“*.[2245]

Er empfahl zudem als Reaktion auf die Einstufung des Instituts für Staatspolitik als gesichert extremistische Bestrebung die Lektüre eines im Verlag Antaios veröffentlichten Buchs:

> *„Thomas Haldenwangs Entscheidung, den Verlag Antaios als ‚gesichert rechtsextrem‘ einzustufen, erinnert doch ein wenig an Ray Bradburys dystopischen Roman ‚Fahrenheit 451‘. In ‚Fahrenheit 451‘ geht es um eine Gesellschaft, in der Bücher verboten sind und VS-Schlapphüte – Verzeihung – „Feuerwehrmänner beauftragt sind, diese zu verbrennen, um unabhängiges & kritisches Denken zu unterdrücken und die Bevölkerung zu kontrollieren.*
> *Ähnlich dazu könnte die Einstufung des Verlags Antaios als ein Versuch gesehen werden, dissidente Positionen zu überwachen und zu unterdrücken. […]*
> *Auf diesen Schock hin: Bestellen Sie doch beim Verlag Antaios!“*[2246]

In einem am 16. Dezember 2022 veröffentlichten YouTube-Video des Schnellroda-Kanals sprach Hannes Gnauck (damals Bundesvorsitzender der JA und MdB, BB) mit Götz Kubitschek und Erik Lehnert über die Junge Alternative und Gnaucks biographische Hintergründe.[2247]

Das Mitglied des AfD-Bundesvorstands Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) nahm im Rahmen des IfS-Sommerfests 2023 an einer Podiumsveranstaltung zum Thema „Transgender“ teil.[2248] Jongen veröffentlichte außerdem am 22. Dezember 2023 einen Gastbeitrag auf der Internetseite der Sezession, in dem er Stellung nahm zum Beschluss des AfD-Bundesvorstands, Revolte Rheinland auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei zu setzen.[2249]

[2245] Beckamp, Roger: „Ohne freie Medien? Ohne mich!“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.09.2022; Kanal: „Roger Beckamp“, abgerufen am 26.09.2022.
[2246] Beckamp, Roger: Instagram-Eintrag vom 19.06.2024, abgerufen am 20.06.2024.
[2247] Gnauck, Hannes: Podcast „Am Rande der Gesellschaft“ vom 16.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.12.2022.
[2248] Sezession: „In den Schulen Regenbogenbeflaggung wie zu Kanzlers Geburtstag“ vom 28.07.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2249] Sezession: „Über der AfD hängt das Damoklesschwert der Vernichtung, sagt Marc Jongen“ vom 22.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.

Hans Neuhoff (mittlerweile MdEP, NW) hielt am 18. April 2023 bei der Veranstaltung „20 Jahre Sezession“ in Schnellroda die Hauptrede zum Thema „Der Ukrainekonflikt und die neue Weltordnung“.[2250]

Der Bundestagsabgeordnete und Generalsekretär des AfD-Landesverbands Sachsen-Anhalt Jan Wenzel Schmidt (ST) erklärte im April 2023 öffentlich, dass er an das IfS gespendet habe. Diese von ihm so benannte „Demokratiespende“ erfolgte vor der bekannt gewordenen Hochstufung des IfS zur gesichert extremistischen Bestrebung.[2251] Schmidt nahm außerdem im November 2023 in Wien gemeinsam mit Götz Kubitschek an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Linksextremismus als wachsende Gefahr“ teil.[2252] [2253]

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese (seit 2024 MdEP, SN) teilte am 22. September 2022 im sozialen Netzwerk Twitter (heute: X) einen Beitrag der Sezession und schrieb dazu:

> *„Hervorragend! LESEEMPFEHLUNG!“*[2254]

Neben den bereits erwähnten Mitgliedern der Bundesebene zeigten auch zahlreiche Untergliederungen und Vertreter der AfD auf Landesebene eine positive und unterstützende Haltung zum IfS.

An erster Stelle in diesem Zusammenhang ist der thüringische Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke (TH) zu nennen, der dem IfS und insbesondere Götz Kubitschek eng verbunden ist. So wurde am 9. September 2023 auf dem vom IfS betriebenen YouTube-Kanal „Kanal Schnellroda“ aus der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft“ ein Gespräch zwischen Björn Höcke, Götz Kubitschek und Ellen Kositza veröffentlicht.[2255] Höcke äußert sich in dem Video wie folgt:

> *„Aber ich glaube, klar ist, dass mit einem Trivialliberalismus, mit einer mit einer liberal-konservativen Partei, wie sie Lucke vorschwebte, als Juniorpartner für*

[2250] Sezession: „20 Jahre Sezession – wie wir feierten“ vom 27.03.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2023.
[2251] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 27.04.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2252] Schmidt, Jan Wenzel: Instagram-Eintrag vom 23.11.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2253] Info-DIREKT: „Sensation: Götz Kubitschek spricht im Parlament!“ vom 16.11.2023, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 16.11.2023.
[2254] Droese, Siegbert: Tweet vom 22.09.2022, abgerufen am 23.09.2022.
[2255] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft“, Folge 36; veröffentlicht in: www.youtube.com am 09.09.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 06.05.2024.

eine CDU, dass wir damit keinen Blumentopf gewonnen hätten. Und dass wir damit, mit diesem Ansatz jetzt in Thüringen nicht bei 34 Prozent ständen. Also, das ist eine parallel gehende weltanschauliche, aber auch strategische Häutung gewesen. Also klare Oppositionsinhalte natürlich mit der Offenheit, die einer angehenden Volkspartei auch gut zu Gesicht steht, aber trotzdem klare Kante. Und dann auch die deutliche Ansage, es gibt keine Alternative im Establishment. Und ich glaube, das ist mittlerweile allgemein das Bewusstsein in der Partei.“[2256]

Im Zeitraum zwischen dem 24. August und 2. September 2022 teilte und kommentierte Höcke auf Facebook die Sezession-Beiträge der Reihe „Herbst, Empörung, Grundsätze“ von Götz Kubitschek. In der Beitragsreihe thematisierte Kubitschek das Spannungsverhältnis zwischen AfD und den neurechten bzw. rechtsextremistischen Vorfeldorganisationen im sogenannten Heißen Herbst.[2257]

Auch teilte Höcke am 10. Oktober 2023 abermals auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag der Sezession.[2258] Darüber hinaus besprach er in der Vergangenheit mehrfach Bücher des Antaios Verlags und empfahl diese zur Lektüre. Mit dem Buch von Manfred Kleine-Hartlage „Systemfrage. Vom Scheitern der Republik und dem Tag danach“ beschäftigte er sich am 30.[2259] bzw. 31. Januar 2022[2260] in zwei ausführlichen Beiträgen und kam am Ende des zweiten Beitrags zum Fazit:

„Egal, ob man dem Autor in allen Punkten folgt oder nicht: dieses Buch ist die Lektüre der Stunde für jeden oppositionellen, freiheitliebenden Bürger und jeden Spaziergänger. Ich kann es ausdrücklich empfehlen!“[2261]

[2256] Ebd.
[2257] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 24.08.2022, abgerufen am 25.08.2022. Facebook-Eintrag vom 26.08.2022, abgerufen am 29.08.2022. Facebook-Eintrag vom 02.09.2022, abgerufen am 05.09.2022.
[2258] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 10.10.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2259] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.01.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2260] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 31.01.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2261] Ebd.



Weiterhin beschäftigte sich Höcke mit den folgenden Büchern aus dem Verlagsangebot des Verlags Antaios: „Versuch über den Riß" von Caroline Sommerfeld[2262], „Die Partei und ihr Vorfeld" von Benedikt Kaiser[2263], die kaplaken-Bände 82-84 im Rahmen einer Sammelbesprechung[2264] und zuletzt das oben[2265] bereits erwähnte Buch „Regime Change von rechts" von Martin Sellner. Dieses bezeichnete Höcke als *„großen Wurf"*, das sich *„zum Handbuch für die deutsche Volksopposition mausern"* könnte. [2266] In einem weiteren Facebook-Eintrag vom 21. Dezember 2023 bewirbt Höcke abermals das Buch, indem er eine aus seiner Sicht *„kluge Passage"* zitiert:

> *„Das ureigene Interesse einer Partei ist, daß in ihrem Vorfeld keine unberechenbaren extremistischen Bewegungen oder radikale Konkurrenzparteien entstehen. […] Distanzierung, Abgrenzung und Ignoranz bewirken das Gegenteil und schaden somit auch dem Eigeninteresse der Partei."*[2267]

[2262] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 03.03.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2263] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 04.06.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2264] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 05.03.2023, abgerufen am 12.03.2024.
[2265] Vgl. S. 701 f.
[2266] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 17.09.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2267] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 21.12.2023, abgerufen am 27.02.2024.

Das Zitat ordnet Höcke anschließend folgendermaßen ein:

> *„Nicht alle Parteifreunde haben diese Erkenntnisse verinnerlicht. Der eine oder andere braucht vielleicht noch einen Denkanstoß, damit sie sich unserer tatsächliche Situation bewußt zu machen. Es ist Weihnachtszeit. Vielleicht freut sich der eine oder andere über ein gutes Buchgeschenk. Ich hätte da eine Empfehlung…“*[2268]

Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Hans-Christoph Berndt (BB) sowie Götz Kubitschek und Erik Lehnert nahm Höcke im Februar 2024 an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der 24. Winterakademie des IfS in Schnellroda teil.[2269]

Der Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider (ST) war ebenfalls bereits zu Gast bei der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft“, die das IfS auf ihrem YouTube-Kanal regelmäßig online stellt. Nachdem vom 17. bis 19. Juni 2022 in Riesa (SN) der AfD-Bundesparteitag stattfand, traf sich Tillschneider, der als Delegierter am Parteitag teilgenommen hatte, am folgenden Tag mit Götz Kubitschek in Schnellroda (SN), um seine Sicht auf die Ereignisse des Parteitags darzulegen. Das Gespräch wurde am 21. Juni 2022 auf dem YouTube-Kanal des IfS veröffentlicht.[2270] Bei der Winterakademie 2023 des IfS vom 27. bis 29. Januar 2023, die unter dem Thema „10 Jahre AfD“ stattfand, nahm Tillschneider als Gesprächspartner neben u. a. dem Landtagsabgeordneten Oliver Kirchner (ST) am Abschlusspodium teil.[2271]

Tillschneider teilt auch regelmäßig die Beiträge der Protagonisten des IfS und Beiträge der Sezession und verschafft den Posts damit eine größere Reichweite. So sendete er am 21. Juli 2022 einen Retweet eines Beitrags von Ellen Kositza.[2272] Wenige Tage später, am 30. Juli 2022, teilte er einen Beitrag der Sezession, der Till-

[2268] Ebd.
[2269] Sezession: „Mit Björn Höcke und Christoph Berndt über die Lage 24“ vom 20.02.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.
[2270] Tillschneider, Hans-Thomas: „AfD Bundesparteitag in Riesa: Hans-Thomas Tillschneider im Gespräch“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.06.2022, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 23.06.2022.
[2271] Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 29.01.2023, abgerufen am 01.02.2023.
[2272] Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 21.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.

schneiders Auftritt bei einem Podiumsgespräch zusammen mit dem damaligen Landtagsabgeordneten Daniel Zerbin (mittlerweile MdB, NW) sowie dem damaligen IfS-Leiter Erik Lehnert auf dem IfS-Sommerfest 2022 in Schnellroda (ST) thematisiert.[2273] Am 29. August 2022 teilte Tillschneider erneut einen Beitrag der Sezession.[2274]

Auch der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der brandenburgischen AfD-Landtagsfraktion Hans-Christoph Berndt (BB) sucht mittlerweile die Nähe zum IfS. So war Berndt auf dem IfS-Sommerfest vom 30. bis 31. Juli 2022 zu Gast und nahm an einer Podiumsdiskussion teil.[2275] Auch ein Jahr später war Berndt auf dem IfS-Sommerfest präsent und nahm als Gesprächspartner an einer Podiumsdiskussion zu dem Thema „Wie weiter?“ teil.[2276] Zudem veröffentlichte Berndt am 15. Juni 2022 gemeinsam mit René Springer auf der Website der Sezession einen Gastbeitrag mit dem Titel „Betrachtungen der Zukunft der AfD“.[2277] Der Beitrag wurde auch vom Vorsitzenden der AfD Cottbus, Jean-Pascal Hohm (mittlerweile MdL BB), am 15. Juni 2022 auf Twitter (heute: X) geteilt.[2278] Zuletzt nahm Berndt wie oben bereits erwähnt gemeinsam mit Björn Höcke an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der 24. Winterakademie des IfS in Schnellroda teil.[2279] Bei dieser Gelegenheit betonte er u. a. auch die Bedeutung des Vorfelds für die AfD hinsichtlich der ideologischen wie personellen Ebene:

> *„Ich komme ja aus der Umgebung, aus dem sogenannten Vorfeld. Und wir sollten uns auch in Erinnerung rufen, dass die AfD, wie wir sie jetzt haben, die AfD, die seit Sommer 22/23 ja diesen, doch diese wachsende Zustimmung erhalten hat, nicht die AfD wäre, ohne dass sie sozusagen, die Gedanken, den Impulse und auch wichtige Vertreter dieser ganzen Protestbewegungen der letzten zehn Jahre aufgenommen hätte. Nämlich der Protestbewegung gegen die Grenzöff-*

[2273] Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 30.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[2274] Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 29.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.
[2275] Sezession im Netz: Tweet vom 31.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[2276] Kanal Schnellroda: „Sommerfest-Podium #AfD – mit Maximilian Krah, Andreas Lichert, Matthias Helferich, Christoph Berndt“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.07.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 18.07.2023.
[2277] Sezession: „Betrachtungen zur Zukunft der AfD“ vom 15.06.2022, in: www.sezession.de, abgerufen am 15.06.2022. (Doppelverwendung des Belegs im selben Kapitel)
[2278] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 15.06.2022, abgerufen am 16.06.2022.
[2279] Sezession: „Mit Björn Höcke und Christoph Berndt über die Lage 24“ vom 20.02.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.

> *nung seit 2015, die anhält, der Protestbewegung gegen die Corona-Zwangsmaßnahmen, der Protestbewegung gegen die Kriegs- und Embargopolitik und jetzt der Bürger- und Bauernprotest. All das haben wir aufgenommen. Da haben wir wichtige Leute, die zu uns gekommen sind und wir haben es inhaltlich aufgenommen und deswegen ist die AfD so stark. Und das ist ja ganz klar, was Björn sagte, jetzt ist es die Junge Alternative, aber wir wissen doch auch, dass die Corona-Proteste als Delegitimierung des Staates schon beim Verfassungsschutz registriert werden. Dass jetzt die Verächtlichmachung des Staates nach diesem 13-Punkte-Papier bereits ein Grund ist zur Beobachtung oder zum Verbot oder zur Verfolgung. Da ist keine Grenze in Sicht und deswegen kommt es für uns überhaupt nicht in Frage uns von irgendjemanden zu distanzieren. Kommt überhaupt nicht in Frage, wir haben gar keinen Grund. Die einzigen, von denen wir uns distanzieren, das sind die Ampelleute und die CDU, die unser Land ruiniert haben."*[2280]

Berndt war zuletzt am 25. Oktober 2024 zu Gast im Podcast „Am Rande der Gesellschaft" und sprach dort mit Ellen Kositza, Erik Lehnert und Götz Kubitschek.[2281]

Der ehemalige Vereinsvorsitzende Andreas Lichert (Landessprecher und MdL HE) verfasste anlässlich der „Stolzmonat"-Kampagne im Juni 2023 einen Gastkommentar für Info-DIREKT. Darin bezeichnete er sich selbst als *„durch das ‚Institut für Staatspolitik' in Meta-Politik geschult"*.[2282]

Die Landtagsabgeordneten Jan-Philip Tadsen[2283] und Enrico Schult[2284] (alle MV) berichteten am 8. Juni 2022 über den Vortrag des Sezession-Autors Heino Bosselmann bei der JA Westmecklenburg in Schwerin (MV). Tadsen kündigte an, der ganze Vortrag werde *„auch bald auf dem Podcast unserer Jugendorganisation ‚In Aufruhr'*

[2280] Kanal Schnellroda: „Lage 2024' Podium mit Björn Höcke, Christoph Berndt, Erik Lehnert und Götz Kubitschek"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2024, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 12.03.2024.
[2281] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft", Folge 42; veröffentlicht in: www.youtube.com , Kanal: „Kanal Schnellroda" am 25.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.
[2282] Info-DIREKT: „‚Gender-Klimbims und LGBTQ-Gedöns´ als Ablenkungsmanöver" vom 26.06.2023, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 26.06.2023.
[2283] Tadsen, Jan-Philip: Facebook-Eintrag vom 08.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.
[2284] Schult, Enrico: Facebook-Eintrag vom 08.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.

nachzuhören"[2285] sein. Tadsen besuchte auch das IfS-Sommerfest vom 30. bis 31. Juli 2022 in Schnellroda (ST).[2286]

Weitere Landtagsabgeordnete drückten ihre Unterstützung für das IfS bzw. den Verlag Antaios aus. So lobte das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Antonin Brousek in einem Facebook-Eintrag vom 8. Juli 2022 den damaligen Leiter des IfS Erik Lehnert als *„ganz herausragende[n] Intellektuelle[n] der Neuen Rechten"*.[2287] Der Landtagsabgeordnete Ulrich Siegmund (ST) teilte im Juli 2022 zwei Tweets von Ellen Kositza.[2288] Jens Oberhoffner, Landtagsabgeordneter aus Sachsen, teilte am 2. August 2022 auf Facebook einen Beitrag der Sezession und fand für den Artikel lobende Worte.[2289] Der Landtagsabgeordnete Jan Moldenhauer (ST) postete am 26. März 2023 auf Facebook das Foto des Buchs „Deutsche Opfer Fremde Täter" aus dem Verlag Antaios.[2290] Der ehemalige JA-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Carlo Clemens (NW) teilte am 9. Januar 2023 einen Tweet der Sezession.[2291] Thorsten Weiß (MdA) teilte im Oktober 2024 auf X einen Beitrag der Sezession.[2292]

Die Landtagsfraktion Brandenburg beschäftigt laut Presseberichten Erik Lehnert als Referenten.[2293] Im Jahr 2021 hatte Lehnert auf Vorschlag der brandenburgischen Fraktion bereits als Mitglied an der 17. Bundesversammlung teilgenommen.[2294] Vor seiner Tätigkeit in Potsdam (BB) hatte Lehnert von 2018 bis mindestens ins Jahr 2021 hinein für den damaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Harald Weyel gearbeitet.[2295] [2296]

[2285] Tadsen, Jan-Philip: Facebook-Eintrag vom 08.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.
[2286] Pixelarchiv: „30.7.2022 Sommerfest des ‚Institut für Staatspolitik' in Schnellroda", in: www.pixelarchiv.org, abgerufen am 13.10.2022.
[2287] Brousek, Antonin: Facebook-Eintrag vom 08.07.2022, abgerufen am 25.07.2022.
[2288] Siegmund, Ulrich: Retweet eines Tweets vom 30.07.2022, abgerufen am 01.08.2022. Retweet eines Tweets vom 31.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[2289] Oberhoffner, Jens: Facebook-Eintrag vom 02.08.2022, abgerufen am 02.08.2022.
[2290] Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 26.03.2023, abgerufen am 30.03.2023.
[2291] Clemens, Carlo: Retweet eines Tweets vom 09.01.2023, abgerufen am 11.01.2023.
[2292] Weiß, Thorsten: Retweet eines Tweets vom 06.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[2293] ZDF: „Geldflüsse von Abgeordneten - Wie die AfD rechte Aktivisten finanziert" vom 14.08.2021, in: www.zdf.de, abgerufen am 27.02.2024 über: www.web.archive.org.
[2294] Landtag Brandenburg: „Brandenburg entsendet 24 Vertreterinnen und Vertreter zu Wahl des Bundespräsidenten" vom 11.02.2022, in: www.landtag.brandenburg.de, ohne Abrufdatum.
[2295] ZEIT: „AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde" vom 21.03.2018, in: www.zeit.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2296] DER SPIEGEL: „AfD-Bundesvorstand sieht kein Problem in Nähe zum ‚Institut für Staatspolitik'" vom 15.10.2021, in: www.spiegel.de, abgerufen am 19.02.2024.

Neben den genannten Mitgliedern der AfD unterstützten auch Landesverbände der Jungen Alternative das IfS und dessen anhängige Formate und Autoren. So war Benedikt Kaiser am 4. Mai 2022 Gesprächsgast im Podcast „Basislager" der JA Nordrhein-Westfalen[2297] und referierte darüber hinaus auf der Veranstaltung „Sachsen-Akademie" der JA Sachsen am 14./15. Mai 2022.[2298]

Im Mai 2022 bewarb die JA Brandenburg die neue Veröffentlichung Benedikt Kaisers, „Die Partei und ihr Vorfeld", auf Instagram und bot ein Exemplar des Buchs im Rahmen eines Gewinnspiels an.[2299]

Beim Sommerfest des IfS in Schnellroda (ST) im Juli 2023 war neben den bereits genannten AfD-Funktionären und damaligen Mitgliedern der Jungen Alternative auf Bundesebene auch Stefan Pfau anwesend, der den stellvertretenden Vorsitz der JA Brandenburg innehatte.[2300]

Seitens der Untergliederungen und Mitglieder der AfD-Kreisebene lassen sich ebenfalls diverse Verbindungen zum IfS feststellen. So brachten u. a. ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD auch nach dem Mandatsverlust ihre Unterstützung für das IfS zum Ausdruck.

Bei der Winterakademie 2023 des IfS vom 27. bis 29. Januar 2023, die unter dem Thema „10 Jahre AfD" stattfand, hielt der ehemalige Bundestagsabgeordnete und ehemalige Referent von Alice Weidel, Roland Hartwig (NW), einen Vortrag.[2301] [2302] Hartwig hatte zuvor der Sezession im März 2021 ein Interview zur Lage der AfD gegeben.[2303]

In einem Facebook-Eintrag vom 6. April 2023 erklärte Dimitrious Kisoudis (BW), Grundsatzreferent des AfD-Fraktionsvorsitzenden Tino Chrupalla (MdB, SN) und der

---

[2297] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Basislager Ep. VIII: Soziale Frage" vom 04.05.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Junge Alternative NRW", abgerufen am 23.08.2022.
[2298] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 20.05.2022, abgerufen am 31.05.2022.
[2299] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Story vom 20.05.2022, Instagram-Eintrag vom 20.03.2023.
[2300] Pfau, Stefan: Instagram-Eintrag vom 12.07.2023, abgerufen am 12.07.2023.
[2301] Sezession im Netz: Tweet vom 28.01.2023, ohne Abrufdatum.
[2302] Gegenstimme TV: „Die #AfD und der #Verfassungsschutz' - Dr. Roland Hartwig auf der IfS-Winterakademie 2023"; veröffentlicht in: www.gegenstimme.tv am 27.04.2023, Kanal: „commander_logic", abgerufen am 03.04.2024.
[2303] Sezession: „Verdachtsfall auf dem Prüfstand – Roland Hartwig im Gespräch" vom 15.03.2021, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2024.

AfD-Bundestagsfraktion, dass er Autor beim Verlag Antaios sei.[2304] In der ersten Jahreshälfte 2023 veröffentlichte er daraufhin sein Buch „Mitteleuropa und Multipolarität".[2305] In der Oktober-Ausgabe der Sezession im Jahr 2022 erschien außerdem ein Beitrag von Kisoudis.[2306] Zuletzt war er Gast auf dem IfS-Sommerfest 2023 in Schnellroda.[2307]

Der Kreisvorsitzende der AfD Bielefeld (NW), Florian Sander, verfasste einen Artikel, der in der Sezession-Ausgabe 10/2023 erschien.[2308]

Auch der AfD-Kreisverband Magdeburg (ST) bekennt sich zum IfS. So beschloss der Kreisverband am 18. März 2023 im Rahmen eines Kreisparteitags einstimmig ein Bekenntnis zum „Konzept der Bewegungspartei AfD". Damit einher gehe das *„Bekenntnis zum politischen Vorfeld der Partei und dessen Unterstützung, u.a. Ein Prozent, PEGIDA, Zukunft Heimat, Institut für Staatspolitik"*.[2309]

Der damalige IfS-Vorsitzende Erik Lehnert hielt am 13. November 2022 in Rathenow (BB) auf einer von dem AfD-Kreisverband Havelland (BB) und der JA Brandenburg durchgeführten Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag einen Vortrag.[2310]

Die Junge Alternative Altmark (ST) veröffentlichte am 26. Januar 2023 einen Beitrag auf Instagram, demzufolge sie am Vortag die Buchvorstellung von Benedikt Kaisers „Die Partei und ihr Vorfeld" besucht hatte. Mit folgendem Wortlaut bewarb sie das Buch und verschenkte zudem laut eigener Aussage zwei Exemplare an ihre Instagram-Follower:

> *„Die Lektüre kann sich nicht nur sehen lassen, sondern auch sehr gut lesen. Eigentlich müsste sie in der kommenden Sitzungsschiene an jedem Plantz eines unserer Abgeordneten liegen. Politisches Vorfeld ist wichtig – politischer Aktivismus nur dadurch lebendig."*[2311]

[2304] Kisoudis, Dimitrios: Facebook-Eintrag vom 06.04.2023, abgerufen am 17.04.2023.
[2305] Kanal Schnellroda: „‚Mitteleuropa und Multipolarität' – Buchpräsentation mit Dimitrios Kisoudis" vom 03.08.2023, in: www.odysee.com, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 04.03.2024.
[2306] Europa – der ungewollte Großraum", in: Sezession, Ausgabe 10/2022, S. 18 ff.
[2307] Sezession: „Der westliche Weg führt zu dem, was wir Wokeness nennen, sagt Kisoudis" vom 04.08.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2308] „Der ‚Fall Hohmann' – ein Paradebeispiel für Meinungsmacht", in: Sezession, Ausgabe 10/2023, S. 54 f.
[2309] Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 19.03.2023, abgerufen am 21.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 2.)
[2310] AfD Havelland: Facebook-Eintrag vom 08.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.
[2311] Junge Alternative Altmark: Instagram-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 22.02.2023.

Am 28. April 2023 teilte sie zudem ebenfalls auf Instagram mit, dass sie an einer Lesung Benedikt Kaisers aus seinem Buch „Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts" teilgenommen habe. Zudem wurde eine Verlosung von insgesamt 20 Buchexemplaren ausgerufen sowie ein für den Herbst geplanter Besuch Kaisers in der Altmark angekündigt.[2312]

Am 14. März 2024 veranstaltete der AfD-Kreisverband Jerichower Land (ST) eine Vortragsveranstaltung mit Benedikt Kaiser.[2313]

4. Identitäre Bewegung Deutschland

Die 2012 hauptsächlich im Internet und nach Vorbild der französischen Génération Identitaire entstandene[2314] Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ist als deutscher Ableger der Identitären Bewegung (IB) vom Bundesamt für Verfassungsschutz seit Juli 2019 als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft. Das VG Köln hat diese Einstufung bereits im Oktober 2022 in seinem rechtskräftigen Urteil für rechtmäßig erklärt.[2315] Ausschlaggebende Gründe waren demnach der von der IB verfolgte völkisch-abstammungsmäßige Volksbegriff und die massive ausländerfeindliche Agitation.[2316]

Die Jugendorganisation sieht den Multikulturalismus als besondere Bedrohung Europas an und fürchtet durch eine *„unkontrollierte Massenzuwanderung"* die Homogenität des Volkes zu verlieren. Insbesondere Konzepte wie der Ethnopluralismus, das Narrativ vom Großen Austausch und die damit zusammenhängende, angeblich planvoll durchgeführte Islamisierung Europas sind zentrale Themen der Identitären.[2317]

Die IBD ist als Teil der Neuen Rechten zu betrachten und innerhalb dieser gut vernetzt. Aufgrund des vornehmlich jungen Alters ihrer Mitglieder bestehen häufig Verbindungen zu weiteren rechtsextremistischen Jugendorganisationen, wie beispielsweise der Jungen Alternative.

[2312] Junge Alternative Altmark: Instagram-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.
[2313] Kaiser, Benedikt: Tweet vom 06.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.
[2314] Bruns, Julian/ Glösel, Kathrin/ Strobl, Natascha: „Die Identitären – Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa", Münster 2017, S. 71.
[2315] Vgl. VG VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18.
[2316] Vgl. VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23.
[2317] Vgl. VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18, Rn. 49 ff.

Das Verhältnis zwischen der IBD und der AfD ist dagegen seit der öffentlich gewordenen Beobachtung der IBD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2016 als ambivalent zu bezeichnen. So setzte der damalige – noch von Vertretern des liberalkonservativen Lagers dominierte – Bundesvorstand die Gruppierung im Juni 2016 auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei.[2318] [2319] [2320] Diese Entscheidung wurde in der Folgezeit aber immer wieder in Frage gestellt, besonders von Anhängern des solidarisch-patriotischen Lagers.[2321] Im Dezember 2023 sorgte die Entscheidung des Bundesvorstands, den regionalen Ableger der IB in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, Revolte Rheinland[2322], neu auf die Unvereinbarkeitsliste aufzunehmen, für kontroverse Diskussionen und teils lautstarke Kritik in der Partei und aus dem Vorfeld.[2323] [2324] [2325] [2326] Laut einem Artikel, der am 18. Dezember 2023 im IB-nahen Heimatkurier erschien, war dieser Beschluss auch im Bundesvorstand umstritten:

> *„Der hauptsächliche Grund dafür [Anm.: gemeint ist der Beschluss des Bundesvorstands] dürfte in den Abgrenzungsbemühungen des nicht unumstrittenen AfD-Vorstandsmitgliedes Roman Reusch zu suchen sein. Mit einer offensiven Distanzierung vom Vorfeld will er der Beobachtung des Verfassungsschutzes entgehen – ein Bemühen, das wie aus der Zeit gefallen zu sein scheint: Der juristische Abwehrkampf der AfD gegen den Verfassungsschutz hat schließlich gezeigt, dass der Kern der Beobachtung nicht auf organisatorischen Schnittstellen zum Vorfeld aufbaut, sondern auf einem ethnisch-kulturellen Volksbegriff,*

[2318] Eventuell erfolgte die Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste – zumindest partiell - auch bereits im Jahr 2015. Vgl. AfD Vulkaneifel: „Unvereinbarkeitsliste der Alternative für Deutschland Lt. § 2 (4) der Bremer Satzung“ vom 17.04.2015, in: www.afd-vulkaneifel.de, ohne Abrufdatum.

[2319] DER SPIEGEL: „Wie AfD-Leute und Rechtsextreme kooperieren“ vom 09.02.2018, in: www.spiegel.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2320] taz: „Nach rechts offen“ vom 21.11.2017, in: www.taz.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2321] DER SPIEGEL: „Das stille Aus der Identitären: Warum die AfD die rechten Hipster nicht mehr braucht“ vom 28.11.2019, in: www.spiegel.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2322] Die Revolte Rheinland hat sich im November 2024 aufgelöst. (Kölner Stadtanzeiger: „Nachfolgeorganisation der ‚Identitären Bewegung‘ gibt Auflösung bekannt“ vom 22.11.2024, in :www.ksta.de, abgerufen am 06.03.2025.)

[2323] Sezession: „Unvereinbarkeitsbeschluß der AfD gegen Revolte Rheinland“ vom 20.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2324] Sezession: „Über der AfD hängt das Damoklesschwert der Vernichtung, sagt Marc Jongen“ vom 22.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.

[2325] Heimatkurier: „Warum es richtig war, die ‚Revolte Rheinland‘ auf die Unvereinbarkeitsliste zu setzen“ vom 20.12.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 19.02.2024.

[2326] Heimatkurier: „Warum es falsch war, die ‚Revolte Rheinland‘ auf die Unvereinbarkeitsliste zu setzen“ vom 20.12.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 19.02.2024.

> *der gegen alle Akteure der patriotischen Opposition ins Feld geführt wird. Wesentlich soll das Vorgehen zudem von Jan Bollinger, dem AfD-Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz, vorangetrieben worden sein – hier dürften nicht zuletzt parteiinterne Konflikte eine wesentliche Rolle gespielt haben. Doch das Abstimmungsergebnis im Bundesvorstand fiel keineswegs eindeutig aus. Zwar stimmten insgesamt sechs Vorstandsmitglieder – Tino Chrupalla, Roman Reusch, Marc Jongen, Peter Boehringer, Stephan Brandner und Carsten Hütter – für den Beschluss, doch gab es auch vier Gegenstimmen: EU-Spitzenkandidat Maximilian Krah, Carlo Clemens, Dennis Hohloch und Martin Reichardt. Mariana Harder-Kühnel enthielt sich, Alice Weidel, Harald Weyl und Christina Baum waren nicht anwesend. Zwar konnte der unerfreuliche Beschluss mit vier Gegenstimmen nicht verhindert werden, doch stimmt es zuversichtlich, dass der in die Jahre gekommene Abgrenzungskurs auch im Bundesvorstand einflussreiche Gegner besitzt.“*[2327]

Das Mitglied des Bundesvorstands Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) nahm in einem Artikel ausführlich Stellung zu der Entscheidung und erläuterte seine Überlegungen:

> *„Als ich vor Monaten von Ferne wahrnahm, dass eine Aktivistengruppe am Bonner Hauptbahnhof einen Regenbogen Zebrastreifen mit den Farben Schwarz Rot Gold überklebt hat, auch ein vom links-grünen Stadtrat in Düsseldorf installiertes arabisches Straßenschild in Karl-Martell-Straße umbenannt hat, da dachte ich: jawohl, so muss sie sein, eine – horribile dictu – Antifa von rechts. Oder sollte man sagen, eine Antiglob. Kreativ, provokativ, gewaltlos, die Linken mit deren eigenen Waffen schlagend und dabei nebenbei deren ganze Heuchelei bloßstellend. Als dann vor wenigen Tagen der Antrag in den AfD-Bundesvorstand kam, diese Gruppe, die Revolte Rheinland, auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei zu setzen und zur Begründung die Verwendung der Odal Rune als Zeichen der Bewegung angeführt wurde, die schon der 7. SS-Freiwilligen-Division als Erkennungszeichen diente und seither immer wieder von rechtsextremen Gruppen benutzt worden ist, da war mein erster Gedanke –*

[2327] Heimatkurier: „Enttäuschend: AfD setzt ‚Revolte Rheinland‘ auf umstrittene Unvereinbarkeitsliste“ vom 18.12.2023, abgerufen am 06.05.2024.

warum?! Warum nur müssen Akteure und Aktivisten im patriotischen Bereich immer wieder mit vollkommen kontaminierter Symbolik aus der düstersten Zeit deutscher Geschichte hantieren? Warum diese Anspielungen, diese Uneindeutigkeiten? Ist es mangelnde Geschichtskenntnis, eine pubertäre Lust an der Maximalprovokation, oder schlicht und einfach Dummheit? Dass ein tatsächliches Einverständnis mit dem historischen Vorbild besteht, dem die frivole Anspielung gilt, möchte ich ausschließen. Fest steht, dass der Bundesvorstand einer Partei, die mittlerweile in Deutschland weit über 10 Millionen Wähler repräsentiert und auf der die ganze Hoffnung dieses wachsenden Teils unseres Volkes ruht, dass sie das Ruder noch einmal herumreißt und verhindert, dass unser Land vollständig den Bach runtergeht – die zugleich aber von einer links-grünen Übermacht, die sich den Staat und seine Institutionen zur Beute gemacht hat, existenziell bedroht wird –, gar nicht anders handeln kann, als eine klare Trennungslinie zwischen sich und einer solchen Himmelfahrtstruppe zu ziehen. […] Es gibt ein Paralleluniversum, in dem gewaltlose patriotische Aktionen nicht als Zeichen von Rechtsextremismus gebrandmarkt werden, in dem es umgekehrt nicht ohne rechtliche Konsequenzen bleibt, etwa die erneute Bombardierung Dresdens durch Bomber Harris zu verlangen. In dem ‚Deutschland verrecke!' als Hassrede gilt und nicht eine objektive Tatsachenfeststellung zur Kriminalitätsrate von Migranten. In dem, vor allem, das Zeigen von Symbolik gleich welcher Couleur (vor allem patriotischer Couleur) nicht als schlimmer erachtet wird als das Begehen schlimmster Gewaltverbrechen, solange diese von angeblich Schutzsuchenden begangen werden. In solch einem Paralleluniversum – früher nannte man es die Normalität – wäre es dem Bundesvorstand einer patriotischen Partei möglich, sich Aktivisten mit Verirrung im Bereich der politischen Symbolik zur Brust zu nehmen und nach der Korrektur selbiger das Ganze als Dumme-Jungen-Streich abzuhaken und zur Tagesordnung überzugehen. In dem Universum fast totaler links-grüner Hegemonie, in dem wir aber tatsächlich aktuell noch leben, ist mit unverfrorenen Doppelstandards, mit vollkommen pervertierten Beurteilungsmaßstäben und vor allem mit dem unbedingten Willen zur maximalen Repression bis hin zum Parteiverbot der patriotischen Opposition und der Vernichtung der bürgerlichen Existenz ihrer Mitglieder jederzeit zu rechnen. […] Und es geht bei solchen Entscheidungen, um auch diesem oft

kolportierten Missverständnis noch entgegenzuwirken, nie darum, dem Verfassungsschutz zu gefallen. Das ist unmöglich, denn er ist (bis auf weiteres) ein weisungsgebundenes Instrument der politischen Kräfte, die uns Übelstes wollen. Es geht einzig und allein um unsere Argumentation gegenüber den Gerichten, deren zumindest Rest-Unabhängigkeit wir idealtypisch unterstellen müssen, wenn wir uns im deutschen politischen System überhaupt noch sinnvoll bewegen wollen. Entscheidungen wie die jüngst zu treffende gehören zu den unangenehmsten und undankbarsten eines Bundesvorstands. Jeder Einzelfall will genau abgewogen sein, es gibt keine Pauschalkriterien. Der Schutz der Partei – und damit des Landes – vor Gefahren, die der Vorstand nicht kontrollieren und noch weniger verantworten kann, muss aber immer dessen oberste Handlungsmaxime sein. Dagegen zu verstoßen kann kurzfristige (persönliche) Vorteile bringen. Der Schaden für die Partei und damit indirekt auch für ihr Vorfeld würde langfristig dafür umso größer sein.“[2328]

Jongen macht in seinem Statement anfangs mit seinem Lob für die früheren Aktionen der Revolte Rheinland deutlich, dass er die Gruppierung und deren politische Ausrichtung nicht per se negativ betrachtet. Erst durch die Nutzung eines auch bereits von nationalsozialistischen Organisationen verwendeten Symbols sah er eine Linie überschritten, wobei er dies zumindest indirekt als *„Dumme-Jungen-Streich“* bagatellisierte. Seine Entscheidung für die Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste begründet er auch im Folgenden nicht mit dem von der IBD vertretenen Volksverständnis oder ihrer politischen Forderung nach Remigration und Reconquista, die er im Gegenteil gar nicht problematisiert und durch sein Lob zu Beginn des Texts sogar implizit unterstützt. Vor diesem Hintergrund muss zumindest in Bezug auf Jongen die Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste differenziert als Ergebnis eines singulären Abwägungsprozesses, nicht aber als grundsätzliche Distanzierung von der IB betrachtet werden.

Mehrere Bundestagsabgeordnete der AfD äußerten in den sozialen Netzwerken offen ihre Sympathie für die IB und ihre Protagonisten. Der damalige Bundestagsab-

[2328] Sezession: „Über der AfD hängt das Damoklesschwert der Vernichtung, sagt Marc Jongen“ vom 22.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 3.)

geordnete Roger Beckamp (NW) stellte im Mai 2022 in einem Video auf seinem YouTube-Kanal die Arbeit des identitären Tarnvereins AHA! in Syrien vor.[2329] Er schrieb am 22. August 2022 auf Twitter (heute X):

> *„Warum ist die Antifa grundsätzlich gewalttätig und schlecht erzogen, vor allem im Gespräch? Warum ist die identitäre Bewegung stets friedlich, klettert auf Häuser und entrollt kreative Sprüche?“*[2330]

Beckamp gab zudem Martin Sellner im November 2022 ein Interview. Sellner begrüßte Beckamp in seinem Videoformat „MSLive“ als „Gast des Monats“. Auf die Frage, ob er keine Bedenken habe, in einem IB-Podcast aufzutreten, äußert Beckamp:

> *„Jetzt, wo du es sagst…schwierig… Nein. Ich habe die Bedenken lange abgelegt, ehrlich gesagt. Ich rede mit jedem, fast jedem und ganz besonders gerne mit Euch heute Abend.“*[2331]

In einem Facebook-Eintrag vom 20. Juni 2023 warb Beckamp für einen Vortrag, der durch ihn oder sein Bundestagsbüro in Siegburg (NW) organisiert wurde und bei dem es um das im österreichischen Steyregg angesiedelte identitäre Hausprojekt Castell Aurora gehen sollte.[2332] [2333]

Im März 2023 fand Beckamp lobende Worte für eine Aktion der Revolte Rheinland:

> *„Gute Arbeit, Revolte Rheinland: REMIGRATION STATT UNTERWERFUNG! In der vergangenen Woche wurde international über Deutschlands erstes arabisches Straßenschild in der Ellerstraße in Düsseldorf berichtet. Damit diese Unterwerfungsgeste der Stadt Düsseldorf nicht unbeantwortet bleibt, äußerten die Aktivisten von Revolte Rheinland ihren Unmut in friedlichen Protest. Weiterhin fordern sie geschlossene Grenzen und Remigration statt Unterwerfung.“*[2334]

2329 Beckamp, Roger: Vorstellung der Arbeit des Vereins „AHA!“ in Syrien; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.05.2022, Kanal: „Roger Beckamp“, abgerufen am 20.02.2024.
2330 Beckamp, Roger: Tweet vom 22.08.2022, abgerufen am 23.08.2022.
2331 Beckamp, Roger: „MSLive #153“ vom 29.11.2022; veröffentlicht in: www.odysee.com, abgerufen am 13.12.2022.
2332 Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 20.06.2023, abgerufen am 23.06.2023.
2333 Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 20.06.2023, abgerufen am 23.02.2024.
2334 Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 27.03.2023, abgerufen am 23.02.2024.

Noch nach der Aufnahme der Revolte Rheinland auf die Unvereinbarkeitsliste der AfD am 18. Dezember 2023 veröffentlichte Beckamp am 24. Dezember 2023 eine Solidaritätsbekundung:

> *„Frohe Weihnachten auch an die mutigen Aktivisten der Gruppe ‚Revolte Rheinland'! Möge Eure kraftvolle Botschaft des Friedens und der Liebe auch im Jahr 2024 im ganzen Deutschland gehört werden. […] Die Revolution frisst ihre eigenen Kinder? Möge es bei uns anders laufen!"*[2335]

Weiterhin weist der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) eine Nähe zur IBD auf. So teilte Helferich am 30. August 2022 auf Facebook ein Video zu einer öffentlichkeitswirksamen Aktion der IBD.[2336] Weiterhin äußerte auch er sich im März 2023 positiv über die oben genannte Straßenschild-Aktion[2337] der Revolte Rheinland und schrieb auf Twitter (heute: X) hierzu:

> *„Reconquista! Bravo, Revolte Rheinland"*[2338].

Am 5. April 2023 teilte Helferich eine Instagram-Story des damaligen JA-Landesvorsitzenden Felix Cassel, in der dieser das maßgeblich von identitären Aktivisten verantwortete Projekt Gegenuni bewarb.[2339] In einer weiteren Instagram-Story vom 10. Mai 2023 waren auf dem Account von Helferich Inhalte der IBD zu sehen.[2340]

Helferich veröffentlichte in seiner Instagram-Story vom 20. Juli 2023 ein Bild, auf welchem er das White-Power-Symbol zeigt. In der Story verlinkte er den Instagram-Account @wackre_schwaben. Hierbei handelt es sich um einen regionalen Ableger der Identitären Bewegung Deutschland.[2341] Außerdem teilte er am 23. Juli 2023 in seiner Instagram-Story einen Bildbeitrag der Wackren Schwaben.[2342]

Am 30. Oktober 2023 schrieb Helferich in einem Facebook-Eintrag über eine gemeinsame Aktion mit dem regionalen IBD-Ableger Revolte Rheinland:

[2335] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 24.12.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2336] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 30.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.
[2337] Vgl. Kapitel E. I. 1. b. ff., S. 417 f.
[2338] Helferich, Matthias: Instagram-Eintrag vom 27.03.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2339] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 05.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2340] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 10.05.2023, abgerufen am 11.05.2023.
[2341] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 20.07.2023, abgerufen am 20.07.2023.
[2342] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 23.07.2023, abgerufen am 24.07.2023.

> *„Ernst Moritz Arndt bleibt! Doch die patriotische Gegenöffentlichkeit nimmt die nationale Selbstauflösung durch die Linken nicht hin. Die Bonner AfD machte zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich über Medien auf die linken Bilderstürmer aufmerksam. Gleichzeitig organisierte die patriotische Jugendorganisation ‚Revolte Rheinland' einen Infostand vor der Schule, um die Schüler über Arndt und den linken Kulturkampf gegen ihn aufzuklären."*[2343]

Matthias Helferich äußerte sich in einem Interview mit SPIEGEL TV im November 2023 zur Zusammenarbeit mit Organisationen, die durch den Verfassungsschutz beobachtet werden, folgendermaßen:

> *„Frage: Da ist dann auch die Zusammenarbeit mit Gruppierungen recht, die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem oder verfassungsfeindlich eingeschätzt werden?*
>
> *Helferich: Also da hat die AfD große Schwierigkeiten, wenn sie auf die Bewertung des Verfassungsschutzes etwas geben würde, weil es ja die Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist, alle rechten Gruppierungen, und seien sie noch so demokratisch, zu kontaminieren, um eben auch diesen Kulturkampf zu behindern. Also unsere Jugendorganisation ist ja in Teilen als Verdachtsfall oder als rechtsextreme Bestrebung eingestuft. Ich hielte nichts davon, sich von der eigenen Jugendorganisation, wie es das Establishment letztlich ja beabsichtigt, zu distanzieren. Auch die AfD ist momentan nach der Rechtsprechung Verdachtsfall, wehrt sich dagegen. Aber es ist… Also ich gebe auf dieses Amt und auch auf Herrn Haldenwang als weisungsgebundenen Spitzenbeamten nichts.*
>
> *Frage: Und als Bundestagsabgeordneter gibt es denn Gruppierungen, von denen Sie sich eindeutig distanzieren würden, beispielsweise die Identitäre Bewegung oder ähnliche im rechten Raum?*
>
> *Helferich: Also es gibt bestimmt Organisationen, mit denen ich keine Kooperation anstreben würde und die ich auch ablehne in ihren Zielvorstellungen. Das gilt für eine Identitäre Bewegung nicht, dass ich mich von denen distanzieren würde, weil ich glaube, dass man sich nicht von einer Organisation distanzieren*

[2343] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 30.10.2023, abgerufen am 31.10.2023.

> *muss, die friedlich für ähnliche Ziele, wie es auch die AfD auf dem parlamentarischen Parkett tut, eintritt. Herbert Kickl hat das letztens auch ganz klar gesagt, dass letztlich diese Jagd auf die Identitäre Bewegung dadurch begründet war, dass sie eben so erfolgreich war. Sie war eine popkulturelle Bewegung, ästhetisch ansprechend, mutig, auch gleichzeitig sehr smart, durchaus sehr intellektuell, hat ja auch vieles aus den erfolgreichen linken Bewegungen kopiert und deshalb wurde sie auch so massiv innerhalb Europas bekämpft. Letztlich haben ja auch in Österreich die Prozesse gegen die Identitäre Bewegung gezeigt, dass sie, weiß Gott, keine terroristische Vereinigung ist, wie man es versucht hat, ihr zu attestieren.“*[2344]

In einem Artikel des Heimatkuriers wird Helferich im November 2023 außerdem in Bezug auf die IB mit folgender Aussage zitiert:

> *„Ich glaube, dass man sich nicht von einer Organisation distanzieren muss, die friedlich für ähnliche Ziele, wie es auch die AfD auf dem parlamentarischen Parkett tut, eintritt.“*[2345]

Im Dezember 2023 bedauerte er aus seiner Sicht folgerichtig – wie schon Roger Beckamp – die Aufnahme der Revolte Rheinland auf die Unvereinbarkeitsliste in einem Beitrag:

> *„Schlimme Entwicklung im patriotischen Lager: #RevolteRheinland wird auf UVL gesetzt und zwei nette #Homos kriegen Druck bei der @AlternativeNRW, weil sie Jesiden abschieben wollen.“*[2346]

Zu den Sympathisanten und Unterstützern der IBD ist weiterhin auch der Bundestagsabgeordnete Jan Wenzel Schmidt (ST) zu zählen. So unterstützte Schmidt im April 2022 nach eigener Aussage das identitäre Hausprojekt Castell Aurora im österreichischen Steyregg bei Linz (AUT) mit einer Spende von 5.000 Euro. Hierzu erklärte er:

[2344] Helferich, Matthias: Interview mit SPIEGEL TV; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.11.2023, Kanal: „Matthias Helferich MdB“, abgerufen am 24.04.2024.
[2345] Heimatkurier: „AfD-Bundestagsabgeordnete sagen ‚Distanzeritis‘ den Kampf an“ vom 13.11.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 16.11.2023.
[2346] Helferich, Matthias: Tweet vom 19.12.2023, abgerufen am 23.02.2024.

„Erneut besuchte ich Castell Aurora. Das Hausprojekt verbindet politische Bildung und Aktionismus mit geselliger Freizeitgestaltung. Eine Bar, Platz für Vorträge und die Vorbereitung von politischen Aktionen machen das Haus einzigartig. Zur Unterstützung habe ich 5000€ gespendet."[2347]

Am 21. Juli 2024 teilte Schmidt dann auf X (ehemals Twitter) einen Beitrag der Identitären Bewegung Österreich und sprach sich in seinem dazugehörigen Tweet klar unterstützend zu einer Aktion der Organisation aus:

„Gut, dass es eine Jugend gibt, die sich laut, aber friedlich gegen die Verdrängung wehrt."[2348]

Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten und späteren Bundesvorstandsmitglied Kay Gottschalk (NW) spendete Schmidt im Januar 2023 eigenen Angaben zufolge 1.500 Euro für das identitäre Hausprojekt, wobei er 1.000 Euro und Gottschalk 500 Euro zahlte. Schmidt schrieb dazu am 12. Januar 2023 auf Telegram:

„Die Unterstützung des patriotischen Vorfeldes liegt uns sehr am Herzen. Für eine patriotische Wende braucht es auch die wichtige Arbeit außerparlamentarischer Akteure. Deshalb haben Kay Gottschalk und ich dem patriotischen Hausprojekt Castell Aurora 1.500 Euro gespendet. Besucht doch mal die Seite unserer Freunde aus Österreich".[2349]

Zudem nahm Schmidt in seinem Magazin Blaue Zukunft, Ausgabe 03/2023, an mehreren Stellen Bezug auf die IBD. So lobte er beispielsweise als Gewinnspielpreis drei T-Shirts der IB aus dem der IBD zurechenbaren Bekleidungsshop Phalanx Europa aus.[2350] Zudem berichtete er über seine Teilnahme und Rede auf dem IB-Bundeslager im August 2022[2351] sowie von einer Spende in Höhe von 5.000 Euro an die Gruppierung. Die Arbeit der IBD bezeichnete er dabei als wichtig:

„Aus diesem Grund unterstütze ich seit Jahren die identitäre Bewegung (IB) bei ihrer wichtigen Arbeit."[2352]

[2347] Schmidt, Jan Wenzel: Tweet vom 28.04.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2348] Schmidt, Jan Wenzel: Tweet vom 21.07.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[2349] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 12.01.2023, abgerufen am 13.01.2023.
[2350] Blaue Zukunft: Ausgabe 03/2023, S. 2 und S. 29.
[2351] Heimatkurier: „Identitäres Bundeslager: Exklusiver Bericht eines Lagerteilnehmers" in: www.heimatkurier.at vom 09.09.2023, abgerufen am 12.09.2023.
[2352] „Bundeslager der Identitären Bewegung", in: Blaue Zukunft: Ausgabe 03/2023, S. 29.

Am 17. April 2023 veröffentlichte Schmidt einen Beitrag auf Telegram, in welchem er über eine Aktion der IB in Wien schrieb:

> *„Patrioten um Martin Sellner setzten gestern in Wien ein starkes Zeichen gegen Frühsexualisierungsshows von Transen vor kleinen Kindern. Vor dem ‚Schwulenhaus', wo die Indoktrination stattfand, fanden sich mutige Patrioten ein, um gegen den Wahnsinn zu demonstrieren. Die Woke-Ideologie greift nach unseren Kindern. Wer hier noch schweigt, stimmt zu."*[2353]

Zu einer weiteren Aktion der IB in Dresden (SN) äußerte er sich am 29. Oktober 2023 auf Telegram erneut positiv und teilte einen Bericht über selbige sowie einen Spendenaufruf.[2354] Einen entsprechenden Aufruf verbreitete er auf Telegram bereits am 31. August 2023.[2355]

Eine von Schmidt am 9. Mai 2023 ebenfalls auf Telegram verbreitete „Aufklärungskampagne" der Identitären Bewegung Deutschland kommentierte Schmidt des Weiteren mit folgendem Wortlaut:

> *„‚No Way – Do not come to Europe' – Identitäre Aufklärungskampagne in Afrika gestartet*
> *Die Identitäre Bewegung hat in zahlreichen afrikanischen Staaten und Regionen eine Aufklärungskampagne zur Verhinderung der Masseneinwanderung nach Europa gestartet. In Ländern wie Uganda, Ghana, Somalia und vielen mehr platzierten unsere Aktivisten mit örtlichen Agenturen mehrere Großflächenplakate und setzten ein deutliches Zeichen gegen den zunehmenden Ansturm aus Afrika in die europäischen Länder. Wir zeigen mit unserer Aktion, was die Regierung tatsächlich unternehmen müsste, um die Wanderungsbewegungen nach Europa schon in den Herkunftsländern der Migranten zu stoppen."*[2356]

Schmidt teilte am 27. Oktober 2023 auf Telegram einen Beitrag von Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW), in welchem sich dieser anlässlich eines Beitrags

[2353] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 17.04.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2354] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 29.10.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2355] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 31.08.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2356] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 09.05.2023, abgerufen am 16.11.2023.

von DER SPIEGEL eine Distanzierung von der Identitären Bewegung Deutschland vermied:

> *„Ob ich mich als Bundestagsabgeordneter von der Identitären Bewegung distanziere? Immerhin sagen die obersten Schlapphüte, dass die ganz böse sind. Da muss der SPIEGEL jemand anderes fragen, aber seht selbst!“*[2357]

Am 9. November 2023 erklärte Schmidt in einem Video, das er auf seinem Instagram-Profil veröffentlichte, dass er die IB nicht für rechtsextrem halte.[2358] In einem Artikel des Heimatkuriers vom 13. November 2023 wird Schmidt zur IB ferner mit folgenden Worten zitiert:

> *„Für mich sind das keine Extremisten. Sie wenden keine Gewalt an, um ihre politischen Ziele umzusetzen.“*[2359]

Diese Meinung wiederholte er anlässlich einer Podiumsdiskussion, an der er gemeinsam mit Götz Kubitschek teilnahm, in Wien im November 2023 nochmals zumindest implizit:

> *„Und ich finde das sehr mutig, was die FPÖ hier heute gemacht hat und dass sie eben auch das Thema Linksextremismus, was auch ein unangenehmes Thema ist, so in den Fokus schieben, und dabei auch das politische Vorfeld einbinden, was ja am längsten schon mit Linksextremismus zu tun hat. Immer wieder werden sie angegriffen und auch immer wieder wird das politische Vorfeld, Identitäre Bewegung und auch andere Institutionen, als rechtsextrem bezeichnet. Aber hier sieht man den großen Unterschied, denn die Identitäre Bewegung fällt nicht mit Gewalt auf, die Linksextremen, vor allem die Antifa, immer wieder.“*[2360]

Nachdem im Januar 2024 bekannt geworden war, dass sein Mitarbeiter Mario Müller, ein ehemaliger Aktivist der IBD, bei dem Vernetzungstreffen am 25. November 2023

[2357] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 27.10.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2358] Schmidt, Jan Wenzel: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 09.11.2023, Kanal: „jws_afd“, abgerufen am 23.02.2024.
[2359] Heimatkurier: „AfD-Bundestagsabgeordnete sagen ‚Distanzeritis‘ den Kampf an“ vom 13.11.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 16.11.2023.
[2360] Info-DIREKT: „Partei & Vorfeld: Selbstbewusste Patrioten gegen linksextreme Netzwerke“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.11.2023, Kanal: „info-DIREKT Magazin“, abgerufen am 20.02.2024.

in Potsdam (BB) teilgenommen hatte, stellte sich Schmidt öffentlich hinter diesen und verteidigte ihn:

> *„Es geht hier natürlich nicht um Herrn Müller, sondern um die Partei, die man am Nasenring durch die Manege führen möchte. Ich nehme den Etablierten ihre moralische Entrüstung darüber, dass ich einen ehemaligen und wegen Notwehr gegen linksextreme Angriffe verurteilten IB-Aktivisten im Bundestag beschäftigt, schlichtweg nicht ab. […] Man will hier das Vorfeld von der Partei isolieren, um es zu zerschlagen. Dieses Spiel sollten wir nicht mitspielen. Wer sich distanziert und linken Hetzkampagnen nachgibt, wird nicht in Ruhe gelassen, sondern immer wieder Ziel solcher Hetzkampagnen, weil die Strategie der Spaltung aufgeht.“*[2361]

Dem Freilich-Magazin gab Schmidt in diesem Zusammenhang ebenfalls ein Interview und bestätigte darin explizit das Angestelltenverhältnis mit Mario Müller:

> *„Herr Müller hat ein abgeschlossenes politikwissenschaftliches Studium und war damit für die Grünen überqualifiziert, also habe ich ihm eine Chance gegeben.“*[2362]

Am 28. Januar 2024 solidarisierte sich Schmidt mit der Leitfigur der deutschsprachigen IB, Martin Sellner, und forderte zur Unterzeichnung einer Petition zu seinen Gunsten auf.[2363] Am selben Tag veröffentlichte er auch in seiner Instagram-Story eine entsprechende Solidaritätsbekundung. Wörtlich schrieb Schmidt:

> *„Jeder Mörder und Vergewaltiger darf in dieses Land einreisen, bekommt zum Teil dutzende Identitäten und Bürgergeld! Solidarität mit Martin Sellner!“*[2364]

Eine beigefügte Grafik, deren Darstellung an den Schriftzug „Refugees welcome“ angelehnt war, enthielt den Text „*Martin Sellner is welcome*“.[2365]

Martin Reichardt (MdB, ST und Beisitzer im AfD-Bundesvorstand) solidarisierte sich in einem Tweet vom 27. Januar 2024 mit dem IB-Aktivisten Martin Sellner:

[2361] Heimatkurier: „Correctiv-Hetzkampagne gegen Mitarbeiter – jetzt spricht Jan Wenzel Schmidt (AfD)“ vom 19.01.2024, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 20.02.2024.
[2362] Freilich: „Jan Wenzel Schmidt (AfD) über Correctiv: ‚Mich erinnert das an Stasi-Methoden'“ vom 19.01.2024, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 22.01.2024.
[2363] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 28.01.2024, abgerufen am 20.02.2024.
[2364] Schmidt, Jan Wenzel: Instagram-Story vom 28.01.2024, abgerufen am 29.01.2024.
[2365] Ebd.

„Neutrale Rechtsstaatlichkeit löst der #Ampel-Staat weiter auf! Gewaltverbrecher werden mit albernen Begründungen nicht ausgewiesen oder zu lächerlichen Strafen verurteilt. Wer aber linken Meinungstotalitaristen nicht passt, darf nicht einreisen! #Sellner“[2366]

Weiterhin positionierte er sich in einem Tweet vom 4. August 2024 abermals unterstützend zu Sellner:

„Polizei stürmt #Sellner-Vortrag! Aus [Deutschland] als Garten des Geistes ist ein Gulag des Geistes geworden!“[2367]

Auch Christina Baum (MdB, BW/ST) zeigte sich in einem Facebook-Post vom 6. August 2024 solidarisch mit Martin Sellner:

„Polizei stürmt erneut in voller Montur eine vollständig friedliche Veranstaltung Liebe Polizisten, was ist mit euch los? Seid ihr nur noch Erfüllungsgehilfen dieser deutschlandfeindlichen autoritären Berliner Clique oder habt ihr auch noch ein Gewissen? […] Der Aktivist Martin Sellner liest aus seinem Buch vor und wird plötzlich durch die Polizei aufgrund von staatlicher Willkür nicht nur des Saales, sondern der Gemeinde verwiesen. Sellner war gerade dabei, die Repression gegenüber der Familie Elsässer zu schildern, als die Truppen den Saal stürmten. Besser als alle Worte dieser Welt kann man der Öffentlichkeit nicht zeigen, welchen autoritären Weg Deutschland unter diese Regierung eingeschlagen hat. […] Martin Sellner wird gestärkt aus diesem Angriff hervorgehen und die Kritiker dieses Systems werden lauter und stärker werden, bis dieses Berliner Unrecht endlich beendet sein wird.
Ich verurteile diese Maßnahme gegen Martin Sellner auf das Schärfste, so wie ich es mit jeder anderen totalitären Maßnahme auch tun würde und ich werde mich immer jeder Form von totalitärer Entwicklung entgegen stellen.“[2368]

Franz Schmid (MdL BY, Vorsitzender der JA BY bis März 2025) kritisierte in einer auf X veröffentlichten Pressemitteilung im Oktober 2024 den Polizeieinsatz gegen Martin Sellner:

[2366] Reichardt, Martin: Tweet vom 27.01.2024, abgerufen am 15.01.2025.
[2367] Reichardt, Martin: Tweet vom 04.08.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[2368] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 06.08.2024, abgerufen am 06.08.2024.

„Ich fühle mich an den Geschichtsunterricht erinnert. In der sogenannten Vormärz-Zeit terrorisierten absolutistische Fürsten patriotisch-freiheitliche Bürger. Heute sind es keine demokratiefeindlichen Monarchen, sondern Machthaber der Kartellparteien, wie Katrin Albsteiger und ihre Antifa-Helfer, die friedliche Aktivisten unterdrücken. Ich werde mein Recht als Abgeordneter nutzen und der Söder-Regierung unangenehme Fragen zu der Schande von Neu-Ulm stellen: Wie oft in der Vergangenheit wurden Versammlungen durch vermummte Polizisten gesprengt, angeblich weil keine Schanklizenz vorlag und wie verhältnismäßig ist ein solches Vorgehen des Staates? Widerstand gegen das drohende Ende der Meinungsfreiheit ist Pflicht!“[2369]

Der AfD-Landesverband Sachsen veröffentlichte am 18. März 2024 auf Telegram ein Bild von einer Aktion der Identitären Bewegung in Ribnitz-Damgarten (MV) und schrieb dazu in anerkennender Weise:

„Starke Aktion“[2370]

Am 20. Oktober 2024 teilte Götz Frömming (parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion und MdB, BR/BB) einen Tweet von Martin Sellner.[2371]

Daniel Wald (MdL ST) teilte in der Vergangenheit wiederholt Beiträge von Martin Sellner.[2372]

Besonders auffällig ist die positive Positionierung von Organisationseinheiten sowie hochrangigen Mitgliedern der Jungen Alternative zur IB.

Beim JA-Bundeskongress in Apolda (TH) im Oktober 2022 war der IBD-Merchandise-shop Phalanx Europa mit einem eigenen Stand vertreten und konnte dort seine Produkte anbieten.[2373] Betreiberin des Phalanx Europa-Shops ist das Wirtschaftsunternehmen Kohorte UG, ansässig in Rostock, die gleichzeitig auch den Patria Laden betreibt, den offiziellen Materialversand der JA. Vertretungsberechtigt ist in beiden

[2369] Schmid, Franz: Tweet vom 19.10.2024, abgerufen am 21.10.2024.
[2370] AfD Sachsen: Telegram-Beitrag vom 18.03.2024, abgerufen am 22.03.2024.
[2371] Frömming Götz: Retweet eines Tweets vom 20.10.2024, abgerufen am 24.10.2024.
[2372] Wald, Daniel: Retweets von Tweets vom 24.08.2024, 31.08.2024, 01.09.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[2373] Phalanx Europa: Telegram-Beitrag vom 15.10.2022, abgerufen am 23.02.2024.

Fällen der langjährige identitäre Führungsfunktionär Daniel Sebbin.[2374] [2375] An diesem Beispiel zeigt sich eine bestehende strukturelle Verbindung zwischen JA und IBD.

Weiterhin teilte der Bundesverband der Jungen Alternative auf Instagram am 5. April 2023 einen Veranstaltungshinweis zum „Aktivistenwochenende" des IBD-Ablegers Wackre Schwaben (BW) mit dem Thema „Identität und Weltanschauung".[2376] Auch die Junge Alternative Baden-Württemberg[2377], Carolin Lichtenheld (damalige Landesvorsitzende der JA TH)[2378], Florian Ruß (damaliger stellvertretender Vorsitzender der JA ST)[2379] und Anna Leisten (zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzende der JA Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand) [2380] verbreiteten den Beitrag der Wackren Schwaben am 4. bzw. 5. Mai 2023 auf ihren Instagram-Profilen.

Auf dem Telegramkanal des Castell Aurora wurde am 20. Juni 2023 ein Beitrag veröffentlicht, in dem man sich für die Einladung zur 10-Jahres-Feier des JA-Bundesverbands bedankte.[2381]

Im Rahmen der Demonstration des AfD-Bundesverbands am 8. Oktober 2022 in Berlin skandierte der am Anfang des Demonstrationszugs laufende Block der JA den Slogan „Heimat, Freiheit, Tradition – Multikulti Endstation".[2382] Hierbei handelt es sich um ein von der IB seit Jahren verwendetes Motto, in dem ihre fremden- und migrationsfeindliche Haltung zum Ausdruck kommt. Durch das Skandieren machte sich die JA die hinter dem Slogan stehenden Ansichten zu eigen.

Anna Leisten, damalige Vorsitzende der Jungen Alternative Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand, bekannte sich am Rande des AfD-Bundesparteitags in Riesa (SN) am 19. Juni 2022 zur engen Zusammenarbeit mit den sogenannten Vorfeldorganisationen der AfD und verwies dabei explizit auf die IB:

[2374] Patria: „Impressum", abgerufen am 22.02.2024.
[2375] Phalanx Europa: „Impressum", abgerufen am 22.02.2024.
[2376] Junge Alternative: Instagram-Story vom 04.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2377] Junge Alternative Baden-Württemberg: Instagram-Story vom 05.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2378] Lichtenheld, Carolin: Instagram-Story vom 04.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2379] Ruß, Florian: Instagram-Story vom 05.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2380] Leisten, Anna: Instagram-Story vom 04.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2381] Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 20.06.2023, abgerufen am 20.02.2024.
[2382] Jüdisches Forum: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 08.10.2022, Kanal: „Jüdisches Forum (JFDA e. V.)", abgerufen am 01.12.2022.

„Wir [die JA] decken also den ganzen Bereich Parteipolitik ab […] und das Vorfeld wird eben von anderen jungen Menschen abgedeckt, zum Beispiel, du hast es angesprochen, die Identitäre Bewegung. Ich persönlich habe überhaupt gar kein Problem mit diesen Vorfeldorganisationen. Ich unterstütze sie, wo ich nur kann. Wir arbeiten Hand in Hand zusammen. Wir brauchen alle Kräfte für dieses Land, wenn wir dieses Land noch retten wollen. Und ich arbeite seit Jahren hart, dass wir eben auch die Vorfeldorganisationen aktiv in die Arbeit einbinden und umgekehrt.“[2383]

Anna Leisten nimmt generell eine herausgehobene Stellung in Bezug auf Verbindungen zur IB ein. Am 12. Juli 2023 veröffentlichte sie beispielhaft auf ihrem Instagram-Account eine Story, in der sie für das identitäre Hausprojekt Castell Aurora aus Österreich warb.[2384] Ende September bzw. Anfang Oktober 2023 besuchte Anna Leisten gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Jungen Alternative Brandenburg[2385] das Castell Aurora und berichtete davon auf ihrem Instagram-Kanal.[2386]

Am 29. Juli 2023 führte die IB in Wien (AUT) eine Demonstration unter dem Titel „Remigrationsdemo“ durch. Dabei konnte eine Reihe von Teilnehmenden aus dem Kreis der Jungen Alternative festgestellt werden. So waren neben Anna Leisten auch mehrere JA-Mitglieder der Landes- und Kreisebene anwesend, die zeitweise gemeinsam an der Spitze des Demonstrationszugs liefen.[2387] Anna Leisten war für diese Veranstaltung als Rednerin angekündigt.[2388] Laut Presseberichterstattung hatte Leisten diese nach einer kritischen Thematisierung in einer Vorstandssitzung der AfD Brandenburg im Zuge der Einstufung als gesichert rechtsextremistische Bestrebung abgesagt.[2389]

Des Weiteren veröffentlichte Leisten am 1. September 2023 auf TikTok einen Videobeitrag, in welchem sie anlässlich von Durchsuchungsmaßnahmen bei Mitgliedern der Identitären Bewegung eine Solidaritätsbekundung für die IBD veröffentlichte und

---

[2383] Leisten, Anna: „AFD-Bundesparteitag: Mein Interview mit zwei Mitgliedern der Jungen Alternative!“ am 29.06.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.06.2022, Kanal: „Irfan Peci“, abgerufen am 21.11.2022.
[2384] Leisten, Anna: Instagram-Story vom 12.07.2023, abgerufen am 12.07.2023.
[2385] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Story vom 01.10.2023, abgerufen am 02.10.2023.
[2386] Leisten, Anna: Instagram-Eintrag vom 03.10.2023, abgerufen am 04.10.2023.
[2387] Vierfuß, Gerhard: Tweet vom 29.07.2023, abgerufen am 31.07.2023.
[2388] Gnauck, Hannes: Instagram-Story vom 29.06.2023, abgerufen am 29.06.2023.
[2389] WELT: „Warum die AfD die Chefin der Jungen Alternative in Brandenburg abmahnt“ vom 09.08.2023, in: www.welt.de, ohne Abrufdatum.

zur Unterstützung derselben in Form von finanziellen Spenden aufrief. Sie sagte darin unter anderem:

> *„Wir stehen auf jeden Fall zu euch, wenn ihr jetzt Unterstützung braucht, wir sind für euch da. Wir sammeln auf jeden Fall Spenden. Und ich rufe jetzt hiermit alle Abgeordneten der Partei, alle Abgeordneten im Landtag, im Bundestag und sonst wo auf, unterstützt die jungen Leute. […] Und ansonsten nochmal der Aufruf: spendet, was das Zeug hält, und jeder Cent kommt an. Meine Spende ist auch grad rausgegangen, wir haben zwar alle nicht so viel, aber wir unterstützen uns trotzdem, wo wir nur können.“*[2390]

Unterstützer der IBD finden sich außerdem vereinzelt innerhalb der AfD auch auf Landes- und Kreisebene. Insbesondere Beiträge von Martin Sellner werden dabei in den sozialen Netzwerken geteilt.

Der damalige JA-Bundesschatzmeister Franz Schmid (mittlerweile MdL BY) positionierte sich mehrfach zugunsten der IB. Am 9. November 2022 veröffentlichte Schmid einen Instagram-Eintrag, dessen Foto ihn gemeinsam mit Annie Hunecke im Bayerischen Landtag zeigt.[2391] Hunecke wird seit mindestens 2018 der IB zugerechnet und hat sich seither zu einer bundesweiten Führungsfigur entwickelt. Schmid dokumentiert damit öffentlich das gemeinsame Auftreten mit einer Protagonistin der IB.

Anlässlich des von österreichischen Parteien forcierten „Aktionsplans gegen Extremismus“, der sich gemäß Medienberichterstattung gegen „Identitäre, Burschenschaften und Corona-Demonstranten“ richte, schrieb Schmid am 12. Juli 2023:

> *„Ich verstehe dieses Verhalten nicht? Was erwarten unsere Freunde aus Oberösterreich, wenn sie einem Aktionsplan gegen Extremismus aka Repression gegen unser friedliches, patriotisches Vorfeld zustimmen? Applaus vom Gegner? Akzeptanz in hohen Kreisen? Das wird nicht passieren!“*[2392]

Er antwortete auf seinen eigenen Tweet:

[2390] Leisten, Anna: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 01.09.2023, Kanal: „anna.leisten“, abgerufen am 11.09.2023.
[2391] Schmid, Franz: Instagram-Eintrag vom 09.11.2022, abgerufen am 10.11.2022.
[2392] Schmid, Franz: Tweet vom 12.07.2023, abgerufen am 13.07.2023.

> *„Anstatt unser Vorfeld zum Abschuss freizugeben müssen wir es stärken! Die mutigen Aktivisten von @WiderstandB, @Wackre_Schwaben, @lederhosen_rvlt und co sind keine Extremisten! Aktionspläne braucht es in diesem Land gegen Linksterrorismus und für Remigration! Nicht gegen patriotische Aktionsgruppen!“*[2393]

Gemeinsam mit Daniel Halemba (MdL BY) besuchte Schmid am 11. November 2023 außerdem den sogenannten Schwabenkongress der regionalen IB-Gruppierung Reconquista 21 (R21). Schmid trug bei der Veranstaltung ein Shirt mit der Aufschrift „Sturmfest und Erdverwachsen“, das im identitären Phalanx Europa-Shop gekauft werden kann.[2394] [2395] Bei der Veranstaltung trat u. a. die Leitfigur der deutschsprachigen IB, Martin Sellner, auf und hielt einen Vortrag zum Thema „Remigration“.[2396] Am 24. November 2023 nahm Schmid, u. a. mit einem Aktivisten der IB Schwaben, an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Partei und Vorfeld“ teil, die im Castell Aurora in Steyregg (AUT) stattfand.[2397]

Halemba hatte laut Presseberichten bereits am 20. November 2021 an einer Demonstration der IB in Wien teilgenommen.[2398]

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) verkündete im März 2024 auf X (ehemals: Twitter) angesichts kritischer Berichterstattung über Martin Sellner:

> *„Was soll an den ‚Ideen eines Herrn Sellner‘ denn so schlimm sein?“*[2399]

Der ehemalige Schriftführer im Landesvorstand BW, Reimond Hoffmann, schrieb am 18. Dezember 2023 als Reaktion auf die Aufnahme von Revolte Rheinland auf die Unvereinbarkeitsliste der AfD:

[2393] Schmid, Franz: Tweet vom 12.07.2023, abgerufen am 13.07.2023.
[2394] Identitäre Bewegung Deutschland: Telegram-Beitrag vom 31.01.2024, abgerufen am 23.02.2024.
[2395] BR24: „Rechtes Treffen mit Sellner in Schwaben: AfD-Abgeordnete dabei“ vom 31.01.2024, in: www.br.de, abgerufen am 23.04.2025.
[2396] Heimatkurier: „Der Schwabenkongress: Patriotische Vernetzung bei Augsburg“ vom 31.01.2024, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 20.02.2024.
[2397] Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 25.11.2023, abgerufen am 20.02.2024.
[2398] DER SPIEGEL: „Daniel Halembas rechtsextreme Verbindungen“ vom 31.10.2023, in: www.spiegel.de, ohne Abrufdatum.
[2399] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 04.03.2024, abgerufen am 05.03.2024.

„Ich fand die Revolte Rheinland und ihre Aktionen immer sehr gut bisher. Eine öffentliche Unvereinbarkeit, die diesen mutigen jungen Leuten in den Rücken fällt halte ich für überflüssig.“[2400]

In einem Kommentar zu diesem Tweet führte er aus:

„Parteiräson nötigt mich dazu sachlich zu bleiben. Ich bin schon recht wütend. Weil wir diesen Fehler seit nunmehr zehn Jahren wiederholen. Wer mich kennt weiß, dass ich seit zehn Jahre diese(n) Fehler bekämpfe.“[2401]

Der Sprecher der AfD-Bezirksverbands Düsseldorf (NW) Elmar Salinger verbreitete am 25. Dezember 2022 einen Telegram-Beitrag von Martin Sellner, in welchem auf einen vermeintlichen *„Bevölkerungsaustausch[s]“* verwiesen wird.[2402]

Auch die AfD Düsseldorf (NW) verbreitete am 18. März 2023 auf Telegram einen Beitrag von Martin Sellner weiter.[2403]

Jurij Kofner, Fachreferent der Landtagsfraktion BY, positionierte sich in einem Facebook-Eintrag vom 6. September 2024 auf Seiten der Identitären Bewegung und plädierte für deren Entfernung auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD:

„Ich bin rechts-LIBERTÄR. Aus gutBÜRGERLICHEM Hause. Mit MIGRATIONSHINTERGRUND. So sehe ich auch meine Rolle In der #AfD.

Aber verdammt nochmal, die @IBDeutschland gehört RUNTER von der Unvereinbarkeitsliste! Die #IB hätte auch niemals drauf sein sollen. Das ist ein Relikt der feigen Meuthen-Ära der AfD. Die IB ist genau so wenig rassistisch, wie die AfD. Sie vertritt richtige und absolut normale Standpunkte: Bewahrung der eigenen #Identität, #Ethnopluralismus, #Multipolarität. Die VS-Einstufung der IB ist genau so haltlos, wie bei der AfD. Die AfD und die IB, als eine bedeutender und aktiver (im Gramsci-Sinne) Akteur des patriotischen Vorfeldes, sollten offen und eng zusammenarbeiten. #Privatmeinung“[2404]

[2400] Hoffmann, Reimond: Tweet vom 18.12.2023, abgerufen am 19.12.2023.
[2401] Ebd.
[2402] Salinger, Elmar: Telegram-Beitrag vom 25.12.2022, abgerufen am 27.12.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[2403] AfD Düsseldorf: Telegram-Beitrag vom 18.03.2023, abgerufen am 23.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)
[2404] Kofner, Jurij: Facebook-Eintrag vom 06.09.2024, abgerufen am 13.09.2024.

Für die Landesebene ließen sich zudem diverse Verbindungen zwischen der JA und der IB und der ihr nahestehenden Organisationen feststellen.

Die JA Bayern führte am 10. Dezember 2022 eine Lesung mit Volker Zierke in Memmingen (BY) durch.[2405] Zierke weist einen Vorlauf in der IB auf und arbeitet für den Verein Ein Prozent.

Die JA Brandenburg teilte zudem einen Beitrag der IB-nahen Seite „Aktionsmelder", in dem das IB-Bundeslager 2022 beworben wurde.[2406] Im April 2023 bedankte sich der Verband bei den *„Jungs von @CastellAurora"* für den Besuch beim Landesparteitag der AfD Brandenburg.[2407] Am 11. November 2023 besuchten abermals österreichische Aktivisten Brandenburg:

> *„[A]m vergangenen Samstag (11.11.23) waren wir mal wieder außerhalb der österreichischen Grenze unterwegs. Die Junge Alternative Brandenburg hat uns anlässlich des Landeskongresses zu sich nach Deutschland eingeladen. Dort konnten wir uns, das Castell Aurora, vorstellen, uns austauschen und vernetzen. Dieser grenzüberschreitende Austausch sowie die daraus entstehende Vernetzung zeigt, dass es viele Gleichgesinnte gibt, die ihresgleichen suchen und etwas verändern möchten."*[2408]

Zu dem Oktoberfest der JA Düsseldorf (NW) am 23. Oktober 2022 veröffentlichte die JA Nordrhein-Westfalen ein Bild mit Lebkuchenherzen vor einer Flagge der JA. Eines der Herzen trug die Aufschrift *„mehr IB wagen"*, mit der offenbar auf eine entsprechende Äußerung Björn Höckes in seiner Rede auf dem vorangegangenen JA-Bundeskongress rekurriert wurde.[2409]

Die Junge Alternative Thüringen veröffentlichte am 5. September 2023 auf Instagram einen Beitrag zur Mitgliederanwerbung, in dem mit einem Willkommensgeschenk in Form eines Buches geworben wurde. Jedem Neumitglied, das im September 2023 einen Mitgliedsantrag stellte, versprach sie wahlweise den Titel „Politik von rechts –

[2405] Junge Alternative Bayern: Facebook-Eintrag vom 11.12.2022, abgerufen an 12.12.2023.
[2406] Junge Alternative Brandenburg: Telegram-Beitrag vom 28.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.
[2407] Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 24.04.2023, abgerufen am 20.02.2024.
[2408] Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 17.11.2023, abgerufen am 09.01.2024.
[2409] Junge Alternative NRW: Facebook-Eintrag vom 23.10.2022, abgerufen am 24.10.2022.

ein Manifest“ von Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) oder „Regime Change von rechts – Eine strategische Skizze“ von Martin Sellner.[2410]

Auf dem Sommerfest der AfD Brandenburg am 16. September 2023 an der Havel (BB) war die Junge Alternative Brandenburg gemäß Flickr-Profil eines freien Journalisten mit einem Informationsstand vertreten. Dort lagen gemäß Fotografie neben Werbematerial der Jungen Alternative selbst auch Aufkleber der Identitären Bewegung mit der Aufschrift *„Wir sind die Jugend ohne Migrationshintergrund“* zur Mitnahme aus.[2411]

Am 23. Oktober 2023 berichtete die Junge Alternative Sachsen-Anhalt auf Facebook, dass sie sich in ihrem Lesekreis eingehend mit dem Buch „Regime Change von rechts" von Martin Sellner beschäftigt habe.[2412]

5. ZUERST!

Verschiedene AfD-Mitglieder der Bundesebene gaben dem rechtsextremistischen Nachrichtenmagazin ZUERST! Interviews. Das Magazin wird von dem Verleger rechtsextremistischer Literatur, Dietmar Munier, herausgegeben.

Zu den interviewten Personen der AfD-Bundesebene zählen der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion und Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (SN)[2413] im Juni 2022, die Bundestagsabgeordneten Jörn König (NI)[2414] im April 2022, Hannes Gnauck (BB)[2415] im Mai 2022, Steffen Kotré (BB)[2416] im November 2022 und Harald Weyel (NW)[2417] im Januar 2023. In dem Interview zweifelte Weyel, der zum damaligen Zeitpunkt auch dem AfD-Bundesvorstand angehörte, die Souveränität der Bundesrepublik an und suggerierte den Einfluss von fremden Mächten:

[2410] Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 05.09.2023, abgerufen am 14.09.2023.
[2411] Flickr: Fotostrecke vom 16.09.2023, in: www.flickr.de, Kanal: „Pressefuchs“, abgerufen am 26.10.2023.
[2412] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 23.10.2023, abgerufen am 24.10.2023.
[2413] „‚Grüne sind Kriegstreiberpartei‘“, in: ZUERST!, Ausgabe 06/2022, S. 21.
[2414] „‚Der Titel ist nicht das Wichtigste‘“, in: ZUERST!, Ausgabe 04/2022, S. 17 ff.
[2415] „‚Entnationalisierung Deutschlands‘“, in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 36 f.
[2416] „‚Ausdruck perverser Politik‘“, in: ZUERST!, Ausgabe 11/2022, S. 17 ff.
[2417] „‚Dienende Führungsrolle‘“, in: ZUERST!, Ausgabe 01/2023, S. 17 f.

„Wir reden hier wohl eher von Jahrzehnten der Selbstaufgabe beziehungsweise des (un)freiwilligen Souveränitätsverzichtes. [...] Es würde zunächst reichen, wenn Deutschland eine ‚Führungsrolle' in Deutschland übernähme. Vielleicht denkt Klingbeil aber an die ‚dienende Führungsrolle' seines Mitkoalitionärs Habeck, also eine führende Rolle bei der devoten Umsetzung der Pläne supranationaler Instanzen oder fremder Mächte oder doktrinärer Parteiideologie. Eine solche Rolle füllt Deutschland jetzt schon aus."[2418]

Im April 2023 erschien außerdem ein Interview mit dem Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST).[2419]

Auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 in Riesa (SN) war ZUERST! mit einem Werbestand vertreten.[2420] Von einem Journalisten auf diesen Umstand angesprochen, bekundete die AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (BW) ihre Verwunderung darüber.[2421] Weidel selbst hatte dem Magazin im Mai 2018 jedoch ein Interview gegeben.[2422]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) bewarb in einem Tweet vom 18. Juni 2022 das Magazin mit den Worten:

„Abo ist gebucht. Leseempfehlung!"[2423]

Auch der damalige Europaabgeordnete Gunnar Beck (NW) stand dem Magazin in der Juli/August-Ausgabe 2022 für ein Interview zur Verfügung.[2424]

Der brandenburgische Landtagsabgeordnete Lars Günther lud am 25. November 2021 zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Ami go home" im Landkreis Märkisch-Oberland (BB). Im Zuge der Diskussionsrunde äußerte sich Günther unter anderem wohlwollend über das ZUERST!-Magazin:

„Wir müssen selbstverständlich in vielen Kategorien denken. Der vorparlamentarische Raum auf Metaebene, muss das alles besprochen werden. Wir haben

---

[2418] Ebd.
[2419] „Gleichberechtigung statt Gleichstellung'", in: ZUERST!, Ausgabe 04/2023, S. 36 f.
[2420] Merkur: „Rechtsextremes Magazin auf AfD-Parteitag? Alice Weidel gerät ins Stocken, als sie konfrontiert wird" vom 20.06.2022, in: www.merkur.de, abgerufen am 20.06.2022.
[2421] Weidel, Alice: Interview in der ARD-Sondersendung „Bericht vom Parteitag der AfD" vom 19.06.2022; veröffentlicht in: www.ardmediathek.de, abgerufen am 23.06.2022.
[2422] „‚Ideenschmiede der AfD'", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2018, S. 32 f.
[2423] Beckamp, Roger: Tweet vom 18.06.2022, abgerufen am 20.06,2022.
[2424] „‚Erhaltung der nationalen Identität'", in: ZUERST!, Ausgabe 07-08/2022, S. 38 ff.

super Leute. Ich nenne da jetzt mal ein Musterbeispiel: Martin Sellner mit seinen Kanälen bei Telegram et cetera. Das ist wirklich eigentlich für jeden Pflichtprogramm, für jeden Jüngeren, für jeden Älteren. Und wir haben ja viele andere. Wir haben, Gott sei Dank, das Compact-Magazin und vieler andere freie Medien. Die sollte man eigentlich auch unterstützen. [...] Bitte unterstützt die Zeitungen ‚COMPACT', ‚ZUERST!', wie sie alle heißen. Kauft sie, gebt sie weiter. Guckt ‚CompactTV' am Tag, bringt was in die sozialen Medien, verstreut es, verteilt es. Denn jeden Tag können wir selber was bewirken und Leute beim Aufwachprozess unterstützen."[2425]

Weiterhin gaben auch AfD-Vertreter der Landesebene dem Magazin ZUERST! Interviews. Zu den interviewten Personen zählen die Landtagsabgeordneten Bernd Gögel (BW)[2426] im April 2022, der thüringische Co-Landesvorsitzende Björn Höcke (TH)[2427] und der damalige saarländische AfD-Landesvorsitzende Christian Wirth (mittlerweile MdB, NW)[2428] im Mai 2022 sowie Lars Schieske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, BB)[2429] im November 2022.

Am 18. Februar 2022 lud die baden-württembergische AfD-Landtagsfraktion die europapolitischen Sprecher der Partei zu einer internen Tagung nach Stuttgart ein. Neben Parteivertretern wie dem Landtagsabgeordneten Emil Sänze (BW) und dem damaligen Europaabgeordneten Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) nahm hieran auch der ZUERST!-Chefredakteur Andreas Karsten teil.[2430] Zudem wurde im März 2022 in dem Magazin eine Anzeige der AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg veröffentlicht.[2431]

Der Landtagsabgeordnete Christoph Maier (BY) teilte am 16. September 2022 auf Facebook einen ZUERST!-Artikel.[2432]

2425 Günther, Lars: Diskussionsabend „Ami go home" am 25.11.2021; veröffentlicht in: www.videos.wir-tube.de, Kanal: „Robert Götz Matuschewski" am 26.11.2023, abgerufen am 28.11.2023.
2426 „‚Eine echte Debatte führen'", in: ZUERST!, Ausgabe 04/2022, S. 35 ff.
2427 „‚Offensive statt Rechtfertigung'", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 28 ff.
2428 „‚Verhärtete Fronten'", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 24.
2429 „‚Kampf gegen die Einheitsfront'", in: ZUERST!, Ausgabe 11/2022, S. 75 ff.
2430 „‚Freiheit statt Eurokratie'", in: ZUERST!, Ausgabe 04/2022, S. 31.
2431 Anzeige, in: ZUERST!, Ausgabe 03/2022, S. 27.
2432 Maier, Christoph: Facebook-Eintrag vom 16.09.2022, abgerufen am 19.09.2022.

6. PI-NEWS

Der islamfeindliche Blog PI-NEWS wurde im Jahr 2004 von dem Kölner Sportlehrer Stefan Herre unter dem damaligen Namen Politically Incorrect (PI) gegründet. Herre verließ den Blog nach eigenen Angaben bereits wieder im Jahr 2007. Die derzeitigen Betreiber von PI-NEWS sind nicht öffentlich bekannt und agieren zum Teil konspirativ. PI-NEWS wird vom BfV als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft und bearbeitet.

Mehrere AfD-Mitglieder der Bundesebene standen dem rechtsextremistischen Blog für Interviews zur Verfügung bzw. teilten Blogbeiträge in den sozialen Netzwerken.

So gab der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (BB) im April 2022 PI-NEWS ein Interview, in dem er die Publikation wie folgt lobte:

> *„Schön, dass also hier jetzt so ein Blog existiert, hier so ein Medium, PI-NEWS, das wirklich unabhängig berichten kann."*[2433]

Darüber hinaus wurde auf PI-NEWS im Oktober 2022 ein „Offener Brief an die Sponsoren des Grünen-Parteitages" von Kotré veröffentlicht. Er teilte im Nachgang den Beitrag zusätzlich auf Facebook.[2434]

Das damalige Mitglied des Bundesvorstands und des Europäischen Parlaments Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) gab PI-NEWS im April 2022 ein Interview, in dem er sich u. a. zu den Themen „Strategische Ziele der AfD" und „Zusammenarbeit mit Vorfeldorganisationen" äußerte.[2435]

Mit Harald Weyel (bis März 2025 MdB, NW) veröffentlichte am 29. März 2022 ein weiteres damaliges Mitglied des Bundesvorstands auf Facebook ein gemeinsames Foto mit Stefan Herre, dem Gründer von PI-NEWS.[2436]

[2433] Kotré, Steffen: Interview mit PI-NEWS TV; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.04.2022, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 19.04.2022.
[2434] Kotré, Steffen: Facebook-Eintrag vom 27.10.2022, abgerufen am 31.10.2022.
[2435] PI-NEWS TV: „Maximilian Krah (AfD-MdEP): ‚Wir dürfen uns beim Thema Ukraine nicht zerstreiten'"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.04.2022, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 06.04.2022.
[2436] Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 29.03.2022, abgerufen am 06.04.2022.

Das Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) teilte am 3. April 2022 auf Facebook[2437] einen Artikel[2438] von PI-NEWS zu einer Rede von Reichardt im Deutschen Bundestag. Am 25. Mai 2022 teilte Reichardt erneut einen Beitrag[2439] von PI-NEWS auf Facebook[2440], in dem auf vorherige Aussagen von ihm Bezug genommen wurde. Auch im Oktober 2024 teilte Reichardt einen Telegram-Beitrag von PI-NEWS.[2441]

Am 21. September 2022 veröffentlichte der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) auf YouTube ein Video, in dem er PI-NEWS als Medium einer *„virtuelle[n] Gegenöffentlichkeit"* bewarb.[2442]

Am 19. August 2023 wurde auf der Internetseite von PI-NEWS ein Artikel des nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten Martin Renner veröffentlicht.[2443]

Zudem veröffentlichte der damalige Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff (NI) auf PI-NEWS am 8. Februar 2024 den Artikel *„Dietmar Friedhoff: Afrikanische Verhältnisse in Deutschland"*.[2444]

Am 14. April 2024 erschien ein Artikel von Rainer Rothfuß (stellvertretender Landesvorsitzender und MdB, BY) auf der Internetseite von PI-NEWS.[2445]

Gereon Bollmann (MdB, SH) veröffentlichte am 1. Mai 2024 einen Artikel auf PI-NEWS.[2446]

Am 19. Oktober 2024 verbreitete Götz Frömming (parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion und MdB, BR/BB) auf seinem X-Account einen Artikel

---

[2437] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 03.04.2022, abgerufen am 05.04.2022.
[2438] PI-NEWS: „Reichardt: ‚Der Spiegelismus ist die Endstufe des feministischen Egoismus!'", in: www.pi-news.net, abgerufen am 05.04.2022.
[2439] PI-NEWS: „Reichardt: ‚Entlastungspaket' der Bundesregierung ist Mogelpackung" vom 21.05.2022, in: www.pi-news.net, abgerufen am 27.05.2022.
[2440] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 25.05.2022, abgerufen am 27.05.2022.
[2441] Reichardt, Martin: Telegram-Beitrag vom 27.10.2024, abgerufen am 15.01.2024.
[2442] Beckamp, Roger: „Ohne freie Medien? Ohne mich!"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.09.2022, Kanal: „BECKAMPS NEUE...", abgerufen am 26.09.2022.
[2443] PI-NEWS: „Willkommen in der ‚DDR' (Dystopische Deutsche Republik)", in: www.pi-news.net vom 19.08.2023, abgerufen am 29.08.2023.
[2444] PI-NEWS: „Dietmar Friedhoff: Afrikanische Verhältnisse in Deutschland" vom 08.02.2024, in: www.pi-news.net, abgerufen am 30.07.2024.
[2445] PI-NEWS: „Das ‚Erdgas-Harakiri' der Bundesregierung" vom 14.04.2024, in: www.pi-news.net, abgerufen am 06.02.2025.
[2446] PI-NEWS: „Fachleute warnen: Neue Gender-Leitlinie empfiehlt ‚Pubertätsblocker'" vom 01.05.2024, in: www.pi-news.net, abgerufen am 16.05.2024.

von PI-NEWS über seine Person mit dem Titel „Frömming erteilt CDU-Abgeordnetem Lehrstunde in Demokratie“[2447]

Harald Weyel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) gratulierte im November 2024 PI-NEWS zum 20-jährigen Jubiläum.[2448]

Auch Landtagsabgeordnete gaben PI-NEWS Interviews bzw. teilten Artikel des Blogs auf ihren Präsenzen in den sozialen Medien. So veröffentlichte der sächsische Landtagsabgeordnete Jörg Dornau am 1. Dezember 2022 die erste Ausgabe seiner kostenlosen Zeitschrift Dornaus WahlkreisPost. Darin war ein vom sächsischen Landtagsabgeordneten Mario Beger verfasster PI-NEWS-Artikel zum Thema „Pressevielfalt“ zu finden.[2449]

Ebenfalls im Dezember 2022 erschien auf der Internetseite von PI-NEWS ein Artikel, in dem die damalige AfD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Birgit Bessin (mittlerweile MdB, BB) zitiert wurde.[2450] Bessin teilte den Beitrag anschließend auf Facebook.[2451] Im Februar 2023 erschien auf PI-NEWS erneut ein Artikel von Bessin, der von dieser am 2. Februar 2023 auf Facebook geteilt wurde.[2452] Einen Monat später, im März 2023, verbreitete Bessin erneut einen von ihr auf PI-NEWS veröffentlichten Artikel auf Facebook.[2453]

Der Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Hans-Christoph Berndt (BB) gab PI-NEWS im Januar 2023 ein Interview[2454] und teilte dieses am 4. Januar 2023 auf Facebook[2455].

Ein Artikel des Landtagsabgeordneten Christian Blex (NW) erschien am 4. Januar 2023 auf PI-NEWS.[2456]

[2447] Frömming, Götz: Tweet vom 19.10.2024, abgerufen am 24.10.2024.
[2448] Weyel, Harald: Videobotschaft vom 05.11.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.11.2024, Kanal: „PI-NEWS TV“, abgerufen am 08.11.2024.
[2449] Dornau, Jörg: Dornaus Wahlkreis-Post“, Ausgabe 01, S. 3.
[2450] PI-NEWS: „Birgit Bessin: Brandenburg muss migrationspolitische Wende jetzt einleiten!'“ vom 27.12.2022, in: www.pi-news.net, abgerufen am 27.12.2022.
[2451] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 28.12.2022, abgerufen am 17.01.2023.
[2452] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 02.02.2023, abgerufen am 06.02.2023.
[2453] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 08.03.2023, abgerufen am 20.03.2023.
[2454] PI-NEWS: „Christoph Berndt: ‚Es wird kein Umdenken bei Altparteien geben!'“ vom 04.01.2023, in: www.pi-news.net, abgerufen am 09.01.2023.
[2455] Berndt, Hans-Christoph: Facebook-Eintrag vom 04.01.2023, abgerufen am 17.01.2023.
[2456] PI-NEWS: „Worin liegen die Ursachen der Silvesterkrawalle begründet“ vom 04.01.2023, in: www.pi-news.net, abgerufen am 05.01.2023.

Björn Höcke teilte am 10. Februar 2023 auf seiner Facebook-Seite einen Artikel von PI-NEWS und bezeichnete den Autor des Beitrags dabei anerkennend als *„die Edelfeder von PI-NEWS“*.[2457]

Der AfD-Kreisverband Würzburg (BY) teilte auf Facebook regelmäßig Beiträge von PI-NEWS, u. a. am 8. und 19. April 2022, am 10. und 11. Juni 2022, am 5. und 11. Juli 2022 und am 11., 17. und 18. August 2022.[2458]

7. Zwischenfazit

In einer Gesamtschau belegen die aufgeführten Sachverhalte die fortbestehenden strukturellen Verbindungen führender Funktionäre der AfD und JA mit rechtsextremistischen Akteuren. Dieser Befund gilt speziell für Personen und Organisationen aus dem Bereich der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten. Er erhärtet den bisherigen Verdacht, dass die AfD strukturell in den genannten Vereinen und Organisationen ihre politischen Partner erkennt, mit denen sie sowohl die ideologischen Grundannahmen als auch die strategischen Überlegungen teilt.

Besonders in Bezug auf das COMPACT-Magazin und seine diversen Formate konnten fortgesetzt enge Verbindungen auf unterschiedlichen Ebenen nachgewiesen werden. COMPACT begleitete die AfD und ihre Aktivitäten aufs Engste und war in den vergangenen Jahren bei allen wichtigen Wahlen zumeist sowohl im Wahlkampf als auch in der Nachwahlberichterstattung vor Ort. Mit der Kampagne „Die Blaue Welle rollt“ unterstützte COMPACT die AfD ganz offen und formuliert als dezidiertes Ziel die Ermöglichung des „Machtwechsels“ zugunsten der AfD. Durch die im überwiegenden Teil sehr wohlwollende und positive Berichterstattung über die Partei und die Zurverfügungstellung der unterschiedlichen Medienkanäle mit ihren entsprechenden Reichweiten fördert COMPACT die AfD im politischen Wettbewerb nachhaltig. Durch das Veröffentlichen von Stellenausschreibungen bot COMPACT der AfD – gegen Bezahlung – eine Hilfestellung zur Personalrekrutierung. Die beiden genannten Landtagsfraktionen suchten somit in einem gesichert rechtsextremistischen Medium nach

[2457] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 10.02.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2458] AfD-Kreisverband Würzburg: Facebook-Einträge vom 08.04.2022, 19.04.2022, 10.06.2022, 11.06.2022, 05.07.2022, 11.07.2022, 11.08.2022, 17.08.2022 und 18.08.2022, abgerufen am 01.09.2022.

neuen Mitarbeitenden. Hieraus kann auch abgeleitet werden, dass in der ideologischen Grundausrichtung des Magazins und seiner Leserschaft kein Ausschlusskriterium gesehen wurde.

Vice versa können ebenfalls diverse Formen der Unterstützung seitens der AfD für COMPACT festgestellt werden. So tragen die festgestellten Werbeanzeigen der unterschiedlichen Landtagsfraktionen in der Printausgabe des Magazins zumindest zu einem gewissen Teil zu dessen Finanzierung bei. Weiterhin konnten in Einzelfällen Spenden zugunsten von COMPACT festgestellt werden. Stärker noch als die direkten finanziellen Zuwendungen dürfte allerdings die breite Bereitschaft von führenden AfD-Mitgliedern zur Mitwirkung an den unterschiedlichen Medienformaten von COMPACT wiegen. Diese ist über alle Ebenen der Partei hinweg zu beobachten und umfasst auch einen großen Teil des Bundesvorstands, inklusive der Bundessprecherin und des Bundessprechers. Besonders in den ostdeutschen Bundesländern stehen mit den Fraktions- und Landesvorsitzenden außerdem die führenden Köpfe der Landesverbände COMPACT als Gesprächspartner regelmäßig zur Verfügung. Insbesondere ist dies für Björn Höcke festzustellen. Sein Verhältnis zu COMPACT muss als sehr eng betrachtet werden, was sich auch in einer fast heroisierenden Berichterstattung und der Herausgabe des „Höcke-Talers" ausdrückt. Zuletzt tragen AfD-Mitglieder durch das Teilen von COMPACT-Inhalten auch zu dessen Verbreitung und Popularisierung unter der eigenen Anhänger- und Wählerschaft bei.

Auch in Bezug auf Ein Prozent konnten weiterhin enge Verbindungen von einer größeren Anzahl von Bundes- und Landespolitikern festgestellt werden, darunter sind mit Christina Baum und Maximilian Krah auch zwei damalige Mitglieder des Bundesvorstands. Besonders die sehr regelmäßige Teilnahme von AfD-Politikern am Podcast „Lagebesprechung" ist herauszustellen. Im Vergleich zu COMPACT fällt auf, dass sich die Verbindungen stärker für jüngere Mandatsträger und JA-Mitglieder feststellen lassen. Dies zeigte sich auch in dem besonderen Näheverhältnis zur JA und der öffentlichen Unterstützung dieser durch Ein Prozent. Auch kommentieren die unterschiedlichen Protagonisten von Ein Prozent die Entwicklung der AfD teils kritisch, besonders wenn es dabei um das Verhältnis der Partei zum politischen Vorfeld und die gelegentlichen Abgrenzungsbemühungen speziell des Bundesvorstands geht. Im solidarisch-patriotischen Lager der Partei kann sich Ein Prozent der Unterstützung

der Parteimitglieder allerdings sicher sein, was sich u. a. auch an den entsprechenden Erklärungen von Björn Höcke zeigen lässt. In zwei Fällen konnte festgestellt werden, dass Ein Prozent Mitglieder der AfD über den Solifonds auch finanziell unterstützte. Gleichzeitig dürfte die Partei bzw. ihre Mitglieder auch ein wichtiger Geldgeber des Vereins Ein Prozent und seiner ihm nahestehenden Projekte (z. B. Solifonds) sein. Dies kann bereits allein aufgrund der öffentlich bekannten Fälle von Fördermitgliedschaften (Beckamp, Schieske), Einzelspenden (Baum, Gnauck, Schmidt) und Spendenaufrufen (Höcke) geschlussfolgert werden.

Die Verbindungen zum vormaligen Institut für Staatspolitik (mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG) sind auch in der Zeit der Verdachtsfallbearbeitung weiterhin als eng zu bewerten. Das IfS kommentierte besonders durch regelmäßige Beiträge in der Sezession die Entwicklungen innerhalb der AfD und versuchte außerdem durch Beiträge, selbst Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Partei zu nehmen. Diese Einflussversuche unterstützten dabei überwiegend das solidarisch-patriotische Lager in der Partei und dabei insbesondere das Netzwerk um Björn Höcke und den ehemaligen Flügel. Durch die Auftritte von AfD-Politikern bei den digitalen und realweltlichen Veranstaltungen bot das IfS diesen außerdem die Möglichkeit, für ihre politischen Positionen und Ansichten zu werben. Gleichzeitig profitierte das IfS durch die Teilnahmen auch selbst, aufgrund der so vergrößerten Rezeption seiner Formate. Für die Verbindung zwischen Verlag Antaios und der AfD ist insbesondere das auflagenstarke Buch des damaligen Spitzenkandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament und ehemaligen Mitglieds des Bundesvorstands Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) zu nennen. Der Verlag ermöglichte es Krah durch die Aufnahme seines Buches im Vorfeld der Wahl, sein politisches Programm und seine Grundüberzeugungen einer breiteren Öffentlichkeit näherzubringen.

Die Identitäre Bewegung (IB) stellt im Vergleich zu den drei bisher genannten Organisationen einen Sonderfall dar, da sie als einzige dieser Organisationen auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD geführt wird. Dies kann im Rahmen einer Gesamtschau allerdings nicht uneingeschränkt als entlastendes Moment gewertet werden. Die Entscheidung des Bundesvorstands, auch die Revolte Rheinland als regionale Gruppierung der IBD auf die Unvereinbarkeitsliste zu setzen, kann ebenfalls nicht durchgreifend als entlastend gewertet werden, zeigt doch das enge Abstimmungsergebnis die

Zerrissenheit der Partei in dieser Frage. Am Beispiel von Marc Jongen zeigt sich außerdem, dass die Entscheidung nicht als grundsätzliche Abgrenzung zur IBD und ihren politischen Positionen zu bewerten ist. Weiterhin bedürfte es für eine glaubhafte und konsequente Distanzierung von der IBD außerdem, dass auch die anderen, z. T. deutlich größeren und aktiveren, regionalen IB-Gruppierungen auf die Unvereinbarkeitsliste aufgenommen werden würden. Stattdessen bestehen trotz der Unvereinbarkeitsliste weiterhin diverse Beziehungen von AfD-Mandatsträgern und Parteimitgliedern zur IBD. Unter diesen finden sich diverse Bundestagsabgeordnete, die z. T. öffentlich erklärt haben, Spenden an die IBD geleistet zu haben. In besonderem Maße finden sich die Verbindungen zur JA, deren Gliederungen und Mitglieder weiterhin eng mit der IBD verbunden sind. Im Fall von Mario Müller zeigt sich außerdem beispielhaft, dass ehemalige IB-Kader inzwischen auch als Mitarbeiter in den Parlamenten beschäftigt werden und somit die parlamentarische Arbeit der Abgeordneten unterstützen und beeinflussen.

Die weiterhin festgestellten Verbindungen zum Magazin ZUERST! und zu PI-NEWS ergänzen den Befund, dass die AfD fortgesetzt über ausgeprägte Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen verfügt, noch zusätzlich. Zwar sind diese in den beiden genannten Fällen nicht in einem solch quantitativen Umfang feststellbar, als dass von strukturellen Verbindungen zur Gesamtpartei die Rede sein könnte, allerdings sind die Verbindungen qualitativ dennoch erwähnenswert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass weder die während der letzten zwei Jahre öffentlich bekannt gemachten Hochstufungen von Ein Prozent oder dem Institut für Staatspolitik im April 2023 zu gesichert extremistischen Bestrebungen noch die gerichtliche Bestätigung von Einstufungen wie beispielsweise im Fall der IBD innerhalb der Partei zu einem Umdenken oder einem Abstandnehmen von den extremistischen neurechten Akteuren geführt haben. Im Gegenteil lösten die Hochstufungen in einigen Fällen wie gezeigt sogar öffentliche Solidaritätsbekundungen und den Abschluss von Fördermitgliedschaften aus.

Die verschiedenen Beispiele belegen außerdem finanzielle Unterstützungshandlungen innerhalb des neurechten Netzwerks zwischen AfD und den anderen Teilen. Au-

ßerdem konnte in einigen Fällen nachgewiesen werden, dass Mitarbeiter in den Parlamenten z. T. aus der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten rekrutiert werden und im Fall von COMPACT auch gezielt nach neuen Mitarbeitenden gesucht wird.

Aufgrund dieses Verdichtungsgrads können die AfD und ihre Teilorganisationen als Teil des neurechten Netzwerks begriffen werden, in dem die Partei vor dem Hintergrund ihrer finanziellen und strukturellen Möglichkeiten eine wichtige Rolle für das Gesamtkonstrukt einnimmt.

In der Phase der Verdachtsfallbearbeitung haben sich die Verbindungen somit auf einem hohen Niveau weiter verfestigt und verstetigt, sodass von einer Verdichtung der Anhaltspunkte gesprochen werden kann. Die zahlreichen Kontakte werden von unterschiedlichen Exponenten, die in weiten Teilen auch für die Partei repräsentative Funktionen wahrnehmen, unterhalten. Die aufgezeigte Qualität und Quantität der Verbindungen belegen daher komplementär zu den eingangs dargelegten tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die Menschenwürde und das Demokratieprinzip eine weitere und signifikante Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen der AfD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

III. Verfassungsschutzrechtliche Relevanz des ehemaligen Flügels und der JA für die AfD

Gruppierungen und Strömungen innerhalb einer Partei sowie der Partei zuzurechnenden Personenzusammenschlüssen wie anerkannten Jugendorganisationen kommen im Rahmen der vorzunehmenden Gesamtschau maßgebliche Bedeutung für die verfassungsschutzrechtliche Bewertung der Gesamtpartei zu. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sie keine innerhalb der Partei unbedeutenden Splittergruppen sind, sondern nach ihrer satzungsmäßigen Stellung, der Zahl ihrer Mitglieder, ihrem Rückhalt bei der Gesamtheit der Parteimitglieder und dem sich hieraus ergebenden Einfluss nennenswertes Gewicht innerhalb der Partei besitzen.[2459]

[2459] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22.09, BVerwGE 137, 275 Rn. 46 ff.; OVG NRW, Urt. v. 13.02.2009, 16 845/08, juris, Rn. 70.

1. Der Flügel

Der Personenzusammenschluss Der Flügel wurde vom BfV nach entsprechender gutachterlicher Prüfung im Januar 2019 zum Verdachtsfall erklärt und im März 2020 zur gesichert extremistischen Bestrebung hochgestuft. Diese Einstufungen wurden erstmalig durch das VG Köln in seinem Urteil vom 8. März 2022 gerichtlich bestätigt.[2460] Aufgrund des Urteils wurde der Flügel allerdings in der Folge wieder zum Verdachtsfall heruntergestuft, da das Gericht keine Gewissheit mehr über die Existenz des Flügels als Personenzusammenschluss gegeben sah. Gleichwohl bestätigte die erkennende Kammer, dass auch noch zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung im März 2022 Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen seitens des Flügels vorlagen:

> *„Betrachtet man den Flügel als Teilorganisation, so ist daher davon auszugehen, dass dieser jedenfalls bis zu seiner formalen Auflösung von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz beherrscht war, da gegenläufige Äußerungen, Zurechtweisungen oder Distanzierungen innerhalb des Flügels nicht verzeichnet werden können. Für die Beurteilung ist nicht relevant, ob der Flügel im hier maßgeblichen Zeitpunkt immer noch als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft werden kann. Diese Frage hat das erkennende Gericht im Verfahren 13 K 207/20 verneint und damit begründet, dass keine Gewissheit (mehr) über die Existenz des Flügels als Personenzusammenschluss vorliegt. Im Rahmen der Einstufung der Gesamtpartei als Verdachtsfall kommt es hierauf aber nicht an. Es ist vielmehr ausreichend, dass hinsichtlich des Flügels im maßgeblichen Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung noch tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen und damit auch hinsichtlich der Frage, ob der Flügel als Personenzusammenschluss noch existiert, vorliegen. Dies ist - wie oben dargelegt - der Fall. Dies gilt nicht nur für die Existenz als Personenzusammenschluss, sondern auch (und erst recht) für die inhaltliche Ausrichtung des Flügels. Denn die bereits genannten Anhaltspunkte werden durch Belege aus der jüngsten Zeit noch untermauert, wie die Fortschreibung der Materialsammlung zeigt. Darin kommen*

[2460] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris.

erneut ein ethnisches Volksverständnis und eine pauschale ausländerfeindliche Agitation zum Ausdruck.“[2461]

Das BfV ist im Rahmen der Fortführung des Verdachtsfalls zum Ergebnis gekommen, dass die Anhänger des Flügels sich weiterhin eng untereinander vernetzen und ihre politische Agenda gemeinsam verfolgen. Dies geschieht allerdings nicht mehr unter der formalen Hülle des Flügels, weshalb die Bearbeitung als eigenständiger Verdachtsfall zum 1. Januar 2024 eingestellt wurde. Die ehemaligen Anhängerinnen und Anhänger des Flügels werden seitdem größtenteils im Rahmen des Verdachtsfalls AfD beobachtet, den sie in z. T. erheblichem Maße weiterhin prägen. Dass die Anhänger des Flügels trotzdem weiterhin – unabhängig von der Existenz eines Personenzusammenschlusses – für die Beurteilung der der Gesamtpartei von Relevanz sind, stellte das VG Köln in seinem Urteil außerdem fest:

> *„Selbst wenn man dies anders sähe und den Flügel auch unter dem Aspekt des Verdachtsfalls nicht (mehr) als Personenzusammenschluss auffassen würde, so beeinflusste dies allein die Beurteilung des Flügels als Beobachtungsobjekt, nicht aber die Beurteilung der Klägerin. Denn durch den Umstand, dass die Mitglieder des Flügels nach dessen Auflösung (großenteils) in der Klägerin verblieben sind - einen Austritt aus der Klägerin oder auch nur eine Aufforderung dazu sah der damalige Vorstandsbeschluss nicht vor - und ihre Auffassungen, Ideologie und Positionen nicht aufgegeben haben, verbleiben jedenfalls auch die damit verbundenen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen im Rahmen der Bewertung der Klägerin als Beobachtungsobjekt.“*[2462]

Der BayVGH kommt in seinem Beschluss vom 14. September 2023 zum Ergebnis, dass der Einfluss des ehemaligen Flügels aufgrund der Anzahl seiner Anhänger und der herausgehobenen Stellung dieser Personen im bayerischen Landesverband und der Gesamtpartei zumindest nicht unerheblich sei.[2463]

Diese Auffassung bekräftigte zuletzt auch das VG Berlin in seiner Entscheidung vom 2. Februar 2024 nochmals:

[2461] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 791-793.
[2462] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 541.
[2463] BayVGH, Beschl. v. 14.09.2023, 10 CE 23.796, juris, Rn. 104.

> *„An dieser Einschätzung ändert der Umstand nichts, dass sich der Flügel im Frühjahr 2020 aufgelöst haben soll. Denn der Flügel als Personenzusammenschluss innerhalb der Antragsgegnerin kann nicht losgelöst von seinen Anhängern/Mitgliedern betrachtet werden. Ein Rechtsextremismuspotenzial ist mit der Auflösung des Flügels nicht verschwunden, so dass bei einer erheblichen Anzahl von Mitgliedern der Antragstellerin tatsächliche Anhaltspunkte von gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen bestehen, selbst wenn der Flügel als deren ‚Überbau' fehlt."*[2464]

Zur Bewertung der Anhänger des ehemaligen Flügels führt die Kammer weitergehend aus:

> *„Es ist nicht dargetan oder sonst ersichtlich, dass sich die politischen Grundhaltungen der vorerwähnten führenden Mitglieder des ehemaligen Flügels (Björn Höcke, Dr. Christina Baum, Andreas Kalbitz und Dr. Hans-Thomas Tillschneider) in der Folgezeit verändert haben. Alle vier Personen werden deshalb als rechtsextrem eingestuft. Baum, Kalbitz und Tillschneider werden jetzt dem rechtsextremen Netzwerk um Björn Höcke zugerechnet. Andreas Kalbitz gehört der Antragstellerin zwar nicht mehr als Parteimitglied an. Er ist aber weiterhin Mitglied der AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag und – wie die Antragsgegnerin unwidersprochen ausgeführt hat – häufig Gast bei Veranstaltungen der Antragstellerin in Ostdeutschland."*[2465]

Das auf das Urteil des VG Köln folgende Berufungsverfahren vor dem OVG NRW fand seinen Abschluss im Urteil vom 13. Mai 2024. Das OVG NRW bestätigte hierin die Rechtmäßigkeit der Beobachtung des ehemaligen Flügels am 15. Januar 2019 und im Zeitraum vom 16. Januar 2019 bis zum 11. März 2020 als Verdachtsfall sowie am 12. März 2020 als gesichert extremistische Bestrebung.[2466] Die Äußerungen verschiedener Führungspersonen des Flügels begründeten nach den Ausführungen des Gerichts *„am 15. Januar 2019 jedenfalls den starken Verdacht und rechtfertigten am 12. März 2020 auch die Schlussfolgerung, dass die politischen Zielsetzungen des*

[2464] VG Berlin, Beschl. v. 02.02.2024, VG 1 L 340/23, juris, Rn. 31.
[2465] VG Berlin, Beschl. v. 02.02.2024, VG 1 L 340/23, juris, Rn. 40.
[2466] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1216/22, juris, Rn. 93.

Flügels auch beinhalteten, den Schutz der Menschenwürde hinsichtlich bestimmter Personengruppen außer Geltung zu setzen".[2467] Näher führte das OVG aus:

> *„Es lagen konkrete und hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vor, dass nach dem politischen Konzept des ‚Flügel' jedenfalls deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund und deutschen und ausländischen Staatsangehörigen islamischen Glaubens die Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt werden sollte."*[2468]

Somit bleibt festzuhalten, dass trotz der Auflösung der Struktur des gesichert extremistischen Flügels davon auszugehen ist, dass dessen Anhängerinnen und Anhänger in der AfD weiter wirken und damit auch die entsprechenden verfassungsfeindlichen Positionen in der AfD fortbestehen.[2469] Darüber hinaus gibt es vereinzelt Veranstaltungen wie das „Preußenfest", die auf die Strukturen des ehemaligen Flügels zurückgreifen.

Das sogenannte „Preußenfest" ist eine seit 2022 jährlich stattfindende Veranstaltungsreihe, die in direkter Nachfolge und gemäß Ausrichter in der Tradition des 1. Flügeltreffen Sachsen-Anhalt steht, welches im Jahr 2020 die letzte offizielle Veranstaltung des ehemaligen Flügels vor dessen formaler Selbstauflösung war.[2470] Alle vier Veranstaltungen fanden in Schnellroda (ST) statt. Als formeller Veranstalter tritt der AfD-Kreisverband Saalekreis (ST) in Erscheinung[2471], dessen Vorsitzender der ehemalige exponierte Kernfunktionär des Flügels und Obmann für Sachsen-Anhalt Hans-Thomas Tillschneider ist. Als Redner auf der Veranstaltungsreihe traten neben den Führungsfunktionären des ehemaligen Flügels Björn Höcke (2020[2472] und

---

[2467] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1216/22, juris, Rn. 189.
[2468] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1216/22, juris, Rn. 192.
[2469] So auch VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn. 96 ff. hinsichtlich des sächsischen Landesverbands. Das Gericht begründete seine vorläufige bestätigende Bewertung im Hinblick auf die Einstufung durch das LfV als gesichert rechtsextremistisch mit der hohen personellen Kontinuität zwischen dem Flügel und dem Landesverband und zahlreichen dort festgestellten Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.
[2470] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 22.01.2020, abgerufen am 23.10.2024.
[2471] Ebd.
[2472] Ebd.

2022[2473] [2474], Teilnahme 2023 wegen eines Zerwürfnisses zwischen Höcke und Tillschneider abgesagt[2475]) und Andreas Kalbitz (2020)[2476], die führenden Vertreter des ehemaligen Flügels und des AfD-Landesverbands Sachsen-Anhalt Hans-Thomas Tillschneider, Martin Reichardt und Oliver Kirchner (2020-2024[2477] [2478] [2479] [2480]) sowie Maximilian Krah (2022-2024[2481] [2482] [2483]) auch Personen auf, die eigentlich nicht dem Personenpotenzial des ehemaligen Flügels zugerechnet werden. So war 2022 der neu zum stellvertretenden Bundessprecher gewählte Peter Boehringer als Redner angekündigt[2484], 2023 der damalige niedersächsische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Frank Rinck als Moderator[2485], 2023 der damalige Mitarbeiter der Co-Bundessprecherin Alice Weidel und ehemalige Leiter der AG Verfassungsschutz Roland Hartwig als Redner[2486] sowie 2024 der neu zum stellvertretenden Bundessprecher gewählte Kay Gottschalk als Moderator[2487] [2488] auf der Veranstaltung in Erscheinung. Auch weitere hochrangige Funktionärinnen und Funktionäre der AfD wie 2023 die damalige brandenburgische Landesvorsitzende Birgit Bessin[2489] (mittlerweile MdB, BB) oder 2024 die AfD-Abgeordneten Gereon Bollmann, Tomasz Froelich und Matthias Moosdorf[2490] sowie externe Redner wie 2020[2491] und 2022[2492] Götz Kubitschek oder 2024 Jürgen Elsässer[2493] (Ankündigung der Teilnahme unmittelbar nach dem noch einer gerichtlichen Überprüfung unterliegenden COMPACT-

---

[2473] Rechercheplattform zur Identitären Bewegung: Tweet vom 19.09.2022, abgerufen am 23.10.2024.
[2474] Wald, Daniel: Facebook-Eintrag vom 17.09.2022, abgerufen am 11.02.2025.
[2475] „Zerwürfnis unter Völkischen" vom 22.09.2023, in: DIE WELT Berlin, S. 4.
[2476] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 22.01.2020, abgerufen am 23.10.2024.
[2477] Ebd.
[2478] Rechercheplattform zur Identitären Bewegung: Tweet vom 19.09.2022, abgerufen am 23.10.2024.
[2479] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 23.10.2024.
[2480] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 23.10.2024.
[2481] Rechercheplattform zur Identitären Bewegung: Tweet vom 19.09.2022, abgerufen am 23.10.2024.
[2482] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 23.10.2024.
[2483] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 23.10.2024.
[2484] Mücher, Christian: Facebook-Eintrag vom 20.08.2022, abgerufen am 11.02.2025.
[2485] Tillschneider, Hans-Thomas: Eröffnungsrede des „Preußenfests" 2023; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 17.09.2023, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider", abgerufen am 11.02.2025.
[2486] Tillschneider, Hans-Thomas: Videobeschreibung der Rede von der Rede Birgit Bessins; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.09.2023, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider", abgerufen am 11.02.2025.
[2487] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 30.07.2024.
[2488] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 17.09.2024, abgerufen am 11.02.2025.
[2489] Tillschneider, Hans-Thomas: Videobeschreibung der Rede von der Rede Roland Hartwigs; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.09.2023, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider", abgerufen am 11.02.2025.
[2490] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 17.09.2024, abgerufen am 11.02.2025.
[2491] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 22.01.2020, abgerufen am 23.10.2024.
[2492] Rechercheplattform zur Identitären Bewegung: Tweet vom 19.09.2022, abgerufen am 23.10.2024.
[2493] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 17.09.2024, abgerufen am 11.02.2025.

Vereinsverbot[2494]) nahmen als Rednerinnen bzw. Redner an der Veranstaltungsreihe teil.

Mit Blick auf den Ausrichter, die wesentlichen Rednerinnen und Redner sowie die teilnehmenden Personen handelt es sich bei der Veranstaltungsreihe um ein Treffen des insbesondere aus dem Personenpotential des ehemaligen Flügels gebildeten solidarisch-patriotischen Lagers innerhalb der AfD. Eine Distanzierung vom ehemaligen Flügel erscheint nur insofern erkennbar, als dass damit eine Distanzierung von der damaligen auf Höcke fokussierten Organisation des Flügels gemeint ist. Eine inhaltliche Mäßigung oder Abkehr der grundlegenden völkisch-nationalistischen Ideologie des ehemaligen Flügels kann nicht festgestellt werden. Die Veranstaltungsreihe, bei der gerade auch öffentlich gemäßigter agierende Personen wie Boehringer, Rinck und Hartwig auftraten, zeigt den Einfluss und die Bedeutung der völkisch-nationalistischen Strömung und das Fortwirken des ehemaligen Flügels auch nach seiner Auflösung hinaus.

Darüber hinaus liegen Erkenntnisse über verschiedene weitere geplante, angekündigte oder auch durchgeführte Treffen aus dem Personenpotenzials des ehemaligen Flügels vor. Diese Zuordnung erfolgt insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung des Führungsfunktionärs des ehemaligen Flügels Andreas Kalbitz.

So fand im Februar 2023 ein Patriotentreffen West- und Mitteldeutschland im Erzgebirge (SN) statt, an dem u. a. Andreas Kalbitz und Martin Böhm sowie weitere AfD-Funktionäre aus Bayern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen teilnahmen.[2495] Am 3. Juni 2023 fand ein weiteres Patriotentreffen unter dem Motto „Ost trifft West" in Niederbobritzsch (SN) statt.[2496] Für den 30. Juni 2023 war außerdem ein vergleichbares Treffen in Hachenburg (RP) geplant.[2497] Für den 10. Juni 2023 war darüber hinaus das „1. Barbarossafest" in Thüringen mit führenden Vertretern des ehemaligen Flügels angekündigt worden. Diese Veranstaltung fand jedoch nicht statt.[2498]

[2494] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 23.10.2024.
[2495] Böhm, Martin: Facebook-Eintrag vom 12.02.2023, abgerufen am 22.10.2024.
[2496] Oehme, Ulrich: Telegram-Beitrag vom 07.06.2023, abgerufen am 22.10.2024.
[2497] Abakus News: Telegram-Beitrag vom 24.04.2023, abgerufen am 08.05.2023.
[2498] Gerlach, Joachim: Telegram-Beitrag vom 13.04.2023, abgerufen am 05.12.2023.

Am 13. Juli 2024 fand jedoch in Gremheim (BY) ein Treffen eines ehemaligen Flügelkreises mit Teilnahme von Andreas Kalbitz statt.[2499] Am 19. Oktober 2024 wurde darüber hinaus das „Ost trifft West – Patriotentreffen“ in Sachsen auf Einladung von Andreas Kalbitz und mit Beteiligung von Hans-Thomas Tillschneider und Maximilian Krah in Niederbobritzsch (SN) abgehalten.[2500] [2501]

Aufgrund seiner formalen Auflösung werden die Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, die sich aus Äußerungen seiner ursprünglichen Anhängerinnen oder Anhänger ergeben, an der Stelle im Gutachten bewertet, an der sie relevant werden. Im Übrigen muss der Umstand der Fortwirkung von durch den Flügel initiierten und im solidarisch-patriotischen Lager fortgeführten rechtsextremistischen Narrativen im Rahmen der einer Gesamtwürdigung angemessen berücksichtigt werden.

2. Junge Alternative

Die Junge Alternative[2502] war bis zu ihrer Auflösung am 31. März 2025 bei Zugrundelegung der oben genannten Kriterien eine Teilorganisation der AfD, der als offizieller Jugendorganisation der Partei eine erhebliche Bedeutung zukommt. Nach § 17a Abs. 2 Satz 1 der AfD-Bundessatzung war die JA der *„Innovationsmotor der AfD und hat das Ziel, das Gedankengut der Partei in ihrem Wirkungskreis zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der Jugend innerhalb der AfD zu vertreten“*.[2503] Laut der JA-Bundessatzung war ihr Zweck neben der Förderung von politischer Bildung, Teilhabe und Willensbildung explizit die Unterstützung der AfD in Bund und Ländern bei ihrer politischen Tätigkeit.[2504] Die JA diente der Gesamtpartei als Sprachrohr zur Verbreitung ihres Gedankenguts unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen wie auch zur Gewinnung neuer Anhängerinnen, Anhänger und Mitglieder für die AfD.

[2499] Mandic, Dubravko: Tweet vom 13.06.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[2500] Tillschneider, Hans-Thomas: Telegram-Beitrag vom 17.10.2024, abgerufen am 22.10.2024.
[2501] Andi Hoffnung: Telegram-Beitrag vom 20.10.2024, abgerufen am 22.10.2024.
[2502] Bei den Ausführungen in diesem Kapitel handelt es sich um Erkenntnisse zu der formal am 31. März 2025 aufgelösten Jugendorganisation Junge Alternative.
[2503] Alternative für Deutschland: „§ 17a Abs. 2 S. 1 AfD-Bundessatzung“ vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[2504] Junge Alternative für Deutschland: „§ 2 Abs. 2 JA-Bundessatzung“ vom 10.01.2015, zuletzt geändert am 15.10.2022, in: www.netzseite.jungealternative.online, ohne Abrufdatum.

Mit Urteil vom 13. Mai 2024 bestätigte das OVG NRW die Rechtmäßigkeit der Beobachtung der JA als Verdachtsfall.[2505] Das Gericht stellte hierbei fest, dass sich die von ihm aufgestellten rechtlichen Maßstäbe für politische Parteien vollumfänglich auf Jugendorganisationen einer politischen Partei übertragen lassen, *„die – wie die JA – darauf ausgerichtet sind, die Partei bei ihrer politischen Tätigkeit zu unterstützen und auf die politische Meinungsbildung innerhalb der Partei Einfluss zu nehmen"*.[2506] Es lagen und lägen weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, namentlich in den programmatischen Schriften und Äußerungen verschiedener Verbände und Mitglieder der JA, dass die JA Bestrebungen verfolge, die gegen das für den freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat unverzichtbare Grundprinzip der Menschenwürdegarantie gerichtet sind, da sie den starken Verdacht begründeten, dass die politischen Zielsetzungen der JA auch beinhalteten, den Schutz der Menschenwürde außer Geltung zu setzen.[2507]

Das VG Köln hat mit Beschluss vom 5. Februar 2024 zudem die Hochstufung der JA zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung durch das BfV nach summarischer Prüfung im Eilrechtsschutzverfahren als rechtmäßig bewertet.[2508] Maßgeblich war für das Gericht ein in den Positionierungen der JA feststellbarer völkisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff. Die Beschwerde gegen den Beschluss des VG Köln zum OVG NRW ist rechtshängig, eine Entscheidung ist derzeit noch nicht absehbar.[2509]

a. Satzungsbezogene Verbindungen und Verknüpfungen

Die Bedeutung der JA als Jugendorganisation für die AfD kam einerseits in satzungsbezogenen Verbindungen und Verknüpfungen zum Ausdruck. Eine AfD-Mitgliedschaft war zumindest für die Mitglieder des JA-Bundesvorstands obligatorisch.[2510] [2511] Ähnliche Vorgaben existierten für die Vorstände der JA-Landesver-

---

[2505] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1217/22, juris, Rn. 147.
[2506] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1217/22, juris, Rn. 182.
[2507] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1217/22, juris, Rn. 194 f.
[2508] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 190.
[2509] Das Verfahren wird geführt unter dem Az. 5 B 131/24, vgl. hierzu: OVG NRW: „Bundesamt für Verfassungsschutz darf AfD und JA als Verdachtsfall beobachten" vom 13.05.2024, in: www.ovg.nrw.de, abgerufen am 10.09.2024.
[2510] Alternative für Deutschland: „§ 17a Abs. 4 S. 2 AfD-Bundessatzung" vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[2511] Junge Alternative für Deutschland: „§ 29 Abs. 3 JA-Bundessatzung" vom 10.01.2015, zuletzt geändert am 15.10.2022, in: www.netztseite.jungealternative.online, ohne Abrufdatum.

bände. So bestimmte beispielsweise § 12 Abs. 5 der Satzung des AfD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, dass Vorstandsmitglieder der JA NW und ihrer Gliederungen der AfD angehören müssen.[2512]

Die JA hatte in der AfD im Gegenzug satzungsmäßig garantierte Mitwirkungsbefugnisse. So hatte sie die Möglichkeit, stimmrechtslose Vertreter in den Bundeskonvent und den Bundesvorstand der AfD zu entsenden.[2513] Die stimmrechtslosen Vertreter der JA waren den anderen Mitgliedern dieser Organe in anderen Belangen gleichgestellt, hatten also entsprechend Anwesenheits-, Rede- und Antragsrecht in diesen Parteiorganen. Schließlich hatten die Organe des Bundesverbands der JA das Recht, Anträge an die Organe des AfD-Bundesverbands zu stellen.[2514] Hierzu führt das VG Köln aus:

> *„Durch diese Instrumente ist es der JA per Satzung der Klägerin möglich, ihre Auffassungen in die Gesamtpartei zu tragen und dort für Unterstützung zu werben. Sie kann im Bundesvorstand der Klägerin und in den sonstigen Gremien ihre (in Teilen verfassungswidrige) Position vertreten und kann auch dort - wenn auch ohne Stimmrecht - für ihre Anliegen werben und argumentativ auf die Beschlüsse des Vorstands der Klägerin einwirken. Der JA kommt daher für die Ausrichtung der Klägerin eine gewichtige Rolle zu.“*[2515]

Das VG Stuttgart führte in seinem Beschluss vom 6. November 2023 hinsichtlich des Einflusses des JA-Landesverbands auf den AfD-Landesverband außerdem aus:

> *„Die JA BW konnte und kann ihren Einfluss auf den Antragsteller dadurch geltend machen, dass sie nach § 14 Satz 1 der Satzung des Antragstellers dessen Jugendorganisation ist und nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ihrer Satzung die Alternative für Deutschland in Baden-Württemberg bei ihrer politischen Tätigkeit unterstützt. Dies tut sie vor allem durch die aktive Teilnahme ihrer Mitglieder an Veranstaltungen des Antragstellers und seiner Untergliederungen […]. Des Weiteren ergeben sich auch personelle Überschneidungen, weil Mitglieder der JA BW*

[2512] Alternative für Deutschland Nordrhein-Westfalen: „§ 12 Abs. 5 Satzung des AfD-Landesverbands NRW“ vom 15.11.2015, in: www.afd.nrw, ohne Abrufdatum.
[2513] Alternative für Deutschland: „§ 17a Abs. 6 AfD-Bundessatzung“ vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[2514] Alternative für Deutschland: „§ 17a Abs. 5 AfD-Bundessatzung“ vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[2515] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 528.

häufig auch dem Antragsteller angehören und dies für den geschäftsführenden Vorstand der JA BW nach § 11 Abs. 3 Satz 2 der Satzung der JA BW sogar zwingend ist. Aktuell ist zudem der ehemalige Bundesvorsitzende der JA M.F. einer der beiden Co-Vorsitzenden des Antragstellers. Des Weiteren gehören zwei aktuelle Mitglieder der JA BW dem Vorstand des Antragstellers an, sodass auch hierdurch eine Beeinflussung des Antragstellers mit dem Gedankengut der JA und JA BW erfolgt."[2516]

Auch mit Blick auf ihre Mitgliederzahl kam der JA – auch nach Ansicht des VG Köln[2517] – ein nennenswertes Gewicht innerhalb der Gesamtpartei zu. So wies die JA nach eigenen Angaben 4.000 Mitglieder[2518] gegenüber 48.000 Parteimitgliedern[2519] auf; als „Splittergruppe" konnte die JA mithin nicht angesehen werden.

Die strukturelle Verknüpfung von Jugendorganisation und Mutterpartei ließ sich auch daran erkennen, dass auf der Website der AfD unter der Rubrik „*Über uns*" auf die JA verlinkt wurde. Die JA wurde damit von der Mutterpartei ohne Weiteres zur Partei gerechnet.[2520] Ähnliche Zuordnungen der JA zur AfD fanden sich auch auf den Websites von AfD-Landesverbänden. So erfolgte die Verlinkung der JA auf den Websites der AfD-Landesverbände Bayern[2521], Hessen[2522], Nordrhein-Westfalen[2523] und Sachsen-Anhalt[2524] bezeichnenderweise unter der Rubrik „*Partei*", in Sachsen[2525] im Foo-

---

[2516] VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 243.
[2517] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 526.
[2518] Schmid, Franz: „Es ist gut, dass patriotische Leute im #Landtag sitzen und #Politik für die eigenen Leute machen" vom 17.12.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.12.2023, Kanal: „Dr. Rainer Rothfuß", abgerufen am 14.03.2024.
[2519] tagesschau: „AfD zählt mehr Mitglieder" vom 22.06.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 27.06.2024.
[2520] Alternative für Deutschland: „Über uns", in: www.afd.de, abgerufen am 28.09.2023.
[2521] Alternative für Deutschland, Landesverband Bayern: „Partei", in: www.afdbayern.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2522] Alternative für Deutschland, Landesverband Hessen: „Partei", in: www.afd-hessen.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2523] Alternative für Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen: „Partei", in: www.afd.nrw, abgerufen am 20.08.2024.
[2524] Alternative für Deutschland, Landesverband Sachsen-Anhalt: „Partei", in: www.afd-lsa.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2525] Alternative für Deutschland, Landesverband Sachsen: Website Footer, in: www.afdsachsen.de, abgerufen am 20.08.2024.

ter der Website. Die AfD Brandenburg verknüpfte die JA Brandenburg auf ihrer Website unmittelbar im Header der Website.[2526] Der AfD-Landesverband Baden-Württemberg verlinkte auf seiner Website unter *„Landesverband"* auf *„Jugendorganisation"*, was nach Anklicken auf die Website der JA Baden-Württemberg führte.[2527]

b. Rekrutierung und Ausbildung von künftigen AfD-Funktionärinnen und -Funktionären durch die JA

Die JA spielte für die AfD eine relevante Rolle bei der Heranbildung aktueller und künftiger Funktionäre. So wurden auf dem Bundesparteitag 2022 in Riesa (SN) zwei Vollmitglieder der JA in den AfD-Bundesvorstand gewählt. Carlo Clemens (MdL NW) war von April 2021 bis Oktober 2022 Bundesvorsitzender der JA.[2528] Im Juni 2022 sprach Clemens angesichts seiner Wahl explizit davon, als *„JA-Spitzenkandidat zum Beisitzer in den AfD-Bundesvorstand"* gewählt worden zu sein.[2529] Diese Formulierung bringt die Bedeutung, die der AfD-Bundesparteitag bei den Vorstandswahlen der JA und deren Vertreter hat, deutlich zum Ausdruck. Neben Carlo Clemens ist insbesondere erwähnenswert, dass der AfD-Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) von 2015 bis 2020 Landesvorsitzender der JA Brandenburg war.[2530] Wenngleich Carlo Clemens auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2024 in Essen (NW) nicht wieder für ein AfD-Bundesvorstandsamt kandidierte, sind ehemalige JA-Funktionäre auch gegenwärtig noch hochrangig im AfD-Bundesvorstand vertreten. Mit Alexander Jungbluth (MdEP RP, stellvertretender Bundesschatzmeister) und Hannes Gnauck (MdB, BB, Beisitzer) sind ein langjähriges JA-Landesvorstandsmitglied sowie der letzte JA-Bundesvorsitzende Teil des AfD-Bundesvorstands geworden.[2531]

Im Rahmen des AfD-Bundesparteitags 2024 in Essen (NW) hob Gnauck die Rolle der JA bei der Rekrutierung von zukünftigen AfD-Mandatsträgerinnen und -trägern hervor:

[2526] Alternative für Deutschland, Landesverband Brandenburg: Website Header, in: www.afd-brandenburg.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2527] Alternative für Deutschland, Landesverband Baden-Württemberg: „Landesverband", in: www.afd-bw.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2528] Landtag Nordrhein-Westfalen: „Detailansicht des Abgeordneten Carlo Clemens", in: www.landtag.nrw.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2529] Alternative für Deutschland: „Über uns. Bundesvorstand", in: www.afd.de, abgerufen am 31.01.2023.
[2530] Ebd.
[2531] Ebd.

„Wir müssen unser Personal professionalisieren, wir müssen Schulungen abhalten für die Mitglieder, weil in der JA sind eben auch die zukünftigen Mandatsträger der Partei engagiert. Und es geht ja immer darum, bei Wahlen maximale Erfolge zu erreichen und dann eben auch unsere Mandatsträger irgendwann mal in Regierungsverantwortung zu bringen. Und auch das ist eine Aufgabe der Jugendorganisation, eben diese jungen Mandatsträger heranzuführen, zu schulen, weiterzubilden und dann in die AfD einfließen zu lassen, damit sie dann irgendwann mal für den Landtag, für den Bundestag oder für ein kommunales Amt kandidieren.“[2532]

Die von Gnauck formulierte Perspektive, dass JA-Mitglieder sich durch ihre Zeit in der Jugendorganisation in ihren Fähigkeiten entwickeln sollten, damit sie später einmal auch erfolgreich für Mandate in den Parlamenten kandidieren könnten, hat sich in den vergangenen Jahren bereits in größerer Zahl erfüllt.

Die AfD-Delegation im Europäischen Parlament verfügt seit der Europawahl 2024, bei der die Partei 15,9 % der Stimmen erreichte, über 15 Sitze im Parlament. Mit den fünf Abgeordneten René Aust (TH), Alexander Jungbluth (RP), Arno Bausemer (ST), Tomasz Froelich (HH) und Mary Khan-Hohloch (HE) sind 33,3 % der Delegation (ehemalige) Funktionäre der JA.[2533]

Der damalige thüringische AfD-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landessprecher der AfD Thüringen René Aust (Listenplatz 3, gewählt mit 67,8 %) war jedenfalls 2018 stellvertretender Vorsitzender der JA Thüringen.[2534]

Alexander Jungbluth (Listenplatz 5, gewählt mit 75,4 %) war von April 2019 bis Juli 2021 Vorsitzender der JA Rheinland-Pfalz.[2535] Aktuell fungiert er als stellvertretender AfD-Bundesschatzmeister.[2536]

[2532] Gnauck, Hannes: „Interview Hannes Gnauck zum 15. AfD-Bundesparteitag in Essen“ vom 05.07.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.07.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 05.09.2024.
[2533] Die Bundeswahlleiterin: „Europawahl 2024“, in: www.bundeswahlleiterin.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2534] Friesen, Anton: Facebook-Eintrag vom 15.12.2018, abgerufen am 08.02.2019.
[2535] Junge Alternative Rheinland-Pfalz: Facebook-Einträge vom 08.04.2019 und 14.07.2021, abgerufen am 27.09.2023.
[2536] AfD: „Bundesvorstand“, in: www.afd.de, abgerufen am 20.08.2024.

Arno Bausemer (Listenplatz 10, gewählt mit 86,7 %, damaliger Landesschatzmeister der AfD Sachsen-Anhalt) war bis 2019 Vorsitzender des JA-Kreisverbands Altmark (ST).[2537]

Tomasz Froelich (Listenplatz 12, gewählt mit 85,8 %) war von Februar 2019 bis März 2025 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Alternative.[2538]

Mary Khan-Hohloch (Listenplatz 14, gewählt mit 52 %) war von Februar 2019 bis Oktober 2022 stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Alternative.[2539] [2540]

Darüber hinaus wurden im Rahmen der AfD-Europawahlversammlung am 29./30. Juli und 4./5. August 2023 in Magdeburg (ST) vier weitere (ehemalige) Funktionäre und Mitglieder der Jungen Alternative auf die Liste für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 gewählt:[2541] [2542] [2543] [2544]

Michael Schumann (Listenplatz 24) war von Januar 2024 bis März 2025 Vorsitzender der JA Hamburg.[2545]

Alexander Wiesner (Listenplatz 26, MdL SN) war Vorsitzender der JA Sachsen.[2546]

David Christopher Eckert (Listenplatz 29) war Landesvorsitzender der JA Berlin.[2547]

Arnold Fiz (Listenplatz 33) war von Juli 2023 bis Januar 2025 stellvertretender Landesvorsitzender der JA Rheinland-Pfalz.[2548]

Die Ergebnisse der Europawahlversammlung zeigten einen zunehmenden Erfolg der JA und ihrer Mitglieder bei Listenaufstellungen, was u. a. auch auf ein strategischeres

---

[2537] Altmärkische Zeitung: „Altmärkischer AfD-Nachwuchs schießt gegen die CDU" vom 15.05.2019, in: www.az-online.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2538] Froelich, Tomasz: Facebook-Eintrag vom 16.10.2022, abgerufen am 27.09.2023.
[2539] Alternative für Deutschland: „Listenplätze Europawahl", in: www.afd.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2540] Business Insider: „Besuch beim AfD-Nachwuchs. Wie die Junge Alternative versucht, sich politisch zu häuten" vom 22.02.2019, in: www.businessinsider.de, abgerufen am 27.09.2023.
[2541] Alternative für Deutschland: „Live: Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg" vom 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 30.07.2023.
[2542] Alternative für Deutschland: „Live: Tag 2 der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg" vom 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023.
[2543] Alternative für Deutschland: „Live: Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg! 04.08.2023" vom 04.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.08.2023.
[2544] Alternative für Deutschland: „Live: Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg! 05.08.2023" vom 05.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.08.2023.
[2545] Junge Alternative: „Junge Alternative Hamburg", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 20.08.2024.
[2546] Junge Alternative: „Junge Alternative Sachsen", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2547] Alternative für Deutschland: „Listenplätze Europawahl", in: www.afd.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2548] Junge Alternative Rheinland-Pfalz: Instagram-Eintrag vom 23.07.2023, abgerufen am 27.09.2023.

Vorgehen der JA und eine bessere Vernetzung in der Gesamtpartei zurückzuführen war.

Auch im Deutschen Bundestag fanden und finden sich in der AfD-Fraktion ehemalige Mitglieder der JA. Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 weisen 18 der insgesamt 152 gewählten AfD-Abgeordneten einen Vorlauf in der JA auf:

Dario Seifert (MV) war Gründungsvorsitzender der JA Mecklenburg-Vorpommern.[2549] Die JA MV gratulierte dem *„JA-Spitzenkandidaten“* zur Wahl in den Bundestag.[2550]

Robert Teske (TH) war von 2016[2551] bis 2019[2552] Landesvorsitzender der JA Bremen. 2020 war er Mitglied des Landesvorstands der JA Thüringen.[2553]

Christopher Drößler (TH) war Landesschatzmeister der JA Thüringen.[2554]

Torben Braga (TH) war von 2019 bis 2025 Landtagsabgeordneter der AfD Thüringen und Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag[2555]. Er war stellvertretender Sprecher der AfD Thüringen[2556] und ist gegenwärtig als Beisitzer Mitglied des Landesvorstands der AfD Thüringen[2557]. Er war zudem JA-Mitglied[2558] und trat im Jahr 2018 als Sprecher des JA-Bundesvorsitzenden auf.[2559] [2560]

Micha Fehre (NI) war bis zu deren Auflösung Mitglied der JA Niedersachsen.[2561]

2549 NDR: „‚Heldengedenken‘ und ‚Deutschland zuerst‘ – AfD driftet weiter ins Völkische“, in: www.ndr.de vom 25.11.2024, abgerufen am 27.03.2025.
2550 Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 24.02.2025, abgerufen am 28.03.2025.
2551 Junge Alternative Bremen: Facebook-Eintrag vom 17.10.2016, abgerufen am 06.11.2024,
2552 Junge Alternative Bremen: Facebook-Eintrag vom 11.03.2019, abgerufen am 11.03.2025.
2553 Junge Alternative Berlin: Facebook-Eintrag vom 14.11.2020, abgerufen am 16.11.2020.
2554 Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.03.2025.
2555 Thüringer Landtag: „Abgeordnete & Fraktionen & Gruppe, Sitzordnung“, in: www.thueringer-landtag.de, abgerufen am 14.10.2024.
2556 AfD Thüringen: „Ihr Landesvorstand Thüringen“, in: www.afd-thueringen.de, abgerufen am 14.10.2024.
2557 AfD Thüringen: „Landesvorstand Thüringen“, in: www.afd-thueringen.de, abgerufen am 27.03.2025.
2558 Junge Alternative Thüringen: Facebook-Eintrag vom 20.11.2023, abgerufen am 22.08.2024.
2559 ZEIT: „AfD-Jugend wird Verfassungsschutz nicht los“ vom 06.11.2018, in: www.zeit.de, abgerufen am 26.02.2024.
2560 Tagesspiegel: „AfD Nachwuchs Junge Alternative löst Landesverband Niedersachsen auf“ vom 04.11.2018, in: www.tagesspiegel.de, abgerufen am 26.04.2024.
2561 Junge Alternative Niedersachsen: Instagram-Eintrag vom 27.12.2024, abgerufen am 07.03.2025.

Carsten Becker (SL) war neben seiner Tätigkeit als Landesvorsitzender der AfD Saarland auch Mitglied des saarländischen JA-Landesverbands.[2562]

Maximilian Kneller (NW) war von September 2019 bis Oktober 2022 Beisitzer im Landesvorstand der JA Nordrhein-Westfalen.[2563] [2564]

Tobias Ebenberger (NW) war bis zur Auflösung der JA NW Mitglied der Jugendorganisation.[2565]

Bastian Treuheit (BY) war Mitglied der JA Bayern.[2566]

Dem 21. Deutschen Bundestag gehören weiterhin Tobias Matthias Peterka (BY), Markus Frohnmaier (BW), Sebastian Münzenmaier (RP), Andreas Bleck (RP), Michael Espendiller (NW), Jan Wenzel Schmidt (ST), Jan Nolte (HE), Hannes Gnauck (BB) und Matthias Helferich (NW) an.[2567]

Bereits bei der Bundestagswahl 2021, bei der die AfD 83 Mandate gewinnen konnte, waren mit Tobias Matthias Peterka[2568] [2569] (BY), Markus Frohnmaier[2570] [2571](BW), Sebastian Münzenmaier (RP), Andreas Bleck (RP), Michael Espendiller (NW), Jan Wenzel Schmidt (ST), Jan Nolte (HE), Hannes Gnauck (BB) und Matthias Helferich (NW) insgesamt neun ehemalige und aktuelle Funktionäre der JA ins Parlament gewählt worden.[2572]

Des Weiteren waren in der abgelaufenen Legislaturperiode der im Oktober 2024 aus der AfD ausgetretene damalige Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel[2573] (BW) sowie

---

2562 Becker, Carsten: „Zeit für Deutschland': 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.
2563 Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Facebook-Eintrag vom 23.09.2019, abgerufen am 28.03.2025.
2564 Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Instagram-Eintrag vom 01.10.2022, abgerufen am 28.03.2025.
2565 Junge Alternative Köln: Instagram-Eintrag vom 25.03.2024, abgerufen am 11.02.2025.
2566 Junge Alternative Bayern: Instagram-Eintrag vom 31.05.2023, abgerufen am 07.03.2025.
2567 AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Abgeordnete", in: www.afdbundestag.de, abgerufen am 07.04.2025.
2568 Deutscher Bundestag: „Biografien: Tobias Peterka", in: www.bundestag.de, abgerufen am 20.08.2024.
2569 AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Tobias Matthias Peterka", in: www.afdbundestag.de, abgerufen am 12.09.2024.
2570 Deutscher Bundestag: „Biografien: Markus Frohnmaier", in: www.bundestag.de, abgerufen am 20.08.2024.
2571 AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Fraktionsvorstand", in: www.afdbundestag.de, abgerufen am 27.03.2025.
2572 Junge Alternative für Deutschland: Facebook-Eintrag vom 29.09.2021, abgerufen am 05.10.2021
2573 Spaniel, Dirk: Facebook-Eintrag vom 29.05.2022, abgerufen am 11.09.2024.

die AfD-Bundestagsabgeordneten Malte Kaufmann[2574] (BW), René Bochmann[2575] (SN), Marcus Bühl[2576] (TH) und der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion Enrico Komning[2577] (MV) Fördermitglieder der JA.

Neben dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag wurden (ehemalige) Mitglieder der JA auch auf Landesebene in Parlamente gewählt, zuletzt bei den drei Landtagswahlen in Ostdeutschland im Jahr 2024:

Seit der Landtagswahl am 1. September 2024 in Thüringen[2578] weisen mit Vivien Rottstedt und Peter Gerhardt zwei von insgesamt 32 AfD-Abgeordneten im Thüringer Landtag einen Vorlauf in der JA auf.[2579]

Vivien Rottstedt (Listenplatz 22) war ab 2020 Beisitzerin im Landesvorstand der JA Thüringen,[2580] Peter Gerhardt (Listenplatz 25) war von 2020 bis 2022 stellvertretender Vorsitzender der JA Thüringen.[2581] [2582]

Neben den beiden genannten Personen kandidierten außerdem noch zwei weitere JA-Mitglieder auf der Landesliste:

Christopher Drößler (Listenplatz 23) war Landesschatzmeister der JA Thüringen.[2583]

Alexander Claus (Listenplatz 38) war Beisitzer im Landesvorstand der JA Thüringen.[2584]

Auch in Sachsen waren mehrere JA-Mitglieder bzw. -Funktionäre Teil der Landesliste der AfD für die Landtagswahl am 1. September 2024.[2585] Hier gelang es mit Alexander Wiesner und Jonas Dünzel zwei JA-Mitgliedern, in den Landtag (wieder-) gewählt

---

[2574] AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Landesgruppe Baden-Württemberg: Wir stellen uns vor" in: www.afdbundestag.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2575] Bochmann, René: Tweet vom 09.02.2024, abgerufen am 11.09.2024.
[2576] Junge Alternative Thüringen: Facebook-Eintrag vom 10.06.2021, abgerufen am 11.09.2024.
[2577] Komning, Enrico: Facebook-Eintrag vom 28.10.2022, abgerufen am 22.08.2024.
[2578] AfD-Landesverband Thüringen: „AfD wählt Landesliste zur Landtagswahl 2024" vom 18.11.2023, in: www.afd-thueringen.de, abgerufen am 08.12.2023.
[2579] Landtag Thüringen: „Abgeordnete nach Fraktionen & Gruppen", in: www.thueringer-landtag.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2580] Junge Alternative Berlin: Instagram-Eintrag vom 14.11.2020, abgerufen am 16.11.2020.
[2581] Junge Alternative Berlin: Instagram-Eintrag vom 14.11.2020, abgerufen am 16.11.2020.
[2582] Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.03.2025.
[2583] Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.03.2025
[2584] Junge Alternative für Deutschland: „Vorstand der JA Thüringen" vom 22.08.2024, in: www.junge-alternative.net, abgerufen am 29.08.2024.
[2585] MDR: „Kandidaten zur Landtagswahl in Sachsen 2024", in: www.mdr.de, abgerufen am 14.10.2024.

zu werden. Wiesner wurde im Anschluss sogar in den Vorstand der aus 40 Abgeordneten bestehenden Fraktion gewählt.[2586] Er (Listenplatz 10) war Vorsitzender der JA Sachsen.[2587]. Dünzel (Listenplatz 9) war Mitglied der JA.[2588]

Neben den beiden waren außerdem drei weitere Personen mit Bezügen zur JA auf der Landesliste:

Marius Beyer (Listenplatz 43) war Mitglied der JA.[2589]

Nicole Scharpe (Listenplatz 48) war stellvertretende Landesvorsitzende der JA Sachsen.[2590]

Fabian Küble (Listenplatz 69) war Beisitzer im Bundesvorstand der JA.[2591] Darüber hinaus war er stellvertretender Landesvorsitzender der JA Sachsen.[2592]

In Brandenburg kandidierten für die Landtagswahl am 22. September 2024 ebenfalls mehrere (ehemalige) Mitglieder der JA als Listenkandidaten der AfD.[2593] Der neu gewählten 30-köpfigen Fraktion gehören drei Abgeordnete mit JA-Vorlauf an[2594]: Der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Dennis Hohloch (Listenplatz 2), war Mitglied der JA Brandenburg.[2595] Felix Teichner (Listenplatz 3) war Mitglied der JA.[2596] Darüber hinaus ist er Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Uckermark (MV) und Beisitzer im Landesvorstand der AfD Brandenburg.[2597] Der Abgeordnete Jean-

[2586] Sächsischer Landtag: „Fraktionen im 8. Sächsischen Landtag“, in: www.landtag.sachsen.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2587] Junge Alternative für Deutschland: „Vorstand der JA Sachsen“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 29.08.2024.
[2588] Junge Alternative Sachsen: Tweet vom 12.06.2024, ohne Abrufdatum.
[2589] Junge Alternative Sachsen: Tweet vom 12.06.2024, ohne Abrufdatum.
[2590] Junge Alternative für Deutschland: „Vorstand der JA Sachsen“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 29.08.2024.
[2591] Junge Alternative für Deutschland: „Bundesvorstand“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2592] Junge Alternative für Deutschland: „Vorstand der JA Sachsen“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 29.08.2024.
[2593] AfD-Landesverband Brandenburg: „AfD Brandenburg bestens aufgestellt zur Landtagswahl 2024“ vom 07.04.2024, in: www.afd-brandenburg.de, abgerufen am 08.04.2024.
[2594] RBB24: „Wer neu im Brandenburger Landtag ist und wer seinen Platz verliert“ vom 24.09.2024, in: www.rbb24.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2595] Landtag Brandenburg: „Abgeordnete: Dennis Hohloch“, in: www.landtag.brandenburg.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2596] Landtag Brandenburg: „Felix Teichner“, in: www.landtag.brandenburg.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2597] AfD Brandenburg: Facebook-Eintrag vom 22.07.2019, abgerufen am 22.08.2024.

Pascal Hohm (Listenplatz 9) war bis 2016 Landesvorsitzender der JA Brandenburg.[2598]

Daneben schaffte es mit Lion Edler (Listenplatz 28) ein weiteres Mitglied der JA Brandenburg auf die Landesliste. Edler war bis November 2023 Schriftführer im Landesvorstand der JA Brandenburg.[2599] [2600]

Auf der Ebene der Landesverbände lassen sich unter den Funktions- und Mandatsträgern außerdem zahlreiche weitere Parteikarrieren feststellen, die mit Tätigkeiten in der JA begannen. Beispielhaft seien hier folgende Personen genannt:

Reimond Hoffmann, bis Februar 2024 Schriftführer im AfD-Landesvorstand Baden-Württemberg, war 2018 stellvertretender Landesvorsitzender der JA Baden-Württemberg.[2601]

Severin Köhler war zunächst stellvertretender Landesvorsitzender der JA Baden-Württemberg[2602] und ab 2022 deren Vorsitzender.[2603] Er war von Juli 2022[2604] bis Februar 2024 Beisitzer im AfD-Landesvorstand Baden-Württemberg.[2605] Sein Nachfolger in dieser Funktion ist seit Februar 2024 der zuletzt stellvertretende JA-Landesvorsitzende Baden-Württemberg Benjamin Götz[2606] [2607].

Miguel Klauß (MdL BW) war ab 2016 Mitglied der JA.[2608]

Das Mitglied der JA Bayern Michael Stauch fungierte von Oktober 2021 bis Januar 2024 als Beisitzer im Landesvorstand der AfD Bayern. Die JA Bayern gratulierte am 17. Oktober 2021 mit folgenden Worten zu dessen Wahl: *„vor allem herzliche Glückwünsche an unseren Kandidaten der Jungen Alternative Bayern, Michael*

[2598] Lausitzer Rundschau: „Ex-Chef der Jungen Alternative ist neuer Vorsitzender der AfD Cottbus" vom 12.04.2021, in: www.lr-online.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2599] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Story vom 13.11.2021, abgerufen am 14.11.2021.
[2600] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Eintrag vom 11.11.2023, abgerufen am 09.01.2024.
[2601] Junge Alternative Baden-Württemberg: „Vorstand", in: www.ja-baden-wuerttemberg.de, abgerufen am 20.08.2024 über web.archive.org mit Datum 28.09.2018.
[2602] Junge Alternative Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 01.03.2020, abgerufen am 04.03.2020.
[2603] Konflikt Magazin: „Ein neuer Vorstand für die Junge Alternative Baden-Württemberg", in: www.konfliktmag.de vom 12.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[2604] Junge Alternative Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 19.07.2022, abgerufen am 14.10.2024.
[2605] AfD Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 02.03.2024, abgerufen am 14.10.2024.
[2606] Götz, Benjamin: Instagram-Eintrag vom 29.02.2024, abgerufen am 22.04.2024.
[2607] AfD Baden-Württemberg: „Der Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg", in: www.afd-bw.de, abgerufen am 22.04.2024.
[2608] Klauß, Miguel: Facebook.-Eintrag vom 27.04.2023, abgerufen am 11.09.2024.

Stauch."[2609] Das deutet darauf hin, dass er von der JA Bayern für die Wahl vorgeschlagen worden war. Stauch wurde im Januar 2023 zum Landesvorsitzenden der JA Bayern gewählt.[2610] Das Amt hatte er bis Januar 2024 inne.[2611]

Franz Schmid (MdL BY) war Vorsitzender der JA Bayern.[2612] Seit Januar 2024 ist er zudem Beisitzer im Landesvorstand der AfD Bayern.[2613] Außerdem war er von Oktober 2022 bis März 2025 JA-Bundesschatzmeister.[2614]

Der bayerische Landtagsabgeordnete Daniel Halemba war ebenfalls JA-Mitglied.[2615]

Benjamin Nolte (MdL BY) war von 2013 bis 2018 Mitglied der JA. Bis April 2014 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der JA.[2616] Nolte schied 2018 altersbedingt aus der JA aus.[2617]

Jochen Roos (MdL HE) war seit Juni 2024 Vorsitzender der JA Hessen; Maximilian Müger (MdL HE) war von Juni 2024 bis September 2024 stellvertretender Landesvorsitzender der JA Hessen.[2618] [2619] Gerhard Bärsch (MdL HE) war Mitglied der JA.[2620] Pascal Schleich (MdL HE) war ab 2022 Beisitzer im Vorstand der JA Hessen und ab Juni 2024 Schatzmeister der JA Hessen.[2621] [2622] Der zuletzt Vorsitzende der

---

[2609] Junge Alternative Bayern: Facebook-Eintrag vom 17.10.2021, abgerufen am 22.08.2024.
[2610] Junge Alternative Bayern: Telegram-Beitrag vom 20.01.2023, abgerufen am 22.08.2024.
[2611] Junge Alternative Bayern: Facebook-Eintrag vom 27.01.2024, abgerufen am 14.10.2024.
[2612] Junge Alternative Bayern: „Landesvorstand", in: www.generationdeutschland.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2613] AfD Bayern: „Landesvorstand", in: www.afdbayern.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2614] Junge Alternative: Instagram-Eintrag vom 15.10.2022, abgerufen am 22.08.2024.
[2615] Junge Alternative für Deutschland: Facebook-Eintrag vom 31.10.2023, abgerufen am 19.03.2024.
[2616] ZEIT: „Die rechten Burschen bei der AfD" vom 01.04.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2617] Bayerischer Landtag: „Biografien: Benjamin Nolte", in: www.bayern.landtag.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2618] Hessenschau: „AfD will Junge Alternative beruhigen" vom 24.06.2024, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2619] Hessenschau: „Nach Sturmgewehr-Auftritt: AfD-Politiker Müger verlässt Partei und Fraktion" vom 06.09.2024, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2620] ZEIT: „Gericht: AfD-Jugend extremistisch, Mitglieder im Landtag" vom 06.02.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2621] Junge Alternative Hessen: Facebook-Eintrag vom 06.11.2022, abgerufen am 07.11.2022.
[2622] Hessenschau: „AfD will Junge Alternative beruhigen" vom 24.06.2024, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 29.08.2024.

JA Sachsen-Anhalt[2623] Christian Mertens (MdL ST) ist als „Vertreter der Jungen Alternative“ Teil des AfD-Landesvorstands[2624], Vorsitzender der AfD-Fraktion im Magdeburger Stadtrat[2625] und seit 2023 Abgeordneter des Landtags von Sachsen-Anhalt[2626]. Thorsten Weiß, AfD-Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und von 2016 bis 2020 Landesvorstandsmitglied der AfD Berlin, war vom Dezember 2014 bis November 2017 Vorsitzender der JA Berlin.[2627]

Marc Vallendar (MdA) wurde 2015 zum stellvertretenden Vorsitzenden der JA Berlin gewählt.[2628]

Alexander Bertram (MdA) war ab 2016 Beisitzer im Vorstand der JA Berlin.[2629]

Der frühere stellvertretende Landesvorsitzende der JA Bremen[2630] Mercan Karakaya (2019) ist gegenwärtig Mitglied des AfD-Landesvorstands Bremen.[2631]

Krzysztof Walczak (MdHB) war stellvertretender JA-Bundesvorsitzender[2632] und bis 2018 Vorsitzender der JA Hamburg.[2633] Ab 2016 war er Schriftführer der AfD Hamburg, seit 2020 ist er deren stellvertretender Landesvorsitzender.[2634] [2635]

Sven Tritschler (MdL NW) war von 2014 bis 2017 Landesvorsitzender der JA Nordrhein-Westfalen und von 2015 bis 2018 Bundesvorsitzender der JA.[2636] Aktuell ist er

---

[2623] Junge Alternative für Deutschland: „Junge Alternative Sachsen-Anhalt“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2624] AfD Sachsen-Anhalt: „Vorstand“, in: www. afd-lsa.de, abgerufen am 26.02.2024.
[2625] AfD Magdeburg: „Stadtratsfraktion“, in: www.afd-md.de, abgerufen am 26.02.2024.
[2626] Landtag Sachsen-Anhalt: „Biografien: Christian Mertens“, in: www.landtag.sachsen-anhalt.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2627] Abgeordnetenhaus Berlin: „Abgeordnete: Thorsten Weiß“, in: www.parlament-berlin.de, abgerufen am 22.08.2024.
[2628] Junge Alternative Berlin: Facebook-Eintrag vom 27.11.2015, abgerufen am 22.08.2024.
[2629] Junge Alternative Berlin: Facebook-Eintrag vom 07.05.2016, abgerufen am 11.09.2024.
[2630] Junge Alternative Bremen: Facebook-Eintrag vom 11.03.2019, abgerufen am 10.07.2019.
[2631] AfD Bremen: „Landesvorstand“, in: www.afd-bremen.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2632] Walczak, Krzystof: „Junge Alternative (AfD): Krzystof Walczak im Interview #DuhastdieWahl2017“ vom 15.09.2017; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Futurezone.de“, abgerufen am 14.10.2024.
[2633] Hamburger Abendblatt: „Krzystof Walczak und Delphine Thiermann: Die Junge Alternative“ vom 15.07.2016, in: www.abendblatt.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2634] AfD Hamburg: „Krysztof Walczak“, in: www.afd-hamburg.de, abgerufen am 30.05.2023.
[2635] AfD Hamburg: „Vorstand“, in: wwww.afd-hamburg.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2636] Landtag Nordrhein-Westfalen: „Detailansicht des Abgeordneten Sven W. Tritschler“, in: www.landtag.nrw.de, abgerufen am 14.10.2024.

stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen[2637] und stellvertretender Sprecher das AfD Nordrhein-Westfalen.

Der nordrhein-westfälische AfD-Landtagsabgeordnete Zacharias Schalley war langjähriges Vorstandsmitglied der JA Nordrhein-Westfalen.[2638] [2639]

Damian Lohr (MdL RP), der zum damaligen Zeitpunkt auch Bundesvorsitzender der JA war, wurde 2019 als Beisitzer in den Vorstand der JA Rheinland-Pfalz gewählt.[2640] Zurzeit ist er Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz.[2641]

Robin Classen, Beisitzer im Landesvorstand der AfD Rheinland-Pfalz[2642], war langjähriger Schriftführer der JA Rheinland-Pfalz.[2643] [2644]

Rolf Weigand war Vorsitzender der JA Sachsen.[2645] Von 2018 bis 2024 war er Mitglied des Sächsischen Landtags und Teil der AfD-Fraktion. Seit Herbst 2024 ist er Bürgermeister von Großschirma (SN).[2646]

Kevin Dorow, Beisitzer im AfD-Landesvorstand Schleswig-Holstein, war zunächst stellvertretender Vorsitzender der JA Schleswig-Holstein[2647] und ab 2019 dann weiterhin im Landesvorstand aktiv.[2648]

Jan-Phillip Tadsen (MdL MV), stellvertretender Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion, war Beisitzer im Vorstand der JA Mecklenburg-Vorpommern.[2649] [2650]

2637 AfD-Fraktion NRW: „Sven Werner Tritschler: Werdegang in der AfD“, in: www.afd-fraktion.nrw, abgerufen am 09.09.2024.
2638 Junge Alternative NRW: Facebook-Eintrag vom 03.10.2021, abgerufen am 22.08.2024.
2639 Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Vorstand“, in: www.jungealternative-nrw.de, abgerufen am 08.02.2019.
2640 Junge Alternative Rheinland-Pfalz: Facebook-Eintrag vom 17.11.2019, abgerufen am 22.08.2024.
2641 Landtag Rheinland-Pfalz: „Die AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz“, in: www.landtag-rlp.de, abgerufen am 20.08.2024.
2642 AfD Rheinland-Pfalz: „Vorstand“, in: www.alternative-rlp.de, abgerufen am 14.10.2024.
2643 Junge Alternative Rheinland-Pfalz: „Landesvorstand“, in: www.ja-rlp.de, abgerufen am 21.05.2019.
2644 Junge Alternative Rheinland-Pfalz: Facebook-Eintrag vom 08.04.2018, abgerufen am 22.08.2024.
2645 Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 23.01.2019, abgerufen am 08.02.2019.
2646 Freie Presse: „Rolf Weigand als Bürgermeister von Großschirma verpflichtet“ vom 29.10.2024, in: www.freiepresse.de, abgerufen am 27.03.2025.
2647 Junge Alternative Schleswig-Holstein: „Vorstand“, in: www.jungealternative-sh.de, abgerufen am 22.08.2024 über web.archive.org mit Datum 22.01.2019.
2648 Junge Alternative Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 09.02.2019, abgerufen am 12.03.2019.
2649 Junge Alternative: „Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.03.2024.
2650 Holm, Leif-Erik: Facebook-Eintrag vom 26.11.2022, abgerufen am 14.10.2024.

Paul-Joachim Timm (MdL MV) war Vorstandsmitglied der JA Mecklenburg-Vorpommern.[2651]

Die Aufzählung zeigt einerseits die quantitative wie qualitative Repräsentanz von Personen in der AfD, die über einen Vorlauf in der JA verfügen. Über die Jahre ist es vielen JA-Mitgliedern gelungen, sich erfolgreich um Mandate zu bewerben oder aber in der AfD selbst in einflussreiche Parteiämter gewählt zu werden.

Welchen Stellenwert der AfD-Bundesvorstand den JA-Mitgliedern für die zukünftige Entwicklung der Partei beimaß, lässt sich auch anhand des ersten Seminarwochenendes der parteieigenen „Nachwuchsakademie Schwarz-Rot-Gold" aufzeigen. Dieses fand am 18. und 19. November 2023 in Leipzig (SN) statt. Unter den Teilnehmern waren die damaligen Vorsitzenden der JA-Landesverbände Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, Martin Kohler[2652] und Alexander Tschich[2653] [2654], die stellvertretenden Vorsitzenden der JA-Landesverbände Sachsen und Sachsen-Anhalt, Fabian Küble[2655] und Kevin Michalzik[2656], der ehemalige Beisitzer im Vorstand der JA Sachsen-Anhalt Thorben Vierkant[2657] und der frühere Beisitzer im Vorstand der JA Hessen Pascal Schleich[2658] [2659]. Lediglich zwei Teilnehmer sind nicht als JA-Funktionäre bekannt. Zudem trat der stellvertretende Vorsitzende der JA Thüringen[2660] [2661], Dante Riedel, hier als Dozent auf. Damit rekrutierten sich die von der AfD für die Schulung und damit offenkundig als zukünftige Funktionäre und Mandatsträger vorgesehenen Nachwuchspolitiker maßgeblich aus den Reihen der Jungen Alternative.[2662]

[2651] AfD Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 28.11.2021, abgerufen am 29.11.2021.
[2652] AfD Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf: „Stellvertretender Sprecher Martin Kohler", in: www.afd-charlottenburg-wilmersdorf.online, abgerufen am 14.10.2024.
[2653] Junge Alternative: „Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2654] Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 03.12.2023, abgerufen am 04.12.2023.
[2655] Junge Alternative: „Junge Alternative Sachsen", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2656] Junge Alternative: „Junge Alternative Sachsen-Anhalt", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2657] AfD Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 27.06.2021, abgerufen am 14.10.2024.
[2658] Junge Alternative Hessen: Facebook-Eintrag vom 06.11.2022, abgerufen am 07.11.2022.
[2659] Hessenschau: „AfD will Junge Alternative beruhigen" vom 24.06.2024, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2660] Junge Alternative: „Junge Alternative Thüringen", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2661] JA Thüringen: Instagram-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.03.2025.
[2662] Riedel, Dante: Instagram-Eintrag vom 24.11.2023, abgerufen am 01.12.2023.

c. Äußerungen von AfD-Funktionärinnen und -Funktionären zur Bedeutung der JA

Weiterhin existieren zahlreiche Äußerungen von AfD- und damaligen JA-Funktionärinnen und -Funktionären, die die Bedeutung der JA für die AfD deutlich bekunden.

Der AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) gratulierte dem im Rahmen des JA-Bundeskongresses am 15. Oktober 2022 in Apolda (TH) neugewählten Bundesvorsitzenden Hannes Gnauck und betonte die Zusammenarbeit der JA mit der *„Mutterpartei"*:

> *„Jugendorganisation und Mutterpartei werden zum Wohl unseres Landes Hand in Hand gehen. Auf gute Zusammenarbeit!"*[2663]

Über entsprechende Unterstützungsbekundungen hatte bereits Anna Leisten, bis zuletzt Beisitzerin im JA-Bundesvorstand, in einem Interview am Rande des AfD-Bundesparteitags im Juni 2022 berichtet:

> *„Zum Verhältnis zur Jungen Alternative. Also das ist wirklich jetzt ein Bundesvorstand, der definitiv sich von vornherein schon für die JA ausgesprochen hat. Die haben erkannt, dass wir also auch die Zukunft dieser Partei sind, dass wir die Zukunft dieses Landes sind und dass wir garantiert, also es wird ganz sicher gefördert werden, und dass wir auch, Tino Chrupalla hat es ja auch in seiner Rede angekündigt, dass die Jugend also durch Schulungen, durch Seminare, durch Presse- und Öffentlichkeitsschulungen halt gefördert werden, und ich blicke da wirklich sehr positiv in die Zukunft."*[2664]

Dennis Hohloch, AfD-Bundesschriftführer und brandenburgischer Landtagsabgeordneter, bekannte sich auf der AfD-Facebookseite zur Förderung der jungen AfD-Mitglieder und sah die Unterstützung der JA als Teil der Nachwuchsförderung für die AfD:

> *„‚Man muss ihnen sagen: Wir unterstützen Euch, wir helfen Euch gegebenenfalls und wir binden Euch ins Parteigeschehen ein', erklärt Hohloch, ‚dann schafft man die Verbindung zwischen Jung und Alt und kann noch mehr junge*

[2663] Chrupalla, Tino: Tweet vom 15.10.2022, abgerufen am 22.08.2024.
[2664] Leisten, Anna: „AfD-Bundesparteitag: Mein Interview mit zwei Mitgliedern der Jungen Alternative"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.06.2022, Kanal: „Irfan Peci", abgerufen am 21.11.2022.

Wähler begeistern'. Die Nachwuchsförderung ist ein Thema, für die sich der Geschichts- und Geografielehrer im Vorstand gerne einsetzen würde. Dazu gehört auch, Angebote wie Schulungen oder eine Akademie zu schaffen. Und die Unterstützung der Jugendorganisation Junge Alternative – finanziell und repräsentativ."[2665]

Birgit Bessin, die damalige Vorsitzende des AfD-Landesverbands Brandenburg und heutige brandenburgische AfD-Bundestagsabgeordnete, betonte in ihrer Rede vom 3. Juni 2022 auf dem Bayerisch-Brandenburgischen AfD-Infoabend die Bedeutung der JA:

> *„Das gehört nämlich dazu, dass die Junge Alternative auch in Brandenburg immer mit dabei ist, die Junge Alternative ist bei uns im Landesvorstand kooptiert. Die jungen Leute gehören einfach dazu, denn die Zukunft gehört nun mal den jungen Leuten. […] Unsere jungen Leute gehören nicht ausgegrenzt, sondern unterstützt und mitgenommen, so dass wir uns gegenseitig unterstützen. Wir brauchen die jungen Leute, die die jungen Wähler ansprechen."*[2666]

Der AfD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und der AfD-Landesvorsitzende Leif-Erik Holm (MdB, MV) sprachen mit Bezug auf die JA Mecklenburg-Vorpommern explizit von *„unseren jungen Nachwuchskräften"*:

> *„Unser Landessprecher Leif-Erik Holm ermunterte unsere jungen Nachwuchskräfte auf der Wahlversammlung in Bergen, mit vielen pfiffigen und frechen Aktionen für noch mehr Zustimmung für die zweitstärkste politische Kraft in MV zu sorgen. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit."*[2667]

Enrico Komning (MdB, MV), bekundete seine enge Verbundenheit mit der JA und gab an, eine Fördermitgliedschaft beantragt zu haben:

> *„Die Arbeit unserer AfD-Jugendorganisation liegt mir sehr am Herzen. Die Aktivitäten und Aktionen der Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern haben sich in den letzten Monaten hervorragend entwickelt. Die Teilnahme der Jungs*

[2665] AfD: Facebook-Eintrag vom 21.06.2022, abgerufen am 22.08.2024.
[2666] Bessin, Birgit: Rede auf dem Bayrisch-brandenburgischen Info-Abend der AfD am 03.06.2022 in München; veröffentlicht in: www.youtube.com am 06.06.2024, Kanal: „AfD Kreisverband Bad Tölz", abgerufen am 07.06.2022.
[2667] AfD Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 27.11.2021, abgerufen am 22.08.2024.

und Mädels an regionalen aber auch bundesweiten Aktionen sind ebenso präsent wie die kreative Protestgestaltung an öffentlichen Orten. Ich habe deshalb letzte Woche einen Fördermitgliedsantrag gestellt. Ordentliches Mitglied darf ich ja leider altersbedingt nicht mehr sein.“[2668]

Der Vorsitzende der AfD Thüringen Björn Höcke (MdL TH) nahm am Bundeskongress der JA am 15. Oktober 2022 in Apolda (TH) teil und betonte am Rande der Veranstaltung in einem Interview mit dem Magazin Info-DIREKT die besondere Bedeutung der Jugendorganisation für die Gesamtpartei:

> *„Ein Dienst, den die Jugendorganisation uns als Mutterpartei leisten kann, ist, uns immer wieder mal […] in den Hintern zu treten, damit wir lebendig bleiben. Sie muss selber dafür lebendig bleiben, also die Jugendorganisation, damit die Mutterpartei lebendig bleiben darf. Und das ist mir ein wichtiges Anliegen, und auch den Jugendlichen Mut zu machen. Denkt nicht so sehr in Funktionskategorien, denkt nicht so sehr in Organisationskategorien. Geht vor allen Dingen raus. Wir müssen draußen sein, wir müssen sichtbar sein. Das ist das allerentscheidenste. Der Kampf, den wir kämpfen, um die Existenz unserer Nation und Europas, der wird nicht in den Parlamenten entschieden.“*[2669]

Vor dem Hintergrund der Hochstufung der JA zur gesichert extremistischen Bestrebung und der beim VG Köln eingereichten Klage dagegen rief Höcke am 23. Juni 2023 auf seiner Facebook-Seite zu Spenden für die JA auf:

> *„Wir lassen uns nicht verleumden, erst recht nicht von einer politisch instrumentalisierten Behörde. Wir wehren uns! Nach jahrelangen Anfeindungen wissen wir, wie wichtig es ist, uns nicht von außen gegeneinander ausspielen zu lassen. Es ist der neue Zusammenhalt, der die AfD jetzt mit guten Umfrageergebnissen belohnt. Nun braucht die Junge Alternative unsere Unterstützung! Spenden Sie großzügig für das Gerichtsverfahren.“*[2670]

[2668] Komning, Enrico: Facebook-Eintrag vom 28.10.2022, abgerufen am 22.08.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. III. 2.b.)
[2669] Höcke, Björn: „JA-Kongress: Eine fröhliche Leistungsschau der Gegenkultur“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.10.2022, Kanal: „info-DIREKT Magazin“, abgerufen am 22.08.2024.
[2670] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.06.2023, abgerufen am 14.03.2024.



Der auf dem JA-Bundeskongress in Apolda (TH) neugewählte JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (MdB, BB) formulierte die Aufgabe der JA als Unterstützung der AfD ebenso wie seinen Anspruch, die JA zur Rekrutierung für Mandate auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu nutzen:

> *„Nonkonformität ist ja da das Stichwort, und ich habe die JA natürlich immer als, klar, Unterstützung für die Partei gesehen und als Bewegung auf der Straße. Und das soll sie ja auch sein, diese Jugendorganisation. Wir preschen voran und wir bringen die PS auf die Straße. Das hat man jetzt auch gerade wieder bei der AfD-Demo in Berlin gesehen, am 8. Oktober. Da ist die JA geschlossen aufgetreten und hat wahrscheinlich den, ja, wohl stabilsten Block gebildet, möchte ich es mal nennen. Aber was auch mein Ziel ist, ich möchte auch tatsächlich neue Mandatsträger aus den Reihen der JA rekrutieren. Denn diese lagerübergreifende, dieses lagerübergreifende Verständnis, was bei uns herrscht, das ist ein Kriterium dafür, warum neue Mandatsträger aus den Reihen der JA kommen sollten, aber auch die fachliche Expertise. Lebensalter ist nicht*

immer ein Indikator für fachliches Wissen oder für fachliche Expertise. Wir haben hervorragende junge Menschen in unseren Reihen, die top ausgebildet sind und die auch schon Berufserfahrung haben. Und es gibt viele, viele Beispiele im Bundestag oder in den Landtagen, wo junge Menschen wirklich reüssieren. Und man darf ja immer nicht vergessen, dass unsere stärkste Wählerschicht bei den Wahlprognosen, ebenfalls jetzt in den neuen Bundesländern, liegt nun mal zwischen 18 und 45 Jahren, also Menschen, die mitten im Berufsleben stehen, die Steuern zahlen. Und das muss natürlich auch bei den Mandatsträgern dann irgendwann abgebildet werden. Also das ist für mich auch ein ganz klarer Auftrag, mehr junge Menschen in die Mandate zu bekommen. Ich möchte nicht, dass wir die nächste Altparteien-Jugendorganisation werden, die nur noch Mandatsträger nachzieht, klar. Aber es müssen deutlich mehr junge Leute in die Mandate kommen, gepaart mit dem Straßenkampf, nenne ich es mal. […] Ich würde mir mehr junge Menschen wünschen, die sich in dieser Partei engagieren, vor allem auch auf kommunaler Ebene. Ich breche das immer gern runter auf meinen Kreisverband. Wir hatten 2019 30 Mitglieder. Wir sind jetzt bei 150. Wenn man mit einer jungen Truppe engagiert für seine Region arbeitet, dann kann man diese Partei auch nach vorne bringen und vor allem in breiteren Bevölkerungsschichten verankern. Die AfD muss frischer werden. Die AfD muss auch ein bisschen, ich nenne es jetzt mal cooler werden, damit man bei jungen Menschen auch eine breite, eine breite Unterstützung erfährt. Aber ich bin mir sicher, dass das in den nächsten Jahren passieren wird, wenn wir dann eben auch diese jungen Leute in die Mandate bringen und in die erste Reihe stellen.“[2671]

Nikolaus Kramer (MdL MV) skizzierte in seinem Podcast „Kramers klare Kante“ am 12. Juli 2023 seine Unterstützung für die JA. Er legt dar, dass er aktiver Unterstützer und seit 2018 Fördermitglied der JA sowie eine Art *„Verbindungsoffizier“* zwischen JA und AfD sei. Die Gesamtpartei sei ohne die Ressourcen und Unterstützung der

---

[2671] Gnauck, Hannes: Aussagen im Gespräch in dem Format „Am Rande der Gesellschaft“ mit Götz Kubitschek und Erik Lehnert vom 08.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.12.2022, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.12.2022.

JA, explizit des Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern, kaum mehr in der Lage, Veranstaltungen wie zum Beispiel Parteitage selbstständig durchzuführen.[2672]

Eine besonders enge Verbindung zwischen JA und AfD zeigt sich in Sachsen-Anhalt anhand der anlassbezogenen Unterstützung von Parteiakteuren für die JA. So wurde das bis zuletzt jährlich durch die JA Sachsen-Anhalt ausgerichtete und überregional bedeutsame JA-Sommerfest von zahlreichen Amts- und Mandatsträgern der AfD Sachsen-Anhalt finanziell unterstützt. Im Jahr 2023 wurden als Spender die Landtagsabgeordneten Oliver Kirchner, Ulrich Siegmund, Daniel Wald, Nadine Koppehel, Jan Moldenhauer, Florian Schröder, Hagen Kohl, Christian Hecht, Matthias Lieschke, Daniel Roi (seit Ende 2024 fraktionsloser Abgeordneter), Daniel Rausch, Matthias Büttner und Christian Mertens sowie die sachsen-anhaltischen Bundestagsabgeordneten Thomas Korell, Jan Wenzel Schmidt und Martin Reichardt und der AfD-Kreisverband Harz aufgeführt.[2673] Auch das Sommerfest im Jahr 2022 war von zahlreichen Amts- und Mandatsträgern der AfD gefördert worden.[2674]

Auch am Beispiel der AfD-Europawahlversammlung im Juli und August 2023 in Magdeburg (ST) kann die Bedeutung der ehemaligen JA für die AfD abermals exemplarisch dargestellt werden. So äußerte der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (MdEP HH), dass die JA in der Vergangenheit an Bedeutung gewonnen habe:

> *„Wir haben an Bedeutung und Akzeptanz in der Partei gewonnen.“*[2675]

Auf der AfD-Europawahlversammlung hatte die JA mit ihren nach eigenen Angaben 4.000 Mitgliedern[2676] laut Froelich rund zehn Prozent der Delegierten gestellt. Unter dem mittlerweile aus der AfD ausgetretenen Ex-Parteichef Jörg Meuthen habe es

---

[2672] Kramer, Nikolaus: „Kramers klare Kante: Jugend in Bewegung“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.07.2023, Kanal: „Nikolaus Kramer – AfD MV“, abgerufen am 27.09.2023.
[2673] Wald, Daniel: Facebook-Eintrag vom 26.08.2023, abgerufen am 11.09.2024.
[2674] Leisten, Anna: Instagram-Story vom 21.08.2022, abgerufen am 21.08.2022.
[2675] SWP: „So radikal ist die Jugendorganisation der AfD“ vom 18.08.2023, in: www.swp.de, ohne Abrufdatum
[2676] Rothfuß, Rainer: „Es ist gut, dass patriotische Leute im #Landtag sitzen und #Politik für die eigenen Leute machen“ vom 17.12.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.12.2023, Kanal: „Dr. Rainer Rothfuß“, abgerufen am 14.03.2024.

noch Überlegungen gegeben, die JA auszugliedern. Davon könne nun im August 2024 keine Rede mehr sein.[2677] Dies zeige abermals die große Bedeutung der JA für die AfD.

Im Rahmen des AfD-Bundesparteitags 2025 in Riesa (SN) äußerte Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST), dass der damalige AfD-Bundessprecher Bernd Lucke die Jugendorganisation 2013 *„nicht so nahe an die Partei heranlassen wollte"* und deshalb auf die bis zum 31. März 2025 gültige Fassung des § 17a der AfD-Bundessatzung bestand. Für Tillschneider habe sich *„diese Struktur"* – gemeint war damit die vormals in § 17a geregelte Autonomie der als eigenständiger Verein organisierten JA – jedoch *„überlebt"*, sodass man die Jugendorganisation enger an die Partei binden müsse.[2678]

Auch Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) äußerte noch im Rahmen des AfD-Bundesparteitags 2025, dass er *„sehr zufrieden"* mit der Jugendorganisation sei.[2679]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) betonte im November 2022 im Gespräch mit Martin Sellner seine hohe Meinung über den Parteinachwuchs und nannte dabei ausdrücklich die JA:

> *„Und dabei bin ich sogar ehrlich gesagt ganz guter Dinge. Weil ich sehe es so bei vielen Leuten bei uns in der Fraktion, bei jungen Leuten, also bei Referenten, oder Praktikanten, die nachwachsen. […] Also vorwiegend sehr gut ausgebildete, studierte, junge Männer, die sehr idealistisch sind, die sehr, auch, belastbar sind, die Dinge aushalten und nicht irgendwie direkt laufen gehen, wenn es mal böse Presse gibt oder so. […] Insofern bin ich da, auch was ich so bei der JA mitkriege, oder auch im Vorfeld, bin ich da wirklich guter Dinge."*[2680]

Bernd Schattner (MdB, RP) besuchte die 10-Jahres-Feier der JA im Juni 2023 in Mainz und äußerte in einem Facebook-Beitrag, dass er *„an der Seite der Junge Alternative für Deutschland"* stehe.[2681]

[2677] SWP: „So radikal ist die Jugendorganisation der AfD" vom 18.08.2023, in: www.swp.de, ohne Abrufdatum.
[2678] Tillschneider, Hans-Thomas: „‚Zeit für Deutschland': 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2", veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV" am 12.01.2025, abgerufen am 16.01.2025.
[2679] Münzenmaier, Sebastian: „Afd-Parteitag: Sebastian Münzenmaier im phoenix-Interview spricht über die junge Alternative", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „phoenix", abgerufen am 16.01.2025.
[2680] Sellner, Martin: „MSLive #153 – Mit Roger Beckamp über Migration und Fußball" vom 29.11.2022, in: www.odysee.com, Kanal: „Martin Sellner" am 29.11.2022, abgerufen am 13.12.2022.
[2681] Schattner, Bernd: Facebook-Eintrag vom 18.06.2023, abgerufen am 11.09.2024.

In einem am 22. Februar 2024 veröffentlichten Video solidarisierten sich mehrere Funktionäre der AfD Nordrhein-Westfalen mit der JA. Eugen Schmidt (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) äußerte darin:

> *„Die Stimme der Jugend ist der Schlüssel zur Veränderung. Ich stehe zur Jungen Alternative, weil ihre Generation nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich für die Zukunft Deutschlands einzusetzen.“*[2682]

Roger Beckamp führte wie folgt aus:

> *„Ich stehe zur Jungen Alternative, weil mich die Meinung von Faeser und Haldenwang nicht interessiert.“*[2683]

Gunnar Beck (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, NW) verlautbarte Folgendes:

> *„Ich stehe zur JA, weil ihre Mitglieder in jungen Jahren und zu Beginn ihres Berufslebens alles für die AfD aufs Spiel setzen.“*[2684]

Im Rahmen des „Europäischen Kommunalpolitischen Kongresses“ am 17. Februar 2024 äußerte Guido Reil (zum damaligen Zeitpunkt MdEP NW) unter Bezugnahme auf ein JA-kritisches Schreiben des AfD-Kreisverbands Mettmann (NW):

> *„Aber was ich finde, was nicht geht: Dass sich ein Kreisvorstand hinstellt und sich von unserer Jugendorganisation distanziert und die auffordert, aus der Partei auszutreten. Also ich möchte mal daran erinnern, dass die Landesverbände Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und wahrscheinlich auch bald Brandenburg auch als gesichert rechtsextrem eingestuft sind. Sollen wir uns von denen auch trennen? Das sind unsere stärksten Landesverbände. Das sind unsere Speerspitzen. Also wir dürfen uns nicht weiter vorführen lassen und wir dürfen uns vor allem nicht spalten lassen. Das haben – das haben in der Vergangenheit schon viele versucht. Auch viele Bundessprecher. Und alle sind damit gescheitert. Und alle Versuche, die AfD und die JA auseinanderzureden, werden*

[2682] Schmidt, Eugen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 22.02.2024, Kanal: „ja.nrw“, abgerufen am 22.08.2024.
[2683] Beckamp, Roger: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 22.02.2024, Kanal: „ja.nrw“, abgerufen am 22.08.2024.
[2684] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Instagram-Eintrag vom 22.02.2024, abgerufen am 22.08.2024.

scheitern. Wir brauchen unsere Jugendorganisation und wir stehen hinter der JA, liebe Freunde!“[2685]

Vor dem Hintergrund des Beschlusses des VG Köln, der die Rechtmäßigkeit der Hochstufung der JA zur gesichert extremistischen Bestrebung feststellte, solidarisierte sich Björn Höcke (MdL TH) am 7. Februar 2024 abermals mit der JA:

„Deswegen bin ich stolz auf unsere Jugend, die den freiheitlich-demokratischen Geist und das rechtsstaatliche Denken der alten Bundesrepublik nicht mehr aus eigenem Erleben kennt und trotzdem mutig für diese Werte eintritt. In einer Zeit des politischen Umbruchs, die Gefahr läuft, in einen neuen Obrigkeitsstaat einzumünden, ist es besonders wichtig, daß alle Freiheitsfreunde zusammenhalten. Wir Älteren, die noch den direkten Vergleich haben, müssen uns vor unsere Parteijugend stellen. Gemeinsam treten wir für eine freiheitliche Demokratie ein. Wir stellen uns gegen einen Extremismus von Oben, gegen den Regierungsextremismus, der von keinem Verfassungsschutz bekämpft, sondern viel mehr exekutiert wird.“[2686]

[2685] Reil, Guido: Facebook-Eintrag vom 20.02.2024, abgerufen am 22.08.2024.
[2686] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 07.02.2024, abgerufen am 22.08.2024.



Auf Social-Media-Kanälen fanden sich außerdem eine Reihe von weiteren Solidaritätserklärungen von führenden AfD-Akteuren, darunter die AfD Saarland[2687], Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN)[2688], Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL und Landesvorsitzende, mittlerweile MdB, BB)[2689], Jürgen Pohl (zum damaligen Zeitpunkt MdB, TH)[2690], Dirk Spaniel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW)[2691], Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST)[2692], René Bochmann (MdB, SN)[2693] und Benjamin Nolte (MdL BY).[2694]

[2687] AfD Saarland: Instagram-Eintrag vom 09.02.2024, abgerufen am 27.02.2024.
[2688] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 07.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[2689] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 07.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[2690] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Instagram-Story vom 07.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[2691] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 08.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.
[2692] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 08.02.2024, abgerufen am 09.02.2024.
[2693] Junge Alternative für Deutschland: Telegram-Beitrag vom 09.02.2024, abgerufen am 19.02.2024.
[2694] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 09.02.2024, abgerufen am 09.02.2024.

Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) veröffentlichte eine Instagram-Story, die ihn an einem Stand der JA Rheinland-Pfalz zeigt, mit der Überschrift *„Verfassungsschutz'? Interessiert uns nicht."*[2695]

Joachim Paul (MdL RP) erklärte die JA in einem Video auf Instagram für nicht extremistisch, weil Extremismus für ihn einen Gewaltbezug beinhalte:

> *„Ja, liebe JA! Wie man so hört, hat der Verfassungsschutz euch zu Extremisten erklärt. Mitglieder der JA sind auf allen Ebenen mittlerweile in der parlamentarischen oder in der kommunalpolitischen Arbeit eingebunden. Sie stellen jeden Tag, jede Woche, jeden Monat Anträge und Anfragen, um das Leben der Bürger in ihrem Alltag zu verbessern. Warum sollten Extremisten sich diese Mühe und diese Arbeit machen? Auf diese Frage gibt es offenkundig keine Antwort. Wenn man hier, am Deutschen Eck, in Richtung Rhein schaut, an die Quelle des Rheins, dort gibt es eine Demokratie, die viel älter ist als die Bundesrepublik: die Schweiz. Und in der Schweiz gibt es auch Institutionen, und sie sagen ganz klar: Ins Visier kann nur der geraten, der seine politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen will. Alles andere sei nicht extremistisch, alles andere ginge diese Behörden nichts an. Nicht nur in Sachen „direkte Demokratie" kann die Schweiz ein Vorbild sein, sondern auch in dieser Angelegenheit. Und deswegen heißt es für uns und für viele Funktionäre: Wir stehen hinter der JA! Das ist so und das wird auch so bleiben!"*[2696]

Zwar ist es verfassungsschutzrechtlich unbedenklich, zu fordern, dass Inlandsnachrichtendienste nur bei Vorliegen eines Gewaltbezugs tätig werden sollen. Paul macht in seinem Statement allerdings deutlich, dass er bzw. die AfD („*Wir*") trotz der Feststellung des Verfassungsschutzes, dass die JA Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolgt, weiter vorbehaltlos hinter der JA stehen.

Die AfD Saarland schrieb auf X:

> *„Die Schmutzkampagnen gegen die AfD nehmen im Superwahljahr 2024 kein Ende! Nun hat es die Jugendorganisation der @AfD, die ‚Junge Alternative' getroffen. […] Klare Sache: Dem Establishment schwimmen aktuell die Felle weg*

[2695] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 08.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.
[2696] Paul, Joachim: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 14.02.2024, Kanal: „joachim_paul_afd", abgerufen am 22.08.2024.

> *und man zieht alle Register, um einen größtmöglichen Schaden an der Opposition zu erwirken. Wir lassen uns nicht einschüchtern und sprechen unsere Solidarität zur #JA aus!"*[2697]

Christina Baum (MdB, BW/ST), damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, veröffentlichte auf Facebook eine Solidaritätserklärung, in der es heißt:

> *„Kein Verfassungsschutzgutachten und auch nicht dieser aktuelle Gerichtsbeschluss sollten uns davon abhalten, an der Seite unserer Jungen Alternative für Deutschland zu stehen."*[2698]

Teil des Facebook-Eintrags ist eine Grafik mit folgender Beschriftung:

> *„Ich stehe zu unserer Jugend! Sie sind die Zukunft der AfD und die Zukunft für Deutschland!"*[2699]

Die AfD Brandenburg veröffentlichte eine Solidaritätserklärung der damaligen Landesvorsitzenden Birgit Bessin, in der es u. a. hieß:

> *„Erinnert euch zurück, wer als kritischer Bürger in der Corona-Zeit sich mit ähnlichen Anfeindungen unberechtigterweise auseinandersetzen musste…! Ich kenne nur JAler die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Deshalb stehe ich auch weiter zu unserer JA."*[2700]

Thorsten Weiß, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, schrieb am 6. Februar 2024 auf X:

> *„Der Angriff auf die #JungeAlternative ist vor allem ein Angriff auf die #AfD. Jetzt heißt es zusammenstehen, Fördermitglied werden, spenden und unterstützen. Unsere Parteijugend muss sich auf uns verlassen können! #jetzterstrecht"*[2701]

Am 7. Februar 2024 ging Weiß nochmals vertieft auf das aus seiner Sicht politische Urteil ein und kritisierte die aus seiner Sicht *„lächerliche Urteilsbegründung"*:

> *„Das Etikett ‚Rechtsextremismus' ist inzwischen zu einer inhaltsleeren Diffamierung verkommen. Nun hat das Kölner Verwaltungsgericht einen Eilantrag gegen*

[2697] AfD Saarland: Tweet vom 09.02.2024, abgerufen am 27.02.2024.
[2698] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 08.02.2024, abgerufen am 11.09.2024.
[2699] Ebd.
[2700] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 07.02.2024, abgerufen am 14.03.2024.
[2701] Weiß, Thorsten: Tweet vom 06.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.

die Einstufung der Jungen Alternative abgewiesen. Der Beschluss ist noch nicht rechtskräftig, aber es zeigt, dass es in unserem Land gefährliche Defizite in der demokratischen Gewaltenteilung gibt. Es war ein politisches Urteil und folgt der groß angelegten Kampagne zur Kriminalisierung der Opposition. Man spekuliert darauf, dass Repressionen gegen unsere Parteijugend leichter umzusetzen sind und natürlich ist das nur der erste Schritt. Umso wichtiger ist es, dass wir uns nicht gegen einander ausspielen lassen. Niemand in der JA verfolgt Umsturzpläne, wir stehen geschlossen für die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört aber eben auch zwingend die freie Debatte – ohne diese ist eine Demokratie nicht möglich! An der lächerlichen Urteilsbegründung sehen wir, dass der ‚Rechtsextremismus'-Begriff aufwendig uminterpretiert werden musste, damit die Vorwürfe überhaupt aufrechterhalten können. Nach diesen Maßstäben wäre die CDU vor der Ära Merkel genau ‚rechtsextremistisch' gewesen. Lassen wir uns nichts einreden und verteidigen wir gemeinsam unsere demokratischen Rechte! Nie war es so wichtig wie heute!"[2702]

Bereits nach Bekanntwerden der Einstufung der JA als gesichert extremistische Bestrebung durch das BfV im Frühjahr 2023 erklärten mehrere AfD-Mandatsträger ihren Eintritt in die JA als Fördermitglieder.

Enrico Schult (MdL MV und Vorsitzender der AfD Mecklenburg-Vorpommern) erklärte:

> *„Ich stelle mich als Landessprecher demonstrativ hinter unsere Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern und habe heute sogleich eine Fördermitgliedschaft abgeschlossen".*[2703]

Nikolaus Kramer (MdL MV) erklärte zu diesem Anlass, bereits seit mehreren Jahren Fördermitglied zu sein und forderte *„jeden Parteifreund [auf] es mir gleichzutun."*[2704] Das damalige AfD-Bundesvorstandsmitglied Harald Weyel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) schrieb zu diesem Anlass auf Facebook:

> *„Der Verfassungsschutz – eine Meinungspolizei, die es in den meisten demokratischen Staaten nicht gibt – verschärft seine Unterdrückung der Opposition*

[2702] Weiß, Thorsten: Telegram-Beiträge vom 07.02.2024, abgerufen am 14.03.2024.
[2703] Schult, Enrico: Facebook-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 02.05.2023.
[2704] Kramer, Nikolaus: Facebook-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 02.05.2023.

in Form der Jungen Alternative. Ich nehme das zum Anlass, Fördermitglied zu werden."[2705]

Auch Horst Förster (MdL MV) trat der JA zu diesem Zeitpunkt als Fördermitglied bei und verband dies mit einer Solidaritätsbotschaft.[2706]

Björn Höcke (MdL TH) schrieb zu diesem Anlass:

„Der #Verfassungsschutz ist Teil des praktizierten Regierungsextremismus. Er schützt diejenigen, die Deutschland überwinden wollen und attackiert die Kräfte, die sich gegen die Zerstörung zur Wehr setzen. Der VS muss demokratisiert oder aufgelöst werden."[2707]

René Springer (MdB, BB) schrieb auf X:

„Keine der betroffenen Organisationen [Anm.: JA, IfS, EinProzent] ist rechtsextrem. Es geht darum, den Höhenflug der AfD zu stoppen. Dieser verzweifelte Schritt macht das „Schwert" #Verfassungsschutz nur noch stumpfer. Wenn unser Rechtsstaat noch funktioniert, werden Gerichte diese Entscheidung aufheben."[2708]

Der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban (MdL SN) schrieb auf Facebook:

„Unsere Junge Alternative Sachsen – das sind fleißige, fröhliche, feine junge Leute. Der Extremismus-Vorwurf der neuen Stasi-Behörde ist absurd"[2709].

Die Bedeutung der JA für die Gesamtpartei zeigte sich auch im Lichte des Wahlkampfs für die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024. Mitglieder der JA engagierten sich im Wahlkampf, insbesondere durch Unterstützung bei Wahlkampfveranstaltungen oder durch das Anbringen von Wahlplakaten.[2710] Die Jugendorganisation war bei vielen Wahlkampfveranstaltungen auch mit eigenen Ständen präsent.[2711]

[2705] Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 25.05.2023, abgerufen am 31.05.2023.
[2706] Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 03.05.2023, abgerufen am 11.09.2024.
[2707] Höcke, Björn: Tweet vom 26.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.
[2708] Springer, René: Tweet vom 26.04.2023, abgerufen am 27.04.2023.
[2709] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 01.05.2023, abgerufen am 02.05.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[2710] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 21.07.2024, abgerufen am 14.10.2024.
[2711] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Einträge vom 13.09.2024, 09.09.2024, 03.09.2024 und 18.08.2024, abgerufen am 14.10.2024.

Darüber hinaus veröffentlichten die JA-Landesverbände Brandenburg, Sachsen und Thüringen die gemeinsame Kampagne *„Können wir Deutschland noch retten? JA!“*[2712] Sie besteht aus verschiedenen Produkten, insbesondere JA-Wahlvideos[2713] [2714], einem Webgame[2715] (*„Deutschlandretter24“*), einem Musikvideo, sowie eigenen JA-Wahlplakaten[2716].

Die intensiven Verbindungen der AfD zur JA im Kontext des Wahlkampfs für die Landtagswahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern lassen sich auch daran aufzeigen, dass das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna Leisten die gemeinsame Wahlkampferöffnungsveranstaltung der AfD Thüringen, Brandenburg und Sachsen am 20. Juli 2024 in Arnstadt (TH) moderierte.[2717]

Nach der Wahl positionierten und solidarisierten sich mehrere hochrangige AfD-Funktionäre mit Mitgliedern der JA. Grund dafür war die mediale Berichterstattung zum Abspielen des *„JA-Abschiebesongs“* auf der Wahlparty der AfD Brandenburg am 22. September 2024.[2718] Dabei spielten Anwesende das Lied *„Wir schieben sie alle ab!“* aus der genannten Wahlkampagne ab. Mehrere anwesende JA-Mitglieder hielten dabei ein Schild mit der Aufschrift *„Millionenfach abschieben!“* hoch.[2719]

Auf der AfD-Pressekonferenz am 23. September 2024 zu den Ergebnissen der Landtagswahl in Brandenburg äußerte sich der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende René Springer (MdB, BB) wie folgt:

> *„Also, dieser Abschiebesong, der gestern gespielt wurde, war Teil der Kampagne der JA Brandenburg. Und das ist ja nicht unüblich in Parteien, dass die Jugend Grenzen austestet und dazu gehört das sicherlich auch. Was ich aber*

[2712] Ausführlich hierzu: Kapitel E. I. 1. b.
[2713] Junge Alternative Sachsen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 31.08.2024, Kanal: „jungealternativesachsen“, abgerufen am 14.10.2024.
[2714] Junge Alternative Brandenburg: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 08.09.2024, Kanal: „ja_brandenburg“, abgerufen am 14.10.2024.
[2715] Junge Alternative Thüringen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 01.08.2024, Kanal: „ja_thueringen“, abgerufen am 14.10.2024.
[2716] Junge Alternative Sachsen: Instagram-Eintrag vom 27.07.2024, abgerufen am 14.10.2024.
[2717] Leisten, Anna: „Wahlkampfstart live aus Thüringen: Mit Björn Höcke, Hans-Christoph Berndt und Jörg Urban“ vom 20.07.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 14.10.2024.
[2718] RBB: „AfD-Anhänger singen in Potsdam ‚Wir schieben sie alle ab‘“ vom 23.09.2024, in: www.rbb24.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2719] Ebd.

nie verstehen werde, ist, wie man sich über so einen Song aufregen kann, während man die Forderung der Jusos, die vor einiger Zeit erhoben wurde, bis zum neunten Monat abzutreiben, einfach so dahinplätschert. […]. Dagegen ist so ein Song harmlos und die JA hat eine großartige Arbeit im Wahlkampf geleistet und dann sei es ihr vergönnt, dass am Wahlkampfabend eben mal der Song gespielt wurde.“[2720]

Der AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) äußerte sich auf der Pressekonferenz wie folgt:

„Wir reden hier über die Jugend, auch die hat einen sehr tollen Wahlkampf gemacht hier in Brandenburg mitgeleistet, auch im Übrigen in den anderen Landtagswahlkämpfen, und auch sie hat das Recht, ausgelassen zu feiern. Ja, und ich meine, es wurde ja erst schon gesagt, sie haben ein Lied gesungen, was in keinster Weise, in irgendeiner Art verboten ist oder auf einem, irgendeinem Index steht.“[2721]

In einem Interview im Deutschlandfunk am 23. September 2024 verteidigte René Springer (MdB, BB) abermals das Abspielen des Liedes und stellte dar, dass dieses auch zum Erfolg bei jungen Wählerinnen und Wählern beigetragen habe:

„Wir haben ja nun auch in den Wahlen gezeigt, dass, wo übrigens dieser Abschiebesong Teil auch der Kampagne unserer Jugendorganisation war, dass wir damit einen deutlichen Wählerzuwachs erzielen konnten. […]. Wir reden hier von der Jugendorganisation der AfD. Diese Jugendkultur hat eben eigene Mittel und Wege, um Wähler anzusprechen. Und wenn wir sehen, dass heute ein so großer Teil der Jungwähler sich für die AfD entscheidet, hat das ja offenbar auch gut funktioniert.“[2722]

Auch für den Bundestagswahlkampf 2025 plante die Junge Alternative eine „*eigene Jugendkampagne*“, die sich an der JA-Kampagne für die Landtagswahlen im September 2024 orientieren sollte. Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna

---

[2720] Springer, René: „Wahlnachlese Brandenburg: Alice Weidel, Tino Chrupalla & Christoph Berndt! – AfD“ vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 14.10.2024.
[2721] Chrupalla, Tino: „Wahlnachlese Brandenburg: Alice Weidel, Tino Chrupalla & Christoph Berndt! – AfD“ vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 14.10.2024.
[2722] DLF: „Die AfD nach Brandenburg, Interview Rene Springer, VS AfD in Brandenburg“ vom 23.09.2024, in: www.deutschlandfunk.de, abgerufen am 14.10.2024.

Leisten skizzierte das Vorhaben in einem am 8. Januar 2025 veröffentlichten Interview mit COMPACT:

> *„Wir arbeiten aktuell schon an einer eigenen Jugendkampagne für den Winterwahlkampf. Wir haben uns jetzt relativ schnell auch überlegt, dass wir da genauso wie im Sommer, wie wir in Brandenburg die Kampagne mit sehr wenig Ressourcen, sehr wenig Manpower auf die Beine gestellt haben, genau das gleiche jetzt auch im Bund tun werden."*[2723]

Sollte die Kampagne tatsächlich konzipiert worden sein, waren die Inhalte während des Wahlkampfs der AfD jedenfalls nicht öffentlich wahrnehmbar. Letztlich war die JA im Bundestagswahlkampf 2025 deutlich weniger präsent als in den Landtagswahlkämpfen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. So veröffentlichte die JA keine eigenen Wahlvideos in den sozialen Medien, kein Musikvideo und keine eigenen Plakate. Auch eigene Stände der JA bei Wahlkampfveranstaltungen des AfD-Bundesverbands konnten nicht festgestellt werden.

Wenngleich die JA als Verband im Wahlkampf insgesamt zurückhaltend agierte, waren doch einzelne Mitglieder und Funktionäre der JA im Wahlkampf vor Ort unterstützend tätig. Beispielhaft dafür können folgende öffentlich bekundeten Aktivitäten angeführt werden:

Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Kevin Michalzik betreute gemeinsam mit dem stellvertretenden AfD-Landesvorsitzenden und Co-Fraktionsvorsitzenden Oliver Kirchner (MdL ST) einen Infostand der AfD Sachsen-Anhalt.[2724]

Alexander Tschich (damaliger Landesvorsitzender JA Mecklenburg-Vorpommern) betreute gemeinsam mit Daniel Fiß einen Infostand zur Unterstützung des Sprechers der AfD Mecklenburg-Vorpommern Leif-Erik Holm (MdB, MV).[2725]

Tim Demuth (damaliger Beisitzer im Landesvorstand der JA Baden-Württemberg) unterstütze die AfD beim Anbringen von Wahlplakaten in Böblingen (BW).[2726]

[2723] Leisten, Anna: „Anna Leisten: ‚Die Junge Alternative muss bleiben!'", veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 09.01.2025.
[2724] AfD Sachsen-Anhalt: Instagram-Eintrag vom 07.02.2025, abgerufen am 19.03.2025.
[2725] Tschich, Alexander: Instagram-Eintrag vom 12.02.2025, abgerufen am 12.02.2025.
[2726] Demuth, Tim: Instagram-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 19.03.2025.

Die JA Baden-Württemberg teilte einen Tweet von Markus Frohnmaier (MdB, BW), in dem dieser Bilder der Bundeswahlveranstaltung am 9. Februar 2025 in Heidenheim (BW) veröffentlichte und kommentierte dies mit *„Alice für Deutschland“*.[2727]

d. Beschäftigungsverhältnisse zwischen Mitgliedern der JA und AfD-Mandatsträgerinnen und -trägern

Die enge Verbindung zwischen Partei und Jugendorganisation zeigt sich auch in Beschäftigungsverhältnissen von (damaligen) Mitgliedern der JA bei Mandatsträgerinnen und -trägern der AfD.

David Christopher Eckert, von November 2017 bis Juni 2019 Vorsitzender der JA Berlin[2728] [2729], ist Büroleiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré (BB).[2730]

Marvin Neumann arbeitet als persönlicher Referent des letzten JA-Vorsitzenden und AfD-Bundestagsabgeordneten Hannes Gnauck.[2731]

Die ehemalige Vorsitzende der JA Niedersachsen (von April 2021 bis September 2022)[2732] [2733], Rebecca Seidler, arbeitet als Mitarbeiterin der AfD-Bundestagsfraktion.[2734]

Steven Hellmuth war von Juni 2021 bis März 2025 Vorstandsmitglied der JA Sachsen-Anhalt[2735] [2736]. Zudem war er Mitarbeiter des stellvertretenden AfD-Bundessprechers Stephan Brandner.[2737]

[2727] Junge Alternative Baden-Württemberg: Tweet vom 09.02.2025, abgerufen am 31.03.2025.
[2728] Junge Alternative Berlin: Instagram-Eintrag vom 29.11.2017, abgerufen am 06.11.2024.
[2729] Junge Alternative Berlin: „Pressemitteilung“ vom 30.06.2019, in: www.jungealternative-berlin.de, abgerufen am 17.07.2019.
[2730] LinkedIn: „David Christopher Eckert“, in: www.linkedin.com, abgerufen am 05.10.2023.
[2731] Freilich: „Das materialisierte Volk und die Junge Alternative“ vom 14.07.2023, in: www.freilich-magazin.de, abgerufen am 19.07.2023.
[2732] Junge Alternative für Deutschland: Facebook-Eintrag vom 25.04.2021, abgerufen am 26.04.2021.
[2733] Junge Alternative Niedersachsen: Instagram-Eintrag vom 26.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.
[2734] AfD Fraktion im Bundestag: „EU-Irrsinn: Nun wollen Sie unsere Führerscheine! Dr. Dirk Spaniel & Klaus Gagel – AfD-Fraktions-TV“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.09.2023, Kanal: „AfD-Fraktion Bundestag“, abgerufen am 05.10.2023.
[2735] Junge Alternative für Deutschland: „Junge Alternative Sachsen-Anhalt“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2736] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 26.06.2021, abgerufen am 28.06.2021.
[2737] Rechercheplattform zur Identitäre Bewegung: Tweet vom 26.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

Dante Riedel war von November 2022 bis März 2025 stellvertretender Vorsitzender der JA Thüringen[2738]. Er ist Mitarbeiter von Stephan Brandner (MdB, TH).[2739]

Tim Csehan (von September 2019 bis Oktober 2021 stellvertretender Landesvorsitzender der JA Nordrhein-Westfalen)[2740] [2741] ist Büroleiter von Matthias Helferich (MdB, NW).[2742]

Alexander Tschich (von November 2021 bis März 2025 Vorsitzender der JA Mecklenburg-Vorpommern)[2743] [2744] [2745] und Wendelin Fessl (von November 2022 bis März 2025 stellv. Vorsitzender der JA Mecklenburg-Vorpommern)[2746] sind Mitarbeiter der AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns.[2747]

Alexander Claus, von November 2022 bis März 2025 Beisitzer im Vorstand der JA Thüringen[2748], ist Fraktionsreferent der AfD im Thüringer Landtag.[2749]

Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der JA Sachsen-Anhalt (von Juni 2021 bis Juni 2023)[2750] [2751] Maximilian Tischer ist Mitarbeiter von Jan Nolte (MdB, HE).[2752] [2753]

[2738] Engelhardt, Eric: Instagram-Eintrag vom 27.11.2022, abgerufen am 28.11.2022.
[2739] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 10.12.2023, abgerufen am 13.12.2023.
[2740] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Landeskongress 2019: Neuer Vorstand gewählt!“ vom 23.09.2019, in: https://jungealternative-nrw.de, abgerufen am 25.09.2019.
[2741] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Facebook-Eintrag vom 03.10.2021, abgerufen am 04.10.1021.
[2742] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 14.09.2022, abgerufen am 11.09.2024.
[2743] Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 28.11.2021, abgerufen am 29.11.2021.
[2744] Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern – AfD MV: Facebook-Eintrag vom 26.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.
[2745] Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 03.12.2023, abgerufen am 04.12.2023.
[2746] Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 26.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.
[2747] „Arbeiten Rechtsextremisten für die AfD im Schweriner Landtag?“, in: Ostsee-Zeitung, Ausgabe Rostock vom 23.05.2023, S. 16.
[2748] Engelhardt, Eric: Instagram-Eintrag vom 27.11.2022, abgerufen am 28.11.2022.
[2749] Claus, Alexander: Facebook-Profilseite, abgerufen am 27.02.2024.
[2750] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 26.06.2021, abgerufen am 28.06.2021.
[2751] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Instagram-Story vom 11.06.2023, abgerufen am 12.06.2023.
[2752] TAZ: „Risiko im Reichstag“ vom 26.10.2019, in: www.taz.de, abgerufen am 11.09.2024.
[2753] DER SPIEGEL: „Zieht ein rechtsextremer Soldat in den Landtag ein?“ vom 28.05.2021, in: www.spiegel.de, abgerufen am 14.10.2024.

e. Funktion der JA als Multiplikator / Katalysator für neurechte Konzepte / Begriffe in der AfD

Die JA fungierte darüber hinaus für die Gesamtpartei als Multiplikator bzw. Katalysator für verfassungsschutzrelevante neurechte[2754] Begriffe, Ideologeme und Konzepte. Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna Leisten veranschaulichte diese Funktion in einem am 8. Januar 2025 veröffentlichten Interview mit COMPACT:

> *„Es gibt viele Leute, die haben keine Abos bei Info-DIREKT, die haben keine Abos bei COMPACT. […] Dieses Bewusstsein muss erstmal geschaffen werden und das ist Aufgabe meiner Meinung nach der JA, dass wir dieses Bewusstsein herstellen. Deswegen auch dieser Kongress [Anm.: JA-Bundeskongress im Oktober 2022 in Apolda], dass wir eben dafür sorgen, dass […] dieses Bewusstsein besteht und wenn das abgeschlossen ist, wenn die Partei versteht, okay, wir brauchen solche Leute, dann kann man auch sagen, okay, vielleicht ist das nicht der Platz, aber unsere Aufgabe ist es gerade, über die Junge Alternative, weil wir da […] unseren Wirkkreis sozusagen haben in der Partei. Eine andere Form gibt es nicht. Die haben wir ja letztendlich erst angestoßen, dass du sozusagen als COMPACT-Reporter auch auf einem Bundesparteitag oder so vor Ort sein kannst. Ist ja auch darauf zurückzuführen, dass wir uns überhaupt in den letzten Jahren dafür so stark gemacht haben und dass wir nicht aufgehört haben. […]. Wir konnten nur innerhalb, weil wir halt eben Teil dieser AfD sind, dafür überhaupt das so bewirken.“*[2755]

Benedikt Kaiser (Mitglied des rechtsextremistischen Vereins Ein Prozent, Publizist beim rechtsextremistischen Verlag Antaios), formulierte diese Aufgabe für die JA innerhalb einer *„Mosaik-Rechten“* im Rahmen seiner Buchpräsentation auf dem Sommerfest des aufgelösten und neu gegründeten Instituts für Staatspolitik im Juli 2023:

[2754] Wie bereits in Kapitel D. III ausgeführt, wird der Begriff der Neuen Rechten in Politikwissenschaft und im Verfassungsschutzverbund bisweilen unterschiedlich definiert. Unter die Bezeichnung Neue Rechte wird hier ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen gefasst, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Soweit im Folgenden auf „neurechte“ Inhalte und Personen verwiesen wird, handelt es sich bei diesen daher nur um solche, die jedenfalls Anhaltspunkte für rechtsextremistische Positionen vertreten und damit eine verfassungsschutzrechtliche Relevanz entfalten.

[2755] Leisten, Anna: „Anna Leisten: ‚Die Junge Alternative muss bleiben!'“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 09.01.2025.

> *„Wir haben das Problem bzw. die Grundkonstellation so, dass das gesamte rechte Lager von liberal-gemäßigt bis rechts, pronunziert rechts nun mal das Lager der Outlaws ist, der Ausgestoßenen, der Außenseiter. Das heißt also, wir müssen immer die Extrameile gehen, wir müssen immer ein Schritt besser sein. Und wem das nicht Ansporn ist, zu lesen, Wissen zu konsumieren, Wissen zu verarbeiten und dann eben auch in der Parteiarbeit Wissen weiter zu tragen, der hat aus meiner Sicht auch ein bisschen sein Schicksal verfehlt, denn wir brauchen das und das natürlich im Umkehrschluss nicht bedeutet, dass man irgendwie komplexe weltanschauliche Theorien jedem eintrichtern muss, das glaube ich nicht. Bei der Vermittlungsarbeit zur Basis geht immer eine Komplexitätsreduzierung […] einher, das gehört dazu. Man bricht Dinge herunter, man macht Dinge sagbarer, einfacher und komplexe Dinge kürzt man auch zu und spitzt sie auch zu. Und das ist im Grunde so diese Aufgabe, die ich in der JA auch sehe: Dass sie Theorien zum Beispiel aus dem neurechten außerparlamentarischen Lager konsumiert, dass sie das Wissen verarbeitet, dass sie auch in die Diskussion geht. Und dass sie dieses Wissen dann heruntergebrochen in ihre Partei- und JA-Strukturen hineinträgt, um dort zu hoffen, dass es eben viele Leute gibt, die die Inhalte auch verinnerlichen und die dann entsprechend auch überzeugen natürlich, in der Sache überzeugend weitertragen können.“*[2756]

Exemplarisch kann die Funktion des Katalysators und Multiplikators der JA für neurechte Konzepte und Begriffe an ebendiesem Benedikt Kaiser und seiner Verbindung zur JA skizziert werden. Dessen Konzept und die dazugehörige Monographie „Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts“ wurden erst in der JA rezipiert und multipliziert, bevor sie in der AfD emergierten. So richtete die JA viele Veranstaltungen aus, die Kaiser als Redner zu Gast hatten oder aber sich mit dessen Konzept auseinandersetzten.

Die JA Brandenburg richtete am 30. Oktober 2020 eine Podiumsdiskussion zwischen Benedikt Kaiser und Dimitrios Kisoudis (Grundsatzreferent des Co-Bundessprechers

---

[2756] Kaiser, Benedikt: „Die Konvergenz der Krisen. Buchpräsentation mit Benedikt Kaiser“; veröffentlicht in: www.odysee.com am 18.08.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.11.2024.

Tino Chrupalla) aus. Thematisch wurden die Denkrichtungen „Solidarischer Patriotismus“ vs. „Ordnungsstaat“ diskutiert. Daran nahmen zahlreiche Vertreter der JA Brandenburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen teil.[2757]

Ebenfalls die JA Brandenburg veröffentlichte am 5. Dezember 2020 einen Podcast mit Benedikt Kaiser, in dem über das Sozialprogramm der AfD und das Konzept des „Solidarischen Patriotismus“ gesprochen wurde.[2758]

Der Bundesverband der JA rief in einem Facebook-Eintrag vom 20. August 2021 zur Lektüre des Buchs „Solidarischer Patriotismus“ auf:

> *„Der Solidarische Patriotismus ist der Pfad einer authentischen Alternative für #Deutschland und die rechte Antwort auf die #Globalisierung und die sozialen sowie wirtschaftlichen Probleme von heute. Für jeden ‚JAler‘ eine absolute Pflichtlektüre.“*[2759]

Die JA Nordrhein-Westfalen veröffentlichte am 4. Mai 2022 ihren Podcast „Basislager“ zum Thema „Soziale Frage“ und sprach mit Benedikt Kaiser über dessen Konzept.[2760]

Die JA Sachsen-Anhalt veranstaltete im April 2023 einen Vortragsabend mit Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt noch MdEP, heute MdB, SN) und Benedikt Kaiser zum „Solidarischen Patriotismus“.[2761]

Die Inhalte der Monographie und das Konzept „Solidarischer Patriotismus“ gelangten auch unter Mithilfe der JA in die Gesamtpartei, sodass in den Jahren nach Erscheinung des Buchs vermehrt Veranstaltungen in der AfD mit Benedikt Kaiser und dessen Konzept organisiert wurden. So veranstaltete der AfD-Kreisverband Havelland (BB) am 18. April 2023 eine Gesprächsrunde mit Benedikt Kaiser zu dessen Monographie „Solidarischer Patriotismus“.[2762]

[2757] Junge Alternative Brandenburg: Facebook-Eintrag vom 13.11.2020, abgerufen am 16.11.2020.
[2758] Junge Alternative Brandenburg: „#1 mit Benedikt Kaiser – Sozialprogramm der AfD, Kalkar, Meuthen und Solidarischer Patriotismus“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.12.2020, Kanal: „mit offenem Visier“, abgerufen am 16.09.2024.
[2759] Junge Alternative für Deutschland: Facebook-Eintrag vom 20.08.2021, abgerufen am 27.09.2023.
[2760] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Basislager Ep. VIII: Soziale Frage – mit Benedikt Kaiser“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.05.2022, Kanal: „Junge Alternative NRW“, abgerufen am 27.09.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 3.)
[2761] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 27.09.2023.
[2762] AfD Havelland: Facebook-Eintrag vom 13.04.2023, abgerufen am 27.09.2023.

Noch deutlicher zeigte sich die Rolle der JA bei der Multiplikation neurechter Themen und Theorieansätze bei Kaisers kaplaken-Essay „Die Partei und ihr Vorfeld".

An der „JA-Sachsen-Akademie" der sächsischen JA am 14. Mai 2022 nahm Benedikt Kaiser teil und referierte zum Thema „Die Partei und ihr Vorfeld".[2763]

Die JA Bayern veranstaltete eine Podiumsdiskussion unter dem Thema „Partei, Vorfeld & Parlament" am 6. August 2022 in Greding (BY). Daran nahmen Benedikt Kaiser, der damalige JA-Bundesvorsitzende Carlo Clemens (MdL NW), Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) und der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Sven Kachelmann teil.[2764]

Der AfD-Kreisverband Düsseldorf (NW) führte am 3. März 2023 einen Vortragsabend mit Benedikt Kaiser in Düsseldorf durch. Der Kreisverband sprach von einem *„gelungenen Abend"*.[2765]

Matthias Helferich (MdB, NW) lud Benedikt Kaiser zu seiner Veranstaltung in Dortmund (NW) am 21. Mai 2022 ein und diskutierte *„über die Partei und ihr Vorfeld sowie innerparteiliche Solidarität."*[2766]

Björn Höcke (MdL TH) warb in einem Facebook-Eintrag vom 4. Juni 2022 für Kaisers Essay „Die Partei und ihr Vorfeld".[2767]

Thore Stein (MdL MV) veranstaltete am 27. Oktober 2023 in Bergen auf Rügen (MV) einen Diskussionsabend mit Benedikt Kaiser zur Frage „Welche Bedeutung hat das politische Vorfeld für den langfristigen Erfolg der AfD?"[2768]

Es ist zu konstatieren, dass die JA für die Gesamtpartei eine herausgehobene Rolle hatte. Insbesondere die satzungsmäßigen Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeiten und die personellen Karrieren hochrangiger JA-Funktionäre verdeutlichen einen nicht

---

[2763] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 16.05.2022, abgerufen am 27.09.2023.
[2764] Junge Alternative Bayern: Facebook-Eintrag vom 07.08.2022, abgerufen am 27.09.2023.
[2765] AfD Kreis Düsseldorf: Facebook-Eintrag vom 03.03.2023, abgerufen am 27.09.2023.
[2766] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 22.05.2022, abgerufen am 27.09.2023.
[2767] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 04.06.2022, abgerufen am 23.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 3.)
[2768] AfD Kreisverband Vorpommern-Rügen: Facebook-Eintrag vom 15.09.2023, abgerufen am 27.09.2023.

unwesentlichen Einfluss der JA auf die AfD. Darüber hinaus konnte aufgezeigt werden, dass die JA als „Innovationsmotors“ und Katalysator für neurechte Ideen, Begriffe und Konzepte in der AfD wirkte.

f. Distanzierungsbemühungen der Gesamtpartei von der JA

aa. Parteiordnungsmaßnahmen

Beispielhaft für Distanzierungsbemühungen der Gesamtpartei von der JA können folgende Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder der JA angeführt werden.

Anna Leisten, damalige Beisitzerin im JA-Bundesvorstand und Landesvorsitzende der JA Brandenburg, wurde im August 2023 vom AfD-Bundesvorstand wegen ihrer Teilnahme an der von der Identitären Bewegung organisierten „Remigrationsdemo“ im Juli 2023 sowie wegen des Zeigens einer extremistisch konnotierten Geste in den sozialen Medien abgemahnt.[2769] Der AfD-Bundesvorstand kann nach § 7 der Bundessatzung Abmahnungen aussprechen, wenn *„ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen Grundsätze oder die Ordnung der Partei“* verstößt.[2770] Dennoch muss konstatiert werden, dass die ausgesprochene Abmahnung die niedrigste Sanktion des AfD-Bundesvorstands ist und im Lichte der Positionierungen Leistens als Lippenbekenntnis zu werten ist. Dies belegt auch Leistens eingangs bereits dargelegtes prominentes Auftreten in den Landtagswahlkämpfen 2024.[2771]

Am 11. Dezember 2023 forderte der AfD-Bundesvorstand den bayerischen AfD-Landesvorstand auf, ein Parteiausschlussverfahren gegen Daniel Halemba (MdL BY und damaliges Landesvorstandsmitglied der JA Bayern) zu initiieren und ihm seine Mitgliedsrechte sofort zu entziehen. Das Parteiausschlussverfahren wurde im September 2024 mit einem Vergleich beendet. Demnach soll Halemba eine Ämtersperre erhalten, die für 18 Monate gelten soll.[2772] Seit Oktober 2023 ist Halemba Mitglied des Bayerischen Landtags.[2773] Am 27. Oktober 2023, drei Tage vor der konstituierenden

---

[2769] WELT: „Warum die AfD die Chefin der Jungen Alternative in Brandenburg abmahnt“ vom 09.08.2023, in: www.welt.de, ohne Abrufdatum.

[2770] Alternative für Deutschland: „§ 7 Abs. 3 AfD-Bundessatzung“ vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.

[2771] Vgl. S. 841.

[2772] DER SPIEGEL: „Daniel Halemba darf in der AfD bleiben“ vom 30.09.2024, in: www.spiegel.de, abgerufen am 14.10.2024.

[2773] BR24: „AfD-Spitze geht auf Distanz zu Halemba: Ausschluss gefordert“ vom 12.12.2023, in: www.br.de, abgerufen am 20.08.2024.

Sitzung des Bayerischen Landtags, wurde gegen Halemba ein Haftbefehl erlassen. Der Haftbefehl und die entsprechende Festnahme stehen im Kontext mit einer Hausdurchsuchung der Polizei am 14. September 2023 im Haus der Burschenschaft Teutonia Prag zu Würzburg. Hintergrund der polizeilichen Maßnahme waren Hinweise auf das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen sowie Volksverhetzung.[2774] So seien bei Feierlichkeiten der Burschenschaft deutlich „Sieg-Heil"-Rufe von Nachbarn vernehmbar gewesen. Darüber hinaus wurden NS-Devotionalien, antisemitische Schriften sowie ein Gästebuch beschlagnahmt, in dem sich ein Eintrag mit dem Spruch „Sieg Heil" findet, der mit Halembas Namen signiert ist. In Halembas Zimmer fand die Polizei ferner den Ausdruck eines SS-Befehls von Heinrich Himmler vom 28. Oktober 1939.[2775] Ende Oktober wurde Halemba im baden-württembergischen Kirchheim unter Teck schließlich wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen festgenommen. Das Amtsgericht Würzburg setzte später den Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug.[2776]

Der vom AfD-Bundesvorstand geforderte Parteiausschluss gründet jedoch ungeachtet der erheblichen Vorwürfe des Neonazismus primär auf dem Vorwurf, dass Halemba Mitglieder nicht satzungskonform in die AfD aufgenommen hat, sodass diese für ihn bei der Aufstellung der Listenkandidaten für die Landtagswahl votieren konnten. Halemba soll insbesondere die von der Satzung geforderte Wohnsitzprüfung der Antragstellenden nicht vorgenommen haben.[2777] Der AfD-Landesvorstand belegte Halemba aufgrund der Unregelmäßigkeiten bei der Kandidatenaufstellung mit einer zweijährigen Ämtersperre.[2778] Auf dem AfD-Landesparteitag im Januar 2024 forderten 57 % der Abstimmenden Halemba wegen des dargestellten Sachverhalts auf,

---

[2774] BR24: „Haftbefehl gegen AfD-Mann Halemba – Anwalt weist Vorwürfe zurück" vom 28.10.2023, in: www.br.de, abgerufen am 20.08.2024.

[2775] TV Mainfranken: „Sieg-Heil-Spruch, NS-Gegenstände, SS-Befehl – Staatsanwaltschaft gibt Ermittlungsdetails im Fall Halemba bekannt" vom 31.10.2023, in: www.tvmainfranken.de, abgerufen am 20.08.2024.

[2776] ZEIT: „Haftbefehl gegen AfD-Politiker Halemba aufgehoben" vom 23.01.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 20.08.2024.

[2777] BR24: „Causa Halemba: Die schwere Entscheidung des Landesvorstands" vom 14.12.2023, in: www.br.de, abgerufen am 20.08.2024.

[2778] Bayerische Staatszeitung: „Ermittlungen wegen Volksverhetzung eine Ämtersperre wegen Trickssereien vor der Wahl" vom 30.01.2024, in: www.bayerische-staatszeitung.de, abgerufen am 20.08.2024.

sein Abgeordnetenmandat niederzulegen. Halemba lehnte dies ab.[2779] Im Oktober 2024 wurde bekannt, dass seitens des AfD-Bundesvorstands entschieden wurde, aufgrund dieses Sachverhalts keinen Parteiausschluss Halembas anzustrengen und lediglich eine 18-monatige Ämtersperre aufrechtzuerhalten. Der Sachverhalt um die strafrechtlichen Vorwürfe wegen der o. g. NS-Devotionalien, antisemitischen Schriften und des „Sieg Heil"-Gästebucheintrags ist von dieser Entscheidung nicht umfasst. Hinsichtlich dessen äußerte der Bundesvorstand, erst bei dem Vorliegen belastbarer Erkenntnisse aus dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren Konsequenzen prüfen zu wollen.[2780]

Im Februar 2024 wurde gegen den damaligen stellvertretenden JA-Bundesvorsitzenden Nils Hartwig ein Parteiausschlussverfahren initiiert. Das Ausschlussverfahren wurde vom AfD-Landesvorstand beantragt. Der Anlass dafür war eine Nachricht von einem Mailaccount, der Hartwig gehören soll und von dem aus im Sommer 2023 eine soziale Einrichtung mit dem Hinweis auf eine Mitarbeiterin angeschrieben worden sei, diese sei eine *„knallharte Nazi"*. Der Mail seien Bilder aus den sozialen Medien angefügt worden, die die Frau mit einschlägig rechtsextremistischen Symbolen zeigen sollen.[2781] Infolge des damals noch schwebenden Ausschlussverfahrens erklärte Hartwig am 22. Februar 2024 seinen sofortigen Rücktritt vom Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden der JA Nordrhein-Westfalen, ohne allerdings auf Bundesebene sein Amt als stellvertretender JA-Bundesvorsitzender aufzugeben.[2782] Im Dezember 2024 war Hartwig sodann erstinstanzlich aus der AfD ausgeschlossen worden.[2783]

bb.Inhaltlich-ideologische Distanzierungsbemühungen

Auf Landes- und Kreisverbandsebene der AfD waren vereinzelt auch inhaltlich-ideologische Distanzierungsbemühungen gegenüber der JA festzustellen.

[2779] DER SPIEGEL: „AfD-Politiker Halemba soll Mandat niederlegen" vom 13.01.2024, in: www.spiegel.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2780] BR24: „AfD-Bundesvorstand bestätigt: Halemba darf in der Partei bleiben" vom 24.10.2024, in: www.br.de, abgerufen am 24.10.2024.
[2781] WDR: „Fake-Mails, Hausbesuche und ein Parteiausschlussverfahren: Es gärt in der NRW-AfD" vom 06.02.2024, in: www.wdr.de, abgerufen am 06.02.2024.
[2782] Hartwig, Nils: Tweet vom 22.02.2024, abgerufen am 22.08.2024.
[2783] Kölner Stadt-Anzeiger: „Wie die NRW-AfD die Junge Alternative loswerden will" vom 05.12.2024, in: www.ksta.de, abgerufen am 07.04.2025.

Der JA Hessen wurde vonseiten der AfD Hessen verweigert, mit einem eigenen Stand auf dem Landesparteitag im September 2024 in Hofheim am Taunus (HE) präsent zu sein. Die AfD Hessen führte die Teilnahme mehrerer JA-Mitglieder an einer Demonstration der Identitären Bewegung in Wien (AUT) als Begründung an.[2784] Im Zuge dessen distanzierte sich auch der hessische JA-Landesvorstand von den Mitgliedern, die an dieser Demonstration teilgenommen hatten. In einem Mitgliederbrief äußerten sie sich wie folgt:

> *„Wir als Vorstand der Jungen Alternative Hessen distanzieren uns ausdrücklich von der Identitären Bewegung und den Mitgliedern, die an der betreffenden Demonstration am 27.07.2024 in Wien teilgenommen haben. Es entspricht nicht den Werten, die wir als Jungpolitiker vertreten, sich mit extremistischen Gruppen gemein zu machen. Unser Handeln muss immer im Einklang mit den Grundsätzen der JA und der AfD stehen. Daher möchten wir euch darüber informieren, dass die betroffenen Mitglieder auf Ordnungsmaßnahmen geprüft werden. Sollten weitere Verstöße auftreten, insbesondere die Teilnahme an Veranstaltungen, die im Widerspruch zu den Beschlüssen der JA oder der AfD stehen, können diese Maßnahmen bis hin zu einem Ausschluss führen."*[2785]

Kurz zuvor hatte sich der JA-Landesvorstand um eine Distanzierung von dem von der Identitären Bewegung vertretenen *„ethnischen Volksbegriff"* bemüht:

> *„Die Identitäre Bewegung steht auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD aus gutem Grund. Einer der zentralen Gründe ist der ethnische Volksbegriff, den die IB vertritt. Die IB propagiert eine ethnisch-biologische Definition von ‚Volk', die auf Rasse und Abstammung basiert. […]. Die IB setzt sich für die Idee eines ‚ethnokulturellen' Europas ein, in dem Ethnien klar voneinander getrennt bleiben sollen. Dieser biologistische Ansatz steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der AfD. Die AfD hingegen vertritt einen patriotischen Volksbegriff, der sich primär auf nationale Zugehörigkeit und kulturelle Identität bezieht, nicht jedoch auf ethnische oder rassische Merkmale."*[2786]

[2784] Freilich-Magazin: „AfD Hessen unter Druck: JA und interne Spannungen sorgen für Unruhe", in: www.freilich-magazin.de vom 06.09.2024, abgerufen am 06.09.2024.
[2785] Danner, Nico: Tweet vom 06.09.2024, abgerufen am 10.09.2024.
[2786] Kolek, Patrick: Tweet vom 06.09.2024, abgerufen am 06.09.2024.

Diese Aussagen lehnen sich erkennbar an die im Januar 2021 seitens der AfD veröffentlichte „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität" an. Ebenso wie diese erscheint aber auch dieser Mitgliederbrief der JA Hessen nicht geeignet, sich glaubhaft vom ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff zu distanzieren. So handelte es sich nur um einen internen Mitgliederrundbrief, der von der JA Hessen nicht öffentlich gemacht wurde. Ferner distanzierte sich die JA Hessen auch nicht von konkreten Aussagen zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff. Auch der Ankündigung von Parteiordnungsmaßnahmen gegen JA-Mitglieder folgten – zumindest öffentlich wahrnehmbar – keine entsprechenden Schritte. Nicht zuletzt zeigt auch die mutmaßlich durch die AfD Hessen initiierte Neubesetzung des JA-Landesvorstands mit Jochen Roos (MdL HE) als damaligen Landesvorsitzenden, dass es sich nicht um glaubhafte Distanzierungen von verfassungsschutzrechtlich relevanten Aussagen und Positionen handelt.[2787] Roos unterstützte den AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich (MdB, NW) nach dessen Bewerbungsrede auf dem AfD-Landesparteitag im Januar 2025.[2788] Darüber hinaus veröffentlichte Roos auf der Plattform X Beiträge mit fremdenfeindlichen Inhalten.[2789] [2790]

Ein weiteres Beispiel für Versuche einer inhaltlich-ideologischen Distanzierung von der JA ist das in sozialen Medien verbreitete Schreiben des AfD-Kreisverbands Mettmann (NW) aus Februar 2024, das die JA als Gefahr für die Gesamtpartei darstellt. In dem Text wird Jungfunktionärinnen und -funktionären in der JA vorgeworfen, immer offener von einem *„ethnisch reinen deutschen Volk"* zu träumen. In Videos und Chatverläufen sei eine *„sich mehr und mehr radikalisierende Sprache"* zu finden. Daneben würden *„Aktionen von anderen politisch aktiven Gruppen gutgeheißen, die öffentlich mit verbotenen Symbolen aus dem Dritten Reich kokettieren."*[2791]

Im Lichte der in diesem Zusammenhang aufgekommenen parteiinternen Diskussion und als Gegenreaktion auf das Schreiben des AfD-Kreisverbands Mettmann (NW) brachte Rüdiger Lucassen (MdB, NW) auf dem AfD-Landesparteitag in Marl (NW) am 24. Februar 2024 einen Antrag mit dem Titel „Aufruf zur Solidarität mit der Jungen

[2787] Frankfurter Rundschau: „Hessische AfD-Abgeordnete übernehmen rechtsextreme ‚Junge Alternative'", in: www.fr.de vom 26.06.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[2788] Roos, Jochen: Tweet vom 09.01.2025, abgerufen am 10.01.2025.
[2789] Roos, Jochen: Tweet vom 15.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.
[2790] Roos, Jochen: Tweet vom 14.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.
[2791] AfD Kreisverband Mettmann: Facebook-Eintrag vom 13.02.2024, abgerufen am 11.09.2024.

Alternative (JA)“ ein, der zwar Teil der Tagesordnung war, letztlich aber nicht behandelt wurde. In einem Interview mit dem österreichischen Heimatkurier führte Lucassen zur Intention des Antrags aus:

> *„Mein Antrag richtet sich nicht an die erneute Diffamierung unserer Partei durch den sogenannten Verfassungsschutz. Mir geht es um den richtigen Umgang der AfD mit diesem Angriff auf unsere Parteijugend. […] Wenn wir jetzt anfingen, unsere eigene Parteijugend im Stich zu lassen, verspielten wir damit unsere Glaubwürdigkeit. Mehr noch: Unser Bekenntnis für Deutschland würde die moralische Grundlage verlieren.“*[2792]

Lucassen skizzierte anschließend konkrete Schritte der AfD:

> *„Zum einen sollten wir beim Rechtsstaatsprinzip bleiben und individuelles Fehlverhalten nicht auf eine gesamte Organisation übertragen. […] Zum zweiten sollten wir (auch organisatorisch) deutlich machen, dass die JA zur AfD gehört und von ihr auch weiterhin unterstützt wird. Ich rege an, eine engere Einbindung der Jungen Alternative in die AfD zu prüfen. Zum einen würde dies den verfassungsrechtlichen Schutz, den eine politische Partei genießt, auf die JA ausdehnen. Zum anderen würde es die Strategie des Verfassungsschutzes durchkreuzen, die eindeutig auf eine weitere Spaltung des patriotischen Lagers abzielt.“*[2793]

In einem Interview mit dem Landesvorsitzenden der JA Nordrhein-Westfalen, Felix Cassel, bekräftigte er seine Äußerungen nochmals.[2794] In den Aussagen Lucassens wird deutlich, dass eine etwaige engere Einbindung der Jugendorganisation in die Gesamtpartei nicht aus Gründen einer angestrebten inhaltlich-ideologischen Disziplinierung der JA erfolgen solle, sondern vielmehr aus protektionistischen Gründen gegenüber staatlichen Maßnahmen.

[2792] Heimatkurier: „Rüdiger Lucassen (AfD): Wir dürfen unsere Parteijugend nicht im Stich lassen“ vom 15.02.2024, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 16.02.2024.

[2793] Ebd.

[2794] Lucassen, Rüdiger: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 25.02.2024, Kanal: „Junge Alternative NRW“, abgerufen am 26.02.2024.

cc. Formale Neustrukturierung des Verhältnisses zwischen Gesamtpartei und Jugendorganisation

Bereits seit der Hochstufung der JA zur gesichert extremistischen Bestrebung im April 2023 und insbesondere nach einer gesellschaftlichen Debatte um ein AfD-Verbot nach der Veröffentlichung einer CORRECTIV-Recherche im Januar 2024 zum Vernetzungstreffen in Potsdam (BB) kamen in der AfD Stimmen auf, die eine stärkere personelle und organisatorische Einhegung der Jugendorganisation forderten. Zwar war in der Folge in einzelnen Landesverbänden die Neubesetzung von JA-Landesvorstandsposten mit jungen AfD-Mandatsträgern festzustellen, eine organisatorische Distanzierung der AfD von der damaligen JA erfolgte zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht. Entsprechende Vorschläge stießen zum Teil auch auf Widerstand. So untermauerte Björn Höcke (MdL TH) im Februar 2024 abermals seine Unterstützung bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der 24. Winterakademie des mittlerweile aufgelösten und neu gegründeten Institut für Staatspolitik in Schnellroda (ST), indem er in einem ausführlichen Statement seine Position zur JA und mögliche Überlegungen zu einer Eingliederung oder Abtrennung der JA in die Gesamtpartei ausführte:

> *„Alles, was in Richtung Abspaltung der JA geht, wird von mir den entschlossensten Widerstand erleben. Das kann ich an der Stelle sehr, sehr deutlich sagen. Jede Panikmache und das muss ich auch mal so deutlich hier und heute sagen, die es in einigen Gremien und Spitzengremien der Partei gibt, ist abzulehnen und muss der Rationalität weichen. Keinen Jota zurück vor den kruden, absurden realitätsfremden Interpretationen, ja vor den Irrsinnsinterpretationen der Bundesregierung, der Landesregierung, des Verfassungsschutzes bezüglich der Realität. Keinen Jota zurückweichen. Das muss unsere klare Verortung sein. Die JA ist die Jugendorganisation unserer Partei. Sie ist nicht integriert in die Partei. Das hat Vorteile, das hat Nachteile. Man kann und ich bin ein Freund davon, über die Totalintegration der JA sprechen. Das wäre dann das Juso-Modell, das heißt jeder junge Mensch ist dann bis zu seinem 35. Lebensjahr gleichzeitig nicht nur, wenn er Parteimitglied ist, Parteimitglied, sondern auch Mitglied der Jungen Alternative. Das bedeutet ein wenig weniger Bedeutung, weil man dann nur noch auf dem, auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaften unterwegs ist, aber den Schutz der Mutterpartei. Eine Abgliederung, eine Abstoßung der JA, wie sie auch von einigen Protagonisten der Partei diskutiert*

wird, wäre der Beginn einer Salamitaktik, an dessen Ende ganz logischerweise der Verbots-, das Verbotsbegehren, der Verbotsantrag gegen die Mutterpartei stände. Und selbst wenn die AfD jetzt abgestoßen würde von der Mutterpartei und wenn die AfD, die JA dann relativ schnell verboten werden kann als Verein, das ist ja dann mit der Verordnung eines Innenministers möglich, bedeutet das ja nicht nur für die JA massive Nachteile, nämlich: Hausdurchsuchungen, Vermögenseinzug, etc. pp, sondern das wird immer die verbotene Jugendorganisation der Mutterpartei sein. Wir werden immer damit dann negativ kontextualisiert werden. Die JA werden wir niemals loswerden, das wird immer das Narrativ gespielt werden, das ist die ehemalige, jetzt verbotene Jugendorganisation der AfD. Zusätzlich kommen noch juristische Fragestellungen, die mit hineinspielen. Nach der, mit Verlaub, etwas kruden Logik der Unvereinbarkeitsliste der AfD, die ich immer wieder herzhaft kritisiert habe, müssten ja dann ehemalige JA-Funktionäre, und da sind einige prominente mittlerweile dabei, die Mitgliedsrechte entzogen werden. Das wäre die logische Konsequenz. Also die JA-Funktionäre oder die JA, würde auf die Unvereinbarkeitsliste gesetzt werden müssen nach der parteiinternen Logik und die ehemaligen Funktionäre der JA könnten nicht mehr Mitglied der, der der Mutterpartei sein. Also solche Auswirkungen muss man wirklich vor Augen haben und deswegen müssen wir der einsetzenden Salamitaktik Widerstand entgegenbringen und deswegen sage ich, auch weil ich vor dem Hintergrund, dass jetzt einige Landesparteitage in wichtigen Westländern stattfinden, von dem ein oder anderen Engagement, von der ein oder anderen Aktivität gehört habe, bitte ich auch, dass wir, dass wir uns uns solidarisch erklären, dass wir auch Landesparteitage nutzen mit einschlägigen Resolutionen. Ich weiß, dass in NRW sowas jetzt geplant ist, um zu zeigen: Wir stehen vor unserer Jugendorganisation. Wir lassen uns nicht spalten. Und ich wünsche solchen Aktivitäten, solchen Antragsaktivitäten jetzt in NRW oder vielleicht auch in Baden-Württemberg maximale Erfolge. Also: Ja zur JA und unbedingte Solidarität.“[2795]

[2795] Höcke, Björn: Teilnahme an einer Podiumsdiskussion mit Christoph Berndt, Erik Lehnert und Götz Kubitschek; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2024, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 12.03.2024.

Seine Überlegungen wurden im Rahmen der Veranstaltung auch zustimmend von Hans-Christoph Berndt (MdL BB) geteilt.[2796]

Laut Presseberichterstattung hatte hingegen Roman Reusch (AfD-Bundesvorstandsmitglied) in einer Sitzung des AfD-Bundesvorstands im Februar 2024 gefordert, die JA auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2024 aus der Satzung der AfD *„abzugliedern"*. Im Bundesvorstand sei man sich hingegen bewusst, dass es dafür keine Mehrheit auf dem Bundesparteitag geben würde. Zwar habe der Bundesvorstand laut dem Bericht grundsätzlich Problembewusstsein gezeigt, es aber bei einer Ermahnung zur Zurückhaltung belassen. Auf dem Bundesparteitag wurde dann auch nicht über das Thema beraten und entsprechend keine derartige Entscheidung getroffen.[2797]

(1) Bundesvorstandsantrag zur JA-Auflösung und Neugründung einer Jugendorganisation

Die monatelangen parteiinternen Diskussionen um eine Neustrukturierung des Verhältnisses der AfD zur Jugendorganisation kulminierten schließlich in einem vom AfD-Bundesvorstand am 2. Dezember 2024 mehrheitlich beschlossenen Satzungsänderungsantrag für den Bundesparteitag am 11./12. Januar 2025 in Riesa (SN), der die Aberkennung der JA als offizieller Jugendorganisation der AfD sowie die Neugründung einer Jugendorganisation vorsah. Der Antrag beinhaltete zudem, dass der AfD-Bundesvorstand bis Mai 2025 alle AfD-Mitglieder unter 36 Jahren zur ersten Mitgliederversammlung einer neuen Jugendorganisation einladen solle, auf der ein Jugendstatut beschlossen werden solle. Nach Genehmigung des Jugendstatuts durch den AfD-Bundesvorstand solle die JA schließlich ihre Anerkennung als offizielle Jugendorganisation der AfD verlieren. Die neue Jugendorganisation solle sich an dem sogenannten Juso-Modell orientieren, sodass alle AfD-Mitglieder unter 36 Jahren automatisch der Jugendorganisation angehören würden. Im Umkehrschluss würden grundsätzlich alle Mitglieder der Jugendorganisation AfD-Mitglied sein, wodurch sie damit der Schiedsgerichtsbarkeit der AfD unterworfen wären.[2798]

[2796] Ebd.
[2797] „Nach Höckes Pfeife", in: DER SPIEGEL Nr. 11 vom 09.03.2024, S. 30.
[2798] Tagesschau: „AfD will sich von Jugendorganisation trennen", in: www.tagesschau.de vom 03.12.2024, abgerufen am 28.03.2025.

Nach dem Bekanntwerden dieser Pläne des AfD-Bundesvorstands betonten dessen Vertreter explizit, dass es sich bei der Neustrukturierung der Jugendorganisation nicht um eine Distanzierung von der JA handele. Der AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) versicherte, dass man die Jugendorganisation nicht *„loswerden möchte oder auflösen möchte“*:

> *„Vielleicht ergänzend, weil das teilweise ja auch falsch in den Medien dargestellt wird, dass der AfD-Bundesvorstand die JA loswerden möchte oder auflösen möchten, also das ist mitnichten der Fall. Des Weiteren geht das überhaupt nicht, die AfD-Mutterpartei kann eine Jugendorganisation, noch dazu die JA gar nicht auflösen. Das könnte sie nur im Ernstfall selbst tun, weil das ein eigenständiger Verein ist. Und so wie es auch gerade erwähnt wurde, die JA hat dort selbst eine sehr gute Vorarbeit geleistet in der Umstrukturierung und das wird auch Bestandteil eines Antrages auf dem Bundesparteitag sein.“*[2799]

Ähnlich äußerte sich auch der stellvertretende AfD-Bundessprecher Kay Gottschalk (MdB, NW) in einem Interview mit dem Sender phoenix am 3. Dezember 2024:

> *„Wir haben sehr vertraulich schon lange über eine Neustrukturierung, einen Reformprozess innerhalb der JA gesprochen. Also insoweit kann auch nicht die Rede sein, dass wir uns von einer Jugendorganisation trennen wollen. Wir brauchen die Jugend. Die Jugend ist gut.“*[2800]

Dass die Neustrukturierung nicht wegen der inhaltlich-ideologischen Ausrichtung der JA geschehen sollte, stellte das AfD-Bundesvorstandsmitglied Dennis Hohloch (MdL BB) am 4. Dezember 2024 heraus:

> *„Abgliederung der JA, weil zu radikal. Man sollte nicht jede Meldung der Presse wortwörtlich übernehmen. Eine Jugendorganisation muss eine scharfe Zunge haben und Akzente setzen. Der vom Regierungsschutz unterstellte Extremismus ist für mich kein Entscheidungskriterium. Fakt ist: Der Bundesvorstand hat*

[2799] Chrupalla, Tino: „Deutschland droht eine Kriegskoalition! Presseerklärung von Alice Weidel & Tino Chrupalla“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „AfD-Fraktion Bundestag“, abgerufen am 28.03.2025.

[2800] Gottschalk, Kay: „Junge Alternative: AfD-Bundestagsabgeordneter Gottschalk dementiert Trennung von Jugendorganisation“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 28.03.2025.

> *beschlossen, einen Satzungsänderungsantrag auf dem kommenden Bundesparteitag einzubringen. Ziel ist eine stärkere, gut aufgestellte und besser finanzierte Jugendorganisation mit größerer Bindung zwischen Partei und Jugend. Gleichzeitig ist es wichtig, die Fürsorgepflicht der Partei gegenüber ihrer Jugend, die sich in diesen Zeiten besonders ins Feuer stellt, ernst zu nehmen. Das neue Modell bietet diesen Schutz. Wer von Meuthianern spricht, versucht mit alten Methoden, unlautere parteipolitische Vergleichen zu ziehen, um jeden Reformprozess zu unterbinden."*[2801]

Kay Gottschalk (MdB, NW) entgegnete in dem oben genannten Interview auf die Frage, warum man eine Neugründung der Jugendorganisation brauche, Folgendes:

> *„Das ist, ich finde, eine Weiterentwicklung wie in einer Liebesbeziehung. Wir entwickeln diese Beziehung jetzt weiter, wollen sie [...] auf eine neue Stufe stellen. [...]. Also eine viel, viel engere Bindung – was ja immer in einer Partnerschaft positiv ist – an die Mutterpartei an der Stelle. [...] Man ist unter 36 und man muss Parteimitglied sein und ich finde, das ist richtig. Das ist wie in der richtigen Familie dann auch. Und insoweit rücken wir näher aneinander ran, das ist der Punkt. Und wir wollen natürlich auch dann entsprechend mit unserer Jugend auch weiter vernünftige Prozesse anstoßen, damit wir auch bei den Menschen draußen und bei den jungen Leuten ankommen. Also insoweit nichts, was jetzt [...] einer Auflösung oder einer Neugründung gleichkäme, sondern ich nenne das Weiterentwicklung. Und das ist auch richtig nach fast 10 Jahren."*[2802]

In verschiedenen Verlautbarungen von AfD-Funktionären und -Funktionärinnen wurden auch punitive Motive für die Pläne zur Neustrukturierung der Jugendorganisation der Partei skizziert. Die Mutterpartei habe mit der neugegründeten Jugendorganisation Sanktions- und Durchgriffsmöglichkeiten in Bezug auf sämtliche Mitglieder der Jugendorganisation, weil für diese dann künftig eine AfD-Mitgliedschaft obligatorisch würde. Die AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) formulierte das im Rahmen einer mündlichen Presseerklärung am 3. Dezember 2024 wie folgt:

[2801] Hohloch, Dennis: Tweet vom 03.12.2024, abgerufen am 04.12.2024.

[2802] Gottschalk, Kay: „Junge Alternative: AfD-Bundestagsabgeordneter Gottschalk dementiert Trennung von Jugendorganisation", veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „phoenix", abgerufen am 28.03.2025.

„Die Reorganisation der Jugendorganisation ist wichtig, um die Jugendorganisation zukünftig näher an die Partei einzubinden. Und zwar wollen wir, dass die Mitglieder der Jugendorganisation auch zeitgleich Mitglied der AfD sind. Und das haben wir momentan nicht. Und dementsprechend streben wir eine Reorganisation hier an, dass wir eine größere Schnittmenge zu den Mitgliedern auch der Jugendorganisation haben zu der zukünftigen, die deutlich anders aufgestellt sein wird als die jetzige. […] Das ist deshalb so wichtig, damit die Mutterpartei, die Alternative für Deutschland, auch Durchgriffsmöglichkeiten hat auf die Jugendorganisation, die sie derzeit nicht innehat.“[2803]

Auch der rheinland-pfälzische AfD-Landtagsabgeordnete und ehemalige JA-Bundesvorsitzende Damian Lohr stellte eine aus seiner Sicht mit der Neustrukturierung verbundene stärkere Disziplinierungsmöglichkeit in den Vordergrund. Maßstab für solche Disziplinierungen seien – so Lohr – allerdings nicht die Bewertungen des Verfassungsschutzes:

„In jedem Fall würde die neue Struktur für mehr Disziplin sorgen. Dabei geht es gar nicht darum, die Jugendorganisation einzuschränken, aber zumindest entfällt der Blankoscheck für Leute, die sich nicht ihrer Verantwortung für die Partei und Jugendorganisation bewusst sind. Dabei gilt selbstverständlich nicht der VS oder der politische Gegner als Maßstab. Wer groben Unfug produziert, muss diszipliniert werden können.“[2804]

Neben diesen disziplinierenden Motiven führten einzelne AfD-Funktionäre auch organisatorische Vorteile der geplanten Neustrukturierung an. Dazu zählte insbesondere die zukünftige Reduzierung von bürokratischen Prozessen für die Jugendorganisation, weil diese zukünftig von der Mutterpartei übernommen würden. Damian Lohr (MdL RP) skizzierte, dass durch die in die Mutterpartei vollständig integrierte

[2803] Weidel, Alice: „Deutschland droht eine Kriegskoalition! Presseerklärung von Alice Weidel & Tino Chrupalla“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „AfD-Fraktion Bundestag, abgerufen am 28.03.2025.

[2804] Freilich: „AfD-Jugend vor Neuanfang: So denken die Ex-Vorsitzenden über die JA-Reform“ vom 17.12.2024, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 28.03.2025.

Jugendorganisation *„quasi 90 Prozent der Bürokratie für die Jugendorganisation“* entfallen würde. So könne man sich *„auf das Wesentliche konzentrieren. Die politische Arbeit.“*[2805]

Diese organisatorischen Elemente wurden mit protektiven Motiven der Neustrukturierung ergänzt. Herausgestellt wurde dabei vor allem der Schutz der Jugendorganisationen vor staatlichen Exekutivmaßnahmen wie einem Vereinsverbot. Das ehemalige JA- und AfD-Bundesvorstandsmitglied Carlo Clemens (MdL NW) nannte dies als wesentliches Motiv für die Neugründung und Integration der Jugendorganisation in die Gesamtpartei:

> *„Hauptgrund ist der Schutz der Jugendorganisation vor einem Vereinsverbot. Auch wenn gerne darauf verwiesen wird, dass Bundesinnenministerin Faeser selbst im Innenausschuss betont hat, dass die JA unter den Schutz des Parteienprivilegs falle, kann ich nur davor warnen, den Worten politischer Gegner blind zu vertrauen.“*[2806]

Der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende René Springer (MdB, BB) sah in der Neustrukturierung ausschließlich Vorteile für alle Beteiligten und warnte vor einem möglichen Vereinsverbot der JA:

> *„Dass, was jetzt passieren wird, ist, dass wir die Jugendorganisation im Grunde stärken, sie wird größer werden, sie wird mehr Mitglieder haben, sie wird auch besser finanziell ausgestattet werden. Und insofern ist das eigentlich eine win-win-Situation für alle Beteiligten nämlich für die heutigen Jugendlichen, die sich […] in der JA engagieren, aber eben auch für die Bundes-AfD, die jetzt ein Konzept hat, das die Junge Alternative auch schützt vor der übergriffigen Nancy Faeser. Denn wir wissen ja, mit Verbotsforderungen wird ja um sich geworfen. […] Wir wollen verhindern, dass eine übergriffige Innenministerin unsere Jugendorganisation verbietet. Und jetzt haben wir sie unter den Schutzschirm der Partei genommen, und insofern ist das für alle ein großartiger Erfolg.“*[2807]

[2805] Ebd.
[2806] Ebd.
[2807] Springer, René: „AfD-Parteitag: Interview mit René Springer“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 16.01.2025.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) argumentierte ähnlich. Zudem erklärte er, dass er mit der damaligen JA *„sehr zufrieden“* sei. Eine inhaltlich-ideologische Distanzierung von der gesichert extremistischen Jugendorganisation ist darin nicht zu erkennen:

> *„Es gibt zwei schlagende Argumente dafür. Ich bin mit der Jungen Alternative sehr zufrieden, ich persönlich bin ja noch Mitglied der Jungen Alternative, darf das noch sein. Aber Punkt 1 ist, wir haben alle erlebt, wie Nancy Faeser momentan etwas durchdreht. Wenn Sie sich an das Compact-Verbot erinnern, ein Presseorgan, das einfach mal per Federstrich verboten wird unter Rückgriff aufs Vereinsrecht. Und das ist ja was, was sie rein theoretisch auch einfach mal machen könnte mit der JA, das wäre auch nicht rechtmäßig, da würden wir vielleicht danach vor Gericht gewinnen, aber erstmal hätten wir ein Riesenproblem. Das können wir vermeiden dadurch, dass die JA ein Teil der Partei wird. Und der zweite Punkt ist, wir haben viele junge Mitglieder auch in der AfD, die bisher aber noch nicht in der JA organisiert sind. Und wenn wir uns für so ein Modell entscheiden, wie es uns heute vorliegt, was wir später debattieren werden, dann haben wir automatisch die Mitgliedszahlen der […] Jugendorganisation verdoppelt bis verdreifacht. Und das sorgt natürlich auch für mehr Schlagkraft bei den Jugendlichen.“*[2808]

Innerhalb der JA gab es nach Bekanntwerden des Satzungsänderungsantrags des AfD-Bundesvorstands entschiedene Kritik an diesem Vorhaben. Infolgedessen beschloss der JA-Bundeskonvent am 4. Dezember 2024, den Satzungsentwurf des AfD-Bundesvorstands abzulehnen.[2809] Die Kritik richtete sich indes nicht per se gegen eine stärkere Integration der Jugendorganisation in die AfD, sondern vielmehr gegen die geplante Auflösung der JA und Neugründung einer anderen Jugendorganisation. Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna Leisten kritisierte das Ansinnen einer Auflösung der JA insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Bundestagswahl:

[2808] Münzenmaier, Sebastian: „Afd-Parteitag: Sebastian Münzenmaier im phoenix-Interview spricht über die junge Alternative“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 16.01.2025.

[2809] ZEIT: „Sie wollen sich einfach nicht unterordnen“, in: www.zeit.de vom 05.12.2024, abgerufen am 28.03.2025.

„Eine Auflösung unserer Organisation ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig falsch, und wir haben viele andere wichtige Aufgaben zu meistern. Wir stecken aktuell in den Vorbereitungen unserer Jugendkampagne zur Bundestagswahl 2025 – wir freuen uns auf einen guten Wahlkampf mit allen Landesverbänden."[2810]

Leisten wiederholte ihre Kritik in einem am 8. Januar 2025 veröffentlichten Interview mit COMPACT. Darin stellte sie heraus, dass die AfD schon seit Langem eine Jugendorganisation wolle, die vollständig kontrollierbar sei:

„Die AfD wollte eigentlich immer eine Jugendorganisation, die sie auch stückweise kontrollieren können. Und das war all die Jahre immer zu merken und auch zu spüren. Man hat uns versucht kleinzuhalten. […] Es geht im Kern darum, dass hier versucht wird, die Stimmen stillzubekommen, die man sich eben von der Parteispitze nicht mehr wünscht. Und das steckt dahinter und das hat auch Frau Weidel deutlich gemacht. Sie hätte sich ja auch hinstellen können und sagen können, ich stehe voll und ganz zu unserer Jugendorganisation und ich möchte diese schützen vor einem drohenden Verbot. Das hat sie nicht getan […]. Aber es war ganz eindeutig, was sie gesagt hat. Ihr geht es um die Kontrolle und Ihnen geht es darum, dass die Junge Alternative nicht mehr so besteht, wie wir sie kennen."[2811]

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Sven Kachelmann verglich das Vorhaben des AfD-Bundesvorstands negativ mit dem Wirken des ehemaligen AfD-Bundessprechers Bernd Lucke:

„Prof. Dr. Lucke – sind Sie es? Die #JungeAlternative wird sich jedenfalls nicht auflösen. Wer seine eigene Parteijugend so abschießen will, sollte sein Amt räumen."[2812]

Fabian Küble, zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls JA-Bundesvorstandsmitglied, wies darauf hin, dass es auch zum damaligen Zeitpunkt schon möglich gewesen sei, JA-Mitglieder bei Fehlverhalten zu sanktionieren. Er begründete dies mit der – oftmals –

[2810] Leisten, Anna: Tweet vom 03.12.2024, abgerufen am 03.12.2024.
[2811] Leisten, Anna: „Anna Leisten: ‚Die Junge Alternative muss bleiben'", veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 09.01.2025.
[2812] Kachelmann, Sven: Tweet vom 02.12.2024, abgerufen am 04.12.2024.

satzungsbedingten Notwendigkeit einer AfD-Mitgliedschaft für JA-Vorstandsmitglieder:

> *„Das ‚Argument' dadurch endlich die Möglichkeit zu bekommen JA Mitglieder sanktionieren zu können, hört man öfter und auch schon länger, wird deshalb jedoch nicht sinnvoller.*
> *Fakt ist: Alle Vorstände der JA und damit letztlich alle relevanten Personen, müssen seit jeher laut Satzung auch in der AfD sein. Diese unterliegen daher bereits heute der AfD Schiedsgerichtsbarkeit.*
> *Ledeglich normale Mitglieder, die keine Funktionäre sind, müssen nicht in der AfD sein und könnten daher im Zweifel auch nicht durch diese sanktioniert werden.*
> *ABER: mir ist kein Fall bekannt, in dem Mitglieder der JA nach grobem Fehlverhalten nicht sanktioniert worden wären, zumal nach expliziter Aufforderung durch die Mutterpartei.*
> *Ebenfalls Fakt ist: die Parteigerichtsbarkeit braucht auf Grund der durch das Parteiengesetz gestellten hohen Anforderungen sehr viel länger um Personen zu sanktionieren oder im Zweifel sogar auszuschließen, als es die JA als Verein kann. In den meisten mir bekannten Fällen hat die #JA sogar schneller gehandelt als die #AfD, die teils sogar garnicht gehandelt hat (wegen den hohen rechtlichen Voraussetzungen), während die JA Sanktionen ergriffen hat.*
> *Daher ist dieses ‚Argument' ebenso alt wie unsinnig und hat mit der realen Praxis nur sehr wenig zu tun."*[2813]

(2) Abstimmung über Satzungsänderungsanträge auf dem AfD-Bundesparteitag 2025 in Riesa (SN)

Auf dem AfD-Bundesparteitag am 11./12. Januar 2025 in Riesa (SN) hatten die Delegierten schließlich die Wahl zwischen zwei Satzungsänderungsanträgen, die jeweils vom AfD-Bundesvorstand und vom JA-Bundeskonvent eingebracht worden waren. Den Satzungsänderungsantrag des AfD-Bundesvorstands unterstützten neun AfD-Landesvorstände und alle ehemaligen JA-Bundesvorsitzenden der letzten zehn

[2813] Küble, Fabian: Tweet vom 03.12.2024, abgerufen am 31.03.2025.

Jahre. Er sah die Neugründung einer Jugendorganisation mit dem Namen „Patriotische Jugend" vor, die *„ein rechtlich unselbstständiger Teil der Partei"* sein sollte. Mitglieder dieser neuen Jugendorganisation sollten alle AfD-Mitglieder unter 36 Jahren sein, die ihren Beitritt erklärten. Sie wären der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen. Der damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (MdB, BB) stellte den Antrag auf dem Bundesparteitag vor:

> *„Wir sind die Jugend der Partei. Die Partei ist unsere Mutter. Das abzulehnen, ergibt in sich keinen Sinn. Eine Autonomie von der eigenen Partei einzufordern als Grundlage ist bestenfalls eine stark abstrahierte Ansicht dessen, was und wie eine Parteijugend strukturiert sein sollte. […]. Bringen wir gemeinsam eine in der Partei organisierte, professionelle, gut strukturierte, disziplinierte, gut finanzierte, schlagkräftige und repräsentative Jugendorganisation auf den Weg. Am Ende steht die AfD auf den Wahlzetteln und der Wahlerfolg unserer AfD zum Wohle unseres geliebten Vaterlandes ist die Maxime unseres Handelns. Deswegen bitte ich euch um eure Zustimmung."* [2814]

Ergänzend brachte das AfD-Bundesvorstandsmitglied Dennis Hohloch (MdL BB) ein:

> *„Dieser Satzungsentwurf ist gut überlegt, er ist über ein Jahr vorbereitet und fand seinen Anstoß in einer Diskussion des Bundesvorstandes und des Vorstandes der Jungen Alternative vor über einem Jahr. Er sieht vor, dass die Junge Alternative oder die neue Jugendorganisation mit der Partei näher zusammenwachsen. Das bedeutet auf der einen Seite, dass man der Jugendorganisation mehr Möglichkeiten bieten muss: finanziell, strukturell und personell. Eine professionelle Jugendorganisation braucht genau diese Möglichkeiten. Eine professionelle Partei auf der anderen Seite braucht allerdings auch Sicherheit. Sicherheit, dass Personen, die sich innerhalb dieser Jugendorganisation bewegen und Politik machen, kein Schindluder mit unserer Partei treiben. Und das hat nichts mit einem Generalverdacht zu tun, das ist völlig normal in jeder Beziehung. Man braucht Sicherheit, um gemeinsam zusammen arbeiten zu können und dementsprechend ist es notwendig, die neue Jugendorganisation*

[2814] Gnauck, Hannes: „Zeit für Deutschland": 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

zusammen in die Partei zu integrieren und gleichzeitig unter die Schiedsgerichtsbarkeit der Partei zu stellen."[2815]

Der Antrag des JA-Bundeskonvents sah indessen ebenfalls eine engere Einbindung der JA in die AfD vor, beinhaltete allerdings die Aufrechterhaltung der organisatorischen Autonomie der JA. Der Antrag sah für die Mitglieder der Jugendorganisation zudem keine obligatorischen AfD-Parteimitgliedschaft vor. Die Vorstellung des Antrags verband der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Sven Kachelmann mit dem Vorwurf gegenüber dem AfD-Bundesvorstand, die eigene Parteijugend nicht angemessen in die Neustrukturierungsüberlegungen einbezogen zu haben:

„Man kann so einen Reformprozess, eine tiefgreifende Veränderung, nur mit, und damit meine ich allen Mitgliedern der Jugendorganisation gestalten und nicht ohne sie oder gegen deren Willen. […] Diese Idee wurde nie ausgereift und dieser Antrag des AfD-Bundesvorstands hat mit einem Juso-Modell nichts zu tun. Nichts, aber auch gar nichts. Denn er geht viel weiter über das Ziel hinaus als die Jusos es wollten. […] Wir erleben staatliche Repressionen noch und nöcher. Wenn man die Sorge hat, es kommt ein Vereinsverbot der JA, die Sorge kann ich euch gerne in Teilen nehmen. Denn Folgendes ist doch der Fall. Was wird denn passieren, wenn wir heute sagen: Nicht die Junge Alternative ist die Jugendorganisation der AfD, die JA wird es am Montag immer noch geben […]. Wenn man sagt, wir wollen die Jugend schützen, dann muss man auch sagen: Dieser Entwurf, der zahlt auf das Konto, unsere Jugend, die jetzt besteht, zu schützen nicht ein. Er macht den aktuellen Zustand noch schlechter."[2816]

In der Sache noch deutlicher positionierte sich Eric Engelhardt, der damalige Vorsitzende der JA Thüringen. Er nannte die Eingliederung einer neuen Jugendorganisation eine *„Vernichtung"* der bisherigen JA:

„Der Antrag, der hier im Raum steht, ist weder im Interesse noch der Wille der Jungen Alternative. Richtig ist, dass man sich grundsätzlich für einen Reform-

---

[2815] Hohloch, Dennis: „Zeit für Deutschland": 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 26.01.2025.
[2816] Kachelmann, Sven: „Zeit für Deutschland": 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

prozess ausgesprochen hat. Dieser Antrag ist aber keine Reform, keine Verbesserung, sondern eine Abgliederung und letztlich eine Vernichtung der Jungen Alternative.“[2817]

Nach der Debatte über die beiden Anträge, in der die Befürworter des Antrags des AfD-Bundesvorstands kommunikativ überlegen wirkten, fand letztlich ein leicht modifizierter Antrag des AfD-Bundesvorstands eine Mehrheit von 71,92 %.[2818] Der modifizierte Antrag enthielt gegenüber der Parteijugend u. a. das Entgegenkommen, dass die neue Jugendorganisation ihren Namen eigenständig bestimmen kann.

Aufgrund des genannten Beschlusses des Bundesparteitags ist die JA seit dem 1. April 2025 nicht mehr die Jugendorganisation der AfD. Der Beschluss sieht zudem vor, dass bis spätestens Ende 2025 eine erste Mitgliederversammlung der neuen Jugendorganisation abgehalten wird, mit der diese offiziell gegründet, ein Jugendstatut beschlossen und ein Vorstand gewählt wird. Zukünftig sind nach § 17a Abs. 4 AfD-Bundessatzung alle Parteimitglieder bis zur Vollendung des 36. Lebensjahrs, die ihren Beitritt zur Jugendorganisation erklärt haben, auch Mitglied der Jugendorganisation. Minderjährige Mitglieder der künftigen Jugendorganisation, die aufgrund ihres Alters noch kein Parteimitglied werden können, unterliegen ebenfalls der Schiedsgerichtsbarkeit der AfD.[2819]

Im Nachgang des Bundesparteitags formulierten Vertreter der JA Kritik an dessen Entscheidung. Die JA Schleswig-Holstein kritisierte, dass die Älteren in der Mutterpartei der Jugend einen *„Dolch in den Rücken gerammt“* hätten. Dies verband man mit der Ankündigung, die noch zu gründende, neue Jugendorganisation inhaltlich und personell dominieren zu wollen:

> *„Die Boomer haben der Jugend den Dolch in den Rücken gerammt aber wir wanken nur und fallen nicht. Wir werden auch die neue JA SH dominieren und unseren aktuellen Kurs weiter fortsetzen. […] Rechts-woken Irrlichtern wie Hohloch, Gottschalk oder Lambrou, die hoffen das die neue JA harmloser, ruhiger*

[2817] Engelhardt, Eric: „Zeit für Deutschland“: 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.
[2818] Alternative für Deutschland: „Zeit für Deutschland“: 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.
[2819] Alternative für Deutschland: „§ 17a AfD-Bundessatzung“ vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 12.01.2025, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.

> *und weniger aktiv sein wird, empfehlen wir Schleswig-Holstein auch nach der Neugründung der JA besser zu meiden".*[2820]

Auch die JA Bayern verwendete diese Metapher.[2821]

Insgesamt überwog in den Aussagen der JA jedoch die Position, dass man sich nun auf die Zusammenarbeit nach der formalen Neustrukturierung freue. So verlautbarte die JA Nordrhein-Westfalen am 13. Januar 2025, dass sich nun lediglich die *„Hülle"* ändere, der Inhalt der Jugendorganisation jedoch fortgeführt werde:

> *„[D]as Versprechen, dass der Geist der Jugendorganisation nicht verschwindet, nur weil man ihn eine andere Hülle steckt. Wir freuen uns auch die noch engere Zusammenarbeit."*[2822]

Die JA Nordrhein-Westfalen geht demnach von einer hochgradigen Kontinuität zwischen JA und neuer Jugendorganisation aus.

Arthur Hammerschmidt, damaliges Landesvorstandsmitglied der JA Baden-Württemberg, äußerte sich am 15. Januar 2025 gegenüber der Heilbronner Stimme ähnlich:

> *„Wir sehen keinen großen Unterschied im Arbeiten zwischen dem Zustand vor dem Parteitagsbeschluss und dem Arbeiten in der künftigen Jugendorganisation."*[2823]

Auch Björn Höcke (MdL TH) bekannte im Nachgang zum Bundesparteitag, auf dem er sich nicht öffentlich in die Diskussion eingebracht hatte, dass er zwar hinter einer engeren Anbindung der JA an die Gesamtpartei stehe, aber die zur Wahl gestellten Satzungsänderungsanträge inhaltlich und strukturell defizitär gewesen seien. Wenngleich die JA nach dem Bundesparteitag der Verlierer sei, werde sich für Höcke in Thüringen nichts am *„guten Verhältnis"* zwischen der AfD und Jugendorganisation ändern. Die formale Neustrukturierung habe keine Auswirkungen auf den *„Geist"*, der in Thüringen gelebt werde:

[2820] Junge Alternative Regionalverband Südholstein: Instagram-Story vom 13.01.2025, abgerufen am 14.01.2025.
[2821] Junge Alternative Bayern: Tweet vom 14.01.2025, abgerufen am 15.01.2025.
[2822] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Tweet vom 13.01.2025, abgerufen am 15.01.2025.
[2823] Heilbronner Stimme: „Nach Parteitagsbeschluss: Junge Alternative in Heilbronn will sich bald auflösen" vom 14.01.2025, abgerufen am 28.03.2025.

„Für mich ist der Wermutstropfen des Bundesparteitages die Entscheidung zur JA. Dabei will ich betonen, daß auch ich die stärkere Integration der JA in die Mutterpartei befürwortet habe. Aber das jetzt beschlossene Vorgehen verläuft nicht in Richtung ‚Juso-Modell'. Ich will es kurz machen: Sowohl der Antrag des Bundesvorstandes als auch jener der JA waren noch etwas unausgegoren. Ersterer atmete zu viel Funktionärsgeist. Hier schien es so, als wollte man die jungen Leute zu sehr an die Kandare nehmen, auch um den Preis, die Innovationsfähigkeit der Jugend über Gebühr zu beschneiden. Und beim JA-Antrag hatte man das Gefühl, daß den jungen Fohlen nicht bewußt genug ist, daß auch die weitläufigste Weide nicht ohne Zaun auskommt.
Daß zwei gegensätzliche Anträge auf der Tagesordnung zu finden waren, weist darauf hin, daß der Prozeß der Konsensfindung noch Zeit gebraucht hätte. Vielleicht war er nicht lang genug, vielleicht war er nicht breit genug angelegt, vielleicht hatte er nur die falsche Sukzession?
Ich weiß es nicht, aber ich bin sicher, daß mit etwas mehr Ruhe ein Konsens hätte erzielt werden können, der in einen gemeinsamen Antrag beim nächsten Parteitag gemündet wäre und keine Verlierer produziert hätte. […]
Nun gilt es in der Lage zu leben, die die Entscheidung nach sich zieht. Die Defizite des beschlossenen Antrages werden zu Nachjustierungen führen müssen, so meine Vermutung.
In Thüringen wird sich am guten Verhältnis zu unserer Jugend nichts ändern, das versichere ich. Hier geht es nicht um Formalien, sondern um den Geist, den wir leben."[2824]

(3) Beschluss der JA-Auflösung auf dem Bundeskongress in Apolda (TH)

Infolge des Bundesparteitagsbeschlusses zur Neustrukturierung der JA beantragten sieben JA-Landesverbände (Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen) zusätzlich zu dem bereits geplanten regulären JA-Bundeskongress am 1. Februar 2025 einen außerordentlichen Bundeskon-

---

[2824] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 16.01.2025.

gress zur Selbstauflösung der JA. Das Ziel war es, die Vermögenswerte und Markenrechte der JA an die AfD zu überschreiben, sodass die neue Jugendorganisation gegebenenfalls erneut den Namen Junge Alternative tragen könnte.[2825]

Auf dem regulären 12. Bundeskongress der JA am 1. Februar 2025 in Apolda beschlossen die Mitglieder dann, dass die Auflösung des Vereins künftig mit einfacher Mehrheit möglich sei; zuvor war hierfür eine 9/10-Mehrheit notwendig.[2826] [2827] Entschieden wurde auch, dass das Vereinsvermögen der JA nach einer Auflösung des Vereins an den Verein Ein Prozent sowie an den AfD-Bundesverband transferiert werde. [2828]

Sodann stimmten die Mitglieder der JA auf dem sich anschließenden außerordentlichen Bundeskongress der Auflösung des Vereins Junge Alternative mit Wirkung zum 31. März 2025 zu. Dieses Ergebnis gab die JA auf ihrer Website bekannt:

> *„Danke für über eine Dekade patriotischen Aktivismus!*
> *Mit Wirkung zum 31. März 2025 wird der nicht eingetragene (rechtlich selbstständige) Verein Junge Alternative Deutschland aufgelöst. Das hat der XIII. Bundeskongress am 01.02.2025 in Apolda einstimmig beschlossen. Er tritt sodann in die Liquidationsphase ein.*
> *Innerhalb der AfD wird sich eine neue Jugendorganisation gründen, die rechtlich nicht als selbstständiger Verein organisiert ist. Dieses Verfahren (Auflösung und anschließende Neugründung) ist gemäß der beschlossenen Satzungsänderungen der AfD zwingend."*[2829]

Nach der beschlossenen Auflösung äußerte sich der damalige thüringische JA-Landesvorsitzende und JA-Bundesvorstandsmitglied Eric Engelhardt wie folgt:

> *„Die Junge Alternative ist tot, lang lebe die Junge Alternative."*[2830]

2825 Freilich-Magazin: „JA-Landesverbände beantragen außerordentlichen Bundeskongress zur Selbstauflösung" vom 14.01.2025, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 15.01.2025.
2826 DIE ZEIT: „Der Widerstand scheint gebrochen" vom 01.02.2025, in: www.zeit.de, abgerufen am 01.02.2025.
2827 Junge Alternative Schleswig-Holstein: Instagram-Story vom 01.02.2025, abgerufen am 01.02.2025.
2828 DIE ZEIT: „Junge Alternative löst sich auf" vom 01.02.2025, in: www.zeit.de, abgerufen am 03.02.2025.
2829 Junge Alternative für Deutschland: „Website", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 28.03.2025 über web.archive.org mit Datum 13.03.2025.
2830 Engelhardt, Eric: Tweet vom 01.02.2025, abgerufen am 01.02.2025.

Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Fabian Küble stellte auf die Notwendigkeit einer starken Jugendorganisation für die AfD ab:

> *„Die @JA_Deutschland wurde heute einstimmig aufgelöst. Gründen wir die Junge Alternative als neue AfD Jugendorganisation entsprechend der neuen Statuten zeitnah neu. Die AfD braucht als Partei der Zukunft eine starke Jugend!“*[2831]

Die JA Nordrhein-Westfalen betrachtete die Neustrukturierung nicht als *„Abschied“*, sondern als *„Neuanfang“* und versprach, sich auch zukünftig vollumfänglich für die Mutterpartei einzusetzen:

> *„Auch wenn damit 10 Jahre Vereinsgeschichte zu Ende gehen, sehen wir es nicht als Abschied, sondern als Neuanfang. Wir werden auch in der neuen Jugendorganisation 100%igen Einsatz für die AfD, die deutsche Jugend und und unsere Heimat zeigen. Wir bleiben jung, patriotisch und rebellisch. Die Hülle der JA fällt weg - ihre Seele wird weiterleben.“*[2832]

Die Reaktionen auf die Auflösung der bisherigen JA sprechen für eine personelle und inhaltlich-ideologische Kontinuität zwischen JA und der noch zu gründenden neuen Jugendorganisation.

Nach dem Beschluss des AfD-Bundesparteitags bzw. nach der beschlossenen Auflösung des Bundesverbands der JA hatten sich bereits mehrere JA-Landesverbände aufgelöst.

So beschloss die JA Rheinland-Pfalz am 28. Januar 2025 ihre Auflösung.[2833]

Mit Wirkung zum 22. Februar 2025 hatte sich der JA-Landesverband Sachsen *„mit all seinen Untergliederungen aufgelöst“*. Die JA Sachsen führte an, dass man über den bisherigen Instagram-Account *„auch in Zukunft über die Jugendarbeit der AfD“* informieren werde.[2834]

[2831] Küble, Fabian: Tweet vom 01.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.
[2832] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Instagram-Eintrag vom 02.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.
[2833] Trierischer Volksfreund: „AfD-Jugendorganisation im Land löst sich auf - aber nur für kurze Zeit“ vom 15.02.2025, in: www.volksfreund.de, abgerufen am 09.04.2025.
[2834] Junge Alternative Sachsen: Instagram-Eintrag vom 30.03.2025, abgerufen am 01.04.2025.

Die JA Schleswig-Holstein löste sich im Rahmen eines Landeskongresses am 9. März 2025 auf. Die Auflösung wurde in den sozialen Medien wie folgt kommentiert:

> *„Mit einem entschlossenen Blick in die Zukunft wurde heute die Auflösung der Jungen Alternative Schleswig-Holstein sowie der Regionalverbände Ostküste und Westküste beschlossen (Südholstein folgt im Laufe dieses Monats). Mit dieser historischen Entscheidung machen wir den Weg frei für die Gründung einer neuen, stärkeren und noch enger an unsere Mutterpartei angebundene Jugendorganisation. Diese Entscheidung ist kein Abschied, sondern ein notwendiger Schritt, um den Herausforderungen unserer Zeit besser begegnen zu können.*
> *Die politische Landschaft erfordert von uns mehr Geschlossenheit, Widerstandskraft und strategische Weitsicht. Die zunehmenden Repressionen durch die herrschenden linksradikalen Kräfte haben gezeigt, dass unsere Strukturen überarbeitet werden müssen, um unser Anliegen und unsere Mitglieder besser zu schützen. Mit einer Neugründung stellen wir sicher, dass unsere Ideen nicht nur fortbestehen, sondern kraftvoller, denn je in die Zukunft getragen werden.*
> *Wie der der Phönix aus der Asche erheben wir uns nicht geschwächt, sondern gestärkt aus diesem Prozess. Was am heutigen Tage scheinbar endet, ist in Wahrheit der Beginn einer neuen Ära. Die Ideale, für die wir stehen, werden nicht verblassen – wie werden sich erneuern, gefestigt durch Erfahrung und geleitet von der Überzeugung, dass unsere nationale Sache eine Zukunft hat.*
> *An alle unsere Mitglieder und Sympathisanten: Unser Weg geht weiter, mit neuer Energie und klarer Ausrichtung. Der Kampf für unser Heimatland endet nicht, er beginnt von Neuem – entschlossener, organisierter und geeinter. Tretet noch heute in die AfD ein und helft mit Deutschland wieder großartig zu machen.*
> *[…]*
> *Unsere Kanäle in den Sozialen Medien bleiben bis auf Weiteres bestehen, mit dem Ziel sie später besenrein an die neue AfD Jugendorganisation zu übergeben.“*[2835]

[2835] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Instagram-Eintrag vom 09.03.2025, abgerufen am 09.04.2025.

Die JA Sachsen-Anhalt löste sich ebenfalls am 9. März 2025 auf einem dafür einberufenen Landeskongress auf:

> *„Mit dem Landeskongress am vergangenen Wochenende steht fest: Die Junge Alternative Sachsen-Anhalt löst sich auf. Gleiches gilt für die Regionalverbände. [...] Neben vielen Erinnerungen bleibt uns auch ein Auftrag: Weiter für das Deutschland von morgen zu streiten und zu kämpfen! [...] Und wir werden in der neuen Jugendorganisation zur politischen Wende beitragen."* [2836]

Die Mitglieder der JA Berlin beschlossen auf dem Landeskongress am 21. März 2025 einstimmig die Auflösung des Landesverbands. Bis zur *„Einladung durch den AfD-Bundesvorstand zur Gründungsversammlung"* wolle man sich *„trotzdem als junge AfD-Mitglieder treffen"*.[2837]

Die JA Nordrhein-Westfalen löste sich ebenfalls am 21. März 2025 auf einem dafür einberufenen Landeskongress auf.[2838] In einem Tweet äußerte der Landesverband, dass man *„weiterhin hinter unserer Partei und vor allem hinter unserem Vorfeld"* stünde. Darüber hinaus gab die JA Nordrhein-Westfalen bekannt, dass man 2.500 Euro an den Ein Prozent-Solifonds und 2.000 Euro an den rechtsextremistischen Online-Aktivisten Shlomo Finkelstein gespendet habe.[2839]

Auf einem Landeskongress am 22. März 2025 beschlossen die Mitglieder der JA Bayern die Auflösung des Landesverbands.[2840]

Ebenfalls am 22. März 2025 löste sich die JA Mecklenburg-Vorpommern auf. In einem Instagram-Eintrag zur Auflösung äußerte die JA MV, dass *„dieser Schritt [...] keinen Abschied, sondern vielmehr einen Neuanfang"* markiere.[2841]

Die JA Baden-Württemberg beschloss auf dem Landeskongress am 27. März 2025 die Auflösung des Landesverbands.[2842]

[2836] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Instagram-Eintrag vom 12.03.2025, abgerufen am 12.03.2025.
[2837] Junge Alternative Berlin: Instagram-Eintrag vom 23.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
[2838] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Instagram-Eintrag vom 22.03.2025, abgerufen am 28.03.2025.
[2839] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Tweet vom 21.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
[2840] Schmid, Franz: Tweet vom 22.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
[2841] Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Instagram-Eintrag vom 23.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
[2842] Junge Alternative Baden-Württemberg: Instagram-Eintrag vom 29.03.2025, abgerufen am 09.04.2025.

Am 28. März 2025 beschlossen die Mitglieder der JA Hamburg die Auflösung des Landesverbands. Dazu erklärte die AfD Hamburg, dass *„[m]it dem Beschluss […] die Tätigkeit der bisherigen Strukturen“* ende.[2843]

Im Rahmen des Landeskongresses der JA Thüringen am 29. März 2025 beschlossen dessen Mitglieder die Auflösung des Landesverbands. Zugleich wurde angekündigt, dass *„[i]m Herbst diesen Jahres […] die neue Jugendorganisation innerhalb der Partei gegründet“* werde.[2844]

Die Auflösung der JA Brandenburg wurde am 30. März 2025 von den Mitgliedern auf einem Landeskongress in Nauen (BB) beschlossen.[2845]

Ende März 2025 waren somit bereits zwölf Landesverbände aufgelöst.

3. Zwischenfazit

Wie zuvor dargelegt, sind sowohl die Anhängerinnen und Anhänger des ehemaligen Flügels als auch die ehemaligen Mitglieder der Jungen Alternative bei einer anzustellenden Gesamtwürdigung hinsichtlich Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu berücksichtigen.

Während die Anhänger des ehemaligen Flügels inzwischen in vielen Fällen in der Partei agieren, wirkten die ehemalige JA und ihre Mitglieder in den vergangenen Jahren fortlaufend und zunehmend strategisch in die Partei hinein. Dies hat u. a. dazu geführt, dass ehemalige JA-Mitglieder vermehrt auch in der Gesamtpartei in wichtige Positionen gelangt sind, sei es als Mandatsträger bzw. Mandatsträgerinnen oder Funktionäre bzw. Funktionärinnen der Gesamtpartei oder als Mitarbeitende in Fraktionen, Geschäftsstellen oder bei Abgeordneten. Durch die Besetzung dieser strategischen Schaltstellen war es den Mitgliedern der JA möglich, ihre politischen Positionen auch in die Gesamtpartei zu tragen, dort zu verbreiten und somit auch Einfluss auf die Ausrichtung der AfD zu nehmen. Dieser Befund wiegt vor dem Hintergrund der vom VG Köln im Eilverfahren als rechtmäßig bestätigten Hochstufung der JA zur

2843 AfD Hamburg: „JA Hamburg beschließt Auflösung“ vom 31.03.2025, in: www.afd-hamburg.de, abgerufen am 01.04.2025.
2844 Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 30.03.2025, abgerufen am 31.03.2025.
2845 Niedermeyer, Felix: Instagram-Eintrag vom 30.03.2025, abgerufen am 31.03.2025.

gesichert extremistischen Bestrebung nochmals schwerer und muss bei der Gesamtabwägung entsprechend gewürdigt werden.

Wenngleich die JA zum 31. März 2025 aufgelöst wurde und im Laufe des Jahres 2025 eine neue Jugendorganisation innerhalb der AfD gegründet werden soll, deuten die oben angeführten Aussagen von ehemaligen JA-Funktionären und Funktionärinnen und AfD-Funktionären und Funktionärinnen auf eine hohe personelle und inhaltlich-ideologische Kontinuität der Jugendorganisation hin. Auch die beiden Bundessprecher brachten zum Ausdruck, dass sie von einer personellen Kontinuität zwischen bisheriger JA und der künftigen Parteijugendorganisation ausgehen. So bejahten beide die Frage, ob die *„Mitglieder der JA […] auch in der künftigen Jugendorganisation Mitglied sein"* würden (Chrupalla: *„Genau"*; Weidel: *„Ja, richtig."*).[2846]

Sollte die neue Jugendorganisation sich tatsächlich den Namen „Junge Alternative" geben, würde diese Kontinuität damit nochmals unterstrichen werden.

Die relative Zurückhaltung der JA im Bundestagswahlkampf ist vor dem Hintergrund des erheblich öffentlichkeitswirksamen inhaltlichen und organisatorischen Engagements der Jugendorganisation in den Landtagswahlkämpfen der östlichen Bundesländer im Herbst 2024 bemerkenswert. Es stellt sich die Frage, ob darin möglicherweise eine inhaltlich-ideologische Distanzierung bzw. „Entfremdung" zwischen der Gesamtpartei AfD und der JA zum Ausdruck kommt. Dem stehen allerdings eindeutig die aufgeführten zahlreichen Solidaritätsbekundungen und anhaltend positiven Positionierungen gegenüber der JA aus der AfD heraus, insbesondere auch von hochrangigen AfD-Funktionären, entgegen.

Die beschriebene relative Zurückhaltung des JA-Bundesverbands und der Landesverbände im Bundestagswahlkampf dürfte vielmehr vor allem auf die Verärgerung eines nicht unwesentlichen Teils der JA-Funktionäre ob des kommunikativen Umgangs der AfD mit der JA im Kontext des Bundesparteitagsbeschlusses zur Neustrukturierung der Jugendorganisation zurückzuführen sein.

Vertreter der AfD begründeten die Neustrukturierung der Jugendorganisation vereinzelt damit, dass man damit die Möglichkeiten zur Disziplinierung der Mitglieder der

[2846] Weidel, Alice und Chrupalla:, Tino „Deutschland droht eine Kriegskoalition! Presseerklärung von Alice Weidel & Tino Chrupalla", veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „AfD-Fraktion Bundestag", abgerufen am 28.03.2025.

Jugendorganisation bei Fehlverhalten verbessern würde. Darin könnte möglicherweise die Absicht einer gewissen inhaltlich-ideologischen Distanzierung von den Aktivitäten der bisherigen JA zu erkennen sein, wenn denn tatsächlich erst nach der nun erfolgten Neustrukturierung der Parteijugendorganisation Disziplinierungsmöglichkeiten gegenüber sich extremistisch äußernden bzw. betätigenden Mitgliedern der Jugendorganisation bestehen würden. Dem ist allerdings nicht so. So wies z. B. Fabian Küble in seinem Tweet vom 3. Dezember 2024[2847] zutreffend darauf hin, dass solche Sanktionsmöglichkeiten – aufgrund der verpflichtenden parallelen Parteimitgliedschaft von JA-Vorstandsmitgliedern – bereits zuvor bestanden haben, allerdings nur in wenigen Fällen genutzt wurden.

Handlungsleitend für die organisatorische Eingliederung der künftigen Jugendorganisation dürften hingegen vor allem protektive Motive, nämlich die damit erzeugten höheren Hürden für ein Verbot der Jugendorganisation, gewesen sein. So bekundeten diverse führende Mitglieder der Partei die Befürchtung, dass die JA vereinsrechtlich verboten werden könnte. Im Zuge dieser Diskussionen kam es aber nur in wenigen Einzelfällen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den von der JA vertretenen politischen Positionen oder den entsprechenden Äußerungen ihrer Mitglieder. Vielmehr belegen die diversen positiven Bezugnahmen und öffentlichen Solidaritätsbekundungen noch wenige Wochen und Monate vor der Entscheidung zur Trennung von der bisherigen JA, dass selbst in den Vorstandsgremien der AfD eine große Zufriedenheit mit der Arbeit der JA und ihren politischen Positionen vorherrschte. So verwiesen mehrere Mitglieder des Bundesvorstands, u. a. auch die beiden Bundessprecher, im Vorfeld des Bundesparteitags 2024 auf die strukturellen Aspekte der Neuorganisation als Grund für diesen Prozess.

Zusammenfassend bleibt somit festzuhalten, dass trotz vollzogener Trennung der AfD von der JA als bisherige offizieller Jugendorganisation und der relativen Zurückhaltung der JA-Verbände im Bundestagswahlkampf keine grundsätzliche Entfremdung zwischen Partei und Mitgliedern der Jugendorganisation zu erkennen ist. Vielmehr unterstreichen die Äußerungen von führenden JA- und AfD-Funktionären seit Januar 2025, dass damit zu rechnen ist, dass die bisherigen JA-Mitglieder im Wesentlichen auch künftig weiter für die bzw. in der AfD aktiv sein werden und damit ihre

---

[2847] Küble, Fabian: Tweet vom 03.12.2024, abgerufen am 31.03.2025.

bisher als JA-Mitglieder vertretenen, erwiesen rechtsextremistischen Positionen weiterhin auch in der Gesamtpartei AfD vertreten und verbreiten werden.

F. Belege für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Bundestagswahlkampf

I. Meinungsäußerungen und sonstige Verhaltensweisen

1. Menschenwürde

a. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

aa. Vertreten eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs

Wie die obigen Ausführungen belegen, wurden während der Verdachtsfallbearbeitung zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür festgestellt, dass die AfD einen ethnischen Volksbegriff vertritt. Diesem liegt eine nicht verfassungskonforme Differenzierung zwischen Deutschen mit und ohne Einwanderungshintergrund zugrunde, die deutschen Staatsangehörigen mit Migrationsgeschichte die Anerkennung als gleichberechtigte bzw. gleichwertige Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt.[2848]

Im Folgenden ist zu prüfen, ob die im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs diesbezüglich angefallenen Äußerungen und Positionen der AfD eine Mäßigung in ihrer Haltung zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff erkennen lassen oder ob in dieser Hinsicht qualitativ und quantitativ eine Bestätigung oder noch stärkere Betonung zu konstatieren ist.

(1) Grundsätzliche Unterscheidung zwischen Deutschen mit Migrationsgeschichte und autochthonen Deutschen

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) hielt am 8. Februar 2025 in Paderborn (NW) eine Wahlkampfrede, in der er sich folgendermaßen äußerte:

> *„Uns alle führt die Sorge um unsere Heimat immer wieder auf die Straße und natürlich am 23. Februar an die Wahlurne. Und was besorgt die meisten? […] Es ist nicht die wirtschaftliche Lage unseres Landes, die besorgt uns auch. […]*

[2848] OVG NRW, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 197.

> *Aber es besorgt uns, dass es in der Zukunft kein deutsches Volk mehr geben wird. Und deshalb gehen wir auf die Straße."*[2849]

Den Vorwurf, dass die AfD das deutsche Volk abweichend vom Volksbegriff des Grundgesetzes ethnisch definiere, bestätigte Helferich:

> *„Das Bundesamt für Verfassungsschutz diffamiert uns ja als rechtsextremistischen Verdachtsfall. Und wisst ihr, was man uns vorwirft? Dass wir den Erhalt des deutschen Staatsvolkes und Deutschlands als Land der Deutschen betreiben. Ja, wenn der Vorwurf ist, dass wir wollen, dass es auch in hundert Jahren noch ein deutsches Volk gibt, dann sind wir schuldig im Sinne der Anklage. Und das treibt uns heute auf die Straße. Wir wollen, dass unser Deutschland auch in hundert Jahren noch besteht."*[2850]

Helferichs Aussage zielt erkennbar darauf ab, Deutschland als das Land der ethnisch Deutschen und nicht etwa als Land der deutschen Staatsangehörigen zu postulieren.

Lars Hünich (MdL BB) teilte am 14. Januar 2025 einen Tweet der Kolumnistin Anabel Schunke, in dem diese zwischen *„Menschen mit Migrationshintergrund"* und *„Biodeutschen"* unterschied:

> *„Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich fremd in diesem Land? Hat mal jemand die ‚Biodeutschen' gefragt, wie fremd sie sich in ihrem eigenen Land mittlerweile fühlen? Wie es für Menschen wie mich und viele andere ist, die keine zweite Heimat haben, in die sie zurückkehren können, wenn hier alles den Bach runter geht. Wie es für die Deutschen ist, deren Kinder in der Kita oder Grundschule oft die einzigen sind, die noch Deutsch als Muttersprache sprechen? Wie es für uns ist, durch Innenstädte zu gehen und häufig kaum noch ein Wort Deutsch zu hören?"*[2851]

Während die bloße Kritik an der fehlenden Sprachkompetenz von Zugewanderten und Kindern mit Migrationsgeschichte per se noch keine Verfassungsschutzrelevanz entfaltet, ist die hier erfolgte Gegenüberstellung von *„Menschen mit Migrationshintergrund"* und *„Biodeutschen"* Ausdruck der biologistisch-rassistischen Grundannahme,

---

[2849] Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland", abgerufen am 10.02.2025.
[2850] Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland", abgerufen am 10.02.2025.
[2851] Hünich, Lars: Retweet eines Tweets vom 14.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

dass die ethnische Abstammung eines Menschen unabhängig von der Staatsbürgerschaft die tatsächlich ausschlaggebende Komponente darstelle.

Lena Kotré (MdL BB) schilderte im Rahmen einer Veranstaltung der Jungen Tat am 14. Dezember 2024 in der Schweiz ihre Bedenken hinsichtlich muslimischer Migrantinnen und Migranten:

> *„Ja und ich hab immer ein bisschen Bauchschmerzen genau bei diesem Thema, mit der direkten Demokratie, die ja in der Schweiz wunderbar funktioniert, aber du kommst aus Nordrhein-Westfalen und es gibt in Nordrhein-Westfalen Schulklassen, da ist nicht ein einziges Kind mehr wirklich deutsch, da haben wir eine riesen Einwanderung aus dem muslimischen Kulturkreis und da hab ich einfach die Sorge – bei uns in Brandenburg ist das überhaupt kein Problem – da habe ich zum Beispiel die Sorge: Was ist denn, wenn diejenigen einfach mal ein Gesetz initiieren: ‚Es darf kein Schweinefleisch mehr an Schulen geben' oder ‚Lehrerinnen müssen verschleiert werden'. Die hätten dann im Prinzip ja die Mehrheit, das bereitet mir so ein bisschen Bauchschmerzen. […] Dann wäre dann Remigration wahrscheinlich wieder der Schlüssel."*[2852]

Kotré skizziert es hier als Negativszenario, die Stimmen muslimischer Zugewanderter, welche sie als nicht „*wirklich deutsch*" ansieht, könnten im Rahmen der demokratischen Teilhabe ins Gewicht fallen, und deutet dies als Zeichen eines fortschreitenden Verdrängungsprozesses zu Lasten autochthoner Deutscher. Sie schreibt muslimischen Zugewanderten damit einen abgewerteten rechtlichen Status zu und wendet sich gegen die Garantie der Menschenwürde. Kotré stellt zudem Deutsche und muslimische Zugewanderte als zwei distinkte Entitäten dar, die sich gegenseitig verdrängen, nicht aber verbinden könnten.

Ausgehend vom ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff ist in einigen Aussagen der AfD und ihrer Funktionärinnen und Funktionäre die starke Überhöhung ethnischer Kriterien und die Unterordnung des Einzelnen unter ein entsprechendes Kollektiv festzustellen.

Björn Höcke (MdL TH) trat am 18. Januar 2025 beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl in Arnstadt (TH) auf. In seiner Rede forderte er

---

[2852] Kotré, Lena: Aussagen im Rahmen einer Podiumsdiskussion am 14.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.12.2024, Kanal: „Junge Tat", abgerufen am 30.12.2024.

„Schluss mit identitätszerstörender Einwanderung“ und betonte die vermeintliche Notwendigkeit einer *„relativen Homogenität“* Deutschlands:

> *„Die Migration ist die Mutter aller Krisen. Der Zerfall der inneren Sicherheit, der Zerfall unseres Sozialstaats bzw. die Plünderung unseres Sozialstaats, der Zerfall der schulischen Bildung in Deutschland, vor allen Dingen auch das Auflösen einer relativen Homogenität, ist bedingt durch eine unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung aus kulturfremden Kontexten. Gerade der letzte Punkt ist so enorm wichtig, wenn man Demokratiefreund ist. Denn Demokratie braucht, um zu leben und zu funktionieren, einen Konsens. Sie braucht die Existenz einer Vertrauensgemeinschaft, die über Jahrhunderte gewachsen ist, die in einem konfliktträchtigen Prozess das miteinander ausgehandelt hat, was man gut findet und was man schlecht findet. Sie braucht ein Wertefundament, damit sie blühen kann. Nur wenn es ein gemeinsames Wertefundament gibt, können Kompromisse gefunden werden. Nur dann kann Demokratie überhaupt gelebt werden. Das bedeutet relative Homogenität. Und diese relative Homogenität ist in Deutschland, zumindest in den Ballungsgebieten, schon weitestgehend zerstört. Deswegen müssen wir jetzt unbedingt den Bremsklotz einlegen. Wir brauchen eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik. Und dann kommen die Kartellparteienpolitiker und sagen, ja, das geht ja nicht. Wir leben in einer globalisierten Welt mit Reisefreiheit, mit Bewegungsfreiheit. Das sind doch alles Menschenrechte. Ja, sage ich dann. Das mag ja alles so sein. Aber das Heimatrecht, das Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden, ist auch Teil meiner Menschenwürde.“*[2853]

Höcke beschreibt in seinen Ausführungen die *„relative“* ethnokulturelle Homogenität als essentiell für sozialen Frieden und Demokratie. Er stellt zudem auf die unbedingte Erforderlichkeit einer über Jahrhunderte gewachsenen *„Vertrauensgemeinschaft“* ab, welche erst die Basis für ein *„gemeinsames Wertefundament“* darstelle. Ethnische Inhomogenität führt seiner Ansicht nach zum Verlust der Identität und zu negativen gesellschaftlichen Entwicklungen. Auf diese Weise wird Migrantinnen und Migranten *„aus kulturfremden Kontexten“* pauschal eine zerstörerische Wirkung zugeschrieben.

[2853] Höcke, Björn: Redebeitrag auf der Wahlkampfveranstaltung in Arnstadt (TH) am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. b. aa.)

Höcke imaginiert zudem ein *„Heimatrecht“* als Teil seiner Menschenwürde, welches ihm das *„Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden“*, einräume. Er schreibt damit sich selbst als Bestandteil der *„Vertrauensgemeinschaft“* einen höheren rechtlichen Status zu und missachtet im Gegenzug die Menschenwürde Zugewanderter.

Ähnlich hatte sich Björn Höcke bereits in einem Tweet vom 21. Dezember 2024 geäußert, in dem er schrieb:

> *„Wer noch in der alten BRD aufgewachsen ist oder in der DDR, der wird sich eingestehen müssen, daß er sein Heimatland nicht wiedererkennen kann. Alle Gewißheiten sind in Frage gestellt, alles ist ins Rutschen geraten: Wo sind unsere Werte, wo unsere Vertrauensgemeinschaft, wo ist das Deutschland, auf das die Welt bewundernd schaute? Wir müssen eingestehen: von ihm, von uns ist kaum noch etwas da. Reicht die Restsubstanz noch, um neu zu beginnen?“*[2854]

Mit Blick auf die Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt vom Vortag, die sechs Todesopfer und eine Vielzahl von Verletzten forderte, äußerte Höcke:

> *„Obwohl ich ein Kämpferherz habe, kann ich diese Frage gerade nicht zustimmend beantworten. Heute spüre ich nur tiefe Traurigkeit. […] Der französische Schriftsteller Michel Houellebecq führte vor kurzem in einem Interview aus, daß es zwei Arten von Menschen gibt, nämlich gute und böse. Heute, einen Tag nach #Magdeburg, fällt es mir schwer ihm zu widersprechen.“*[2855]

Thorsten Weiß (MdA) teilte den Beitrag durch einen Retweet.[2856]

Höcke reißt in seinem Text zunächst erneut die durch ihn als ethnisch weitgehend homogen imaginierte *„Vertrauensgemeinschaft“* an, um dann anlässlich der Amokfahrt von Magdeburg auf die *„zwei Arten von Menschen“* – *„gute und böse“* – einzugehen. Er suggeriert damit letztlich die Existenz einer ethnischen Komponente in der Unterscheidung zwischen Gut und Böse.

Auf dem Bundesparteitag der AfD in Riesa (SN) im Januar 2025 deutete Björn Höcke (MdL TH) erneut einen durch Überfremdung verursachten Heimatverlust an:

[2854] Weiß, Thorsten: Retweet eines Tweets vom 21.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.
[2855] Ebd.
[2856] Ebd.

„Heimat verliert man nicht nur dadurch, dass man fremd im eigenen Land wird oder zur Flucht und Vertreibung gezwungen wird. Heimat verliert man auch dadurch, dass die Heimat verstellt wird, dass die Identifikation mit dem Landschaftsgefüge der Heimat nicht mehr möglich wird. Und das ist das, was Windindustrieanlagen Deutschland verursachen. Wir verlieren unsere Heimat dadurch, dass wir uns nicht mehr mit unserer Heimat identifizieren können."[2857]

(2) Unterscheidung im Zusammenhang mit dem Thema Kriminalität

Die Differenzierung zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte war im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs auch in Verlautbarungen der AfD zu den Themen Kriminalität und Straftaten festzustellen.

Im Rahmen seiner Rede im Vorfeld eines Bürgerdialogs am 8. Januar 2025 äußerte Gottfried Curio (MdB, BR) bezüglich der in der Silvesternacht 2024/2025 verübten Straftaten:

„Und angeblich waren darunter zwei Drittel Deutsche. Aber wir haben nicht geruht und die Vornamen erfragt. Und unter diesen Vornamen zeigt sich wieder mal, dass diese Deutschen im Wesentlichen Mohammed, Ali, Yusuf, Hassan heißen. Das sind die Deutschen, die hier Randale machen, die Stress machen zu Silvester, die Silvester bewusst missverstehen als eine Lizenz zum Bürgerkrieg, anstatt zu einem fröhlichen Feiern und zum Begrüßen des neuen Jahres. Das brauchen wir hier nicht, meine Damen und Herren."[2858]

Im weiteren Verlauf seiner Rede warnte Curio zudem vor einer *„Entheimatung der Deutschen"*:

„Denn eines muss verhindert werden, liebe Mitbürger. Eine Entheimatung der Deutschen in ihrem eigenen Land, in Deutschland. Das wollen wir nicht, dass sich unser Lebensgefühl verändert. Dass immer mehr öffentliche Räume zu Angsträumen werden, das haben die Deutschen nicht verdient in ihrem Land."[2859]

[2857] Höcke, Björn: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.
[2858] Curio, Gottfried: Rede vor einem Bürgerdialog in Marzahn-Hellersdorf (BR) am 08.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „Beatrix von Storch", abgerufen am 09.01.2025.
[2859] Ebd.

Curio zieht bereits eingangs die Aussage, dass zwei Drittel der Straftäter Deutsche seien, in Zweifel („*angeblich*") und stellt anschließend durch die Betonung der Vornamen vorrangig auf deren vermeintliche Migrationsgeschichte ab. Er suggeriert damit, es handele sich eigentlich nicht wirklich um Deutsche. Auch seine Warnung vor einer „*Entheimatung der Deutschen in ihrem eigenen Land*" verdeutlicht dies.

Ronald Gläser (zum damaligen Zeitpunkt MdA und stellvertretender AfD-Landesvorsitzender, seit der Bundestagswahl 2025 MdB, BR) äußerte sich auf der Veranstaltung am 8. Januar 2025 in ähnlicher Weise über die Straftaten in der Silvesternacht:

> *„Es ist ja Zeit, über Vornamen zu reden, immer nach einer Silvesternacht reden wir über Vornamen. […] Wir wollen niemanden bloßstellen, nur, weil er Hakan oder Yusuf heißt. Wir haben es ja schon gerade gehört. Viele von den abgefragten Namen, viele von den Tatverdächtigen heißen ja so. Aber es gibt auch viele, die Hakan oder Yusuf heißen, die führen ein normales Leben. Aber wir stellen fest in der Kriminalitätsstatistik, dass da halt sehr viele Ausländer drin sind und über diese Dinge soll nicht gesprochen werden und wir wollen das ändern. […] Und warum müssen wir nach Vornamen fragen? Weil der Berliner Senat vor drei Jahren der Polizei verboten hat, dieses Kriterium Migrationshintergrund bei jugendlichen Strafverdächtigen überhaupt zu erfassen. […] Inzwischen sind schon wieder neue Festnahmen dazugekommen, die noch nachgemeldet wurden. Aber ein Teil der Vornamen sind bekannt. Und sie decken sich natürlich genau mit dem, was unsere Befürchtung ist. Da ist auch mal ein Martin oder ein Benjamin dabei. Aber weit überwiegend sind diese [Anm.: anhand einer Geste in Anführungsstriche gesetzt] ‚deutschen' Straftäter oder Tatverdächtigen, haben halt einen ausländisch klingenden Namen, so dass wir insgesamt von 80% Tätern reden können bei den Silvester-typischen Verbrechen als Tatverdächtige. Das kann doch nicht sein, dass wir in unserem Land nicht mehr wie 1980 oder im Jahr 2000 ein normales Silvester feiern können, weil wir so viele illegale Masseneinwanderung haben."*[2860]

Ronald Gläser bringt in seinen Ausführungen zunächst durch die Begriffe „*Ausländer*" und „*Migrationshintergrund*" und schließlich sehr deutlich durch das Setzen von An-

[2860] Gläser, Ronald: Rede vor einem Bürgerdialog in Marzahn-Hellersdorf (BR) am 08.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „Beatrix von Storch", abgerufen am 09.01.2025.

führungszeichen („*deutsche[n] Straftäter*“) zum Ausdruck, dass er den in Rede stehenden Personen ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft den Status vollwertiger Deutscher nicht zugesteht.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch Franz Schmid (MdL BY sowie damaliger Bundesschatzmeister der JA und Vorsitzender der JA BY) anlässlich in der Silvesternacht verübter Straftaten in einem Tweet vom 7. Januar 2025. Darin veröffentlichte er eine assoziative Gegenüberstellung zum Namen Mohammed, welcher einerseits der „*[beliebteste] Erstname für Neugeborene in Berlin 2024*“ und andererseits „*[h]äufigster Erstname unter den ‚deutschen‘ Tätern an Silvester in Berlin 2024*“ sei. Dazu kommentierte er:

> „*Thema Vornamen in Berlin. Silvester 2040 kann heiter werden.*“[2861]

Auch Schmid spricht Personen mit dem Namen Mohammed durch die Verwendung von Anführungszeichen („*deutschen‘ Tätern*“) grundsätzlich ab, Deutsche sein zu können. Des Weiteren prognostiziert er für künftige Silvesternächte in Berlin eine überproportionale Kriminalitätssteigerung durch den angeblich steigenden Anteil von Kindern mit vermeintlicher Migrationsgeschichte.

(3) Forderung der vollständigen Assimilierung

Der hessische Co-Landessprecher Robert Lambrou (MdL HE) kam in seinem Grußwort auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhof (HE) auf die vermeintliche Notwendigkeit einer Assimilierung zu sprechen:

> „*Wir als AfD fordern, dass sich Migranten in Deutschland integrieren, ja assimilieren und keine Parallelgesellschaften aufbauen. […] Und liebe Freunde… und das ist das Wichtigste: Wir von der AfD fordern ein Ende, ein sofortiges Ende dieser völlig unverantwortlichen und staatsgefährdenden Masseneinwanderung. Es muss Schluss sein!*“[2862]

Die von Lambrou im Namen der Partei („*wir als AfD*“) formulierte Forderung nach Assimilierung, also einer vollständigen Angleichung Zugewanderter an die autoch-

---

[2861] Schmid, Franz: Tweet vom 07.01.2025, abgerufen am 31.03.2025.
[2862] Lambrou, Robert: Grußwort auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhof (HE; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 06.03.2025.

thone deutsche Bevölkerung, verlangt die gänzliche Abkehr jedweder anderen kulturellen Prägung oder Identität und stellt daher einen Anhaltspunkt für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis dar.[2863]

bb. Ethnopluralismus als Teil eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs

(1) Kollektive Identitäten aufgrund der gleichen Kultur

Auch während des Bundestagswahlkampfs wurde durch Vertreterinnen und Vertreter der AfD die Migrationspolitik wiederholt als planvoll eingesetztes Vehikel zur Schwächung und Schädigung Deutschlands dargestellt und eine Bedrohung der ethnischen und kulturellen „Identität" des deutschen Volkes behauptet.

In seinem Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhof (HE) unterstellte der hessische Bundestagsabgeordnete Uwe Schulz beispielsweise einen *„Umbau der Bevölkerung"*, der mit der Beseitigung von Traditionen und der Zerstörung der Identität einhergehe:

> *„Meine Damen und Herren, das Beispiel Karneval zeigt, wie wir schleichend entwöhnt werden von den Traditionen unserer Vorfahren. Auf der bunten Todesliste stehen ausnahmslos alle unsere Feste, unsere Riten, unsere Bräuche – die Entwöhnung von allem, was uns als Gesellschaft ausmacht, was uns heilig ist. Es geht rasend voran mit dem Umbau der Bevölkerung. Und mit jedem Weiteren, der hier hineingeflutet wird, steigt die Macht dieser Gruppe und steigt auch deren Unberechenbarkeit. […] Auf jeden Fall sind es genau diese Menschen, die uns die Identität nehmen und das Feiern und Weitertragen unserer Bräuche schlicht und einfach auslöschen. […] Wir schauen nicht zu, wie Deutschland jeden Tag ein wenig mehr verreckt, und wir lassen es nicht zu, dass unsere Werte in die Gosse getrieben werden, meine Damen und Herren. […] Und wir werden tun, was unausweichlich ist. […] Wir werden sie ausweisen: die Illegalen, die Straftäter und solche, die hier nichts zum Wohle unserer Gesellschaft beitragen wollen. Nennen Sie es Abschiebung, nennen Sie es Ausweisung, nennen Sie es Remigration – es ist mir scheißegal! Mein österreichischer Mitarbeiter sagt dazu ‚Ausschaffung' und irgendwie gefällt mir dieses Wort*

[2863] VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 95/20, bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 55/20.

> *am besten: Ausschaffung. Ausschaffung – auch für den eingeschleppten Familiennachzug, meine Damen und Herren. Wir werden es schaffen, solche Leute auszuschaffen.“*[2864]

Das eingangs formulierte Eintreten für Traditionen und Bräuche entfaltet für sich genommen keinerlei Verfassungsschutzrelevanz. Schulz imaginiert hier jedoch einen planvollen Angriff einer nicht näher benannten Gruppe auf alles, *„was uns als Gesellschaft ausmacht“*, und warnt, dass mit *„jedem Weiteren, der hier hineingeflutet wird [...] die Macht dieser Gruppe“* steige. Traditionen und Bräuche werden hier dementsprechend als Elemente einer kollektiven Identität verstanden, die es vor fremden Einflüssen zu schützen gelte. Die Ausführungen zielen insgesamt erkennbar auf den Erhalt von Deutschland als Land der ethnisch Deutschen ab.

Auch die AfD Hessen forderte in einem Beitrag vom 17. Februar 2025 den *„Schutz unserer Kultur und Identität“* vor der Gefahr durch *„multikulturelle Experimente“*:

> *„Deutschland muss Deutschland bleiben - Schutz unserer Kultur und Identität! Über Jahrhunderte gewachsene Werte, Traditionen und regionale Identitäten werden durch unkontrollierte Masseneinwanderung und multikulturelle Experimente gefährdet. Wir setzen uns für eine Politik ein, die unsere Heimat bewahrt: Stärkung der deutschen Leitkultur, Schutz vor Parallelgesellschaften und ein klares Bekenntnis zu den Wurzeln unseres Landes. Heimat ist nicht verhandelbar!“*[2865]

Die Forderung nach einer Leitkultur ist nicht verfassungsschutzrelevant. Die AfD Hessen suggeriert hier jedoch, dass die Regierung mit der ethnischen Zusammensetzung experimentiere, und deutet an, dass der Schutz eben dieser Kultur in einem Einwanderungsland nicht gewährleistet und sogar die Heimat insgesamt gefährdet sei.

René Springer (MdB, BB) behauptete in einem Tweet vom 26. Januar 2025 ebenfalls einen zerstörerischen Einfluss der derzeitigen Migrationspolitik auf Deutschland:

[2864] Schulz, Uwe: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhof (HE); veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 06.03.2025.
[2865] AfD Hessen: Facebook-Eintrag vom 17.02.2025, abgerufen am 24.02.2025.

> *„Die Grünen hingegen wollen an der totalen Zerstörung Deutschlands durch Massenmigration festhalten. Spätestens heute weiß jeder, für welchen Wahnsinn diese Partei steht!“*[2866]

Springer kritisiert damit nicht lediglich die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern äußert, dass diese an der angeblichen *„totalen Zerstörung Deutschlands“* festhielten, die Zerstörung mithin bereits von allen regierenden Parteien betrieben werde und schreibt dieser Vorgehensweise umfassend existenzvernichtende Folgen zu.

Auch Steffen Kotré (MdB, BB) stellte in einem Videobeitrag vom November 2024 die Migrationspolitik der Bundesregierung als Instrument einer willentlichen Schädigung des Volkes dar:

> *„Sie wollen weiter Masseneinwanderung und damit unser Volk, unsere Gemeinschaft schädigen. [...] Liebe Freunde, es ist kein Menschenrecht, in Deutschland zu sein. Und es ist ethisch geboten, diejenigen, die uns Schaden zufügen, wieder außer Landes zu schaffen. Wir werden im großen Stil abschieben. Wir haben Hunderttausende, die wir abschieben müssen, die eben von uns alimentiert werden. Das ist schon, ich würde sagen, fast schon kriminell von der Bundesregierung, dass sie an Leute hier unsere harte Arbeit, das Geld, verteilt, damit sie bleiben, obwohl sie gar nicht berechtigt sind. Ich kann auch nicht nach Polen gehen und sagen, ich will jetzt hier bei euch leben und gebt mir mal Geld. Aber genau das passiert hier hunderttausendfach, wenn nicht gar millionenfach in Deutschland. Und das ist geschuldet eben der linksgrünen Politik für Masseneinwanderung zum Schaden von Deutschland.“*[2867]

Obgleich Kotré seine Aussage im zweiten Teil auf ausreisepflichtige Personen reduziert, verletzt er im vorliegenden Redebeitrag die Menschenwürde von Migrantinnen und Migranten, indem er auf den im Nationalsozialismus verwendeten Begriff der Volksschädigung rekurriert und dies monokausal auf die Einwanderung bezieht.

[2866] Springer, René: Tweet vom 26.01.2025, abgerufen am 05.02.2025.
[2867] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 28.11.2024, Kanal: „SteffenKotre“, abgerufen am 18.12.2024.

(2) Die These des Großen Austauschs und alternative Begriffe

Auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs rekurrierten Funktionärinnen und Funktionäre der AfD in ihren Äußerungen weiterhin vielfach auf das Narrativ eines planvoll betriebenen Großen Austauschs und verwendeten in diesem Zusammenhang auch alternative Termini und Wortneuschöpfungen wie „Ersetzungsmigration" oder „Bevölkerungsaustausch". Dies erfolgte ungeachtet wiederholter gerichtlicher Entscheidungen, die die These vom politisch forcierten Großen Austausch zu Lasten einheimischer Deutscher als tatsächlichen Anhaltspunkt für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung einstufen. Die diesem Vorwurf zugrunde liegende Annahme, Migrantinnen und Migranten gefährdeten durch ihren Zuzug das deutsche Volk in seiner Existenz, verletze wiederum, so die Gerichte, Zugewanderte in ihrer Menschenwürde. Gereon Bollmann (MdB, SH) schrieb im Dezember 2024 in einer Weihnachtsnachricht auf seiner Internetseite:

> *„Wir leiden immer mehr unter der zunehmenden Massenmigration, hinter der sich der geplante Austausch unseres Volkes verbirgt. Heimlich still und leise läuft das internationale Programm der Globalisten ohne Unterbrechung weiter. Dies ist eben keine Verschwörungstheorie, sondern in den entsprechenden Planungen unserer Gegner (compact for migration, resettlement migration, WEF, usw.) fest verankert. Wir werden von Jahr zu Jahr immer weniger, und niemand regt sich auf."* [2868]

Bollmann äußert hiermit seine Befürchtung, die autochthonen Deutschen würden planvoll in ihrem Bestand reduziert, und bringt damit die aus seiner Sicht fundamentale Bedeutung der ethnischen Homogenität zum Ausdruck. Damit exkludiert er Deutsche mit Migrationsgeschichte, die nie Teil einer Gemeinschaft mit den eigentlichen Deutschen werden könnten.

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Sven Tritschler schrieb im November 2024 Bezug nehmend auf die Schlagzeile „OECD-Länder verzeichnen Höchststand an Migration – starker Zuwachs auch in Deutschland" in ironisierender Weise:

> *„dER gRoßE auSTaUsCH iST EInE vERSchWöRUNgStHeORiE!"*[2869]

[2868] Bollmann, Gereon: „Beste Wünsche für ein kraftsparendes Weihnachtsfest" vom 22.12.2024, in: https://gereon-bollmann.de, abgerufen am 23.12.2024.
[2869] Tritschler, Sven: Tweet vom 14.11.2024, abgerufen am 14.11.2024.

Steffen Kotré (MdB, BB) veröffentlichte am 4. Dezember 2024 auf X ein Video, in welchem er von einem *„großen Bevölkerungsaustausch"* sprach.[2870]

In einem Tweet vom 16. Dezember 2024 rekurrierte er zudem auf das Narrativ der *„Ersetzungsmigration"*:

> *„Der Horror ist endlich vorbei. Unser Land hat jetzt die Möglichkeit, sich gegen Gängelung, Überwachung, Enteignung und Ersetzungsmigration zu wehren. Macht alle mit – jetzt kommt es auf jeden Einzelnen an!"*[2871]

Lena Kotré (MdL BB) wiederum konstatierte in einem Tweet vom 7. November 2024 eine *„Ersetzungsmigration, die unsere Existenz in Frage stellt."*[2872]

In einem auf Telegram verbreiteten Wahlkampfvideo zur Bundestagswahl 2025 forderte der Bundestagswahlkandidat Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) am 10. Dezember 2024 einen Einbürgerungsstopp für Syrer und *„Schluss mit Ersetzungsmigration, Zeit für Remigration"*.[2873]

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) kommentierte am 1. Dezember 2024 auf X eine vermeintliche Aussage des Premierministers von Großbritannien folgendermaßen:

> *„Keir Starmer sagt klipp und klar: Massenmigration und offene Grenzen sind ein globalistisches Experiment, und ihre verheerenden Folgen sind keine Irrtümer etablierter Politik, sondern Teil einer bewusst verfolgten Agenda. Erstmals gibt damit ein westlicher Staatsmann - zudem ein linksliberaler – zu, dass die Ersetzungsmigration einem Plan folgt und kein Versagen darstellt.*
>
> *Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Diese Frage wird in Zukunft unseren Kontinent prägen! Die Antwort kann nur lauten: Remigration, Remigration und nochmals Remigration!"*[2874]

Starmer selbst hatte in seinem Redebeitrag nicht von *„Ersetzungsmigration"* gesprochen, jedoch von einem *„Experiment der offenen Grenzen"*.

[2870] Kotré, Steffen: Videobeitrag, veröffentlicht in: Tweet vom 04.12.2024, Kanal: „Steffen Kotré", abgerufen am 18.12.2024.
[2871] Kotré, Steffen: Tweet vom 16.12.2024, abgerufen am 18.11.2024.
[2872] Kotré, Lena: Tweet vom 07.11.2024, abgerufen am 11.11.2024.
[2873] Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlich in: Telegram-Beitrag vom 10.12.2024, Kanal: „Robert-Teske", abgerufen am 16.12.2024.
[2874] Springer, René: Tweet vom 01.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) teilte am 29. November 2024 auf X einen Tweet von Marvin Neumann (Mitarbeiter eines MdB), in dem dieser ebenfalls die Kritik des Premierministers von Großbritannien Keir Starmer an der Migrationspolitik aufgriff und in den Kontext des Großen Austauschs stellte:

> *„Keir Starmer hat hiermit im Prinzip erklärt, dass der Große Austausch – also die Transformation Großbritanniens in eine mit Massenmigration demographisch und ethnographisch transformierte, globalistische (‚global Britain') Siedlungszone – absichtliche Politik der Konservativen und Motiv hinter Brexit gewesen sei. Ausgerechnet Starmer, der Mann, dessen Regierung vor wenigen Wochen noch etliche Engländer für genau solche Meinungen eingesperrt hat. Das ist natürlich vor allem nur der Versuch, sich und seine Partei von der Verantwortung für das Migrationschaos reinzuwaschen, aber dass jetzt von links (!) mit diesem Narrativ gearbeitet wird, ist schon eine Zäsur."*[2875]

In diesem Beitrag wird nicht nur das Narrativ eines planvoll betriebenen Großen Austauschs bedient, bei dem das ethnisch deutsche Volk durch den Zuzug von Migrantinnen und Migranten in seiner Existenz gefährdet werde. Vielmehr erfolgt eine Erweiterung um eine antisemitisch konnotierte verschwörungstheoretische Komponente, indem die Transformation in eine *„ethnographisch transformierte, globalistische […] Siedlungszone"* prognostiziert wird.

Kevin Michalzik (damaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative) teilte einen Tweet des Magazins Krautzone vom 31. Dezember 2024. Unter Verweis auf demografische Daten zur Einwohnerschaft von Hannover (NI) wird darin unter anderem behauptet:

> *„In Städten wie #Hannover findet der Bevölkerungsaustausch ungebremst statt. Nur noch 38 Prozent der Hannoveraner Jugendlichen haben keinen Migrationshintergrund – 62 Prozent haben ausländische Wurzeln."*[2876]

In der Zeit des Bundestagswahlkampfs reagierten zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der AfD auf eine Aussage der ehemaligen Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli (*„[V]or allem der 3. und 4. Generation sage ich: Dieses Land ist auch Euer unser Land. Kämpft dafür. Demographie wird Fakten schaffen."*) und nahmen diese

---

[2875] Berndt, Hans-Christoph: Retweet eines Tweets vom 29.11.2024, abgerufen am 19.12.2024.
[2876] Michalzik, Kevin: Retweet eines Tweets vom 31.12.2024, abgerufen am 31.03.2025.

ebenfalls zum Anlass, gegen einen vermeintlich stattfindenden „Bevölkerungsaustausch“ zu agitieren.

Thorsten Weiß, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, beispielsweise veröffentlichte am 19. Januar 2025 auf X ein Bild ihres Tweets mit folgendem Wortlaut:

> *„Sind wir erschöpft? Ja.*
> *Sind wir enttäuscht?*
> *Sehr. Dürfen wir deshalb aufgeben? Nein. Vor allem der 3. und 4. Generation sage ich: Dieses Land ist auch Euer unser Land. Kämpft dafür. Demographie wird Fakten schaffen.“*

Weiß schrieb dazu:

> *„‚Demographie wird Fakten schaffen.‘ Der Bevölkerungsaustausch ist eine rechtsextreme Verschwörungstheorie.“*[2877]

Eugen Schmidt (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) schrieb über die Aussage Cheblis auf Telegram:

> *„Dieser Satz kann nur als eine klare Drohung gegenüber all jenen verstanden werden, die – um es mit Merkels Worten zu sagen – schon ‚etwas länger hier leben‘. Was wir derzeit erleben, zeige wie diese ‚Fakten‘ in die Tat umgesetzt werden: Schulklassen, in denen kaum noch Deutsch gesprochen wird, und Stadtviertel, die längst zu Parallelgesellschaften geworden sind. Über 35% der Jugendlichen in Deutschland haben bereits einen Migrationshintergrund - und die Zahlen steigen weiter.*
> *Der Bevölkerungsaustausch, vor dem die AfD seit Jahren warnt, ist keine Theorie mehr, sondern Realität, Und er wird gezielt gefördert - durch Vertreter der Asylindustrie und Aktivisten wie Chebli, die ihre Absichten nicht einmal mehr verbergen.*
> *Wir müssen uns entschieden gegen diese Entwicklung wehren! Es darf nicht passieren, dass kulturfremde Migranten mit Unterstützung antideutscher Akteure unser Land übernehmen. […] Die AfD ist die einzige Partei, die sich dieser*

[2877] Weiß, Thorsten: Tweet vom 19.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

Herausforderung entschlossen stellt. Am 23. Februar haben Sie die Wahl: Setzen Sie Ihr Kreuz für Deutschland - für unsere Zukunft, unsere Kultur und unsere Kinder!“[2878]

Markus Frohnmaier (MdB, BW) äußerte sich am 20. Januar 2025 auf X in ähnlicher Weise:

„Die etablierten Medien tun alles, um den sogenannten ‚Bevölkerungsaustausch‘ als rechtsextreme Verschwörungstheorie abzustempeln. Doch währenddessen verkündet SPD-Liebling Sawsan Chebli kühl: ‚Demographie wird Fakten schaffen‘.
Welche Fakten meint sie genau?
Ist das eine klare Ansage – oder sogar eine Drohung?“[2879]

Richard Graupner (MdL BY) kommentierte die Aussage Cheblis auf Telegram wie folgt:

„Nun ist es Frau Chebli nicht vorzuwerfen, dass sie eine Tatsache benennt. Der Bevölkerungsaustausch ist Realität und er ist in vollem Gange. Frau Chebli weiß das. Wir wissen das. Aber Frau Chebli freut sich darüber und sie fordert indirekt mehr davon. Die AfD hingegen fordert aus diesem Grunde Remigration. Denn auch Remigration wird Fakten schaffen! Fakten jedoch zugunsten, und nicht zu Lasten des deutschen Volkes. — Darum am 23.02. mit beiden Stimmen AfD“[2880]

Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) schrieb in einem Tweet vom 21. Januar 2025:

„Wir wollen keinen Bevölkerungsaustausch, Sawsan!
Die #SPD-Politikerin Sawsan Chebli hetzt ihre muslimischen Anhänger zur Übernahme Deutschlands auf: ‚Demographie wird Fakten schaffen.‘ Die #Regierung schweigt. Ich nicht:“

Der Tweet enthielt zudem ein Video, in dem Kleinwächter äußerte:

„Hier appelliert Sawsan Chebli in absolut rassistischer Art und Weise an die dritte und vierte Generation der Einwanderer, dass sie trotz aller Frustration nicht aufgeben sollen, sondern durch Demografie, also Kinderkriegen, Fakten

---

[2878] Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 20.01.2025, abgerufen am 21.01.2025.
[2879] Frohnmaier, Markus: Tweet vom 20.01.2025, abgerufen am 21.01.2025.
[2880] Graupner, Richard: Telegram-Beitrag vom 20.01.2025, abgerufen am 21.01.2025.

schaffen sollen. Und Fakten schaffen bedeutet natürlich eben diese Unterwanderung unseres Landes mit Ausländern, mit Migranten unumkehrbar zu machen. […] Und während das ja immer von den migrantischen Communities und auch einer Sawsan Chebli weit von sich gewiesen worden war, dass in irgendeiner Weise eine Absicht eines, Stichwort Bevölkerungsaustausches bestehe, argumentiert sie hier selbst damit. […] Und wenn Demografie tatsächlich Fakten schafft, warum sollten wir uns als Deutsche gegen solche Fakten bitteschön nicht wehren können?"[2881]

Die AfD Berlin teilte einen Tweet des Kanals „AfD Hauptstadtfraktion" vom 24. Januar 2025 mit folgendem Wortlaut:

„Im Berlin Abgeordnetenhaus geht es hoch her: […] SPD-Chebli träumt vom Bevölkerungsaustausch durch Geburtenquote

Einzig seriöse Fraktion: Wir."[2882]

Reimond Hoffmann, bis Februar 2024 Landesvorstandsmitglied der AfD Baden-Württemberg, teilte am 19. Januar 2025 auf Telegram die Aussage der SPD-Politikerin und kommentierte diese wie folgt:

„Sawsan Chebli sagt es ganz klar: Sie will den großen Austausch und die deutsche Bevölkerung zur Minderheit machen. Das Spannende ist: Die Ablehnung von Ersetzungsmigration wird vom Verfassungsschutz verfolgt. Aber die Forderung der Ersetzungsmigration wird nicht verfolgt. Absolut verrückt."[2883]

Am 20. Januar 2025 veröffentlichte er zudem ein Videostatement mit folgenden Aussagen:

„Sawsan Chebli will euch euer Land wegnehmen. Sie sagt den Migranten: kämpft dafür! Demografie wird Fakten schaffen. […] Was bei der politischen Rechten als Verschwörungstheorie durch den Verfassungsschutz eingestuft wird, nämlich die Ersetzungsmigration, genau das befürwortet Sawsan Chebli

---

[2881] Kleinwächter, Norbert: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 21.01.2025, Kanal: „NKleinwaechter", abgerufen am 24.01.2025.
[2882] AfD Berlin: Retweet eines Tweets vom 24.01.2025, abgerufen am 05.02.2025.
[2883] Hoffmann, Reimond: Telegram-Beitrag vom 19.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.

> *als SPD-Politikerin. Sie hetzt somit gegen das deutsche Volk und wünscht eine Minorisierung. Kämpfen wir dagegen!"*[2884]

Die dargelegten Äußerungen zeichnen das Bild eines planvollen Wirkens politischer Akteure, welches auf eine demografische Veränderung zum existenziellen Nachteil der autochthonen Deutschen hinauslaufe, und verbreiten damit völkische Narrative. Sie belegen zudem die Anschauung, Menschen mit Migrationsgeschichte könnten kein vollwertiger Teil des deutschen Volkes werden. Auf diese Weise erfolgt eine menschenwürdewidrige Überhöhung eines konstruierten ethnisch-kulturellen Kollektivs und die Exklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Von Seiten der AfD wurden auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs weiterhin Positionen vertreten, wonach die etablierten Parteien gezielt einen Bevölkerungsaustausch herbeiführten, um sich ein neues Wahlvolk zu schaffen und auf diesem Weg neue, ihnen zustimmende Wählerinnen und Wähler zu generieren.

Gereon Bollmann (MdB, SH) beispielsweise schrieb im Januar 2025 auf Facebook über Wahlberechtigte mit Migrationsgeschichte:

> *„Mehr als das Zünglein an der Waage: 12 Prozent der Wahlberechtigten haben Migrationshintergrund […] Die Zahl der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund ist in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Das ist nicht zuletzt eine Folge der von den Altparteien geradezu aggressiv betriebenen Einbürgerungspolitik. Ein offenes Geheimnis ist dabei, daß durch ein ‚neues', nämlich eingebürgertes, Wahlvolk links-grüne Mehrheiten zementiert werden sollen."*[2885]

Damit bringt Bollmann deutlich zum Ausdruck, dass die Einbürgerungen planvoll erfolgten und dem eigenen Machterhalt der regierenden Parteien dienten.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) hielt am 8. Februar 2025 in Paderborn (NW) eine Wahlkampfrede, in welcher er sich in ähnlicher Weise äußerte:

> *„Und auch wenn wir uns überlegen, dass die Staatsangehörigkeit schon nach fünf Jahren übertragen werden soll. […] Und natürlich führt das dazu, dass sich*

[2884] Hoffmann, Reimond: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 20.01.2025, Kanal: „Reimond Hoffmann", abgerufen am 21.01.2025.
[2885] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 20.01.2025, abgerufen am 20.01.2024.

> *der Charakter unseres Volkes verändert. Aber ich glaube, das wollen die etablierten Parteien. Sie wissen, dass wir sie nicht mehr wählen werden, und deshalb wollen sie uns austauschen. Und das werden wir nicht zulassen.“*[2886]

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, schrieb am 14. November 2024 auf X:

> *„Die Ersetzungsmigration ist die größte Gefahr für unser Volk. Der Wähleraustausch aber ist die größte Gefahr für die Demokratie & untergräbt ihre Legitimation. Sehr gefährlich.“*[2887]

Fraglich ist, ob die Feststellungen zum Ethnopluralismus dadurch relativiert wurden, dass Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, ab Februar 2025 MdB, SN) im COMPACT-Magazin eine größere Annäherung an migrantische Wählerschaften befürwortet hat. So äußerte er in einem Interview mit Jürgen Elsässer:

> *„Wir haben nun mal, gerade in Westdeutschland, viele Menschen mit Migrationshintergrund. Es gibt Leute, die integriert sind, aber auch Gruppen, die ihre Eigenidentität bewahren und dennoch deutschfreundlich sind. Auch ihnen müssen wir sagen: Wir haben etwas für euch zu bieten, wir können gemeinsam Dinge klären, indem wir uns gegenseitig respektieren. Das Zauberwort heißt Respekt.*
> *Ich denke, dass diese Erweiterung notwendig ist, wenn wir wirklich Regierungspartei werden wollen. […] Ich will jetzt auch keine große Verschmelzung, aber die Leute sind da, sie organisieren sich und stehen in fast allen politischen Fragen auf unserer Seite. […]*
> *Denn eines muss klar sein: Remigration hin oder her – es ist offensichtlich, dass die Völkerwanderung, die hier im letzten Jahrzehnt stattgefunden hat, bleibende Folgen haben wird. […]*
> *Was ich allerdings sage, ist, dass der Fehler sowohl der Linken als auch der Rechten in diesem Fall darin liegt, dass sie die Einwanderer alle über einen Kamm scheren – bei Muslimen sowieso. Wofür ich werbe, ist, dass man sich*

[2886] Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland“, abgerufen am 10.02.2025.
[2887] Küble, Fabian: Tweet vom 14.11.2024, abgerufen am 15.11.2024.

> *die Mühe macht, die einzelnen Gruppen, die wir hier haben, auseinanderzunehmen. […]*
> *Wenn wir uns wirklich nur auf ein rein ethnisches Prinzip beschränken würden, das heißt, wir sagen, wir sind die Partei der rein ethnisch Deutschen und alle, die das nicht sind – selbst wenn sie uns inhaltlich zustimmen –, die vertreten wir nicht, dann werden wir scheitern. Dann werden sich alle Ausländer, auch diejenigen, die uns mögen, mit unseren linksliberalen Eliten zusammentun und uns plattmachen. Ohne neue Verbündete werden wir das Land nicht verändern können. Das heißt, wir sind in gewisser Weise gezwungen, über den sicheren Grund der eigenen ethnischen Gruppe hinauszugehen und zu sagen: Wer ist ein Partner, ohne dass er uns ins unserer ethnisch-kulturellen Identität infrage stellt, wer respektiert uns so, dass er uns das zugesteht, was unsere Tradition, unsere eigene Art zu leben, unser Deutschtum – um dieses Wort mal zu benutzen – betrifft. Ich möchte vor allem warnen: Ich halte das Remigrationsthema für wichtig, aber es ist nicht das Entscheidende und das Einzige.“*[2888]

Vordergründig akzeptiert Krah damit eine partielle Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte. Gleichwohl macht er deutlich, dass dies aus rein pragmatischen Gründen zur Generierung einer größeren Wählerschaft und aus Anerkennung der demografischen Gegebenheiten tut. Er hält weiterhin an dem ethnopluralistischen Grundgedanken fest, indem er *„keine große Verschmelzung“* fordert und sich *„gezwungen“* sieht, über den *„sicheren Grund der eigenen ethnischen Gruppe hinauszugehen“*. Dass Krah damit nicht von seinem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff abweicht, sondern, wie er selbst sagt, *„Ansprechpartner“* sucht, *„die überhaupt ein konservatives Mindset mitbringen“*[2889], deutet sich auch in seiner Solidaritätsbekundung mit Ümit Özdag, Chef der türkischen völkisch-nationalistischen Zafer-Partei, an.[2890] Überdies ist die Äußerung bislang innerhalb der AfD nicht rezipiert worden und steht den im Übrigen festgestellten Belegen entgegen, sodass aus ihr nicht auf eine Aufgabe des in der AfD vorherrschenden ethnischen Volksbegriffs geschlossen werden kann.

[2888] „„Remigration ist nicht entscheidend"", in: COMPACT, Ausgabe 3/2025, S. 16 f.
[2889] Ebd.
[2890] Vgl. WELT: „Wenn AfD-Mann Krah das ‚Einsetzen der Erdogan-Dämmerung' wittert" vom 21.03.2025, in: www.welt.de, abgerufen am 21.03.2025.

Eine Relativierung der Feststellungen zum Volksbegriff innerhalb der Gesamtpartei ist auch nicht in dem folgenden Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) von Andreas Lichert (MdL HE) zu sehen:

> *„Und liebe Pressevertreter, Hefte raus! Die Grundrechte und insbesondere die Meinungsfreiheit sind für uns nicht verhandelbar! Und da können sich die Altparteien noch so sehr hinter dem Inlandsgeheimdienst verstecken. Und die Regierung kann noch so viel Angst vor Majestätsbeleidigung haben. Das wird uns in unserem Weg nicht erschüttern. Und jetzt muss ich noch mal kurz ein bisschen technisch werden, aber das muss jeder hier im Raum verstanden haben, was gewissermaßen die juristische Figur ist, mit der unsere Verfolgung durch den Inlandsgeheimdienst überhaupt nur gerechtfertigt werden soll. Es ist der ethnische Volksbegriff, weil wir angeblich die deutsche Staatsbürgerschaft nur an bestimmte Ethnien-Abstammungen knüpfen wollen. Und das wäre tatsächlich so: Würden wir das wollen, stünde nicht mehr der einzelne Mensch, das Individuum im Vordergrund, sondern seine Gruppenzugehörigkeit und das wäre tatsächlich eine Verletzung der Menschenwürde, eine Verletzung von Artikel 1 des Grundgesetzes. Das Problem ist nur, das ist eine Lüge, eine blanke Lüge. Die Beschlusslage der Partei ist eindeutig. Jeder soll die Chance haben, Deutscher zu werden. Aber am Ende einer gelungenen Integration und nicht als Blankoscheck vorneweg durch Blitzeinbürgerung.*
> *Ich konnte das Geraune fast schon hören. ‚Das sagt er ja jetzt nur so. Das ist ein Feigenblatt. Das muss er jetzt sagen.' Nein, muss ich nicht. Stattdessen will ich was anderes sagen. Ich meine das nämlich von ganzem Herzen. Denn mit Ausländern, die nach Deutschland kommen und mit uns gemeinsam an einer guten Zukunft Deutschlands und seiner Bürger bauen wollen, mit denen haben wir viel mehr gemeinsam als mit den Deutschland-Abschaffern in den Altparteien. Ganz egal wie lang der deutsche Stammbaum ist. Dankeschön! Und weil das so ist, werden wir am 23. Februar abräumen.“*[2891]

[2891] Lichert, Andreas: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 03.02.2025.

Die Behauptung, ein entsprechender nicht verfassungsschutzrelevanter Volksbegriff entspreche der Beschlusslage der Partei, ist nicht zutreffend. Lichert spielt hier mutmaßlich auf die durch die AfD während des laufenden erstinstanzlichen verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abgegebene „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität" an. Dieser kommt nach Bewertung des OVG NRW jedoch keine entlastende Wirkung zu; sie ist an sich zweideutig und es liegen einige Anhaltspunkte dafür vor, dass die Abgabe aus taktischer Motivation heraus erfolgte.[2892] Die Behauptung ist singulär und stellt sich daher aufgrund der in diesem und den voranstehenden Kapiteln getroffenen Feststellungen nicht als das vorherrschende Volksverständnis in der AfD dar.

cc. Zwischenfazit

Die Auswertung der während des Bundestagswahlkampfs der AfD angefallenen Äußerungen belegt weiterhin ein ethnisch-kulturelles Volksverständnis, dem die Annahme zugrunde liegt, das deutsche Volk bestehe nicht aus der Gesamtheit aller Staatsangehörigen, sondern aus der Gesamtheit der „ethnischen" Deutschen.

Auch die Beschreibung eines vermeintlich politisch forcierten Verdrängungsprozesses zu Lasten der autochthonen Deutschen in Form eines Großen Austauschs war weiterhin in dieser Form oder unter Verwendung alternativer Begrifflichkeiten wie „Bevölkerungsaustausch" oder „Ersetzungsmigration" in zahlreichen Fällen festzustellen.

Belege für ein deterministisches Identitätsverständnis, in dem Menschen anhand ihrer ethnischen Herkunft einer imaginierten, feststehenden kollektiven Identität zugeordnet und Migrantinnen und Migranten als schädlich für die „deutsche" Identität und Kultur dargestellt werden, fielen ebenfalls im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs weiterhin an.

In der Gesamtschau ist daher keine Mäßigung oder ein Abrücken von den unter E. I. 1. a. cc. festgestellten Positionen im Vorwahlzeitraum erkennbar.

[2892] OVG NRW, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 209; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 349, 378, 653, 754, 938; vgl. hierzu bereits auch die Ausführungen im Kapitel A. Einführung, S. 19 f.

b. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

aa. Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewaltneigung

(1) Unterstellung einer überproportionalen Neigung zu Gewalt

Auch im Zeitraum vor der Bundestagswahl 2025 waren zahlreiche Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD festzustellen, die einen direkten Zusammenhang zwischen der Herkunft von Menschen und ihrer Kriminalitäts- bzw. Gewaltneigung insinuieren.

Am 20. Januar 2025 wurde bekannt, dass die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) der Landesmedienanstalten bei der Prüfung eines Wahlwerbespots der AfD Brandenburg vom 14. September 2024 „entwicklungsbeeinträchtigende Inhalte" festgestellt hat. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) hatte die Prüfung in Auftrag gegeben. In der Folge erging ein entsprechender Bescheid der mabb, demzufolge die AfD Brandenburg das Video entweder entfernen oder für Jugendliche unter 16 Jahren unzugänglich machen muss.[2893] Am 24. Januar 2025 gab die AfD Brandenburg bekannt, beim Verwaltungsgericht Potsdam (BB) Klage gegen den Bescheid eingereicht zu haben.[2894]

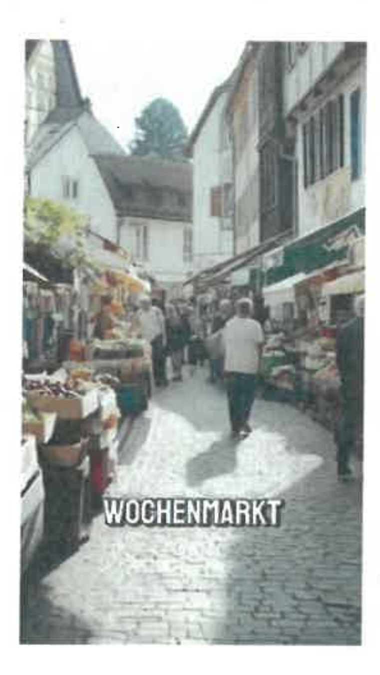
Das KI-generierte, etwa einminütige Video beginnt und endet mit dem Satz „*Du entscheidest ...*" und stellt jeweils ein als positiv und ein als negativ bewertetes Szenario gegenüber, wobei der visuelle Kontrast der gewählten Bildsequenzen eine tragende Rolle spielt. So werden Abbildungen von weißen Menschen ausschließlich in positive, Abbildungen nicht-weißer Menschen ausschließlich in negative Kontexte gesetzt. Durch das Zusammenwirken von Text und Bild wird gezielt der Eindruck hervorgerufen, dass nicht-weiße Menschen eine grundsätzliche Neigung zu Kriminalität besäßen. Durch den Begriff „Überfremdung" und das dazugehörige Bild wird dem Islam zudem ein invasiver Charakter zugeschrieben. Auch werden nicht-weiße sowie muslimische Menschen stets für die Repräsentation eines Gegenentwurfs zum „Ideal" genutzt, weshalb hier eine implizite gruppenbezogene Abwertung dieser Menschengruppen zu beobachten ist. So heißt es in dem Wahlwerbespot konkret:

[2893] RBB24: „Brandenburger AfD muss Zugriff auf Wahlkampf-Video beschränken" vom 20.01.2025, in: www.rbb24.de, abgerufen am 29.01.2022.

[2894] Tagesspiegel: „Prüfung von Wahlwerbespot: Medienanstalt rügt AfD-Video - Partei bringt Klage auf den Weg" vom 24.01.2025, in: www.tagesspiegel.de, abgerufen am 29.01.2025.

> *„Du entscheidest, ob die Ortsmitte deiner Heimatstadt einen Wochenmarkt behält oder einen Drogenmarkt bekommt. Ob die Züge endlich wieder pünktlich fahren oder der Bahnhof zum Tatort wird.*
> *Du entscheidest, ob Eltern ihre Kinder morgens mit gutem Gewissen zur Schule schicken können. Oder ob die Angst vor Gewalt auf dem Schulhof schlaflose Nächte bringt. Ob Brandenburg überhaupt noch Perspektive bedeutet oder Wohlstandsverlust und Überfremdung. Du entscheidest, ob dein hart erarbeitetes Geld für Fahrradwege in Peru oder heile Straßen in der Heimat verwendet wird. Ob es in deine Zukunft investiert wird oder in die Zukunft von Fremden. Du entscheidest, ob Brandenburg das Land der Kiefernwälder bleibt oder zum Land der Windradmonster verkommt.*
> *Ob es sanierte Kitas und Schulen gibt oder neue Asylheime. Du entscheidest, ob es so weitergeht wie bisher. Oder ob es eine Wende gibt. Du entscheidest.“*[2895]

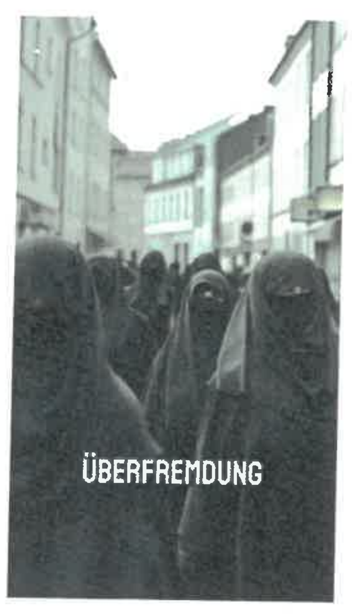
Beispielhaft werden in dem Werbespot folgende bildliche Gegenüberstellungen gezeigt:





[2895] Springer, René: Videobeitrag; veröffentlicht in: Retweet eines Tweets vom 14.09.2024, Kanal: „BrandenburgAfD“, abgerufen am 21.01.2025.





Unmittelbar nach Bekanntwerden der Prüfung des Videos aus dem Jahr 2024 durch die KJM veröffentlichte die AfD Brandenburg am 26. Januar 2025 anlässlich des Bundestagswahlkampfs ein weiteres Video, das dem Wahlkampfspot aus September 2024 in Inhalt und Form ähnelt und ebenfalls stereotype und abwertende Darstellungen enthält. So heißt es darin:

> *„In einem Deutschland, in dem Rentner Pfandflaschen sammeln müssen, um über die Runden zu kommen. […] Wo du jede Minute in der Bahnhofsgegend angespannt bleibst, weil du weißt, dass Übergriffe durch die üblichen Verdächtigen zur Normalität gehören. […] In einem Deutschland, wo Clankriege und Drogenhandel in vielen Stadtteilen zum Alltag gehören. Wo Gesetze gemacht werden, aber die, die sie brechen, keine Konsequenzen zu fürchten haben. Doch in diesem Deutschland sehen wir auch eine Chance. Eine Chance für Veränderung. Für ein Land, das wieder auf seine Bürger hört. Für Politiker, die Verantwortung übernehmen müssen, wenn sie unser Land vorsätzlich in den Ruin führen, dafür Konsequenzen zu tragen haben und einen beruflichen Neuanfang außerhalb der Berliner Politiklandschaft machen müssen. Und es ist Zeit für Remigration. Migranten ohne gültiges Bleiberecht müssen konsequent und zügig in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Besonders für straffällig gewordene Migranten darf es keine Toleranz geben.“*[2896]

Folgende Bilddarstellungen sind im Video unter anderem zu sehen:

[2896] AfD Brandenburg: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 26.01.2025, Kanal: „afd_brandenburg“, abgerufen am 27.01.2025.



Auch in diesem neueren Video werden nicht-weiße Menschen demnach ausschließlich in negative Kontexte gesetzt und beispielsweise als Straftäter und potenzielle Bedrohung für weiße Frauen dargestellt. In der Gesamtschau suggeriert das Video daher ebenfalls eine grundsätzliche Neigung nicht-weißer Personen zu Kriminalität und Gewalt und wertet diese Menschengruppe somit pauschal ab. Offenkundig erfolgte auch in Anbetracht drohender juristischer Konsequenzen keine Mäßigung seitens des brandenburgischen AfD-Landesverbands.

Ähnlich einzuordnen ist ein Facebook-Reel, welches der AfD-Landesverband Hessen am 27. Dezember 2024 veröffentlichte und in welchem die fünf hessischen Spitzenkandidaten zitiert werden. In einer Sequenz des Videos wird zudem eine Grafik gezeigt, die in stereotypisierender Weise nicht-weiße Männer mit bedrohlichen Blicken

sowie den Text *„Die Frage ‚Suchst du Stress?' nicht mehr hören."* abbildet. Dazu wurde der hessische Spitzenkandidat Jan Nolte (MdB, HE) wie folgt zitiert:

> *„Wir stellen Sicherheit und Ordnung wieder her. Weil wir Deutschland wieder sicher machen, wirst Du diese Frage nicht mehr hören."*[2897]

(2) Entindividualisierende Darstellung von Migrantinnen und Migranten als aggressiv-gewalttätiges Kollektiv

In der Phase vor der Bundestagswahl äußerten sich Funktionärinnen und Funktionäre der AfD zudem weiterhin in einer Weise, die Zugewanderte und Geflüchtete pauschal als aggressives Kollektiv darstellt und diese Personengruppe somit unter Generalverdacht stellt.

Die nordrhein-westfälische Europaabgeordnete Irmhild Boßdorf beispielsweise verfasste anlässlich des Schwerpunktthemas „Migration – Wir platzen aus allen Nähten!" im Dezember 2024 einen Gastkommentar für Info-DIREKT. Darin äußerte sie sich in pauschalisierender Weise über „nichteuropäische männliche Migranten", die sie als gewalttätige Tätergruppe autochthonen Deutschen gegenüberstellte:

> *„Ob in den Niederlanden, in Frankreich, in Deutschland oder in Österreich: Die Gewalt auf den Straßen erreicht ein neues Höchstmaß. Es geht dabei nicht ‚nur' um Überfälle, nicht ‚nur' um Schläge ins Gesicht. Es geht auch um Vergewaltigungen, oft sogar in der Gruppe. Es geht um erbarmungslose Bandenkriege von Wien bis Brüssel. Es geht um materielle Verteilungskämpfe.*
> *Ein Phänomen nichteuropäischer männlicher Migranten*
> *Ob man das rasant an Fahrt aufnehmende Phänomen, das immer jüngere Täter gebiert, nun als Gewalt von Cliquen, Banden, Rackets oder Gangs beschreibt: Es ist in der Regel ein Phänomen nichteuropäischer männlicher Migranten. Einheimische Opfer, fremde Täter – das ist die eine Konstante, die uns zeigt, dass zunehmende Migration zunehmende Unsicherheit schafft."*[2898]

Unter der Zwischenüberschrift *„‚Schutzsuchende' als Täter"* führte Boßdorf ferner aus:

[2897] AfD Hessen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 27.12.2024, Kanal: „AfD Hessen", abgerufen am 05.03.2025.
[2898] Info-DIREKT: „Multikulti schafft Unsicherheit" vom 31.12.2024, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 07.01.2025.

„Die andere Konstante, aber neueren Datums – das ist Gewalt von ‚Schutzsuchenden' gegen Schutzsuchende. [...] Etablierte Politik und weisungsgebundene Behörden wollen nicht wissen, dass ihre Agenda der offenen Grenzen Folgen hat. Brutale Folgen. Es zeigt sich hier im Kleinen – den Flüchtlingsheimen/Migrationsstätten –, was auch im Großen gilt: Wird der Gewalt durch Fremde nicht Einhalt geboten, verlieren wir Sicherheit, Lebensqualität und das Recht auf Unversehrtheit.“[2899]

Am Folgetag warb Boßdorf in einem Tweet unter Verwendung des beigefügten Titelbilds von Info-DIREKT für ihren Gastkommentar.[2900]



Boßdorf beschreibt es hier als eine *„Konstante“*, also unveränderliche Gegebenheit, dass sich Deutsche als *„Einheimische Opfer“* und nichteuropäische Zugewanderte als *„fremde Täter“* gegenüberstehen. Auf diese Weise bringt sie zum Ausdruck, ein friedliches Zusammenleben für gänzlich aussichtslos zu halten, und würdigt Migrantinnen und Migranten pauschal herab.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch Björn Höcke (MdL TH) in seinem Redebeitrag auf einer durch den AfD-Landesverband Bayern organisierten Gedenkveranstaltung am 22. Januar 2025 anlässlich der Gewalttat in Aschaffenburg (BY):

„Diejenigen, die unsere Mädchen und Frauen in Bus und Bahn dumm anmachen, diejenige, die unsere Mädchen und Frauen gruppenvergewaltigen, diejenigen, die kleine Kinder vor den Augen ihrer Eltern vor fahrende Züge werfen, diejenigen, die Menschen mit Macheten in kleine Stücke hacken, diejenigen, die kleine Kinder mit dem Messer niedermetzeln, sie heißen für gewöhnlich nicht Jonas und Tobias, Niklas, Marvin oder Max und Moritz. [...]
25 Messerattacken am Tag in Deutschland statistisch gesehen. Sehr geehrte Anwesende, liebe Mitbürger, die Kartellparteienpolitiker, die haben Deutschland, obwohl wir noch gar nicht im Krieg stehen, Gott sei Dank noch nicht im

[2899] Ebd.
[2900] Boßdorf, Irmhild: Tweet vom 01.01.2025, abgerufen am 07.01.2025.

Krieg stehen mit Russland, sie haben Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem killing field im Frieden gemacht."[2901]

Die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Enxhi Seli-Zacharias äußerte sich anlässlich der Gewalttat in Aschaffenburg (BY) folgendermaßen:

„Schon wieder Messertote.
Schon wieder ein afghanischer Täter. Und schon wieder stirbt ein Kind. Wann rafft es der letzte Horst, dass die unzivilisierten #Messermörder fast ausnahmslos aus arabsichen Ländern importiert wurden?"[2902]

Am 23. Januar 2025 veröffentlichte Steffen Kotré (MdB, BB) ein Video, in dem er ausgehend vom selben Sachverhalt behauptet, dass *„mit der fremden Kultur"* auch *„Kriminalität und die Morde mit ins Land"* kämen:

„Es bedarf nicht nur Grenzsicherung, sondern Remigration. [...] Abschiebung im großen Stil und Brot, Bett und Seife. Das heißt keinen einzigen Euro mehr für jemanden, der abgelehnt ist, der nicht in unserem Land sein darf und der sich auch sonst wie hier bei uns nicht integriert. Und dieses Programm gibt es nur mit der AfD. Aber wenn wir jetzt gucken, wie die Medien darauf reagieren, dann sind immer andere schuld, aber nur nicht die, die hier diese Leute ins Land gelassen haben. Dann sind es mal die Männer, die schuld sein sollen. Nein, es liegt nicht daran, dass es Männer sind, sondern Leute aus kulturfremden Räumen, die von fast Kriminellen in den Behörden und in der Bundesregierung hier reingelassen worden sind. Und es liegt auch nicht daran, dass sie jung sind. Denn Deutsche machen sowas nicht. Deutsche stechen keine kleinen Kinder ab, um es ganz klar zu sagen."[2903]

Steffen Kotré schrieb in einem Tweet vom 22. Januar 2025:

„DAS SCHLACHTEN GEHT WEITER
Die Messerangriffe, die unweigerlich mit der gescheiterten Migrationspolitik zusammenhängen, reißen nicht ab. [...] Mitverantwortlich sind Merkel und alle, die

---

[2901] Höcke, Björn: Redebeitrag am 22.01.2025 in Aschaffenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 27.01.2025.
[2902] Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 20.01.2025, abgerufen am 28.01.2025.
[2903] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 23.01.2025, Kanal: „SteffenKotre" abgerufen am 24.01.2025.

die Invasion unseres Landes ermöglicht haben. […] Jetzt hilft nur eines: Konsequente Remigration. Wir werden diesen importierten Terror beenden und dafür sorgen, dass unsere Heimat wieder sicher wird.
Wir lassen es uns nicht bieten, dass Menschen in unserem Land abgeschlachtet werden!"[2904]

Das AfD-Bundesvorstandsmitglied Dennis Hohloch (MdL BB) kommentierte in einem Videobeitrag vom 27. Dezember 2024 die Debatte nach der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt mit sechs Todesopfern und zahlreichen Verletzten wie folgt:

„Liebe Freunde, schaut euch mal an, was die Berliner Polizeipräsidentin hier geschrieben hat: ‚Messer sind brandgefährlich.' Wusste ich noch gar nicht. Also wenn ich in der Küche arbeite, ist das meistens nicht so. Aber ich kann euch mal sagen, was brandgefährlich ist: Talahons, Illegale, Traumatisierte, Schützlinge, Flüchtlinge, Schutzsuchende, Flüchtende und vor allem Politiker, die die alle ins Land lassen."[2905]

In einem Tweet vom 8. Dezember 2024 hatte Hohloch den Sturz des Assad-Regimes in Syrien außerdem in zynischer Weise als „*Rückschlag für die heimische Messerindustrie*" bezeichnet:

„Ab jetzt dürften die Asylausgaben ja drastisch sinken. Aber auch ein schwerer Rückschlag für die heimische Messerindustrie. #Syrien #Assad"[2906]

Auf der Wahlkampfveranstaltung des rheinland-pfälzischen AfD-Landesverbands am 8. Februar 2025 in Kusel (RP) bezeichnete die Landratskandidatin Alejandra Catalina Monzon, Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Kusel (RP), Geflüchtete als „*Prädatoren*":

„Gerade weil ich als ehemalige Exil-Argentinierin und Tochter von politisch Verfolgten den Wert des Asylrechts sehr schätze, verurteile ich einen Missbrauch durch Asyl-Erschleicher und Flüchtlingssimulanten aufs Allerschärfste.
Unsere Mütter und Großmütter haben für unser Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ihre Röcke gegen Hosen getauscht und BHs verbrannt und diese

---

[2904] Kotré, Steffen: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2905] Hohloch, Dennis: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 27.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.
[2906] Hohloch, Dennis: Tweet vom 08.12.2024, abgerufen am 19.12.2024.

Prädatoren kommen hierher, nehmen uns Frauen als ihre Beute, verhöhnen unsere friedvollen Männer als schwach, mobben unsere Kinder und stechen im Wahn wahllos jeden ab, der zufällig ihren Weg kreuzt. Darum bin ich für Remigration mit vollem Recht und Anspruch. Verbrecher gehören bestraft und Täterprofile klar benannt. Es sind keine Flüchtlinge und es sind auch keine politisch verfolgten Freiheitskämpfer. Das Erstaufnahmelager gehört geschlossen und ein Gewerbegebiet darauf erbaut.“ [2907]

Monzon unterstellt Geflüchteten hier nicht nur eine pauschale Neigung zu Gewalt und stellt sie als unberechenbare Gefahr dar, sondern entmenschlicht sie durch den Tiervergleich zusätzlich und verletzt somit ihre Menschenwürde.

Nicole Baer (Beisitzerin im Landesvorstand der AfD Schleswig-Holstein) sendete am 9. Januar 2025 einen Tweet, in dem sie ein Lied verbreitete und kommentierte zustimmend mit *„Hammer Lied“*. Im Text des Lieds hieß es:

„Seid alle nicht gern hier, aber kommt trotzdem in Massen
Seid alle nur Geflüchtet aus eurem Land vor dem Krieg
Aber wollt nicht mehr zurück jetzt, wo es euren Krieg dort nicht mehr gibt
Die Hand, die euch füttert, gehört geliebt und nicht bekriegt
Ich sag's euch ganz ehrlich, ihr habt unser Deutschland nicht verdient [...]
Genug ist genug, ihr seid leider kein Segen, sondern Fluch [...]
Man gab euch alles doch, ihr bekamt den Hals nicht voll genug, sag Deutschland
Sag Deutschland, wann wird der Rückflug denn gebucht?“ [2908]

Den vorangegangenen Äußerungen ist gemein, dass sie auf einer Gegenüberstellung der als Opfer stilisierten autochthonen deutschen Bevölkerung auf der einen und der als pauschal bedrohlich und gewalttätig dargestellten Migrantinnen und Migranten auf der anderen Seite basieren. Die zitierten Funktionärinnen und Funktionäre der AfD propagieren somit einen Antagonismus, dessen Grundlage das ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis bildet.

[2907] Monzon, Alejandra Catalina: Rede auf der Wahlkampfveranstaltung am 08.02.2025 in Kusel; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 10.02.2025.
[2908] Baer, Nicole: Musikvideo; veröffentlicht in: Tweet vom 09.01.2025, Kanal: „NicBa71“, abgerufen am 20.01.2025.

Der Europaabgeordnete Arno Bausemer (ST) veröffentlichte am 9. Januar 2025 einen Facebook-Eintrag, in dem er zustimmend über das abgebildete fremdenfeindliche Plakat der tschechischen Partei SPD (Freiheit und Direkte Demokratie) berichtete. Hierauf war die übersetzte Aussage *„Engpässe im Gesundheitswesen werden nicht durch ‚importierte Chirurgen gelöst"* zu lesen. Bausemer bezeichnet die Kritik an dem Plakat als *„Maulkorb"*, signalisierte seine Unterstützung und machte sich den Inhalt damit zu eigen:



> *„Der Vorsitzende hatte dieses Plakat gepostet und soll jetzt wegen angeblichen Rassismus vor Gericht gestellt werden.*
> *‚Engpässe im Gesundheitswesen werden nicht durch ‚importierte Chirurgen' gelöst. Stoppt den EU-Migrationspakt!'*
> *Es muss ja wohl in einer freien Gesellschaft sein, dass man als Opposition die massiv steigende Messer-Kriminalität auch mit drastischen Bildern thematisiert. Egal ob im EU-Parlament oder in unseren nationalen Parlamenten - wir lassen uns von den Verursachern dieses Asyl-Chaos niemals einen Maulkorb verpassen!*
> *Von daher teile ich gerne das Bild und unterstütze damit die Partei meines tschechischen Fraktionskollegen Dr. Ivan David."*[2909]

Martin Reichardt (Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, ST) kam im Rahmen eines Wahlkampfabends in Merseburg (ST) am 7. Februar 2025 auf eine Anhörung im Bundestag zu sprechen, die sich mit der Zunahme von Gewalt gegen Frauen beschäftigte. Dazu äußerte er:

> *„Aber die gesamte Diskussion da fiel von Seiten der etablierten Politik nicht ein einziges Mal die Frage nach Einwanderung, nach Gruppenvergewaltigung von Deutschen durch Migrantengruppen, nichts. [...] Und da sage ich euch ganz deutlich, die Analyse der Gründe ist ganz einfach: Wenn ich Hunderttausende und Millionen aus Kulturen hole, in denen Frauen nichts gelten, in denen sie*

[2909] Bausemer, Arno: Facebook-Eintrag vom 09.01.2025, abgerufen am 10.01.2025.

noch gesteinigt werden, wenn sie irgendwo den falschen Mann angeguckt haben, dann muss ich mich nicht wundern, dass in Deutschland das Leben für Frauen und Mädchen unsicherer wird. Und da haben sich diese ganzen Linken und die Union in einer Weise versündigt an unseren Frauen und an unseren Mädchen. Das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen und ich werde es ihnen auch im Familienausschuss immer und immer wieder sagen. Es sind nicht die Männer. Es sind die Männer, die wir hierhergeholt haben und die hier nicht hergehören, weil sie ein frauenverachtendes Weltbild haben. Und es ist umgekehrt eben auch nicht so, dass es ein generelles Problem zwischen Frauen und Männern gibt, sondern es ist ein im Wesentlichen importiertes Problem.“[2910]

Reichardt insinuiert hier eine Neigung von Migranten aus dem arabischen und afrikanischen Raum zu Sexualdelikten und verunglimpft sie damit. Er postuliert außerdem in exkludierender Weise, dass Menschen aus bestimmten Kulturen prinzipiell *„hier nicht hergehören“* und setzt sie damit in ihrer Menschenwürde herab.
Im weiteren Verlauf seiner Rede thematisierte Reichardt den Fachkräftemangel in Deutschland und äußerte:

„Es kommen keine Fachkräfte, es kommen zu 90 und mehr Prozent Leute, die hier in die Sozialsysteme einwandern und die [...] vielleicht im Niedriglohnsegment irgendwo [...] noch gerade so vielleicht ihren Lebensunterhalt verdienen können. [...] Wir kriegen nicht nur keine Fachkräfte, sondern wir kriegen Messerkriminalität, 36.000 Messerangriffe, wir kriegen Dutzende von Morden, wir kriegen jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen und das alles für einen Gegenwert an Fachkräften von quasi null. [...] Da kann man wohl schwer von einer deutschen Fremdenfeindlichkeit sprechen. Ich sehe da eher die Zahlen, die von einer offensichtlich importierten Inländerfeindlichkeit sprechen lassen müssten.“[2911]

Reichardt (MdB, ST) hatte sich bereits in einem Tweet vom 25. November 2024 in vergleichbarer Weise geäußert, als er schrieb:

„Mehr als 600 Frauen wurden Silvester 2015 Opfer sexueller Straftaten. Mehrheitlich wurden diese Taten von sogenannten Flüchtlingen verübt. [...] Seitdem

---

[2910] Reichardt, Martin: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabend in Merseburg (ST) am 07.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Heimatliebe 062“, abgerufen am 12.02.2025.
[2911] Ebd.

hat sich das Leben von Frauen in Deutschland verändert. Gruppenvergewaltigungen, Morde, sind in Deutschland 2024 alltäglich geworden. Keine Frau ist mehr sicher, zu keiner Zeit, an keinem Ort. […] Aber keiner benennt den Grund, warum die Gewalt gegen Frauen explosionsartig zugenommen hat. Wenn sie es täten, müssten sie ihre Mitschuld eingestehen, denn sie haben massenweise Männer in unser Land geholt, die dem frauenfeindlichen islamistischen Weltbild folgen.“[2912]

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Kay Gottschalk (MdB, NW) äußerte sich in einem am 25. Januar 2025 veröffentlichten Gespräch mit Sven Tritschler (MdL NW) zur Zulassung der Landesliste zur Bundestagswahl und zu aktuellen Entwicklungen in der Migrationspolitik. Dabei insinuierte er auf sarkastische Weise, beim Verweis deutscher Medien auf psychische Erkrankungen von migrantischen Gewalttätern handele es sich durchweg um bloße Schutzbehauptungen:

„Also ich glaube, die Botschaft sollte man den Menschen auch mittragen, wenn ihr wirklich wollt, dass eure Kinder wieder sicher zur Schule gehen, wenn ihr wollt, dass eure Töchter am Freitag auch sicher von der Diskothek nach Hause kommen, und wenn ihr wollt, dass einfach im Park eure Kinder nicht von irgendwelchen, meistens – ich weiß auch gar nicht, ob nur psychisch Gestörte nach Deutschland einwandern. Deutschland muss das Land sein, in dem die meisten psychisch Gestörten sind.“[2913]

(3) Nutzung von Begriffen wie „Messermigration“

Von Seiten der AfD bzw. ihrer Funktionärinnen und Funktionäre wurden Personen mit Migrationsgeschichte auch im Vorwahlzeitraum in pauschalisierender Weise durch die Verwendung des Präfixes „Messer“ verunglimpft. Wortneubildungen wie „Messermigration“, „Messerzuwanderung“ oder „Messermigranten“ stellen in herabwürdigender Weise eine direkte Kausalität zwischen Migration und der Zunahme von Straftaten mit Stichwaffen her.

[2912] Reichardt, Martin: Tweet vom 25.11.2024, abgerufen am 15.01.2025.
[2913] Gottschalk, Kay: Gespräch mit Sven Tritschler; veröffentlicht in: Tweet vom 25.01.2025, Kanal: „Sven W. Tritschler“, abgerufen am 28.01.2025.

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Christian Blex agitierte in seiner Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt (NW) am 15. Februar 2025 beispielsweise gegen *„Messerzuwanderung“*:

> *„Sie haben afrikanische, arabische Armutszuwanderung, komplett kulturfremd – Messerzuwanderung – in unser Land gelassen.“*[2914]

Steffen Kotré (MdB, BB) äußerte in einem Video vom 23. Januar 2025:

> *„Deutschland steht am Abgrund der inneren Sicherheit. Oeynhausen, Solingen, Mannheim, Magdeburg und jetzt Aschaffenburg. Wir haben unsere innere Sicherheit verloren. Schuld daran ist die Grenzöffnung. Schuld daran sind all diejenigen, die uns einreden wollen, unsere Gesellschaft müsse sich multi-kulturell öffnen und kulturfremde Menschen in unser Land lassen. Das ist Schuld daran. Und wir sehen, wie wird das jetzt kaschiert. Natürlich würde ich nicht gern in der Haut der linksgrün-Woken stecken, die mitverantwortlich für die Morde sind, die geleugnet haben, dass mit der fremden Kultur eben auch die Kriminalität und die Morde mit ins Land kommen. Wir hatten es schon vor Jahren im Deutschen Bundestag formuliert, Einwanderung ist immer auch Messereinwanderung.“*[2915]

In einem auf X veröffentlichten Video äußerte Lena Kotré (MdL BB) am 22. Januar 2025 angesichts des vorangegangenen durch einen Afghanen verübten Messerangriffs auf eine Kita-Gruppe in Aschaffenburg (BY):

> *„Remigration hätte das Leben des Kindes und des Mannes, der versucht hat, das Kind zu beschützen, retten können. Es ist unfassbar und es macht mich als Mutter wahnsinnig betroffen, wenn ich das höre. Man gibt morgens sein Kind in der Kita ab und wird es dann am Abend nicht mehr wiedersehen, weil diese ungezügelte Masseneinwanderung von Messermigranten in unser Land hier Einzug gehalten hat. […] Wir brauchen keine Zuwanderung aus Afghanistan. Wir brauchen keine Zuwanderung von Menschen, die nichts Gutes hier im*

[2914] Blex ,Christian: Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt am 15.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.02.2025, Kanal: „hamburger – junge“, abgerufen am 20.02.2025.

[2915] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 23.01.2025, Kanal: „SteffenKotre" abgerufen am 24.01.2025.

Sinne haben. Und wir brauchen schon gar keine Zuwanderung von Messermigranten. […] Liebe Freunde, das ist eine Machtdemonstration von Messermigranten und es ist auch eine Landnahme von diesen Menschen."[2916]

Lena Kotré (MdL BB) beschrieb in einem anderen Tweet vom selben Tag *„[d]iese Morde"* außerdem als *„systematisch"*:

> *„Das sind keine Einzelfälle! Diese Morde passieren systematisch und werden immer häufiger, bis wir endlich die Remigration durchsetzen und unser Land wieder unter Kontrolle bekommen. Selbst der Anschlag von Magdeburg ist mittlerweile aus den Medien und den Köpfen verschwunden – so häufig töten Migranten in Deutschland! Die beiden Toten von heute gehen auf das Konto von CDU, SPD, Grünen und FDP."*[2917]

Die AfD-Landtagsfraktion Brandenburg schrieb in einem Tweet, den die Landtagsabgeordnete Lena Kotré (BB) am 23. Januar 2025 weiterverbreitete:

> *„Die Bevölkerung möchte keine Messermigration!"*[2918]

Kotré forderte in ihrem dazugehörigen Tweet außerdem:

> *„Messermigration beenden, robuste Remigration starten!"*[2919]

Beatrix von Storch (MdB, BR) schrieb in einem Tweet vom 28. November 2024:

> *„Wir brauchen keine Messer-Verbotszonen. Nirgends. Wir brauchen nur weniger von diesen Messer-Männern, die ständig mit einem Messer durch die Gegend laufen, in unserem Land."*[2920]

Der AfD-Bundesverband schrieb in einem Tweet vom 3. Januar 2025:

> *„Nicht die Böller verletzen Menschen – sondern Migranten, die mit illegalen Böllern auf unsere Polizisten zielen. Nicht die Messer bringen Menschen um – sondern Messermigranten, die auf einfältige ‚Messerverbote' pfeifen."*[2921]

[2916] Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 22.01.2025, Kanal: „KotreLena", abgerufen am 24.01.2025.
[2917] Kotré, Lena: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2918] Kotré, Lena: Tweet vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2919] Ebd.
[2920] Storch, Beatrix von: Tweet vom 28.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2921] AfD: Tweet vom 03.01.2025, abgerufen am 17.01.2025.

Denselben Text enthielt auch ein unter dem Titel „Nicht Autos, Messer oder Böller sind das Problem: Zeit für Abschiebungen statt Verbote!“ veröffentlichter Text von AfD Kompakt.[2922]

Der damalige Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Goßner (mittlerweile MdB, BW) veröffentlichte am 23. Januar 2025 eine Grafik mit einem Flugzeug und der Aufschrift *„Zeit für eine Abschiebeoffensive!“* auf Facebook und schrieb hierzu:

> *„Hinter jedem Messermann steckt ein Altparteienpolitiker, der ihn eingeladen hat! #Aschaffenburg #Remigration“*[2923]

Oliver Kirchner (MdL ST) sprach im Rahmen eines Wahlkampfabends in Merseburg (ST) am 7. Februar 2025 sogar von *„Messer-Fachmännern“* und *„Messer-Dschihad“*:

> *„Wir haben hier noch eigene Straftäter, dann müssen wir nicht noch Straftäter praktisch hier nach Deutschland importieren und wenn ich hier sehe, dass Menschen Frauen und Kinder vor Züge stoßen, die Kinder sterben, die Mütter überleben und die ohne ihre Kinder weiterleben müssen, sowas gab es vor 2015 in Deutschland nicht. Habe ich noch nie gehört, dass es sowas gab. 36.000 Messerangriffe in drei Jahren. 36.000 Messerangriffe in drei Jahren. Das ist der Messer-Dschihad, den die ISIS angekündigt haben, der islamische Staat angekündigt hat und genau das passiert hier auf unseren Straßen. Die messern sich an unserer Aufnahmegesellschaft ab und wir bezahlen den ganzen Spaß. […] Wie gesagt, Schlauchboot-Fachkräfte und Balkanrouten-Wissenschaftler, da habe ich die Nase voll von. Von Messer-Fachmännern natürlich auch.“*[2924]

Ungeachtet dessen, dass es sich bei einigen der vorstehenden Äußerungen um Reaktionen auf Gewalttaten handelt, können diese angesichts der fortgesetzten Agitation seit der Verdachtsfalleinstufung nicht als spontane emotionale Entgleisungen eingeordnet werden. Vielmehr handelt es sich um ein bewusstes und parteiintern weit verbreitetes Argumentationsmuster, welches auch im Vorwahlzeitraum weiter genutzt wurde. Die dargelegten Verlautbarungen, die Begriffe wie *„Messerzuwanderung“*, *„Messermigranten“* oder *„Messer-Fachmänner“* beinhalten, sind in Bezug auf

---

[2922] AfD Kompakt: „Nicht Autos, Messer oder Böller sind das Problem: Zeit für Abschiebungen statt Verbote“ vom 03.01.2025, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 17.01.2025.
[2923] Goßner, Hans-Jürgen: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2924] Kirchner, Oliver: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabend in Merseburg (ST) am 07.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Heimatliebe 062“, abgerufen am 12.02.2025.

Diktion und Inhalt erkennbar darauf gerichtet, Geflüchteten und Zugewanderten ihre Menschenwürde abzusprechen.

(4) Assoziation von multikulturell geprägten Gesellschaften mit Gewalt und Kriminalität

Die verzerrende Darstellung multikultureller Gesellschaften als dysfunktional, unsicher und instabil durch Funktionärinnen und Funktionäre der AfD setzte sich auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs fort. Die multikulturell geprägte Gesellschaft wird dabei als Gegenentwurf zu der über Jahrhunderte gewachsenen *„Vertrauensgemeinschaft“*[2925] ethnischer Deutscher und als gleichbedeutend mit dem Niedergang Deutschlands beschrieben. In diesem Kontext werden gesamtgesellschaftliche Negativentwicklungen – insbesondere mit Blick auf die Verbreitung von Kriminalität und Gewalt – simplifizierend und tatsachenwidrig als ausschließlich oder überwiegend migrationsinduziert dargestellt.

Björn Höcke (MdL TH) trat am 18. Januar 2025 beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl in Arnstadt (TH) auf. In der Rede nahm er wie bereits in vorangegangenen Aussagen[2926] erneut Bezug auf die *„Vertrauensgemeinschaft, die über Jahrhunderte gewachsen ist“* und die Schädigung Deutschlands durch *„Multi-Kulti-Dekadenz“* und *„millionenfache Zuwanderung aus kulturfremden Kontexten“*:

> *„Schluss mit der Ausplünderung unseres Sozialstaates. Schluss mit Gender-Gaga und Multi-Kulti-Dekadenz. Schluss mit identitätszerstörender Einwanderung. Schluss mit Kriegstreiberei. Aber ja zur Zukunft unseres Vaterlandes. […] Die Migration ist die Mutter aller Krisen. Der Zerfall der inneren Sicherheit, der Zerfall unseres Sozialstaats bzw. die Plünderung unseres Sozialstaats, der Zerfall der schulischen Bildung in Deutschland, vor allen Dingen auch das Auflösen einer relativen Homogenität, ist bedingt durch eine unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung aus kulturfremden Kontexten. Gerade der letzte Punkt ist so enorm wichtig, wenn man Demokratiefreund ist. Denn Demokratie braucht, um zu leben und zu funktionieren, einen Konsens. Sie braucht die Existenz einer Vertrauensgemeinschaft, die über Jahrhunderte gewachsen ist, die in einem*

[2925] Höcke, Björn: Redebeitrag auf der Wahlkampfveranstaltung in Arnstadt (TH) am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. a. aa.)
[2926] vgl. Kapitel E. I. 2. c.

konfliktträchtigen Prozess das miteinander ausgehandelt hat, was man gut findet und was man schlecht findet. Sie braucht ein Wertefundament, damit sie blühen kann. Nur wenn es ein gemeinsames Wertefundament gibt, können Kompromisse gefunden werden. Nur dann kann Demokratie überhaupt gelebt werden. Das bedeutet relative Homogenität. Und diese relative Homogenität ist in Deutschland, zumindest in den Ballungsgebieten, schon weitestgehend zerstört. Deswegen müssen wir jetzt unbedingt den Bremsklotz einlegen. Wir brauchen eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik. Und dann kommen die Kartellparteienpolitiker und sagen, ja, das geht ja nicht. Wir leben in einer globalisierten Welt mit Reisefreiheit, mit Bewegungsfreiheit. Das sind doch alles Menschenrechte. Ja, sage ich dann. Das mag ja alles so sein. Aber das Heimatrecht, das Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden, ist auch Teil meiner Menschenwürde."[2927]

Wie bereits in Kapitel F. I. 1. a. ausgeführt, beschreibt Höcke eine *„relative"* ethnokulturelle Homogenität als essentiell für sozialen Frieden und Demokratie. Er stellt zudem auf eine über Jahrhunderte gewachsene *„Vertrauensgemeinschaft"* ab, welche die Basis für ein *„gemeinsames Wertefundament"* darstelle. Gemessen an diesen Anforderungen scheint Höcke unter einer *„relativen"* ethnokulturellen Homogenität tatsächlich aber eher eine nahezu absolute bzw. vollständige Homogenität als Grundbedingung für sozialen Frieden anzusehen. Ethnische Inhomogenität indessen führt seiner Ansicht nach unweigerlich zum Verlust der Identität und zu negativen gesellschaftlichen Entwicklungen. Auf diese Weise wird Migrantinnen und Migranten *„aus kulturfremden Kontexten"* pauschal eine zerstörerische Wirkung zugeschrieben. Höcke postuliert zudem ein *„Heimatrecht"* als Teil seiner Menschenwürde, welches ihm das *„Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden"*, einräume. Er schreibt damit sich selbst als Bestandteil der *„Vertrauensgemeinschaft"* einen höheren rechtlichen Status zu und missachtet im Gegenzug die Menschenwürde Zugewanderter.

Zudem setzte Höcke in seiner Rede die *„Multikulturalisierung"* Deutschlands mit dessen *„Deformation"* gleich:

[2927] Höcke, Björn: Redebeitrag auf der Wahlkampfveranstaltung in Arnstadt (TH) am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 03.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. a. aa.)

„Herr Merz, Herr Spahn, Herr Söder, ihr habt euch schuldig gemacht, weil ihr die Multikulturalisierung dieses Landes, die Deformation dieses Landes ohne Widerspruch über euch ergehen habt lassen, aus machtpolitischen Gründen, weil ihr in eurer Partei ja noch was werden wolltet.“[2928]

Anlässlich des Messerangriffs in Aschaffenburg (BY) schrieb Björn Höcke (MdL TH) am 23. Januar 2025 auf Facebook:

„Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch! […] Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen.“[2929]

Der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete René Springer schrieb in einem Tweet vom 12. Dezember 2024:

„Multikulturelle Gesellschaften sorgen für soziale Auflösung.“[2930]

In einem anderen Beitrag vom 29. November 2024 konstatierte Springer:

„Die multikulturelle Gesellschaft zerstört die Substanz unseres Bildungswesens. […] Wenn in Deutschland vom Fachkräfteproblem gesprochen wird, dann sollte hier als allererstes angesetzt werden! Wir können keine Fachkräfte generieren, wenn unser inklusiv-multikultureller Ansatz die Entwicklung unseres Nachwuchses dermaßen torpediert. Auch hier ist #Remigration die Antwort!“[2931]

Springer hält es für erforderlich, nicht-deutschen Kindern den Zugang zum Bildungswesen zu verwehren oder zumindest einzuschränken, um Nachteile für *„die Entwicklung unseres Nachwuchses“* zu vermeiden. Sofern eine solche Ungleichbehandlung

---

[2928] Ebd.
[2929] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 2.)
[2930] Springer, René: Tweet vom 12.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2931] Springer, René: Tweet vom 29.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.

an ethnischen Gesichtspunkten festgemacht werden soll, hätte dies eine menschenwürdewidrige Ungleichbehandlung von Kindern zur Folge.

Der brandenburgische Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré veröffentlichte am 30. Dezember 2024 auf X ein Interview, welches er dem Deutschland-Kurier gegeben hatte. Darin bezeichnete er die Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt, die sechs Tote und etliche Verletzte zur Folge hatte, faktenwidrig als *„islamistisches Attentat"* und führte aus:

> *„Aber wir sehen, das ist die Frucht der Saat, die die Altparteien über Jahre und Jahrzehnte in Deutschland gesät haben. Und wir schauen jetzt ins neue Jahr. Wir werden nicht länger ruhen. Und wir werden alles daran setzen, dass wir diese Politik der multikulturellen Umgestaltung Deutschlands beenden. Dass wir hier in Deutschland wieder Deutschland noch entdecken können."*[2932]

Der hessische Bundestagsabgeordnete Jan Nolte äußerte in seinem Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) im Hinblick auf die kommende Legislaturperiode:

> *„Das deutsche Volk ist in Not und es gibt viele Deutsche, die haben keine vier Jahre mehr. In diesen vier Jahren werden doch wieder Menschen durch vollziehbare Ausreisepflichtige umgebracht werden. […]*
> *Ja, und ich hätte dann gerne, dass Robert Habeck mal zu den Schülern geht, zu den vielen Schülern, die vor laufenden Kameras von Migrantengangs verprügelt und gedemütigt wurden. […] Die sollen zu den Eltern des 13-jährigen Finn fahren, den man auf einem Kieler Schulhof ins Herz gestochen hat, oder die sollen zu den Eltern hier in Wiesbaden fahren, des neunjährigen Jungen, den wollten zwei Migranten zwingen, einen brennenden Böller in den Mund zu nehmen. Meine Damen und Herren, wir versinken in Barbarei und Gewalt. Das ist keinen Tag länger auszuhalten. […]*
> *Und es ist extrem, hier über Jahre eine Massenmigration durchzuführen, die Deutschland nachhaltig verändert, auch aus demografischen Gründen, die dazu führt, dass wir Parallelgesellschaften im Land haben, die dazu führt, dass die Sicherheitslage immer schlechter wird, unter denen das Sozialsystem kollabiert, ohne dass irgendjemand das deutsche Volk jemals gefragt hätte, wollt ihr*

[2932] Kotré, Steffen: Interview mit dem Deutschland-Kurier; veröffentlicht in: Tweet vom 30.12.2024, Kanal: „Steffen Kotré", abgerufen am 02.01.2025.

> *eigentlich, dass Deutschland sich in dieser Art und Weise nachhaltig verändert?"*[2933]

Steffen Kotré (MdB, BB) stellte in einem auf der Plattform X veröffentlichten Videobeitrag ebenfalls einen Zusammenhang zwischen *„Masseneinwanderung"* und *„erhöhter Kriminalität"* her:

> *„Es gibt weniger Abschiebungen als im Vorjahr. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass die Verantwortlichen der Altparteien gar nicht abschieben wollen. Sie wollen weiter Masseneinwanderung und damit unser Volk, unsere Gemeinschaft schädigen. Wir wissen, Masseneinwanderung führt zu erhöhter Kriminalität. Sie führt dazu, dass unser Sozialstaat ausgehöhlt wird, wir bald kein Geld mehr haben. Und gelegentlich leider tötet Massenmigration auch. [...] Liebe Freunde, es ist kein Menschenrecht, in Deutschland zu sein. Und es ist ethisch geboten, diejenigen, die uns Schaden zufügen, wieder außer Landes zu schaffen. Wir werden im großen Stil abschieben. Wir haben Hunderttausende, die wir abschieben müssen, die eben von uns alimentiert werden. Das ist schon, ich würde sagen, fast schon kriminell von der Bundesregierung, dass sie an Leute hier unsere harte Arbeit, das Geld, verteilt, damit sie bleiben, obwohl sie gar nicht berechtigt sind. [...] Aber genau das passiert hier hunderttausendfach, wenn nicht gar millionenfach in Deutschland. Und das ist geschuldet eben der linksgrünen Politik für Masseneinwanderung zum Schaden von Deutschland."*[2934]

Die oben angeführten Aussagen spiegeln die Überzeugung von AfD-Funktionärinnen und Funktionären wider, wonach die Wandlung der Bevölkerungsstruktur hin zu einer multikulturellen Gesellschaft die autochthone Bevölkerung in ihrer Sicherheit und Unversehrtheit existenziell gefährde. Indem Zugewanderten pauschal vorgeworfen wird, Deutschland durch „Auflösung" der Gesellschaft, Schädigung des Volkes und „Barbarei" zu bedrohen, erfolgt eine massive Herabwürdigung dieser Personengruppe.

[2933] Nolte, Jan: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 03.02.2025.
[2934] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 28.11.2024, Kanal: „SteffenKotre", abgerufen am 18.12.2024.

bb. Zuschreibung okkupatorischer Absichten bzw. der Übernahme Deutschlands

Im Vorwahlzeitraum waren weiterhin auch Aussagen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD festzustellen, in denen Migrantinnen und Migranten okkupatorische Absichten zugeschrieben werden.

Die hessische Europaabgeordnete Christine Anderson deutete in einem Tweet vom 11. Dezember 2024 eine anlässlich des Zusammenbruchs des Assad-Regimes durchgeführte Versammlung von Syrern in Essen (NW) als *„Machtdemonstration“* und unterstellte den Beteiligten, sich zu *„neuen Herren aufschwingen“* zu wollen:

> *„Die Polizei ist völlig überfordert, der Autoverkehr bricht teilweise zusammen. So sieht es aus, wenn ein ehemals stabiles Land in #Parallelgesellschaften zersplittert. Wo sich die respektlosen Gäste von einst mittlerweile zu den neuen Herren aufschwingen & machen, was sie wollen. Es ist nicht nur der Jubel zum Sturz von #Assad, es ist auch eine #Machtdemonstration gegenüber den schwachen Deutschen. Allerdings: Assad ist jetzt weg & damit auch euer Fluchtgrund! Geht nach Hause, feiert dort & vor allem: baut euer Land wieder auf! Ich wünsche gute Heimreise! #Remigration“*[2935]

Die Aussage insinuiert, syrische Geflüchtete hätten es sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zu erobern und die *„schwachen Deutschen“* zu dominieren.

Noch schärfer äußerte sich am 8. Januar 2025 Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, in einem Tweet:

> *„Die Invasoren führen sich bereits auf wie die neuen Herrn im Lande.“*[2936]

Martin Renner (MdB, NW) sprach in einem Facebook-Eintrag vom 11. November 2024 mit Blick auf die Migrationspolitik von einer *„Invasoren-Problematik der neuerlich hierher Hereindrängenden“*:

> *„Heute feiern wir das Begräbnis des heiligen Martin. […] Die heutigen Politiker – obwohl schon lange vom wahren christlichen Glauben abgefallen – benutzen regelmäßig die Mantelteilung des Heiligen um Barmherzigkeit und Nächsten-*

[2935] Anderson, Christine: Tweet vom 11.12.2024, abgerufen am 13.12.2024.
[2936] Küble, Fabian: Tweet vom 08.01.2025, abgerufen am 08.01.2025.

> *liebe gegenüber den in unser Land hereinbrechenden Migranten von den Bürgern einzufordern. Aber dieser Ansatz ist grundsätzlich verlogen, schief und in die Irre führend. […] Auch und gerade in Zeiten der Invasoren-Problematik der neuerlich hierher Hereindrängenden. Mitmenschlichkeit ist und bleibt eine individuelle Angelegenheit und kein staatlich aufgeplusterter und durch Scheinargumente vorgetragener Popanz, der die christlich begründete Pflicht zur Eigenvorsorge und Eigenverantwortung des Individuums, seiner Familie und auch seiner Gemeinde – auch Subsidiarität genannt – negiert und auch zerstören will.“*[2937]

Steffen Kotré (MdB, BB) sprach in einem Tweet vom 22. Januar 2025 im Kontext des Messerangriffs in Aschaffenburg (BY) von einer „*Invasion unseres Landes*“ und „*importierte[m] Terror*“[2938].
Durch den Rückgriff auf das Bild einer Invasion, also ein militärisches Eindringen feindlicher Truppen in fremde Räume, zeichnen Renner und Kotré hier das Szenario eines überfallartigen, massenhaften und feindlichen Eindringens nach Deutschland und suggerieren letztlich die Notwendigkeit der kompromisslosen Verteidigung und Zurückdrängung.

Der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein agitierte im Januar 2025 auf Facebook gegen „*Talahons*“[2939] und bezeichnete diese als „*Jogginghosen-Krieger*“:

> *„Keinen Bock auf ‚Talahons‘? Am 23. Februar AfD wählen! Deutschland, das Land der Dichter und Denker - oder mittlerweile das Land der Schattenboxer und Bauchtaschen? Während Goethe und Schiller im Grab rotieren, versammeln sich auf TikTok die ‚Talahons‘: Gucci-Cap, Einweg-Vape und ein ‚Bruder, was los?!‘ auf den Lippen. Wer kennt sie nicht, die jungen Migranten, die selbstsicher vor den Kameras posen? Doch genug ist genug! Unsere Innenstädte verkommen zu Laufstegen für Jogginghosen-Krieger, die sich in der Spiegelung der Schaufenster bewundern. Während fleißige Bürger arbeiten,*



[2937] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 11.11.2024, abgerufen am 07.02.2025.
[2938] Kotré, Steffen: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2939] Der in der Jugendsprache verbreitete Begriff „Talahon“ ist eine mit Stereotypen behaftete Bezeichnung für junge Männer mit zumeist muslimisch geprägter Migrationsgeschichte.

> *chillt diese spezielle Gruppe an ‚Kulturbereicherern' in Shisha-Bars und postet Videos mit Fake-Louis-Vuitton-Gürteln."*[2940]

Mary Khan-Hohloch (MdEP, HE) verglich im Dezember 2024 die Situation der Ukraine im russischen Angriffskrieg mit jener Deutschlands angesichts der Migrationspolitik:

> *„Statt sich derartig verbissen in die Eskalation geopolitischer #Konflikte hineinzusteigern, sollte die #EU lieber für den Schutz der eigenen Grenzen sorgen! [...] Die #Ukraine verteidigt ihre Souveränität. Aber warum verwehrt man uns dasselbe? Wer sich nicht um die #Sicherheit und #Integrität der eigenen Grenzen kümmert, sorgt für Chaos, Kriminalität und sozialen Zerfall. Und das ist keine Prognose, sondern eine Bestandsaufnahme. Grenzschutz rettet Leben! #Deutschland muss wieder handlungsfähig werden. Unsere Grenzen müssen kontrolliert und illegale Migration gestoppt werden. #Schengen ist tot und begraben. Dass die EU zum 1. Januar 2025 auch noch Bulgarien in die Freizügigkeit aufzunehmen will, zeigt: Auch das neue Kabinett von der Leyen verfolgt die radikale Migrationspakt-Agenda ungebrochen und ist fest entschlossen, unser #Europa der souveränen Nationen zu einem Siedlungsgebiet zu machen."*[2941]

Khan-Hohloch zieht hier einen völlig unsachlichen Vergleich zwischen den die Existenz der Ukraine bedrohenden Auswirkungen des russischen Angriffskriegs mit den Folgen der Migrationspolitik für Deutschland. In Kombination mit der Unterstellung, Deutschland werde zum *„Siedlungsgebiet"* gemacht und dadurch in seiner Integrität und Souveränität verletzt, wird Migrantinnen und Migranten eine den Bestand des Landes gefährdende Wirkung zugeschrieben.

In den oben dargelegten Äußerungen werden Geflüchtete und Zugewanderte kollektiv als kulturfremde Eindringlinge und Invasoren verunglimpft, welche Deutschland erbeuten und beherrschen wollten. Menschen mit Migrationsgeschichte werden auf diese Weise pauschal als erhebliche Bedrohung für Deutschland dargestellt, die es konsequent abzuwehren gelte. Die fortlaufende Diffamierung und Verächtlichmachung dieser Personengruppe, die in letzter Konsequenz auch zu einer abgewerteten Behandlung der Betroffenen führt, verstoßen gegen das Prinzip der Menschenwürde.

[2940] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 14.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.
[2941] Khan-Hohloch, Mary: Tweet vom 04.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

cc. Konstruktion einer kulturellen Inkompatibilität und Regressivität von Migranten

Weiterhin lassen sich in Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD Postulate einer generellen Inkompatibilität und Regressivität von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten finden.

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) machte in einem am 11. Februar 2025 veröffentlichtem Interview pauschal die arabische bzw. islamische Kultur für Respektlosigkeit, Verwahrlosung und soziale Konflikte verantwortlich:

> *„Sie müssen sich jetzt auch vorstellen, Sie sagten jetzt gerade, wir sind an vielen Asylunterkünften, Sie sind gar nicht an Asylunterkünften vorbeigefahren, das waren schlichtweg normale Mietswohnungen. Sie haben einen Ausschnitt aus der Lebensrealität hier, vor allem aus dem Gelsenkirchener Süden gesehen, also viel Müll, der einfach schlichtweg abgelagert wird von Menschen, die den Müll teilweise einfach aus dem Fenster rauswerfen. Wenn jetzt wärmere Bedingungen wären, würden Sie sehen, wie es dann vor den jeweiligen Eingangstüren aussieht, man grillt dann gerne, plötzlich auf dem Bürgersteig, also alles das, was für Sie kulturfremd ist, wird dann hier gelebt, weil schlichtweg bestimmte Bevölkerungsethnien hier in einer Masse angekommen sind und wir kennen das Problem, keine Wohnsitzauflage, dann fährt man dahin, wo man eben jemanden kennt und dann passiert das, was wir da hinten wahrnehmen, es ist ein Straßenzug an arabischen Geschäften. […] Sie müssen sich vorstellen, wir reden vom Bevölkerungsaustausch, dafür landen wir im Verfassungsschutzbericht. […] Das ist eine reine Umvolkung, die man hier erlebt. Sie sehen teilweise zu bestimmten Uhrzeiten, dass Kinder von sechs, sieben Jahren kleine Mädchen schon Kopftücher tragen. Sie können auch gerne durch die Innenstadt, Sie sehen allein die Masse, die Masse, ich kenne das von früher nicht. Es ist die Masse von immer jünger werdenden Mädchen, die Kopftuch tragen. Das ist nicht die deutsche Kultur. […]*
>
> *Diese völlige enthemmte Respektlosigkeit, die in dieser Gesellschaft Einzug erhalten hat. Und ich sage Ihnen das ganz deutlich, das hat sehr wohl mit einer bestimmten Kultur zu tun. Das ist so. Das hat mit einer Kultur zu tun und das wollen einige aber hier einfach schlichtweg ignorieren. […] Aber ich erlebe immer wieder in dieser Gesellschaft, dass Menschen tatsächlich so einen Bogen*

machen, weil sie einfach immer wieder den Konflikten aus dem Weg gehen. Das ist so spürbar, wie die Deutschen und das sind dann die Bio-Deutschen, von denen Sie gerade gesprochen haben, die gehen den Konflikten aus dem Weg. Sie meiden, sie wechseln lieber die Straßenseite, weil sie sagen, das ist mir zu heikel. Und ich finde, das ist so traurig, wie die Selbstbehauptung in diesem Land so dermaßen nachgelassen hat. Aber wen wundert es? Es wird von dieser Politik vorgelebt."[2942]

Seli-Zacharias klassifiziert Geflüchtete in ihren Ausführungen pauschal als „*kulturfremd*", stellt andererseits aber auch auf „*bestimmte Bevölkerungsethnien*" ab und offenbart damit, dass ihre abwertende Haltung letztlich auf dem ethnischen Volksbegriff fußt. Dies wird auch durch die Gegenüberstellung von „*Bio-Deutschen*" und „*Talahons*" verdeutlicht und mündet in der Feststellung einer „*Umvolkung*". Seli-Zacharias geht es somit keineswegs um die Kritisierung desolater Zustände im Umfeld von Unterkünften für Geflüchtete, sondern um die pauschale Verächtlichmachung dieser Personengruppe.

Thorsten Weiß (MdA) schrieb in einem Telegram-Beitrag vom 23. Januar 2025 unter Bezugnahme auf den Messerangriff eines Afghanen auf eine Kitagruppe in Aschaffenburg (BY):

> *„Die Massenzuwanderung von Menschen aus gewaltaffinen mittelalterlichen Kulturen ist tödlich. Trotzdem wird diese Entwicklung gefördert und Abschiebungen planmäßig verhindert."*[2943]

In einem Tweet vom 25. November 2024 prangerte das AfD-Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) an, eine „*verfehlte Migrationspolitik und Asylmissbrauch*" habe zum „*100000fachen Import von Menschen aus zutiefst rückständigen und frauenfeindlichen Kulturen geführt*".[2944]

Der Kandidat der AfD Thüringen für die Bundestagswahl 2025 Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) veröffentlichte auf TikTok am 17. Januar 2025 ein Wahlkampfvideo, in dem er die Remigration von „*Illegalen und nicht Integrierbaren*" forderte:

[2942] Seli-Zacharias, Enxhi: Aussagen im Interview mit Hallo Meinung; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.02.2025, Kanal: „Hallo Meinung", abgerufen am 12.02.2025.
[2943] Weiß, Thorsten: Telegram-Beitrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2944] Reichardt, Martin: Tweet vom 25.11.2024, abgerufen am 15.01.2025.

„Deiner Oma droht Altersarmut. Deutschlands Sozialkassen sind leergeplündert. Offene Grenzen, Toleranzbesoffenheit des deutschen Establishments haben dafür gesorgt, dass kein Geld mehr für unsere Großeltern da ist. […] Im Februar diesen Jahres hast du die Wahl. Altersarmut für Oma und Opa oder Remigration von Illegalen und nicht Integrierbaren.“[2945]

Die oben stehenden Aussagen unterstellen, dass Zugewanderte aus bestimmten Kulturen angesichts ihrer Herkunft per se nicht integrierbar seien und werten sie damit pauschal ab. Die Forderungen nach einer generellen Remigration solcher vermeintlich nicht integrierbarer Migrantinnen und Migranten stehen im Gegensatz zu einem rechtlich gebotenen differenzierenden, individuelle Gegebenheiten berücksichtigenden Vorgehen und weisen den Betroffenen damit einen rechtlich niedrigeren Status zu als Personen aus anderen Kulturen.

dd.Forderung kollektiver Rückführungsmaßnahmen

Im Zeitraum vor der Bundestagswahl 2025 waren überdies weiterhin zahlreiche Äußerungen festzustellen, welche die kollektive Rückführung von Migrantinnen und Migranten fordern. Dabei wurde vorrangig auf die „Remigration“ all jener Personen abgestellt, die für vermeintliche Missstände in Deutschland verantwortlich gemacht werden.

Anlässlich des vorangegangenen durch einen Afghanen verübten Messerangriffs auf eine Kita-Gruppe in Aschaffenburg (BY) nahm Björn Höcke (MdL TH) in einem Facebook-Eintrag vom 23. Januar 2025 Bezug auf seine bereits in der Vergangenheit[2946] formulierte Forderung nach einem groß angelegten *„Remigrationsprojekt“* in Verbindung mit einer *„Politik der ‚Wohltemperierten Grausamkeit‘“*:

„Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch! Als ich vor einigen Jahren in ‚Nie zweimal in den denselben Fluß‘ den fortgeschrittenen Prozeß des deutschen Staatszerfalls beschrieb, führte ich zu möglichen Gegenmaßnahmen aus: ‚Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird

---

[2945] Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 17.01.2025, Kanal: „robertteske“, abgerufen am 03.02.2025.

[2946] Vgl. Gutachten AfD und Teilorganisationen 2019, S. 396 f.

man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚Wohltemperierten Grausamkeit', wie es Peter Sloterdijk sagte, herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.' Und ich mahnte, was oft unterschlagen wird, aus meiner ethischen Verantwortung heraus im folgenden Satz an: ‚Man sollte daher so human wie irgend möglich, aber auch so konsequent wie nötig vorgehen.' Ich setzte damit bewußt einen Kontrapunkt zur damaligen Bundeskanzlerin Merkel, die den Migrantentsunami über Deutschland hinweggehen ließ, weil sie die unschönen Bilder an der Bundesgrenze fürchtete. Ich tat es, wohl wissend, Opfer von Haß und Hetze durch das polit-mediale Establishment zu werden, weil ich ahnte, wie grausam die Folgen für Deutschland werden würden. Die Bluttat von Aschaffenburg steht für diese grausamen Folgen. […] Trump weiß, es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht. Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen. Es ist Zeit für Deutschland!"[2947]

Höcke knüpft hier an seine Ausführungen im 2018 erschienenen Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluß" an und erneuert seine Forderung, im Rahmen der Remigrationspolitik auch Maßnahmen zu ergreifen, die dem moralischen Empfinden der Bevölkerung seiner Einschätzung nach zuwiderlaufen könnten. Auch stellt er humanes und konsequentes Handeln einander implizit gegenüber. Seine Aussage, es gebe *„kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht"*, lässt den Schluss zu, sich hierbei nicht an international geltendes Recht gebunden zu sehen. Eine rechtliche Schlechterstellung von Menschengruppen auf Grundlage eines imaginierten *„Recht[s] eines souveränen Volkes"* wäre letztlich willkürlich und würde die Betroffenen in ihrer Menschwürde verletzen.

[2947] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 3. a.)

Das Bundesvorstandsmitglied Heiko Scholz (MdL HE) kommentierte die Gewalttat von Aschaffenburg am 22. Januar 2025 mit folgendem Wortlaut:

> *„Ich kann, ich will (!) es nicht mehr lesen! Deshalb #Remigration! Konsequente Remigration!*
>
> *‚Unser Gesindel haben wir im Land, wir brauchen keines aus dem Ausland zusätzlich importieren.' Otto Landsberg (1869-1957), deutsch-jüdischer Sozialdemokrat (#SPD) und Justizminister in der Weimarer Republik im Kabinett Scheidemann –*
>
> *#Aschaffenburg"*[2948]

Das in Bezug genommene Zitat Landsbergs konnte hier nicht verifiziert werden. Unabhängig von dessen Kontext macht sich Scholz aber die Formulierung zu eigen, die Regierung importiere *„Gesindel"* aus dem Ausland. Zwar äußerte er dies mit Bezug auf einen konkreten Gewalttäter, schließt aber sogleich die pauschalisierende Forderung nach umfassenden Rückführungsmaßnahmen an.

Thorsten Weiß (MdA) schrieb am 22. Januar 2025 auf X:

> *„Der Täter ist Afghane! Abgeschlachtet hat er einen 2-jährigen Jungen. Millionenfache Remigration jetzt! #Aschaffenburg"*[2949]

Lena Kotré (MdL BB) teilte am 23. Januar 2025 den Tweet eines anderen Nutzers, der die Forderung *„#Remigration statt #Brandmauertote"*[2950] und das beigefügte Bild beinhaltete.



Nach der Amokfahrt eines Afghanen am 13. Februar 2025 in München (BY) veröffentlichte der bayerische Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Rainer Rothfuß auf Telegram einen Videobeitrag, in dem er seine Auffassung des Begriffs „Remigration" erläuterte:

[2948] Scholz, Heiko: Facebook-Eintrag vom 22.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.
[2949] Weiß, Thorsten: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2950] Kotré, Lena: Retweet eines Tweets vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

„Und da geht es nicht nur um die Abschiebung schwerer Straftäter, sondern auch um die Rückführung vieler Hunderttausender, die kaum integrierbar sind in unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme, es sei denn, es handelt sich um die sozialen Sicherungssysteme.“ [2951]

Der bayerische AfD-Landesverband verabschiedete am 23. November 2024 auf seinem Landesparteitag in Greding (BY) einstimmig die „Bayerische Resolution für Remigration“. Diese wurde vom stellvertretenden Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Rainer Rothfuß eingereicht und fordert die Abschiebung von *„Personengruppen mit schwach ausgeprägter Integrationsfähigkeit und -willigkeit“*:

„Personengruppen mit schwach ausgeprägter Integrationsfähigkeit und -willigkeit sollen mittels obligatorischer Rückkehrprogramme in ihre Heimat rückgeführt und bei der dortigen Reintegration in ihre Herkunftsgesellschaft sowie beim (Wieder-)Aufbau ihrer Heimat unterstützt werden.“[2952]

Die AfD Bayern und ihr stellvertretender Landesvorsitzender Rothfuß halten demnach eine Abschiebung von Straftätern und Ausreisepflichtigen nicht für ausreichend, sondern erweitern die Zielgruppe um Personen, die für *„kaum integrierbar“* gehalten werden. Eine entsprechend auslegungsweite und willküroffene Einstufung erfolgt offenbar unabhängig von einer möglichen individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit.

Im Vorwahlzeitraum waren zudem zahlreiche Äußerungen von Vertretern der AfD festzustellen, in denen pauschal *„millionenfache“* Remigration gefordert wurde.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) beispielsweise hielt am 3. Januar 2025 auf der Aufstellungsversammlung der AfD Nordrhein-Westfalen zur Bundestagswahl 2025 eine Rede, in der er äußerte:

„Was soll denn die Antwort sein auf all das Blut von Einheimischen, was in unseren Innenstädten fließt? Die Antwort kann nur lauten: Remigration, millionenfache Remigration!“[2953]

[2951] Rothfuß, Rainer: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 13.02.2025, Kanal: „rainer-rothfuss“, abgerufen am 14.02.2025.

[2952] Alternative für Deutschland Landesverband Bayern: „Bayerische Resolution für Remigration zum Landesparteitag in Greding am 24.11.24“.

[2953] Helferich, Matthias: Rede auf der Aufstellungsversammlung am 03.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 09.01.2025, Kanal: „Matthias Helferich MdB“, abgerufen am 03.02.2025.

Der thüringische Bundestagswahlkandidat Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) forderte in einem Wahlkampfvideo vom 15. Januar 2025 auf TikTok Remigration und *„millionenfache“* Abschiebungen, um soziale Probleme in Deutschland zu lösen:

> *„Was? Natürlich können wir millionenfach abschieben! Alleine über den Berliner Flughafen werden jedes Jahr 23 Millionen Passagiere bewegt. Und in Frankfurt sind es sogar 59 Millionen! Remigration wäre also ohne Probleme machbar und bietet nur Vorteile: Mehr Platz, günstigere Mieten, weniger Kriminalität, geringere Steuerlast. Das Problem ist, es ist einfach nicht gewollt. Viele Menschen profitieren nämlich von dieser Masseneinwanderung und wollen, dass es genauso weitergeht. Mit uns, mit der Alternative für Deutschland, wird es das nicht geben. Denn wir stehen für eine Kehrtwende in der Migrationspolitik. Wenn Du diese Kehrtwende auch möchtest, dann musst du am 23. Februar zur Bundestagswahl die Alternative für Deutschland wählen. Und zwar mit beiden Stimmen.“*[2954]



Dominik Kaufner (MdL BB) teilte am 12. Dezember 2024 auf X einen Tweet von Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) mit der beigefügten Grafik. Dazu schrieb Kaufner:

> *„#Remigration kann so einfach sein. Klappt übrigens auch millionenfach.“*[2955]

Am 14. Dezember 2024 schrieb er:

> *„Wir benötigen nicht nur ein Ende der illegalen Migration, sondern vor allem eine großangelegte #Remigration. Millionenfach.“*[2956]

In einem weiteren Tweet vom 21. Dezember 2024 schrieb Kaufner:

> *„Mir ist es übrigens vollkommen gleich, ob Ausländer ihren Hass auf uns #Deutsche nun mit dem #Islam oder sonst irgendwie begründen. Die nie enden wollenden Diskussionen um religiöse oder politische Motive, um psychische Störungen, Traumata und ein Gefühl der Fremdheit im Aufnahmeland verstellen*

[2954] Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 15.01.2025, Kanal: „robertteske“, abgerufen am 03.02.2025.
[2955] Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 14.12.2024, abgerufen am 06.01.2025.
[2956] Kaufner, Dominik: Tweet vom 14.12.2024, abgerufen am 06.01.2025.

den Blick auf eine einfache Wahrheit: Millionenfache #Migration ist das Problem und millionenfache #Remigration ist die Lösung.“[2957]

Am Rande der Wahlkampfveranstaltung der AfD in Erfurt (TH) am 22. Februar 2025 posierten Mitglieder der Jungen Alternative mit einem Banner mit der Aufschrift *„RE-MIGRATION RETTET LEBEN!“*. Sophie Elli Wolfram (JA ST) verbreitete ein entsprechendes Foto auf Instagram:[2958]



Die AfD Saarland bewarb im Januar 2025 auf X ihren „Abschiebekalender“, welchen sie im Gegenzug für Spenden für den Bundestagswahlkampf anbot:

> *„+++ Unser neuer Abschiebekalender ist da+++*
> *Für jede Spende ab 25,- € erhaltet ihr gratis unseren neuen Abschiebekalender. Nutzt dazu den Verwendungszweck ‚Wahlkampf 2025‘ und euren Namen + Anschrift, damit wir euch den Kalender zuschicken können.“*



Eine beigefügte Grafik zeigte einzelne Seiten des Kalenders, u. a. mit der Aufschrift *„ABSCHIEBEN MILLIONENFACH!“* und *„REMIGRATION FÜR DEN TALAHON!“*[2959]

Die wiederholt formulierte Forderung nach millionenfacher Remigration geht grundsätzlich weit über den Kreis der tatsächlich ausreisepflichtigen Personen hinaus. Dies weist darauf hin, dass der Aufenthaltsstatus nicht als Grundlage für die Forderung

---

[2957] Kaufner, Dominik: Tweet vom 21.12.2024, abgerufen am 06.01.2025.
[2958] Wolfram, Sophie Elli: Instagram-Eintrag vom 26.02.2025, abgerufen am 31.03.2025.
[2959] AfD Saarland: Tweet vom 23.01.2025, ohne Abrufdatum.

nach Abschiebungen herangezogen werden soll. Vielmehr dürften hiervon Menschen betroffen sein, die dem Verständnis der AfD zufolge nicht als deutsch gelten.

Der AfD-Kreisverband Karlsruhe (BW) verteilte im Januar 2025 im Rahmen des Bundestagswahlkampfs Medienberichten zufolge Wahlkampfmaterial in Form eines „Abschiebeticket[s]“ an 30.000 Haushalte. Der im Stil eines One-Way-Flugtickets gestaltete Flyer richtet sich an *„illegale Einwanderer“* und hat als Zielort *„sicheres Herkunftsland“*. Check-In-Zeit ist der Tag der Bundeswahl sowie die Uhrzeit der Öffnung der Wahllokale (*„08-18:00“*). Erst auf der Rückseite des „Flugtickets“ erfolgt eine Konkretisierung der Forderungen, u. a. dass die Zahlung von Bürgergeld an die Staatsbürgerschaft geknüpft sein soll. Ebenso findet sich auf dem Ticket der *Slogan „Nur Remigration kann Deutschland noch retten“* sowie die Aussagen *„Zuhause ist es auch schön“* und *„Staatsbürger werden nicht abgeschoben“*.[2960] [2961]



Funktionärinnen und Funktionäre der AfD weisen mediale Kritik an den Remigrationsforderungen der Partei und am Rekurs auf den Begriff Remigration vielfach mit dem vermeintlichen Argument zurück, es gehe lediglich um eine rechtsstaatskon-

[2960] AfD Karlsruhe: „Abschiebeflyer“, in: https://afd-ka.de, abgerufen am 14.01.2025.
[2961] T-online: „AfD schockiert mit ‚Abschiebeticket‘“ vom 13.01.2025, in: www.t-online.de, abgerufen am 14.01.2025.

forme und gebotene Rückführung nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer. Das häufig geäußerte Postulat einer *„millionenfachen Remigration"* steht aber im Widerspruch zur viel geringeren Zahl der tatsächlich ausreisepflichtigen Personen.

Marc Bernhard (MdB, BW) nahm zu der Verteilung der „Abschiebetickets" wie folgt Stellung:

> *„Kartellparteien drehen durch wegen 'Abschiebeticket'*
> *Weil unser Kreisverband in Karlsruhe über einen Wahlwerbeflyer die Durchsetzung geltenden Rechts fordert, nämlich die umgehende Abschiebung von Illegalen, scheinen einige Vertreter der Altparteien völlig die Contenance zu verlieren. In diesem Zusammenhang wird wie üblich mit billigen Tricks agiert, indem bestimmte Inhalte weggelassen bzw. aus dem Zusammenhang gerissen werden."*[2962]

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Rainer Rothfuß (BY) äußerte sich in einem Interview mit der AfD Bayern folgendermaßen zur Kritik an der Verwendung des Begriffs „Remigration":

> *„Ja, das Wort Remigration wurde uns total vermiest durch eine Psy-Op, also das heißt durch psychologische Kriegsführung, konzertierte Aktionen mithilfe von Correctiv, der Bundesregierung, 1300 Organisationen, die uns angegriffen haben und den Begriff Remigration letztendlich zum Stein des Anstoßes auserkoren haben. Remigration wurde sofort gleichgesetzt mit Deportation von Millionen von Menschen. Es wurde dann angeknüpft sogar in irrsinniger Weise an die Herrschaft des Nationalsozialismus. Es wurde Deportation im Zuge von Wannsee 2.0 heraufbeschworen. Ein Irrsinn. Wirklich psychologische Kriegsführung gegen die AfD, Manipulation der Massen."*

Die Remigration der angesprochenen Personengruppen wird dabei von Rothfuß als Wiederherstellung einer *„natürliche[n] Ordnung"* dargestellt:

> *„Und da ist es mir ganz wichtig gewesen, jetzt mal einen Punkt zu setzen hier und zu sagen, Moment, Remigration ist ein wissenschaftlicher Begriff. Dahinter*

[2962] Bernhard, Marc: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 14.01.2025.

> *steckt ein ausgeklügeltes und sogar humanes Konzept. Es ist die Wiederherstellung von Ordnung, natürliche Ordnung, Durchsetzung von Recht und Ordnung.“*[2963]

Die AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) befürwortete in ihrer Dankesrede anlässlich ihrer Wahl zur Kanzlerkandidatin der AfD für die Bundestagswahl 2025 auf dem AfD-Bundesparteitag in Riesa (SN) die Verwendung des Begriffs „Remigration“:

> *„Die Versorgung von Asylbewerbern von Geld- auf Sachleistungen umstellen, Sozialleistungen für Nicht-Aufenthaltsberechtigte streichen und Rückführung im großen Stil durchführen. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn es dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben RE-MIGRATION.“*[2964]

Weidel geht hier nicht näher auf den Umfang der geforderten Rückführungen ein. Dabei ist anzunehmen, dass die Verwendung des Begriffs „Remigration“ gezielt als Provokation dienen soll und absichtlich nicht näher in einen Kontext eingegliedert wird, um sowohl die innerparteilichen Stimmen der Forderung einer pauschalen Remigration (*„millionenfache Remigration“*[2965]) zu bedienen, dabei gleichzeitig in ihrer Rede jedoch keine rechtliche Angriffsfläche zu bieten. Die Aussage stellt daher isoliert betrachtet keinen Anhaltspunkt für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Weidel verwendet hier aber bewusst einen Begriff, der im Sprachgebrauch der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten fest etabliert ist. Auch in der AfD selbst konnten Anhaltspunkte für eine Verwendung des Begriffs in der vom OVG NRW dargelegten Form festgestellt werden. Die Bezugnahme hierauf lässt jedenfalls auf eine fehlende Distanzierung seitens der Co-Bundessprecherin und -Bundesfraktionsvorsitzenden im Hinblick auf eine verfassungsfeindliche Verwendung des Begriffs in ihrer Partei schließen.

[2963] Rothfuß, Rainer: Aussagen im Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.11.2024, Kanal: „AfD Bayern TV“, abgerufen am 25.11.2024.

[2964] Weidel, Alice: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

[2965] Beispielhaft: Boßdorf, Irmhild: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023, veröffentlicht im Livestream „Live: Tag 2 der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.

ee. Zwischenfazit

Im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs waren die Themenfelder Asyl und Migration weiterhin besonders bedeutsam in der Agitation der AfD. Dabei stand die Auseinandersetzung mit konkreten Straftaten im Zentrum. Die Partei und ihre Funktionärinnen und Funktionäre nahmen dabei das gewalttätige Verhalten Einzelner zum Anlass, Zugewanderte in abwertender Weise als allgemein bedrohliches Kollektiv darzustellen. Bisweilen brachten Vertreterinnen und Vertreter der AfD auch zum Ausdruck, dass bestimmte Straftaten überhaupt erst mit dem Zuzug von Migranten „importiert" worden seien. Männlichen Zuwanderern wurde darüber hinaus pauschal eine erhöhte Neigung zu Sexualstraftaten unterstellt, die auf ihre „Kultur" und ein damit vermeintlich verbundenes archaisches Frauenbild zurückgeführt wurde.

Die im Vorwahlzeitraum festgestellte Agitation war insgesamt erkennbar darauf ausgerichtet, Migrantinnen und Migranten pauschal herabzusetzen und mithin geeignet, Menschen mit Migrationsgeschichte in ihrer Menschenwürde zu verletzen. Verglichen mit Äußerungen, die im übrigen Zeitraum der Verdachtsfallbeobachtung angefallen sind, war während des Bundestagswahlkampfs keine Mäßigung festzustellen

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

Wie bereits im Kapitel E. I. 1. c. aufgeführt, finden sich im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsschutzrelevante Positionierung der AfD gegenüber Musliminnen und Muslimen und dem Islam insgesamt. Fraglich ist, ob seitens der AfD auch während des Bundestagswahlkampfs eine muslim- und islamfeindliche Positionierung fortgesetzt wurde oder aber eine inhaltliche Mäßigung festzustellen ist. Dies gilt es im Folgenden zu prüfen.

Für die Zeit des Bundestagswahlkampfs lassen sich weiterhin Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD ermitteln, die vorwiegend auf den muslimischen Glauben oder Aspekte der Religionsausübung Bezug nehmen und eine muslimfeindliche Einstellung belegen könnten. Wie in den bereits dargelegten Zitaten werden auch in den hiesigen Äußerungen pauschal negative Werturteile über den Islam und seine Anhängerinnen und Anhänger verbreitet, die letztere ausgrenzend etwa als gewalttätig, bedrohlich und unerwünscht stilisieren.

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

aa. Bewusste Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen: Pauschale Beschreibung als gewalttätig und gefährlich

So veröffentlichte Katrin Ebner-Steiner (MdL BY) etwa im Januar 2025 den Tweet eines Users namens Julian Adrat mit folgendem Inhalt:

> *„Jetzt ganz langsam und damit ich es klar verstehe: mehr als HUNDERT Jugendliche jagen einen 13-Jährigen, um ihn in Berlin abzustechen!? Der Junge flüchtet in Todesangst in einen EDEKA und versteckt sich zwischen Getränkekästen. Eine POLIZEIHUNDERTSCHAFT rückt an, um Bio-Deutsches Blut vorm jämmerlichen Verrecken zu retten. Und es wird klar: der Geburtendschihad ist längst zum Bürgerkrieg mutiert. Unsere Jungs sind nicht mehr sicher. Je jünger der Jahrgang desto gefährdeter. Deutschland! WACH AUF!“*[2966]

In dieser Äußerung wird ein einzelner Vorfall zwischen Jugendlichen an einer Berliner Schule von Ebner-Steiner dazu instrumentalisiert, um die Gesamtheit aller Menschen muslimischen Glaubens zu diskreditieren. Dabei unterstellt sie ihnen, sich gegenüber autochthonen Deutschen bewusst gewalttätig zu verhalten und einen regelrechten *„Bürgerkrieg“* zu forcieren. Der Bezeichnung *„Bio-Deutsches Blut“* erinnert dabei stark an die rassenideologische Vorstellung der Nationalsozialisten vom „Deutschblüter“, also die Blutsverwandtschaft als exklusiv determinierendes Merkmal einer vermeintlich deutschen Abstammung.

Darüber hinaus erscheint der Begriff *„Geburtendschihad“* insofern problematisch, als er erstens eine überdurchschnittlich hohe Fortpflanzungsrate muslimischer Frauen impliziert und die Geburt muslimischer Kinder als unerwünscht kennzeichnet. Zweitens deutet er einen kollektiven Kampf im Sinne eines Heiligen Kriegs zwischen muslimischer Minderheits- und autochthon-christlicher Mehrheitsbevölkerung an, der langfristig einer strategischen Verdrängung letzterer diene.

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) kommentierte im Januar 2025 eine Aussage der ehemaligen Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli (*„[V]or allem der 3. und 4. Generation sage ich: Dieses Land ist auch Euer unser Land. Kämpft dafür. Demographie wird Fakten schaffen.“*), welche sie als *„Sassan Kabul“* bezeichnet, in ähnlicher Weise:

[2966] Ebner-Steiner, Katrin: Retweet eines Tweets vom 22.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.

„Sassan Kabul meint damit den Geburten-Dschihad. #dschihad“[2967]

In den vorbenannten Äußerungen werden der Islam und dessen Gläubige von den beiden AfD-Vertreterinnen pauschal als (existenzielle) Bedrohung für die autochthone Bevölkerung dargestellt und damit Ängste und Vorbehalte ihnen gegenüber geschürt. Dies führt zu einer Abwertung und Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen, die nicht länger anhand ihrer individuellen Handlungen gemessen, sondern lediglich als Teil eines vermeintlich gewalttätigen, gefährlichen und planvoll agierenden muslimischen Kollektivs betrachtet werden.

Ein weiterer Beitrag, den die JA Schleswig-Holstein am 28. Februar 2025 auf X veröffentlichte, zielt ebenfalls auf eine Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen ab, nimmt jedoch im Gegensatz zu den vorherigen Äußerungen keine Zuschreibung einer angeblich erhöhten Gewaltneigung vor:

„Ob #Weihnachten oder #Ramadan – am schönsten feiert es sich doch stets daheim. In diesem Sinne #EidMubarak und Gute Heimreise.“[2968]

Menschen muslimischen Glaubens werden auch in diesem Beitrag als grundsätzlich unerwünscht dargestellt und ihnen eine *„Heimreise“* nahegelegt. In der Gesamtschau wird ihnen seitens der AfD auf Basis ihrer Religionszugehörigkeit somit letztlich die Subjektqualität abgesprochen, was der Menschenwürdegarantie zuwiderläuft.

bb. Angebliche Verdrängung der europäischen Bevölkerung durch den Islam

Es finden sich im Bundestagswahlkampf weitere Äußerungen, in denen das Narrativ einer angeblichen Verdrängung der einheimischen deutschen Bevölkerung durch muslimische Personen behauptet wird.

In einer Rede auf einer Kundgebung in Cottbus (BB) am 30. Dezember 2024 anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt prangerte Hans-Christoph Berndt (MdL BB) eine vermeintliche *„Überfremdung“* in Deutschland an und bezeichnete Nordrhein-Westfalen als *„Kalifat“*:

„Und wir erleben sie jetzt dieses Silvester, wie seit Jahren Silvester, wo migrantische Gangs den Bürgerkrieg proben und proben dürfen. Und mit Böllern auf die Leute schießen dürfen. Wo der Staat eine unglaubliche Toleranz zeigt. Aber

---

[2967] Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 20.01.2025, abgerufen am 28.01.2025.
[2968] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Tweet vom 28.02.2025, abgerufen am 04.03.2025.

dieser Staat ist nicht tolerant, das ist kein liberaler, schwacher Staat. Das haben wir in den Corona-Zeiten gesehen. Und wir sehen es auch immer da, wo sich Widerstand gegen die Überfremdung regt. Wir sehen es zum Beispiel in dem Kalifat Nordrhein-Westfalen."[2969]

Ein Kalifat ist dem islamischen Glauben folgend ein Herrschaftsamt, das durch einen Kalifen als Nachfolger des Propheten Mohammed vertreten wird, der die religiöse und politische Führung der islamischen Gemeinde eines bestimmten Territoriums mit absoluter Machtfülle einnimmt. Die hier getätigte Behauptung Berndts rekurriert somit nicht nur auf einen angeblich stattfindenden Verdrängungsprozess („*Überfremdung*"), sondern betrachtet diesen für Teile der Bundesrepublik sogar bereits als abgeschlossen.

Auch Lena Kotré (MdL BB) schilderte im Rahmen einer Veranstaltung der rechtsextremistischen Jungen Tat am 14. Dezember 2024 in der Schweiz ihre Bedenken hinsichtlich muslimischer Migrantinnen und Migranten, die *„uns […] das Land streitig machen"* wollten:

> *„Und das Christentum muss immer geschützt werden, immer, immer – vor allem vor Einwanderern, die aus dem muslimischen Kulturkreis kommen, es ist einfach so. Ich habe große Sorge vor einer Islamisierung meiner Heimat. […] Und viele Menschen aus diesem Kulturkreis, die in den letzten Jahren erst zu uns gekommen sind, die wollen uns hier im Prinzip das Land streitig machen, das ist meine feste Überzeugung. Es sind selbstverständlich nicht alle und es sind auch in großen Teilen nicht diejenigen, die schon länger hier sind, aber wir müssen da auf der Hut sein in meinen Augen."*[2970]

Lena Kotré warnt auf der genannten Veranstaltung vor einer vermeintlichen *„Islamisierung"* und Verdrängung des Christentums durch den *„muslimischen Kulturkreis"*. Damit unterstellt sie dem Islam und seinen Gläubigen einen grundsätzlichen Macht- und Herrschaftsanspruch. Die Behauptung, dies beziehe sich nicht auf alle Musliminnen und Muslime, wirkt in keiner Weise relativierend, da sie damit explizit nur einzelne Personen ausnimmt und das mehrheitliche Bild sogar noch verstärkt.

[2969] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag in Cottbus vom 30.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.12.2024, Kanal: „Stefan Böhme", abgerufen am 02.01.2025.
[2970] Kotré, Lena: Aussagen im Rahmen einer Podiumsdiskussion am 14.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.12.2024, Kanal: „Junge Tat", abgerufen am 30.12.2024.

Ebenfalls von einer *„Islamisierung“* sprach Dimitri Schulz (MdL HE) im „Endzeit-Podcast“ vom 13. Februar 2025 und führt diese als Beweggrund für seine politische Betätigung an.[2971]

Auf dem Bundesparteitag der AfD in Riesa (SN) im Januar 2025 sagte Sven Tritschler (MdL NW) in seiner Rede zu einem Sachantrag mit dem Titel „Einer weiteren Islamisierung treten wir entgegen“:

> *„Ich rede aus dem Grund, weil ich Kölner Abgeordneter bin. Und jeden Morgen, wenn ich zur Arbeit fahre, fahre ich an der Großmoschee in Ehrenfeld vorbei. Das ist Ihnen vielleicht ein Begriff. Und für mich ist das eine Machtdemonstration. Und den Bürgern wurde damals versprochen: ‚Ja ihr kriegt jetzt diese Moschee, aber es wird nie der Muezzin von da rufen. Und vor zwei Jahren hat Frau Reker, die ist Ihnen vielleicht bekannt. Das ist die Dame mit der ‚Armlänge Abstand‘, ein – hat dann den Muezzinruf gestattet. Und sowas erleben wir immer mehr, in immer mehr Städten. Ich weiß, dass das nicht in allen Bereichen in Deutschland im Moment so akut ist. Aber für uns in Nordrhein-Westfalen mit dem Ballungszentrum, mit dem Ruhrgebiet, ist es ein Problem. Und wir möchten diese muslimischen Machtdemonstrationen nicht in unseren Städten haben. Das gehört nicht in unser Land. Das heißt nicht, dass irgendjemand seine Religion nicht frei ausüben kann. Aber wir wollen keine Landnahme, keine Machtdemonstration mitten in unseren Städten. Wir sehen, wo das hinführt. Das führt zu Parallelgesellschaften, das führt zur Spaltung unserer Gesellschaft. Das lehnen wir ab. Unsere Leitkultur muss vorherrschen. Und die heißt nun mal: Kein Muezzinruf und keine Großmoscheen.“*[2972]

Auch der Antragsteller des hiesigen Sachantrags, Pascal Pfannes (Co-Sprecher des Kreisverbands Augsburg), argumentierte in ähnlicher Weise:

> *„Es ist absolut richtig, dass wir hier keine Pauschalisierung vornehmen sollten. Eine Pauschalisierung wäre zu sagen: ‚Diese und diese Religion, die hindern wir an der Ausübung‘. Dass wir da uns gegen die Glaubensfreiheit in dem einen*

[2971] Schulz, Dimitri: Podcast „Endzeit-Podcast“ vom 13.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 13.02.2025, Kanal: „EndzeitreporterMcM“, abgerufen am 14.02.2025.

[2972] Tritschler, Sven: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

oder anderen Bereich aussprechen würden. Das tun wir aber nicht. Die islamische Religionsausübung ist nicht dadurch eingeschränkt, wenn wir sagen: ‚Wir lassen nicht mehr diese islamischen Herrschaftssymbole in unseren Städten zu: der Muezzinruf und das Minarett.'“[2973]

In den beiden vorbenannten Äußerungen wird nicht nur die muslimfeindliche Vorstellung deutlich, Menschen muslimischen Glaubens verdrängten die autochthone Bevölkerung, sondern hier tritt darüber hinaus eine grundsätzliche Ablehnung der Präsenz und Glaubensbetätigung von Musliminnen und Muslimen in Deutschland zu Tage. In der pauschalen Forderung, den Muezzinruf oder den Bau von Minaretten zu verbieten, zeigt sich eine islamfeindliche Vorstellung, wonach die Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 GG für Angehörige des muslimischen Glaubens nicht oder allenfalls eingeschränkt gelten soll. Wie auch das OVG NRW bereits festgestellt hat, wird die Menschenwürdegarantie schon dadurch verletzt, dass Musliminnen und Muslimen allein wegen ihrer Religionszugehörigkeit der Bau bestimmter religiöser Bauten versagt werden soll, während andere Religionsgemeinschaften vergleichbare religiöse Gebäude errichten dürfen.[2974]

cc. Pauschale Verunglimpfung als Islamisten

Die bereits dargelegten Äußerungen aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfs basieren insbesondere auf einer pauschalen Zuschreibung einer erhöhten Gewaltaffinität und einem Macht- und Herrschaftsanspruch von Menschen muslimischen Glaubens und behaupten eine angebliche Verdrängung der autochthon-deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus lassen sich weitere feststellen, die im Kern darauf abzielen, den Islam und seine Glaubensgemeinschaft pauschal mit dem Islamismus gleichzusetzen. Dabei instrumentalisieren AfD-Funktionärinnen und -Funktionäre insbesondere Gewalttaten, die von Muslimen oder Islamisten verübt wurden, um die Religion der Tatverdächtigen als ursächlich für diese Gewaltausübungen darzustellen.

Albrecht Glaser (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) schrieb beispielhaft am 21. Dezember 2024 anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt:

2973 Pfannes, Pascal: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

2974 OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241; siehe hierzu auch die Bewertung der entsprechenden Forderung im Bundestagswahlprogramm, S. 992.

„Magdeburg: Es wird zunächst die wichtigste Information unterschlagen. Er ist Saudi und das kann man sofort feststellen. Und er ist Arzt. Er ist also kein aufgehetzter Fußsoldat, der Befehle von seinem Iman ausführt, sondern Überzeugungstäter, der das große Ganze im Blick hat.
Was ist das große Ganze? Der Kampf des Islam gegen Christen und Juden, wie es in vielen Suren des heiligen Koran steht. Ein ‚göttlicher' Befehl an alle Muslime, dem sie weltweit nachzukommen haben.
Dabei gehen sie taktisch schlau vor. Wenn sie in Staaten eine kleine Minderheit sind, verhalten sie sich möglichst unauffällig. Sie nennen das ‚Taquia', d. h. Verstellung. Es ist ein bewußtes Täuschungsmanöver, das Teil des religiösen Verhaltenscodex ist. Ab einer gewissen numerischen Größe in einer nicht muslimischen Umgebung setzen sie die Nadelstich-Strategie ein. Sie provozieren und fordern lästig: Forderung nach Gebetsräumen überall, in Schulen, Universitäten und am Arbeitsplatz.
Dann fordern sie Halal-Speisen in Kantinen, Schulen und Kindergärten. Dann kämpfen sie für Rechtsänderungen, um das Schächten zu legalisieren, das aus Tierschutzgründen in unserem Rechtsraum verboten ist. Dann bekämpfen sie die Manifestationen christlicher Kultur, wie das von Kreuzen als Schmuck, in öffentlichen Einrichtungen, eben auch Weihnachtsmärkte. Sie greifen sie solange physisch an, bis nach einem Zwischenstadium der Befestigungen, was sie bereits zur Farce werden läßt, dieser lange gepflegte Brauch als Provokation der islamischen Mitbürger stilisiert wird und sie danach endlich abgeschafft werden.
Der saudische Arzt überblickt das Alles und leistet seinen Beitrag zur Eskalation des Glaubenskrieges, der in über 30 Suren des Korans mit den Beschreibungen von Tötungsmodalitäten illustriert wird.
Die Meldung, es sei kein unterstützendes Umfeld bisher festgestellt worden, ist töricht und der Versuch, verharmlosende Parolen in die Welt zu setzen. Ein muslimischer Christenmörder hat immer ein unterstützendes Umfeld. Das ist die ‚Umma', die Gemeinschaft der Muslime weltweit, die solche Mordtaten immer mit Wohlgefallen begleitet. Die abgeschmackten Formeln des Bedauerns, die den Standarterklärungen der etablierten Politiker sehr ähneln, von den Repräsentanten der Islam-Verbände sind Täuschungshandlungen, welche uns Abendländler einschläfern sollen.

Bei dem Täter von Hanau, an dessen strafrechtlicher Schuldfähigkeit nach Aussagen eines erfahrenen Gerichtspsychiaters gezweifelt werden darf (er hat schließlich auch seine Mutter und sich selbst getötet), hatte jedoch keinerlei ‚Umfeld'. Er ist also weder ein Vertreter des militanten Rechtsradikalismus, als welchen die Politik und die Medien ihn mit Fleiß umdekorieren wollen, noch im strafrechtlichen Sinn ein Mörder.
Das Ähnliche dürfte wohl auch für den Täter von Halle gelten. Von einem Umfeld ist auch dort nichts bekannt geworden. Wenn auch nur der Hauch eines solchen Verdachts sich hätte erweisen lassen, wäre davon unablässig in Politik und Medien die Rede gewesen. Da er sich ebenfalls selbst getötet hat, verbieten sich Spekulationen über seine Schuldfähigkeit und seine Motive. Dennoch war und ist er stets zitierter Beweis für den Antisemitismus in Deutschland.
Wir erleben also wieder das Trauerspiel der Unterdrückung der tödlichen muslimischen Gefahr und damit der Täuschung der Angehörigen über den wahren Hintergrund des Leides, das ihnen zugefügt worden ist.
Es kommt die nahe Wahl hinzu. Die Lebenslügen von nützlicher Migration und der im Prinzip friedlichen monotheistischen Religion des Islam, die zwar ein paar ‚Islamisten' hervorbringt. Aber die haben mit dem wahren Islam (zu deutsch: Unterwerfung) nichts zu tun."[2975]

Glaser instrumentalisiert die Amokfahrt eines Einzeltäters, um mit eindrücklichen Worten seine muslim- und islamfeindliche Vorstellung darzulegen, wonach ein weltweiter Glaubenskrieg des Islam gegen Juden und Christen stattfinde. So sei dieser – faktenwidrig als islamistisch benannter – Gewaltakt bloßer Ausdruck eines *„göttliche[n]' Befehl[s] an alle Muslime [...] weltweit"*, die Herrschaft des Islam durchzusetzen. Die weltweite muslimische Gemeinschaft unterstütze solche *„Christenmorde"* und Worte des Bedauerns seitens islamischer Repräsentanten seien in diesem Zusammenhang bloße *„Täuschungshandlungen"*. Glaser spricht gar von einer *„tödlichen muslimischen Gefahr"* und bestreitet in Gänze die Existenz einer friedlichen Ausprägung des Islam. Teil des von ihm behaupteten Glaubenskriegs sei – neben den Gewaltausübungen – auch ein weitaus subtileres, taktisches Vorgehen der mus-

[2975] Glaser, Albrecht: Facebook-Eintrag vom 21.12.2024, abgerufen am 23.01.2025.

limischen Minderheitsbevölkerung in einem (christlichen) Staat, um mittels Provokation, Forderungen und bewusster Täuschung die ursprünglichen Bräuche eines Staates abzuschaffen und *„die Manifestationen christlicher Kultur"* zu bekämpfen.

Auch Steffen Kotré (MdB, BB) äußerte sich auf X am 21. Dezember 2024 in einem Video zur Amokfahrt auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Ähnlich wie Glaser setzt er in seinen Ausführungen alle Musliminnen und Muslime mit Vertretern und Kräften des aggressiven Islam gleich und betont, *dass „die Scharia, der Islam"* nicht zu Deutschland gehörten:

> *„Wir trauern um die Opfer des Terroranschlags auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Und wenn sich nun die Politiker jeder Couleur der Altparteien, hier auch in Trauer üben, dann ist das heuchlerisch. Denn sie haben diesen Zustand herbeigeführt, in dem sowas möglich ist. Die Sicherheitsbehörden, die wollten diesen Anschlag nicht verhindern, sie hatten genügend Hinweise. […] Die AfD möchte ein Deutschland, wie es von der inneren Sicherheit und von den Interessen der Bevölkerung vor 30, 40 Jahren gegeben hat, wo man die Bevölkerung geschützt hat, wo man solche Leute aus dem Verkehr gezogen hat, und vor allem ganz wichtig, wo man die Grenzen kontrolliert hat und auch die Leute, die hier reinkommen. Wir haben es wieder mit einem Phänomen zu tun, dass Kulturfremde hier entsprechend Terror reinbringen ins Land. Und das ist unverständlich. Und wir werden alles dafür tun, dass sowas nicht passiert, wenn wir denn in der Macht sind. Islamistische Anschläge oder einfach Anschläge wie dieser hier, der mit dem Islam zu tun hat, sind unverständlich. Denn die Scharia, der Islam, gehören nicht zu Deutschland. Und auch hier wieder sehen wir, dass wir eingeschleppte Probleme haben und dass wir Deutsche friedlich miteinander umgehen, aber die Aggressivität, die Morde und auch der Verlust der inneren Sicherheit auf das Konto von Ausländern gehen."*[2976]

Insgesamt werden in diesen Äußerungen Menschen, die sich zum islamischen Glauben bekennen, pauschal als potenziell lebensbedrohliche Gewalttäter dargestellt und dem Islam ein aggressiver Macht- und Herrschaftsanspruch unterstellt. Dem steht auch nicht entgegen, dass es sich bei den zuvor genannten Äußerungen um solche handelt, die sich auf konkrete Gewaltexzesse bezogen. Bei spontanen, als Reaktion

[2976] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 21.12.2024, Kanal: „Steffen Kotré", abgerufen am 02.01.2025.

auf eine konkrete Gewalttat abgegebenen Äußerungen kann es sein, dass vereinzelt zu generalisierenden Verantwortungszuschreibungen und gruppenbezogenen erniedrigenden Bezeichnungen gegriffen wird, die mit etwas zeitlichem Abstand nicht in gleicher Form verwendet worden wären und weder sichere Rückschlüsse auf die Grundhaltung der betreffenden Person zulassen noch repräsentativ für die Gesamtpartei sind.[2977] Gerade letzteres ist hier jedoch aufgrund der umfassenden Beleglage nicht der Fall. Vielmehr zeigen die zahlreichen Zitate in vorherigen und auch in diesem Kapitel auf, dass bewusst mit generalisierenden Zuschreibungen gearbeitet wird und sich dies konsequent bei konkreten Terroranschlägen fortsetzt.

dd.Zwischenfazit

Die während des Bundestagswahlkampfs angefallenen Äußerungen von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern belegen weiterhin eine muslim- und islamfeindliche Agitation der AfD.

Der Fokus liegt in den hiesigen Aussagen insbesondere in der Behauptung einer vermeintlichen Verdrängung einer autochthon-christlichen Mehrheitsbevölkerung durch muslimische Personen. Die – auch im Bundestagswahlprogramm – behauptete „Islamisierung" wird dabei als regelrechter (gewaltsamer) Kollektivkampf im Sinne eines Heiligen Kriegs stilisiert, an dem sich auch die muslimischen Frauen mit einem „Geburtendschihad" beteiligten. Der Islam und dessen Gläubige werden von den AfD-Funktionärinnen und -Funktionären pauschal negativ als (existenzielle) Bedrohung dargestellt. Als Anknüpfungspunkt für diese Argumentationslinie wird dabei seitens der AfD auf (vermeintlich) durch Muslime oder Islamisten ausgeübte Straftaten und Tötungsdelikte verwiesen. So wird etwa die Amokfahrt eines saudischen Staatsbürgers auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2024 wiederholt thematisiert.

Die festgestellten Äußerungen lassen in der Gesamtschau keinerlei Mäßigung im Vergleich zu den in Kapitel E. I. 1. c. festgestellten Positionen erkennen. Insgesamt sind die hiesigen Aussagen weiterhin dazu geeignet, Ängste und Vorbehalte gegenüber dem Islam und Menschen muslimischen Glaubens zu fördern.

[2977] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 234; siehe dazu bereits oben S. 915 f.

d. Antisemitische Aussagen und Positionen

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung festgestellten antisemitischen Agitationen von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern auch während des Bundestagswahlkampfs fortgesetzt wurden.

Als Basis der hiesigen Ausführungen dienen die in Kapitel E. I. 1. d. angeführte Begriffsbestimmung und die dort skizzierten ideologischen Erscheinungsformen. Dabei meint der Sammelbegriff Antisemitismus im Kern eine feindselige Positionierung gegenüber als homogene Gruppe imaginierte Jüdinnen und Juden, denen aufgrund ihrer (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Religion und/oder Herkunft mit Hass, Vorurteilen oder Ressentiments begegnet wird. Diese Positionierung richtet sich gegen die Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG, die als Konkretisierung der Menschenwürde in Art. 1 Abs. 1 GG zu verstehen sind.[2978] **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

aa. Antisemitisch konnotierte Codes und Chiffren

Wie oben bereits dargelegt, tritt Antisemitismus seit dem Ende der NS-Diktatur in verbalisierter Form nur selten als unverstellter Judenhass, sondern vorrangig in Form sprachlicher Codes und Chiffren auf („Umwegkommunikation"). Beispielhaft wurde in diesem Zusammenhang auf die Chiffren „George Soros" und „die Familie Rothschild" verwiesen, die sinnbildhaft für den finanziell und politisch omnipotenten Juden stehen, welcher im Hintergrund steuernden Einfluss auf westliche Gesellschaften ausübe, um daraus Macht und finanziellen Reichtum für sich und seinesgleichen zu generieren.

Des Weiteren verbinden sich diese Chiffren in den letzten Jahren zunehmend mit teils verschwörungstheoretischen Narrativen, etwa mit den Erzählungen einer „globalen Elite", einer „von Globalisten gesteuerten Weltregierung" oder dem „Great Reset".

Die rechtsextremistische Erzählung vom „Deep State" (deutsch: „Tiefer Staat") fügt sich in diese Erzählungen ein und meint einen „Staat im Staate", auch „Schattenstaat" genannt, in dem verdeckte Machtstrukturen oder Gruppierungen angeblich illegitimen Einfluss auf eine staatliche Regierung nehmen. Im Umkehrschluss wird mit diesem

---

[2978] Vgl. BVerfGE 144, 20,Rn. 541.

negativ konnotierten politischen Schlagwort der vermeintlich fremdgesteuerten Staatsregierung („Marionetten") ein souveränes politisches Handeln abgesprochen. Diese verschwörungstheoretische Vorstellung, der Staat werde nicht von seiner offiziellen Regierung, sondern von einem verborgenen Machthaber regiert, findet sich insbesondere in antisemitischem Kontext wieder. So werden in diesem Zusammenhang vornehmlich Repräsentanten einer angeblich weltweit agierenden „jüdischen Hochfinanz" als steuernde Machthaber ausgemacht, die „im Hintergrund die Strippen ziehen" und im Geheimen die Weltpolitik lenkten.

Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) veröffentlichte anlässlich der Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten im November 2024 einen Videobeitrag auf X, in dem er sich explizit auf den *„Deep State"* und *„George Soros"* bezieht und damit antisemitische Codes bedient:

> *„Das Wichtigste ist aber ein Versprechen, das Donald Trump gegeben hat und für das er natürlich immer als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt wurde. Das Versprechen lautet nämlich, diesen Deep State auszuhöhlen. Trump hat oft vom Deep State gesprochen, hat oft von Akteuren gesprochen, die im Endeffekt die Zügel in der Hand halten und sozusagen die Politiker sogar noch dominieren. Und hier ist die historische Aufgabe, den Beweis zu erbringen, dass es diesen Deep State tatsächlich gibt und die Akteure hinter Schloss und Riegel zu bringen. Wir sehen ja ihr Wirken auch in Europa. Wir sehen es in der parlamentarischen Versammlung des Europarats beispielsweise, in der ich auch bin, wo wir dann sehen, dass in den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte lauter Richter gewählt werden sollen, die aus George Soros Open Society Foundation kommen. Also diese ganze Philanthropie, die ein Bill Gates machen, die ein George Soros machen und so weiter, die haben politischen Einfluss auch in Europa. Trump sagt, das ist ein Deep State, der im Endeffekt die Politik dominiert außerhalb der demokratischen Institutionen. Trump hat nun als US-Präsident meiner Ansicht nach die Pflicht, genau diesen Deep State absolut auszuradieren. Denn es kann nicht sein, dass es außerhalb der demokratischen Institutionen, außerhalb der demokratischen Wahlen noch irgendwas gibt, was eigentlich die Politik leitet. Und wenn wir diesen Deep State los sind, wenn wir diese Philanthropie los sind, wenn es die tatsächlich gibt mit ihrem negativen*

Einfluss, mit ihrem antidemokratischen Gehabe, dann haben wir auch in Europa wieder eine bessere Chance auf Demokratie und freie Entfaltung.“[2979]

Auch Hans-Christoph Berndt (MdL BB) teilte auf X einen Tweet von Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, ab Februar 2025 MdB, SN), welcher auf die antisemitische Chiffre der *„Globalisten“* zurückgriff, die angeblich demokratische Wahlen zu beeinflussen versuchten:

> *„In #Georgien wird das Wahlergebnis ignoriert und erklärt die pro-westliche Präsidentin, über das Ende ihrer Amtszeit einfach im Amt zu bleiben. In #Rumänien wird die Wahl kassiert, weil der Sieger nicht passt. Das ist ‚unsere Demokratie‘ der Globalisten. Völker, wehrt Euch!“*[2980]

In ähnlicher Weise sprach Christine Anderson (MdEP, HE und parlamentarische Geschäftsführerin der ESN-Fraktion) zum Jahresbeginn 2025 auf Facebook von den *„globalen“* und *„falschen Eliten“*:

> *„Auch in diesem Jahr wird die politische & gesellschaftliche Achterbahnfahrt des Wahnsinns weitergehen. Die globalen Eliten werden nicht aufhören, unsere Freiheit, unsere Selbstbestimmung und unsere Nationen von innen heraus anzugreifen. Und wir werden niemals aufhören, uns mit aller Macht dagegen zu wehren. Die Dinge kommen in Bewegung. Der Wandel wird spürbar. Und das macht diese falschen Eliten noch gefährlicher, weil sie merken, daß die Zeit ab jetzt gegen sie läuft. Seien wir also weiter wehrhaft, trotzig und immun gegen das Gedankengift, welches sie uns über ihre Medien verabreichen wollen. Seien wir weiter Selbstdenker. Bleiben wir weiter kritisch und misstrauisch, jedoch ohne dabei in Paranoia zu verfallen. Trotz allem einen klaren Geist zu behalten ist essentiell. Denn Spaltung & Paranoia zu verbreiten gehört auch zu ihrem Plan. Bleiben wir daher alle zusammen weiter stark, wach und geistig unabhängig. Mehr als je zu vor bin ich mir heute sicher: WIR WERDEN GEWINNEN!“*[2981]

Explizit benennt Anderson die *„globalen Eliten“* als externe Machthaber, die *„unsere Nationen von innen heraus anzugreifen“* und die Menschen zu spalten versuchten. In Anlehnung an die antisemitische Legende der „Brunnenvergiftung“ spricht sie

---

[2979] Kleinwächter, Norbert: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 06.11.2024, Kanal: „NKleinwaechter“, abgerufen am 11.11.2024.
[2980] Berndt, Hans-Christoph: Retweet eines Tweets vom 06.12.2024, abgerufen am 19.12.2024.
[2981] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 02.01.2025, abgerufen am 07.01.2025.

überdies von einem *„Gedankengift"*, das diese *„falschen Eliten"* den Menschen über die Medien verabreichen wollten.

bb.Weitere antisemitische Aussagen und Positionen

Neben den antisemitisch konnotierten Chiffren und Codes, die im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs angefallen sind, konnte ein weiterer Beleg eines AfD-Abgeordneten festgestellt werden, welcher neben dem Begriff „Globalisten" auch Argumentationsmuster eines sekundären Antisemitismus enthält.

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) verbreitete anlässlich der öffentlichen Kritik an der Unterstützung der AfD durch Elon Musk am 31. Dezember 2024 auf X einen englischsprachigen Fremdbeitrag, den er mit einer deutschen Übersetzung kommentierte. Dieser enthält ein geschichtsrevisionistisches Narrativ, das letztlich an die „Schuldkult"-Erzählung angelehnt ist und antisemitische Ressentiments fördert. So übersetzte Berndt den Beitrag wie folgt:

> *„„Was jetzt in Deutschland passiert, entscheidet die Zukunft Europas. Wenn die Deutschen endlich ihren Weltkriegs-Schuldkomplex loswerden, war es das für die Globalisten. Deutschland ist/war ihre wichtigste Bastion. Deshalb drehen sie so durch, wenn Musk die @AfD unterstützt.""*[2982]

Darin kommt die Behauptung zum Tragen, Jüdinnen und Juden profitieren indirekt vom Holocaust. So diene – der Argumentation folgend – der angebliche deutsche *„Weltkriegs-Schuldkomplex"* letztlich der Zementierung „globalistischer" Machtverhältnisse. Diese Erzählung rekurriert unmittelbar auf die sekundär-antisemitische Strategie einer Täter-Opfer-Umkehr, wonach Jüdinnen und Juden vorgeworfen wird, sie steckten hinter dieser „Jahrhundert-Lüge" des Holocausts und profitierten von dieser auf Deutschlands Kosten.

Wie im gesamten Begutachtungszeitraum wurde auch im Bundestagswahlkampf vereinzelt Solidarität mit Israel ausgesprochen. So äußerte die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) am 2. Februar 2025 im Interview bei Caren Miosga im Kontext einer Gedenkveranstaltung des Bundestags zum Holocaust mit einem Zeitzeugen:

[2982] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 31.12.2024, abgerufen am 02.01.2025. (Doppelverwendung eines Belegs aus dem Kapitel F. I. 4.)

> *„Wir haben dort ebenfalls der Rede, der sehr andächtigen Rede, gelauscht. Und wir haben auch Beifall geklatscht, natürlich. Und für uns steht die Existenz Israels an erster Stelle. Ich weiß, dass das Framing ein komplett anderes ist, das mediale Framing. Aber es ist nun mal so. Wir gedenken dem Holocaust zusammen mit den Juden in der AfD. Das ist eine Vereinigung bei uns."*[2983]

Zwar ist die Anerkennung des Existenzrechts Israels eine Selbstverständlichkeit, deren einmalige Behauptung nicht dazu führen würde, zahlreiche Anhaltspunkte für Antisemitismus zu relativieren. Angesichts der äußerst geringen Dichte an festgestellten Belegen bestätigt es jedoch die Bewertung, dass eine vorherrschende antisemitische Grundtendenz in der Partei auch in der Phase des Bundestagswahlkampfs nicht feststellbar war. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich hier um ein deutliches und allgemeines Bekenntnis der höchsten Führungsperson der AfD handelt, das anders als die Mehrheit der im übrigen Begutachtungszeitraum festgestellten Solidaritätsbekundungen auch nicht gleichzeitig mit antimuslimischen Narrativen kombiniert wurde.

cc. Zwischenfazit

Die wenigen in der Zeit des Bundestagswahlkampfs angefallenen antisemitischen Äußerungen von AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten der Bundes- und Landesebene sind hinsichtlich ihrer Codierung und thematischen Schwerpunktsetzung bis auf einen Ausreißer ähnlich aufgebaut. Es konnte im besagten Zeitraum weiterhin kein unverstellt geäußerter Hass gegen Menschen jüdischer Herkunft festgestellt werden.

Zumindest vereinzelt kann jedoch weiterhin die Verwendung klassischer antisemitischer Narrative belegt werden. Diese offenbaren sich aber ausschließlich durch Andeutungen, Codes und Chiffren („George Soros", „Globalisten", „globale Eliten" oder „Deep State"). Überwiegend sind diese Belege Ausdruck eines politischen Antisemitismus, der Jüdinnen und Juden in verschwörungstheoretischer Manier als Strippenzieher des Weltgeschehens imaginiert. Lediglich ein Beleg ließ sich ermitteln, der auf die Ideologieform des sekundären Antisemitismus rekurriert.

[2983] ARD: „Was für ein Deutschland wollen Sie, Frau Weidel?"; veröffentlicht in: www.ardmediathek.de am 02.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.

In der Gesamtschau weisen die festgestellten Verlautbarungen aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfs – wie auch schon im bisherigen Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung – weder in der Qualität noch in der Anzahl eine solche Intensität auf, dass von einem innerhalb der AfD vorherrschenden antisemitischen Weltbild gesprochen werden kann. Der Eindruck, dass zuletzt eher weniger antisemitische Aussagen in der Partei festzustellen waren, hat sich hier bestätigt. Entsprechend kann weiterhin keine Verdichtung antisemitischer Anhaltspunkte hin zu einer Gewissheit festgestellt werden.

2. Demokratieprinzip

Anknüpfend an Kapitel E. I. 2. ist in diesem Unterkapitel zu prüfen, ob gegen das Demokratieprinzip gerichtete Aussagen und Positionen im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs in gleichem Maße angefallen sind oder ob eine Mäßigung oder Verschärfung im Hinblick auf solche stattgefunden hat.

Mehrere Abgeordnete sowie Funktionärinnen und Funktionäre der AfD äußerten sich im Zeitraum zwischen dem Koalitionsbruch Anfang November bis hin zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 diesbezüglich relevant.

a. Inabredestellen der Volkssouveränität der Bundesrepublik Deutschland – angebliche Steuerung durch die USA

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Rainer Rothfuß äußerte im Dezember 2024 in einem Interview mit COMPACT, in der Bundesrepublik herrsche eine von ausländischen Mächten gelenkte Politik, die Deutschland *„unsouverän“* halte:

> *„Wir wissen mittlerweile aber auch, dass sogar das State Department in den USA eingreift, Personal unterhält, auch Mittel bereitstellt, um die AfD möglichst als politische Kraft in Deutschland klein zu halten. Was ist der Grund? Deutschland soll ja unsouverän bleiben, soll ja weiterhin eben den Interessen Brüssels und Washingtons dienen können und das geht eben nur mit Parteien, die diesen Schwur gesprochen haben, alles für Brüssel, alles für Washington. Und da sind wir außen vor. Und das muss man eben auch immer mit einbeziehen. In dieser innenpolitischen Situation spielt eben die geopolitische Interessenlage mit rein.*

Deutschland darf, soll nicht souverän werden. Das würden wir mit der AfD als Deutschland sicherlich werden. Deswegen diese Einflussnahme"[2984]

Rothfuß unterstellt hier, dass die USA (zu dem Zeitpunkt der Aussage) dedizierte Mitarbeiter beschäftige, deren Aufgabe es sei, Deutschland durch die Unterdrückung der AfD zu destabilisieren und auf die deutsche Regierung Einfluss zu nehmen, um sie dahingehend zu steuern, einzig im Interesse der USA und der EU („*Brüssel*") zu agieren. Dabei spricht Rothfuß nicht nur von einer geplanten Einflussnahme, sondern stellt die Souveränität der Bundesrepublik zu diesem aktuellen Zeitpunkt gänzlich in Abrede.

Ähnliches äußerte Rothfuß in einem Interview im Vorfeld des Bundesparteitags 2025 der AfD in Riesa (SN) einen Monat später:

„Wir wollen nicht mehr der Vasall und die Melkkuh Brüssels sein und auch nicht mehr Washingtons, sondern wir wollen einfach unseren eigenen Standpunkt entwickeln. Wir wollen den eigenen Interessen dienen. Wir wollen gute konstruktive Beziehungen haben nach Westen wie nach Osten. und das taugt eben denen in Brüssel nicht, die meinen, die Richtung vorgeben zu können."[2985]

Auf dem Bundesparteitag selbst suggerierte Björn Höcke (MdL TH) als Antragsteller im Rahmen eines Sachantrags die Außenpolitik betreffend, die Bundesrepublik sei ein *„Objekt fremder Interessen"*:

„Wenn der Bundesfachausschuss den Antrag übernimmt, freut uns das natürlich. Es ist ja letztlich nur 'ne Petitesse, aber doch 'ne bedeutende. Weil wir ja im Augenblick – und das ist der Status quo – ja tatsächlich Objekt fremder Interessen jetzt schon sind. Und die Aufgabe der AfD ist es eben, dass Deutschland wieder frei und souverän und selbstbestimmt wird. Das ist unser Auftrag. Und deswegen müssen wir das ‚sein' einfügen und sind dann auch glattgezogen im Bundestagsprogramm."[2986]

Die vorgenannten Aussagen diffamieren durch die Unterstellung fehlender Souveränität nicht nur die Bundesrepublik Deutschland und ihre Regierung, sondern zielen

[2984] Rothfuß, Rainer: COMPACT-Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.12.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 12.12.2024.
[2985] Rothfuß, Rainer: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.
[2986] Höcke, Björn: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

auch darauf ab, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die politischen Prozesse Deutschlands zu schwächen.

b. Inabredestellen der Pressefreiheit

Auch die Pressefreiheit wurde im Rahmen des Bundestagswahlkampfs von einigen AfD-Abgeordneten in Frage gestellt.

So teilte der Bundestagswahlkandidat Markus Matzerath (mittlerweile MdB, NW) am 17. Dezember 2024 auf Facebook einen Beitrag des AfD-Stadtverbands Stolberg (NW), in dem von *„Versagerparteien"* die Rede war, welche die Medien kontrollierten:

> *„Bitte spenden Sie und helfen Sie mit, dass unser Land nicht von einem Regierungschaos ins nächste stürzt. Die Medien sind fest in der Hand der Versagerparteien."*[2987]

Volker Richter (MdL HE) veröffentlichte am 4. Januar 2025 auf Facebook einen Eintrag, der bezogen auf die Regierungsparteien folgende Aussage trifft:

> *„Sie haben Schützenhilfe von der vierten Macht im Staat, welche sich nicht als freie und unabhängige Journalisten begreifen, sondern ihre persönliche politische Meinung in einer Form des Erziehungsjournalismus zu Tage bringen, die jeder Beschreibung spottet."*[2988]

Die Unterstellung, die etablierten Medien agierten lediglich im Interesse der Regierungsparteien und beeinflussten auf diese Weise Wahlentscheidungen, ist dazu geeignet, die Legitimität von Wahlergebnissen bei Bürgerinnen und Bürgern generell in Zweifel zu ziehen, weil diese nicht ungefiltert den eigentlichen Wählerwillen zum Ausdruck brächten.

[2987] Matzerath, Markus: geteilter Facebook-Eintrag vom 17.12.2024, abgerufen am 27.01.2025.
[2988] Richter, Volker: Facebook-Eintrag vom 04.01.2025, abgerufen am 13.02.2025.

c. Nutzung von Begriffen wie „Systempartei", „Kartellpartei", „Blockpartei"

In der Wahlkampfphase konnten regelmäßig Rede- und Social-Media-Beiträge festgestellt werden, in welchen die etablierten Parteien und insbesondere die Regierungsparteien durch die Nutzung verschiedener Begriffe diffamiert werden. Insbesondere die Bezeichnung als „Kartellpartei", welche neben einer Diffamierung auch zusätzlich die Unterstellung eines illegalen Handelns beinhaltet, kann in einer Vielzahl von Aussagen festgestellt werden:

So teilte Götz Frömming (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BR; mittlerweile MdB, BB) im November 2024 einen Tweet des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke (MdL TH) mit folgendem Inhalt:

> *„Fakt ist aber auch, daß die BILD und die Kartellparteien seit vielen Jahren für die sog. ‚Energiewende' trommeln, deren Rückgrat die Windenergie sein soll. Die BILD wird immer noch gelesen, die Kartellparteien mehrheitlich gewählt... #Demokratie funktioniert nicht mit Stimmungsmache, sondern nur mit gut informierten, nicht manipulierbaren und weitsichtigen Bürgern."*[2989]

Auch der damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (zudem AfD-Bundesvorstandsmitglied und MdB, BB) sprach im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg in einem Tweet vom 4. Dezember 2024 von einer *„Eskalationsdiplomatie der Kartellparteien"*.[2990]

Am 8. Januar 2025 schrieb Fabian Küble (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand und zudem für die AfD Mitglied des Stadtbezirksbeirats Plauen) in einem Beitrag auf X:

> *„Die Altparteien haben uns alles genommen: Heimat, Freiheit, Sicherheit. Die Kartellparteien sind unser Unglück"*[2991]

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) schrieb am 4. Dezember 2024 auf X anlässlich des Besuchs eines Politikers in Georgien:

[2989] Frömming, Götz: Retweet eines Tweets vom 17.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2990] Gnauck, Hannes: Tweet vom 04.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2991] Küble, Fabian: Tweet vom 08.01.2025, abgerufen am 08.01.2025.

„Man kann in der Bundesrepublik nicht ständig vor einem angeblichen Untergang der Demokratie warnen, gezielt die Opposition bekämpfen und dann in ein anderes Land reisen, um dort den Sturz einer demokratisch gewählten Regierung zu unterstützen. Kartellpolitiker wie Roth sind der Inbegriff der Altparteien-Heuchelei und einer fremdinteressengesteuerten Außenpolitik."[2992]

Götz Frömming (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BR; mittlerweile MdB, BB) sprach in einem Tweet vom Dezember 2024 von *„Kartellparteien"*:

„Unter dem Vorwand, die Sicherheit im Bundestag zu erhöhen, planen die Kartellparteien eine Art Berufsverbot für unsere Mitarbeiter, sofern sie Mitglied in eingestuften AfD-Landesverbänden oder Vorfeldorganisationen sind."[2993]

Auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhof (HE) stellte der der hessische Landtagsabgeordnete und Bundesvorstandsmitglied Heiko Scholz ebenfalls auf das Narrativ eines bestehenden Kartells innerhalb der Regierung ab. In seinem Redebeitrag bezeichnete Scholz die Regierungsparteien als skrupelloses *„Altparteienkartell"*:

„Abschiebungen, wie vorige Woche in Hessen, werden zu Wahlkampfzwecken vorgetäuscht. Wie dumm hält eigentlich diese Frau Faeser unseren deutschen Wähler? [...] Kein Land dieser Welt kann eine derartige unqualifizierte und unkontrollierbare Migrationsflut verkraften. Und sobald wir in Regierungsverantwortung sind, werden wir dem ein Ende bereiten. Wir, das Volk, sind der Souverän und nicht die Erfüllungsgehilfen eines skrupellosen, machtbesetzenden Altparteienkartells, liebe Freunde."[2994]

Lena Kotré (MdL BB) schrieb in einem Tweet vom 10. November 2024:

„Kennt die Gier der Kartell-Politiker überhaupt noch Grenzen? In Berlin und Brandenburg offenbar nicht!"[2995]

Sie wiederholte die Nutzung des Kartellbegriffs in einem Beitrag auf dem Netzwerk X, wo sie in einem Tweet vom 25. November 2024 u. a. eine Schlagzeile der JUNGEN FREIHEIT mit Bezug zum Thema Einwanderung („Einwanderung ins Sozialsystem –

[2992] Springer, René: Tweet vom 04.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2993] Frömming, Götz: Tweet vom 16.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2994] Scholz, Heiko: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhof (HE); veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 06.03.2025.
[2995] Kotré, Lena: Tweet vom 10.11.2024, abgerufen am 11.11.2024.

Nur noch jeder dritte Bürgergeld-Empfänger ist Bio-Deutscher") teilte und dazu schrieb:

> *„Diese zwei Meldungen stehen repräsentativ für die politische Kultur der deutschen Polit-Elite seit Generationen: Alles für andere, nichts für die eigenen Leute. Von Linkspartei bis CDU - die Kartellparteien können nicht anders und werden für immer ausschließlich antideutsch handeln.*
> *Weil die AfD hier eine Ausnahme bildet, werden wir nicht nur politisch, sondern auch geheimdienstlich bekämpft. In ihrer Vorstellung ist es geradezu antisozial, für das eigene Volk einzustehen - ungefähr so, wie ein misshandeltes Kind als erwachsener Mensch aggressiv auf genuine Zuwendung reagiert, weil es Gewalt für eine normale zwischenmenschliche Beziehung hält.*
> *Wir müssen die Kartellpolitiker vollständig absetzen. Deswegen: Werdet Mitglied in der AfD, engagiert euch, macht mit bei der Rettung unseres Landes! Jeder wird gebraucht."*[2996]

Die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) verwendete in ähnlicher Manier den Begriff der *„Blockparteien"*, als sie die Warnung des hessischen Innenministers, auf den Plattformen der sozialen Medien sammelten sich zum Teil *„ungefilterte Meinungen, darunter auch gezielte Falschnachrichten"* zum Anlass für folgende Äußerung nahm:

> *„Nun möchte die CDU gegen ‚ungefilterte Meinungen' vorgehen mithilfe des willfährigen Geheimdienstes/Verfassungsschutzes. Die Blockparteien zeigen immer mehr ihr wahres Gesicht. Das ist Zensur der Meinungsfreiheit."*[2997]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) äußerte in einer Rede am 30. Dezember 2024 auf einer Kundgebung in Cottbus (BB) anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt:

> *„Und das zeigt doch die ganze Hässlichkeit und Erbärmlichkeit dieser späten BRD. Die ganze Hässlichkeit und Erbärmlichkeit der Lage, in die uns CDU, SPD, FDP und Grüne gebracht haben. […] Ja, wir haben es in diesem Jahr noch nicht geschafft, die Vorherrschaft dieser Altparteien zu brechen. Aber liebe Freunde, wir sind sehr dicht davor. Und gerade nach den Wahlen im Osten in*

[2996] Kotré, Lena: Tweet vom 25.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2997] Weidel, Alice: Tweet vom 15.01.2025, abgerufen am 17.01.2025.

diesem Sommer und nachdem, wie es sich jetzt in diesen Parlamenten entwickelt hat, ist doch dieses Parteienkartell dabei, sein Ansehen zu verspielen, seine Legitimation zu verspielen. Bei jedem, der auch nur halbwegs neutral die Sache sieht, haben diese Parteien doch offenkundig ihre Glaubwürdigkeit verloren. [...] Elon Musk sagt wiederholt ‚Nur die AfD kann Deutschland retten!'. Nur die AfD kann Deutschland retten. Und das Kartell von Staatsparteien und Staatsmedien bekommt Schnappatmung."[2998]

Von „*Kartellparteien*" sprach auch Franz Schmid (MdL BY sowie damaliger Bundesschatzmeister der JA und Vorsitzender der JA BY) in einem Tweet vom 17. März 2025.[2999]

Tatsächlich konnten im Laufe des Wahlkampfs zahlreiche weitere Instanzen dokumentiert werden, in denen demokratischen Parteien ein Zusammenschluss zu einem Kartell unterstellt wurde. Da diese Zitate jedoch noch weitere für dieses Kapitel relevante Aussagen enthielten und um eine Doppelverwendung zu vermeiden, wurden sie an anderer Stelle in diesem Kapitel behandelt.[3000]

Die Häufigkeit, in welcher in diesem kurzen Zeitraum die Unterstellung eines „*Parteienkartells*" geäußert wurde, weist darauf hin, dass der Begriff und seine Wortabwandlungen innerhalb der Parteirhetorik etabliert sind. Zusätzlich kann anhand dessen die Wahlkampfstrategie identifiziert werden, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Unabhängigkeit der übrigen Parteien zu schwächen.

[2998] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag in Cottbus vom 30.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.12.2024, Kanal: „Stefan Böhme", abgerufen am 02.01.2025.

[2999] Schmid, Franz: Tweet vom 17.03.2025, abgerufen am 31.03.2025.

[3000] Folgende, bereits anderweitig innerhalb dieses Kapitels referenzierte Aussagen verwenden ebenfalls die Unterstellung eines „Parteienkartells": Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.12.2024, abgerufen am 16.01.2025; Moosdorf, Matthias: Tweet vom 22.12.2024, abgerufen am 16.01.2025; Brandner, Stephan: Rede am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 03.02.2025; Höcke, Björn: Redebeitrag am 24.01.2025 in Aschaffenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 27.01.2025; Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 24.01.2025, abgerufen am 27.01.2025; Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 26.01.2025, abgerufen am 18.02.2025; Bernhard, Marc: Tweet vom 31.01.2025, abgerufen am 06.02.2025; Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.02.2025, abgerufen am 07.02.2025; Nolte, Benjamin: „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.02.2025, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 18.02.2025.

d. Gleichsetzung der Bundesrepublik etwa mit dem Nationalsozialismus und der DDR oder allgemein mit einer Diktatur

Es konnten auch im Rahmen des Bundestagswahlkampfs Belege generiert werden, in denen Politikerinnen und Politiker der AfD die Bundesrepublik Deutschland mit totalitären Systemen gleichsetzen. Hierbei werden sowohl Parallelen zum historischen Nationalsozialismus und der ehemaligen DDR gezogen als auch generell totalitäre Methoden unterstellt.

So schrieb Volker Richter (MdL HE) am 2. Februar 2025 auf Facebook:

> *„Wie Grüne, SPD und Linke eine Massenpsychose auslösen und dabei den inneren Frieden riskieren.*
> *Die Skrupellosigkeit mit der manche Menschen miteinander umgehen, zeigte sich in den vergangenen Jahren in vielen totalitären Systemen. Dabei waren die jeweiligen Ideologien moralische Rechtfertigungen für zutiefst unmenschliches Verhalten.*
> *Das ist vielen bekannt, was liegt nun also näher, als eigenes skrupelloses Verhalten einer gegnerischen politischen Kraft zu unterstellen und so entsprechend eine Vielzahl an Menschen, die mit Sicherheit das Gute wollen und nichts böses, für sich zu instrumentalisieren?*
> *Hiermit halte ich fest: Diese Methodik der totalitären Herrschaft über die eigene Bevölkerung hat Deutschland voll im Griff.“*[3001]

Stephan Brandner (MdB, TH) trat am 18. Januar 2025 beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl auf. Dabei diffamierte er Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) als *„Frau Reichsmarschall Eckardt“*:

> *„Ja, ihr kennt immer die schnaufende Göring-Eckardt im Nacken mit der Stoppuhr. Irgendeiner sagt mir mal, ich weiß gar nicht, ob man das hier wiederholen darf. Manche nennen sie Frau Reichsmarschall-Eckardt. Mache ich mir nicht zu eigen, Gott will, ich habe es nur gehört. Aber ihre Attitüde, ihr Gehabe ist tatsächlich manchmal so, wie man sich das vorstellt in den Geschichtsbüchern.“*[3002]

[3001] Richter, Volker: Facebook-Eintrag vom 02.02.2025, abgerufen am 13.02.2025.
[3002] Brandner, Stephan: Rede am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025.

Auch wenn Brandner hier explizit betont, er mache sich diese Aussage *„nicht zu eigen"*, so kann doch durch seine Wiedergabe dessen davon ausgegangen werden, dass er die Bezeichnung zumindest als korrekt empfindet und sie sich rein aus taktischen Gründen nicht zuschreiben lassen möchte, da er sich der Problematik bewusst ist.

Die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) ließ im Rahmen der AfD-Wahlkampfveranstaltung am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) einen Videobeitrag einspielen, in dem das Erstatten einer Strafanzeige durch Robert Habeck gegen einen Mann, der ihn durch das Verbreiten eines Memes mit dem Aufdruck *„Schwachkopf professional"* beleidigt hatte, thematisiert wird. In dem Einspieler äußert sich Alice Weidel folgendermaßen zu dem Sachverhalt:

> *„Das gehört zur Meinungsfreiheit dazu. Und ich finde, man darf das nicht verbieten. Wenn jemand die Meinung hat, dass ein anderer keine Ahnung hat – wie ein Kinderbuchautor von Wirtschaft und Energie – dann darf er doch ‚Schwachkopf' sagen. Was ist daran so falsch? Es ist nicht mal falsch, oder?"*[3003]

Über das juristische Vorgehen Habecks gegen derartige Äußerungen sagt Weidel zudem:

> *„Das ist ein Element der Einschüchterung. Das kennt man aus der DDR, dann ist man da gleich nach Hohenschönhausen geschafft worden. Ich kann nur jedem empfehlen, sich das mal anzugucken, was die mit den Menschen, mit Regimekritikern, die Honecker als Faschisten bezeichnet hat, was man mit den Menschen in Hohenschönhausen gemacht hat."*[3004]

Nicht nur diffamiert Weidel Robert Habeck dadurch, dass sie implizit dessen Bezeichnung als *„Schwachkopf"* zustimmt, sie unterstellt ihm ebenfalls, die Strafanzeige wegen Beleidigung als Einschüchterung analog zu den Methoden der damaligen DDR anzuwenden.

Auf dem Bundesparteitag der AfD in Riesa (SN) am 11. Januar 2025 ließ sich Christine Anderson (MdEP, HE) im Rahmen eines Saalantrags zu dem Thema aus und sagte:

[3003] Weidel, Alice: Videoeinspieler auf der Wahlkampfveranstaltung am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 03.02.2025.
[3004] Ebd.

„Unser Antrag wurde fristgerecht eingereicht, aber versehentlich hat er keinen Eingang in das Antragsbuch gefunden, weswegen ihn wir jetzt als Saalantrag stellen. Die Antragssteller, als da wären: meine Wenigkeit, der KV Fulda, Andreas Lichert, Jan Nolte, Uwe Schulz, Pierre Lamely, Nicole Hess, Anja und Arno Arndt, beantragen, in unser Wahlprogramm die Abschaffung des §188 StGB – im Volksmund als ‚Majestätsbeleidigung' bekannt – aufzunehmen. Der Punkt ist einfach der, liebe Freunde. Der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hört ja nun nicht auf, ein Schwachkopf zu sein, nur weil er diese, wie ich finde, doch sehr zutreffende Bezeichnung strafrechtlich sanktionieren lässt. Nein, es macht es schlimmer. Es macht ihn zu einem totalitären Schwachkopf. Liebe Freunde, ein freiheitlicher Rechtsstaat, der strafrechtliche Normen missbraucht, um Bürger wegen Kritik an Regierungsmitgliedern zu schikanieren, zu verfolgen und zu kriminalisieren, hört eben auf, ein freiheitlicher Rechtsstaat zu sein. Durch die Aufnahme dieser Forderung unterstreichen wir einmal mehr, dass einzig und allein die AfD für den freiheitlichen Rechtsstaat einsteht."[3005]

Damit kritisiert Anderson nicht nur die Strafrechtsnorm des § 188 StGB, sondern behauptet zugleich, die Bundesrepublik sei nicht länger ein Rechtstaat.

Martin Renner (MdB, NW) setzte in der Wahlkampfperiode weiterhin das durch ihn auch schon in der Vergangenheit regelmäßig angewendete rhetorische Stilmittel ein, die etablierten Parteien mit verschiedensten, an die SED angelehnten Wortkreationen zu diffamieren.

So schrieb er am 13. Januar 2025 auf Facebook:

„Allen ‚System-Pfuschern' der ‚Neuen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands' (NSED) und des polit-ökonomisch-medialen Machtkartells sei lächelnd gesagt:
‚Ihr erlebt gerade Euer blaues Wunder.'
Und – Euch zur Erinnerung: Blau ist die Farbe der ‚Alternative für Deutschland'"[3006]

Am 4. Februar 2025 schrieb Martin Renner (MdB, NW) auf Facebook:

[3005] Anderson, Christine: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.
[3006] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 03.02.2025.

„Deutschland ist kurz vor dem Ende und der große Wumms wird in Bälde Deutschland endgültig in den Abgrund stürzen.
Deshalb darf am 23.2.2025 keine Partei dieses Altparteien-Kartells mehr gewählt werden.
Wie konnte es passieren, dass in unserem Deutschland alle Parteien der ‚Neuen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (N-SED)'- außer der AfD - so irre, so undemokratisch und so totalitär geworden sind.
Ich erkläre das seit 12 Jahren ständig und leicht nachvollziehbar in Hunderten von Vorträgen."[3007]

e. Bezeichnung der Bundesrepublik als Diktatur im Zusammenhang mit konkreten Sachthemen

aa. Angeblich mangelnde Gewaltenteilung bzw. Aushöhlung demokratischer Prozesse

Auch die Negierung der Gewaltenteilung kam im fortgesetzten Beobachtungszeitraum vereinzelt vor.

Der Bundestagswahlkandidat Stefan Möller (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) trat am 18. Januar 2025 in Arnstadt (TH) beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl als Redner auf. Dort äußerte er:

„Dieser Staat ist repressiv geworden und zwar ziemlich unverblümt. Wenn man beispielsweise jetzt die Forderung von Nancy Faeser anguckt, dass Polizisten entlassen werden, nur weil sie in der falschen Partei sind. Oder wenn wir anschauen, dass diese Woche ein Soldat entlassen worden ist aus dem Knast, der dort reingekommen ist, weil er sich nicht hat impfen lassen, weil er keine Lust hatte, eine experimentelle Impfung zu ertragen. Das ist Deutschland 2024 und das ist Deutschland noch 2025 und das müssen wir ändern. Denn das, was diese Politiker, unsere Konkurrenten, unsere [Anm.: zeigt Anführungsstriche] Demokratie nennen, das ist gar nicht unsere Demokratie, sondern das, was sie meinen, ist deren Macht. Es geht um deren Macht. Denn mit Demokratie hat das alles nicht viel zu tun, für Demokratie reicht's nicht, dass man wählen gehen

[3007] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.02.2025, abgerufen am 07.02.2025.

kann, das gibt's auch in Staaten, die nicht demokratisch sind. Denn dazu muss es auch entsprechend fair zugehen. Da gehört ne ganze Menge mehr dazu."[3008]

bb. Angebliche Gewaltausübung gegen die Bevölkerung und politische Gegner

Mehrere Social-Media- und Redebeiträge aus den Reihen der AfD unterstellten der Regierung gewaltsames Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung. Dabei ist insbesondere der Vorwurf hervorzuheben, die Regierung übe durch die vermeintliche Hinnahme von Gewalttaten durch Migranten (passiv) Gewalt an dem deutschen Volk aus und sei dadurch für diese Gewalttaten mitverantwortlich.

Christine Anderson (MdEP, HE) schrieb am 26. Januar 2025 auf Facebook:

> *„Blut klebt an den Händen der Kartell-Politiker. Wie viele tote oder vergewaltigte Kinder, Frauen und Männer wollen wir noch hinnehmen, während unsere Grenzen weiter ungeschützt offenstehen? Wie lange wollen wir uns noch von hunderttausenden - längst abschiebepflichtigen - Illegalen ausnutzen und auf der Nase herumtanzen lassen? Wer die Grenzen nicht schützt und Migration nicht kontrolliert, reißt unser Land absichtlich ins Chaos. Alle Statistiken beweisen es. CDU Kanzlerkandidat Friedrich Merz ist ein Lügner, ein Schwätzer und ein erbärmlicher Wendehals. Wir brauchen keine machtgeilen Politdarsteller. Wir brauchen STACHELDRAHT, BETON und PUSHBACKS! Jetzt!"*[3009]

Im Februar 2025 wurde auf journalistenwatch.com ein Artikel von Nicole Höchst (MdB, RP) veröffentlicht. Darin stellte sie u. a. die Gewalttat von Aschaffenburg (BY) als Ergebnis einer *„gegen das deutsche Volk gerichtete[n] Migrationswaffe"* dar:

> *„Da schickst du dein kleinen zweijährigen Jungen morgens in die Kita und siehst ihn nicht lebend wieder, weil ein Monster, das nicht mehr hätte im Land sein dürfen, dein Augenlicht ausgelöscht hat. [...] Was für ein Skandal! Alle Menschen mit totrotgrüner Gesinnung heucheln nun wieder Anteilnahme und spucken den Opfern und ihren Familien im nächsten Augenblick ins Gesicht, indem Sie zu Demonstrationen gegen all die politischen Kräfte aufrufen, die die Menschen in diesem Land vor solchen monströsen Gewalttaten und die gegen das deutsche Volk gerichtete Migrationswaffe schützen wollen.*

[3008] Möller, Stefan: Rede am 18.01.2025 in Arnstadt; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 03.02.2025.
[3009] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 26.01.2025, abgerufen am 18.02.2025.

Sie machen am Rande dieser Demos Selfies mit selbstzufriedenem Lächeln und sagen so jedem Menschen in Deutschland, dass Ihnen die Morde und das Metzeln völlig egal sind. Sie demonstrieren nicht gegen die Mörder oder die fehlgeleitete Migrationspolitik. Sie zeigen der großen Mehrheit der jüngst Befragten, die sich ein Ende der entztlichen und folgenschweren Migrationspolitik wünschen, den ausgestreckten Mittelfinger. Bitte erklären Sie ihren Wählern endlich, dass sie gar nicht gewillt sind, die Wähler und ihre Kinder ernsthaft zu schützen. Erklären Sie, dass Sie ihre hart erarbeiteten Steuergelder an Sozialmigranten und feindliche Fremde umverteilen möchte.

Sie sind in Wahrheit empathielose, politische Geisterfahrer und die Totengräber des Vertrauens der Menschen in diesen Staat und seine Organe. Und sie gehen dabei über Leichen: Die unrühmliche Mehrheit des Deutschen Bundestages hat am Freitag den CDU Zuwanderungsbegrenzungsgesetzentwurf abgelehnt, den sich 69 Prozent der Befragten wünschten laut ‚Tagesspiegel' wünschten. Das alles macht die Menschen unfassbar wütend, denn sie sehen, welche Parteien auf die Mord- und Vergewaltigungsopfer der Masseneinwanderung spucken.

[...]

In Wahrheit ist die Brandmauer keine Heldentat. Sie ist weit entfernt davon. Sie ist so etwas wie die Garantie auf ein Dauerabo auf Regierungsbeteiligung der Deutschland feindlich gesinnten parlamentarischen Minderheit. Mit Demokratie hat diese Brandmauer nichts zu tun. Mit Grabsteinen, Deutschlandvernichtung, Krieg, Armut und Elend leider eine ganze Menge."[3010]

Höchst verbreitete den Beitrag im Nachgang auch auf Facebook.[3011]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) kommentierte in einem Facebook-Eintrag vom 21. Dezember 2024 die Amokfahrt in Magdeburg (ST) folgendermaßen:

„Die Verbrecher der Kartellparteien sind für die Tat mitverantwortlich. Das moralisierende Wegschauen ist Teil einer Politik, in der Einheimische wie Fischfutter behandelt werden. Sie dürfen zahlen, sollen das Maul halten, wenn sie es nicht tun, schuriegelt man sie.

[3010] Journalistenwatch: „Höchst brisant: Empathielose politische Geisterfahrer. Die Brandmauer des Grauens besteht allein zum Machterhalt einer Minderheit" vom 02.02.2025, in: htts://journalistenwatch.com, abgerufen am 07.02.2025.

[3011] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 02.02.2025, abgerufen am 07.02.2025.

Die kommende Bundestagswahl könnte diesem Irrsinn ein Ende machen, wenn... Ja, wenn die Deutschen endlich aufwachen würden. Stattdessen wieder nur dümmliches Framing."[3012]

Ebenso schrieb er in einem Tweet am folgenden Tag zu dem Thema:

„Magdeburg zeigt noch einmal deutlich, wie sehr diese Kartellparteien abgewirtschaftet haben. […] Der ganze linke Verbrecherclan schaut weg. So lange bis sie ihre Krokodilstränen vergießen können. Diese gelten jedoch eher ihrem Kontroll- und damit Machtverlust als den Opfern ihrer Politik. Im Mittelalter hätte man Politiker mit diesem Karma nicht nur abgewählt. Einstweilen bleibt nur, die AfD zu wählen. Wir sind die einzige Partei, die die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wird - wenn wir dazu genügend Stimmen haben!"[3013]

Der damalige Co-Vorsitzende der JA Thüringen, Eric Engelhardt, veröffentlichte am 1. März 2025 ein Video auf X, in dem er ausführt:

„Jemand bricht in deine Wohnung ein, verletzt deine Mutter und du sagst zum Einbrecher: ‚Du siehst aber traumatisiert aus. Hier, nimm noch etwas Geld.‘ Das ist die Realität in Deutschland. Millionen brechen in dein Land ein, verletzen Deutsche und du bezahlst sie noch. Die politische Elite führt einen Kampf gegen das eigene Volk. Sie wollen, dass unser Land ruiniert, unsere Sicherheit zerstört und unsere Identität vernichtet wird. Das lassen wir nicht zu. Deutschland ist unsere Heimat, eine Heimat, die es nicht nochmal gibt. Deswegen wehren wir uns dagegen, damit auch deine Mutter wieder sicher leben kann."[3014]

Gerhard Schenk (MdL HE) schrieb am 12. Februar 2025 auf Facebook:

„Zensur, Hausdurchsuchungen, Druck am Arbeitsplatz. Die Opposition ist einem immensen Verfolgungsdruck ausgesetzt. Nur so können anscheinend die Altparteien ihren Kurs der wirtschaftlichen und kulturellen Zerstörung weiter fortsetzen. Absicht? Unvermögen?"[3015]

Harald Laatsch, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland in einem Tweet vom 20. Dezember 2024 als *„Unrechtsstaat"*:

[3012] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.12.2024, abgerufen am 16.01.2025.
[3013] Moosdorf, Matthias: Tweet vom 22.12.2024, abgerufen am 16.01.2025.
[3014] Engelhardt, Eric: Tweet vom 01.03.2025, abgerufen am 04.03.2025.
[3015] Schenk, Gerhard: Facebook-Eintrag vom 12.02.2025, abgerufen am 13.02.2025.

> *„Jetzt plant die Bundesregierung eine offizielle Urlaubsreiseerlaubnis für Menschen die angeblich aus dem Land ‚flüchten' mussten.*
> *Deutschland ist ein Unrechtsstaat gegen seine eigene Bevölkerung. Damit das so bleibt haben sich die Täter das Bundesverfassungsgericht gesichert.“*[3016]

Der Deutschland-Kurier veröffentlichte am 18. Februar 2025 einen Videobeitrag des bayerischen Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte mit dem Titel „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!“ auf seinem YouTube-Kanal. Darin agitierte Nolte gegen die *„Kartellparteien“* und die *„Deutschlandabschaffer[n] von CDU und CSU“*:

> *„Liebe Patrioten, liebe Freunde der Freiheit, liebe User und Zuseher des Deutschland-Kuriers, mein Name ist Benjamin Nolte und ich bin Abgeordneter für die AfD im Bayerischen Landtag. Unser Brauchtum und unsere Traditionspflege, einst Zeichen unserer Identität und unseres Stolzes, wurde von den Kartellparteien in den letzten Jahren zur Zielscheibe ihrer Kulturvergessenheit gemacht. Allen voran von den Deutschlandabschaffern von CDU und CSU. Einst konservative Wertebewahrer sind CDU und CSU heute nur noch kulturmarxistische Marionetten. Von Heimatliebe und Respekt für unsere Traditionen ist nichts mehr übrig, außer vielleicht in Wahlkampfreden.“*[3017]

Der AfD-Kreisverband München (BY) teilte am 23. Januar 2025 auf Facebook einen Artikel von www.dushanwegner.com mit folgendem Inhalt:

> *„Als gestern ein Afghane in Aschaffenburg ein 2-jähriges Kind und einen 41-Mann zu Tode messerte (nius.de, 22.1.2025), war ich, wie viele von uns, zunächst einfach nur von Schmerz und Wut ergriffen.*
> *Nach aktuellem Informationsstand war der 28-jährige Afghane im Jahr 2022 nach Deutschland gekommen (nius.de, 22.1.2025). Er wurde von den Behörden dem ‚Betäubungsmittel-Milieu' zugerechnet, eine Umschreibung für Drogenkonsument und/oder Drogendealer. […] In ihrem Bemühen, Deutschland den maximalen Schaden zuzufügen, wollte die Regierung offenbar tausende Afghanen im wehrfähigen Alter nach Deutschland fliegen lassen. Etwas davon wurde wohl*

3016 Laatsch, Harald: Tweet vom 20.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.

3017 Nolte, Benjamin: „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.02.2025, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 18.02.2025.

umgesetzt. War der Täter von Aschaffenburg einer von diesen Baerbock-Besuchern? Einige Mitarbeiter der deutschen Botschaften im Ausland, dem ‚grünen' Außenministerium unterstellt, scheuen offenbar nicht einmal vor Gesetzesbruch zurück, um afghanischen Männern den Weg nach Deutschland zu ermöglichen (rp-online.de, 28.06.2024). Legal? Illegal?
Für die Grünen ‚scheißegal' - Hauptsache zum Schaden Deutschlands.
(Täuscht euch nicht: Das ist nicht nur ein deutsches Phänomen: Auch in anderen EU-Ländern erlebt man seit Jahren, wie Flugzeugladungen junger, gesunder Männer aus Afrika landen und von verhuschten NGO-Schergen schnell und geplant in die Gesellschaften eingeschleust werden. Das alles wird von bösen Kräften orchestriert, die vermutlich weit über Baerbock stehen, aber Figuren wie die Wohlfrisierte als öffentliches Gesicht benötigen.)
Als Essayist ist es meine Aufgabe, meine Bestürzung in Worte zu bringen, und zwar auf eine Weise, die nach Ludwig Wittgenstein ‚der Fliege den Weg aus dem Fliegenglas weist'. Doch was kann man noch formulieren, was nicht bereits formuliert worden ist?
Dass das Blut der Opfer importierten Terrors an den Händen der Gutmenschen klebt? […]
CDU und FDP könnten jederzeit, gemeinsam mit der AfD, den Migrationswahnsinn und das unnötige Sterben durch ausreisepflichtige Gewalttäter beenden. Doch sie tun es nicht.
Bei SPD und Grünen sind Partei und Wählerschaft moralisch dermaßen ‚durch', dass die die Toten ganz bewusst in Kauf nehmen, um ihren Migrationswahnsinn durchzuziehen, bis zum blutigen Ende. […]
Brandmauer steht für die Verweigerung jeder Zusammenarbeit oder Koalition mit der AfD - wie hoch der Preis an Menschenleben damit auch sei. Die Azteken-Priester opferten einst ihre Kinder durchs Messer und auf blutigste Weise, um die Götter zu besänftigen. Die deutsche Brandmauer-Ideologie opfert das Leben von Kindern und Eltern, liefert sie buchstäblich ans Messer, wohl um irgendwelchen höheren Migrations-Mächten zu gefallen.
Das ist die Realität im Deutschland des Jahres 2025: Die Brandmauer ist eine gefährliche Ideologie, und sie hat Deutschland noch immer im Griff.

Der (bislang) beinharte Ideologe Friedrich Merz ist bereit, wöchentlich den Tod von Menschen für seine Brandmauer-Ideologie in Kauf zu nehmen."[3018] [3019]

Der AfD-Kreisverband München (BY) macht sich durch Teilen des Beitrags ohne kritische Auseinandersetzung den Inhalt zu eigen.

f. Allgemeine Diffamierung der staatlichen Institutionen

Ebenfalls konnten im Zeitraum ab dem Koalitionsbruch weiterhin mehrere Instanzen festgestellt werden, in denen Funktionärinnen und Funktionäre der AfD staatliche Institutionen allgemein diffamieren.

So unterstellten mehrere AfD-Politikerinnen und Politiker staatlichen Institutionen beispielsweise die planvolle Zerstörung oder Vernichtung Deutschlands:

Marc Bernhard (MdB, BW) verunglimpfte am 31. Januar 2025 auf X die etablierten Parteien als „*Kartellparteien*", „*Deutschlandzerstörer*" und „*Antidemokraten*":

> „*Sie wollen die Grenzen einfach nicht schließen: Kartellparteien zerstören Deutschland!*
> *Das heutige pseudo-‚demokratische' Schauspiel ist vorbei. Angesichts der täglichen Messerübergriffe, Gruppenvergewaltigungen und Toten war dieses Gerangel mehr als nur unwürdig für unser Parlament. Nicht die Sicherheit und das Leben der Menschen, sondern ‚Brandmauern' und Wahlkampftaktik spielen für die Kartellparteien offenkundig die wichtigste Rolle.*
> *Das ‚Zustrombegrenzungsgesetz' hat bloß rein kosmetischen Charakter, doch nicht einmal diesen minimalen Schritt sind die Deutschlandzerstörer bereit, zu gehen. Die absurde Debatte über dieses Gesetz beweist, dass die Altparteien unsere Grenzen nicht schützen wollen.*
> *Grüne, FDP, SPD, Linke und CDU sind klar unwählbar. Diese Antidemokraten haben heute eindrücklich unter Beweis gestellt, dass sie nicht das Wohle Deutschlands und das der Bürger im Sinne haben.*"[3020]

[3018] AfD München: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025. .
[3019] Wegner, Dushan: „Brandmauertote, die Opfer einer Ideologie" vom 23.01.2025, in: www.dushan-wegner.de, abgerufen am 24.01.2025.
[3020] Bernhard, Marc: Tweet vom 31.01.2025, abgerufen am 06.02.2025.

Tomasz Froelich (damaliger stellvertretender JA-Bundesvorsitzender; MdEP, HH) verbreitete einen Tweet von Marvin Neumann (ehemaliger Bundesvorsitzender der JA und Mitarbeiter eines MdB) aus Januar 2025. Darin kommentierte Weber einen ZEIT-Artikel anlässlich der Wahl des Begriffs „Biodeutsch" als „Unwort des Jahres" mit folgendem Wortlaut:

> *„Das BRD-Sprachregime mag keine Begriffe, die an die Existenz von Abstammungsdeutschen erinnern. Nicht sonderlich überraschend, aber wieder symptomatisch für einen ethnozidal-antideutsch ausgearteten Verfassungspluralismus."*[3021]

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, postete am 15. Januar 2025 (unter Nutzung seines Pseudonyms „Fabian Keubel") den folgenden Beitrag auf X, der von der JA Sachsen-Anhalt geteilt wurde:

> *„Eine Unvereinbarkeitsliste auf der obskure Kleinstorganisationen, nicht aber verbrecherische Massenorganisationen wie die Altparteien stehen, obwohl letzte Deutschland so schweren Schaden zugefügt haben, wie niemand sonst, ist letztlich halt auch nur ein absurder Witz."*[3022]

Küble und die JA Sachsen-Anhalt diffamieren hier nicht nur die von ihm sogenannten Altparteien, sondern unterstellen ihnen auch illegale, größtmöglichen Schaden verursachende Machenschaften, welche sie zu der Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste der AfD qualifizieren müssten.

Auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhof (HE) trat der hessische Bundestagsabgeordnete Uwe Schulz als Redner auf. Dort bezeichnete er die regierenden Parteien in Deutschland unter anderem als *„globalisierte bunte Vasallen"*:

> *„Der Fisch stinkt vom Kopf. Und daher ist es so wichtig, die Köpfe zu ändern. Anstelle von Schwachköpfen brauchen wir Schlauköpfe, auch wenn sie blonde Zöpfchen tragen. Anstelle von Deutschland-Vernichtern brauchen wir Deutschland-Retter. Anstelle von globalisierten bunten Vasallen brauchen wir Ritter des*

[3021] Froelich, Tomasz: Retweet eines Tweets vom 13.01.2025, abgerufen am 01.04.2025.
[3022] Junge Alternative Sachsen-Anhalt, Retweet eines Tweets vom 15.01.2025, abgerufen am 07.03.2025.

Grundgesetzes. Wir brauchen Kämpfer, die unsere Farben Schwarz-Rot-Gold ganz offen und voller Stolz tragen und tapfer unser Heimatland Deutschland zurückerobern. Gehen Sie daher zur Wahl, bringen Sie noch ein paar Kumpels mit und beobachten Sie ab 18 Uhr die Leute, die ihre Wählerstimmen auszählen.“[3023]

Im Rahmen der von der AfD Bayern organisierten Gedenkveranstaltung anlässlich einer Gewalttat in Aschaffenburg vom 22. Januar 2025 äußerte Björn Höcke (MdL TH) in seinem Redebeitrag:

„Die Kartellparteienpolitiker, die haben Deutschland, obwohl wir noch gar nicht im Krieg stehen, Gott sei Dank noch nicht im Krieg stehen mit Russland, sie haben Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem killing field im Frieden gemacht. […]
Die Deutschen sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten vom politmedialen Establishment in Deutschland in Angst und Schuld gehalten worden. Und wenn sie nicht langsam wach werden, wenn sie nicht langsam den aufrechten Gang lernen, dann wird von ihnen schon in Bälde nichts mehr übrig sein […]. Ich kann die Namen nicht mehr aufzählen, die unschuldig in den letzten Jahren ums Leben gekommen sind durch eine verfehlte Politik der offenen Grenzen.“[3024]

Er äußerte außerdem in einem Facebook-Eintrag vom 23. Januar 2025:

„Die Beileidsbekundungen der Kartellparteienpolitiker sind flach, hohl und stereotyp. Entweder ist das ihrer Empathielosigkeit geschuldet oder dem Wissen, daß sie durch die Politik der offenen Grenzen, die sie alle bis heute mittragen, große Schuld auf sich geladen haben. Als bezeichnend und gleichzeitig beschämend empfand ich den Beitrag der CDU-Spitzenfunktionärin Julia Klöckner auf X. Sie schrieb: ‚Es sind immer wieder Männer. Nicht Frauen. #Aschaffenburg‘ Wahrscheinlich um von der Jahrhundertschuld der CDU abzulenken, scheut diese Dame nicht davor zurück, Männer gegen Frauen auszuspielen und unsere Gesellschaft auch noch in dieser Hinsicht zu polarisieren. Um es nochmal deutlich auszusprechen: Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen

[3023] Schulz, Uwe: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhof (HE); veröffentlicht in: www.youtube.com“ am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 06.03.2025.
[3024] Höcke, Björn: Redebeitrag am 24.01.2025 in Aschaffenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 27.01.2025.

illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch!
[...] Trump weiß, es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht. Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen. Es ist Zeit für Deutschland!"[3025]

Andreas Galau (MdL BB) teilte am 23. Januar 2025 einen Telegram-Beitrag von Björn Höcke (MdL TH) mit diesem Inhalt.[3026]

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) schrieb in einem Tweet vom 17. November 2024:

„Die CDU steht neben vielen Dingen - der Massenmigrationspolitik der Ära Merkel, machthungriger Opportunismus, inhaltliche Widerstandslosigkeit etc. - vor allem für ein unsouveränes Vasallendeutschland, das den vaterländischen Verrat als Realpolitik kaschiert."[3027]

Am 14. Januar 2025 unterstellte Klaus Gagel (MdL HE) auf Facebook, die Regierungsparteien der vergangenen 20 Jahre hätten nicht im Interesse Deutschlands gehandelt:

„Während des vergangenen Wochenendes wurde in Riesa auf unserem Bundesparteitag über die Kanzlerkandidatur unserer Spitzenkandidatin Alice Weidel ab- und mit großer Mehrheit dafür gestimmt.
Die AfD stellt damit erstmals einen Kanzlerkandidaten. Die deutschen Bevölkerung hat damit nun auch endlich Aussicht auf eine potentielle Kanzlerin, die tatsächlich deutsche Interessen vertritt. Und dies ist auch bitter notwendig. Nach

---

[3025] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. b.)
[3026] Galau, Andreas: Telegram-Beitrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[3027] Springer, René: Tweet vom 17.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.

> *über zwanzig Jahren antideutscher Politik der Altparteien steht unser Land so schlecht da wie noch nie in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik.“*[3028]

In weiteren Aussagen wurden den etablierten Parteien Korruption sowie unlautere Methoden zur Machtergreifung bzw. zum Machterhalt unterstellt:

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) sprach in einem Tweet vom 2. Dezember 2024 von einer *„inkompetente[n], in großen Teilen korrupte[n] Parteienelite“*.[3029]

Nicole Höchst (MdB, RP) veröffentlichte im Januar 2025 auf Facebook folgende Aussage:

> *„Wer erinnert sich noch an ein Deutschland, in dem Recht und Ordnung herrschte? Ohne Hunderttausende illegale Migranten? Ohne tägliche Messerangriffe und Gruppenvergewaltigungen? Wahrscheinlich ist dieser Mangel an Vorstellungskraft ein Ergebnis der Manipulation des herrschenden Politmedienkartells, das Angst um seine Macht hat?“*[3030]

In seinem Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) bezeichnete Andreas Lichert (MdL HE) die Regierungsparteien als *„linksgrüne Ökosozialisten“*, die primär nicht die besten Interessen des Landes im Sinn hätten:

> *„Aber jetzt setzen wir uns mal kurz eine linksgrüne Brille auf und sagen doch, doch, das stimmt alles, der Mensch ist schuld und überhaupt. Selbst dann müsste man den linksgrünen Ökosozialisten in Deutschland in den Arm fallen, denn die machen so unfassbar viel dummes Zeug, das nicht nur sauteuer ist, sondern vor allen Dingen dem Klima überhaupt nichts bringt. Überhaupt gar nichts.“*[3031]

[3028] Gagel, Klaus: Facebook-Eintrag vom 14.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.
[3029] Springer, René: Tweet vom 02.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[3030] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 24.01.2025, abgerufen am 27.01.2025.
[3031] Lichert, Andreas: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 03.02.2025.

g. Zwischenfazit

Auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs ließen sich zahlreiche Aussagen von AfD-Politikerinnen und Politikern feststellen, die sich gegen das Demokratieprinzip richten. So fiel in der Vorwahlzeit eine Vielzahl verschiedener dem Demokratieprinzip widriger Äußerungen betreffend fast aller Gliederungspunkte aus Kapitel E. I. 2. an.

Besonders das Inabredestellen der Pressefreiheit stellt im Rahmen des Wahlkampfs eine besondere Untergrabung demokratischer Prozesse dar, da es dazu geeignet ist, das Vertrauen der Bevölkerung in eine unabhängige Berichterstattung zu schwächen, und darauf abstellt, die Wählerinnen und Wähler in ihrer Wahlentscheidung zu verunsichern.

Ebenfalls ist die Häufigkeit des Gebrauchs von Begrifflichkeiten wie „*Kartellparteien*" im Wahlkampf hervorzuheben. Durch die immer wiederkehrende Verwendung dieses und daran angelehnter Begriffe von verschiedenen AfD-Politikern kann davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um eine innerparteilich akzeptierte Wahlkampfrhetorik handelt.

Anhand der Vielzahl der angefallenen Belege sowie deren inhaltlicher Intensität kann auch im Hinblick auf das Demokratieprinzip keine Mäßigung während des fortgesetzten Beobachtungszeitraums im Vorwahlzeitraum festgestellt werden.

3. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip zielt, wie oben bereits dargelegt, auf die Bindung und Begrenzung der öffentlichen Gewalt zum Schutz der individuellen Freiheit ab. Es umfasst als bestimmende Merkmale etwa die Gewaltenteilung – also die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte – und das Gewaltmonopol des Staats.

Während des im voranstehenden begutachteten Zeitraums konnten seitens der AfD das Rechtsstaatsprinzip tangierende Positionen festgestellt werden, wenngleich deren Anzahl und Qualität nicht drauf schließen lassen, dass die Partei von einer gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden Tendenz beherrscht wird. Es fanden sich vornehmlich Verlautbarungen mit offener Widerstandsrhetorik und einer eklatanten Infragestellung des Gewaltmonopols.

Rechtsstaatsprinzip

Es ist zu prüfen, ob die während der Verdachtsfallbearbeitung angefallenen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Rechtsstaatsprinzip fortbestehen oder aber im Wahlkampfzeitraum eine diesbezügliche mäßigende oder verstärkende Veränderung stattgefunden hat. Diesbezüglich sind zwei Äußerungen zu betrachten, die beide von Björn Höcke (MdL TH) stammen.

So forderte er im Januar 2025 auf X, die Europäische Konvention der Menschenrechte auszusetzen:

> *„Der Syrer Alaa S. kommt nur 6 Jahre nach dem Mord an Daniel H. aus dem Gefängnis und wird n i c h t abgeschoben. Die Europäische Konvention der Menschenrechte wird vom Gericht für diese Entscheidung herangezogen, um das Prinzip ‚Täterschutz vor Opferschutz' praktizieren zu können. Ich frage mich: Was ist mit den Menschenrechten der Deutschen und warum setzt man die Konvention nicht aus, wenn offenkundig der Staatszerfall in Deutschland droht? Letztlich ordnen die Richter - und mit ihr die Kartellparteien - die Existenz des Staates dem Recht bzw. der Auslegung des Rechtes unter. Finde den Fehler! Ich wiederhole hier eine alte Einsicht, wenn ich sage: Es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht!“*[3032]

Höcke bekundet hier, dass er die Entscheidung des VG Chemnitz aus 2021, wonach der Syrer Alaa S einem Abschiebungsverbot unterliegt, für unbeachtlich hält und stellt insofern die Bindung an Recht und Gesetz in Frage. Begründet wurde das Abschiebeverbot für Alaa S. mit der Unvereinbarkeit einer Abschiebung nach Syrien mit Art. 3 EMRK („Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.“). Die von Höcke geäußerte Forderung, die Europäische Konvention der Menschenrechte in Gänze auszusetzen, um einen verurteilten Straftäter ohne deutsche Staatsbürgerschaft – trotz vorliegender menschenrechtlicher Bedenken und humanitärer Gründe, die einer Abschiebung entgegenstehen – abzuschieben, ist in letzter Konsequenz als rechtsstaatswidrig zu werten und steht im Widerspruch zu Deutschlands völkerrechtlicher Verpflichtung als EMRK-Mitglied.

[3032] Höcke, Björn: Tweet vom 25.01.2025, abgerufen am 27.01.2025.

Höcke kritisiert dabei nicht nur die konkrete Gerichtsentscheidung des VG Chemnitz, was noch nicht verfassungsschutzrelevant wäre. Vielmehr fordert er die allgemeine Außerkraftsetzung bindender Menschenrechte – die auch die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes tangieren –, und zielt damit letztlich auf die (widerrechtliche) Rückführung von Menschen mit Migrationsgeschichte ab, die seiner völkisch-ethnischen Vorstellung nach kein Bleiberecht in Deutschland haben.

Gemäß Art. 6 Abs. 3 EU-Vertrag sind die Grundrechte, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben, im Übrigen als allgemeine Grundsätze Teil des Unionsrechts. Damit missachtet Höcke auch den grundsätzlichen Vorrang des Unionsrechts. Es trifft zwar zu, dass dieser nur gilt, weil die Bundesrepublik als souveräner Staat selbst entscheiden konnte, aufgrund von Art. 23 GG und den Zustimmungsgesetzen zu den europäischen Verträgen Kompetenzen abzugeben.[3033] Insofern wäre dies durch Gesetzesänderung wieder abänderbar, wie die AfD es auch mit der Gründung eines Bund europäischer Nationen anzustreben scheint.[3034] Dies ist jedoch nicht Gegenstand der hiesigen Aussage. Höcke möchte das aktuell geltende Recht nicht bei der Entscheidung über die Abschiebung angewendet sehen und ignoriert damit den Grundsatz des Vorrangs des Gesetzes.

Dass sich Björn Höcke hinsichtlich der Rückführung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht an Recht und Gesetz gebunden sieht, veranschaulicht darüber hinaus ein von ihm veröffentlichter Facebook-Eintrag vom 23. Januar 2025 anlässlich des Messerangriffs in Aschaffenburg (BY):

> *„Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch! Als ich vor einigen Jahren in ‚Nie zweimal in den denselben Fluß' den fortgeschrittenen Prozeß des deutschen Staatszerfalls beschrieb, führte ich zu möglichen Gegenmaßnahmen aus: ‚Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird*

[3033] Vgl. Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 93, Rn. 82c.
[3034] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 86: „Dieser Bund europäischer Nationen, den wir als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft anstreben, wahrt die weitgehende Souveränität seiner Mitgliedsstaaten nach innen und ermöglicht die Koordination im Auftreten nach außen."

man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚Wohltemperierten Grausamkeit', wie es Peter Sloterdijk sagte, herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.' Und ich mahnte, was oft unterschlagen wird, aus meiner ethischen Verantwortung heraus im folgenden Satz an: ‚Man sollte daher so human wie irgend möglich, aber auch so konsequent wie nötig vorgehen.' Ich setzte damit bewußt einen Kontrapunkt zur damaligen Bundeskanzlerin Merkel, die den Migrantentsunami über Deutschland hinweggehen ließ, weil sie die unschönen Bilder an der Bundesgrenze fürchtete. Ich tat es, wohl wissend, Opfer von Haß und Hetze durch das polit-mediale Establishment zu werden, weil ich ahnte, wie grausam die Folgen für Deutschland werden würden. Die Bluttat von Aschaffenburg steht für diese grausamen Folgen. […] Trump weiß, es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht. Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen. Es ist Zeit für Deutschland!"[3035]

Höcke erneuert hier seine im 2018 erschienenen Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluß" formulierte Forderung, im Rahmen der Remigrationspolitik auch solche Maßnahmen zu ergreifen, die dem moralischen Empfinden der Bevölkerung zuwiderlaufen könnten.[3036] Dass er sich hinsichtlich der Rückführungen von Migrantinnen und Migranten nicht an international geltendes Recht gebunden sieht, bekräftigt vor allem seine abermalige Äußerung, es gebe *„kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht".* Seine Ausführungen belegen in letzter Konsequenz eine willkürliche rechtliche Schlechterstellung von Menschengruppen auf Basis eines imaginierten *„Recht[s] eines souveränen Volkes"*, was diese

[3035] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. b.)
[3036] Vgl. Gutachten AfD und Teilorganisationen 2019, S. 396 f.

in ihrer Menschwürde verletzen würde und auch dem Rechtsstaatsprinzip zuwiderläuft.

Im Gegensatz zum vorherigen Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung, in dem vereinzelt Äußerungen mit Widerstandsrhetorik und Infragestellungen des Gewaltmonopols seitens der AfD-Vertreterinnen und -Vertreter festgestellt wurden, fanden sich im hiesigen Begutachtungszeitraum lediglich zwei Äußerungen eines Landtagsabgeordneten, die das Rechtsstaatsprinzip tangieren. Die betreffenden Aussagen stellen in argumentativ ähnlicher Weise die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt in Frage und enthalten eine rechtsstaatswidrige Forderung zur „Remigration" unter Missachtung geltenden Rechts (etwa durch Außerkraftsetzung völkerrechtlich garantierter Menschenrechte).

Anknüpfend an die Feststellung in Kapitel E. I. 3. lassen diese beiden Äußerungen weiterhin nicht den Schluss zu, dass die Partei von einer gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden Tendenz beherrscht wird, weshalb auch nicht von einer Verdichtung der festgestellten Verdachtsmomente zur Gewissheit ausgegangen werden kann.

4. Positionierungen zum Nationalsozialismus

Im voranstehend begutachteten Zeitraum wurden auf allen Parteiebenen Positionierungen der AfD zum Nationalsozialismus festgestellt (siehe hierzu Kapitel E. I. 4). Während eine ausdrückliche Befürwortung, Rechtfertigung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus in den obigen Ausführungen nicht zum Tragen kam, fanden sich hingegen unterschiedliche Formen der Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Verbrechen. Darüber hinaus belegen einige der Äußerungen eine Negation der fortlaufenden aus dem Nationalsozialismus resultierenden moralischen und rechtlichen Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland.

Im Folgenden ist zu prüfen, ob während des Bundestagswahlkampfs weiterhin Positionierungen der AfD-Vertreterinnen und -Vertreter zum Nationalsozialismus festzustellen sind, die Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen und inwieweit sich aus diesen entweder eine Mäßigung oder aber eine weitere Verdichtung der Verdachtsmomente erkennen lässt.

a. Beschönigende und verharmlosende Darstellung des Nationalsozialismus

Im untersuchten Wahlkampfzeitraum ist ein Sachverhalt bekannt geworden, der eine unmittelbar positive Haltung eines AfD-Kommunalpolitikers gegenüber dem historischen Nationalsozialismus zum Ausdruck bringt und in dieser expliziten Deutlichkeit im Vergleich zu den sonstigen AfD-Positionierungen zum NS-Regime eine Ausnahme darstellt.

In einem Presseartikel vom 20. Februar 2025 wurde ein Foto veröffentlicht, das Steffen Kühn (Mitglied im Stadtrat Gräfenhainichen und im Wittenberger Kreistag, ST) auf einem Gruppenfoto zeigt, auf welchem er vor einer modifizierten Reichskriegsflagge von 1933 mit Reichsadler und Eisernem Kreuz posiert. Eine neben ihm abgebildete Person zeigt auf diesem Foto den Hitlergruß:[3037]

[3037] Mitteldeutsche Zeitung: „AfD-Politiker unter Druck: Foto mit Hitlergruß aufgetaucht“ vom 20.02.2025, in: www.mz.de, abgerufen am 07.03.2025.



Zwar fällt die von den Nationalsozialisten verwendete Reichskriegsflagge mit Eisernem Kreuz – also ohne Darstellung eines Hakenkreuzes – in Deutschland nicht unter das Verbot von NS-Symboliken nach § 86a StGB, doch wird sie vornehmlich von Rechtsextremisten als Ersatz für die verbotene Hakenkreuzflagge genutzt. Die Verwendung des Hitlergrußes hingegen ist strafbar nach § 86a StGB. Steffen Kühn distanziert sich offenkundig nicht von derartigen den Nationalsozialismus verherrlichenden Darstellungen, sondern scheint im Gegenteil eine gemeinschaftliche Gruppenposition zu vertreten.

Der AfD-Stadtrat und Bundestagskandidat Taras Maygutiak (BW) wurde im November 2024 wegen des Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen (§ 86a StGB) verurteilt, nachdem er in einem Facebook-Eintrag – offensichtlich in gleichsetzender Absicht – eine Hakenkreuz- und eine Regenbogenfahne nebeneinander eingestellt hatte. Das Gericht wertete die Abbildungen nicht, wie von Maygutiak vorgebracht, als dokumentarisch gerechtfertigte und deshalb straffreie Darstellungsform.[3038]

[3038] Badische Neueste Nachrichten: „Amtsgericht Offenburg: AfD-Stadtrat Maygutiak wegen Hakenkreuz-Post verurteilt" vom 24.11.2024, in: https://bnn.de, abgerufen am 29.01.2025.

b. Ablehnung der für die Bundesrepublik Deutschland aus dem NS-Regime folgenden rechtlichen, finanziellen und moralischen Verantwortlichkeiten

Wie oben bereits dargelegt, können sich Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bereits dann ergeben, wenn die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die nach 1945 entstandene Erinnerungskultur von Vertreterinnen und Vertretern der AfD in pauschaler und geschichtsrevisionistischer Manier als „Schuldkult" diskreditiert werden. Diesem rechtsextremistischen Narrativ folgend sei die Erinnerung an den Nationalsozialismus den Deutschen als angebliche „Kollektivschuld" von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs aufgezwungen worden, um Deutschland und das deutsche Volk fortgesetzt unterdrücken und finanziell ausbeuten zu können. Eine damit verbundene – zu großen Teilen völkerrechtlich bindende – moralische, rechtliche und finanzielle Verantwortungsübernahme wird dabei pauschal zurückgewiesen und die Dimension und Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen negiert.

Besonders eindrücklich erscheint in diesem Zusammenhang ein Videobeitrag des bayerischen Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte mit dem Titel „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!", der vom Deutschland-Kurier am 18. Februar 2025 auf YouTube veröffentlicht wurde:

> *„Während linke Ideologen fordern, Straßennamen zu ändern, Denkmäler abzureißen und alles, was nach deutscher Geschichte riecht, auszulöschen, klatschen CDU und CSU artig Beifall. Brauchtum und Tradition, für diese Leute nur etwas, das stört. Stattdessen schwelgt man lieber in multikulturellen Utopien und belehrt uns, warum wir uns für unsere eigene Geschichte schämen sollten. Wir von der AfD sagen, es reicht. Unser Brauchtum und unsere Tradition sind kein Relikt aus der Vergangenheit. Sie sind Teil unserer Identität und unserer Zukunft. Wir stehen für den Schutz von Denkmälern und Traditionen. Abrissbirnen gehören auf Baustellen, aber nicht an unsere Geschichte. Gedenkkultur*

ohne Schuldkult. Wir gedenken mit Respekt unserer Ahnen Werk und das ohne uns ständig auf Knien zu entschuldigen.“[3039]

Zwar knüpft die Äußerung hier zunächst an die politische Diskussion an, ob Straßennamen von bestimmten Personen – auch solchen, die zu anderen Zeiten als dem Nationalsozialismus, beispielsweise dem Kaiserreich lebten – abzuändern seien. Aufgrund der Allgemeinheit seiner Ausführungen und der Tatsache, dass viele der diskutierten Fälle Personen mit nationalsozialistischen Bezügen betreffen, bezieht er die diesbezügliche Erinnerungspolitik auch mit ein. Nolte diffamiert so die geleistete Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, welche er als regelrechte Auslöschung *„deutscher Geschichte“*, Denkmäler und Traditionen verunglimpft. Mit seiner Formulierung *„Gedenkkultur ohne Schuldkult“* lehnt er jede weitere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ab, wodurch die aus der NS-Vergangenheit gezogenen Lehren nicht länger bedeutsam für die heutige Politik wären. Vielmehr solle der deutschen Geschichte nicht schambehaftet, sondern in positivem Sinne (*„mit Respekt“*) gedacht werden, ohne sich *„ständig auf Knien [...] entschuldigen“* zu müssen. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wird damit als lästig dargestellt. Seine Ausführungen stehen der identitätsprägenden Bedeutung des Nationalsozialismus für die verfassungsrechtliche Ordnung im Sinne eines Gegenentwurfs grundsätzlich entgegen.

Ähnlich – wenn auch weniger radikal – argumentierte auch Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) in einem Tweet vom 26. Januar 2025. Darin teilte dieser einen Beitrag über die Grußbotschaft von Elon Musk während der Wahlkampfauftaktveranstaltung der AfD in Halle (ST) am Vortag und kommentierte ihn wie folgt:

> *„Bin #ElonMusk unendlich dankbar für seine Rede. Mit seiner Unterstützung werden wir unser Verhältnis zu unserer Geschichte normalisieren. Vernünftige, wohldosierte, historische Beschäftigung mit der #NS-Zeit ja, aber Schluß mit dem Schuldkult! Vergangenheit vergehen lassen! #AfD“*[3040]

Auch Hans-Thomas Tillschneider fordert einen *„Schlussstrich“* hinsichtlich des *„Schuldkult[s]“* und empfiehlt, die *„Vergangenheit vergehen zu lassen“*. Er verlangt

---

[3039] Nolte, Benjamin: „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.02.2025, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 18.02.2025.

[3040] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 26.01.2025, abgerufen am 29.01.2025.

hier keine ganzheitliche Überwindung der Erinnerungskultur, sondern billigt zumindest noch eine *„vernünftige, wohldosierte, historische Beschäftigung"* mit der NS-Vergangenheit. Der von ihm verwendete „Schuldkult"-Begriff marginalisiert jedoch bereits für sich genommen die verbrecherische Dimension des Nationalsozialismus und die daraus resultierende historische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Zusammenhang sind auch die folgenden Verwendungen des Begriffs zu bewerten:

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) hielt am 8. Februar 2025 in Paderborn (NW) eine Wahlkampfrede, in der von den *„Schuldkultmühlen des Establishments"* sprach:

> *„Und ich bin froh, dass diese Menschen sich zu uns stellen, häufig sogar mutiger sind, weil sie nicht durch die Schuldkultmühlen des Establishments getrieben wurden und uns auch animieren zu sagen: ‚Kämpft um unsere gemeinsame Heimat. Wir stehen an eurer Seite.'"*[3041]

Mit den *„Schuldkultmühlen des Establishments"* greift Helferich die Vorstellung auf, wonach die etablierten Parteien die von den Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg angeblich auferlegte „Kollektivschuld" des deutschen Volkes aktiv reproduzierten und sich damit letztlich der Unterdrückung durch selbige beugten.

In der am 2. Februar 2025 ausgestrahlten Talkshow „Caren Miosga" zeigte sich die Co-Bundessprecherin und Kanzlerkandidatin der AfD Alice Weidel (MdB, BW) verärgert darüber, dass man *„Schuldkult"* mittlerweile *„nicht mehr sagen"* dürfe. Auf die Nachfrage der Moderatorin hin, ob sie den Begriff, also *„ein Vokabular aus dem Bereich des neurechten und rechtsextremen Geschichtsrevisionismus"*, bewusst benutze, erwiderte Weidel:

> *„Schuldkult ist Schuldkult. Nein, ja, natürlich nicht. Aber es ist ja auch völlig egal. Also mittlerweile ist ja auch sämtliche Sachen, die man nicht mehr sagen darf.*

[3041] Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland", abgerufen am 10.02.2025.

Man darf Schwachkopf nicht mehr sagen zu einem totalen unfähigen Energie- und Wirtschaftsminister.“[3042]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) verwendete im Dezember 2024 auf X die geschichtsrevisionistische Bezeichnung *„Weltkriegs-Schuldkomplex“*, die inhaltlich letztlich ebenfalls an die „Schuldkult“-Erzählung anknüpft. So verbreitete er dort anlässlich der öffentlichen Kritik an der Unterstützung der AfD durch Elon Musk einen englischsprachigen Fremdbeitrag und kommentierte diesen mit dessen deutscher Übersetzung:

> *„Was jetzt in Deutschland passiert, entscheidet die Zukunft Europas. Wenn die Deutschen endlich ihren Weltkriegs-Schuldkomplex loswerden, war es das für die Globalisten. Deutschland ist/war ihre wichtigste Bastion. Deshalb drehen sie so durch, wenn Musk die @AfD unterstützt.‘“*[3043]

Neben der wiederholten Verwendung des rechtsextremistischen Begriffs des „Schuldkults“ fanden sich in den während des Bundestagswahlkampfs angefallenen Verlautbarungen auch Argumentationsmuster, die als Täter-Opfer-Umkehr zu beschreiben sind, die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen und die Verantwortung des Deutschen Reiches für den Zweiten Weltkrieg negieren.

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, etwa kommentierte am 19. Februar 2025 den folgenden Fremdbeitrag auf X:

> *„Man stelle sich vor, der britische Premier Chamberlain hätte im September 1939 den Polen gesagt: ‚Selbst schuld am Krieg mit Hitler, er hat euch doch davor ein Angebot für einen Deal gemacht. Warum musstet ihr so stur sein?‘ Reagan dreht sich im Grab rum, wenn er sieht wie Trump sich schwach an Putin anschleimt.“*[3044]

Küble antwortete diesbezüglich:

> *„Das wäre richtig gewesen. Dann wäre uns allen, vor allem Großbritannien selbst, viel erspart geblieben. Stattdessen gab es Weltkrieg. Offenbar wollen*

[3042] ARD: „Was für ein Deutschland wollen Sie, Frau Weidel?“; veröffentlicht in: www.ardmediathek.de am 02.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.
[3043] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 31.12.2024, abgerufen am 02.01.2025. (Doppelverwendung eines Belegs aus dem Kapitel F. I. 1.d.)
[3044] Küble, Fabian: Tweet vom 19.02.2025, abgerufen am 04.04.2025.

> *Leute wie sie das wieder. Sie sind gefährlich. Gut das Trump damit nun Schluss macht.“*[3045]

Indem Küble die ursprüngliche Äußerung zustimmend kommentiert, beschuldigt er Polen in faktenwidriger Weise der Kriegstreiberei. Mit der Behauptung, Polen sei wesentlicher (Mit-)Verursacher des Zweiten Weltkriegs, nimmt Küble eine perfide Täter-Opfer-Umkehr vor, die das NS-Regime (als eigentlich Schuldigen) gänzlich von seiner Verantwortung freispricht. Diese Sichtweise widerspricht sämtlichen Ergebnissen der historischen und politikwissenschaftlichen Forschungen der vergangenen Jahrzehnte. Überdies stellt dies eine Verharmlosung derjenigen Verbrechen dar, die das NS-Regime gegen Polen und auf besetztem polnischem Territorium begangen hat.

Einen weiteren geschichtsrelativierenden Aspekt greift ein von Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, ab Februar 2025 MdB, SN) am 9. November 2024 geteilter Tweet mit folgendem Inhalt auf:

> *„Am 9. November, diesem geschichtsträchtigen Gedenktag, geht einem auf, dass es gar keinen Gedenktag für die größte ethnische Säuberung aller Zeiten gibt, die Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa.*
> *Und das bei etwa 14 Millionen Betroffenen! #Ostpreußen #Schlesien“*[3046]

Krah befürwortet einen Gedenktag für die angeblich *„größte ethnische Säuberung aller Zeiten“*, mit der er auf die Flucht und Vertreibung deutscher Minderheiten aus den ehemaligen Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg rekurriert. Es erscheint besonders verwerflich, diese Aussage ausgerechnet am 9. November zu veröffentlichen – also an jenem Gedenktag, der an die von den Nationalsozialisten initiierten Pogrome gegen Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich im Jahr 1938 erinnert. Denn die Reichspogromnacht markiert den historischen Beginn des Holocaust. In seiner Äußerung nimmt Krah somit eine Relativierung vor, indem er den systematischen NS-Genozid an sechs Millionen Jüdinnen und Juden und weiteren Minderheiten mit der Zwangsmigration der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aufwiegt. Im Ergebnis verharmlost er damit die verbrecherische Dimension des NS-Regimes und nimmt indirekt ebenfalls eine Täter-Opfer-Umkehr, vor, da er die Verantwortlichkeit der Nationalsozialisten in Bezug auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs, ohne

---

[3045] Ebd.
[3046] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 09.11.2024, abgerufen am 27.11.2024.

dessen Ausbruch es nicht zur millionenfachen Vertreibung von Deutschen gekommen wäre, bewusst ausklammert.

c. Nationalsozialistisch geprägter Sprachgebrauch

Wie bereits in Kapitel E. I. 4. dargelegt, fand in der Partei nach der Verurteilung Björn Höckes (MdL TH) 2023 wegen der SA-Losung „Alles für Deutschland!" im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung keine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit einer solchen Rhetorik statt. Stattdessen wurden die diesbezüglichen Gerichtsurteile bewusst verharmlosend von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern kommentiert – auch von der Co-Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel.

Im Zuge des Bundestagswahlkampfs etablierte sich der Ausruf „Alice für Deutschland" als Wahlkampfspruch. Er wurde etwa auf dem Bundesparteitag im Januar 2025 in Riesa (SN) in einer Rede Jörg Urbans (MdL SN) zum offiziellen Wahlspruch in Sachsen ernannt[3047] und von mehreren Mitgliedern auf Schildern des AfD-Bundesvorstands (Peter Boehringer (MdB, BY, stellvertretender Bundessprecher, Mitglied der Bundesprogrammkommission), Hannes Gnauck (MdB, BB, Beisitzer), Dennis Hohloch (MdL BB, Schriftführer) und Heiko Scholz (MdL HE, Beisitzer) auf der Bühne beworben:[3048]



[3047] T-online: „AfD-Parteitag - Die Maske ist gefallen" vom 11.01.2025, in: www.t-online.de, abgerufen am 24.03.2025.

[3048] Livestream zum AfD-Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

Am selben Tag veröffentlichte Björn Höcke (MdL TH) auf X ein Foto des Bundesparteitags, auf welchem er Alice Weidel (MdB, BW) zu deren formeller Wahl zur AfD-Kanzlerkandidatin durch die Partei gratulierte. Dazu schrieb er:

> *„Alice für Deutschland! #AfDBPT"*[3049]

Am 25. Januar 2025 wurden beim Wahlkampfauftakt der AfD Sachsen-Anhalt in Halle abermals blaue Schilder mit der Aufschrift *„Alice für Deutschland"* verteilt. So war etwa Tim Pöhlmann (Kreisvorstandsmitglied der AfD Mittelsachsen und damaliger Vorsitzender der JA Mittelsachsen) auf Facebook mit einem solchen Pappschild zu sehen.[3050] Zudem sollen laut Medienberichterstattung auch Baseball-Caps mit dem Slogan als Textaufdruck auf der Veranstaltung zu sehen gewesen sein.[3051]

Auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD Hessen am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) verwendete auch der hessische Co-Landessprecher Andreas Lichert (MdL HE) den Slogan „Alice für Deutschland" in einem Redebeitrag:

> *„Und weil das so ist, werden wir am 23. Februar abräumen. Und weil wir die beste Kandidatin haben. Du bist nicht nur die Kanzlerin der Herzen und der Hirne. Am 23. Februar wirst du die Kanzlerin aller Deutschen! Alice für Deutschland!"*

Daraufhin skandierte das Publikum: *„Alice für Deutschland! Alice für Deutschland!"*[3052]

Auch Oliver Kirchner (MdL ST) griff den Slogan in einer Rede auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Sachsen-Anhalt am 22. Februar 2025 in Magdeburg (ST) auf.[3053]

Auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD Brandenburg am 14. Februar 2025 in Frankfurt/Oder (BB) trat der als Björn Banane bekannte Björn Winter auf und trug dort unter Einbindung des Publikums seinen Song „Alice für Deutschland" vor. Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schloss seine Rede auf der Veranstaltung ebenfalls mit dem Ausruf „Alice für Deutschland", woraufhin erneut das Lied von Björn Banane

[3049] Höcke, Björn: Tweet vom 11.01.2025, abgerufen am 03.02.2025.
[3050] Pöhlmann, Tim: Facebook-Eintrag vom 25.01.2025, abgerufen am 24.03.2024.
[3051] Stern: „AFD-WAHLKAMPFAUFTAKT - Und übermorgen die Macht!" vom 25.01.2025, in: www.stern.de, abgerufen am 24.03.2025.
[3052] Lichert, Andreas: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 03.02.2025.
[3053] Kirchner, Oliver: Redebeitrag am 22.02.2025 in Magdeburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2025, Kanal: „Landesverband AfD Sachsen-Anhalt", abgerufen am 24.03.2025.

gesungen wurde. Berndt und weitere Redner des Abends standen dabei klatschend und teilweise mitsingend im Hintergrund auf der Bühne.[3054]

Des Weiteren kann die Nutzung des Hashtags „*#AlicefürDeutschland*“ in den sozialen Medien im Wahlkampfzeitraum für dreizehn weitere Abgeordnete der Bundes- und Landesebene belegt werden.[3055]

Die AfD setzt sich also weiterhin nicht kritisch mit der SA-Losung „Alles für Deutschland“ auseinander. In offensichtlich provozierender Absicht wurde vielmehr die phonetisch nahezu gleichlautende Formel „Alice für Deutschland“ auf Wahlkampfveranstaltungen und auch auf dem jüngsten Bundesparteitag vom Bundesvorstand selbst umso häufiger verwendet und skandiert.

d. Zwischenfazit

Unter den im Wahlkampfzeitraum angefallenen Äußerungen zum Nationalsozialismus von AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten der Bundesebene bis zur Kommunalebene fanden sich insbesondere solche, die auf dem im geschichtsrevisionistischen Diskurs üblichen „Schuldkult“-Narrativ fußen. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Sinne der vorherrschenden Erinnerungspolitik wird hierbei abgelehnt und die aus der NS-Diktatur resultierende moralische und rechtliche Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland negiert oder zumindest herabgewürdigt. Vereinzelt wird dies auch mit Argumentationsmustern der Täter-Opfer-Umkehr verbunden, wodurch die verbrecherischen Handlungen des NS-Regimes insgesamt verharmlost und die zugrunde liegende menschenfeindliche Ideologie beschönigt werden.

[3054] Björn Banane: „AfD WINTER FEST IN FRANKFURT (ODER)“ am 14.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Björn Banane“ am 14.02.2025, abgerufen am 31.03.2025.

[3055] Hess, Martin: Facebook-Eintrag vom 19.12.2024, abgerufen am 24.03.2025; Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 27.12.2024, abgerufen am 24.03.2025; Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 28.12.2024, abgerufen am 24.03.2025; Winhart, Andreas: Facebook-Eintrag vom 30.12.2024, abgerufen am 24.03.2025, Frohnmaier, Markus: Facebook-Eintrag vom 07.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Kaufmann, Michael: Facebook-Eintrag vom 11.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 12.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Tritschler, Sven: Facebook-Eintrag vom 18.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Nguyen, Anna: Facebook-Eintrag vom 20.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Frömming, Götz: Facebook-Eintrag vom 25.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 14.02.2025, abgerufen am 24.03.2025; Tabor, Tommy: Facebook-Eintrag vom 17.02.2025, abgerufen am 24.03.2025. Wald, Daniel: Facebook-Eintrag vom 23.02.2025, abgerufen am 24.03.2025.

Mit dem modifizierten Ausruf „Alice für Deutschland" wurde ein der SA-Losung „Alles für Deutschland" phonetisch ähnlicher Slogan provozierend im Wahlkampf eingesetzt, u. a. durch Björn Höcke oder durch den Bundesvorstand selbst. Eine kritische Auseinandersetzung ist somit auch hier weiterhin nicht erkennbar.

Die unmittelbar befürwortende Positionierung eines AfD-Kommunalpolitikers zum historischen Nationalsozialismus blieb im untersuchten Zeitraum des Bundestagswahlkampfs eine singulär festgestellte Ausnahme und kann insoweit nicht mit Blick auf die Partei generalisiert werden.

In der Gesamtschau der aufgeführten Belege lässt sich keine die Partei insgesamt prägende positive Positionierung der AfD zum historischen Nationalsozialismus feststellen. Anhaltspunkte für eine geschichtsrevisionistische Relativierung der Dritten Reichs sind jedoch in der AfD weiterhin verbreitet.

II. Bundestagswahlprogramm 2025

Das auf dem Bundesparteitag am 11./12. Januar 2025 in Riesa (SN) beschlossene Wahlprogramm für die Bundestagswahl umfasst 177 Seiten.

Neben dem Grundsatzprogramm sind Wahlprogramme die wichtigsten programmatischen Schriften einer Partei. Mit letzterem gibt die Partei eine Schrift heraus, mit der sie ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele und Vorhaben für die kommende Legislaturperiode öffentlich kommuniziert. Besondere Relevanz erhalten Wahlprogramme somit durch die Tatsache, dass sie im Gegensatz zu den meist zeitlich beständigeren Grundsatzprogrammen immer nur für die Dauer der jeweiligen Legislatur beschlossen werden und somit regelmäßig neu verfasst und ausgehandelt werden müssen. So können durch den Vergleich von Wahlprogrammen auch programmatische Änderungen oder aber Kontinuitäten einer Partei festgestellt werden. Da Programme nach intensiven und langwierigen innerparteilichen Diskussionen durch den Bundesparteitag als höchstem Parteigremium verabschiedet werden, können sie unmittelbar der Bundespartei zugerechnet werden. Im Falle der AfD wurde das Bundestagswahlprogramm auf dem Bundesparteitag mit nur wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen, wodurch die breite Akzeptanz in der Partei nochmals unterstrichen wird.

Das Bundestagswahlprogramm ist somit von Relevanz im Hinblick auf die Bewertung des Auftritts der Partei. Im Folgenden ist es deshalb auf tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bewerten.

1. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

Zu prüfen ist, ob die AfD auch in ihrer repräsentativen programmatischen Schrift einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff vertritt. Die AfD spricht an mehreren Stellen von einer spezifischen europäischen oder deutschen Identität und Kultur, die es zu schützen gelte. So bringt sie zum Ausdruck, dass sie die Bewahrung der europäischen Kulturen und Identitäten als zentrale gemeinsame Interessen einer neu zu gründenden europäischen Gemeinschaft sieht.[3056] Auch stellt sie die Forderung nach einer *„deutsche[n] Leitkultur statt ‚Multikulturalismus'“* auf.[3057]

[3056] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 140.
[3057] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 170.

Speziell heißt es im Abschnitt „Familie und Demografie“:

> *„Kinder sichern nicht nur den Fortbestand unserer Gesellschaft, weil sie die Bindeglieder in der Folge der Generationen sind. Sie sind für die Eltern auch sinnstiftend und geben dem Leben jenseits materieller Güter eine Bedeutung. Kinder stehen sowohl für eine sich stetig ändernde Zukunft als auch für die Weitergabe der eigenen Kultur, der Traditionen und Fähigkeiten ihres Volkes. Durch eine aktivierende Familienpolitik strebt die AfD eine Geburtensteigerung und damit die demografische Wende in Deutschland an, die nicht nur das individuelle Glück der Eltern, sondern auch unsere Kulturweitergabe sicherstellt und die Sozialsysteme stabilisiert.“*[3058]

Dass diese *„Kulturweitergabe“* aus Sicht der AfD in der aktuellen Situation aufgrund der demografischen Entwicklung und der Migrationsströme gefährdet ist, wird auch im darauffolgenden Abschnitt deutlich:

> *„Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre weit unterhalb des Niveaus zur Bestandserhaltung. Inzwischen gibt es dringenden Handlungsbedarf, weil damit nicht nur ein Kulturabbruch droht, sondern auch der Zusammenbruch unserer Sozialversicherungen.“*[3059]

Ferner heißt es im Kapitel „Zeit für Zusammenhalt – Kultur und Medienpolitik“:

> *„Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur. Letztere ist durch das Christentum, das antike Erbe, die Aufklärung, volkstümliche Traditionen sowie unsere künstlerischen und wissenschaftlichen Werke wesentlich beeinflusst. Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.“*[3060]

Die voranstehenden Äußerungen sind jedoch insgesamt nicht verfassungsschutzrelevant. Die Forderung nach einer gemeinsamen kulturellen Basis exkludiert für sich

[3058] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 145.
[3059] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 146.
[3060] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 170.

genommen nicht etwa Menschen mit Migrationsgeschichte, da eine Leitkultur nicht gleichzusetzen ist mit einem gänzlichen Zwang zur Assimilation.

Damit weicht das Wahlprogramm deutlich von den festgestellten Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären hierzu ab.

2. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

Im Wahlprogramm finden sich in geringem Umfang Aussagen, die als Anhaltspunkte für eine pauschale Herabwürdigung von Migrantinnen und Migranten herangezogen werden können. So heißt es bezogen auf Asyl- und Migrationspolitik:

> *„In den vergangenen Jahrzehnten wurden die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland so ausgestaltet, dass das Land zum Hauptanziehungspunkt insbesondere für Armutsmigranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geworden ist. Zusätzlich entfalten deutsche Sozialsysteme eine enorme Sogwirkung und setzen gewaltige Migrationsströme in Bewegung. In Verbindung mit der unverantwortlichen Politik der offenen Grenzen, die die unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung noch befeuert, sendet die Bundesregierung damit den Interessen unseres Landes völlig entgegengesetzte Signale aus. Die Folgen davon sind ungesteuertes Bevölkerungswachstum, Überforderung der Staatsfinanzen, signifikant ansteigende Kriminalität, Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und des Wohnungsmarktes.“*[3061]

Migrantinnen und Migranten wird implizit der Fluchtgrund abgesprochen, indem behauptet wird, allein der deutsche Sozialstaat provoziere bereits die Einreise *„gewaltige[r] Migrationsströme“*. Die aus dieser behaupteten Motivation heraus eingewanderten Menschen werden so als elementare und alles überragende Ursache für gesamtgesellschaftliche Problemlagen angeführt.

Im Unterabschnitt „Jugendstrafrecht“ des Kapitels „Innere Sicherheit“ findet sich zudem die folgende pauschale und unbelegte Behauptung:

[3061] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 100.

> *„Die Anzahl jugendlicher und heranwachsender Straftäter hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen; besonders auffällig sind hierbei Personen mit Migrationshintergrund."*[3062]

Damit werden besonders Deutsche mit Migrationsgeschichte unter den Generalverdacht erhöhter Kriminalität gestellt.

Das Wahlprogramm enthält zudem die konkrete Forderung nach „Remigration":

> *„Unser Maßnahmenkatalog zur Umkehr dieses migrationspolitischen Staatsversagens heißt Remigration und umfasst folgende Maßnahmen, die bereits heute der geltenden Rechtslage entsprechen oder sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen lassen:*
>
> - *Wir werden vollziehbar ausreisepflichtige Personen konsequent abschieben und bestehende Fehlanreize (Bürgergeld, Bleiberechte für Ausreisepflichtige, Turboeinbürgerung) abstellen. Ebenso werden wir in diesem Zusammenhang Anreize zur freiwilligen Rückkehr ausbauen.*
> - *Wenn der Fluchtgrund entfällt – wie aktuell in Syrien –, endet der Schutzanspruch, der zeitlich begrenzt ist und keinesfalls eine Anwartschaft auf eine dauerhafte Einwanderung begründet. Hierzu sind umgehend Widerrufsverfahren einzuleiten und Verhandlungen mit den Herkunftsländern aufzunehmen. Hierin sehen wir ein großes Remigrationspotential, welches auch durch die Herkunftsländer selbst eingefordert wird.*
> - *Ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter werden wir vorrangig zurückführen.*
> - *Die Ausweisung ausländischer Straftäter insbesondere bei Gewalt-, Drogen- und Sexualdelikten sowie bei der organisierten und Clankriminalität werden wir deutlich erleichtern.*
> - *Dem Import ausländischer Konflikte auf deutschem Boden werden wir nicht länger tatenlos zusehen. Das gilt für die Ausrufung des Kalifats genauso wir für muslimischen Antisemitismus. Die Remigration ausländischer Straftäter werden wir auch in diesem Zusammenhang deutlich erleichtern."*[3063]

[3062] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 118.
[3063] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 101.

Der Terminus „Remigration“ wurde durch einen Beschluss des Bundesparteitags bewusst in das Programm eingefügt, nachdem er im ursprünglichen Entwurf nicht enthalten gewesen war. Im hier zitierten Fall wird er scheinbar synonym für Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen verwendet und bezieht sich in allen Fällen auf Forderungen, aus denen keine Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ableitbar sind. Gleichwohl handelt es sich um den gezielten Rekurs auf einen Begriff, der innerhalb der AfD – wie oben in Kapitel E. I. 1. b, S. 257 (Verweis OVG). umfassend dargelegt – mehrheitlich in einem fremdenfeindlichen Kontext benutzt wird. Eine überzeugende Abkehr von dieser gängigen Praxis ist aufgrund der bloßen programmatischen Verbalbekundung – die gleichsam überdeutlich den Hinweis enthält, alle aufgezählten Maßnahmen entsprächen der geltenden Rechtslage – nicht zu sehen. Der willentliche Rekurs auf einen Begriff, den Gerichte in der üblichen Verwendungspraxis der AfD als Anhaltspunkt für menschenwürdewidrige Bestrebungen bewerten, legt nahe, dass die Partei beim Postulat einer konsequenten „Remigration“ über die im Wahlprogramm genannten Fallkonstellationen hinaus Ausweisungen durchsetzen will und sich nicht etwa nur auf die generell oder unmittelbar ausreisepflichtigen Ausländer[3064] beschränken möchte. Die ständige Forderung bei Parteiveranstaltungen, in Social-Media-Posts oder auf Wahlkampfauftritten nach einer *„millionenfachen Remigration“* (siehe oben) übersteigt die Zahl der tatsächlich ausreisepflichtigen Menschen um ein Vielfaches. Insgesamt stehen jedoch auch die tendenziell fremdenfeindlichen Bekundungen im Wahlprogramm deutlich hinter den in sonstigen Äußerungen von Parteivertreterinnen und -vertretern festgestellten Anhaltspunkten zurück.

3. Muslim- und Islamfeindliche Aussagen und Positionen

Vergleichsweise konkretisierte Anhaltspunkte finden sich in Bezug auf eine mögliche Verletzung der Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen sowie eine verfassungsschutzrelevante Positionierung gegenüber dem Islam als Religion.

[3064] Die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer in Deutschland betrug Ende 2024 220.808 Menschen, davon 178.512 Geduldete und 42.296 unmittelbar Ausreisepflichtige. Vgl. Statista: „Anzahl der ausreisepflichtigen und geduldeten Ausländer in Deutschland von 2015 bis 2024“, in: de.statista.com, abgerufen am 12.04.2025.

So wurde das Wahlprogramm durch einen Änderungsantrag um die folgende Aussage ergänzt:

> *„Der Bau von Minaretten und der Muezzinruf sind zu untersagen."* [3065]

Hierzu hatte bereits das OVG Nordrhein-Westfalen in seiner Entscheidung vom 13. Mai 2024 festgestellt, dass in der pauschalen, unabhängig von möglichen allgemein geltenden baurechtlichen Vorgaben, erhobenen Forderung, den Bau von Moscheen oder Minaretten zu verbieten, eine konkrete Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen liegt, die deren Menschenwürdegarantie dadurch verletzt, dass ihnen allein wegen ihres Glaubens der Bau bestimmter religiöser Gebäude unmöglich gemacht werden soll, während Christen oder andere Religionsgemeinschaften vergleichbare religiöse Bauten errichten dürfen.[3066]

Im Rahmen der Aussprache zu diesem Antrag wurde durch den Vertreter der Bundesprogrammkommission und durch weitere Redner auf die Problemlage hinsichtlich der gerichtlichen Auseinandersetzungen mit dem Verfassungsschutz hingewiesen, was letztlich aber nicht verhinderte, dass die Mehrheit der Delegierten dem Antrag zustimmte. Die Aussage, dass die AfD den Islamunterricht ablehnt, weil nur so der Herausbildung von Parallelgesellschaften entgegengewirkt werden könne, sollte laut Änderungsantrag eigentlich aus „rechtlichen Gründen" gestrichen werden. Letztlich zog die Bundesprogrammkommission diesen Antrag aber zurück, sodass sich die Aussage nun doch im Programm wiederfindet. Daher ist davon auszugehen, dass sich die AfD bewusst mit der Bewertung der Thesen durch das Gericht als verfassungsfeindlich auseinandersetzte und sie ungeachtet dessen in das Programm aufnahm. Besonders mit Blick darauf, dass das Programm im Übrigen weitestgehend verfassungsschutzrechtlich neutrale Thesen enthält, kommt der reflektierten Entscheidung für die Aufnahme gerade dieser Forderung besonderes Gewicht zu, da sie offensichtlich als unverhandelbar galt.

Weiterhin hatte der ursprüngliche Leitantrag noch an mehreren Stellen den Begriff *„Islamisierung"* enthalten.[3067] Dieser wurde zwar durch einen Änderungsantrag der

---

[3065] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 124.

[3066] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241.

[3067] AfD: „Leitantrag der Bundesprogrammkommission" vom 28.11.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum, S. 63, 65, 79.

Bundesprogrammkommission selbst an zwei Stellen durch den Terminus des *„politischen Islam"* ersetzt. Begründet wurde dies lediglich mit einer „redaktionellen Korrektur". Diese Änderungsanträge lassen vermuten, dass eher taktisch motiviert auf den eigentlich bevorzugten Begriff verzichtet wird. Dies führte im Übrigen nicht dazu, den Begriff der behaupteten „Islamisierung" gänzlich aus dem Programm zu streichen. So wird beispielsweise die vermeintliche „Islamisierung" zu einem existenzbedrohenden Problem hochstilisiert, indem es heißt:

> *„Eine breite Mehrheit der Bürger vertraut nicht mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration, Islamisierung oder zur sicheren Energieversorgung tragfähige Lösung finden werden."*[3068]

Neben diesen Positionen zum Islam insgesamt finden sich im Programm außerdem an einigen Stellen auch Aussagen, die exklusiv und pauschal Musliminnen und Muslime mit bestimmten Problemen in Verbindung bringen. So heißt es:

> *„Ehen von in Deutschland lebenden Muslimen, die auf Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen beruhen, laufen der deutschen Rechtsordnung und der öffentlichen Ordnung entgegen. [...] Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Bereichen die Gleichberechtigung von Mann und Frau."*[3069]

und:

> *„Jüdisches Leben wird in Deutschland vorwiegend von juden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht."*[3070]

Die Aussagen finden sich im Abschnitt „Innere Sicherheit" unter der Zwischenüberschrift „Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen" und sind entsprechend in diesem Kontext zu bewerten. Relevant ist hier, dass Positionen zu Polygamie, Zwangsheirat, Kinderehen und der Unterdrückung von Frauen explizit nur auf Musliminnen und Muslime bezogen werden, wobei der Eindruck erweckt wird, dies sei gleichsam charakteristisch für Menschen muslimischen Glaubens. Mit der unbelegten pauschalen Behauptung, muslimischer Antisemitismus dominiere in Deutschland,

[3068] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 128.
[3069] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 124.
[3070] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 123.

wird das rechtsextremistische Gefährdungspotenzial ausgeblendet und eine generalisierende Verantwortungszuschreibung vorgenommen.

Besonders sticht auch die folgende Forderung hervor:

> *„Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland untersagen – ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz. Das Vermummungsverbot ist diesbezüglich durchzusetzen.*
> *Wir fordern ein Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen und insbesondere in Schulen nach dem Vorbild anderer europäischer Länder.“*[3071]

Die im zweiten Teil des Zitats genannte Forderung eines vollständigen Verbots des Tragens eines Kopftuchs, das die Gesichtspartie freilässt, und nicht nur die zur Neutralität verpflichteten Staatsbediensteten, sondern beispielsweise auch Besucherinnen umfassen würde, ist mit Art. 4 GG unvereinbar. So hat das Bundesverfassungsgericht selbst für das Tragen von Kopftüchern in Schulen durch Lehrerinnen entschieden, dass ein pauschales Verbot verfassungswidrig ist.[3072] Einschränkungen sind demnach nur in Einzelfällen zur Wahrung der staatlichen Neutralität oder des Schulfriedens und dann auch nur konfessionsübergreifend zulässig.

Dass die AfD jedoch sämtliche Einrichtungen und auch Besucherinnen meint, zeigt die diesbezügliche Diskussion auf dem Bundesparteitag. Im Zuge der Aussprache hielt Christian Loose (MdL NW) eine Gegenrede mit dem Hinweis, dass diese Forderung – im Gegensatz zu einem Verbot der Vollverschleierung – viele türkische Frauen mit Kopftuch betreffe, die bei Umsetzung dieser Forderung nicht mehr in die Bibliothek oder ins Rathaus gehen könnten. Ein Verbot eines solchen religiösen Symbols sei „*viel zu weit drüber*“. Damit werde man eine „*extrem große Wählerschaft*“ etwa in Nordrhein-Westfalen von „*Türken, die auch Kopftuch tragen*“ verprellen. Diese wollten nicht von AfDlern gegängelt werden, die sagen „*Aber mit Kopftuch kommst du hier nicht rein!*“[3073]

Daraufhin erwiderte Krzysztof Walczak (MdHB) in seinem Antwortbeitrag:

[3071] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 125.
[3072] BVerfG, Beschl. v. 27.01.2025, 1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10.
[3073] Loose, Christian: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.(ab 10:14:10 (Std:Min:Sek))

> *„Also was der Herr Loose gesagt hat, stimmt schlicht und ergreifend nicht. Selbstverständlich kann eine türkische Frau in eine Bibliothek gehen. Sie muss eben vorher das Kopftuch abnehmen, so. Das... [Anm.: Unruhe im Plenum] also...Entschuldigung, worüber reden wir hier? Und wenn ich das noch mal sagen darf, ja? Ich glaube, gerade vor dem Hintergrund dessen, dass das Kopftuch doch in vielen Lebenssituationen auch einfach ein Unterdrückungsinstrument gegenüber der Frau ist, möchte ich gerne, dass die Frauen ihre Kopftücher abnehmen. So. Ich möchte den verfassungsrechtlichen Bedenken - dem entgegentreten, dass ich schlicht und ergreifend sage: Es ist nicht verfassungsfeindlich, etwas zu fordern, was andere demokratische, laizistische Staaten wie Frankreich oder früher vor Erdogan die Türkei gemacht haben. Das in unser Programm zu schreiben ist nicht verfassungsfeindlich. Im Gegenteil: Es ist fortschrittlich, weil wir nicht möchten, dass durch eine Religion hier eine Gesellschafts- und ein Frauenbild importiert wird, das nichts mit unseren Werten zu tun hat."*[3074]

Mithin wurde die Forderung entgegen ausgesprochenen Bedenken zur Vereinbarkeit einer solchen Regelung mit dem Grundgesetz ins Programm aufgenommen. Im Übrigen ist die Formulierung eines *„Kopftuchverbots nach dem Vorbild europäischer Länder"* irreführend, da sich die zuvor genannten Verbote, wie auch von der AfD hier ausdrücklich skizziert, nur auf Burka und Niqab und damit eben nur auf die Vollverschleierung und nicht das reine Kopftuch beziehen. Der Hinweis Walczaks, in Frankreich bestehe eine entsprechende Rechtslage, ist unzutreffend.[3075] Somit wird der Eindruck erweckt, die AfD schlage eine gemäßigte Maßnahme vor, die allerdings Musliminnen in ihrer Religionsfreiheit erheblich verletzt. Aufgrund der Tatsache, dass die Betroffenen dadurch faktisch vom Zugang zu öffentlichen Einrichtungen ausgeschlossen würden, schlägt sich diese Diskriminierung auch auf deren Menschenwürde durch.

Insbesondere ist keine Relativierung der festgestellten Anhaltspunkte in der folgenden Äußerung zu sehen:

[3074] Walczak, Krzysztof: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

[3075] Zur Rechtslage in Frankreich: Art. 1 des Gesetzes Nummer 2010-1192 vom 11. Oktober 2010 betreffend die Verschleierung des Gesichts im öffentlichen Raum besagt: Niemand darf im öffentlichen Raum eine Bekleidung tragen, die dazu dient, das Gesicht zu verschleiern.

„Die AfD steht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach Art. 4 Grundgesetz. Muslime, die sich integrieren und unsere Grundordnung und die Grundrechte anerkennen, sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Der politische Islam stellt allerdings in seiner teils gewaltbereiten Ausprägung die größte Gefahr für die christlich-abendländische Kultur in Deutschland dar."[3076]

Vor dem Hintergrund, dass anschließend unter der Zwischenüberschrift *„Einer weiteren Ausbreitung des Islam treten wir entgegen"* die oben genannten Forderungen aufgestellt werden, ist das voranstehende Bekenntnis als reine Verbalbekundung zu bewerten, zumal im Folgesatz der Islam sogleich mit Islamismus in Verbindung gebracht wird.

4. Demokratieprinzip

Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind im Bundestagswahlprogramm auch zum Demokratieprinzip festzustellen.

So zeichnet die AfD in ihrem Programm das Bild einer Regierung, die vorsätzlich gegen die Interessen ihres eigenen Volkes handele, und rückt sie in die Nähe diktatorischer Regime:

Im Kapitel „Digitales", Unterabschnitt „Kampf gegen Desinformation" heißt es:

„Auch die Bundesregierung selbst nutzt den Einfluss auf Social-Media-Plattformen direkt zur Überwachung und Steuerung des Gedankenaustausches ihrer Bürger. […] Eine Demokratie braucht kein ‚Wahrheitsministerium' und muss die Meinungen ihrer Bürger ertragen – sonst wird sie zur Diktatur."[3077]

Mit dem Begriff des *„Wahrheitsministerium[s]"* rekurriert die AfD auf die Dystopie „1984" von George Orwell, in der eine gleichnamige Behörde in einem totalitären Überwachungsstaat die Nachrichten und Geschichte des Landes zu manipulativen Zwecken beliebig umschreibt. Mit Bezug zu dem vorherigen Satz wird deutlich, dass die AfD nicht nur vor antidemokratischen Tendenzen in der Zukunft warnt, sondern

[3076] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 121.
[3077] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 49.

bereits jetzt der Bundesregierung unterstellt, ihre Bürger bis in die Gedanken auszuspionieren.

Zum Thema Klima formuliert die AfD:

> *„Dass inzwischen sogar Tiere und Kinder als ‚Klimaschädlinge' hingestellt werden, ist ein lebensfeindlicher moralischer Tiefpunkt. Es wird hierbei klar, dass die derzeitige ‚Klimapolitik' gegen das Volk gerichtet ist, Angst erzeugen soll und so unsere Freiheit bedroht.*
> *Die wegen der behaupteten ‚Klimakatastrophe' bereits eingeleitete ‚Große Transformation' (‚The Great Reset') bedroht unsere Freiheit in erschreckendem Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau vehement ab. Dazu gehört auch der ‚Green Deal' der EU, der die europäische Wirtschaft und somit unseren Wohlstand zerstört. […]*
> *Die Profiteure der derzeitigen Klimapolitik sind ausschließlich Politiker, internationale Konzerne mit ihren Lobbys und politiknahe NGOs. Interessengruppen und ihre unterstützenden Parteien schaffen so zunehmend Tätigkeitsfelder für ihre eigene Klientel – ohne jede Wertschöpfung und ohne positiven Einfluss auf die Umwelt."*[3078]

Die Partei unterstellt damit, dass die etablierte Politik willentlich den Interessen des eigenen Volkes schade und dies einzig dem persönlichen Profit der handelnden Akteure diene. Mit dem Vorwurf eines vermeintlich angestrebten „Great Reset" unterstellt die AfD den politischen Verantwortungsträgern, einen tiefgreifenden Gesellschaftsumbau zu verfolgen, der die individuelle Freiheit bedrohe.

Nochmals verstärkt wird dieser Gedankengang in dem Kapitel „Demokratie und Rechtsstaat – Das Volk ist der Souverän", in dem es im einleitenden Teil heißt:

> *„Die Parteien sollen an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken (Art. 21, Abs. 1 GG), sie aber nicht beherrschen. In unserem Land hat sich jedoch eine politische Klasse herausgebildet, die nicht nur den Umbau des Staates im Sinne ihrer linksgrünen Ideologie verfolgt, sondern gleichzeitig auch die Erhaltung ihrer Macht, ihres Status und ihres materiellen Wohlergehens anstrebt. Sie zerstört die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes, unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand. Instrumente der Zerstörung sind Globalisierung,*

[3078] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 78 f.

Kulturrelativismus, Diversität und vermeintliche ‚Gendergerechtigkeit'. Dazu nutzt sie die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und ihres informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung."[3079]

Unter der Zwischenüberschrift „Für eine Sicherung der Bürgerrechte" wird sodann mit der folgenden Äußerung abermals die Geltung der Freiheitsrechte in der Bundesrepublik in Frage gestellt:

„Staaten und nichtstaatliche Organisationen wirken darauf hin, auf Grundlage von einseitig bevorzugten, zuweilen auch pseudowissenschaftlichen Theorien die Bürger- und Freiheitsrechte systematisch einzuschränken."[3080]

Auch die im Kernteil bereits erwähnte Skizzierung einer unfreien Medienlandschaft findet sich in dem Abschnitt „Keine Zensur in der öffentlichen Debatte":

„Über Subventionen, Unternehmensbeteiligungen und regierungspolitische Werbefinanzierung übt die Regierung auch Einfluss auf private Medien aus. Diese parteipolitische Medienbeeinflussung lehnen wir ab."[3081]

Überdies sieht die AfD die Gewaltenteilung in der Bundesrepublik als massiv beschädigt an, indem es im Unterabschnitt „Gewaltenteilung gewährleisten" heißt:

„Das parteienstaatliche parlamentarische Regierungssystem hat die Gewaltenteilung ausgehöhlt und zu einer Verlagerung der Staatsgewalt in die Parteizentralen geführt."[3082]

Auch hinsichtlich der Kultur und Medienpolitik spricht die AfD von einer Manipulation durch alle etablierten Parteien:

„Mit rund 9 Milliarden Euro Gebührenaufkommen zuzüglich Werbeeinnahmen ist der deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur der teuerste der Welt, sondern er verfügt auch über ein Vielfaches an Finanz- und Personalressourcen aller privaten Medien insgesamt. Der strukturell, personell und finanziell eng mit

[3079] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 128.
[3080] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 128.
[3081] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 132.
[3082] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 134.

den etablierten Parteien vernetzte Apparat nutzt diese Macht entgegen den Anforderungen des Medienstaatsvertrags gezielt zur Meinungsmache bis hin zur Manipulation.“[3083]

Damit zeichnet die AfD das Bild einer nicht-souveränen Bundesrepublik, in der weder Meinungs- oder Pressefreiheit noch Gewaltenteilung vorherrschten, und die von einer politischen Führung regiert werde, die ihrem Volk vorsätzlich und aus Eigennutz schade. Damit erweckt sie beim Leser insgesamt den Eindruck einer dysfunktionalen Demokratie.

5. Zwischenfazit

Zusammenfassend kann zum Bundestagswahlprogramm 2025 wie auch zu vorausgehenden programmatischen Texten festgestellt werden, dass dieses im Vergleich zu individuellen Äußerungen von Parteimitgliedern weniger explizite Positionierungen enthält, die für sich allein betrachtet als Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gewertet werden könnten.

Der Leitantrag und die vorgenommenen Änderungen zeigen das Bemühen der AfD, bestimmte Begriffe in einem offiziellen Wahlprogramm zu vermeiden. Andererseits wurden jedoch mit den Forderungen nach einem Minarett- und einem Kopftuchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen gezielt und reflektiert menschenwürdewidrige Positionen eingenommen. Auch die Implementierung des Remigrationsbegriffs dürfte vor dem Hintergrund der oben getätigten Ausführungen nicht als bloße Provokation, sondern als klares Bekenntnis zu dem Begriff und seinen überwiegend fremdenfeindlichen Auslegungsfacetten innerhalb der Partei zu verstehen sein. Auffällig ist zudem, dass programmatische Äußerungen, die das Bild eines schadhaft gegen das eigene Volk handelnden Parteienkartells und eines nicht souveränen Staates zeichnen, im Vergleich zu den Anhaltspunkten für einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff oder fremdenfeindliche Bestrebungen offen kommuniziert werden. Dies lässt den Schluss zu, dass die Partei aus taktischen Erwägungen im Wahlprogramm insoweit gemäßigter auftritt, als sie das Festhalten am ethnischen Volksbegriff, das einen wesentlichen Bestandteil der Entscheidungsgründe des OVG NRW zu Lasten der AfD

[3083] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 173 f.

ausmachte, weniger deutlich zum Ausdruck bringt als die genannten Anhaltspunkte für Verstöße gegen das Demokratieprinzip.

Das Wahlprogramm ist der AfD – wie eingangs dargelegt – uneingeschränkt zuzurechnen. Gleichzeitig dürften Wahlprogramme generell im Vergleich zu medienwirksamen Veranstaltungs- oder Presseauftritten eher wenig Resonanz erfahren. Die adäquate Einstufung der AfD ist insoweit nur unter Berücksichtigung auch sonstiger Verlautbarungen im Rahmen einer Gesamtschau möglich. Dabei wird ersichtlich, dass programmatische Texte, wie auch im Fall des vorliegenden Wahlprogramms, bereits aus taktisch-strategischen Gründen zurückhaltender und neutraler formuliert sind, als dies vielfach bei verfassungsschutzrelevanten Äußerungen von Parteivertreterinnen und -vertretern in anderen Kontexten festzustellen ist.

III. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum

Die strukturellen Verbindungen zwischen Mitgliedern und Gliederungen der AfD auf der einen und Organisationen der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten auf der anderen Seite waren auch im Wahlkampfzeitraum zu konstatieren.

Über die strategische Zusammenarbeit in diesem neurechten Netzwerk sprach Jean-Pascal Hohm (MdL BB) in einem am 16. Januar 2025 gemeinsam mit Philip Stein veranstalteten X-Space. Dort sagte er unter anderem:

> *„Also das ist halt ein ständiger Kampf, in dem wir uns befinden und es geht halt in meinen Augen darum, darüber hast du ja auch schon mit Benedikt [Anm.: Kaiser] und anderen unzählige Male gesprochen, wir sind ja ein Mosaik. Und jeder hat eben seine Aufgabe und vielleicht ist die Entwicklung mit der Jungen Alternative, wie sie sich in den letzten Monaten entwickelt hat, die Entscheidung, jetzt die AfD-Jugend neu aufzubauen, auch Anlass darüber zu sprechen, ob wir vielleicht wieder mehr außerparlamentarische und außerhalb der Partei stehende aktivistische Jugendgruppen brauchen. Also die Entwicklung der Jungen Alternative ist vielleicht ja auch eine Antwort darauf gewesen, dass Organisationen wie die IB sich zurückziehen mussten. Also Spiegel TV hat das ja einige Male unterstellt, aus einer anderen Perspektive, aber vielleicht muss man*

> *darüber auch reden und vielleicht hat jemand eben die Jungen Alternative in den letzten Jahren auch verstanden als Ersatz-IB, aber als Ersatz-IB, also dann doch lieber das Original, weißt du, und das hast du glaube ich richtig zusammengefasst. […] Die Partei ist schon das wichtigste Instrument, was wir haben im Kampf um unsere Heimat und alles andere ist sehr wichtig, die Arbeit, die Ein Prozent macht, die Verlage machen etc. Du kennst das alles besser als ich, aber trotzdem brauchen wir definitiv eine starke parlamentarische Vertretung und alle, die sich eben, egal ob als Mitglied der Jugendorganisation oder als Mitglied der Partei, der eben verschrieben haben, müssen eben auch für diesen Erfolg der Partei alles geben."*[3084]

In einem Tweet solidarisierte sich die JA Nordrhein-Westfalen anlässlich ihrer Auflösung auch mit dem Vorfeld:

> *„Auch wenn für unseren heutigen Landeskongress die Auflösung der JA NRW auf der Tagesordnung steht, stehen wir weiterhin hinter unserer Partei und vor allem hinter unserem Vorfeld. Wir bleiben der Sache treu."*[3085]

1. COMPACT

Seit November 2024 sind zahlreiche weitere Verbindungen zwischen der AfD und dem COMPACT-Magazin feststellbar. COMPACT flankierte etwa den Wahlkampf der AfD mit einer ausführlichen Berichterstattung, u. a. in zwei Reportagen. So begleitete der COMPACT-Mitarbeiter Paul Klemm Teile des Landesverbands Rheinland-Pfalz im Bundestagswahlkampf 2025.[3086] In dem Video kommen auch Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) und Alexander Jungbluth (MdEP, RP) zu Wort. Zuvor hatte Klemm bereits die Junge Alternative Thüringen porträtiert.[3087]

Am 5. Dezember 2024 führte die AfD Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem COMPACT-Moderator Paul Klemm die Veranstaltung „AfD im Dialog" durch.[3088]

3084 Hohm, Jean-Pascal: X-Space mit Philip Stein; veröffentlicht in: Tweet vom 16.01.2025, Kanal: „JeanPascal_Hohm", abgerufen am 23.01.2025.
3085 Junge Alternative NRW: Tweet vom 21.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
3086 AfD RP: Reportage über den Wahlkampf 2025; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 16.02.2025, abgerufen am 17.02.2025.
3087 JA TH: Reportage über die JA TH; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
3088 AfD Schleswig-Holstein: „Erfolgreiche Veranstaltung der AfD Schleswig-Holstein mit CompactTV-Moderator Paul Klemm!" vom 07.12.2024, in: www.afd-sh.de, abgerufen am 07.04.2025.

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) führte gemeinsam mit COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer Anfang Dezember 2024 eine Pressekonferenz im Landtag Brandenburg durch. Dort zeigte er seine Nähe zu Elsässer und COMPACT, indem er COMPACT seinen Dank aussprach. Er begründete seine Aussagen damit, dass sich COMPACT um die Demokratie des Landes verdient gemacht habe und sich weiter darum verdient mache.[3089] Zuvor gab er COMPACT, ebenfalls im Dezember 2024, ein Interview[3090] und war davor im November 2024 zweimaliger Gast im TV-Studio von COMPACT.[3091] [3092]

Roland Ulbrich (ehemaliger MdL und nun einfaches AfD-Mitglied, BB) veröffentlichte in der Dezember-Ausgabe 2024 einen Artikel im COMPACT-Magazin.[3093]

Carolin Bachmann (MdB, SN) war im Dezember 2024 als Gesprächsgast im COMPACT-Studio verwies am Ende der Sendung auf ihr langjähriges Abonnement und warb für das COMPACT-Magazin:

> *„Ich bin übrigens Abonnent. Schon ganz viele Jahre! [...] Kann ich nur jedem empfehlen, abonniert die COMPACT!“*[3094]

In einem am 20. Dezember 2024 von COMPACT veröffentlichten Kommentar spricht Bachmann das COMPACT-Publikum direkt an und teilt diesem vermeintlich exklusive und brisante Neuigkeiten nach einem Besuch der Bundeswehrkaserne Frankenberg mit.[3095]

Im Januar 2025 berichtete Christina Baum (MdB, BW/ST) aus dem COMPACT-Studio im Nachgang des Bundesparteitags in Riesa (SN) von der Veranstaltung.[3096] Sie

---

[3089] Berndt, Hans-Christoph: Gemeinsame Pressekonferenz mit COMPACT am 04.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 07.12.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3090] Berndt, Hans-Christoph: Interview mit COMPACT im Landtag Brandenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 03.12.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3091] Berndt, Hans-Christoph: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 22.11.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3092] Berndt, Hans-Christoph: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 27.11.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3093] „Rechtsbruch gegen Rechts“ in: COMPACT, Ausgabe 12/2024, S. 33 ff.
[3094] Bachmann, Carolin: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 18.12.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3095] Bachmann, Carolin: Berichtet über Besuch in Bundeswehrkaserne; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 20.12.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3096] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 13.01.2025, abgerufen am 07.04.2025.

war wie zuvor schon im März[3097] [3098], November[3099] und Dezember[3100] 2024 Teil der Sendung „COMPACT.DerTag".

Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna Leisten (BB) trat im Januar 2025 im Rahmen eines ausgiebigen Interviews mit Paul Klemm bei COMPACT TV in Erscheinung. Das Gespräch thematisierte die Zukunft der JA, wobei Leisten wiederholt auf die große Bedeutung der JA für die AfD hinwies und für einen Erhalt plädierte.[3101]

Der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (BB) zog in einem Interview mit COMPACT beim AfD-Wahlkampfauftakt am 25. Januar 2025 in Halle (Saale) ein positives Fazit.[3102]

Ebenfalls im Januar 2025 veröffentlichte COMPACT zwei Sendungen, in denen Maximilian Krah (zu dem Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) und Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT, über die Perspektiven der AfD sprachen.[3103] [3104]

Beim Bundesparteitag in Riesa (SN) im Januar 2025 war COMPACT vor Ort und führte mehrere Interviews mit Vertretern der AfD, so auch mit Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW).[3105] Diese stand dem Magazin außerdem im Dezember 2024 und März 2025 für zwei Interviews im Bundestag zur Verfügung.[3106] [3107]

[3097] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 13.03.2024, abgerufen am 08.04.2025.

[3098] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 19.03.2024, abgerufen am 08.04.2025.

[3099] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 15.11.2024, abgerufen am 08.04.2025.

[3100] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 20.12.2024, abgerufen am 08.04.2025.

[3101] Leisten, Anna: Interview mit Paul Klemm zur Zukunft der JA; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 08.01.2025, abgerufen am 09.01.2025.

[3102] Kotré, Steffen: Interview mit COMPACT bei Wahlkampfauftakt 2025 in Halle (Saale); veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 26.01.2025, abgerufen am 02.04.2025.

[3103] Krah, Maximilian: Studiogast in COMPACT-Sendung, veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 16.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.

[3104] Krah, Maximilian: Studiogast in Interviewformat, veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 19.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.

[3105] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT während Bundesparteitag 2025 in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 11.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.

[3106] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT zu Aus der Regierung; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 17.12.2024, abgerufen am 08.04.2025.

[3107] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT zu Bundestagsdebatte; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 18.03.2025, abgerufen am 08.04.2025.

Hannes Gnauck (MdB, BB) stand COMPACT für ein Interview zur Verfügung, welches Jürgen Elsässer am 31. Januar 2025 auf X verbreitete.[3108]

Steffen Kotré (MdB, BB) gab COMPACT am Rande des AfD-Wahlkampfauftakts ein kurzes Interview.[3109] Außerdem schrieb er am 31. Januar 2025 auf X:

> *„Im Gespräch mit alternativen Medien wie @AUF1TV und @COMPACTMagazin: Heute ist ein historischer Tag und unabhängige Medien verdienen unsere volle Unterstützung.“*[3110]

Er retweetete außerdem den Post, in dem COMPACT das Video verbreitete.[3111]

Paul Klemm führte auf der Wahlparty der AfD zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 Interviews mit Tino Chrupalla (MdB, SN), René Springer (MdB, BB), Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) und Björn Höcke (MdL TH).[3112]

Letzterer hatte bereits auf dem Parteitag im Januar 2025 in einem Interview seine Einschätzung zur Wahl von Alice Weidel als Kanzlerkandidatin geäußert und verwies darauf, dass beide dieselben Parteiinhalte verträten.[3113]

Das Mitglied des Bundesvorstands Peter Boehringer (MdB, BY) gab COMPACT TV zudem im Februar 2025 ein Interview[3114] und war im März 2025 Studiogast bei COMPACT.[3115]

Zuletzt veröffentlichte COMPACT im März 2025 einen zugesendeten Videokommentar von Peter Bystron (MdEP, BY) zum Präsidentschaftswahlkampf in Rumänien.[3116]

[3108] Gnauck, Hannes: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: Tweet vom 31.01.2025, Kanal: „JurgenElsasser“, abgerufen am 08.04.2025.

[3109] Korté, Steffen: Interview mit COMPACT zum Wahlkampfauftakt in Halle (Saale); veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 26.01.2025, abgerufen am 02.04.2025.

[3110] Kotré, Steffen: Tweet vom 31.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.

[3111] Kotré, Steffen: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: Tweet vom 31.01.2025, Kanal: „COMPACTMagazin“, abgerufen am 08.04.2025.

[3112] Chrupalla, Tino/Springer, René/Münzenmaier, Sebastian/Höcke, Björn: Interviews mit COMPACT zur Bundestagswahl; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 24.02.2025, abgerufen am 08.04.2025.

[3113] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT zum Bundesparteitag, veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 12.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.

[3114] Boehringer, Peter: Interview mit COMPACT am Rande einer Gedenkveranstaltung am 16.02.2025 in München, veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 16.02.2025, abgerufen am 08.04.2025.

[3115] Boehringer, Peter: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 17.03.2025, abgerufen am 08.04.2025.

[3116] Bystron, Petr: Kommentar bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 10.03.2025, abgerufen am 26.03.2025.

Im Februar 2025 wurde im Rahmen der Sendung „COMPACT.DerTag" ein Statement von Rainer Rothfuß (MdB, BY) zum Anschlag in München eingespielt, bei dem am 13. Februar 2025 durch ein in einen Demonstrationszug gesteuertes Auto zwei Menschen zu Tode kamen.[3117]

Rothfuß war bereits im Dezember 2024 in zwei Sendungen von COMPACT als Studiogast in Erscheinung getreten. Dabei äußerte er sich zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und zu seinem Treffen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrats der Russischen Föderation Dimitri Medwedew[3118] sowie über die Remigrationspläne der AfD.[3119] Seine Nähe zu COMPACT unterstrich Rothfuß in der TV-Sendung mit dem demonstrativen Abschluss eines COMPACT-Abonnements, für das er wie folgt warb:

> *„Genau, macht das ihr auch, wir müssen so guten Journalismus wirklich unterstützen! Und ich liebe eure Artikel, weil sie immer voller Fakten sind, auch mit Grafiken, mit Daten, die man danach dann auch in Diskussionen verwenden kann."*[3120]

Am 29. Januar 2025 gab Rothfuß während einer Kundgebung des sogenannten Wirtschaftswarntags in Berlin dem COMPACT-Mitarbeiter Dominik Reichert ein Interview.[3121]

Für die Ausgaben vom November 2024, Januar 2025 und Februar 2025 gestaltete das Magazin ein Heftcover mit Bezugnahme auf die AfD. Im Fokus stand dabei jeweils die Spitzenkandidatin der AfD bei der Bundestagswahl 2025, Alice Weidel (MdB, BW).

[3117] Rothfuß, Rainer: Statement bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 14.02.2025, abgerufen am 01.04.2025.
[3118] Rothfuß, Rainer: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 05.12.2024, abgerufen am 08.04.2025.
[3119] Rothfuß, Rainer: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 08.12.2024, abgerufen am 12.12.2024.
[3120] Ebd.
[3121] Rothfuß, Rainer: Interview mit COMPACT beim Wirtschaftswarntag am 29.01.2025 in Berlin; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 30.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.



[3122]



[3123]



[3124]

Weiterhin schaltete die AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt in den COMPACT-Magazinen 11/2024 bis 04/2025 abermals Werbeanzeigen.[3125] [3126] [3127] [3128] [3129] Somit ist davon auszugehen, dass die Landtagsfraktion weiterhin Fraktionsmittel für die Werbung im COMPACT-Magazin verwendet hat.

2. Ein Prozent

Fabian Jank (MdL BB) verkündete am 20. November 2024 auf Instagram, dass er ab 2025 seine Diätenerhöhung an den Solifonds von Ein Prozent spenden werde und teilte den Link zu dessen offizieller Internetseite. Dazu schrieb er:

> *„Der Solifonds hilft denjenigen, die für unsere Weite und Ideale in der ersten Reihe kämpfen, aber statt Diäten zu kassieren einen hohen Preis für ihr Engagement bezahlen: Sei es in Form von linkem Terror, Hausdurchsuchungen oder Gerichtskosten. Ganz aktuell hilft Ein Prozent identitären Aktivisten, bei denen wegen eines harmlosen Graffitis zum ‚Stolzmonat' das SEK anrückte, die Tür aufsprengte und die Wohnung völlig verwüstete (siehe Fotos). Während Vergewaltiger und Messer-Männer mit lächerlichen Strafen davonkommen, zeigt der*

[3122] Titelseite: COMPACT 11/2024.
[3123] Titelseite: COMPACT 1/2025.
[3124] Titelseite: COMPACT 2/2025.
[3125] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 11/2024, S. 61.
[3126] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 1/2025, S. 35.
[3127] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 2/2025, S. 25.
[3128] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 3/2025, S. 35.
[3129] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 4/2025, S. 27.

> *Linksstaat bei Aktivisten völlig überzogene Härte. Umso wichtiger ist es, die Opfer solcher politischen Repression nicht alleine zu lassen. Gemeinsam sind wir stark!“*[3130]

Im Januar 2025 veröffentlichte Ein Prozent zwei „Studien“. Eine zum Thema „Eine Frage des Überlebens – Wer ist Deutscher?“ und eine weitere zum Thema „Die Angst vor dem Verbot – Was der Volksbegriff für die AfD bedeutet“. Als Begründung für die Veröffentlichung der „Studien“ führt Ein Prozent aus:

> *„Wir halten dagegen, damit jeder Aktivist, Politiker und interessierte Bürger die Fakten kennt. Es ist der Beginn einer juristischen und gesellschaftlichen Gegenstrategie der politischen Rechten. Wir brauchen diese Diskussion genau jetzt, denn wenn unsere Gegner sich durchsetzen, wird es nicht mehr möglich sein, sich in diesem Land politisch zu organisieren. Der bloße Hinweis auf unsere Identität und unsere Jahrtausende alte Geschichte wird zum Verbotsgrund. Es ist tatsächlich eine Frage des Überlebens – für die AfD, alle Patrioten und unser Volk!“*[3131]

Über den konkreten Inhalt der Broschüre zum möglichen Verbot heißt es:

> *„Eine weitere Bedrohung, der wir entgegentreten müssen, ist die Angst vor einem Parteiverbot. Jüngste Beispiele wie das Vereinsverbot gegen* Compact *oder die Panik innerhalb der AfD zeigen, wie gelähmt manche Akteure auf solche Drohungen reagieren. Unsere zweite Studie, ‚Die Angst vor dem Verbot‘, analysiert, warum ein Parteiverbot für die AfD juristisch unwahrscheinlich ist und wie wichtig es ist, sich nicht von der Angst leiten zu lassen. Echte Alternativen entstehen durch Mut und Prinzipientreue, nicht durch Rückzug.“*[3132]

In einem weiteren Beitrag vom gleichen Tag heißt es zur besagten Studie:

> *„Die Diskussion um ein Verbot der AfD und die rechtlichen wie politischen Implikationen zeigen: Der politische Druck auf Opposition und Patrioten wächst.*

[3130] Jank, Fabian: Instagram-Eintrag vom 20.11.2024, abgerufen am 21.11.2024.

[3131] Ein Prozent: „Zwei Studien: ‚Wer ist Deutscher‘ und AfD-Verbot“, vom 06.01.2025, in: www.ein-prozent.de, abgerufen am 01.04.2025.

[3132] Ebd.

Doch was bedeutet ein Parteiverbot tatsächlich? Wie sieht die rechtliche Grundlage aus, und welche Strategien sollten rechte Kräfte angesichts dieser Herausforderungen verfolgen?"[3133]

Die Broschüre bewarb Matthias Helferich (MdB, NW) am 9. Januar 2025 auf seinem Telegram-Kanal.[3134] Am 23. Januar 2025 warb er auf Telegram abermals für Ein Prozent.[3135]

Marie-Thérèse Kaiser (Kommunalmandatsträgerin und Mitarbeiterin der AfD-Bundesgeschäftsstelle, NI) moderierte seit Januar 2025 insgesamt fünf weitere Folgen im Kanal „Wir klären das!".[3136]

Jean-Pascal Hohm (MdL BB) moderierte im gleichen Kanal am 27. März 2025 eine Folge zum Thema „Die linke Propaganda-Maschine: das ‚Zentrum für politische Schönheit'".[3137] Er teilte außerdem einen Tweet von Philip Stein, dem Vorsitzenden von Ein Prozent, vom 12. Januar 2025.[3138]

Die JA Nordrhein-Westfalen erklärte am 21. März 2025 in einem Tweet unter der Überschrift „Wie bleiben der Sache treu" anlässlich ihrer Auflösung, dass sie u. a. 2.500 Euro an den Ein Prozent Solifonds gespendet habe.[3139]

[3133] Ein Prozent: „Studie #03 Die Angst vor dem Verbot – Was der Volksbegriff für die AfD bedeutet", vom 06.01.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025.
[3134] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 09.01.2025, abgerufen am 09.01.2025.
[3135] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[3136] Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „2024 war wild"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 29.01.2025, abgerufen am 02.04.2025; Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „Sechs Tote in Magdeburg. Und nun?"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 06.02.2025, abgerufen am 02.04.2025; Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „Das neue Wahlgesetz in der Realität"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 18.02.2025, abgerufen am 02.04.2025; Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „ISOLATION für Deutschland?"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 26.02.2025, abgerufen am 02.04.2025; Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „Darf der Staat so mit ‚Verbrechern' umgehen?"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 06.03.2025, abgerufen am 02.04.2025.
[3137] Hohm, Jean-Pascal: Folge „Die linke Propaganda-Maschine: das ‚Zentrum für politische Schönheit'"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 27.03.2025, abgerufen am 01.04.2025.
[3138] Hohm, Jean-Pascal: Retweet eines Tweets vom 12.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3139] Junge Alternative NRW: Tweet vom 21.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.

3. Menschenpark Veranstaltungs UG (ehemals Institut für Staatspolitik) / Verlag Antaios

Hans-Christoph Berndt (MdL BB, Fraktionsvorsitzender) teilte auf X am 28. November 2024 einen Tweet der Sezession, in dem diese auf einen Artikel Dominik Kaufners (MdL BB) hinwies.[3140] Kaufner veröffentlichte in der Zeitschrift Sezession einen Gastbeitrag mit dem Titel „Eine Nachlese zum Volkstrauertag - von Dominik Kaufner".[3141] Am 5. Dezember 2024 teilte er außerdem einen Tweet von Benedikt Kaiser. Darin veröffentlichte Kaiser Fotos zu einem Austauschtreffen in Berlin auf Einladung von Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW), an dem neben Helferich und Kaufner des Weiteren auch Thorsten Weiß (MdA), Christina Baum (MdB, BW/ST), Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW), Martin Sellner und Götz Kubitschek teilnahmen.[3142]

Der Bundestagswahlkandidat Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) veröffentlichte am 20. Januar 2025 einen Beitrag auf Telegram, in dem er Kurt Hättasch, AfD-Stadtrat in Grimma (SN) und Mitglied der Gruppierung Sächsische Separatisten, verteidigte und einen entsprechenden Artikel der Sezession teilte. Mitglieder der Gruppierung waren im November 2024 festgenommen worden, da ihnen die Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung vorgeworfen wird.[3143]

4. Identitäre Bewegung Deutschland

Hinsichtlich der Verbindungen zur IB konnten seit November 2024 insbesondere einige Bezugnahmen auf die Führungsfigur der deutschsprachigen Identitären Bewegung, Martin Sellner, festgestellt werden.

Bei einem Austauschtreffen in Berlin auf Einladung von Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-

[3140] Berndt, Hans-Christoph: Retweet eines Tweets vom 28.11.2024, abgerufen am 19.12.2024.
[3141] Sezession: „Eine Nachlese zum Volkstrauertag - von Dominik Kaufner" vom 28.11.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.12.2024.
[3142] Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 05.12.2024, abgerufen am 06.01.2024.
[3143] Teske, Robert: Telegram-Beitrag vom 20.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.

Bundestagsfraktion, NW), nahmen Dominik Kaufner (MdL BB), Thorsten Weiß (MdA), Christina Baum (MdB, BW/ST) und Roger Beckamp (MdB, NW) gemeinsam mit u. a. Martin Sellner teil.[3144]

In seiner Instagram-Story vom 20. November 2024 dankte Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) dem regionalen IB-Ableger Revolte Rheinland, der seit Dezember 2023 auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht.[3145] Am 14. Januar 2025 teilte er außerdem einen Tweet von Martin Sellner.[3146]

Franz Schmid (MdL BY sowie damaliger Bundesschatzmeister der JA und Vorsitzender der JA BY) bewarb am 1. Dezember 2024 auf Twitter die IB-Gruppe Sachsengarde:

> *„Den ersten Advent feiere ich mit der @sachsengarde! Das Video sieht hervorragend aus, das wäre doch mal eine Reise nach Chemnitz wert“*[3147]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB, Fraktionsvorsitzender) teilte auf X am 22. Dezember 2024 einen Tweet von Martin Sellner.[3148]

Jean-Pascal Hohm (MdL BB) teilte ebenfalls einen Tweet von Martin Sellner vom 10. Januar 2025.[3149]

5. PI-NEWS

Martin Reichardt (MdB, ST) teilte im November 2024 wiederholt Beiträge und Artikel von PI-NEWS.[3150]

Gereon Bollmann (MdB, SH) veröffentlichte am 9. November 2024 auf Facebook einen Beitrag, in dem er PI-NEWS angesichts des 20-jährigen Jubiläums lobte:

[3144] Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 05.12.2024, abgerufen am 06.01.2024. (Doppelverwendung eines Belegs im selben Kapitel)
[3145] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 20.11.2024, abgerufen am 21.11.2024.
[3146] Helferich, Matthias: Retweet eines Tweets vom 14.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.
[3147] Schmid, Franz: Tweet vom 01.12.2024, abgerufen am 08.04.2025.
[3148] Berndt, Hans-Christoph: Retweet eines Tweets vom 22.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.
[3149] Hohm, Jean-Pascal: Retweet eines Tweets vom 10.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.
[3150] Reichardt, Martin: Tweet vom 09.11.2024, abgerufen am 15.01.2025; Reichardt, Martin: Telegram-Beitrag vom 15.11.2024, abgerufen am 15.01.2025.

> *„PI-News begann seine Arbeit, als die meisten anderen alternativen politischen Onlinemedien noch nicht geboren waren. Jetzt feiern sie 20-jähriges Jubiläum. [...] ‚Es ist schon eine Leistung für sich, 20 Jahre lang ein unternehmerisches Medienprojekt zu betreiben. Wenn es auch noch unter repressiven Bedingungen geschieht, ist dies der Bewunderung wert. Sich nicht einschüchtern zu lassen, ist ein herausragendes Verdienst von PI-News.'"*

Die AfD Schleswig-Holstein teilte den Beitrag am 11. November 2024.[3151]

Am 10. November 2024 wurde durch PI-NEWS auf YouTube eine Danksagung von Martin Reichardt (MdB, ST) veröffentlicht. Darin äußerte dieser:

> *„20 Jahre PI-NEWS, das sind 20 Jahre unabhängige Berichterstattung, das sind 20 Jahre Kampf für Wahrheit, das sind 20 Jahre Engagement dafür, dass in Deutschland die Meinungsfreiheit erhalten bleibt. Das ist aller Ehren wert und das ist insbesondere auch eine herausragende Leistung, auch im Bereich der alternativen Medien. Wir müssen wissen, die alternativen Medien, sie werden nicht durch üppige Zwangsgebühren finanziert, sie erhalten keine politische Unterstützung, ganz im Gegenteil, wir wissen es in Deutschland, sie werden oft vom Establishment bekämpft, an die Seite gedrängt und ausgegrenzt. Darum sind 20 Jahre Kampf im Bereich der alternativen Medien wirklich eine herausragende Leistung. Hierfür gebührt PI-NEWS nicht nur ein Glückwunsch, sondern auch der Dank der Alternative für Deutschland und auch der Dank aller derer Menschen in Deutschland, die sich gegen das politisch-mediale Kartell auf die Straße begeben und die an vielen Stellen ihren Unmut kundtun möchten. Gerade auch im Bereich der Corona-Maßnahmen-Politik war PI-NEWS eine der Institutionen, die kritische Berichterstattung möglich gemacht hat. Auch hier hat PI-NEWS seinen Beitrag dazu geleistet, dass eine Impfpflicht verhindert wurde und dass die Freiheit von Millionen Menschen erhalten geblieben ist. All diese Punkte tragen dazu bei, dass es heute in Deutschland eine politische Kraft gibt mit der AfD, die die politischen Fragen und die politischen Interessen der Bürger in den Parlamenten vertritt und auch, dass es einen medialen Bereich gibt, nämlich die alternativen Medien, in denen regierungskritische Meinungen noch zu*

[3151] AfD Schleswig-Holstein: geteilter Facebook-Eintrag vom 11.11.2024, ohne Abrufdatum.

> *Worte kommen. Ich denke, wir können Folgendes sagen. Die alternativen Medien auf der einen Seite und die Alternative für Deutschland auf der anderen Seite sind der Garant dafür, dass in Deutschland Meinungsfreiheit, Einigkeit und Recht und Freiheit erhalten bleiben. Darum vielen Dank PI-NEWS, herzlichen Glückwunsch für 20 Jahre freiheitliche Berichterstattung und auf die nächsten 20 gemeinsam. Vielen Dank."*[3152]

Auch Christine Anderson (MdEP, HE) veröffentlichte im November 2024 eine Videobotschaft anlässlich des Jubiläums. Darin äußerte sie:

> *„Und die Wahl in den USA ist so ausgegangen, wie sie ausgegangen ist, weil es eine Plattform gibt, auf der man wirklich die reine Wahrheit erfährt und das ist Twitter oder jetzt heißt sie X. Aber in Deutschland haben wir auch ein Portal, was eben genau diese Arbeit schon seit Jahrzehnten im Prinzip macht und das ist PI-NEWS und ich kann euch nur wirklich ermuntern und ermutigen, bitte guckt euch PI-NEWS an, dort kriegt ihr Informationen, die ihr von ARD, ZDF nicht bekommt. Wir brauchen alternative Medien und wir müssen vor allem auch sicherstellen, dass die sogenannten Misinformationen und Desinformationen, wie das ja jetzt immer gelabelt wird, dass die auch einen Counterpart haben. Denn wir wollen mal festhalten, die Misinformationen und Desinformationen, von wem kommen die denn? Die kommen von ZDF, ARD und von den ganzen Mainstream Medien. Und vor allem: das Hauptquartier der Misinformationen in den letzten Jahren war in der Tat die EU-Kommission. So, also herzlichen Glückwunsch an PI-NEWS. Und die Welt wird in Zukunft eine andere sein und ich werde alles dafür tun, um das weiter voranzutreiben und dass wir endlich wieder in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leben können."*[3153]

Karsten Hilse (MdB, SN) wird in einem PI-NEWS-Videobeitrag vom 21. November 2024 gezeigt, in dem er äußerte, PI-NEWS werde *„in der alternativen Medienlandschaft [...] wirklich gebraucht."*[3154]

[3152] Reichardt, Martin: Videobotschaft vom 10.11.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.11.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 11.11.2024.
[3153] Anderson, Christine: Videobeitrag vom 17.11.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.11.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 19.11.2024.
[3154] Hilse, Karsten: Videobotschaft vom 21.11.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.11.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 22.11.2024.

Am 29. März 2025 veröffentlichte Martin Renner (MdB, NW) eine Kolumne bei PI-NEWS mit dem Titel „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht".[3155]

6. Zwischenfazit

Das für die Zeit bis November 2024 festgestellte Ergebnis der fortgesetzten strukturellen Verbindungen zwischen Mitgliedern und Teilorganisationen der AfD und der JA zu Akteuren der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten hat auch für die darauf folgenden Monate Bestand. Besonders zu COMPACT konnten dabei enge Verbindungen festgestellt werden, die im Zuge des Bundestagswahlkampfs nochmals deutlicher zutage traten.

IV. Fazit zu Belegen für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Bundestagswahlkampf

Auch im Untersuchungszeitraum nach November 2024, der insbesondere die Wahlkampfphase betraf, bestätigte sich der Befund, dass sich die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen der AfD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung – insbesondere unter Berücksichtigung ihrer menschenwürdewidrigen Ausrichtung – zur Gewissheit verdichtet haben.

Die dabei berücksichtigten Aussagen stammen durchweg von hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Partei, darunter zahlreiche Bundes- und Landtagsabgeordnete, deren jeweilige regionale Herkunft eine breite Verteilung auf verschiedene west- und ostdeutsche Bundesländer aufweist. Eine entsprechende Streuung war auch bei den Veranstaltungsorten und den Verantwortlichen für Äußerungen in den sozialen Medien gegeben. Die herangezogenen Aussagen haben insoweit eine hohe Repräsentanz für die AfD insgesamt.

Vor allem waren weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff in einer die Gesamtpartei prägenden Dichte feststellbar. Diese fanden sich in einer Vielzahl von Äußerungen des AfD-Spitzenpersonals im Rahmen realweltlicher Wahlkampfauftritte, aber auch in Print- und Digitalmedien.

[3155] PI-News: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht" vom 29.03.2025, abgerufen am 04.04.2025.

FAZIT ZU BELEGEN FÜR BESTREBUNGEN GEGEN DIE FREIHEITLICHE DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Die AfD unterscheidet unverändert zwischen ethnisch Deutschen und solchen mit Migrationsgeschichte in einer Weise, die letztere herabwürdigt. Durch die Migration drohe, so der pauschale Vorwurf, ein irreversibler Heimatverlust und eine nicht mehr korrigierbare Überfremdung. Die Partei beschränkt sich nicht auf eine zumindest in Ansätzen sachbezogene Kritik an vermeintlichen oder tatsächlichen Problemen im Zusammenhang mit Einwanderung und Integration, sondern sieht bereits in der bloßen Präsenz einer hohen Anzahl von Menschen mit Migrationsgeschichte eine nicht hinnehmbare Zumutung für einheimische Deutsche.

Eine besondere Bedrohung liege – einer Reihe von AfD-Äußerungen zufolge – darin, dass die wachsende Zahl deutscher Staatsbürger und -bürgerinnen mit Migrationsgeschichte den Entfremdungsprozess zu Lasten autochthoner Deutscher weiter forciere und beschleunige, deren Interessen damit auch bei Wahlen immer weniger Berücksichtigung fänden. Nicht zuletzt wird in einer Vielzahl von AfD-Aussagen in menschenwürdewidriger Weise insbesondere männlichen Migranten eine pauschale und gleichsam ethnokulturell bedingte Neigung zu Gewalt und Kriminalität unterstellt. Sofern Migration überhaupt bei AfD-Vertreterinnen und Vertretern auf Akzeptanz stößt, wird dies oftmals an eine vollständige Assimilation geknüpft.

Unverändert orientiert sich die AfD am ideologischen Konzept des Ethnopluralismus, das von der Notwendigkeit ethnokulturell geschlossener, distinkter Entitäten ausgeht. Deren Vermischung führe unweigerlich zur Zerstörung der kulturellen Identität, die es aber unbedingt zu erhalten gelte, um globalistischen Entwicklungen entgegenwirken zu können. Von dieser ethnopluralistischen Grundprämisse ausgehend polemisierten AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten auch im jüngsten Untersuchungszeitraum mit etlichen Äußerungen fortwährend gegen den vermeintlichen Großen Austausch oder eine angebliche „Ersetzungsmigration“. Auf den pejorativen Begriff des „Passdeutschen“, den das OVG NRW explizit als sehr deutlichen Anhaltspunkt für Bestrebungen gegen die Menschenwürde gewertet hat,[3156] wurde indessen weitestgehend verzichtet.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem oder ein Abrücken vom ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff ist in der AfD nicht zu konstatieren. Wenn einzelne Akteure wie zuletzt Maximilian Krah (zu dem Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN)

[3156] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 220. Vgl. Kapitel E. I. 1. a. aa (3).

oder Andreas Lichert (MdL HE) die ethnozentristische Ausrichtung der Partei verbal relativieren oder zu relativeren scheinen, so entkräftet dies vor dem Hintergrund einer Vielzahl diesbezüglich eindeutiger Positionierungen in der Gesamtschau nicht den Befund, dass die AfD ein insgesamt mit der Menschenwürde von Bevölkerungsminderheiten nicht zu vereinbarendes Volksverständnis vertritt.

Formulierungen, die dieses ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis zusätzlich belegen könnten, sind im Wahlprogramm der AfD indes nicht enthalten. Dieses beschränkt sich im Wesentlichen auf die nicht verfassungsschutzrelevante Forderung nach einer deutschen Leitkultur. Üblicherweise sind programmatische Texte der AfD aus strategischen Erwägungen in einem tendenziell gemäßigten Duktus verfasst und somit in Bezug auf Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung weniger aussagekräftig als sonstige Äußerungen von Parteimitgliedern. Insofern ist die wahlprogrammatische Zurückhaltung nicht geeignet, die Fülle der quantitativ und qualitativ weitergehenden Aussagen zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff zu relativieren, zumal eine inhaltliche Auseinandersetzung oder gar Distanzierung von solchen Aussagen unterbleibt.

Auch im Hinblick auf fremdenfeindliche Äußerungen, die gleichsam eine Konkretisierung des ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs darstellen, haben sich im nachgelagerten Untersuchungszeitraum seit November 2024 die entsprechenden Anhaltspunkte weiter verdichtet. Als topgesetztes Wahlkampfthema vieler Parteien war die Migrationspolitik ein den Schwerpunkten der AfD besonders entgegenkommendes Agitationsfeld. Nicht zuletzt die Anschläge in Magdeburg und Aschaffenburg boten der AfD zusätzliches Instrumentalisierungspotenzial. Im Zusammenhang mit solchen in ihrer Brutalität schockierenden Attentaten sind zu einer gewissen Schärfe neigende und in der Tendenz pauschalisierende Äußerungen in der verfassungsschutzrechtlichen Bewertung nur eingeschränkt zu berücksichtigen. Verallgemeinernde Negativzuschreibungen finden sich aber bei der AfD im gesamten Begutachtungszeitraum, weshalb diesbezügliche Aussagen zu Migrantinnen und Migranten in der Wahlkampfzeit nicht als emotional geprägte sprachliche Überspitzungen anzusehen sind, sondern auf der grundlegenden Annahme basieren, Menschen mit Migrationsgeschichte neigten essenziell in besonderem Maße zu Gewalt. Weit über die Forderung einer restriktiveren Migrations- und Asylpolitik hinausgehend verunglimpft die

AfD Einwanderungsgesellschaften generell als „multikriminell", unterstellt Migrantinnen und Migranten eine faktische Invasion oder Okkupation Deutschlands, bezichtigt diese, den deutschen Sozialstaat vorsätzlich auszuplündern, und zeichnet insgesamt ein Bild kultureller Inkompatibilität. Die Herabsetzung männlicher Migranten als „Messermänner" erfolgt bei der AfD nicht etwa „nur" im Kontext konkreter Straftaten, sondern pauschalisierend und oftmals insinuierend, Messergewalt sei erst infolge der arabischen Einwanderung in Deutschland aufgetreten, was auch im häufigen Gebrauch des Begriffs „Messermigration" zum Ausdruck kommt.

Hervorzuheben ist ferner der ständige und offensive Rekurs der AfD auf den Begriff Remigration. Trotz der Beteuerungen, die avisierten Maßnahmen sollten strikt rechtskonform umgesetzt werden, lässt die häufige Forderung nach „millionenfacher Remigration" nur den Schluss zu, dass die AfD nicht an rechtsstaatlich gebotenen Einzelfallprüfungen, sondern an kollektiven Rückführungsprogrammen interessiert ist. Der dabei von der Partei propagierte und postulierte Millionenansatz übersteigt die Zahl der tatsächlich ausreisepflichtigen Migrantinnen und Migranten um ein Vielfaches. Die Verwendungspraxis des Begriffs Remigration weist bei der AfD insofern häufig eine menschenrechts- und rechtsstaatswidrige Konnotationsebene auf. Ungeachtet dessen beschloss die AfD auf ihrem Bundesparteitag in Riesa (SN) noch nachträglich, die Bezeichnung „Remigration" explizit in das offizielle Wahlprogramm aufzunehmen, was die Spitzenkandidatin Alice Weidel pointiert und prägnant in ihrer Parteitagsrede zusätzlich unterstrich. Es geht der AfD offensichtlich um eine Normalisierung des Terminus „Remigration", nachdem Teile der Parteiführung und insbesondere die Co-Bundessprecherin Weidel selbst den Begriff nach den Anfang 2024 bekannt gewordenen CORRECTIV-Recherchen zum sogenannten Potsdamer Treffen noch über längere Zeit gemieden hatten. Mit dem erneuten Versuch, den Remigrationsbegriff im allgemeinen politischen Diskurs zu etablieren, strebt die AfD – unzutreffenderweise – eine dahingehende Deutungshoheit an, dass gemäß ihrem Sprachgebrauch die Bezeichnung für völlig rechtmäßige Maßnahmen stehe.

Die fremdenfeindliche Ausrichtung der AfD kam während des Wahlkampfs besonders drastisch in Bild- und Fotostrecken zum Ausdruck, die Parteiaktivisten den eigenen Posts in sozialen Medien zur Verstärkung ihrer Aussagen beifügten. Oft handelt es sich dabei um plakativ-rassistische Gegenüberstellungen zwischen autochthonen

Deutschen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Auf der einen Seite sind beispielsweise hellhäutige Männer zu sehen, die offen, sympathisch und tatkräftig auftreten, oder weiße Frauen, die angsterfüllt, unsicher und bedroht erscheinen. Auf der anderen Seite finden sich Darstellungen von männlichen Migranten, die dunkel, bedrohlich und aggressiv wirken, oder von vollverschleierten muslimischen Frauen, die als Kollektiv den generalisierenden Eindruck absoluter Inkompatibilität mit der deutschen Gesellschaft vermitteln sollen. Eine weitere Darstellungsweise besteht darin, in gleichsam gehässiger Weise sich über angestrebte Massenabschiebungen zu belustigen. In diesem Zusammenhang griff die AfD besonders häufig auf Memes mit „Abschiebefliegern" zurück. Diese erinnern nicht zuletzt an die rassistische „Deutschlandretter24-Kampagne" der Jungen Alternative anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024, als – ähnlich wie im Bundestagswahlkampf – offensiv eine „millionenfache Remigration" gefordert wurde.

Muslim- und islamfeindliche Äußerungen und Positionen, die eine besondere Ausprägung allgemeiner Fremdenfeindlichkeit darstellen, waren ebenso im Wahlkampfzeitraum bei der AfD feststellbar. Diesbezüglich verfassungsschutzrelevante Aussagen fanden sogar im Bundestagswahlprogramm ihren Niederschlag. Dort ist etwa die Forderung eines konsequenten Minarettverbots enthalten. Ein solches Postulat hat das OVG NRW ausdrücklich als menschenwürdewidriges Anliegen bezeichnet.[3157] Das von der AfD programmatisch zudem geforderte Kopftuchverbot, das nicht nur zur Neutralität verpflichtete Staatsbedienstete und auch nicht nur einzelne Institutionen, sondern alle Besucherinnen von jeglichen öffentlichen Einrichtungen umfassen soll, würde Musliminnen mit Kopftuch massiv vom gesellschaftlichen Leben ausschließen und ist daher unter Berücksichtigung verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung[3158] nicht als menschenwürdekonform zu bewerten.

In zahlreichen sonstigen Äußerungen wurde dem Islam pauschal die Vereinbarkeit mit der hiesigen Kultur abgesprochen. Auch rückten Vertreterinnen und Vertreter der AfD den Islam durch die Gleichsetzung mit Islamismus oft in die Nähe von Extremismus und terroristischer Gewalt. Eine häufige und aggressive Polemik bestand auch

---

[3157] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241. Vgl. S. 992.
[3158] BVerfG, Beschl. v. 27.01.2025, 1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10.

im Vorwurf von Parteiaktivisten, muslimische Frauen gefährdeten mit einem „Geburtendschihad" das deutsche Volk in seinem Bestand. Insgesamt ist bei den muslim- und islamfeindlichen Aussagen der AfD im Bundestagswahlkampf, auch unter Berücksichtigung diesbezüglicher Positionen im Wahlprogramm, zumindest eine Bestätigung der bereits im vorausgegangenen Untersuchungszeitraum festgestellten verfassungsfeindlichen Positionen zu erkennen.

Wie im gesamten Begutachtungszeitraum waren auch während des Bundestagswahlkampfs antisemitische Äußerungen der AfD von nachrangiger Bedeutung. Sie traten „lediglich" im Rekurs auf antisemitische bzw. dem Antisemitismus Vorschub leistende Chiffren wie „Deep State" oder „Globalisten" auf. In diesem Kontext ist auch die wiederholte Agitation gegen den als antisemitische Projektionsfläche instrumentalisierten jüdisch-stämmigen Investor George Soros zu nennen.

Anhaltspunkte für Bestrebungen der AfD gegen das Demokratieprinzip als einem zentralen Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung konnten auch in der Wahlkampfzeit festgestellt werden. So agitierte die Partei im Wahlkampf wiederholt gegen Regierungsverantwortliche mit der Unterstellung, diese handelten bewusst volksschädigend, weshalb Deutschland demokratischen Standards nicht mehr genüge. Die AfD zielte mithin darauf ab, das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Institutionen, in deren Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie in demokratische Entscheidungsabläufe nachhaltig zu erschüttern, was letztlich eine Delegitimierung der politischen Ordnung insgesamt impliziert. In gleicher Weise gegen das Demokratieprinzip gerichtet waren pauschale Vorwürfe der AfD, die Bundesrepublik sei ein nicht-souveräner Staat, unterdrücke systematisch Meinungs- und Pressefreiheit und werde von „Kartellparteien" beherrscht, die lediglich Partikularinteressen gegen das eigene Volk verfolgten. Die Ablehnung der gegenwärtigen politischen Ordnung kulminierte auch im jüngsten Untersuchungszeitraum in der wiederholten Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit diktatorischen Systemen. Demokratiefeindliche Aussagen nach dem oben skizzierten Muster fanden sich – wie dargelegt – auch im Bundestagswahlprogramm. Insgesamt haben sich die Anhaltspunkte für eine demokratiefeindliche Ausrichtung der AfD weiter verdichtet.

Fazit zu Belegen für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Bundestagswahlkampf

Analog zur vorangegangenen Begutachtungsphase fielen auch während des Wahlkampfs kaum Anhaltspunkte für gegen das Rechtsstaatsprinzip gerichtete Bestrebungen an. Als Ausnahme davon können lediglich Äußerungen von Björn Höcke (MdL TH) herangezogen werden, der in zwei Fällen die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt in Frage stellte.

Bei der Positionierung zum historischen Nationalsozialismus war im Wahlkampfzeitraum im Fall eines AfD-Kommunalpolitikers zwar eine eindeutig und offen NS-befürwortende Haltung feststellbar, doch fällt ein solcher Einzelfall – auch mit Blick auf die nachrangige Stellung des Betroffenen in der Partei – für die gutachterliche Gesamtbetrachtung der AfD nicht ins Gewicht. Viel bedeutsamer ist indessen die nach wie vor zu konstatierende Verwendung des geschichtsrevisionistischen Begriffs „Schuldkult" von Vertretern der AfD, der darauf abzielt, die Aufarbeitung des historischen Nationalsozialismus und die für das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland prägende Erinnerungskultur zu desavouieren, was wiederum zumindest mittelbar die Dimension der nationalsozialistischen Gewalt- und Massenverbrechen relativiert. Hervorzuheben ist ferner die Weigerung der Partei, sich auch nur in Ansätzen mit der Verurteilung Björn Höckes wegen mehrfacher Verwendung der verbotenen SA-Losung „Alles für Deutschland" inhaltlich auseinanderzusetzen. Stattdessen verwendete die AfD umso häufiger den phonetisch nahezu gleichklingenden – straf- und verfassungsschutzrechtlich irrelevanten – Wahlslogan „Alice für Deutschland" im Wahlkampf zur Unterstützung ihrer Spitzenkandidatin. Der demonstrativen Nutzung dieses Slogans lag offensichtlich auch der Wille zur gezielten Provokation zugrunde.

Die Haltung der AfD zum historischen Nationalsozialismus bleibt insoweit ambivalent. Geschichtsrevisionistische Positionierungen sind weiterhin festzustellen, jedoch nicht in einem die Partei prägenden Ausmaß.

Auch im Wahlkampfzeitraum unterhielt die AfD Verbindungen zur verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten. Besonders hervorzuheben ist diesbezüglich das Verhältnis zur COMPACT-Magazin GmbH, die den Wahlkampf der AfD durch die Bereitstellung reichweitenstarker Interviewplattformen intensiv unterstützte. Erwähnenswert sind ferner die fortgesetzten Kontakte der Partei zur Identitären Bewegung, u. a. auch zu deren Führungsfigur im deutschsprachigen Raum Martin Sellner. Mit dem Verein

Ein Prozent, dem islamfeindlichen Online-Medium PI-NEWS sowie der Menschenpark Veranstaltungs UG bzw. dem Verlag Antaios pflegt die AfD darüber hinaus Kooperationsformen zu weiteren zentralen Akteuren der Neuen Rechten, wobei das jeweilige Verhältnis von gegenseitiger Wertschätzung, Positivkommentierung und Unterstützung geprägt ist.

Die im vorstehenden Kapitel zusammengetragenen Belege sind durchweg auf ranghohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD zurückzuführen, darunter mehrheitlich Abgeordnete des Europaparlaments, des Bundestags sowie der Landtage und Abgeordnetenhäuser. Sie verteilen sich überdies mit Blick auf die regionale Herkunft der für die Aussagen verantwortlichen Personen auf west- und ostdeutsche Landesverbände und damit auf das gesamte Bundesgebiet. Mithin spiegeln die aufgeführten Anhaltspunkte die in der Partei vorherrschende Grundtendenz wider.

Im Zusammenhang mit der AfD-Spitzenkandidatin und Co-Bundessprecherin Alice Weidel fielen im Wahlkampfzeitraum vergleichsweise wenige eigene Aussagen an, die für sich genommen als Anhaltspunkte für Bestrebungen der Partei gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung heranzuziehen wären. Dies kann jedoch nicht als entlastend für die Gesamtpartei gewertet werden. Die Kanzlerkandidatin der AfD dürfte nämlich vor allem aus taktischen Gründen bei öffentlichkeitswirksamen Medienauftritten und reichweitenstarken TV-Formaten dem Grundsatz einer professionellen Mäßigung gefolgt sein, um das maximale Wählerpotenzial für sich und die Partei auszuschöpfen. Gleichzeitig distanzierte sich Weidel bei gemeinsamen Wahlkampfauftritten mit AfD-Akteuren, die sich explizit extremistisch äußerten, zu keinem Zeitpunkt vom Inhalt dieser Aussagen. Auch die Aufnahme der beiden erwiesenen Rechtsextremisten Matthias Helferich (MdB, NW) und Maximilian Krah (MdB, SN) in die AfD-Bundestagsfraktion ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Co-Bundessprecherin und Co-Fraktionsvorsitzende Weidel verfassungsfeindlichen Positionen in der AfD nicht entgegentritt.

In der Gesamtschau der im nachgelagerten Untersuchungszeitraum zusammengeführten Anhaltspunkte ist festzustellen, dass sich die zur Gewissheit verdichtete verfassungsfeindliche Ausrichtung der Partei weiter bestätigt hat.

G. Abschließende Bewertung

I. Tatsächliche Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht und hinreichender Zahl zur Gewissheit verdichtet

Als Ergebnis der vorangegangenen gutachterlichen Prüfung ist festzustellen, dass sich die in Bezug auf die Alternative für Deutschland als Gesamtpersonenzusammenschluss im Folgegutachten AfD 2021 konstatierten Anhaltspunkte in wesentlichen Teilen – insbesondere im Hinblick auf den ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff der Partei – inzwischen zur Gewissheit verdichtet haben und eine entsprechende extremistische Prägung der Gesamtpartei festgestellt werden muss. Das an ethnischen Kriterien anknüpfende Volksverständnis der AfD zielt darauf ab, bestimmte Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen, sie einer nicht verfassungskonformen Ungleichbehandlung auszusetzen und ihnen einen rechtlich abgewerteten Status zuzuschreiben. Dieses ausgrenzende Volksverständnis strahlt maßgeblich auf die fremden- und minderheitenfeindlichen Positionen in der Partei aus; es ist Ausgangspunkt und ideologische Grundlage für eine kontinuierliche Agitation gegen bestimmte Personen oder Personengruppen, mit der diese pauschal diffamiert und verächtlich gemacht sowie irrationale Ängste und Ablehnung gegenüber diesen geschürt werden. Soweit hinsichtlich anderer Dimensionen, insbesondere bezüglich des Demokratieprinzips, tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen, haben sich diese auch verdichtet, allerdings quantitativ wie qualitativ nicht in einem Maß, dass sie als prägend für die Gesamtpartei einzustufen wären.

Bei der Bearbeitung der AfD durch die Verfassungsschutzbehörden war bereits zu Beginn augenfällig, dass die programmatischen Schriften, insbesondere das Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2016, nur wenige bzw. vereinzelte Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung enthielten. Dem standen bereits frühzeitig zahlreiche verfassungsschutzrelevante Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären sowie Spitzenvertreterinnen und -vertretern der Partei gegenüber, die die programmatischen Texte überlagerten, diese zumindest relativierten und in der Gesamtschau die eigentliche Ausrichtung der Partei in der politischen Praxis zusehends stärker bestimmten. Im vorliegenden Gutachten hat sich dieser Befund abermals bestätigt. So weichen besonders die Feststellungen hinsichtlich des in weiten Teilen nicht verfassungsschutzrelevanten Bundestagswahlprogramms eklatant

von den parallel im Wahlkampf getätigten Äußerungen ab. Den vielfach verfassungsschutzrechtlich relevanten Äußerungen von führenden Funktionärinnen und Funktionären kommt in der Abwägung mit programmatischen Texten für die tatsächliche und zutreffende Bewertung der Partei eine deutlich gewichtigere Rolle zu.

Begründen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung einen extremistischen Verdachtsverfall oder sind diese zur Gewissheit einer gesichert extremistischen Bestrebung verdichtet, ist das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Beobachtung entsprechender Bestrebungen und Tätigkeiten seinem gesetzlichen Auftrag folgend nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet. Im Falle der AfD liegen nach dem Prüfergebnis inzwischen die Voraussetzungen der zweitgenannten Alternative vor, weshalb die Partei als gesichert rechtsextremistische Bestrebung einzustufen ist.

Die Bewertung der Gesamtpartei orientiert sich dabei an dem eingangs genannten Maßstab. Danach ist eine gesichert extremistische Bestrebung anzunehmen, wenn die Gesamtorganisation von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz – bezogen auf mindestens eines der drei zentralen Merkmale Menschenwürde sowie Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip – beherrscht wird. Die verfassungsfeindlichen Verhaltensweisen müssen den Gesamtcharakter des Personenzusammenschlusses prägen.[3159] Dabei ist nicht nur auf die festgestellten tatsächlichen Anhaltspunkte bzw. die festgestellten Bestrebungen abzustellen, sondern auch darauf, inwieweit beispielsweise taugliche Distanzierungshandlungen einer Zurechnung entgegenstehen könnten. Die Überzeugung von einer verfassungsfeindlichen Grundhaltung kann allein aus einer Gesamtbetrachtung der vielfältigen Verhaltensweisen der Partei und ihrer Funktionäre gewonnen werden, die erst in dieser Zusammenschau ein eindeutiges Bild ergeben. Dabei ist auch prognostisch zu beurteilen, ob gemäßigtere Strömungen in der Partei noch die Möglichkeit der Einflussnahme haben, die vorherrschende extremistische Grundtendenz nachhaltig umzukehren, oder ob sie nur noch eine sehr untergeordnete, nicht durchsetzungsfähige Rolle einnehmen. Eine das vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis und diesbezüglich die extremistische Grundausrichtung der AfD in Frage stellende oder ggf. sogar

[3159] Vgl. dazu und zum Nachfolgenden: Kapitel C. Rechtliche Vorgaben.

potenziell zurückdrängende relevante Kraft konnte im Begutachtungszeitraum indessen nicht festgestellt werden.

Im Folgenden werden die dargelegten Feststellungen hinsichtlich der für die freiheitliche demokratische Grundordnung konstitutiven Merkmale Menschenwürde sowie Demokratie- und Rechtstaatsprinzip in einer Gesamtschau gewürdigt. Dabei werden auch möglicherweise entlastende Faktoren berücksichtigt, die gegen eine verfassungsfeindliche Prägung der AfD und damit gegen eine Einstufung der Partei als gesichert extremistische Bestrebung sprechen könnten.

1. Einfluss des ehemaligen Flügels

Im Folgegutachten AfD 2021 wurde der Einfluss des aufgelösten Flügels umfassend berücksichtigt, was auch durch den damals noch engen zeitlichen Zusammenhang zur Einstellung der Aktivitäten und damit einhergehend der Ungewissheit über die weitere Entwicklung der Teilgruppierung bedingt war. Das VG Köln stellte bezüglich des Flügels fest, dass er jedenfalls bis zu seiner Auflösung im Frühjahr 2020 gesichert extremistische Bestrebungen verfolgt hatte. Dass das VG Köln danach nur noch eine weitere Bearbeitung als Verdachtsfall für zulässig erachtete, war dem Umstand geschuldet, dass das strukturelle Bestehen des Personenzusammenschlusses nach dessen Auflösung nicht mehr mit Gewissheit belegt werden konnte. Die Rechtmäßigkeit der Einstufung als gesichert extremistische Bestrebung wurde durch das OVG NRW nochmals bestätigt.[3160]

Die weitere Betätigung relevanter Flügel-Anhängerinnen und Anhänger in der AfD konnte auch im Rahmen der fortgeführten Beobachtung festgestellt werden. Sie sind in der Partei nach wie vor eng vernetzt und betreiben ihre politische Agenda fort. Allerdings geschieht dies nicht mehr unter der Struktur des Flügels oder in Form informeller Nachfolgeaktivitäten, weshalb die Bearbeitung als eigenständiger Verdachtsfall zum 1. Januar 2024 eingestellt wurde. Die ehemaligen Anhängerinnen und Anhänger des Flügels werden seitdem größtenteils im Rahmen des Verdachtsfalls AfD beobachtet. Sie wirken weiter in der Partei, die sie mit ihren fortbestehenden verfassungsfeindlichen Positionen in zum Teil erheblichem Maße weiterhin prägen. Darüber hinaus gibt es vereinzelt AfD-Veranstaltungen wie das „Preußenfest", die auf die Strukturen des

[3160] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1216/22.

ehemaligen Flügels zurückgreifen. Als Vernetzungsevent knüpft das jährlich stattfindende „Preußenfest", das zuletzt am 14. September 2024 durchgeführt wurde, nunmehr als AfD-Veranstaltung an das frühere „Kyffhäusertreffen" des Flügels an (siehe hierzu Kapitel E. III. 1.).

Das mitprägende und reichweitenstarke Fortwirken ehemaliger Flügel-Anhängerinnen und Anhänger in der Gesamtpartei wird auch daran ersichtlich, dass eine Vielzahl der festgestellten verfassungsschutzrelevanten Aussagen von AfD-Mitgliedern im Begutachtungszeitraum auf Personen zurückgeht, die bereits im Flügel-Gutachten zitiert wurden. Besonders herauszustellen sind die ehemaligen Flügel-Führungspersonen Christine Anderson, Christina Baum, Björn Höcke, Enrico Komning, Hans-Thomas-Tillschneider und Thorsten Weiß, die allesamt im Kapitel E. dieses Gutachtens mit verfassungsschutzrelevanten Aussagen zitiert werden. Zu Christine Anderson, Björn Höcke, Hans-Thomas-Tillschneider und Thorsten Weiß liegen zudem entsprechende Erkenntnisse aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfs vor (vgl. Kapitel F.).

Überdies werden in Kapitel E. Anhaltspunkte zu den früheren Flügel-Anhängerinnen und Anhängern Jeannette Auricht, Birgit Bessin, Torben Braga, Siegbert Droese, Katrin Ebner-Steiner, Oliver Kirchner, Steffen Kotré, Nikolaus Kramer, Daniel Freiherr von Lützow, Benjamin Nolte, Ulrich Oehme, Christian Blex, Stefan Möller, Martin Reichardt (aktuelles Bundesvorstandsmitglied), Thomas Röckemann, Thomas Rudy, Heiko Scholz[3161] (aktuelles Bundesvorstandsmitglied), Dirk Spaniel, Roland Ulbrich und Jörg Urban angeführt. Zu Katrin Ebner-Steiner, Oliver Kirchner, Steffen Kotré, Benjamin Nolte, Christian Blex, Stefan Möller, Richard Graupner, Martin Reichardt sowie Heiko Scholz werden zudem in Kapitel F. verfassungsschutzrelevante Aussagen aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfs dargestellt. Im Ergebnis zeigt sich, dass Anhängerinnen und Anhänger des ehemaligen Flügels inzwischen weit über dessen frühere Kernländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hinaus den Diskurs in der AfD und ihre politische Ausrichtung mitprägen. Ihre im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehenden Positionen spiegeln inzwischen parteiweit die vorherrschende Grundtendenz wider.[3162]

[3161] Im „Gutachten zur Einstufung des ‚Flügel' als erwiesen extremistische Bestrebung" aus 2020 wurde Heiko Scholz nicht aufgeführt, da im damaligen Erhebungszeitraum keine Sicherung von durch ihn getätigten Äußerungen erfolgt ist, denen sich Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung entnehmen ließen.
[3162] Vgl. Flügel-Gutachten 2020, S. 251 ff.

2. Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die tatsächlichen Anhaltspunkte, die im Begutachtungszeitraum für die Bewertung des Einstufungsstatus anfielen, basieren vornehmlich auf Äußerungen von Parteimitgliedern insbesondere der Führungsebenen sowie von Mandatsträgerinnen und -trägern. Der inhaltliche Schwerpunkt dieser verfassungsschutzrelevanten Aussagen liegt weiterhin bei menschenwürdewidrigen Positionierungen.

a. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

Hinsichtlich der ethnisch-abstammungsmäßigen Aussagen ist in der gesamten Partei keine Abkehr, Zurückhaltung oder Mäßigung feststellbar. Solche Positionen prägen die AfD inzwischen, ungeachtet zwischenzeitlich ergangener Gerichtsentscheidungen zu deren rechtlichen Bewertung, auf allen Ebenen. Sie bilden oftmals den Kern sämtlicher festgestellter menschenwürdewidriger Aussagen, da auch den spezifisch fremdenfeindlichen Äußerungen die Vorstellung zugrunde liegt, es bestehe ein durch Abstammung konstituiertes, „wahres" deutsches Volk neben dem durch die Staatsbürgerschaft definierten Staatsvolk im Sinne des Grundgesetzes.

Die AfD vertritt weiterhin fortgesetzt einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff, der eine grundlegende Unterscheidung zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationsgeschichte bedingt. Diesbezügliche Aussagen sollen die Angst schüren, als ethnisch Deutsche(r) in einen Minderheitenstatus zu verfallen, und bedienen eine hierauf ausgerichtete Bedrohungskommunikation. Einem ethnisch möglichst homogenen Staatsvolk werden positive Attribute zugeschrieben, während einer als zu weitgehend empfundenen Heterogenisierung der Gesellschaft der soziale Zerfall durch die zwingende Zunahme von Kriminalität als unabwendbare dystopische Folge gegenübergestellt wird. Besonders plakativ kommt diese Differenzierung anhand ethnischer Kriterien in dem Begriff der/des „Passdeutschen" zum Ausdruck, der deutsche Staatsangehörige in letzter Konsequenz in „echte" und „unechte" Deutsche unterteilt und damit einen ethnischen Volkskörper neben der Gesamtheit aller Staatsangehörigen konstruiert. Zuwanderung wird von Vertreterinnen und Vertretern der AfD im Wesentlichen nur insoweit akzeptiert, als diese mit einer Assimilation einhergeht, die eine gänzliche Aufgabe der eigenen Kultur und die Unterordnung unter die deutsche Kultur

fordert und Personen mit Migrationsgeschichte somit letztlich zur Aufgabe ihrer kulturellen Identität zwingen würde.

Der ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff ist auch grundlegend für das in der neurechten Ideologie nach wie vor zentrale Konzept des Ethnopluralismus, das eine strikte Trennung zwischen unterschiedlichen Ethnien und Kulturen als Voraussetzung für deren Erhalt postuliert. Diese ethnokulturelle Substanz wiederum sieht die AfD – dem ethnopluralistischen Denkansatz folgend – in Deutschland aufgrund einer vorgeblich gezielten politischen Beeinflussung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in hohem Maße als gefährdet an. Die Kritik an diesem vermeintlich gesteuerten „volkszerstörerischen" Prozess zu Lasten „einheimischer" Deutscher äußern Funktionärinnen und Funktionäre der AfD durch den vielfachen und regelmäßigen Rekurs auf das Verschwörungsnarrativ des Großen Austauschs, oft auch unter Verwendung alternativer Begriffe gleicher Bedeutung wie „Bevölkerungsaustausch" oder „Ersetzungsmigration". Vertreterinnen und Vertreter der AfD scheuen in ihrer völkischen Agitation aber auch nicht davor zurück, einen NS-belasteten Begriff wie „Umvolkung" zu nutzen oder in einer die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen relativierenden Weise von einem „Genozid" am deutschen Volk zu sprechen.

Der ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff stellt für die AfD die zentrale Grundlage ihrer politischen Ziele dar und wird ungeachtet aktuell jeweils vorherrschender Themen – sei es die COVID-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder die gesellschaftliche Debatte um die Migrationspolitik – stetig vertreten und in die Positionierungen der Partei eingebettet. Es handelt sich somit um eine Konstante, die aber durchaus sprachlichen Entwicklungen unterliegt. Damit Chiffren wie der Große Austausch weiterhin den Zweck der Abgrenzung zum klassisch neonazistischen Sprachgebrauch erfüllen können, ist insoweit die neurechte Strategie der kontinuierlichen Fortentwicklung entsprechender Begrifflichkeiten auch bei der AfD festzustellen. So empfiehlt beispielsweise Björn Höcke, den englischen Begriff der „Replacement Migration" zu verwenden. Oftmals werden entsprechende Formulierungen sogar bewusst mit dem Hinweis verbunden, man dürfe sie nicht mehr äußern. Darin offenbart sich letztlich, dass den Äußernden der extremistische Kern ihrer Äußerungen sogar bewusst ist – etwa aufgrund gerichtlicher Bestätigungen der von den Verfassungsschutzbehörden vorgenommenen Bewertungen – und dennoch eine kritische Auseinandersetzung hiermit unterbleibt.

Die hohe Frequenz und Regelmäßigkeit, mit der entsprechende Äußerungen von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern getätigt werden, belegen insofern eine quantitative Verfestigung der Anhaltspunkte. Mit Blick auf das ethnische Volksverständnis ist festzustellen, dass diesbezüglich verfassungsschutzrechtlich relevante Positionen über alle Parteiinstanzen und -Hierarchieebenen hinweg vorherrschend sind. So finden sich Belege von Bundesvorstandsmitgliedern einschließlich der Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW), daneben von zahlreichen Bundestagsabgeordneten der vergangenen und der aktuellen Legislaturperiode sowie von der Partei selbst in Gestalt der AfD-Bundestagsfraktion, des Bundesverbands, eines der AfD zuzuordnenden Vereins sowie des JA-Bundesverbands. Auf Landesebene waren einschlägige Äußerungen von Landtagsabgeordneten bzw. Mitgliedern von Abgeordnetenhäusern festzustellen, sowie von Mitgliedern der Landesvorstände, ferner Äußerungen der Landesverbände der AfD und der JA. Auf kommunaler Ebene wurden vornehmlich Kreisverbände, Kreisvorstandsmitglieder und kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger berücksichtigt, die als solche repräsentativ für diese Ebene stehen.

Der Rechtsprechung des OVG NRW folgend[3163], wurde grundsätzlich auf die Einbeziehung von Äußerungen einfacher Mitglieder verzichtet. Nur im Ausnahmefall wurden solche herangezogen, soweit eine Zurechnung zur Partei, etwa aufgrund deren Bezugnahme oder eines parteilichen Kontexts, geboten war. Es handelt sich daher um eine große Anzahl an Belegen von Führungspersonen der AfD bzw. ihren Untergliederungen und Teilorganisationen. Diese Belege erstrecken sich regional auch nicht nur auf einzelne, bereits durch die Landesbehörden für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Landesverbände. Vielmehr ergibt sich ein bundesweites Bild, in dem auch in der Vergangenheit vergleichsweise „gemäßigt“ auftretende Landesverbände und deren jeweilige Funktionärinnen und Funktionäre aufgrund einschlägiger Äußerungen in die Betrachtung einzubeziehen waren. Zwar bestehen hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der Landesverbände Unterschiede, jedoch ist mit Blick auf den hier betrachteten ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff festzustellen, dass dieser zum Grundkonsens in der Partei geworden ist. Relevante Gegenpositionen oder überzeugende Distanzierungen waren nicht festzustellen. Insofern erfolgte auch keine Abkehr etwa im Hinblick auf die Entscheidungen des OVG NRW

[3163] Vgl. Kapitel C. I. 4., S. 58 f.

oder weiterer Gerichte. Vielmehr ist gerade auch aufgrund der Häufigkeit entsprechender Äußerungen keinesfalls ein Rückgang der Anhaltspunkte zu verzeichnen. Völkische Aussagen, insbesondere die Verwendung von völkisch-rassistischen Schlagworten wie „Umvolkung", wurden auch nach der Entscheidung des OVG NRW oft wiederholt. Speziell von Funktionärinnen und Funktionären aus den Bundes- und Landesverbänden konnten gerade im zweiten und dritten Quartal 2024 sowie im Bundestagswahlkampf 2025 wiederholt einschlägige Äußerungen festgestellt werden. Besonders auch die Landtagswahlkämpfe in den Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg waren geprägt von einer fortlaufenden völkischen Agitation. Diese wurde von Rednerinnen und Rednern aus dem gesamten Bundesgebiet geteilt oder akzeptiert, indem beispielsweise auch die Bundessprecherin und der Bundessprecher an den Wahlkampfabschlussveranstaltungen teilnahmen und die dort vertretenen Positionen öffentlich nicht kritisch stellten, sondern durch ihr unterstützendes und gemeinsames Auftreten förderten.

Der Bewertung im Hinblick auf die Verdichtung steht auch nicht entgegen, dass völkische Positionierungen in großer Anzahl besonders bei den Abgeordneten Maximilian Krah und Christina Baum festgestellt wurden. Beide Akteure waren temporär Mitglieder im Bundesvorstand, haben diese Funktion aber mittlerweile aufgegeben oder wurden nicht wiedergewählt. Gleichwohl repräsentieren sie weiterhin die Partei in besonderem Maße aufgrund ihrer Eigenschaft als Bundestagsabgeordnete.[3164] Zu diesen Belegen kommen zudem in großer Zahl Belege von anderen vergleichbar relevanten Personen oder Organisationseinheiten hinzu.

Die angeführten Zitate markieren eine nicht-verfassungskonforme Unterscheidung zwischen deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern und solchen ohne Migrationsgeschichte, die eine Schlechterstellung der erstgenannten zur Folge hat.

Dies wird besonders deutlich in dem ausdrücklichen Bekenntnis des Brandenburger Spitzenkandidaten und AfD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Christoph Berndt zum ethnischen Volksbegriff im Rahmen des Landtagswahlkampfs. Dieses Volksverständnis ist Ausgangspunkt und Grundlage seines politischen Denkens und beabsichtigten Wirkens. So äußerte er in einem Interview im August 2024, solange noch 20, 30 oder

---

[3164] Inwieweit in dem Ausscheiden aus dem Bundesvorstand ein der Verdichtung zur Gewissheit entgegenstehendes Moment zu sehen ist, wird ausführlich näher unter Betrachtung der Zusammensetzung des Bundesvorstands und den Einzelheiten zum Ausscheiden geprüft.

40 Millionen Deutsche im Land seien, bestehe noch die Möglichkeit, die Dinge zum Besseren zu wenden, wozu er aber nur die AfD in der Lage sieht. Damit wird deutlich, dass die übrigen 40 bis 60 Millionen Deutsche keine Deutschen im Sinne dieses völkischen Konzepts sind und mit deren rechtlicher Schlechterstellung im Falle einer Regierungsübernahme durch die AfD zu rechnen wäre. Bei einem Wahlkampfauftritt in Werder (Havel, BB) im September 2024 äußerte Bernd explizit und unmissverständlich, die AfD halte *„auch am Volk, am ethnischen Volksbegriff und am Volk fest. Das Volk ist eine Wirklichkeit.“* Auch an anderen Stellen wurden diese politischen Prämissen offenkundig. So forderte die AfD Sachsen in ihrem Wahlprogramm für die Landtagswahl die Einführung eines Begrüßungsgelds nur für solche deutschen Kinder, deren beide Elternteile ausschließlich die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Der ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff bildet somit inzwischen den Grundkonsens in der Partei. Anders als noch in den Gutachten 2019 und 2021 konnten in öffentlichen Äußerungen keine gewichtigen gegenteiligen Äußerungen und Positionierungen festgestellt werden. Insoweit liegt somit eine auch quantitative Verdichtung der Anhaltspunkte zur Gewissheit vor.

b. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

Der ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff setzt sich konsequent in konkret fremden- und minderheitenfeindlichen Positionen der AfD fort. Einem häufig skizzierten Bedrohungsszenario liegt die pauschale Negativzuschreibung zugrunde, Menschen mit Migrationsgeschichte seien zuallererst und weit überwiegend verantwortlich für Gewalt und Kriminalität. Tatsächliche und vermeintliche Gewalttaten, speziell mittels Stichwaffen, werden instrumentalisiert, um eine verallgemeinernde Aussage über eine angebliche kollektive Gewaltneigung bestimmter Ethnien zu konstruieren. Durch Formate wie den „Einzelfallticker“ wird suggeriert, es werde eine repräsentative und objektive Faktenlage gesammelt. Letztlich wird hierdurch aber nur ein undifferenzierter Kausalzusammenhang zwischen Migration und Gewalt insinuiert. Vertreterinnen und Vertreter der AfD nutzen dafür diffamierende und komplexitätsreduzierende Begriffe wie den der *„Messermigration“*. Die generell behauptete Neigung zur Gewalt wird auch besonders mit Sexualdelikten verknüpft. So wird simplifizierend und generalisierend

behauptet, dass männliche Migranten bestimmter Ethnien aufgrund eines rückständigen Frauenbilds und ihrer kulturellen Prägung in besonderem Maße zur Begehung sexuell motivierter Gewalttaten neigten und damit eine Gefahr für ethnisch deutsche Frauen darstellten.

Mit einer vermeintlichen kulturellen Inkompatibilität der Zugewanderten begründen Vertreterinnen und Vertreter der AfD explizite Forderungen nach einer „konsequenten Remigration". In der Gesamtschau der Äußerungen wird deutlich, dass diese Forderung der AfD nicht bloß auf die konsequente Durchsetzung des Asyl- und Ausländerrechts abzielt, sondern eine systematische Abschiebung bestimmter Bevölkerungsgruppen unabhängig von ihrer individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit intendiert. Dies kommt etwa im plakativen Postulat der JA nach „*millionenfacher Abschiebung*" im Zuge der „Deutschlandretter24"-Kampagne zum Ausdruck. Auch im Bundestagswahlkampf formulierten Vertreter der AfD immer wieder die Forderung nach „millionenfacher Remigration".

Insgesamt konzentriert und fokussiert sich die AfD weiterhin mit großer Intensität auf den Migrationsdiskurs, um die eigenen fremdenfeindlichen Positionen zu propagieren und die Reichweite der Partei zu vergrößern. Bereits mengenmäßig nehmen im begutachteten Zeitraum die diesbezüglichen Belege großen Raum ein. Sie stammen auch zum überwiegenden Teil von führenden Vertreterinnen und Vertretern der AfD. So ist auffällig, dass die fremdenfeindlichen Äußerungen durch eine breite Basis an Abgeordneten des Bundestags, der Landesparlamente sowie des Europaparlaments unterlegt sind. Darunter befinden sich auch Belege der beiden Co-Bundessprecher, von Alice Weidel sogar mehrere. Wie auch im Kapitel zu ethnisch-abstammungsmäßigen Äußerungen wurde zudem eine Vielzahl an Belegen der Landes- und Kreisverbände sowie der Jugendorganisation JA festgestellt.

Besonders hervorzuheben sind zahlreiche Belege des AfD-Bundesverbands selbst, die auf eine verfestigte fremdenfeindliche Haltung in der obersten Führungsstruktur der AfD schließen lassen. Zudem konnten Äußerungen von insgesamt zwölf von 14 stimmberechtigten Bundesvorstandsmitgliedern und damit einem Großteil des aktuellen Bundesvorstands festgestellt werden. Die große Zahl einschlägiger Äußerungen auf Ebene der Kreisverbände lässt zudem den Schluss zu, dass fremdenfeindliche Positionierungen in der AfD auch in der Fläche fest verortet sind.

Auch im Hinblick auf die Fremdenfeindlichkeit ist eine konsequente Beibehaltung der Narrative und damit eine quantitative Verfestigung der tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festzustellen. Eine Mäßigung ist nicht ersichtlich. Dies kommt beispielsweise in dem rassistischen Posting des AfD-Bundesverbands auf X (ehemals Twitter) aus September 2024 zum Ausdruck, das mit der bildlichen Darstellung eines blutverschmierten Messers in der Hand eines schwarzen Menschen und dem Schriftzug *„Deutschlands Höllensommer hat nichts mit dem Klima zu tun"* auf perfide Weise gegen Migrantinnen und Migranten hetzt. Auch in den Wahlkämpfen zu den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024 und im Bundestagswahlkampf fiel eine Vielzahl aktueller und aussagekräftiger Belege an.

Bei ihren Äußerungen setzt die AfD auch in diesem Bereich auf die auch von der Neuen Rechten verwendete Strategie der Metapolitik sowie die zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff bereits konstatierte Weiterentwicklung des Diskurses. Metapolitik bezeichnet die Besetzung zunächst unpolitischer Themen mit politischen Botschaften und ist insbesondere bei der Jugendorganisation der AfD feststellbar, die mit der popkulturell inspirierten „Deutschlandretter24"-Kampagne unverhohlen fremdenfeindliche bzw. offen rassistische Bilder vor allem im Wege eines PC-Spiels sowie eines Songs kreiert hat und damit versucht, politische Inhalte in gesellschaftliche Debatten einzubringen. Eine sprachliche Adaption ist etwa in der zunehmenden Verwendung des Begriffs „Talahon" zu sehen. Das Wort stammt aus der Jugendkultur und bezeichnet Männer mit arabischem Migrationsgeschichte. Da der Begriff bisweilen als Selbstzuschreibung genutzt wird und nicht ausschließlich negativ konnotiert ist, wählt die JA mit Formeln wie „Talahons raus" eine vermeintlich harmlose Umschreibung der klassischerweise aus dem rechtsextremistischen Sprachgebrauch bekannten Forderung „Ausländer raus".

Die fremdenfeindlichen Aussagen der AfD sind im Lichte der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion um die Migrationspolitik zu betrachten. Die Korrelation von Migration mit Gewaltdelikten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Stichwaffengebrauch, findet vermehrt auch Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch. Dies gilt in besonderem Maße für Spontanäußerungen mit Bezug zu konkreten Gewaltdelikten. Gewisse sprachliche Exzesse als emotionale Reaktion auf solche Gewalttaten sind zwar

im Rahmen der verfassungsschutzrechtlichen Bewertung nur eingeschränkt verwertbar, wie das OVG NRW festgestellt hat. Die hier festgestellten Äußerungen der AfD unterscheiden sich jedoch grundlegend von aktuellen gesellschaftlichen Debatten im Zusammenhang mit Fällen von Migrantengewalt, da sie unabdingbar mit dem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff verbunden sind und keinerlei Differenziertheit erkennen lassen. So belegen die zahlreichen Zitate, dass die AfD z. B. nicht lediglich auf eine konsequente Durchsetzung des Asylrechts drängt. Vielmehr geht es ihr darum, den eingangs dargelegten Konnex zwischen Migration einerseits und Gewalt, Bedrohung und Krisenszenario andererseits herzustellen. So ist speziell bezüglich des Kapitels zu fremden- und minderheitenfeindlichen Aussagen und Positionen die Gesamtbetrachtung essenziell. Auch wenn einzelne sprachliche Entgleisungen im demokratischen Diskurs verfassungsschutzrechtlich nicht relevant sind, gilt dies nicht für die in dieser Pauschalität, Quantität und Kontinuität festgestellten Äußerungen. Dies gilt auch dann, wenn eine Diskursverschiebung dahingehend festzustellen sein sollte, dass im Einzelfall sogar von der AfD genutzte Begrifflichkeiten wie „*Messermänner*" auch in nicht verfassungsfeindliche Debatten Eingang finden.

In Verbindung mit dem zuvor festgestellten ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff der AfD ist daher auch im Hinblick auf deren fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte zur Gewissheit festzustellen.

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

In der AfD sind weiterhin fortgesetzt tatsächliche Anhaltspunkte für muslim- und islamfeindliche Bestrebungen festzustellen. Diese treten in Form bewusst ausgrenzender Äußerungen auf. Musliminnen und Muslime werden als grundsätzlich unerwünscht dargestellt, oftmals aufgrund einer angenommenen beziehungsweise behaupteten generellen Inkompatibilität des Islam mit der zentraleuropäischen Kultur. Dabei werden z. T. Deutsche und Musliminnen und Muslime in den Aussagen sprachlich gegenübergestellt, womit der Eindruck erweckt wird, es handele sich um Gegensatzpaare dergestalt, dass eine Person muslimischen Glaubens nicht Deutsch sein könne.

Musliminnen und Muslime werden generalisierend als gewalttätig oder kriminell und in religiöser Hinsicht als islamistisch bezeichnet. Durch einzelne Muslime verübte Gewaltverbrechen werden seitens AfD-Vertreterinnen und -Vertretern für die pauschale Zuschreibung krimineller Eigenschaften auf alle Musliminnen und Muslime instrumentalisiert, bis hin zur Darstellung muslimischer Gläubiger als durch (tödliche) Gewaltkriminalität determinierte Menschen. Insbesondere im Falle von Messern als Tatwaffe werden von AfD-Vertreterinnen und Vertretern oftmals Formulierungen genutzt, die auf eine pauschale Abwertung und Kriminalisierung der gesamten muslimischen Glaubensgemeinschaft ausgerichtet sind.

Zudem wird Musliminnen und Muslimen unterstellt, einen zielgerichteten aggressiven Verdrängungsprozess gegenüber der christlich-jüdischen Kultur voranzutreiben.

Bei der Islam- und Muslimfeindlichkeit handelt es sich um einen Unterfall der Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit. Die beiden Formen sind oftmals nicht trennscharf voneinander abzugrenzen. Eine gesonderte Darstellung wurde hier dennoch gewählt, da die Muslimfeindlichkeit unter dem Gesichtspunkt des Art. 4 GG speziell zu würdigen ist und ihr auch in den Verlautbarungen der AfD eine besondere Rolle zukommt. Zu den verschiedenen Ausprägungen der Islam- und Muslimfeindlichkeit sind quantitativ weniger Anhaltspunkte angefallen als zu den die Grundtendenz der AfD prägenden Merkmalen „ethnisches Volksverständnis“ und „Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit“ im Allgemeinen. Die muslimfeindlichen Aussagen knüpfen aber qualitativ an das Folgegutachten AfD 2021 an. Die diesbezüglich propagierten Positionen, die bereits zur Grundlage der Einstufung der AfD zum Verdachtsfall herangezogen wurden, verfolgt die AfD in Kenntnis der Beanstandungen also weiterhin. Ein Rückgang der entsprechenden Verdachtsmomente ist somit nicht festzustellen. Dies gilt umso mehr, als keine nennenswerten, Musliminnen und Muslime vor pauschalen Negativzuschreibungen in Schutz nehmenden Gegenpositionen (mehr) öffentlich zu konstatieren sind.

Es finden sich zwar nur wenige einschlägige Belege von AfD-Kreis- und Landesverbänden, doch sind beispielsweise im Bundestagswahlprogramm der Gesamtpartei vergleichsweise konkretisierte Anhaltspunkte in Bezug auf eine mögliche Verletzung der Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen sowie eine verfassungsschutzrelevante Positionierung der AfD gegenüber dem Islam als Religion enthalten. In großer Zahl sind zudem relevante Äußerungen von Einzelpersonen festzustellen, insbe-

sondere von Funktionärinnen und Funktionären der Landesebene, sowie Mandatsträgerinnen und -trägern der Partei in Landesparlamenten, im Bundestag oder im Europaparlament. Zudem handelt es sich dabei oftmals um besonders wirkmächtige islam- und muslimfeindliche Positionen. Dies gilt besonders für die verfassungsfeindlichen Forderungen nach einem generellen Minarettverbot und einem umfassenden Kopftuchverbot, das sämtliche öffentliche Einrichtungen und auch nicht nur die zur Neutralität verpflichteten Staatsbediensteten selbst, sondern auch Besucherinnen erfassen soll. Diese Forderungen wurden von der Partei offenbar als derart essentiell qualifiziert, dass sie in das ansonsten im Vergleich zu den Individualäußerungen gemäßigtere Bundestagswahlprogramm aufgenommen wurden.

Angesichts der fortdauernden Verbreitung islam- und muslimfeindlicher Positionen ist festzustellen, dass sich die entsprechenden verfassungsschutzrelevanten Anhaltspunkte weiter verdichtet haben. Als Unterfall der Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit und in Anbetracht der erheblichen inhaltlichen Überschneidungen zwischen den verschiedenen Ausprägungen sind islam- und muslimfeindliche Äußerungen indessen nicht isoliert mit Blick auf die Gesamtpartei zu bewerten. Vielmehr tragen sie als Komponente der fremden- und minderheitenfeindlichen Ausrichtung der AfD in ihrer Gesamtheit die diesbezüglich festgestellte Verdichtung zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung mit.

d. Antisemitische Aussagen und Positionen

Die Relevanz antisemitischer Aussagen und Positionen und damit entsprechender Anhaltspunkte für die AfD insgesamt ist schwieriger zu bestimmen, als dies bei den vorausgegangenen verfassungsfeindlichen Ausprägungen der Fall ist.

Im Wesentlichen äußerten sich antisemitische Haltungen oder Positionen in der AfD – gleichsam mittelbar – über die Verwendung antisemitisch konnotierter Chiffren. Besonders kommt dies in der Bezugnahme auf jüdische oder von den Äußernden jüdisch gelesene Personen wie George Soros oder Bill Gates oder etwa in der Erzählung von einem angeblichen „Great Reset“ oder „(globalistischen) Finanzeliten“ zum Ausdruck. Auch wenn im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung keine expliziten, offen rassistischen antisemitischen Äußerungen in der AfD festzustellen waren, so bedienten

sich Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der AfD aber – wie in der Neuen Rechten häufiger festzustellen – einer Umwegkommunikation zur Verbreitung judenfeindlicher Ressentiments. Die genannten Chiffren haben sich derart fest etabliert, dass eine offene Bekundung nicht mehr erforderlich ist, um die entsprechenden Narrative zu transportieren. Aus diesem Grund ist auch der politische Antisemitismus, dem die Behauptung einer Steuerung des weltpolitischen Geschehens durch das Judentum zugrunde liegt, in den Feststellungen vorherrschend. Da die Äußerungen in vielen Fällen ein Konglomerat an mehrdeutigen Begrifflichkeiten enthalten, die ihren antisemitischen Wesensgehalt verschleiern, ergibt sich deren Bewertung als verfassungsschutzrelevant gerade im Bereich des Antisemitismus oftmals nur im Gesamtkontext der Äußerungen.

In diese Gesamtschau wurden auch die Reaktionen der Partei auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 einbezogen, die keine Belege für Antisemitismus enthalten, aber gleichwohl auch nicht geeignet sind, die festgestellten tatsächlichen Anhaltspunkte zu relativieren. So gab es zwar Solidaritätsbekundungen mit Israel und den Opfern des Anschlags. Allerdings wurde im Fortgang der innerparteilich durchaus nicht unumstrittenen Solidaritätsbekundungen der argumentative Fokus auf die Verurteilung des islamistischen Terrors sowie auf von Migrantinnen und Migranten aus muslimisch geprägten Ländern angeblich ausgehende Gefahren und damit auf ein zentrales Themenfeld der AfD verschoben.

Die hier festgestellten Anhaltspunkte sind aber vor allem quantitativ nicht derart intensiv ausgeprägt, dass eine entsprechende antisemitische Grundtendenz in der Partei festzustellen ist. Es handelt sich im Wesentlichen um Äußerungen von Einzelpersonen. Diese haben z. T. Mandate inne und repräsentieren die Partei entsprechend. In Bezug auf den Bundesverband konnten im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung allerdings keine, auch keine chiffrierten, antisemitischen Äußerungen festgestellt werden. Auch ist festzustellen, dass sich gerade in jüngster Zeit insgesamt zusehends weniger Anhaltspunkte feststellen ließen. Dabei fällt auch ins Gewicht, dass sich die Spitzenkandidatin Alice Weidel im Bundestagswahlkampf uneingeschränkt solidarisch mit Israel erklärte. Es liegen also nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht antisemitischer Bestrebungen der AfD vor. Dieser Verdacht hat sich allerdings nicht zur Gewissheit verdichtet.

e. Demokratieprinzip

Im Zuge der Verdachtsfallbearbeitung konnte ebenfalls eine weitere Verdichtung der Anhaltspunkte für Bestrebungen der AfD gegen das Demokratieprinzip festgestellt werden. Funktionärinnen und Funktionäre der Partei haben in ihren Äußerungen wiederholt die Legitimation demokratischer Entscheidungsprozesse in Zweifel gezogen, eine demokratiewidrige Fremdsteuerung Deutschlands behauptet, demokratisch legitimierte Institutionen mit totalitären Regimen gleichgesetzt und damit insgesamt darauf hingearbeitet, das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik und das Funktionieren der demokratischen Prozesse zu erschüttern. Die diversen Gerichtsentscheidungen und die in ihnen aufgeführten Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip haben nicht zu einer kritischen innerparteilichen Reflexion und Anpassung der entsprechenden Positionen geführt. Der im Folgegutachten AfD 2021 festgestellte Verdacht besteht insofern fort. Die verdichteten Anhaltspunkte lassen aber derzeit nicht mit Gewissheit auf eine demokratiefeindliche Prägung der Gesamtpartei schließen.

Im Begutachtungszeitraum waren allerdings zumindest starke Verdachtsmomente für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip festzustellen. Dabei wurde weniger die Demokratie als Staatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland explizit angegriffen. Vielmehr wurde vordergründig ein Bild gezeichnet, nach dem die AfD die Demokratie vor den Regierenden schützen müsse, denen ihrerseits unterstellt wird, das Demokratieprinzip zu missachten.

Die Bundesrepublik wird im Zuge des antidemokratischen Diskurses der AfD als nicht souveräner Staat dargestellt, der von fremden, oftmals in den USA verorteten Interessen, gesteuert sei. Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Institutionen handelten damit vorsätzlich gegen existenzielle Anliegen des eigenen Volkes, weshalb Deutschland die irreversible Auflösung drohe.

Bei der Bewertung der Zitate wurde berücksichtigt, dass Kritik an der Regierung oder an einzelnen Parteien – auch in polemischer oder pointierter Form – nicht verfassungsschutzrelevant ist. Jedoch wurden mit den festgestellten Äußerungen Regierungsvertreterinnen und -vertreter fortwährend pauschal in agitatorischer, teilweise diffamierender und verunglimpfender Weise angegriffen. Regierungs- wie Oppositionsparteien werden so beispielsweise fortgesetzt als *„Kartellparteien"* bezeichnet, womit ihnen

dem Grunde nach ein illegales kollusives Zusammenwirken gegen die eigene Bevölkerung unterstellt wird. Hierbei wird bisweilen eine Gleichsetzung mit Diktaturen, vor allem dem Nationalsozialismus und der DDR, vorgenommen. Die AfD hält der Bundesregierung illegale, rechtsstaatswidrige Methoden und Maßnahmen vor, um ihr Handeln mit dem Vorgehen historischer Unrechtsregime auf eine Stufe zu stellen.

Die Agitation gegen die staatlichen Institutionen konnte dabei vermehrt in Krisenzeiten festgestellt werden, wie der COVID-19-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und der vor allem kurz nach Kriegsausbruch thematisierten Gefahr einer Energiemangellage.

Auch bezüglich des Demokratieprinzips wurden Anhaltspunkte in erheblichem Umfang bei führenden Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partei festgestellt, wie beispielsweise die Behauptung des Co-Bundessprechers Tino Chrupalla zur vermeintlichen Nicht-Souveränität Deutschlands zeigt. Bei der Belegzusammenstellung wurde ebenfalls berücksichtigt, dass das OVG NRW in seiner Entscheidung zur Verdachtsfalleinstufung der AfD angemerkt hat, es sehe zwar Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip, *„jedoch nicht in der Häufigkeit und Dichte wie vom Bundesamt angenommen“*[3165]. Obwohl das Gericht nicht näher spezifiziert hat, welche Belege es im Einzelnen als nicht tragfähig erachtet, wurden die im vorliegenden Gutachten angeführten Zitate nach einem im Vergleich zum Folgegutachten AfD 2021 nochmals strengeren Maßstab ausgewählt. Polemische, die verantwortlichen Akteure und Institutionen diffamierende Kritik in Bezug auf die deutsche Migrationspolitik wurde – sofern dort einschlägig – lediglich in den Unterkapiteln E. I. 1. a. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen oder E. I. 1. b. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen als Beleg angeführt. Vergleichbares gilt für die durch das OVG NRW als besonders relevant eingestuften Äußerungen in der Chatgruppe „Alternative Nachrichtengruppe Bayern“[3166], die im vorliegenden Gutachten im Kapitel E. I. 3. zum Rechtsstaatsprinzip Berücksichtigung finden.

Die unter diesem strengen Maßstab zusammengetragenen Anhaltspunkte sind quantitativ umfangreich und in der Partei verbreitet. Insoweit haben sich die Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip in der Gesamtheit zu einem starken

---

[3165] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 256.
[3166] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 258 ff.

Verdacht verdichtet, ohne allerdings diesbezüglich in Bezug auf die AfD insgesamt den Grad der Gewissheit zu erreichen.

f. Rechtsstaatsprinzip

Auch während der Verdachtsfallbearbeitung konnten wieder Äußerungen von Mandatsträgerinnen und -trägern der AfD auf Bundes- und Landesebene – nicht allerdings von Mitgliedern des Bundesvorstands – festgestellt werden, die als tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Rechtsstaatsprinzip zu werten sind. Es handelt sich um Anhaltspunkte, die quantitativ und qualitativ hinter denen zurückbleiben, die in Bezug auf gegen die Menschenwürde gerichtete Bestrebungen der AfD festzustellen waren. Der Verdacht von gegen das Rechtsstaatsprinzip gerichteten Bestrebungen der AfD besteht demnach fort, eine Verdichtung hin zur Gewissheit ist allerdings nicht zu konstatieren.

Einzelne Exponentinnen und Exponenten stellten mit ihren Äußerungen das staatliche Gewaltmonopol in Frage und beriefen sich auf ein vermeintliches Widerstandsrecht. Fabian Jacobi (MdB, NW) etwa postulierte, für ihn gebe es im Umgang mit dem Staat – als Replik auf dessen vermeintlich angedrohtes Handeln gegen oppositionelle Kräfte – *„keine roten Linien“* mehr. Der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning (MV) plädierte für eine Bewaffnung der Bürgerinnen und Bürger, um sich angesichts einer staatlich geförderten *„Wehrlosigkeit gegenüber Gewaltmigranten“* auch unter Waffeneinsatz schützen zu können. Christina Baum (MdB, BW/ST) rief Polizistinnen und Polizisten dazu auf, das staatliche Gewaltmonopol nicht gegen das eigene Volk auszuüben, sondern sich mit diesem gemeinsam gegen den Staat aufzulehnen.

Unverhohlen wird der Rechtsstaat in internen Chats der Gruppe „Alternative Nachrichtengruppe Bayern“ in Frage gestellt, in denen es heißt, für einen Kurswechsel seien ein Umsturz und eine Revolution erforderlich. Diese Chats bewertete das OVG NRW als wertig im Hinblick auch die Einstufung der AfD als Verdachtsfall.[3167] Die Gesprächsverläufe begründeten den Verdacht, so das Gericht, dass Vertreterinnen und Vertreter der AfD ihre wahren politischen Zielsetzungen nach außen hin verschleierten. Ein vollständiges Bild sei anhand der Chats aber nicht zu erlangen.

[3167] Dazu und zum Nachfolgenden: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 258 ff. (dort unter dem Gesichtspunkt des Demokratieprinzips).

Angesichts dieser Informationslücke und der Tatsache, dass die übrigen hier festgestellten Anhaltspunkte – wie bereits im Folgegutachten AfD 2021 – quantitativ hinter den voranstehend geprüften Merkmalen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erheblich zurückbleiben, liegt im Hinblick auf Bestrebungen gegen das Rechtstaatsprinzip keine zur Gewissheit verdichtete Erkenntnislage vor.

g. Positionierung zum Nationalsozialismus

Im Begutachtungszeitraum konnten geschichtsrevisionistische Äußerungen, die die historische Schuld des Dritten Reichs relativierten oder die historische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit fundamental in Zweifel ziehen, weiterhin festgestellt werden. Es handelt sich insoweit um eine Bekräftigung der Verdachtsmomente. Verherrlichende oder apologetische Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus waren aber auch während der Verdachtsfallbearbeitung nicht prägend für die AfD, weshalb im Ergebnis keine Verdichtung entsprechender Anhaltspunkte zur Gewissheit zu konstatieren ist.

Der Nationalsozialismus steht der freiheitlichen demokratischen Grundordnung diametral entgegen. Befürwortende Positionierungen zum Nationalsozialismus sind daher gleichermaßen mit der Menschenwürde, dem Demokratie- und dem Rechtsstaatsprinzip unvereinbar.

Bei dem überwiegenden Teil der im Gutachten festgestellten Positionierungen zum Nationalsozialismus handelt es sich um revisionistische Relativierungen der nationalsozialistischen Willkürherrschaft. Zum einen erfolgt dies etwa, indem nicht der Nationalsozialismus in Gänze verherrlicht, wohl aber einzelne historische Ereignisse verzerrt werden. So wird in einigen Fällen entgegen jeglichen geschichtswissenschaftlichen Forschungsstands die Verantwortung des Deutschen Reichs für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Abrede gestellt und diese stattdessen Polen zugeschrieben.

Stellenweise ist zudem festzustellen, dass in der Rhetorik der Partei bzw. ihrer Vertreterinnen und Vertreter auf Texte aus der Zeit des Nationalsozialismus, wie beispielsweise Gedichte oder Lieder, zurückgegriffen wird und eine Abgrenzung hiervon – wenn überhaupt – lediglich pauschal erfolgt, indem unter Außerachtlassung des historischen Kontexts der Bedeutungsgehalt für den Nationalsozialismus heruntergespielt wird.

Überdies ist z. B. bei dem reichweitenstarken AfD-Repräsentanten Björn Höcke der Rekurs auf einen nationalsozialistischen Sprachgebrauch mit Begriffen wie „*Volksschädigung*" festzustellen. Auch nach der Verurteilung Höckes wegen der Verwendung der SA-Losung „*Alles für Deutschland*" fand in der Partei keine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit einer solchen Rhetorik statt. Vielmehr wurden die diesbezüglichen Gerichtsentscheidungen von Parteivertreterinnen und -vertretern, einschließlich der Co-Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel, bewusst verharmlosend kommentiert.

Relativierungen des Nationalsozialismus waren in der AfD auch dergestalt festzustellen, dass das nationalsozialistische Unrecht mit aktuellen Sachverhalten gleichgesetzt wurde. So wurde etwa der Umgang mit Ungeimpften während der COVID-19-Pandemie mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus auf eine Stufe gestellt. Insgesamt betten sich die festgestellten relativierenden Äußerungen in die Behauptung ein, die vorherrschende Erinnerungspolitik in Deutschland sei verzerrt und rücke den Nationalsozialismus zu sehr in den Fokus. Ähnlich sind Positionen zu bewerten, die die Singularität der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Zweifel ziehen. Am deutlichsten kommt die revisionistisch motivierte Kritik der AfD an der Erinnerungspolitik in dem vielfachen Vorwurf eines angeblich gesellschaftspolitisch forcierten „Schuldkults" zum Ausdruck.

Die auch im Begutachtungszeitraum angefallenen Belege verdeutlichen, dass eine Abkehr der AfD von entsprechenden revisionistischen Thesen nicht stattgefunden hat.

Gleichwohl ist die Zahl der Belege aber zu gering, um eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte für den Nationalsozialismus relativierende Bestrebungen der Gesamtpartei zu begründen. Insofern fügt sich der Befund in die charakteristischen Narrative der Neuen Rechten ein, die regelmäßig zumindest verbal eine Abgrenzung vom historischen Nationalsozialismus vornimmt.

3. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum

Die strukturelle Vernetzung der AfD mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen, insbesondere zu solchen aus dem verfassungsschutzrelevanten neurechten Netzwerk, bestehen weiterhin in erheblichem Maße fort.

Diesen neurechten Organisationen kommt die Funktion eines außerparlamentarischen Vorfelds zu, das im Rahmen einer metapolitischen Strategie Positionen in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs einzubringen sucht, während die AfD ergänzend oder parallel dazu auf parlamentarischer Ebene die entsprechenden Ideen vertreten und letztlich politisch umsetzen soll. Die neurechten Akteure nehmen dabei unterschiedliche Rollen und Funktionen ein und sind damit Teil eines strategischen Gesamtkonzepts.

So konnte festgestellt werden, dass weiterhin ungeachtet der Nennung auf der Unvereinbarkeitsliste enge Kontakte zu Aktivistinnen und Aktivisten der Identitären Bewegung bestehen. Diese existieren insbesondere zur formal aufgelösten Jungen Alternative, was beispielsweise die Teilnahme Anna Leistens an der „Remigrationsdemo" am 29. Juli 2023 in Wien (AUT) veranschaulicht. Darüber hinaus unterstützen diverse Mandatsträger der AfD selbst die IBD beispielsweise durch Spenden oder öffentliche Solidaritätsbekundungen. Der Lebenslauf einzelner Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Umfeld der IBD deutet zudem darauf hin, dass diese zunehmend als Sprungbrett für eine Anstellung als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter bei Abgeordneten der AfD im Deutschen Bundestag oder anderen Parlamenten dient. Auch die partielle Distanzierung von der IB-Regionalgruppe Revolte Rheinland und deren Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste sind nicht dazu geeignet, als glaubhafte Distanzierung bewertet zu werden. So wurde die Organisation nach Aussage von Bundespolitikern vor allem aus strategischen Gründen und weniger wegen ihrer inhaltlichen Positionen auf die Liste gesetzt. Weiterhin waren im Nachgang zur Entscheidung auch kritische Stimmen von Mandats- und Funktionsträgern und -trägerinnen festzustellen, die einer konsequenten Distanzierung entgegenstehen.

Auch die rechtsextremistische COMPACT-Magazin GmbH nimmt als reichweitenstärkstes neurechtes Publikationsorgan weiterhin die Funktion eines wichtigen

Sprachrohrs für politische Thesen der AfD ein. Führende Parteiangehörige treten regelmäßig in den Medienformaten der COMPACT auf. Zuletzt fungierte das Unternehmen als Wahlkampfunterstützerin für die Partei. Zwar erfolgte im Zusammenhang mit dem Verdacht unzulässiger Parteienfinanzierung eine förmliche Distanzierung des Bundesvorstands von dem COMPACT-Projekt „Die Blaue Welle rollt". Gemeinsame Auftritte von relevanten Akteuren bei COMPACT-Veranstaltungen zeigen jedoch, dass auf Arbeitsebene weiterhin gegenseitige Solidarisierungen stattfinden. Insbesondere nach dem Verbot der COMPACT-Magazin GmbH am 16. Juli 2024, dessen Vollzug ausgesetzt ist und das derzeit im Hauptsachverfahren gerichtlich überprüft wird, erfolgten ungeachtet der im Eilrechtsbeschluss des BVerwG vom 14. August 2024 festgestellten Anhaltspunkte für menschenwürdewidrige Positionen[3168] Solidaritätsbekundungen durch die AfD, u. a. auch durch die beiden Bundessprecher Alice Weidel und Tino Chrupalla. Auch unterstützte das Publikationsunternehmen die AfD durch Berichterstattung im Bundestagswahlkampf, indem es den Wahlkampf der AfD eng und wohlwollend begleitete.

Enge Verbindungen bestehen weiterhin zum rechtsextremistischen Verein Ein Prozent e.V., der als Dienstleister für neurechte Projekte in Erscheinung tritt und beispielsweise mit dem Podcast „Lagebesprechung" eine reichweitenvergrößernde Plattform für AfD-Vertreterinnen und -Vertreter zur Verfügung stellt. Fördermitgliedschaften und Spenden belegen wiederum auch umgekehrt eine Unterstützung des Vereins durch die Partei. Auch konnten maßgebliche Zahlungen durch AfD- und JA-Gliederungen an die Teilorganisation Archetyp GmbH festgestellt werden.

Im Hinblick auf die ideologische Ausrichtung der AfD sind besonders auch die Verbindungen zum mittlerweile aufgelösten und umstrukturierten Institut für Staatspolitik (IfS, mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG) sowie dem ihm nahestehenden Verlag Antaios herauszustellen. Das ehemalige IfS fungiert durch seine Akademien in Schnellroda sowie Formate wie dem Podcast „Kanal Schnellroda" als intellektuelle Austausch- und Vernetzungsplattform und als Ort ideologischer Schulung. Damit ist es für die verfassungsschutzrelevante Neue Rechte von essenzieller Bedeutung, da dort Narrative etabliert und weiterentwickelt werden, mit denen letztlich u. a. der extremistische Kern einzelner Äußerungen verschleiert werden soll. Für den Begutach-

---

[3168] BVerwG, Beschl. v. 14.08.2024, 6 VR 1.24, juris, Rn. 32 ff., siehe dazu bereits oben, S. 712.

tungszeitraum konnte weiterhin ein enger Austausch belegt werden. So traten Führungskräfte der AfD beim (ehemaligen) IfS als Teilnehmer oder Redner auf, veröffentlichten Beträge in der dem Institut zuzurechnenden Zeitschrift Sezession bzw. eigene Publikationen im Verlag Antaios oder standen für Interviews in der Kanal Schnellroda-Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft" zur Verfügung. Besonders in der Person Götz Kubitscheks zeigt sich die enge Verbindung zu relevanten Mitgliedern der AfD, wobei hier vor allem das enge Verhältnis zu Björn Höcke herauszustellen ist.

Die festgestellten Belege verdeutlichen, dass die AfD auch im Laufe der Verdachtsfallbearbeitung kontinuierlich mit rechtsextremistischen Akteuren komplementär zusammenwirkte. Diese Kooperation wird besonders von Akteuren aus dem solidarisch-patriotischen Lager forciert, doch strömungsübergreifend und bis in die höchsten Führungsebenen sind etablierte Verbindungen festzustellen, die über einzelne Kennverhältnisse weit hinausgehen und ebenfalls ein strukturelles Verhältnis gegenseitiger finanzieller, organisatorischer und öffentlichkeitswirksamer Unterstützungsleistungen belegen. Diese blieben ungeachtet zwischenzeitlich erfolgter Einstufungen als gesichert rechtsextremistisch und teilweise auch nach deren gerichtlicher Bestätigung (IBD) grundsätzlich bestehen. Bezüglich der Verbindungen ist somit eine quantitative und qualitative Verdichtung der Anhaltspunkte festzustellen. Solche Verbindungen sind allerdings – im Vergleich zu unmittelbaren Belegen für Bestrebungen gegen die einzelnen Merkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – für die Bewertung der Partei insgesamt von untergeordneter und eher indikatorischer Bedeutung.

4. Prägender Einfluss der extremistischen Strömungen auf die Gesamtausrichtung der Partei

Gegenstand der folgenden Ausführungen sind organisatorische und strukturelle Maßnahmen bzw. Entwicklungen der Partei und ihrer Gremien, die die festgestellte inhaltliche Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte zur Gewissheit einer gesichert rechtsextremistischen Bestrebung in Frage stellen oder relativieren könnten. Denkbar wäre etwa, dass strukturelle Vorkehrungen gemäßigteren Akteuren – zumindest theoretisch – noch die Möglichkeit eröffnen könnten, ihre eigenen Positionen parteiintern gegen die vorherrschende extremistische Grundtendenz durchzusetzen.

Im Folgenden werden daher zum einen disziplinarische Maßnahmen der Partei selbst betrachtet, mit denen diese möglicherweise eine Distanzierung von extremistischen Tendenzen, beispielsweise durch Parteiausschlussverfahren, erwirken will. Zum anderen sind die aktuellen Zusammensetzungen relevanter Gremien zu bewerten, um einen Rückschluss auf die parteiinterne Willensbildung und die Rolle rechtsextremistischer Akteure zu ziehen. Dabei ist auch die Entwicklung relevanter Personen, deren Äußerungen im hiesigen Gutachten dominieren, dahingehend zu analysieren, inwiefern ihnen weiterhin ein bestimmender Einfluss zukommt. Auch die Rolle der zwischenzeitlich formal aufgelösten gesichert rechtsextremistischen Jungen Alternative ist noch einmal dahingehend abschließend zu bewerten, inwiefern sich die Gesamtpartei möglicherweise von ihren extremistischen Positionen abgrenzt. Schließlich sind auch die Bundesparteitage, denen für die Ausrichtung der Partei eine maßgebliche Bedeutung zukommt, im Hinblick auf das Hervortreten von Anhaltspunkten rechtsextremistischer Tendenzen besonders zu betrachten.

a. Parteiliche Distanzierungsbemühungen

Für parteiliche Distanzierungsbemühungen könnte sprechen, dass die Partei in der Vergangenheit zahlreiche Parteiausschlussverfahren initiiert oder sonstige Rügen ausgesprochen hat. Das OVG NRW hat diesbezüglich in Bezug auf die Prüfung des Verdachtsfalls konkretisiert, dass ein durch eine Vielzahl von Äußerungen, die für sich genommen hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen bieten, begründeter Verdacht nur entkräftet werden kann, wenn konkret diesen Äußerungen entgegengetreten wird oder sie durch Entwicklungen in der Partei überholt oder aus sonstigen Gründen obsolet sind.[3169] Auf Parteiordnungsmaßnahmen bezogen bedeutet dies, dass damit nur der sich aus der Äußerung ergebende Anhaltspunkt beseitigt oder abgemildert werden kann, nicht jedoch die Verdachtsmomente, die sich aus vergleichbaren Äußerungen ergeben, gegen die keine Maßnahme ergriffen wurde.[3170] Zudem müsste die Partei offenlegen, „*welche genauen Aussagen aus welchen Gründen vom Bundesvorstand missbilligt und welche Parteiordnungsmaßnahmen letztlich ergriffen worden sind*".[3171] Es ist damit ein öffentlich wahrnehmbares

---

[3169] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 188, 305; BVerwG, Urt. v. 07.12.1999, 1 C 30.97, juris, Rn. 34, vgl. hierzu auch ausführlich Kapitel C. I. 4.
[3170] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 190.
[3171] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 227.

Entgegentreten gegenüber einem Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen erforderlich.

Das OVG NRW hat diese Voraussetzungen mit Blick auf die Einstufung als Verdachtsfall aufgestellt. Möglicherweise könnten in Bezug auf die Feststellung einer gesichert rechtsextremistischen Bestrebung gegebenenfalls bereits geringere entlastende Momente zweifelsbegründend wirken. Dessen ungeachtet steht aber die grundsätzliche Vorgabe nicht in Frage, dass auch auf der Ebene des erwiesenen Extremismus jedenfalls keine von dem jeweiligen konkreten rechtsextremistischen Vorhalt unabhängigen Aspekte eine Rolle spielen können. Den Distanzierungsbemühungen muss zu entnehmen sein, dass eine Auseinandersetzung mit den konkreten als tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu wertenden Äußerungen stattfindet. Im Rahmen der nachfolgenden Prüfung werden daher die in der Entscheidung aufgeführten Kriterien angewandt, wobei – wie oben dargelegt – bereits niedrigere Entlastungsanforderungen Berücksichtigung finden.

aa. Parteiausschlussverfahren und sonstige Disziplinierungsmaßnahmen

Im Begutachtungszeitraum fanden die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen statt, die im Hinblick auf eine mögliche Entlastung einzuordnen sind. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass hier keine abschließende Auflistung aller Parteiausschlussverfahren vorgenommen werden kann. Die Partei ist nicht verpflichtet, diese öffentlich zu machen, sodass nur diejenigen Maßnahmen bewertet werden können, über die hier – vornehmlich durch Presseberichterstattung – Kenntnis besteht. Im Übrigen werden nur solche Parteiordnungsmaßnahmen betrachtet, die zumindest auch im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Äußerungen oder Tätigkeiten standen und nicht etwa nur parteiinternes Fehlverhalten sanktionieren sollten und damit entsprechend dem oben Gesagten offensichtlich keine taugliche Distanzierung begründen können.

Im August 2023 sprach der Landesvorstand der AfD Brandenburg eine Abmahnung gegen Anna Leisten aus (siehe Kapitel E. III. 2. f. aa.). Grundlage der Maßnahme war die Feststellung durch den Landesvorstand, dass Leisten im Juli 2023 an der von der Identitären Bewegung organisierten „Remigrationsdemo" in Wien (AUT) teilgenommen und in den sozialen Medien eine rechtsextremistisch konnotierte Geste, den sogenannten White-Power-Gruß, gezeigt hatte. Die Abmahnung stellt die niedrigste Sank-

tionsmöglichkeit dar und ist im Lichte der Positionierungen Leistens als vergleichsweise milde zu werten. Eine vollständige Distanzierung von den verfassungsfeindlichen Positionen der Leisten fand in diesem Zuge nicht statt. Vielmehr ist Leisten weiterhin stark in die AfD Brandenburg und die JA eingebunden, was auch ihre prominente Rolle in den Landtagswahlkämpfen 2024 erneut zeigte.

Ebenfalls wegen Zeigens des White-Power-Grußes wurde im Dezember 2023 gegen den Landtagsabgeordneten Joachim Paul vom Landesverband Rheinland-Pfalz eine zweijährige Ämtersperre verhängt.

Die beiden Beispiele belegen den unterschiedlichen Umgang mit einem ähnlich gelagerten Sachverhalt. Während Leisten nur mit einer vergleichsweise milden Abmahnung belegt wurde, ist die Sanktion Ämtersperre für Paul deutlich einschneidender.

Wie bereits im Kapitel E. III. 2. f. aa. dargelegt, erfolgten auch gegen den bayerischen Landtagsabgeordneten Daniel Halemba Parteiordnungsmaßnahmen. Trotz erheblicher und strafrechtlich relevanter Vorwürfe beziehen sich diese dabei allerdings nur auf parteiorganisatorische Vorwürfe, insbesondere auf den Vorwurf der nicht satzungskonformen Aufnahme von Neumitgliedern. Ungeachtet dessen, dass die Staatsanwaltschaft u. a. wegen Volksverhetzung ermittelt und Anklage erhoben hat, erklärte der Bundesvorstand in einer Mitteilung, er nehme erst dann möglicherweise hierzu eine Bewertung vor, wenn sich relevante Erkenntnisse im Rahmen des Verfahrens ergäben.[3172] Im September 2024 entschied das Landesschiedsgericht Bayern, dass Halemba entgegen dem Antrag des Bundesvorstands in der Partei verbleiben könne, allerdings für die Dauer von 18 Monaten keine Parteiämter ausfüllen dürfe. Die durch den Landesverband Bayern verhängten Maßnahmen und Äußerungen zu Halemba sind nicht geeignet, als taugliche Distanzierung von seinen verfassungsschutzrelevanten Verhaltensweisen angeführt zu werden.

Im Nachgang der Landtagswahl in Hessen 2023 wurden Beziehungen des in den Landtag gewählten AfD-Kandidaten Sascha Herr in das neonazistische Spektrum bekannt. Die AfD Hessen beschloss daraufhin, eine Aufnahme Herrs in die AfD-Landtagsfraktion zu verweigern und ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn einzuleiten. Herr trat in der Folge aus der AfD aus, nahm jedoch auch danach an zumindest einer

[3172] BR: „AfD-Bundesvorstand bestätigt: Halemba darf in Partei bleiben“ vom 24.10.2024, in: www.br.de, abgerufen am 24.10.2024.

Veranstaltung der AfD auf Kreisebene teil. Vorwürfe bezüglich Kontakten Herrs in den Neonazismus waren der AfD Wiesbaden laut Presseberichten bereits seit mindestens 2021 bekannt gewesen.[3173] [3174] [3175]

Roland Ulbrich (zum damaligen Zeitpunkt MdL SN) trat Anfang Januar 2024 (s. Kapitel E. I. 4. a.) als Vizepräsident des Bundesschiedsgerichts zurück, nachdem er sich in dieser Funktion in einem Verfahren auf das Reichsbürgergesetz von 1935 bezogen und damit auch parteiintern Kritik auf sich gezogen hatte. In der Folge wurde gegen ihn ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet, woraufhin er von sich aus Ende Januar 2024 die AfD-Landtagsfraktion in Sachsen verließ.[3176] Ulbrich kandidierte dennoch für ein Direktmandat bei der Landtagswahl am 1. September 2024 und machte Wahlkampf mit dem sächsischen Landesvorsitzenden der AfD.[3177]

Im Juni 2024 war bekannt geworden, dass die AfD Nordrhein-Westfalen einen Parteiausschluss des zum damaligen Zeitpunkt fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich anstrebe.[3178] Helferich, der im Februar 2024 in den Landesvorstand gewählt worden war, wurden vom Landesvorstand unter anderem fremdenfeindliche Äußerungen und parteischädigendes Verhalten vorgeworfen. Mit Einleitung des Verfahrens wurden ihm durch den Landesvorstand mit sofortiger Wirkung seine Mitgliedsrechte entzogen, was auch durch das Landesschiedsgericht bestätigt wurde.[3179] Helferich zufolge sollte mit diesem Schritt seine Kandidatur für den Bundesvorstand der AfD verhindert werden.[3180] Das Ausschlussverfahren ist noch nicht abgeschlossen.[3181] Helferich erhielt trotz der Vorwürfe aus anderen Landesverbänden Solidaritätsbekundungen von diversen AfD-Vertreterinnen und Vertretern. Im Zuge der Bundestagswahl im Februar 2025 wurde Matthias Helferich über die Landesliste der AfD Nordrhein-

---

[3173] Hessenschau: „Neue AfD-Fraktion im Landtag will Abgeordneten nicht aufnehmen" vom 10.10.2023, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 05.11.2024.
[3174] Frankfurter Rundschau: „Hessen: Sascha Herr war beim AfD-Gänseessen willkommen" vom 23.01.2024, in: www.fr.de, abgerufen am 05.11.2024.
[3175] Frankfurter Rundschau: „Hessen: Sascha Herr verlässt nach Neonazi-Skandal die AfD" vom 27.10.2023, in: www.fr.de, abgerufen am 05.11.2024.
[3176] mdr: „Umstrittener AfD-Politiker Ulbrich tritt aus Fraktion aus" vom 31.01.2024, in: www.mdr.de, abgerufen am 16.10.2024.
[3177] Ulbrich, Roland: Pressemitteilung vom 13.08.2024, in: www.ulbrich-afd.de, abgerufen am 16.10.2024.
[3178] Deutschlandfunk: „Rechtsextremismus - NRW-AfD strebt Parteiausschluss des Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich an" vom 07.06.2024, in: www.deutschlandfunk.de, abgerufen am 16.10.2024.
[3179] Stern: „Abgeordneter Helferich soll Parteifreunde bedroht haben" vom 21.07.2024, in: www.stern.de, abgerufen am 16.10.2024.
[3180] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 27.08.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3181] Helferich, Matthias: Tweet vom 31.10.2024, abgerufen am 07.11.2024.

Westfalen gewählt und anschließend auch erstmals in die Bundestagsfraktion der AfD aufgenommen.[3182]

Im Juni 2024 erklärte die AfD Brandenburg, Parteiordnungsmaßnahmen gegen zwei kommunale Mandatsträger der AfD einleiten zu wollen, die im Kreistag Oberspreewald-Lausitz (BB) eine Fraktionsgemeinschaft mit der rechtsextremistischen Partei Die Heimat (vormals NPD) planten.[3183]

Bereits quantitativ ist den hier bekannt gewordenen Parteiordnungsmaßnahmen im Vergleich zur Vielzahl der angeführten verfassungsschutzrelevanten Äußerungen von mehreren Hundert Parteimitgliedern nur geringes Gewicht beizumessen. Dies gilt umso mehr, als die aufgeführten Ordnungsmaßnahmen auch qualitativ nicht geeignet sind, eine durchgreifend entlastende Wirkung in Bezug auf die verfassungsschutzrechtliche Einstufung der AfD zu entfalten.

So spielten mehrheitlich jedenfalls auch parteitaktische Erwägungen eine Rolle. Ferner fanden die Verfahren regelmäßig nur auf öffentlichen Druck statt. Auch wurden pauschal Rügen erteilt, die keine explizite inhaltliche Distanzierung von den verfassungsschutzrelevanten Positionen enthielten, mithin also nicht geeignet waren, den festgestellten Anhaltspunkten im Sinne der vom OVG NRW formulierten Anforderungen qualifiziert entgegenzuwirken. In den Fällen, in denen eine Rüge aufgrund inhaltlich rechtsextremistischer Äußerungen erteilt wurde, erfolgte dies nur dann, wenn – wie im Falle Helferichs oder Leistens – offen neonazistisches oder rassistisches Verhalten im Raum stand, das also über den geglätteten und weniger angreifbaren Diskurs der rechtsextremistischen Neuen Rechten erkennbar hinausging. Rügen für Positionierungen, die im vorliegenden oder in vorausgegangenen Gutachten sowie durch Gerichte als Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen bewertet wurden, erfolgten nicht – auch nicht bei solchen Akteuren, die diese besonders exponiert und pointiert in der Partei vertreten.

Zwar sind solche untauglichen Distanzierungsbemühungen in der verfassungsschutzseitigen Bewertung nicht als zusätzlich belastend zu berücksichtigen. Sie sind jedoch

---

[3182] WDR: „Rechtsextreme Aussagen: AfD-Fraktion nimmt Helferich nun doch auf" vom 25.02.2025, in: www.wdr.de, abgerufen am 01.04.2025.

[3183] rbb: „Brandenburger AfD beschließt Parteiausschluss von abtrünnigen Mitgliedern" vom 25.06.2024, in: www.rbb24.de, abgerufen am 16.10.2024.

auch nicht geeignet, die bestehenden Anhaltspunkte zu entkräften oder gar Zweifel an der getroffenen Feststellung einer Verdichtung zur Gewissheit zu begründen.

bb.Umgang mit der Jungen Alternative

Während der Verdachtsfallbearbeitung zeigte sich, dass die damalige JA als Jugendorganisation für die Partei fortlaufend eine hervorgehobene Rolle einnahm. Die Verbindungen zwischen Mutterpartei und Jugendorganisation existierten bis zur formalen Auflösung der JA am 31. März 2025 weiterhin auf der satzungsbezogenen und strukturellen Ebene. Die vielfältigen Verknüpfungen auf der personellen Ebene bestehen auch nach der JA-Auflösung fort, da ein großer Teil der JA-Mitglieder weiterhin Mitglied in der AfD ist. Innerhalb des Begutachtungszeitraums waren allenfalls punktuelle Distanzierungen der AfD von ihrer Jugendorganisation zu konstatieren. Meist handelte es sich dabei um Parteiordnungsmaßnahmen, die nicht wegen inhaltlicher Verfehlungen, sondern aufgrund von Satzungsverstößen initiiert wurden. Beispielhaft dafür ist der bereits erwähnte Umgang mit Daniel Halemba (MdL BY), dessen Verbleib in der AfD letztlich vom Landesschiedsgericht vorläufig unter Auflagen genehmigt wurde, oder auch mit Nils Hartwig, der nach Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens in seinem AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen sein dortiges Amt als stellvertretender JA-Landesvorsitzender aufgab, auf Bundesebene aber weiterhin bis zur Auflösung der JA als stellvertretender Vorsitzender der Jugendorganisation fungierte.

Der Umgang mit der JA änderte sich auch nicht, nachdem die Hochstufung der Jugendorganisation zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung durch das BfV im April 2023 bekannt gegeben worden war. Die innerparteilichen Reaktionen waren in der deutlichen Mehrheit von Solidaritätsbekundungen von AfD-Funktionärinnen und -Funktionären geprägt. Parteiliche Distanzierungsbemühungen waren nur punktuell – und dann lediglich von Kreisverbänden und einzelnen Personen – zu vernehmen. Keines der damaligen Mitglieder des AfD-Bundesvorstands ließ nach der Feststellung des BfV erkennen, sich nun von der JA zu distanzieren oder für deren Einhegung einzutreten. Vielmehr setzten sich die Beziehungen in gleicher Qualität und Quantität fort: Weiterhin kandidierten JA-Mitglieder für Mandate der AfD auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, sodass die Jugendorganisation ihre Funktion als Nachwuchsreserve für zukünftige AfD-Mandatsträgerinnen und -träger weiter ausübte. Auch war keine Abkehr von der Praxis einer engen strukturellen Zusammenarbeit

durch das Begründen von Beschäftigungsverhältnissen zwischen AfD-Politikerinnen und -Politikern und JA-Mitgliedern festzustellen. Die intensiven personellen Verbindungen zwischen AfD und JA lassen sich auch an der Besetzung des AfD-Bundesvorstands veranschaulichen. Bereits dem auf dem AfD-Bundesparteitag 2022 in Riesa (SN) gewählten Vorstand gehörten zwei zu dem Zeitpunkt aktive JA-Mitglieder an. Im aktuellen AfD-Bundesvorstand ist die ehemalige JA mit ihrem letzten Bundesvorsitzenden Hannes Gnauck und zwei weiteren ehemaligen Landesfunktionären präsent. Im Übrigen bekundeten zahlreiche hochrangige AfD-Mitglieder demonstrativ, etwa durch den öffentlich bekannt gegebenen Abschluss von Fördermitgliedschaften, ihre Solidarität mit der damaligen Jugendorganisation.

In den Landtagswahlkämpfen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zeigte sich zudem, dass der damaligen JA nicht nur ein weiter Gestaltungs- und Aktionsfreiraum eingeräumt wurde, sondern dass ihr Engagement eine ausdrücklich positive Würdigung durch die Parteiführung erfuhr. Explizit anerkennend zum Wahlkampfeinsatz der Jugendorganisation äußerte sich beispielsweise der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla, selbst im Wissen um die evident fremdenfeindliche JA-Kampagne „Deutschlandretter24“. Deren unverhohlen rassistischen Inhalt verharmloste Chrupalla mit Verweis darauf, es handele sich lediglich um eine *„Überspitzung“*. Der Bundestagsabgeordnete und brandenburgische Landesvorsitzende René Springer äußerte dazu beschönigend, die Jugend habe eben ihre eigenen Mittel und Wege, um Wähler anzusprechen. Die JA fungierte uneingeschränkt als nützliche und effektive Unterstützerin im Wahlkampf, ohne dass eine kritische Auseinandersetzung mit ihren rechtsextremistischen Inhalten erfolgt wäre. Auch die wegen rechtsextremistischer Aktivitäten mit Parteiordnungsmaßnahmen belegte damalige brandenburgische JA-Landesvorsitzende und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand Anna Leisten trat im Wahlkampf exponiert in Erscheinung. Insgesamt fanden die Landtagswahlkämpfe 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen also eine deutliche Unterstützung durch die damalige JA.

Die Ergebnisse des AfD-Bundesparteitags 2025 zur formalen Neustrukturierung des Verhältnisses zwischen der AfD und ihrer Jugendorganisation, mit denen die Aberkennung der JA als offizielle Jugendorganisation der AfD sowie die Auflösung derselben zum 31. März 2025 einhergingen, hätten auf eine damit beabsichtigte inhaltliche Distanzierung der AfD von ihrer gesichert rechtsextremistischen Jugendorganisation hindeuten können.

Tatsächlich begründeten AfD-Funktionärinnen und -Funktionäre die Neustrukturierung vereinzelt damit, dass nach der Eingliederung bessere Disziplinierungsmöglichkeiten gegenüber den Mitgliedern der Jugendorganisation bestehen würden. Letztlich bestand aber bereits zuvor gegenüber den Landes- und Bundesvorstandsmitgliedern der JA eine uneingeschränkte innerparteiliche Disziplinierungsmöglichkeit, da für diese Vorstandsmitglieder eine AfD-Mitgliedschaft obligatorisch war. Primär wurde die Auflösung der JA und Neugründung der Jugendorganisation mit der Realisierung einer engeren Anbindung der Jugendorganisation an die Gesamtpartei aus protektiven Motiven hinsichtlich staatlicher Exekutivmaßnahmen begründet. Ein explizit formuliertes Ziel, nach der Neuorganisation extremistische Verhaltensweisen in der Jugendorganisation künftig unterbinden zu wollen, war – jedenfalls öffentlich – nicht wahrnehmbar. Zudem deuten Aussagen von AfD- und damaligen JA-Vorstandsmitgliedern auf eine starke personelle und inhaltlich-ideologische Kontinuität zwischen der gesichert rechtsextremistischen JA und der neuen Jugendorganisation hin.

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass öffentliche Distanzierungen und Interventionen der AfD in Bezug auf die JA nur vereinzelt und regelmäßig nicht aufgrund verfassungsschutzrechtlich relevanter Verhaltensweisen ihrer Mitglieder festzustellen waren.

b. Aktuelle Zusammensetzung des Bundesvorstands

Gemäß § 14 der AfD-Bundessatzung obliegt dem Bundesvorstand die Leitung der Partei. Er führt die Geschäfte auf Grundlage der Beschlüsse des Bundesparteitags und des Konvents.[3184] Es ist deshalb zu berücksichtigen, ob die Zusammensetzung des AfD-Bundesvorstands die festgestellte Verdichtung der Anhaltspunkte zu einer gesichert extremistischen Bestrebung in Frage stellen könnte.

Im aktuellen Bundesvorstand sind jedoch keine Personen erkennbar, die der verfassungsfeindlichen Prägung der Gesamtpartei entgegenwirken würden. Vielmehr sind die Mitglieder des Bundesvorstands mehrheitlich selbst mit verfassungsschutzrelevanten Äußerungen aufgefallen (vgl. insbesondere Kapitel E. I. 1. a. und E. I. 1. b.).

[3184] Alternative für Deutschland: „§ 14 Abs. 1 AfD-Bundessatzung“ vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.

aa. Neuzusammensetzung infolge des Bundesparteitags 2024

Der auf dem Bundesparteitag am 29. und 30. Juni 2024 in Essen (NW) gewählte Bundesvorstand spiegelt eine große personelle Kontinuität wider, besonders bei den Ämtern des geschäftsführenden Bundesvorstands. In den meisten Wahlgängen trat nur ein Bewerber bzw. eine Bewerberin an. Die Kandidatinnen und Kandidaten wurden im Vergleich zu früheren Wahlen zum großen Teil mit deutlich höherer Zustimmung gewählt. So steigerten sich Alice Weidel von 67,3 % (2022) auf 79,77 % (2024) und Tino Chrupalla sogar von nur 53 % (2022) auf 82,7 % (2024) der Delegiertenstimmen. Neu in den Bundesvorstand gewählt wurden Kay Gottschalk, Alexander Jungbluth, Dirk Brandes, Heiko Scholz und Hannes Gnauck.

Kay Gottschalk folgte als stellvertretender Bundessprecher auf Mariana Harder-Kühnel (MdB, HE), die nicht wieder kandidiert hatte. Der Bundestagsabgeordnete Gottschalk gehört dem Landesverband Nordrhein-Westfalen an, der bisher in vergleichsweise geringerem Umfang mit verfassungsschutzrelevanten Äußerungen aufgefallen ist. Nach seiner Wahl in den Bundesvorstand engagierte sich Gottschalk im Wahlkampf anlässlich der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen am 1. September 2024.[3185] Gottschalk trat als Redner mit u. a. Jörg Urban (MdL SN) und Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) auf der Veranstaltung zum Beginn des Landtagswahlkampfs der AfD Sachsen am 13. Juli 2024 in Dresden auf.[3186] Zudem nahm er an Veranstaltungen mit dem den rechtsextremistischen AfD-Landesverband Thüringen repräsentierenden René Aust (MdEP, TH) teil.[3187] Darüber hinaus nahm Gottschalk aktiv in der Funktion des Moderators am „Preußenfest" im September 2024 teil. Das seit 2022 vom gesichert rechtsextremistischen Landesverband Sachsen-Anhalt jährlich als Parteiveranstaltung der AfD unter Federführung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans-Thomas Tillschneider ausgerichtete „Preußenfest" steht in der Tradition des 1. Flügeltreffens Sachsen-Anhalt im Jahr 2020, das zugleich die letzte offizielle Veranstaltung des rechtsextremistischen Flügels vor dessen formeller Selbstauflösung war. Bei der Veranstaltung im September 2024 war u. a. der rechtsextremistische Publizist Jürgen Elsässer anwesend.

[3185] AfD Kreisverband Nordsachsen: Facebook-Eintrag vom 22.08.2024, abgerufen am 02.09.2024.
[3186] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 12.07.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3187] Aust, René: Facebook-Eintrag vom 24.08.2024, abgerufen am 02.09.2024.

Durchgeführt wurde die Veranstaltung in der Gaststätte „Zum Schäfchen" in Schnellroda,[3188] die auch als Austragungsstätte von Veranstaltungen des aufgelösten und neustrukturierten Instituts für Staatspolitik und des Verlags Antaios dient.[3189] Auch in der Zeit des Bundestagswahlkampfs war keine mäßigende Einflussnahme durch Gottschalk festzustellen. So äußerte er sich nicht nur selbst in fremdenfeindlicher Weise[3190], sondern beteiligte sich beispielsweise auch an einer Veranstaltung mit Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) am 7. Februar 2025 in Sachsen-Anhalt und bewarb am 22. Januar 2025 eine Veranstaltung der AfD Nordrhein-Westfalen mit dem damaligen Europaabgeordneten Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN).[3191] [3192] Außerdem trat Gottschalk am 15. Februar 2025 gemeinsam mit Christian Blex (MdL NW) als Redner auf einer Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt (NW) auf.[3193]

Auf Grund der dargelegten Sachverhalte und insbesondere der Unterstützung zweier von der jeweiligen Landesbehörde für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch kategorisierter AfD-Landesverbände sowie seiner aktiven Teilnahme am „Preußenfest" ist nicht davon auszugehen, dass Gottschalk mäßigend auf die Gesamtpartei einzuwirken sucht und somit gegen eine rechtsextremistische Prägung der Gesamtpartei eintritt. Vielmehr zeugt das Verhalten seit seiner Wahl davon, dass er mit den rechtsextremistischen Kräften in der AfD zusammenarbeitet.

Mit Alexander Jungbluth (MdEP, RP) und vor allem Hannes Gnauck (MdB, BB) wurden zudem zwei langjährige Protagonisten der Jungen Alternative in den AfD-Bundesvorstand gewählt. Insbesondere mit der Wahl ihres damaligen Bundesvorsitzenden Gnauck in den AfD-Bundesvorstand erhielt die gesichert rechtsextremistische JA zusätzliche Einflussmöglichkeiten auf den Bundesverband der Partei.

Mit Dirk Brandes (MdB, NI) und Heiko Scholz (MdL HE) wurden zudem zwei medial eher als gemäßigt eingestufte AfD-Politiker als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt.

[3188] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 30.07.2024.
[3189] Sezession: „Sommerfest 2023 – jetzt anmelden!" vom 17.04.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 07.11.2024.
[3190] Vgl. Kapitel F. I. 1. b. aa.
[3191] Gottschalk, Kay: Facebook-Eintrag vom 09.02.2025, abgerufen am 14.02.2025.
[3192] Gottschalk, Kay: Facebook-Eintrag vom 22.01.2025, abgerufen am 14.02.2025.
[3193] Livestream zur Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt am 15.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.02.2025, Kanal: „hamburger – junge", abgerufen am 20.02.2025.

Brandes nahm jedoch Auftritte zusammen mit Maximilian Krah (ehemals MdEP, mittlerweile MdB, SN) wahr. So waren beide Redner auf einer Veranstaltung der AfD Niedersachsen in Hannover am 20. September 2024.[3194] Beide posierten im Anschluss an die Veranstaltung für ein gemeinsames Foto. Ferner veröffentlichte Brandes in den sozialen Medien Einträge mit verfassungsschutzrechtlich relevanten Inhalten: So teilte er am 6. September 2024 auf Facebook eine Website mit dem Titel „Messerinzidenz". Dabei handelt es sich um einen vermeintlichen *„Live-Tracker für Messergewalt in Deutschland*", um angeblich eine größere Transparenz bezüglich solcher Delikte herzustellen.[3195] Zudem bezeichnete er die COVID-19-Pandemie ab 2020 als *„P(l)andemie"*.[3196] Mit diesem in der AfD verbreiteten Begriff wird vielfach verschwörungstheoretisch suggeriert, bei der COVID-19-Pandemie habe es sich um einen gesteuerten Prozess der politischen Eliten zur Durchsetzung repressiver Maßnahmen gegen die Bevölkerung gehandelt.

Heiko Scholz (MdL HE) nahm am 20. Juli 2024 am Wahlkampfauftakt der AfD Brandenburg für die Landtagswahl am 22. September 2024 teil. Im Kontext der Veranstaltung äußerte er, es sei *„Zeit für einen Brandenburger Ministerpräsidenten Dr. Christoph Berndt"*.[3197] Es ist also bei Scholz und Brandes nicht davon auszugehen, dass sie mäßigend auf die Partei einwirken. Vielmehr dürften sie die Zusammenarbeit mit den vorherrschenden extremistischen Kräften in der Partei fortsetzen.

Insgesamt stammen im aktuellen Bundesvorstand fünf von 14 stimmberechtigten Mitgliedern bereits aus gesichert rechtsextremistischen Teilorganisationen bzw. Landesverbänden der AfD und repräsentieren diese auf höchster Führungsebene. Dass die übrigen Landesverbände nicht als gesichert rechtsextremistisch eingestuft sind, lässt jedoch nicht den Umkehrschluss auf eine relevante Einflussnahme gemäßigterer Akteure zu. Während der Verdachtsfallbearbeitung sind kontinuierlich Anhaltspunkte für einen in der AfD vertretenen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff sowie eine fremden- und muslimfeindliche Grundausrichtung der Partei angefallen, die nicht zuletzt von Bundesvorstandsmitgliedern stammen.

[3194] AfD-Landesverband Bremen: Facebook-Eintrag vom 23.09.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3195] Brandes, Dirk: Facebook-Eintrag vom 06.09.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3196] Brandes, Dirk: Facebook-Eintrag vom 21.08.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3197] Scholz, Heiko: Facebook-Eintrag vom 20.07.2024, abgerufen am 05.11.2024.

So wurden insbesondere in den Kapiteln E. I. 1.b. und F. I.1. b. zur Fremdenfeindlichkeit bei insgesamt zwölf von 14 Mitgliedern Anhaltspunkte festgestellt und in den Ausführungen betreffend den ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff bei sechs von 14, in den Kapiteln zur Muslim- und Islamfeindlichkeit noch bei zwei Bundesvorstandsmitgliedern. Auch in den weiteren Kapiteln betreffend die Positionierung zum Nationalsozialismus, die Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Akteuren und das Demokratieprinzip wurden jeweils Belege von Bundesvorstandsmitgliedern herangezogen, in dem zuletzt genannten sogar von zehn von 14 Mitgliedern. In den die Verdichtung vor allem tragenden Kapiteln betreffend ethnisch-abstammungsmäßige sowie fremdenfeindliche Äußerungen und Positionen wurden im Übrigen Belege der Bundespartei verwendet, die sowohl vor als auch nach der Wahl des neuen Bundesvorstands datierten. Mit Blick auf die diesbezüglich vorherrschende Grundtendenz ist eindeutig eine Kontinuität festzustellen.

Nach Implementierung des neuen Bundesvorstands ist also keine Mäßigung in der AfD festzustellen. Gerade im Hinblick auf das Kapitel betreffend die Fremdenfeindlichkeit ist eher das Gegenteil der Fall, wie etwa der Beitrag zum „*Höllensommer*“ und die begleitende rassistische Bildsprache oder auch die vom Co-Bundessprecher Chrupalla begrüßte „Deutschlandretter24“-Kampagne unterstreichen.

Die Zusammensetzung des aktuellen Bundesvorstands ist deshalb auch unter Berücksichtigung der Neumitglieder nicht geeignet, die festgestellten Belege für Bestrebungen gegen die Menschenwürde und damit die vorherrschende extremistische Grundausrichtung der Partei zu relativieren.

bb. Zwischenzeitliche Aufgabe von Funktionen oder Ämtern bestimmender Akteure

Mit dem Ausscheiden von Christina Baum (MdB, BW/ST), Maximilian Krah (ehem. MdEP, mittlerweile MdB, SN) und Harald Weyel (bis März 2025 MdB, NW) gehören drei Personen dem Bundesvorstand nicht mehr an, die als Funktionäre und Anhänger des ehemaligen Flügel bzw. als Anhänger des solidarisch-patriotischen Lagers anzusehen sind.

Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen auch in diesem Gutachten zusammengetragen wurden, die auf Äußerungen

von Christina Baum und Maximilian Krah zurückgehen, ist deren Rolle in der Gesamtpartei zu prüfen und insbesondere zu klären, ob ihr Ausscheiden aus dem Bundesvorstand einen Bedeutungsverlust widerspiegelt, der die Relevanz ihrer verfassungsschutzrelevanten Aussagen für die AfD insgesamt relativiert. Dies wäre der Fall, wenn ihr Ausscheiden aus dem Bundesvorstand glaubhaft mit einer Distanzierung der Partei von den rechtsextremistischen Positionierungen einherginge.

Christina Baum

Christina Baum wurde erstmalig 2022 in den Bundesvorstand gewählt. Ihre Wahl belegte eine beträchtliche Anhängerschaft innerhalb der Partei und damit einhergehende Einflussmöglichkeiten in der AfD. Baums Äußerungen sind also als repräsentativ und damit auch relevant für die Gesamtpartei anzusehen.

Der Bundesparteitag der AfD im Juni 2024 in Essen (NW) hat Christina Baum (MdB, BW/ST) nicht erneut in den Bundesvorstand der Partei gewählt. Die Gesamtumstände legen nahe, dass die aktuelle Parteiführung aus strategischen Gründen eine Mehrheit auf dem Parteitag gegen Baum organisiert haben könnte. Baum unterlag bei den Abstimmungen mit ca. 42 % zu 52 % gegenüber ihrem ebenfalls aus Baden-Württemberg stammenden Kontrahenten Marc Jongen (MdEP).

Über die Einflussmöglichkeiten eines Bundesvorstandsamts verfügt Baum mithin nicht mehr. Gleichwohl kann aufgrund dieses – vergleichsweise knappen – Ergebnisses nicht darauf geschlossen werden, dass die von Baum vertretenen rechtsextremistischen Positionen in der AfD auf weit verbreitete Kritik gestoßen wären. Tatsächlich dürfte nicht zuletzt die Konstellation in Baums Heimatlandesverband Baden-Württemberg und die dortigen konkurrierenden Lager für Baums Misserfolg verantwortlich sein. Der Sieg von Baums Mitbewerber Jongen dürfte auf die Unterstützung durch die Co-Bundessprecherin Alice Weidel zurückzuführen sein, die als persönliche innerparteiliche Gegnerin von Baum bekannt ist.

Baum nimmt gleichwohl weiterhin ein Bundestagsmandat wahr. Auch erfolgte keine inhaltliche Distanzierung von ihren Äußerungen durch den Bundesverband. Die Vielzahl der angeführten Zitate von Baum belegt vielmehr, dass sie weiterhin mit menschenwürdewidrigen Äußerungen in der Partei wirkt. Ein Parteiausschlussverfahren oder sonstige Disziplinierungsmaßnahmen hat die AfD nach hiesigem Kenntnisstand

nicht durchgeführt, obwohl – wie in den Belegkapiteln aufgeführt – zahlreiche eindeutige Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festzustellen waren und diese auch Gegenstand des Verfahrens vor dem OVG NRW waren. So finden sich mit Stand 14. Oktober 2024 auf der Website des vom Bundesverband herausgegebenen Magazins AfD Kompakt unter der Rubrik „Aus dem Bundesverband" drei Beiträge von Christina Baum.[3198] Zwar trug die Partei im Verfahren vor dem OVG NRW vor, gegen sie ein Parteiausschlussverfahren zu prüfen. Erkenntnisse dahingehend, ob dieses tatsächlich initiiert wurde, liegen hier nicht vor und stehen im Übrigen im Widerspruch zu den vorgenannten Zitierungen im Mitgliedermagazin und dem ansonsten uneingeschränkten Auftreten Baums für die Partei. Für das OVG NRW besteht damit letztlich ein starker Verdacht, dass die behauptete Prüfung von Parteiordnungsmaßnahmen gegen Baum bereits seinerzeit prozesstaktisch motiviert war.[3199]

Auch ihre erneute Aufstellung als Wahlkreiskandidatin für ein Bundestagsmandat in Sachsen-Anhalt belegen ihren anhaltenden Rückhalt in der Partei.[3200]

Festzuhalten bleibt demnach, dass mit dem Ausscheiden Baums eine relevante Vertreterin des ehemaligen Flügels nicht mehr im Bundesvorstand vertreten ist und vor diesem Hintergrund an Einfluss eingebüßt hat. Gleichwohl steht diese Bewertung nicht der Berücksichtigung ihrer verfassungsschutzrechtlich relevanten Äußerungen entgegen, denn eine inhaltliche Distanzierung der AfD von Baum bzw. ihren extremistischen Positionen, die den hieran anzustellenden Anforderungen genügen würde, ist nicht erkennbar. Auch die fortgesetzte Ausübung eines Bundestagsmandats als Mitglied der AfD-Fraktion unterstreicht Baums nach wie vor vorhandene Bedeutung für die Partei.

Maximilian Krah

Am 13. Mai 2024 wurde bekannt, dass Maximilian Krah auf eine weitere Kandidatur für den Bundesvorstand verzichten wolle. Anlass für den vorzeitigen Austritt aus dem Bundesvorstand war u. a. die Kritik an seiner Person nachdem DER SPIEGEL über seine Verbindung zu dem kremlnahen Politiker Oleg Voloshin berichtet hatte. Krah

---

[3198] Alternative für Deutschland: „Aus dem Bundesverband" vom 14.10.2024, in: www.afdkompakt.de, abgerufen am 14.10.2024.
[3199] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 227.
[3200] Vgl. dazu Kapitel D. III. 3.

bestreitet, Geld oder andere Leistungen von Voloshin oder über das pro-russische Medium Voice of Europe angenommen zu haben.

Krah selbst begründete seine Entscheidung, nicht erneut für den Bundesvorstand zu kandidieren, mit der aufgrund der Bundestagswahl 2025 zu erwartenden Mehrarbeit im Bundesvorstand. Er wolle sich auf die Arbeit im EU-Parlament konzentrieren und eine Pause bei der Vorstandsarbeit einlegen.

Die hessischen Co-Landessprecher Robert Lambrou (MdL HE) und Andreas Lichert (MdL HE) forderten in einem Antrag vom 22. Mai 2024 an den Bundesvorstand u. a. die Suspendierung der Mitgliedsrechte Krahs sowie seinen Ausschluss aus der AfD-Delegation und ID-Fraktion im Europäischen Parlament. Unterstützt wurde dieser Antrag laut Parteikreisen durch die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Innerhalb des Bundesvorstands wurde Krah besonders scharf von Co-Bundessprecher Tino Chrupalla und Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) kritisiert.[3201]

Als Reaktion verkündete Krah noch am 22. Mai 2024 seinen Rücktritt aus dem Bundesvorstand der AfD.[3202] Er kam damit vermutlich einem Ausschluss bzw. einer Abwahl aus dem Bundesvorstand zuvor. Beim Bundesparteitag der AfD im Juni 2024 in Essen (NW) trat Krah nicht erneut für den Bundesvorstand an. Darüber hinaus wurde er nicht in die neue AfD-Delegation im Europäischen Parlament aufgenommen. Krah kündigte jedoch an, als fraktionsloser Abgeordneter weiterhin für die AfD im Europäischen Parlament zu arbeiten.[3203] Seine Nichtaufnahme in die Delegation kritisierte er mit der Begründung, andere Parteien (insbesondere auf europäischer Ebene) sollten der AfD nicht vorschreiben dürfen, wer Teil der Delegation werde.[3204]

Ungeachtet eines seitens des Bundesvorstands im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 verhängten Auftrittsverbots war Krah im parallel einsetzenden Wahlkampf für die sächsische Landtagswahl am 1. September 2024 präsent.

[3201] AUF1: Telegram-Beitrag vom 22.05.2024, abgerufen am 22.05.2024.
[3202] WELT: „Spitzenkandidat Krah verlässt AfD-Bundesvorstand - Keine Auftritte im Wahlkampf mehr" vom 22.05.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 23.05.2024.
[3203] tagesschau: „Europaparlament: AfD wirft Krah aus EU-Delegation" vom 10.06.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 01.04.2025.
[3204] Ebd.

Der Landesvorsitzende Jörg Urban (MdL SN) bezeichnete ihn in einem am 23. August 2024 veröffentlichen Interview bei COMPACT als *„guten Wahlkämpfer"*.[3205] Zu einem potenziellen Konflikt um Krah äußerte sich Urban ausweichend. Krah war bis zu den Abschlussveranstaltungen in den Wahlkampf für die Landtagswahl in Sachsen eingebunden. Er trat nach der Wahl auch außerhalb von Sachsen, zum Beispiel bei einer Kundgebung am 2. September 2024 in Lübben (BB), im Wahlkampf für die Landtagswahl in Brandenburg am 22. September 2024 auf.[3206]

Krah vertritt zahlreiche Positionen, die die extremistische Ausrichtung der Partei forcieren und vertiefen. Die Sanktionierung in Form eines Auftrittsverbots während des Europawahlkampfs ist keine hinreichende Distanzierung der Parteiführung von Krahs verfassungsschutzrelevanten Kernpositionen (insbesondere ethnisches Volksverständnis, Fremden- und Islamfeindlichkeit), sondern lediglich eine temporär-taktische Maßnahme. Krah gab in einem Interview mit dem Sachsen Fernsehen vom 26. Juli 2024 an, er wolle zukünftig *„historische Themen"* erst nach dem Wahlkampf besprechen, und konzediert damit selbst eine nur temporäre Zurückhaltung. Im Übrigen hat sich die AfD-Parteiführung zu keinem Zeitpunkt von den unverhohlen völkischen und rassistischen Äußerungen Krahs in seiner Monographie „Politik von rechts" distanziert. Sanktionierungs- und Distanzierungsmaßnahmen gegen Krah sind damit kein authentischer Ausdruck von Mäßigung, sondern taktisch motivierte Versuche, den Interessen der AfD schadenden Skandalen vorzubeugen.[3207]

Zur Bundestagswahl 2025 kandidierte Maximilian Krah schließlich als Direktkandidat im Wahlkreis Chemnitzer Umland-Erzgebirgskreis II (SN), wo er mit 44,2 % der Erststimmen gewählt wurde. Im Februar 2025 wurde Krah zudem in die Bundestagsfraktion der AfD aufgenommen. Gegenüber der tagesschau berichtete Krah zudem, von der Co-Bundessprecherin und -Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel (MdB, BW) zur Begrüßung umarmt worden zu sein.[3208] Auch die aktuellen Entwicklungen um die Person

---

[3205] Urban, Jörg: „Jörg Urban (AfD): ‚Das wird zu Unruhe führen'"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.08.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 06.11.2024.
[3206] Krah, Maximilian: Teilnahme an einer Kundgebung in Lübben am 02.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.09.2024, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 05.11.2024.
[3207] Auch bezüglich des Vortrags der AfD, der Bundesvorstand habe am 13. Februar 2022 beschlossen, eine Parteiordnungsmaßnahme gegen Krah auszusprechen, sah das OVG NRW – wie bzgl. der dort angekündigten Maßnahmen zu Christina Baum – einen starken Verdacht hinsichtlich eines prozesstaktischen Vorgehens und erkannte dadurch bedingt keine Minderung der Aussagekraft der Belege, vgl. OVG NRW, Urt. v. 13.05.2025, 5 A 1218/22, juris, Rn. 227.
[3208] tagesschau: „Konstituierende Sitzung AfD-Fraktion nimmt SS-Verharmloser auf" vom 25.02.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 01.04.2025.

Krah zeugen daher keinesfalls von einer Distanzierung der Parteispitze bzw. der AfD gegenüber seiner Person.

c. Bewertung der Stellung von Björn Höcke innerhalb der Gesamtpartei

Im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung haben sich zahlreiche besonders gewichtige Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aus Reden und Äußerungen des Co-Sprechers des Thüringischen Landesverbands der AfD Björn Höcke entnehmen lassen.

Höcke war mit Andreas Kalbitz die Gründungs- und Führungsfigur des ehemaligen Flügels. Um ihn entstand im Jahr 2019 ein Personenkult, der sich bei Veranstaltungen etwa regelmäßig durch das anhaltende Skandieren seines Namens ausdrückte.[3209] Mit der Auflösung des Flügels entfiel die Rolle als Führungs- und Galionsfigur einer inoffiziellen, aber wirkmächtigen Teilorganisation. Zudem hat er nie formell auf Bundesebene für ein Amt kandidiert. Es stellt sich also die Frage, ob die Repräsentanz und Resonanz Höckes in der Gesamtpartei zurückgegangen sind und seine Aussagen deshalb an Relevanz für die verfassungsschutzseitige Bewertung der Partei insgesamt verloren haben könnten. Um dies einzuschätzen, ist auch Höckes Stellung innerhalb des eigenen Landesverbands Thüringen und das Gewicht des Landesverbands in der Gesamtpartei zu berücksichtigen.

Der von der zuständigen Landesbehörde für Verfassungsschutz als erwiesen rechtsextremistisch eingestufte Landesverband Thüringen ist zuletzt im Zusammenhang mit der dortigen Landtagswahl im September 2024 über die Landesgrenzen hinaus wahrnehmbar in Erscheinung getreten. Zu dem zentralen Slogan der Wahlkampagne „Der Osten macht's!" bemerkte der Landesverband am 8. August 2024 auf seiner Facebook-Seite:

> *„Der Osten machts!*
> *Ganz bewusst haben wir uns für diesen Slogan und dieses Motto für die aktuelle Wahlkampagne entschieden, denn die Wende in Deutschland wird nicht aus Berlin kommen, sondern aus dem Osten. Leiten Sie gemeinsam mit uns diese*

[3209] Vgl. bereits Flügel-Gutachten 2020, S. 15.

> *Wende bei der Landtagswahl am 1. September ein. Nutzen Sie die Gelegenheit, mit ihrer Stimme für die AfD ein historisches Signal über Thüringen hinaus für ganz Deutschland zu senden – als Startschuss für eine bessere Zukunft in Wohlstand, Würde und Freiheit! #derOstenmachts"*[3210]

Die offensive Aussage der AfD Thüringen, entschlossen als Landesverband auf eine politische Wende in ganz Deutschland hinwirken zu wollen, unterstreicht einen auf die Gesamtpartei ausgerichteten Gestaltungsanspruch. Dieser Gestaltungsanspruch spiegelt sich auch in den Aktivitäten Höckes wider, wenngleich er derzeit keine konkreten Ambitionen in Bezug auf bundespolitische Ämter oder Mandate äußert, dies für die Zukunft jedoch auch nicht ausschließt. Basis der – nach wie vor vorhandenen – machtpolitischen Bedeutung Höckes in der Gesamtpartei sind der Landesverband Thüringen, seine relative innerparteiliche Popularität, die nicht zuletzt auch auf dem Erfolg der AfD Thüringen beruht, sowie seine fortdauernden Verbindungen zu Akteuren des ehemaligen Flügels und die Einbindung in neue Netzwerke innerhalb der AfD.

Höcke kann bereits aufgrund seiner für die AfD Thüringen wahrgenommenen Ämter überregional agieren. So nimmt er als Co-Landessprecher an der innerparteilichen Willensbildung im Rahmen gemeinsamer Entscheidungsfindungen von Bundes- und Landesführungen teil. Als Fraktionsvorsitzender der AfD Thüringen erweitert er seine Wirkmacht über das etablierte Format gemeinsamer Treffen der AfD-Fraktionsvorsitzenden aus den ostdeutschen Landesverbänden. Höcke und die AfD Thüringen versuchen dabei, insgesamt als Sprachrohr der ostdeutschen AfD-Landesverbände wahrgenommen zu werden.

Höcke tritt außerdem auf Bundesparteitagen und bei informellen Prozessen der Mehrheitsbildung in der Gesamtpartei weiter als relevanter Akteur in Erscheinung. Nach dem Bundesparteitag 2022 in Riesa (SN), wo der ehemalige Flügel und damit auch Höcke noch maßgeblich auf die Mehrheitsbildung eingewirkt hatten, war deren Einfluss auf dem Bundesparteitag und der Europawahlversammlung 2023 in Magdeburg (ST) sowie auf dem Bundesparteitag 2024 in Essen (NW) – angesichts einer zunehmenden Zersplitterung des früheren Flügel-Netzwerks – erkennbar geringer, während einzelne Landesverbände an Bedeutung gewannen.

[3210] AfD Thüringen: Facebook-Eintrag vom 08.08.2024, abgerufen am 05.11.2024.

Zur Entwicklung seiner innerparteilichen Stellung infolge der Auflösung des Flügels erklärte Höcke im Herbst 2023:

> *„Wir sind jetzt zehn Jahre alt. Die harten Richtungskämpfe zu Beginn sind geschlagen worden, war noch notwendig. Das war ja nicht aus Spaß an der Freude, dass wir diese Auseinandersetzungen geführt haben. Die Partei ist weltanschaulich gefestigt [...] und ist jetzt einfach soweit konsolidiert, dass man deutlich spürt, dass der Einfluss von Gemeinschaften, von Strukturen, von Netzwerken, die auf weltanschaulicher Basis operiert haben, weniger geworden ist. In Magdeburg sind gerade was die Personalwahl angeht [...] die Einzelinteressen der Landesverbände durchgeschlagen."*[3211]

Höcke machte jedoch wiederholt deutlich, dass er auch die Gefahr einer „*Melonisierung*" und damit der Aufgabe völkisch-nationalistischer Kernpositionen sieht.[3212] Er geht davon aus, als bekanntester und populärster Vertreter der völkisch-nationalistischen Strömung in programmatischen Grundsatzfragen weiterhin Gewicht und Einfluss einbringen zu können.[3213]

Im Vorfeld des Bundesparteitags 2024 in Essen (NW) war Höcke über den Landesverband Thüringen an Personalabsprachen zur Besetzung des Bundesvorstands beteiligt. Auch in Diskussionen zu Sachanträgen spielte Höcke eine nicht unbedeutende Rolle. So war u. a. seine Unterstützung erforderlich, um einen raschen Austritt aus der europäischen Partei Identität und Demokratie herbeizuführen. Eine von ihm vorgeschlagene Kandidatin für das Bundesschiedsgericht konnte er indes nicht durchsetzen.

Höcke verfügt weiter über belastbare Verbindungen zu Teilen der Anhängerschaft des ehemaligen Flügels. Insbesondere die vom solidarisch-patriotischen Lager dominierten Landesverbände in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen verfolgen jedoch zunehmend eine eigenständige Parteipolitik, teils in strategischer Kooperation mit der AfD Thüringen, teils in Konkurrenz zu dieser. Innerhalb des solidarisch-patriotischen

---

[3211] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft", Folge 36; veröffentlicht in: www.youtube.com am 09.09.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 11.09.2023.
[3212] Ebd.
[3213] AUF1: Tweet vom 11.11.2023, abgerufen am 13.11.2023.

Lagers hat mehr und mehr ein Netzwerk um den stellvertretenden AfD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Sebastian Münzenmaier (MdB, RP), die strategische Führung übernommen.[3214] [3215] [3216]

Wie Höcke am 11. November 2023 in einem Interview mit AUF1 deutlich machte, sieht er sich und die AfD Thüringen als Teil eines *„Mosaikes"*:

> *„Ich habe immer dafür gepredigt, der AfD-Landesverband Thüringen steht dafür, dass die Partei nur ein Teil eines Mosaikes ist und dieses Bewusstsein auch hat, dass wir die Bewegung brauchen. Ich bin natürlich regelmäßig bei PEGIDA, regelmäßig bin ich zu Gast im Vorfeld. Ich war mit meinen Mitstreitern bei den Corona-Spaziergängen und so weiter und so weiter. Um immer wieder deutlich zu machen, Partei ist das eine, aber es ist nur ein Standbein. Und wir brauchen noch andere Standbeine beziehungsweise andere Spielbeine. Wir brauchen vor allen Dingen, [...] neudeutsch - Thinktanks, also intellektuelle Zirkel, Institutionen, die unsere Weltanschauung [...] grundlegen, ausformulieren, die Leitideen entwickeln, die dann auch zu einer Vereinheitlichung dieser Noch-Opposition beitragen, die dann in Regierung auch mit einer größeren Schlagkraft unterwegs sein kann. Alles das kann Partei nicht leisten. Dazu braucht Partei Vorfeld."*[3217]

Die Einbindung in dieses *„Mosaik"* zeigte sich u. a. in der Landtagswahlkampagne. So wurde die AfD Thüringen durch das neurechte Vorfeld im Bereich Foto- und Videotechnik vom Filmkunstkollektiv unterstützt.[3218] Dessen neuproduzierter Image-Film über Björn Höcke mit dem bezeichnenden Titel „Der lange Anlauf" sollte augenscheinlich an den Personenkult um die Galionsfigur des früheren Flügels anknüpfen. [3219] Ferner erhielt die AfD Thüringen Unterstützung des Vorfelds bei der Plakatkampagne u. a. durch den Internetaktivisten und Miterfinder der sogenannten Stolzmonat-Kampagne Patrick Kolek. Nicht zuletzt die Anbindung der AfD Thüringen an lokale Protestbewe-

---

[3214] SWR: „Wie aus Rheinland-Pfalz die Strippen in der AfD gezogen werden" vom 30.06.2024, in: www.swr.de, abgerufen am 22.10.2024.
[3215] SZ: „AfD – Wer ganz rechts die Strippen zieht" vom 01.07.2024, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 22.10.2024.
[3216] ZDF: „Die AfD: alte Grabenkämpfe, neue Fronten" vom 28.09.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 22.10.2024.
[3217] AUF1: Tweet vom 11.11.2023, abgerufen am 13.11.2023.
[3218] AfD Thüringen: Telegram-Beitrag vom 23.08.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[3219] „Der lange Anlauf: Ein Film über Björn Höcke"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.08.2024, Kanal: „Björn Höcke", abgerufen am 02.09.2024.

gungen und sogenannte „Spaziergänger" verschaffte den als Sommer- oder Familienfest bezeichneten und stark eventisierten Wahlkampfveranstaltungen mit Höcke landesweit eine hohe Resonanz.[3220]

In der Gesamtschau ist Höcke demnach auch bundesweit nach wie vor als hochrelevanter und wirkmächtiger Akteur der Partei anzusehen. Er ist weiterhin gut vernetzt und fungiert insbesondere in den vom solidarisch-patriotischen Lager geprägten ostdeutschen Landesverbänden als integrierender Faktor. Es konnten zahlreiche Belege für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in seinen Positionierungen festgestellt werden, denen von Seiten der Gesamtpartei nicht entgegengetreten wurde.

Bemerkenswert ist dabei auch der Rückhalt, den Höcke im Landtagswahlkampf von Seiten der Parteiführung in Person der Co-Bundessprecherin Alice Weidel erhielt, obwohl diese noch im Jahr 2017 ein letztlich gescheitertes Parteiausschlussverfahren gegen den thüringischen Landesvorsitzenden unterstützt hatte. Die seinerzeit Höcke zur Last gelegten Äußerungen haben sich indessen, wie das vorliegende und vorausgegangene Gutachten belegen, nicht gemäßigt. Zwar ist aus parteipolitischen Gründen eine Begleitung der regionalen Wahlkämpfe durch die Parteiführung naheliegend und kann nicht per se als belastend im Hinblick auf die Gesamtpartei gewertet werden. Weidels Engagement aber reichte über dieses Pflichtmaß hinaus. So war sie auch als Rednerin bei der Wahlkampfabschlussveranstaltung in Erfurt am 31. August 2024 vor Ort, bei der Höcke – von Weidel unkommentiert – fremdenfeindlich agitierte.[3221] Zudem äußerte sie über ihn im Vorfeld der Wahlen in einem ntv-Video vom 16. Mai 2024:

> *„Ich möchte es einfach noch mal klarstellen. Er ist wirklich ein sehr, sehr guter Spitzenkandidat. Der macht einen hervorragenden Job."*[3222]

Im Nachgang hieß es sodann:

> *„Ja, natürlich halte ich Herrn Höcke für einen geeigneten Ministerpräsidenten. Und ich glaube, wenn es Herr Höcke nicht wird, werden keine stabilen Mehrheiten in Thüringen möglich sein."*[3223]

[3220] Kolek, Patrick: Tweets vom 22.07.2024, abgerufen am 31.07.2024.
[3221] Vgl. S. 287, S. 382 und S. 428.
[3222] ntv: „Weidel: AfD geht gegen ‚albernes' Höcke-Urteil in Berufung"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.05.2024, Kanal: „ntv Nachrichten", abgerufen am 24.10.2024.
[3223] ZDF: „Weidel: Ohne AfD keine stabile Mehrheit" vom 01.09.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 24.10.2024.

Im TV-Duell mit Sarah Wagenknecht reagierte sie, konfrontiert mit der Frage nach konkreten Parteiausschlussmaßnahmen gegen Höcke, nicht.[3224]

Die gegenseitige Unterstützung zwischen Höcke und der Bundesführung der AfD setzte sich auch im Bundestagswahlkampf 2025 fort. So nahm er an der Vorstellung von Alice Weidel als Spitzen- und Kanzlerkandidatin der AfD am 7. Dezember 2024 in Berlin teil.[3225] [3226] Sowohl Chrupalla[3227] als auch Weidel[3228] hoben dabei in ihren Reden Höcke als Landespolitiker namentlich hervor und verknüpften mit ihm persönlich den Wahlsieg in Thüringen. Weidel übernahm außerdem den Sprachgebrauch von Höcke, als sie äußerte:

> *„In Hessen holzt die CDU-Regierung den Märchenwald der Brüder Grimm für Windräder ab. Wir kennen Sie, liebe CDU! Und ich kann euch sagen… Wenn wir am Ruder sind: Wir reißen alle Windkraftwerke nieder. Nieder mit diesen Windmühlen der Schande!“*[3229]

Höcke hatte am 17. Januar 2017 in einer Rede in Dresden (SN) das Holocaust-Mahnmal in Berlin als *„Denkmal der Schande“* bezeichnet.[3230]

Weidel äußerte sich in einem Interview mit der BILD vom 16. Februar 2025 zu Höcke und dem Parteiausschlussverfahren aus dem Jahr 2017 zudem wie folgt:

> *„Also Björn Höcke und ich, wir verstehen uns sehr gut und wir haben uns über die Jahre kennengelernt. Ich glaube, der Parteiausschluss war damals völlig überzogen. Fehler kann jeder machen. […] Ich habe ihn kennengelernt und der Mann ist bodenständig. Er ist ein ehemaliger Lehrer, extrem breit gebildet. Das gefällt mir an Leuten, das ist sehr selten geworden bei den Politikern, dass sie*

[3224] WELT: „WELT TV-Duell: Wagenknecht vs. Weidel – moderiert von WELT TV-Chefredakteur Jan Philipp Burgard“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.10.2024, Kanal: „WELT Nachrichtensender“, abgerufen am 24.10.2024.
[3225] Lensing, Sascha: Facebook-Eintrag vom 07.12.2024, abgerufen am 24.03.2025.
[3226] tagesschau: „Weidel als Kanzlerkandidatin nominiert“ vom 07.12.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 26.03.2025.
[3227] Chrupalla, Tino: Eröffnungsrede auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025 in Riesa (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.
[3228] Weidel, Alice: Rede auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025 in Riesa (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.
[3229] Ebd.
[3230] Vgl. Gutachten AfD und Teilorganisationen 2019, S. 125 f.

auch breitengebildet sind oder überhaupt eine Ausbildung haben. Und dementsprechend schätze ich ihn. Und er ist in Thüringen unglaublich beliebt, weil er eben so ist. Er ist eigentlich ein sehr freiheitsdenkender Mensch." [3231]

Auf die Frage, ob Weidel Höcke geeignet für ein Ministeramt halte antwortete sie:

„Ja."[3232]

Eine Distanzierung der Gesamtpartei bzw. Mitgliedern des Bundesvorstands von Höcke ist also nicht festzustellen. Die herausragenden Wahlsiege lassen vielmehr den Schluss auf eine weiterhin starke Positionierung des solidarisch-patriotischen Lagers innerhalb der Gesamtpartei zu. Höckes Äußerungen sind daher weiterhin als aussagekräftige Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auch der Gesamtpartei zuzurechnen und entsprechend zu bewerten.

II. Fazit zur Verdichtung zur Gewissheit

Die voranstehenden Ausführungen haben gezeigt, dass sich die Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die Menschenwürde aufgrund eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs, ergänzt durch fremden- und minderheitenfeindliche, inklusive spezifisch muslimfeindliche Äußerungen, zur Gewissheit verdichtet haben. Im Hinblick auf die weiteren Merkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist zudem eine Aufrechterhaltung der Verdachtsmomente und eine weitere Verdichtung festzustellen. Die dargelegten Entwicklungen um die Bundesvorstandswahl im Rahmen des Parteitags in Essen (NW) im Juni 2024, etwaige Distanzierungsansätze im Wege von Parteiordnungsmaßnahmen oder Konzepte zum Umgang mit der Jungen Alternative sowie der Bedeutungswandel relevanter Akteure wurden berücksichtigt. Diese entkräften jedoch nicht die festgestellten Belege, sondern belegen vielmehr das Fehlen vernehmbarer parteiinterner Abgrenzungen oder Gegenpositionen gegenüber den beschriebenen, menschenwürdewidrigen Positionen in der Partei. Entsprechend ist im Unterschied zum letzten Gutachten nicht mehr davon auszugehen, dass es gemäßigteren Kräfte in der AfD noch möglich ist, diese festgestellte verfassungsfeindliche Prägung der Gesamtpartei umzukehren.

[3231] BILD: „AfD-Chefin im BILD-Interview. Weidel gesteht einen großen Fehler" vom 16.02.2025, in: www. bild.de, abgerufen am 17.02.2025.
[3232] Ebd.

III. Vereinbarkeit des Ergebnisses mit Art. 21 GG

Das Ergebnis ist unter dem Gesichtspunkt des Art. 21 GG zu betrachten. Eine politische Partei ist ohne Zweifel ein Personenzusammenschluss, auf den die Vorschriften des Bundesverfassungsschutzgesetzes unmittelbar anwendbar sind.[3233] Dem stehen weder das Selbstbestimmungsrecht der Parteien aus Art. 21 Abs. 1 GG noch das Parteienprivileg aus Art. 21 Abs. 2 bis 4 GG entgegen.[3234] Art. 21 Abs. 2 GG präkludiert lediglich ein administratives Einschreiten gegen Parteien mit der Begründung, sie seien verfassungswidrig, steht aber weder der Beobachtung von noch einer Berichterstattung über politische Parteien entgegen.

Dass ausschließlich das Bundesverfassungsgericht über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei nach Art. 21 Abs. 2 GG entscheidet (Art. 21 Abs. 4 GG) bedeutet nicht, dass der Gesetzgeber keine Normen erlassen dürfte, die die Beobachtung von möglicherweise verfassungsfeindlichen Parteien durch den Verfassungsschutz normieren. Der Verfassungsschutz arbeitet im Vorfeld von Verbotsverfahren und berührt dabei notwendig auch den Rechtsstatus der betroffenen Parteien. Das „Parteienprivileg" des Art. 21 Abs. 2 i. V. m. Abs. 4 GG schützt die politischen Parteien lediglich vor einem Verbot durch die Exekutive mit den hiermit verbundenen drastischen Folgen, schließt aber nicht sämtliche anderen Maßnahmen aus, die sich auf die mögliche „Verfassungsfeindlichkeit" einer politischen Partei beziehen und deren Auswirkungen deutlich hinter denen eines Parteiverbots zurückbleiben.[3235] Solche Maßnahmen begründen weder ein Organisations- noch ein Betätigungsverbot, berühren nicht den Bestand von Mandaten und des Parteivermögens. Die betreffende Partei kann weiter an Wahlen teilnehmen, Wahlwerbung betreiben und partizipiert an der staatlichen Parteienfinanzierung. Sie kann Parteiversammlungen und öffentliche Versammlungen

---

[3233] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22.09, BVerwGE 137, 275 Rn. 20; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG §§ 3, 4 Rn. 8. Vgl. allgemein zu Parteien als Beobachtungsobjekt S. 30 f.

[3234] BVerfG, Beschl. v. 20.02.2013, 2 BvE 11/12, BVerfGE 133, 100 Rn. 24; BbgVerfG, Urt. v. 20.05.2022, VfGBbg 94/20, juris, Rn. 59 ff.; BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22.09, BVerwGE 137, 275 Rn. 20 ff.; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 167 ff.; VG Magdeburg, Beschl. v. 07.03.2022, 9 B 273/21.MD, juris, Rn. 44 ff.; VG München, Beschl. v. 25.10.2022, M 20 E 22.4913, juris, Rn. 19; Beschl. v. 17.04.2023, M 30 E 22.4913, juris, Rn. 55 ff.; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG §§ 3, 4 Rn. 8.

[3235] BbgVerfG, Urt. v. 20.05.2022, VfGBbg 94/20, juris, Rn. 62 f.

durchführen, Publikationen herausgeben und sich in Online- und sog. sozialen Medien äußern.

Eine Beobachtung ist daher grundsätzlich zulässig, wenn sie auf einer gesetzlichen Grundlage beruht, zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erfolgt und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung trägt sowie die rechtsstaatlichen Gebote der Staatsfreiheit und des fairen Verfahrens nicht außer Acht lässt.[3236] Stellt das BfV das Vorliegen der Beobachtungsvoraussetzungen fest, ist es auch zur Beobachtung verpflichtet.[3237]

Bei der AfD handelt es sich um eine im Deutschen Bundestag vertretene Partei mit hoher Mitgliederzahl. Im Voranstehenden wurden umfangreiche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festgestellt, die sich hinsichtlich der Menschenwürde zur Gewissheit verdichtet haben. In Anbetracht der Quantität wie auch der Qualität des insoweit zusammengetragenen Materials ist die die Beobachtung als gesichert rechtsextremistische Partei – auch im Lichte von Art. 21 GG – verhältnismäßig.

[3236] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, BVerfGE 144, 20 Rn. 418; vgl. Schenke/Graulich/Ruthig/Roth: Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 8 Rn. 61 ff.

[3237] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth: Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG §§ 3,4 Rn. 131.

IV. Vorliegen der Voraussetzungen zur Öffentlichkeitsunterrichtung

Die Voraussetzungen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Einstufung der AfD als gesichert extremistische Bestrebung gemäß § 16 Abs. 1 BVerfSchG liegen vor.

Zunächst haben sich die vormals bereits bei Einstufung als Verdachtsfall festgestellten hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte in der Zwischenzeit – wie in diesem Gutachten dargestellt – derart verdichtet, dass von einer gesichert extremistischen Bestrebung auszugehen ist und damit die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 BVerfSchG erfüllt sind.

Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über die neue Einstufung der AfD ist auch verhältnismäßig. Zwar griffe sie in die Rechte der AfD ein. Dieser Eingriff wäre aber verfassungsrechtlich gerechtfertigt.

Sie dient zunächst dem legitimen Zweck, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen und ist dazu grundsätzlich auch geeignet, indem die Öffentlichkeit in die Lage versetzt wird, die zwischenzeitlichen Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend darauf zu reagieren. Die Öffentlichkeitsunterrichtung ist auch erforderlich, da die Öffentlichkeit keine andere Möglichkeit hat, Kenntnis von der Einstufung zu erlangen und der Informations- und Warneffekt damit auf anderem Wege nicht erzielt werden könnte. Die Bewertung des Verfassungsschutzes folgt hierbei einem gesetzlichen Auftrag.

Im Rahmen der vorzunehmenden Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an einer Bekanntgabe der Einstufung der AfD als gesichert extremistische Bestrebung und den damit verbundenen Nachteilen für die AfD ist auch zu berücksichtigen, dass es sich bei dieser um eine politische Partei handelt. Der AfD kommt angesichts ihrer regionalen, deutschland- und europaweiten Repräsentanz – auch in den jeweiligen Gremien und Parlamenten – nach wie vor eine beachtliche politische Bedeutung zu. Dieses öffentliche Interesse ist auch nicht ausschließlich auf die erstmalige Einstufung als Verdachtsfall beschränkt. Vielmehr ist aufgrund der Bedeutung der AfD für die bundesdeutsche Parteienlandschaft für die Öffentlichkeit von Bedeutung, wie das BfV die AfD nach mehrjähriger Fortführung der Begutachtung sowie dem zwischenzeitlichen Ergehen zahlreicher Gerichtsentscheidungen bewertet.

ABSCHLIEẞENDE BEWERTUNG

Insofern sind die dargelegten mit einer Bekanntgabe der Einstufung als gesichert extremistische Bestrebung verbundenen Nachteile, beispielsweise ein erschwertes Werben von Anhängern und Wählern, in Abwägung zu stellen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass bei Feststellung einer Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte hin zu einer gesichert extremistischen Bestrebung das mit der Bekanntgabe verbundene Risiko, in der Öffentlichkeit fälschlicherweise als Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung wahrgenommen zu werden, umso geringer erscheint, je gewichtiger die festgestellten tatsächlichen Anhaltspunkte sind.

Den von der AfD ausgehenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung kann schließlich nur dann mit politischen Mitteln entgegengewirkt werden, wenn die Ausrichtung und Entwicklung der Partei der Öffentlichkeit bekannt sind. Das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe überwiegt also.

Anhang

Personenglossar

Das nachfolgende Glossar umfasst alle im Gutachten genannten Personen, die im Zusammenhang mit der AfD oder ihrer Teilorganisationen zuzurechnenden tatsächlichen Anhaltspunkten aufgeführt wurden.

Personen, die nicht im Kontext tatsächlicher Anhaltspunkte, sondern lediglich im Rahmen darstellender Kapitel (etwa zur Parteientwicklung) benannt wurden, sind in der Tabelle mit einem Stern (*) markiert.

Parteiaustritte und -ausschlüsse, laufende Parteiausschlussverfahren oder andere Parteiordnungsmaßnahmen sind – soweit bekannt – mit Fettdruck gekennzeichnet.

Die Funktionsübersicht der gelisteten Personen beruht insbesondere auf Eigenangaben der Partei oder der betreffenden Personen sowie auf im Zuge offener Internetrecherchen erhobenen Informationen. Die Liste erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Soweit es sich bei den Personen um amtierende Funktions- oder Mandatsträger der Bundes- oder Landesebene handelt, wird auf die zusätzliche Nennung von Kreisfunktionen oder -mitgliedschaften verzichtet.

Name, Vorname	Funktion
Abramovych, Artur*	Vorsitzender der JAfD (seit Juni 2021), stellv. Vorsitzender der JAfD (Oktober 2018 bis Juni 2021), einfaches AfD- und JA-Mitglied (BY), Mitarbeiter eines MdB (Stand Februar 2025)
Adam, Michael	Bundesvorstandsmitglied der ChrAfD (seit 2020), Präsident des Landesschiedsgerichts BR (2021 bis 2022), Vorsitzender des KV Pankow (2017 bis 2019)
Anderson, Christine	MdEP, HE (seit Mai 2019), EU-Delegationsleiterin (März 2024 bis Juni 2024)
Auricht, Jeannette	MdA (seit Oktober 2016), stellv. Vorsitzende im LV BR (seit 2018), Landesvorstandsmitglied BR (2016 bis 2018)
Aust, René	MdEP, TH (seit Juli 2024), EU-Delegationsleiter (seit Juni 2024), MdL TH (Oktober 2019 bis Juli 2024), stellv. Sprecher im LV TH (seit 2023), Mitglied der Bundesprogrammkommission,

	stellv. Landesvorsitzender der JA TH (Oktober 2017 bis November 2020), Mitarbeiter der AfD-Fraktion TH (2017 bis 2019)
Bachmann, Carolin	MdB, SN (seit September 2021), Mitarbeiterin eines MdL (2020 bis 2021)
Balzer, Rainer	MdL BW (seit April 2016)
Baer, Nicole	Landesvorstandsmitglied SH (seit November 2024)
Bärsch, Gerhard	MdL HE (seit Oktober 2023)
Baum, Christina	MdB, SN (seit Februar 2025), MdB, BW (September 2021 bis Februar 2025), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022 bis Juni 2024), stellv. Vorsitzende im LV BW (Juni 2013 bis März 2017)
Baumann, Bernd	MdB, HH (seit Oktober 2017), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit Oktober 2017), MdHB (2015 bis 2017), Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (2016 bis 2017) stellv. Landessprecher im LV HH (seit November 2017), Landessprecher im LV HH (Oktober 2015 bis November 2017)
Baumann, Jörg	MdL BY (seit Oktober 2023)
Bausemer, Arno	MdEP, ST (seit Juli 2024), Landesvorstandsmitglied ST (Mai 2016 bis spätestens Oktober 2023)
Beck, Gunnar	MdEP, NW (Mai 2019 bis Juli 2024), stellv. EU-Delegationsleiter (Februar 2022 bis Juli 2024)
Beckamp, Roger	MdB, NW (September 2021 bis März 2025), MdL NW (Mai 2017 bis September 2021)
Becker, Carsten	MdB, SL (seit 2025), MdL SL (seit 2022), Vorsitzender AfD SL (seit 2022), JA-Mitglied
Beger, Mario	MdL SN (seit August 2014)

ANHANG

Benkstein, Barbara (geb. Lenk)	MdB, SN (September 2021 bis März 2025), Mitarbeiterin eines MdL (2020 bis 2021)
Bergmüller, Franz	MdL BY (seit November 2018), Bezirksvorstandsmitglied Oberbayern (2018 bis 2024)
Berndt, Hans-Christoph	MdL BB (seit September 2019), Vorsitzender der AfD-Fraktion BB (seit Oktober 2020), stellv. Vorsitzender im LV BB (seit März 2024)
Bernhard, Marc	MdB, BW (seit September 2017), Landesvorstandsmitglied BW (seit 2017)
Bertram, Alexander	MdA (seit März 2023), stellv. Landesvorsitzender der JA BR (Oktober 2016 bis Januar 2018), Landesvorstandsmitglied der JA BR (Mai 2016 bis Oktober 2016), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BR (2021 bis März 2023)
Bessin, Birgit	MdB, BB (seit Februar 2025), MdL BB (Oktober 2014 bis März 2025), stellv. Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag BB (Oktober 2017 bis Frühjahr 2022), parlamentarische Geschäftsführerin der AfD-Fraktion im Landtag BB (Oktober 2014 bis Dezember 2017), Vorsitzende im LV BB (April 2022 bis April 2024), stellv. Vorsitzende im LV BB (Juli 2016 bis April 2022), Landesvorstandsmitglied BB (Herbst 2013 bis Frühjahr 2015)
Beyer, Marius	Kommunalmandat in Leipzig (seit Juli 2019), Vorstandsmitglied des KV Leipzig (seit mindestens Juli 2019), Mitarbeiter eines MdL (bis 2024)
Bleck, Andreas	MdB, RP (seit September 2017), Landesvorstandsmitglied RP (2016 bis 2017), JA-Bundesvorstandsmitglied (Mai 2015 bis spätestens Februar 2018), Mitarbeiter eines MdL (2016 bis 2017)
Blex, Christian	MdL NW (seit Juni 2017), Landesvorstandsmitglied NW (seit Februar 2022), Mitglied der AfD-Fraktion im Landtag NW (Juni 2017 bis September 2022, seit Januar 2024)
Bochmann, René	MdB, SN (seit September 2021), Mitarbeiter eines MdL (2020 bis 2021)

Böhm, Martin	MdL BY (seit November 2018), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BY Landtag (seit Oktober 2023), stellv. Vorsitzender im LV BY (seit September 2019)
Boehringer, Peter	MdB, BY (seit September 2021), stellv. Bundessprecher (seit Juni 2022), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Bohnhof, Peter	MdB, NW (seit Februar 2025), Mitglied des Bundeskonvents (seit mindestens Juni 2024), Kommunalmandat in Dortmund (seit mindestens November 2020), Mitarbeiter der AfD-Fraktion NW (2017 bis mindestens Dezember 2024)
Bollinger, Jan	MdL RP (seit März 2016), Vorsitzender der AfD-Fraktion RP (seit November 2023), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion RP (April 2016 bis April 2021), Vorsitzender im LV RP (seit Mai 2022), stellv. Vorsitzender im LV RP (2019 bis 2022)
Bollmann, Gereon	MdB, SH (seit September 2017), Präsident des Bundesschiedsgerichts (Juni 2022 bis Juni 2024), Vorsitzender des Landesschiedsgerichts SH (2017 bis 2022), Mitglied der Landesprogrammkommission (seit mindestens 2021)
Borrmann, Kai	Bezirksverordneter in BR (seit September 2021), stellv. Vorsitzender des BV Berlin-Mitte (seit 2019)
Boßdorf, Irmhild	MdEP, NW (seit Juni 2024), Vorstandsmitglied des KV Rhein-Sieg (mindestens seit 2023), Mitarbeiterin zweier MdL (2017 bis 2022 sowie 2022 bis 2024)
Bothe, Stephan	MdL NI (seit Oktober 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion NI (seit Oktober 2024), stellv. Vorsitzender im LV NI (seit 2020)
Braga, Thorben	MdB, TH (seit Februar 2025), MdL TH (Oktober 2019 bis März 2025),

	parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion TH (seit Februar 2020), stellv. Sprecher im LV TH (seit November 2020), Landesvorstandsmitglied TH (Februar 2016 bis November 2020), Landesvorstandsmitglied der JA TH (Oktober 2017 bis Dezember 2018), Mitarbeiter der AfD-Fraktion TH (2015 bis 2019)
Brandes, Dirk	MdB, NI (seit September 2021), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2024)
Brandner, Stephan	MdB, TH (seit September 2017), zweiter parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit September 2021), stellv. Bundessprecher (seit Dezember 2019), MdL TH (Oktober 2014 bis Oktober 2017)
Braukmann, Martin	MdL SN (seit September 2024), Präsident des Bundesschiedsgerichts (seit Juni 2024), Vizepräsident des Bundesschiedsgerichts (Januar 2024 bis Juni 2024), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (seit November 2019), Vorsitzender des Landesschiedsgerichts SN (2018 bis 2020)
Braun, Jürgen	MdB, BW (September 2017 bis März 2025), zweiter parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (September 2017 bis September 2019)
Bronson, Hugh	MdA (seit Oktober 2016), stellv. Vorsitzender im LV BR (2014 bis 2016)
Brousek, Antonin	MdA (seit September 2021), **Parteiaustritt August 2023**
Brucker, Erhard	MdB, BY (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied BY (September 2019 bis Januar 2024), Kommunalmandat in Regensburg (seit 2020)
Bühl, Marcus	MdB, TH (seit September 2017), Mitarbeiter der AfD-Fraktion TH (2014 bis 2017)
Büttner, Matthias	MdL ST (seit März 2016), Landesvorstandsmitglied ST (seit September 2020)

Bystron, Petr	MdEP, BY (seit Juli 2024), MdB, BY (September 2017 bis Juli 2024), Vorsitzender im LV BY (November 2015 bis November 2017)
Cassel, Felix	Landesvorsitzender der JA NW (Oktober 2021 bis Oktober 2024), Landesvorstandsmitglied der JA NW (Oktober 2020 bis Oktober 2021)
Chrupalla, Tino	MdB, SN (seit September 2017), Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (seit September 2021), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (Oktober 2017 bis September 2021), Bundessprecher (seit November 2019), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Classen, Robin	Landesvorstandsmitglied RP (seit Dezember 2017), Landesvorstandsmitglied der JA RP (Januar 2016 bis April 2019)
Claus, Alexander	Landesvorstandsmitglied der JA TH (Oktober 2017 bis Dezember 2018, November 2022 bis März 2025), Fraktionsreferent der AfD im Thüringer Landtag
Clemens, Carlo	MdL NW (seit Juni 2022), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022 bis Juni 2024), JA-Bundesvorsitzender (April 2021 bis Oktober 2022), Landesvorsitzender der JA NW (Juli 2017 bis Oktober 2021)
Cotar, Joana*	MdB, HE (2017 bis März 2025), Bundesvorstandsmitglied (November 2020 bis Juni 2022), Landessprecherin im LV HE (2013 bis Juli 2014), **Parteiaustritt November 2022**
Csehan, Tim	Vorstandsmitglied des BV Herdecke (seit März 2024), stellv. Landesvorsitzender der JA NW (September 2019 bis Oktober 2021), Mitarbeiter eines MdB (ab 2022)
Curio, Gottfried	MdB, BR (seit September 2017), MdA (September 2016 bis September 2017)
Cyron, Anne	MdL BY (Oktober 2018 bis Oktober 2023)

Danner, Nickolas	Landesvorstandsmitglied JA BW (Juli 2023 bis Oktober 2024)
Demuth, Tim	Landesvorstandsmitglied JA BW (Oktober 2024 bis März 2025)
Deter, Marlon	Landesvorstandsmitglied BB (seit April 2024)
Detert, Uwe	Landesvorstandsmitglied NW (seit Februar 2024)
Dettmar, Kai Uwe	Landesvorstandsmitglied RP (seit Dezember 2017)
Dierkes, Rene	MdL BY (seit Oktober 2023)
Dietz, Thomas	MdB, SN (seit September 2021)
Dornack, Henning	Kommunalmandat in Bitterfeld-Wolfen (seit Juni 2019), Vorstandsmitglied des KV Anhalt-Bitterfeld (seit Januar 2017)
Dornau, Jörg	MdL SN (seit September 2019)
Dorow, Kevin	Landesvorstandsmitglied SH (seit August 2022), Landesvorsitzender der JA SH (Februar 2019 bis spätestens Juni 2021), stellv. Landesvorsitzender der JA SH (spätestens Mai 2018 bis Februar 2019)
Droese, Siegbert	MdEP, SN (seit Juni 2024), MdB, SN (September 2017 bis September 2021), Landesvorstandsmitglied SN (seit Mai 2024), stellv. Vorsitzender im LV SN (Februar 2016 bis September 2017 und Februar 2018 bis Mai 2024), Vorsitzender im LV SN (September 2017 bis Februar 2018)
Drößler, Christopher	MdB, TH (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied der JA TH (November 2022 bis März 2025)
Dünzel, Jonas	MdL SN (seit Oktober 2024), Kommunalmandat in Zwickau (seit Juni 2024), Vorstandsmitglied des KV Zwickau (seit 2021)
Ebenberger, Tobias	MdB, NW, Kreissprecher AfD Rhein-Sieg, stellv. Bezirkssprecher im Bezirk Köln (seit 2024), JA-Mitglied
Ebner-Steiner, Katrin	MdL BY (seit Oktober 2018), Vorsitzende der AfD-Fraktion BY (Oktober 2018 bis

	September 2021 und seit Oktober 2023), stellv. Vorsitzende im LV BY (Oktober 2017 bis September 2019), Landesvorstandsmitglied BY (Oktober 2015 bis Oktober 2017)
Eckert, David Christopher	Vorstandsmitglied des BV Lichtenberg (mindestens seit 2023), Landesvorsitzender der JA BR (November 2017 bis Juni 2019), Mitarbeiter eines MdB (seit Oktober 2017)
Edler, Lion	Landesvorstandsmitglied der JA BB (November 2021 bis November 2023 und April 2016 bis März 2017)
Ehtemai, Meysam*	Vorstandsmitglied im Verein MfD (seit Juni 2023), einfaches AfD-Mitglied, Mitarbeiter der AfD-Fraktion HE (seit mindestens 2021)
Engel, Christian	Vorstandsmitglied des KV Wunsiedel (mindestens seit 2023)
Engelhardt, Eric	JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis März 2025), Landesvorsitzender der JA TH (November 2022 bis März 2025), Landesvorstandsmitglied der JA TH (2020 bis November 2022)
Espendiller, Michael	MdB, NW (seit September 2017), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (2017 bis 2019), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Juni 2013 bis Februar 2014)
Esser, Klaus	MdL NW (seit Juni 2021), stellv. Vorsitzender im LV NW (Februar 2024 bis August 2024), **laufendes PAV**
Eyb, Wolfgang von	Kommunalmandat in Würzburg (seit März 2020)
Farle, Robert	MdB, ST (September 2021 bis März 2025), MdL ST (März 2016 bis Juni 2021), **Fraktionsaustritt September 2022, Parteiaustritt November 2023**
Fehre, Micha	MdB, NI (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied NI (seit April 2024),

	stellv. Kreisvorsitzender KV Hannover Stadt (seit April 2024)
Felser, Peter	MdB, BY (seit September 2017), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit Februar 2025)
Fessl, Wendelin	Stellv. Landesvorsitzender der JA MV (November 2022 bis März 2025), Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion MV (2021 bis mindestens Mai 2024), Mitarbeiter eines MdB (2021 bis 2022)
Fest, Nicolaus	MdEP, BR (Mai 2019 bis Juli 2024), Vorsitzender im LV BR (Januar 2020 bis März 2021), **Parteiausschluss Mai 2024**
Fiß, Daniel	Neurechter Aktivist
Fiz, Arnold	Kreisvorstand des KV Bernkastel-Wittlich (mindestens seit 2023), Stellv. Landesvorsitzender der JA RP (Juli 2023 bis März 2025)
Flak, Julian	Bundesvorstandsmitglied (Juli 2015 bis Dezember 2017), Mitglied des Bundeskonvents (September 2015 bis Dezember 2017 und seit Juni 2023), stellv. Vorsitzender im LV SH (seit August 2022), Landesvorsitzender der JA HH (August 2014 bis April 2016)
Förster, Horst	MdL MV (seit Dezember 2017)
Frerk, Adolf	einfaches AfD-Mitglied
Friedhoff, Dietmar	MdB, NI (September 2017 bis März 2025)
Friesen, Anton	MdB, TH (September 2017 bis September 2021), Landesvorsitzender der JA TH (2017 bis 2019), Landesvorstandsmitglied der JA TH (2016 bis 2017), einfaches AfD-Mitglied, Fraktionsreferent TH (2015 bis 2017)
Froelich, Tomasz	MdEP, HH (seit Juni 2024), stellv. JA-Bundesvorsitzender (seit Februar 2019), Landesvorsitzender der JA HH (spätestens Juli 2019 bis August 2021), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BW (2016 bis 2019), Mitarbeiter der EU-Delegation (2019 bis Juni 2024)

Frömming, Götz	MdB, BB (seit Februar 2025), MdB, BR (September 2017 bis Februar 2025), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit September 2019), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Frohnmaier, Markus	MdB, BW (seit September 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (seit Februar 2025), Vorsitzender im LV BW (seit Juli 2022), stellv. Vorsitzender im LV BW (Februar 2020 bis Juli 2022), Landesvorstandsmitglied BW (2013 bis März 2017), JA-Bundesvorsitzender (Mai 2015 bis Februar 2018), Landesvorsitzender der JA BW (2013 bis 2015 und 2016 bis 2017)
Gagel, Klaus	MdL HE (seit Oktober 2018)
Gahler, Torsten	MdL SN (seit Oktober 2019), Landesvorstandsmitglied SN (seit mindestens Februar 2018)
Galau, Andreas	MdL BB (seit Oktober 2014), Landtagsvizepräsident in BB (Oktober 2019 bis Oktober 2024), stellv. Vorsitzender im LV BB (April 2022 bis April 2024), Landesvorstandsmitglied BB (April 2019 bis April 2022 und seit April 2024)
Garbe, Heiner	Kreisvorstand des KV Dortmund (2018 bis 2024), Kommunalmandat in Dortmund (seit 2014)
Gauland, Alexander	MdB, BB (seit September 2017), (September 2017 bis September 2021), Ehrenvorsitzender der AfD (seit 2019), Bundessprecher (Dezember 2017 bis November 2019), stellv. Bundessprecher (April 2013 bis Dezember 2017), MdL BB (September 2014 bis September 2017), Vorsitzender im LV BB (Februar 2014 bis April 2017)
Geitz, Andreas	Kommunalmandat in Hagen (seit 2020)
Geng, Günter	Kommunalmandat in Kehl (seit 2019)

ANHANG

Gerhardt, Peter	MdL TH (seit September 2024), Landesvorstandsmitglied TH (Dezember 2018 bis November 2019), stellv. Landesvorsitzender der JA TH (November 2019 bis November 2022), Mitarbeiter eines MdL (März 2023 bis August 2024)
Gerlach, Joachim	Einfaches AfD-Mitglied
Gläser, Ronald	MdB, BR (seit Februar 2025), MdA (Oktober 2016 bis März 2025), parlamentarischer Geschäftsführer BR (2021 bis 2025), stellv. Fraktionsvorsitzender BR (2016 bis 2021), stellv. Landesvorsitzender der AfD BR (seit März 2021)
Glaser, Albrecht	MdB, HE (September 2017 bis März 2025), stellv. Bundesvorsitzender (Juli 2015 bis November 2019, Landesvorsitzender der AfD HE (Mai 2013 bis November 2013 und Mai 2015 bis Dezember 2017)
Gnauck, Hannes	MdB, BB (seit September 2021), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2024), JA-Bundesvorsitzender (Oktober 2022 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA BB (November 2021 bis November 2023), Landesvorstandsmitglied der JA BB (Januar 2020 bis November 2021)
Gögel, Bernd	MdL BW (seit April 2016), Vorsitzender im LV BW (Februar 2019 bis Februar 2020), stellv. Vorsitzender im LV BW (März 2017 bis Februar 2019), Vorsitzender der AfD-Fraktion BW (Dezember 2017 bis Dezember 2022)
Götz, Benjamin	Landesvorstandsmitglied BW (seit Februar 2024), stellv. Landesvorsitzender der JA BW (Juli 2023 bis März 2025)
Goßner, Hans-Jürgen	MdB, BW (ab Februar 2025), MdL BW (April 2021 bis April 2025)

Gottschalk, Kay	MdB, NW (seit September 2017), stellv. Bundessprecher (Dezember 2017 bis Dezember 2019 und seit Juni 2024), stellv. Vorsitzender im LV NW (seit Februar 2022)
Graupner, Richard	MdL BY (seit Oktober 2018), Bezirksvorsitzender AfD Unterfranken (seit 2018)
Grobe, Frank	MdL HE (seit Oktober 2018), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion HE (seit 2019)
Günther, Lars	MdL BB (seit September 2019), Landesvorstandsmitglied BB (April 2022 bis April 2024)
Gutner, Ekaterina	Vorstandsmitglied im Verein MfD (seit Juni 2023), einfaches AfD-Mitglied aus BY
Härtel, Andreas	Stellv. Kreisvorsitzender AfD Ulm (seit Oktober 2023)
Hättasch, Kurt	Landesvorstandsmitglied der JA SN (seit mindestens Oktober 2024), Kreisvorstandsmitglied Landkreis Leipzig (Mai 2024 bis mindestens November 2024), Mitarbeiter eines MdL (2024), Kommunalmandat Grimma (seit Juni 2024), **laufendes PAV, möglicherweise Parteiausschluss**
Hahn, Ingo	MdB, BY (seit Februar 2025), MdL BY (Oktober 2018 bis März 2025), Vorsitzender der AfD-Fraktion BY (September 2019 bis September 2021), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BY (November 2018 bis September 2019 und seit Oktober 2023), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Haisenko, Peter	Autor, kein AfD-Mitglied *(Urheber eines durch ein AfD-Mitglied verbreiteten, antisemitischen Artikels)*
Halemba, Daniel	MdL BY (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied der JA BY (Januar 2021 bis Januar 2023), Kreisvorstand Würzburg(seit 2023), Bezirksvorstand Unterfranken(seit 2020), **Parteiordnungsmaßnahmen verhängt, kein Parteiausschluss**

Hammerschmidt, Arthur	Landesvorstandsmitglied der JA BW (Juni 2022 bis März 2025)
Harder-Kühnel, Mariana	MdB, HE (September 2017 bis März 2025), stellv. Bundessprecherin (Juni 2022 bis Juni 2024)
Harlaß, Andreas	Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2018), Pressesprecher AfD SN (seit 2018)
Hartwig, Nils	Stellv. JA-Bundesvorsitzender (Oktober 2022 bis März 2025), JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis Oktober 2022), stellv. Landesvorsitzender der JA NW (Oktober 2021 bis Februar 2024 und seit Oktober 2024), Landesvorstandsmitglied der JA NW (Oktober 2020 bis Oktober 2021)
Hartwig, Roland	MdB, NW (September 2017 bis September 2021), einfaches AfD-Mitglied, persönlicher Referent von Alice Weidel (September 2021 bis Januar 2024)
Haseloff, Daniel	MdL TH (seit September 2024), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion TH (seit September 2024), Landesvorstandsmitglied TH (seit November 2020), Mitarbeiter eines MdL (bis 2024)
Hecht, Christian	MdL ST (seit Juni 2021), Vizepräsident des Bundesschiedsgerichts (2019 bis 2020), Präsident des Landesschiedsgerichts ST (2017 bis 2018)
Helferich, Matthias	MdB, NW (September 2021 bis Februar 2025 fraktionslos, ab Februar 2025 als AfD-Fraktionsmitglied), Landesvorstandsmitglied NW (Februar 2024 bis Juni 2024), **laufendes PAV**
Hellmuth, Steven	JA-Bundesvorstandsmitglied (Februar 2019 bis spätestens September 2020), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Juni 2021 bis März 2025), Mitarbeiter eines MdEP (seit mindestens Februar 2025)
Hempfling, Bernd	Kreisvorstand des KV Dortmund (seit 2020)

Henkel, Uli	MdL, BY (Oktober 2018 bis Oktober 2023), Mitglied des Bundeskonvents (ab 2018)
Heppe, Alexander	Landesvorstandsmitglied RP (seit November 2019)
Herr, Sascha	MdL HE (seit Oktober 2023), **Parteiaustritt November 2023**
Herrig, Thomas	Landesvorstandsmitglied der JA ST (Juni 2021 bis März 2025)
Hess, Martin	MdB, BW (seit September 2017), stellv. Vorsitzender im LV BW (März 2017 bis Februar 2019 und Februar 2020)
Hess, Nicole	MdB, HE (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied HE (seit November 2023)
Hilse, Karsten	MdB, SN (seit September 2017), Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2020)
Hock, Georg	Landesvorstandsmitglied BY (November 2017 bis September 2019 und seit Oktober 2021)
Höchst, Nicole	MdB, RP (seit September 2017), stellv. Vorsitzende im LV RP (seit Mai 2022), Kuratoriumsmitglied der DES
Höcke, Björn	MdL TH (seit September 2014), Vorsitzender der AfD-Fraktion TH (seit September 2014) Vorsitzender im LV TH (seit August 2013)
Hoffmann, Reimond	Landesvorstandsmitglied BW (Juli 2022 bis Februar 2024), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Juli 2016 bis Februar 2018), stellv. Landesvorsitzender der JA BW (September 2018 bis März 2019), **laufendes PAV**
Hohloch, Dennis	MdL BB (seit September 2019), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion BB (seit Oktober 2019), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2022), Landesvorstandsmitglied BB (April 2019 bis 2021), Landesvorsitzender der JA BB (2015 bis 2020)
Hohm, Jean-Pascal	MdL BB (seit Oktober 2024), Kreisvorstand des KV Cottbus (seit 2021), Landesvorstandsmitglied der JA BB (März 2017 bis

	Juni 2018), Landesvorsitzender der JA BB (ab Juli 2014 bis April 2016)
Holm, Leif-Erik	MdB, MV (seit September 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (2017 bis 2023), MdL MV (September 2016 bis November 2017), Vorsitzender im LV MV (2013 bis Februar 2014 und seit November 2014), Vorsitzender der AfD-Fraktion MV (September 2016 bis Oktober 2017), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Huber, Johannes	MdB, BY (September 2017 bis März 2025), **Parteiaustritt Dezember 2021**
Hünich, Lars	MdL BB (seit September 2019), Mitglied des Bundeskonvents (seit Juni 2024)
Hütter, Carsten	MdL SN (seit September 2014), Bundesvorstandsmitglied (seit November 2019), Mitglied des Bundeskonvents (seit mindestens Juni 2024), Landesvorstandsmitglied SN (November 2013 bis Februar 2020)
Jacob, Candy	Einfaches JA-Mitglied in TH
Jacobi, Fabian	MdB, NW (seit September 2017), stellv. Landessprecher im LV NW (Dezember 2017 bis Oktober 2019 und seit Februar 2024), Landesvorstandsmitglied NW (2013 bis Dezember 2017 und Oktober 2019 bis Februar 2024)
Jäger, Florian	MdB, BY (Juli 2021 bis September 2021), Mitglied des Bundeskonvents (2019 bis 2024), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis 2021), **Parteiaustritt Juli 2024**
Janich, Steffen	MdB, SN (seit September 2021)
Jank, Fabian	MdL BB (seit September 2024)
Joa, Matthias	MdL RP (seit März 2016), **Parteiaustritt September 2021**
John, Steffen	MdL BB (seit September 2019), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BB (September 2019 bis September 2024),

	Mitarbeiter der AfD-Fraktion BB (Januar 2018 bis Mai 2018), Mitarbeiter eines MdB (Juni 2018 bis November 2019)
Jongen, Marc	MdEP, BW (seit Juli 2024), MdB, BW (September 2017 bis Juli 2024), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022), Vorsitzender im LV BW (März 2017 bis Februar 2019), Landesvorstandsmitglied BW (2013 bis Februar 2024), Kuratoriumsmitglied der DES (seit Juli 2018)
Jordan, Nicole	Landesvorstandsmitglied HH (Oktober 2015 bis November 2017), Vorsitzende des BV Hamburg-Mitte (seit 2014)
Jungbluth, Alexander	MdEP, RP (seit Juli 2024), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2024), Mitglied des Bundeskonvents (seit Juni 2024), Landesvorsitzender der JA RP (April 2018 bis Juli 2021), Landesvorstandsmitglied der JA RP (September 2022 bis spätestens Juli 2024), Mitarbeiter eines MdB (bis Juni 2024)
Kachelmann, Sven	Stellv. JA-Bundesvorsitzender (April 2021 bis März 2025), JA-Bundesvorstandsmitglied (Februar 2019 bis April 2021), Landesvorsitzender der JA BY (November 2017 bis Januar 2023), stellv. Landesvorsitzender der JA BY (Juli 2016 bis November 2017), Landesvorstandsmitglied der JA BY (November 2015 bis Juli 2016)
Kaiser, Benedikt	Kein AfD-Mitglied, Mitarbeiter eines MdEP (seit mindestens Dezember 2024), Mitarbeiter eines MdB (2023 bis 2024 und seit April 2025)
Kaiser, Marie-Thérèse	Kommunalmandat Rotenburg/Wümme (seit 2021), Mitarbeiterin der AfD-Bundesgeschäftsstelle (seit 2019), Mitarbeiterin eines MdB (2019 bis April 2024),

	Mitarbeiterin eines MdL SN (seit März 2022), Mitarbeiterin eines MdB (seit 2024)
Kalbitz, Andreas	MdL BB (September 2014 bis Oktober 2024), Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion BB (November 2017 bis August 2020), parteiloses Mitglied der AfD-Fraktion BB (Mai 2020 bis Oktober 2024), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2017 bis Mai 2020), Vorsitzender im LV BB (April 2017 bis Juli 2020), stellv. Vorsitzender im LV BB (November 2015 bis April 2017), **Annullierung der Parteimitgliedschaft Mai 2020**
Karakaya, Mertcan	Landesvorstandsmitglied HB (seit 2019), stellv. Landesvorsitzender der JA HB (März 2019 bis Oktober 2019)
Kaufmann, Malte	MdB, BW (seit September 2021), Mitglied im Bundeskonvent (seit Februar 2018)
Kaufner, Dominik	MdL BB (seit Oktober 2024), Kreisvorstand des KV Havelland (seit 2018)
Keller, Falko	Kommunalmandat in Aschaffenburg (seit 2020), Kreisvorstand des KV Aschaffenburg (seit Oktober 2022)
Khan-Hohloch, Mary	MdEP, HE (seit Juli 2024), stellv. JA-Bundesvorsitzende (Februar 2019 bis Oktober 2022), stellv. Landesvorsitzende der JA HE (spätestens November 2017 bis mindestens Juli 2018), Landesvorstandsmitglied der JA HE (spätestens Juli 2017 bis spätestens November 2017 und spätestens Februar 2019 bis mindestens Oktober 2019)
Kirchner, Oliver	MdL ST (seit März 2016), Vorsitzender der AfD-Fraktion ST (seit März 2018), stellv. Vorsitzender im LV ST (seit 2023), Landesvorstandsmitglied ST (2021 bis 2023)
Kirste, Thomas	MdL SN (seit September 2019)
Kisoudis, Dimitrios	Grundsatzreferent des Bundessprechers (seit Februar 2022), Mitarbeiter eines MdB (November 2017 bis Februar 2022),

	Mitarbeiter eines MdEP (September 2016 bis Januar 2017)
Klauß, Miguel	MdL BW (seit April 2021)
Klecker, Dennis	MdL BW (seit September 2023)
Kleinschmidt, Kurt	MdB, SH (seit Februar 2025), Vorsitzender im LV SH (seit August 2022)
Kleinwächter, Norbert	MdB, BB (September 2017 bis März 2025), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (September 2021 bis Oktober 2023)
Kloß, Alexandra	Mitarbeiterin eines MdB (seit September 2017), Mitarbeiterin der AfD-Fraktion TH (2016 bis 2017)
Kneller, Maximilian	MdB, NW, Landesvorstandsmitglied JA NW (2019 bis 2022)
Koch, Sebastian	stellv. Landesvorsitzender der JA ST (Dezember 2020 bis Juni 2021), Kreisvorstand des KV Stendal
Kofner, Jurij	Kreisvorstand des KV Miesbach, Mitarbeiter der AfD-Fraktion BY (seit Juni 2020)
Kohl, Hagen	MdL ST (seit März 2016)
Köhler, Gordon	MdL ST (seit Juni 2021), Landesvorstandsmitglied ST (September 2020 bis 2024), Landesvorstandsmitglied der JA ST (November 2017 bis Juni 2021), Mitarbeiter eines MdB (2018 bis 2020), Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion ST (2020 bis Juni 2021)
Köhler, Severin	Landesvorstandsmitglied BW (bis Februar 2024), Landesvorsitzender der JA BW (Juni 2022 bis Oktober 2024), stellv. Landesvorsitzender der JA BW (Februar 2020 bis Juni 2022), Landesvorstandsmitglied der JA BW (März 2019 bis Februar 2020), **laufendes PAV**
König, Jörn	MdB, NI (seit September 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (seit Oktober 2023),

	Landesvorstandsmitglied NI (April 2018 bis September 2020), stellv. Vorsitzender im LV NI (März 2015 bis Januar 2018)
Kohler, Martin	Landesvorsitzender der JA BR (Mai 2022 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA BB (Juli 2014 bis Januar 2020), stellv. Landesvorsitzender der JA BR (August 2020 bis Mai 2022)
Kolek, Patrick	Mitarbeiter der AfD-Ratsfraktion Köln (bis mindestens 2020), Mitglied des KV Wuppertal, Influencer Neue Rechte
Komning, Enrico	MdB, MV (seit September 2017), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit Oktober 2019), MdL MV (Oktober 2016 bis November 2017), Landesvorstandsmitglied MV (2015 bis November 2023), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion MV (Oktober 2016 bis November 2017)
Koppehel, Nadine	MdL ST (seit Juni 2021)
Korell, Thomas	MdB, ST (seit Februar 2025), MdL ST (Juni 2021 bis März 2025)
Kotré, Lena	MdL BB (seit September 2019), stellv. parlamentarische Geschäftsführerin und stellv. Vorsitzende der AfD-Fraktion BB (seit Oktober 2019), Landesvorstandsmitglied BB (2017 bis 2022)
Kotré, Steffen	MdB, BB (seit September 2017), Mitglied der Bundesprogrammkommission , Landesvorstandsmitglied BB (seit Februar 2024)
Krah, Maximilian	MdB, SN (seit Februar 2025), MdEP, SN (Mai 2019 bis März 2025), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022 bis Mai 2024), stellv. Vorsitzender im LV SN (Februar 2018 bis Februar 2020)
Kramer, Nikolaus	MdL MV (seit September 2016), Vorsitzender der AfD-Fraktion MV (seit Oktober 2017),

	Landesvorstandsmitglied MV (November 2016 bis November 2023), Mitglied des Landesschiedsgerichts MV (November 2014 bis November 2015)
Küble, Fabian	JA-Bundesvorstandsmitglied (Oktober 2022 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA SN (Januar 2019 bis März 2025) Kommunalmandat Plauen (seit Juni 2024)
Kühn, Steffen	Kommunalmandat in Gräfenhainichen (seit Juni 2024), Kreistagsmandat in Wittenberg (seit Juni 2024)
Kühne, Jörg	MdL SN (September 2019 bis September 2024)
Kuffert, Roman	MdL BB (seit Oktober 2024), Landesvorstandsmitglied BB (April 2022 bis April 2024)
Kuhs, Joachim	MdEP, BW (Mai 2019 bis Juni 2024), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2017 bis Juni 2022), Bundesvorsitzender der ChrAfD (seit Oktober 2017)
Kuppi, Lars	MdL SN (seit September 2019)
Laatsch, Harald	MdA (seit September 2016), stellv. Vorsitzender im LV BR (Juli 2014 bis Januar 2016)
Ladzinski, Thomas	MdB, SN (seit Februar 2025), JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis Oktober 2022)
Lambrou, Robert	MdL HE (seit Januar 2019), Vorsitzender der AfD-Fraktion HE (seit Januar 2019), Landessprecher im LV HE (seit Januar 2019), Vorsitzender im Verein MfD (seit Juni 2023)
Lauerwald, Wolfgang	MdL TH (seit Oktober 2019)
Leisten, Anna	JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis März 2025), Landesvorsitzende der JA BB (November 2021 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzende der JA BB (März 2017 bis November 2021),

	Landesvorstandsmitglied der JA BB (April 2016 bis März 2017)
Lehnert, Erik	Kein AfD-Mitglied, Vorstandsmitglied der DES (September 2019 bis Mai 2020), Mitarbeiter eines MdB (2018 bis mindestens 2020), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BB (seit 2021)
Lensing, Sascha	MdB, NW (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied NW (seit August 2024), Kreisvorstandsmitglied Duisburg (seit 2020), Kommunalmandat Duisburg (seit 2020)
Lichert, Andreas	MdL HE (seit Januar 2019), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion HE (seit Januar 2019), Landessprecher im LV HE (seit November 2021), Landesvorstandsmitglied HE (2015 bis 2017 und Oktober 2019 bis November 2021)
Lichtenheld, Carolin	Landesvorsitzende der JA TH (November 2022 bis März 2025)
Lieschke, Matthias	MdL ST (seit März 2016); Kommunalmandat Wittenberg (seit 2014), Kreisvorsitzender Wittenberg
Limmer, Sylvia*	MdEP, BY (Juli 2019 bis Juli 2024), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2019 bis Juni 2022), **Parteiaustritt Mai 2024**
Lindemann, Gunnar	MdA (seit September 2016), Landesvorstandsmitglied BR (seit März 2021)
Lizureck, Frank Otto	MdL ST (seit Juni 2021)
Lochner, Tim	Oberbürgermeister in Pirna (seit Februar 2024), kein AfD-Mitglied, parteiloser AfD-Kandidat
Lohr, Damian	MdL RP (seit Mai 2016), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion RP (seit 2021), JA-Bundesvorsitzender (Februar 2018 bis Februar 2021), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Januar 2014 bis November 2014), JA-Bundesvorstandsmitglied (Juni 2013 bis Januar 2014),

	Landesvorsitzender der JA RP (August 2014 bis April 2018)
Loth, Hannes	MdL ST (März 2016 bis September 2023), Landesvorstandsmitglied ST (Juni 2018 bis 2024), AfD-Bürgermeister in Raguhn-Jeßnitz (seit September 2023)
Loose, Christian	MdL NW (seit Mai 2017), Kommunalmandat Bochum (Juni 2014 bis 2020), Kreisvorstandsmitglied Bochum (seit 2013)
Lucas, Hartmut	Kommunalmandat in Saale-Orla (Mai 2023 bis Mai 2024), Gebietsvorsitzender in Saale-Orla (seit 2021)
Lucassen, Rüdiger	MdB, NW (seit September 2017), Vorsitzender im LV NW (Oktober 2019 bis Februar 2022)
Lucke, Bernd*	MdEP, NI (Juni 2014 bis Juli 2019), Bundessprecher (April 2013 bis Juli 2015), **Parteiaustritt Juli 2015**
Lützow, Daniel Freiherr von	MdL BB (seit September 2019), stellv. Vorsitzender im LV BB (2015 bis 2022 und seit April 2024)
Maier, Christoph	MdL BY (seit November 2018), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion BY (seit Oktober 2023), Mitglied des Landesschiedsgerichts BY (2013 bis 2015)
Mailbeck, Gabrielle	Bezirksrätin Schwaben (seit November 2023), Kreisvorstandsmitglied Augsburg-Land (seit April 2024)
Malsack-Winkemann, Birgit	MdB, BR (September 2017 bis September 2021), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (November 2020 bis Juli 2023)
Mandic, Dubravko	Mitglied des Landesschiedsgerichts BW (ab 2014), Bundesvorstandsmitglied Patriotische Plattform (ab 2014), Kommunalmandat in Freiburg (Mai 2019 bis April 2021), **Parteiaustritt April 2021**

Matzerath, Markus	MdB, NW (seit Februar 2025), Kommunalmandat Alsdorf (seit Februar 2021)
Mayer, Norbert	MdL SN (seit September 2019), Mitglied des Landesschiedsgerichts SN (seit 2014)
Maygutiak, Taras	Kommunalmandat Offenburg (seit 2014)
Mengel-Stähle, Elisabeth	MdL TH (seit März 2025), Kommunalmandat Saale-Holzland-Kreis (seit Mai 2024)
Mertens, Christian	MdL ST (seit September 2023), Landesvorstandsmitglied ST (bis mindestens März 2025), JA-Bundesvorstandsmitglied (Februar 2018 bis spätestens Februar 2019), Landesvorsitzender der JA ST (Juni 2021 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA ST (spätestens Juli 2017 bis Juni 2021), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Oktober 2016 bis spätestens Juli 2017), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis 2020), Mitarbeiter eines MdL (2020 bis September 2023)
Meuthen, Jörg*	MdEP, BW (September 2017 bis Juli 2024), Bundessprecher (Juli 2015 bis Januar 2022), MdL BW (März 2016 bis Dezember 2017), Vorsitzender im LV BW (Juli 2015 bis Oktober 2016), stellv. Vorsitzender im LV BW (Januar 2015 bis Juli 2015), Landesvorstandsmitglied BW (November 2013 bis Januar 2015), Vorsitzender der AfD-Fraktion BW (März 2016 bis September 2017), **Parteiaustritt Januar 2022**
Michalzik, Kevin	JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA ST (Juni 2023 bis März 2025), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Dezember 2019 bis Juni 2023)
Moldenhauer, Jan	MdL ST (seit Juni 2021), Landesvorstandsmitglied ST (seit 2020), Vorstandsmitglied der DES (2019 bis 2021),

	Vorsitzender der Friedrich-Friesen-Stiftung ST (2016 bis 2021), JA-Vorstandsmitglied ST (2016 bis 2018),
Möller, Stefan	MdB, TH (seit Februar 2025), MdL TH (September 2014 bis März 2025), Landessprecher im LV TH (seit 2014)
Moncsek, Mike	MdB, SN (September 2021 bis März 2025), MdL SN (seit September 2024), Landesvorstandsmitglied SN (2017 bis 2020)
Monzon, Alejandra Catalina	Kreisvorsitzende des AfD-Kreisverbands Kusel (seit August 2024)
Moosdorf, Matthias	MdB, SN (seit September 2021), Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2020), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis September 2021)
Mücher, Christian	einfaches AfD-Mitglied in ST (seit mindestens Juni 2022), einfaches JA-Mitglied (seit mindestens Februar 2019)
Müger, Maximilian	MdL HE (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied HE (Dezember 2017 bis Dezember 2019), stellv. Landesvorsitzender der JA HE (Juni 2024 bis September 2024), Landesvorstandsmitglied der JA HE (2018 bis Juni 2024), Mitarbeiter eines MdB (April 2018 bis Oktober 2018), Mitarbeiter eines MdL (Dezember 2018 bis Juni 2023), **Parteiaustritt September 2024**
Müller, Hansjörg	MdB, BY (September 2017 bis September 2021), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (2017 bis 2019), stellv. Vorsitzender im LV BY (September 2019 bis Oktober 2021)
Müller, Mario	Mitarbeiter eines MdB (seit Juli 2022)
Münzenmaier, Sebastian	MdB, RP (seit September 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (seit 2019), stellv. Vorsitzender im LV RP (seit 2017), Mitarbeiter der AfD-Fraktion RP (2016 bis Oktober 2017),

	Landesvorsitzender der JA RP (spätestens August 2013 bis spätestens August 2014)
Naujok, Edgar	MdB, SN (seit September 2021)
Naulin, Thomas	Kommunalmandat in Vorpommern-Rügen (Juni 2019), Kreisvorstandsmitglied Vorpommern-Rügen (Mai 2022 bis März 2025)
Neuhoff, Hans	MdEP, NW (seit Juli 2024), Mitglied der Bundesprogrammkommission, Landesvorstandsmitglied NW (seit Februar 2022)
Neumann, Marvin	JA-Bundesvorsitzender (April 2021 bis Mai 2021), Landesvorstandsmitglied der JA BB (ab Juli 2020 bis mindestens Februar 2021), Mitarbeiter eines MdB (seit 2022), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BB (Juni 2021 bis 2022), **Parteiaustritt Mai 2021**
Nguyen, Anna	MdL HE (seit Oktober 2023), Kommunalmandat Frankfurt (seit 2021)
Nolte, Benjamin	MdL BY (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied BY (November 2017 bis September 2019 und seit Oktober 2021), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Februar 2014 bis März 2014)
Nolte, Jan	MdB, HE (seit September 2017), Landesvorstandsmitglied HE (seit November 2021), JA-Bundesvorstandsmitglied (Juli 2016 bis Februar 2018), Landesvorsitzender der JA HE (spätestens ab August 2016 bis spätestens Januar 2019)
Oberhoffner, Jens	MdL SN (seit September 2019)
Oehme, Ulrich	MdB, SN (September 2017 bis September 2021), Bundesvorsitzender der ChrAfD (seit 2015), Landesvorstandsmitglied SN (2016 bis 2017)
Österle, Arthur	MdL SN (seit September 2024)
Ostermair, Alois	Kreisvorstand des KV Miesbach, **Parteiaustritt November 2021**
Paul, Joachim	MdL RP (seit Mai 2016), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion RP (2016 bis 2021), Bundesvorstandsmitglied (November 2019 bis

	Juni 2022), stellv. Vorsitzender im LV RP (Dezember 2017 bis November 2019), Landesvorstandsmitglied RP (2013 bis 2015 und November 2019 bis Mai 2022)
Peterka, Tobias Matthias	MdB, BY (seit September 2017), Landesvorsitzender der JA BY (2013 bis November 2015), Landesvorstandsmitglied der JA BY (November 2015 bis Juli 2016)
Petersen, Olga	MdHB (März 2020 bis Dezember 2024), Landesvorstandsmitglied HH (Januar 2020 bis November 2021), **Fraktionsausschluss Mai 2024, laufendes PAV**
Petersen-Brendel, Jan	Kreisvorstand des RV Flensburg-Schleswig, **laufendes PAV seit Mitte 2021**
Pfannes, Pascal	Kreisvorstandsmitglied Augsburg-Land (seit mindestens Juli 2023)
Pfau, Stefan	Stellv. Landesvorsitzender der JA BB (November 2023 bis März 2025), Landesvorstandsmitglied der JA BB (November 2021 bis November 2023)
Podeswa, Rainer	MdL BW (März 2016 bis August 2023), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BW (September 2016 bis Januar 2019 und Januar 2023 bis August 2023), Landesvorstandsmitglied BW (seit Februar 2024)
Pöhlmann, Tim	Kreisvorstandsmitglied AfD Mittelsachsen (seit Oktober 2024), Vorsitzender der JA Mittelsachsen (Februar 2024 bis März 2025)
Pöschl, Wolfgang	Kommunalmandat in Cham , Kreisvorstand des KV Cham, **Parteiausschluss Januar 2025**
Pohl, Jürgen	MdB, TH (September 2017 bis März 2025)
Prantl, Thomas	MdL SN (seit September 2019)

Prophet, Jörg	MdL TH (seit September 2024), Kommunalmandat in Nordhausen (2019 bis November 2024)
Protschka, Stephan	MdB, BY (seit September 2017), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 17 bis Juni 2022), Vorsitzender im LV BY (seit Oktober 2021)
Rappenberg, Zakia*	Vorstandsmitglied im Verein MfD (seit Juni 2023), einfaches AfD-Mitglied in HE
Rausch, Daniel	MdL ST (seit März 2016)
Reichardt, Martin	MdB, ST (seit September 2017), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2022), Vorsitzender im LV ST (seit Juni 2018)
Reil, Guido	MdEP, NW (Mai 2019 bis Juni 2024), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2017 bis Dezember 2019)
Renner, Martin	MdB, NW (seit September 2017), Vorsitzender im LV NW (August 2015 bis Dezember 2017)
Reusch, Roman *	MdB, BB (September 2017 bis September 2021), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2022), Landesvorstandsmitglied BB (November 2015 bis August 2023)
Richter, Volker	MdL HE (seit Oktober 2018)
Riedel, Dante	Stellv. Landesvorsitzender der JA TH (November 2022 bis März 2025), Mitarbeiter eines MdB (seit mindestens Dezember 2023)
Rinck, Frank	MdB, NI (September 2021 bis März 2025), Vorsitzender im LV NI (Mai 2022 bis April 2024), Landesvorstandsmitglied NI (2018 bis 2020)
Röckemann, Thomas	MdL NW (Juni 2017 bis Juni 2022 und seit März 2025), Vorsitzender im LV NW (Dezember 2017 bis Oktober 2019), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (Juli 2015 bis 2017), Kommunalmandat in Minden-Lübbecke (seit 2014)

Roi, Daniel	MdL ST (seit März 2016), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion ST (März 2016 bis November 2016), Landesvorstandsmitglied ST (2013 bis 2014 und 2015 bis 2016), **Ausschluss aus der Landtagsfraktion im Dezember 2024,** **laufendes PAV**
Roos, Jochen	MdL HE (seit Oktober 2023), Landesvorsitzender der JA HE (Juni 2024 bis März 2025), Kommunalmandat im Landkreis Offenbach (seit 2021) stellv. Landesvorsitzender der JA HE (spätestens ab August 2016 bis spätestens November 2017), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis 2023)
Rothfuß, Rainer	MdB, BY (seit März 2023), stellv. Vorsitzender im LV BY (seit Oktober 2021), Kuratoriumsmitglied der DES (seit 2018), Kommunalmandat in Lindau (seit 2020)
Rottmann, Daniel*	MdL BW (März 2016 bis März 2021), Vorsitzender des KV Ulm/Alb-Donau (seit Oktober 2023)
Rottstedt, Vivien	MdL TH (seit September 2024), Kreisvorstand des KV Mittelthüringen (seit 2022), Landesvorstandsmitglied der JA TH (November 2020 bis März 2025)
Rudy, Thomas	MdL TH (September 2014 bis September 2024)
Ruß, Florian	Stellv. Landesvorsitzender der JA ST (Juni 2021 bis März 2025), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Dezember 2019 bis Juni 2021)
Sachse, Eckbert	Landesvorstandsmitglied HH (seit November 2021), Mitglied der Bundesprogrammkommission, Kommunalmandat in Wandsbek (seit 2019)
Sänze, Emil	MdL BW (seit April 2016), Vorsitzender im LV BW (seit Juli 2022), Vorsitzender der AfD-Fraktion BW (April 2016 bis Januar 2019), Mitglied des Bundeskonvents, Mitglied der Bundesprogrammkommission

Salinger, Elmar	Kreisvorstand des BV Düsseldorf (seit 2020), Kommunalmandat in Düsseldorf (seit 2020)
Sander, Florian	Kreisvorstand des KV Bielefeld (seit März 2020), Kommunalmandat in Bielefeld (seit Dezember 2020)
Schaffer, Claus	MdL SH (Mai 2017 bis Mai 2022), stellv. Vorsitzender im LV SH (April 2016 bis Juli 2017), **wahrscheinlicher Parteiaustritt spätestens Oktober 2024**
Schalley, Zacharias	MdL NW (seit Mai 2022), Kommunalmandat in Meerbusch (seit 2020), Landesvorstandsmitglied der JA NW (spätestens August 2017 bis September 2019 sowie Oktober 2020 bis Oktober 2022) Mitarbeiter eines MdB (Oktober 2021 bis Mai 2022), Mitarbeiter eines MdL (Juni 2017 bis Juli 2019), Mitarbeiter der AfD-Fraktion NW (August 2019 bis September 2021)
Scharpe, Nicole	Stellv. Landesvorsitzende der JA SN (April 2023 bis Oktober 2024), Landesvorstandsmitglied der JA SN (Dezember 2020 bis März 2025)
Schattner, Bernd	MdB, RP (seit September 2021), stellv. Vorsitzender im LV RP (seit November 2019)
Schenk, Gerhard	MdL HE (seit Oktober 2018)
Schick, Jonas	Kein AfD-Mitglied, Mitarbeiter eines MdB (2018 bis 2021 und 2023), einfaches JA-Mitglied (2016 bis 2017)
Schieske, Lars	MdB, BB (seit Februar 2025), MdL BB (September 2019 bis März 2025)
Schleich, Pascal	MdL HE (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied der JA HE (Oktober 2022 bis Juli 2023 und Juni 2024 bis März 2025)
Schmid, Franz	MdL BY (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied AfD BY, JA-Bundesvorstandsmitglied (Oktober 2022 bis März 2025), Landesvorsitzender der JA BY (Januar 2024 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA BY (Januar 2023 bis

	Januar 2024), Landesvorstandsmitglied der JA BY (Januar 2021 bis Januar 2023)
Schmidt, Eugen	MdB, NW (September 2021 bis März 2025), Leiter der bundesweit tätigen innerparteilichen Gruppierung Russlanddeutsche in der AfD
Schmidt, Jan Wenzel	MdB, ST (seit September 2021), MdL ST (März 2016 bis Juni 2021), Landesvorstandsmitglied ST (seit 2015), Landesvorsitzender der JA ST (August 2015 bis Juni 2021), Vorstandsmitglied JA ST (April bis August 2015)
Schmiedel, Catherine*	Stellv. Vorsitzende im Verein MfD (seit Juni 2023), Vorsitzende des OV Weschnitztal/Überwald
Schneider-Gärtner, Eva Maria	MdL MV (seit Oktober 2021), Mitarbeiterin mehrerer MdL (2017 bis 2021), **Fraktionsaustritt April 2023**
Schnurrbusch, Volker	MdEP, SH (seit März 2025), MdL SH (Mai 2017 bis Mai 2022), Vorsitzender der AfD-Fraktion SH (Mai 2017 bis September 2020), stellv. Vorsitzender im LV SH (2015 bis Juli 2017 und seit August 2022), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Schöps, Silke	Kommunalmandat Dresden (seit Mai 2019)
Scholz, Heiko	MdL HE (seit Oktober 2023), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2024), stellv. Vorsitzender im LV HE (seit Oktober 2019), Landesvorstandsmitglied HE (Dezember 2017 bis Oktober 2019)
Schrade, Hansjörg	Landesvorstandsmitglied BW (Februar 2022 bis Februar 2023), Kommunalmandat in Reutlingen (seit Dezember 2021), Kreisvorstand des KV Reutlingen (seit 2018)
Schröder, Florian	MdL ST (seit Juni 2021), Kommunalmandat im Saalekreis (seit 2019)
Schuh, Dieter	Einfaches AfD-Mitglied, zitierter Facebook-User

Schult, Enrico	MdL MV (seit Oktober 2021), Vorsitzender im LV MV (seit Oktober 2021)
Schulz, Dimitri	MdL HE (seit Oktober 2018), Gründungsmitglied der JAfD (seit 2018), Schatzmeister JAfD
Schulz, Uwe	MdB, HE (seit September 2017), Mitglied des Bundeskonvents
Schumann, Michael	Landesvorsitzender der JA Hamburg (spätestens Januar 2024 bis März 2025), Mitarbeiter der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (seit 2020)
Schwarzer, Sören	JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis Oktober 2022), Landesvorstandsmitglied der JA SN (Januar 2019 bis Dezember 2019), stellv. Landesvorsitzender der JA SN (Dezember 2019 bis April 2022)
Sebbin, Daniel	Kein AfD-Mitglied, Betreiber Patrialaden
Seidler, Rebecca	Landesvorstandsmitglied NI (Juni 2020 bis August 2021), Landesvorsitzende der JA NI (April 2021 bis September 2022), Mitarbeiterin Bundestagsfraktion (mindestens seit 2023)
Seifert, Dario	MdB, MV (seit Februar 2025), Kommunalmandat in Stralsund (seit 2019), Kreisvorstand des KV Vorpommern-Rügen (Mai 2022 bis 2024), stellv. Landesvorsitzender der JA MV (Juni 2018 bis Februar 2020)
Seitz, Thomas	MdB, BW (September 2017 bis März 2025), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (2015 bis 2017), Mitglied des Bundeskonvents (2017 bis 2019 und 2023 bis 2024), **Parteiaustritt März 2024**
Seli-Zacharias, Enxhi	MdL NW (seit Mai 2022), stellv. Vorsitzende der AfD-Fraktion NW (seit Juni 2022), Kommunalmandat in Gelsenkirchen (seit 2020)

Sell, Alexander	MdEP, BR (seit Juni 2024), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis Juni 2024)
Sesselmann, Robert	Landrat in Sonneberg (seit Juli 2023), MdL TH (Oktober 2019 bis Juli 2023), Landesvorstandsmitglied TH (seit Februar 2018)
Sichert, Martin	MdB, NI (seit Februar 2025), MdB, BY (September 2017 bis Februar 2025), Vorsitzender im LV BY (November 2017 bis 2019), stellv. Vorsitzender im LV BY (2013 bis 2014), Mitglied des Bundeskonvents (ab 2015)
Siegmund, Ulrich	MdL ST (seit März 2016), Landesvorstandsmitglied ST (seit 2016)
Singer, Ulrich	MdL BY (seit Oktober 2018), Vorsitzender der AfD-Fraktion BY (September 2021 bis Oktober 2023)
Spaniel, Dirk	MdB, BW (September 2017 bis März 2025), Landesvorsitzender BW (Februar 2019 bis Februar 2020), **Parteiaustritt Oktober 2024**
Springer, René	MdB, BB (seit September 2017), Vorsitzender im LV BB (seit April 2024), stellv. Vorsitzender im LV BB (April 2022 bis April 2024), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BB (2014 bis 2017)
Stauch, Michael	Landesvorstandsmitglied BY (Oktober 2021 bis Januar 2024), Kommunalmandat in Dachau (seit September 2021), Landesvorsitzender der JA BY (Januar 2023 bis Januar 2024)
Stein, Thore	MdL MV (seit Oktober 2021), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion MV (seit Oktober 2021), Mitarbeiter der AfD-Fraktion MV (2017 bis Oktober 2021)
Stein, Udo	MdL BW (seit März 2016)
Steinbach, Erika	Vorsitzende der DES (seit März 2018), einfaches AfD-Mitglied in HE (seit Februar 2022)
Storch, Beatrix von	MdB, BR (seit September 2017), stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion (seit

	Oktober 2017), MdEP, BR (Mai 2014 bis November 2017), stellv. Bundessprecherin (Juli 2015 bis Dezember 2017 und Dezember 2019 bis Juni 2022), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2017 bis Dezember 2019), Vorsitzende im LV BR (Januar 2016 bis November 2017)
Tabor, Tommy	MdA (seit Oktober 2017), Bezirksverordneter Spandau (seit mindestens September 2021), Bezirksvorstandsmitglied Spandau (seit mindestens November 2016)
Tadsen, Jan-Philip	MdL MV (seit Oktober 2021), stellv. Fraktionsvorsitzender der AfD MV, Landesvorstandsmitglied der JA MV (November 2022 bis März 2025), Mitarbeiter der AfD-Fraktion MV (2017 bis Oktober 2021)
Teich, Tobias	MdB, BY (seit Februar 2025), stellv. Vorsitzender im LV BY (Januar 2024), Kommunalmandat in Pfaffenhofen (seit 2022)
Teichner, Felix	MdL BB (seit September 2019), Landesvorstandsmitglied BB (seit April 2022), Kreisvorsitzender der AfD Uckermark
Teske, Robert	MdB, TH (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied AfD TH (seit Dezember 2024), Landesvorstandsmitglied der JA TH (November 2020 bis November 2022), Landesvorsitzender der JA HB (Oktober 2016 bis März 2019), Büroleiter eines MdL TH (2019 bis Februar 2025)
Thrum, Uwe	MdL TH (seit Oktober 2019)
Tillschneider, Hans-Thomas	MdL ST (seit März 2016), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion ST (seit 2021), stellv. Vorsitzender im LV ST (seit September 2020), Landesvorstandsmitglied ST (Mai 2016 bis Juni 2018), Mitglied der Bundesprogrammkommission

Timm, Paul	MdL MV (seit Oktober 2021), Mitglied des Landesschiedsgerichts MV (seit November 2021), Landesvorstandsmitglied der JA MV (November 2021 bis November 2022), Mitarbeiter der AfD-Fraktion MV (2017 bis 2021)
Tischer, Maximilian	Stellv. Landesvorsitzender der JA ST (Juni 2021 bis Juni 2023), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Dezember 2019 bis Juni 2021), Mitarbeiter eines MdEP (seit Juli 2024) und MdB (2018 bis mindestens 2021), Kommunalmandat in Möser (seit Juni 2024)
Treichel, Stefan	Kommunalmandat (mindestens seit 2019), **Parteiausschluss 2022**
Treuheit, Bastian	MdB, BY, Mitglied im AfD-Kreisvorstand Fürth/Neustadt a. d. Aisch (seit 2018), Vorsitzender AfD-Ortsverband Zirndorf (seit 2023), JA-Mitglied
Treutler, Jürgen	MdL TH (seit September 2024), Kommunalmandat in Sonneberg (seit 2019)
Tritschler, Sven	MdL NW (seit Mai 2017), stellv. Sprecher im LV NW (Februar 2022 bis Februar 2024 und seit März 2025), Landesvorstandsmitglied NW (2014 bis 2015), JA-Bundesvorsitzender (Mai 2015 bis Februar 2018), Landesvorsitzender der JA NW (Februar 2014 bis Juli 2017)
Tschich, Alexander	Landesvorsitzender der JA MV (November 2021 bis März 2025)
Turban, Karl-Heinz	Vorstandsmitglied des BV Tempelhof-Schöneberg (seit 2016)
Ulbrich, Roland	MdL SN (September 2019 bis September 2024), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (Juni 2022 bis Januar 2024), **Fraktionsaustritt Januar 2024,** **PAV angekündigt**

Urban, Jörg	MdL SN (seit September 2014), Vorsitzender im LV SN (seit Februar 2018), Vorsitzender der AfD-Fraktion SN (2017)
Vallendar, Marc	MdA (seit September 2016), stellv. Landesvorsitzender der JA BR (2014 bis 2016), Landesvorstandsmitglied der JA BR (Januar 2018 bis spätestens Januar 2019)
Vierfuß, Gerhard	Kommunalmandat in Oldenburg (2019 bis 2021), Mitglied des Landesschiedsgerichts NI (ab September 2018), Mitarbeiter der Landtagsfraktion BB (seit mindestens Mai 2024)
Vierkant, Thorben	Kreisvorstand des KV Halle (seit mindestens 2023), Kommunalmandat in Halle (seit Juli 2024), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Dezember 2019 bis Juni 2023)
Vincentz, Martin	MdL NW (seit Mai 2017), Vorsitzender der AfD-Fraktion NW (seit Mai 2022), Landesvorsitzender der AfD NW (seit Februar 2022)
Walbrunn, Markus	MdL BY (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied BY (seit Januar 2024), Mitarbeiter eines MdL (2019 bis 2023)
Walczak, Krzystof	MdHB (seit Februar 2020), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion HH (seit Februar 2020), stellv. Vorsitzender im LV HH (seit Januar 2020), Landesvorstandsmitglied HH (2015 bis 2020), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Juli 2016 bis Februar 2018), Landesvorsitzender der JA HH (August 2014 bis Februar 2019), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis mindestens 2020), Mitarbeiter eines MdL (2017 bis mindestens 2020)
Wald, Daniel	MdL ST (seit April 2018), Kreisvorstand des KV Saalekreis (seit 2016)
Weber, Marvin	Kreisvorstand des KV Paderborn (mindestens seit 2020), Kommunalmandat in Paderborn (mindestens seit 2020)

Weidel, Alice	MdB, BW (seit September 2017), Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion (seit September 2017), Bundessprecherin (seit Juni 2022), Vorsitzende im LV BW (Februar 2020 bis Juli 2022)
Weigand, Rolf	MdL SN (Januar 2018 bis September 2024), Kommunalmandat in Großschirma (seit Oktober 2024), Landesvorsitzender der JA SN (Januar 2019 bis Dezember 2020)
Weiß, Thorsten	MdA (seit Oktober 2016), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BR (seit November 2021), Landesvorstandsmitglied BR (2016 bis 2020), Landesvorsitzender der JA BR (Dezember 2014 bis November 2017)
Weyel, Harald	MdB, NW (September 2017 bis März 2025), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022 bis Juni 2024), Kuratoriumsmitglied der DES (seit 2019)
Wiehle, Wolfgang	MdB, BY (seit September 2017)
Wiesner, Alexander	MdL SN (seit Oktober 2019), Landesvorsitzender der JA SN (Dezember 2020 bis Oktober 2024)
Winhart, Andreas	MdL BY (seit Oktober 2018), parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion BY (seit September 2021), Bezirksvorstandsmitglied AfD Oberbayern (2015 bis 2017 und seit 2024), AfD Kreisvorstandsmitglied Rosenheim (2015 bis Oktober 2018), Kreisvorsitzender AfD Rosenheim (seit Oktober 2018), Kommunalmandate Rosenheim und Bad Aibling (seit März 2020), Landesvorsitzender der JA Bayern (November 2015 bis Juli 2016)
Wippel, Sebastian	MdL SN (seit September 2014), Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2018)
Wirth, Christian	MdB, NW (seit Februar 2025), MdB, SL (September 2017 bis Februar 2025), Vorsitzende im LV SL (Oktober 2020 bis Oktober 2022),

	Mitglied des Landesschiedsgerichts SL (2015 bis 2017) Mitglied des Bundesschiedsgerichts (seit Juni 2024)
Wolf, Alexander*	MdB, HH (seit Februar 2025), MdHB (Februar 2015 bis März 2025), Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (September 2017 bis März 2021), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (seit März 2021), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2019 bis Juni 2022), stellv. Vorsitzender im LV HH (seit Oktober 2015)
Wolfram, Sophie Elli	Einfaches JA-Mitglied in ST
Wundrak, Joachim*	MdB, NI (September 2021 bis März 2025)
Zerbin, Daniel	MdB, NW (seit Februar 2025), MdL NW (Juni 2022 bis März 2025)
Ziegler, Kay-Uwe	MdB, ST (seit September 2021), Landesvorstandsmitglied ST (seit September 2018)
Zimniok, Bernhard	MdEP, BY (Juni 2019 bis Juli 2024)
Zwerg, Jan Oliver	MdL SN (seit Oktober 2019), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion SN (seit Oktober 2019), Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2018)

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
AM	Alternative Mitte
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
BB	Brandenburg
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BR	Berlin
BV	Bezirksverband
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
ChrAfD	Christen in der AfD
DES	Desiderius-Erasmus-Stiftung
EP	Europäisches Parlament
ESN	Europa der Souveränen Nationen
HB	Hansestadt Bremen
HE	Hessen
HH	Hansestadt Hamburg
IB	Identitäre Bewegung
IBD	Identitäre Bewegung Deutschland
ID	Fraktion Identität und Demokratie
IfS	Institut für Staatspolitik
JA	Junge Alternative
JAfD	Juden in der AfD
KV	Kreisverband
LV	Landesverband
MdA	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus
MdB	Mitglied des Bundestags
MdBB	Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdHB	Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

MdL	Mitglied des Landtags
MfD	Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V.
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NW	Nordrhein-Westfalen
OV	Ortsverband
PAV	Parteiausschlussverfahren
PfE	Patrioten für Europa
REP	Die Republikaner
RN	Rassemblement National
RP	Rheinland-Pfalz
RV	Regionalverband
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen